

COUNTWAY LIBRARY



HC 17RJ /



Jahrbuch

der

deutschen Jugendfürsorge in Böhmen.

1909.

Herausgegeben von der Zentral-
stelle für deutsche Waisepflege
und Jugendfürsorge in Böhmen.

Mit Beiträgen von:

MUDr. Th. Altshul, Prag — MUDr. Karl Boháč, Prag — MUDr. S. Gottstein, Reichen-
berg — MUDr. Karl Herfort, Prag — MUDr. A. Holitscher, Pirkenhammer — CGR.
Franz Janisch, Friedland — J. Rindermann, Smichow — JUDr. Max Lederer, Winter-
berg — L. Abg. M. Morawetz, Chodau — Dir. J. Radauer, Grulich — Dr. S. Tomásek,
Prag — Marianne Tuma v. Waldkamp, Prag — Dir. E. Wagner, Prag — Wilhelmine
Wiedowski, Prag.

Bearbeitet von

Hugo Beller.

Prag 1909.

Selbstverlag der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge
in Böhmen.

Prag—2, Krakauergasse 11.

Dem sehr geehrten Mitarbeiter

Herrn k. k. Sanitätsrat
Hl. H. Theodor Altschul
in Prag

in aufrichtiger Dankbarkeit überreicht.

Zentralstelle für deutsche Waisepflege
und Jugendfürsorge in Böhmen.

W. M. M. M.

J. J. J. J.

Prag, 25. September 1909.

BOSTON MEDICAL LIBRARY

FRANCIS A. COWLEY
LIBRARY OF MEDICINE

BOSTON MEDICAL LIBRARY

IN THE
FRANCIS A. COWLEY
LIBRARY OF MEDICINE

Den
deutschen Bezirksvertretungen
Böhmens,

den Gründern und Förderern der
Zentralstelle für deutsche Waisen-
pflege u. Jugendfürsorge in Böhmen,

— dankbar gewidmet —

vom Vorstande:

Dr. J. Titta,
Trebniß.

Dr. A. Kluge,
Trautenau.

Dr. Viktor v. Ottenburg,
Prag.

MUDr. Rud. Biermann, Prag.
Eduard v. Erxleben, Landskron.
JUDr. Karl Srengl, Salkenau.
JUDr. Wenzel Graf v. Gleispach,
Smichow.

W. E. Gröschl, Tetschen.
Hugo Heller, Prag.
Karl Hoffer, Prag.
Karl Hofmann, Rgl. Weinberge.
LGR, Franz Janisch, Friedland.

Dr. Robert Sildbert, Prag.

Karl Jaroch, Prag.
A. Kießlich, Prag.
Wilhelm Krüger, Prag.
JUDr. Rud. Ritter Lodgmann v.
Auen, Auffig.

H. W. Nagel, Prag.
Julius Pohl, Smichow.
Edmund Prushek, Prag.
Franz Schiffner, Haida.
Dr. Josef Zaus, Rgl. Weinberge.

Vormort.

Die Stoffeinteilung des 2. Jahrganges unseres Jahrbuches hat insofern eine Abänderung erfahren, als die uns zur Verfügung gestellten Beiträge, für deren Form und Inhalt die Einsender selbst verantwortlich sind, als eigener Abschnitt erscheinen. Eine Übersicht über die Lage des gesamten deutschen Fürsorgewesens in Böhmen bietet der zweite Abschnitt: das Handbuch. In dieses wurden für heuer sämtliche wichtigen einschlägigen gesetzlichen Vorschriften insbesondere der Schul-, Justiz- und Sanitätsbehörden aufgenommen; hauptsächlich zu dem Zwecke, um den vorwiegend an der Jugendfürsorge beteiligten Ständen — Juristen, Ärzten und Lehrern — eine Übersicht über die in den einzelnen Disziplinen grundlegenden Gesetzesbestimmungen zu ermöglichen. Vielleicht kommt es auch bei uns einmal dazu, daß alle diese gesetzlichen Maßnahmen zum Wohle der Jugend in einem eigenen Grundgesetze nach Art des englischen Gesetzes Nr. 67, vom 21. Dezember 1908 (Children Act) zusammengefaßt werden. Da kann es wohl nur von Vorteil sein, wenn sich die Jugendfürsorger über alles schon Bestehende rechtzeitig unterrichten.

Das Handbuch enthält weiters eine verläßliche Übersicht über die deutschen Jugendwohlfahrtswerke in Böhmen, ein vollständiges Verzeichnis sämtlicher deutscher literarischer Neuerscheinungen aus dem Jahre 1908 (unter dem Buchstaben A bei den Literaturnachweisen) und der wichtigsten deutschböhmischen Zeitungs- und Zeitschriftenliteratur hierüber (unter dem Buchstaben B). Die einschlägigen Artikel aus dem 1. Jahrgange des Jahrbuches erscheinen im Handbuche übersichtlich eingetragen. Die Stoffanordnung des Handbuches ist so getroffen, daß sie gleichzeitig als Inhaltsverzeichnis für die vorausgegangenen Jahrgänge dient.

Der dritte Teil bringt die Fortsetzung der Statutensammlung und die uns zugekommenen Berichte von Kinderschutzvereinen und Anstalten. Der ausführliche Bericht über das Dr. Karl Schücker-Waisenheim d. B. d. D. i. B. wurde uns vom Bunde d. D. i. B. in Druckbogen kostenlos zur Verfügung gestellt. Wir danken für dieses Entgegenkommen aufs beste, wie wir auch allen geehrten Herren Mitarbeitern, deren Namen auf dem Titelblatte verzeichnet sind, für die uns gesandten Beiträge unseren besten Dank sagen.

Prag, September 1909.

Der Vorstand.

Inhalt.

Seite

I. Teil: Beiträge.

Franz Janisch. Zweck und Aufgabe der Bezirksheimstätten	1
Dr. N. Tomaschek. Lehrlingsheime und Lehrlingshorte	5
Dr. F. Gottstein. Krüppelkinder	9
Dir. E. Wagner. Blinde	53
J. Kindelmann. Das Los der ungebildeten Taubstummen	64
— Schwerhörige, ohrenkrankte und taube Kinder	73
— Sprachgebrechliche Kinder in Böhmen	77
— Ratschläge für Eltern zur Behandlung taubstummer Kinder im vorschulpflichtigen Alter	83
MUDr. Th. Altshul. Kranke Kinder	85
MUDr. A. Holitscher. Flugblatt an die austretenden Schulkinder	95
W. Wiechowski. Mädchenfürsorge	98
MUDr. K. Herfort. Die Schwachsinnigenfürsorge der österr.-ungar. Monarchie	110
Franz Janisch. Die praktische Fürsorgetätigkeit der Gemeindewaisenräte	129
Freiwillige Vormundschaftspflegerinnen	138
Franz Janisch. Frauen als Waisenpflegerinnen im Dienste des Vormundschaftsgerichtes und ihre Organisation im Friedländer Gerichtsbezirke	144
Marianne Tuma von Waldkamp. Kindermißhandlungen	151
Dir. J. Kadauer. Welche Erfolge lassen sich von der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie erwarten?	156
— Das neue Gesetz über die Fürsorgeerziehung	164
Franz Janisch. Die Jugendgerichte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem Deutschen Reiche und Österreich, und die Systeme der Jugendgerichte	177
MUDr. M. Lederer. Unsere heutigen und die künftigen Jugendgerichte	191
MUDr. R. Bořač. Über das Wesen und die Ursachen der Prostitution	197

II. Teil: Handbuch. Von Hugo Heller.

Säuglingsfürsorge	205
Kindelpflege	213
Waisenpflege	218
Bildung, Fortbildung und Erziehung der Jugend	235
Hilfsseinrichtungen für die bedürftige Schulsjüngend	258
Fürsorge für die schulentlassene Jugend	267

	Seite
Kranke Kinder	288
Sieche Kinder	288
Krüppelfürsorge	289
Blinde	290
Taubstumme	297
Jugendspiel, Sport, Wanderungen	313
Ferienkolonien	323
Geistig abnormale Kinder	344
Epileptiker	351
Kindererforschung	352
Sittlich Gefährdete	352
Sittlich Verwahrloste	356
Jugendliche	359
Prostitution	361
Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge	366
Jugendgerichte	380
Kindermißhandlung	382
Kinderarbeit	383
Fürsorgeerziehung	386
Organisation der Jugendfürsorge	393
Vorträge, Konferenzen, Kongresse	447

III. Teil: Anhang.

K. f. Bau- und Kunsthandwerkerschule in Tetschen a. d. Elbe	455
Mar Morawetz: Landeshandwerkerschulen	456
Bereinsstatuten	458
Bereinsberichte	470
Anstaltsberichte	484
Dr. Karl Schücker-Waisenheim des Bundes der Deutschen in Böhmen	491



I. Teil.

Beiträge.

Form und Inhalt der Arbeiten unter
. Verantwortung der Verfasser. .

Zweck und Aufgabe der Bezirksheimstätten.

Die Kaiser Franz Josef-Bezirksheimstätte des Vereines „Kinderschutz“ in Friedland für die verwaiste und schutzbedürftige Jugend.

Vesprochen von Franz Janisch, k. k. Landesgerichtsrat in Friedland.

(Nachdruck untersagt.)

„Die reinste Freude aber muß es Mir bereiten, daß, Meinem Wunsche folgend, in so hohem Maße des hilfsbedürftigsten aller menschlichen Geschöpfe, des armen Kindes, gedacht wurde. Wenn durch die hochherzigen Gaben Sorge und Elend gelindert, wenn die Tränen mancher Mutter gestillt werden, so erblicke Ich darin die köstlichste Frucht dieses denkwürdigen Jahres.“¹⁾

So sprach unser Kaiser in seinem Jubeljahre — für das arme Kind! Und die Bevölkerung des Bezirkes Friedland hat Anteil an der Freude ihres edlen Herrschers! Sie hat das Jubelfest des Monarchen mit wahren Patriotismus und würdig begangen!

Als zur Feier des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers am 2. Dezember 1908 der Verein „Kinderschutz“ den Beschluß faßte, eine Bezirksheimstätte für die verwaiste und schutzbedürftigste Jugend in Friedland zu erbauen und den Aufruf zur Widmung von Jubiläumsspenden für dieses bleibende Denkmal edler Menschenliebe hinausjandte in alle Gaue des Friedländer Bezirkes, da flammte helle Begeisterung auf für das Werk, „für das Kind“, im Jubeljahre des ehrwürdigen Kaisers.

Nach deutscher Art und Sitte wurden die Gaben, dem Drange des Herzens folgend, freudig überreicht, galt es doch dem Wunsche des Kaisers zu willfahren: der verwaisten, verlassenen und familienlosen Jugend ein treuer Hüter zu sein, ein verlässlicher Führer und guter Freund fürs Leben, galt es doch das Los jener Kinder, welche die Liebe der Eltern, die ein Vaterhaus nicht kennen und nach einer Jugend ohne Frohsinn und Herzensfreude jammervoll und freudlos durchs Leben gehen, besser zu gestalten.

Die Spenden im Jubeljahre erreichten eine Höhe von rund 50.000 K und ergänzten den seit Gründung des Vereines „Kinderschutz“ gesparten Baufond so weit, daß Anfang Juni 1908 mit dem Baue der Heimstätte begonnen werden konnte.

Im Rohbaue fast beendet, grüßte von lustiger Anhöhe herab zum Kaiser-Jubelfest bereits das schmucke Haus, das Werk „fürs Kind“. Im Laufe des

¹⁾ Aus dem Allerhöchsten Handschreiben Sr. Majestät des Kaisers vom 4. Dezember 1908.

Jahres 1909 soll das Heim vollendet werden und sein gastlich Tor der verlassenen und schutzbedürftigen Jugend öffnen, falls dem Verein „Kinderschutz“ die zur Beendigung des Baues und Einrichtung des Heims noch fehlende Summe in einer Höhe von rund 30.000 K durch hochherzige Gaben von Gönnern und Wohltätern zu dieser Zeit verfügbar wird.

Die Bezirksheimstätte für die verwaiste und schutzbedürftige Jugend ist in der Regel in jedem größeren Bezirke, besonders aber in Industriebezirken eine Notwendigkeit und hat ihre volle Berechtigung, weil sie den Zweck erfolgreicher Jugendfürsorge erfüllen hilft, nämlich Kinder und Jugendliche vor Verlorenheit schützt, ehe es noch zu spät ist, und so vorbeugend wirkt.

Das Vormundschaftsgericht, welches seine Tätigkeit auf einen Gerichtsbezirk beschränkt, stellt mit den öffentlichen und privaten Fürsorgeeinrichtungen jedes Gerichtsbezirkes die taktische Einheit in der Jugendfürsorge dar, an der unter allen Umständen festgehalten werden muß, wenn man praktische Erfolge im Kinderschutz und der Jugendfürsorge erzielen will.

Das Schwergewicht aller Jugendfürsorge bei Anstaltserziehung muß ebenfalls in eine muster-gültige Ausgestaltung zureichender Bezirksheimstätten fallen.

Eine feste Grundlage für die Pflege gedeihlicher Jugendfürsorge ist nur dann gegeben, wenn die Bezirksfürsorgeeinrichtungen tadellos wirken und gefördert werden.

Die Bezirksheimstätten für verwaiste und schutzbedürftige Kinder kann das Vormundschaftsgericht beaufsichtigen und hat dieselben sofort zur Verfügung. Andererseits bleibt hiedurch der Vormund des verwaisten und schutzbedürftigen Kindes mit demselben im Verkehr und kann jederzeit ein gewichtiges Wort bei der Erziehung seines Mündels mitsprechen.

Überdies kann das Interesse der Bevölkerung für die Waisenfürsorge und Jugendfürsorge auch nur durch Bezirksheimstätten stets rege und wach erhalten werden, denn die Bezirkswaisenkinder und die gefährdete Jugend des Bezirkes haben im Bezirke Angehörige, Verwandte und Freunde der Eltern, denen sie nahestehen, ihnen wird Teilnahme und Mitleid vor allem entgegengebracht, nicht aber so in gleichem Maße fremden unbekannten Waisen, oder verlassenen gefährlichen Jugendlichen, die außerhalb ihrer engeren Heimat, der Gemeinde oder dem Bezirke geboren sind.

Wenn zum Beispiel die Familie des schutzbedürftigen Kindes kraft der Berufstätigkeit des verstorbenen oder zur Kindererziehung unfähigen Vaters zu einem Interessenverbande in Beziehung steht, wird es oft von Vorteil sein, den Vormund aus diesem Interessenkreise zu wählen. Denn ein Angehöriger eines bestimmten Berufes wird dem Kinde eines verstorbenen Freundes und Berufsgenossen den Schutz als Vormund gern gewähren, den er dem Kinde eines Fremden nur gezwungen angedeihen läßt. Es müssen also gemeinsame religiöse, Standes-, Berufs- oder wirtschaftliche Interessen für den Schutz pflegebefohlener, verwaister und schutzbedürftiger Kinder und für deren Erziehung nutzbar gemacht werden, was eben nur wieder bei Errichtung von Erziehungsanstalten im Bezirke, nicht aber in Landeserziehungsanstalten erreichbar ist. Endlich werden die Pflegebefohlenen durch die Erziehung in Erziehungsanstalten im Heimatbezirke ihrer Heimat, ihren Verwandten und Freunden, ihren Jugendgepielen nicht entzogen und erhalten dieselbe Erziehung wie alle anderen Heimatangehörigen.

Schließlich kann nur bei Bezirkserziehungsanstalten die Anstalterziehung mit der Familienerziehung getauscht werden, was sich sehr oft als notwendig und für die Erziehung sehr vorteilhaft erweist, zumal die Erziehungsart dem Verhalten und Alter des Kindes angepaßt werden muß. Die Erziehungs-

anstellen, wie wir sie jetzt besitzen, nämlich Anstalten in Landeshauptstädten oder Landesanstalten, in denen schutzbedürftige Kinder aus allen Theilen des Landes gemeinsam ihre Erziehung erhalten, entbehren dieser Vorteile. Wie die Kranken-, Armen- und Versorgungshäuser zur Verfügung stehen für die Versorgung von Kranken und sonstigen Hilfsbedürftigen, so steht das Waisenhaus oder die Bezirksheimstätte für verwaiste und sonstige schutzbedürftige Kinder zur Verfügung für die sofortige vorläufige Unterbringung von verwaiseten Kindern und solchen, welche, weil sie von ihren Eltern mißhandelt oder verlassen werden oder bei elterlicher Erziehung infolge schuldhafter oder durch die Erwerbsverhältnisse der Eltern entschuldbarer Verhaltens derselben, nicht ordentlich erzogen werden und zu verwahrlosen drohen — in eine Anstalt untergebracht werden müssen oder über Anordnung des Vormundschaftsgerichtes zur vorläufigen Übernahme in eine Anstalt bestimmt werden. Die Heimstätte verwaister und schutzbedürftiger Kinder ist also ein Durchgangshaus für das schutzbedürftige Kind zum Übertritt desselben in die Familienerziehung oder ins freie Leben.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Feldner, Graz, pflichtet dieser Ansicht ebenfalls bei und bezeichnet die Errichtung von Bezirksheimstätten in jedem politischen Bezirke mit einem entsprechenden großen und erweiterungsfähigen Fassungsraume als einen nicht hoch genug anzuschlagenden Fortschritt. Er legt das Schwergewicht aller Jugendfürsorge ebenfalls in mustergültige und zureichende Bezirksheimstätten, durch deren Gründung mit verhältnismäßig geringen Mitteln die Erziehung schutzbedürftiger Jugendlicher im Alter vom 10. bis 16. Lebensjahre erreicht und so Hunderte und Tausende vor dem sicheren Verkommen gerettet werden.

Die in der Jugendfürsorge zu Frankfurt am Main maßgebenden Kreise billigten ebenfalls vollkommen die Ansicht, daß als taktische Einheit in der Jugendfürsorge in der Regel der Bezirk jedes Vormundschaftsgerichtes zu gelten hat.

Aus gleichen Gründen ist es auch freudig im Interesse gedeihlicher und erfolgreicher Jugendfürsorge zu begrüßen, daß in allen Ländern Bezirksvereine für Kinderschutz und Jugendfürsorge entstehen und bereits schöne Erfolge in der Jugendfürsorge zu verzeichnen haben.

Bei dieser Sachlage darf aber auch nur unter Berücksichtigung und Förderung der Bezirksfürsorgeeinrichtungen, der Bezirksheimstätten, der Bezirksvereine für Kinderschutz und Jugendfürsorge, zu einer Zentralisierung der Jugendfürsorge geschritten werden.

Die Bezirksheimstätten haben die Aufgabe, Kindern und Jugendlichen in der hilflosen Lebenslage die notwendige Erziehung zu leisten. Bei Armut und Elend und, von Eltern infolge des Erwerbes unbeaufsichtigt, können Kinder und Jugendliche den Sinn zur Ordnung, Lust und Liebe zur Arbeit und Folgsamkeit nicht von selbst erlernen. Alle Grundbedingungen für eine sorgsame Pflege und Erziehung fehlen. Der Hunger treibt solche Kinder zu Diebstählen, die Gasse, da sie kein Heim besitzen, nimmt sie auf und lehrt sie alles Schlechte. In der Schule weisen sie keinen guten Fortgang auf, Reinlichkeit ihres Körpers, Ordnung in Kleidung und Wäsche, die Ausarbeitung der Schulaufgaben wird vernachlässigt, alles Streben und aller Ehrgeiz schwindet.

Und doch können solche Kinder und Jugendliche, die nicht aus Schlechtigkeit und Verderbtheit so geworden sind, sondern als ein Opfer von Not und Elend sich darstellen, gehoben und gebeißert werden, wenn sie in andere bessere, günstige Lebensverhältnisse kommen.

Befreit aus dem verderblichen Elend, aus der drückenden Armut und einer ordentlichen Erziehung teilhaftig, werden aus ihnen taugliche und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft hervorgehen. In allen diesen Fällen greifen die Bezirksheimstätten in die Erziehung verwaister und schutzbedürftiger Kinder und Jugendlichen rettend ein.

Die Klagen der Landwirte über Mangel an tauglichem Dienstpersonal, die Klagen des Gewerbestandes über die Not und schlechte Erziehung von Lehrlingen, die Klagen der Industriellen über die Roheit und Unbotmäßigkeit der ungelernten jugendlichen Arbeiter, die Klagen der Gemeinde über die in keinem gesunden Verhältnisse anwachsenden Ausgaben für Armenunterstützungen werden bei tatkräftiger Jugendfürsorge, insbesondere durch Erziehung der obgenannten Kinder und Jugendlichen in Bezirksheimstätten, nach und nach verstummen, weil nach Jahren die verwaiste und schutzbedürftige und verarmte Jugend als taugliche gelernte Arbeiter aus ihnen erzogen und brav hervorgehen werden, welche den Ehrgeiz und Mut besitzen, sowie die Kenntnisse erlangt haben, sich selbst zu ernähren und durch Pflichtbewußtsein taugliche Mitglieder der Gemeinschaft zu werden, taugliche Mitglieder ihrer Nation.

Aus diesen wichtigen und unabwiesbaren Gründen hat der Verein „Kinderchutz“ des Friedländer Bezirkes beschlossen, eine Bezirksheimstätte für die schutzbedürftige Jugend des Bezirkes, ergänzend zur Familienpflege, anschließend des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers zu erbauen.

Anfang Juni 1908 wurde mit dem Baue begonnen.

Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät wurde dem Vereine „Kinderchutz“ die Bewilligung erteilt, die Bezirksheimstätte für die verwaiste und schutzbedürftige Jugend nach dem Allerhöchsten Namen „Kaiser Franz Josef I.-Bezirksheimstätte“ zu benennen. Die Bezirksheimstätte wird auf Grund des Anstaltsfamiliensystems als geschlossene Anstalt mit einem Belegraume von 40 bis 50 Kindern beiderlei Geschlechter und einem Kostenaufwande von wenigstens 100.000 K errichtet.

Sie ist ein in einem Garten erbautes Heim auf lustiger beherrschender Höhe, im Nord-Osten von Friedland gelegen, mit einem herrlichen Blicke auf die Stadt, auf das historische, einst Wallenstein, dem Herzog von Friedland 1624 gehörige, jetzt gräflich Glam-Gallasche Schloß, umsäumt vom bunten Grün hochstämmiger Bäume seines Parkes, und auf die mächtige und ausgebehnte Bergkette des lieblichen, waldumkränzten Fiergebirges.

Die Räume des Heimes verteilen sich auf das Kellergeschoß, Parterre, erste Stockwerk und Dachgeschoß.

Im Kellergeschoße sind die Wirtschaftsräume, Küche, Waschküche, Bügelzimmer, zwei Bäder, zwei Werkstättenräume und die Heizungsanlage für die Niederdruckdampfheizung untergebracht.

Im Parterre befindet sich der Fest- und Speisesaal, zwei Krankenzimmer mit einem Raume für den Wärter, die Wohnung des Erziehungsdirektors, bestehend aus 2 Zimmern, Küche und Vorraum, die Vereinskasse und das Bibliotheks- und Sitzungszimmer, sowie drei Reserveräume.

Im ersten Stocke liegen getrennt je 3 Schlafräume für Knaben und Mädchen mit je einem Zimmer für die Aufsichtsorgane, je ein Waschraum für Knaben und Mädchen und zwei Tagräume.

Im Dachgeschoße sind zwei Garderobenräume eingebaut. Das Heim soll eine elektrische Beleuchtung erhalten, eine elektrische Klingellautung und die Zuleitung des Nutz- und Trinkwassers durch eine Wasserleitung erfolgen.

Es wird beabsichtigt, den Garten teilweise für landwirtschaftliche und gärtnerische Beschäftigung und als Spiel- und Turnplatz anzulegen. Sämtliche Baulichkeiten sind auf Sockel aus gesprengten Basaltsteinen im Ziegelfugenbau mit blauem Ziegeldach ausgeführt.

Den First des Daches krönen drei Blitzableiter und eine Flaggenstange. Baupläne der Heimstätte wurden auf Grund eines vom ersten Vereinspräsidenten, Herrn k. k. Landesgerichtsrat Franz Janisch, ausgearbeiteten Bauprogramms von den Baumeistern Friedlands entworfen. Ausgeführt wird der Bau nach den Plänen des Herrn Baumeisters Rudolf Hampel in Friedland, welche hiefür nach Überprüfung und Änderung von Autoritäten im Bause und der Jugendfürsorge in Deutschland und Österreich, so auch von dem Herrn Architekten und königl. Hofbaumeister A. Böhne in Berlin, dem Erbauer einer der größten und mustergültigen Anstalten Deutschlands, des Erziehungsheimes „am Urbau“, und dem Herrn k. k. Baurate von Scheure in Reichenberg nach fast zweijährigem Studium zur Durchführung des Baues der Heimstätte bestimmt wurden. Alle modernen Errungenschaften für Bauten von Erziehungsanstalten sind berücksichtigt worden, so daß mit Grund erwartet werden kann, daß die Friedländer Bezirksheimstätte in Österreich mustergültig und vorbildlich sein wird. Die Baupläne bleiben Eigentum des Vereines „Kinderschutz“ in Friedland. Bei der Einrichtung des Heimes sollen auch die Erfahrungen, welche der erste Vereinspräsident Herr Landesgerichtsrat Janisch durch seine aus eigenen Mitteln unternommene Studienreise zur Besichtigung mustergültiger Erziehungsanstalten im Deutschen Reiche gewonnen hat, verwertet werden. Und so sehen wir denn, hoffend, daß Wohltäter und Gönner des Vereines „Kinderschutz“ dem Jubiläumswerke „für das Kind“ auch weiterhin ihre Unterstützung nicht versagen und die noch erforderlichen Mittel zur Vollendung des begonnenen Baues spenden werden, der Eröffnung des Hortes für unsere verwaiste und schutzbedürftige Jugend im Jahre 1909 mit Zuversicht entgegen.

Lehrlingsheime und Lehrlingshorte.

Von Dr. Franz Tomaschek.

Im verflossenen Jahre unterbreitete die Regierung dem österreichischen Abgeordnetenhaufe einen Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung.

Letztere stellt sich im breiten Rahmen eines Reichsgesetzes als ein neues Mittel des vorbeugenden oder bessernden Eingreifens der öffentlichen Gewalt dar, durch welches der Verwahrlosung der Unmündigen oder Jugendlichen gesteuert werden soll. Dem Gesetze werden zwei Gruppen von Unmündigen oder Jugendlichen unterstellt. Erstens solche, welche bereits mit dem Strafgesetze in Konflikt geraten sind, und zweitens solche, deren leibliches und geistiges Wohl durch Verschulden der Eltern, sei es durch die Vernachlässigung ihrer Erziehungspflicht, durch Mißbrauch der elterlichen Gewalt oder wegen des von den Eltern gegebenen schlechten Beispiels gefährdet erscheint. Die Aufgabe der Fürsorgeerziehung ist es, für sittlich-religiöse Erziehung, ausreichenden Unterricht, sowie für die Unterweisung in einer den Fähigkeiten und der bisherigen Tätigkeit des Unmündigen oder Jugendlichen entsprechenden und dessen künftigen Fortkommen dienenden Beschäftigung zu sorgen.

Erreicht soll dieser Zweck werden durch Unterbringung des Unmündigen oder Jugendlichen in einer geeigneten Familie oder Besserungsanstalt. Da das Ziel der Fürsorgeerziehung mit darin gipfeln soll, dem Jugendlichen auch eine seinem künftigen Fortkommen dienende Beschäftigung zu verschaffen, dürfte vom Gesetzgeber nicht in letzter Linie dessen Unterbringung in einer Handwerkerfamilie ins Auge gefaßt worden sein.

Wir bekommen hier eine Anzahl gewerblicher Hilfsarbeiter, denen gegenüber der Lehrherr neben der sachlichen ganz besonders der moralischen Ausbildung sein volles Augenmerk zuzuwenden haben wird. Dieser Gedankengang mit seinem Endzweck ist nicht neu, wir finden ihn bereits in der Gewerbeordnung vom Jahre 1859 ausgedrückt und in allen folgenden Novellen der Jahre 1883, 1885 und 1897 wiederholt, beziehungsweise erhalten. Welchen Fachschriftsteller, sei es Theoretiker oder Praktiker, man hervorzieht, alle sind sich darin einig, daß es nicht genügt, den Lehrling nur in seinem Berufe zu verwenden, auch auf das erzieherische Moment wird von ihnen ein großes Gewicht gelegt. Johann Richter (Tetschen), der Nestor unter den Gewerbetreibenden Nordböhmens spricht sich in einem Artikel „Das Lehrlingswesen“ in „Zeitsches Internationale Modenzeitung“ dahin aus, „daß mit der verständigen und humanen Unterweisung sich auch väterliche Erziehung bzw. Leitung, milde und liebevolle Behandlung paaren muß. Professor Dr. Viktor Böhm (Dresden) gelangt in seinem Werke „Das deutsche Handwerk und die Zwangsinnungen“ zu dem vielsagenden Schlusse, „daß die von den Zwangsinnungen beabsichtigte Fürsorge für das Lehrlingswesen jedem Berufsstande obliege und als eine Pflicht aller Bevölkerungskreise betrachtet werden müsse“. Im gleichen Tenor sind die der Lehrlingsfrage gewidmeten Publikationen von Dr. Karl Polak (Prag) und Dr. W. Schuster (Prag) gehalten, welcher letzterer in seiner Druckschrift „die Lehrlingsfrage“ ebenso wie Dr. Polliker (Wien) in seiner „Studie über die Lage der Lehrlinge im Wiener Kleingewerbe“ aus wirtschaftlichen wie aus Gründen der Lehrlingsausbildung für eine Beschränkung der Lehrlingszahl eintritt und gegen die sogenannte Lehrlingszüchterei scharfe Stellung nimmt.

Aus dem Vorausgeschickten entnehmen wir, daß dem Handwerker seit jeher neben der Pflege der Hand- und Kunstfertigkeit eine wichtige Mission im nationalen Volksleben zuteil wurde. Die ihm mit anvertraute seelische und geistige Erziehung des ihm persönlich meist ferne stehenden gewerblichen Nachwuchses ist ein hohes und wichtiges Gut, welches wert ist, das Interesse auch der weitesten Volkskreise wachzurufen. Dies wäre um so wichtiger und wünschenswerter, als mit der zunehmenden Industrialisierung des Landes, der Steigerung der Bodenwerte und der stetig wachsenden Bevölkerungsziffer das früher allgemein bestandene patriarchalische Verhältnis der Hausgemeinschaft zwischen Lehrherrn und Lehrling namentlich in größeren Städten so gut wie geschwunden ist und nur noch am flachen Lande sich eine bescheidene Pflegestätte bewahrt haben mag.

Wer es gut mit seinem Volke meint, der wird auch dieser sozialen Verschiebung sein Augenmerk zuwenden und die maßgebenden Faktoren zur Pflicht mahnen, daß auch dort, wo die Lehrlinge dem Familienleben bzw. der väterlichen Zucht entzogen sind, Fürsorge getroffen wird, daß sie nicht gezwungen sind, sich in Speisehäusern, Schenken, Volksküchen usw. zu verköstigen und ihre freie Zeit als Bettgeher bei fremden Leuten, in Asylen und Massenquartieren zuzubringen.

Gerade so gut als der Lehrherr verpflichtet ist, den Lehrling zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule zu verhalten und ihn zum Schutze seines leiblichen Wohles gegen Krankheit und Unfallsgefahren zu versichern,

und die Erfüllung der Pflichten seitens der Staatsgewalt eventuell unter Anwendung strenger Zwangsmittel erzwungen wird, ebensowenig dürfte es zulässig sein, daß sich ein Lehrherr seiner ebenfalls gesetzlich statuierten Pflicht zur moralischen Erziehung und Kontrolle des Lehrlings ohne weitere Vor Sorge dadurch entschlägt, daß er ihn aus der Hausgemeinschaft hinausstößt. Die hieraus erwachsenden Schäden für das Volkswohl lassen sich kaum überblicken, es genügt aber darauf hinzuweisen, daß nach den Ergebnissen der Statistik unter die Zunahme der Verbrechen ein erschreckender Prozentsatz dem Gewerbebestande zur Last fällt.

Aber auch dort, wo der Lehrling in die Hausgemeinschaft des Lehrherrn aufgenommen wurde, wird aus den verschiedensten Gründen allen Geist, Körper und Gemüt bildenden Erziehungsmitteln im allgemeinen nicht jene Aufmerksamkeit zugewendet, welche sie im Interesse der sittlichen Erziehung des Nachwuchses zu vollwertigen Mitgliedern der Gesellschaft verdienen und auch hier wird der Mangel jeder edleren Anregung des Geistes und jeder besseren Einwirkung auf das Gemüt eine immer mehr zunehmende Verrohung und die Verminderung der Schaffens- und Willenskraft zur unausbleiblichen Folge haben.

Diesen traurigen Erscheinungen zu steuern, haben sich schon vor zwanzig und dreißig Jahren Wohltätigkeitsvereine gebildet, welche sich mit der „Lehrlingsstellenvermittlung“ oder Schaffung von sogenannten „Lehrlingspatronaten“ zur Unterstützung verwaister oder von ihren Eltern verlassenen und verwahrlosten Lehrlingen, Errichtung von Lehrlingsherbergen, um den Lehrlingen für vorübergehende Zeit Unterkunft zu bieten, befassen. Auch Volks- und Arbeiterbildungsvereine nehmen in ihrem Wirken seit einiger Zeit auf die jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge erhöhte Rücksicht und auch in den allgemein zugänglichen Volksbibliotheken und Freilesehallen wird den Lehrlingen ein ihrem Alter und Beruf angepaßtes Lesematerial geboten. In aner kennenswerter Weise haben endlich in den letzten Jahren viele Turnvereine unentgeltlich Lehrlingsturnen eingeführt.

Von noch größerer Bedeutung für die Lehrlingerziehung aber dürften die Lehrlingsasyle oder Lehrlingsheime sein, welche den Lehrlingen, die weder in die Hausgemeinschaft des Lehrherrn noch ihrer Angehörigen aufgenommen sind, zum dauernden Aufenthalte die Wohnung und meist auch die Verpflegung gegen mäßiges Entgelt oder unentgeltlich gewähren und hiebei die sittliche und meist auch die religiöse Ausbildung der daselbst aufgenommenen Lehrlinge verfolgen.

Solche Lehrlingsheime erweisen sich besonders in den größeren Städten für zweckmäßig. Nur ist deren Errichtung mit nicht geringen dauernden materiellen Opfern verbunden, deren Aufbringung aus den Kreisen der Gewerbetreibenden allein nicht gewärtigt werden kann. Leider blieb auch mein in der Landesgewerbekommission für Böhmen gestellter Antrag auf Gewährung von Landessubventionen für Lehrlingsheime in der Winderheit. Nichtsdestoweniger gelang es mir in Budweis ein deutsches Lehrlingsheim im oben angedeuteten Sinne zu errichten. Auch in Prag und Reichenberg bestehen solche Anstalten.

Alle die aufgezählten Maßnahmen zur Förderung der Lehrlingerziehung sind leider nur zu sporadisch und im Hinblick auf die Systemlosigkeit ihrer Durchführung nur von einer ziemlich eng begrenzten lokalen Bedeutung.

Viel besser gelang es für die Errichtung von „Lehrlingshorten“ das allgemeine Interesse zu wecken. Ich kann hiebei nicht umhin, auf die vom

Bürgerschuldirektor Alois Naske in Brünn über Auftrag des Handelsministeriums verfaßte Schrift „Die Errichtung von Lehrlingshorten“ aufmerksam zu machen, in welcher in ganz ausgezeichnete Weise der Nutzen der Lehrlingsheime und -Horte dargelegt und ihre Organisation an der Hand von Musterstatuten erläutert wird. In dieser Schrift wird der Lehrlingshort ganz richtig als eine Stätte geschildert, an welcher die Lehrlinge ihre freie Zeit in anregender, gemüthlicher und gemüthbildender Weise verbringen können. Hier soll den Lehrlingen Gelegenheit gegeben werden, zum gegenseitigen freundschaftlichen Gedankenaustausch und guter Lektüre. Durch die Pflege von Spielen im Zimmer, Bewegungsspielen im Freien, Abhaltung von Vorträgen, Veranstaltung von Ausflügen, Pflege des Gesanges und der Musik und Gewährung von bescheidenen Mahlzeiten (Zause) wird den Jungen nicht nur ein angenehm und nützlich verbrachter Aufenthalt verschafft, sondern denselben für ihre sittliche und geistige Heranbildung Hilfsmittel geboten, denen sie beim wohlwollensten Meister ansonstens wohl durchwegs würden entzogen müssen.

Da es sich bei den Lehrlingshorten vor allem darum handelt, den Lehrling den Fährlichkeiten des Sonntags zu entziehen, so genügt es fürs erste, daß der Hort seine Pforten zunächst Sonn- bzw. Feiertags geöffnet hält.

Die Errichtung eines solchen Lehrlingshortes bietet keine besonderen Schwierigkeiten. Ein geeignetes Lokal und ein bereitwilliges Aufsichtsorgan ist ja auch in kleinen Orten bald gefunden. Die materiellen Auslagen aber können, da sie sich in ziemlich bescheidenen Grenzen bewegen — für 50 Zöglinge, einschließlich Zause, 400—500 K pro Jahr —, um so leichter aufgebracht werden, als nicht nur das Handelsministerium, sondern auch das Ministerium für öffentliche Arbeiten an der Errichtung von Lehrlingshorten in Anbetracht ihrer Wichtigkeit für die Lehrlingerziehung das größte Interesse hegt.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat sich mit, Erl. vom 10. Nov. 1908, Z 18 365, bereit erklärt, zweckmäßig eingerichtete und geleitete gewerbliche Jugendhorte nach Maß der zur Verfügung stehenden Kredite zu subventionieren, wenn: 1. für den Hauptteil der Erhaltungskosten des Hortes von seiten der örtlichen Faktoren, insbesondere der Gewerbevereine, der Gemeinden, der zuständigen Handels- und Gewerbekammer, der Landesfonds usw. durch bestimmt zugesicherte Beitragsleistungen vorgesorgt ist; 2. die Teilnahme einer ausreichenden Zahl von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern am Hort gesichert ist; 3. die zur Unterbringung des Jugendhortes verwendeten Lokalitäten rücksichtlich ihrer Lage, ihres Ausmaßes, der Beleuchtung, Beheizung und dergleichen, den zu stellenden Anforderungen genügen; 4. das Statut und die Hausordnung den Aufgaben der Anstalt entsprechen und in die Büchersammlung des Hortes nur solche Bücher und Zeitschriften aufgenommen werden, deren Inhalt im Sinne des Erlasses des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 2. Oktober 1886, Zahl 19.503 (Zentralblatt für das gewerbliche Unterrichtswesen, Band V, Seite 169), zu keinem Bedenken Anlaß gibt, wobei sie vor ihrer Einreichung der für gewerbliche Lehranstalten vorgeschriebenen Revision zu unterziehen wären; 5. die Leitung dieser Anstalten und das Erziehungsamt Personen anvertraut ist, die volle Eignung für ihre schwierigen Aufgaben besitzen, und ferner der Hort den ihm vorgezeichneten Zweck überhaupt in befriedigender Weise erfüllt; 6. mindestens ein Zehntel der Staatsubvention zur Bereicherung des Bücherbestandes und der Spiele sowie der Gerätesammlung verwendet wird. Um den formellen Schwierigkeiten zu begegnen, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine „Anleitung für die Errichtung von Horten für die gewerbliche Jugend“

herausgegeben, welche im k. k. Schulbücherverlage in Brünn um den Preis von 50 h erhältlich ist.

Wichtig vor allem erscheint es mir, diese von allen interessierten Faktoren als notwendig erkannte Aktion der allgemeinen Errichtung von Lehrlingshorten auf eine breitere Basis zu stellen als bisher. Durch Belehrung und Heranziehung der Genossenschaften und Gewerbevereine ist ja allerdings, namentlich in Böhmen in dieser Hinsicht vieles geschehen, indem in den letzten Jahren hier nicht weniger als 54 Lehrlingshorte errichtet wurden. Deutscherseits solche in Prag, Budweis, Prahaticz, Winterberg, Tepliz und Leitmeritz.

Meines Erachtens aber könnte die strengere Handhabung des § 100 der Gew.-Ord., welcher die Pflichten des Lehrherrn gegenüber dem Lehrlinge regelt, die ganze Aktion nicht nur beschleunigen helfen, sondern, was mit allen Kräften anzustreben wäre, die Errichtung von Lehrlingshorten genau so wie dies bezüglich des gewerblichen Unterrichtes und der Krankenfürsorge geschehen ist, in obligatorische Bahnen lenken.

Krüppelkinder.

Von Dr. J. F. Gottstein, Reichenberg.

Mit freudiger Genugtuung blicken wir auf die emsige Tätigkeit hin, welche auf den meisten Gebieten der Jugendfürsorge in Österreich herrscht. Wie mit einem Schlage ist unser soziales Gewissen erwacht, das uns zuruft: Die Fürsorge für Schutz- und Hilfsbedürftige ist eine Pflicht der Gesellschaft.

Auf dem I. österreichischen Kinderschutzkongreß im Frühjahr 1907 wurden 73 Vorträge gehalten und der Bericht umfaßte drei stattliche Bände. In Deutschböhmen allein sind in den letzten 8 Jahren 31 Kinderschutzvereine entstanden mit über 15.000 Mitgliedern. Als praktischen Erfolg sehen wir drei Anstalten in Deutschböhmen ihre Pforten der Schutz- und Hilfsbedürftigen Jugend öffnen, die Fürsorgerheime in Döfegg, Oberleutensdorf und Schwaden.

So erfreulich diese Tatsachen sind, auf einen Mangel stößt man auch bei diesem Streben, der Jugend Hilfe zu leisten: Die Fürsorge betätigt sich vorwiegend in pädagogisch-juristischer Form, während die ärztliche Tätigkeit dabei im Hintergrund geblieben ist. Von den 73 Vorträgen des I. österreichischen Kinderschutzkongresses in Wien befaßte sich ein einziger mit der Krüppelfrage, und dieser Vortrag wurde nicht von einem Arzte gehalten, sondern von einem Lehrer. Das Elend der Krüppel, ihre enorme Zahl und die Möglichkeiten der Hilfe scheinen bei uns auch jetzt noch allzu wenig bekannt zu sein.

Der Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung, welcher vom Justizminister im November 1908 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, sollte die bisher bestehenden Gesetze ergänzen, um mit allen Mitteln dem Kinderelend zu steuern. Die gesetzlichen Maßnahmen beziehen sich aber wieder nur auf die sittliche Erziehung in geeigneten Familien, in Erziehungs- oder Besserungsanstalten auf öffentliche Kosten; die leibliche Erziehung und Fürsorge ist nicht berücksichtigt. Soll aber dem Kinderelend im allgemeinen gesteuert werden, dann müssen auch dafür gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, daß kranke Kinder, deren Eltern aus Armut, Unwissenheit oder Lässigkeit die Behandlung unterlassen und damit die Kinder dauerndem

Siechtum oder Krüppeltum überantworten — daß solche körperlich gefährdete Kinder ihren Eltern abgenommen und aus öffentlichen Mitteln behandelt, gepflegt und erzogen werden.

Wir haben wohl in Böhmen 4 Anstalten für Taubstumme, je 1 für Blinde und für Schwachsinrige, ferner 17 Rettungshäuser, Besserungs- und Erziehungsanstalten, 107 Kleinkinderbewahranstalten, 326 Kindergärten, aber noch keine einzige Anstalt, wo werdende oder fertige Krüppel geheilt, erzogen und damit vor einem traurigen Schicksale bewahrt werden könnten. (Die Gründe, welche gegen die Verwendung des Schwadener Heims als Krüppelheil- und Erziehungsanstalt sprechen, sollen später angegeben werden. Hier sei nur erwähnt, daß Schwaden lediglich als Versorgungsheim für unheilbare und bildungsunfähige Krüppelkinder dienen kann.)

Ich will an dieser Stelle Zahl und Versorgung der Blinden und Krüppel einander gegenüberstellen, um zu zeigen, wie groß der Krüppelnotstand ist und wie verschwindend klein die bisherigen Hilfseinrichtungen sind im Vergleich beispielsweise zur Blindenfürsorge:

	in Österreich 1906	in Böhmen
Gesamtzahl der Blinden	13.970	3.295
Anstaltsmäßig versorgt	1.003 (=7 ² / ₁₀ %)	416 (= 12 ⁶ / ₁₀ %)
Unter 15 Jahren	?	224
Gesamtzahl der Krüppel (rund)	188.000	39.000
Anstaltsmäßig versorgt	182 (=0 ⁰⁹ / ₁₀ %)	50 (=0 ⁵ / ₁₀ %)
Unter 15 Jahren (rund)	38.000	9.600

Auf jeden Blinden kommen 13 Krüppel, auf jedes blinde Kind sogar 43 Krüppelkinder unter 15 Jahren. Hingegen ist die Versorgung der Krüppelkinder fast Null.

Diese Zahlen führen eine beredte Sprache.

Betrachten wir einmal die Lage des einzelnen Krüppelkindes, seinen Körper- und Seelenzustand, seine Aussichten für das Leben, und sehen wir, ob es etwa nicht nötig ist, ihm dieselbe Fürsorge zu widmen wie beispielsweise den Blinden und Taubstummen.

Die Not der Krüppel.

Das Krüppelgebrechen ist fast immer noch mit anderen Gesundheitsstörungen verbunden; es beeinträchtigt sehr oft die freie Beweglichkeit seines Trägers. Das Gehen erfordert größere Anstrengungen, welche auf die Dauer zu Herz- und Lungenerkrankungen führen.

Die Zirkulation gelähmter Teile ist mangelhaft; das verursacht Kälteschmerzen und leichtes Auftreten von Erfrierungen.

Wirbelentzündungen und andere Knochen- und Gelenkentzündungen sind mit langdauernden Schmerzen verbunden.

Schwere Rückgratverkrümmungen bedingen eine Einengung der Brust- und Bauchorgane, durch welche der ganze Körper geschwächt, Lebenskraft und Lebensdauer gemindert werden.

Krüppelgebrechen heilen nie von selbst, sondern bleiben ohne Behandlung für ihren Träger zeitlebens eine Last, von welcher Gesunde sich keine Vor-

stellung machen können. Sie bedeuten eine Verminderung oder Aufhebung der Erwerbsfähigkeit und machen den Krüppel oft zum Bettler.

Für den nicht völlig arbeitsunfähigen Krüppel ist die Berufswahl erschwert und eingeengt, er findet überhaupt schwer Arbeit, auch wenn er ihr ganz gewachsen wäre. Industrielle Betriebe können und dürfen keine Krüppel aufnehmen, weil im Falle eines Unglückes der Unternehmer die moralischen und physischen Folgen des Unfalles selbst zu tragen hat.

Schon das Krüppelkind ist als Spielfkamerad nicht gern gesehen; auch zum Kinderspiel gehören gesunde Glieder. Ist das Gebrechen sichtbar, dann wird das Krüppelkind nur allzu oft deshalb verhöhnt; diese Grausamkeit ist nicht immer nur ein Zeichen schlechter Erziehung, sie liegt in der Kindernatur. Selbst manche Erwachsene können einen Buckeligen oder sonstwie entstellten Krüppel nicht ohne spöttische Bemerkung vorübergehen lassen. So ist der sichtbar Verkrüppelte in der Gesellschaft Gesunder ein Gegenstand kränkenden Mitleids, der Zurücksetzung, wenn nicht gar des Spottes. Der Krüppel zieht sich schließlich stets mit seinem gekränkten Herzen in die Einsamkeit zurück, wird verschlossen, mißtrauisch und lernt sein wahres Denken und Fühlen verbergen. Frühzeitig an seine Mangelhaftigkeit gemahnt, lernt er scharf beobachten und die Fehler und Schwächen seiner Mitmenschen entdecken, die nicht so allgemein auffallen, wie sein eigenes Gebrechen. Es ist für ihn ein Trost, Genossen im Unglück zu haben. Die Fehler anderer am Geist, am Gemüt, an der Ehre aufzufinden, wird ihm zur Gewohnheit. So kann er zum bössartigen Spötter, zum Intriganten werden und dann ist es begreiflich, wenn er von den Gesunden gefürchtet und gehaßt wird.

Den schädlichen Einfluß des Krüppeltums auf Seele und Gemüt hat Shakespeare so treffend gezeichnet, daß wir ihn hier als beredten Gewährsmann anführen können; er läßt den krüppelhaften Gloster im Selbstgespräche sagen:

Ich, um dies schöne Ebenmaß verkürzt,
Von der Natur um Bildung falsch betrogen,
Entstellt, verwahrloßt, vor der Zeit gesandt
In diese Welt des Atmens, halb nur fertig
Gemacht, und zwar so lahm und ungeziemend,
Daß Hunde bellen, hint' ich wo vorbei —
Weiß keine Lust, die Zeit mir zu vertreiben,
Als meinen Schatten in der Sonne frähen
Und meine Mißgestalt erörtern;
Und darum, weil ich nicht als ein Verliebter
Kann kürzen diese fein berebten Tage,
Bin ich gewillt, ein Bösewicht zu werden
Und Feind der eiteln Freuden dieser Tage . . .

Eltern, die Herz und Verstand genug besitzen, um den Wert eines gesunden, kräftigen Körpers zu ermessen, werden auch eine beginnende Rückgratverkrümmung so ernst nehmen, wie sie es verdient. Wenn es angeht, nehmen sie das Kind aus der Schule und lassen es behandeln. Wenn aber das Kind gleichzeitig die Schule besucht, so ist der Erfolg der Behandlung ein zweifelhafter. Die Schulversäumnisse auf der einen Seite, das Fortschreiten der Verkrümmung auf der anderen sind eine jahrelange Quelle der Sorgen und Geldausgaben für die Eltern und ein Nachteil für das Kind, bei dem entweder die körperliche oder aber die geistige Ausbildung leidet. Eine leichte Rückgratverkrümmung ist wohl für die Erwerbsfähigkeit des Erwachsenen belanglos, ist sie aber hochgradig geworden, dann bedingt sie für ihren Träger Krüppeltum mit den schwersten Folgen.

Wenn wir den Schulbesuch als den Beruf der Kinder betrachten, so haben wir damit schon die erste Berufsstörung berührt, welche durch beginnendes Krüppeltum bedingt wird. Daß die Berufsstörung bis zur Erwerbsunfähigkeit gehen kann, das beweist, wie erwähnt, die hohe Zahl der Krüppel unter den Bettlern.

Ein Mensch mit einem künstlichen Bein muß alle jene Berufe meiden, welche viel Gehen oder Stehen erfordern. Wer nur einen gefunden Arm hat, wird noch schwerer einen Beruf finden, in welchem er sich sein Brot verdienen kann. Wenn aber mehrere Glieder unbrauchbar sind, dann wird die Auswahl der Berufe, die dem Krüppel offen bleiben, immer geringer. Dazu kommt noch, daß viele Krüppel gerade in ihrer Umgebung einen passenden Erwerb nicht finden können. Krüppelkinder in kleinen Ortschaften, Gebirgsdörfern, können vielleicht in der Landwirtschaft oder in einem Handwerke nicht verwendet werden, während sie zu Bureauarbeiten sich vermöge ihrer Begabung gut eignen würden. Wer sorgt aber für ihre Anstellung?

Die Schulversäumnisse, die dem Krüppelkinde aus seinem Zustande erwachsen, haben namentlich bei den ärmeren Klassen — und diese kommen ja hier fast ausschließlich in Betracht — eine Mangelhaftigkeit der Schulbildung zur Folge, abgesehen davon, daß mit dem körperlichen Defekte oft Schwachsinn verbunden ist. Natürlich ist eine ungenügende Schulbildung bei einem Krüppel ein doppelt schwieriges Hindernis bei der Berufswahl. Es gibt kaum einen Beruf, bei dem es heute nicht auf eine gute Schulbildung ankäme. Und wenn der Krüppel mit einem Gesunden in Wettbewerb tritt so hat er nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er ihm geistig überlegen ist, wenn er etwas tüchtiges in der Schule gelernt hat. Nicht alle Arbeitgeber sind vorurteilsfrei genug, bei der Aufnahme von Arbeitskräften von dem persönlichen Eindrucke der Bewerber ganz unberührt zu bleiben und nur ihre Tüchtigkeit zu werten. Ein gesunder, gutgewachsener Mensch ist uns ja von vornherein sympathischer als ein krüppelhafter. Unter sonst gleichen Verhältnissen dürfte im Konkurrenzfalle der wohlgestaltete Mensch meistens den Vorzug vor dem Krüppel erhalten.

Die Lage des unbemittelten Krüppels ist also schwierig und wir haben die Pflicht, uns gerade ihrer anzunehmen, deren wir so lange vergessen haben.

Da wir in Oesterreich noch keine Krüppelstatistik besitzen, die Kenntniss der Zahlen aber den Ausgangspunkt aller Ausführungen über zu treffende Fürsorgemaßnahmen bilden muß, so erlaube ich mir, etwas näher auf die Verhältnisse anderer Staaten, namentlich Deutschlands einzugehen, um so mehr als auch das Zählverfahren Deutschlands als mustergültig zu bezeichnen ist.

Zahl der Krüppelkinder.

Erst wenn man sich ein annähernd richtiges Urtheil über die Zahl der Krüppelkinder gebildet hat, wird man die Größe der Aufgaben der Krüppelfürsorge ermessen können. Bisher stehen bei uns nur Einzelne dem Gegenstande nahe genug, um hierüber keiner Aufklärung zu bedürfen, während für die Allgemeinheit die Kenntniss der Zahlenverhältnisse nicht vorausgesetzt werden kann.

Als im Jahre 1872 in Kopenhagen ein Verein gegründet wurde der sich gelähmter und verkrüppelter Kinder annahm, hatte man von dem Bestehen derartiger Einrichtungen an anderen Orten keine Ahnung. Das Unternehmen

wurde daher von seinen Gründern durch viele Jahre für einzig in seiner Art gehalten. Trotz seiner Kleinheit und Bescheidenheit meldeten sich schon im ersten Jahre des Bestandes der Anstalt 45 Bittende und man meinte damals, daß sich nun nicht mehr derartige Leidende melden würden, aber es kamen immer neue hinzu, im zweiten Jahre wieder 55, im 4. 57, im 6. 82, im 8. 132, und als sich die Tätigkeit des Vereines später nicht mehr so sehr auf die Hauptstadt beschränkte wie im Anfange, sondern sich übers ganze Land ausdehnte, wuchsen die Zahlen noch mehr. Im Jahre 1897 betrug die Zahl der bekannten Krüppel in dem kleinen Dänemark 6000 (auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner).

In demselben Jahre wurde in Schleswig-Holstein (mit $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern) eine staatliche Krüppelzählung vorgenommen, welche 4770 Krüppel feststellte, darunter 1295 unter 16 Jahren. (Es sei vorgreifend erwähnt, daß die große Zählung in Deutschland vom 10. Oktober 1906 in Schleswig-Holstein an Krüppelkindern unter 15 Jahren 2141 gezählt hat.)

Je näher man auf die Untersuchung eingeht, desto größer werden die Zahlen. Die sorgfältigste Zählung ergibt die größten Werte.

Da wir noch keine zuverlässigen Zahlen für Deutschböhmen besitzen, so müssen wir uns vorläufig darauf beschränken, von den Zahlen Deutschlands auf entsprechende Werte bei uns zu schließen. Wir können dies um so eher, als der allgemeine Gesundheitszustand Deutschböhmens kaum besser ist als der Deutschlands und wir gerade in Deutschböhmen sehr viel Industrie besitzen. Die Zahl der Krüppel in den Industriegebieten Deutschlands ist nämlich wesentlich höher als in den Landwirtschaft treibenden Gegenden.

Die Anregung zu dieser Zählung verdankt Deutschland dem „Krüppelheil- und Fürsorgeverein für Berlin-Brandenburg“, einer Gruppe des „Deutschen Zentralvereines für Jugendfürsorge“, und in diesem Verein wieder insbesondere Hoffa und Biejałski. Letzterer hat das Hauptverdienst an der Durchführung dieses großen Werkes. Es erforderte drei Jahre ununterbrochener Arbeit, an der eine große Zahl Beamter und andere Personen, darunter 22 Ärzte, beteiligt waren.

Biejałski verdanken wir auch die Festlegung des Begriffes „Krüppel“. Denn bisher war „Krüppel“ kein wissenschaftlicher Begriff, das Wort wurde vielmehr in sehr verschiedenem Sinne angewendet. Man dachte sich darunter meistens körperlich Entstellte oder Verstümmelte, mehr oder weniger erwerbsunfähige Menschen. Wir kommen später noch auf die heutige Fassung des Krüppelbegriffes zu sprechen und beschäftigen uns an dieser Stelle gleich mit dem in Deutschland angewandten Zählverfahren.

Zählverfahren.

Die Zählung wurde in Bayern, Baden und Hessen von den Lehrern ausgeführt, im übrigen Deutschland meistens von den Polizeibehörden, fast überall unter Zuziehung der Ärzte und Lehrer. Trotzdem ist wohl mancher Fall der Erhebung entgangen, so daß die Ergebnisse als Mindestzahlen anzusehen sind. Bayern, Baden und Hessen haben eine eigene Zählkarte aufgestellt, die in vielen der preussischen nachgebildet war, aber doch schließlich so stark abwich, daß eine Vergleichung sich ausschloß. Vor allem wurden in diesen drei Bundesstaaten nur die Kinder im schulpflichtigen Alter gezählt, während sonst alle Kinder bis zu 15 Jahren gezählt wurden. Im ganzen wurden über 200 000 Karten ausgesandt (s. Schema).

Bählkarte für das einzelne Krüppelkind in Preußen und andern Bundesstaaten.

(Erläuterungen auf der Rückseite.)

Zählung der Krüppelkinder am 10. Oktober 1906.

Diese Karte ist bis 15. Oktober 1906 zu senden an den
Königlichen Kreisarzt.

Bundesstaat:	Regierungsbezirk:
Kreis pp.:	Gemeinde (Gutsbezirk):

* = Fragen, deren Beantwortung durch einen Arzt erwünscht ist.

1. Vor- und Name des Krüppelkindes:
2. Geboren am (Tag, Monat, Jahr): Konfession:
3. Wo hält sich der Krüppel auf? Bei den Eltern oder anderen Personen?
(Zutreffendes unterstreichen.) (unter genauer Adresse und Stand der
Eltern oder Pfleger): In einer öffentlichen,
privaten (Kranken- oder Pflege-) Anstalt:
Ist er Land arm? ¹⁾ (Zutreffendes unterstreichen.)
4. Wer unterhält den Krüppel? ausreichend, kümmerlich?
(Zutreffendes unterstreichen.) Außerdem noch private oder öffentliche
Unterstützung? (Kirche, Armenpflege.) (Zutreffendes unterstreichen.)
Wie hoch ist die jährliche Beihilfe? Erwirbt
der Krüppel selbst mit? und wieviel jährlich?
. Durch welche Tätigkeit?
Betteln? Schaustellung?
- * 5. Betrifft die Verkrüppelung Kopf, rechte, linke Körperhälfte, Rumpf,
rechten, linken Arm, rechte, linke Hand, rechtes, linkes Bein, rechten,
linken Fuß? (Zutreffendes unterstreichen.) Genaue Bezeichnung des krüppel-
haften Leidens (möglichst im Anschluß an die Krankheitsbezeichnungen
in der Erläuterung): Ist die Verkrüppelung angeboren
oder später (in welchem Lebensjahr?) und wodurch
entstanden?
- * 6. Bestehen außer der Verkrüppelung noch epileptische Krämpfe oder
Muskelzuckungen oder dauernder Muskelkrampf? (Zutreff.
unterstreichen) oder Lähmungen einzelner und welcher Glieder?
. oder Nervenischwäche? oder Taubstummheit, Blindheit?
(Zutreffendes unterstreichen) sonstige chronische Krankheiten? welche?
- * 7. Ist der Krüppel geistig gesund? oder gar hervorragend befähigt?
oder besteht Schwachsinn, Blödsinn, Stumpfsinn, Reizbarkeit,
Neigung zu Böswilligkeit und Verbrechen? (Zutreffendes
unterstreichen.)
8. Hat der Krüppel Unterricht in einer Volksschule (höhere Schule, Volks-
schule) erhalten? oder Privatunterricht? oder in einer Schule für
Schwachbefähigte? (Zutreffendes unterstreichen.) Wie lange?
Welchem Alter eines geistig normalen Kindes entspricht
seine Schulbildung? Ist er noch gar nicht
unterrichtet? Warum nicht? Hat er
Handfertigungsunterricht erhalten?
welchen? Mit oder ohne Erfolg?

¹⁾ Alle gesperrt gedruckten Angaben fehlen auf der bayrischen Zählkarte.

- *9. Sind bei leiblichem Vater, Mutter, Schwester, Bruder, Großvater, Großmutter, bei blutsverwandtem Onkel, Tante Verkrüppelungen beobachtet? welche? Schwachsinn, Blödsinn, Epilepsie, Taubstummheit? Blindheit? (Zutreffendes unterstreichen.) Sind die leiblichen Eltern miteinander blutsverwandt? Wie?
- *10. Sind Heilungsversuche unternommen? Wann? Von wem? (Adresse des Arztes:) Wo? Wie lange? Wodurch? Operation (an Apparate?) Ist der Krüppel geheilt (soweit sein Leiden heilbar ist), gebessert, ungeheilt, in Behandlung? (Zutreffendes unterstreichen.) Ist eine Unterbringung in einem Krüppelheim erwünscht?

Unterschrift und Adresse des Auskunftgebers:

.

Erläuterungen.

Infolge einer Verfügung der hohen Landesregierung soll eine Zählung der im Staate vorhandenen jugendlichen Krüppel vorgenommen werden.

Krüppelkinder sind Kinder, welche infolge angeborener Fehler oder durch Verlußt, Verkrümmung oder Lähmung oder Muskelkrampf einzelner Körperteile in der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit ihrer Gliedmaßen dauernd beeinträchtigt sind.

Gezählt werden nur Krüppelkinder, die am 10. Oktober 1906 das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Als Gemeinde, in welcher das Krüppelkind gezählt wird, ist sein Aufenthaltssort maßgebend, nicht der Wohnsitz der Familie, zu welcher es gehört.

Für jedes krüppelhafte Gebrechen gibt es eine ganz bestimmte Krankheitsbezeichnung. Um für die Statistik Einheitlichkeit in der Benennung zu erzielen, ist es dringend wünschenswert, sich der in den nachstehenden Bezeichnungen angewandten Ausdrucksweise zu bedienen.

Vor allem aber ist möglichste Genauigkeit und Ausführlichkeit unbedingt nötig. Es ist falsch zu sagen: „Beinverkürzung wegen Knochentuberkulose“, sondern es muß z. B. heißen: „Verkürzung, Unbeweglichkeit, falsche Stellung des linken Beins nach ausgeheilten Hüftgelenktuberkulose.“

Wo es ohne Mühe geschehen kann, ist die Beantwortung der Fragen 5, 6, 7, 9 und 10 durch einen Arzt erwünscht.

Die häufigsten krüppelhaften Gebrechen sind:

1. Hochgradiger Schiefhals.
2. Hochgradige Verkrümmung des Brustkorbes nach Brust- und Rippenfellentzündung.
3. Hochgradige Verkrümmung der Wirbelsäule, seitlich oder nach hinten ohne Entzündungserscheinungen.
4. Tuberkulose der Wirbelsäule mit Buckelbildung (Spondylitis).
5. Angeborener Hochstand des Schulterblattes.
6. Angeborenes oder erworbenes Fehlen eines Gliedes oder eines Gliedabschnittes (Arm, Vorderarm, Hand, Bein, Unterschenkel, Fuß); ferner Finger oder Zehen, wenn der Gebrauch von Hand oder Fuß stark beeinträchtigt ist.
7. Verunstaltung eines Gliedes infolge Knochenbruchs, Verrenkung, Knochentuberkulose oder Knochenfraß.

8. Verkrümmung und Schwäche eines Gliedes nach Muskelschwund (progressive Muskelatrophie).
9. Folgezustände nach hochgradiger allgemeiner englischer Krankheit, besonders stark verunstaltete oder bewegungshemmende Knochenverkrümmungen. Rachitischer Zwergwuchs.
10. Überzählige Finger oder Zehen oder diesen ähnliche Gebilde, welche den Gebrauch von Hand und Fuß stark beeinträchtigen.
11. Angeborene oder erworbene Verrenkung eines Gelenkes mit starker Bewegungsbeschränkung, besonders des Hüftgelenkes.
12. Angeborene oder nach Entzündung (besonders Tuberkulose) oder Verletzung erworbene Versteifung oder Verwachsung eines oder vieler Gelenke, gegebenenfalls mit Verkürzung oder falscher Stellung der Glieder.
13. Hochgradiges Schlottergelenk.
14. Angeborene oder erworbene hochgradige und starre Beugstellung eines oder mehrerer Finger, gegebenenfalls auch Zehen (Hammerzehen, Klumpzehen, sofern der Gebrauch von Hand oder Fuß stark beeinträchtigt ist).
15. Angeborene oder erworbene starre Verwachsung einzelner Finger oder Zehen.
16. Angeborenes Fehlen eines Vorderarmknochens (Klump-hand).
17. Angeborene seitliche Verschiebung der Fingergelenke.
18. Angeborenes Fehlen der Kniekehle.
19. Starke Ausbiegung des Knies nach hinten. (Genu recurvatum.)
20. Starkes X- oder O-Bein.
21. Angeborenes Fehlen des Schienbeins und dadurch bedingter Klumpfuß.
22. Angeborenes Fehlen des Wadenbeins und dadurch bedingter Plattfuß.
23. Angeborener oder erworbener Klumpfuß ohne Fehlen eines Unterschenkelknochens.
24. Hochgradiger Spitzfuß, Hackenfuß, Plattfuß (ausschließlich von 22), Hohlfuß.
25. Wasserkopf.
26. Muskelunruhe (Athetose, Tic).
27. Krampf einzelner Muskeln.
28. Angeborene Gliederstarre (Pittliche Krankheit).
29. Lähmung einzelner Muskeln.
30. Kinderlähmung (halbseitige, doppelseitige, der Arme, der Beine, des Rückens.)

Die zurückgelieferten Karten wurden zunächst vom statistischen Amte darauf hin überprüft, ob die nichtärztlichen Fragen überhaupt und sinngemäß beantwortet waren. War dies nicht der Fall, so ging die Karte an den betreffenden Kreisarzt zurück, welcher sie ergänzen oder berichtigen ließ und sie zurückstellte. Jetzt erst begann die Prüfung der ärztlichen Fragen, zu der sich Ärzte zur Verfügung gestellt hatten, die alle nach einer einheitlichen Anleitung handelten und die Karten so zugewiesen bekamen, daß niemals einer eine ganze, sondern Teile verschiedener Provinzen

wie gar nicht mit der Aufgabe, die jungen Mädchen für die Zeit nach der Entlassung für den Kampf des Lebens auszurüsten; diese Tatsache erklärt sich aus den Bestimmungen des Statuts, welches von der Auffassung ausgeht, daß bei dem schwachen Zustande der Pfléglinge daran kaum zu denken sei. Wir sehen hier also eine nicht nachahmenswerte Form der Krüppelfürsorge, die sich auf eine zeitweilige Versorgung der Krüppelkinder beschränkt, sie aber nicht in die Lage bringt, sich späterhin selbst fortzuhelfen. In neuerer Zeit hat sich die Pariser Anstalt der Barmherzigen Brüder sehr vervollkommenet.

1861 entstand die Anstalt „Wertheim“ in Muri bei Bern, wo neben Kindern, die in ihrer Erziehung gefährdet oder verlassen waren, auch verkrüppelte Kinder aufgenommen und durch geeignete Bandagen, Maschinen und körperliche Pflege gefördert wurden. Ein schwacher Versuch wurde auch in Zürich gemacht, wo 1864 die Marie Fischer-Stiftung 12 krüppelhafte Mädchen vom 6—16. Lebensjahre zur Erteilung von Schulunterricht und Ausbildung in Haus- und Näharbeit aufnahm.

Eine besondere Art der Krüppelhilfe leistete der 1868 gegründete Verein für künstliche Glieder in Stuttgart, welcher sich ausschließlich mit der Beschaffung von Ersatzgliedern und Stützapparaten befaßte.

Eine genauere Besprechung verdient die Entwicklung der eingangs erwähnten Kopenhagener Gründung. Es war im Mai 1872, als Pastor Knudsen in den Straßen Kopenhagens ein armes, kleines, verkrüppeltes Mädchen sah, das sich mühsam mit einer schlechten Krücke weitereschleppte. Die Not, das Leiden, die hilflose Zukunft des armen Kindes erweckten in Knudsen ein tiefes Gefühl des Mitleids und den Drang, dem armen Kinde zu helfen. Allmählich reifte in ihm der Entschluß und er sprach mit seinem Jugendfreunde Dr. med. Ravn, wie man solchen Menschen wohl am besten helfen könne. Einige bekannte Menschenfreunde versprachen ihre Unterstützung und so gründeten sie am 21. Oktober 1872 den „Verein, der sich gelähmter und verkrüppelter Kinder annimmt“.

„Der Zweck des Vereines war, sich armer und gelähmter verkrüppelter Kinder anzunehmen und ihnen bestens zu helfen, ihre besondere Prüfung zu ertragen. Den Kindern sind passende Bandagen, Schienen, Krücken, künstliche Glieder usw. zu beschaffen, so daß ihnen ihr hartes Los soviel als möglich erleichtert wird. Der Verein sorgt, soviel in seinen Kräften steht, daß die Kinder, deren er sich annimmt, zu einem Lebensberuf, der ihren Gaben und Kräften entspricht, herangebildet werden, damit sie soviel wie möglich für sich selber sorgen können.“ Den Satzungen gemäß sollte „alles vermieden werden, was die Kinder zu einer krankhaften Aufmerksamkeit auf sich selber, zur Ungeduld und zu allem dem reizen könnte, was ihre Kräfte in Wahrheit nur schwächen und sie hindern würde, ihre Prüfung recht zu tragen“. Es sollte also in erster Linie ein christliches Liebeswerk sein, was Knudsen anstrebte, die teilnahmevolle Nächstenliebe war für ihn der Anstoß gewesen. Aber es war wieder Knudsen selbst, der die Aufgabe gleich von vornherein von der praktischen Seite erfaßte, indem er in den Vorstand des Vereines unter 5 Mitgliedern 3 Ärzte aufnahm. So konnte der Verein von Anfang an eine den damaligen Zeitverhältnissen entsprechend hervorragende ärztliche Tätigkeit entfalten. Die Tätigkeit des Vereines zerfiel in 3 Hauptzweige:

1. Die Besorgung guter Bandagen, Krücken usw.;
2. suchte es der Verein durch besondere Unterstützungen möglich zu machen, daß die Kinder trotz ihrer Gebrechlichkeit hinter ihren Altersgenossen in der Schulbildung nicht zurückblieben, und

3. war man ihnen behilflich, sie vorzubereiten und auszubilden, daß sie einen Platz im Leben finden und ausfüllen könnten, um sich ihr Brot zu verdienen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Aufgaben in der angegebenen Reihenfolge in Angriff genommen wurden. Man fing damit an, daß die dem Vorstand angehörenden Ärzte in den armen Familien, die sich meldeten, umhergingen und sich die Kinder ansahen, die dann an einen Bandagisten verwiesen wurden. Ein Jahr später wurde dem Vereine von Seite der Stadt ein Zimmer zur Verfügung gestellt, wohin die zu untersuchenden Kinder bestellt wurden, im Anfange einmal, später zweimal, dann viermal die Woche und schließlich täglich. Der Raum wurde bald als unzulänglich erkannt, es wurden 4, 5 weitere Zimmer hinzu genommen. Es kamen öfter Fälle vor, die bei ihrer Entlassung weder Bandagen noch ärztlicher Aufsicht mehr bedurften, obgleich sie vor 4—5 Jahren in einem jammervollen Zustande aufgenommen worden waren. Eine mittelbare Folge der Tätigkeit des Vereines verdient noch erwähnt zu werden: Arme Eltern fingen an, auf ihre Kinder zu achten und zu fragen, ob an ihnen alles in Ordnung sei und sie vollkommen gesunde Glieder haben; sie ließen die Gebrechen nicht mehr groß werden wie früher, bis die Hilfe zu spät kam. Auch eine zweite Aufgabe, die Schulerziehung, leistete der Verein in befriedigender Weise, einerseits durch Privatunterricht, anderseits durch besonderen Unterricht in einer Schule, wohin die Kinder kamen, welche sich selbst fortbewegen konnten und wo ein Lehrer ihnen kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt Unterricht erteilte. Später räumte der Magistrat der Stadt Kopenhagen dem Vereine das Recht ein, auf seine Rechnung für alle jene Kinder zu sorgen, welche die öffentlichen Schulen nicht hätten besuchen können. Die Kinder vom Lande wurden in der Diakonissenanstalt untergebracht und daselbst auch unterrichtet.

Die schwierigste Aufgabe des Vereines war die Ausbildung der Kinder in Handwerken. Fast jedes Kind mußte unter besonderer Berücksichtigung seiner Fähigkeiten und Gebrechen eine andere Beschäftigung erhalten, ja für jedes Kind war die Erfindung eines besonderen Arbeitsinstrumentes oder einer Hilfsmaschine nötig, namentlich für die große Zahl der einarmigen Knaben und Mädchen. Die Knaben lernten flechten, Bürsten machen, Säcke nähen, Ketten und Beutel aus Metalldraht anfertigen, die Mädchen häkeln, nähen, sticken, waschen — alles mit einer Hand unter Zuhilfenahme besonderer Vorrichtungen und Maschinen. Die Arbeiten erregten durch ihre große Sauberkeit und Feinheit allgemeine Bewunderung.

Wären diese Kinder sich selbst überlassen geblieben, so wären sie hilflos und wären früher oder später im Armenhause gestrandet. Es ist klar, daß dem Armenwesen durch die Tätigkeit des Vereines große Lasten abgenommen wurden. Ein Mädchen, dem ein Arm abgenommen werden mußte, wurde beispielsweise solange behalten, bis sie sich ihr Brot verdienen konnte. Die gesamten Kosten, welche in diesem Falle ganz auf das heimatliche Dorf fielen, betrugen etwa 400 dänische Kronen. Man bedenke nun, daß dieses sonst gesunde Mädchen ihr Leben hätte im Armenhause zubringen müssen, wo die alljährlichen Ausgaben für eine Person 280 Kronen betragen.

Heute besitzt das Unternehmen in Kopenhagen eine Reihe von Gebäuden, in welchen eine eigene Klinik, eine Schule und Werkstätten untergebracht sind. Es sind 150 Plätze vorhanden. Außerdem besteht ein Krüppelversorgungsheim ebenfalls mit 150 Betten. Dank der Tätigkeit eines einzigen Mannes ist also die Krüppelfürsorge in dem kleinen Dänemark ausgezeichnet durchgebildet.

Ich habe drei der bisher erwähnten Gründungen deshalb ausführlicher besprochen, die Münchner, die Pariser und die Kopenhagener, weil eine jede von ihnen selbständig entstand und sich ebenso selbständig entwickelte und jede eine besondere Form der Fürsorge darstellte, aus deren Vergleichung wir Nutzen ziehen können.

Die Münchner Anstalt war bis in die letzten Jahre eine Erziehungs- und Bildungsanstalt, das Pariser Mädchenkrüppelheim der Vincentinerinnen war die ausgeprägteste Form einer praktisch unfruchtbaren zeitweiligen Versorgungsanstalt für Krüppelkinder und scheint es noch bis jetzt zu sein. Die Kopenhagener Gründung bildete sich ganz allmählich zu einer sehr leistungsfähigen Anstalt von segensreichster Wirkung heraus. Die Münchner Anstalt half bis 1877 nur den Knaben, nahm auch diese nur zwischen 11 und 15 Jahren auf und befaßte sich nicht selbst mit der ärztlichen Behandlung. In Kopenhagen wurden aber gleich von allem Anfang an ärztliche Behandlung, Schulunterricht und Handwerksunterricht nebeneinander geboten, die ärztliche Behandlung wurde an erster Stelle durchgeführt. In München wurden nur solche Fälle aufgenommen, welche durch Schul- oder Handwerksausbildung erwerbsfähig gemacht werden konnten. In Kopenhagen nahm man alle armen Krüppelkinder auf und tat dann ärztlich und erzieherisch alles, was möglich war.

Der Zweck dieser Ausführungen ist nicht eine Geschichte der Krüppelfürsorge zu bieten, sondern an der Hand einiger bezeichnender Beispiele den besten Weg zu einer guten Lösung der Aufgaben der Krüppelfürsorge, welche heute beinahe in allen Kulturstaaten angestrebt wird, zu zeigen. Die Anfänge waren, wie wir gesehen haben, recht bescheiden und spärlich.

Derzeitiger Stand der Krüppelfürsorge.

a) Ausland.

Einschließlich der aufgezählten Anstalten gab es in Deutschland anfangs 1909 im ganzen 39 im Dienste der Krüppelfürsorge stehende Anstalten mit 3371 Plätzen; dazu kommen 8 weitere Heime, deren Eröffnung noch im Jahre 1909 geplant ist.

Der französischen Anstalten für Krüppelfürsorge wurde bereits Erwähnung getan; es sei noch bemerkt, daß Amerika 1908 13 verschieden geartete Krüppelanstalten besaß, England 7 (4 davon in London), Italien 7 sogenannte Rachitiseranstalten, Schweden 4, Norwegen 1, Finnland 4, Rußland 1, Holland 1; in der Schweiz (Zürich) wird gegenwärtig an der Begründung einer Anstalt in größerem Maßstabe mit allen neueren Einrichtungen gearbeitet.

Eine der jüngsten Gründungen Deutschlands verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, weil sie berufen zu sein scheint, eine Musteranstalt zu werden und vermöge ihrer großen Gedanken und Einrichtungen die führende Rolle in der Bewegung zugunsten der Krüppel zu übernehmen. Die Kenntnis dieser leitenden Gedanken wird uns, die wir an die Arbeit gehen wollen, von Nutzen sein.

Diese Gründung ist die Berlin-Brandenburgische Krüppelheil- und Erziehungsanstalt. Der Gedanke, in Berlin ein Krüppelheim zu errichten, ist aus den Vorarbeiten für die bereits besprochene „Statistik jugendlicher Krüppel“ in Deutschland entstanden, welche der „Deutsche Zentralverein für Jugendfürsorge“ angeregt hat.

Die Anstalt wurde im Herbst 1906 mit 10 Betten eröffnet, sie war in einer gemieteten Wohnung untergebracht, schon nach dem Bestande von fünf Monaten erkannte der Vorstand des Vereines die Errichtung eines eigenen Heimes auf eigenem Grund und Boden als unerläßliche Vorbedingung für eine großzügige, den gegebenen Aufgaben gerecht werdende Krüppelsfürsorge. Es wurde im März 1907 beschlossen, bis zur Verwirklichung dieser Pläne in Mietsräumen eine Erweiterung der bisherigen Tätigkeit vorzunehmen. Die Stadt kam diesen Bestrebungen willig entgegen und überließ dem Vereine für 1½ Jahre mietsfrei Räume im Krankenhaus am Urban, woselbst 100 Betten eingerichtet wurden. Im Herbst 1908 wurden weitere 30 Betten notwendig, um den rasch wachsenden Anforderungen zu genügen. Im Jahre 1909 wird die Anstalt ihr jetziges Heim abermals verlassen müssen, da die Stadt Berlin das Gebäude zu Krankenhauszwecken anderer Art braucht. Die Anstalt verfügt jetzt über 5 große Krankensäle, 4 zu je 25, 1 zu 30 Betten und ein Einzelzimmer für 6 unruhige Kranke: die in der Nacht meist entsetzlich schreienden Kinder mit Littlejser Lähmung und 1 Zimmer für Schwerkranke.

Der zweite Stock enthält die Schulräume, das Operationszimmer, das Röntgenzimmer, die photographische Dunkelkammer, ein Untersuchungszimmer, zugleich Sprechzimmer des Arztes. In einem großen kirchenähnlichen Saale sind die medikomechanischen Apparate und die Turngeräte untergebracht und in zwei abgetrennten Teilen desselben getrennte Massageräume für Knaben und Mädchen. Der große Saal dient zugleich als Festsaal. Im ersten Stock befinden sich die Schlafräume der Schwestern und gleichzeitig der Schülerinnen, das Wohnzimmer für den Assistentenarzt und mehrere Räume für den Handwerksunterricht, die Buchhalterei und die Kasse, ein Empfangsraum, zugleich Wohnzimmer der Oberchwester, das Esszimmer, zugleich Aufenthaltszimmer der Schwestern. Im Kellergehoß die orthopädische Werkstätte, die große Kochküche, Hausdienerwohnung, Waschküche und Trockenraum.

Ein großer sonniger Hof bietet den Kindern bei günstiger Witterung einen angenehmen Aufenthalt. Die orthopädisch-chirurgische Abteilung, das Röntgenzimmer und der medikomechanische Saal sind mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet.

An der Spitze des Hauses steht der leitende Arzt, der dem Kuratorium verantwortlich ist. Über ihn gehen alle Wünsche und Verordnungen an das Haus und die Schwesternschaft und umgekehrt. Zu seiner Unterstützung sind ein Verwalter und für erzieherische Angelegenheiten ein Hilfschulleiter bestellt. Wöchentliche Beratungen der drei Herren mit der Oberchwester tragen dafür Sorge, daß die Anstalt sich nicht einseitig auswächst, sondern daß alle Teile einheitlich und gleichmäßig entwickelt werden. Es dürfte bald nötig werden, einen Lehrer im Hauptamte anzustellen, der sich namentlich mit dem Unterricht der Schwachbegabten vertraut gemacht hat.

Von größter Bedeutung für die Organisation ist die Auffassung des Krüppels als eines Kranken. Aus diesem Grunde muß stets der Arzt in allen Angelegenheiten in entscheidender Weise zur Geltung kommen. Die Anstalt soll nicht nur eine Stätte der Schul- und Handwerkszerziehung sein, in welcher gelegentlich auch der Arzt befragt wird, sondern sie soll eher ein Hospital sein, in welchem der Lehrer die Kinder erzieht unter Einhaltung derjenigen Grenzen, welche der Arzt unter Rücksichtnahme auf seelische und körperliche Leistungsfähigkeit für den einzelnen Fall festgesetzt hat.

Das ist etwas von den bisherigen Gepflogenheiten abweichendes, aber wenn irgendwo im Unterricht der Arzt mitzusprechen hat und in erzieherischer Hinsicht eine Individualisierung notwendig ist, um das Höchstmögliche zu er-

reichen, so ist das gewiß in der Krüppelfürsorge der Fall. „Es gibt heute in der Medizin zuverlässige objektive Methoden, welche gestatten, den Schwachsin des Kindes in seinen verschiedenen Abstufungen zu erkennen und zu studieren. Andererseits hat die Erziehungskunst nicht vollstinnige Kinder durch besondere Verfahren zu unterrichten gelernt. Aus dem verständnisvollen, sich Zeit lassenden Verschmelzen dieser Zweige zu einer erzieherischen Heilkunde, die ihr Vorbild in der schulärztlichen Einrichtung hat, für geschlossene Anstalten aber weniger angewendet ist, erhoffen wir viel Gutes für unseren besondern Fall.“

Auch bezüglich des Pflegepersonals geht die Anstalt unter Biesalskis Führung ihre eigenen Wege. Die Krüppelpflege erfordert intelligente, freie Menschen! Für die Anstellung von Schwestern wird mindestens das Zeugnis der 2. Klasse einer höheren Töchterschule verlangt. Das Glaubensbekenntnis ist nicht ausschlaggebend. Für jede abgegrenzte Tätigkeit ist wenigstens eine, womöglich aber sind — für den Vertretungsfall — zwei vorhanden, die in dem betreffenden Fache besonders ausgebildet und geprüft sind. Die Oberschwester hat neben ihrer allseitigen Ausbildung als Pflegerin das Lehrerinnen-, das Turnlehrerin- und Handarbeitsexamen gemacht, einige Jahre an Töchterschulen und im Auslande unterrichtet und viele Jahre an Kliniken verschiedenster Art zugebracht. Sie ist dem Arzte für den regelmäßigen Betrieb in sämtlichen Abteilungen des Hauses verantwortlich und ihr untersteht der Operationssaal. Dafür obliegt ihr keine Krankenpflege.

Die Lernschwestern werden zwei Monate zur Probe genommen und verpflichten sich im Falle der Aufnahme auf mindestens 1 Jahr. Die Ausbildung ist eine systematische, äußerst sorgfältige und erstreckt sich auf Anatomie und Physiologie, Kinder- und Krankenpflege, Massage und Gymnastik, die Grundzüge der Pädagogik, Küche- und Wäschebehandlung, Kindergärtnerinnenunterricht und Erweiterung der Schulkenntnisse.

Die schwierige Dienstenfrage löst die Anstalt leicht in der Weise, daß sie sich junge Mädchen von 14—17 Jahren zum Teil mit leichten Verkrüppelungen zu Dienboten heranzieht, die zwei Dinge gelernt haben, arbeiten und gehorchen.

Bezüglich der Aufnahme der kranken Kinder beschränkt sich die Anstalt nicht wie manche darauf, nur die bildungsfähigen aufzunehmen, sondern es finden auch solche Aufnahme, bei denen man vom ersten Tage an weiß, daß ihnen nichts geboten werden kann als eine Pflege bis zu ihrem oft sehr fernen Tode. Und ganz allein auf die armen hat es die Anstalt abgesehen, die ohne die Hilfe einer Anstalt zugrunde gehen müßten und gar nicht für den Lebenskampf tauglich würden. Während des schulpflichtigen Alters wird von einem Handwerksunterricht abgesehen, wohl aber die Handfertigungsbeschäftigung eifrig gepflegt, möglichst ausgewählt in Berücksichtigung des später zu erlernenden Handwerkes. Arzt, Schule und Handwerksunterricht wirken möglichst gleichzeitig und durcheinander, die Kinder nehmen mit ihren Verwandten schon zu einer Zeit am Unterrichte teil, da sie außerhalb des Heimes die Schule noch längst nicht würden besuchen können. Der Vorteil liegt darin, daß die Kinder trotz ihrer längeren Krankheit und Behandlung im Unterricht und in der Handwerksausbildung bis zum 14. bzw. 17. Lebensjahre ebensoweit gekommen sind wie ihre gesunden Altersgenossen. Alle Kinder müssen während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes in der Anstalt täglich turnen, körperliche Übungen machen, oder sie werden massiert, wenn ersteres nicht möglich ist. Großer Wert wird auf eine ausgiebige, abwechslungsreiche Ernährung gelegt. Für viele Krüppel-

finder bedeutet die Aufnahme ins Krüppelheim die Erlösung aus trostlosen, zum Teil entsetzlichen Verhältnissen.

Wenn wir noch einmal auf die Geschichte des Krüppeltumes einen Blick werfen, so sehen wir auf die Zeit der Vernichtung die der Duldung folgen. Erst mit dem Beginne des XIX. Jahrhunderts setzt vereinzelt die Fürsorge ein. Sie stand hier auf dem Boden der christlichen Liebestätigkeit und beschränkte sich auf die bloße Pflege, dort wieder suchte man durch Erziehung und Ausbildung in Handwerken die Krüppelnot zu lindern. Seit Knudsen kommt auch die Behandlung der Krüppel mehr zur Geltung, die in Beschaffung von Apparaten, Schienen und in ärztlicher Behandlung bestand. Nun ist die vierte Epoche angebrochen, welche den Arzt in den Vordergrund der praktischen Krüppelfürsorge stellt. Die Tatsache, daß man es beim Krüppel mit einem Kranken zu tun hat, ist erst in den letzten Jahren klar erkannt und in ihrer Bedeutung für die Krüppelfürsorge gewürdigt worden, es ist früher darüber gestritten worden, ob es nicht besser sei, Krüppelheilanstalten und Krüppelerziehungsanstalten getrennt von einander arbeiten zu lassen. Dieser Standpunkt ist jetzt gänzlich verlassen. Gerade in der engen und organischen Vereinigung der Heilung und Erziehung liegt der Kern aller Krüppelfürsorge.

Das Hervortreten der ärztlichen Tätigkeit bei der Bekämpfung des Krüppelleids ist auf die Entwicklung der Orthopädie in den letzten 20 Jahren zurückzuführen. Die Orthopädie hat sich zu einer Wissenschaft, zur orthopädischen Chirurgie entwickelt, die imstande ist, die Krüppelgebrechen in einer bisher unbekannten und ungeahnten Weise zu heilen. In der Verband- und Apparatentechnik sind unwälzende Neuerungen geschaffen worden. Die Technik der Gipsverbände ist ungemein verfeinert, vervollkommenet worden. Die von Hefling erfundenen Schienenhülsenapparate und Korsette wurden durch Hoffa der Allgemeinheit zugänglich gemacht und finden heute außerordentlich häufige und segensreiche Anwendung bei vielen Krüppelleiden. Die Behandlung der zahlreichen Lähmungsfälle und der früher so aussichtslosen Gelenkversteifungen mittels medikomechanischer Apparate (Bänderapparate, Pendelapparate) hat große Erfolge aufzuweisen. Schwere Rückgratverkrümmungen werden durch die neue Streck- und Gipsverbandbehandlung in hohem Grade gebessert. Das für alle Arten von Rückgratverkrümmungen so wirkungsvolle Gipsbett ist erst seit wenigen Jahren Allgemeingut der orthopädischen Chirurgie geworden. Frische und alte Wirbelentzündungen, die Ursache des Spitzbuckels, und schwere, häufig zum Tode führende Lähmungszustände und Eiterungen können heute ohne jede Verkrümmung und Schädigung des Körpers zur Ausheilung gebracht werden. Eingreifende und verstümmelnde Operationen bei Knochen- und Gelenkerkrankungen sind durch schonende Heilverfahren teilweise oder gänzlich verdrängt worden, an Stelle des gefürchteten Messers ist die harmlose Behandlung mit Gehverbänden und Stützapparaten getreten.

Bei weitem den größten Erfolg haben aber gerade die neuen operativen Verfahren gebracht; ihnen verdankt die orthopädische Chirurgie den großen Aufschwung und ihnen gebührt der Hauptanteil an der Krüppelheilung: die Einrenkung der angeborenen Hüftverrenkung, die Sehnenüberpflanzungen, die Sehnenbildung der Gelenke (Tenodese) und die Versteifung der Gelenke durch die Arthrodesis.

Mit den letzteren drei operativen Verfahren ist man gegen das große Heer der Lähmungen erfolgreich zu Felde gezogen. Der Machtbereich der orthopädischen Chirurgie ist auf diese Weise in verhältnismäßig wenig Jahren

in großem Maßstabe erweitert worden, sie verfügt heute über eine reiche Auswahl bewährter Heilverfahren auch für solche Gebrechen, welchen man früher machtlos gegenüberstand. Mit der jetzt ebenfalls hoch ausgebildeten Pädagogik Hand in Hand ist die orthopädische Chirurgie jetzt imstande, die Frage der Krüppelfürsorge fast vollkommen zu lösen.

b) Österreich-Ungarn.

Im Hinblick auf die in Deutschland geleistete Riesenarbeit, aber auch im Vergleich mit anderen Staaten ist Österreich-Ungarn auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge sehr zurückgeblieben. Bis zum Jahre 1908 hat sich weder der Staat noch ein Kronland in der Krüppelfürsorge betätigt, da man noch nicht zur Einsicht gelangt war, von welcher großen volkswirtschaftlichen Bedeutung eine geregelte Krüppelfürsorge ist. Die wenigen Krüppelanstalten und diejenigen Vereine, die sich mit der Krüppelfürsorge befassen, sind aus privater Wohltätigkeit hervorgegangen und werden auch weiter durch freiwillige Spenden erhalten.

In ganz Österreich-Ungarn bestehen gegenwärtig nur 4 derartige Anstalten, 3 in Österreich diesseits der Leitha und eine in Ungarn. Es sind dies:

1. Die Kaiserin Elisabeth-Ährl-Stiftung für verkrüppelte Kinder in Langendorf bei Wien.
2. Das Heim für verkrüppelte Kinder in Laa bei Neulengbach.
3. Das Heim für verkrüppelte Kinder in Budapest.
4. Das Krüppelheim in Schwaden bei Ausfig.

Ferner bestehen in Österreich noch 2 Vereine, der Verein „Leopoldineum“ in Wien und der Verein „Krüppelfürsorge in Steiermark“, welche sich ebenfalls die Schaffung von Heimstätten für Krüppel zum Ziele gesetzt haben.

Über die Entwicklung, Einrichtung und bisherige Tätigkeit der genannten Anstalten und Vereine ist folgendes zu berichten (nach Dr. von Aberle):

Die Kaiserin Elisabeth-Ährl-Stiftung für verkrüppelte Kinder in Langendorf wurde im Jahre 1900 als erste Krüppelanstalt Österreichs gegründet. Schon im Jahre 1897 hatte sich ein Verein gebildet, der sich die Errichtung und Erhaltung eines Ährls für verkrüppelte Kinder zur Aufgabe stellte. Die Anregung ging von einer wohlthätigen Dame der Wiener Gesellschaft, Frau Jenny Edlen von Glaser, aus. Es sollte anlässlich des Regierungsjubiläums unseres Kaisers dem Andenken der erhabenen, unvergeßlichen Kaiserin Elisabeth eine dauernde, menschenfreundliche Huldigung und zwar durch Gründung einer Zufluchtsstätte für arme verkrüppelte Kinder dargebracht werden. In kürzester Zeit gelang es der Energie und der unermüdlichen Aufopferung Frau von Glaser, auch andere hochgestellte Damen für ihre Idee zu interessieren, so daß der junge Verein Ende 1897 infolge reichlicher Spenden bereits einen Vermögensstand von 197.723 Kronen aufzuweisen hatte. Dieser wurde durch ein Aktionskomitee, dem auch die höchsten aristokratischen Kreise angehörten, bis Ende 1898 auf die stattliche Höhe von 344.336,32 Kronen gebracht.

Als endlich 1899 dem Vereine durch den Großindustriellen Dreher die Realität Schloß Ober-Langendorf geschenkt wurde, so daß dem Vereine die großen Summen für einen Neubau erspart blieben, bestand kein Hindernis mehr, den Plan des Vereines, die Errichtung und Eröffnung eines Ährls, in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Ausführung zu bringen. Nach den für die Ährlzwecke notwendigen Adaptierungen wurde die Anstalt am 19. November 1900, dem Namenstage der verewigten Kaiserin Elisabeth, in

feierlicher Weise mit vier Pfleglingen eröffnet und ihrer Bestimmung übergeben.

Das Asyl besteht aus dem zweistöckigen, schloßähnlichen Hauptgebäude, an welches sich ein prachtvoller, großer Park mit alten, schattigen Baumgruppen anschließt. Dieser gewährt einer eventuellen Vergrößerung des Asyls den weitesten Spielraum. Anschließend an das Hauptgebäude liegen die einschichtigen Wirtschaftsgebäude, ferner ein einstöckiges Nebengebäude, welches bisher dem Dienstpersonal als Wohnung diente. Der 1. und 2. Stock des ziemlich umfangreichen Hauptgebäudes wird von den getrennten Tag- und Schlafzimmern der Kinder, den Waschräumen derselben, ferner den Krankenzimmern, von dem großen Unterrichtssaal und dem Speisezimmer eingenommen. Sämtliche Fenster der Zimmer, die die Pfleglinge benützen, sind parkseitig gegen Südosten gelegen. Auf dieser Seite befinden sich auch eine Reihe von geräumigen Veranden, die in direkter Verbindung mit den Tageszimmern der Kinder stehen. Eine Loggia dient als Liegchalle für kranke Kinder. Die Schlaf- und Waschräume für Knaben und Mädchen sind getrennt. Im Erdgeschoß sind die Kapelle, die Kanzlei, das Sprechzimmer, die Küche und die erforderlichen Nebenräumlichkeiten untergebracht.

Die Pflege der Kinder ist den Barmherzigen Schwestern vom Orden des hl. Vinzenz von Paul anvertraut, welche auch den Unterricht und die Erziehung der Kinder leiten. Derzeit sind 7 Schwestern in der Anstalt tätig.

Die orthopädische Behandlung der Krüppelkinder wird von Prof. Dr. A. Lorenz und seinem Assistenten Dr. v. Aberle besorgt. Die Operationen werden vorläufig nicht in der Anstalt selbst, sondern im Ambulatorium für orthopädische Chirurgie des Prof. Lorenz im Wiener Allgemeinen Krankenhause vorgenommen, in welchem auch die Kinder bis zur Transportfähigkeit bleiben. Nur die notwendigen Gipsverbände werden im Asyl selbst angelegt. Die interne Behandlung obliegt dem Arzte von Langendorf, Dr. Mayerhofer.

Die Anstalt ist für Kinder jeder Religion und jeder Nation zugänglich. Für die Aufnahme ist im allgemeinen ein Alter zwischen dem 3. und 14. Lebensjahre erforderlich. Doch wurden in Ausnahmefällen auch jüngere Kinder in Pflege genommen. Die Verpflegung und Behandlung ist vollkommen unentgeltlich, doch sind zahlende Pfleglinge nicht ausgeschlossen. Die Kosten werden durch die Mitgliedsbeiträge und die Kapitalzinsen gedeckt. Die Erhaltungskosten eines Kindes haben sich im ersten Jahre, also 1901, bei dem Umstande, daß die Aufnahme der Kinder erst nach und nach erfolgte, das Pflege- und Hauptpersonal aber schon von Anfang an vollständig sein mußte, ziemlich hochgestellt. Bei einer angestellten Durchschnittsberechnung hat sich ergeben, daß, wenn sämtliche Auslagen des Vereins auf die Pfleglinge verteilt werden, auf jedes Kind für den Monat der Betrag von 73'5 Kronen entfällt. Unter Zugrundelegung dieses Maßstabes würde also der Gesamtaufwand bei einem Stande von 24 Kindern im Jahre rund 21.000 Kronen betragen. Infolge des später angewachsenen Betriebes betrugen die Erhaltungskosten eines Kindes im folgenden Jahre 1902 durchschnittlich jedoch um etwa 24% weniger als im Vorjahre. Mit der Zunahme der Zahl der Pfleglinge haben sich die Kosten für je ein Kind noch wesentlich verringert.

Bis zum Jahre 1903 betrug die Bettenzahl ungefähr 24; seit 1905 können aber doppelt soviel Pfleglinge untergebracht werden.

Einen Überblick der Kosten und der bisherigen Tätigkeit des Asyls erhellt aus folgender Zusammenstellung:

Ber- pflegungs- jahr	Zahl der unent- geltlich verpflegten Kinder	Höchstzahl der gleichzeitig verpflegten Kinder	Zahl der Verpfle- gungstage inkl. Personal	Gesamt- kosten in Kronen	Durchschnittliche Kosten pro Verpfle- gungstag für ein Kind
1900 ¹⁾	5	5	339	2.490.—	—
1901	27	22	5.982	14.657.30	2.45
1902	25	24	8.073	14.976.07	1.85
1903	29	29	8.945	18.776.41	2.09
1904	42	37	12.397	22.560.83	1.81
1905	61	49	16.226	23.684.29	1.45
1906	67	50	18.250	20.263.84	1.11
1907	65	52	18.434	16.747.06	0.90
Gesamt- leistung	118 ²⁾		88.646	134.155.80	

¹⁾ Eröffnung am 19. November.

²⁾ Seit Bestand der Anstalt.

Ein sehr wichtiger Schritt in der Entwicklung des Krüppelheims war die Umwandlung des Asyls in eine Stiftung, welche am 15. September 1906 von der Behörde genehmigt wurde. Dadurch sollte das „begonnene Werk in seiner Idee und historischen Bedeutung auch durch alle nachfolgenden Zeiten erhalten, anderseits das dem Stiftungszwecke zu widmende Vermögen dauernd und für alle Zeiten an den ursprünglichen Gründungszweck gebunden und für die Verwaltung des Asyls ein für allemal eine nach den unverrückbaren Bestimmungen des zu errichtenden Stiftsbriefes unabänderbare Basis und damit die Gewähr für die Stabilität und Gleichmäßigkeit der Verwaltung und für den ruhigen Fortgang in der weiteren Entwicklung des Asyls geschaffen werden“.

Die Verwaltung der Stiftung untersteht dem Stiftungskuratorium, welches sich aus dem bisherigen Präsidenten, der Präsidentin (derzeit Marie Theresie Gräfin Harrach), je zwei Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten, dem Schriftführer und weiteren zehn Kuratoriumsmitgliedern zusammengesetzt.

Infolge der Umwandlung in eine Stiftung mußte auch eine Trennung des Vermögens in das Stiftungs- und das Vereinsvermögen vollzogen werden.

Das Stiftungsvermögen betrug Ende 1906:

Die Realität in Ober-Lanzendorf, 40.000 Kronen 4% iger Wertpapiere.

Das Vereinsvermögen belief sich auf 431.193,72 Kronen.

Die Gründung des Kinderheimes in Laa bei Neulengbach in Niederösterreich ging ebenfalls von einem Vereine aus. Derselbe hatte sich am 26. November 1898 unter dem Namen „Kinderheim, Verein zur Gründung und Erhaltung von Heimstätten für verkrüppelte, schwache und rekonvaleszente Kinder jüdischer Konfession“ gebildet und hat den Sitz in Wien. Den in den Heimstätten aufgenommenen

Kindern sollte behufs Erlangung oder Kräftigung ihrer Gesundheit dauernd oder vorübergehend Unterkunft und eine entsprechende Pflege und Erziehung gegeben werden. Auch steht es in der Absicht des Vereins, erforderlichenfalls in Österreich Zweigvereine zu errichten.

Der Verein entwickelte unter der Präsidentschaft des Großindustriellen Johann Eißler unter Mithilfe mehrerer Vereinsmitglieder eine geradezu fieberhafte Tätigkeit, so daß bald eine stattliche Summe zur Verfügung stand. Bald lag auch eine Reihe von Kaufangeboten von Landgütern vor. Doch erwiesen sich die meisten davon als unbrauchbar für die Zwecke des Vereines. Trotzdem gelang es demselben in kurzer Zeit, schon Anfang 1899, ein für die Asylzwecke geeignetes, ansehnliches Anwesen käuflich zu erwerben.

Das Gut Laa ist 4 km von der Bahnstation Neulengbach entfernt, welche von Wien aus in $1\frac{1}{4}$ Stunde, erreichbar ist. Der Besitz liegt auf einer sanft ansteigenden Lehne und umfaßt: ein einstöckiges Wohnhaus, welches 11 Wohnräume, Badezimmer und Nebenräume und in jedem Geschoß eine große gedeckte Veranda enthält, zwei neugebaute Wohnhäuser für den Wirtschafter und das Gefinde, ferner Stall für Kinder und Pferde, Wagenremise und Keller. Alle Räume sind mit Wasserleitung versehen und mit Schiefer gedeckt. An das Wohnhaus grenzt ein kleiner Ziergarten und an diesen ein schattiger, $1\frac{1}{2}$ Joch großer Wald. In demselben befindet sich ein Wasserreservoir. Das Areal des ganzen Besitzes beträgt einschließlich eines großen Obst- und Gemüsegartens, sowie eines kleinen Karpfenteiches 36 zusammenhängende Joch. Das Gut wurde samt lebenden und totem Inventar um den Betrag von 70.000 Kronen erworben.

Die Hoffnung des Vereines, das Heim recht bald eröffnen zu können, konnte jedoch erst im Oktober 1902 in Erfüllung gehen. Es waren nämlich noch zahlreiche notwendige Adaptierungen auszuführen. Die Vereinsleitung wollte aber auch das Asyl vor der Eröffnung auf eine gesicherte pekuniäre Basis stellen, um die Gewähr eines ungestörten Betriebes zu bieten. Jedoch wurde bereits im Sommer 1901 versuchsweise und vorübergehend 10 erholungsbedürftigen Kindern in der Anstalt Aufnahme gewährt. Dieser erste Versuch, der auch zur Erhebung der Durchschnittskosten für die Verpflegung von Zöglingen diente, fiel glänzend aus. Nach den angestellten Berechnungen wurden die Kosten für 1 Kind auf ca. 600 Kronen per Jahr bestimmt. Trotzdem im allgemeinen nur vollkommen unbemittelte Kinder Aufnahme finden sollten, wurde dieselbe jedoch ausnahmsweise auch bemittelteren Kindern gegen den Betrag von 600 Kronen jährlich bewilligt.

Leider konnte auch das Kinderheim Laa nur wenigen Kindern die Vorteile und Wohltat der Anstaltsbehandlung gewähren. Im Jahre 1903, im ersten vollen Betriebsjahre, vermochte es nämlich nur 12 Pfleglinge in Fürsorge zu nehmen. Diesem aber wurde vollkommener Unterricht in allen Gegenständen der Volksschule durch eigene Lehrer zuteil.

Die ärztliche Leitung untersteht den beiden Ärzten, kaiserl. Rat Dr. S. Krüger in Wien, der nach dem Tode Eißlers auch zum Präsidenten des Vereines gewählt wurde, und Dr. S. Baruch in Neulengbach. Die orthopädische Behandlung liegt in den Händen des Orthopäden Dr. M. Haudel in Wien.

Die Mittel des Vereines werden durch die Mitgliedsbeiträge, durch alljährliche Veranstaltungen zugunsten des Vereins, durch Schenkungen usw. beschafft.

Die näheren Daten über die Vereinstätigkeit sind aus folgender Tabelle zu entnehmen:

Ver- pflegungs- jahr	Zahl der unent- geltlich verpflegten Kinder	Höchstzahl der gleich- zeitig verpflegten Kinder	Zahl der Ver- pflegungs- tage	Gesamt- kosten in Kronen	Durchschnittliche Kosten pro Verpflegungstag für ein Kind
1902 ¹⁾	4	4	—	—	—
1903	12	8	4.371	7.540·69	1·72
1904	18	15	5.551	11.197·85	2·01
1905	37	20	5.484	10.768·10	1·91
1906	58	21	6.345	9.144·10	1·44
1907	54	25	7.235	10.785·49	1·49
Gesamt- summe	139 ²⁾		28.986	49.436·23	

¹⁾ Ab Oktober.

²⁾ Seit Bestand der Anstalt.

Die einzige in Ungarn bestehende Krüppelanstalt, das Heim für verkrüppelte Kinder, wurde im Jahre 1903 in Budapest auf die Initiative des Herrn Richard Rothfeld gegründet. Das Krüppelheim ist eine Schöpfung des Budapester Krüppelpflegevereines. Der Verein begnügt sich nicht mit der Erhaltung der Budapester Anstalt allein, sondern es liegt in der Intention desselben, auch Zweiganstalten in Ungarn zu errichten. In diesen sollen krüppelhafte Kinder ohne Unterschied der Religion, der Nationalität und des Geschlechtes Aufnahme, ärztliche Behandlung, Erziehung und Ausbildung für ein Handwerk finden. Statutengemäß können in der Budapester Anstalt nur solche Krüppelkinder untergebracht werden, die von mittellosen Eltern stammen; denn ein Pflegegeld wird nicht bezahlt. Außerdem müssen die Kinder geistig vollkommen normal veranlagt sein. Taubstumme, blinde, blöde und epileptische Kinder sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Der Verein besitzt bisher noch kein eigenes Anstaltsgebäude, sondern es wurde vorläufig ein Miethaus für die Asylzwecke verwendet. Dasselbe umfaßt zwei Schlafzimmer, einen Lagersraum, ein Schulzimmer und die entsprechenden Bade- und Nebenräume. Auch die Wohnung der Lehrerin befindet sich in dem Hause. Im allgemeinen besteht in jeder Beziehung größter Platzmangel. Es konnte daher auch vorläufig eine ganz geringe Zahl von Pflegelingen Unterkunft finden, weshalb sich auch die Vereinsleitung bei der Aufnahme nur auf

Anaben im schulpflichtigen Alter von 6—15 Jahren beschränkte. Der Belag der Anstalt betrug:

im Jahre 1905	10 Anaben
" " 1906	14 "
" " 1907	15 "

Als Chefarzt fungiert Dr. Ladislaus Szegvari, als Operateur Dr. Hugo Szöller. Doch müssen die operativen Eingriffe infolge Mangels eines eigenen Operationsraumes nur auf das Notwendigste beschränkt werden.

Der Unterricht liegt in den Händen einer staatlich geprüften Lehrerin und bezieht sich vorläufig nur auf die sechs Elementargegenstände. Außerdem aber erhalten die Anaben auch ausgezeichneten Handfertigkeitsunterricht durch eine eigene Lehrerin in diesem Fache. Namentlich in Clayd- (d. i. Ton-) und Gipsmodellieren werden trotz der oft krüppelhaften Hände staunenswerte Resultate erzielt. Ferner wird noch Buchbinderei gelehrt. Aber auch dafür fehlt überall der entsprechend große Raum. Die Kosten werden durch die Kapitalzinsen, die Mitgliedsbeiträge, durch Geschenke und sonstige Beiträge gedeckt. Auch vom Ministerium des Innern und der Unterrichtsverwaltung, sowie von der Stadt Budapest wurden wiederholt namhafte Subventionen gewährt. Das Vereinsvermögen, welches Ende 1906 64.000 K betrug, war bereits im Mai 1907 auf 90.000 K gewachsen; derzeit erreicht es die Höhe von ungefähr 150.000 K.

Der Verein Leopoldineum in Wien wurde im Jahre 1903 gegründet; er hat sich zur Aufgabe gestellt, ein Heim für Verkrüppelte beiderlei Geschlechtes, ohne Unterschied der Religion und Nationalität für ganz Österreich zu schaffen, in welchem diese unglücklichen Geschöpfe behandelt und versorgt werden sollen. Durch passende Erziehung und entsprechenden Unterricht, sowie durch sorgfältige Auswahl des zu Erlernenden soll dem Einzelnen die Möglichkeit geboten werden, trotz seines Gebrechens einen ehrlichen Erwerb zu erlernen.

Wenn auch der Verein Leopoldineum bisher noch kein eigenes Heim besitzt, so muß doch betont werden, daß der sehr rührige Verein, an dessen Spitze seit der Gründung Franz Josef Fürst Auersperg und seine Gemahlin Wilhelmine stehen, auf andere Weise sehr viel für die Krüppelfürsorge leistet. Er sucht nämlich vorläufig besonders ambulatorisch zu wirken, indem er den Krüppelkindern Pflege, orthopädische Behandlung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel kostenlos zuteil werden läßt. Auch werden die orthopädischen Stützapparate auf Vereinskosten hergestellt. Außerdem aber vermittelt der Verein kostenlos Stellen und passende Arbeit für Krüppelkinder, verleiht an solche Unterstützungen und sucht Lebens-, Alters- und Unfallversicherungen für Krüppelhafte zu erwirken.

Seit dem Sommer 1908 hat der Verein eine öffentliche chirurgisch-orthopädische Anstalt eröffnet. Die Anstalt hat Ambulanzräume, Operationsaal, Liegeraum mit zwei Betten, eigene Wandagistenwerkstätte und einen großen Turnsaal für orthopädische Zwecke, so daß die gesamte medizinische Orthopädie den Armen kostenlos zur Verfügung steht.

Die spezialistische Behandlung leitet der Orthopäde Dr. Viktor Rienast. Die notwendigen Operationen werden von ihm kostenlos in einem der Wiener

Sanatorien ausgeführt. Die Sanatoriumskosten trägt der Verein. Die Zahl der im Jahre 1907 behandelten Krüppel betrug 172.

Daß hierbei mit dem Betrage von K 1477·48 das Auslangen gefunden werden konnte, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß seitens der beteiligten Faktoren dem Vereine durch namhafte Ermäßigungen auf das weitgehendste entgegengekommen wurde.

Im Jahre 1905 erreichten die Auslagen K 3808·42

1906

3231·56

„Das Vereinsvermögen“ betrug „Ende“ 1907 „ 8907·71

Um den Verein auch in anderen Kronländern der Monarchie einzubürgern und in die breitere Öffentlichkeit treten zu lassen, wurde im Jahre 1905 mit der Schaffung von Ortsgruppen in den verschiedenen Hauptorten begonnen. Eine solche kann nur über Beschluß der Vereinsleitung eröffnet werden, aber auch nur dann, wenn sich mindestens 20 Mitglieder für eine Sektion melden. Bisher sind auf diese Weise 6 Ortsgruppen entstanden, u. zw. in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Laibach, Görz und Abbazia. Auch in Graz sollte eine Ortsgruppe des Leopoldineums geschaffen werden.

An ihrer Stelle bildete sich aber als selbständige Korporation der Verein „Krüppelsfürsorge in Steiermark“. Derselbe wurde im Mai 1906 gegründet. Die Anregung dazu gab der Privatdozent für orthopädische Chirurgie Dr. Wittek. Der Verein hat seinen Sitz in Graz und bezweckt die Errichtung einer Krüppelanstalt für dieses Kronland. Die Bau- und Betriebskosten sollen durch ein Aktionskomitee aufgebracht werden. Ein ausführlicher Bericht über die bisherige Vereinsstätigkeit liegt bei dem kurzen Bestande unseres jüngsten Vereines für Krüppelpflege noch nicht vor.

Überblickt man nun die in den vier Krüppelanstalten Österreich-Ungarns stehende Bettenzahl, so muß diese leider als verschwindend klein bezeichnet werden. Lanzendorf beherbergt derzeit 52 Kinder, Laa maximal 25, das Budapester Heim 55, Schwaben 50 Kinder, also für alle Krüppelkinder Österreich-Ungarns 182 Betten!

Doch muß immerhin berücksichtigt werden, daß alle unsere Krüppelanstalten erst Schöpfungen der letzten Zeit sind, welche sich aus den kleinsten Anfängen sogar verhältnismäßig rasch entwickelt haben. So hatte das Wyl in Lanzendorf, welches im November 1900 mit 4 Pfleglingen eröffnet wurde, Ende 1901 bereits 22 Kinder in Pflege; zweimal wurde in kurzer Folge eine Vermehrung der Bettenzahl auf 40 bzw. 52 vorgenommen. Bald darauf wurde abermals ein Seitentrakt des Gebäudes zu Krankenzimmern adaptiert, welche weiteren 14 Betten Raum gewähren, wodurch die Gesamtzahl 66 erreicht wurde.

Das Heim in Laa, welches im Oktober 1902 von 4 Kindern bezogen wurde, verpflegte im Jahre 1907 gleichzeitig bereits 25 Zöglinge. Leider hat der gute Wille, die Wohltaten der Anstaltsbehandlung möglichst vielen Bewerbern zukommen zu lassen, bei geringer Bettenzahl auch seinen Nachteil, welcher in einer bedeutenden Einschränkung der Verpflegstage pro Kind zum

Ausdruck kommt. Die Verminderung der Verpflegsdauer ergibt sich aus folgender Übersicht, die dem Jahresbericht des Kinderheims Laa entnommen ist:

1903	12	Kinder	4371	Verpflegstage,	364	Verpflegstage für ein Kind.
1904	18	"	5551	"	308	" " " "
1905	37	"	5484	"	148	" " " "
1906	58	"	6345	"	109	" " " "
1907	54	"	7235	"	134	" " " "

Es denkt daher der Verein ernstlich daran, eine Erweiterung des Heims durch Aufsetzen eines Stockwerkes auf das Anstaltsgebäude vorzunehmen.

Aber auch das Budapester Heim hat es in der kurzen Zeit seit 1903 zuwege gebracht, daß schon im Sommer 1908 mit dem Bau des eigenen Gebäudes begonnen werden konnte. Zu diesem Zwecke wurde dem Verein von der Stadt Budapest eine Grundfläche im Ausmaße von 1300 m² unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Nebengebäude soll zunächst für 50 Pfleglinge, und zwar Knaben, Platz bieten, doch ist Vorjorge getroffen, daß diese Bettenzahl wesentlich erhöht werden kann. Das Hauptgewicht wird auf die ärztliche Pflege und Behandlung gelegt werden. Für diesen Zweck wird die neue Anstalt Operationsaal, Krankenzimmer und Turnaal zc. enthalten. Außerdem werden die Pfleglinge im neuen Heim zu Handwerfern ausgebildet werden.

Wie aus dem gesagten hervorgeht, beziehen sich in Österreich-Ungarn alle Maßnahmen nur auf die jugendlichen Krüppel. Mit dem 14., 15. Lebensjahr hört die Fürjorge auf. Damit fängt aber eigentlich erst das ärgste Elend an.

Bisher kamen unsere Anstalten, die eben nur Kinder beherbergen, bei dem kurzen Bestand noch nicht so oft in die Lage, sich mit der weiteren Versorgung der Pfleglinge zu befassen. Wir konnten uns mit dem Normalunterricht begnügen. Die wenigen Herangewachsenen jedoch wurden z. B. als gutgeschulte Hilfspersonen in der Anstalt selbst verwendet. Aber in kurzer Zeit werden auch wir vor die Aufgabe gestellt werden, für das weitere Schicksal unserer Krüppelkinder zu sorgen.

Denn ist es auch unsere volle Überzeugung, daß ein Krüppelheim ohne Krüppelerziehung, ohne Fürjorge für die weitere Zukunft des ehemaligen Pfleglings undenkbar sei. Es ist ein Stehenbleiben auf halbem Wege. Ja, es wäre dann vielleicht für den Krüppel besser gewesen, wenn er das Heim nie gesehen hätte, in welchem er alles, liebevolle Pflege, gute Kost, Freude, Ordnung genoß, unter seinesgleichen ein sorgloses Leben geführt hatte, ja in gewissem Sinne sogar verwöhnt wurde.

Nun zurück ohne Ausbildung in die ärmlichen Verhältnisse seiner Familie oder in ein Siechenhaus mit seinen bresthaften, unheilbaren Kranken? Sicherlich ist dieses nicht der richtige Ort für den mit Ausnahme seines Gebrechens oft ganz gesunden Krüppel.

Andererseits bedeutet aber die Rückkehr des natürlicherweise entfremdeten, in der Bildung zurückgebliebenen Kindes auch für die liebevollsten Eltern

meist eine förmliche wirtschaftliche Katastrophe, da sie ja oft gar nicht mehr mit dieser Möglichkeit gerechnet hatten.

Ein Krüppelheim soll nämlich in doppeltem Sinne wirken; nicht nur dadurch, daß die Wohltat dem Kinde selbst zu gute kommt, sondern auch insofern, als man den ohnehin schwer geprüften Eltern einen nicht zu unterschätzenden Dienst erweist, indem man ihnen das auf sie wie lähmend wirkende Kind zur Pflege abnimmt, ihnen förmlich ein Wiederaufleben ermöglicht, die sich früher in ihrer Kraft für das Kind förmlich erschöpften. Die spätere Rückkehr eines solchen Kindes ist aber dann doppelt vernichtend für die Familie. Im gewissen Sinne gilt dies auch für bemittelte Kreise. Denn jeder Pädagog weiß aus Erfahrung, mit welchen Schwierigkeiten die Erziehung verkrüppelter Kinder in der Familie zu kämpfen hat, selbst dort, wo die reichsten Mittel vorhanden sind.

Ich glaube, daß in der Verhinderung der Rückkehr eines für das praktische Leben nicht geeigneten oder nicht besonders ausgebildeten Krüppels ein nicht zu unterschätzendes Moment der Krüppelfürsorge liegt. Vielleicht ist dieses noch höher anzuschlagen als die beste Eigenarbeit des Krüppels.

Ich möchte hier nur bemerken, daß es sich empfehlen dürfte, eine möglichst Vereinheitlichung der Arbeit in jeder einzelnen Krüppelanstalt wie in irgend einer Fabrik anzustreben, d. h. die eine Krüppelanstalt fertigt dies, die andere jenes an, oder sie bildet wenigstens das Kind in dem betreffenden Berufszweig aus. Denn unter diesen Umständen kann man sich sogar auf maschinelle Herstellung einzelner Artikel einrichten, wodurch sowohl eine Verbilligung des Betriebes, als auch bei der Vollkommenheit der gefertigten Arbeiten eine gewisse Konkurrenzfähigkeit erzielt werden kann. Eine zu große Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten der einzelnen Krüppel dagegen dürfte zu kostspielig sein.

Den genannten Gründen konnte man sich auch in Lanzendorf nicht verschließen, jetzt, nachdem die Kinder in den nächsten Jahren zur Entlassung kämen, an die Errichtung von Werkstätten Schulen zu schreiben. Es ist dies bereits beschlossene Sache und das dazu erforderliche Geld schon vorhanden.

Überhaupt ist es erfreulich zu sehen, wie sich jetzt in Österreich-Ungarn alles rührt und regt und der Krüppelfürsorge erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Es scheint, als ob man Veräumtes nachholen wollte. Namentlich im Jubiläumsjahre unseres Kaisers wurde von allen Seiten eine intensive und erfolgreiche Tätigkeit entwickelt.

In Böhmen, und zwar in Prag, sollte ebenfalls noch im Laufe des Jahres 1908 mit dem Bau eines großen tschechischen Krüppelheims begonnen werden, um damit einem dringenden Bedürfnisse abzuhelpen. Denn nach statistischen Berechnungen wird in ganz Böhmen die Zahl der jugendlichen Krüppel auf 8000—10.000, die der Erwachsenen auf ca. 30.000 geschätzt. Die Anstalt soll eine chirurgisch-orthopädische Abteilung erhalten, welche mit der tschechischen chirurgischen Universitätsklinik in Prag in Kontakt bleiben soll, um zugleich als Lehranstalt zu dienen. Auch dieses Krüppelheim ist die Schöpfung eines Vereins, der, im Oktober 1907 gegründet, unter dem Protektorate der Prof. Dr. Kufíla, Dr. Stíh und Dr. Dvořák steht. Dasselbe wird unter Mitwirkung des Staates, des Landes und der Waisenhausfonds

errichtet. Laut Statuten sollen von den einzelnen Bezirken Stipendien zur Unterstützung von Krüppeln geschaffen werden. Die in Aussicht genommene Bettenzahl beträgt 100, doch ist eine Erweiterung auf 150 Betten vorgesehen. Dieses Institut ist für Krüppel berechnet, welche das 6. Lebensjahr überschritten haben. Die Pfleglinge werden dort außer der ärztlichen Behandlung auch eine vollkommene Erziehung und fachmännische Ausbildung in Werkstättenschulen, die der Anstalt angegliedert sind, genießen.

Endlich sollte in Czernowitz, noch im Jahre 1908 ein Krüppelheim geschaffen werden. Dasselbe war ebenfalls als Jubiläumswerk geplant.

c) Deutschböhmen.

Wie aus dem ersten Jahrgange des „Jahrbuches der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen“ (Seite 432 ff.) hervorgeht, wurde am 24. Juni 1906 in Prag die „Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen“ gegründet. Dazu hatte es jahrelanger Vorarbeiten bedurft. Zunächst war es der „Bund der Deutschen in Böhmen“, der durch seinen Unterausschuß für Waisenversorgung sich mit der letzteren Frage und mit der Jugendfürsorge im allgemeinen beschäftigte. Der Ausschuß gelangte aber bald zu der Überzeugung, daß die zu lösende Aufgabe die Kräfte eines Vereines übersteigt. Nun nahm sich der „Deutsche Volksrat für Böhmen“ der Frage an und widmete der Erörterung der Angelegenheit mehrere Sitzungen. Auf seine Anregung hin beschäftigten sich weiters die Versammlungen der deutschen Bezirksobmänner Böhmens mit der Sache auf den Tagungen der Jahre 1905 und 1906. Das Ergebnis dieser Beratungen war die Gründung der „Zentralstelle“. Diese sorgte zwar insbesondere für die Erziehung von Waisenkindern, sah sich aber auch den Aufgaben der Krüppelfürsorge gegenübergestellt und trug zur Lösung dieser so arg vernachlässigten Seite der Jugendfürsorge bei. Und die von dem Vizepräsidenten des Landesauschusses Franz Zabusch am 28. Feber 1907 ins Leben gerufene Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen begann auch die Krüppelfürsorge mit kräftiger Hand in Angriff zu nehmen. Über Antrag des Obmannes des Deutschen Volksrates in Böhmen, Dr. Titta, teilte sich die Landeskommission in eine deutsche und eine tschechische Sektion.

Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge veranlaßte zuerst Erhebungen über den Umfang ihrer Aufgaben. Es wurden alle fürsorgebedürftigen Kinder in Deutschböhmen gezählt, nicht nur die krüppelhaften, sondern auch schwachsinrige, Epileptiker, Taubstumme, Schwerhörige, blinde, schwachsichtige, Idioten, Kinder mit Sprachgebrechen, mit verschiedenen Krankheiten, gänzlich Verwahrloste und andere franke Kinder, bei denen die Art der Krankheit nicht festgestellt werden konnte. Es wurden im ganzen 639 krüppelhafte Kinder von 0—14 Jahren in Deutschböhmen ermittelt, 349 Knaben und 290 Mädchen. Unter 6 Jahren 10 Knaben und 7 Mädchen, von 6—14 Jahren 324 Knaben und 276 Mädchen (zusammen 600), über 14 Jahre (?) 15 Knaben und 7 Mädchen. Einen Überblick über die Ergebnisse der umfassenden Zählung gibt folgende Zusammenstellung:

Die näheren Daten über die Vereinstätigkeit find aus folgender Tabelle zu entnehmen:

Ber- pflegungs- jahr	Zahl der unent- geltlich verpflegten Kinder	Höchstzahl der gleich- zeitig verpflegten Kinder	Zahl der Ber- pflegungs- tage	Gesamt- kosten in Kronen	Durchschnittliche Kosten pro Verpflegungstag für ein Kind
1902 ¹⁾	4	4	—	—	—
1903	12	8	4.371	7.540'69	1'72
1904	18	15	5.551	11.197'85	2'01
1905	37	20	5.484	10.768'10	1'91
1906	58	21	6.345	9.144'10	1'44
1907	54	25	7.235	10.785'49	1'49
Gesamt- summe	139 ²⁾		28.986	49.436'23	

¹⁾ Ab Oktober.

²⁾ Seit Bestand der Anstalt.

Die einzige in Ungarn bestehende Krüppelanstalt, das Heim für verkrüppelte Kinder, wurde im Jahre 1903 in Budapest auf die Initiative des Herrn Richard Rothfeld gegründet. Das Krüppelheim ist eine Schöpfung des Budapester Krüppelpflegevereines. Der Verein begnügt sich nicht mit der Erhaltung der Budapester Anstalt allein, sondern es liegt in der Intention desselben, auch Zweiganstalten in Ungarn zu errichten. In diesen sollen krüppelhafte Kinder ohne Unterschied der Religion, der Nationalität und des Geschlechtes Aufnahme, ärztliche Behandlung, Erziehung und Ausbildung für ein Handwerk finden. Statutengemäß können in der Budapester Anstalt nur solche Krüppelkinder untergebracht werden, die von mittellosen Eltern stammen; denn ein Pflegegeld wird nicht bezahlt. Außerdem müssen die Kinder geistig vollkommen normal veranlagt sein. Taubstumme, blinde, blöde und epileptische Kinder sind von der Aufnahme ausgeschlossen.

Der Verein besitzt bisher noch kein eigenes Anstaltsgebäude, sondern es wurde vorläufig ein Miethaus für die Anstaltszwecke verwendet. Dasselbe umfaßt zwei Schlafzimmer, einen Lagersraum, ein Schulzimmer und die entsprechenden Bade- und Nebenräume. Auch die Wohnung der Lehrerin befindet sich in dem Hause. Im allgemeinen besteht in jeder Beziehung größter Platzmangel. Es konnte daher auch vorläufig eine ganz geringe Zahl von Pfléglingen Unterkunft finden, weshalb sich auch die Vereinsleitung bei der Aufnahme nur auf

Knaben im schulpflichtigen Alter von 6—15 Jahren beschränkte. Der Belag der Anstalt betrug:

im Jahre 1905	10 Knaben
" " 1906	14 "
" " 1907	15 "

Als Chefarzt fungiert Dr. Ladislaus Szegvari, als Operateur Dr. Hugo Eißler. Doch müssen die operativen Eingriffe infolge Mangels eines eigenen Operationsraumes nur auf das Notwendigste beschränkt werden.

Der Unterricht liegt in den Händen einer staatlich geprüften Lehrerin und bezieht sich vorläufig nur auf die sechs Elementargegenstände. Außerdem aber erhalten die Knaben auch ausgezeichneten Handfertigungsunterricht durch eine eigene Lehrerin in diesem Fache. Namentlich in Sloyd (d. i. Ton-) und Gipsmodellieren werden trotz der oft krüppelhaften Hände staunenswerte Resultate erzielt. Ferner wird noch Buchbinderei gelehrt. Aber auch dafür fehlt überall der entsprechend große Raum. Die Kosten werden durch die Kapitalzinzen, die Mitgliedsbeiträge, durch Geschenke und sonstige Beiträge gedeckt. Auch vom Ministerium des Innern und der Unterrichtsverwaltung, sowie von der Stadt Budapest wurden wiederholt namhafte Subventionen gewährt. Das Vereinsvermögen, welches Ende 1906 64.000 K betrug, war bereits im Mai 1907 auf 90.000 K gewachsen; derzeit erreicht es die Höhe von ungefähr 150.000 K.

Der Verein Leopoldineum in Wien wurde im Jahre 1903 gegründet; er hat sich zur Aufgabe gestellt, ein Heim für Verkrüppelte beiderlei Geschlechtes, ohne Unterschied der Religion und Nationalität für ganz Österreich zu schaffen, in welchem diese unglücklichen Geschöpfe behandelt und versorgt werden sollen. Durch passende Erziehung und entsprechenden Unterricht, sowie durch sorgfältige Auswahl des zu Erlernenden soll dem Einzelnen die Möglichkeit geboten werden, trotz seines Gebrechens einen ehrlichen Erwerb zu erlernen.

Wenn auch der Verein Leopoldineum bisher noch kein eigenes Heim besitzt, so muß doch betont werden, daß der sehr rührige Verein, an dessen Spitze seit der Gründung Franz Josef Fürst Auersperg und seine Gemahlin Wilhelmine stehen, auf andere Weise sehr viel für die Krüppelfürsorge leistet. Er sucht nämlich vorläufig besonders ambulatorisch zu wirken, indem er den Krüppelkindern Pflege, orthopädische Behandlung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel kostenlos zuteil werden läßt. Auch werden die orthopädischen Stützapparate auf Vereinskosten hergestellt. Außerdem aber vermittelt der Verein kostenlos Stellen und passende Arbeit für Krüppelkinder, verleiht an solche Unterstützungen und sucht Lebens-, Alters- und Unfallversicherungen für Krüppelhafte zu erwirken.

Seit dem Sommer 1908 hat der Verein eine öffentliche chirurgisch-orthopädische Anstalt eröffnet. Die Anstalt hat Ambulanzräume, Operationsaal, Liegeraum mit zwei Betten, eigene Bandagistenwerkstätte und einen großen Turnsaal für orthopädische Zwecke, so daß die gesamte medizinische Orthopädie den Armen kostenlos zur Verfügung steht.

Die spezialistische Behandlung leitet der Orthopäde Dr. Viktor Kienast. Die notwendigen Operationen werden von ihm kostenlos in einem der Wiener

Sanatorien ausgeführt. Die Sanatoriumskosten trägt der Verein. Die Zahl der im Jahre 1907 behandelten Krüppel betrug 172.

Daß hierbei mit dem Betrage von K 1477·48 das Auslangen gefunden werden konnte, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß seitens der beteiligten Faktoren dem Vereine durch namhafte Ermäßigungen auf das weitgehendste entgegengekommen wurde.

Im Jahre 1905 erreichten die Auslagen K 3808·42

1906

3231·56

Das Vereinsvermögen betrug Ende 1907 „ 8907·71

Um den Verein auch in anderen Kronländern der Monarchie einzubürgern und in die breitere Öffentlichkeit treten zu lassen, wurde im Jahre 1905 mit der Schaffung von Ortsgruppen in den verschiedenen Hauptorten begonnen. Eine solche kann nur über Beschluß der Vereinsleitung eröffnet werden, aber auch nur dann, wenn sich mindestens 20 Mitglieder für eine Sektion melden. Bisher sind auf diese Weise 6 Ortsgruppen entstanden, u. zw. in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Laibach, Görz und Abbazia. Auch in Graz sollte eine Ortsgruppe des Leopoldineums geschaffen werden.

An ihrer Stelle bildete sich aber als selbständige Korporation der Verein „Krüppelfürsorge in Steiermark“. Derselbe wurde im Mai 1906 gegründet. Die Anregung dazu gab der Privatdozent für orthopädische Chirurgie Dr. Wittek. Der Verein hat seinen Sitz in Graz und bezweckt die Errichtung einer Krüppelanstalt für dieses Kronland. Die Bau- und Betriebskosten sollen durch ein Aktionskomitee aufgebracht werden. Ein ausführlicher Bericht über die bisherige Vereinstätigkeit liegt bei dem kurzen Bestande unseres jüngsten Vereines für Krüppelpflege noch nicht vor.

Überblickt man nun die in den vier Krüppelanstalten Österreich-Ungarns stehende Bettenzahl, so muß diese leider als verschwindend klein bezeichnet werden. Lanzendorf beherbergt derzeit 52 Kinder, Laa maximal 25, das Budapester Heim 55, Schwaden 50 Kinder, also für alle Krüppelkinder Österreich-Ungarns 182 Betten!

Doch muß immerhin berücksichtigt werden, daß alle unsere Krüppelanstalten erst Schöpfungen der letzten Zeit sind, welche sich aus den kleinsten Anfängen sogar verhältnismäßig rasch entwickelt haben. So hatte das Asyl in Lanzendorf, welches im November 1900 mit 4 Pfleglingen eröffnet wurde, Ende 1901 bereits 22 Kinder in Pflege; zweimal wurde in kurzer Folge eine Vermehrung der Bettenzahl auf 40 bzw. 52 vorgenommen. Bald darauf wurde abermals ein Seitentrakt des Gebäudes zu Krankenzimmern adaptiert, welche weiteren 14 Betten Raum gewähren, wodurch die Gesamtzahl 66 erreicht wurde.

Das Heim in Laa, welches im Oktober 1902 von 4 Kindern bezogen wurde, verpflegte im Jahre 1907 gleichzeitig bereits 25 Zöglinge. Leider hat der gute Wille, die Wohltaten der Anstaltsbehandlung möglichst vielen Bewerbern zukommen zu lassen, bei geringer Bettenzahl auch seinen Nachteil, welcher in einer bedeutenden Einschränkung der Verpflegstage pro Kind zum

Ausdruck kommt. Die Verminderung der Verpflegsdauer ergibt sich aus folgender Übersicht, die dem Jahresbericht des Kinderheims Laa entnommen ist:

1903	12	Kinder	4371	Verpflegstage,	364	Verpflegstage	für ein Kind.
1904	18	"	5551	"	308	"	" " "
1905	37	"	5484	"	148	"	" " "
1906	58	"	6345	"	109	"	" " "
1907	54	"	7235	"	134	"	" " "

Es denkt daher der Verein ernstlich daran, eine Erweiterung des Heims durch Aufsetzen eines Stockwerkes auf das Anstaltsgebäude vorzunehmen.

Aber auch das Budapester Heim hat es in der kurzen Zeit seit 1903 zuwege gebracht, daß schon im Sommer 1908 mit dem Bau des eigenen Gebäudes begonnen werden konnte. Zu diesem Zwecke wurde dem Verein von der Stadt Budapest eine Grundfläche im Ausmaße von 1300 m² unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Nebengebäude soll zunächst für 50 Pflöge, und zwar Knaben, Platz bieten, doch ist Vorsorge getroffen, daß diese Bettenzahl wesentlich erhöht werden kann. Das Hauptgewicht wird auf die ärztliche Pflege und Behandlung gelegt werden. Für diesen Zweck wird die neue Anstalt Operationsaal, Krankenzimmer und Turnsaal zc. enthalten. Außerdem werden die Pflöge im neuen Heim zu Handwerkern ausgebildet werden.

Wie aus dem gesagten hervorgeht, beziehen sich in Österreich-Ungarn alle Maßnahmen nur auf die jugendlichen Krüppel. Mit dem 14., 15. Lebensjahr hört die Fürsorge auf. Damit fängt aber eigentlich erst das ärgste Elend an.

Bisher kamen unsere Anstalten, die eben nur Kinder beherbergen, bei dem kurzen Bestand noch nicht so oft in die Lage, sich mit der weiteren Versorgung der Pflöge zu befassen. Wir konnten uns mit dem Normalunterricht begnügen. Die wenigen Herangewachsenen jedoch wurden z. B. als gutgeschulte Hilfspersonen in der Anstalt selbst verwendet. Aber in kurzer Zeit werden auch wir vor die Aufgabe gestellt werden, für das weitere Schicksal unserer Krüppelkinder zu sorgen.

Denn ist es auch unsere volle Überzeugung, daß ein Krüppelheim ohne Krüppelerziehung, ohne Fürsorge für die weitere Zukunft des ehemaligen Pflöges undenkbar sei. Es ist ein Stehenbleiben auf halbem Wege. Ja, es wäre dann vielleicht für den Krüppel besser gewesen, wenn er das Heim nie gesehen hätte, in welchem er alles, liebevolle Pflege, gute Kost, Freude, Ordnung genossen, unter seinesgleichen ein sorgloses Leben geführt hatte, ja in gewissem Sinne sogar vermehrt wurde.

Nun zurück ohne Ausbildung in die ärmlichen Verhältnisse seiner Familie oder in ein Siechenhaus mit seinen bresthaften, unheilbaren Kranken? Sicherlich ist dieses nicht der richtige Ort für den mit Ausnahme seines Gebrechens oft ganz gesunden Krüppel.

Andererseits bedeutet aber die Rückkehr des natürlicherweise entfremdeten, in der Bildung zurückgebliebenen Kindes auch für die liebevollsten Eltern

meist eine förmliche wirtschaftliche Katastrophe, da sie ja oft gar nicht mehr mit dieser Möglichkeit gerechnet hatten.

Ein Krüppelheim soll nämlich in doppeltem Sinne wirken; nicht nur dadurch, daß die Wohltat dem Kinde selbst zu gute kommt, sondern auch insofern, als man den ohnehin schwer geprüften Eltern einen nicht zu unterschätzenden Dienst erweist, indem man ihnen das auf sie wie lähmend wirkende Kind zur Pflege abnimmt, ihnen förmlich ein Wiederaufleben ermöglicht, die sich früher in ihrer Kraft für das Kind förmlich erschöpften. Die spätere Rückkehr eines solchen Kindes ist aber dann doppelt vernichtend für die Familie. Im gewissen Sinne gilt dies auch für bemittelte Kreise. Denn jeder Pädagog weiß aus Erfahrung, mit welchen Schwierigkeiten die Erziehung verkrüppelter Kinder in der Familie zu kämpfen hat, selbst dort, wo die reichsten Mittel vorhanden sind.

Ich glaube, daß in der Verhinderung der Rückkehr eines für das praktische Leben nicht geeigneten oder nicht besonders ausgebildeten Krüppels ein nicht zu unterschätzendes Moment der Krüppelfürsorge liegt. Vielleicht ist dieses noch höher anzuschlagen als die beste Eigenarbeit des Krüppels.

Ich möchte hier nur bemerken, daß es sich empfehlen dürfte, eine möglichste Vereinheitlichung der Arbeit in jeder einzelnen Krüppelanstalt wie in irgend einer Fabrik anzustreben, d. h. die eine Krüppelanstalt fertigt dies, die andere jenes an, oder sie bildet wenigstens das Kind in dem betreffenden Berufszweig aus. Denn unter diesen Umständen kann man sich sogar auf maschinelle Herstellung einzelner Artikel einrichten, wodurch sowohl eine Verbilligung des Betriebes, als auch bei der Vollkommenheit der gefertigten Arbeiten eine gewisse Konkurrenzfähigkeit erzielt werden kann. Eine zu große Rücksichtnahme auf die Fähigkeiten der einzelnen Krüppel dagegen dürfte zu kostspielig sein.

Den genannten Gründen konnte man sich auch in Langendorf nicht verschließen, jetzt, nachdem die Kinder in den nächsten Jahren zur Entlassung kämen, an die Errichtung von Werkstättenschulen zu schreiten. Es ist dies bereits beschlossene Sache und das dazu erforderliche Geld schon vorhanden.

Überhaupt ist es erfreulich zu sehen, wie sich jetzt in Österreich-Ungarn alles rührt und regt und der Krüppelfürsorge erhöhte Aufmerksamkeit schenkt. Es scheint, als ob man Versäumtes nachholen wollte. Namentlich im Jubiläumsjahre unseres Kaisers wurde von allen Seiten eine intensive und erfolgreiche Tätigkeit entwickelt.

In Böhmen, und zwar in Prag, sollte ebenfalls noch im Laufe des Jahres 1908 mit dem Bau eines großen tschechischen Krüppelheims begonnen werden, um damit einem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen. Denn nach statistischen Berechnungen wird in ganz Böhmen die Zahl der jugendlichen Krüppel auf 8000—10.000, die der Erwachsenen auf ca. 30.000 geschätzt. Die Anstalt soll eine chirurgisch-orthopädische Abteilung erhalten, welche mit der tschechischen chirurgischen Universitätsklinik in Prag in Kontakt bleiben soll, um zugleich als Lehranstalt zu dienen. Auch dieses Krüppelheim ist die Schöpfung eines Vereins, der, im Oktober 1907 gegründet, unter dem Protektorate der Prof. Dr. Rukula, Dr. Stich und Dr. Dvořák steht. Dasselbe wird unter Mitwirkung des Staates, des Landes und der Waisenhausfonds

errichtet. Laut Statuten sollen von den einzelnen Bezirken Stipendien zur Unterstützung von Krüppeln geschaffen werden. Die in Aussicht genommene Bettenzahl beträgt 100, doch ist eine Erweiterung auf 150 Betten vorgesehen. Dieses Institut ist für Krüppel berechnet, welche das 6. Lebensjahr überschritten haben. Die Pfleglinge werden dort außer der ärztlichen Behandlung auch eine vollkommene Erziehung und sachmännische Ausbildung in Werkstättenschulen, die der Anstalt angegliedert sind, genießen.

Endlich sollte in Czernowitz, noch im Jahre 1908 ein Krüppelheim geschaffen werden. Dasselbe war ebenfalls als Jubiläumswerk geplant.

c) Deutschböhmen.

Wie aus dem ersten Jahrgange des „Jahrbuches der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen“ (Seite 432 ff.) hervorgeht, wurde am 24. Juni 1906 in Prag die „Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen“ gegründet. Dazu hatte es jahrelanger Vorarbeiten bedurft. Zunächst war es der „Bund der Deutschen in Böhmen“, der durch seinen Unterausschuß für Waisenversorgung sich mit der letzteren Frage und mit der Jugendfürsorge im allgemeinen beschäftigte. Der Ausschuß gelangte aber bald zu der Überzeugung, daß die zu lösende Aufgabe die Kräfte eines Vereines übersteigt. Nun nahm sich der „Deutsche Volksrat für Böhmen“ der Frage an und widmete der Erörterung der Angelegenheit mehrere Sitzungen. Auf seine Anregung hin beschäftigten sich weiters die Versammlungen der deutschen Bezirksobmänner Böhmens mit der Sache auf den Tagungen der Jahre 1905 und 1906. Das Ergebnis dieser Beratungen war die Gründung der „Zentralstelle“. Diese sorgte zwar insbesondere für die Erziehung von Waisenkindern, sah sich aber auch den Aufgaben der Krüppelfürsorge gegenübergestellt und trug zur Lösung dieser so arg vernachlässigten Seite der Jugendfürsorge bei. Und die von dem Vizepräsidenten des Landesauschusses Franz Zabusch am 28. Feber 1907 ins Leben gerufene Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen begann auch die Krüppelfürsorge mit kräftiger Hand in Angriff zu nehmen. Über Antrag des Obmannes des Deutschen Volksrates in Böhmen, Dr. Litta, teilte sich die Landeskommission in eine deutsche und eine tschechische Sektion.

Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge veranlaßte zuerst Erhebungen über den Umfang ihrer Aufgaben. Es wurden alle fürsorgerbedürftigen Kinder in Deutschböhmen gezählt, nicht nur die krüppelhaften, sondern auch schwachsinrige, Epileptiker, Taubstumme, schwerhörige, blinde, schwachsichtige, Idioten, Kinder mit Sprachgebrechen, mit verschiedenen Krankheiten, gänzlich Verwahrloste und andere franke Kinder, bei denen die Art der Krankheit nicht festgestellt werden konnte. Es wurden im ganzen 639 krüppelhafte Kinder von 0—14 Jahren in Deutschböhmen ermittelt, 349 Knaben und 290 Mädchen. Unter 6 Jahren 10 Knaben und 7 Mädchen, von 6—14 Jahren 324 Knaben und 276 Mädchen (zusammen 600), über 14 Jahre (?) 15 Knaben und 7 Mädchen. Einen Überblick über die Ergebnisse der umfassenden Zählung gibt folgende Zusammenstellung:

Übersicht

über die Krüppelhaften, verwahrlosten, schwachinnigen, epileptischen, taubstummen, schwerhörigen, blinden, schwachsichtigen, Kinder, Idioten, Kinder mit Sprachgebrechen und verschiedenen Krankheiten in Deutsch-Böhmen 1908.

A r t	unter 6 Jahren	von 6—14 Jahren	über 14 Jahre	zusammen	
Krüppelhafte	Knaben 10	324	15	349	639
	Mädchen . . . 7	276	7	290	
Verwahrloste	Knaben 7	266	2	275	362
	Mädchen . . . 2	81	4	87	
Schwachinnige	Knaben 9	323	11	343	570
	Mädchen . . . 2	218	7	227	
Epileptische	Knaben —	100	8	108	198
	Mädchen . . . —	81	9	90	
Taubstumme	Knaben 6	77	6	89	182
	Mädchen . . . 2	87	4	93	
Schwerhörige	Knaben —	16		16	41
	Mädchen . . . —	25		25	
Blinde	Knaben 6	15	2	23	49
	Mädchen . . . 4	17	5	26	
Schwachsichtige	Knaben —	14		14	24
	Mädchen . . . —	10		10	
Idioten	Knaben 3	77	10	90	172
	Mädchen . . . 2	76	4	82	
Mit Sprachgebrechen	Knaben —	26		26	42
	Mädchen . . . —	16		16	
Verschiedene Krankheiten	Knaben 3	34	2	39	85
	Mädchen . . . —	42	4	49	
Gänzlich verwaiste	Knaben —	14		14	22
	Mädchen . . . —	8		8	
Unklare Diagnosen	Knaben —	41		41	66
	Mädchen . . . —	25		25	

Totale Summe 2452

Daß die gefundene Zahl der Krüppelkinder auch nicht annähernd der Wirklichkeit entsprechen kann, ergibt sich ohneweiters aus dem Vergleich mit den Zahlen des Deutschen Reiches (Seite 7 f.). — Die Zahlen der Wirklichkeit müssen 4—5mal höher angenommen werden. Die Zählung wurde mit Hilfe der Lehrer durchgeführt. Daraus erklärt sich auch der hohe Satz von mit Rückgratverkrümmungen behafteten Krüppelkindern. 46 Knaben und 57 Mädchen, also zusammen 103 Kinder zwischen 6 und 15 Jahren, werden als durch Rückgratverkrümmung verkrüppelt angegeben, das sind also 17%, außerdem 43 Knaben und 45 Mädchen, bei denen die Rückgratverkrümmung dem Lehrer nicht die hervorstechendste Erscheinung des zur Verkrüppelung führenden Leidens zu sein schien. Zusammen sind es 193 Kinder, also 30% der ermittelten Krüppelkinder, welche eine entstellende Rückgratverkrümmung aufweisen. Die große deutsche Statistik hat insgesamt 11% Rückgratkrüppel festgestellt.

Die Lehrer konnten aus naheliegenden Gründen die Kinder nicht im nackten Zustande besichtigen, so daß nur die augenfälligsten Gebrechen gezählt wurden. Auch wurde der Zählung eine von der heute allgemein angenommenen abweichende Auffassung des Begriffes Krüppel zugrunde gelegt und zwar die von Rosenfeld: „Krüppel sind Kinder oder Erwachsene, welche teils infolge angeborener Fehler, teils durch erworbenen Verlust, durch Verkrümmungen oder Lähmungen einzelner Körperteile in der Bewegung und Gebrauchsfähigkeit ihrer Gliedmaßen beeinträchtigt sind.“ Es fehlt in dieser Fassung die Hervorhebung des sozialen Momentes, der Lage des Krüppels, der Verhältnisse seiner Umgebung.

Diese Umstände werden bei der zweiten Zählung, die unerläßlich notwendig ist, besonders berücksichtigt werden müssen.

Die zweite Aufgabe, an welche die deutsche Landeskommission heranging, war die Schaffung eines Krüppelheims für Deutschböhmen. Durch eine Schenkung erhielt sie das ehemals Graf Westfalensche Schloß in Schwaden bei Aussig und richtete es zu einem Heim für verkrüppelte Kinder ein. Es sind 50 Betten darin aufgestellt, Schul- und Handwerkslehrer bereits besorgt. Bei der ländlichen Lage ist aber die Behandlung durch orthopädische Fachärzte, welchen nach der Auffassung aller Fachleute auf dem Gebiete der Krüppelpflege die erste und wichtigste Aufgabe der heutigen Krüppelfürsorge zufällt, sehr erschwert und dürfte es immer bleiben. Auch die Beschaffung geeigneter Lehrkräfte für besondere Zwecke, z. B. für den Unterricht der Schwachbegabten oder für besonders begabte Zöglinge in einzelnen Fächern wie Malen, Musik, stößt auf große Schwierigkeiten, die bei der Lage des Krüppelheims in einer verkehrsreichen Stadt oder deren nächsten Nähe gar nicht in Betracht kämen. Doch läßt sich das Schwadener Heim sehr wohl als Ergänzung eines großen, allen Aufgaben gewachsenen Krüppelheims, zur Unterbringung der unheilbaren und bildungsunfähigen Krüppel verwenden, als Krüppelsiechenheim oder Krüppelpflegeheim im eigentlichen Sinne des Wortes.

Vom rein sachlichen Standpunkte aus wäre natürlich Prag die berufenste Stätte für die Errichtung eines großen Landeskrüppelheims schon der Universität wegen. Bei den gegenwärtigen nationalen Verhältnissen wird man sich aber deutscherseits kaum dazu entschließen, abermals eine deutsche Gründung nach Prag zu verlegen.

In der Jugendfürsorge ist die Zerteilung dank dem Vorschlage Dr. Tittas schon bei ihrer Inangriffnahme durchgeführt worden. Wenn wir ein deutsches Krüppelheim in Prag entstehen lassen, so kommt der Vorteil, den eine Stadt aus dem Umfasse von Lebensmitteln und anderen Bedürfnissen der Anstalt zieht, schließlich immer zum größten Teil unseren Gegnern zugut. Es wäre

gewiß eine Stärkung des Prager Deutschtums, aber noch mehr eine Stärkung des Prager Tschechentums, wenn wir in Prag ein großes deutschböhmisches Krüppelheim errichteten, während eine Gründung in einer deutschböhmisches Stadt den Vorteil ausschließlich dieser deutschen Stadt bringen würde. Wie den etwa zu erhebenden Ansprüchen der Universität Rechnung getragen werden kann, ohne daß das deutsche Volk in Böhmen zu Schaden kommt, soll zum Schlusse angegeben werden.

Unter Berücksichtigung aller jener Erfahrungen, welche die kleinen und großen Krüppelheime in Deutschland gemacht haben und nach den Ergebnissen der Aussprachen auf den Konferenzen der deutschen Anstalten für Krüppelpflege, insbesondere der 3. und 4. Konferenz, erscheint es unzweckmäßig, Krüppelheime abseits vom Verkehr zu gründen; es wird die Errichtung nur in großen Städten oder deren unmittelbarer Nähe gutgeheißen. Der geeignetste Ort zur Errichtung eines großen deutschböhmisches Krüppelheims ist Reichenberg. Diese Stadt hat das größte und verschiedenartigste Gewerbsleben unter den deutschen Städten in Böhmen und eine solche Auswahl von Lehrkräften der verschiedensten Fächer, wie sie in keiner andern Stadt Deutschböhmens vorhanden ist. (Außer Gymnasium, Realschule, Gewerbeschule, Weberei- und Spinnereischule, Handelsakademie, Handelsschule und Lehrerbildungsanstalt, eine Reihe von gewerblichen Fortbildungsschulen und Fachkursen, besondere Fortbildungskurse für Maler, Anstreicher und Lackierer, Friseure, Meisterkurse für Bautischler, Schneider und Schuhmacher, eine kaufmännische Fortbildungsschule, eine landwirtschaftliche Winterschule, eine Stenographie- und Schreibmaschinen-schule, Musikschulen, eine Schule für Schneiderinnen usw., also eine reiche Auswahl an Lehrkräften und Lehrbehelfen.) Außerdem bietet Reichenberg die Gewähr für das stete Vorhandensein eines orthopädischen Facharztes. Bei dem großen Bedarfe an deutschen Arbeitskräften wird die Unterbringung der erwerbsfähig gemachten Zöglinge auf keine Schwierigkeiten stoßen. Gerade in der Tuchindustrie gibt es Arbeiten, wie das Knoppen, die sehr wohl von Gebrechlichen gemacht werden können. Das Glas- und Schmuckfachgewerbe des Hinterlandes bietet gleichfalls viel Gelegenheit zur Unterbringung schwächerer und gebrechlicher Arbeitskräfte. Trotz ihrer reichen Industrie sind die gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt äußerst günstige, das Klima ist anregend und belebend, so daß Reichenberg sogar als Sommerfrische und Luftkurort sich eines zunehmenden Rufes erfreut. Es ist die Frage, ob z. B. in Prag die Verhältnisse in jeder Beziehung ebenso günstig liegen wie in Reichenberg. Da kleine Krüppelheime kostspielig und dabei weniger leistungsfähig sind, empfiehlt es sich nicht, unter 100 Betten herabzugehen, wenn man von vornherein eine einheitliche Anlage schaffen will. Gewiß wurde fast überall klein begonnen, auch noch jetzt; da wir aber in Deutschböhmen in der glücklichen Lage sind, auf die ausgiebige Hilfe der deutschen Landeskommission rechnen zu können, werden wir nicht erst die Kinderkrankheiten der früher entstandenen Krüppelheime auf uns nehmen, sondern uns von vornherein ihre Erfahrungen zunutze machen.

Die deutsche Landeskommission hat der Stadt Reichenberg die Zusage gegeben, ein etwa errichtetes Fürsorgeheim in ihre Verwaltung übernehmen und dasselbe aus ihren Mitteln erhalten zu wollen. In dieser Lage ist noch kein Krüppelheim weder in Deutschland noch in Österreich gewesen. Es liegt also hier ein besonderer Fall vor, und dementsprechend kann auch bei der Errichtung des Krüppelheims gleich auf das große Ziel der Vollanstalt losgegangen werden.

Daß ein Krüppelheim mit 100 Betten binnen kurzem besetzt sein wird, ist wohl nach den angeführten Zahlen glaubwürdig. Es werden doch Jahre

vergehen, ehe das Gebäude bewohnbar wird. Mittlerweile wird der Gedanke, daß nun den armen Krüppelkindern Hilfe winkt, im Volke seine Ausbreitung gefunden haben. Wir brauchen uns weniger um die Aufreibung von Pflägingen zu sorgen als darum, die Anstalt recht bald ins Leben treten zu sehen. Aber auch die Wohltäter mögen überzeugt sein, daß die Spenden für Krüppelkinder gut angelegtes Kapital im Dienste der Öffentlichkeit sind. Ihre Beiträge sind keine Almosen, sondern Geschenke, die dem Volke und dem Staate hohe Zinsen tragen.

Krüppelfürsorgetätigkeit 1907 und 1908.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man von einer Bewegung spricht, welche gegenwärtig zu gunsten der Krüppelfürsorge durch Staaten und Völker geht. Und Hunderte haben jetzt an einem Liebeswerke teil, die vorher von dem Notstande, von der Größe des Elends und von der Möglichkeit einer Hilfe nichts wußten. Selbst die Ärzte, bzw. deren Lehrer mußten sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie, die sich doch von Berufswegen am ersten hätten der Krüppel annehmen müssen, in früheren Zeiten an diesen vorübergegangen seien. Derjelbe Abgeordnete, welcher diesen Vorwurf im März 1907 in der bayrischen Abgeordnetenversammlung aussprach, sagte weiter: „Darin, daß unter den 42.000 Krüppeln in Bayern 7000 Schulkinder sind, liegt eine gewaltige Anklage gegen jene, welche die Aufgabe haben, unsere Jugend nicht bloß zu unterrichten und zu erziehen, sondern sie auch körperlich tüchtig zu machen, so daß sie sich später eine Existenz gründen können.“

Wenn man die Emsigkeit beobachtet, mit welcher namentlich die Ärzte des Auslandes jetzt auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge tätig sind, scheint es fast, als wollten alle das so lange Versäumte durch doppelten Eifer nachholen. Die Riesenarbeit der Krüppelzählung in Deutschland, die Vorarbeiten und die Ausarbeitung des gewonnenen Stoffes haben mehrere Jahre in Anspruch genommen und alle Ergebnisse liegen selbst jetzt, Anfang 1909, noch nicht vor. Aber selbst diese wohl vorbereitete, gut durchdachte und gut durchgeführte Zählung hat noch nicht die genauen Zahlen festzustellen vermocht. Auch die Zahlen dieser Statistik sind Mindestwerte. Ihr großer Nutzen aber besteht nicht nur darin, daß die ungeahnt große Ausdehnung des Krüppel elends aufgedeckt, sondern besonders darin, daß das Volk, die Ärzte, die Regierung auf die große Bedeutung der Frage aufmerksam gemacht worden sind. Den Zählkarten wurde vom Anfang an nicht nur ein informativer, sondern auch ein werbender und praktischer Charakter gegeben, indem der Text dem Zwecke dienstbar gemacht wurde, die einzelnen Krüppel nach ihrer Heimbedürftigkeit zu erkennen behufs späterer unmittelbaren Auffuchung und Unterbringung in geeignete Fürsorge.

Einer zweiten mühevollen Arbeit hat sich der Orthopäde Dr. Rosenfeld in Nürnberg unterzogen, indem er eine Beschreibung aller Krüppelanstalten des In- und Auslandes schuf und auf Grund vergleichenden Studiums die Forderungen einer vollkommenen Krüppelfürsorge aufstellte. Die erste Bedingung ist die ausgiebige orthopädisch-chirurgische und ärztliche Hilfe. In zweiter Linie muß das Krüppelheim Erziehungsanstalt sein und den Zöglingen den Unterricht in den Fächern der Normalchule erteilen. Drittens muß die Anstalt als gewerbliche Fortbildungsschule dienen durch Ausbildung der Zöglinge in einem der Art des Krüppelgebrechens entsprechenden Gewerbe. Viertens muß sie Versorgungshaus sein für solche, welche zugleich unheilbar und bildungsunfähig sind. Bei Besprechung der gewerblichen Ausbildung betont Rosenfeld die Wichtigkeit der

Ausbildung in der Landwirtschaft als Helffaktor für blutarme und tuberkulöse Krüppel, wie auch als gut verwendbare Berufsbeschäftigung.

Die Frage der Krüppelfürsorge wurde in der bayrischen Abgeordneten-kammer schon in den Jahren 1904 und 1906, im sächsischen Landtage und im preußischen Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1908 erörtert. Die bayrische Kammer beteiligte sich mit dem größten Interesse und mit einer fast beispiellosen Einhelligkeit an der Durchsprache; der Antrag auf Erweiterung und Ausgestaltung der Münchner Erziehungs- und Bildungsanstalt für krüppelhafte Kinder wurde einstimmig angenommen. Die Errichtung einer Professur für Orthopädie an der Universität München und die Einleitung von Schritten zur Errichtung von orthopädischen Lehrkanzeln an den beiden anderen Universitäten des Königreiches Bayern wurde beschlossen.

In Preußen wurde gegen das Votum der Berliner medizinischen Fakultät die durch Hoffas Hinscheiden frei gewordene Lehrkanzel für orthopädische Chirurgie wieder besetzt. Bestimmend für diesen Beschluß war unter anderen auch die Rücksicht auf die Krüppelfürsorge, welche tüchtige orthopädische Chirurgen in größerer Zahl erfordern werde. Die chirurgische Disziplin sei ohnehin schon außerordentlich belastet, so daß es angezeigt erscheine, ihr auch noch diesen Zweig zu unterstellen, weil er dann sicherlich nicht die Aufmerksamkeit finden würde, die er fordern dürfe. Spezialfächer seien nicht immer Nebenfächer und insbesondere ist die Orthopädie ein Fach, welches mit Rücksicht auf die anderen Kranken, die nicht direkt verkrüppelt, aber orthopädisch krank sind, von besonderer Bedeutung und daher als Hauptfach anzusprechen ist.

Der vorjährige VII. Orthopädenkongreß, welcher vom 24. bis 26. April 1908 im Langenbeckhaus zu Berlin tagte, beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung zum erstenmale eingehend mit der Krüppelfürsorge. Wiesjalski—Berlin sprach „Über Wesen und Bedeutung des Krüppeltums in Deutschland“, Rosenfeld—München „Über rationelle Hilfe in der Krüppelfrage“, Lange—München „Über persönliche Erfahrungen in der Krüppelfürsorge“, Vulpinus—Heidelberg über die „Ergebnisse der Krüppelzählung in Baden“, Wittke—Graz über „Bandagistenkürpfucherei und Krüppelfürsorge“, von Aberle—Wien über die „Krüppelfürsorge Österreich-Ungarns“, Rektor Sommer—Bielefeld in Westfalen über die „Gesamtarbeit von Ärzten und Geistlichen auf dem Gebiete der Krüppelfürsorge“, Wahl—München über „Die Grenzen der öffentlichen Krüppelfürsorge“ und schließlich wurden folgende Leitsätze des Orthopädenkongresses in der Krüppelfürsorgefrage aufgestellt:

1. Dringend wünschenswert für die Krüppelfürsorge ist eine bessere orthopädisch-chirurgische Ausbildung der Studierenden und Ärzte an den Universitäten.

2. Zu diesem Zwecke ist für die größeren Universitäten die Schaffung von Lehraufträgen für orthopädische Chirurgie und die Errichtung von orthopädischen Polikliniken mit einer kleinen Anzahl Betten notwendig.

3. Diese Polikliniken müssen vollständig unabhängig von den chirurgischen Kliniken sein und zur Heranziehung der Studierenden und Ärzte wenigstens teilweise Prüfungsrecht besitzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, die Leitsätze allen jenen Bundesregierungen zu unterbreiten, in deren Staaten Universitäten sind.

Aus der Gesellschaft wurde der Vorschlag gemacht, diese Leitsätze auch den österreichisch-ungarischen und den Schweizer Behörden mitzuteilen. Nur

mit Rücksicht darauf, daß ein solches Herantreten an die Behörden fremder Staaten über die Kompetenz der Deutschen Gesellschaft für orthopädische Chirurgie hinausgehe, unterblieb die Ausführung des Vorschlages, wenngleich sowohl die österreichischen als auch die Schweizer anwesenden Mitglieder der Gesellschaft alle den Wunsch hegten, es möchten diese Beschlüsse auch den heimischen maßgebenden Stellen zur Kenntnis gelangen. Hoffentlich ist dieser Wunsch aller der Krüppelfürsorge nahestehenden Ärzte schon auf anderem Wege an die berufenen Stellen gelangt und gibt den Anstoß zur so notwendigen Erhebung der orthopädischen Chirurgie zum Lehr- und Prüfungsfach auch an unseren Universitäten.

Im allgemeinen spricht man sich gegen die Errichtung großer orthopädischer Universitätskliniken aus, dafür aber für die Angliederung von kleineren klinischen Abteilungen mit 10 bis 20 Betten an die orthopädischen Universitätspolikliniken. Wie Professor Lorenz ausführte, haben die orthopädischen Ambulatorien bisher ihre Aufgabe überhaupt gar nicht darin erblickt, die Studierenden in der Orthopädie zu unterrichten, sondern fertige Ärzte in dieser Spezialität auszubilden. Solange den Orthopäden nicht Prüfungsrechte zugestanden werden, darf man es den Studierenden nicht verdenken, wenn sie das orthopädische Ambulatorium nicht aufsuchen.

Es ist aber eine heilige Pflicht der Universitäten, sagte der Vorsitzende, Doz. Dr. Schultheß aus Zürich, neue Wissenschaften zu unterstützen und ihnen zur Ausbildung zu verhelfen. Eine Spezialität kann auf keine Weise besser gehoben werden, als daß sie an die Universität gezogen wird und daß ihr alle Vorteile zukommen, welche andere Sonderfächer genießen. Die Verbreitung orthopädischer Kenntnisse unter den Ärzten wird für die Bekämpfung des Krüppeltums von großer Bedeutung sein.

Professor Lange aus München verweist bei dieser Gelegenheit auf die Blindenfürsorge. Vor Einführung eines zweckentsprechenden Unterrichtes in der Augenheilkunde hatte Bayern im Jahre 1871 fast 4000 (3998) Blinde bei einer Bevölkerung von 4·8 Mill. Menschen. Drei Jahrzehnte Unterricht in der Augenheilkunde haben genügt, um die Zahl der Blinden auf 3384 zu vermindern, trotzdem die Bevölkerung von 4·8 Mill. auf 6·17 Mill. gestiegen ist, oder anders ausgedrückt: Im Jahre 1871 kamen auf 10.000 Bewohner 8·22 Blinde, im Jahre 1900 auf 10.000 Einwohner 5·48 Blinde, d. i. eine Minderung der Blindenzahl um 33%.

Solche Erfolge geben uns den Mut auf dem mühevollen Wege weiter zu streben zum Wohle der armen Krüppel, aber sie werden auch dazu dienen, die große volkshygienische und wirtschaftliche Bedeutung unserer Bestrebungen ins rechte Licht zu setzen.

Seit Mitte 1908 erscheint, von Dr. Biefalski herausgegeben, die „Zeitschrift für Krüppelfürsorge“, welche sich die Aufgabe gestellt hat, die Arbeit aller an der Krüppelfürsorge beteiligten Berufe zu vereineitlichen, die der Ärzte, der Geistlichen, der Lehrer, der Verwaltungsbeamten, der Armenpfleger und der Sozialpolitiker. Sie will also den organischen Zusammenschluß aller an der Krüppelfürsorge beteiligten Sonderfächer, um das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Schaffensfreudigkeit bei jedem einzelnen zu stärken. Die bisher erschienenen Aufsätze zeigen, wie notwendig die Zeitschrift war und in wie ausgezeichnete Weise sich der Gedanke der Vereinheitlichung bewährt.

Die Zeitschrift ist das Organ der Gruppe Krüppelfürsorge der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und des Brandenburgerischen Krüppelheil- und Fürsorgevereines.

Vor der Gründung der „Zeitschrift für Krüppelfürsorge“ gab es in Deutschland ein einziges regelmäßig erscheinendes Blatt, welches sich ausschließlich mit den Fragen der Krüppelfürsorge befaßte, das von Pastor D. Schäfer in Hamburg-Altona herausgegebene „Jahrbuch der Krüppelfürsorge“. Es erschien zum erstenmal im Jahre 1900 und bildet eine wichtige Quelle beim Studium der Geschichte der deutschen Krüppelfürsorge. Sie ist besonders wertvoll durch die Berichte über die Konferenzen der deutschen Anstalten für Krüppelfürsorge, welche wie folgt stattfanden:

1. Konferenz: 23. Mai 1900 zu Rowawes bei Berlin.
2. „ 24. Juni 1903 zu Niederlössnitz i. S.
3. „ 27. Juni 1905 zu Cracau bei Magdeburg.
4. „ 23. Mai 1907 zu Rowawes bei Berlin.

Die nächste Zusammenkunft ist für Pfingsten 1909 zu Hannover angesetzt.

Die Konferenzen dienen dem lebendigen Austausch der Erfahrungen der Anstaltsleiter unter einander und mit Fachmännern solcher Gebiete, welche für die Krüppelfürsorge in Betracht kommen. Die 4. Konferenz beschloß eine Eingabe an alle deutschen Staatsregierungen, betreffend die Einführung einer gesetzlichen Krüppelfürsorge im Deutschen Reiche. Die Sätze der Eingabe lauteten wie folgt:

1. Dem Krüppel ist ebenso wie anderen Anormalen, (Blinden, Taubstummen usw.) ein gesetzliches Recht auf Versorgung und Ausbildung zuzugestehen.

2. Dem Krüppel ist sowohl Gelegenheit zu geben, einen seinen Verhältnissen angemessenen Schulunterricht zu genießen als auch die Möglichkeit zu bieten, einen ihm zusagenden Beruf zu ergreifen.

3. Das Netz der bestehenden Krüppelanstalten ist so auszubauen, daß in der Tat allen Krüppeln, soweit dies nach dem Stande der heutigen Pädagogik und Orthopädie möglich ist, Hilfe geleistet werde.

4. Von einer Verstaatlichung der bestehenden Krüppelanstalten ist abzusehen, weil der Krüppelpflege der ihr eigene Charakter genommen werden würde.

5. Es ist eine ärztliche Kontrolle der Kinderpflege einzurichten, durch die vorhandene Schäden aufgedeckt und Wege zur Abhilfe gewiesen werden.

6. Die finanziellen Lasten sind, soweit sie nicht durch private Wohltätigkeit gedeckt werden können, den Kreisen und den Provinzen aufzuerlegen.

7. Eine ausreichende Krüppelfürsorge ist nicht nur vom humanitären, sondern auch vom ökonomischen Standpunkte aus wichtig; denn sie bedeutet bei scheinbarem Mehraufwand in der Gegenwart eine bedeutende Verminderung der Armenlasten in der Zukunft.

Auf diesen Standpunkt hat sich die zahlreich besuchte Konferenz einstimmig gestellt.

Krüppelfürsorgefragen.

Die Arbeitsfrage im Krüppelheim. Man hat den Krüppel lange Zeit nicht für arbeitsfähig gehalten. Diese Meinung ist irrig; denn mit wenigen Ausnahmen hat jeder Krüppel eine Kraft, die zur Arbeit verwendet

werden kann und also auch verwendet werden muß. Freilich ist es eine vielfach gehinderte Kraft. Die Ansicht von der Arbeitsunfähigkeit des Krüppels ist verderblich. Sie hat ihn vielfach zum Bettler gemacht und ihn an der Entwicklung seines Restes von Kraft gehindert. Im Krüppelheim lernt das Kind im Schulunterricht; auch das Lernen ist eine Arbeit. Hier lernt das Kind seine Kraft einsetzen. Dadurch wird sie gemehrt und gestählt. Die körperlichen Bewegungen und orthopädischen Übungen dienen dazu, die noch vorhandenen Glieder und Kräfte des Krüppels auszubilden. Trägheit und Schmerz sind anfangs oft hinderlich, aber mit der Übung kommt das Können, mit dem Können die Lust. Nun kommen noch allerlei Handarbeiten und Beschäftigungen hinzu, welche Körper und Geist zu nützlicher Verwendung anregen. Für die meisten Kinder bleibt ja nicht viel Zeit dazu neben den Schularbeiten. Solche Kinder aber, welche den Trieb dazu haben, finden immer noch Gelegenheit zu Laubsägearbeiten, Schnitzen, Zeichnen und Malen, zu Flecht- und Papparbeiten usw. Die Mädchen nehmen frühzeitig an den häuslichen Arbeiten und weiblichen Handarbeiten teil. Und Kinder, welche keinen Trieb dazu haben, müssen erst recht dazu angehalten werden. Allerdings ist für diese Stufe nicht der praktische Nutzen der Arbeit, sondern ihr erzieherlicher Wert ausschlaggebend. Mit dem Abschlusse des Schulunterrichtes aber gewinnt die praktische Arbeit ein ganz anderes Ansehen, eine erhöhte Bedeutung. Auch hier muß das Krüppelheim alles tun, denn weder Fabrik noch Handwerksmeister wollen gebrechliche Kinder haben. Die Hauptsache ist, daß jeder etwas lernt und gründlich lernt. Die Arbeit des Krüppels muß mehr nach ihrer Güte, nach der Idee wertvoll sein als durch die Menge.

Sind große oder kleine Krüppelheime vorzuziehen? Für kleine Anstalten spricht die Möglichkeit, zu individualisieren und sie familienhaft zu gestalten. Die Familie ist der natürliche Mutterboden der Erziehung. Das einzelne Kind darf nicht zur Nummer werden. Aber dieser für die gesunden Kinder wichtige Grundsatz kann im Krüppelheime nicht an erster Stelle stehen. Das Kind ist seiner Verkrüppelung wegen in der Anstalt, und diese hat ihre Daseinsberechtigung nur in der Berücksichtigung des Gebrechens. Diese Rücksichten sind allgemein-hygienische und orthopädisch-chirurgische und beziehen sich auf Arbeitserlernung und künftigen Broterwerb. Und diese Rücksichten verlangen unbedingt eine große Anstalt. Operationszimmer, Turnsaal, medikomechanische Einrichtung, Röntgenzimmer, alles viel zu teuer für eine kleine Anstalt. Für die Arbeitserlernung sind Werkstätten in größerem Stile erforderlich, für Schneiderei, Schlosserei, Buchbinderei, Näh- und Strickmaschinen usw., für jede Werkstatt ein Meister. Zu kleine Anstalten verteuern die ärztlichen und technischen Einrichtungen, zu große verlieren den Charakter des Heims, sind unbehaglich und für die Leitung unübersichtlich. Das richtige Maß ist 100—150 Betten. Bei der Wahl des Ortes kommen bei Neugründungen größere Städte mit einer orthopädischen Heilanstalt in Betracht, an welche sich die Anstalten auf das engste anschließen müssen.

Vürsorge für bildungsunfähige Krüppel. Ein kleiner Teil der Krüppel bleibt auch bei dem heutigen hohen Stande der Orthopädie und Erziehungskunst bildungsunfähig, entweder infolge der Schwere der Verkrüppelung, begleitender Krankheiten oder geistiger Mängel. Diese Siechen, Unheilbaren, schwersten Krüppel sind am besten in eigenen Abteilungen derselben großen Anstalten unterzubringen. Nicht selten sind es solche, welche zuerst die Hoffnung auf Ausbildungsfähigkeit erweckten, sich nach einiger Zeit aber unfähig erwiesen und umgekehrt. Weniger zu empfehlen sind die selbständigen Krüppelsiechenheime.

Der praktische Nutzen der Krüppelfürsorge für die Allgemeinheit, für die Entlastung der Armenkassen usw. läßt sich heute noch nicht in Zahlen ausdrücken. Erst nach Erscheinen der ausführlichen Bearbeitung der deutschen Krüppelstatistik dürften wir hierzu in der Lage sein. Ich möchte hier das Seite 14 angezogene Beispiel in Erinnerung bringen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß Krüppelkinder und solche Kinder, die in Gefahr sind, es zu werden, ihre Familie meist schwer belasten und hemmen, so daß Eltern und Geschwister mitunter ebenfalls Schaden an ihrer Gesundheit leiden und schließlich in Armut und Elend geraten. Ein gesundes Kind erfordert keine besondere Pflege, Vater und Mutter können ihrer Arbeit nachgehen, langdauernde Krankheit aber erhöht die Ausgaben und vermindert zugleich die Einnahmen. Nimmt das Krüppelheim das Kind auf, so bedeutet diese Entlastung die Rettung der ganzen Familie.

Es ist zu erwarten, daß mit dem Vollständigwerden der Krüppelfürsorge die Heilungsaussichten und die Kosten der Behandlung sich vermindern werden. Man wird früher auf die Zustände achten und die Tragweite der anfänglich oft geringfügigen Erscheinungen richtiger einschätzen. Wie für alle chronischen Krankheiten, so gilt auch für die Behandlung der orthopädischen Erkrankung der Satz: Je früher sie einsetzt, desto leichter die Behandlung, desto sicherer der Erfolg.

Raum zu verstehen ist die Tatsache, daß in Preußen das Armengesetz vom Jahre 1891 in vorbildlicher Weise für „Bewahrung und Pflege“ der Geisteskranken, Idioten, Epileptiker, Taubstummen und Blinden gesorgt hat, welche kaum eine Aussicht gewähren, selbständige und erwerbskräftige Menschen zu werden, während dies von einem beträchtlichen Teil der Krüppel schon bei vorübergehender Fürsorge vorausgesehen werden kann und daß doch von seiten des Staates für die Krüppel bis vor kurzem nichts getan worden ist. Es darf indes nicht verschwiegen werden, daß die preussische Staatsregierung jetzt eifrig an der Arbeit ist, diese Lücke auszufüllen. Nicht bloß das „Recht des Krüppels auf gesetzliche Fürsorge und Ausbildung“ sind dafür maßgebend gewesen, sondern in hohem Maße auch die große wirtschaftliche Bedeutung der Krüppelfürsorge.

Krüppelfürsorge und Korpufscherei¹⁾.

Diese Frage wurde auf dem VII. Orthopäden-Kongreß von dem Orthopäden Wittek, Privatdozenten in Graz, zum erstenmale vor der ärztlichen Öffentlichkeit angeschnitten. Wittek wandte sich gegen die Korpufscherei der Bandagisten, welche ihren mit körperlichen Gebrechen behafteten Kunden Bandagen, Gradhalter, Schienenapparate u. dgl. zu Heilzwecken empfehlen, anfertigen und anlegen, ohne dabei einen Arzt zu Rate zu ziehen.

Mit Recht kommt Wittek bei seinen Ausführungen zu dem Schlusse, daß solche Ubelstände nur dadurch zu beseitigen sind, daß die praktischen Ärzte über den Stand und die Leistungen der modernen orthopädischen Chirurgie belehrt werden müssen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die Orthopädie an den Universitäten vorgetragen und geprüft wird.

Die Notwendigkeit dieser Forderung ist gewiß einzusehen, bevor aber die orthopädische Chirurgie an allen Universitäten Lehrfach geworden ist, und alle

¹⁾ Nach einem Aufsatz des Verfassers im „Korrespondenzblatt des Vereins deutscher Ärzte in Reichenberg und Umgebung“.

in die Praxis tretender Ärzte in dem gedachten Maße über Pathologie und Therapie, über Diagnose und Prognose der orthopädischen Erkrankungen aufgeklärt sein werden, können Jahrzehnte vergehen und diese sind für die Opfer der Bandagistenkurpfuscherei und die Krüppelfürsorge verloren. Hier gibt es nur einen Ausweg, die in der Praxis tätigen Ärzte durch kurz zusammenfassende Aufsätze in den ärztlichen Fachblättern über diese Übelstände und deren Abhilfe, ferner über den Stand und die Leistungsfähigkeit der orthopädischen Chirurgie aufzuklären.

So häufig geben die Eltern die letzten mühsam errungenen Ersparnisse oder ausgeliehenes Geld den Bandagisten für einen sogenannten „Gradhalter“, von welchem sie, vertrauend auf die Worte des Bandagisten, die Heilung ihres schiefwachsenden Kindes erwarten. Monate und Jahre vergehen, aber die Verkrümmung bleibt im besten Falle gleich, gewöhnlich nimmt sie jedoch rascher zu, als ohne den „Gradhalter“, welcher seinen Namen Lügen straft. Der Gradhalter hält das Kind steif, aber nicht gerade. Die erzwungene steife Haltung hat beim Fehlen der Turnbehandlung ein rasches Abnehmen der Rückenmuskulatur und damit eine Verschlechterung der Haltung zur Folge.

Diese Fälle kommen jedem Orthopäden in großer Zahl vor und bieten der sachgemäßen Behandlung größere Schwierigkeiten als unbehandelte Fälle. Daß ein Arzt ein skoliotisches Kind ohne weitere Anweisungen zum Bandagisten behufs Anlegung eines Gradhalters schickt, das wird nicht mehr vorkommen, wenn einmal alle Studierenden der Medizin an der Klinik über das Wesen und die Behandlung der seitlichen Rückgratverkrümmungen belehrt worden sind.

Es muß übrigens noch hervorgehoben werden, daß der Bandagist dadurch, daß er einem Patienten ohne ärztliche Anweisung einen orthopädischen Behelf verordnet und anlegt, sich einer Gesetzesverletzung schuldig macht.

Wer die große Zahl der armen Opfer dieser Art von Kurpfuscherei kennen zu lernen Gelegenheit hat, dem kommt es klar zum Bewußtsein, daß durch diesen Übelstand dem Volke und gerade den unbemittelten Leuten durch nutzloses Geldausgeben, vielmehr aber noch dadurch großer Schaden erwächst, weil unter der erfolglosen „Behandlung“ der Bandagisten die Opfer sehr oft zu Krüppeln werden, zu erwerbsunfähigen Menschen, die früher oder später der Allgemeinheit zur Last fallen.

Die Kurpfuscherei der Bandagisten wirkt nach drei Richtungen hin schädlich: In erster Linie trifft sie den Kranken und seine Familie, indem ihm im Kleinen ebensoviel Kosten entstehen wie bei einer einmaligen sachgemäßen Behandlung und schließlich doch kein Erfolg erzielt wird. Das Ende ist häufig Krüppeltum, insbesondere, wenn es sich um Lähmungen, tuberkulöse Gelenkentzündungen und Rückgratverkrümmungen gehandelt hat — und dies ist der zweite Schade. Der dritte Geschädigte ist der ärztliche Stand und zwar nicht bloß die Orthopäden. Die Achtung vor dem ärztlichen Stande im allgemeinen muß in den Augen des Publikums Schaden leiden, wenn die harmlose Auffassung des Arztes von dem Krankheitsprozeß sich später als ein Irrtum erweist, wie dies insbesondere für die Rückgratverkrümmungen und die tuberkulösen Knochen- und Gelenkentzündungen zutrifft.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß es Bandagisten gegeben hat und gibt, welche unabhängig von Ärzten große Erfolge erzielt haben. Der Hauptvertreter dieser seltenen Art tüchtiger erfolgreicher Bandagisten ist Hefling. Ich will die Gründe, warum der Hinweis auf diesen genialen Mann zum Vergleich mit der Allgemeinheit der Bandagisten nicht zulässig ist, nicht

des weiteren ausführen, sondern nur erwähnen, daß Hefling nicht von vorn herein seine großen Erfolge gehabt hat, sondern daß er sich erst sehr fleißig mit dem Studium des menschlichen Körpers, mit der Mechanik der Gelenke usw. beschäftigt hat. Hefling ist orthopädischer Selbstmademan, eine Ausnahme und bestätigt nur die Regel, daß die Bandagisten nicht alle genial veranlagte Menschen, sondern eben Handwerker sind. Ihre Behandlung bleibt immer schablouenhaft, da es ihnen mangels einer gründlichen medizinischen Ausbildung ver sagt ist, Einblick in die tieferen Ursachen der Erkrankungen und daher in das Wesen und den verschiedenartigen Verlauf der Krankheitsformen zu gewinnen. Es ist ihnen auch ver sagt, operative Eingriffe vorzunehmen, wie sie die heutige Orthopädie verlangt, da die Vornahme solcher Eingriffe wiederum gründliche medizinische Ausbildung voraussetzt und ihnen bei uns verboten ist.

Die heutige Orthopädie ist eben, wie Hoffa in der Einführung zu seinem Lehrbuch der orthopädischen Chirurgie sagt, eine Wissenschaft und zwar ist sie durch sein besonderes Verdienst zu einer sehr hochentwickelten, wohlbegründeten Wissenschaft geworden. Sie setzt nicht nur die ganze Ausbildung des praktischen Arztes voraus, sondern auch eine ausgezeichnete Operationstechnik, denn die blutigoperativen Methoden, für deren Erfolg die glatte Heilung die erste Bedingung bildet, erheischen die höchstentwickelte Aseptik, mithin eine gründliche chirurgische Ausbildung zumindest auf dem Gebiete der Extremitätenchirurgie. Aber der Orthopäde muß auch noch besondere Studien auf dem Gebiete der Muskelphysiologie, der Mechanik der Gelenke, der elektrischen Untersuchungsmethoden, der Festigkeitslehre und nicht minder auf dem Gebiete der Röntgentechnik gemacht haben, er muß in Massage, in der Gymnastik, in der Technik der Redressionsmethoden und der Gypsverbände eine hervorragende Übung besitzen. Er muß sich praktisch und eigenhändig mit der Herstellung von Schienen, von orthopädischen Apparaten, Korsetten und Bandagen befaßt haben, wenn er allen Ansprüchen, welche die moderne orthopädische Chirurgie an ihre Vertreter stellt, in jedem Falle nachkommen will.

Daß man diese Schäden nicht schon früher aufgedeckt hat, liegt wohl an dem Umstande, daß die Krüppelgebrechen bis in die allerletzte Zeit ausgesprochene Stiefkinder ärztlicher und allgemein menschlicher Fürsorge gewesen sind. Die gewaltige Bewegung, welche jetzt zugunsten dieser bisher im Vergleich zu anderen Gebrechlichen, Blinden, Taubstummen, Schwachsinrigen, Epileptikern usw. stark vernachlässigten Menschen eingesezt hat, führt uns die Notwendigkeit vor Augen, bei der Bekämpfung der Ursachen des Krüppeltums auch nach dieser Richtung hin energisch einzugreifen.

Die Orthopädie von heute ist kein Handwerk, aber sie ist auch keine bloß kosmetische Kunst, als welche sie meist von den Bandagisten aufgefaßt wird, sondern sie ist eben eine ausgesprochen ärztliche Wissenschaft. Wir Ärzte haben als Vertreter der Wissenschaft und als Hüter der Volksgesundheit die ernste Pflicht, dort, wo wir ein gemeinschädliches Übel entdeckt haben, auf dasselbe hinzuweisen und wenn es in unseren Kräften steht, die Mittel zur Abhilfe zu schaffen.

Mittel zur Bekämpfung jener Schäden, welche dem Volke durch die Kruppschere erwachsen, stehen uns im reichen Maße zur Verfügung und die Öffentlichkeit soll hievon Kenntnis erhalten. Schul- und Verwaltungsbehörden werden zur Verbreitung der Aufklärung in dieser Richtung viel beitragen können. Das Gesetz über die Kruppschere muß streng zur Anwendung gebracht bzw.

so ergänzt werden, daß die Bandagistenkurpfischnerei ebenso unmöglich gemacht wird wie die der Zahntechniker.

Die Bandagisten dürfen nur über ärztlichen Auftrag orthopädische Behelfe anfertigen und sie nur unter Kontrolle des Arztes anlegen. Die Ärzte dürfen aber mit Rücksicht auf ihre persönlichen und Standesinteressen keinen orthopädischen Fall aus der Hand geben, bevor sie sich nicht überzeugt haben, daß der orthopädische Behelf, den der Bandagist angefertigt hat, seinem Zwecke in jeder Hinsicht entspricht und ohne Nachteil von seinem Träger benutzt werden kann. Und aus eben denselben Gründen ist es rätlich lieber den Fall einem Facharzte zu überweisen, wenn er sich über die Diagnose oder Prognose nicht im Klaren oder wenn er der Therapie mangels der erforderlichen Einrichtungen nicht gewachsen ist.

Die Selbsternennungen der Bandagisten zu „Orthopäden“, „Orthopädisten“ u. dgl. sind irreführend, gesetzwidrig und daher nicht zu dulden. Die Verhältnisse Deutschlands kann man nicht zum Vergleich heranziehen, weil in Deutschland die Heilkunde als freies Gewerbe gilt; gibt es doch dort Zahnärzte, die nicht Doktoren der gesamten Heilkunde wie die unsrigen sind.

Es ist übrigens zu erwarten, daß mit dem Inslebentreten der Krüppelbehandlung in besonderen Anstalten auch die Zahl der bei den Bandagisten Hilfe Suchenden sich vermindern wird. Die Hilfsbedürftigen werden es nicht mehr nötig haben, den Arzt zu umgehen, sondern die Krüppelheilstätten werden ihnen unentgeltlich die notwendigen orthopädischen Behelfe gewähren und zwar in bester Form, angefertigt unter Anweisung und unter Überwachung seitens der orthopädischen Fachärzte, welche die Krüppelheime leiten werden und unter gleichzeitiger Gewährleistung der übrigen Maßnahmen der Behandlung. Auch wird jedes Krüppelheim seine eigene orthopädische Werkstätte besitzen, wo die orthopädischen Arbeiten sowohl für die Internierten als auch für die ambulanten Patienten hergestellt werden. Die Entwicklung von Krüppelheimen größeren Stiles in Deutschböhmen ist eine Frage von wenig Jahren.

Wie die Krüppelfürsorge gegenüber den Bandagisten Stellung nehmen muß, so auch gegen die Auswüchse ähnlicher Art, das schädliche Treiben der „ärztlich gekrüften“, der „schwedischen“ Masseure und Masseusen welche so häufig Fälle von Gelenkerkrankungen, Entzündungen, Knochenbrüchen und Verrenkungen skrupellos in Angriff nehmen, ohne von einem Arzte beauftragt worden zu sein oder ihn befragt zu haben. Bei Erteilung von Bewilligungen zur Ausübung der Massage muß streng vorgegangen werden, die Prüflinge müssen von entwerthenden Fachärzten, welche selbst wieder in Massage eine besondere Ausbildung erhalten haben, fürsämähig geschult und nur bei allseitiger Eignung zur Ausübung der Massage zugelassen werden. Was unter dieser allseitigen Eignung zu verstehen ist, will ich hier nicht eingehender erörtern, sondern das hervorheben, daß dazu ein einwandfreies sittliches Vorleben, ein gewisses Maß von Intelligenz und Schulbildung gehören. Die Beaufsichtigung ihres Gebarens bei ihrer selbständigen Tätigkeit müßte durch die Gesundheitsbehörden strenger als bisher gehandhabt werden.

Masseure und Masseusen behandeln, wie wohl den meisten Kollegen in den größeren Städten bekannt, oft lange Zeit hindurch Skoliose Kinder, ohne von einem Arzte überwacht zu werden. Sie massieren ohne ärztlichen Auftrag beginnende tuberkulöse Gelenkentzündungen, ohne sich des Unheiles bewußt zu sein, das sie damit anrichten. Es ist wohl auch bekannt, daß manche nicht bloß massieren, sondern auch einziehen (s. Knochenbrüche und Verrenkungen), wodurch Luxationen und Frakturen verklebt und unheilbar werden. Dasselbe tun gewisse Leute, die sich beim

Volke großer Beliebtheit und eines blinden Vertrauens erfreuen, die Einzrichter oder Einzieher, die unter den Augen der Ärzte und der Staatsanwaltschaft eine rührige und ertragreiche Tätigkeit entfalten. Welches Elend durch sie oft entsteht, darüber kann man im „Gesundheitslehrer“ genugsam nachlesen.

Nicht vergessen werden darf mancher Turnlehrer, welche sogenannte „orthopädische“ Turnkurse abhalten, an welchen sich die Kinder mit leichteren oder schwereren Haltungsfehlern und ausgesprochenen Rückgratverkrümmungen beteiligen. Gewiß werden ganz leichte Fälle mitunter gebessert, in der Regel aber ist diese Turn-„Behandlung“ ganz unzureichend. Zweimal die Woche eine Stunde Turnen genügt bei solchen Kindern niemals, sie müssen täglich Übungen und zwar besondere Übungen machen, welche ganz besonders die geschwächten Rückenmuskeln in Tätigkeit setzen. Die größte Gefahr besteht aber darin, daß die Eltern glauben, mit dem Besuche der Turnstunden sei ihren Kindern geholfen. Dabei geht oft die beste Zeit für eine erfolgreiche Behandlung verloren. Zu spät wird man sich dieser Tatsache bewußt, und wenn dann der Arzt aufgesucht wird, fordert die Behandlung so viel Opfer an Zeit, Mühe, Schulbesuch und Geld, daß in den seltensten Fällen bei Familien der mittleren und ärmeren Stände Hilfe gebracht werden kann.

Auch auf dem eben angedeuteten Wege läßt sich eine sehr wirksame Prophylaxe des Krüppeltums treiben. Wenn wir sehen, wie das Unrecht unter unseren Augen geschieht, dann dürfen wir Ärzte nicht beide Augen zudrücken, sondern müssen es verfolgen. Staatsanwaltschaft und Gerichte werden uns ihre Hilfe bei der Unterdrückung jener Übergriffe gewiß in keinem Falle versagen. Denn wir dienen damit den Zwecken der Krüppelfürsorge, deren soziale und wirtschaftliche Bedeutung genügend dargelegt wurde.

Rechtsfürsorge für die Krüppelkinder.

Es seien hier noch einige Anregungen hinzugefügt, die zum Teil schon der deutschen Landeskommision vorgelegt worden sind:

1. Das Gesetz vom 3. Juni 1901, RGBl. Nr. 62, betreffend die Verwendung der Gebahrungsausschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen für Böhmen, Mähren, Schlesien, beide Österreich und Galizien, welches im nächsten Jahre abläuft, sollte im § 2 unter die Pflegebefohlenen auch die Krüppelkinder einreihen, während es jetzt nur für die „Pflege und Erziehung armer Waisen bis zur Zurücklegung des 18. Lebensjahres sowie verwahrloster und verlassenen Kinder“ verstanden wird.

Unter Verwahrlosung soll ausdrücklich auch die körperliche Vernachlässigung mitverstanden werden, wie man auch jetzt schon das Wort nicht bloß in bezug auf die sittliche Seite sondern auch auf die geistige Ausbildung versteht, indem die Sorge für die Schulerziehung mit eingeschlossen wird. Der Mangel an körperlicher Pflege und Fürsorge führt sehr häufig zu Krüppeltum. Und wenn schon durch das Gesetz für die Kinder gesorgt wird, dann muß gewiß auch die körperliche Fürsorge mit bedacht werden.

2. Die §§ 177 und 178 a BGB. — betreffend die Pflichten der Eltern in bezug auf die Verpflegung und Erziehung ihrer Kinder sowie die Maßnahmen gegen die pflichtvergeßene Eltern — sollten dahin erweitert werden, daß die Eltern im Falle von physischer Vernachlässigung ihrer Kinder diese an die Krüppelfürsorgeheime abzugeben hätten.

So oft kommen beginnende Knochen- und Gelenkentzündungen oder beginnende Verkrüppelungen verschiedenster Entstehung in die Sprechstunde

und es ist dem Arzte unmöglich, die Eltern zur Abgabe des Kindes in Spitalbehandlung zu veranlassen. Würden die Gerichte hier ebenso wie in Fällen von sittlicher Verwahrlosung vorgehen können, so würde viel Krüppelend verhütet. Wie es eine Fürsorgeerziehung geben soll, müßte es auch eine Fürsorgebehandlung geben.

3. Ausdehnung der Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetze in der Weise, daß Krüppelkindern, Krüppeln überhaupt und solchen, die es zu werden drohen, die Verpflegung, Behandlung und Beschaffung aller erforderlichen orthopädischen Heilbehelfe gewährleistet wird.

4. Klare und handliche Bestimmungen über die Kurpfuscherei insbesondere auf orthopädischem Gebiet.

Durch die Tätigkeit gewisser Laien, besonders der Bandagisten (mitunter sind es Handschuhmacher), der „geprüften“ Masseure und Masseusen, der schwedischen Gymnasten und Masseure, der Einrichter oder Einzieher, mancher Turnlehrer und Ähnlicher, welche vielfach orthopädische Zustände ohne Befragung eines Arztes selbständig „behandeln“ — durch diese Personen erwächst namentlich dem ärmeren Volke großer Schaden, indem Krankheiten oft verkehrt behandelt werden, so daß schlimme Folgen ihres Eingreifens entstehen, oder indem unter ihrer nutzlosen Bearbeitung der Kranken die beste Zeit für eine fachgemäße Behandlung verloren geht. Die Folge ist sehr oft Krüppeltum mit all seinen traurigen Folgen. Das Gesetz müßte hier so gegeben werden, daß das Publikum vor Ausbeutung geschützt ist. Eltern, welche ihre Kinder in solche Behandlung geben, müßten zur Rechenschaft gezogen werden. Die Führung unberechtigter und irreführender Titel wie Orthopädisten, Orthopäden, geprüfter Masseur usw. müßte unter Strafe verboten werden.

Als Ergebnis der vorliegenden Ausführungen läßt sich etwa folgender Plan der Krüppelfürsorge für Deutschböhmen entwerfen:

1. Errichtung eines Lehrstuhles für Orthopädie an der Prager deutschen Universität mit Prüfungsrecht,
2. einer orthopädischen Poliklinik mit einer kleinen Klinik unabhängig von der chirurgischen Klinik.
3. Errichtung eines vollständigen Krüppelheims in Reichenberg.
4. Im Falle der Unzulänglichkeit Errichtung eines zweiten Krüppelheimes in einer anderen deutschböhmiſchen Stadt.
5. Das Schwadener Krüppelheim ist als Versorgungsheim für unheilbare und erziehungsunfähige Krüppel zu verwenden.

Verzeichnis benützter Arbeiten.

- Aberle, R. v. Über Krüppelfürsorge in Österreich-Ungarn. (Zeitschrift für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Bade, B. Über das Zusammenwirken von Arzt und Schule in Krüppelheimen. (Archiv für Orthopädie 2c. 1908, Bd. VI.)
- Beyer, Th. Die Aufgaben der Krüppelfürsorge usw. (Monatsschrift f. inn. Mission 1906, Heft 4 und 5.)
- Biejsalski, Konrad. Zur Organisation der Krüppelfürsorge. (Zeitschrift für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Die Grundzüge moderner Krüppelfürsorge. (Berliner klinische Wochenschrift 1908, Nr. 33.)
- Wesen und Verbreitung des Krüppeltums in Deutschland. (Zeitschrift für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)

- Czarnomska, Izabella. Bericht über das 10jährige Bestehen der „Werkstätte für Krüppel an der orthopädischen Abteilung der Maximilian-Heilanstalt“ in St. Petersburg. (Zeitschr. für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Částein, G. Erster Beitrag zur Lösung der Krüppelfrage: Wann soll mit der Skoliojenbehandlung begonnen werden? (Prager medizinische Wochenschrift 1908, Nr. 33.)
- Gleiß, D. Pastor Knudsen usw. (Monatschrift für innere Mission 1886, Heft 1.)
- Gottstein, J. F. Deutschlands Krüppelfürsorge und ihr vorbildlicher Wert. (Prager Medizinische Wochenschrift 1908, Nr. 45.)
- Krüppelfürsorge und Kurpfuscherei. (Korrespondenzblatt des Vereines Deutscher Ärzte in Reichenberg und Umgebung 1909, Nr. 2.)
- Hoffa, A. Über Krüppel elend und Krüppelfürsorge. (Die Jugendfürsorge, Berlin 1906, Heft 6.)
- Jahrbuch der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen, I. Jahrgang.
- Jahrbuch der Krüppelfürsorge, I.—IX. Jahrg. (Herausgegeben von Pastor D. Th. Schäfer, Hamburg.)
- Krüppelfürsorge. (Volkswohl, Jahrg. 31, Nr. 42, 1907.)
- Lange, F. Was kann der praktische Arzt zur Vinderung des Krüppel elends tun? (Münchener Medizinische Wochenschrift 1907, Nr. 14. u. 15.)
- Lovett, R. W. Krüppelfürsorge in Vereinigten Staaten. (Zeitschrift für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Mechenschaftsbericht, Erster, über die Berlin-Brandenburgerische Krüppelheil- und Erziehungsanstalt. Berlin 1908.
- Reinhardt-Natvig. Arbeitsschulen für Verkrüppelte. (Zeitschrift f. orthopädische Chirurgie III, 1894.)
- Rosenfeld, L. Rationelle Hilfe in der Krüppelfürsorge. (Zeitschrift für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Krüppelfürsorge und Krüppelanstalten nach ihrem heutigen Stande. (Archiv für Orthopädie, Mechanotherapie und Unfallchirurgie 1907, Bd. V.)
- Schäfer, Th. Der gegenwärtige Stand der Verkrüppeltenfürsorge. (Monatschrift für innere Mission 1888, Heft 6—9.)
- Schanz, A. Über Krüppelnot und Krüppelhilfe. Dresden 1908.
- Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für orthopädische Chirurgie, VII. Kongreß 1908, S. 47—68.
- Vulpius, D. Das Krüppelheim. Heidelberg 1902.
- Wittke, A. Krüppelfürsorge. (Blätter für das Armenwesen 1908, Nr. 10.)
- Vandalismuskurpfuscherei und Krüppelfürsorge. (Zeitschr. für orthopädische Chirurgie 1908, Bd. XXII.)
- Zeitschrift für Krüppelfürsorge, I. Jahrgang, herausgegeben von Dr. Biejsalski, Berlin, Heft 1—3.

Blinde.

Von Emil Wagner, Direktor der Karlschen Blindenanstalt, Prag.

In neuerer Zeit ist in dem humanitären Spezialzweige der Blindenfürsorge Böhmens ein außerordentlich erfreulicher, kräftiger Zug zu bemerken. Während das Mitgefühl für diese Unglücklichsten aller Gebrechlichen seine Wirkung zu allen Zeiten auf die Menschenherzen übte, so war der Siegeszug

der Humanität und des menschlichen Mitempfindens im Verlaufe der letzten hundert Jahre durch politische und anderweitige Vorkommnisse doch zeitweise unterbrochen und bedurfte es immer erneuter Impulse, um ihn zu der gesunden und kräftigen Entwicklung, die dieses Humanitätsgebiet in neuester Zeit aufweist, zu bringen.

Die Ursache des zeitweisen Stillstandes mag darin erblickt werden, daß bezüglich des Blindenwesens, welches seine moderne Entwicklung überhaupt erst auf das Jahr 1784 rückdatiert, in früherer Zeit ein richtiger Überblick fehlte und daß die Erziehungs-, sowie die Versorgungsmethoden während der kurzen Dauer von etwas über hundert Jahren vielerlei Schwankungen erfuhren, die erst im Verlaufe der naturgemäßen Entwicklung geklärt wurden und zur richtigen Erkenntnis führten.

Dieser gewonnene Überblick der letzten Jahrzehnte bezieht sich sowohl auf den methodischen Teil des literarischen, musikalischen und Handfertigkeitunterrichtes, sowie auf die erst in der letzten Zeit richtig erkannte Einteilung der Blindenfürsorge in verschiedene Blindenfürsorgestufen, weiters auf die durch die Statistik gewonnene annähernd richtige Blindenziffer und endlich auf die auf Grund zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten gewonnene Überzeugung sicher und mit Wahrscheinlichkeit vermeidbarer Erblindungsurachen.

Diese in wenigen Sätzen zusammengedrängte Übersicht stellt eine Ansammlung ärztlich wissenschaftlicher, wie pädagogischer und praktischer Arbeiten dar und mußte von einer Anzahl von Menschenfreunden mit einem unendlichen Fleiß an dem Aufbau des modernen Blindenwesens mitgewirkt werden.

Da der von mir gewünschte Fachaufsatz der erste in diesem Jahrbuche ist, muß ich, bevor ich zu der besonders gewünschten Hervorhebung der Geschehnisse des Jahres 1908 schreite, einen kleinen geschichtlichen Überblick über den ganzen Werdegang des Blindenwesens im allgemeinen und im besonderen als erstes Glied in der Kette des Ganzen vorausschieben, um dann die in den späteren Jahren erzielten Fortschritte als weitere Bindeglieder anschließen zu können.

Ich glaube die Zeitperiode bis zum Jahre 1784, welches als Beginn des ersten systematischen Unterrichtes anzusehen ist, mit Stillschweigen übergehen zu können, obgleich sich Blinde von hervorragender Begabung zu allen Zeiten als Gelehrte, Musiker und Künstler hervortaten.

Die erste Persönlichkeit, welche einem systematischen Erziehungswerke näher trat, war der Franzose Valentin Haüy, der durch eine Wienerin, Fräulein Marie von Paradis, die als blinde Künstlerin die Weltstädte bereiste und seine Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf sich lenkte, veranlaßt wurde, den Gedanken der Blindenerziehung in praktische Tat umzusetzen.

Diesem Impulse nachgebend, wurde von ihm, abgesehen von dem heute noch bestehenden ältesten Blindenversorgungsinstitute „Quinze vingts“ aus dem Jahre 1254 in Paris, die erste Blindenunterrichtsanstalt im Jahre 1784 ebenfalls in Paris gegründet.

Diese Anstalt hatte jedoch zu Anfang kein Glück. Sie wurde von Napoleon, der ihren Gründer als Idealisten haßte, zeitweilig der Anstalt von „Quinze vingts“ einverleibt, wechselte später achtmal den Namen, besteht aber heute noch.

Valentin Haüy folgte im Jahre 1806 einem Rufe des Kaisers von Rußland und reiste nach Petersburg, um dort seine Ideen zu verwirklichen, ohne jedoch daselbst nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Seine Reise nach Rußland wurde durch einen Aufenthalt in Berlin unterbrochen und zeitigte sein dortiger Aufenthalt die Gründung der fgl.

preuß. Blindenanstalt in Berlin (heute in Steglitz) durch König Wilhelm III. und Dr. Zeune.

Diese Anstalt wurde am 13. Oktober 1806, dem Tage vor der Schlacht von Jena, eröffnet.

Ihre Gründungsurkunde war vom 11. August gezeichnet und wird es König Wilhelm III. noch heute als große Tat angerechnet, daß er, mitten im Kriege stehend, der Blinden nicht vergaß.

Im Jahre 1804, also 2 Jahre vorher hatte der aus Merheim in Bayern gebürtige Wiener Armen-Bezirksdirektor Joh. Wilhelm Klein mit dem Unterrichte eines Blinden, Jakob Braun aus Bruck an der Leitha, begonnen, und führten seine späteren Bemühungen zur Gründung des k. k. Blinden-erziehungsinstitutes in Wien.

So bilden die Namen Haüy, Klein und Zeune das Dreigestirn an dem nächtlichen Himmel der Blinden des europäischen Kontinents. In England waren, durch die Gründung B. Haüys in Paris angeregt, in Liverpool 1791, in Edinburgh und Bristol 1793 und in London 1799 Blindenanstalten gegründet worden.

In der Reihenfolge der Gründungen erfolgte im Jahre 1807 auch die des Erziehungs- und Heilinstitutes für arme blinde Kinder und Augenkranken in Prag auf dem Hradschin durch Ritter von Plazer, Prof. Dr. Alois Klar, Prof. Ritter von Maader und Kallina Ritter von Jäthenstein, womit auch der Gründer der späteren Klarischen Blindenanstalt als Mitbegründer des Hradschiner Institutes in den Kreis der Blindenväter eintrat.

Die ersten Blindenbildungsversuche erstreckten sich, im Hinblick auf die großartigen Erfolge des blinden Frä. Marie Ther. von Paradis als Künstlerin, zunächst auf die Ausbildung der Blinden auf dem Gebiete der Musik, jedoch wurden auch Versuche im literarischen und Handfertigkeitsunterrichte unternommen.

Die vielfach einseitige musikalische Ausbildung brachte die irrtümliche Auffassung über die hervorragende musikalische Begabung Blinden mit sich, welche heute nach mehr wie hundert Jahren noch nicht überall geschwunden ist.

Von allen Blindenbildnern wurde in allererster Reihe an die Erziehung des Blinden gedacht, ohne seine weitere Zukunft näher ins Auge zu fassen. Die allmählich gewonnenen Erfahrungen bewiesen jedoch nur zu bald, daß mit dem Erziehungswerk die Blindenfürsorge keineswegs erschöpft ist, daß ihr vielmehr eine weitere Obforge angeschlossen werden müsse.

Diese Obforge wähten Klein und Klar in der Gründung von Beschäftigungs- und Versorgungsanstalten gefunden zu haben und schritten beide, ersterer in Wien, letzterer in Prag, zur Gründung derartiger Fortsetzungen für die Erziehungsanstalten. Diesen Erwägungen verdanken die Wiener Beschäftigungs- und Versorgungsanstalt im Jahre 1829, die Prager Klarische Blindenanstalt im Jahre 1832 ihre Entstehung. Zur Zeit des ersten Klar (des Großvaters) rechnete man mit 300 erwachsenen Blinden in Böhmen und gab sich der Gründer der Klarischen Anstalt der Hoffnung hin, daß in seinem, im Verlaufe der Jahre ausgestalteten, Institute alle erwachsenen Blinden Böhmens Unterkunft finden werden.

Der Versorgungsgedanke Kleins und Klars erwies sich später jedoch als ein abermaliger Mißgriff, weil die Blindenzahl nach der späteren, auch auf die Blinden ausgedehnten Statistik in den letzten 3 Dezenien eine Ziffer von 5036, 3928 und 3295 Blinden in Böhmen ergab, aus welcher die Unmöglichkeit einer einzigen Versorgungsanstalt hervorgeht. Andererseits aber brachte der ununterbrochene gemeinſame Aufenthalt erwachsener Blinden in einem Internat, abgesehen davon, daß jede Erziehungsanstalt eine achtmal so große

Verorgungsanstalt zur Unterbringung aller aus ihr hervorgegangener erwachsener Blinden bedurft hätte, eine Reihe von Unzukömmlichkeiten, Unverträglichkeiten, Meid, Haß und Widerseßlichkeit mit sich, daß die damalige Versorgungsidee erwerbsfähiger Menschen als verfehlt angesehen werden mußte.

Diese Korrektur des Fürsorgegedankens führte zum Beispiel in Sachsen zur Auflösung der dortigen Versorgungsanstalt, deren Vermögen zur Realisierung gelangt ist und heute einen Unterstützungsfonds der sächsischen Blinden von 1,800.000 Mark darstellt.

Die Wiener und Prager Versorgungs- und Beschäftigungsanstalten jedoch konnten wegen der mit der Gründung derselben verbunden gewesenen Errichtung von Stiftungen und anderen grundlegenden verbrieften Grundätzen, die aus der Auffassung in der Gründerzeit hervorgingen, nicht zur Auflösung gebracht werden, sondern es blieb den späteren Direktionen, speziell der Karlschen Anstalt vorbehalten, eine Modernisierung dieses Institutes gemäß der Entwicklung des Blindenwesens vorzunehmen, die mit ungeheueren Schwierigkeiten verbunden war.

Ein richtiges Bild, welches der Auffassung der heutigen Blindenfürsorge entspricht, bildete sich erst seit dem Jahre 1873, in welchem Jahre über Anregung Ludwig August Frankels die europäischen Blindenlehrerkongresse ins Leben gerufen wurden, welche ohne den Beisatz „europäisch“ auch gegenwärtig noch alle 3 Jahre abgehalten werden.

Durch diese Blindenlehrertage erhielten die heutigen allgemeinen Grundsätze über Blindenbildung, Beschäftigung und Altersversorgung ihre eigentliche Struktur und ihr festes Gepräge.

Hiernach fordert die Humanität von den Blindenanstalten für ihre Schutzbefohlenen eine stete Fürsorge von der Wiege bis zum Grabe und hat sich auf Grund der Entwicklung des Blindenwesens nachstehende Gliederung derselben im allgemeinen herausgebildet:

Stufe 1 von der Geburt bis zum Eintritt in den Blindenkindergarten;

Stufe 2 für die Zeit des Kindergartenalters;

Stufe 3 für die Zeit der Schule;

Stufe 4 für die Zeit der handwerksmäßigen Erziehung (die Erziehung zu Berufen besserer Stände wie Lehrer, Korrespondenten, Berufsmusiker, Organisten liegt wegen der Seltenheit dieser Fälle außerhalb des allgemeinen Rahmens der Blindenanstalten);

Stufe 5 für die Zeit der Fürsorge im engeren Sinne, in welcher der Blinde das in der Blindenanstalt Erlernte durch eigene Arbeit an sich selbst nutzbringend betätigen soll und

Stufe 6 für die Zeit der Altersversorgung nach eingetretener Erwerbsunfähigkeit.

Als Stufe 7 wäre noch die Fürsorge für außer der Blindheit noch mit anderen Gebrechen behaftete (wie idiotische, taube, gelähmte, stumme, erwerbs- und bildungsunfähige) Blinde anzuführen.

Ob schon diese Altersstufeneinteilung nicht überall die ganz gleichen Altersabschnitte umfaßt und in Anbetracht der verschiedenen Gebrechlichkeitsgrade eine absolute und schablonenhafte Einteilung unmöglich ist, habe ich in einer meiner statistischen Arbeiten zum Zwecke der Gewinnung eines Zahlenbildes folgende Einteilung getroffen, und zwar:

Für die Stufe 1 das Lebensalter bis zu 4 Jahren, für die Stufe 2 von 4—8, für die Stufe 3 von 8—15, für die Stufe 4 von 15—20, für die Stufe 5 von 20—55, für die Stufe 6 von 55 bis über 70 Jahre.

Als Maximalgrenze der Arbeitsfähigkeit wählte ich im Hinblick auf das Gebrechen der Blindheit, das oft auch mit anderen Hand in Hand geht, das 55. Lebensjahr, da mir das 60. doch etwas zu hoch gegriffen erschien.

Bisher mußten wir nicht, in welchem Verhältnisse die bildungsbedürftigen Blinden zur Gesamtblindenzahl stehen und bis zu welchem Grade hinsichtlich der einzelnen Gruppen genügend oder ungenügend Vorsorge getroffen wurde.

Nach früheren statistischen Arbeiten (i. Libanski „Die Ausbildung der Blinden, Wien 1886“) wurde von Pablašek angenommen, daß

auf die Zeit vom 6.—14. Lebensjahre 8% und

auf die Zeit vom 14.—18. Lebensjahre 5% der Gesamtblindenzahl Österreichs entfallen.

Aus den statistisch gewonnenen Ergebnissen nach dem Stande vom Jahre 1900 wurde jedoch ersehen, daß bei einzelnen Ländern so große Unterschiede in den Bedürfnissen der einzelnen Stufen vorkommen, daß es ganz verfehlt wäre, den Gesamtdurchschnitt Österreichs als Grundlage für die einzelnen Länder anzunehmen.

Nach diesem Gesamtdurchschnitte entfallen auf die einzelnen Blindenfürsorgestufen auf die Zeit vor dem Kindergarten 1.58%, auf die Kindergartenstufe 2.35%, auf die Schulzeit 6.74%, auf die Stufe des Handwerksunterrichtes 5.86%, auf die Gesamterziehungszeit von 4—20 Jahren 14.96%, auf die Fürsorgestufe von 20—55 Jahren 40.66% und auf die Stufe der Altersversorgung 42.80%.

Die großen Schwankungen unter den einzelnen Kronländern sind daraus zu ersehen, daß das angeführte gesamte Erziehungsbedürfnis zwischen 4 und 20 Jahren z. B. in Dalmatien nur 4.13, in Böhmen 10.50, in der Bukowina 11.80, in Mähren 18.48 und in Niederösterreich 21.68 Prozent beträgt, so daß der Durchschnitt von Österreich per 14.06% gar keinen Anhaltspunkt bietet. Diese Schwankungen gleichen sich auf 100% bei den anderen Altersstufen selbstverständlich aus.

Die von mir aufgestellte Altersstufeneinteilung entspricht so ziemlich den praktischen Verhältnissen und wurde gegen meine statistischen Aufstellungen weder vom Inlande, noch vom Auslande irgend ein Einspruch erhoben.

Der große Wert der Blindenlehrerkongresse, welchen wir die Gewinnung seiner systematischen Gliederung der Blindenfürsorge verdanken, liegt aber auch darin, daß durch diese Kongresse, abgesehen von den offiziellen Verhandlungen mit den darauf folgenden Debatten sich unter den Vertretern des Blindenwesens, den Anstaltsleitern und Lehrern, durch den persönlichen Verkehr ein vielfach sehr herzliches Verhältnis herausstellte und daß bei diesen Kongressen die gegenseitigen Erfahrungen, Lehrmethoden und Neuerungen eingehend zur Besprechung gelangten, wodurch Lehrmittel, zweckmäßige pädagogische, methodische und praktische Einrichtungen, sowie Neuerungen eine Verallgemeinerung erfuhren.

Im Beginne der Entwicklung des Blindenwesens aber war jede Anstalt auf sich selbst angewiesen und stand nur mit ihren nächstgelegenen Schwesteranstalten im Verkehre, so daß es zu einer Zeit, wo es noch an Eisenbahnen fehlte, geradezu als eine große Seltenheit angesehen werden mußte, wenn Blindenfachleute mündlich ihre Meinungen unter einander austauschen konnten.

Nach dieser Abhweifung wollen wir wieder zur Entwicklung des Blindenwesens zurückkehren.

Nach der Gründung der beiden Versorgungsanstalten in Wien und Prag durch Klein und Klar traten die Lücken in der Blindenfürsorge, welche letztere

sich damals im Gradschiner Institute nur auf die Erziehung einerseits, auf die Heilung Blinden andererseits, in der Klarischen Anstalt auf die Beschäftigung und Versorgung erstreckte, von Jahr zu Jahr markanter hervor.

So kam es auch, daß Rudolf M. (der dritte) Klar als Vertreter seiner Anstalt bei den europäischen Blindenlehrerkongressen immer mehr darauf hingelenkt wurde, seine Beschäftigungs- und Versorgungsanstalt sowohl nach abwärts wie nach aufwärts auszugestalten und mit der Gründung eines Kindergartens im Jahre 1897 begann, aus dem sich später eine Schule entwickeln sollte, die dann den Übergang für das Handwerk zu bilden hatte.

Hiebei bedachte Klar jedoch nicht, daß eine räumlich doch nur so kleine Anstalt mit vorwiegend erwachsenen Pfleglingen, abgesehen vom Kindergarten, nicht auch noch den Raum für die Aufnahme einer Schule bieten könne, ohne den einen oder anderen Fürsorgezweig zu vernachlässigen oder zu sehr einzuengen.

Außerdem aber ist es geradezu ein Krebsßchaden, auf den schon vom Vater Klars hingewiesen wurde, wenn in Internaten zu große Altersunterschiede der Bewohner vorkommen, da jedes Alter eine Berücksichtigung seiner eigenen Bedürfnisse und Neigungen verlangt.

In bezug auf die Altersversorgung, welcher der dritte Klar ebenfalls seine intensive Aufmerksamkeit schenkte, war es über seine Veranlassung vorher schon zur Gründung des Altersversorgungshauses „Francisco-Josephinum“ im Jahre 1888 als einer selbständigen Stiftung für 120 alte erwerbsunfähige Blinde gekommen, durch welche Stiftung ein großer Teil der Blindenaltersversorgung Böhmens bestritten wird.

Allerdings hatte sich Klar diese Gründung als eine Fortsetzung seiner eigenen Anstalt in der Weise gedacht, daß die Klarische Anstalt die Blindenfürsorge vom Kindesalter bis zum Zeitpunkte der Arbeitsunfähigkeit übernehmen würde und er die älteren Pfleglinge seines Instituts aus früherer Zeit werde an das „Francisco-Josephinum“ abgeben können.

Dadurch aber, daß das Francisco-Josephinum als selbständige Anstalt ins Leben trat, wurde diese Absicht Klars vereitelt und nahm das Francisco-Josephinum nur einige alte Blinde der Klarischen Anstalt auf, während die übrigen daselbst verbleiben mußten, so daß im Organismus der Klarischen Anstalt wieder keine räumliche Trennung zwischen alt und jung vorgenommen werden konnte.

Hiedurch trat trotz des Fortschrittes im allgemeinen ein sehr empfindlicher Rückschlag in der Entwicklung der Klarischen Anstalt selbst ein.

In diesem Stadium starb der dritte Klar und übergab die Direktion durch Kooptierung und Erweiterung des unter Klar gewählten Direktoriums auf eine Körperschaft, die für die Weiterführung der Anstalt verantwortlich wurde, wobei nach dem Aussterben der Familie Klar auch das Amt des Direktors ein wählbares wurde, das ich seit dem Jahre 1898 bekleide.

Die großen Geldkalamitäten nach dem Tode Klars zwangen zu einer besonderen Hilfsaktion und zur umfangreicheren Heranziehung von Stiftungskapitalien, welche für den Zweck bis dahin deshalb teils unwendbar, teils unzureichend waren, weil wegen der Kleinheit der einzelnen Stiftungen keine derselben zur Erhaltung eines Blinden wirklich ausreichte.

Erst nach siebenjähriger mühseliger Arbeit kam eine Verschmelzung von vielen Stiftungen unter Mitwirkung des Ministeriums des Innern und der Statthalterei zustande, welche diesem Übel teilweise abhalf.

In späterer Zeit wurden die Statuten der Klar'schen Blindenanstalt dahin erweitert, daß auch die ganze Erziehung und Fürsorge in den statutenmäßigen Wirkungskreis einbezogen wurde.

An dieser Stelle möge auch eingefügt werden, daß die Entwicklung des Blindenwesens im allgemeinen, sowie in Böhmen im besonderen unter Anführung der Parallelvorgänge in meiner in diesem Jahre erschienenen 76jähr. Geschichte der Klar'schen Anstalt beschrieben ist, so daß ich auf die dort niedergelegten Details über die Finanzierung und Arrondierung des Grundbesitzes kurz verweisen muß, weil es sich an dieser Stelle nur um einen geschichtlichen Überblick handelt.

Einen kurzen aber sehr anziehenden geschichtlichen Überblick boten auch drei aus der Feder der Frau Wiedowski in der „Deutschen Arbeit“ erschienene Aufsätze über die geschichtliche Entwicklung des Blindenwesens Böhmens.

Nach Erholung der Klar'schen Anstalt in finanzieller Hinsicht war es möglich, gemäß der erweiterten Statuten auch an eine weitere Ausgestaltung des Blindenwesens zu denken.

In dieser Beziehung richtete sich das Augenmerk der Anstaltsleitung zunächst auf die Schaffung von so dringend notwendigen Blindenschulen, weil in Böhmen nur 33% aller blinden Kinder eine fachliche Volksschulerziehung genießen und beabsichtigte dieselbe eine einsprachige deutsche Schule im deutschen und eine tschechische im tschechischen Sprachgebiete ins Leben zu rufen, deren Absolventen zum Zwecke der Handwerkselernung in der Klar'schen Blindenanstalt in Prag vereinigt werden sollten.

In zweiter Folge bestand die Absicht für Absolventen der Klar'schen Handwerkschule Mädchen- und Männerheime, sowie offene Werkstätten ebenfalls in beiden Sprachgebieten zu bilden, um den ausgelernten Handwerkern Gelegenheit zur leichteren Begründung einer wirtschaftlichen Existenz zu bieten, weil ihnen Heime und Werkstätten eine sichere und ununterbrochene Arbeitsgelegenheit bieten und keine Zeit mit der Suche nach Arbeit verloren geht.

In der Verfolgung der Volksschulidee trat ich mit der Stadtgemeinde Aufsig in nähere Verhandlungen, welche im Verlaufe der Zeit dazu führten, daß die Stadtgemeinde Aufsig der Klar'schen Blindenanstalt ein herrlich gelegenes Grundstück im Ausmaße von 37.499 m², bestehend aus Feld und Wald für die deutsche Blindenschule zum Geschenk machte.

Die von Hofrat Prof. Dr. Čelakowsky propagierte Gründung einer tschechischen Schule in Weißwasser sollte ebenfalls im Verein mit der Klar'schen Blindenanstalt zustande kommen.

Dagegen war unter dem 8. Dezember 1908 in der „Národní Politika“ ein Aufruf unter dem Schlagworte „An die tschechische Öffentlichkeit“ enthalten, der von Hofrat Prof. Dr. Čelakowsky mitunterfertigt war, ohne daß die Klar'sche Anstalt nach den früheren Verhandlungen von der Gründung dieses Vereines weder verständigt, noch zur Mitarbeit eingeladen wurde.

Demnach scheint auf die Mitwirkung der Anstalt offenbar verzichtet zu werden und kann, durch diese neuerliche Wendung hervorgerufen, dieselbe ihr Projekt der Begründung auch einer tschechischen Schule selbstverständlich nicht mehr aufrecht erhalten, weil ein Bedürfnis für zwei tschechische Schulen in Böhmen nicht vorhanden ist.

Als die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Aufsig wegen der deutschen Blindenvolksschule beinahe beendet waren, machte die Stadtgemeinde Reichenberg gleichfalls den Vorschlag, in Reichenberg eine deutsche Blindenschule errichten zu wollen, wobei sie sich auf frühere Verhandlungen mit dem dritten Klar berief.

In Unkenntnis dieses letzteren Umstandes und weil die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Aussig schon längst eine bestimmte Form angenommen hatten, wurde von mir und Dr. Vogl namens der Klarichen Anstalt im Einvernehmen mit der Stadtgemeinde Reichenberg für diese Stadt die Errichtung eines Männer- und Frauenheimes für die Blinden deutscher Nationalität in Aussicht genommen und gipfelten diese Doppelverhandlungen in dem Resultate, anstatt eines Vereines „Deutsche Blindenschule in Böhmen“, dem die Aufgabe zufallen sollte, die Mittel für die Schule dieser Anstalt zu schaffen, einen Verein „Deutsche Blindenfürsorge“ zum Zwecke der Mittelbeschaffung sowohl für die Schule in Aussig, sowie für das Mädchen- und Männerheim in Reichenberg zu begründen.

Dieser Verein wurde am 22. November in Aussig unter großer Beteiligung gegründet und wird es die Aufgabe des nächsten Jahres sein, für diesen Zweck möglichst viele Ortsgruppen in Böhmen ins Leben zu rufen, damit die neuen Fürsorgeeinrichtungen für Blinde möglichst bald zur Verwirklichung gelangen.

In das Jahr 1908 fällt jedoch auch noch ein anderes geschichtliches Ereignis in der Entwicklung der Blindenfürsorge Europas, das sich in seinem wichtigsten Teile bei uns abgespielt hat.

Zu dem außerordentlich umfangreichen Kapitel der Blindenfürsorge gehört als ganz selbstverständlich auch die Entfaltung einer ununterbrochenen Tätigkeit in der Verhinderung von vermeidbaren Erblindungen.

Diesem Sondergebiete der Blindenfürsorge hat seit der Mitte des verflossenen Jahrhunderts eine Unzahl von wissenschaftlichen Arbeiten und Entdeckungen gedient und würde die Summe dieser literarischen Leistungen eine große Zahl von dicken Folianten füllen.

Wenn man bedenkt, daß es nach dem gegenwärtigen Stande der Wissenschaft in den meisten europäischen Ländern noch 30—40% vermeidbare Erblindungen gibt und daß die vermeidbaren Erblindungen während des ersten Lebensjahres sogar 50% erreichen, so möchte man es beinahe als eine auf keine Weise zu verantwortende Saumseligkeit unserer sozialen Fürsorge hinstellen, daß die vorgeschrittenen gesetzlichen Bestimmungen keinen weiteren Schutz zur Einschränkung der Blindheit bieten.

Durch meine statistischen Arbeiten angeregt wurde meine spezielle Aufmerksamkeit auch ganz besonders auf dieses Kapitel der Blindenfürsorge hingeleitet und wie sich bei jeder Forschung aus einer Entdeckung die andere ergibt, so machte ich während meiner Arbeiten auch die Wahrnehmung, daß ein wesentlicher Fortschritt in der Bekämpfung von vermeidbaren Erblindungsursachen nicht eher eintreten werde, als bis auf die Erhebung der Blinden gelegentlich der Volkszählungen in allen europäischen Staaten eine gleiche, einen Vergleich ermöglichende Grundlage geschaffen sein wird.

Zieht man dabei aber in Betracht, daß Volkszählungen deshalb nur in größeren Intervallen stattfinden können, weil die damit verbundenen Kosten viele Millionen verschlingen, so geht hieraus auch die Schwierigkeit hervor, mit einer Regelmäßigkeit der Volkszählungen in allen europäischen Staaten rechnen zu können.

Die Ungleichheit in dem Zeitpunkte der Volkszählungen, sowie die von einander oft ganz verschiedenen Momente, welche von den einzelnen europäischen Staaten in bezug auf Gebrechliche erhoben werden, weisen von selbst darauf hin, eine gewisse internationale Einheitlichkeit anzubahnen.

In diesen Bestrebungen begegnete ich den gleichen Absichten bei dem Präsidenten des Schweizer Blindenwesens Dr. Paly und dem Hauptlehrer Schaidler in München.

Die mit meinen statistischen Mitteilungen gleichzeitig erschienenen statistischen Arbeiten dieser zwei Herren führten zu dem Ergebnis, daß bei dem Hamburger Blindenlehrerkongresse im Jahre 1907 von Dr. Paly, Schaidler, Dozent Dr. Hirsch und mir für die künftigen Volkszählungen 2 Gruppen von Fragebogen für Gebrechliche zusammengestellt worden waren, wobei Hauptlehrer Schaidler und ich in je einem Vortrage am Hamburger Blindenlehrerkongresse (1907) auf die Mängel der Blindenerhebungen hinwiesen, welche im engsten Zusammenhange mit der Vermeidbarkeit von Erblindungen stehen.

Diese beiden Vorträge bildeten dann weiter die Veranlassung zur Gründung einer internationalen Kommission für Blindenstatistik, welcher als Mitglieder unter anderen auch verschiedene Koryphäen der 4 Berufsclassen der Augenheilkunde, des staatlichen Sanitätswesens, der Statistik und des Blindenwesens aus den meisten europäischen Staaten beigetreten sind.

Der Kommission gehören in der Reihenfolge ihres Eintrittes an:

Emil Wagner, Direktor der Alarschen Blindenanstalt, Prag (Vorsitzender),
Anton Schaidler, Hauptlehrer, München (Geschäftsführer),
Dr. Laurenz Paly, Entlebuch (Schweiz), Präsident des schweizerischen Zentralvereins für das Blindenwesen,

R. Monske, Direktor der Blindenanstalt, Budapest,
Ernest Vaughan, Direktor der Blindenanstalt Quinze vingts, Paris,
J. Kolubowski, Staatsrat, St. Petersburg,

Dozent Dr. Salzer, München,
J. Dietrich, Direktor der sächsischen Blindenanstalt, Chemnitz,
W. Hy. Mlingworth, Direktor der Blindenanstalt, Manchester,
Alrik Lundberg, Stockholm,

Dr. J. Widmark, Professor der Augenheilkunde, Stockholm,

Dr. Kamill Hirsch, Dozent der Augenheilkunde, Prag,

Hermann Raedler, Direktor der Blindenanstalt, St. Petersburg,

Dr. M. L. Bellarmino, Professor der Augenheilkunde an der medizinischen Akademie, St. Petersburg,

W. Solnzess, Redakteur des statistischen Hauptkomitees des Ministeriums des Innern, St. Petersburg,

Dr. Guillaume, Direktor des eidg. statistischen Bureaus, Bern,

Dr. A. Dufour, Privatdozent für Augenheilkunde an der Universität, Lausanne,

M. Ludwig Widell, Chef des königl. statist. Zentralbureaus, Stockholm,

Dr. Gustav Åstrand, Direktor der Blindenanstalt, Tomtebodas bei Stockholm,

Immanuel Matthies, Direktor der kgl. Blindenanstalt, Steglitz bei Berlin,

Dr. J. von Vargha, Ministerialrat, Chef des ung. stat. Staatsamtes, Budapest,

Dr. R. von Szily, Universitätsprofessor, Budapest,

R. Herodok, Direktor der Blindenanstalt, Budapest,

P. Jsidor Cle, kgl. Blindeninstitut Woluwe (Brüssel),

Branco Rodrigues, Gründer der Blindenschule, Lissabon,

Dr. Virginoff, erster Augenarzt im Alexanderspital, Sofia,

R. Popoff, Direktor des statistischen Amtes, Sofia,

Dr. St. Donew, Direktor des Blindeninstitutes, Sofia,

Michael Roeford, Direktor des statistischen Bureaus, Kopenhagen,

L. Plekner, Direktor des kgl. Blindeninstitutes, Kopenhagen,

Dr. G. Morrie, Augenarzt des Blindeninstitutes, Kopenhagen,

Dr. Bumm, Präsident des kais. Reichsgesundheitsamtes, Berlin,

Professor Dr. Mayet, kais. Geheimer Regierungsrat und Mitglied des kais. stat. Amtes, Berlin,

Med. Dr. Greff, Direktor der kgl. Augenklinik, Berlin Charité,
Lucien March, Chef des statist. Bureaus von Frankreich, Paris,

Dr. Josef Daimer, Chef des obersten Sanitätsrates, Wien,
 Dr. Franz Ritter von Zurajsek, Präsident der k. k. statistischen Zentral-
 kommission, Wien,
 Prof. Dr. Neuschüler, Rivista di Zisfologia, Rom,
 Professor Arnold Angelucci, Direktor der kgl. okulistischen Klinik der Univer-
 sität, Neapel,
 Professor Dr. A. Elschmig, Vorstand der k. k. deutschen Universitätsaugen-
 klini, Prag,
 General von Hagen, Loschwitz.

Diese internationale Kommission gliedert sich in Subkommissionen für die bezüglichen Staaten, welche über die zwei vom vorbereitenden Komitee aufgestellten oberrähnten Fragengruppen Abänderungs- und Neuvorschläge erstatteten, welche selbstverständlich von einander verschiedene Anschauungen darstellten.

Zum Zwecke der Einigung und der Aufstellung gleichartiger Fragen u. zw. bereits für die nächsten Volkszählungen fand unter meinem Vorsitze an der kaiserlichen Anstalt in Prag am 6. und 7. Oktober v. J. eine Schlußberatung über die verschiedenen Gutachten statt, zu welcher offizielle Vertreter aus 10 europäischen Staaten und zwar aus Bayern, Bulgarien, Dänemark, Preußen, Frankreich, Italien, Österreich, Rußland, Sachsen und der Schweiz erschienen waren.

Bei dieser Schlußberatung wurde eine vollkommene Einigung erzielt und der Entwurf eines einheitlichen Fragenschemas fertiggestellt.

Nach der Drucklegung des Berichtes werden die Anträge der Kommission für internationale Blindenstatistik in deutscher und französischer Sprache nicht nur den Regierungen aller europäischen Staaten unterbreitet werden, sondern es hat über die Bitte der Gesamtkommission der Präsident der österreichischen statistischen Zentralkommission in Wien Herr Sektionschef Dr. Ritter von Zurajsek die Vertretung dieser Angelegenheit bei dem Internationalen statistischen Institute in Genf übernommen, damit auch dieses Institut Gelegenheit nehme, seinen internationalen Einfluß auf die verschiedenen Staaten in bezug auf die Blindenerhebung sowie die aller Gebrechlichen geltend zu machen.

Endlich aber hat die Kommission für internationale Blindenstatistik den einstimmigen Beschluß gefaßt, ihre Tätigkeit mit der Aufstellung von Fragebogen nicht zu beenden, sondern Konzentrationsformulare zum Zwecke einer gleichartigen Aufarbeitung des gewonnenen gleichartigen Materials zu entwerfen und seine internationale Mitarbeiterchaft auf diesem wichtigen Gebiete anzutragen, weil der praktische Zweck dadurch wieder vereitelt würde, wenn ein gleichartig gewonnenes Grundmateriale nicht auch wieder gleichartig aufgearbeitet und publiziert würde.

Sollten diese umfassenden und weitverzweigten Bemühungen von Erfolg begleitet sein, so kann man dann mit positiven Zahlen und Vorschlägen an die Regierungen herantreten, um vorbeugende gesetzliche Maßnahmen gegen vermeidbare Erblindungen zu erreichen.

Selbstverständlich dürften die Wirkungen dieser Tätigkeit erst nach Jahrzehnten in die praktische Erscheinung treten und werden erst die künftigen Geschlechter die Segnungen dieser umfangreichen aufopfernden Bemühungen genießen.

Für unser engeres Heimatland ist es immerhin sehr ehrenvoll, daß die allerersten Verhandlungen über ein so wichtiges Kapitel der sozialen Fürsorge speziell in Prag stattfanden und uns der Vorzug beschieden war, zahlreiche

Vertreter dieser humanen Idee aus Europa in aller Stille als Gäste bei uns zu sehen.

Zum Schlusse sei noch einer Aktion der österreichischen Blindenanstalten gedacht, welche ebenfalls in das Jahr 1908 fiel.

Der III. österreichische Blindenlehrrtag (I. österreichischer Blindenfürsorgetag) im Jahre 1906 in Graz hatte den Beschluß gefaßt, an die österreichische Regierung mit der Bitte heranzutreten, eine Reorganisation des österreichischen Blindenwesens anzubahnen.

Die in Graz einstimmig gefaßten Beschlüsse für eine zeitgemäße Reform des Blindenwesens in Österreich hat folgenden Wortlaut:

1. Der hohen k. k. Regierung ist eine Petition zu überreichen, dahingehend, sie möge dem hohen Abgeordnetenhause Gesekentwürfe vorlegen:
 - a) betreffend die Normierung der Verpflichtung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zur Errichtung von Erziehungsanstalten für alle Abnormalen, also auch für Blinde, in welchen diese Unterricht in den Gegenständen der Volksschule und Ausbildung in Gewerben und Handfertigkeiten erhalten und zwar nach Maßgabe der für die Vollsinningen geltenden Schul- und Gewerbegeetze, so daß diese Abnormalen nach dem Austritte aus der Anstalt sich ihren Lebensunterhalt wenigstens zum größten Teile durch ihre eigene Arbeit erwerben können; in jenen Ländern, wo solche Anstalten bereits bestehen, dem Bedarfe aber nicht genügen, wären sie dem obigen Sinne entsprechend auszugestalten;
 - b) betreffend die Normierung der Verpflichtung der Gemeinden, ihre unterstützungsbedürftigen, altersschwachen oder arbeitsunfähigen abnormalen Heimatsberechtigten entsprechend zu versorgen und selbst, wo tunlich, in durch die Privatwohlthätigkeit geschaffene oder zu schaffende Heime gegen Vergütung der Verpflegskosten unterzubringen;
 - c) betreffend die Normierung der Verpflichtung der Eltern, ihre abnormalen im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder in die für diese Zwecke bestehenden Erziehungsanstalten eintreten zu lassen.
2. An das Abgeordnetenhaus ist eine Petition behufs Beratung und Beschlußfassung über die vorgenannten Regierungsvorlagen zu richten.

Die an die Zentralregierung gestellten Bitten gipfeln in folgenden Punkten:

- a) Errichtung und Subventionierung von Blindenerziehungsanstalten in denjenigen Ländern, in welchen noch keine Erziehungsinstitute oder solche in ungenügender Anzahl bestehen.
- b) Förderung der ferneren Blindenfürsorge während des erwerbsfähigen Alters.
- c) Errichtung von Altersblindenheimen.
- d) Institutszwang Blinder für das erziehungsfähige Alter.
- e) Einführung einheitlicher Lehrpläne.
- f) Wiedererlangung der Portofreiheit auch für die Privatanstalten, die mangels staatlicher Institute (gleich Landes- oder Staatsanstalten, welche letztere die Portofreiheit genießen) im Interesse der Länder und des Staates tätig sind.
- g) Portobegünstigung für den Leihverkehr von Blindenbüchern.
- h) Eisenbahnermäßigungen für Blinde samt ihren Begleitern aus dem Titel der Blindheit, nicht aber dem der Armut.
- i) Eisenbahnermäßigungen für Dienstreisen der Blindenanstalts-Direktoren, Lehrer und Beamten.

k) Förderung des Blindengewerbes durch Zuerkennung des Rechtes der Zeugnisausstellung, welche das gewerbliche Lehrzeugnis ersetzen, an alle mit diesem Rechte noch nicht ausgestatteten Blindenanstalten; ferner Schutz der blinden Gewerbetreibenden.

l) Befreiung humanitärer Vermächtnisse und Stiftungen von der Erb- oder Stiftungsgebühr, welche samt Zuschlägen derzeit 12% beträgt, so daß der Staat derzeit ohne die geringste Gegenleistung aus humanitären Schöpfungen einen tatsächlichen großen Reingewinn bezieht.

Die aus dem Durchführungsausschusse bestehende Deputation wurde am 4. Juli vorigen Jahres von dem damaligen Ministerpräsidenten sowie den verschiedenen Fachministern empfangen und die möglichste Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche seitens aller Minister in Aussicht gestellt.

Leider haben die politischen Ereignisse der zweiten Hälfte des Jahres 1908 die unternommene Aktion wegen des Wechsels des Ministeriums wieder zum Stillstande gebracht.

Wer von den geehrten Lesern meinen Ausführungen mit Interesse gefolgt ist, wird sich der Überzeugung nicht verschließen können, daß die Fortschritte auf dem Gebiete des Blindenwesens sich mit vollem Rechte denen auf allen anderen Gebieten zur Seite stellen können, daß es aber noch des großen Interesses aller Berufskreise und der werktätigsten Förderung bedarf, um die moderne Blindenfürsorge in Böhmen auf die Höhe der Zeit zu führen und die heimischen Blindenanstalten auf die mustergültigen Einrichtungen anderer Staaten zu bringen; — an dem guten Willen und der Fähigkeit der großen Aufgabe gemäß Großes zu vollbringen, fehlt es in den Provinzen Oesterreichs mit geringen Ausnahmen nirgends, nur fehlt es überall an den hiezu nötigen ansehnlichen Mitteln, weil die meisten Blindenanstalten immer und immer wieder nur auf die Privatwohlthätigkeit angewiesen sind.

Das Los der ungebildeten Taubstummen.

(Mit einer Zusammenstellung der derzeit in Böhmen befindlichen, in keiner Anstalt untergebrachten deutschen taubstummen Kinder.) J. Kindlmann, Smichow.

„Für sie ist die ganze Welt stumm, die ihrer gleichsam vergaß. Ihnen rauscht der Bach, tönt der Gesang der Vögel vergebens und die donnernde Wetterwolke selbst zieht lautlos über sie hin. Zu ihrem Herzen dringt nie die freundliche Mahnung und Belehrung des Vaters, nie die zärtlich schmeichelnde Stimme der Mutter und den süßen Vater- und Mutternamen vernehmen die Eltern nie von den Lippen ihres Lieblings! Das frohe Lachen der Jugendgespielen bewegt das gehörloze Kind nicht zu höherer Freude und den gehörlosen Mann nicht die gesellige Unterhaltung der Freunde und Vertrauten.“ Mit diesen wenigen Worten charakterisiert Bichoffe sehr trefflich den Zustand der Taubstummen im allgemeinen und den der ungebildeten Taubstummen im besondern.

Nicht genug, daß es dem Taubstummen wegen Mangel an Gehör unmöglich wird, die Natur zu erkennen, daß er der Freuden der Musik für immer beraubt ist, fehlt ihm auch das größte und höchste Gut des Menschen, nämlich: die Wahrnehmung der menschlichen Worte, der Sinnbilder der menschlichen

Vorstellungen, die unmittelbare Wahrnehmung des artikuliert gesprochenen Repräsentanten des menschlichen Gedankens, Gefühls und Willens, der menschlichen Sprache. Infolge seines Gebrechens vom Verkehr mit den Vollsinnigen in der Lautsprache gänzlich ausgeschlossen, wird er in seiner intellektuellen Entwicklung aufgehalten und wenn nicht künstliche Bildung ihm das ersetzt, was ihm die Natur versagte, so ist sein Urtheil gefällt — er ist ohne sein Verschulden zum „geistigen Tode“ verurtheilt.

Blinde werden ohne Erziehung schlechte Menschen wie Vollsinnige. Die ungebildeten Taubstummen aber können sich nicht einmal zur Würde moralischer Wesen erheben. Sie können nicht wie Hörende durch den bloßen Umgang mit gebildeten Menschen wenigstens zu einem gewissen Grade moralischer Bildung gelangen, sie können sich überhaupt ohne besonderen Unterricht aus ihrem tierischen Zustande nicht hinausarbeiten. Menschliche Gestalt ausgenommen, und selbst diese trägt sichtbare Spuren der zerstörten Menschenwürde an sich, haben sie wenig mit anderen Menschen gemein, ja sie stehen in mancher Hinsicht den Tieren nach. Tiere folgen ihrem Instinkt und bleiben innerhalb der Grenzen der Natur; der ungebildete Taubstumme hingegen, weder von der Vernunft noch vom Instinkt geleitet, wird zum Spielball unbändig tobender Wellen der Leidenschaft. Ohne Kenntniß des moralischen Wertes und der Folgen seiner Handlungen folgt er jedem seiner sinnlichen Triebe mit wildem Angestüm. Jedes seiner überaus regen Sinnlichkeit im Wege stehende Hindernis erregt seinen Unwillen und wird mit einer Wut bekämpft, deren Ausbruch die Sicherheit der bürgerlichen Gesellschaft oft gefährdet. Kommt er einmal mit dem Geseze in Konflikt, so wird er ergriffen und muß nun büßen, nicht nur allein für seine eigene Schuld, denn er ist ja unzurechnungsfähig, sondern für die der menschlichen Gesellschaft, für die Schuld seines Heimatlandes, das seine Erziehung vernachlässigte und verwaahrloste. Nun muß er, um unschädlich gemacht zu werden, sein verkümmertes Leben im Kerker oder im Zrennhaufe beenden.

Interessant ist es zwischen dem Zustand des Taubstummen und dem des Blinden einen Vergleich anzustellen:

Wenn ein zwei- bis vierjähriges Kind ertaubt, so verschwindet allmählich auch seine Sprache, es wird stumm. Dem Taubgeboren und dem in zarter Kindheit Ertaubten mangelt also nur die Sprache, weil ihnen das Gehör fehlt. Könnte man dieses verschaffen, so würde natürlich nur nach und nach das Sprachorgan tätig werden. Außer der Stummheit bedingt die Taubheit auch lebhafteste Bewegung und dann die Gebärde. Blindheit dagegen beschränkt die Bewegung, macht die Gebärde unnütz, befördert und entwickelt die Sprache.

Die Natur ist die Lehrerin des Tauben, der Blinde ist der Lehrling des Umganges, des gesellschaftlichen Verkehrs. Deshalb sagt auch Drobisch in seiner „empirischen Seelenlehre“ sehr richtig: „Unter diesen Gesichtspunkten erscheint uns das Gehör, das wir bei den Tieren den Gesellschaftssinn nennen möchten, bei dem Menschen als der Sinn für das Reich des Gedankens, für die Welt des Gemüths oder mit zwei Worten als der Sinn für die beseeelte Menschenwelt. Bei Abgang eines so überaus wichtigen Sinnes verkümmert der Taubstumme, wenn er keinen Unterricht erhält, in geistiger Hinsicht total.

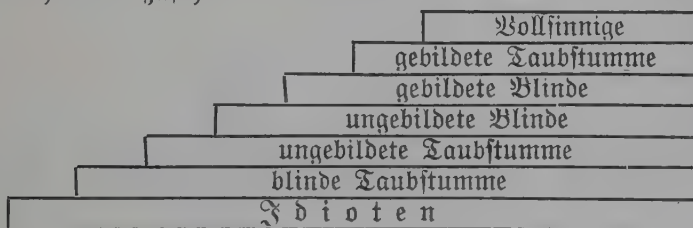
Der Blinde als „Zögling des gesellschaftlichen Verkehrs“ entbehrt also eines gewissen Unterrichtes niemals; selbst dann nicht, wenn er sein Vaterhaus nie verlassen würde und kann daher auch geistig nie so verkümmern, wie der Taubstumme. Nach dem soeben Gesagten kann es uns daher nicht befremden, wenn wir bei gleichen numerischen Verhältnissen finden, daß die Zahl der gebildeten Blinden die der gebildeten Taubstummen stets übersteigt. Und

ferner, um noch einmal auf Drobisch zurückzukommen, sei hier noch folgender Ausspruch aus seiner „empirischen Seelenlehre“ zitiert: „Daß dies seine wahre Bedeutung ist, beweisen die Taubstummen, die ohne hilfreiche Unterstützung eines mühevollen Unterrichts wenig über den geistigen Horizont der Blödsinnigen sich erheben, indes der Blindgeborene bei weit weniger sorgfältiger Unterweisung ohne Schwierigkeit sich zum denkenden Menschen aufschwingt, ja ihm sogar, wie die Beispiele eines Saunderson und einer Paradies belegen, die Pforten der höheren Wissenschaft und Kunst nicht verschlossen bleiben. Der Sinn des Gehörs steht der inneren Welt näher als jeder andere und so löst sich denn auch der Verkehr des Geistes mit der Außenwelt durch seine Vermittlung zuletzt auf, im Schläfe, wie im Tode.“ Der verwahrloste Taubstumme ist daher ohne Zweifel unglücklicher, als der nur durch gesellschaftlichen Verkehr unterrichtete Blinde. Der Blinde bedarf eines leitenden Führers, der Taubstumme eines Vormundes, der über seine Person wacht und sein Interesse wahrnimmt. Dem Blinden fehlt das Licht der Augen, dem Taubstummen das der Erkenntnis. Die in die Augen fallende Hilflosigkeit des Blinden rührt mitleidige Herzen und öffnet ihm wohlthuende Hände. Er erhält Unterstützung, auch wenn er nicht darum anspricht, nicht bittet, was ihm auch eigentlich nicht verwehrt wird. Zugunsten des Taubstummen findet keine Ausnahme dieser Art statt. Das Verbot gegen das Betteln gilt ihm ebenso als dem Vollsinningen. Sein Äußeres führt nicht auf die Vermutung seines Gebrechens. Er sieht gesund und rüstig aus, er klagt nicht, man geht, gibt er sich zu erkennen, gleichgültig an ihm vorüber, weil man entweder glaubt, er bettle aus Arbeitscheu oder auch weil man besorgt, hintergangen zu werden. Als leidenschaftlicher Mensch verrufen, ruht nicht selten der Verdacht widerrechtlicher Handlungen auf ihm, weil der Beschuldigte keine Sprache zu seiner Rechtfertigung hat. Er begeht mitunter auch wirklich widerrechtliche Handlungen, ohne ihn eines bösen Willens beschuldigen zu können, weil sein Verstand nicht gebildet und mit wahren Begriffen von Recht und Unrecht, von Tugend und Laster, von Anständigkeit und Unanständigkeit und überhaupt von allen feinen Pflichten nicht erleuchtet werden kann. So körperlich und sittlich verunstaltet, ist der Taubstumme nicht nur der Geringschätzung gefühlloser, sondern auch zuweilen der Mißhandlung mutwilliger Menschen preisgegeben und sein Gebrechen ist die Quelle grenzenloser Verirrung und namenloser Leiden.

Die Frage, ob der Taubstumme oder der Blinde sich mehr unglücklich fühle, erläutert folgende Begebenheit:

In einer meiner Inspektionswochen besuchte ich einmal mit den gesamten Zöglingen der Prager Taubstummenanstalt, das Blindeninstitut auf dem Gradschín. Nachdem sich im Momente unserer Ankunft die blinden Kinder gerade auf dem Hofe befanden, hieß uns die leitende barmherzige Schwester ebenfalls dahin zu gehen. Es war ein ganz eigenartiges und trotz des auf verhältnismäßig beschränktem Raume konzentrierten menschlichen Glends, ein recht interessantes und oft komisch wirkendes Schauspiel. Blinde und taubstumme Kinder bunt durcheinander gemischt! Die Blinden wollten mit den Taubstummen sprechen, aber es ging nicht. Die Taubstummen, namentlich die jüngeren, wollten mit den Blinden deuten und dies ging natürlich erst recht nicht. Eine Verständigung dieser beider Arten von Unglückskindern war also ganz ausgeschlossen. Endlich wollte sich ein älterer taubstummer Knabe in der Lautsprache versuchen und fragte einen Blinden nach dessen Namen. Anstatt einer Antwort fing dieser jedoch nach einigem Nachdenken herzlich zu lachen an und war nur mit Mühe zu beruhigen. Die rauhe Aussprache des Taubstummen hatte auf das feine Ohr des Blinden einen derart komischen

Einfluß ausgeübt, daß er, obzwar über das Unglück der Taubstummen sofort belehrt, immer wieder sichern mußte. Als ich bei dieser Gelegenheit einige der Blinden fragte, ob sie nicht statt blind doch lieber taubstumm wären, haben sie sich geradezu entsetzt und keiner wollte von einem derartigen Tausch etwas wissen. Darauf fragte ich in der Gebärdensprache die um mich versammelten und mich neugierig anblickenden taubstummen Zöglinge, ob sie nicht etwa die Taubstummheit mit der Blindheit zu vertauschen bereit wären. Nur die wenigsten gaben eine Antwort, daß sie zufrieden sind, taubstumm zu sein und um alles in der Welt nicht blind sein möchten. Die meisten machten bei dieser Frage unwillkürlich „kehr“, scharten sich zusammen und erzählten einander in der Gebärde, welche Frage ich an sie stellte. Natürlich, wie von den Blinden niemand die Blindheit für die Taubstummheit, so wollte von den Taubstummen niemand die Taubstummheit für die Blindheit hergeben. Hieraus geht hervor, daß einesteils jeder die Schwere des Unglücks fühlt, etwas zu vermissen, was ihm, dem Besitzenden, Freude und Nutzen gewährt; andern- teils aber gelten die Worte: „Wer nichts hat, hat nichts verloren und wer nichts verloren hat, hat nichts zu vermissen.“ Und ferner, daß soweit es sich um geborene Taubstumme und geborene Blinde handelt, im allgemeinen beide Arten von Unglücklichen sich nicht unglücklich fühlen. Wir Vollsinnigen hätten bei der Vergleichen zweier Arten der in beigefügter Darstellung in Frage kommenden Unglücklichen, die auf der Stufenleiter tiefer stehenden, als die unglücklicheren anzusehen.



Obzwar ich mir zur Aufgabe gemacht habe, das Los der ungebildeten Taubstummen zu behandeln, konnte ich, um den Zustand dieser Unglücklichen so gut als möglich zu charakterisieren, einem Vergleich der „Gehörlosen“ mit den „Sichtlosen“ nicht recht aus dem Wege gehen und da ich nun meinen Zweck erreicht zu haben meine, fasse ich nun unsere ungebildeten Taubstumme und zwar die zur Zeit in Böhmen ohne Unterricht aufwachsenden deutschen taubstummen Kinder besonders ins Auge.

Als ein bedeutendes Ereignis muß es angesehen werden, daß im Jahre 1908 eine Zählung sämtlicher taubstummen, in keiner Anstalt untergebrachten deutschen Kinder durchgeführt wurde. Diese Zählung wurde von der deutschen Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge veranlaßt und mit größter Sorgfalt durchgeführt. Nach dem Ergebnis dieser Zählung wachsen 184 deutsche taubstumme Kinder, trotzdem schulpflichtig und meist auch bildungsfähig, ohne jeden Unterricht auf.

Tatsachen schreien mehr als tote Zahlen und nachdem es dem „Zahrbuche“ bestimmt ist in deutsche Gauen zu wandern, so glaube ich, daß es nur vom Nutzen sein kann, wenn ich, auf Grund der mir von der deutschen Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge zur Verfügung gestellten „Grundbuchsblätter“, nach Bezirken geordnet, unsere deutschen taubstummen, ohne Unterricht aufwachsenden Kinder mit Namen, Wohnort, Beschäftigung deren Eltern zc. hier folgen lasse:

In keiner Anstalt untergebracht und ohne instruktive Behandlung aufwachsende deutsche taubstumme Kinder im Alter von 6—14 Jahren.

Auf Grund der von der deutschen Section der Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge im Jahre 1908 durchgeführten Zählung nach Bezirken aufkommengestellt vom Taubstummenlehrer S. Gindlmann.

Bezirkshauptmannschaft	Wohnort	Kauf. Nr.	Name des Kindes	Beschäftigung		Geistige Veranlagung	Anmerkung
				des Vaters	der Mutter		
Wisch	Wisch	1	Paul Zuber	Strumpfwirter	—	normal	taubgeboren
Wisch	Neuberg	2	Ida Korndörfer	Weber	—	normal	—
Wisch	Neustengrub	3	Marie Seidel	Weber	—	normal	—
Aussig	Wotomies	4	Josef Deina	Fabrikarbeiter	+	unbekannt	—
Aussig	Lebenstels	5	Hildegard Ohlades	Arbeiter	—	anormal	—
Aussig	Johnsdorf	6	Marie Kromholz	Welschler	—	unbekannt	—
Aussig	Großkandern	7	Marie Rupprich	Domom	—	anormal	hat einen schwachsinigen Bruder
Wischosteinitz	Neuparlitz	8	Josef Rohout	Maurergeselle	—	normal	droht Verwahrlosung
Wischosteinitz	Witzschdorf	9	Hedwig Langer	+	Witwe	normal	taubgeboren
Böhm.-Leipa	Heiligentreu	10	Kranz Bergmann	Tischler	+	normal	—
Böhm.-Leipa	Obergroßpar	11	Emil Ramisch	Müller	—	normal	—
Böhm.-Leipa	Wienitz	12	Elisabeth Rauch	Lagarbeiter	—	unbekannt	—
Braunau	Wärzdorf	13	Berta Junger	Fabrikarbeiter	—	unbekannt	15 unverpflegte Kinder
Brüx	Oberleutensdorf	14	Josef Skarda	Bahnbediensteter	—	anormal	schwächlich
Brüx	Oberleutensdorf	15	Theresa Poltsch	Schuhmacher	—	normal	Gehörlos
Brüx	Hammer	16	Berta Heißig	Bergmann	—	normal	schwächlich
Budweis	Bobowitz	17	Martin Menail	Bauer	—	angeblich	—
Dauba	Schmiebeberg	18	Robert Hofmann	Maurer	—	nicht normal	gut genährt
Dauba	Schmiebeberg	19	Franz Kreißl	Walдарbeiter	—	normal	kräftig
Dux	Dertine	20	Emil Ziller	+	Mäherin	normal	schwächlich
Eger	Klein	21	Reinhold Stübiger	Bogenmacher	—	unbekannt	körperlich gesund
Eger	Pörrgrün	22	Franziska Hojer	Gemeindebedienter	—	normal	gut entwickelt
Eger	Klinghart	23	Anna März	Stänkehirt	—	unbekannt	—
Gallersau	Schörfels	24	Josef Majer	+	Witwe	normal	gut entwickelt
Gallersau	Schörfels	25	Andreas Platz	+	Wirtschaftsbesitz.	normal	gut entwickelt
Gallersau	Lebenstels	26	Heinrich Schuldes	Bergarbeiter	—	normal	kräftig
Gallersau	Gallersau	27	Marie Bräunigam	Bergmann	—	normal	gut genährt

Kallenan	28	Franziska Moril	Landwirt	unbekannt	Eltern leben getrennt
Kallenan	29	Alwine Wolf	Knopfweber	unbekannt	—
Friedland	30	Raimund Krause	Wächter	normal	wohl genährt
Friedland	31	Emma Wuk	Fabrikarbeiter	normal	wohl genährt
Gabel	32	Friedrich Pohl	Bräuhäusarbeter	normal	hat noch einen taubst. Bruder
Gabel	33	Marie Reuhäuser	Hausmeister	normal	kräftig
Schwargenbach	34	Johann Werner	Gastwirt	unbekannt	schwächlich
Schindlovitz	35	Klara Peter	+ Tagarbeiter	normal	—
Schindlovitz	36	Olga Schmalzer	Fabrikarbeiter	normal	tauggeboren
Schindlovitz	37	Mlois Malakta	Maurer	normal	—
Schindlovitz	38	Agnes Hollmann	Kutscher	normal	verwahrloht
Schindlovitz	39	Mlois Lerch	Tagelöhner	normal	—
Schindlovitz	40	Emilie Wismann	—	normal	das Kind wird von seiner geistes- schwachen Mutter beaufsichtigt
Raden	41	Karl John	Mauregehilfe	unbekannt	—
Raden	42	Kolja Bartl	Bräuhäusantstcher	unbekannt	—
Raden	43	Josif Gofischer	Bauer	normal	gut genährt
Raden	44	Marie Benedikt	Fuhrmann	normal	schwächlich
Raden	45	Anna Papich	+ Tagelöhner	normal	schwächlich
Raden	46	Geonore Thurntign	+ Zimmeraler	normal	schwächlich
Raden	47	Karl Albert	+ Glaserbeiter	normal	—
Raden	48	Mlois Grund	—	normal	wird von der Gemeinde erhalten,
Raden	49	Robert Korinzel	—	normal	Eltern leben getrennt
Raden	50	Rudolf Pfaff	—	normal	kräftig
Raden	51	Andreas Wesp	—	normal	schwach entwickelt, kann zeit- weilig nicht gehen
Raden	52	Josif Christof	—	normal	gut entwickelt
Raden	53	Karl Tatt	—	unbekannt	—
Raden	54	Rudolf Tatt	(Stiefmutter)	normal	war 1 Jahr im Budw. Z.-Zust., wegen Kränklichkeit entlassen
Raden	55	Franz Stadlbauer	—	normal	schwach
Raden	56	Johann Benda	—	normal	unterernährt
Raden	57	Anna Gsch	—	normal	schwächlich
Raden	58	Marianna Fuchs	Häusler	normal	gut genährt
Raden	59	Katharina Paas	+ Landwirt	normal	unterernährt, Gehörreste
Raden	60	Maria Volker	—	normal	—
Raden	61	Hedwig Soos	—	normal	—
Raden	62	Johanna Soos	—	normal	—

Bezirkshaupt- mannschaft	Wohnort	Auf. Nr.	Name des Kindes	Beschäftigung		Geistige Veranlagung	Anmerkung
				des Vaters	der Mutter		
Krumau	Saltau	63	Marie Kramer	Tagelöhner	—	anormal	mangelhafte Aussicht
Landstreu	Knappendorf	64	Anton Wagner	?	—	anormal	—
Landstreu	Wollschitz	65	Berta Schwarzer	Feldgärtner	—	anormal	fräftig gebaut
Landstreu	Knappendorf	66	Anna Zimprich	Tagelöhner	—	anormal	unbeholfen
Leinewitz	Lobositz	67	Margareta Kallner	Bücherantsträger	—	normal	—
Luditz	Heubörsch	68	Ernst Behr	Häusler	—	normal	—
Marienbad	Schanz	69	Ernst Siart	Tagelöhner	—	normal	—
Marienbad	Klemensdorf	70	Krang Koppmann	Maurer	—	schwachsinnig	fräftig
Marienbad	Mayau	71	Marie Konheiser	Tagarbeiter	—	sehr schw. begabt	im 1. Lebensj. nach einer Hirn- hautentzündung erkrankt
Mies	Zulfsau	72	Hermine End	Gemeindebedienter	—	normal	kann sich nur schwer fortbewegen, von der Gemeinde erhalten
Münchengräß	Sesomai	73	Franz Witze	+	+	normal	taubgeboren
Neubaus	Neubaus	74	Johann Wilmann	Spitzenkötpler	Spitzenkötplerin	normal	droht Verwahrlosung
Neubaus	W.-Vernischlag	75	Josefa Mabl	Tagelöhner	+	normal	unbildungsfähig
Neubaus	Adamsfreiheit	76	Genovefa Stippel	Tagelöhner	—	schwachsinnig	—
Neustadt	Deitney	77	Ferdinand Schröder	Maurer	—	normal	—
Plan	Heiligentreu	78	Anna Türbeck	Schneider	Bedienerin	normal	—
Robertsam	Hofau	79	Karl Rörtl	Arbeiter	—	normal	soll zeitweilig etwas hören
Robertsam	Kriegern	80	Wenzel Pfeiffa	Bahnarbeiter	—	normal	taubgeboren
Robertsam	Robertsam	81	Josef Siegl	Bahnwärter	—	normal	unternährt, immer fränkisch
Robertsam	Wulchowitz	82	Karoline Honska	Arbeiter	—	unbekannt	schwächlich
Robertsam	Waltschitz	83	Auguste Klier	Tagarbeiter	—	normal	schwächlich
Robertsam	Wodetzitz	84	Anna Stahlich	Schuhmacher	—	normal	linker Arm gelähmt
Politschitz	Laubendorf	85	Theresia Gelschitz	Häusler	—	normal	—
Prachatz	Frankental	86	Hermann Schwaninger	Spiegelglaspolierer	—	normal	gesund und geistig sehr rege
Prachatz	Oberwald	87	Theresia Witschitz	+	Unwohnerwitwe	soll idiot. sein?	taubstumm infolge Strahlen
Prachatz	Prachatzlag	88	Anna Schießl	Bauer	—	normal	taubstumm infolge Scharlach
Prachatz	Prachatz	89	Antonie Willenrotter	Mäher	+	normal	nerventranf
Preßnitz	Wetpert	90	Johann Lenhard	Polamentierer	—	normal	gesund
Preßnitz	Wadorf	91	Johann Wlad	+	—	unbekannt	droht Verwahrlosung
Preßnitz	Wetpert	92	Franz Thiele	Schornsteinfeger	—	normal	geistig sehr rege
Preßnitz	Welschdorf	93	Edwig Hahn	Händler	—	normal	sehr gewekt
Preßnitz	Wetpert	94	Anna Doll	Weschkauer	—	normal	—

Preßnitz	Orpus	Sda Richter	Waldheger	—	normal	—	—
Reichenberg	Liebenau	Franz Seidl	Weber	—	unbekannt	geistig sehr reg	—
Reichenberg	Röchlitz	Josef Güter	Bahnbediensteter	—	normal	schwächlich	—
Reichenberg	Untertrahan	Emil Koudelka	Schneider	—	unbekannt	Schädelabnormität	—
Reichenberg	Röchlitz	Josef Wrabek	Uhrenbändler	—	unbekannt	—	—
Reichenberg	Maffersdorf	Anna Mach	Malschmied	—	normal	—	—
Rumburg	Rumburg	Sobann Hille	Infolge Krankheit beschäftigungslos	—	normal	—	—
Rumburg	Kreibitz	Josef Strobach	Glasmaier	—	normal	—	—
Rumburg	Rumburg	Marie Tirausch	Geschäftsführer	—	normal	hat eine taubstumme Schwester	—
Rumburg	Niedegrund	Marie Ullrich	Tagelöhner	—	normal	zahlreiche Familie	—
Schützenhofen	Hartmanns	Sobann Deyol	Mauremeyer	—	normal	droht Verwahrlosung	—
Schützenhofen	Waminov	Josef Reker	Dienstknecht	—	normal	taubgeboren, droht Verwahrlosung	—
Schützenhofen	Rehberg	Marie Genhofner	+	Tagelöhnerin	normal	erlachte im Alter von 2 Jahren	—
Seufstedenberg	Kerndorf	Rudolf Ringer	Händler	—	normal	taubgeboren	—
Tachau	Reustadl	Josef Lorenz	Tischler	—	normal	taubgeboren	—
Tachau	St. Katharina	Max Altmann	Maurer	—	normal	sehr talentiert	—
Tachau	Kangendorflas	Anna Herget	?	Bedienerin in Wien	normal	uneheliches Kind, sehr talentiert, wird von der Gemeinde erhalten	—
Taus	Obervollman	Wilhelm Misker	?	?	idiotisch	wurde v. Hr. L.-Just. nach 1 J. als unbildungsfähig entlassen	—
Tepl	Wittschin	Katharina Reichrich	?	?	normal	—	—
Teplitz	Boitsdorf	Marie Burock	Zimmermann	—	unbekannt	schwächlich und fränklisch	—
Teßchen	Freudenberg	Franz Polne	Fabrikarbeiter	—	normal	kräftig	—
Teßchen	Wodenbach	Josef Richter	Kaufmann	—	normal	augenkrank	—
Teßchen	Wgersdorf	Franziska Bauer	Korbschneider	—	normal	von der Leitmeritzer Anstalt als unbildungsfähig entlassen	—
Teßchen	Politz	Ottlie Preidel	Maurer	—	schwächstunig	rechtsfertiger Leistenbruch	—
Trautenau	Tungbuch	Siegfried Amier	Fleischarbeiter	—	normal	—	—
Trautenau	Trautenau	Karl Erben	Maler	—	normal	6 unverfögte Kinder	—
Trautenau	Parichitz	Josef Stiehl	Zimmermann	—	unbekannt	sehr schwächlich	—
Trautenau	Petersdorf	Binzenz Stiehl	Straßenräumer	—	normal	—	—
Trautenau	Nieder-Mischadt	Marie Jäger	Tagelöhner	—	normal	—	—
Trautenau	Königschau	Marie Kuhn	Bergmann	—	normal	—	—
Trautenau	Welsholz	Emilie Reichmann	+	Tagelöhnerin	normal	—	—
Turnau	Bohm-Micha	Rudolf Krupka	Appreteur	+	unbekannt	—	—

In vielen anderen Kronländern wird eine gründliche Zählung schon lange durchgeführt. Um z. B. sämtlichen in Niederösterreich heimatberechtigten taubstummen Kindern die erforderliche Erziehung und den geeigneten Unterricht zuteil werden zu lassen, bzw. deren rechtzeitige Abgabe an die Anstalt von seiten der Eltern und Vormünder zu erreichen, wird unter Mitwirkung des niederösterreichischen Landesschulrates folgender Vorgang eingehalten:

Auf Grundlage der in den Gemeinden alljährlich stattfindenden Beschreibung der ins schulpflichtige Alter tretenden Kinder und der Schüleraufnahme in die Volksschule ist vom Ortsschulrate unter Mithilfe des Schulleiters (der Schulleitungen) am Ende des Kalenderjahres ein Verzeichnis der im Schulsprenkel wohnenden taubstummen Kinder anzulegen und an die vorgelegte Bezirkschulbehörde einzusenden. Diese übermittelt ein Verzeichnis (eventuell Fehlbericht) der im Schulbezirke gezählten taubstummen Kinder durch die Landeschulbehörde an den niederösterreichischen Landesauschuß in Wien.

Der niederösterreichische Landesauschuß bestimmt nach Anhörung der Taubstummenanstalts-Direktion jene Orte in den verschiedenen Teilen des Landes Niederösterreich, wohin sich der Anstaltsdirektor bzw. Lehrer der Anstalt zur Untersuchung der geistigen Fähigkeiten und Konstatierung der Bildungsfähigkeit der für die Aufnahme in Betracht kommenden Zöglinge zu begeben hat.

Die Eltern und Vormünder werden zur Vorstellung der Kinder und Einbringung des Aufnahmsgesuches im Auftrage des niederösterreichischen Landesauschusses von dem Gemeindeamte ihrer Aufenthaltsgemeinde aufgefordert.

Mittellosen Eltern können die aus Ursache der Konstatierung der Bildungsfähigkeit ihrer Kinder etwa erwachsenden Reisekosten aus Landesmitteln vergütet werden.

Wenn wir einen Blick auf das Verzeichnis der in keiner Anstalt untergebrachten taubstummen Kinder werfen, so finden wir, daß es sich fast ausnahmslos um Kinder ganz armer Eltern handelt. Wie es mit den vollsinnigen Kindern in derartigen Familien oft bestellt ist, wie die Verwahrlosung hier feste Wurzeln fassend rapid vorwärts schreitet, will ich zu erörtern mir ersparen, denn Herr Janisch in Friedland hat uns im vorjährigen Jahrbuche nur zu trefflich das Leben und Treiben in vielen der armen Familien geschildert. Was aber für ein vollsinniges Kind gilt, gilt für ein nichtvollsinniges um so mehr. Diesen Armen muß zuerst geholfen werden. — Die Kranken bedürfen des Arztes.

Während meiner verhältnismäßig kurzen Tätigkeit als Gerichtsdolmetsch für Taubstumme waren es in den weitaus größten Fällen ungebildete Taubstumme, die mit dem Gesetze in Konflikt gerieten und allerlei Verbrechen begingen und der in der Jugend entfallene Besuch einer Taubstummenanstalt soll nun bei diesen ohne ihre Schuld verwahrlosten Individuen mit dem häufigen „Besuch“ des Kriminalen ersetzt werden. Also caveant consules!

Schwerhörige, ohrenkranke und taube Kinder.

(Mit einer Zusammenstellung der deutschen schwerhörigen, ohrenkranken und tauben Kinder Böhmens.)
Von J. Kindlmann, Smichow.

Bezüglich der schwerhörigen Kinder erschien in den „Blättern für Taubstummenbildung“ am 15. Jänner d. J. folgender beachtenswerter Artikel:

„Wohin gehören die schwerhörigen Kinder?“

Diese Frage, die vielen Eltern Sorge macht, da sie doch ihrem Kinde die bestmögliche Ausbildung geben wollen, lag einem Vortrage zugrunde, den Oberlehrer Heymann im Beisein der Behörde und einiger Ärzte vor dem Kollegium der Dresdener Taubstummenanstalt hielt. Ausgehend von den Hörprüfungen in den Taubstummenanstalten und dem Werte der Gehörreste für die Insassen solcher Anstalten in bezug auf sprachliche und intellektuelle Entwicklung, verlangte der Referent auch einfacher gestaltete Hörprüfungen in den allgemeinen Volksschulen. Zuerst aus sozialen, menschlichen Gründen, denn es ist erschreckend zu hören, daß die otologische Gesellschaft festgestellt hat, daß etwa bei der Hälfte der untersuchten schwerhörigen Schulkinder durch rechtzeitige ärztliche Behandlung die dauernde Schwerhörigkeit mit all ihren grausamen Folgen hätte vermieden werden können. Dann aber auch aus pädagogischen Gründen, denn das hoffnungslos schwerhörige Kind muß einer Bildungsanstalt zugeführt werden können, in der es seinem Zustande entsprechend methodisch unterrichtet wird.

Wo halten sich nun jetzt die meisten schwerhörigen Kinder auf? Sie sitzen in den kleineren Schulorganismen im Anfang in der ihrem Alter entsprechenden Klasse der Volksschule, in der man sie natürlicherweise nur „schleppen“ und „beschäftigen“ kann. Von einem Bilden des Geistes, von einer Anregung des Gemüts kann nicht die Rede sein. Auch wenn das Kind, der Verordnung vom 8. Feber 1903 gemäß, in die Nähe des Lehrers gesetzt wird, werden dadurch die Folgen der Schwerhörigkeit, die Hemmungen in der Perception nicht paralytisiert. Es ist ohne weiteres verständlich, daß bei der Komplikation des Gehörorgans eine Schädigung schon eines Teiles desselben eine dem Patienten verhängnisvolle Funktionsstörung bedingt. Je komplizierter ein Organ, um so verhängnisvoller auch schon eine Störung.

Eine Menge der Klänge, Geräusche, der Teiltöne, aus denen sich das gesprochene Wort zusammensetzt, fallen beim Schwerhörigen aus. Und diese ausgefallenen Tonqualitäten fehlen dem Gehörleidenden nicht nur, sie bedingen geradezu ein Andershören. Die akustische Welt eines solchen Kranken ist nicht nur eine kleinere, sondern auch eine andere, als die des normalhörenden Kindes. Wird nun ein solches Kind in der Volksschule belassen, so muß es in seiner geistigen Entwicklung zurückbleiben, vielleicht allmählich verblöden. Die Lehrer, Eltern und Behörden, die über Schwerhörigkeit und ihre Folgen für das Kind orientiert sind, begehen geradezu ein Unrecht an dem bedauernswerten Schüler, wenn sie ihn in der Volksschule lassen. In die Hilfsschulen der größeren Schulorganismen, in denen viele solche schwerhörige Kinder sitzen oder gar in die Anstalten für Schwachsinnige gehören sie aber erst recht nicht, denn sie sind nicht geistig zurückgeblieben durch Notwendigkeit, sondern aus Mangel an methodisch zweckmäßig angeeigneter Schulbildung.

Wohin gehören sie nun? Sie gehören in Sammelklassen mit besonderer Unterrichtsmethode, die von der Taubstummenanstalt die Artikulation der mangelhaften mechanischen Sprache und das Abheben vom Munde als wesentliche Hilfsmittel für den Unterricht durch die Sprache übernimmt. Machen solche Kinder einen Artikulationskursus durch, der ihnen eine deutliche, scharfe Sprache ermöglicht und erlangen sie eine größtmögliche Absehfertigkeit, so haben sie für die Schule und, was alles bedeutet, für das spätere Leben ein Verständigungsmittel. Sowie es jetzt ist, verkümmern die meisten schwerhörigen Kinder, da nur wenige eine ihrer Art entsprechende Ausbildung genießen. Das sächsische Unterrichtsministerium hat ja durch Verordnung für die Taubstummenanstalten vom Jahre 1907 mit Recht gesagt, daß solche schwerhörige Kinder, die auf natürlichem Wege die Sprache nicht mehr richtig erlernen und sich darin ausdrücken können, in die Taubstummenanstalt gehören. Hier haben sie dieselben Unterrichtsziele wie in der einfachen Volksschule. Während sie aber dort die Stiefkinder der Schule sind und bleiben, erlangen sie in der Taubstummenanstalt, die zurzeit die beste Schule für sie ist, eine Ausbildung, die sie befähigt, nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft zu werden."

Das über die schwerhörigen Kinder soeben Gesagte gilt für die schon ertaubten Kinder natürlich in noch erhöhtem Maße. Ohrenkranke Kinder bilden ausschließlich den Gegenstand ärztlicher Behandlung.

Nachfolgend eine Zusammenstellung schwerhöriger, ohrenkranker und tauber Kinder deutscher Nationalität (im Alter von 8—14 Jahren) in Böhmen:

Schwerhörige, ohrenkranke und taube Kinder deutscher Nationalität im Alter von 8—14 Jahren.

Auf Grund der von der deutschen Section der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge im Jahre 1908 durchgeführten Zählung nach Bezirken zusammengestellt vom Taubstummenlehrer S. Gindlmann.

Bezirkshauptmannschaft	Wohnort	Laut. Nr.	Name des Kindes	Beschäftigung		Geistige Veranlagung	Anmerkung
				des Vaters	der Mutter		
Nisch	Nisch	1	Carl Dotsch	+	Tagarbeiterin	normal	allg. Körperchwäche, eitriger und blutiger Darausfluß
Nussig	Nussig	2	Emma Ghladel	Arbeiter	—	normal	taub, in der Sprache sehr zurück
Brüx	Dorleutensdorf	3	Julie Liebächer	Maurer	—	unbekannt	sehr schwerhörig, mangelhafte Sprache
Tauba	Hirschberg	4	Ernst Vogel	+	+	unbekannt	stark schwerhörig
Dux	Merowitz	5	Marie Rohm	Tagelöhner	—	normal	sehr schwerhörig, mangelhaftes Sprachvermögen
Eger	Stirnitz	6	Johann Wurm	?	Dienstmädchen in Möblling	normal	unebelsch, etwas schwerhörig.
Eger	Wallhof	7	Ferdinand Rieger	Weber	—	unbekannt	Vom Großvater erhalten schwerhörig
Eger	Ullersgrün	8	Franz Jung	+	Wäscherin	unbekannt	nach Scharlach schwerhörig
Gabel	Kleingrün	9	Franz Breite	Fabrikarbeiter	+	gering	schwerhörig, spricht lallend
Gablons	Polzun	10	Marie Pohl	Hüttenarbeiter	—	unbekannt	taub
Hohenelbe	Hohenelbe	11	Elisabeth Blatscha	Weber	+	normal	schwerhörig, sehr selbständig
Noachimstäl	Noachimstäl	12	Anton Wolf	+	—	angelblich normal	zu Zeiten taub, Glocken
Noachimstäl	Noachimstäl	13	Franz Hammer	Tagarbeiter	—	normal	schwerhörig
Raden	Oberlonitz	14	Heinrich Grund	Kaufmann	—	schwach	taub
Kaplitx	Wadestift	15	Alexander Brüll	Landwirt	—	normal	fast taubstumm
Kaplitx	Uhreschlag	16	Anna Filipowstky	Tagelöhner	—	normal	unebelsch, sehr stark schwerhörig
Karlshad	Drahowitz	17	Emilie Preis	?	—	anormal geistig zurückgeblieben	unebelsch, zeitweilig schwerhörig
Reuman	Schwarsbach	18	Franz Franznecker	Tagelöhner	—	normal	schwerhörig
Reuman	Höritz	19	Marie Daas	+	Häuslerwitwe	normal	schwerhörig, Sprachfehler

Bezirkshauptmannschaft	Wohnort	Kant. Nr.	Name des Kindes	Beschäftigung		Geistige Veranlagung	Anmerkung
				des Vaters	der Mutter		
Krumau	Schwarzbad	20	Mosia Fingor	Inwohner	—	normal	schwerhörig
Krumau	Schwarzbad	21	Anna Essl	Bergarbeiter	—	normal	schwerhörig, Sprachfehler
Landstreu	Hertersdorf	22	Stefanie Gregor	+	Hausbesitzerin	unbekannt	schwerhörig
Landstreu	Hertersdorf	23	Philomena Strohsfuß	+	—	unbekannt	schwerhörig
Leitmeritz	Triebitz	24	Rudolf Sakel	—	+	normal	ohrenkrank, chronische Mittelohrentzündung
Leitmeritz	Leitmeritz	25	Olga Szmut	Kaufmann	—	schwach veranlagt	sehr schwerhörig
Leitmeritz	Leitmeritz	26	Esa Stoy	Maurer	—	unbekannt	schwerhörig
Leitmeritz	Wiesdorf	27	Amalia Bartosch	Häusler	—	normal	infolge Schallsch fast taub
Marienbad	Wiltschitz	28	Berta Denf	Wirtschaftsbesitzer	—	unbekannt	schwerhörig, Sprachstörungen
Boderlam	Bettitz	29	Anna Gaischa	Tagarbeiter	—	unbekannt	infolge Schallsch taub
Brachatz	Brachatz	30	Stephanie Bürger	+	Schusterwitwe	schwach	fast taubstum, spricht schwerverst.
Brachatz	Brachatz	31	Marie Bauer	Tagelöhner	—	schwach	schwerhörig
Brachatz	Brachatz	32	Philipp Kurz	Sicherheitswachm.	—	normal	nach Schallsch vollständig ertaubt
Brachatz	Brachatz	33	Johann Siegl	Fuhrmann	—	normal	taub
Preßnitz	Weipert	36	Emilie Sabat	?	—	unbekannt	unehelich, hochgradig schwerhörig
Rumburg	Wolfsberg	37	Johann Kriesinger	?	—	normal	unehelich, schwerhörig und spricht daher schlecht
Schützenhofen	Stubenbach	38	Marie Kriesinger	—	—	normal	bört schlecht, stottert
Schützenhofen	Steinhof	39	Barbara Lahm	Inwohner	—	normal	schwerhörig, spricht in folgedessen schlecht, kürzlichtig
Tachau	Leptitz	40	Marie Holy	+	Bedienerin	normal	Dorlsch leistung, früher beiderseits schwerhörig
Leptitz	Wodenbach	41	Emilie Mittag	?	Wäscherin	nicht ganz normal	schwerhörig
Leptitz	Wodenbach	42	Adolf Meißner	—	—	sehr zurückgeblieben	schwerhörig
Trantenau	R.-Kleincaupa	43	Johanna Pfluger	Gärtler	—	unbekannt	sehr schwerhörig, sehr schwächlich
Trantenau	R.-Mistadt	43	—	Fabrikarbeiter (Stiefvater)	—	unbekannt	—

Sprachgebrechliche Kinder in Böhmen.

(Mit einer Zusammenstellung der deutschen sprachgebrechlichen Kinder Böhmens.)
J. Kindlmann, Smichow.

Für die deutschen sprachgebrechlichen Kinder in Böhmen geschah bis heute soviel wie nichts. Für die tschechischen Kinder existieren in Prag die vom Taubstummlehrer Karl Malý seit dem 1. April 1900 geleiteten und über Anregung des gegenwärtigen Direktors des Prager Taubstummenseinstituts Karl M. Kmoch und des damaligen Professors und gegenwärtigen Priesters Schauer von Augenburg ins Leben gerufenen städtischen Kurse. Diese Kurse, deren es in einem Jahre 3 gibt und von denen jeder in einem anderen Stadtteile abgehalten wird, beginnen alljährlich mit dem 1. Oktober und dauert je ein Kurs bei dreimal eineinhalb wöchentlichen Stunden 3 Monate.

In Wien wurden die Heil- und Instruktionskurse für die Heilung des Stottergebrechens auf rein pädagogischem Wege im Jahre 1906 ins Leben gerufen.

Vor 2 Jahren wurde der Kurs an der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Wien III, Sophienbrückengasse 20, als eine ständige Einrichtung seitens des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht erklärt und werden 8—10 Zöglinge des IV. Jahrganges zum nicht verbindlichen Besuche des Kurses zugelassen, die auch die Noten ins Reisezeugnis erhalten. Jeder Kurs dauert 5 Wochen.

Seitens des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht erhalten die Kursleiter eine Remuneration von 150 K pro Kurs und die Assistenten (an jedem Kurse ist einer vorhanden) eine solche von 75 K. Sie werden auch, wenn ihre Substitution keine Kosten verursacht, mit Zustimmung der Gemeinde Wien auf die Dauer des Kurses ganz oder teilweise beurlaubt. Die Kosten für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der für den Kurs benutzten Lokalitäten trägt betreffs des Kurses an der k. k. Lehrerbildungsanstalt der Staat, betreffs der anderen Kurse die Gemeinde Wien.

Die Behandlung der sprachgebrechlichen, beziehungsweise stotternden Kinder erfolgt nach der Methode des Professors Léon Verquand.

Prof. Verquand war im Jahre 1905 und anfangs 1906 in Wien und die jetzigen Kursleiter und auch die meisten Assistenten sind seine unmittelbaren Schüler, die er in dem I. Kurse unter Aufsicht des k. k. Landeschulrates und unter Intervention des Direktors der k. k. Lehrerbildungsanstalt Wien III, Regierungsrat Gugler, vollständig in seine Methode einführte. Er erhielt in Anerkennung dieser Tätigkeit den Orden der eisernen Krone. Er war von der französischen Regierung damals mit der Propagierung seiner Methode beauftragt und in vielen Ländern umhergereist.

Für die Instruktion in seinem Kurse, welche 20 Wiener Lehrer gessen, die als sehr tüchtig von den k. k. Bezirkschulinspektoren bezeichnet wurden und auf die Kursdauer beurlaubt waren, war kein Honorar zu bezahlen, ebensowenig war ein solches in den heuer im Feber-März abgehaltenen Instruktionkursen zu zahlen. Sie waren ganz unentgeltlich, ja manche Landeschulräte, wie z. B. der mährische und galizische haben mehreren teilnehmenden Lehrpersonen Stipendien zum Besuche dieses Kurses (Mähren heuer: à 300 K) verliehen.

Nachstehend die beiden auf den heuer in Wien abgehaltenen Kurs bezug habenden Rundmachungen des k. k. Bezirkschulrates Wien:

Kundmachung.

In der Zeit vom 14. Feber bis 20. März 1909 werden an der k. k. Lehrerbildungsanstalt und an drei öffentlichen Volksschulen in Wien Heilkurse für stotternde Schulkinder von Volksschullehrern abgehalten werden.

In diesen wird die Heilung des obbezeichneten Sprachgebrechens nach der bewährten Methode des Professors Léon Berquand durch dessen unmittelbare Schüler mittels alleiniger Anwendung pädagogischer Maßnahmen und Sprechübungen durchgeführt, und es können auch mit Zustimmung des hohen k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht, sowie des k. k. n.-b. Landes Schulrates, mehrere an Volksschulen der österreichischen Kronländer angestellte Lehrer an diesen Kursen behufs Erwerbung der Kenntnis dieser Methode und Einführung in deren praktischen Betrieb unentgeltlich teilnehmen.

Lehrer, welche an diesen Instruktionskursen sich zu beteiligen gedenken, haben sich zur Anwesenheit während der ganzen fünfwöchentlichen Dauer des von ihnen zu besuchenden Kurses zu verpflichten, weil nur in diesem Falle ein vollkommenes Eindringen in das Wesen der angewendeten Methode möglich ist und die Befähigung zu deren richtiger Anwendung gewonnen werden kann. (Nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen könnte eine vierwöchentliche Teilnahme an einem solchen Kurse — Nachsicht der Anwesenheit während der letzten Kurswoche — zugestanden werden.)

Die Anmeldung der beabsichtigten Teilnahme hat seitens der Lehrer im Wege ihrer Schulleitung beim k. k. Bezirksschulrate Wien bis spätestens 31. Jänner 1909 zu geschehen, worauf die Zuteilung der Angemeldeten an einen der Kurse und die Einberufung im kurzen Wege der direkten Verständigung des betreffenden Teilnehmers selbst erfolgen wird. Da nach den bisherigen Erfahrungen noch niemals eine Anmeldung zurückgewiesen werden mußte, sondern Plätze für alle angemeldeten Lehrpersonen vorhanden waren, so kann jeder Angemeldete auf Zuweisung sicher rechnen. Um jedoch den Schwierigkeiten, welche sich aus dem mitunter vorgekommenen Ausbleiben einzelner Angemeldeter und den Kursen Zugewiesener wegen Nichterhaltung des erbetenenurlaubes für eine zweckmäßige Verteilung der Kursteilnehmer an die verschiedenen Kurse ergeben haben, zu begegnen, können nur Anmeldungen solcher Lehrpersonen berücksichtigt werden, welche den erforderlichen Urlaub zum Besuche der Instruktionskurse von ihrer vorgesetzten Schulbehörde erhalten haben, was entweder durch Beilegung des Urlaubsdokumentes selbst oder durch Bestätigung der Tatsache durch die Schulleitung auf dem Anmeldungs schreiben nachzuweisen ist.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien am 1. November 1908.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:
Dr. Karl Lueger.

Kundmachung

Betreffend die neuerliche Aktivierung von Heilkursen für stotternde Kinder nach der Methode des Professors Léon Berquand.

Mit Genehmigung des k. k. n.-b. Landes Schulrates findet sich der k. k. Bezirksschulrat der Stadt Wien bestimmt, wie im Vorjahre Heilkurse für stotternde Kinder nach der Methode Professor Berquand zu errichten.

Der I. Kurs an der k. k. Lehrerbildungsanstalt im III. Bezirke, Sophienbrückengasse 20, ist als ständige Einrichtung unter dem Kursleiter Herrn Bürgerischullehrer Franz Korony aktiviert;

der II. Kurs wird an der allg. Volksschule für Mädchen, X., Keplerplatz 7, mit dem Kursleiter Herrn Oberlehrer Johann Tract und dem Assistenten Herrn Bürgerischullehrer Julius Tegel;

der III. Kurs an der allg. Volksschule für Mädchen, XIV., Dablergasse 16, mit dem Kursleiter Herrn Lehrer Karl Prinz und dem Assistenten Herrn Lehrer Karl Bohner;

der IV. Kurs an der allg. Volksschule für Mädchen, XVIII., Anastasius Grün-Gasse 10, mit dem Kursleiter Herrn Oberlehrer Johann Schiner und dem Assistenten Herrn Lehrer Leopold Miklas errichtet.

Die Kurse dienen gleichzeitig als Instruktionskurse für Lehrpersonen zur Heilung des Stottergebrechens nach der Methode des Professors Léon Berquand.

Die Kurse beginnen am 14. Feber 1909 und endigen am 20. März 1909. Die tägliche Unterrichtszeit wird den in die Kurse aufgenommenen Stotterern von dem betreffenden Kursleiter bei der Aufnahme bekanntgegeben.

Die Heilkurse sind für stotternde Schüler oder Schülerinnen der Wiener Bürger Schulen und der V. Klasse der allg. Volksschulen bestimmt; doch können ausnahmsweise auch Schüler anderer Anstalten aufgenommen werden.

Als Teilnehmer an einem Kurse dürfen höchstens acht Schüler zugelassen werden; die Wahl aus den sich Meldenden wird dem betreffenden Kursleiter mit Rücksicht auf das Instruktive des Falles, auf die Schwere des Leidens, die Aussicht auf Heilung und die Klasse, in welcher der Aufzunehmende sich befindet, vollkommen freigestellt, doch sind nur Schüler und Schülerinnen der Bürger Schulen und der V. Klasse der allg. Volksschulen zur Meldung aufzufordern.

Die Aufnahme der Schüler in die Heilkurse kann nur unter ausdrücklicher Zustimmung der Eltern derselben stattfinden. Die Eltern oder deren Stellvertreter haben sich hiebei zu verpflichten, den Vorschriften in bezug auf die Übungen und das unbedingte Stillschweigen während der ersten 3 Wochen der Kursdauer zu entsprechen und ihre Kinder in der Beobachtung dieser Vorschriften sorgfältig zu überwachen. Die sich zur Aufnahme meldenden Schüler haben analog wie bei Ansuchen um Befreiung von einzelnen obligaten Lehrgegenständen ein amtsärztliches Zeugnis beizubringen, in welchem bestätigt wird, daß sie nicht mit einem organischen, dem Zwecke des Heilkurses entgegenstehenden Leiden behaftet sind.

Von den sich zur Teilnahme an den Heilkursen meldenden Schülern sind von den Herren Direktoren und Oberlehrern zuzuweisen:

dem Kurse an der k. k. Lehrerbildungsanstalt die Schüler aus dem I., dem östlich von der Taborstraße gelegenen Teile des II. Bezirkes und dem III. Bezirke;

dem II. Kurse die Schüler aus dem IV., X. und XI. Gemeindebezirke;

dem III. Kurse die Schüler aus dem V., VI., VII., VIII., XII., XIII., XIV. und XV. Gemeindebezirke;

dem IV. Kurse die Schüler aus dem westlich von der Taborstraße gelegenen Teile des II. Bezirkes, dann aus dem IX., XVI., XVII., XVIII., XIX., XX. und XXI. Bezirke.

Alle die Aufnahme in einen Heilkurs anstrebenden Schüler haben sich am Sonntag, den 14. Feber 1909 an dem Standorte des ihnen angewiesenen Kurses um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr vormittags mit ihren Eltern oder deren Stellvertretern einzufinden, wo ihre definitive Aufnahme in den Kurs erfolgen

wird. Auf später einlangende Schüler kann in der Regel keine Rücksicht genommen werden. Die vollzogene Aufnahme ist der Leitung der von dem Aufgenommenen besuchten Schule sofort durch die Eltern oder deren Stellvertreter unter Vorweisung eines Aufnahmeszettels des Kursleiters bekanntzugeben, worauf die Schulleitung der zuständigen Bezirkssektion die Anzeige erstattet, welche die Dispensierung des betreffenden Schülers vom Gesamtunterrichte während der Kursdauer verfügen wird.

Die an dem Heilkurse teilnehmenden Schüler müssen denselben ebenso gewissenhaft frequentieren wie die Schule. Über Schulversäumnisse sowie über die Entlassung eines Schülers aus dem Heilkurse ist die vorgeschriebene Anzeige zu erstatten.

Die Schüler der Heilkurse erhalten ein gedrucktes Heft mit den lehrplanmäßig festgesetzten Übungen, die Eltern oder deren Stellvertreter eine Anweisung zur Behandlung der Schüler während der Kursdauer und nach Ablauf derselben sowie eine Zusammenstellung von Vorschriften.

Mit der fachmännischen Aufsicht über die Heilkurse hat der Herr Minister für Kultus und Unterricht mit Erlaß vom 2. März 1897. Z. 4709, den Direktor der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Wien, Herrn Regierungsrat Josef Gugler, betraut.

Vom k. k. Bezirksschulrate Wien, am 1. November 1908.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:
Dr. Karl Lueger.

Eine Aktivierung von derartigen Kursen für die deutsche sprachgebrechliche Jugend wäre sowohl in Prag, als auch abwechselnd in den verschiedenen größeren Städten Böhmens gewiß sehr notwendig.

Nachfolgende, auf Grund der von der deutschen Sektion der Landeskommmission für Kinderschutz und Jugendfürsorge im Jahre 1908 durchgeführten Zählung erfolgte Zusammenstellung der sprachgebrechlichen deutschen Kinder ist mit Rücksicht darauf, daß die Untersuchung der Kinder weder von Ärzten noch von pädagogischen Fachmännern vorgenommen wurde, namentlich bezüglich der Art des Gebrechens und dessen Ursachen, recht unvollständig. In den von den Vorsitzenden des Ortschulrates ausgefüllten „Grundbuchsblättern“ stehen z. B. Bemerkungen als: „ipricht sehr schlecht“, „ipricht ganz unverständlich“, „Sprache sehr wenig ausgebildet“ zc. Worin aber das Gebrechen besteht, ob es sich um Stotterer, Lippler, Stammer, Polterer, Näsler usw. handelt — denn alle diese können unter Umständen sehr schlecht und unverständlich sprechen — oder ob es sich um eine durch Schwerhörigkeit (Taubheit) oder Schwachsinne zc. bedingte schlechte Sprache handelt, ist den Grundbuchsblättern nicht zu entnehmen.

Auch bei den taubstummen und schwachsinrigen Kindern dürften bezüglich deren Zuteilung zu der einen oder der anderen Gruppe ziemlich viele Irrtümer unterlaufen sein, so daß man oft bona fide zu den Taubstummen nichttaubstumme Schwachsinrige und zu den Schwachsinrigen nichtschwachsinrige Taubstumme eingereiht haben dürfte.

Daß es aber, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, in ganz Böhmen nur 42 deutsche sprachgebrechliche Kinder geben sollte, ist jedenfalls stark anzuzweifeln.

Sprachgebrechliche Kinder in Böhmen

(im Alter von 7—14 Jahren).

Auf Grund der von der deutschen Section der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge im Jahre 1908 durchgeführten Zählung nach Bezirken aufgestellt vom Taubstummenlehrer S. Kindmann.

Bezirkshauptmannschaft	Wohnort	Lautf. Nr.	Name des Kindes	Beschäftigung		Geistige Veranlagung	Anmerkung
				des Vaters	der Mutter		
Braunau	Mertelsdorf	1	Elisabeth Heuer	Felsgärtner	—	schwach	kann nicht sprechen! Grund unbekannt
Dauba	Schafesen	2	Marie Schantin	Tagarbeiter	—	normal	hörsinn
Deutschbrod	Kleingrün	3	Emilie Runte	Tagarbeiter	—	anormal	hört wenig, spricht nicht, hat eine taubstumme Schwester
Deutschbrod	Wattersdorf	4	Johann Neubauer	Landwirt	—	normal	Sprachgebrechlich?
Deutschbrod	Kunnersdorf	5	Franz Moser	Lohnweber	—	normal	Sprachfehler, krüppelhaft
Dux	Bilin	6	Anna Wolfert	†	Tagarbeiterin	normal	spricht schlecht
Eger	Meißen	7	Emma Ettibiger	Rithmacher	—	normal	spricht unverständlich
Eger	Neustirben	8	Margarete Ruof	Weber	—	unbekannt	Art des Gebrechens unbekannt
Eger	Neustirben	9	Georg Brandner	Geigenmachergehilfe	—	unbekannt	spricht sehr unverständlich
Gablonz	Gablonz	10	Marie Bilf	?	—	?	spricht sehr undeutlich
Graslit	Sauerlach	11	Ernst Kunzmann	Vater unbekannt	Fabrikarbeiterin	anormal	hörsinn
Parlsbad	Altroblau	12	Franz Heinz	†	Private	?	Sprachfehler
Parlsbad	Talchowitz	13	Max Glaser	Koch	—	normal	Sprache sehr wenig entwickelt
Klattau	Hinterhäuser	14	Maria Lauscher	Wirtschafter	—	schwach	mehrere Sprachfehler
Landeskron	Nieder-Gschwe	15	Rudolf Kleinert	Tagelöhner	—	?	hörsinn, 9 Jahre alt und kann nicht gehen
Leitmeritz	Leitmeritz	16	Eleonore Topich	†	Private	schwach	spricht schlecht
Leitmeritz	Leitmeritz	17	Franziska Stefan	Kutscher	—	schwach	Sprachfehler?
Leitmeritz	Trnovan	18	Josef Wlmann	Tagarbeiter	—	?	hörsinn, bössartig
Leitmeritz	Welshotta	19	Benzel Divosf	Grundbesitzer	—	normal	Sprachfehler?

Bezirkshaupt- mannschaft	Wohnort	Kauf. Nr.	Name des Kindes		Beschäftigung		Geistige Veranlagung	M e r k u n g
					des Vaters	der Mutter		
Leitomschl Mies	Hoppendorf	20	Franz Friedl	Weber	—	—	?	spricht undeutlich hörsinn
Mies	Lohn	21	Wenzel Wenig	Maurer	—	—	anormal	stumm, wahrscheinlich idiotisch
Neubaus	Gottschau	22	Martin Baldhäusl	Häusler	—	—	anormal	spricht unverständlich
Plan	Neubitsch	23	Franz Wolger	†	Tagelöhnerin	—	normal	8 J. alt, sehr klein u. schwach, spricht wenig und mangelhaft
Podersam	Persberg	24	Amalia Dorischer	†	Tagelöhnerin	—	?	Schlafrucht, spricht sehr schlecht
Polieta	Krieger	25	Rudolf Pilz	Biegler	—	—	normal	angeblich Sprachfehler
Praschattis	Chänbrunn	26	Franz Dreml	(Stiefvater)?	—	—	normal	starker Stotterer
Reichenberg	Ob. = Lichtbucht	27	Walter Spitzenberger	unbekannt	†	—	normal	kann nicht sprechen, Grund unbekannt
Rumburg	Krahan	28	Franz Marecha	Fabrikarbeiter	—	—	normal	kann nicht sprechen
Senftenberg	Oberkreibitz	29	Franz Bucholtz	Schneider	—	—	?	äußerst mangelhafte Sprache
Schludenau	Rohlsau	30	Heinrich Machatschke	Weber	—	—	normal	äußerst mangelhafte Sprache
Schludenau	Georgsvalde	31	Marta Klingner	Weber	—	—	?	stumm (adenoide Buchungen?)
Schludenau	Königsvalde	32	Edmund Holcher	—	—	—	normal	mangelhafte Sprache
Schludenau	Hainpach	33	Franz Weinhardt	Laubmacher	—	—	schwach	Sprachstörung
Schludenau	Henneshübel	34	Johann Mängel	Fabrikarbeiter	—	Fabrikarbeiterin	normal?	spricht ganz unverständlich (auch schwerhörig)
Tachau	Paulsbrunn	35	Regina Seitz	Häusler	—	—	normal	Sprachfehler
Tachau	Wittschkal	36	Anton Brunner	Tagarbeiter	—	—	normal	angeblich Sprachstörungen
Tepf	Wilfowitz	37	Mosisa Egerer	Tagarbeiter	—	—	?	Sprachfehler
Tesschen	Bodenbach	38	Silba Thorand	Kondukteur	—	—	schwach	mangelhafte Sprache
Tesschen	Kritschowitz	39	Marie Großert	Schiffbauer	—	—	schwach	spricht nicht, wahrscheinlich schwachsinig
Tesschen	Königsvald	40	Heinrich Weigend	Bahnarbeiter	—	—	anormal	grobem Sprachfehler
Tesschen	Tesschen	41	Josef Sackl	Schneider (Stiefvat.)	—	—	normal	stumm, störrisch
Trantenau	Niederalbendorf	42	Otto Kirchschläger	Gärtler	—	—	anormal	

Ratschläge für Eltern zur Behandlung taubstummer Kinder im vorschulpflichtigen Alter.

J. Rindlmann, Smichow.

I.

Die taubgeborenen Kinder.

In den ersten Wochen des Lebens widmet sowohl das vollsinnige als auch das taubgeborene Kind den hörbaren Erscheinungen seiner Umgebung keine Aufmerksamkeit, auch spricht es noch nicht und darum ist in dieser Zeit kaum festzustellen, ob ein Kind taub geboren ist oder nicht.

Wenn aber im weiteren Verlauf, nach dem ersten natürlichen Lallen die Laute ausbleiben, welche unsere vollsinnigen Kinder, die menschliche Sprache nachahmend, schon in den ersten Monaten ihres Lebens hervorbringen oder wenn die Kleinen auch nach der hiezu gewöhnlich notwendigen Zeit, Worte wie „Papa“, „Mama“ 2c. nicht nachsprechen, überhaupt nicht zu reden anfangen, die menschliche Sprache nicht beachten und nicht verstehen, so werden mit Recht die Bedenken der Eltern wachsen. Die hier erwähnten Zeichen können freilich auch eine andere Ursache haben und können z. B. in Schwachfönn und Blödsönn begründet sein, welchen man im Volke öfter mit Taubstummheit verwechselt. Körperlich betrachtet ist Blödsönn eine Krankheit, die nicht in der Unvollkommenheit oder Abgestorbenheit einzelner Nerven und Organe ihren Grund hat (wie die Taubstummheit), sondern in einer fehlerhaften Beschaffenheit des Gehirns, von welchem alle Nerven ausgehen. Man erkennt sie daher an allgemeiner körperlicher Schwäche und an äußerlichen Zeichen, von denen die am häufigsten vorkommenden sind: schlaffe gebückte Haltung des Körpers, trübe, eigentümlich gläserne Augen, zuweilen offen stehender Mund, der den Speichel ausfließen läßt, plumpe, ungeschickte Hände. Besonders häufig ist bei Blödsönnigen der Kopf nach Größe und Form ungewöhnlich, bald unverhältnismäßig groß, bald sehr klein, ein sogenannter Vogelskopf, dem Stirne und Oberkopf beinahe ganz fehlen usw. An diesen und noch vielen anderen Zeichen lassen sich Taubstumme und Schwachfönnige wohl von einander unterscheiden. In geistiger Beziehung zeigen Blödsönnige eine Schwäche ihrer Seelenvermögen, besonders des Verstandes und des Willens, wie sie bei geistig normalen Taubstummen nicht vorkommt. Wenn sie nicht reden, so ist dies gewöhnlich Folge dieser Schwäche, eines Mangels der Herrschaft über sich selbst und ihre Organe, namentlich der Sprachwerkzeuge.

Häufig lassen sich Eltern durch Wahrnehmungen täuschen, die nur scheinbar auf Vorhandensein des Gehörs schließen lassen. Reden oder lachen bekannte Personen dem tauben Kinde ins Gesicht, so kann schon der Hauch einen Eindruck auf das Kind machen, welchen die Umstehenden für einen Gehöreindruck halten können. Auch wenn die Gesichtszüge des ein taubes Kind Anlachenden dasselbe lachend machen, kann die Meinung, daß das Kind höre, irrtümlich entstehen. Die Erschütterung des Hauses, in welchem sich das Kind befindet, durch einen vorüberfahrenden Wagen, ein Tritt auf den Fußboden, auf dem es selbst oder sein Bett steht, kann es durch das Gefühl ebenso aufmerksam machen, wie Hörende das damit verbundene Geräusch.

Mit ziemlicher Sicherheit kann das Vorhandensein der Taubheit konstatiert werden, wenn das Kind nicht durch Lärmen aus dem Schlafe erweckt wird und wenn es im wachen Zustande auf Töne eines Musikinstrumentes oder auf den Zuruf seines Namens nicht achtet.

Haben sich einmal die Eltern ein taubes Kind zu besitzen vertraut gemacht, so wartet ihrer die Pflicht, diesem eine entsprechende Behandlung zuteil werden zu lassen und es gleich vom Anfang an für die spätere Aufnahme in eine Taubstummenanstalt vorzubereiten.

Vor allem anderen hätten hiebei die Eltern folgendes zu beachten:

Bei der ersten Erziehung taubstummer Kinder kommt in Betracht, daß die Taubstummen in Folge ihres Gebrechens ihr ganzes Leben hindurch von anderen Menschen mehr abhängig sind, ihre Geduld und Nachsicht mehr in Anspruch nehmen als Hörende. Es muß daher von der ersten Kindheit an alles geschehen, daß sie jener Nachsicht und Geduld so wenig als möglich bedürfen. Eltern, welche ihr taubstummes Kind lieben, werden den unangenehmen und unbequemen Eigentümlichkeiten, die sich bei Taubstummen leicht einstellen und wodurch sie ihrer Umgebung unangenehm oder lästig werden, nach Kräften vorbeugen oder entgegenwirken, dagegen ihr Kind an wenige Bedürfnisse gewöhnen und sich angelegen sein lassen, ihm empfehlende Eigenschaften, Sitten und Gewohnheiten anzueignen, wodurch sein späteres Fortkommen in der Welt und sein Lebensglück wesentlich gefördert wird. Der tauben Kinder muß man sich wohl anfänglich mehr annehmen und sich ihnen hingebender widmen als anderen, man muß sie aufmerkamer beobachten, anleiten, vor Gefahren warnen usw., aber je mehr und je früher man dies tut, desto eher gelingt es, sie selbständiger zu machen, sie zu eigener Tätigkeit zu veranlassen und sie mit immer wenigeren Ausnahmen wie hörende Kinder behandeln zu können. Nachfolgende zehn Gebote sollten von Eltern taubstummer und insbesondere taubgeborener Kinder stets beachtet werden.

1. Man verbiete dem taubstummen Kinde nicht das Schreien, sondern lasse es gewähren; denn dadurch wird die Brust erweitert und die Lungen werden gekräftigt, was für den späteren Unterricht in der Taubstummenanstalt sehr notwendig ist.

2. Man nehme das taubstumme Kind hinaus aufs Feld, in den Garten, zu Spaziergängen, zu Festlichkeiten, Jahrmärkten etc., damit es beobachten und betrachten lerne.

3. Man lasse das Kind kleine Aufträge erfüllen, z. B. Herbeitragen von Gegenständen usw.

4. Man lerne das Kind mein und dein unterscheiden.

5. Man setze das taubstumme Kind seinen Geschwistern gegenüber nicht zurück, bevorzuge es aber auch nicht.

6. Man dulde nicht, daß es von anderen Kindern geneckt wird, aber auch nicht, daß es roh und unverträglich ist.

7. Man halte alle üblen Gewohnheiten und Unzuträglichkeiten von ihnen fern, welche mit der Gehörlosigkeit zusammenhängen, wie der schleifende und polternde Gang, das hörbare Atmen, Schnauben und Reuchen, Brummen und Stöhnen bei den Beschäftigungen. Ferner die lärmende Handhabung von Gegenständen, das heftige Zuwerfen der Türen, das Verzerren der Gesichtszüge, das Schmatzen beim Essen, Schlürfen beim Trinken usw.

8. Da das taubstumme Kind viel schärfer beobachtet als das vollsinnige, so sei man stets bestrebt, ihm nur ein gutes Beispiel zu geben.

9. Taubstumme Kinder sollen ordentlich und regelmäßig genährt, nicht überfüttert und körperlich abgehärtet werden.

10. Taubstumme Kinder müssen an unbedingten Gehorsam gewöhnt, Eigensinn und Trotz, wo sie sich bei ihnen zeigen, sollten gebrochen und besonders wiederholte und gröbere Vergehen gegen ein gegebenes Gebot nachdrücklich bestraft werden.

II.

Die erst nach einigen Jahren ertaubten Kinder.

Anders verhält es sich bei solchen Kindern, welche in einem Alter taub geworden sind, wo sie schon sprechen konnten. Auch sie aber nehmen eine besondere Behandlung in Anspruch. Über das achte Jahr hinaus werden solche Kinder die Sprache wieder verlieren, wenn nicht mit ihnen ein vorbeugendes Verfahren eingehalten wird. Sie müssen unablässig zum Reden und, wenn sie es schon gelernt hatten, zum lauten Lesen angehalten werden. Die Hauptsache ist ferner, daß sie andern das von ihnen Gesprochene absehen oder von den Lippen, vom Munde ablesen lernen. Je nach der Stufe ihres Alters und ihrer geistigen Begabung wird man zwar im Verkehr mit ihnen der Gebärden sich nicht entschlagen können, man muß sie aber auf das Allernotwendigste beschränken, damit die Übung im Sprechen und die Erhaltung der Sprache nicht darunter leide. Jedenfalls werden auch solche Kinder ihre weitere Bildung am sichersten nur in Taubstummenanstalten erhalten.

Außer den für Eltern taubgeborener Kinder erwähnten Ratschlägen hätten Eltern später ertaubter Kinder noch nachstehendes zu beherzigen:

1. Haltet euer Kind an, alle seine Gedanken durch die Lautsprache auszudrücken, so daß es also immer die Sprache anwendet.
2. Achtet darauf, daß das Kind immer klar und deutlich spricht, im andern Falle laßt das Gesprochene wiederholen.
3. Duldet nicht, daß das Kind Gebärden macht, wo es Worte hat.
4. Bis zur Aufnahme in eine Taubstummenanstalt laßt das Kind die Volksschule besuchen oder ihm durch den Lehrer Privatstunden erteilen, in welchen derselbe sein Hauptaugenmerk auf lautes, klares und deutliches Sprechen zu richten hat.
5. Trachtet, sobald euer Kind das 7. bis 8. Lebensjahr erreicht hat, dasselbe unbedingt in eine Taubstummenanstalt unterzubringen.

Der Zweck der Taubstummenanstalten geht dahin, daß ihre Zöglinge trotz ihrer Taubheit, welche Stummheit zur Folge hatte, entstammt oder redend gemacht werden. Sodann sollen sie auch das von andern Gesprochene absehen und verstehen lernen und so zum Verkehr mit andern tauglich werden. Endlich sollen sie durch Schulunterricht alle die Kenntnisse und Fertigkeiten erlangen, welche hörende Kinder in der Volksschule erhalten und so viel als nur möglich der Vorteile teilhaftig werden, welche Gehör und Sprache darbieten.

Kranke Kinder.

Von MUDr. Theodor Altschul, k. k. Sanitätsrat, Prag.

Die Schüleruntersuchungen, welche in allen Kulturstaaten der alten und neuen Welt durch die erfreulicherweise an Zahl stetig zunehmenden Schul-

ärzte seit einer Reihe von Jahren ausgeführt werden, haben die durch die Erfahrung schon längst bekannte Tatsache, daß ein großer Prozentsatz der die Schule besuchenden Kinder krank ist, ziffermäßig gestützt und erwiesen.

Wir sind aber trotz der vielfachen Versuche, eine einheitliche und dadurch untereinander vergleichbare Krankheitsstatistik in Schulen zu schaffen, von einer verlässlichen Krankheitsstatistik von Schulkindern noch sehr weit entfernt und obgleich das von dem I. schulhygienischen Kongresse in Nürnberg (1904) eingesetzte statistische Komitee recht beachtenswerte Vorschläge nach der fraglichen Richtung erstattet hat und obgleich bei dem II. schulhygienischen Kongresse in London (1907) die Frage der Morbiditätsstatistik in Schulen abermals auf der Tagesordnung stand und lebhaft diskutiert wurde, gilt heute noch in vollem Maße, was ich als Referent für Morbiditätsstatistik auf dem Nürnberger Kongresse unter den Leitfragen angeführt habe: „Ganz besonders wichtig ist eine einheitliche Auffassung bezüglich der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit. Diese Grenze unfehlbar und korrekt abzustechen, ist ein Ding der Unmöglichkeit; es wird demnach ein Übereinkommen zu treffen sein, welche Veränderungen bei Schüleruntersuchungen noch als physiologisch und welche schon als pathologisch anzusehen sind. Dies gilt besonders für Skoliose, nervöse Störungen, Blutarmut und für die Hyperopie, die bis zu einem gewissen Grade im Schulalter physiologisch ist. Für jede der genannten Schulkrankheiten wären Sachkommissionen zusammenzustellen, welche in der angedeuteten Richtung durch Feststellung bestimmter Normen eine einheitliche Auffassung ermöglichen.“

Wenn man sonach trotz der vorhandenen unzähligen „Schülerstatistiken“ von einer, strengen wissenschaftlichen Forderungen entsprechenden Morbiditätsstatistik in Schulen zu sprechen bisher nicht berechtigt ist, so wäre es dennoch ganz verfehlt, das Ergebnis dieser Untersuchungen als wertlos zu erklären, weil die Einzelziffern nicht in allen Fällen korrekt sind; denn, wenn auch die wissenschaftliche Grundlage dieser Untersuchungen nicht unanfechtbar ist, vom praktischen Standpunkte erscheinen die bisher gewonnenen Untersuchungsergebnisse mehr als ausreichend, um die dringende Forderung aufzustellen, daß gegen die übergroße Häufigkeit von Krankheiten im Schulalter mit allen Mitteln angekämpft werden muß.

Man darf aber bei der Bekämpfung der Kindererkrankungen durchaus nicht übersehen, was häufig genug geschieht, daß die Erkrankungen im Schulalter nicht ausschließlich Schulkrankheiten sind, d. h. durch den Schulbesuch entstehen; viele Kinder kommen schon krank in die Schule und die Krankheiten im vorschulpflichtigen Alter sind nicht minder wichtig und erfordern eine ebensolche Bekämpfung wie die sogenannten Schulkrankheiten.

Die Kinderfürsorge hat sich aber nicht nur auf schon kranke Kinder zu beschränken, sondern es liegt ihr auch die große Aufgabe ob, das Krankwerden der Kinder, soweit dies nach dem Stande unseres heutigen Wissens möglich ist, zu verhüten.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, fällt der Beginn des Kinderschutzes mit dem Mutterchutz zusammen. So sind Entbindungs- und Wöchnerinnenheime, Wochenbett-Gemeindepflegerinnen, der Ausschluß der Wöchnerinnen von der Fabrikarbeit, die verschiedenen Formen der Mutterschaftsversicherung, die Errichtung von Stillkrippen in den Gewerbe- und besonders in den Industriebetrieben, Stillprämien u. dgl. m. eigentlich schon Vorbeugungsmaßnahmen gegen das Krankwerden der Säuglinge.

Einen sehr heilsamen Einfluß auf die gesundheitliche Entwicklung der Säuglinge können die Mutterberatungsstellen ausüben, wie sie gegenwärtig in Deutschland mit vollem Erfolge tätig sind. Allerdings jetzt diese

jegensreiche Einrichtung eine gewisse hygienische Volkserziehung voraus, mit welcher es bei uns, soweit die breiten Volksmassen in Frage kommen, noch recht schlecht bestellt ist; aber man muß nur einen Anfang wagen und sich durch anfängliche Mißerfolge nicht entmutigen lassen.

So wie man erst Verkehrsmittel schaffen muß, wenn reger Verkehr zustande kommen soll, und ebenso wie dieser Verkehr sich nicht sofort, sondern sehr allmählich einstellt, so müssen vor allem Mutterberatungsstellen errichtet werden, wenn auch erst sehr allmählich eine größere Inanspruchnahme derselben erwartet werden kann.

Aber gerade die Mutterberatungsstellen sind auch berufen, eine hygienische Volkserziehung anzubahnen. Die wohl naheliegende Befürchtung, daß durch die Mutterberatungsstellen eine Schädigung der praktischen Ärzte erfolgen könnte, ist durch die in Deutschland gewonnene Erfahrung widerlegt, welche lehrt, daß im Gegenteile den praktischen Ärzten kranke Kinder zugewiesen werden, deren Mütter ohne Vermittlung der Mutterberatungsstelle wahrscheinlich niemals einen Arzt befragt hätten; überdies handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um minderbemittelte Familien.

Die Mutterberatungsstellen verfolgen lediglich den Zweck, Ratschläge für die Pflege gesunder, aber z. B. unzureichend ernährter Kinder zu erteilen, die Behandlung kranker Kinder gehört nicht in den Wirkungskreis der Beratungsstelle.

Ich hatte Gelegenheit, die Mutterberatungsstelle in Mainz zu besuchen und war angenehm überrascht von der großen Anzahl von ratsuchenden Müttern der arbeitenden Klassen, die ihre zumeist sehr nett gehaltenen Kinder alle 14 Tage zur Wägung und Kontrolle mitbringen.

Ich gebe in folgendem aus dem „Ersten Jahresbericht des Vereines für Säuglingschutz in Mainz für das Jahr 1908“ die näheren Einzelheiten über die Einrichtungen der Mutterberatungsstelle wieder:

Einrichtungen der Mutterberatungsstelle.

„Der Dienst in der Beratungsstelle gestaltete sich wie folgt: Die Beratungstunden sind Montag, Mittwoch und Freitag von 5 bis 6 Uhr, Bezelstraße 18. Dazu finden sich zwei bis drei Ärzte und ebenso viele Aufseherinnen ein. Die gleichen Damen und Ärzte erscheinen am selben Wochentage alle 14 Tage. Da auch die Mütter mit ihren Kindern nach Ablauf von 14 Tagen wiederkommen, so fällt deren Überwachung und Beratung stets denselben Ärzten und Damen zu.

Beim ersten Besuch werden durch die Damen die genauen Angaben über Mutter und Kind in besondere Aufnahmebogen eingetragen (siehe das hier verkleinert wiedergegebene Muster).

Mainz, den . . . 190 Nr. . .

Familien-Namen:	Borname des Vaters od. Mutter:
Wohnung der Eltern:	od. in Pflege bei:
(Zahl der Zimmer):	
Borname des Kindes:	ehelich — unehelich
Geburtsdag des Kindes:	Alter in Monaten:
Beruf d. Vaters od. d. Mutter:	Deren Einkommen pro Woche: M.
Zahl der lebenden Geschwister:	Wie viele Monate wurden die Geschwister gestillt?
	Erstes Kind . Zweites . Drittes .
	Viertes . Fünftes . Sechstes .

Zahl der verstorbenen Geschwister: starben im . . . Lebensjahre.
 Verdient die Mutter etwas zu Hause? ja — nein,
 oder außer dem Hause? ja — nein.
 Nein, wie lange?
 Hat das Kind bis heute die Brust bekommen?
 Nein, warum nicht?
 Wie künstlich ernährt?
 Woher die Milch? Hausarzt?

Datum Tag Mon.	Körper- gewicht Gramm	Stillprämie Nr. Zum Stillen bereit? Frühere Erkrankung d. Kindes?	Aufsichtsdame Säuglingsmilch weiße Karte rote " grüne " orange "
1			"
1			"

Das Kind wird sodann von den Damen gewogen und das Gewicht eingetragen. Die Ärzte vom Dienst geben den Müttern nach Einsichtnahme des Gewichts genaue Verordnungen über die Ernährung und Pflege des Kindes. Wie oft das Kind die Brust bekommt, oder wie die Säuglingsmilch zu kochen, aufzubewahren und zu mischen ist, dies alles ist Gegenstand der Beratung. Allerdings kann im Winter bei schlechtem Wetter das regelmäßige Erscheinen der Kinder nicht immer durchgeführt werden, doch ist wegen der im Winter verminderten Gefahr der Erkrankung an Ernährungsstörungen die Aufsicht auch weniger streng zu nehmen. Bei den ersten Beratungen werden belehrende Merkblätter und für die Säuglingsmilch graduierte Flaschen für 10 Pf. gegeben. Erst nach der Beratung erhält die Mutter die betreffende Anweisung zum Bezug der St.-P. oder der Säuglingsmilch für 14 Tage. Bis zum 1. Oktober wurde den Stillenden 1 Liter Milch täglich geliefert. Leider sahen wir uns vom 1. Oktober an aus Mangel an Mitteln gezwungen, die täglichen Lieferungen von 1 Liter auf $\frac{3}{4}$ Liter herabzusetzen. Durch diese Einschränkung kostete die zwölfwöchentliche Lieferung einer ganzen St.-P. nur noch M. 12'60, während sich die Kosten seither auf M. 16'80 belaufen hatten. Es wurden aber nicht alle gewährten St.-P. bis zu Ende bezogen: Als Ursachen kamen, soweit wir ermitteln konnten, in Betracht: Tod der Mutter oder des Kindes, Wegzug, Unfähigkeit weiter zu stillen; wohl auch die Scheu, sich unseren Ordnungs- und Reinlichkeitsvorschriften zu unterziehen, hielt nachlässige Frauen vom Wiederkommen zurück, damit aber war von selbst eine sehr wünschenswerte Bevorzugung der Würdigeren eingetreten.

In Kastel und Mombach wird die St.-P. durch dortige Milchhändler geliefert. Die Frauen aus Kastel erschienen in der Beratungsstelle, während in Mombach die St.-P. durch die dortigen Ärzte Herren Dr. Collichon und Dr. Fuld verteilt wurden.

Die Abgabe der Säuglingsmilch, die in besonderen Fällen bis ins zweite Lebensjahr erfolgt, führte der Beratungsstelle auch etwas ältere Kinder zu. Die St.-P.-Milch wird nach dem sechsten Lebensmonat des Kindes nicht mehr gegeben. Diesen nicht gestillten oder nicht mehr, aber früher gestillten Kindern wird von der Molkerei Dettweiler in Laubenheim, welche unter der ständigen Aufsicht des Kreistierarztes Herrn Dr. Beiling steht, durch die Mutterberatungsstelle einwandfreie Milch roh und tief gekühlt geliefert. Die Anweisungen der Ärzte lauten dahin, daß die Milch sofort abgekocht und mit Schleim ver-

dünnt gegeben werden muß. Mischungen mit Kindermehl und dergleichen sind in den ärztlichen Verordnungen gänzlich ausgeschlossen. In Fällen schwerer Verdauungsstörungen wurde sterilisierte, auch mit Liebigsuppe verdünnte Milch, die uns von dem Krippenverein in dankenswerter Weise zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt wurde, verordnet. Die Milchlieferung geschieht aber nicht wie bei den St.-P.-Lieferungen ganz umsonst. Der Verein zahlt nur den Betrag, welchen die Kindermilch mehr als die Marktmilch kostet. Dieser Mehrbetrag wird in Form von Marken für je 14 Tage der Mutter gegeben. Somit zahlt die Mutter beim heutigen Marktpreise der Milch 22 Pf. für das Liter und der Verein zahlt 10 Pf. für das Liter hiezu; im ganzen erhält somit der Lieferant 32 Pf. für das Liter. Natürlich ist dies der Säuglingsmilchpreis bei größerer Abnahme, im Einzelbezug kostet diese Milch 40 Pf. Da die Quantität, welche der Säugling je nach seinem Alter bedarf, sehr verschieden ist, so wurden auch die Marken zu verschiedenen Beträgen geliefert. $\frac{1}{4}$ -Liter-Marke in weißer Farbe im Werte von 10 Pf., $\frac{3}{4}$ -Liter-Marke, rot, Wert 7 $\frac{1}{2}$ Pf. und $\frac{1}{2}$ -Liter-Marke, grün, Wert 5 Pf. Die von der Beratungsstelle für die Frau sofort bestellte Milch wird von dem Lieferanten in deren Wohnung geliefert. Beim Empfang der Milch zahlt der Empfänger den Marktpreis bar und gibt für den Mehrbetrag eine der 14 Marken. Anderwärts beobachteter Mißbrauch ist durch dieses Verfahren völlig ausgeschlossen. Außerdem ist noch die Einrichtung getroffen, daß die Aufsichtsdamen von Zeit zu Zeit die richtige Zubereitung und Verwendung der Milch im Haushalt der Frauen überwachen.

Mit dem Ortsgericht war eine besondere Vereinbarung getroffen, daß die ledigen stillenden Mütter sich zur Beaufsichtigung und Beratung bei uns zu melden hatten. Natürlich wurde auch diesen Müttern, wenn sie bedürftig waren, Milchunterstützung gewährt.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß eine ärztliche Beratung bei irgendwelchen Erkrankungen, selbst nicht bei stärkerem Wundsein und ähnlichem, niemals stattfand, vielmehr wurden die Mütter in solchen Fällen stets ihrem Arzte zugewiesen, bei Magen- und Darmkrankheiten mit der Bestimmung, sich dort über die Verwendung der Säuglingsmilch Rat zu holen.

Inanspruchnahme der Beratungsstelle und Anzahl der Unterstützungen.

Die Beratungsstelle wurde von 511 Müttern mit 518 Kindern, von denen 7 Zwillingspaare waren, besucht.

454 Kinder waren ehelich, 64 unehelich geboren.

Es fanden vom 10. Juni an 87 Beratungsstunden mit rund 2500 Beratungen statt. Die zumeist besuchte war am 18. September mit 46, die am schwächsten besuchte am 13. Juli mit 16 Beratungen.

Vom 10. Juni an erhielten 318 Frauen St.-P., während im ersten halben Jahre 71 St.-P. verteilt wurden.

Säuglingsmilch wurde am 141 Kinder gegeben.

„Zwiiemilch“ erhielten, d. h. zum Teil künstlich und natürlich ernährt wurden 34 Kinder.

Für St.-P. wurden im ganzen Jahre 25.600·5 Liter Milch geliefert, für Säuglingsmilch 9642·5 Liter.

Verausgabt wurden im abgelaufenen Jahre:

- a) für jedes gestillte Kind, einschl. Mombach M. 11·99
- b) für jedes mit Säuglingsmilch ernährte Kind " 7·21
(mitberechnet sind M. 132·33 für die vom Krippenverein bezogene sterilisierte Milch)
- c) für jedes Kind überhaupt, einschl. der Einrichtungs- und Gründungskosten 11·15

In Mombach erhielten durch die dortigen Ärzte 15 Frauen St.-P., wo für M. 144·90 verausgabt wurden.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß unsere Einrichtungen, die den verschiedenen Bedürfnissen entsprechen, vieles dazu beitragen werden, unsere Bevölkerung für die angestrebte beste Kinderernährung zu gewinnen. Andererseits steht auch nicht zu befürchten, daß die damit verbundenen Unterstützungen zu Unzuträglichkeiten führen werden; denn wir haben streng den obersten Grundsatz jeder guten Armenfürsorge, keine Gabe ohne erzieherischen Einfluß, keine ohne Gegenleistung, gewahrt. Diese ist hier nicht allein das Stillen und das Auffuchen der Beratungsstelle, eine weit wichtigere Gegenleistung ist die geforderte vermehrte Aufmerksamkeit der Mutter bei der Pflege ihres Kindes.

Eines Mangels in dem Wirken des Vereines muß aber auch hier gedacht werden. Leider sind die ärmsten der Mütter von dem Bezug der Kindermilch noch ausgeschlossen; denn sie sind nicht imstande, den Preis der gewöhnlichen Marktmilch zu zahlen. Milch ist für sie ein zu teures Nahrungsmittel. Darum erhalten die Kinder dieser Armen die von den Ärzten als völlig ungeeignete Nahrung bezeichneten Brot- und Mehlsuppen und Schlimmeres. Wo die nötigen Mittel fehlen, versagt eben jeder ärztliche Rat. Die Notwendigkeit hier Abhilfe zu schaffen ist so groß, daß selbst erhebliche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Unsere Bemühungen bleiben darum zunächst der Lösung dieser wichtigen Frage zugewendet."

Der „Ärztliche Bericht“ dieses Vereines kann auf die erfreulichen Erfolge der Beratungsstelle hinweisen. Ich führe hier nur einiges aus dem erwähnten Berichte an:

Wie sehr sich unter den von uns beratenen Frauen eine Art Wettstreit einstellte, mit welchem Interesse sie die Gewichtskurven eigener und fremder Kinder verfolgten, welchen Stolz sie bei dem Lob über das gesunde Aussehen des Säuglings an den Tag legten, wie oft den elenden Frauen durch Gewährung der „Stillprämie“ erst die physische Möglichkeit und durch unseren ermunternden Zuspruch und dringenden Rat die moralische Kraft zur Weiterführung der Brustnahrung gegeben wurde, wie viele bei sinkender Nahrungsmenge oder, wenn der Beruf sie tagsüber vom Hause fernhielt, wenigstens Zwiemilchnahrung durchführten, dafür können wir statistische Belege nicht geben. Sicher hat auch eine gewisse Zahl von Frauen gestillt, die früher ihre Kinder künstlich ernährten.

Dabei sind wir natürlich weit entfernt davon, jeden Fortschritt lediglich unserem Wirken zuzuschreiben. Dankbar erkennen wir die Förderung durch unsere Ärzteschaft, durch viele Hebammen, Wärterinnen und Krankenschwestern, durch die Presse und nicht zuletzt das Beispiel wohlhabender und hochstehender stillender Frauen an. Das Beispiel einer Mutter von wirtschaftlich und gesellschaftlich gehobener Stellung wirkt weithin!

Was also unsere Propaganda für das Stillen, dieses A und O jeder Säuglingsfürsorge leistete, können wir zunächst nur aus gelegentlichen Gesprächen mit Kollegen oder Hebammen entnehmen. Das Resümee ist: Es ist besser geworden; die Erkenntnis von der Bedeutung der „natürlichen“ Er-

nährung des Säuglings ist in die Bevölkerung gedrungen. Trotzdem gibt es noch immer verantwortliche und unverantwortliche Ratgeber, welche nicht mit dem nötigen Nachdruck, nicht mit der nötigen Zähigkeit für das Stillen eintreten, ja sogar auch solche, welche der Bequemlichkeit und anderen noch weniger erfreulichen Instinkten geradezu Vorhub leisten.

In der Stadt Mainz ist im Jahre 1908 gelegentlich der Impftermine ein recht günstiges Resultat über die Zunahme der Stilldauer verzeichnet worden, das wir vielleicht zu einem kleinen Teil auf unser Wirken zurückführen können. Das Großherzogliche Kreisgesundheitsamt konstatierte.

	1907		1908
	unter 1124 Kindern		unter 1097 Kindern
	nicht gestillte: 379 = 33·7 Prozent		379 = 34·55 Prozent
bis zu $\frac{1}{4}$ Jahr gestillte:	243 = 21·6		127 = 11·58
über $\frac{1}{4}$ Jahr gestillte:	502 = 44·7		591 = 53·87

Mit der Unterstützung stillender Frauen durch Milch, also mit der Form der Beihilfe, sind wir auch am Ende des Berichtsjahres zufrieden. Sie schließt Mißbrauch natürlich nicht absolut aus, kann aber doch nicht wie die Geldunterstützung geradezu zum Mißbrauch herausfordern."

In Österreich und besonders in Böhmen fehlt es noch gänzlich an derartigen Einrichtungen: die Beratungen in den Findelanstalten und den Kinder Spitälern können die Mutterberatungsstellen nicht ersetzen, erstens werden dort nur meist wirklich kranke Kinder hingebraucht und zweitens ist bei dem großen Andrang in diesen Anstalten ein liebevolles und individualisierendes Eingehen auf all die kleinen Sorgen der Mütter nicht möglich, hier ist jedes Kind doch mehr weniger eine Nummer und nicht eine Individualität.

Neben den Mutterberatungsstellen sind auch die Kranken-Krippen eine Fürsorgeeinrichtung, die namentlich in größeren Städten und in Fabriksorten sehr wohlthätig zu wirken vermögen. Sie stellen ein Mittelglied zwischen Beratungsstelle und Kinderhospital dar und sind dazu bestimmt, leicht erkrankte Kinder aufzunehmen, die für gewöhnlich in häuslicher Pflege belassen werden, deren Mütter aber in Arbeit gehen und daher ihren kranken Kindern die häusliche Obforge nicht angedeihen lassen können. Bestehen aber Krankenkrippen, dann bringt eine solche Mutter morgens, da sie in die Arbeit geht, ihr pflegebedürftiges Kind in die Kranken-Krippe, wo es unter ärztlicher Kontrolle sorgfältig überwacht und verpflegt wird, um abends von der Mutter wieder abgeholt zu werden. Die Nacht verbringt das Kind wieder im Elternhause.

Zu einer zweckentsprechenden Säuglingsfürsorge gehören ferner noch Krippenanstalten und Säuglingsheime für gesunde Kinder, Einrichtungen, die selbst in kleineren Gemeinden ohne viel Mühe und Kosten geschaffen werden können.

Mit dem Beginne des Schulbesuches treten für die kränklichen oder auch nur schwächlichen Kinder zu den bereits bestehenden gesundheitlichen Schäden die bekannten und nicht gänzlich vermeidbaren gesundheitlichen Gefahren des Schulbetriebes hinzu, welche oft genug das schwächliche und kränkliche Schulkind zu einem kranken machen, wenn man nicht rechtzeitig helfend eingreift.

Nach dieser Richtung ist die Anstellung von Schulärzten die unbedingte Voraussetzung für ein irgendwie erfolgverheißendes Vorgehen; denn die meisten der hier in Frage kommenden Kinder werden von den Eltern dem Arzte gar nicht zugeführt, weil ihre Krankheit häufig von den Laien nicht erkannt oder in ihrer Bedeutung unterschätzt wird, ganz abgesehen von der meist, wenn auch keineswegs ausschließlich bei den Eltern der ärmeren Volks-

schichten vorhandenen Indolenz gegenüber von Gesundheitsstörungen, die das Kind nicht gerade bettlägerig machen.

Es war eine überaus glückliche Idee des (inzwischen verstorbenen) Berliner Arztes Dr. Wolf Becher, für schwächliche und kränkliche Kinder Wald-erholungsstätten zu schaffen, die alsbald nach dem Vorschlage von Baginsky zu Waldschulen erweitert wurden.

Im Mai 1904 wurde von der Stadt Charlottenburg die erste Waldschule eröffnet und sie hat sich jeder Richtung vortrefflich bewährt. Morgens um 7 Uhr kommen die Kinder (mittelfst Eisenbahn oder Straßenwagen) in die Waldschule. Um $\frac{1}{8}$ 8 Uhr erhalten sie das erste Frühstück — Milch und Butterbrot — dann beginnt der halbstündige Unterricht, der mit Spielen im Freien abwechselt. Um 10 Uhr folgt das zweite Frühstück, wiederum Milch und Butterbrot, um $\frac{1}{2}$ 12 Uhr ein nahrhaftes Mittagessen, um 4 Uhr das Beierbrot, um 6 Uhr abends ein Nachtmahl und um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr wird der Heimweg angetreten.

Nach der Hauptmahlzeit wird eine längere Ruhepause im Liegestuhle eingehalten, am Nachmittage werden Turnspiele veranstaltet und Gartenbaukunst getrieben. Für schlechte Witterung sind geschützte Räume vorgezehen.

Sehr wohlthätig wirken auch die Ferienkolonien in bezug auf die Kräftigung schwächlicher Schulkinder und in neuerer Zeit sind Erholungsheime für kränkliche, schwächliche Schulkinder errichtet worden, welche auch außerhalb der Ferienzeit in Betrieb stehen.

Ein nachahmenswertes Muster ist das Wormser Erholungsheim, über welches Georg Büttner in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ (1908, Nr. 6) eingehend berichtet.

In der kleinen Stadt Worms mit 45.837 Einwohnern wurde auf Veranlassung von Dr. M. Sonnenberger und Dr. Wevers ein Verein gegründet, der die Errichtung eines Erholungsheimes für kränkliche, schwächliche Schulkinder zum Zwecke hatte. Blutarie, nervöse, ferner mit leichten Herzfehlern, leichter Skrofuloze behaftete Kinder sollen in das Erholungsheim aufgenommen werden. Da erfahrungsgemäß durchschnittlich 8% aller Schulkinder einer Erholungspflege bedürftig sind, kommen bei 7000 Schulkindern in Worms alljährlich 560 Kinder in Betracht. Davon wurden etwa 60 Kinder abgerechnet, die in Soolbäder geschickt wurden, so daß rund 500 Kinder verblieben.

Die Kuren sollen durchschnittlich vier Wochen betragen, für einzelne Kinder, deren Zustand es erfordert, 6 bis 8 Wochen und bei besonders schweren Fällen soll eine Nachpflege durch Milch, Bäder u. dgl. m. eintreten. Der Betrieb des Erholungsheimes ist für das ganze Jahr — mit Ausnahme der zwei bis drei kalten Wintermonate — geplant.

Die Gesamtkosten wurden mit 75.000 Mark präliminiert. Das Vereinsvermögen betrug 35.000 Mark. Die Landesversicherungsanstalt hat sich aber sofort bereit erklärt, die gesamte Bauumme von 75.000 Mark zu $3\frac{1}{2}\%$ zur Verfügung zu stellen, wenn die Stadt Worms die Bürgerschaft übernimmt. Die Amortisation des Kapitals ist für 60 Jahre in Aussicht genommen, die Betriebskosten wurden mit 17.000 Mark veranschlagt.

Die Orts- und die Betriebskrankenkassa in Worms erklärte, einen teilweisen Ersatz der Kosten zu übernehmen und fügte ihren Satzungen folgende Bestimmung ein: „Erfolgt auf ärztliche Anordnung die Verpflegung eines Kindes bis zum 14. Lebensjahre, bzw. eines noch nicht aus der Schule entlassenen Kindes außerhalb des Familienverbandes in einem Bade, einem Erholungsheim oder einer Kolonie, dann werden als Ersatz hiefür zwei Drittel dieser Kosten, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 60 Pfennig per Tag

auf die Dauer von 13 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten bezahlt."

Außerdem haben die drei größten Firmen von Worms, welche zusammen 5000 Arbeiter beschäftigen, sich verpflichtet, aus eigenen Mitteln dem Vereine alle diejenigen Kosten zu ersetzen, die dieser für Kinder der in ihren Werken beschäftigten Arbeiter aufwenden würde.

Auch die Armenverwaltung wird mit herangezogen und dürfte (nach den bestehenden Bestimmungen) alljährlich für 3024 Mark aufzukommen haben. Es sollen aber nicht nur arme, sondern auch solche Kinder aufgenommen werden, für die das Pflegegeld von den Eltern ganz oder teilweise zurückerstattet wird. Dadurch wird es, wie Dr. Sonnenberger in einer Denkschrift hervorhebt, möglich sein, Kindern von Kleinbauern, von kleinen Beamten, von Gewerbs- und minder gut situierten Kaufleuten — Personen, die nicht ganz mittellos, aber oft nicht imstande sind, ihre schwächlichen und kränklichen Kinder auf einige Wochen zur Erholung fortzuschicken — aufzuheben. „Es ist nicht zu verkennen,“ betont Sonnenberger mit Recht, „daß viele derartige Kinder oft schlimmer daran sind, als die schwächlichen und kränklichen Kinder der Armen.“

Endlich wurde in Worms eine Wohnungsinpektion gebildet, welche den gleichen Bestrebungen dienen soll.

Wir sehen hier an dem Beispiele einer kleinen Stadt, wie zielbewußtes Vorgehen und eine sachgemäße sozialökonomische Organisation, an der es uns in Österreich und besonders in Böhmen leider vollständig mangelt, sehr bedeutende Erfolge in der Jugendfürsorge zu erzielen vermag. Hoffentlich wird für Deutsch-Böhmen die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge eine derartige zweckentsprechende Organisation zu schaffen vermögen, wobei allerdings vorausgesetzt werden muß, daß der Staat, die Gemeinden, die Industriellen, die Krankenkassen — und alle anderen interessierten Faktoren — sich mit demselben Eifer und demselben Verständnis in diese Organisation einfügen wollen, wie dies in dem kleinen Worms der Fall ist.

Einer besonderen und auch einer länger dauernden Fürsorge bedürftig sind tuberkulöse Kinder und auch gefährdete Kinder aus tuberkulösen Familien. Die große Anti-Tuberkulose-Bewegung, die sich heute wirklich bereits die Welt erobert hat, mußte sehr bald zu der Erkenntnis gelangen, daß entgegen der landläufigen Ansicht, die Tuberkulose im Kindesalter keineswegs selten ist.

Grancher in Paris hat in Gemeinschaft mit seinen Schülern schon vor einigen Jahren (1904) die Schuljugend von Paris auf das Vorhandensein tuberkulöser Veränderungen untersucht. Er fand bei 14% der Knaben und 17% der Mädchen sichere Zeichen der Tuberkulose.

Auf der 27. Jahresversammlung des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit“ zu Eisenach (1907) erstattete Dr. Lennhof (Berlin) ein Referat über „Kinderheil- und Erholungsstätten“. An der Hand eines großen statistischen Materials wies er darauf hin, daß die Sterblichkeit erwachsener Tuberkulöser im letzten Vierteljahrhundert zurückgegangen, während die der Kinder unverändert geblieben sei. Die Erwachsenen, die an Tuberkulose sterben, seien überdies zumeist diejenigen, die als Kinder tuberkulös gewesen seien.

In Deutschland, Frankreich, England und Amerika sind für tuberkulöse und skrofulöse Kinder Seehospize errichtet worden, welche ungemein segensreich wirken, besonders erfolgreich sind die französischen Kinderheilstätten an der See, wo die kranken Kinder durchschnittlich sechs bis acht Monate ver-

bleiben und das hamburgische Seehospital „Nordheim-Stiftung“, wo die Kurdauer unbegrenzt ist.

Freiherr von Pirquet (Wien) hat mittels seiner ingeniosen Entdeckung der „kutanen Reaktion“ (Impfung der Haut mit Tuberkulin) den direkten Beweis erbracht, daß die Tuberkulose im Kindesalter ungemein verbreitet ist. Ich selbst habe in meiner Eigenschaft als Obmann des „Deutschen Zweigvereins Prag für Lungenkranke“ bei allen gesund scheinenden Kindern unserer tuberkulösen Pfleglinge (durch Dr. Schleißner) die von Pirquet'schen Impfungen ausführen lassen und wir waren überrascht über die große Anzahl positiver Reaktionen, d. h. von anscheinend gesunden Kindern (tuberkulöser Eltern), bei denen bereits (latente) Tuberkulose vorhanden war. Von 59 derart geimpften Kindern ergaben 27 positives Resultat!

Eine sehr beachtenswerte, aber merkwürdigerweise wenig nachgeahmte und außerhalb Frankreichs fast in Vergessenheit geratene Maßnahme zum Schutze der Kinder vor Tuberkulose wurde von einem durch Prof. Grancher im Jahre 1903 ins Leben gerufenen Verein in Paris durchgeführt: die gesunden Kinder tuberkulöser Eltern, die in großen Städten leben, werden bei gesunden Familien auf dem Lande untergebracht und werden dajelbst möglichst lange, wenn es durchführbar ist, vom 2. bis zum 14. Lebensjahre belassen. Im Jahre 1904 hat der Verein 37 Kinder in zwei Kolonien, 1905 schon 60 in drei Kolonien und 1906 sogar 250 Kinder in zehn Kolonien untergebracht. Jedes Kind kostete nur einen Franken pro Tag. Gleichartige Vereine bildeten sich in Lyon, Marseille, Montpellier, Toulouse, Bordeaux, Nantes, Reims, Tours, Amiens, Le Havre, Lille, Nancy und St. Etienne.

Der Grund, daß außerhalb Frankreichs diese empfehlenswerte und wirksame „Isolierung“ der gesunden Kinder tuberkulöser Eltern nicht zur Ausführung gelangt ist, dürfte wohl darin liegen, daß sich andernwärts nicht so leicht häuerliche Familien finden lassen, welche für ein so geringes Entgelt fremde Kinder aufnehmen und entsprechend ernähren und pflegen, aber selbst bei einem etwa nötig werdenden größeren Kostenaufwande wäre ein Versuch nach dieser Richtung auch bei uns zu Lande zu wagen.

Es ist bezeichnend, daß bei der Besprechung der Fürsorge für kranke Kinder zumeist auf fremde Staaten hingewiesen werden muß, wir befinden uns hierin, wie in fast allen Fragen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in einem beschämenden Rückstande. Nur im Schutze der Kinder vor Tuberkulose können wir in Deutsch-Böhmen erfreuliche Ansätze verzeichnen. Der „Deutsche Zweigverein Prag für Lungenkranke“ nimmt die durch die von Pirquet'sche Reaktion als krank erwiesenen Kinder der Tuberkulösen in dauernde Vereinspflege und entsendet fast all diese in die Ferien-Lungenheilstätte in Dřewitsch, woselbst sie zwei Monate verbleiben. Der unter der bewährten Leitung von Regierungsrat Prof. Petrřina stehende Deutsche Verein für Ferienkolonien hat hiezu durch Überlassung des in seinem Besitze stehenden Gebäudes in Dřewitsch die Idee gegeben und verpflegt die Kinder in eigener Regie, während der „Deutsche Landeshilfeverein für Lungenkranke in Böhmen“ (Obmann Obersanitätsrat Hofrat Prof. von Jaksch) wenigstens bisher die dadurch erwachsenen Selbstkosten vergütet.

Der „Deutsche Landeshilfeverein für Lungenkranke in Böhmen“ hat außerdem eine allen modernen hygienischen Anforderungen entsprechende, für 50 Kinder berechnete Lungenheilstätte in Zwicau nach den vortrefflichen Plänen von Prof. Dr. Jřaray errichtet, die voraussichtlich im Jahre 1909 ihrem Zwecke übergeben werden dürfte. Die „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen“ entfaltet eine überaus rührige

Tätigkeit und ist aufrichtig bemüht, alle Fragen der Jugendfürsorge wenigstens anzugehen.

Wenn der bisher erzielte Erfolg den idealen Wünschen noch nicht entspricht, so ist daran gewiß nicht Mangel an Arbeitsfreudigkeit und noch viel weniger Mangel an energischem Wollen und Tatkraft schuld, sondern lediglich der Umstand, daß bei uns in Deutsch-Böhmen das ganze große Gebiet des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge brach liegt, die Bebauung dieses fruchtbaren Feldes der öffentlichen Wohlfahrtspflege aber so immense Kapitalien erfordert, daß bei den sehr bescheidenen Geldmitteln der Landeskommission nur ein schrittweises Vorgehen möglich ist. Aber ein Anfang ist bereits gemacht: in Ofegg steht ein Heim für verlassene Knaben bereits im Betriebe, in Schwaden bei Auffig wird im Mai 1909 ein Erziehungsheim für körperlich geschädigte Kinder eröffnet werden und die hochherzige Spende von 100.000 Kronen, welche der bekannte Philanthrop Kommerzialrat Pettschek in Auffig für die Errichtung eines Schwachsinnigenheims in Auffig gestiftet hat, wird mit der dankenswerten Unterstützung der Stadtgemeinde Auffig und des Zweigvereins Auffig der Deutschen Landeskommission (der unter Führung seines rührigen Obmannes, des k. k. Bezirkshauptmannes Lendekö eine namhafte Summe für den gedachten Zweck gesammelt hat) in kurzer Zeit ein neues Heim (für Schwachsinnige) entstehen lassen.

Wenn das gute Beispiel von Auffig auch in anderen Gemeinden Deutsch-Böhmens Nachahmung finden wird, dann wird die Deutsche Landeskommission zweifellos zielbewußt an den Ausbau ihres Programmes, welches das Gesamtgebiet der Jugendfürsorge und des Kinderschutzes umfaßt, schreiten können — an gutem Willen fehlt es ihr wahrhaftig nicht.

Neben der Fürsorge für körperlich kranke Kinder ist natürlich auch die Fürsorge für geistig kranke und geistig zurückgebliebene Kinder eine gleich wichtige Aufgabe der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Darüber ist an einer anderen Stelle des „Jahrbuchs“ berichtet.

Die Fürsorge für bresthafte und für sieche, d. i. für an unheilbaren Krankheiten leidende Kinder bildet eine notwendige Ergänzung der Jugendfürsorge. Das Siechtum der Kinder wird aber zu einem großen Teile verhütbar sein, wenn die Fürsorge für die kranken Kinder rechtzeitig und in ausreichendem Maße eingzugreifen vermag. Je mehr Krankenheime bestehen werden, desto weniger Siechenanstalten für Kinder wird man errichten müssen. Das oberste Prinzip muß die Verhütung von Krankheiten bilden, diesem Ziele müssen wir mit aller Kraft zustreben: mögen sich alle Gutgesinnten zusammenschließen, um in rastloser Arbeit und mit freudigem Opfermut für das Teuerste zu wirken und zu schaffen, was wir besitzen, für die Hoffnung und den Stolz des Volkes — fürs Kind!

Flugblatt

an die austretenden Schulkinder.

Von Dr. A. Holitscher-Birkenhammer.

Liebe Kinder! Ihr verlaßt heute die Schule, Ihr macht den ersten Schritt ins Leben hinaus. Bis jetzt war es Euch erpart, selbständig zu handeln, Euere Pflicht war den Geboten der Eltern und der Lehrer zu gehorchen. Das wird nun anders werden; Ihr werdet immer häufiger in bei

Lage kommen nicht mehr dem Räte oder dem Befehle dieser wohlmeinenden Freunde folgen zu können, Ihr müsset dann nach eigenem Wissen und Gewissen darüber entscheiden, was Ihr zu tun, was Ihr zu unterlassen habet. Manches schlechte Beispiel wird Euch von törichtten und gewissenlosen Menschen gegeben werden und öfter als zum Guten werdet Ihr von Altersgenossen und falschen Freunden, die im Leben nur den Genuß suchen, zum Bösen verleitet werden. Zu diesem letzteren gehört vor allem anderen der Genuß der geistigen Getränke, des Biers, des Weins und des Branntweins, die im Leben so vieler Menschen eine so große und ach! oft so verderbliche Rolle spielen und so überaus viel schreckliches Elend erzeugen.

Lasset Euch denn zunächst sagen, daß der Genuß eines geistigen Getränkes, es mag welchen Namen immer führen, nie und unter keinen Umständen nützlich oder gar notwendig ist; man kann weder mit ihnen seinen Hunger stillen, noch den schwachen Körper kräftigen oder den ausgekühlten erwärmen. Im Gegenteile! Durch den Alkohol, das ist der in allen geistigen Getränken enthaltene giftige Stoff, wird der Körper noch mehr abgekühlt, die Leistungsfähigkeit wird durch ihn herabgesetzt, so daß man nach Alkoholgenuß weniger und schlechtere Arbeit leisten kann als ohne ihn.

Der Alkoholgenuß macht aber auch Tausende und Abertausende von Menschen krank. Es gibt eine ganze große Zahl von Krankheiten, die durch ihn hervorgerufen werden, und sehr, sehr viele Menschen sterben wegen ihres Alkoholgenusses jung oder doch viel früher, als sie gestorben wären, wenn sie nüchtern gelebt hätten. Bei anderen wieder wirkt das genossene Gift auf ihren Geist; sie werden wahnsinnig oder verrückt, weil sie zu viel getrunken haben und müssen in eine Irrenanstalt eingeschlossen werden.

Eine sehr traurige und leider alltägliche Folge des Genusses der geistigen Getränke ist der Rausch, den Ihr wohl alle schon kennen gelernt habet. Man sieht ja so oft Betrunkene durch die Straßen taumeln. O, welch' widerwärtiges Schauspiel bietet doch so ein Mensch! Wie garstig ist sein Antlitz, wie vertiert sein Benehmen, er lallt und stammelt und gleicht einem Blödsinnigen. Aber der Rausch ist nicht nur häßlich, er ist auch gefährlich. Eine große Zahl von Unglücksfällen und Verbrechen verdankt ihre Entstehung der Trunkenheit, gar mancher sonst ganz ruhige und brave Bursche ist ins Unglück geraten, weil er in angeheitertem Zustande, wo er nicht recht mußte, was er tat, einen Nebenmenschen verletzt oder gar getötet hat.

Freilich werden Euch die falschen Freunde sagen: „Ja, der Rausch und das Übermaß sind schädlich und verderblich. Aber man darf es eben nicht so weit kommen lassen, man muß hübsch aufhören, wenn man genug hat. Ein Glas schadet nicht, das macht heiter und froh.“

Glaubet ihnen nicht! Wer einmal zu trinken angefangen, der verläßt eben leider nur gar zu oft den richtigen Augenblick, in dem es zum Aufhören Zeit ist. Und wenn er gleich wollte, so sind da die Kameraden und Aneipgenossen, die ihm zureden und ihn nicht fort lassen, bis der Trunk Herr über ihn geworden ist. Hütet Euch vor dem ersten Glase! So mancher hat schon mit dem festen Vorsatze das Wirtshaus betreten, nur schnell ein Glas zu trinken, den man am nächsten Morgen schwer betrunken nach Hause schleppen mußte. Nicht jeder behält beim Trinken die Herrschaft über sich selbst und kann mäßig bleiben. Darum ist es besser, die Verführung ganz zu fliehen.

Schenke und Wirtshaus sind ja überhaupt nicht die Stätten, wo wahre Lebensfreude blüht. Sehet nur diese rauchige Luft, diese üblen Gerüche, diesen Lärm, das stundenlange Hocken auf einem Platze, die rohen Reden, die

dort geführt werden. Wie schön ist es dagegen draußen in der herrlichen Natur! Ob Ihr im Sommer durch Wälder und Fluren schweift, den Rucksack mit bescheidenem Inbiss auf dem Rücken, ob Ihr am Rade dahinsliegt, im Leiche oder im Flusse lustigen Schabernack treibt, Euch am Rasenplatze im munteren Reigen drehet oder ob Ihr im Winter auf der glitzernden Eisfläche dahineilet, am Schlitten oder mit Schneeschuhen über halbsbrecherische Hänge hinunterjauset, ob Ihr turnet oder ringt, ob Ihr Wissenschaft oder Kunst oder fröhlichen Chorgesang betreibt; wie stählt das Eueren Körper, wie werdet Ihr dadurch gesund, tüchtig und frei. Dadurch werdet Ihr echte deutsche Männer und Frauen, ja, aber nicht dadurch, daß Ihr das Bier kannenweise in Eueren Leib hinunterschüttet, wie es Euch dumme Redensarten und leichtfertige Wirtshausbrüder lehren möchten.

Heiter und froh soll der Trunk machen? Freilich tut er das für den Augenblick. Aber am anderen Tage, da ist Lust und Heiterkeit verflogen, da erscheint einem die Welt doppelt grau und düster. Denn keinem Menschen werden die Sorgen im Wirtshause abgenommen, im Gegenteile, gar oft werden sie dort vermehrt, durch Spiel und Beche wird die Barschaft aufgezehrt, oft genug werden Schulden gemacht. Dazu kommt der Ragenjammer, in dem so mancher es verschwört, je wieder zu trinken. Aber wie lange hält der Voratz vor! Wer einmal angefangen, der kann nicht so leicht aufhören, weil die Sucht nach dem arglistigen Gifte zu groß ist.

Wer aber seine gefährliche Bekanntschaft gar nicht gemacht hat, der ist heiter und lustig auch ohne die Anheiterung durch den Trunk. Und gar junge Leute, Burschen und Mädchen, die stecken ja ohnedies voll Pöffen und Schwänken, die sollen des Bieres oder des Weines bedürfen, um lustig und fröhlich zu sein? Wahrlich nein! Um wie viel schöner ist aber die natürliche Heiterkeit, um wie viel wohlfeiler und gesünder. Und sie wird nicht von einem abscheulichen Ragenjammer begleitet, an sie denkt man des anderen Tages ohne Reue und Schamgefühl zurück.

Liebe Kinder! Noch seid Ihr in den glücklichen Jahren, in denen man nicht an die Zukunft denkt und zu denken braucht, in denen man sich des Tages freut, lustig durchs Leben wandert und keine Sorgen kennt. Doch aber wißt Ihr schon, daß Ihr lernen und arbeiten müßet, um einmal tüchtige Menschen zu werden und den Platz auszufüllen, an den Euch das Schickial stellen wird. Gewiß lebt in jedem von Euch der Drang und das edle Streben, es zu etwas ordentlichem zu bringen, eueren Eltern Freude zu machen, von Eueren Mitmenschen geliebt und geachtet zu werden. Wollet Ihr das, dann hütet Euch vor den geistigen Getränken. Wie viele hoffnungsvolle, begabte Jünglinge sind schon durch sie aus ihrer Bahn geschleubert, zu Tagebieben, Lumpen und noch schlechterem verdorben worden. Wie unermessliches Herzeleid haben sie ihren armen Eltern verursacht, wie wurden sie verachtet und verstoßen, zuletzt auch von jenen Zechbrüdern und Wirtshausfreunden im Stiche gelassen, die früher mit ihnen die Nächte verprakt hatten. Ein elendes Leben steht ihnen bevor, wenn sie nicht ein früher Tod erlöst, und wer hat sie so weit gebracht? Niemand anderer wie der gepriesene Sorgenbrecher, der Wein oder das Bier. Zum Schlusse freilich muß dann der Schnaps den unstillbaren Durst löschen helfen.

Wer also was rechtes werden, wer ein fester, mannhafter, tüchtiger Sohn seines geliebten Volkes sein, wer seines Lebens so aus vollem Herzen froh bleiben will, der hütet sich vor den geistigen Getränken. Das ist kein Zeichen von Schwäche, wie mancher törichte Junge wohl meint, im Gegenteile, Ihr zeigt dadurch daß Ihr stark und mutig genug seid, um Euch durch albernes Geschwätz und seichten Spott nicht irre machen zu lassen. Am stärksten ist

der, der auf seine eigenen Kräfte vertraut und am wenigsten Bedürfnisse hat. Das Leben wird Euch doppelt lebenswert erscheinen, Euere Aussichten, hochzukommen, brav, stark und frei zu werden, werden um vieles besser, Euere Gesundheit wird fester, Euer Geldbeutel gefüllter, Euere Kraft zur Arbeit und zum Genuße höher sein, wenn Ihr nüchtern durch das Leben wandelt und es ablehnt, an einer Sitte teilzunehmen, die so unjüngliches Unheil über die Menschen bringt und niemals Ehre und Gewinn, oft genug aber Schande und Trauer bringt. Deutsche Knaben und Mädchen, die Ihr morgen deutsche Jünglinge und Jungfrauen sein werdet, trinket nicht, gehet stolz an dem Glase vorüber, das man Euch reicht, zu Euerm Glücke, zu Euere Volks Ehre und Ruhm!

Mädchenfürsorge.

Von Wilhelmine Wiechowski.

Die Grundlagen des menschlichen Glückes und des allgemeinen Volkswohles sind Gesundheit. Unsere modernen Bestrebungen sind auf Schaffung gesunder Verhältnisse gerichtet. Sollen diese Bestrebungen nur annäherungsweise von dem gewünschten Erfolge gekrönt werden, so ist dazu eine bis jetzt noch ungeahnte Summe von Kraft, Zeit, Ausdauer und Geld notwendig. Ein jeder Schritt auf dem zu betretenden Wege wird neue Probleme bringen, wird aber auch zu beseitigenden Übelständen aufdecken, die früher nicht beachtet worden sind. Daß die Frau ein wichtiger Faktor bei Schaffung gesünderer Verhältnisse ist, ist nicht zu leugnen. Sie ist die Schöpferin einer gesunden und angenehmen Häuslichkeit und von ihrem Walten hängt das leibliche und geistige Wohl ihres Mannes und ihrer Kinder ab. Nun werden unsere trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse wohl kaum sich in absehbarer Zeit ändern. Sie drängen die Frauen auf den Markt des Lebens — zum Gelderwerb — aber während sie Geld erwerben, kommen ihnen Mann und Kinder abhanden. Und während die Frau Brot erwirbt, um den leiblichen Hunger ihrer Kinder zu stillen, verwahrlosen die Kinder.

So wäre wohl die beste Fürsorge für die Jugend diejenige, die jedem Kinde ein gesundes Familienleben schaffen würde. Der jetzige Zustand unserer Zivilisation ist aber nicht ein solcher, daß die Möglichkeit dazu geboten wäre. Es fällt also der Öffentlichkeit die Aufgabe zu, die Fürsorge für die Jugend in die Hand zu nehmen. Und manches Gute ist in dieser Richtung bereits zu verzeichnen.

In der ersten Lebenszeit finden die Kinder der arbeitenden Frauen in den Krippen Tags über Verpflegung und Unterkunft. Sie werden da gebadet, genährt und in jeder Richtung versorgt. Ein minimaler Betrag von einigen Hellern wird für ein Kind pro Tag gezahlt. Am Abend holt die Mutter das Kind wieder ab.

Bis in die jüngste Zeit gab es einschließlich der Borthheimischen, fünf Krippen in Prag. Der i. J. 1854 gegründete deutsche Zentralkrippenverein erhielt 3 Krippen und verwaltete die Sofie Lämelskrippe, die von den Zinsen eines großen Kapitals, welches der in Prag verstorbene Großkaufmann Lämel für Kleinkinderschulen hinterlassen hatte, erhalten wird. Obzwar aus deutscher Initiative entstanden und zum größten Teile von deutschem Gelde erhalten, kamen und kommen die Krippen in Prag lokaler Verhältnisse wegen beinahe

ausschließlich den Kindern der tschechischen Arbeiterschaft zu gute. Kaum für mehr als zehn Kinder deutscher Nationalität wurde in den 55 Jahren seines Bestandes beim Vereine um Aufnahme nachgesucht. Dennoch war schon i. J. 1897 die Weinberger Krippe ein Angriffsobjekt der aufgeregten Volksmassen. Und es war nur dem klugen und umsichtigen Eingreifen der die Krippe verwaltenden Personen zuzuschreiben, daß die Pfleglinge an Gesundheit und Leben keinen Schaden erlitten. Während der jüngsten Unruhen war es wieder die Biskower Krippe, die zu Angriffen auf sie aufforderte. Die Biskower Stadtvertretung gab den Auftrag, der Verein möge die neben der tschechischen Aufschrift befindliche deutsche Aufschrift entfernen. Die vom Vereine diesbezüglich eingebrachte Vorstellung fand ihre Erledigung darin, daß der Hausherr die Wegnahme der deutschen Aufschrift entschieden verlangte, was vom Vereine ebenso entschieden verweigert wurde, worauf der Eigentümer des Hauses die Tafel selbst herabriß und ihre Wiederanbringung verweigerte. Diesem unwürdigen Zustande machte der Verein dadurch ein Ende, daß er in der außerordentlichen Hauptversammlung am 31. Jänner 1909 seine Auflösung beschloß. Die drei vom Vereine erhaltenen Krippen wurden am selben Tage geschlossen. Das Vereinsvermögen von 64.000 Kronen ist in den Besitz der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge übergegangen. Im Jahre 1907 haben die drei, jetzt aufgelösten Krippen den dort aufgenommenen Kindern 18165 Verpflegstage gewährt, woraus der Schaden ersichtlich ist, der der armen Bevölkerung durch das Auflaffen dieser drei Krippen, wozu sich schließlich der Verein durch die unhaltbaren Zustände gezwungen gesehen hat, erwächst. Krippen befinden sich auch in Zuckmantel und Reichenberg.

Zweckmäßiger als die gewöhnlichen Krippen sind die sogenannten Stillkrippen. Es sind dies gesunde Räumlichkeiten, welche in unmittelbarer Nähe einer Fabrik sich befinden, und in welchen die Säuglinge der in der Fabrik beschäftigten Frauen untergebracht und gepflegt werden. In den Arbeitspausen gehen nun die Mütter zu ihren Kindern und nähren sie. Eine solche Stillkrippe, welche von dem Prager Professor MDr. Eppstein eingerichtet worden ist, befindet sich in Böhm.-Trübau, eine zweite in Holleschowitz.

Säuglingsheime sind Anstalten für kranke Säuglinge. Eine durchaus neue Institution. Sie sind eine Art von Sanatorien, die nach den neuesten hygienischen Erfahrungen erbaut und eingerichtet, von Fachärzten geleitet werden sollen. Ihrem Zwecke entsprechen sie nur dann, wenn zur Ernährung der Kinder die notwendige Anzahl gesunder Ammen zur Verfügung steht. Böhmen hat noch kein Säuglingsheim. Dagegen soll in nächster Zeit ein solches in Brünn errichtet werden.

An die Krippen schließen sich die Kleinkinderbewahranstalten. Hier werden die kleinen Kinder, die nicht mehr in die Krippe passen, bis in ihr schulpflichtiges Alter verpflegt und beaufsichtigt, auch ihrem Alter und ihren Fähigkeiten entsprechend beschäftigt, ohne daß ein besonderes System zu Grunde gelegt wird. Sehr viele dieser Kleinkinderbewahranstalten wurden von adeligen Gutsbesitzern und Großindustriellen ins Leben gerufen und werden von ihnen erhalten. Viele befinden sich unter der Verwaltung von Klosterfrauen. Die Institution der Kleinkinderbewahranstalten wurde einigermaßen durch den Kindergarten verdrängt, der für Kinder von drei bis sechs Jahren bestimmt ist und der Initiative Fröbels entsprungen ist. An den Kindergarten schließt sich die Volks- und Bürgerschule als Pflichtschule mit durchaus gleichem Lehrplane für beide Geschlechter an.

Name des Schulbezirkes	Deutsche Mädchen=		Name des Schulbezirkes	Deutsche Mädchen=	
	Bürger=	Volks=		Bürger=	Volks=
	schulen			schulen	
Asch	2	3	Lubitz	1	—
Auffig	4	11	Marientbad	1	1
Bischofsteinitz	1	1	Mies	3	3
Böhm.-Leipa	3	3	Moldauten	—	1
Braunau (deutsch)	1	1	Neuhaus (deutsch)	1	—
Brüx	2	4	Pilsen	1	?
Budweis (deutsch)	3	6	Plan	1	—
Dauba	1	—	Podersam	1	1
Deutsch-Gabel	2	2	Prachitz (deutsch)	2	3
Dux	2	5	Prag (deutsch)	2	4
Eger	2	4	Preßnitz	2	3
Falkenau	5	7	Reichenberg (Land)	4	5
Friebland	2	2	(Stadt)	1	5
Gablonz	5	3	Rumburg	4	2
Graslitz	2	6	Saaz	3	4
Hohenelbe	2	3	Schludenu	6	4
Kaaden	1	2	Schüttenhofen (deutsch)	1	1
Kaplitz	—	1	Senftenberg (deutsch)	1	—
Karlshad	4	6	St. Joachimstal	1	1
Klattau (deutsch)	—	1	Tachau	1	2
Komotau	2	3	Tepl	1	—
Krumau (deutsch)	1	1	Teplitz	2	10
Landstron (deutsch)	1	1	Tetschen	5	5
Leitmeritz	2	4	Trautenau (deutsch)	3	2

Deutsche Privat-Mädchenbürgerfschulen nach Schulbezirken:

Auffig 1 mit 3 Klassen,

Eger 1 mit 3 Klassen nebst einjähr. Kurse,

Hohenelbe 1 mit 3 Klassen,

Komotau 1 mit 3 Klassen,

Leitmeritz 2 mit 6 Klassen,

Prag 2 mit 6 Klassen,

Reichenberg (St.) 1 mit 3 Klassen,

Strakonitz 1 mit 3 Klassen,

Königl. Weinberge 1 mit 3 Klassen.

Fortbildungs- und Industrieschulen für Mädchen befinden sich in:

Reichenberg (Ursulinerinnen), Gablonz, Arnau (Ursulinerinnen), Eger (Klosterfrauen), Leipa, Schlackenwerth (Klosterfr.), zwei in Komotau, Rutttenberg (Klosterfr.), Georgental (Klosterfr.), Warnsdorf (Klosterfr.), Postelberg, Niklasdorf, Smichow, Weinberge, in Tetschen drei, in Prag gibt es einige deutsche Privatmädchenfortbildungsschulen, darunter eine von Frau Adele Schembor geleitete; ferner in Dux, Eger (Klosterfr.). Auch in Auffig befindet sich eine Frauenerwerbschule.

Höhere Mädchenschulen.

1. Öffentliches deutsches Mädchen-Lyzeum in Prag, Wladislawgasse 56a/21 n. (Vorbereitungsschule, fünfschl. Volkssch., 6 Kl. höhere Mädchensch. u. Gymnasialabtlg.).

2. Deutsches Mädchen-lyzeum in Budweis, Lobkowitzpl. Nr. 3.
3. Höhere Mädchenschule in Karlsbad.
4. " deutsche Mädchenschule in Pilsen.
5. " Mädchenschule in Reichenberg.
6. " Töchterischeule in Aussig.
7. " Mädchenschule in Eger.
8. Mädchen-Gymnasial-Lehranstalt in Teplitz-Schönau, Königstr. 2.

Mädchenpensionate (Erziehungsanstalten) befinden sich einige in Prag: die Pensionate der Ursulinerinnen, der englischen Fräulein, das Institut Böhler, das Institut Sin, das Pensionat Kellner in Prag; das Pensionat bei Sacré coeur in Smichow.

In Reichenberg befindet sich eine Lehr- und Erziehungsanstalt, welche von den Ursulinerinnen geleitet wird.

In Böhmen gibt es 6 deutsche Lehrerinnenbildungsanstalten, von denen die in Prag befindliche eine Staatsanstalt ist. Sie umfaßt 4 Jahrgänge, einen einjährigen Handarbeiterlehrerinnen- und einen einjährigen Kindergärtnerinnenkurs. An die Anstalt schließt sich als achtklassige Übungsschule eine Mädchen-Volks- und Bürgerschule und ein Kindergarten. Die Lehramtskandidatinnen zahlen kein Unterrichtsgeld. Die Anstalt hat den Rang einer Staatsmittelschule. Der Unterricht wird für die Lehramtszöglinge von akademisch gebildeten Hauptlehrern an der Übungsschule von Volks- und Bürgerschullehrerinnen erteilt. Die Lehrerinnen dürfen verheiratet sein. Gegründet wurde die Anstalt i. J. 1870.

Leitmeritz hat eine städtische Lehrerinnenbildungsanstalt mit Öffentlichkeitsrecht (gegründet 1902), dann einen Privat-Bildungskurs für Arbeitslehrerinnen und Kindergärtnerinnen.

Außerdem gibt es in Budweis, Eger, Aussig und Reichenberg Privatlehrerinnenbildungsanstalten, sämtliche mit Öffentlichkeitsrecht.

Fachschulen.

Handelschulen.

1. Klassige Handelschule des deutschen Frauen-Erwerb-Vereines in Prag, I., Bartholomäusg. 8.
2. Öffentliche Kommunal-Handelschule in Brün. — Zweiklassige Handelschule f. Mädchen; einjähriger Handelsfachkurs für Mädchen.
3. Städtische Handelsakademie in Gablonz a. N. — Einjähriger Handelsfachkurs f. Mädchen.
4. Teplitzer Kommunal-Handels-Lehranstalt.
5. Städtische Handelschule in Wernsdorf. Einjähr. Handelskurs f. Mädchen.
6. Kaufmännischer Fachkurs für Mädchen an der deutschen Privat-Mädchen-Fortbildungsschule in Budweis.
7. Handelskurs für Mädchen an der Handelsakademie in Aussig.
8. Handelskurs für Mädchen an der deutschen Handelsakademie in Pilsen.

9. Mädchen-Handelschule des Prof. Fritz Schiller, Reichenberg, Breitengasse 34.

Die Prager deutsche Kochschule, welche im J. 1885 eröffnet wurde, hat jetzt ein eigenes, zweckmäßig eingerichtetes Haus. Sie hat einen großen Zuspruch. Der Unterricht ist auf 3 Monate berechnet. In besonders berücksichtigungswerten Fällen findet eine Preisermäßigung statt. Im J. 1907 besuchten die Kochschule 258 Kursschülerinnen, d. h. solche, welche einen dreimonatlichen Lehrkurs durchmachen, daneben eine Anzahl solcher, die die Kochschule kürzere Zeit besuchen, ferner gab es 4 Preisschülerinnen, welche unentgeltlich unterrichtet wurden. Die Kochschule gründete auch einen Freitisch, welcher an einen mittellosen Studenten oder an eine arme Frau verliehen wird. Das von der deutschen Kochschule herausgegebene Kochbuch gehört zu den besten Kochbüchern.

In Eger wird im September des l. J. eine Koch- und Haushaltungsschule eröffnet werden.

In Budweis und Friedland befinden sich Haushaltungsschulen für Mädchen, die einen sehr ähnlichen Lehrplan aufweisen. Die Unterrichtszeit beträgt in beiden Anstalten 5 Monate. Der Unterricht zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Die Schülerinnen haben sich praktisch zu betätigen im Kochen und allen damit zusammenhängenden Arbeiten (in Friedland ist auch die Handhabung des Geflügelbrutapparates und die Pflege der kleinen Küken mit inbegriffen); im Waschen und Plätten der Wäsche, im Aufräumen und Ordnen der Zimmer, im Servieren. Die für den Haushalt nötigen Handarbeiten als Nähen und Stopfen werden auch unterrichtet. Der theoretische Unterricht bezieht sich auf Gesundheitslehre, Obst- und Gartenbau (theoretische und praktische Anweisung), Haushaltungskunde, Wohnung, Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Kleinviehzucht, hauswirtschaftsführung, Hauswirtschaftliche Buchführung, Milchwirtschaft. An die Schulen schließt sich ein Internat.

Auch an die landwirtschaftliche Winterschule in Reichenberg schließt sich eine Haushaltungsschule für Mädchen an, die eine Unterrichtszeit von 3 Monaten umfaßt. Auch bessere Dienstmädchen werden hier herangebildet. Auch bestehen an dieser Haushaltungsschule Spezialkurse für Landwirtstöchter und ein Obst- und Gemüseverwertungskurs.

Mit dem deutschen Mägdeheim ist eine Diensthottenschule, eine unentgeltliche Stellenvermittlung und eine Wasch- und Plättanstalt verbunden. Im Mägdeheim finden deutsche Dienstmädchen auf so lange Aufnahme, bis sie einen Dienst bekommen haben. Die Schülerinnen der Diensthottenschule sind teils interne, teils externe, d. h. solche, die nicht im Heim wohnen, sondern nur den Unterricht dort genießen. Als Freischülerinnen, die i. J. 1907 je 3 Monate volle Verpflegung und Unterricht erhielten, fanden 8 Mädchen aus verschiedenen Ortschaften Deutschböhmens Aufnahme und konnten sofort nach ihrer Ausbildung mit Dienstposten versorgt werden. Auch verfügt die Anstalt über einige Stiftungsplätze (Kronprinzessin Stephanie-Stiftung), welche altersschwachen deutschen Dienstmädchen ein sicheres Asyl im Heim gewähren. Die Wasch- und Plättanstalt bietet den Schülerinnen der Diensthottenschule Gelegenheit, das Waschen und Plätten praktisch zu erlernen. In Auffig und Trautenau befinden sich ebenfalls Mägdeheime und in Reichenberg eine Diensthottenherberge.

Das Prager Konservatorium der Musik nimmt auch Zöglinge beiderlei Geschlechtes auf. Die meisten Schülerinnen wenden sich jedoch dem Klavierspiel

und Gesänge zu. Die Gesangschülerinnen bilden sich in ihrer größeren Mehrheit zu Opern- und Konzertsängerinnen heran. Die Anstalt genießt eines sehr guten Rufes. Sie ist utraquistisch. Außerdem gibt es in Prag viele Privatklavier- und Gesangsschulen für beide Geschlechter.

In die k. k. behördlich konz. Musikschule in Petschau werden männliche und weibliche Zöglinge aufgenommen. Die Anstalt hat ihre Unterrichtsstunden so eingeteilt, daß Volks- und Bürgerschüler die Schule besuchen können, ohne in ihren Schulstudien behindert zu werden. Die Mädchen werden zu tüchtigen Musiklehrerinnen (Klavier und Gesang) herangebildet. Sie erhalten, wenn sie absolviert haben, in der Regel gute Stellen. Die Anstalt wird vom Staate und vom Lande subventioniert und wird von der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur, von dem Zentralkomitee zur Förderung der Erwerbstätigkeit der böhmischen Erzgebirgsbewohner, von der Handelskammer in Eger, von der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen, von dem Universitätsprofessor Dr. J. Kieber u. a. unterstützt. Die Anstalt zerfällt in eine Vorbereitungs-klasse und 6 Jahrgänge. Das jährliche Unterrichtsgeld beträgt 10 Kronen. Die Anstalt verfügt über 5 Staatsstipendien à 200 Kronen. Überdies erhalten viele arme Schüler von der der Anstalt wohlgefinnten Bewohnerschaft Petschaus Kosttage. Öffentliche Prüfungen und Konzerte geben Zeugnis von den Leistungen der Schüler, die ausnahmslos deutscher Nationalität sind.

Eine ähnliche Musikschule befindet sich in Preßnitz. Die Erhaltung der Schule, die Schüler und Schülerinnen in allen Zweigen der Musik gleichweise ausbildet, wird aus einer Staatssubvention, einer Landessubvention, einer Bezirkssubvention und einem Beitrage der königlichen freien Bergstadt Preßnitz bestritten. Das Schulgeld beträgt 10 Kronen jährlich. Fleißige und bedürftige Schüler oder Schülerinnen können von der Zahlung des Unterrichtes befreit werden. Einschreibgebühr ist keine zu entrichten. Auch hier ist die Stundeneinteilung eine solche, daß Bürgerschüler und -Schülerinnen beide Anstalten ohne Störung besuchen können. Nach dem letzten Jahre (der Unterricht ist auf 6 Jahre berechnet) erhalten Schüler und Schülerinnen ein Absolventenzeugnis. Die Absolventen der Musikschule in Preßnitz können als Mitglieder in Orchestern (Kur-, Theater- und Konzertkapellen), so wie als Musiklehrer und -Lehrerinnen Anstellung erlangen. Außerdem stehen ihnen alle Stellen, die tüchtige Fachmusiker erlangen können, offen. Durch die von der Musikschule veranstalteten Symphoniekonzerte, Kammermusikaufführungen und Harmoniekonzerte wird den dabei beteiligten Schülern und Schülerinnen Gelegenheit geboten, sich mit den hervorragendsten Werken klassischer und moderner Meister der Tonkunst bekannt zu machen. Ferner haben Schüler und Schülerinnen Gelegenheit, sich an den Aufführungen der Orchester- und Vokal-messen in der Stadtkirche zu beteiligen. Bedürftige Schüler und Schülerinnen werden durch Stipendien unterstützt, die der Schule vom Staate, vom Lande, von der Stadt, von der Handels- und Gewerbekammer in Eger, vom Bunde der Deutschen in Böhmen und von Privatpersonen gewährt werden.

Die Schule genießt eines sehr guten Rufes. In der Regel sind es ausnahmslos Zöglinge deutscher Muttersprache und die meisten sind Preßnitzer, allein auch viele Reichsdeutsche sind darunter zu verzeichnen.

In Prag befindet sich eine k. k. Kunstgewerbeschule. Innerhalb derselben eine Damenschule für Zeichnen und Malen nebst einer Spezialschule für Kunststickerei. Außerdem die Kunstübungsstätte der Malerinnensektion des deutschen Vereines „Frauenfortschritt“; die Kunstschule der Herren Wilsert

und Teschner, sie umfaßt einen Zeichen-, einen Modellier- und einen Radierkurs; die Privatschule des Fräulein Brabek und der Frau Carola König für Malerei, Keramik und künstlerische Handarbeiten und noch mannigfache ähnliche Veranstaltungen. Ferner gibt es k. k. Fachschulen in Steinschönau für Glasindustrie mit einem Zeichenkurs für Mädchen — in Tepliz-Schönau für Keramik mit einem Zeichen- und Malkurs für Mädchen — für Spitzenindustrie in Gossengrün — in Graslitz für Hand- und Maschinenstickerei — (Tagesfachschule; Hospitantinnen; Abendkurs für Nachsticken, Kunststicken und Tambourieren; offener Zeichenjaal für Mädchen).

Eine äußerst umfangreiche und ersprießliche Tätigkeit zum besten deutscher Mädchenfürsorge entwickelt der deutsche Frauenerwerbsverein. Er erhält eine zwei Unterrichtsjahre umfassende Mädchenhandelschule, an der durchaus bewährte, ausgezeichnete Lehrkräfte wirken; einen Kindergärtnerinnenkurs mit Übungskindergarten; eine Reihe von Arbeitsschulen, u. zw. für Hand- und Maschinennäherei, für Stopfen und Flicker, für Weißstickerei und einen Zuschneidekurs. Auch ist der Verein erfolgreich bemüht seinen Schülerinnen gute Anstellungen und gut gezahlte Beschäftigung zu schaffen. Der Verein hat auch das deutsche Frauenheim ins Leben gerufen und erhält dasselbe. Der Frauenerwerbsverein, sowie das Frauenheim verfügen über eigene Häuser. Der Verein verfügt über große Mittel und wird vom Landesauschusse, dem k. k. Unterrichtsministerium, der Prager Handels- und Gewerbekammer und von der Böhm. Sparkassa mit großen Beträgen subventioniert.

Der erste Frauenindustrieverein hat es sich zur Aufgabe gestellt, der arbeitenden Frau zu helfen. Seine Zwecke zu erreichen, hat er einerseits Schulen errichtet, welche lohnende Erwerbstätigkeit lehren, andernteils will er es möglich machen, daß den Frauen der volle Arbeitsertrag zukomme, indem der Verein ein Geschäftslokale im Bazar unterhält, in welchem die Arbeiten der Frauen und Mädchen ohne Zwischenhandel verkauft werden, und die Verwertung der Arbeit eine günstigere ist. Überdies hat der Verein einen Fonds, welcher zum Ankauf von unverkäuflichen oder schwerverkäuflichen Handarbeiten bestimmt ist. An Schulen erhält der Verein: eine Kunststichschule, eine Weisnählschule, eine Maschinenstickereischule, eine Kleider Nählschule, eine Schule für Putzmacherei, eine Schule für Feinwäscherei, eine Schule für Kunstputzerei und einen Frisierkurs. Alljährlich wird eine Anzahl Mädchen unentgeltlich unterrichtet. Der Verein ist utraquistisch.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Das Prager Taubstummeninstitut (für beide Geschlechter) läßt sich Pflege, Fürsorge und Unterricht taubstummer Kinder angelegen sein. Die Zöglinge, bei deren Unterricht eine Verschmelzung der französischen und der deutschen Methode in Anwendung kommt, werden auch in gewissen Handfertigkeiten — unter anderem im Modellieren — unterwiesen. Neben der Prager Taubstummenanstalt befinden sich noch Taubstummenanstalten in Budweis und Leitmeritz.

Das Blindenerziehungsinstitut auf dem Grabschin hat es sich zur Aufgabe gestellt, blinde Kinder (Knaben und Mädchen) zu verpflegen und zu unterrichten. Die Anstalt steht unter der Verwaltung und Fürsorge der Borromäerinnen. Die Mittel der Anstalt reichen nicht für das Bedürfnis aus. Die

höchste Zahl der Pflöglinge war bis jetzt 83. Auf die Pflege der Musik wird viel Gewicht gelegt.

Die Klarsche Blindenbeschäftigungsanstalt erhält auch einen Kindergarten für blinde Kinder im vorerschulpflichtigen Alter. Die Erwachsenen beiderlei Geschlechtes werden in verschiedenen Handfertigkeiten unterrichtet. Korb- und Sessel-, Mattenflechtere, Bürstenbinderei, Strickerei mit Hand und Maschine etc. Die Direktion strebt die Errichtung von Volks- und Bürgerschulen für blinde Kinder an.

Das Ernestinum ist eine Anstalt zur Erziehung und Pflege von Schwachsinnigen, welche im Jahre 1871 von dem St. Anna-Frauenverein gegründet worden ist. Die Anstalt ist in dem ehemaligen Sternbergischen Palais auf dem Hradschin untergebracht, und verpflegt ständig über 100 schwachsinnige Zöglinge (männliche und weibliche), „welche nach den modernen Anforderungen der Psychiatrie und Pädagogik erzogen und so vor Elend, Mißhandlung, Verwahrlosung, Verbrechen und Prostitution geschützt werden“. Die Anstalt steht unter der Direktion des MDr. Karl Herfort und der Verwaltung der Lehrschwestern vom Heil. Kreuze, von denen fünfzehn in der Anstalt tätig sind und ihren ständigen Wohnsitz da haben. Ihre selbstlose Aufopferung, welche sie bei dem Unterricht und der körperlichen Pflege der Zöglinge, sowie in dem komplizierten Haushalte, welcher auch schwere Arbeiten erfordert, zu betätigen haben, wird sehr gerühmt. Neben den Lehrschwestern sind zwei tschechische Lehrerinnen in der Anstalt tätig. Die Anstalt ist doppelsprachig.

Der Verein zum Wohle epileptischer Kinder ist ein ganz junger Verein, der jedoch schon bedeutende Erfolge aufzuweisen hat. An seiner Spitze steht die Fürstin Marie Christine Schwarzenberg. Er wird vom Landesauschusse und der Prager Stadtgemeinde unterstützt und es wurden ihm von der k. k. Statthalterei die Zinsen der Joh. Scheererstiftung im Betrage jährlicher 4600 K auf 5 Jahre provisorisch zugewiesen. Der Verein war in der Lage die Realität „Malovaný lis“ in Lieben käuflich zu erwerben und auf eigenem Grund und Boden am 1. Juli 1907 das Epileptikerheim „Valentinum“, das erste seiner Art in ganz Österreich, zu eröffnen. 32 Kinder, Knaben und Mädchen, haben in diesem Heime Aufnahme gefunden. Sie werden im Heim ärztlich beobachtet und behandelt, erhalten dort, soweit es ihr Zustand und ihre Eigenart erlaubt, den nötigen Unterricht, die weiblichen Zöglinge werden zu Beschäftigungen im Haushalte herangezogen, die männlichen werden im Hof, Garten und Anstaltskanzlei beschäftigt. Die Verwaltung haben 4 graue Schwestern vom III. Orden des heil. Franz Seraph. übernommen. Der Verein verfügt über 16 Stiftungsplätze. 12 vom Landesauschusse aus dem Landeswaisenfond für verwaiste oder verwahrloste Epileptiker; 3 von der Prager Stadtgemeinde, 1 Stipendium von der Gemeinde Agl. Weinberge für einen Heimatsangehörigen. — Der Verein ist ein doppelsprachiger — i. e. in den Sitzungen (Protokoll, Eingaben etc.) ist die Zweisprachigkeit eingeführt. Die Umgangssprache im Heim ist tschechisch; den deutschen Pflöglingen ist der Gebrauch ihrer Muttersprache nicht verwehrt. Die verwaltenden Schwestern und der Seelsorger beherrschen beide Sprachen. Im Sommer 1909 gedenkt der Verein den ersten modernen Pavillon zu erbauen, der den Namen unseres Kaisers führen soll. Dieser Pavillon soll es ermöglichen, eine größere Anzahl von Zöglingen aufzunehmen.

Der Verein zum Wohle hilfsbedürftiger Kinder (gegründet im J. 1842) hat es sich zur Aufgabe gestellt, Kinder, die gänzlich verlassen und auf sich selbst angewiesen, dem physischen und sittlichen Verderben entgegenzueilen würden,

zu retten und sie zu brauchbaren Staatsbürgern zu erziehen. Im Laufe der 66 Jahre seines Bestandes hat der Verein Hunderte von Pfleglingen erzogen und versorgt und durch seine Wirksamkeit erfreuliche Resultate erzielt. Seiner Aufgabe sucht er dadurch gerecht zu werden, daß er seine Pfleglinge in Familien unterbringt und für sie ein entsprechendes Kostgeld zahlt. Jeder Pflegling steht unter der speziellen Aufsicht eines Vereinsmitgliedes, welches seine Erziehung, seine physische Entwicklung, seine Bedürfnisse etc. beaufsichtigt, sich mit der Schule ins Einvernehmen setzt etc. Auf diese Weise will der Verein seinen Pfleglingen ein Familienleben ermöglichen. Die Pfleglinge werden so lange in der Vereinsobhut belassen, bis sie ins praktische Leben entlassen werden können.

Im abgelaufenen Vereinsjahre hat der Verein 67 Knaben und 51 Mädchen in Obhut gehabt. Der Verein ist ein utraquistischer. Die Geschäftssprache ist deutsch und tschechisch.

Die Damensektion des deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten in Prag, die sich im Jahre 1893 konstituierte, hat sich die Ausspeisung der die deutschen Volksschulen Prags besuchenden armen Kinder zur Aufgabe gestellt. Seit der Zeit seines Bestandes hat er an 1662 Tagen 515 902 Mittagessen verabreicht. Die Durchschnittszahl der jährlich ausgespeisten Kinder (Knaben und Mädchen) beträgt 395. Die Auspeisung der Kinder wird teils in der Schule (Žižkow), teils in eigens dazu gemieteten Lokalitäten vorgenommen.

Der Verein zur Auspeisung armer israelitischer Mädchen reiht sich würdig den besten Wohlfahrtseinrichtungen an. Er versieht die Mädchen mit schmackhafter, gesunder Mittagskost. Im abgelaufenen Jahre hat er 85 Mädchen mit einer vortrefflichen Mittagskost ganz wöchentlich ausgespeist.

Ein Mädchenwaisenhaus wurde von dem reichsdeutschen Orden der armen Dienstmägde Jesu Christi ins Leben gerufen und wird von demselben erhalten. Es ist im eigenen Hause in der Grube untergebracht und hat gegenwärtig 76 Pfleglinge. Für die Pfleglinge wird eine geringe Summe monatlich gezahlt. Es werden auch ganz kleine Kinder aufgenommen und bis in das vollendete schulpflichtige Alter behalten. Auch noch länger in berücksichtigungswerten Fällen. Auch wird gegebenen Falles für eine berufliche Ausbildung gesorgt. Die meisten Kinder werden an tschechische Schulen abgegeben, weil auf die Verwaltung des Waisenhauses — wie behauptet wird — ein gewisser Druck ausgeübt wird. Die Umgangssprache im Hause ist die deutsche.

Ein zweites Mädchenwaisenhaus wird in Prag von den Borromäerinnen verwaltet, es befindet sich auf der Kleinseite. Es wurde vom Rothburga-Verein ins Leben gerufen und ist auch utraquistisch.

Der Privat-Frauen-Verein zur Erziehung armer israelitischer Waisenkinder in Prag erhält ein Waisenhaus für Mädchen. Er verfügt über ein eigenes Haus (Jerusalemstraße 5). Die Anstalt sieht ihre Aufgabe nicht allein darin, brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu erziehen, sondern sie will auch ihren Pfleglingen eine heitere und fröhliche Kindheit und Jugend verschaffen. Die Zöglinge werden so lange in der Obhut des Vereines belassen, bis sie in fixe Stellungen ins praktische Leben abgegeben werden können. Das Waisenhaus verfügt über große Mittel und genießt eines großen Ansehens unter der Prager Judenschaft. Infolgedessen demselben auch große Legate und Schenkungen zufallen. Eine sehr hübsche Einrichtung sind die

sogenannten Widmungen für die Zöglinge; Freunde der Waisen spenden kleine Kapitalien, deren Zinsen an bestimmten Tagen einzelne Zöglinge erhalten. Diese Zinsen werden für den betreffenden Zögling fruchtbringend angelegt, wenn der Geber ein solches bestimmt hat. Die Simonette Bondy-Widmung von 20.000 Kronen hat den Zweck, kranken Zöglingen einen Landaufenthalt zu ermöglichen und die Kosten von Ausflügen für die gesunden zu decken.

Ein zweites israelitisches Mädchenwaisenhaus befindet sich in der Stadt Rgl. Weinberge. Es ist für deutsche Mädchen Böhmens bestimmt, welche nicht nach Prag zuständig sind. Dieses Waisenhaus führt den Namen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Stiftung: „Waisenheim für Mädchen“; und wurde von dem Ehepaare Moritz und Ernestine Hahn zur Feier des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers durch Schenkung des Hauses Nr. 12 in der Buchmayergasse in den Rgl. Weinbergen gegründet. Es wird von dem Kreuzerverein zur Unterstützung israelitischer Waisenmädchen des Königreiches Böhmen verwaltet. Dieser Verein verleiht jedes Jahr eine ganze Reihe von Stiftungen an verwaiste Mädchen in Gelbbeträgen.

Bei der Führung des Waisenhauses wird an dem Grundsatz festgehalten, der Erziehung jedes einzelnen Pflégling's je nach seiner Individualität eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Durchschnittlich sind 30 Mädchen im Waisenheim untergebracht.

In Dauba befinden sich zwei Waisenhäuser, welche Knaben und Mädchen Unterkunft gewähren. Das eine dieser Waisenhäuser wurde am 2. Dezember 1908 eröffnet und wird von der Stadtgemeinde erhalten. Das zweite ist eine Schöpfung der evangelischen Brüdergemeinde.

Auch in Ausfig befindet sich ein Mädchenwaisenhaus, welches von den Kreuzschwestern erhalten und verwaltet wird.

Auch der utraquistische Ludmilla-Frauenverein dehnt seine Bestrebungen auf die Versorgung von armen, verlassenen Mädchen und Waisenkindern aus. Er ist bestrebt, den erwachsenen Mädchen gut bezahlte Arbeit oder gute Stellungen zu verschaffen. Da er nicht die Mittel hat ein Waisenhaus selbständig zu erhalten, hat er eine Anzahl von Waisenmädchen (im abgelaufenen Jahre 14) in dem Mädchenwaisenhaus der „armen Diebstmäge Jesu Christi“ in der Grube untergebracht und bezahlt den Pensionsbetrag für sie.

Der Verein für deutsche Ferienkolonien für arme und schwächliche Kinder der deutschen Schulen Prags und der Bororte hat seinen Ausgangspunkt aus dem deutschen Schulpfennigverein in Prag genommen. In den letzten siebenziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat der seither verstorbene deutsche Bürgerschullehrer Füßl in einer Generalversammlung des deutschen Schulpfennigvereines die Anregung gegeben, der deutsche Schulpfennigverein möchte, wie andere außerösterreichische Städte es tun, jährlich eine Anzahl deutscher Schulkinder auf einige Wochen aufs Land schicken. Auf diese Anregung hin setzte der deutsche Schulpfennigverein ein Komitee ein, welches die Institution der deutschen Ferienkolonien ins Leben rief. Später trennte sich dieses Komitee vom Schulpfennigverein ab und bildete einen eigenen — den Verein für deutsche Ferienkolonien, welcher alljährlich eine große Anzahl Kinder, Knaben und Mädchen (im Jahre 1907 waren es 380), im Sommer in gesunde Gegenden aufs Land schickt, wo sie gut genährt werden und unter pädagogischer Aufsicht Spaziergänge ins Freie unternehmen. Der Aufenthalt ist auf 4—8 Wochen berechnet. Im Jahre 1904 wurde die Kolonie in Drevitsch in eine

Kinderheilstätte verwandelt, deren Errichtung durch Unterstützung des Prager Zweigvereines des „Deutschen Landeshilfsverein für Lungenkranke in Böhmen“ ermöglicht worden ist. In dieser Kinderheilstätte werden die Kinder in den Sommerferien durch volle 10 Wochen belassen und ihrer Ernährung wird eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auch kann der Verein auf äußerst günstige Erfolge zurückblicken und viele Kinder, die unfehlbar der Tuberkulose zum Opfer gefallen wären, wurden der mörderischen Krankheit entriffen.

Der Zweigverein Prag des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen hat in Bran nächst Prag eine ländliche Kolonie gegründet, welche dazu bestimmt ist, Leichterkranken (Männern und Frauen) einen günstigen Aufenthalt im Sommer zu gewähren. Das Haus, welches allen Anforderungen der Hygiene entspricht, steht inmitten eines großen Gartens, in welchem auch für ein Sonnenbad gesorgt ist. Ein Brunnen versorgt die Kolonie mit der genügenden Menge einwandfreien Wassers. Die Kolonie kann wegen nicht genügender Geldmittel nur im Sommer offen gehalten werden, gleichwohl geht das Streben des Vereines dahin, sie auch im Winter offen zu halten. Um auch schwerer Erkrankten Hilfe zu bringen, hat der Verein eine Reihe von Fällen durch längere Zeit in der Lungenheilstätte des kaiserlichen Rates Dr. Horner in Zwettau untergebracht. — Daneben stehen noch eine ganze Reihe von Lungenkranken und deren Familien in Vereinspflege (im Jahre 1907 waren es 165).

Eine Reihe von Ärzten hat sich unentgeltlich in den Dienst dieser eminent humanen Sache gestellt. Die Wohnungen der Pfleglinge werden von den Vereinsärzten inspiziert. In einzelnen Fällen wird durch Zinsbeiträge die Miete besserer Wohnungen ermöglicht, in vielen Fällen, wenn die Frau krank ist, wird die Reinerhaltung der Wohnung auf Vereinskosten selbst übernommen. Die in Prag in Pflege des Vereines befindlichen Kranken erhalten behufs besserer Ernährung täglich eine bestimmte Menge Milch oder Kefyr, Butter oder Eier, auch Fleisch; ferner die notwendigen Medikamente, auch Kohle im Winter. Auch ermöglicht der Verein in besonderen Fällen einen Aufenthalt im Süden.

Im Jahre 1841 gründete M.Dr. Freiherr Josef von Löschner das Kaiser Franz Josefs-Kinderhospital auf dem Karlsplatze. Der Gründer widmete seiner Schöpfung 65.288 Kronen für Krankenbetten mit ganzjähriger Verpflegung.

Das Kaiser Franz Josefs-Kinderhospital gehört zu den bedeutendsten Wohlfahrtseinrichtungen Prags. Es verfügt über ein Vermögen von 886.714 K 50 h. Das Spital nimmt kranke Kinder beiderlei Geschlechtes auf, für die teilweise gezahlt wird oder die unentgeltlich behandelt werden. Im Jahre 1907 wurden im Spitale selbst 1011 Kinder verpflegt und behandelt, 10.116 Kinder ambulatorisch behandelt und 553 geimpft. Zum klinischen Unterrichte wurden die meisten im Spitale verpflegten Kinder verwendet und die nicht mit infektiösen Krankheiten behafteten fast sämtlich durch einige Zeit auf der Klinik verpflegt. Gegen Vergütung vom k. k. allgemeinen Krankenhause wurden 680 Kinder mit 12.979 Verpflegstagen und gegen Vergütung von Privaten 75 Kinder mit 1036 Verpflegstagen, ganz unentgeltlich 256 Kinder mit 6252 Verpflegstagen behandelt, wovon 26 aus den verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten Prags. Die Anzahl der im Laufe des Jahres 1907 im Spital ausgeführten chirurgischen Operationen betrug 1423, die Gesamtzahl der Verpflegstage 20.267. Das Spital nimmt kranke Kinder beider Nationalitäten auf. Sein Begründer war ein Deutscher.

Der Orden der Elisabethinerinnen erhält in Prag ein Spital, welches 68 Betten zählt. Das Spital wurde im Jahre 1720 gegründet und nimmt nur arme kranke Personen weiblichen Geschlechtes ohne Unterschied der Nationalität und Konfession und des Standes in Pflege und Behandlung. Vor allem Dienstmädchen. Nebst den im Hause versorgten Kranken werden auch viele Kranke ambulatorisch behandelt. Auch werden viele chirurgische und gynäkologische Operationen im Spital der Elisabethinerinnen vorgenommen. Die Behandlung und Pflege ist kostenfrei.

Gelegenheit sich zu Krankenpflegerinnen heranzubilden bietet der Verein der Krankenpflegerinnen vom roten Kreuze und die Sektion für Krankenpflege des Zentral-Vereines zur Pflege jüdischer Angelegenheiten. Die Ausbildung ist eine theoretische und eine praktische.

In Gablonz a. d. N. hat die Heilsarmee ein Haus gepachtet, in welchem unter andern auch verwahrloste Kinder aufgenommen werden.

Rettungshäuser und Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder beiderlei Geschlechtes befinden sich in folgenden deutschen Schulbezirken: Dux, Prag, Senftenberg.

Die deutsche Sektion des Vereines Mädchenchutz in Prag sucht ihrer Aufgabe, die in dem Namen des Vereines ihren Ausdruck findet, durch die sogenannte Bahnhofmission zu erfüllen und dadurch Stellen suchende Mädchen den mannigfachen Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, zu entziehen. Der Verein besoldet eine Anzahl Schutzfrauen genannte Personen, welche auf den einzelnen Bahnhofen die einzelnen Züge erwarten. Diese Schutzfrauen haben ein Abzeichen, welches sie kenntlich macht. Durch diese Schutzfrauen werden die Mädchen in die Marienanstalt in der Gerstengasse (eine unter Verwaltung von Klosterfrauen stehende Institution) gebracht, wo sie so lange unentgeltlich versorgt werden, bis sie einen Posten gefunden haben. — Die Bahnhofmissionen widmen auf den Bahnhofen ihre Fürsorge auch Kranken, Kindern und überhaupt allen ihre Hilfe in Anspruch nehmenden Personen. Die Präsidentin des Vereines ist die Gräfin Westphalen. Die Protektorin die Erzherzogin Maria Annunziata.

Eine weitere Sektion desselben Vereines: Fürsorge für gefährdete Mädchen errichtet eben jetzt eine Besserungsanstalt für Gefallene in der Thomasgasse. An der Spitze dieser Institution steht die Baronin Kopal.

Auf der Insel Campa besteht eine sogenannte Heimstätte, an deren Spitze die Fürstin Schwarzenberg steht. Diese Heimstätte will Lehramtskandidatinnen, angestellten Mädchen ein billiges und gutes Unterkommen bieten. Die Verwaltung haben Franziskanerinnen.

In Franzenstal bei Benfen befindet sich ein Mädchenheim für auswärtige ledige Fabrikarbeiterinnen (ungefähr 20 Plätze), das von der Firma Matausch erhalten wird.

Der deutsche Verein „Frauensfortschritt“ hat nebst anderen Institutionen auch das deutsche Lehrerinnenheim gegründet, welches in erster Linie als Wohltätigkeitsanstalt gedacht, alten, pensionsnichtberechtigten, erwerbsunfähig gewordenen, subsistenzlosen Lehrerinnen deutscher Nationalität einen heitern, sorgenlosen Lebensabend gewähren soll. Die materiellen Mittel des Vereines sind aber so beschränkt, daß dieser ideale Zweck bis jetzt nicht erreicht werden konnte. Indessen kommt das Lehrerinnenheim auch in seiner jetzigen Gestalt dem Bedürfnisse der weiblichen Lehrerschaft entgegen, weil es ständigen und zeitweiligen Aufenthalt und Verpflegung zu außerordentlich mäßigen Preisen gewährt. Die deutschböhmisches Lehrerinnen haben zur Feier

des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers den Franz Josefs-Jubiläums-Freiplatz im deutschen Lehrerinnenheim gegründet, der eine alte subsistenzlose Lehrerin bis an ihr Lebensende im Heim versorgt. Die Sektion zur Gründung und Erhaltung von Freiplätzen in dem Lehrerinnenheim zählt jährlich für einige arme Lehrerinnen den Pensionsbetrag im Heim; und voraussichtlich wird im Laufe des Jahres 1909 der Hermann Wiechowski-Freiplatz, der eine arme Lehrerin bis an ihr Lebensende zu versorgen bestimmt ist, aktiviert werden. Neben dem Lehrerinnenheim unterhält der Verein eine ganze Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen, welche der Frau den Kampf ums Dasein erleichtern sollen, ihnen aber auch Gelegenheit zu geistiger Erholung geben sollen. So eine unentgeltliche Rechtshilfe für Frauen und Mädchen. Sie ist mit österreichischen und reichsdeutschen Rechtsschutzstellen in steter Fühlung; eine Volksbibliothek, eine unentgeltliche Stellenvermittlung für Bonnen, Erzieherinnen und Privatlehrerinnen. Die Sektion für Erziehung und Unterricht tritt für die Rechte der Lehrerinnen ein, arrangiert Lehrkurse für moderne Sprachen, naturgeschichtlichen und kunstgeschichtlichen Unterricht. — Die Sektion für Stenographie läßt sich die Pflege der Stenographie angelegen sein. Die Sektion arbeitender Frauen verleiht Freiplätze in Handels- und Schreibmaschinenschulen. — Die Malerinnensektion läßt sich die Pflege der Kunst und das Wohl der Künstlerinnen angelegen sein.

Die Schwachsinningenfürsorge der österreichisch-ungarischen Monarchie

mit einem Spezialbericht über Böhmen dargestellt von MDr. Karl Herfort, Direktor der Pflege- und Erziehungsanstalt für schwachsinelige Kinder „Ernestinum“ in Prag.

Der schwere und rücksichtslose Existenzkampf stellt immer größere und größere Anforderungen an die Geistes- und Körperkraft des Menschen. Um so ärger ist daher das Los jener bedauernswerten schwachsinelligen Geschöpfe, denen die Natur stiefmütterlich ihre beste Mitgift für den Lebensweg versagt hat — einen gesunden Geist. Gleich von Geburt aus oder in den ersten Lebensjahren hat Krankheit oder Elend wie ein Frühlingfrost den jungen aufstrebenden Lebenskeim arg geschädigt, daß er niemals zur vollständigen Entwicklung gelangen kann. Die Erkrankung des Gehirnes noch zur Zeit seiner Entwicklung hat eine bleibende Schwäche der Intelligenz zur Folge, die bei den schwersten Formen der Idiotie bis zum völligen Mangel aller seelischen Fähigkeiten sich steigern kann, und auch der Körper bleibt vielfach in seiner Entwicklung zurück. Mehr als andere bedürfen diese armen Geschöpfe einer beständigen Überwachung und Fürsorge, die Leichterem, bildungsfähigen außerdem einer eigenen, zielbewussten Erziehung, um ihnen zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Die Pflege und Erziehung der Schwachsinelligen ist eine der schönsten und schwersten Betätigungen wahrer Nächstenliebe, da sie einerseits alle Widerwärtigkeiten und Unannehmlichkeiten eines schweren Krankendienstes bietet, andererseits für den Lehrer und Erzieher eine durch nichts zu hemmende Hingebung für den leidenden Mitmenschen, die größten Opfer an Geduld, Ausdauer und Selbstverleugnung fordert. Die Schwachsinningenfürsorge geht, wie bekannt, zwei Wege. Der ältere, kostspieligere und besonders in Anstalten unterbringt, der andere, daß man aus den gewöhnlichen Schulen die schwachsinelligen Elemente eliminiert und in eigenen Schulen, den Hilfsschulen unterbringt. Im letzteren Falle handelt es sich nur um einen beson-

deren Unterricht des schwachsinrigen, bildungsfähigen Kindes, während in den Anstalten die Schwachsinrigen die ganze Versorgung und Pflege erhalten. Gewöhnlich wird das Jahr 1828 als der Beginn der Schwachsinrigenfürsorge angesehen, in dem gleichzeitig der französische Arzt Ferrus im Bicêtre in Paris und der deutsche Lehrer Guggenmoos in Salzburg die ersten Anstalten für Schwachsinrige gründeten, von denen die erste noch heute besteht, die letztere mangels finanzieller Mittel bald einging. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts steht Frankreich, in der zweiten Hälfte und Gegenwart Deutschland und die Schweiz an der Spitze der Schwachsinrigenfürsorge. In Frankreich waren es Itard, Ferrus, Falret, Boissin, Séguin, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Grundlage zur wissenschaftlichen Erforschung des Schwachsinnes und einer ärztlichpädagogischen Erziehungsmethode der französischen Schule gaben, die heute durch den vieljährigen ärztlichen Leiter der Pariser Schwachsinrigenanstalt im Bicêtre, Bourneville und seine Schüler hauptsächlich vertreten wird. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Frankreich von Deutschland und der Schweiz überholt, in welchen zwei Staaten es zur Gründung zahlreicher Anstalten kam und seit den siebziger Jahren auch das Hilfsschulwesen immer stärker und stärker zur Entwicklung gelangte, so daß Deutschland und die Schweiz besonders im Hilfsschulwesen heute in der Schwachsinrigenfürsorge die erste Stelle einnehmen.

Nach dem Berichte über die XI. Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen in Stettin gab es im Jahre 1904 in Deutschland: an 97 Orten 112 Anstalten mit 22.949 Insassen, darunter 7354 Epileptiker, an 129 Orten 167 Hilfsschulen mit 492 Klassen mit 10.616 Kindern.

Nach dem Berichte über die XII. Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen in Chemnitz im Jahre 1907 wurden im Triennium 1904—1907 3 Anstalten aufgehoben und 12 Anstalten neugegründet, so daß im Jahre 1907 die Zahl der Anstalten in Deutschland sich auf 121 belief, welche Ziffer heute schon sicher wieder zu niedrig ist; überdies entstanden in diesen 3 Jahren in 46 Städten 47 neue Hilfsschulen mit 87 Klassen und 1902 Kindern. In vielen Orten wurden die Hilfsklassen vermehrt, in Berlin 29 neue „Nebenklassen“ errichtet.

Die Schweiz, die um 10.000 km² kleiner als Böhmen ist, hatte laut den Verhandlungen der VI. Schweiz. Konferenz für das Idiotenwesen in Solothurn im Jahre 1907 29 Anstalten mit 1172 Böglingen und an 29 Orten 67 „schweizerische Spezialklassen für schwachbefähigte Kinder“ mit 1415 Schülern.

Wie weit wir in der österreichisch-ungarischen Monarchie hinter den genannten Staaten zurückstehen, wie viel noch nachgeholt werden muß, ersehen wir am besten aus den beigegebenen 2 Übersichtstabellen der Anstalten und Hilfsschulen bzw. Hilfsklassen.¹⁾

In der österreichisch-ungarischen Monarchie gibt es 22 Anstalten für Schwachsinrige mit rund 1600 Böglingen, die in den Irrenanstalten und Siechenhäusern untergebrachten Idioten sind hier nicht eingerechnet. Von den genannten Anstalten ist in Eisleithanien nur die Idiotenanstalt in Gugging, ein Teil der Irrenanstalt daselbst, eine eigentliche Landesanstalt; Ungarn besitzt eine königliche ungarische Landeserziehungsanstalt in Budapest; alle übrigen Anstalten sind mehr weniger als Privatanstalten zu bezeichnen. Überdies sind in der österreichisch-ungarischen Monarchie 35 Hilfsschulen bzw. Hilfsklassen mit rund 1200 Böglingen.

¹⁾ Hierbei benützte ich die Zusammenstellung der österreichischen Hilfsschulen und Anstalten für Schwachsinrige (Stand vom 1. Jänner 1909) von Leopold Miklas. Die Angaben über die Anstalten und Hilfsschulen in Ungarn verdanke ich dem Direktor der staatlichen Hilfsschule in Budapest, Mathias Elitz.

Übersichtstabelle der Anstalten für Schwachsinnige in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Provinz	Kauf. Nr.	Ort und Name der Anstalt	Eröffnungsjahr	Besitzer	Zahl der Schöglinge	Unter-richts-sprache	Leitung	Anmerkung
Böhmen	1	Prag IV. 57. Ernestinum, Pflege- u. Erziehungs- anstalt für schwachsinnige Kinder	1871	St. Anna-Frauen- verein	120	deutsch und tschech.	ärztl.	30 Vereinsfreiplätze 50 böhmisches Landesplätze 2 mährische 1 schlesische Landesplätze Lehr- u. Pflegepersonale: Lehrschwwestern v. heil. Kreuz
	2	Lomnick Familienheim für in der körperlichen oder geistigen Entwicklung zurück- gebliebene Kinder	1903	Johanna Donnebaum	21	deutsch und tschech.	pädag.	15 mährische Landesöglinge
Mähren	3	Wiedermannsdorf. Wahl für Erziehung und Pflege schwach- sinniger Kinder	1883	Stephanie-Stiftung	119	deutsch	pädag.	13 Vereinsfreiplätze 55 niederöstr. Landesplätze 10 mährische 4 schlesische
	4	Gugging. Niederöst. Landes-Pflege- und Beschäfti- gungsanstalt für schwachsinnige Kinder	1896	Teil der Landes- irrenanstalt dafelbst	329	deutsch	ärztl.	Lehr- und Pflegepersonale: Klosterschwwestern, geprüfte Kinder- gärtnerinnen
Nieder- österreich	5	Wien XIII/8, Anhoßstr. 222. Privaterziehungsanstalt für schwach- befähigte Kinder	1890 in Zuln, seit 1896 Wien	Dr. Phil. S. Krenberger	10	deutsch	pädag.	—
	6	Wien XIX, Langgassengasse 12. Privaterziehungsanstalt für geistig ab- norme und nervöse Kinder	1897	Dr. Phil. Theodor Heller	33	deutsch	pädag.	—
	7	Wien VIII, Schulgasse 45. Spezialinstitut für schwachbegabte Kinder Perchtoldsdorf.	1907	Hilfschullehrer Ferdinand Gminger	12	deutsch	pädag.	auch Halbpensionäre, täglich von 1/9—6 Uhr
	8	Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt für schwachsinnige Kinder	1903	Franz Salachner	29	deutsch	pädag.	—
	9	Wödling, Weynrechtgasse 12. Stötenabt. des k. k. öffentl. Krankenh.	1898	Land Niederösterreich	80 nur Enaben	deutsch	ärztl.	80 niederöst. Landesplätze Pflegepersonale: Klosterschwwestern

Ober- österreich	10	Gallneukirchen bei Linz.	1877	Oberöftr. evangel. Berein	15	deutsch	geistl.	Pflegepersonal: Evangelische Diakonissen
	11	Evangel. Diakonissen- u. Krankenanstalt Schloß Barheim bei Alföben.	1898	Oberöftr. Landes- Wohltätigkeitsverein	70	deutsch	geistl.	Pflegeperl.: Barmherz. Schwestern v. heil. Vinken v. Paul.
Salzburg	12	Oberöftr. Idioten- u. Kretnenanstalt Eugendorf bei Salzburg.	1907	Landesauschuß R. Seyde-Stiftung	13	deutsch	geistl.	—
	13	Wils bei Halle St. Josefs-Institut	1898	Priv.-Berein	85	deutsch	geistl.	Barmherzige Schwestern
Vorarlberg	14	Walbuna bei Rankweil.	—	—	—	—	—	nur für erwachsene Schwachsinnige
	15	Wohltätigkeitsanstalt	1879	Kongregat. d. Schw. v. heil. Kreuz	212	deutsch	geistl.	140 Landeskügelinge hievon 110 niedersftr. Landespläge
Steiermark	16	St. Ruprecht bei Bruck a. M. Waisnstitut II. Abtheilung.	1881	Land	25	deutsch	geistl.	Barmherzige Schwestern
	17	Kittelselb Kinderichulabiet. am Landesfichenhaus	—	—	—	—	—	in einzelnen Fällen schwachsinnige Kinder auf Landeskosten
Prain	18	Laibach Sichenanstalt St. Josef	1900	Privatverein	60	deutsch	geistl.	Barmherzige Schwestern
	19	St. Martin bei Klagenfurt. Kärntn. Idiotenanst. „Maria Sosefinum“	1875	früher Privat, neu organ. als Staats- anstalt seit 1897, untersteht dem kön. ung. Ministerium f. Kultus u. öffentl. Unterr. in Budapest	80	ungar.	pädag.	Leiter gewesen. Taufsummenfchreiber
Ungarn	20	Budapest. Königl. ung. Landeserziehungsanstalt für schwachsinnige Kinder	1904	Kgl. ung. Minst. f. Kultus u. öffentl. Unterr. in Budapest	70	ungar.	pädag.	—
	21	Boroženö. Staatl. heilpädagogische Erziehungs- und Beschäftigungsanstalt.	1899	Landesverein „Szeretet“, Privat	120	ungar.	pädag.	—
	22	Nafoszentmihály. Anstalt des Landesvereines Szeretet	1901	Budolf. Blum, Privat	100	ungar.	pädag.	—
	23	Pestüc. Institut für Schwachsinn u. Epileptische	—	—	—	—	—	—

Übersichtstabelle der Hilfschulen in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Kronland	Kauf. Nr.	Ort	Gründungs- jahr	Zahl der Klassen	Zahl der Schüler	Zahl der Lehrkräfte	Muttersprache	Erhaltung	Anmerkung
Böhmen	1	Prag I.	1896	1	27	1	tschech.	Gemeinde Prag	in der Altstadt St. Jakob-Mädchenschule; selbständig, nur gemeinsame Direktion
	2	Prag VIII.	1903	1	25	1	tschech.	Gemeinde Prag	in der Gemeindeschule in Lieben; selbstständig, nur gemeinsame Direktion
	3	Prag VII.—878	1906	2	46	2	tschech.	Gemeinde Prag	in der Knabenschule in Bubna; selbstständig, nur gemeinsame Direktion
	4	Prag II.	1908	1	25	1	tschech.	Gemeinde Prag	in der Gemeindeschule bei St. Stephan; selbstständig, nur gemeinsame Direktion
	5	Kladno	1908	1	25	1	tschech.	Gemeinde Kladno	
Schlesien	6	Troppau	1903	2	20	4	deutsch	Gemeinde Troppau	in der Knaben- und Mädchenvollschule in der Kossygasse
	7	Wien XVIII. Anastasia-Grün- gasse 10. Städtische Unter- richtsabteilung für schwachsinnige schulpflichtige Kinder	1885	9	138	12	deutsch	Gemeinde Wien	selbständig; im gleichen Schulhaus ist auch eine Volksschule untergebracht
Nieder-Österreich	8	Perzogenburg	1873	1	12	1	deutsch	Ortsschulrat	Hilfsklassen unter der Bezeichnung „Kurs für Schwachsinnige und Schwachbesichtige in Verbindung mit der Volksschule“
	9	Wiener Neustadt	1877	1	10	1	deutsch	Landesauschuß	
	10	St. Pölten	1875	1	18	1	deutsch	Landesauschuß	
	11	Trasimauer	1875	1	—	—	deutsch	Landesauschuß	
	12	Böhmenkirchen	1896	1	—	—	deutsch	Landesauschuß	
	13	Singer Altstadt	1899	3	81	5	deutsch	Lehrkräfte zählt Land, Lehr- und Vermittel Gemeinde	
Oberösterreich	14	Hallstadt	1907	—	—	—	deutsch	Landesauschuß	nur von Fall zu Fall „Kurse für schwachbesichtige Kinder“ 1907
	15	Ottendorf	1907	—	—	—	deutsch		

Salzburg	16	Salzburg Franz Josefs-Quart I	1903	1	19	3	deutsch	Landesausschuß	die Hilfsklasse seit 1908, selbständige Schule
	17	Graz V. Schulgasse 1, „St. Andrä“	1901	5	105	9	deutsch	Landesfonde und Stadt- schulrat	Hilfsschulbücher
	18	Graz II. Mittelungengasse	1903	4	77	9	deutsch	Landesfonde und Stadt- schulrat	
	19	Tobusdorf	1908	1	26	1	deutsch	Land	
	20	Sudenburg	1908	1	—	—	deutsch		
Steiermark	21	Beltweg	1908	1	—	—	deutsch		
	22	Budapest 8. Bez. Mosonyi- Gasse Nr. 6. Staatl. Hilfsschule	1900	9	135	7	ungar.	Land	1 Nachrat 6 aufsteigende Klassen, 3 Fortbildungs- klassen
	23	Budapest 3. Bez., Miklóspatak. Kommunale Hilfschule	1907	6	120	6	ungar.	Kommune	
	24	Budapest	1902	8	150	—	ungar.	Kommune	bei den bevölkerteren Volksschulen 8 kommunale Hilfsklassen
	25								
	26								
	27								
	28								
Ungarn	29								
	30								
	31								
	32	Eggenmár	1907	1	20	—	ungar.		
	33	Eger	1907	2	40	—	ungar.		
	34	Gyöngyös	1907	2	40	—	ungar.		
	35	Debrecen	1908	1	20	—	ungar.		

Aus dem Gefagten ist ersichtlich, daß wir in Österreich in der Schwachsinnergürsorge aus den Kinderstufen noch nicht herausgekommen sind. Doch müssen wir mit Freude konstatieren, daß in den letzten Jahren in die ganze Sache Leben hineingekommen ist und daß die frühere Indolenz der Öffentlichkeit besonders der berufenen Kreise einem immer wachsenden Interesse um unsere Gürsorgebestrebungen Platz gemacht hat, das uns zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Ein besonderes Verdienst die Öffentlichkeit für die armen, schwachsinrigen Kinder in Österreich gewonnen zu haben, gebührt dem Wiener Vereine „Gürsorge für Schwachsinrige und Epileptische“, der im Jahre 1904 aus seinem lokalen Wirkungskreise heraustrat, indem er am 27. März 1904 in Wien die 1. österreichische Konferenz der Schwachsinnergürsorge veranstaltete, die sich eine intensive Propaganda der gesamten Gürsorgebestrebungen in allen Teilen Österreichs aufs Programm setzte. Ist diese Konferenz mehr als ein erster Versuch zu bezeichnen, gelang es genanntem Vereine im April des Jahres 1906 in der 2. österreichischen Konferenz der Schwachsinnergürsorge in Wien eine rege Beteiligung der maßgebenden Faktoren ohne Unterschied der Nationalität aus fast allen Kronländern Österreichs zu gewinnen; auch war die gleichzeitig arrangierte Spezialausstellung der Schwachsinnergürsorge und Hilfsschulen Österreichs besonders geeignet, den Besuchern die schönen Erfolge, die man an den scheinbar verlorenen schwachsinrigen Existenzen durch eine zielbewußte Erziehung erreicht, deutlich vor Augen zu führen. Diese 2. österreichische Konferenz ist als ein Wendepunkt in der Schwachsinnergürsorge Österreichs zu bezeichnen; denn seit dieser Zeit erwachte Österreich aus seinem Schlummer und beginnt in fast allen Teilen ein reges Interesse, dem sich auch das hohe Unterrichtsministerium angeschlossen hat. Die im Juni 1908 in Graz abgehaltene 3. österreichische Konferenz der Schwachsinnergürsorge zeigt uns mit ihrem stattlichen Berichte, besonders wenn wir diesen mit den früheren Konferenzberichten vergleichen, wie die Schwachsinnergürsorge in Österreich immer weitere Kreise um sich zieht.

Von großer Bedeutung für unsere Gürsorgebestrebungen ist ferner die Begründung der österreichischen Vierteljahrsschrift für die Erkenntnis und Behandlung jugendlicher Abnormer im Jahre 1905, die außer Blinden und Taubstummen auch die wissenschaftliche Erforschung und Erziehung der Schwachsinrigen unter der Redaktion des verdienten Heilpädagogen Dr. S. Krenberger auf ihr Programm gesetzt hat und sich auch im Auslande eines guten Rufes erfreut.

Das Interesse des k. k. Unterrichtsministeriums für die Schwachsinnergürsorge in den letzten Jahren zeigt sich in einigen Erlässen, die ich hier anführen will.¹⁾ Schon der Unterrichtsminister Ritter von Hartl hat in seinem Erlasse vom 18. Dezember 1905 die Landeseschulräte aufmerksam gemacht, daß bei der allgemeinen Entwicklung des österreichischen Volksschulwesens nun endlich auch die Zeit gekommen sein dürfte, um durch Schaffung besonderer Unterrichtsvorkehrungen der Erziehung bildungsfähiger schwachsinriger Kinder näher zu treten. Als einen Wendepunkt der österreichischen Schwachsinnergürsorge bezeichnet Schiner in seinem Berichte über den gegenwärtigen Stand der Schwachsinnergürsorge in Österreich den vom Unterrichtsminister Dr. Marchet am 7. Mai 1907 gegebenen Erlaß, den ich in folgendem wörtlich anführe: „Erwägungen allgemein pädagogischer Natur, sowie die diesfalls gemachten Erfahrungen leiten zur Forderung hin, daß für den Unterricht und die Er-

¹⁾ Entnommen dem Vortrage Schiners, Gegenwärtiger Stand der Schwachsinnergürsorge in Österreich. Bericht d. 3. österr. Konferenz d. Schwachsinnergürsorge in Graz 1908.

ziehung der bildungsfähigen schwach sinnigen Kinder besondere, nur für solche Kinder bestimmte Einrichtungen getroffen werden. Als vollkommenste derartige Einrichtung stellt sich die Erziehungsanstalt mit Internat dar, da in diesem Falle das Kind fortgesetzt unter fachverständiger Aufsicht steht und durch Isolierung des Kindes von vollsinnigen Kindern auch während der unterrichtsfreien Zeit jene Nachteile, die sich für die Entwicklung der geistig nicht normal veranlagten Kinder durch das Beisammensein mit geistig normalen Kindern und durch das hierdurch ihnen zum Bewußtsein gebrachte Gefühl der Inferiorität ergeben, vermieden werden. Mit Rücksicht auf die großen Kosten der Errichtung und Erhaltung solcher Erziehungsanstalten kommt als weitere sehr beachtenswerte, weit weniger kostspielige Einrichtung die Tagesheimstätte für Schwachsinnige und die Hilfsschule in Betracht. Gewährt die erstere dem ihr anvertrauten Kinde Erziehung und Unterricht sowie die Verköstigung für die Dauer des Tages so hat die Hilfsschule lediglich die Aufgabe, die ihr für die Dauer der Unterrichtszeit zugeführten Kinder während der festgesetzten Unterrichtsstunden getrennt von den vollsinnigen Kindern zu unterrichten und während dieser Zeit erzieherisch auf dieselben einzuwirken. Stellt sich hiernach die Tagesheimstätte nach dem oben Angedeuteten noch als vollkommener Form der Erziehung geistig nicht normal entwickelter Kinder dar, so hat andererseits die Hilfsschule den Vorteil, daß dieselbe wenige Kosten verursacht und bei Vorhandensein der Lokalitäten und entsprechend vorgebildeter Lehrkräfte sich unschwer einrichten läßt. Mit Rücksicht hierauf ist denn auch bereits im Erlasse vom 18. Dezember 1905 hervorgehoben worden, daß es sich bei der einzuleitenden Aktion in allererster Linie um die Schaffung von Hilfsklassen resp. Hilfsschulen handelt. Insbesondere würde, wenn das Vorhandensein eines bezüglichen Bedürfnisses dargetan erscheint, die Aktivierung von Hilfsklassen und Hilfsschulen in größeren Orten und dies um so mehr anzustreben sein, als damit die Möglichkeit geschaffen wird, auf diese Weise die geistig nicht normal veranlagten Kinder mehrerer Schulen einer Hilfsschule zuzuweisen, wodurch die Gewähr für eine hinlängliche Frequenz der letzteren und, da die Einrichtung einer Hilfsschule jener einzelnen Hilfsklassen vorzuziehen ist, durch Gelegenheit zu einer entsprechenden Ausgestaltung der Hilfsschulen gegeben ist. Auch würde, was speziell die eventuelle Aktivierung von Tagesheimstätten für schwach sinnige Kinder anbelangt, durch Fühlungnahme mit Wohltätigkeitsvereinen sich vielleicht in dem einen oder anderen Falle ein Erfolg erzielen lassen. In kleineren Orten, in welchen nicht einmal die Voraussetzungen zur Errichtung einer Hilfsklasse gegeben sind, könnte unter Umständen die Errichtung eines für schwach sinnige Kinder bestimmten mehrstündigen Unterrichtes in der Woche außerhalb der normalen Unterrichtszeit in Frage kommen. Die näheren Bestimmungen über die Aufnahme in die Hilfsschulen, beziehungsweise Hilfsklassen und die Errichtung derselben wird, insoweit hierfür nicht durch die Landesgesetzgebung vorgesorgt ist, interimistisch der Landes Schulrat zu erlassen haben.

Siebei wird nachstehendes zu beachten sein:

1. Die Hilfsschule (Hilfsklasse) ist nur für bildungsfähige Schwachsinnige bestimmt.

Hierunter sind solche Kinder zu verstehen, denen ein gewisser Mangel der geistigen Auffassungsgabe und der Urteilskraft anhaftet, so zwar, daß sie wohl unterrichtsfähig, aber zur erfolgreichen Mitarbeit mit normal veranlagten Kindern nicht geeignet sind.

Von der Aufnahme in die Hilfsschule (Hilfsklasse) sind ausgeschlossen:

- a) Kinder, die an Schwachsinn höheren Grades oder an Blödsinn leiden;
- b) blinde, taubstumme und epileptische Kinder;
- c) sittlich verkommene Kinder und
- d) geistig normale, aber durch ungünstige Schulverhältnisse, Krankheit oder dergleichen in der Ausbildung zurückgebliebene Kinder.

Die Hilfsschule (Hilfsklasse) untersteht der normalen Orts-, bzw. Bezirkschulaufsicht.

2. Die Aufnahme eines Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) kommt in der Regel erst dann in Betracht, wenn ein wenigstens einjähriger Besuch der allgemeinen Volksschule sich als erfolglos erwies.

3. Zur Stellung des Ansuchens um Aufnahme eines Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) sind in erster Linie die gesetzlichen Vertreter desselben berufen.

Ein bezüglichler Antrag kann jedoch über Vorschlag des Klassenlehrers der zuletzt besuchten Klasse auch vom Leiter jener allgemeinen Volksschule erhoben werden, welcher das Kind zuletzt angehörte.

4. Über die tatsächliche Aufnahme des Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) entscheidet auf Grund einer mit dem Kinde vorzunehmenden Prüfung — bei welcher in gleicher Weise das Augenmerk darauf zu richten ist, ob das Kind nicht zum Besuche der allgemeinen Volksschule geeignet und ob dasselbe andererseits genügend bildungsfähig ist, um durch den Besuch der Spezialschule gefördert werden zu können — eine Kommission, welcher der Leiter der Hilfsschule (Lehrer der Hilfsklasse), der Oberlehrer der zuletzt besuchten allgemeinen Volksschule oder der vom letzteren delegierte Klassenlehrer der zuletzt besuchten Klasse, dann ein Vertreter der Ortschulaufsicht und der mit der Wahrung der gesundheitlichen Interessen an der Schule betraute Arzt angehören.

Eine Prüfungsgaxe ist nicht zu entrichten.

Den Eltern bleibt das Recht des Rekurses an die Bezirksschulbehörde offen, welcher es zukommt, eventuell erforderliche weitere Erhebungen zu veranlassen.

5. Ergeben sich Zweifel darüber, ob das Kind im hinlänglichen Grade bildungsfähig sei, um die Hilfsschule (Hilfsklasse) mit Erfolg besuchen zu können, so ist dasselbe probeweise der Hilfsschule (Hilfsklasse) zuzuweisen.

6. Die Aufnahme erfolgt zu Beginn des Schuljahres. Die erfolgte Aufnahme erstreckt sich zunächst auf die Dauer eines Schuljahres, gilt aber, insofern sich das Kind nicht nachträglich etwa zu schwach befähigt erweist, oder wenn nicht die Entlassung desselben nach Erreichung des vorgeschriebenen Lehrzieles wegen der Vollendung der Schulpflicht erfolgt, stillschweigend auch für die folgenden Jahre.

7. Auf Wunsch der gesetzlichen Vertreter können jedoch bei Vorhandensein des Raumes die in die Hilfsschule (Hilfsklasse) aufgenommenen Kinder auch über die gesetzliche Schulpflicht hinaus in der Hilfsschule (Hilfsklasse) verbleiben.

8. Der Besuch der Hilfschule (Hilfsklasse) ist für die in dieselbe aufgenommenen Kinder obligat.

9. Die Hilfschulen werden in der Regel wenigstens drei und höchstens 5 Klassen zu umfassen haben. Einer Lehrkraft sind nicht mehr als 15 und nur in Ausnahmefällen höchstens bis 20 Kinder zuzuweisen.

10. Als Unterrichtsgegenstände haben die in § 3 des Reichsvolksschulgesetzes für die allgemeine Volksschule vorgeschriebenen Lehrgegenstände zu gelten.

Dem Turnen, das namentlich auch Bewegungen im Freien und Spiele zu umfassen hat, und dem Gesange ist eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch ist auf die Pflege der Handfertigkeiten sowohl bei Knaben als auch bei Mädchen in hervorragender Weise Bedacht zu nehmen.

11. Die Beschäftigung der Kinder mit einem und demselben Gegenstande darf, zumal auf den unteren Stufen, nicht länger als 25 Minuten dauern.

12. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden darf nicht weniger als 18 und nicht mehr als 25 per Woche betragen.

13. Das Lehrziel ist im wesentlichen das der allgemeinen Volksschule.

Unter Berücksichtigung der individuellen Befähigung ist den einzelnen Schülern und Schülerinnen insbesondere das für das praktische Leben nötige Wissen und Können beizubringen. Die bezüglichlichen Lehrpläne sind zunächst provisorisch vom k. k. Landeseschulrate vorzuschreiben.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird sodann in einem späteren Zeitpunkte die Erlassung Richtung gebender Normallehrpläne von hier aus erfolgen.

Betreffs der Heranbildung von Lehrkräften für Schulen und Erziehungsanstalten für geistig nicht normal veranlagte Kinder enthalten bereits die §§ 31 und 47 des Organisationsstatutes für Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten vom 31. Juli 1886 die Anordnung, daß die Lehramtszöglinge, wo diesfalls Gelegenheit gegeben ist, mit der Erziehung und dem Unterrichte schwachsinziger Kinder bekannt gemacht werden.

Ich erlaube wegen Durchführung dieser Anordnung, insoweit hierfür dermalen noch nicht ausreichend vorgesorgt sein sollte, das Erforderliche einzuleiten.

Es wird diesfalls zunächst auf die Einrichtung eines speziellen einschlägigen Unterrichtes im IV. Jahrgange, etwa nach Art des speziellen Unterrichtes zur Unterweisung der Lehramtszöglinge in der Methodik des Unterrichtes und der Erziehung taubstummer, beziehungsweise blinder Kinder, durch eine Anzahl von Lehrstunden und, falls Gelegenheit hierzu vorhanden ist, auch auf den Besuch von bestehenden Erziehungsanstalten für schwachsinzige Kinder, eventuell auf den Besuch bereits aktiver Hilfschulen (Hilfsklassen) zur Zeit des Unterrichtsbetriebes Bedacht zu nehmen sein.

Mit der besagten Unterrichtserteilung wären nach Tunlichkeit Lehrkräfte von Erziehungsanstalten für schwachsinzige Kinder, beziehungsweise solche

Lehrkräfte zu betrauen, welche sich mit dem Artikel V, Punkt 2, der Ministerialverordnung vom 31. Juli 1886. Z. 6033, MB. Nr. 52, vorgegebenen speziellen Befähigung zum Unterrichte schwachsinziger Kinder ausweisen.¹⁾

Ich beabsichtige ferner, um die Erwerbung der letztgedachten Befähigung zu erleichtern, für die Aktivierung besonderer Lehrkurse zur Unterweisung von dormalen bereits angestellten Volksschullehrkräften in der Methode der Erziehung und des Unterrichtes schwachsinziger Kinder auf Staatskosten Sorge zu tragen. Diese Kurse würden mehrere Wochen umfassen; an denselben hätten die hierzu seitens der Landes Schulbehörde bestimmten Volksschullehrkräfte teilzunehmen, und würde ich mir die Mitwirkung der schulerhaltenden Faktoren in der Richtung erbitten, daß den zur Teilnahme an den Kursen bestimmten Lehrpersonen mit Rücksicht auf die ihnen hierdurch erwachenden Kosten besondere Unterstützungsbeträge bewilligt werden.

E. werden ersucht, auch in dieser Beziehung des weiteren das Einvernehmen mit den schulerhaltenden Faktoren zu pflegen.

Über das Ergebnis der in dieser Richtung unternommenen Schritte sowie über die im Sinne der obigen Ausführungen getroffenen Maßnahmen ersuche ich, E. mir zu berichten.“

Am 5. Mai 1908 hat der Unterrichtsminister Dr. Marchet im Budgetausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses neuerlich eine Erklärung abgegeben, daß wir in Österreich in der Erziehung der schwachsinzigen Kinder anderen Ländern gegenüber in einem beklagenswerten Rückstande uns befinden, zu dessen Behebung bedeutendere Opfer als bisher gebracht werden müssen. Außerdem sei hier erwähnt, daß nach meinen Informationen das k. k. Unterrichtsministerium die Abhaltung von Kursen für bereits angestellte Lehrer in Erziehung und Unterricht schwachsinziger Kinder durch geeignete Fachmänner in den betreffenden Schwachsinzigenanstalten und Hilfsschulen in Wien und Prag in kürzester Zeit verwirklichen wird. Aus alledem ersehen wir, daß die Regierung sich der Wichtigkeit der Schwachsinzigenfürsorge wohl bewußt ist; mögen diese anerkennenswerten Bestrebungen in einer baldigen gezielten Regelung der Schwachsinzigenfürsorge in Österreich ihre eigentliche Verwirklichung erfahren! Durch die im Jahre 1907 in der Wiener Rotunde abgehaltene Ausstellung „Das Kind“ wurde auch das Interesse der Öffentlichkeit auf die schwachsinzigen Kinder durch die Spezialausstellungen einiger Schwachsinzigenanstalten (Ernestinum, Stephanie Stiftung (Dr. Heller) hingelenkt. Auch die Tätigkeit der österreichischen Gesellschaft für Kinderforschung und der österreichische Kinderkongreß in Wien im Jahre 1907 sowie die Organisationen der Jugendfürsorge in den einzelnen Kronländern sind für uns von großer Wichtigkeit; denn der Kinderschutz hat nicht nur das körperlich und geistig normale Kind, den eigentlichen Nachwuchs, die Zukunft und Hoffnung eines Volksstammes, zum Gegenstand seines Programmes, einer seiner wichtigsten Zwecke ist der Schutz des abnormalen Kindes, des geistigen und körperlichen Krüppels: besonders das Gebiet der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen in Österreich fällt vielfach mit der Schwachsinzigenfürsorge zusammen und ergänzt dieselbe harmonisch. Auch auf dem 3. inter-

¹⁾ Böhmen: Erlaß des k. k. Landes Schulrates vom 27. April 1908, Nr. 25.848 ai 1907, an die Direktoren der k. k. Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten.

nationalen Kongreß für Irrenpflege in Wien 1908 bildete die Fürsorge, Pflege und Unterbringung Schwachsinziger Gegenstand der Beratungen.

Nach diesem allgemeinen Überblick, den ich zur Orientierung vorausgeschickt habe, wenden wir uns nun zur Darstellung der Schwachsinzigenfürsorge im Königreiche Böhmen. Dieselbe ist, wie wir schon aus den Übersichtstabellen ersehen haben, als eine geradezu erbärmliche zu bezeichnen. Nach dem Berichte des k. k. Landesschulrates „über den Zustand des Volksschulwesens für das Königreich Böhmen“ für das Jahr 1907 waren im schulpflichtigen Alter in den deutschen Schulbezirken 275 schwachsinzige Knaben und 286 schwachsinzige Mädchen, zusammen 561 schwachsinzige Kinder, in den tschechischen Schulbezirken 465 schwachsinzige Knaben, 446 schwachsinzige Mädchen, zusammen 911 schwachsinzige Kinder, im ganzen 740 schwachsinzige Knaben, 732 schwachsinzige Mädchen, zusammen 1472 schwachsinzige Kinder.

Von diesen sind zirka 120 im Prager Ernestinum, zirka 150 tschechische Kinder in den 5 Hilfschulen in Prag und Mladno untergebracht.

1200 schwachsinzige Kinder im Königreiche Böhmen sind ohne Erziehung Elend und Verderben preisgegeben!

Besonders traurig sind die Verhältnisse im deutschen Sprachgebiete, das weder eine Anstalt noch eine Hilfschule besitzt. Bis auf 43 Zöglinge im Prager Ernestinum ist für die deutschen schwachsinzigen Kinder in Böhmen überhaupt nicht gesorgt. Daraus ersehen wir die Wichtigkeit des St. Anna-Frauen-Vereines, der schon im Jahre 1871 durch Gründung einer Idiotenanstalt in Prag die Grundlage zur Idiotenpflege Böhmens gelegt hat und mit Hilfe seiner Gönner und Wohltäter über 100 schwachsinzige Zöglinge ständig verpflegt, sie durch eine der modernen Psychiatrie und Pädagogik entsprechenden Erziehung zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen bestrebt ist und so vor Elend, Mißhandlung, Verwahrlosung, Verbrechen und Prostitution schützt. Die Geschichte des Prager „Ernestinum“, benannt nach der im Vorjahre verstorbenen langjährigen Präsidentin des St. Anna-Frauen-Vereines, Dechantin des k. k. adeligen Damenstiftes, Prinzessin Ernestine Auersperg, ist von mir schon im 1. Jahrgang dieses Jahrbuches im Artikel „Dr. Karl Amerling“ dargestellt worden und verweise ich auf diese Abhandlung sowie auf den in demselben Jahrbuche abgedruckten Jahresbericht des St. Anna-Frauen-Vereines für das Jahr 1906, um mich nicht zu wiederholen. Als Ergänzung zu diesem Berichte veröffentliche ich hier eine Übersichtstabelle über die Bewegung der Zöglinge seit Gründung der Anstalt bis zum Jahre 1908.

**Tabelle über die Bewegung der Böglinge des Prager Ernestinum
vom Jahre 1871—1908.**

Jahr	Anzahl der Böglinge			Stand mit Ende des Jahres		
	auf= genommen	entlassen	gestorben	Knaben	Mädchen	zusammen
1871—1474	70	12	10	35	13	48
1875	12	3	3	38	16	54
1876	2	4	2	35	15	50
1877	9	5	4	35	15	50
1878	13	7	6	33	17	50
1879	9	4	7	34	14	48
1880	18	4	4	41	17	58
1881	10	3	4	39	22	61
1882	17	10	10	37	21	58
1883	24	5	7	44	26	70
1884	14	5	9	46	24	70
1885	8	7	7	40	24	64
1886	17	4	13	42	22	64
1887	18	8	12	41	21	62
1888	12	10	7	39	18	57
1889—1893*	35	32	7	—	—	53
1894	12	8	3	36	18	54
1895	10	7	1	35	21	56
1896	14	4	5	33	28	61
1897*	27	12	4	48	24	72
1898	22	14	6	51	23	74
1899	7	12	4	43	22	65
1900	36	21	—	57	23	80
1901	22	26	—	57	20	77
1902	25	24	6	48	22	70
1903	21	14	1	55	21	76
1904	34	21	2	56	31	87
1905	31	22	2	66	28	94
1906	31	29	5	59	32	91
1907	40	21	4	68	38	106
1908	26	22	5	65	40	105
Summe .	646	380	160	—	—	—

*) Fehlen die Jahresberichte

Am 2. Feber 1908 traf ein schwerer Schicksalschlag den St. Anna-Frauen-Verein durch den Tod eines Mannes, der seit 1899 im Ausschusse unermüdlich tätig, dem Anstaltsdirektor als väterlicher Ratgeber zur Seite stand und gemeinsam mit dem verdienstvollen psychiatrischen Beiräte des Vereines, Herrn Hofrat Dr. Arnold Bick, sowie dem Verfasser dieses Berichtes und den unermüdlich wirkenden Kreuzschwestern die Anstalt auf eine Höhe brachte, daß sie auch im Auslande des besten Rufes sich erfreut: des Herrn k. k. Regierungsrates

Josef Alöckner,

Ritter des Franz Josefs-Ordens, Inspektor des k. k. Theresianischen Damenstiftes am Prager Schlosse, Reditor des St.-Anna-Frauen-Vereines.

Die Lücke, die sein Tod in den Verein gerissen hat, wird sich lange nicht schließen. Durch seine großen Verdienste ums Prager Ernestinum ist Josef Alöckner in der Schwachsinnsfürsorge Böhmens ein dauerndes Andenken gesichert; in unseren Herzen wird er als ein edler Mensch, ein aufrichtiger Freund und Beschützer des menschlichen Elendes in unvergänglicher Dankbarkeit und Verehrung weiterleben.

Am 8. August 1908 starb eine große Wohltäterin des Vereines Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin

Ernestine Auersperg,

Dechantin des k. k. Theresianischen Damenstiftes am Prager Schloß.

Vom Jahre 1879 bis 1901 wirkte sie als Präsidentin des St.-Anna-Frauen-Vereines, den sie durch große Geldspenden materiell hob. Sie ist die ungenannt sein und bleiben wollende hochherzige Wohltäterin, die durch die namhafte Spende von 40.000 Kronen im Jahre 1896 die am Ernestinum auszahafende bedeutende Hypothekarschuld zum größten Teile tilgte, wodurch dieser hohen Frau ebenfalls ein dauerndes Andenken in der Schwachsinnsfürsorge Böhmens gesichert ist.

Zum Glücke fand der St. Anna-Frauen-Verein in der gegenwärtigen Präsidentin, Ihrer Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg eine würdige Nachfolgerin, die ihr ganzes Tun und Streben der Schwachsinnsfürsorge Böhmens gewidmet hat, und deren große Munifizenz besonders durch Erbauung eines modernen Spitäles im Ernestinum auf ihre Kosten schon im 1. Jahrgange dieses Jahrbuches gewürdigt wurde.

Im April 1907 beteiligte sich das Ernestinum mit einer Exposition an der Wiener Ausstellung „Das Kind“ in der Rotunde, wofür es mit der silbernen Medaille und einem Anerkennungsdiplom ausgezeichnet wurde.

Der Ausschuß des St. Anna-Frauen-Vereines entsandte den Anstaltsdirektor und 2 Lehrerinnen in die XII. Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen in Chemnitz; bei dieser Konferenz hielt Dr. Herfort einen Vortrag „Über das Gebiß der Schwachsinnsigen“ und gedachte in einem Nachrufe des Gründers des Ernestinum, Dr. Karl Amerling, für die Schwachsinnsfürsorge Böhmens und Österreichs überhaupt, da der 100 jährige Geburtstag dieses hochverdienten Mannes in die Konferenztage fiel. Überdies erschienen aus dem Ernestinum folgende wissenschaftliche Arbeiten:

M u Dr. R. Imhofer, Über musikalisches Gehör bei Schwachsinnsigen. Vortrag gehalten auf der 79. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte zu Dresden. Sonderabdruck aus: Die Stimme, Zentralblatt für Stimm- und Tonbildung, Gesangsunterricht und Stimmhygiene.

Dozent Dr. Hermann Ulbrich, Augenärztliche Untersuchungen an Schwachsinnigen. Zeitschrift für die Erforschung und Behandlung des jugendlichen Schwachsinns. 2. Bd. 1908.

Dr. Herfort, Die pathologische Anatomie der Idioten. Vortrag gehalten bei dem IV. Kongreß tschechischer Naturforscher und Ärzte in Prag 1908; deutsch erschienen in „Eos“, Vierteljahrsschrift für die Erkenntnis und Behandlung jugendlicher Abnormer. Heft 4, 1908.

Das 60jährige Regierungsjubiläum unseres erhabenen greisen Monarchen wurde auch im Prager Ernestinum auf eine würdige Weise gefeiert. Die Festszung eröffnete die Präsidentin des Vereines, Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg mit einer Huldigungsrede. Die schwungvolle Ansprache wurde mit einem dreifachen Hoch von den begeisterten Anwesenden akklamiert. Aus Anlaß der seltenen Jubelfeier wurde eine heilige Messe in der Anstaltskapelle durch Herrn Kanonikus Glosauer zelebriert, an der die Ausschußdamen, das Personale und die Zöglinge teilnahmen; am 2. Dezbr. wurde überdies in der Anstalt eine Jubiläumsfeier veranstaltet. Der Verein stiftete auch einen Jubiläumsfreiplatz, wodurch die Zahl der Vereinsfreiplätze von 29 auf 30 erhöht wurde; desgleichen wurde die Zahl der Halbfreiplätze um 3 vermehrt. Aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums erhielt das weltliche Anstaltspersonale eine Jubiläumsremuneration und spendete Ihre Durchlaucht Frau Prinzessin Ernestine Auersperg und Seine Durchlaucht der regierende Fürst Johann zu Liechtenstein ein kostbares Orgelharmonium für die Anstaltskapelle.

Der hehre Wunsch unseres gütigen Monarchen, sein sechzigjähriges Regierungsjubiläum durch Werke der Liebe und Barmherzigkeit gefeiert zu sehen, die vor allem die ärmsten Kinder in seinem Reiche berücksichtigen sollen, wirkte erquickend und belebend auf die dürren Gefilde des Kinderreiches in Österreich wie ein milder Frühlingsregen und überall sehen wir aus dem früher brachen Boden frische Keime emporspießen. Das Land beschloß aus Anlaß des Kaiserjubiläums die Errichtung von zwei Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geisteskranke Kinder, von denen die eine bei der neuen Landesirrenanstalt in Bohnitz, die zweite bei der projektierten Landesirrenanstalt im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen erbaut werden soll.

Der diesbezügliche Bericht des Landesausschusses¹⁾, insoweit er sich auf die Schwachsinnigenfürsorge bezieht, lautet:

„Dem hochherzigen Wunsche Sr. kaiserl. und königl. Majestät zufolge sollen alle Widmungen zur Feier des heurigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät wohlthätigen Zwecken und in erster Linie der Fürsorge für das Kind, diesem äußerst wichtigen Gebiete des humanitären Wirkens, zugeführt werden. Bei Erwägung über die Art und Weise der Feier des Regierungsjubiläums Seiner kaiserl. u. königl. Majestät glaubte somit der Landesausschuß selbstredend dieses bezeichnete, weite und bei uns verhältnismäßig noch wenig berührte Gebiet sozialer Tätigkeit berücksichtigen zu sollen. Indem vorläufig die Fürsorge um die Ernährung und Erziehung gesunder Kinder beiseite gelassen wurde, richtete der Landesausschuß sein Augenmerk auf die arme und verlassene kranke Jugend. Mit der Fürsorge um kranke Kinder sind zu unterscheiden:

¹⁾ Jahressession des Landtages des Königreichs Böhmen v. J. 1908. Bericht des Landesausschusses, betreffend die Feier des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner kaiserl. u. königl. apost. Majestät. Nr. 107.809, Prag, am 11. September 1908.

1. Körperlich kranke Kinder.
2. Kinder mit unheilbaren Krankheiten oder mit dauernden körperlichen Gebrechen¹⁾.
3. Geistesranke Kinder werden, sofern sie in gewissem Grade überhaupt bildungsfähig sind, in der Anstalt des St. Anna-Frauen-Vereins „Ernestinum“ auf dem Gradschin und sofern es sich um bildungsfähige epileptische Kinder handelt, in der Anstalt des Vereins zum Wohle von Epileptikern „Valentinum“ in Prag aufgenommen.

Eine kleine Anzahl schwachsinziger Kinder findet im Hause der Barmherzigkeit „Vincentinum“ Aufnahme und Pflege.

Die oben genannten Privatanstalten und die angeedeuteten Vorkehrungen genügen auch nicht bei weitem, um den zahlreichen armen, verwaisten oder verlassenen kranken Kindern der oben erwähnten drei Kategorien eine entsprechende Pflege angeeiden zu lassen.

Der Landesauschuß gelangte auch zu der Überzeugung, daß die großen Lücken in der Fürsorge für arme kranke Kinder kaum anders ausgefüllt werden können, als durch die Errichtung von Landesanstalten für die verschiedenen hier aufgezählten Kategorien.

Es ist allerdings auf den ersten Blick klar, daß die Durchführung eines solchen umfassenden, systematisch angelegten Planes einen ungeheuren Aufwand erfordern würde, nicht nur was die Errichtung, sondern insbesondere auch was die Erhaltung betrifft, und daß daher nicht daran gedacht werden kann, alle in dieser Beziehung fühlbaren Bedürfnisse auf einmal, durch Errichtung einer ganzen Reihe von Landesheilanstalten zu befriedigen.

Der Landesauschuß hat daher erwogen, wie und auf welche Weise im gegenwärtigen Zeitpunkte unter Berücksichtigung des ungünstigen Standes der Landesfinanzen zur Feier des Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät eine Aktion unternommen werden könnte, durch die wenigstens die allerdringendsten diesbezüglichen Forderungen befriedigt werden würden.

In dieser Beziehung hält es der Landesauschuß gegenwärtig für notwendig, daß einerseits Landesheilanstalten für mit Tuberkulose der Drüsen, Knochen und Gelenken (Strophulose) behaftete Kinder und andererseits Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geistesranke Kinder errichtet werden.

Was die Pflege geistesranker Kinder betrifft, so geht bereits aus dem oben angeführten klar hervor, daß durch die private Wohltätigkeit nur für bildungsfähige Kinder, und dies nur teilweise, in einer, bezüglich der Anzahl sehr ungenügenden Weise vorgesorgt erscheint. Für Geistesranke und nicht bildungsfähige Kinder, und solche gibt es eine große Menge, ist fast überhaupt nicht gesorgt. Namentlich finden solche Kinder nur selten Aufnahme in den Landesirrenanstalten, weil das Anstaltsstatut die Aufnahme nur von heilbaren oder gemeingefährlichen Personen zuläßt. Kinder pflegen nun in der Regel mit angeborenen unheilbaren Geisteskrankheiten behaftet zu sein, auch kann bei ihnen nicht leicht von einer Gefahr für die Öffentlichkeit gesprochen werden. Außerdem stößt die Pflege von Kindern zugleich mit Erwachsenen auf bedeutende Schwierigkeiten, weshalb geistesranke Kinder auch nicht in städtische und Bezirkskranken Häuser aufgenommen werden.

Die Notwendigkeit der Beschaffung besonderer öffentlicher Anstalten für geistesranke Kinder in Böhmen ist bereits lange fühlbar; deshalb wurde auch bei der Gründung der Landesirrenanstalt in Bohnitz an die Errichtung einer besonderen Abteilung für Kinder gedacht und in das Bauprogramm und

¹⁾ Den diesbezüglichen Bericht habe ich hier ausgelassen.

Projekt dieser Anstalt der Bau eines Pavillons für 40 Kinder aufgenommen, zu dessen Errichtung es etwa im Jahre 1909 kommen würde.

Nach den bei der Armenagenda, bei der Vergebung der Stiftungsplätze im Ernestinum und im Valentinum, bei der Leitung der Irrenanstalten und Landesbesserungsanstalten gemachten Erfahrungen, sowie auch nach den einlangenden Gesuchen um Unterbringung geisteskranker Kinder zeigt sich die Notwendigkeit von wenigstens zwei Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geisteskranke Kinder und zwar einer Anstalt mit böhmischer Unterrichtssprache für 400 Kinder und einer zweiten Anstalt mit deutscher Unterrichtssprache für 200 Kinder. Diese Anstalten könnten in administrativer Hinsicht an Landesirrenanstalten angegliedert werden; allerdings müßten sie ein eigenes Statut erhalten und sollte auch die ärztliche Leitung selbständig sein.

Was den Ort der Errichtung betrifft, so würde es sich nach Ansicht des Landesausschusses empfehlen, die eine Anstalt ungefähr für 400 Kinder unmittelbar mit der neuen Landesirrenanstalt in Bohnitz zu verbinden; die zweite Anstalt ungefähr für 200 Kinder könnte an die Irrenanstalt, die im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen projektiert wird, angegliedert werden.

Belangend die finanzielle Seite der Frage, rechnet der Landesausschuß mit nachstehendem annäherndem Errichtungsaufwande:

1. Ankauf der Anstalt in Luze	K 360.000.—
2. Erweiterung dieser Anstalt	" 240.000.—
3. Errichtung der Anstalt in Zwettau	" 400.000.—
4. Errichtung der Landesirrenanstalt für geisteskranke Kinder bei der Landesirrenanstalt in Bohnitz	" 600.000.—
5. Errichtung der Landesanstalt für geisteskranke Kinder bei der projektierten Landesirrenanstalt im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen	" 400.000.—

Im ganzen K 2,000.000.—

Der Landesausschuß hat sich nur deshalb entschlossen, einen so bedeutenden Aufwand zu beantragen, weil es ihm gelungen ist, zur Bedeckung desselben neben dem Landesfond noch andere Quellen heranzuziehen, und zwar den Landeswaisenfond sowie den sogenannten Freiwilligen- und Invalidenfond.

Was den Beitrag des, nach dem Landesgesetze vom 29. Oktober 1902, LGBL. Nr. 78, aus einem Teile der dem Königreiche Böhmen überwiesenen Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkasernen gegründeten Landeswaisenfondes betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß in den projektierten Landesjubiläumsanstalten insbesondere verwaisete, verlassene und verwahrloste Kinder verpflegt werden sollen, für die der erwähnte Fond bestimmt ist. Nach der Bestimmung des § 10 des zitierten Gesetzes wird somit gegen die Bewilligung eines entsprechenden Beitrages aus dem Landeswaisenfond zur Errichtung der gedachten Anstalten kein Anstand obwalten. Nach Ansicht des Landesausschusses kann aus dem Aktivvermögen des Landeswaisenfondes, das nach dem Stande vom 1. Juli 1908 2,693.182 K beträgt, eine Summe von 500.000 K gewidmet werden, und zwar abgesehen von dem Beitrage per K 60.000, welcher der Anstalt des Dr. Samja in Luze aus dem Landeswaisenfond bereits bewilligt worden ist und der dieser Anstalt erhalten bleiben würde.

Der Freiwilligen- und Invalidenfond, der sich in der Verwaltung des Landesausschusses befindet und gegenwärtig ungefähr 1,850.000 K beträgt, wurde im Jahre 1866 aus dem Vermögen gegründet, das der Landesausschuß vom Komitee zur Ausrüstung eines Freiwilligen Schützenkorps im Jahre 1859 in der Höhe von 200.000 K in Verwaltung übernommen hat. Die Gründung

dieses Fonds, dessen Zweck die Unterstützung von Kriegern, die auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 10. Mai 1866 in das Heer freiwillig eingetreten waren und im Kriege jenes Jahres zu Invaliden wurden, sowie auch die Unterstützung von deren Witwen und Waisen sein sollte, erfolgte seitens des Landesauschusses unter Zuziehung der damals noch lebenden Mitglieder des ursprünglichen Komitees. Hierbei wurde ausdrücklich festgesetzt, daß die getroffenen Bestimmungen nur für den beginnenden Krieg im Jahre 1866 Gültigkeit haben sollen und daß in dem Falle, als es sich später zeigen würde, daß es an der Zeit wäre, den Fond zu einem anderen Zwecke zu verwenden, die Entscheidung hierüber dem Landesauschusse, der hiezu ein ähnliches Komitee zuziehen soll, vorbehalten sei.

Infolge des neuen Wehrsystems, insbesondere durch die Vorschriften über den Landsturm verlor der ursprüngliche Zweck des Fonds seine Bedeutung; es ist daher der Landesauschuß berechtigt, diesen Fond auch zu anderen wohlthätigen Zwecken zu verwenden. So hat der Landesauschuß bereits im Jahre 1886 dem patriotischen Landeshilfsverein für das Königreich Böhmen (einer Sektion des Vereins vom roten Kreuz) für den Kriegsfall aus dem Fondsvermögen einen Betrag von 400.000 K und der Frauensektion desselben Vereines einen Betrag von 200.000 K zur Errichtung von Krankenhäusern und zur Unterstützung von verwundeten Kriegern bewilligt; derselben Frauensektion wurde im Jahre 1903 zur Durchführung eines Zubaues zum Vereinshause eine Unterstützung von jährlich 1500 K auf 10 Jahre aus diesem Fonde gewährt. Die Jahresunterstützungen an Invaliden und deren Witwen, die gegenwärtig aus dem gedachten Fonde zur Auszahlung gelangen, erfordern eine verhältnismäßig unbedeutende jährliche Ausgabe von ungefähr 2000 K, die sich naturgemäß verringert.

Wenn die oben erwähnten bewilligten Beiträge im Gesamtbetrage von 600.000 K reserviert werden, so wäre es möglich, mit dem restlichen Betrage des Fonds von ungefähr K 1,250.000 zu disponieren; nach Ansicht des Landesauschusses könnte zur Feier des Regierungsjubiläums eine Summe von 800.000 K aus diesem Fonde gewidmet werden, wobei mit Rücksicht auf den ursprünglichen Zweck des Fonds die Bestimmung zu treffen wäre, daß in die projektierten Landesjubiläumsanstalten in erster Reihe Kinder von gefallenem Soldaten oder Militärinvaliden aufgenommen werden sollen.

Die Bewilligung der erwähnten Beträge aus dem Landeswaisenfonde und dem Freiwilligen- und Invalidenfonde kommt dem Landesauschuß zu, der allerdings in dieser Beziehung die Genehmigung seiner unten gestellten Anträge seitens des hohen Landtages abwarten wird.

Darnach könnte mit nachstehender Bedeckung zur Gründung der beantragten Landesjubiläumsanstalten gerechnet werden:

1. Landesbeitrag	K	640 000.—
2. Beitrag des Landeswaisenfondes	"	500.000.—
3. Bereits bewilligter Beitrag dieses Fonds für die Anstalt in Luze	"	60.000.—
4. Beitrag aus dem Freiwilligen- und Invalidenfonde	"	800.000.—
Im ganzen		K 2,000.000.—

Der Landesauschuß glaubt, daß auf die oben angeführte Art das denkwürdige Regierungsjubiläum Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät im Sinne der seitens Seiner Majestät geäußerten hochherzigen Intentionen in würdiger Weise gefeiert werden wird, und beehrt er sich somit nachstehende Anträge zu stellen:

1. Zur Feier des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät werden zwei Landesanstalten zur Pflege

von mit Tuberkulose der Drüsen, der Haut, der Knochen und Gelenke (Skrofulose) behafteten Kindern, wobei in erster Reihe darauf Bedacht zu nehmen ist, daß eine Anstalt durch Übernahme des Sanatoriums des Dr. Hamza in Luze und die andere auf den zu diesem Zwecke in Zwickau gewidmeten Grundstücken errichtet werde, ferner zwei Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geisteskranke Kinder, von denen die eine Anstalt bei der Landesirrenanstalt in Bohnitz und die zweite bei der projektierten Landesirrenanstalt im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen erbaut werden soll, gegründet.

2. Der Landesauschuß wird beauftragt, noch im Jubiläumsjahre die Grundsteine zu jenen Jubiläumsanstalten, für welche der Ort der Errichtung bereits in Aussicht genommen ist, zu legen, ein Organisations- und Bauprogramm für die projektierten Anstalten auszuarbeiten, die entsprechende Erfordernissumme zur Errichtung dieser Anstalten schätzungsweise in die nächsten Landesvoranschläge einzustellen und die ersten notwendigen Ausgaben zu diesem Zwecke aus den Geldmitteln, die bereits aus dem Landeswaisenfonde im Betrage von 500.000 K und aus dem Freiwilligen- und Invalidenfonde im Betrage von 800.000 K zur Verfügung stehen, zu decken.

In formaler Beziehung wird beantragt, diesen Bericht der Budgetkommission zuzuweisen.

Prag, am 11. September 1908.

Für den Oberstlandmarschall:

Schönborn m. p.

Graf Wallis m. p."

Auch die Landesjudenschaft des Königreiches Böhmen entschloß sich zur Feier des allerhöchsten Regierungsjubiläums eine Anstalt für arme Schwachsinrige jüdische Konfession in der unmittelbaren Umgebung Prags zu gründen und wird, soweit ich informiert bin, in kürzester Zeit zur Verwirklichung dieser edlen Absicht schreiten.

Ich kann diesen Bericht nicht schließen, ohne noch auf die rege Tätigkeit der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge hinzuweisen, über die zu berichten ich einem berufenen Referenten überlasse. Doch soviel muß ich der Vollständigkeit halber anführen, daß sich in beiden Sektionen dieser wichtigen Institution in Böhmen auch ein reges Interesse für die Schwachsinrigen geltend macht. Die deutsche Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge trägt sich mit dem Gedanken der Errichtung einer Idiotenanstalt im deutschen Sprachgebiete, vielleicht in der Umgebung von Hohenelbe; die tschechische Sektion arrangiert im Juni 1909 in Prag gemeinsam mit dem tschechischen „Romenskýverein für Schulreformen“ die erste tschechische Konferenz für Idioten- und Hilfsschulwesen, die neben ihrem wissenschaftlichen Programm und einer Spezialausstellung sich eine rege Propaganda zur Gründung von Anstalten und Hilfsschulen aufs Programm gesetzt hat.

Trotz dieser schönen Ausblicke in die Zukunft brauchen wir in Böhmen noch viele, viele neue Gönner und Wohltäter!

Möge dieser Mahnruf bei den berufenen Kreisen Widerhall finden, mögen besonders Ärzte und Lehrer die hohe soziale und humanitäre Bedeutung der Schwachsinrigenfürsorge in ihrer Gänge erfassen und in reicher Zahl in die Reihen der noch spärlichen Förderer der Schwachsinrigenfürsorge in unserer Vaterlande eintreten, und das um so mehr, als gerade Sachsen hart an unserer Grenze die herrliche Landesanstalt für Schwachsinrige und Blinde in Chemnitz-Altendorf mit dem Aufwande von 4½ Millionen errichtet hat, die die gegenwärtigen tristen Verhältnisse in Böhmen um so mehr an den Pranger stellt.

Die praktische Fürsorgetätigkeit der Gemeindewaisenträte

befprochen vom k. k. Landesgerichtsrat Franz Janisch, Friedland.
(Nachdruck unterlagt.)

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Dies trifft auch in der Jugendfürsorge und dem Kinderschutz zu.

Der Gemeindewaisenrat, der dem einem wie dem anderen Vormundschaftsrichter als Hilfsorgan für die Ausführung der dem Vormundschaftsgerichte obliegenden Pflégischäftsgeeschäfte zur Verfügung steht, wird in dem einen Falle erfolgreich tätig bleiben, während er in dem anderen Falle, fast untätig, geringe Erfolge aufweist. Sein Wirken hängt nicht in erster Reihe von seiner Gründung und seinen Mitgliedern ab, vielmehr von dem Geschicke und Takte und der Arbeitskraft des Vormundschaftsrichters selbst, der ihn zu leiten, der ihm Leben und Wirken zu geben und seine Tätigkeit zu fördern hat.

Der Vormundschaftsrichter, der bei Erfüllung seines Berufes einen tiefen Einblick in das menschliche Leben erhält, muß seine Erfahrungen im Getriebe der menschlichen Gesellschaft zu Nutzen der hilfsbedürftigen Jugend und der Belebung der Organisationen für dieselbe, so auch des Gemeindewaisentrates, verwerten, muß für die Pflegebefohlenen fühlen und handeln weit über seine gewöhnlichen Berufspflichten hinaus und muß seine besonderen Kenntnisse und seinen geschärften Blick in den Dienst der Fürsorge der schutzbedürftigen Jugend stellen. Nur dann wird ihm ein Erfolg in der Jugendfürsorge beschieden sein, wenn er die vormundschaftliche Fürsorge in solcher Weise übt. Nicht formell richtige aktenmäßige Vormundschaftspflege genügt, sondern in jedem einzelnen Schutzfalle muß er mit Verständnis für die Anschauungen der Bevölkerung und die Bedürfnisse der Pflegebefohlenen und im Interesse der menschlichen Gesellschaft amts-handeln, wie es seine soziale Pflicht erheischt.¹⁾

Auf solche Weise läßt sich auch nur ein unausgesetztes systematisches Zusammengehen der öffentlichen und privaten Schutzfürsorge für die Jugendlichen erreichen.

Der Vormundschaftsrichter muß daher den sozialen Fragen mit Eifer und Verständnis begegnen, wenn eine ersprießliche Wirkung und praktische Erfolge in der Jugendfürsorge eintreten sollen. Er muß sich in steter Fühlung mit allen an der Jugendfürsorge beteiligten Personen befinden. Jederzeit hat der Pflégischäftsrichter in der Jugendfürsorge persönlich und mündlich Waisenträten, Vormündern und Vertretern der Vereine für private Fürsorge Rat zu erteilen, was er aber nur dann imstande ist, wenn ihm die hiezu erforderliche Zeit zur Verfügung steht und er mit anderen Amtsgeschäften nicht überbürdet ist, was leider nur allzuoft bei den österreichischen Vormundschaftsrichtern der Fall ist. Er leidet zumeist unter Geschäftsüberbürdung und kann nur nebenbei seine Fürsorgetätigkeit für die persönlichen Verhältnisse der Mündel ausüben.

Regelmäßige Besprechungen der Vormundschaftsrichter in Jugend- und Fürsorge-sachen werden die notwendige Einheitlichkeit in der Geschäftsbehandlung der Fürsorgeangelegenheiten ergeben und die praktische Schulung minder geübter Vormundschaftsrichter erbringen. Letzteres wird auch dadurch erzielt

¹⁾ Siehe: Soziale Pflichten der Juristen von JUDr. Julius-Berlin, „Deutsche Juristenzeitung“, Nr. 2, XI. Jahrg., Seite 106 u. ff.

werden, daß bei Vormundschaftsgerichten in der Regel nur ein Vormundschaftsrichter bestellt wird, welchem die zur Bearbeitung der Pflégischastsfachen erforderlichen Einzelrichter oder Hilfsrichter zugewiesen werden.

Der Pflégischastsrichter muß auch nach Eintritt in die Praxis Gelegenheit erhalten, sich weiter zu bilden. Seine wissenschaftlichen Arbeiten und Studien müssen unterstützt und anerkannt werden. Von Staats wegen muß ihm die Möglichkeit geboten sein, die Studien in der Jugendfürsorge im vorbildlichen Auslande zu pflegen und sowohl Einrichtungen als auch Anstalten der Jugendfürsorge im Auslande aufzujuchen, was ein bis vor kurzem noch nicht betretenes Gebiet umfaßt.

Bekanntlich sind die Bezirksgerichte die Vormundschaftsgerichte. Nach den gegenwärtig geltenden Gesezen können die richterlichen Beamten der Bezirksgerichte höchstens die siebente Rangsklasse erreichen, während ihren Kollegen beim Gerichtshofe erster Instanz die Möglichkeit gegeben ist, bis in die fünfte Rangsklasse befördert zu werden. Es ist daher natürlich, daß die Richter bei den Bezirksgerichten bald ihre Tätigkeit zu verlassen trachten, um bei den Gerichtshöfen erster Instanz ihre ämtliche Wirksamkeit, wo ihnen eine bessere Beförderung winkt, fortzusetzen. Aus diesem Grunde ist es ganz unmöglich, bei Besetzung der Stellen der Vormundschaftsrichter, welche infolge der bei weitem größeren Anforderungen, die an den Pflégischastsrichter bezüglich Erfahrung und Wissen gestellt werden müssen, für alle Zeiten eine besonders sorgfältige Auswahl zu treffen und solche Richter dem Berufe der Vormundschaftsrichter zu erhalten. Diese Möglichkeit wird nur dann gegeben sein, wenn die Vormundschaftsrichter, ebenso wie die Richter der Gerichtshöfe erster Instanz die Beförderung bis in die fünfte Rangsklasse in ganz gleicher Weise erhalten werden, was übrigens auch nur ein Gebot der Gerechtigkeit wäre. Können bei den politischen Behörden, Finanzbehörden erster Instanz und den übrigen Behörden Beamte der sechsten und fünften Rangsklasse als Vorsteher der Ämter fungieren, und noch dazu mit viel weniger Dienstjahren, als dies bei richterlichen Beamten der Fall ist, dann wird dies wohl auch bei den Bezirksgerichten, die als Vormundschaftsgerichte einen verantwortungsvollen und für die Bevölkerung so segensreichen Wirkungskreis im Jugendschuze zugewiesen erhalten haben, der Fall sein können, besonders wenn noch erwogen wird, daß der praktische Erfolg der Fürsorgeerziehung unserer Jugend davon abhängig ist. Es ist daher ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit, sondern vor allem ein Gebot der Notwendigkeit, mit dem Fürsorgeerziehungsgesetze auch bei der uneingeschränkten Beförderung der Vormundschaftsrichter entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen aufzuheben.

Die Beförderungsbefchränkungen bei den Bezirksgerichten sind veraltet und sollten im Jahre 1898 schon bei Einführung der neuen Zivilprozeßgesetze, wo die Richter der Bezirksgerichte, um den Erfolg dieser Geseze zu erzielen, in jeder Weise herangezogen werden mußten, bereits verschwinden.

Wenn die Notwendigkeit besteht nur auserlesene und in der Jugendfürsorge praktisch wohlgeschulte, von Interesse für unsere hilfsbedürftige Jugend befeelte warmfühlende Richter als Vormundschaftsrichter und Jugendrichter auszuwählen, dann ist es um so mehr ein Gebot der Notwendigkeit und Gerechtigkeit, wenn der Staat es wirklich mit der Jugendfürsorge und dem Kinderschutze ernst meint und hiebei Erfolge erzielen will, daß er diese auserlesenen Richter unserer Jugend zum mindesten den anderen Richtern bei Gerichtshöfen in der Beför-

derung gleichstellt und die ihnen bisher zuteil gewordene Zurücksetzung beseitigt.

Vormundschafts- und Jugendrichter, die wissen, daß sie grundlos von einer weiteren Beförderung gesehlich ausgeschlossen sind, verlieren auf die Dauer das Interesse für ihr jugendfürsorgliches Wirken, ihre Autorität leidet, die Übergehung von rangsjüngeren Richtern des Gerichtshofes schmerzt sie, und der Hauptinhalt des menschlichen Lebens: die Arbeit schwindet, weil ihnen das sittliche Recht, daß ihnen ihr Lebenszweck Freude und Befriedigung gewähre, dadurch geschmälert, wenn nicht gar benommen wird. —

Der Vormundschaftsrichter, der das lebende Element für den Gemeindewaisenrat darzustellen hat, muß denselben in seiner Tätigkeit stets rege erhalten und die Bahnen zeigen, die er in der Fürsorge zu gehen hat. Er wird daher in periodischen Zeiträumen, wenigstens jährlich einmal mit den Waisenräten Besprechungen abhalten müssen, worin die Tätigkeit der Waisenräte einzeln erörtert, kritisch beleuchtet wird, Ratschläge für sein weiteres Wirken gegeben und Maßnahmen für dessen Ausbau getroffen werden.

Der Vormundschaftsrichter kann mit allen seinen Mündeln, zumeist vielen Tausenden an der Zahl, überhaupt und ebenso mit der hilfsbedürftigen Jugend seines Aufsichtsbezirkes nach Lage der Sache niemals in steter persönlicher Fühlung bleiben, erfährt auch nicht alle Fälle, wo sein obervormundschaftlicher Schutz erforderlich wird, so daß dadurch seine Tätigkeit im Amte als Vormundschaftsrichter vielseitig gehemmt und behindert wird, weshalb er sich des Organes, welches sich im lebendigen Verkehre mit dem Volke befindet und aus allen Bevölkerungskreisen zusammensetzt, des Gemeindewaisenrates, hiezu bedienen muß.

Der Gemeindewaisenrat wendet daher allen Mündeln seine Aufsichtspflicht zu, wacht darüber, daß die Vormünder für die Person der Mündel, insbesondere für ihre Erziehung und körperliche Pflege pflichtmäßig Sorge tragen, wirkt auf Abstellung von Mängeln oder Pflichtwidrigkeiten durch Vorhalte und Ermahnungen hin, hat die Pflicht taugliche Vormünder in Vorschlag zu bringen, bei Gefährdung des Vermögens eines Mündels oder wenn überhaupt das Vormundschaftsgericht irgendwie zum Einschreiten berufen ist, Anzeige zu erstatten.

Für das Wohl der pflegebefohlenen Jugend ist es von ganz außerordentlichem Interesse, wer als Vormund vorgeschlagen und bestellt wird. Der Vormund vertritt bei dem verwaisten, verlassenen oder unehelichen Kinde die Stelle des Vaters, ihm obliegt, für das körperliche, geistige und sittliche Wohl des Mündels Sorge zu tragen, er hat für die Erziehung des Kindes und für dessen Berufswahl zu sorgen. Der Gemeindewaisenrat hat daher die Pflicht, mit Umsicht und Gewissenhaftigkeit die Lebensverhältnisse des Kindes zu erforschen, alle Umstände zu erwägen und hiernach im einzelnen Falle einen vertrauenswürdigen, dem Amte eines Vormundes gewachsenen Mann als Vormund in Vorschlag zu bringen. In jedem einzelnen Falle werden auch stets verschiedene Anforderungen an einen Vormund gestellt werden. Als Richtschnur dürfte sich empfehlen, den Vormund, wenn möglich, immer derselben Volksschicht zu entnehmen, dem das Mündel angehört, auch der Beruf des verstorbenen Vaters wird oft berücksichtigt werden müssen, die Vermögensverhältnisse des Mündels, seine Fähigkeiten, seine künftige Ausbildung u. dgl. m.

Bei Verwaltung von größeren Mündelgütern, dem Betriebe von Fabriken, Mühlen, Werkstätten, Geschäften der Mündel werden besonders geschäftsfundige Vormünder gewählt werden müssen.

Der Vormund muß immer der gesellschaftlichen und beruflichen Stellung, sowie dem Charakter des Mündels angepaßt sein.

Sobald daher bei dem Gemeindevorstand in Folge eines Todesfalles oder der Geburt eines unehelichen Kindes oder weil die väterliche Gewalt außer Wirksamkeit tritt, das Ersuchen des Vormundschaftsgerichtes einlangt, sind diese Erhebungen zu pflegen und in der angeordneten Weise alles zu erwägen und nach reiflicher Prüfung erst der Vorschlag eines Vormundes zu erstatten.

Der Vorschlag von Vormündern bei Kindern unehelicher Geburt gestaltet sich oft ziemlich schwierig, weil für solche Kinder selten ein Vormund seitens teilnehmender Angehöriger oder Verwandten der Mutter gefunden werden kann, ganz fremde Personen eine solche Vormundschaft nur als eine Last ansehen und sich deshalb derselben entziehen oder sie mit Unlust führen und hiezu herangezogen, sich zumeist gar nicht um das ihrer Vormundschaft anvertraute Kind kümmern, so daß dessen Verpflegung, Schulbildung, Erziehung und Berufsbildung oft gänzlich vernachlässigt wird.

Überdies ist der Vormund eines unehelichen Kindes sofort nach Übernahme der Vormundschaft verpflichtet, den außerehelichen Vater zu ermitteln und sobald ihm dies gelungen, dem Gemeindevorstand oder dem Gerichte die Anzeige zu erstatten, damit bei Gericht die Vaterschaft in vollkommen gültiger Weise festgestellt und nötigenfalls die Höhe der von dem Vater des Kindes zu leistenden Unterhaltsbeiträge bestimmt wird. In der Folge wird der Vormund darauf zu achten haben, daß der Vater seine Pflichten tatsächlich erfüllt und, wenn es nicht geschieht, daß er die gerichtliche Hilfe wegen zwangsweiser Eintreibung der Unterhaltskosten in Anspruch nimmt.

Von der Höhe und der regelmäßigen Zahlung des Pflegegeldes hängt doch vorzüglich die bessere Pflege und Ernährung des Kindes ab. Da die unehelichen Kinder nach ihrer Geburt durch schlechte Pflege und Ernährung zu leiden haben und ganz besonders deshalb an ihrem Leben bedroht sind, muß eine strenge Überwachung ihrer Pflegestellen durch den Vormund erfolgen. Das sind wieder für einen Vormund eines unehelichen Kindes mehr Mühen, mehrere Gänge zu Gericht, weshalb um so mehr die Vormundschaft über ein solches vaterloses Kind lästig gefunden und gemieden wird.

Aus diesem Grunde dürfen für Uneheliche nur solche Personen als Vormünder vorgeschlagen werden, welche nach ihrem Berufe, ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrem Stande sich um das uneheliche Kind wirklich mühen und sorgen.

Da dies aber selten der Fall, so wird man Mitglieder des Gemeindevorstandes oder andere Vertrauenspersonen ständig als Generalvormünder für alle unehelichen Kinder einer Gemeinde, die eines tauglichen Einzelvormundes entraten, bestellen.

Bei Vorhandensein ständig bestellter Generalvormünder wird der Name des Generalvormundes von Seite des Vormundschaftsgerichtes in den an die Vorstände zur Einvernahme der unehelichen Kindesmutter hinausgesendeten Fragebögen jedesmal mit roter Tinte verzeichnet, so daß der Gemeindevorstand bei Vorschlag eines Vormundes hierauf Rücksicht nehmen kann. Wird ein tauglicher Einzelvormund vorgeschlagen, dann entfällt die Bestellung des ständig bestellten Generalvormundes für die unehelichen Kinder in einem solchen Falle der Vormundschaftsbestellung.

Die Aufsicht über die Tätigkeit des Vormundes wird zumeist am verlässlichsten durch Beaufsichtigung des Mündels selbst erfolgen, welches in der Regel in der Gemeinde des Vorstandes wohnt, was bei dem Vor-

munde nicht immer zutrifft, wenn man jetzt auch bestrebt ist, den Vormund womöglich aus Männern am Wohnorte des Mündels zu bestellen.

Beindet sich das Mündel in guter Pflege, in ordentlicher Erziehung, ist die Führung desselben in und außer der Schule tadellos, sein Fortgang in der Schule befriedigend und nimmt seine körperliche Entwicklung und Gesundheit keinen Schaden, dann berechtigt dies zur Annahme, daß der Vormund seine Aufgabe erfüllt.

Nimmt der Gemeindewaisenrat Mängel oder Pflichtwidrigkeiten wahr, so wird er den Vormund hierauf aufmerksam machen und viel an die Hand gehen, damit dieselben beseitigt werden. Er wird nötigenfalls sich mit der Schulbehörde, dem Lehrer des Kindes, seinen Pflegeeltern oder Erziehern in Verbindung setzen, um eine einwandfreie Erziehung des Kindes zu erreichen.

Ist dies nicht tunlich oder nicht möglich, dann erst wird der Gemeindewaisenrat das Vormundschaftsgericht hievon in Kenntnis setzen und Abhilfe fordern.

Der Gemeindewaisenrat wird nach solchem Einschreiten des Vormundschaftsgerichtes kurz schriftlich oder nach Umständen auch mündlich von dem Stande der Sache benachrichtigt.

Die Beaufsichtigung der Pflegekinder erfordert ein besonderes Augenmerk. Der Waisenrat führt ein Verzeichnis über alle Pflegekinder in jeder Gemeinde und ein solches über geeignete Pflegestellen. Diese Behelfe setzen jeden Waisenrat in die Lage, die Aufsicht über die Pflegekinder wirksam und erfolgreich zu führen, besonders da überdies jedes Pflegekind mit einem Pflegebuche, welches „Allgemeine Bestimmungen“ und eine „Anleitung zur Kinderpflege“ enthält, betheilt ist, so daß jede Pflegestelle genau über Rechte und Pflichten bei der Verpflegung und Erziehung der Pflegekinder unterrichtet wird und außerdem hiedurch eine regelmäßige monatliche Überwachung durch Besuche des Pflegekindes in der Pflegestelle selbst von Seite des Waisensrates oder in seiner Vertretung durch eine Waisenspflegerin, wenn notwendig auch durch einen Gemeindevorsteher erzielt wird. Der Waisenrat kommt auch hiebei neuerdings in die Lage, die notwendige Prüfung vorzunehmen, ob die Pflegepartei nach ihren persönlichen Verhältnissen und Eigenschaften und nach der Beschaffenheit ihrer Wohnung zur Übernahme fremder Kinder in entgeltliche Pflege befähigt sind und wird, wenn dies nicht der Fall, verfügen, daß das Kind aus der ungünstigen Pflegestelle gebracht wird.

Der Mangel einer Berufsbildung ist oft die Hauptursache der Straffälligkeit und Verwahrlosung der Jugendlichen. Es muß daher mit besonderem Bedacht die Wahl des künftigen Standes und Lebensberufes des vaterlosen Kindes getroffen werden. Jedes Jahr werden die schulentlassenen vaterlosen Kinder von den Schulbehörden dem Vormundschaftsgerichte rechtzeitig mitgeteilt.

Das Pflegschaftsgericht bringt diese Mitteilungen durch Vermerk zu dem zugehörigen Vormundschaftsakte und veranlaßt durch den Gemeindewaisenrat und Vormund des schulentlassenen Kindes, daß dasselbe einem passenden Lebensberufe zugeführt, das Kind in eine Lehrstelle oder im landwirtschaftlichen Betriebe untergebracht oder dem Studium zugeführt wird.

Der Gemeindewaisenrat wird hiebei sehr vielseitig und ersprießlich sich betätigen. Er wird dem Vormunde oder der Witwe sowie dem schulentlassenen Kinde raten, welchen Lebensberuf das Kind nach seiner körperlichen und geistigen Entwicklung und nach seinen Vermögensverhältnissen wählen soll; er wird die gesetzlichen Vertreter des schulentlassenen Kindes belehren, welche Berufe dormalen ein rascheres Fortkommen sichern, weil ein Nachwuchs hierin fehlt oder ein besserer Erwerb winkt; er wird mit Lehrherrn und Anstalten, Genossenschaften, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Vereinen im Interesse einer sicheren und guten Unterbringung des schulentlassenen Kindes in Verbindung treten, wird Lehrstellen ausmitteln, Stipendien zu weiterer Berufsausbildung für das Kind nutzbar machen und die Lehrverträge abschließen und sodann das Vormundschaftsgericht von der klaglosen Berufswahl des Kindes benachrichtigen und während der Ausbildung im Berufe das Kind überwachen, den Vormund und Lehrherrn verhalten, daß der Lehrling die notwendigen nützlichen Kenntnisse sich aneignet und eine Fortbildungsschule oder landwirtschaftliche Lehranstalt besucht.

Ein lückenloses Bild über die praktische Fürsorgetätigkeit bei den einzelnen schutzbedürftigen Mündeln durch den Gemeindewaisenrat muß immer dem Waisenrate vorliegen, um über den Stand der Schutz Tätigkeit jedes einzelnen Pflegebefohlenen orientiert zu sein und dort mit der Fürsorge einsetzen und fortfahren zu können, wo es notwendig ist. Die Gewähr hiefür bietet das Gemeindewaisenbuch, weshalb die Führung eines Waisenbuches von Seite jedes Gemeindewaisenrates sich als unerlässlich darstellt. Das Waisenbuch wird dadurch angelegt, daß der Gemeindewaisenrat nach den Nummern der Häuser Nachfrage pflegen läßt, ob sich daselbst Pflegebefohlene befinden und wenn dies der Fall, nach dem Vormundschaftsdekrete des Vormundes oder dem Dekrete des Kurators und den Angaben der Vormünder und Kuratoren die Eintragungen vornimmt oder vom Pflégschaftsgerichte ein Verzeichnis über die in einer Gemeinde vorhandenen Mündel erhält.

Die richtige Fortführung dieses Verzeichnisses erfolgt dadurch, daß nach den Todesfallaufnahmen, Angelobungen der Vormünder und Kuratoren, Ausfüllung der Fragebögen, die das Gericht zur Einvernahme der Kindesmutter bei unehelichen Kindern sendet und nach den dem Waisenrate zugekommenen gerichtlichen Mitteilungen u. dgl. die weiteren Eintragungen vorgenommen werden.

Das Gemeindewaisenbuch erhält seinen Eintrag in fünf Rubriken. In die ersten ist die fortlaufende Nummer, in die 2. das Aktenzeichen des Pflégschaftsaktes beim Vormundschaftsgerichte, in die 3. der Name, Tag, Jahr und Geburt und Aufenthalt, die Erziehungsart, Beschäftigung und der Grund für die anhängige Pflégenschaft, in die 4. der Name, Stand und Wohnort des Vormundes und der Verpflichtungstag einzutragen.

In das Verzeichnis dürfen nur die in den Überschriften der einzelnen Spalten angegebenen Vorkommnisse und außerdem in die Spalte 5 für Bemerkungen nur solche Verfügungen und Vorgänge eingetragen werden, welche als wichtige Wendepunkte im Verlaufe der Pflégschafts Sache erscheinen, als: wichtige Verfügungen des Vormundschaftsgerichtes während der Pflégenschaft, Angaben über die Führung des Pflegebefohlenen, Vorkehrungen für die Erziehung, Eintragung von Abstrafungen, summarische Vermögensangabe und anderes.

Die Mündel und Pflegebefohlenen werden nach dem Alphabete eingetragen. Für jeden Buchstaben ist deshalb eine besondere Lage von Bogen vorzusehen; auf der ersten Seite der Lage von Bogen ist der Buchstabe augenfällig anzugeben.

Auf je eine Seite sind in der Regel nicht mehr als zwei Eintragungen unter Wahrung eines entsprechenden Abstandes zu bringen. Unmittelbar vor jeder auf derselben Seite zu bewirkenden weiteren Eintragung ist der zu der vorhergehenden Eintragung gehörende freie Raum durch einen über alle Spalten hinweggehenden Querstrich abzugrenzen.

Erledigt sich eine Eintragung durch Beendigung der Vormundschaft oder Pflegschaft, so ist der Grund der Erledigung in Spalte 5 anzugeben und die laufende Nummer, sowie der in der Spalte 3 eingetragene Familienname rot abzustreichen. Erledigt sich eine Eintragung nur in bezug auf einen von mehreren in ihr aufgeführten Mündeln oder Pflegebefohlenen, so sind dessen Vornamen nebst den kleinen lateinischen Buchstaben rot zu unterstreichen. Ausstreichungen, Änderungen und Einschaltungen sind bei der Vornahme der Eintragungen möglichst zu vermeiden. Ist eine Ausstreichung nicht zu umgehen, so sollen die ausgestrichenen Worte leserlich bleiben.

Die Gemeindewaisenräte haben jedes Jahr an das Vormundschaftsgericht gemäß §§ 4 und 5 der Geschäftsanweisung für den Waisenrat¹⁾ Erziehungsberichte zu erstatten, welche über die Erziehung, das persönliche Verhalten und die Änderung im Wohn- oder Aufenthaltsorte aller in der Gemeinde befindlichen minderjährigen Kinder, welche durch einen Vormund oder Kurator vertreten sind, verlässlich Aufschluß geben und bei dem Pflegschaftsgerichte die Grundlage für die weiters zu treffenden vormundschaftsgerichtlichen Verfügungen bilden und für die richtige Fortführung der gerichtlichen Waisenbücher benützt werden.

Diese jährlich wiederkehrenden Erziehungsberichte werden vom Waisenrate in einer hiezu einberufenen Waisenratsitzung nach Einsicht in das Gemeindewaisenbuch, welches auch sofort durch die notwendigen Eintragungen ergänzt wird, und nach Einsicht in die Verzeichnisse der Pflegebefohlenen und Pflegestellen an das Vormundschaftsgericht erstattet.

An das Gericht wird kurz berichtet, wenn die Erziehung und das Verhalten der Pflegebefohlenen ohne jeglichen Anstand ist z. B.: „Die Erziehung und das Verhalten aller durch einen Vormund oder Kurator vertretenen Minderjährigen ist ohne Anstand, ihr Aufenthalt unverändert.“

Finden sich bei einigen Pflegebefohlenen diesbezüglich Anstände, die durch Vorhalte oder Ermahnungen des Waisenrates nicht beseitigt werden konnten, dann ist in Form einer Tabelle zu berichten z. B.:

„Der Gemeindewaisenrat der Gemeinde N. N. hat folgende Veränderungen und Anstände bei den durch einen Vormund oder Kurator vertretenen minderjährigen oder großjährigen Kuranden erhoben und beantragt die Erlassung nachstehender Verfügungen:

¹⁾ Siehe I. Jahrgang des Jahrbuches der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen 1908 der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge, Prag.

Fort- lauf. Nr.	Wohnort, Beschäfti- gung und Alter der Pflegebefohlenen	Gerichtl. Akten- Zeichen	Name u. Wohnort des Vormundes oder Kurators	Anstand und Antrag auf Erlassung nach- stehender Verfügungen
1.	Anna K., Tochter der Eheleute K., Dienstmädchen, 18 Jahre, in Haindorf Nr. 10	20/7	K. K. in Haindorf Nr. 29	Vormund K. K. am 20/12. 1901 gestorben. Als neuer Vormund wird Karl P. Weißbach Nr. 17 vorgeschlagen.
2.	a) Marie, b) Anna und c) Karl K. in Friedland, a) Dienstmädchen in Reichenberg	IV 320/94	K. S. in Friedland Nr. 240	Aufenthalts- und Be- schäftigungsänderung der Minderjährigen im Waisenbuche ersichtlich zu machen
3.	b) Köchin in Görlitz c) Infanterist im k. u. k. Infanterie- Reg. Nr. 94	—	—	—

Die Berichterstattung bereitet, da alle Gemeinden jedes Gerichtsbezirkes ihrem Gemeindewaisenrate die mit vieler Sorgfalt angelegten Gemeindewaisenbücher zur Verfügung stellen können, unter Benützung derselben in der für diese Berichterstattung einzuberufenden Sitzungen des Gemeindewaisenrates (der Armensektion) keine Schwierigkeit.

Nachdem die Erziehungsberichte alljährig zu erstatten sind, eine verlässliche Fürsorgeerziehung aller Pflegebefohlenen der einzelnen Gemeinden ein Gebot der Notwendigkeit ist und durch die vonseite der Gemeindewaisenräte zu erstatteten Berichte, dem Gerichte die Aussendung und den Gemeinden die Erstattung mehrerer tausend Erziehungsberichte jährlich erspart wird, den Vormündern, Kuratoren und Pflegebefohlenen in dieser Sache teilweise auch der Gang zum Vormundschaftsgerichte, so ist es dringend geboten, die Gemeindewaisenbücher richtig und genau fortzuführen und die Erziehungsberichte pünktlich und genau an das Vormundschaftsgericht zu erstatten.

Die Jahresbesprechungen der Gemeindewaisenräte beim Vormundschaftsgerichte erfolgen im Sinne des § 16 der Verordnung des Z.-M. vom 5. Mai 1897 Nr. 112 RGV. und Z.-M.-Erlaß vom 6. Oktober 1901, Zahl 20.267. Das Vormundschaftsgericht ladet hiezu gemeindeweise durch Aussendung einer Einladung an jedes Kollegium des Gemeindewaisenrates, welche der Vorsitzende des Waisenrates bei den einzelnen Mitgliedern des Waisenrates zirkulieren und unterfertigen läßt, ein.

Bei dieser Besprechung werden auch die Erfahrungen, welche bei Wirksamkeit der in allen Gemeinden des Gerichtsbezirkes zur Einführung gelangten Gemeindewaisenräte gemacht wurden, einer Erörterung unterzogen und die weiteren Maßnahmen in der Einrichtung des Waisenrates zur Pflege wirklichen Kinderschutzes getroffen.

Die gemeindeamtlich geführten Verzeichnisse der Pflegebefohlenen, Gemeindewaisenbücher, sind zur Einsicht vorzulegen.

Über die Tätigkeit des Gemeindewaisenrates wird ein schriftlicher Bericht vorgelegt (z. B. Anzahl der Vorschläge der Vormünder, Einschreiten des Waisenrates in Kinderschutzfällen, erstattete Gutachten, Anzahl der Sitzungen usw.)

Die Jahresbesprechungen der Gemeindewaisenräte bei dem Vormundschaftsgerichte sind auch noch von anderem großen Nutzen. Bekanntlich üben die erwählten Mitglieder der Gemeindewaisenräte nur für die Dauer der dreijährigen Periode des jemals gewählten Gemeindeausschusses ihre Funktionen aus und werden oft bei der Neuwahl des Gemeindeausschusses Ausschußmitglieder in den Gemeindewaisenrat entsendet, die noch nicht Mitglieder des Waisenrates waren und deshalb erst mit dem Wesen und Wirken des Gemeindewaisenrates bekannt gemacht werden müssen.

Das sind so in großen Zügen einige Anleitungen zu praktischer Tätigkeit im Gemeindewaisenrate und zur Förderung der fürsorglichen gemeindewaisenrätlichen Tätigkeit durch den Vormundschaftsrichter, welche auf keinen Fall Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, immerhin aber leitend und richtunggebend sein dürften. Es ist auch nicht leicht ein vollständiges Bild der Fürsorgetätigkeit des Waisenrates zu geben und könnte bei Gemeindewaisenräten, die nicht nur auf dem Papiere stehen, und nach Schablonen arbeiten, sondern in lebhafter und gewissenhafter verständnisvoller zweckdienlicher Arbeit tätig sind und hiedurch auch auf ein segensreiches Wirken blicken und ihre Unentbehrlichkeit nachgewiesen haben, nur dadurch gegeben werden, daß die vielseitige, unbegrenzte Fürsorgetätigkeit des Waisenrates an allen einzelnen Fällen seines Wirkens zur Darstellung gelangt.

Die Gemeindewaisenräte im Gerichtsbezirke Friedland, welche den tausenden und abertausenden Waisenräten in Österreich mit dem ersten Gemeindewaisenrate Österreichs, dem Sebastiansberger Gemeindewaisenrate (1. Juni 1900), vorbildlich wurden und nach denen die Neugründungen mit Recht „Gemeindewaisenräte nach Friedländer Muster“ ganz allgemein genannt werden, wirken seit 1. Jänner 1902 im Kinderschutz und der Jugendfürsorge mit den seit 1. Juli 1906 gegründeten Generalvormündern, dem am 15. Juni 1902 ins Leben gerufenen Verein „Kinderschutz“ mit einem Stande von 1233 Mitgliedern und den Mitte Juni 1908 angegliederten Waisenspflegerinnen und ihren Organisationen, 152 an der Zahl, erfolg- und segensreich.

Den Tätigkeitsberichten der Waisenräte im Gerichtsbezirke Friedland für das Jahr 1905 ist unter anderem zu entnehmen, daß die Waisenräte zusammen 87 Sitzungen in diesem Jahre abhielten, 191 Vorschläge für Vormünder erstatteten, in Kinderschutzsachen 70mal einschritten, dem Vormundschaftsgerichte und Verein Kinderschutz 152 Gutachten erstatteten, in einem Falle die Enthebung eines Vormundes beantragten, bei Legitimierung der fast 800 unehelichen Kinder mitwirkten und ans Vormundschaftsgericht die jährlichen Erziehungsberichte und Tätigkeitsberichte einsandten.

Um ein möglichst vollständiges Bild über die Tätigkeit eines Gemeindewaisenrates zu erhalten, wird der Tätigkeitsbericht des Gemeindewaisenrates der Stadtgemeinde Friedland für das Jahr 1905 angeführt, derselbe lautet:

Ende 1904 hatte der Gemeindewaisenrat der Stadtgemeinde Friedland 198 Vormundschaftssachen mit 332 Minderjährigen, über welche das Bezirksgericht Friedland Vormundschaftsbehörde ist und 11 Vormundschaften mit 18 Minderjährigen, die von anderen Gerichten bevormundet wurden. Im Laufe des Jahres 1905 erfolgte ein Zuwachs von 21 Vormundschaften mit 32 Minderjährigen des Bezirksgerichtes Friedland und von 7 Vormundschaften mit 13 Mündeln anderer Gerichte.

Im Jahre 1905 wurden 27 Vormundschaften mit 45 Mündeln infolge Großjährigkeit, Legitimierung, Todesfall und Übersiedlung in andere Bezirke in Abfall gebracht, so daß eine Zunahme um eine Vormundschaft und zwei Mündel zu verzeichnen ist.

Während des Berichtsjahres haben 4 Verehelichungen Mütter unehelicher Kinder, infolgedessen 4 Legitimierungen stattgefunden, wodurch gleichzeitig 4 Konkubinate behoben wurden.

Der Waisenrat der Stadt Friedland hat in diesem Jahre 35 Vormünder in Vorschlag gebracht; in Vormundschaftssachen bezüglich des Vermögens und des Verhaltens der Mündel, der Erziehung der Pflegekinder, der Leistung von Unterhaltsbeiträgen durch die Kindesväter und der Aussicht auf Legitimierung unehelicher Kinder durch Eheschließung der Kindesmütter dem Bezirksgerichte Friedland in 60 Fällen, anderen Plegschaftsgerichten in 15 Fällen Berichte und Gutachten abgegeben; ist in Plegschafts- und Kinderschutzangelegenheiten oftmals eingeschritten und hat in vielen Fällen dem Verein „Kinderschutz“ Berichte erstattet.

Ein Findelkind wurde aus seiner Pflegestelle gebracht und zu seinen Großeltern in einwandfreie Pflege gegeben. Ebenso wurde ein mit einer Breslauer Zirkusgesellschaft reisendes 10jähriges Mädchen, welches gröblichen Mißhandlungen ausgesetzt war, dem Inhaber des Zirkus abgenommen und mit Zustimmung des Bezirksgerichtes Friedland der in Breslau wohnenden Mutter zugeführt.

Die auf Kosten des Landeswaisenfondes in Pflege befindlichen Kinder wurden öfter besucht und deren Erziehung und Verhalten, ein Kind ausgenommen, ohne Anstand befunden. Das Kind, welches nicht gehörig erzogen wurde, wurde sofort dem Pfleger abgenommen, bis zur Ermittlung einer geeigneten Pflegestelle bei einer Frau auf 14 Tage in Pflege gebracht und sodann in eine andere ständige Pflegestelle gebracht.

Für einen nach Friedland zuständigen Waisenknaben, der das Tischlerhandwerk erlernt hat, wurde zum Besuche der Fachschule in Königsberg a. O. ein Stipendium erwirkt.

Dieser Waisenknabe besucht seit 15. September 1905 die Königsberger Fachschule.

Aus diesem Tätigkeitsberichte des Waisenrates der Stadt Friedland erhellt wohl unzweifelhaft, daß derselbe im Kinderschutz und der Jugendfürsorge segensreich wirkt.

Diese Abhandlung zeigt, daß Waisenräte, durch gute Organisation zu praktischer Tätigkeit gebracht und hierin erhalten, von großer Bedeutung für die Jugendfürsorge und den Kinderschutz sind und nicht entbehrt werden können, so daß die freiwillig geschaffenen Gemeindewaisenräte, nachträglich auch durch Gesetz kodifiziert werden müssen.

Freiwillige Vormundschaftspflegerinnen.

Die zu Ende des Jahres 1907 in Prag begonnene Aktion des Dr. Max Lederer, Richters in Winterberg,¹⁾ deren Zweck es ist, die für eine erprobte Tätigkeit der künftigen Jugendgerichte nötiger Zahl geschulter

¹⁾ Vgl. Jahrbuch der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen 1908, Seite 491.

freiwilliger Helferinnen (probation officers) zu gewinnen, wurde im Laufe des heurigen Winters mit befriedigendem Erfolge fortgesetzt.

Dr. Lederer hielt am 15. November im Pädagogischen Verein in Auffig, am 14. Dezember im Kinderschutzeverein in Reichenberg und am 15. Jänner in Budweis als Gast der allgemeinen deutschen Frauenvereinigung Vorträge über Jugendfürsorge, in denen er insbesondere die für ein gedeihliches Wirken der Jugendgerichte geradezu unerläßliche Mitarbeit der Frauen hervorhob. Sein Appell an die zu den Vorträgen zahlreich erschienenen Frauen hatte den Erfolg, daß sich sofort durchschnittlich je vierzig Frauen als freiwillige Vormundschaftspflegerinnen meldeten. Für diese wurden in allen drei Städten Lehrkurse für Jugendfürsorge eingeführt, welche vorläufig folgende Themen umfassen:

1. Kinderpsychologie und Pädagogik;
2. Kindes-Psychopathologie;
3. Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern;
4. Vormundschaftsrecht;
5. Erbrecht und Verpflichtungsverhältnisse;
6. Gewerbeordnung;
7. Strafrecht und Strafprozeß;
8. Wohlfahrtseinrichtungen für ortsangehörige Kinder.

Diese Vorträge werden von Fachmännern unentgeltlich gehalten und sind allen Frauen unentgeltlich zugänglich.

In Prag wurde der im April eröffnete Lehrkurs im Oktober wieder aufgenommen. Eingeleitet wurde er durch den Vortrag des Reg.-Rates Neubauer, Direktors der Lehrerinnenbildungsanstalt, über Kindespsychologie und Pädagogik, zu welchem ein so zahlreiches Damenpublikum erschienen war, daß es der große Schwurgerichtssaal kaum zu umfassen vermochte; einige der Zuhörerinnen mußten sogar auf der Anklagebank Platz nehmen.

Reg.-Rat Neubauer schilderte in achtfündigem Vortragszyklus unter stetem Hinweis auf lehrreiche Beispiele aus dem Kindesleben die Entwicklung der kindlichen Seele. Hierbei erörterte er eingehend: Empfindung, Wahrnehmung, Anschauung, Vorstellung, die Assoziation und Reproduktion derselben, das Interesse, die Aufmerksamkeit, das Gedächtnis, die Einbildungskraft, das Urteil, das Gefühlsleben des Kindes, den Trieb, das Begehren und das Wollen; den Schluß bildete eine Übersicht über die wichtigsten psychopathischen Erscheinungen im Kindesleben, insoweit dieselben nicht unter ärztliche Behandlung fallen. Das Bild der kindlichen Psyche vervollkommnete Dozent der Psychiatrie Dr. Oskar Fijcher durch Vorträge über: die psychischen Störungen im Kindesalter.¹⁾

In fünfstündigem Zyklus gab Dozent Dr. Fijcher seinen zahlreichen Zuhörerinnen eine eingehende, durch viele der Praxis entnommene Beispiele belebte Schilderung der krankhaften psychischen Erscheinungen, deren Beurteilung und Behandlung, soweit die Kenntnis derselben für die Fürsorgetätigkeit der Zuhörerinnen von Wichtigkeit ist.

Beiprochen wurden insbesondere: der schwere Schwachinn — Blöddheit; der leichtere Schwachinn; das moralische Irresein; der Schwachinn bei Epileptikern; die Neurasthenie; die Hysterie; die psychopathische Minderwertigkeit.

Weiters hielten Vorträge: f. f. Auskultant Dr. Hans Waßler; auf vielfachen Wunsch wiederholte er seinen bereits im Frühjahr gehaltenen

¹⁾ Diese Vorträge erschienen in der naturwissensch. Zeitschrift „Lotos“, Band 56, Heft 9.

Vortragszyklus über: das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern; ferner Rechtspraktikant Dr. Wilhelm Winkler über: Strafrecht und Strafprozeß. In seinem ersten Vortrag sprach er über die allgemeinen Lehren des Strafrechtes (Weisen desselben, strafbares Unrecht, Schuldanschießungsgründe, Versuch, Mith Schuld und Teilnahme, Strafe und Strafbemessung, Strafaufhebungsgründe); hierauf: über den Schutz des jugendlichen Täters: die diesbezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die neuen Verordnungen und Justizministerialerlässe; dann über den Jugendlichen als Objekt strafbarer Handlungen; schließlich gab er eine kurze Übersicht über das Strafverfahren vor dem Einzelrichter, dem Gerichtshof und dem Geschworenen-Gericht. Rechtspraktikant Dr. Karl Müller besprach die erbrechtlichen Bestimmungen betreffend die Kinder.

In der nächsten Zeit folgen noch Vorträge über: Gewerbeordnung (Landesausschußkonzipist Dr. Paul Pilz) und Wohlfahrts Einrichtungen für erziehungsbedürftige Kinder (Polizei Konzipist Dr. Otto Gellner).

Hoffentlich gelingt es, im kommenden Herbst auch in den andern deutsch-böhmischen Kreisgerichtsstädten ähnliche Lehrkurse einzuführen und hiedurch dafür zu sorgen, daß den künftigen Jugendgerichten wenigstens all dieser Städte Böhmens sogleich bei Beginn ihrer Tätigkeit die notwendige verlässliche Jugendgerichtshilfe zu Gebote steht.

Es sei erwähnt, daß die von Dr. Federer angeregte Institution gerichtlich mittels Legitimationskarten bestellter freiwilliger Vormundchaftspflegerinnen nunmehr auch schon außerhalb Böhmens Eingang gefunden hat. So. Exzellenz der Oberlandesgerichtspräsident von Mähren und Schlesien Regner Ritter von Bleyleben hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß auch in diesem Oberlandesgerichtsprängel Frauen in der oben-erwähnten Weise zu Diensten der gerichtlichen Jugendfürsorge herangezogen werden, und nach erläuternden Vorträgen, die Dr. Federer am 11. Dezember in Troppau („Verein für Frauen-Interessen“) und am 12. Jänner d. J. in Brünn („Frauenbund“) hielt, bildeten sich im Rahmen der genannten Frauen-Vereine Organisationen freiwilliger Vormundchaftspflegerinnen; auch Lehrkurse nach Art der früher erwähnten wurden daseibst eingeführt. Allorts zeugt der Besuch der Vorträge davon, daß es den Frauen ernstlich darum zu tun ist, die für eine verständnisvolle Mitarbeit bei den künftigen Jugendgerichten nötige Befähigung zu erlangen.

Die bisherige Tätigkeit der Frauen, die in Prag, Reichenberg, Aussig, Budweis, Troppau und Brünn bereits als freiwillige Vormundchaftspflegerinnen bestellt wurden, hat trotz der kurzen Dauer schon manchen erfreulichen Erfolg aufzuweisen. Als Beleg hiefür mögen einige Berichte der Prager Vormundchaftspflegerinnen gelten. Hierbei sei bemerkt, daß schulaufsichtsbedürftige Kinder Prags von den Direktionen der deutschen Volksschulen dem Dr. Federer namhaft gemacht werden, der aus der Zahl der angemeldeten Helferinnen die im einzelnen Falle voraussichtlich geeignetste hievon verständig; und diese ersucht nun das zuständige Bezirksgericht um ihre Bestellung als freiwillige Vormundchaftspflegerin; die Berichte über ihre Tätigkeit erstatten die freiwilligen Vormundchaftspflegerinnen Prags mündlich dem Gerichte und schriftlich an Dr. Federer, der diese soziale Frauenarbeit leitet.

Aus diesen Berichten ist zu ersehen, daß die Vormundchaftspflegerinnen mit voller Hingebung die freiwillig übernommenen Pflichten erfüllen und daß ihnen die in den Vorträgen erhaltenen Belehrungen trefflich zustatten kommen. Einer dieser Berichte lautet: Auf Grund Ihres Schreibens begab ich mich in die Wohnung des Franz R. und informierte mich vorerst bei verschiedenen

Hausbewohnern über die Familie und die Person des mir zugewiesenen kleinen Julius L., des Stiefsohnes R's., und hörte folgendes: Julius sowie sein Bruder sind schwer zu Hause anzutreffen, da sie sich gewöhnlich auf der Straße herumtreiben. Auf meine Frage, ob er sich auch Schlechtigkeiten, wie Diebstahl u. dgl. zu Schulden kommen lasse, erhielt ich eine verneinende Antwort. In der Schule erfuhr ich folgendes: Der Junge, der trotz seiner 11 Jahre erst die 3. Klasse besucht, folgt nie dem Unterrichte, stört durch sein zügelloses Benehmen denselben und lenkt auch die Aufmerksamkeit der übrigen Kinder ab. Er verliert und zerreißt stets seine Hefte und Schulbücher, ohne darin etwas Strafbares zu finden. Er schlägt fortwährend seine kleineren Mitschüler, wird aber dafür von den größern geprügelt. Er kommt schmutzig und ungepflegt zur Schule und bildet eine stete Quelle des Argernisses für seine Lehrer. Da mir das ganze Verhalten des Jungen verdächtig vorkam, ließ ich ihn in meine Wohnung kommen, wo mein Mann, der Arzt ist, ihn auf seine geistigen Fähigkeiten untersuchte. Vor allem fällt ein bedeutender Sprachfehler auf, den seine Mitschüler angeblich zum Anlaß nehmen, ihn zu veripotten, worauf es zu den oben geschilderten Prügeleien kommen soll. Die Intelligenzprüfung ergab einen ziemlich Grad von Schwachsinn; so sagte er z. B. 2×3 ist sechs, 3×3 ist auch sechs; er vermag nicht die einfachsten Fragen im Rechnen zc. zu beantworten. Die Mutter des Knaben gibt zu, daß sie ihm nicht die gebührende Aufsicht zuteil werden läßt und begründet dies damit, daß sie, da ihr Mann nur 16 bis 18 K wöchentlich verdient, gezwungen ist, ihre Wohnung an Kostgänger zu vermieten, wodurch sie vollauf in Anspruch genommen ist. Erwähnt sei noch, daß bei diesen Leuten ein Idiot, der Sohn einer Schwester der Frau, wohnt, ein Umstand, der gewiß auf den kleinen Julius ungünstig einwirken muß. Es wird wohl nötig sein, den Jungen in einer geeigneten Anstalt unterzubringen. Ich werde den Jungen vorläufig noch einige Zeit beaufsichtigen, denn der Junge versprach, sich in der Schule zusammenzunehmen. In einiger Zeit werde ich weiteres berichten.

O. F.

Ein anderer Bericht:

Marie S., bei der ich das Amt einer Vormundschaftspflegerin übernommen habe, hat ihren Vater vor drei Jahren verloren; bald darauf heiratete die kränkliche und erwerbsunfähige Mutter einen Jugendbekannten ihres Mannes. Dieser ist Musiker, jedoch ohne fixe Anstellung, er erhält sich und seine Familie kärglich mit Notenkopieren und dadurch, daß er an Sonn- und Feiertagen in Gasthäusern Geige spielt. Die Familie leidet oft Not; und deshalb müssen sie namentlich im Essen ungemein genügsam sein. Die Mutter klagte mir, sie sei tuberkulös; ich versuche nun, bei der tschechischen Sektion des Landeshilfsvereines für Lungentranke eine Unterstützung für sie zu erwirken. Ich muß bemerken, daß die ganze Familie tschechisch ist, daß das Mädchen 5 Jahre hindurch die tschechische Volksschule besucht hat und nun die 5. Klasse der deutschen Schule besucht, lediglich um Deutsch zu lernen. Es spricht auch sehr fehlerhaft Deutsch und klagte mir, wie schwer es ihm falle, dem Unterricht in deutscher Sprache zu folgen. Ich ließ mir nun Schulbücher und Hefte zeigen, prüfte das Kind in allen Fächern, fand es intelligent, aber unaufmerksam, leichtsinnig und schwer lenkbar. Wöchentlich einmal komme ich nun mit dem Kinde zusammen, lasse mir die Schularbeiten zeigen, helfe und erkläre ihm alles so gut es geht. Mein Hauptaugenmerk ist darauf gerichtet, sein Vertrauen zu gewinnen. Viel wichtiger als dies, aber auch viel schwerer wird es sein, den Leuten wenigstens einige Begriffe über hygienischen Schutz beizubringen. Ich fürchte, es wird sehr schwer sein, der Mutter beizu-

bringen, daß sie die Gegenstände, die sie benützt, ihre Kleidungsstücke, ihr Geschirr u. nicht ungereinigt dem Kinde geben darf. Doch nur so wäre es möglich, das Kind vor der Tuberkulose zu schützen; ich ließ es untersuchen, heute ist es noch gesund. Ich werde trachten, die Neigungen und Fähigkeiten des Kindes zu ergründen, da es mit Ablauf dieses Schuljahres aus der Schule tritt und dann einen Beruf ergreifen muß. E. K.

Zuletzt noch dieser Bericht:

Otto, 10 J., und Franz D., 6 J., deren Beaufsichtigung ich am 21. Oktober 1908 übernahm, sind Kinder des Monteurs D. der Fabrik X.

Der Vater, als hochachtbarer Mann geschildert, verdient reichlich und sendet seiner Frau genügend Mittel zur Erhaltung des Hauses. Er ist durch seinen Beruf fortwährend auf Reisen. Auch seine Frau verläßt oft das Haus und war zuletzt 3 Monate abwesend.

Über ihren Beruf konnte ich nichts erfahren.

Solange die Mutter zu Hause ist, werden die Kinder gut gehalten.

In Abwesenheit der Mutter sind die Kinder völlig allein, ein 14jähr. Bruder (Vorzugsschüler der Realschule) schließt die Wohnung ab.

Eine Nachbarin soll für 2 Kronen täglich alle drei Kinder beköstigen, doch bekommen sie wenig; wie mir die Mutter selbst sagt, größtenteils nur Pferdedürstel.

Sie treiben sich allein, ohne jede Aufsicht, auf der Gasse herum, kommen ungewaschen und hungrig in die Schule. Otto wurde durch den Hufschlag eines Pferdes die eine Gesichtshälfte zertrümmert, er wurde im Spitale gepflegt, doch ist sein Gesicht arg entstellt.

Franz, der sehr entzündete Augen hat, habe ich zum Prof. Elchnig geführt. Dieser sagte mir, daß die Augenkrankheit eine Folge der Unterernährung sei und durch skrofulose Anlage begünstigt werde. Sobald das Gesamtbefinden gebessert sei, werden die Augen gesund.

Nun suchte ich den Kinderarzt Prof. Ganghofner auf, der als Hauptsache gute Ernährung, reichliche Milch, sowie Lebertran verschrieb und fortwährende ärztliche Überwachung als notwendig erklärte.

Ich wandte mich an den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und Herr Dr. Schleißner hatte die große Güte, in selbstloser Weise die Behandlung zu übernehmen; ich werde das Kind alle acht Tage dem Arzte vorführen, wo es gewogen, gemessen und beobachtet wird. Den Lebertran und die Milch wird der Verein beistellen. Bezüglich der Milch traf ich die Verfügung, daß sie der Knabe in der Schule erhält, da die Befürchtung nahe liegt, daß sie im Haushalte verloren geht.

In der Schule erfuhr ich zu meiner großen Freude, daß über Otto seit meiner ersten Intervention nicht mehr geklagt werde.

Fortsetzung dieses Berichtes: 14. Dezember 1908.

Beide Kinder, Otto und Franz, stehen unter fortwährender Bewachung des Vereines zum Schutze gegen die Tuberkulose, die täglichen Milchportionen erweisen sich als außerordentlich vorteilhaft, Franz hat in 3 Wochen 26 dg zugenommen. Otto wird vom Kasino, Franz vom obigen Verein vollständig bekleidet. In der Schule ist über Otto keine Klage mehr eingelaufen.

Der Vater, der erst infolge meiner Berichte durch den Richter auf die Verhältnisse in seinem Hause aufmerksam gemacht worden ist, schritt ein und die Mutter nimmt nun die Sache sehr ernst.

Ich bin durch die Erfolge sehr erfreut. Sollte, wie ich hoffe, meine intensive Tätigkeit — anfangs hatte ich ungeheuer damit zu tun — in diesem

Fälle nun nicht mehr nötig sein, dann kann ich die Obhut über andere Kinder übernehmen.

Fortsetzung des Berichtes: 4. April 1909.

Meinen Schützlingen geht es „leider“ zu gut, „leider“ sage ich deswegen, weil ihnen der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose alle Zuwendungen, die sie durch meine Intervention erhielten, entzogen hat, weil — es ihnen zu gut geht! Durch vier Monate bekamen die 2 Buben täglich eine Flasche Milch, jede Woche Honig, Kakao, Lebertran. Nun hat sich ihr körperliches Befinden so außerordentlich gebessert, daß der Verein einen Monat aussetzen will.

Im Hause der Kinder ist eine wesentliche Veränderung zum Guten vor sich gegangen. Die Mutter hat seit meinem Einschreiten das Haus nicht mehr verlassen, sie betreut die Kinder ganz sorgsam, der Lehrer und der Direktor loben die Kinder als gehorsam und brav, besonders der Direktor ist ganz begeistert von — der Jugendfürsorge.

Franzens Augen sind fast vollständig ausgeheilt, die Wunde Ottos ver-
narbt zuheils.

Einen Zug der Betreuten glaube ich nicht vorenthalten zu dürfen.

Als ich gestern die zwei Jungen behufs Vorführung zum Arzte abholte, überreichte mir der Kleine ein Päckchen, das — Glacehandschuhe enthielt und die Mutter hält mir mit Tränen in den Augen eine Ansprache, dankt mir für alles und bittet mich, das Geschenk anzunehmen. Ich muß gestehen, daß ich ganz perplex war! Wohl ein seltenes Vorkommnis, daß ein „Vormund“ von den Mündeln beschenkt wird! Ich nahm, um die Leute nicht zu kränken, die Handschuhe an und hoffe, daß ich mich dadurch gegen meine amtlichen Pflichten nicht vergangen habe. Die Handschuhe sind mir zwar so groß, daß ich 3 Hände in einen hineinstecken kann, aber sie freuen mich doch riesig, denn ich sehe, daß mich die Leute lieb haben.
M. F.

Diese Berichte zeigen wohl zur Genüge, welch weites Arbeitsfeld segensreichen, hochbefriedigenden, gemeinnützigen Wirkens sich den Frauen eröffnet und daß die Institution der „freiwilligen Vormundschaspflegerinnen“ ihre volle Daseinsberechtigung hat: alle diese Kinder, die jetzt einer so sorgfältigen Obhut anvertraut sind in Prag sind es gegenwärtig 18! — wären ohne sie physisch und auch psychisch dauernd schwer geschädigt worden, trotzdem sie einen „gehehlichen Vertreter“, den Vater oder einen Vormund, haben; und die „Obervormundschaft“, das Vormundschaftsgericht, hätte dies nicht hindern können, denn es hatte keine Ahnung von all diesen Verhältnissen; es hätte auch jetzt noch keine Kenntnis davon erlangt, wenn nicht die Direktionen der deutschen Volksschulen Notiz genommen hätten von der Institution der freiwilligen Vormundschaspflegerinnen und deren Hilfe für die schulaufsichtsbedürftigen Schulkinder angerufen hätten. Dies ist ein neuer Beweis dafür, welch ungemain hohe Bedeutung für eine gedeihliche gerichtliche Jugendfürsorgetätigkeit der Mitwirkung der Schule beigemessen werden muß.

Auch in den anderen oberwähnten Städten sind solche freiwillige Helferinnen erfolgreich tätig. Hierüber äußert sich z. B. Herr Landesgerichtsrat Wimmer, der Leiter des Bezirksgerichtes Reichenberg und Vorstand des dortigen Kinderschutzbereiches (Landbezirk): „Soviel ich von den hiesigen Vormundschaspflegerinnen, welche sehr eifrig ihres Amtes walten, hörte, haben dieselben eine Besserung in dem Verhalten der ihnen zugewiesenen Kinder bewirkt. So z. B. ist ein Mädchen, das trotz seiner 15 Jahre schon Freudenmädchen war, durch die Einwirkung der Vormundschaspflegerin Arbeiterin in einer Fabrik geworden

und verhält sich bis jetzt sehr brav. Ich bin der Überzeugung, daß mit den Vormundschafspflegerinnen viel Gutes erzielt werden wird."

Frauen als Waisenspflegerinnen im Dienste des Vormundschaftsgerichtes und ihre Organisation im Friedländer Gerichtsbezirke.

Besprochen vom

k. k. Landesgerichtsrat Franz Janisch, Friedland.

(Nachdruck untersagt.)

Nach österreichischem Rechte kann die Übernahme fremder Verbindlichkeiten von jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes erfolgen (§ 1349 a. BGB.) Personen weiblichen Geschlechtes stehen unter keiner Geschlechtsvormundschaft. Immerhin übt das Geschlecht einen Einfluß auf die gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten. Wenn es auch einen Unterschied bei der gesetzlichen Erbfolge oder dem Ansprüche auf einen Pflichtteil (§§ 732, 763 a. BGB.) nicht begründet, so ist die Verschiedenheit des Geschlechtes besonders von Einfluß auf die aus dem ehgattlichen und elterlichen Verhältnisse hervorgehenden Rechte.

In der Ehe ist der Mann das Haupt der Familie, welcher der Ehegattin nach seinem Vermögen den anständigen Unterhalt zu verschaffen hat, während die Frau dem Manne in der Erwerbung nach Kräften beizustehen hat. Die Frau erhält den Namen des Mannes und genießt die Rechte seines Standes. Sie ist verbunden ihm in den Wohnsitz zu folgen. (§§ 91 u. 92 a. BGB.)

Die Eltern sind verpflichtet ihre Kinder zu erziehen.

Die Pflicht des Vaters ist es, vorzüglich solange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können. Seiner Erziehung obliegt die Entwicklung der Geisteskräfte und der Unterricht in den nützlichen Kenntnissen, so auch die Ausbildung für einen Lebensberuf, während die Mutter insbesondere die Pflege des Körpers, die Sorge für das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder zu leiten hat. (§§ 141, 142 und 148 a. BGB.)

Die Person des Waisen ist vor allem der Mutter, selbst dann, wenn sie sich wieder verheiratet hat und die Vormundschaft nicht übernommen hat, anzuvertrauen. (§ 218 a. BGB.)

Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch räumt sohin den Frauen ebenfalls die Mitwirkung bei der Pflege und Erziehung der Kinder ein.

Die Bestimmung des § 178 a. BGB. ermächtigt überdies jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes im Interesse der Minderjährigen seine Wahrnehmungen dem Gerichte mitzuteilen und dessen Hilfe anzurufen.

Wenn man Frauen, die sich freiwillig melden, die Aufsicht und Überwachung über Kinder, die der Fürsorge bedürfen, übertragen wird, so ergibt sich nach dem geltenden Rechte kein Bedenken.

In dieser Erwägung hat das k. k. Justizministerium mit dem Erlasse vom 9. Jänner 1908 Z. 94/8, eröffnet, daß die Heranziehung von Frauen zur Waisenflege und Jugendfürsorge insbesondere bei Ausübung der pflegschafts-

behördlichen Fürsorge für die persönlichen Verhältnisse der Minderjährigen voraussichtlich förderlich sein wird und gab seiner Ansicht Ausdruck, daß es sich dort, wo Gemeindewaisenräte nach Friedländer Muster bestehen, empfehlen wird, die Frauen als Waisenpflegerinnen mit dieser Organisation in Verbindung zu bringen.

Die Gemeindewaisenräte können ihren Aufgaben als Hilfsorgane des Vormundschaftsgerichtes nur dann entsprechen, wenn sie mit den Mündeln und Pflegebefohlenen und ihren gesetzlichen Vertretern in unmittelbarer und ständiger Fühlung bleiben.

Das Mittel hierzu können bei ausgedehnteren Gemeinden und Städten die Gemeindewaisenräte nicht immer in ihrer Zusammensetzung finden oder in den Kenntnissen und Wahrnehmungen, über die gerade die einzelnen Mitglieder der Gemeindewaisenräte verfügen.

Es bedarf somit noch einer seiner ausgestalteten Organisation, die die Geschäftslast auf eine breitere Fläche verteilt und durch Dezentralisation des Fürsorge- und Überwachungsdienstes dessen Funktionen so leistungsfähiger macht, wie es nach Maßgabe des einzelnen Falles erforderlich ist.

Zu diesem Behufe wird sich die Unterstützung durch Frauen im Überwachungsdienste besonders bewähren, da sie, vermöge ihrer Hingabe an fremde Interessen, ihres Bartgefühles und Tactes ganz besonders zur Beaufsichtigung von Kindern und zur Überwachung weiblicher Minderjähriger geeignet sind.

Am 27. April 1908 berief ich die Vorsitzenden der Gemeindewaisenräte des Gerichtsbezirkes Friedland zu einer Besprechung über die Einführung der Waisenpflegerinnen. Nach Darlegung des Sachverhaltes haben dieselben einhellig der Einführung von Waisenpflegerinnen bei den einzelnen Gemeindewaisenräten zugestimmt. Dem Ersuchen an die Gemeindewaisenräte für die in jeder Gemeinde befindlichen verwaiseten, verlassenen, unehelich geborenen oder sonst schutzbedürftigen Pflegekinder, zur Überwachung und Übung Fürsorge derselben, Waisenpflegerinnen zu bestellen, wurden die Grundsätze, die bei Bestellung der Waisenpflegerinnen zu beachten sind, bekannt gegeben, als:

1. Jede Gemeinde ist hierzu in eine Anzahl von Überwachungsbezirke zu teilen.
2. Die Pflegekinder jedes Überwachungsbezirkes werden einer Anzahl von Waisenpflegerinnen in Aussicht und Fürsorge gegeben.
3. Jede Waisenpflegerin erhält höchstens 2 bis 3 Kinder zur Aufsicht.
4. In jeder Gemeinde ist ein alphabetisches Verzeichniß der Pflegekinder anzulegen und fortzuführen.
5. Die Waisenpflegerinnen sind dem k. k. Bezirksgerichte als Vormundschaftsgerichte namhaft zu machen. Das Vormundschaftsgericht stellt denselben Bestellsurkunden aus.
6. Jede Waisenpflegerin erhält überdies eine Geschäftsanweisung.
7. Die vom Vereine „Kinderschutz“ in Friedland verfaßten Pflegebücher für die einzelnen Pflegekinder werden den Gemeindewaisenräten zum Selbstkostenpreise überlassen. Die Pflegebücher sind vom Gemeindewaisenrate für jedes Pflegekind auszufertigen und den Pflegeeltern zu übergeben, welche die dort angeführten allgemeinen Bestimmungen und die über die Anleitung zur Kinderpflege genau zu beachten haben.
8. Die Waisenpflegerinnen und die Mitglieder des Gemeindewaisenrates tragen am Besuchstage ihren Befund über die Pflege des Kindes ein.
9. Die Waisenpflegerinnen werden in ihre Dienstobliegenheiten nicht nur durch die für Waisenpflegerinnen festgelegte Geschäftsanweisung und die Anleitung zur Kinderpflege eingeführt, es wird auch praktische Anleitung in Besprechungen bei dem Vormundschaftsgerichte gegeben werden.

Im Laufe des Monats Juli 1908 konnten bereits sechsundsechzig Frauen vom Vormundschaftsgerichte als Waisenpflegerinnen bestellt werden. Mit Ende des Jahres 1908 fungieren beim Bezirksgerichte Friedland nicht weniger als einhundertvierundvierzig Frauen aus allen Bevölkerungsfreisen als Waisenpflegerinnen, gewiß eine stattliche Zahl, welche an der Schaffung dieser Institution zum Wohle der schutzbedürftigen Jugend das regste Interesse bekundet und nicht nur Zeugnis für ein richtiges Erfassen des Amtes der Waisenpflegerinnen gibt, sondern auch zeigt, daß im Friedländer Bezirke Jugendfürsorge und „Kinderschutz“ fest Wurzel gefaßt haben, sich auf vorbildlicher Höhe bewegen und sich der Mitwirkung vieler selbstloser edler deutscher Frauen erfreut.

In den Tagen des 9., 10. und 11. November 1908 traten beim Bezirksgerichte Friedland als Vormundschaftsgerichte die Waisenpflegerinnen zur Besprechung und Organisation mit den 38 Vertretern der einzelnen Gemeindewaisenräte zusammen. Die als Waisenpflegerinnen bestellten Frauen erschienen fast vollständig.

An der Hand der Geschäftsanweisung wurden praktische Winke und Aufklärungen gegeben, welche volle Zustimmung fanden. In den Gemeinden Friedland, Dittersbach, Ebersdorf, Haindorf, Lisdorf, Wildenau, Wildeneichen, Raspenau, Weißbach-Wilhelmshöhe und Wünchendorf, sohin in zehn größeren Gemeinden, wurde überdies die Organisation der Waisenpflegerinnen nach Art der Gemeindewaisenräte durchgeführt.

Die Waisenpflegerinnen sind Frauen von Großindustriellen, Beamten, Notaren, Ärzten, Lehrern, Förstern, Baumeistern, Privaten, Kaufleuten, Bürger, Gutsbesitzern, Fabrikbesitzern, Landwirten und Handels- und Gewerbetreibenden, gehören sohin den besten und doch verschiedenartigsten Bevölkerungsfreisen an, wodurch die große Sympathie in allen diesen Kreisen klar erhellt. Diese, gepaart mit dem regen Interesse der als Waisenpflegerinnen bestellten Frauen für ihr Amt, berechtigt zur Annahme, daß die Frauen als Waisenpflegerinnen zum Wohle der verwaisten und schutzbedürftigen Jugend stets erfolgreich wirken werden.

Die Waisenpflegerinnen werden von mancher Seite, sogar auch von Behörden, ganz unrichtig „Vormundschaftspflegerinnen“ genannt. Diese Benennung entspricht der Funktion der Pflegerinnen in keiner Weise und ist auch nicht prägnanter, als die Benennung „Waisenpflegerin“. Durch den Namen „Waisenpflegerin“ ist festgelegt, daß die Waisenpflegerin für das Waisenkind, welches dem Volke als Symbol des schutzbedürftigen Kindes überhaupt gilt, und womit im Volke auch das von Eltern verlassene und uneheliche Kind bezeichnet wird, bestellt erscheint, was der Sache vollkommen entspricht.

Deshalb hat wohl auch der dem Herrenhause vorliegende „Gesekentwurf betreffend die Änderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des bürgerlichen Gesekbuches“ im § 37 die Pflegerinnen verwaister und schutzbedürftiger Kinder ganz richtig als „Waisenpflegerinnen“ bezeichnet.

Jede Waisenpflegerin erhält in der ihr übergebenen gedruckten, von mir verfaßten „Geschäftsanweisung für die Waisenpflegerinnen“ eine Richtschnur für ihre waisenpflegerische Tätigkeit. Die Geschäftsanweisung bestimmt:

Das Vormundschaftsgericht übt die Fürsorge und Aufsicht mit Hilfe der zuständigen Gemeindewaisenräte unter Zuziehung von Vormünder, Ärzten, Waisenpflegerinnen und des Vereines „Kinderschutz“ gemeindeweise alle Pflegefinder, welche verwaist, verlassen, unehelich geboren, gefährdet oder sonst schutzbedürftig sind u. zw. von der Geburt ab bis zu ihrer Entlassung aus der Schule und Erlernung eines Lebensberufes; bei unehelichen Kindern

gleichviel, ob sie von der Mutter oder von fremden Personen versorgt werden.

Die Waisenspflegerinnen haben unter Leitung und Aufsicht des Gemeindewaisennrates zur Erfüllung seiner Aufgaben mitzuwirken.

Die Waisenspflegerinnen unterstützen den Gemeindewaisennrat bei Überwachung und Übung der Fürsorge über die verwaisten, verlassenen, unehelichen, gefährdeten und sonst schutzbedürftigen Pflegekinder in der Gemeinde.

Sie haben insbesondere Erkundigungen über diese Kinder einzuziehen und periodische Nachschau und Überwachung zu pflegen.

Die Beaufsichtigung von Säuglingen, Kinder unter 7 Jahren und die Überwachung der weiblichen Mündel über 7 Jahren ist insbesondere den Waisenspflegerinnen übertragen.

Die Überwachung und Übung der Fürsorge der Pflegekinder jeder Gemeinde wird dadurch geregelt, daß jede Gemeinde hiezu in eine Anzahl von Überwachungsbezirken geteilt und die Pflegekinder jedes Überwachungsbezirktes einer Anzahl von Waisenspflegerinnen in Aufsicht und Fürsorge gegeben werden.

Jede Waisenspflegerin erhält höchstens zwei bis drei Kinder zur Aufsicht.

Die Waisenspflegerinnen haben periodisch die ihnen zur Aufsicht übergebenen zwei bis drei Kinder längstens jeden Monat einmal in der Wohnung zu besuchen, wenn notwendig öfter in kürzeren Zeiträumen, sich die Kinder vorstellen zu lassen und die erforderlichen Ratschläge und Anordnungen für die Pflege und Erziehung der Pflegekinder zu treffen und sich zu überzeugen, ob die Pflegeeltern denselben pünktlich nachkommen.

Nimmt die Waisenspflegerin Mängel oder Pflichtwidrigkeiten wahr, so hat sie auf deren Abstellung durch Vorhalte und Ermahnungen hinzuwirken und erforderlichen Falles dem Gemeindewaisennrate oder Verein „Kinderschutz“ — bei Gefahr im Verzuge auch dem Vormundschaftsgerichte — Anzeige zu erstatten oder zu veranlassen, daß das Kind aus der ungeeigneten Pflegestelle genommen und vorläufig oder dauernd anderweitig untergebracht wird.

Die Waisenspflegerin hat dem Gemeindewaisennrate periodisch oder auf Ersuchen über das persönliche Ergehen und Verhalten des Pflegekindes Auskunft zu erteilen und den Befund am Besuchstage in das Pflegebuch des Pflegekindes einzutragen.

Die Waisenspflegerin hat alles, was sie bei Ausübung ihres Amtes erfährt, geheim zu halten und darf niemandem, außer wer ein Recht darauf hat, Mitteilung machen. Die Pflicht zur Verschwiegenheit dauert auch nach Beendigung des Amtes fort.

Die in dem Pflegebuche jedes Pflegekindes enthaltene „Anleitung zur Kinderpflege“ und die „Allgemeinen Bestimmungen“ haben die Waisenspflegerinnen genau zu beachten und sich zur Richtschnur bei ihrer waisenspflegerischen Tätigkeit zu nehmen.

Den Verhandlungen der Gemeindewaisennräte, insbesondere in den Anlässen, in denen die Waisenspflegerinnen tätig sind, können sie mit beratender Stimme beigezogen werden.

In größeren Gemeinden, wo mehr als fünf Waisenspflegerinnen bestellt sind, können sich dieselben mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes den Gemeindewaisennräten gleich organisieren und entsenden sodann zu den Sitzungen des Gemeindewaisennrates ihre Vertreter.

Der Geschäftsanweisung sind auch die Grundsätze bezüglich Auswahl der Pflegeeltern und kurz die Pflichten der Pflegeeltern beigeedruckt, wie folgt:

- a) Die allgemeinen Erfordernisse für Pflegeeltern sind guter Ruf, Sittlichkeit, Fähigkeit zur Kindererziehung, Ordnungsliebe und Liebe zu Kindern.

- b) Personen, welche zur Klasse der Armen gehören, auch wenn sie eine öffentliche Unterstützung nicht erhalten, können zur Verpflegung und Erziehung von Pflegekindern nicht für geeignet erachtet werden, weil die Verpflegskosten nicht eine Unterstützung für Pflegeeltern, sondern lediglich einen Beitrag für das Pflegekind beinhalten, so daß die Pflegeeltern daher ein ihrem Stande entsprechendes Auskommen haben müssen, wenn sonst die allgemeinen Erfordernisse für die Pflegeeltern bei ihnen vorhanden sind.
- c) Ein Kind ist auch dorthin nicht in Pflege zu geben, wo die Verhältnisse der Pflegeeltern auch nur vermuten lassen, daß dasselbe hauptsächlich zu Dienstverrichtungen, insbesondere zu Erwerbszwecken, verwendet werden soll.

Hiedurch soll nicht die Verwendung des Pflegekindes zu häuslichen Geschäften untersagt sein, nur darf durch diese Verwendung niemals die Gesundheit oder der Schulbesuch des Kindes beeinträchtigt werden.

- d) Als Pfleger — Pflegestellen — sind auch solche Personen ausgeschlossen, welche Bettgeher halten oder welche dem Kinde nicht eine für dasselbe allein bestimmte Lagerstätte bieten können, oder deren Wohnung auf den Gesundheitszustand des Kindes nachteilig einwirken kann.

Die Pflichten der Pflegeeltern sind vor allem, daß das Kind nicht nur ernährt, bekleidet, reinlich gehalten und mit einem eigenen, nur allein für dasselbe bestimmten Bette versehen, sondern auch liebevoll, sorgfältig und so erzogen wird, wie es die Pflegeeltern vor Gott und ihrem Gewissen verantworten können.

Das Kind muß die nötige Zeit zum Besuche der Schule und zur Aufbereitung der Schularbeiten besitzen. Dasselbe kann in leichten häuslichen Berrichtungen Verwendung finden, darf aber niemals über seine Kräfte hinaus angestrengt werden und muß täglich Zeit zur Erholung und Bewegung in freier Luft haben.

Bei Mädchen wird noch die Unterweisung in weiblichen Handarbeiten gefordert.

Eine möglichst sorgfältige und gewissenhafte Überwachung der Säuglinge und Pflegekinder bis zu vier Jahren gerade dieser vorzugsweise unehelichen Kinder und ihre Pflege ist im Interesse des Gemeinwohlens um so notwendiger als sich um dieselben seitens der Angehörigen in der Regel niemand kümmert und diese Kinder infolge der mangelhaften Pflege meist frühzeitig hinsterven.

Nach der Geschäftsordnung für Waisenspfliegerinnen können in größeren Gemeinden, wo mehr als fünf Waisenspfliegerinnen bestellt sind, sich dieselben mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes den Gemeindevaisenträten gleich organisieren und werden sodann: Organisation der Waisenspfliegerinnen genannt, welcher Benennung der Name der Gemeinde ihrer Tätigkeit beigelegt wird, so daß z. B. die in Mildeneichen organisierten Waisenspfliegerinnen: „Organisation der Waisenspfliegerinnen in Mildeneichen“ genannt werden.

Die Bestimmungen für die Bildung der Organisation der Waisenspfliegerinnen lauten:

Die Waisenspfliegerinnen wählen im Monate Dezember für drei folgende Kalenderjahre mit Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte die Vorsitzende und ihre Stellvertreterin, sowie die 1. und 2. Schriftführerin.

Die gewählten Funktionärinnen werden dem zuständigen Gemeindevaisenträte und dem Vormundschaftsgerichte schriftlich bekannt gegeben. Zu

den Sitzungen des Gemeindewaisenrates entsendet die Waisenspflegerinnenorganisation ihre Vertreter.

Der Gemeindewaisenrat entsendet zu den Beratungen der Waisenspfliegerinnenorganisation ebenfalls, wenn es im Interesse der Jugendfürsorge und des Kinderchuzes notwendig ist, einen Vertreter.

Die Waisenspfliegerinnen treten über Einladung der Vorsitzenden oder im Sinderungsfalle der Stellvertreterin im Vorſiße, wenn notwendig, wenig ſten s aber vierteljährig einmal zur Beratung zuſammen.

Die gefaßten Beſchlüſſe werden in das Beratungsprotokoll eingetragen. Durch den Gemeindewaisenrat oder direkt erſtatten die Waisenspfliegerinnen jährlich Anfang Jänner einen Tätigkeitsbericht an das Vormundſchaftsgericht.

Die Waisenspfliegerinnenorganisation wird mit dem Gemeindewaisenrate und Verein „Kinderchuz“ trachten, Säuglingsheime zu gründen, das heißt, Säuglinge in einwandfreien Familien unterzubringen.

Die Beſtimmung wegen Gründung von Säuglingsheimen hielt ich im Friedländer Gerichtsbezirke beſonders wichtig und lenkte bei der Beſprechung das Augenmerk hierauf, weil Friedland unter den deutſchen Bezirken Böhmens mit der höchſten Sterblichkeitsziffer von Säuglingen leider an erſter Stelle ſteht, indem vor Ablauf des erſten Lebensjahres von tauſend Lebendgeborenen im Friedländer Bezirke 367 Perſonen, ſohin über 33%, ſterben. Um die waiſenpfliegeriſche Tätigkeit im Sinne der Geſchäftsordnung durchführen zu können, iſt ein unmittelbarer Verkehr zwiſchen der Mutter des Pfliegerkinds oder der Perſon, in deren Obhut ſich das Kind befindet und der Waiſenpfliegerin notwendig. Auskünfte und Vorſehungen zugunſten der Pfliegerkinder werden in vielen Fällen von der Kindesmutter oder den Pfliegereltern des Kindes nur dann zu erhalten ſein, wenn ſie die Gewißheit beſitzen, daß nicht Neugierde, ſondern die Förderung des Wohles des Kindes der Beweggrund iſt.

Aus dieſem Grunde und um die Autorität der Waiſenpfliegerin zu ſtärken, iſt es zweckentſprechend, die Waiſenpfliegerin mit einer auf ihre durch das Vormundſchaftsgericht erfolgten Beſtellung bezughabende Urkunde, Beſtellungsurkunde oder Legitimationskarte zu verſehen.

Ich habe jeder Frau, die als Waiſenpfliegerin beſtellt wurde, eine Beſtellungsurkunde folgenden Inhaltes behändigen laſſen.

Beſtellungsurkunde

für Frau N. N. in N., welche vom k. k. Bezirksgerichte Friedland als Waiſenpfliegerin für verwaiste, verlaſſene, gefährdete und ſonſt ſchutzbedürftige Kinder in der Gemeinde X beſtellt wurde.

K. k. Bezirksgericht Friedland, den (Unterschrift.)

(Siegel.)

Dieſe Art der Beſtellung, welche von den ämtlich empfohlenen Legitimationskarten, wornach jede Waiſenpfliegerin für ein beſtimmtes, dem Namen nach zu benennendes Pfliegerkind zu beſtellen wäre abweicht, habe ich deſhalb gewählt, weil nach den gemachten und vielfach bereits beſtätigten Erfahrungen die Beſtellung jeder Waiſenpfliegerin für Pfliegerkinder in der Gemeinde des Wohnſiße der Waiſenpfliegerin ſich als ſehr praktiſch erweiſt. Bei ſolcher Beſtellung beſteht eine viel größere Bewegungsfreiheit in der Zuteilung der Pfliegerkinder an die einzelnen Waiſenpfliegerinnen und bei jedesmaligem Wechſel des Kindes, ſei es inſolge Sterbens, Überſiedlung in eine andere Gemeinde, Austritt aus der waiſenpfliegeriſchen Überwachung u. dgl. m.,

wird eine Ausfertigung einer neuen Bestellsurkunde oder Legitimationskarte an die Waisenspfliegerin entbehrlich, so daß schließlich auch Zeit und Arbeit erspart wird.

Die Geschäftsanweisung für Waisenspfliegerinnen, in Buchform gedruckt, enthält auf ihrem harten Umschlage die Bestellsurkunde der Waisenspfliegerin. Die Waisenspfliegerin ist bei Ausübung ihrer Tätigkeit hiedurch jedesmal legitimiert und kann hiebei die Geschäftsanweisung im Falle der Notwendigkeit sofort benützen.

Nach den beim Vormundschaftsgerichte eingelangten Verzeichnissen der Pflegekinder in den 38 Gemeinden des Friedländer Gerichtsbezirkes üben die 146 als Waisenspfliegerinnen bestellten Frauen die waisenspfliegerische Fürsorge über sechshundertundvier Pflegekinder aus.

Die Organisation der Waisenspfliegerinnen der Stadt Friedland, der 18 Frauen als Waisenspfliegerinnen angehören, hielten am 18. November 1908 ihre erste Sitzung beim Bezirksgerichte Friedland unter meiner Leitung im Beisein des vom Friedländer Gemeindewaisenrate für die Sitzungen der Waisenspfliegerinorganisation bestimmten ständigen Delegierten ab.

Alle Friedländer Waisenspfliegerinnen hatten die ihnen zur Überwachung und Fürsorge überwiesenen verwaisten und schutzbedürftigen Kinder, 85 an der Zahl, bereits in ihrer Wohnung besucht und sich dieselben vorstellen lassen. Die Pflegeeltern gaben denselben auf alle das Kind betreffenden Fragen bereitwillig Auskunft und wurde zum Besten einer gedeihlichen Jugendfürsorge die waisenspfliegerische Fürsorge durchgeführt.

Es wurde erhoben, daß mehrere Kinder tagsüber aufsichtslos gehalten werden, einige eine notwendige ärztliche Behandlung bedürfen, welche auch sofort der Verein „Kinderschutz“ aus Mitteln des Vereines einleitete. Im Übrigen war die Erziehung und Verpflegung der Kinder einwandfrei.

Im Verlaufe dieser Sitzung kam hervor, daß die Waisenspfliegerinnen mit Vorteil in Ausübung ihrer waisenspfliegerischen Fürsorge bei schulpflichtigen, verwaisten, gefährdeten und unehelichen Kindern oftmals in die Lage kommen, die Schulbehörden in Anspruch zu nehmen. Ich habe alle Schulbehörden des Gerichtsbezirkes ersucht, daß sie in solchen Fällen den Waisenspfliegerinnen im Sinne des § 219 der Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 29. September 1905, Nr. 159 RGBl., hilfreich an die Hand gehen und ihnen alle notwendigen Auskünfte bereitwilligst erteilen.

Die Organisation der Waisenspfliegerinnen der Gemeinde Mildeneichen und der Ortschaft Karolenthal, welcher sieben Frauen als Waisenspfliegerinnen angehören, traten am 19. Jänner 1909 zur ersten Sitzung zusammen. Die Waisenspfliegerinnen haben die ihrer Überwachung unterstellten Kinder in Mildeneichen 28 an der Zahl und 5 in Karolenthal besucht und sich vorstellen lassen. Die Pflegeeltern gaben auf alle Fragen bereitwillig Auskunft und legten ein höfliches Benehmen an den Tag. Bei den Besuchen der Pflegekinder durch die Waisenspfliegerinnen wurde erhoben, daß ein 4 Jahre altes Kind taubstumm und ein uneheliches Kind lahm ist, zwei Kinder tagsüber aufsichtslos gelassen werden, eine ordentliche Erziehung nicht erhalten und zu verwahrlosen drohen, und ein uneheliches Kind im Alter von 7 Monaten schwächlich ist, deshalb einer besonders sorgfältigen Pflege und Ernährung bedarf. Die Waisenspfliegerinnenorganisation traf teils selbst die notwendigen Anordnungen teils durch den Gemeindewaisenrat und durch das Vormundschaftsgericht. Die Organisation der Waisenspfliegerinnen in Raspenau, welcher sechs Frauen als Waisenspfliegerinnen angehören, trat am 26. Jänner 1909 zur zweiten Sitzung zusammen. Hiebei wurde festgestellt, daß alle Pflegekinder der Gemeinde von den Waisenspfliegerinnen in ihrer Wohnung besucht wurden,

bereitwilligst Auskunft erhielten. Alle Pflegekinder wurden in guter Pflege gefunden, in zwei Fällen wurde die notwendige ärztliche Behandlung eingeleitet und in zwei Fällen der Gemeindewaisenrat ersucht, zwei schulentlassene Waisenkneben der Lehre für ein Handwerk zuzuführen.

Aus der Tätigkeit der Waisenpflegerinnen erhellt unzweifelhaft, von welchem guten Einfluß und wie segensreich ihr Wirken ist.

Der Gesetzentwurf „betreffend die Änderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches“, welcher dem Herrenhause des österreichischen Reichsrates vorliegt, und der „über die Fürsorgeerziehung“ legen das Institut der Waisenpflegerinnen im Wege des Gesetzes fest.

Nach § 37 des ersten Gesetzentwurfes wird bestimmt, daß der Gemeindewaisenrat — dort Vormundschaftsrat genannt — zu Zwecke der Durchführung seiner Aufgaben Waisenpflegerinnen verwenden und unter seiner Leitung und Aufsicht einzelne Geschäfte oder Gruppen von Geschäften von ihnen besorgen lassen kann.

Der Gesetzentwurf über Fürsorgeerziehung ordnet im § 34 an, daß bei Durchführung der Fürsorgeerziehung zur Überwachung derselben in der eigenen oder in einer fremden Familie vom Vormundschaftsgerichte besondere Vertrauenspersonen zu bestellen und als solche tunlichst Waisenpflegerinnen heranzuziehen sind.

Sobald beide Gesetzentwürfe Gesetzeskraft erlangen, erhalten die bereits freiwillig in der Jugendfürsorge tätigen Waisenpflegerinnen auch durch diese Gesetze eine weitere gesetzliche Unterlage und ihr Tätigkeitsgebiet eine gesetzliche Begrenzung.

Kindermißhandlungen.

Von Marianne Tuma v. Waldkampff.

(Nachdruck verboten.)

Überall, wo es zur Sprache kommt, wird dieses Thema mit der Bemerkung eingeleitet, es wäre dies wohl das traurigste Kapitel unseres kulturell so hochstehenden Zeitalters, dem damit der Vorwurf gemacht wird, es wäre — trotz allen Fortschritts, bisher nicht imstande gewesen, auf allen Lebensgebieten eine achtungsgebietende Höhe zu erreichen.

Ofter schon wurde den Gründen nachgeforscht, die zu der beschämend-traurigen Erscheinung der Kindermißhandlungen Anlaß geben. Man ist dabei zu dem Ergebnisse gekommen, daß hier so mancherlei Faktoren mitwirken, von denen materielle Not, Roheit (stark beeinflusst durch mangelhafte oder gänzlich fehlende Geistes- und Herzensbildung) und Alkohol die stärksten Antriebe sind.

Kindermißhandlung! — Was alles fassen wir eigentlich unter diesen Begriff?

Wenn wir genau zusehen, so bemerken wir, daß seine Grenzen keineswegs scharf umrissen sind und daß wir — je nach individueller Auffassung, abhängig von der Kulturstufe, die wir persönlich erreichten — sehr verschiedenes unter dem Worte „Kindermißhandlung“ verstehen können, ebenso, wie wir dem Grundbegriffe „Mißhandlung“ eine ganze Reihe von

Darstellungen einzuordnen vermögen. Wie sehr entwicklungsfähig dieser Begriff ist, erhellt am besten aus der Tatsache, daß frühere Zeitalter von einer Kindermißhandlung nichts wußten, nicht deswegen etwa, weil damals die Kinder nicht schlecht behandelt worden wären, sondern weil damals das Elternrecht als eine unumchränkte Gewalt galt, das Kind dagegen gewissermaßen nur als Sache betrachtet wurde. Man könnte mithin sagen, die Aufhebung der Sklaverei sei der Ahnherr der Kinderschutzbewegung gewesen, dann erst rief laut und vernehmlich der Sklave nach Freiheit und Menschenrechten, dann forderte diese der „vierte Stand“, die arbeitenden Klassen, das Weib rang nach Befreiung von Vorurteilen und endlich hatte man auch gelernt, das stumme Flehen der hilflosen Kinder zu verstehen. Folgerichtig steckt die fortschreitende Kultur die Grenzen immer weiter und manches, was früheren Generationen noch nicht beachtenswert erschien, als selbstverständlich galt, erscheint dem „Jahrhundert des Kindes“ als rechtswidrig und grausam.

Es versteht sich von selbst, daß in die Klasse der mißhandelten Kinder alle jene zu zählen sind, die durch Schläge, Hunger, durch Schlafen oder Aufenthalt in zu kalten oder sonst irgendwie ungesunden Räumen, durch Heranziehung zu schwerer körperlicher Arbeit usw. an ihrer Gesundheit Schaden nehmen, durch eben diese Einflüsse in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmt werden; ferner solche, die durch böse Beispiele, schlechte Gesellschaft Gefahr laufen, moralisch zu verkommen. Dies wäre die Vorstellung, die man im allgemeinen mit dem Worte Kindermißhandlung verbindet und es läßt sich nicht leugnen, daß gerade auf diese Formen die materielle Not — hervorgerufen durch die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse einerseits — (fortgesetzt steigende Lebensmittel- und Wohnungspreise, aufs äußerste entfachte Konkurrenzkampf), der Kinderreichtum der Familien andererseits — den größten Einfluß haben. Leider stehen nur zu oft diese beiden in einem umgekehrten Verhältnisse; ihr Zusammenhang kommt aber den betreffenden Eltern meist erst zu Bewußtsein, bis eine Schar hungriger Schnäbel nach Brot ruft, das zu beschaffen jedoch mit Anspannung aller Kräfte nicht gelingen will. Welcher Denkende und Mitfühlende könnte da wohl den ersten Stein werfen, wenn er sieht, daß Kinder solcher Familien im zarten Alter zu unverhältnismäßig schwerer Arbeit herangezogen, schlecht genährt, unzulänglich bekleidet, der Schule ferngehalten werden, wenn die kleineren dieser Kinder — sich selbst oder ebenfalls noch sehr jungen Geschwistern überlassen — Schaden nehmen, ihr Leben einbüßen? Ja, wenn in einem solchen Falle selbst die Mißhandlung im eigentlichen Sinne des Wortes auftritt, so ist sie gewiß abstoßend und verwerflich, aber immerhin bis zu einem gewissen Grade entschuldbar. Nicht diesen Armutgebeugten, wohl aber der Gesellschaft, die ihre Mitmenschen in solcher Unwissenheit, solchem Elend hinschmachten läßt, muß man ein vernichtendes „J'accuse“ zurufen!

Auf diese Formen der Kindermißhandlungen hat auch der Alkohol einen großen Einfluß, einerseits als ein, die Ausgaben der Familie bedeutend erhöhender Faktor, andererseits als Sinnverwirrer. Es ist daher der Kampf gegen den Alkoholgenuß ein Teil der sozialen Bestrebungen und es kann nicht oft genug betont werden, wie wichtig es ist, diesem Gebiete ein volles Augenmerk zuzuwenden. Namentlich die Frauen, deren vitalste Interessen viel häufiger als man allgemein glaubt, durch den Dämon Alkohol auf das Schwerste bedroht werden, sollten in diesen Kampf eintreten.

Ein weiteres Moment, das als eine Hauptursache der Kindermißhandlung gilt, ist die uneheliche Mutterchaft, bzw. die illegitime Geburt. Sicher ist, daß ein unerwünschtes Kind gar häufig von seiner Geburt an als lästiger Eindringling behandelt wird, welche Behandlung — je nach Gemütsart,

Kulturstufe der betreffenden Umgebung in einem empfindlichen Manko an Liebe und Sorgfalt oder in direkter Mißhandlung besteht. Doch muß ein solches unerwünschtes Kind durchaus nicht immer nur ein uneheliches sein. Ja, die Beobachtung lehrt vielmehr, daß unter einer zahlreichen ehelichen Kinderschaar fast immer sich irgend ein „Brügelknabe“ oder ein „Aschenbrödel“ befindet, die für alles Unheil verantwortlich gemacht, von jeder Annehmlichkeit ferngehalten werden. Meist ist ein solches bedauernswertes Geschöpf ein häßliches oder kränkliches Kind, entweder sehr schwach begabt oder — auch das kommt vor — ein die anderen geistig weit Überragendes, das irgend ein Lieblingskind in den Schatten stellt und sich dadurch mißliebig macht. Zuweilen ist es auch jenes bedauernswerte Mädchen, daß statt des heiß ersehnten „Stammhalters“ gekommen ist, oder ein Kind, dessen Geburt der eifrlen Mutter die tatsächliche oder eingebilbete Schönheit geraubt hat. Dagegen lehrt uns die Beobachtung, daß in den niederen Volksschichten die uneheliche Geburt keineswegs als Schande, sondern als etwas ganz Natürliches, in diesen Kreisen kaum zu Vermeidendes angesehen wird und wenn ein solches Kind von seinem außerehelichen Vater genügende Subsistenzmittel erhält, so ist es herzlicher willkommen als ein unerwünschter ehelicher Sproß.

Wenn hier der Einwand erhoben wird, das uneheliche Kind wäre einem späteren Gatten der Mutter ein Dorn im Auge, sei meist liebloser Behandlung, ja direkter Mißhandlung ausgesetzt, so kann diesem Einwurfe entgegengehalten werden, daß Leute, die imstande sind uneheliche Kinder zu mißhandeln, auch gegen ihre „ehelich geborenen“ nicht besser sind. Anderseits gibt es auch genug Fälle, in denen ein maderer Mann aus dem Volke sich des außerehelichen Kindes seiner Frau mit derselben Sorgfalt annimmt, wie seiner eigenen Sprößlinge. Hier muß auch eines menschenfreundlichen Ehepaares gedacht werden, das ein Pflegekind, für welches die leichtsinnige Mutter jahrelang kein Kostgeld bezahlte — es handelte sich selbstredend um eine „Jugendsünde“ — dennoch bei sich behielt, wiewohl jenes Ehepaar selbst eine zahlreiche Kinderschar mühevoll zu versorgen hat.

Durch diese Ausführungen soll hier — es ist dies keineswegs das erste Mal — darauf hingewiesen werden, daß in den unteren Volksschichten die uneheliche Geburt weit weniger zu Kindesmißhandlung Anlaß gibt, als andere Mißstände. Denn, wenn auch die landläufige Auffassung der unehelichen Geburt das Rainszeichen der Sünde auf die Stirne gepreßt hat, so hat sie damit nur einer sehr nüchternen Tatsache ein dramatisches Mäntelchen umgehängt: sie stempelt das zur Sünde, was ein wirtschaftlicher Nachteil ist. — Daß dem so ist, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die uneheliche Geburt in allen jenen Kreisen am meisten perhorresziert wird, wo sie tatsächlich den größten wirtschaftlichen Schaden bedeutet: im Mittelstand. Hier bildet die illegitime Mutterschaft tatsächlich eine schwere wirtschaftliche wie moralische Schädigung der Mutter. Steht diese im Erwerbsleben, so lauft sie Gefahr, ihre Stellung zu verlieren; sie scheut sich meist, den Kindesvater im Wege der Klage zur materiellen Unterstützung heranzuziehen — dieser rechnet mit dieser Scheu und macht sich prompt aus dem Staube. In diesen Kreisen werden auch die Heiratschancen durch einen solchen „Fehltritt“ stark herabgemindert und das ganze Bestreben der unglücklichen Mutter, ihrer Angehörigen muß darauf gerichtet sein, das unglückselige Geschicknis möglichst geheimzuhaltten. Solche „heimliche“ Kinder sind gewissermaßen die Schulbeispiele jener unglücklichen Wesen, die in einem „Tränenhaus“ das Licht der Welt erblicken, gewissenlosen Engelmacherinnen ausgeliefert, an geldgierige Leute verkauft werden und so ein Hauptkontingent zu den grausamsten Mißhandlungen stellen.

Wie schon erwähnt, sind mißhandelte Kinder keineswegs immer nur uneheliche. Ja, es scheint fast, daß allmählich die uneheliche Geburt eine Art Schutzwehr insofern zu werden verspricht, als diese Kinder mehr als die ehelichen unter der Obhut der Gesetze, der Aufsicht der staatlichen Organe stehen. Die Pflegeeltern eines unehelichen Kindes können — wenn die diesbezüglichen Gesetze auch gewissenhaft gehandhabt werden — und das geschieht erfreulicherweise immer mehr! — nie vor einer Entdeckung sicher sein, welche dann die Wegnahme des Pfleglings, vielleicht sogar eine Strafe zur Folge haben kann, beides recht unerwünschte materielle Schädigungen. Dagegen fühlen sich Eltern in ihrer Peinigerrolle viel sicherer! Sind sie doch meist von dem Gefühle durchdrungen, eine so enorme Dankeschuld von ihren Kindern einfordern zu können, der gegenüber selbst eine Mißhandlung gar nicht so schwer ins Gewicht fällt. Liegt ja doch der großen Masse noch immer die patriarchalische Ansicht in den Gliedern, die zwar nicht mehr ausdrücklich den Eltern das Recht über Leben und Tod ihrer Kinder zuerkennt, aber dennoch eine enorme Überschätzung der Elternschaft und der Elternrechte ausspricht. Und nebenbei hätten — dieser Weltanschauung nach — Vater und Mutter auch Pflichten, der Hauptsache nach fielen diese den Kindern zu. Unsere vielverleumdete Zeit muß mit vollem Recht das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, diese falsche und unheilvolle Ansicht korrigiert zu haben. Und sollte sie — nach dem Geschrei der Neunmalweisen — auch tatsächlich ein bißchen ins andere Extrem verfallen sein, so mögen sich diese „Naderer“ mit der Erfahrung beruhigen, daß auch das Zünglein der Waage erst nach einem mehrmaligen Hin- und Herschwanken ins Gleichgewicht kommt. Ferner mögen diese Unzufriedenen bedenken, daß es stets unheilvoll ist, wenn der Schwache schutz- und wehrlos dem Mächtigen ausgeliefert erscheint. Der Jugendschutzbewegung erblüht die segensreiche Aufgabe, auch den ehelichen Kindern ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dort helfend einzugreifen, wo der unselige Glaube an das Riesenverdienst der Elternschaft hilflosen Wesen verhängnisvoll zu werden droht. Leider versagt aber auf diesem Gebiete das Gesetz, indem es die recht unvorsichtige Verfügung trifft, daß erst beim dritten Male eines Vorgehens wegen Kindermißhandlung den betreffenden Straffälligen die Elternrechte entzogen werden. Folgerichtig sollte den Eltern das Kind schon nach der ersten Abstrafung abgenommen werden oder doch nur in dem Falle probeweise weiterbelassen werden, wenn eine wirklich ausreichende Kontrolle sich genau davon überzeugen kann, ob nicht etwa eben jene Abstrafung den Haß der Eltern vermehrt und eine noch schlechtere Behandlung des Kindes zur Folge hat. Auch eine Statistik, die festzustellen hätte, ob mehr Kindermißhandlungen durch fremde oder durch eigene Eltern verübt werden, würde hier gute Dienste leisten.

Ein weiterer Fehler — wohl nicht der Gesetzgebung aber der öffentlichen Meinung — ist der, daß man bezüglich der Kindermißhandlungen nur den niederen Gesellschaftsklassen sein Augenmerk zuwendet. Tatsächlich sind aber auch die höheren Stände keineswegs frei von dieser beschämend traurigen Erscheinung. Selbst Fälle direkter brutaler Mißhandlung kommen nicht bloß in Ausnahmismfällen vor, nur ist die Scheu des Publikums, derartige „unliebsame“ Vorfälle in die Öffentlichkeit zu bringen, den höheren und hohen Gesellschaftsschichten gegenüber noch viel größer als dort, wo es sich um einfache Leute ohne Macht und Einfluß handelt. Die Zahl jener Fälle, die in die Öffentlichkeit dringen, ist jedenfalls verschwindend klein gegen die tatsächlichen Vorkommnisse. Andererseits werden diese Delikte um so häufiger zu finden sein, je weiter man das Gebiet der Kindermißhandlungen steckt.

Trägt in den unteren Volksschichten die Kindesmißhandlung in den allermeisten Fällen den Charakter der Brutalität, der groben Vernachlässigung,

so findet man in den höheren Ständen eine ganz andere Form der Außerachtlassung der Elternpflichten. Allgemein verbreitet ist die Unsitte, seine Kinder — „wenn man sich's leisten kann“ — fremden Leuten zu überlassen. Amme, Kinderpflegerin, Kinderfräulein, Erzieherin bzw. Gouvernante sind die verschiedenen Faktoren, welche die Pflege und Erziehung des Kindes leiten und gar nicht so selten kommt der Fall vor, daß einer dieser meist recht unumjchränkten Herrscher sich brutale Mißhandlungen der ihm nur allzu leichtgläubig anvertrauten Kinder oder sonstige Unzukömmlichkeiten zu Schulden kommen läßt. Die Zeitungen haben schon zahlreiche, oft haarsträubende Fälle einer derartigen „Pflege und Erziehung“ verzeichnet.

Doch, wenn auch dies nicht gerade immer der Fall ist, so muß ein solches Kind reicher oder vornehmer Eltern meist von großem Glück reden, wenn seine Gemütsausbildung nicht ganz vernachlässigt wurde. Denn Vater und Mutter lassen entweder das Wort „Pflicht“ oder sie suchen diese ihre Aufgaben auf ganz anderen Gebieten, betrachten es als hausbacken — bürgerlich, ihre natürlichsten Verpflichtungen als solche aufzufassen.

Unsere Zeit hat im Schutze des Kindes eine ihrer wichtigsten Aufgaben erblickt, sie hat sehen und hören gelernt und mit diesen geschärften Sinnen eine Welt des Jammers und der Dual dort entdeckt, wo man früher nichts Außergewöhnliches gesehen, an dem man mit verbundenen Augen vorübergegangen war.

So wäre nun auf diesem Gebiete der erste Schritt glücklich getan. Soll aber dieses Fortschreiten über ein quälerisches Klagen zu fruchtbringender Hilfe führen, so muß auf den ersten Schritt — das Erkennen — der zweite — das Bekämpfen des erkannten Übels — folgen. Daß auf diesem Gebiete nichts übers Anie gebrochen werden kann, liegt auf der Hand. Dafür aber ist es um so notwendiger, über die Mittel nachzudenken, mit welchen die Kinder-mißhandlung — dieser Schandfleck einer zivilisierten Menschheit — wirksam bekämpft werden kann und für die Anwendung derjenigen zu sorgen, die man als richtig erkannt hat.

Welche sind aber die Mittel, die eine Heilung dieses furchtbaren Übels vorbereiten könnten? Das erste und wohl am leichtesten anwendbare ist die Sorge dafür, daß die bestehenden Gesetze auch mit aller Strenge gehandhabt werden. Soll dies erreicht werden, so muß hier die freiwillige Mitarbeit des Publikums einsetzen. Ferner wäre auf eine Vertiefung des Bewußtseins hinzuwirken, welches im Kinde das wertvollste Kapital der Menschheit sieht, gleichgültig ob dieses ehelich oder unehelich geboren wurde. Ebenso müßte auf die Abschaffung all jener Bestimmungen gedrungen werden, welche die Mutterchaft zu einem Ausschließungsgrund aus dem Erwerbsleben machen. Auch auf die Änderung mancher Gesetzesparagrafen müßte hingewirkt werden. Die hier in Betracht kommenden sind die Strafbestimmungen wegen des Vorgehens gegen das keimende Leben und die Beihilfe dazu. Tatsächlich werden gerade diese Paragrafen sehr häufig umgangen und wollte man alle in dieser Hinsicht Schuldigen strafen, so müßte man eigene Gefängnisse bauen, um diese Anzahl von „Verbrechern“ hinter Schloß und Riegel zu setzen. Ferner ist es ja stets nur die uneheliche Mutter, die wegen eines solchen Deliktes zur Verantwortung gezogen wird, also gerade diejenigen, für welche ein Kind die schwierigsten Komplikationen bedeuten, die meist für dasselbe nur viel schwerer sorgen kann, während die Ehefrau unkontrolliert und straflos dieselbe Übertretung begehen kann. Der „Bund deutscher Frauenvereine“ hat auf seiner, heuer in Breslau abgehaltenen Generalversammlung in einer mehrstündigen Debatte dieses heizumstrittene Thema behandelt. Zu den weiteren Mitteln, welche geeignet sind die Kindermißhandlung einzudämmen, gehört

ferner eine gründliche Aufklärung des Volkes, die sich auf die notwendigen Gebiete des allgemeinen Wissens wie der sozialen Fragen beziehen müßte. Weiters die Bekämpfung der sozialen Not durch Erbauung billiger Volkswohnungen, durch Verbilligung der Lebensmittel usw. Allen diesen Mitteln würde es wohl gelingen, die sozialen Zustände soweit zu verbessern, daß sie imstande wären, der häßlichen und gefährlichen Giftpflanze „Kindermißhandlung“ den Boden zu entziehen.

Um jedoch auf diesem Gebiete eine dauernde Verbesserung anzubahnen, genügt es nicht, Enquete und Kongresse einzuberufen, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die Erkenntnis des Übels, die Notwendigkeit seiner Bekämpfung muß der Öffentlichkeit in Fleisch und Blut übergegangen, muß zu einem Allgemeingute geworden sein. Die Menschheit muß sich klar werden, daß die Bekämpfung der Kindermißhandlungen nicht bloß die Tat eines mitfühlenden Herzens, sondern eine sozialpolitische Präventivmaßregel ist, da ja bekanntermaßen ein bedeutender Prozentsatz mißhandelter Kinder zu vagierenden wird, aus denen sich wieder die Landstreicher, Dirnen und Verbrecher rekrutieren. Allen voran aber sollten die Frauen in den Kampf gegen dieses grauenhafte und folgenschwere Übel eintreten, sie die Mütter und Erzieherinnen der Menschheit, in deren Händen das Schicksal von Generationen liegt.

Dann erst, wenn alle, die für die zarten Menschenblüten ein mitfühlendes Herz haben, diese nach Kräften zu schützen trachten werden, dann erst wird unser Zeitalter den Namen, den es jetzt schon führt, mit Recht verdienen: „Das Jahrhundert des Kindes.“

Welche Erfolge lassen sich von der Fürsorge- erziehung in einer anderen Familie erwarten?

Vortrag des Direktors Josef Kadauer in der am 16. März 1909 abgehaltenen Vollversammlung des „Vereines für Zwangserziehung und Fürsorge“.

In der Regierungsvorlage des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung ist unter dem Kapitel „Art der Fürsorgeerziehung“ an erster Stelle die Fürsorgeerziehung in einer geeigneten Familie genannt und ist derselben mit vollem Rechte künftighin eine wichtige Rolle zugebach, viel wichtiger als dies bisher der Fall war. Ein Hauptgrund liegt wohl vor allem darin, daß die Fürsorgeerziehung überhaupt eine viel umfangreichere sein und sich nicht nur auf die sittlich verwahrlosten, sondern auch auf die sittlich gefährdeten Elemente erstrecken wird. Da ist es nun ganz natürlich, daß die Fürsorgeerziehung in einem größeren Umfange den jüngeren, auch vorerschulspflichtigen Elementen zuteil werden wird, welche bisher einestheils aus Mangel an Fürsorgeeinrichtungen ihrem Schicksale überlassen werden mußten, anderseits infolge der mangelhaften Gesetzesbestimmungen zum Schutze Minderjähriger nicht in die öffentliche Obforge genommen und damit dem schlechten Einflusse oder der Tyrannei ihrer Eltern nicht entzogen werden konnten. Der wichtigste Grund aber ist der, daß die Erziehung in der Familie die natürlichste, einfachste und zweckmäßigste ist, wo es sich nicht um bereits ganz verdorbene Kinder handelt.

Es wurde und wird noch immer von den Musteranstalten geschwärm, welche nach dem Familiensystem eingerichtet sind. Jede Familie bestehend

aus 15—20 Jungen ist in einem Häuschen untergebracht und wird von dem Familienvater, welcher Meister eines Handwerks ist, und seiner Ehegattin beaufsichtigt, erzogen und im betreffenden Handwerke unterwiesen. Die Kinder besuchen die gemeinschaftliche Anstaltschule. In der freien Zeit ist für Spiele, körperliche Übungen usw. gesorgt. Kurz, man trachtet, die Einrichtungen in solchen Anstalten so zu treffen, daß sie den Einrichtungen in der Familie ähnlich sind.

Daraus ist zu ersehen, daß man die Familienerziehung für die zweckmäßigste und beste hält; sonst würde man sie nicht in die Anstaltserziehung verpflanzen. Aber wie es so oft geht, wenn man eine Pflanze in einen anderen Boden versetzt, daß dann die Blütenentfaltung eine schwache wird und mitunter die Pflanze auch eingeht, so ist es auch bei der Familienerziehung in der Anstalt. Dieselbe ist und bleibt eine gekünstelte Sache. Es ist alles nur Nachbildung und nicht Natur. Etwas anderes ist es in ganz kleinen Erziehungshäusern, wo höchstens 20—25 Zöglinge sind. Ja da kann man die Familienerziehung zur Geltung bringen, weil eine einheitliche Erziehung und eingehende Individualisierung durchgeführt werden kann. Aber in solchen Kolonien mit Familiensystem ist das meiste nur gekünstelt. Ich sage gewiß nicht, daß etwa Erziehungsanstalten, welche nach dem Familiensystem eingerichtet sind, schlecht oder unzweckmäßig seien; Gott bewahre! Meine Behauptung geht nur einzig und allein dahin, daß auch die nach dem Familiensystem eingerichteten Erziehungsanstalten, obwohl sie sich sehr gut bewähren, der Erziehung in der Familie doch niemals gleichkommen. Hier ist das natürliche das Beste. Selbstverständlich alles mit der Voraussetzung, daß die Eltern beziehungsweise Pflegeeltern brave, rechtschaffene und vernünftige Menschen sind.

Was Hygiene und körperliche Erziehung anbelangt, stehen solche Erziehungsanstalten freilich an erster Stelle und mit Recht. In der Familie werden uns in den seltensten Fällen Einrichtungen zu Gebote stehen wie in einer Anstalt. Über den Unterricht und die Erziehung in der Schule läßt sich nichts sagen, denn sie können in beiden Erziehungsarten die besten sein; vielleicht erzielt die Anstaltserziehung eine bessere intellektuelle Ausbildung.

Die Erziehung der Seele, die ethische Bildung des Geistes ist dort am gedeichlichsten, wo der Erzieher mit aller seiner nur fähigen Liebe und Sorgfalt arbeitet, wo sein Herz daran hängt, aus dem Kinde einen rechtschaffenen Menschen heranzuziehen, welcher ihm gleich oder womöglich noch besser werden soll. Um dies zu erreichen, muß der Erzieher mit dem Kinde zusammenleben, es bei allen Gelegenheiten und in allen Lebenslagen beobachten, belehren und leiten. Das ist nur in der Familie möglich. Dort, wo die Eltern eins sind in ihren Ansichten und in ihrer edlen Gesinnung, verpflanzen sie auch diese Ansichten und die edle Denkungsart auf ihre Kinder und Pflegebefohlenen, da sie deren Neigungen und Regungen genau kennen und daher auch zu leiten vermögen. Eine Individualisierung bis ins kleinste ist nur in der Familie möglich. Die Anstaltserziehung vermag die Individualisierung nicht so eingehend, jedenfalls aber die subjektive Erziehung nicht so einheitlich zu gestalten, weil in derselben einerseits eine große Zahl Zöglinge ist, andererseits bei der Erziehung viele Personen mitwirken.

Ein weiteres sehr ins Gewicht fallendes Moment ist der Übertritt aus der Schulerziehung ins praktische Leben. Dieser Übertritt erfolgt bei der Anstaltserziehung ganz unvermittelt und plötzlich. Die Anstaltszöglinge stehen mit der Außenwelt in fast gar keiner Verbindung; sie treten daher, wenn sie aus der Anstalt entlassen und direkt in eine Lehre oder einen Dienst gegeben werden, unerfahren und unvorbereitet ins Leben

ein. Nicht so bei der Erziehung in der Familie, wo die Kinder mit der Welt fortwährend in Verbindung stehen und der Übertritt ins Leben nach beendeter Schulpflicht kein unvermittelter ist, indem sich die Kinder auf ihren künftigen Beruf und auf die Verhältnisse, in denen sie einmal leben und selbständig wirken sollen, allmählich gewöhnen.

Weiters wäre noch zu erwähnen, daß in der Familie das böse Beispiel viel weniger gefährlich ist, als in der Anstaltserziehung.

Auch geistliche Verirrungen können in der Familie leichter hintangehalten werden.

Aus diesen Gründen, welche noch weiter auszuführen unnötig ist, geht zur Genüge hervor, daß die Erziehung in der Familie entschieden die zweckmäßigste ist, abgesehen von dem Kostenpunkte, welcher bei der Fürsorgeerziehung ganz besonders in Betracht zu ziehen ist. Es ist jedermann bekannt, daß die Erziehungsanstalten ziemlich kostspielig sind. Der tägliche Aufwand für einen Zögling betrug im Jahre 1900 durchschnittlich 1 K und ist seither auf 1'70—1'80 K gestiegen. In den großen, nach dem Familiensystem eingerichteten Anstalten ist der tägliche Aufwand noch höher.

Was hier von den Vorteilen der Erziehung in der Familie im allgemeinen gesagt wurde, findet auch Geltung bei der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie.

Die Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie ist nichts neues, sondern besteht schon lange. Findelkinder, Waisenkinder und uneheliche Kinder werden seit langem bei fremden Familien in Pflege untergebracht. Die Erfahrungen, welche man mit dieser Familienpflege gemacht hat, waren freilich nicht immer die besten; aber die minderen Erfolge dürfen nicht dem Systeme zur Last gelegt werden, welches an und für sich gut ist. Die Gründe, warum so schlechte Erfahrungen mit der Familienpflege gemacht wurden, liegen vor allem in der wenig rigorosen Auswahl der Pflegeeltern, in den zu gering bemessenen Erziehungsbeiträgen und in der mangelhaften Beaufsichtigung der Pflegeeltern und Kinder.

Die Klage, daß nur wenige wirklich verlässliche Pflegeparteien zu finden seien, ist eine häufige und wird nicht nur seitens der Armenverwaltungen, Waisenträte, Fürsorgevereine sowie Vormundschaftsgerichte sondern auch von vielen Fachmännern im Fürsorgewesen als eine mißliche Tatsache angeführt. Sie ist gewiß auch begründet. Als die Fürsorgebestrebungen im Publikum noch wenig bekannt und auch vielfach angefeindet waren, war es sehr schwer, wirklich verlässliche Pflegeeltern ausfindig zu machen, da sich die rechtchaffenen Elemente nicht nur vor den abfälligen Bemerkungen der Leute scheuten, sondern auch den Pflegekindern selbst großes Mißtrauen entgegenbrachten. Wohl der weitaus größte Teil der Pflegeparteien hat nur aus Not oder Eigennutz Pflegekinder übernommen. Unter diesen Umständen war eine rigorose Auswahl derselben nach Rechtschaffenheit und Fähigkeit ausgeschlossen. Man mußte eben nehmen, was zu finden war. Heutzutage liegen die Verhältnisse anders. Kinderfürsorge und Wohltun haben nicht nur in allen Gesellschaftsklassen Eingang gefunden, sondern sind gewissermaßen modern geworden. Heute braucht sich niemand zu fürchten, bei der Kinderfürsorge mitzutun. Und weil eben in allen Gesellschaftsklassen mit einer gewissen Wärme für die Kinderfürsorge gearbeitet wird, so ist damit auch die Möglichkeit gegeben, wirklich brauchbare und verlässliche Pflegeeltern ausfindig zu machen. Heute gibt es in den Städten und auf dem flachen Lande genug Vertrauenspersonen der Jugendfürsorge, welche, mit den Orts- und Familienverhältnissen vertraut, einerseits selbst geeignete Pflegeparteien ausfindig machen, andererseits von den sich hiezu meldenden

die richtige Wahl zu treffen vermögen. Daß die Pflegeparteien hauptsächlich auf dem flachen Lande zu suchen und zu finden sein werden, ist selbstverständlich, da dort einerseits eine bessere Moralität herrscht und die Gefahren und Versuchungen nicht so groß sind, andererseits auch die, wenn auch kleine Arbeitskraft der Kinder für dieselben selbst sowie für die Pflegeeltern nützlich und zweckmäßig verwertet werden kann. In den Städten werden geeignete Pflegeparteien nur ausnahmsweise aufzunehmen sein.

Von einem Überflusse an verlässlichen Pflegeparteien wird aber trotzdem nicht die Rede sein, denn schließlich ist es bei allem Mitleid für Kinderelend denn doch keine kleine Aufgabe, ein sittlich gefährdetes, der Verwahrlosung zusteuendes Kind in seine Familie aufzunehmen und dabei vielleicht Gefahr zu laufen, auch die eigenen Kinder zu verderben. Von den kinderlosen Ehepaaren ist nicht viel zu erhoffen, weil dieselben, wenn sie überhaupt ein Kind annehmen, gewöhnlich kleine Kinder usw. Findelkinder oder Kinder von unbescholtenen Eltern stammend aufnehmen. Eine Ausnahme bilden die Bauern, denn diese nehmen am liebsten Kinder nach dem 10. Jahre, weil sie dieselben dann schon zu kleineren Arbeiten verwenden können.

Was die Erziehungsbeiträge anbelangt, so stützen sich die Erfahrungen eigentlich nur auf die Findel- und Waisenkinder. Bei den Findelkindern beziffern sich die Erziehungsbeiträge gewöhnlich im 1. Lebensjahre auf 12 K, im 2. auf 8—10 K und in den weiteren Lebensjahren auf 6—8 K monatlich. Für Waisenkinder sind die Beiträge sehr verschieden. In Böhmen werden für halberweiste Kinder 6 K, für gänzlich verwaisete und verlassene in der Regel 9 K monatlich und in besonderen Fällen auch mehr gezahlt. Diese Sätze sind wohl durchgehends sehr niedrig, aber man geht eben gewöhnlich von dem Grundsatz aus, mit den verfügbaren Mitteln recht viele Kinder zu unterstützen und rechnet dabei auf die Unterstützungspflicht der Verwandten und der Heimatgemeinde. So z. B. spricht sich der Landesausschuß des Königreiches Böhmen als Verwaltungsbehörde des Landes-Waisenfonds darüber deutlich aus, indem er sagt: „daß der bewilligte Beitrag lediglich als eine Unterstützung zwecks besserer Erziehung und Versorgung des Kindes zu betrachten sei und daß durch seine Gewährung die zuständige Heimatgemeinde eventuell die Verwandten keineswegs der gesetzlichen Pflicht enthoben werden, nach Bedarf auch weiter zur Erziehung und Versorgung des Kindes beizusteuern, daß ihnen vielmehr durch die Bewilligung des Waisenbeitrages bloß die ordentliche Erfüllung dieser Pflicht erleichtert werden solle“. Hiemit wird zugegeben, daß die ausgesetzten Beiträge wirklich nur Beiträge zu den Erziehungskosten sind und keineswegs eine Höhe erreichen, daß sie als volles Entgelt für die Verpflegung und Erziehung des Kindes betrachtet werden könnten. Nun wandeln einen aber sehr starke Zweifel an, ob denn die Verwandten und die Heimatgemeinde dieser Unterstützungspflicht auch nachkommen, und leider sind diese Zweifel stark begründet, denn nur sehr vereinzelt sind die Fälle, wo außer den Beiträgen des Waisenfonds noch etwas für das Kind beigezahlt wird. Da aber die Erziehungsbeiträge meist unzureichend sind, müssen sich die Pflegeeltern auf andere Weise schadlos halten, denn daß sie nur aus reiner Liebe und aus Erbarmen für das Kind materielle Opfer bringen würden, das kommt wohl sehr selten vor; aber es kommt vor. Diese Schadloshaltung kann aber nur auf Kosten des Pflegekindes geschehen, indem es einerseits schlecht genährt und gekleidet, andererseits seine Arbeitskraft ausgenützt wird. Es steht also außer allem Zweifel, daß bei der neuen Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie die Erziehungsbeiträge jedenfalls um ein bedeutendes höher gestellt werden müssen, als dies gegenwärtig bei den Waisen- und Findelkindern der

Fall ist, ähnlich den Erziehungsbeiträgen einzelner Waisen- und Fürsorgevereine, welche sich die Unterbringung und Verpflegung sittlich gefährdeter oder verlassener Kinder in einer fremden Familie zur Aufgabe gestellt haben. Nach der Gesetzesvorlage über die Fürsorgeerziehung sind die Kosten für Verpflegung und Erziehung voll zu bestreiten. Die Pflegeeltern müssen daher die volle Entschädigung erhalten und zwar vom Lande. Dieses kann von den Verwandten oder von der Heimatsgemeinde Ersatz verlangen. Die neuen Erziehungsbeiträge für die in einer anderen Familie untergebrachten Fürsorgezöglinge müssen also den örtlichen Verhältnissen entsprechend und in einer derartigen Höhe bemessen werden, daß damit die Bedürfnisse des Zöglings bestritten werden können. Wenn die Pflegeeltern auch die Kleidung bestreiten sollen, dann dürfte der Erziehungsbeitrag für schulpflichtige Fürsorgezöglinge mit 1 K täglich nicht zu hoch gegriffen sein.

Der letzte Grund der bisherigen Mißerfolge in der Familienpflege, nämlich die mangelhafte Beaufsichtigung, ist eigentlich der Hauptgrund. Über die ungenügende Beaufsichtigung der Pflegeeltern und damit der Pflegekinder wird wohl von allen Seiten Klage geführt. Es mangelte eben gänzlich an Organen, welche sich um das Wohl der untergebrachten Kinder zu kümmern und selbes zu überwachen hatten. Weder seitens der Gemeinden noch seitens der Vormundschaftsgerichte waren Einrichtungen getroffen, um die Pflegeparteien zu kontrollieren. Der Vormund ist oft gar nicht im Orte oder kümmert sich überhaupt nicht um sein Mißdel. Durch diese mangelhafte Überwachung kam es, daß einerseits von vorneherein ungeeigneten Personen Pflegekinder übergeben wurden, andererseits die Pflegeeltern sicher vor jeder Kontrolle mit dem anvertrauten Kinde machten, was sie wollten. Wenn nicht seitens der Schule hier und da allzu trasse Mißstände aufgedeckt worden wären, so würde sich überhaupt niemand um diese armen Würmer gekümmert haben, da niemand ein Interesse hatte und sich nicht gerne in fremde Angelegenheiten mischen wollte. Heute ist dies ganz anders. Die Findelanstalten haben ihre Koloniesekretäre, welche in den Kolonien über die untergebrachten Findelkinder strenge Aufsicht führen. Auch die Waisenfonde haben ihre Inspektoren zur Überwachung der in fremden Familien untergebrachten Waisen. Die Gemeinde- und Bezirks-Waisenräte nehmen sich tatkräftig der in den Gemeinden untergebrachten Pflegekinder an. Die verschiedenen Vereine, welche eigene Pflegekinder untergebracht haben, führen die Überwachung entweder durch eigene Vertrauenspersonen oder sie übertragen die Aufsicht den amtlichen Inspektoren, wie z. B. die Pflegekinder der Kinderschutz-Stationen durch die Koloniesekretäre der n.-öst. Findelanstalt beaufsichtigt werden. In Böhmen werden die vom Landeswaisenfonde in fremder Pflege untergebrachten Waisenfinder durch die Bezirksausschüsse beaufsichtigt, welche zur Versorgung dieser Aufgaben nicht nur die gezielte Verpflichtung, sondern auch die volle Eignung haben, indem sie einerseits mit dem erforderlichen Beamten- und Sanitätspersonale (Distriktsärzte) versehen sind, mit Hilfe dessen sie in ihrem nicht großen Territorium die Fürsorge um die aus dem Waisenfonde verpflegten Kinder leicht und verläßlich besorgen können, andererseits schon die Zusammenlegung der Bezirksausschüsse selbst das erwünschte Verständnis für Armenpflege voraussetzt. Natürlich werden durch die Übertragung dieser Funktionen an die Bezirksausschüsse nicht nur die Agenden vereinfacht, sondern auch die Kosten bedeutend verringert. Die bis jetzt gemachten Erfahrungen sind recht günstige, indem die Bezirksausschüsse der Mehrzahl nach der ihnen übertragenen Aufgaben vollkommen gerecht geworden sind. Die diesbezüglich an die Bezirksausschüsse hinausgegebene Instruktion nimmt auch auf die Schaffung eines eigenen Hilfsorganes — Waisen-

kommission — Bedacht. Zu Mitgliedern dieser Waisenkommision sollen hiezu besonders geeignete Personen — auch Frauen — gewählt werden, welche für diese humanitäre Aufgabe das nötige Interesse und Verständnis besitzen.

Diese Organisation ist gewiß wohl durchdacht und muß eine gute genannt werden; jedoch werden meiner Ansicht nach nur bei jenen Bezirksauschüssen schöne Erfolge erzielt werden, wo sich der amtlichen Tätigkeit auch noch die private Fürsorgetätigkeit an die Seite stellt, ob diese nun von der Amtsperson selbst oder von einer andern privaten, für die Jugendfürsorge interessierten Person ausgeübt wird. Wenn sich die Tätigkeit nur auf die in der Instruktion vorgeschriebenen Arbeiten beschränkt und ohne das unumgänglich notwendige Interesse für die Sache ausgeübt wird, so werden die Erfolge immer minderwertig bleiben. Ohne die private Mitwirkung kommen wir im Kinderische nicht vorwärts. Der berechnende Verstand, der Kopf ist hier nicht die Hauptsache. Das warme Mitempfinden, das Herz muß dabei sein; auch bei der Beaufsichtigung der Pflegekinder. Wer mit kalten Augen hinsieht, bleibt blind. Nur das Herz kann sehen und begreifen, was dem armen Kinde not tut und was ihm schädlich ist.

Von einem derartigen Empfinden müssen aber auch die von dem neuen Fürsorgergeheze zur Überwachung der Erziehung in der eigenen Familie oder der Fürsorgerziehung in einer fremden Familie in Aussicht genommenen Vertrauenspersonen beseelt sein. Nur wenn Liebe zur Sache und Liebe zu den armen Kindern ihnen innewohnt, ist ein ersprießliches Wirken von ihnen zu erwarten. Die Vormundschaftsgerichte tragen daher eine große Verantwortung, daß sie nur wirklich geeignete Personen zu Vertrauenspersonen bestellen.

Nachdem ich mit dem Gesagten zur Genüge dargetan zu haben glaube, daß die Fürsorgerziehung in einer anderen Familie in der Zukunft ungleich bessere Erfolge erwarten läßt, will ich nunmehr auf die einzelnen Einrichtungen und Voraussetzungen in der Familien-Fürsorgerziehung übergehen.

Als Grundsatz soll gelten, daß der Fürsorgerzögling niemals bei einer Familie des Ortes, wo er sich bisher aufgehalten hat, untergebracht werden soll, insbesondere aber dann nicht, wenn die Eltern oder bisherigen Pflegeeltern die sittliche Verwahrlosung oder Gefährdung des Zöglings verursachten oder wenn dieselbe dem Umgange mit schlechten Kameraden zuzuschreiben ist. Der Grund ist wohl einleuchtend. Das Milieu, in welchem der der Fürsorgerziehung überwiesene Zögling bisher erzogen wurde, wird in den meisten Fällen einer Änderung bedürfen, ob nun die Ursache der Verwahrlosung in den bisherigen Erziehern oder im Umgange zu suchen ist. Im ersteren Falle wäre vielleicht dann eine Ausnahme zu machen, wenn die Verwahrlosung nur infolge von Schwachheit der Eltern zu befürchten steht. Leider ist aber fast in allen diesen Fällen bereits der schädliche Einfluß der schlechten Kameraden dazu getreten und damit ist eine Belassung des Fürsorgerzöglings am selben Orte ausgeschlossen, da der schlechte Umgang die größte Gefahr für die gänzliche Verwahrlosung bildet. Übrigens kann es niemals schaden, auch den Aufenthaltsort zu verändern, wenn die Veränderung der Familie notwendig geworden ist.

Zur Unterbringung von Fürsorgerzöglingen empfehlen sich vor allem Orte mit gesundem Klima am flachen Lande, wobei darauf zu sehen ist, daß sich im Orte Schule und Kirche befinden.

Es empfiehlt sich nicht, daß die Fürsorgerzöglinge zerstreut in allen Gemeinden untergebracht werden, weil dadurch einerseits die Beaufsichtigung sehr erschwert wird, andererseits viele Orte und Gemeinden zur Unterbringung

von Fürsorgezöglingen minder geeignet sind, indem sie entweder eine weniger gesunde Lage oder zu viel Industrie haben oder aber wieder ganz verarmt sind. Entweder sollen in jedem Gerichtsbezirke 1—2 Orte ausgewählt werden oder es vereinigen sich mehrere Gerichtsbezirke — vielleicht die zu derselben Bezirkshauptmannschaft gehörigen — zu einer Kolonie für Fürsorgezöglinge. Eine solche Kolonie umfaßt dann mehrere, wo möglich geschlossen bei einander liegende Ortschaften in gesunder Lage und abseits von größeren Städten. Zur Beaufsichtigung der Pflegeeltern und Zöglinge der Kolonie wird von dem Vormundschaftsgerichte, in dessen Sprengel die Kolonie gelegen ist, eine Vertrauensperson gewählt, welche für die Mühewaltung eventuell zu entlohnen ist, wenn nicht geeignete Personen in den Orten sind, welche die Aufsicht als Ehrenamt übernehmen.

Was diese Beaufsichtigung anbelangt, hat sich dieselbe nicht nur auf die Erziehung und Pflege in der Familie, sondern auch auf die Kontrolle des Schulbesuches zu erstrecken. Die Vertrauensperson muß jede Pflegefamilie mindestens einmal vierteljährig besuchen, hat durch eigene Beobachtung und Umfrage zu kontrollieren und strenge darüber zu wachen, daß die Fürsorgezöglinge sittlich erzogen, rein und nett gekleidet, sowie zu fleißigem Schulbesuche und zweckmäßiger Arbeit angehalten werden.

Überdies sind die Fürsorgezöglinge in gesundheitlicher Beziehung vom Gemeinde- oder Distriktsarzte zu überwachen, wozu sie in bestimmten Zeiträumen beim Arzte zu erscheinen haben und zeitweise auch vom Arzte zu besuchen sind.

Was die Auswahl der Pflegeeltern anbelangt, so obliegt dieselbe dem Vormundschaftsgerichte auf Grund der Vorschläge und Berichte der amtlichen und privaten Vertrauenspersonen, denen die Beaufsichtigung der Fürsorgezöglinge übertragen wird. Die Vormundschaftsgerichte machen eventuell die zu Pflegeeltern geeignet befundenen Parteien und Personen der betreffenden Landeskommission namhaft.

Fürsorgezöglinge dürfen nur solchen Pflegeeltern anvertraut werden, welche sich in geordneten Verhältnissen befinden, miteinander in guter Ehe und in gutem Einvernehmen leben und sich gegenseitig achten, ruhigen und friedlichen Charakters sind und in dem betreffenden Orte auch ihre Heimatzuständigkeit haben. Letzteres ist deshalb wünschenswert, weil Fremden oft seitens der Ortszuständigen Mißtrauen entgegengebracht wird, was zu Feindseligkeiten führen kann, die für den ebenfalls ortsfremden Fürsorgezögling nachteilig sind.

Pflegeeltern und Fürsorgezögling müssen derselben Nationalität und Religionsgenossenschaft angehören.

Als Pflegeparteien sollen nur solche Ehepaare ausgewählt werden, welche nicht zu viele Kinder haben. Die Zahl der Kinder einschließlich der Fürsorgezöglinge darf keinesfalls höher als fünf sein.

Pflegeparteien dürfen absolut keine sogenannten „Bettgeher“ halten.

Eine gesunde, trockene Wohnung ist eine Bedingung, von welcher nicht abgegangen werden darf. Pflegeparteien, deren Wohnung ungesund befunden wird, sind zu verhalten, eine einwandfreie Wohnung zu mieten. Wenn sie dieser Aufforderung nicht entsprechen, sind ihnen die Fürsorgezöglinge wegzunehmen.

Als Pflegeparteien dürften sich ganz besonders auch alleinstehende, unbescholtene und erfahrene Frauen, und zwar insbesondere für weibliche Fürsorgezöglinge, empfehlen.

Was die Anwendung der Fürsorgeerziehung in einer fremden Familie anbelangt, so ist hier vor allem der Grad der Verwahrlosung und das Alter des Fürsorgezöglings entscheidend. Ist bei dem zur Fürsorgeerziehung überwiesenen Böglinge bereits Verwahrlosung in einem Grade eingetreten, daß dessen sittliche Verdorbenheit bereits der Umgebung bemerkbar und insbesondere in der Schule fühlbar wird, so daß eine nachteilige Einwirkung des bösen Beispiels auf die Mitschüler zu bemerken oder doch zu befürchten ist, so soll niemals Familienerziehung, sondern Anstaltserziehung Platz greifen. In allen Fällen, wo nur die Gefahr einer Verwahrlosung besteht, oder diese Verwahrlosung nur in geringem Maße eingetreten ist, soll unbedingt auf Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie erkannt werden, weil der Besserungszweck gewiß ebenso sicher wie durch die Anstaltserziehung, jedoch mit viel weniger Kosten und auf eine für den Bögling zweckmäßigere Art erreicht wird. Fälle tieferer Verwahrlosung der Familienerziehung zu überweisen, soll man lieber nicht versuchen, da das Mißlingen solcher Versuche sehr wahrscheinlich und die Gefahr des Verderbens der eigenen Kinder durch den schlechten Fürsorgezögling allzu groß ist.

Kinder im vorerschulpflichtigen Alter sind immer der Familienerziehung zuzuweisen, weil hier von einer sittlichen Verwahrlosung nicht die Rede sein kann und solche Kinder die Familie nicht entbehren können. In einer Anstalt sind Kinder unter 6 Jahren nur eine Last. Auch bei schulpflichtigen Kindern bis zu 8 Jahren wird eine selbst bemerkbare Verwahrlosung nicht so tief gehen, daß sie nicht in der Familie behoben werden könnte. Daher kann man als Grundsatz aufstellen, daß Kinder unter 8 Jahren immer der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie überwiesen werden sollen.

Endlich wäre noch der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie als Fortsetzung der Fürsorgeerziehung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt zu erwähnen. Ist beim Anstaltszögling eine Besserung eingetreten, welche sich vor allem darin zeigen muß, daß derselbe jede Widerpenstigkeit abgelegt hat, folgsam und willig ist, Lust zum Lernen und Freude zur Arbeit bekundet, dann kann aus der Anstaltserziehung auf die Familienerziehung übergegangen werden. Dieser Abschluß der Fürsorgeerziehung würde sich ganz besonders empfehlen, wenn die nötige Zahl passender Pflegeeltern gefunden werden könnte. Das wird aber etwas schwer sein, zumal bei den gewesenen Anstaltszöglingen auch auf die bereits in der Anstalt begonnene Berufsausbildung Rücksicht genommen werden muß.

Mit diesen kurzen Ausführungen glaube ich ein genügend deutliches Bild von der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie gegeben zu haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Art der Fürsorgeerziehung künftighin eine ausgedehnte Anwendung finden wird und daß die günstigen Erfolge hinter den gestellten Erwartungen nicht zurückbleiben werden.

Das neue Gesetz über die Fürsorgeerziehung.

Vortrag des Direktors Josef Kadauer,
in der am 15. März 1909 stattgehabten Versammlung des Vereines für
„Zwangserziehung und Fürsorge“.

Hochverehrte Versammlung!

Wenn ich mir in der diesjährigen Vereinsversammlung abermals über das Thema „Fürsorgeerziehung“ und insbesondere über das seitens der hohen Regierung vorbereitete „Gesetz über die Fürsorgeerziehung“ zu sprechen erlaube, so geschieht das aus der vollen Überzeugung, daß gegenwärtig das zu erwartende Fürsorgegesetz den wichtigsten Punkt im ganzen Fürsorgewesen bildet. Dieses Gesetz ist für uns Praktiker im Fürsorgewesen das versprochene gelobte Land, dessen Betreten wir kaum erwarten können und vor welchem wir trotzdem ein gewisses Bangen haben, ob denn der Boden auch wirklich der richtige ist, damit der vorbereitete Samen der öffentlichen und privaten Fürsorgetätigkeit auf demselben gut gedeihe. Es ist daher nicht zu verwundern, daß wir uns mit diesem Gesetze so vielfach und eingehend befassen und immer wieder unsere Stimme erheben, um auch von jenen maßgebenden Persönlichkeiten gehört zu werden, welche auf den Wortlaut und das Zustandekommen des Gesetzes Einfluß haben.

Wenn wir das von der hohen Regierung ausgearbeitete Gesetz über die Fürsorgeerziehung betrachten, so können wir mit großer Befriedigung konstatieren, daß darin dem größten Teile unserer Forderungen, welche wir bei unserer letzten Vereinsversammlung dem Dr. Reicherschen Entwurfe, sowie anderen Rahmenentwürfen eines Fürsorgegesetzes gegenübergestellt hatten, Rechnung getragen erscheint, oder doch eine Fassung angenommen wurde, welche mit dem vom Vereine aufgestellten Prinzipien nicht im Widerspruche steht. Wir sind weit entfernt, uns etwa einzubilden, daß unsere Worte hier einen Einfluß ausgeübt hätten. Uns genügt vollkommen, daß es so ist.

Nichtsdestoweniger enthält die neue Gesetzesvorlage noch so mancherlei Bestimmungen und Voraussetzungen, welche nicht geeignet erscheinen, ein zweckmäßiges und einheitliches Zusammenwirken in der Jugendfürsorge zu fördern. Zweck meiner Ausführungen soll demnach sein, die unserer Ansicht nach der neuen Gesetzesvorlage noch anhaftenden Mängel zu erörtern und der hochverehrten Versammlung klarzulegen. Es ist dies durchaus keine Wichtigtuerei unseres Vereines, sondern die redliche, wohlgemeinte Absicht, die Jugendfürsorge nach besten Kräften zu fördern, was übrigens auch unsere Pflicht ist, welche uns nicht allein durch unseren Beruf als Funktionäre von Erziehungs- und Besserungsanstalten, sondern auch durch unsere Vereinsstatuten auferlegt wird. Wir haben in dieser Beziehung nur den bescheidenen Wunsch, daß die in unseren Vereinsversammlungen gesprochenen Worte auch maßgebendenorts Gehör finden und damit dazu beitragen möchten, außer unserer gegenseitigen Aufklärung und Fachbildung auch dem allgemeinen Wohle zu nützen.

Bevor ich in die Erörterung und Klarlegung der Mängel der neuen Gesetzesvorlage eingehe, dürfte es wohl vor allem angezeigt sein, dieselbe der hochverehrten Versammlung in großen Umrissen zu skizzieren, falls sie nicht allgemein bekannt sein sollte. Es muß jedoch vorausgeschickt werden, daß seitens der Regierung bereits früher 2 Gesetzentwürfe vorgelegt wurden u. zw. die Novelle zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch und die

Novelle zum Strafgesetze, welche letztere sich mit der strafrechtlichen Behandlung und dem strafrechtlichen Schutze Unmündiger und Jugendlicher befaßt. Nach dieser letzteren Novelle sind die Unmündigen bis zum vollendeten 14. Lebensjahre strafrechtlich nicht verantwortlich und soll überhaupt der Strafe der Charakter der Vergeltung genommen werden und statt derselben Erziehung eintreten. Auf diesem Grundprinzipie ist das neue Fürsorgegesetz aufgebaut.

Skizze des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung.

Um genau auseinanderhalten zu können, welche Behörde die Fürsorgeerziehung anordnet, dann welche Personen der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, ist es notwendig, die §§ 1 und 2 der Gesetzesvorlage, welche von der Anordnung der Fürsorgeerziehung handeln, im Wortlaute anzuführen; dieselben lauten:

§ 1. Durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes können Unmündige und Personen zwischen dem vollendeten 14. und dem vollendeten 18. Lebensjahr (Jugendliche) zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. wenn die Eltern ihre Pflichten zu erfüllen vernachlässigen oder ihre elterlichen Rechte mißbrauchen und deshalb oder wegen des ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens der Eltern Fürsorgeerziehung notwendig ist, um die Verwahrlosung des Unmündigen oder Jugendlichen zu verhüten;

2. wenn außer dem in Z. 1 bezeichneten Falle wegen des Fehlens oder der Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkung der Eltern, sonstigen Erzieher oder der Schule die Fürsorgeerziehung zur Verhütung der Verwahrlosung des Unmündigen oder Jugendlichen notwendig ist;

3. wenn ein Unmündiger eine im Strafgesetze als strafbar erklärte That begangen hat und die Überweisung zur Fürsorgeerziehung zu seiner Besserung oder zur Verhütung seiner Verwahrlosung notwendig ist;

4. wenn die in Z. 3 bezeichneten Voraussetzungen bei einem Jugendlichen vorliegen, vom Strafgerichte aber die Fürsorgeerziehung nicht verfügt wurde. Aus diesem Grunde kann Fürsorgeerziehung insbesondere angeordnet werden, wenn das Strafverfahren gegen den Jugendlichen eingestellt oder wenn er aus anderen als den in den §§ 4a und 269 St. G. bezeichneten Gründen freigesprochen wurde oder wenn die Ergebnisse des Strafverfahrens nicht ausreichen, um die Fürsorgeerziehung anzuordnen.

§ 2. Durch Auspruch des Strafgerichtes können Jugendliche beim Vorliegen der in § 1, Z. 3, bezeichneten Voraussetzungen zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. wenn der Jugendliche gemäß §§ 4a und 296 StG. freigesprochen wurde, weil er wegen zurückgebliebener Entwicklung oder mangels der geistigen Reife nicht die Fähigkeit besaß, das Unrecht seiner That einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen;

2. wenn der Jugendliche einer strafbaren Handlung schuldig erklärt wurde. Findet das Gericht eine Freiheitsstrafe von drei Monaten oder mehr als angemessen, so ist die Überweisung zur Fürsorgeerziehung neben der Strafe auszusprechen, in anderen Fällen ist nur auf Fürsorgeerziehung zu erkennen. Die Verhängung der Strafe hat in diesem Falle zu unterbleiben.

Was die Art der Fürsorgeerziehung anbelangt, so geschieht dieselbe, wenn vom Vormundschaftsgerichte ausgesprochen, in einer geeigneten Familie, in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt.

Der Vormundschaftsrichter pflegt die erforderlichen Erhebungen und entscheidet mit Beschluß, ob eine Überweisung zur Fürsorgeerziehung stattzufinden hat oder andere Vororgen zur Überwachung der Erziehung zu treffen sind.

Der Beschluß auf Fürsorgeerziehung ist vom Vormundschaftsrichter mit den bezüglichlichen Akten der bei der politischen Landesbehörde eingesetzten Landeskommission zu übersenden, welche über die Durchführung der Fürsorgeerziehung entscheidet, und die Art der Unterbringung anordnet, wobei nicht nur auf die bestehenden öffentlichen Landes-Erziehungs- und Besserungsanstalten, sondern auch auf die privaten Erziehungs- und Fürsorgeanstalten Bedacht zu nehmen ist.

Die vom Strafgerichte verfügte Fürsorgeerziehung findet in der Regel in einer Besserungsanstalt statt.

Der Strafrichter pflegt die erforderlichen Erhebungen und entscheidet über die Überweisung zur Fürsorgeerziehung. Kann die Fürsorgeerziehung in einer staatlichen Besserungsanstalt stattfinden, so ordnet der Strafrichter dieselbe an und verfügt die Überstellung des Jugendlichen an die betreffende Anstalt. In allen anderen Fällen ist die zuständige Landeskommission um den Vollzug der angeordneten Fürsorgeerziehung zu ersuchen.

Jede Fürsorgeerziehung, ob von der Landeskommission oder vom Strafrichter in Vollzug gesetzt, ist dem Vormundschaftsgerichte mitzuteilen.

Für die Einrichtungen zur Durchführung der Fürsorgeerziehung an dem seitens der Landeskommissionen zur Fürsorgeerziehung Überwiesenen haben die Länder zu sorgen, welche aber auch Bezirke oder Gemeinden hiezu heranziehen können. Die Fürsorgeerziehung kann dergleichen in Privat-Erziehungs- und Besserungsanstalten stattfinden, welche von der Landeskommission hiezu geeignet erklärt werden. Für den Vollzug der vom Strafgerichte verfügten Fürsorgeerziehung sollen die vom Staate zu errichtenden staatlichen Besserungsanstalten dienen, welche dem Justizministerium unterstehen.

Die Fürsorgeerziehung endet mit vollendetem 21. Lebensjahre oder mit der früheren Einberufung zum aktiven Militärdienst. Wird ihr Zweck früher erreicht, so kann sie vor diesem Zeitpunkte vom Vormundschaftsgerichte u. zw. von Amts wegen oder auf Antrag aufgehoben werden. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden, welcher vom Vormundschaftsgerichte auszusprechen ist, sobald Tatsachen vorliegen, die den Wiedereintritt der Verwahrlosung befürchten lassen.

Bei Aufhebung der Fürsorgeerziehung hat das Vormundschaftsgericht in Verbindung mit dem Vorstände der Anstalt und den Organen der Fürsorge für die Unterbringung des Entlassenen in einem sein Fortkommen sichernden Erwerbe Sorge zu tragen.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung werden zunächst von dem Lande bestritten, in dem das Vormundschafts- oder Strafgericht liegt, das die Fürsorgeerziehung angeordnet hat! Zu diesen Kosten werden auch die Kosten der vorläufigen Unterbringung, die Kosten der Überführung in die Familie oder Anstalt, sowie die Kosten der Unterbringung des aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen gerechnet.

An der Aufbringung der Kosten der Fürsorgeerziehung beteiligt sich der Staat mit einem Drittel desjenigen Kostenbetrages, der sich

nach Abrechnung eines Viertels der dem Lande überwiesenen Teile der Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen ergibt.

Die Kosten einer Fürsorgeerziehung, die in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, sind nach § 388 StPD. zu berechnen und dem Staate zu erlegen.

Zu den Kosten der Errichtung von Landes-Besserungsanstalten wird der Staat ein Drittel beitragen.

Alle Anstalten zum Schutze von verwaisenen, verlassenen, mißhandelten, verwahrlosten oder mit Verwahrlosung bedrohten Kindern und Jugendlichen unterstehen der staatlichen Aufsicht.

Wenn ich von den strafrechtlichen Bestimmungen und Schlußbestimmungen absehe, wären dies die großen Umrisse des neuen Fürsorgegesetzes.

Ich wende mich nun dem Detail der Gesetzesvorlage zu und werde aus demselben nur jene Punkte herausgreifen, welche auf Grund der Erfahrungen der Praktiker in der Fürsorgeerziehung, sowie mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse und Anschauungen als Änderungs- oder ergänzungsbedürftig bezeichnet werden müssen, und möchte diese

Ansichten und Wünsche der Fürsorgepraktiker in bezug auf das neue Fürsorgegesetz

nicht nur der hochverehrten Versammlung, sondern insbesondere den auf die Fassung des Fürsorgegesetzes einflußhabenden Persönlichkeiten zur geneigten Prüfung und Beachtung empfehlen.

I. Anordnung der Fürsorgeerziehung.

Die §§ 1 und 2 sind derart umfassend, daß die Fürsorgeerziehung auf Grund derselben in allen Fällen, wo sie notwendig erscheint, angeordnet werden kann. Es wäre sogar sehr empfehlenswert, wenn hier dem Wortlaute des Gesetzes ein in den Erläuterungen zum Fürsorgegesetz besonders hervorgehobener Passus als Hemmschuh zur Vorsicht bei der Überweisung zur Fürsorgeerziehung angefügt würde, welcher lautet:

„Der Fürsorgeerziehung auch solche Elemente zuzuführen, die, ohne gebeeifert zu werden, ihre Umgebung, namentlich die Mitzöglinge der Gefahr aussetzen, durch sie verdorben zu werden wäre zwecklos und geradezu schädlich. Wenn daher nach sorgfältiger Prüfung der bisherigen Lebensführung und Lebensverhältnisse, des Charakters und der Motive der Handlung des Jugendlichen keine Hoffnung auf Besserung besteht, muß von der Überweisung zur Fürsorgeerziehung abgesehen werden.“

Diese Mahnung zur Vorsicht scheint um so wichtiger zu sein, als durch den Strafrichter überhaupt ein ganz bedeutender Prozentsatz der jugendlichen Gesetzesübertreter der Fürsorgeerziehung überwiesen werden dürfte. Vielleicht würde dadurch auch eine andere Bestimmung, welche ich gleich erwähnen werde, seine Bedenklichkeit einigermaßen verlieren.

II. Art und Zweck der Fürsorgeerziehung.

Das letzte Alinea im § 4 sagt:

„Zöglinge, die vom Strafgerichte der Fürsorgeerziehung überwiesen wurden, können vom vornherein unter öffentlicher Aufsicht in einer Familie

oder in einer Erziehungsanstalt erzogen werden, wenn diese Art der Fürsorgeerziehung dem Zwecke besser entspricht."

Diese Bestimmung erscheint mir sehr bedenklich. Warum? Nach den §§ 14 und 20 ist die Errichtung staatlicher Besserungsanstalten in Aussicht gestellt. In welchem Umfange, ist wohl nicht gesagt. Wenn nun der Staat, wie auch aus den Erläuterungen hervorgeht, staatliche Besserungsanstalten für die vom Strafrichter der Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen nur in der unbedingt notwendigen Anzahl errichtet, so ist damit auch gesagt, daß er Jugendliche in ganz namhafter Anzahl den Landes-Erziehungs- und Besserungsanstalten zu überweisen gedenkt, was nach der vorzitierten Bestimmung statthaft erscheint.

Wenn nun von dieser Bestimmung ein ausgedehnterer Gebrauch gemacht wird, so steht sehr zu befürchten, daß damit die nicht staatlichen Besserungs- und Erziehungsanstalten mit Elementen überschwemmt oder wenigstens infiziert werden, welche die Disziplin und die Erziehungserfolge in bedenklicher Weise gefährden, was auch in den Erläuterungen pag. 24, Absatz 4 zugegeben wird, da selber besagt, daß Jugendliche, die eine mit Strafe bedrohte Tat begangen haben, schon zu den bedenklicheren und schwerer zu behandelnden Elemente gehören und daher einem energischen und strengen Regime unterworfen werden müssen. Es kann daher durchaus nicht dem Zwecke entsprechen, daß straffällige Jugendliche in größerer Zahl den nicht staatlichen Anstalten, welche nur weniger verdorbene Elemente beherbergen, überwiesen werden. Außerdem erschiene es eigentlich richtiger und natürlicher, daß die vom Strafrichter überwiesenen Jugendlichen ausschließlich in staatlichen Besserungsanstalten untergebracht werden, nachdem dies durchgehends nur solche Gesetzesübertreter sind, welche gegenwärtig in den k. k. Strafanstalten und Gefängnissen angehalten werden.

Übrigens ist es gegen alle Erziehungsgrundsätze, einzelne längst der Schule entwachsene Jugendliche unter die schulpflichtigen Zöglinge der Erziehungsanstalten zu stecken, wo sie durch ihr schlechtes Beispiel den größten Schaden anrichten können. Wenn solche Zöglinge den Besserungsanstalten überwiesen würden, geht es noch an, aber von den Erziehungsanstalten sollen dieselben ausgeschlossen sein. Der Staat sollte daher Besserungsanstalten in vollkommen ausreichendem Maße errichten und Jugendliche nur dann den nicht staatlichen Anstalten überweisen lassen, wenn deren Unbedenklichkeit erwiesen erscheint.

Das vorerwähnte Alinea im § 4 sollte daher folgendermaßen lauten:

"Jugendliche, die vom Strafgerichte der Fürsorgeerziehung überwiesen werden, können ausnahmsweise auch von vorneherein unter öffentlicher Aufsicht in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt erzogen werden, wenn sie sittlich nicht verdorben sind und diese Art der Fürsorgeerziehung dem Zwecke besser entspricht."

Dem Alinea 3 des § 4 "Durch das Statut der Besserungsanstalt kann bestimmt werden, daß der Zögling nach Ablauf einer im Statute bestimmten Mindestfrist in eine Erziehungsanstalt gebracht oder unter Aufsicht des Vorstandes der Besserungsanstalt in einer Familie erzogen werden kann", wäre noch beizufügen: "In gleicher Weise können auch Zöglinge von Erziehungsanstalten nach Maßgabe der Besserung der Fürsorgeerziehung in einer Familie überwiesen werden." Diese Änderung in der Fürsorgeerziehung ist vom Vorstande der Anstalt bei der Landeskommision zu beantragen."

Es ist wärmstens zu begrüßen, daß im § 5 deutlich ausgesprochen erscheint, daß es Aufgabe der Fürsorgeerziehung ist, die gesunde, kräftige körperliche Entwicklung zu fördern und besonders bei Auswahl der

Beschäftigung für Zöglinge aus dem Stande der Feldarbeiter, Handwerker oder gewerblichen Hilfsarbeiter, auf deren Beruf und ihre Fortbildung in diesem Berufe Rücksicht zu nehmen. Damit ist wohl ein deutlicher Fingerzeig gegeben, wie die Fürsorgeerziehungsanstalten einzurichten seien. Wirkfamer wäre dieser Paragraph allerdings noch, wenn dem ersten Alinea angefügt worden wäre: „Dieser Aufgabe entsprechend müssen die Erziehungs- und Besserungsanstalten eingerichtet sein.“

III. Verfahren.

Was das Verfahren bei der Überweisung zur Fürsorgeerziehung anbelangt, so soll selbes rasch durchgeführt und nicht durch Einholung nebenständlicher Belege verzögert werden. Es hätte gewiß nicht geschadet, wenn die Notwendigkeit der raschen Durchführung zum Ausdruck gebracht worden wäre.

IV. Vollzug.

Nach § 12 ist den Verhandlungen der Landeskommission mit beratender Stimme ein Pädagoge und ein psychiatrisch gebildeter Arzt beizuziehen.

Was den Pädagogen anbelangt, so würde es gewiß dem Zwecke am besten entsprechen, wenn diese Persönlichkeit nicht nur Pädagoge sondern auch Sachmann in der Fürsorgeerziehung wäre, daher den Beratungen der Landeskommission ein Leiter einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt beizuziehen wäre, was sich leicht tun läßt, da sich am Sitze einer Landeskommission meistens auch eine Erziehungsanstalt befinden dürfte. Demnach möchte im § 12, Absatz 1, nach ein Pädagoge — „womöglich Leiter einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt“ — eingeschaltet werden.

Nach § 13 hat bei der Entscheidung über die Durchführung der Fürsorgeerziehung die Landeskommission nach Maßgabe der von der Landesregierung für den Vollzug getroffenen Einrichtungen auch auf die zur Verfügung stehenden Geldmittel und Anstalten oder sonstigen Einrichtungen zur zweckdienlichen Unterbringung von Zöglingen Bedacht zu nehmen. Damit ist wohl gesagt, daß die Landeskommission die Wahl trifft, in welche Anstalt der Fürsorgezögling abzugeben ist. Diese Wahl ist aber meistens nicht so einfach: In Niederösterreich, wo große Anstalten wie Eggenburg zur Verfügung stehen, wird das freilich wenig Schwierigkeiten machen, denn es sind dort nicht nur verschiedene Handwerkstätten eingerichtet, sondern ist daselbst eine große Feld- und Viehwirtschaft vorhanden und überdies auch Gelegenheit, den Weinbau zu lernen. Nebstdem ist durch das neue Pavillonssystem vielleicht auch die Möglichkeit geschaffen, die bedenklicheren Elemente zu separieren. In anderen Ländern wird die richtige Verteilung manche Schwierigkeiten haben. Die Anstalten sind klein. Handwerkstätten mit Ausnahme von Handfertigkeitschulen sind oft nur in beschränktem Maße vorhanden. Feld- und Viehwirtschaft findet man selten. Etwas Gartenwirtschaft wohl überall.

Wenn man nun der Aufgabe der Fürsorgeerziehung nach der Vorschrift des § 5 gerecht werden will, ist es notwendig, daß insbesondere die Landeskommissionen bei der Zuweisung der Fürsorgezöglinge an die Erziehungs- und Besserungsanstalten auf die Einrichtungen dieser Anstalten zur Beschäftigung dieser Pfleglinge Bedacht nehmen. Es wäre weit gefehlt, eine den Anstaltseinrichtungen entsprechende Zuweisung außer acht zu lassen, und würde eine solche Außerachtlassung die Anstaltsleiter in die größte Verlegenheit bringen. Es wird daher notwendig sein, daß dem künftigen Berufe

des Fürsorgezöglings gleich vom Anfange her Rechnung getragen werde. Selbstverständlich wird dies nicht bei kleinen Kindern notwendig sein. Wenn aber ein Knabe das 10. Lebensjahr überschritten hat, muß man schon auf seinen künftigen Beruf Rücksicht nehmen.

Die Sache sieht übrigens schwieriger aus als sie ist. Es ist hiezu nur eine ganz geringfügige Vorarbeit seitens des Vormundschafts- oder Strafrichters nötig. Nach den §§ 7 und 9 sind vor der Beschlußfassung auf Fürsorgeerziehung nicht nur die der Fürsorgeerziehung zu Überweisenden, sondern auch deren Eltern und Vormünder zu hören. Es wird also nur nötig sein, daß der Vormundschafts- oder Strafrichter bei dieser Vernehmung den zu Überweisenden sowie dessen gesetzliche Vertreter betreffs des zu ergreifenden künftigen Berufes ausfragt und die bezügliche Bemerkung in den Akten einträgt, beziehungsweise in dem Beschlusse anführt. Hiemit ist es der Landeskommission ein leichtes, den zur Fürsorgeerziehung Überwiesenen jener Anstalt zuzuweisen, in welcher er für seinen künftigen Beruf Vorbildung finden kann, nachdem der Landeskommission die Einrichtungen sämtlicher der Fürsorgeerziehung dienenden Anstalten bekannt sein müssen.

Bei Unterbringung in einer anderen Familie ist selbstverständlich in gleicher Weise auf den künftigen Beruf Bedacht zu nehmen und darnach die Auswahl der Familie zu treffen.

Ebenso wichtig wie die Zuweisung der Fürsorgezöglinge entsprechend den Einrichtungen der Fürsorgeanstalten in bezug auf Beschäftigung ist auch die Zuweisung der Fürsorgezöglinge nach Alter und dem Grade der Verbورbenheit, was seitens unseres Vereines schon wiederholt betont und auch in unserer letzten Vereinsversammlung ausdrücklich hervorgehoben worden ist.

Es wurden als notwendig bezeichnet:

1. Besserungsanstalten für Jugendliche über 14 Jahre:
 - a) für hochgradig verwahrloste,
 - b) für weniger verwahrloste.
2. Erziehungsanstalten für schulpflichtige Jugendliche:
 - a) für hochgradig verwahrloste von 11 bis 14 (16) Jahren,
 - b) für verwahrloste von 6 bis 10 Jahren und für minder verwahrloste von 11 bis 14 (16) Jahren.

Nach der vorliegenden Gesetzesvorlage sind nachbezeichnete Anstalten und Einrichtungen zur Fürsorgeerziehung in Aussicht genommen u. zw.:

Staatliche Besserungsanstalten,
Landes-Besserungsanstalten,
Landes-Erziehungsanstalten,
Privat-Erziehungsanstalten, Rettungshäuser, Asyle 2c. und Erziehung in einer anderen Familie.

Wenn sich auch mit den verfügbaren Fürsorgeeinrichtungen die Wünsche der Fürsorgepraktiker nicht ganz erfüllen lassen, so ist es immerhin möglich, durch entsprechende Zuweisung der Fürsorgezöglinge diesen Wünschen sehr nahe zu kommen. Unserer Ansicht nach sollten die vorgenannten Fürsorgeeinrichtungen zur Erziehung nachbezeichneter Kategorien von Fürsorgezöglingen dienen u. zw.:

1. Staatliche Besserungsanstalten für verbrecherische demnach hochgradig verwahrloste Jugendliche über 14 Jahren.
2. Landes-Besserungsanstalten für verwahrloste Jugendliche über 14 Jahre.
3. Landes-Erziehungsanstalten für verwahrloste Unmündige von 8 bis 14 (16) Jahren.

4. Privat-Erziehungsanstalten und Erziehung in einer andern Familie für sittlich gefährdete Unmündige.

Die Erziehung in einer anderen Familie kann auch bei verwahrlosten Unmündigen und Jugendlichen nach eingetretener Besserung als Nacherziehung Platz greifen.

Nach diesen Grundsätzen sollte die Fürsorgeerziehung durchgeführt werden.

Gemäß der §§ 13 und 16 ist zur Unterbringung der Unmündigen und Jugendlichen in die Fürsorgeerziehung die Sicherheitsbehörde in Anspruch zu nehmen. Gegen die Verwendung der Sicherheitsorgane zur Begleitung von Unmündigen und Jugendlichen ist schon so viel gesprochen worden, daß es wohl nicht notwendig ist, die Nachteile dieser Verwendung noch einmal klarzulegen.

Fürsorgezöglinge sollen durch die Eltern, Vormünder oder Waisenspfleger (Fürsorgepersonen) in die betreffende Anstalt oder Familie überstellt werden.

Und wenn schon Personen der Sicherheits- oder Gemeindebehörde verwendet werden müssen, so soll wenigstens die Verfügung getroffen werden, daß diese Personen in Zivilkleidung gehen.

VI. Einrichtungen zur Durchführung der Fürsorgeerziehung.

Nach § 17 bleibt es der Landesgesetzgebung vorbehalten, die Einrichtungen zu schaffen, welche nebst den bereits bestehenden Landes-Besserungs- und Erziehungsanstalten zur Durchführung der Fürsorgeerziehung notwendig sind. Von der Wirkung dieses Paragraphen versprechen wir uns nicht viel, wenn nicht betreffs der Errichtungs- und Erhaltungskosten dieser Anstalten ein für die Länder günstigerer Modus gefunden wird. Das Gesetz vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90, lautet ähnlich. Wir wissen ja, wie viele Anstalten daraufhin errichtet wurden.

Der § 18 wäre wohl besser gewesen, wenn er nur die zwei Zeilen

„Die Besserungsanstalten für Jugendliche sind von den Zwangsarbeitsanstalten räumlich zu trennen“

umfaßt hätte; aber wir müssen zufrieden sein, daß wenigstens einmal klar ausgesprochen erscheint, daß in Besserungsabteilungen von Zwangsarbeitsanstalten schulpflichtige Jugendliche überhaupt nicht abgegeben werden dürfen und daß solche Besserungsabteilungen von den Zwänglingen vollständig und dauernd abgetrennt sein müssen. In einigen Zwangsarbeitsanstalten dürften die Besserungsabteilungen wohl bestehen bleiben, doch läßt sich eine vollkommene Absonderung der Jugendlichen von den Zwänglingen überall durchführen.

VII. Aufhebung der Fürsorgeerziehung.

Die Fürsorgeerziehung endet gemäß § 25 mit Vollendung des 21. Lebensjahres oder mit der früheren Einberufung zum aktiven Militärdienst. Vor diesem Zeitpunkt kann sie auf Antrag oder von Amts wegen vom Vormundschaftsgericht aufgehoben werden, wenn ihr Zweck erreicht oder dessen Erreichung in anderer Weise sichergestellt ist. Zur Aufhebung der Fürsorgeerziehung ist demnach nur das Vormundschaftsgericht berufen, auch bei den vom Strafrichter überwiesenen Jugendlichen.

Zum Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung sind außer dem Zögling, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat, die Eltern und der Vormund des Zöglings berechtigt, ferner, wenn die Überweisung

von der Landeskommission vollzogen wurde, die Kommission und, wenn sie in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, der Vorstand der Anstalt.

Was die drei erstgenannten Antragsberechtigten, nämlich Zögling, Eltern und Vormund anbelangt, so werden dieselben sowohl dem Vormundschaftsgerichte als auch der Anstaltsdirektion recht lästig werden, insbesondere wenn es sich um bereits schulentlassene Fürsorgezöglinge handelt. Wer die Eltern der Zöglinge der Erziehungs- und Besserungsanstalten kennt, weiß nur zu gut, wie mit der vollendeten Schulpflicht des Kindes auf einmal die Elternliebe erwacht; Eltern, die sich 5 oder 6 Jahre nicht um ihr in der Erziehungsanstalt befindliches Kind gekümmert, ja nicht einmal nach demselben gefragt haben, bekommen auf einmal nach ihrem Kinde, wenn es 14 Jahre alt geworden ist, eine solche Sehnsucht, daß sie die rührendsten Briefe schreiben und es kaum erwarten können, bis ihnen die bevorstehende Entlassung angekündigt wird. Merkwürdigerweise kommt es aber häufig vor, daß diese Elternliebe plötzlich wieder erlischt, und zwar noch bevor solche Eltern ihr Kind in die Arme schließen konnten. Die Anstaltsdirektion hat ihnen nämlich mitgeteilt, daß ihr Sohn dies oder jenes Handwerk lernen will und dazu auch die Anlage hat, infolgedessen ein brauchbarer und verlässlicher Lehrherr ausgesucht werden müsse, wenn diese Auswahl nicht lieber der Anstaltsdirektion überlassen werde. Gewöhnlich erfolgt darauf die Antwort: „Schicken Sie unsern Sohn nur nach Hause, wir werden ihn schon unterbringen.“ Und wenn dann die Anstalt schreibt, daß dies nicht anginge, indem vorerst die Versorgung sichergestellt sein und der Junge direkt in die Lehre kommen müsse, so werden solche Eltern mitunter recht grob und wollen einem recht deutlich sagen, daß dies ihr Kind sei und, was sie mit dem Kinde machen, niemanden etwas anginge. Man muß hier oft eine große Ruhe haben, aber man darf nicht locker lassen. Meist kommt nach ein, zwei Briefen die Erklärung, die Anstalt solle mit dem Jungen machen was sie wolle. Andere Eltern erklären gleich von Anfang, daß der Knabe, wenn er aus der Anstalt komme, in die Fabrik gehen müsse. Wieder andere schreiben, die Anstalt solle den Jungen, wenn er schon in eine Lehre kommen müsse, auch selbst in eine Lehre unterbringen und dafür zahlen, sie hätten kein Geld dazu.

Das ist also die Elternliebe, welche auf einmal erwacht, wenn das Kind soweit herangewachsen ist, daß es mitverdienen könnte.

So wie es gegenwärtig vorkommt, wird es nach dem Wortlaute des neuen Fürsorgegesetzes noch viel öfter vorkommen, daß die Eltern und Vormünder — die Vormünder sind oft nicht viel besser — die Anstaltsleitung und das Vormundschaftsgericht mit Entlassungsgesuchen bombardieren, trotzdem es im § 26 al. 3 heißt, daß ein abgewiesener Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung vor Ablauf eines Jahres nicht erneuert werden dürfe. Wenn nun auch der Fürsorgezögling 16 Jahre vorüber ist, so hilft er mitbombardieren. Einmal bringt er beim Anstaltsvorstand seine Bitte um Entlassung vor, des anderemal reicht die Mutter ein Entlassungsge such beim Vormundschaftsgericht ein, das drittemal der Vormund, außerdem wird die Anstaltsleitung unzähligemale mit Ersuchen und Vorstellungen wegen Entlassung beglückt werden.

Nach meinem Dafürhalten wäre es gar nicht notwendig, im Gesetze ausdrücklich zu erwähnen, daß der Zögling selbst, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat, zum Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung berechtigt ist. So wie jetzt wird es auch künftighin jedem Zöglinge unbenommen sein, seine Bitte um Entlassung, wenn dieselbe eine begründete ist, dem Anstaltsvorstand beziehungsweise dem Fürsorger vorzu-

bringen. Ist diese Bitte begründet, so wird sie ganz gewiß auch weitergeleitet und befürwortet werden. Ist die Bitte nur eine müßige Behelligung, so verdient sie doch überhaupt nicht weitergeleitet zu werden. Wozu also die Erhebungen und Schreibereien. Der Anstaltsvorstand und der Fürsorger (Vertrauensmann) müssen doch über dem Verdachte erhaben sein, daß sie mit Absicht die Fürsorgeerziehung eines Zöglings unnötigerweise verlängern wollten.

Was die Berechtigung der Eltern und Vormünder zum Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung anbelangt, so sollte hier wohl eine Beschränkung eintreten und zwar dergestalt, daß dieselben zu einem Antrag nur dann berechtigt wären, wenn sich ihre Familien- und Vermögensverhältnisse derart gestaltet haben, daß ihnen der Zögling ohne Besorgnis anvertraut werden kann, oder sonst eine einwandfreie Versorgung sichergestellt ist.

Zu diesem Alinea betreffs Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung heißt es weiter, daß, wenn die Überweisung von der Landeskommission vollzogen wurde, die Kommission und, wenn sie in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, der Vorstand der Anstalt zum Antrag berechtigt ist.

Es ist nun nicht erklärlich, warum bei Überweisung durch die Landeskommission diese selbst den Antrag machen soll und nicht der Vorstand der Anstalt bzw. bei Familienerziehung die Vertrauensperson. Oder sollte unter „Kommission“ die in vielen Anstalten von Zeit zu Zeit einberufene Hauskommission gemeint sein? Doch ist dies auch nicht recht möglich, denn viele Anstalten haben diese Institution nicht; es muß also doch die Landeskommission selbst gemeint sein. Nun die Landeskommission vollzieht wohl die Fürsorgeerziehung d. h. sie weist die Fürsorgezöglinge den Anstalten und Familien zu, sie kann aber keineswegs über die Aufführung der einzelnen Fürsorgezöglinge derart unterrichtet sein, daß sie ohne Anhörung des Vorstandes der Anstalt oder der Vertrauensperson die Aufhebung der Fürsorgeerziehung beantragen könnte. Die Landeskommission kann hier nicht einmal die Initiative ergreifen, da sie über den Fortgang der Besserung der Zöglinge nicht orientiert ist. Die Initiative kann nur der Anstaltsvorstand oder die Vertrauensperson ergreifen, weil nur diese wissen können, ob der Fürsorgezögling schon soweit gebessert ist, daß die Aufhebung der Fürsorgeerziehung beantragt werden kann. Somit können auch nur diese Personen den Antrag auf Aufhebung stellen, nicht aber die Landeskommission. Die Erläuterungen zeigen allerdings voraus, daß die Landeskommission über die Ergebnisse der Fürsorgeerziehung Kenntnis habe, und je nach dem Fortschreiten der Erziehungsresultate die Übergabe aus der Anstalts- in die Familienerziehung verfügen, oder wenn die Fürsorgeerziehung nicht mehr notwendig ist, ihre Aufhebung u. zw. entweder gegen Widerruf oder uneingeschränkt zu beantragen. Eine derart genaue Informierung der Landeskommission über den Besserungsgang der Pfleglinge, daß dieselbe aus der Ferne, ohne die Pfleglinge zu kennen, sagen könnte, dieser Pflegling ist jetzt für die Familienerziehung resp. jener ist definitiv, der dritte gegen Widerruf usw. zu entlassen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und wenn selbst der Vorstand der Anstalt monatlich bis ins kleinste Detail gehende Ausweise über den Fortgang der Erziehung der Landeskommission vorlegen würde — was freilich keine besonders angenehme und ehrende Arbeit wäre — so bliebe die Verfügung beziehungsweise der Antrag der Landeskommission doch nur ein Werk vom grünen Tische aus, wenn nicht der Vorstand der Anstalt beifügen würde, der A eignet sich für die Familienerziehung, B für die bedingte Entlassung usw. Und ist diese Beifügung vorhanden, dann ist es eigentlich schon ein Antrag. Aber dieser Antrag ist nicht geeignet für die Landeskommission. Da der Anstaltsvorstand nicht

weiß, welcher Pflegling zur Entlassung beantragt wird, können auch keinerlei Vorbereitungen behufs Versorgung gemacht werden, die doch so notwendig sind.

Doch abgesehen von dem ist die Entziehung des Antragsrechtes, welches bisher überall den Vorständen der Anstalten bzw. den Hauskommissionen zusteht, ein Mißtrauen, welches wir wahrlich nicht verdienen. Wenn wir es verstehen, die Kinder zu erziehen, sie zu guten, gefitteten und brauchbaren Menschen zu machen, so werden wir es doch wahrlich auch verstehen und am besten verstehen, zu beurteilen, wann der richtige Zeitpunkt gekommen ist, die Fürsorgeerziehung zu ändern oder aufzuheben. Die Einengung der Verfügungsrechte der Erzieher, die Abgrenzung der Wirksamkeit derselben ist nicht geeignet, deren Arbeitsfreudigkeit zu heben. Wenn man Mißtrauen begegnet, ist die Lust zur Arbeit dahin.

Der Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung ist selbstverständlich sowohl vom Vorstande einer Besserungs- oder Erziehungsanstalt als auch von der Vertrauensperson betreffs der in einer Familie untergebrachten Fürsorgezöglinge der Landeskommission zu unterbreiten, welche die Anträge prüft, begutachtet und dann an die Vormundschaftsgerichte zur Entscheidung weiter leitet.

Es würde zu einer Vielschreiberei führen, wenn die Anstalten und Vertrauenspersonen den Landeskommissionen Gesamtausweise über die zur Entlassung aus der Fürsorgeerziehung beantragten Unmündigen und Jugendlichen vorlegen würden und die Landeskommissionen auf Grund dieser Gesamtausweise erst die einzelnen Anträge auf Entlassung verfassen und den Vormundschaftsgerichten übersenden müßten.

Aus diesen Gründen sollte die Fassung des al. 3 im § 25 dahin eine Änderung erfahren, daß, wenn die Überweisung von der Landeskommission vollzogen wurde, den Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung der Vorstand der Anstalt beziehungsweise die Vertrauensperson im Wege der Landeskommission zu stellen hat.

Gemäß § 25 kann die Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden. Dieser Widerruf ist nach § 27 vom Vormundschaftsgerichte auszusprechen, sobald Tatsachen vorliegen, die den Wiedereintritt der Verwahrlosung bekunden oder besorgen lassen oder sonst zeigen, daß die Aufhebung verfrüht oder zweckwidrig gewesen ist.

Die Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs ist schon gegenwärtig in den meisten Erziehungs- und Besserungsanstalten eingeführt unter dem Namen „bedingte Entlassung“ oder Entlassung gegen Widerruf und bewährt sich auf das beste, wo sie strenge durchgeführt wird, d. h. wo die Anstalt mit dem Entlassenen entweder direkt oder durch Vermittlung der die Schutzaufsicht führenden Vertrauensperson (Fürsorger) in fortwährendem Kontakte steht. Wenn der Entlassene ohne Aufsicht ist, hat auch die bedingte Entlassung nicht viel Wert. Diese bedingte Entlassung wird meistens angewendet. Die Widerrufung derselben steht gewöhnlich der Hauskommission zu. In dringenden Fällen kann der Anstaltsleiter den rückfällig gewordenen Entlassenen sogleich gegen nachträgliche Anzeige bzw. Bewilligung der Hauskommission rückeinliefern lassen. Die Erfahrung lehrt, daß diese Dringlichkeit meistens vorhanden ist. Wenn ein bedingt Entlassener wiederholt stiehlt, unfolgsam und stüzig ist usw. und der Meister den Jungen absolut nicht weiter behalten will, so muß man einen solchen Jungen, wenn die Rückfälligkeit erwiesen ist, doch sogleich einziehen. Man kann doch nicht warten, bis der Meister ihn fortjagt und ihn sich selbst überlassen, bis die

nächste Hauskommission zusammentritt und den Widerruf beschließt. Bis zu dieser Zeit könnte viel Unheil geschehen oder der Junge verschollen sein. Die Wiedereinlieferung in die Anstalt muß sofort nach erwiesener Rückfälligkeit geschehen. Nicht immer muß auf die Klagen des Meisters hin ein Widerruf der Entlassung folgen. Die Fälle, daß es sich später herausstellt, daß der Meister den Jungen nur loshaben wollte, sind nicht gar so selten. In einem solchen Falle wird einfach sofort eine anderweitige, zweckmäßigere Unterbringung veranlaßt und, falls der Pflegling bereits eingezogen war, dessen Überstellung an den neuen Lehr- oder Dienstplatz veranlaßt. Selbstverständlich unterbleibt eine Anzeige an die Hauskommission wegen Rückfälligkeit.

Daraus ist zu ersehen, daß der Anstaltsleiter hier freie Hand haben muß, wenn die Durchführung der Fürsorgeerziehung zweckmäßig sein soll.

Die Verfügung des § 27, daß der Widerruf der Fürsorgeerziehung vom Vormundschaftsgerichte auszusprechen sei, ist daher keine zweckentsprechende, wenn nicht der Anstaltsvorstand bevollmächtigt erscheint, im Dringlichkeitsfalle den Rückfälligen unter Erstattung der bezüglichen Anzeige an das Vormundschaftsgericht sofort wieder einzuziehen, ohne die Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes abzuwarten, oder doch wenigstens den Antrag auf Widerruf dem Vormundschaftsgerichte direkt und nicht im Wege der Landeskommision zu übermitteln, wobei freilich eine umgehende Erledigung seitens des Vormundschaftsgerichtes geboten erscheint.

Nach § 28 hat bei Aufhebung der Fürsorgeerziehung das Vormundschaftsgericht in Verbindung mit dem Vorstand der Anstalt und den Organen der Fürsorge für die Unterbringung des Entlassenen in einem sein Fortkommen sichernden Erwerbe Sorge zu tragen.

Zu dieser Unterbringung hat jedenfalls der Vorstand der Anstalts- bzw. die Vertrauensperson die Initiative zu ergreifen, indem derselbe noch vor Beantragung der Aufhebung der Fürsorgeerziehung an das Vormundschaftsgericht mit der Anfrage herantritt, ob und inwieweit den Eltern oder dem Vormunde die weitere Ob Sorge für den Zögling überlassen werden kann oder ob die Unterbringung des zu Entlassenden in anderer Weise zu veranlassen ist. Das Vormundschaftsgericht wird jedenfalls am besten in der Lage sein, die Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit der Eltern oder des Vormundes des Zöglings zu kennen, um dem Anstaltsvorstande bzw. dem Fürsorger verlässliche Winke und Weisungen geben zu können. Um die Unterbringung und Verforgung der Fürsorgezöglinge wird sich aber das Vormundschaftsgericht kaum kümmern können.

Das 1. al. des § 28 möchte daher wohl eine andere Wortstellung brauchen und dürfte dem Gesagten gemäß besser lauten:

„Vor Beantragung der Aufhebung der Fürsorgeerziehung hat der Vorstand der Anstalt beziehungsweise das Fürsorgeorgan in Verbindung mit dem Vormundschaftsgerichte für die Unterbringung des zu entlassenden Zöglings in einem sein Fortkommen sichernden Erwerbe Sorge zu tragen.“

Auch das 2. al. dieses Paragraphen erscheint nicht ganz zweckmäßig, dasselbe lautet: „Bei Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs können dem Entlassenen durch das Vormundschaftsgericht oder durch den Vorstand der Anstalt entweder bei der Entlassung oder später bestimmte Weisungen über sein Verhalten erteilt und ihm insbesondere die Bekanntgabe seines Aufenthaltes auferlegt werden. Das Vormundschafts-

gericht sowie der Vorstand einer staatlichen oder Landes-Besserungs- oder Erziehungsanstalt können auch eine Schutzaufsicht veranlassen!

Nachdem es sich hier um unter Vorbehalt des Widerrufs entlassene, also solche Fürsorgezöglinge handelt, welche bei nicht zufriedenstellendem Verhalten wieder in die Anstalt rückberufen werden, ist es wohl eine Grundbedingung, daß die Anstalt mit solchen Zöglingen auch weiter in Kontakt bleibt, zumal nach § 23 der Vorstand der Anstalt der Vormund des Fürsorgezöglings ist. Daher ist es unbedingt notwendig, daß dem gegen Widerruf Entlassenen vor seinem Abgehen aus der Anstalt die nötigen Belehrungen gegeben und auch bestimmte schriftliche Weisungen für sein Verhalten erteilt werden, nach welchen er sich in den verschiedenen Lebenslagen zu richten habe. Von einer Auserlegung der Bekanntgabe des Aufenthaltes ist abzuhehen, da ja der Aufenthalt dem Anstaltsvorstande eo ipso bekannt sein muß und eine Veränderung des Lehr- oder Dienstplatzes nur mit dessen Wissen und Willen geschehen darf. Wenn aber der bedingt Entlassene seinen Aufenthaltsort ohne Wissen der Anstalt verändert d. h. vom Lehr- oder Dienstplatz entweicht, so wird er sich hüten, der Anstalt mitzuteilen, wo er sich befindet. Für unter Vorbehalt des Widerrufs Entlassene ist in jedem Falle eine Schutzaufsicht zu veranlassen, wenn dieselbe nicht durch das Vormundschaftsgericht oder die Anstalt direkt ausgeübt werden kann.

Demnach sollte das a. 2 des § 28 richtiger lauten:

„Dem unter Vorbehalt des Widerrufs entlassenen Fürsorgezöglinge sind bei der Entlassung die nötigen Belehrungen zu erteilen und bestimmte Weisungen für sein Verhalten mitzugeben. Weiters ist für jeden derartigen Fürsorgezögling seitens des Vormundschaftsgerichtes oder seitens des Vorstandes der Anstalt eine Schutzaufsicht zu veranlassen.“

VIII. Kosten der Fürsorgeerziehung.

Der Kostenpunkt der Fürsorgeerziehung hat schon bei den Beratungen des Kinderschutz-Kongresses im Jahre 1907 sich als wunder Punkt gezeigt.

Unserem Verein geziemt es nicht, darüber zu verhandeln und zu beraten.

Nichtsdestoweniger muß es jedem verwunderlich erscheinen, daß den Ländern wieder der größte Anteil aufgebürdet wird und es dürfte mir vielleicht nicht übel genommen werden, wenn ich erwähne, daß bereits seitens mehrerer Landesverwaltungen dagegen Stellung genommen wurde.

Die Auslagen für die Fürsorgeerziehung werden sich nach dem Inkrafttreten des neuen Fürsorgegesetzes natürlich bedeutend erhöhen, da sich nicht nur die Zahl der Fürsorgezöglinge verdoppeln ja vielleicht verdreifachen wird, sondern zu den Fürsorgeerziehungskosten noch andere Auslagen treten, welche bisher von den Angehörigen oder Heimatsgemeinden bestritten wurden, nämlich die Kosten der Überführung der Zöglinge in eine Familie oder Anstalt, dann die Auslagen der Rückreise der aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen und die Kosten der Unterbringung derselben in einem ihr Fortkommen sichernden Erwerbe.

Wenn sich auch der Staat an den Kosten der Fürsorgeerziehung mit einem Drittel beteiligt, so gibt das keinen großen Ausschlag abgesehen davon, daß bei diesem Drittel vorerst ein Viertel der dem Lande überwiesenen Teile der Gebahrungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen abgerechnet wird.

Merkwürdig ist auch, daß nach § 30 die Kosten einer Fürsorgeerziehung, die in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, nach § 388 StW.D berechnet, dem Staate zu ersehen sind, obgleich diese staatlichen Besserungsanstalten in jeder Beziehung dem Justizminister unterstellt sind.

Die Bestimmung der Gesetzesvorlage, daß die Fürsorgekosten von jenem Lande zu bestreiten sind, in dem das Vormundschafts- oder Strafgericht liegt, das die Fürsorgeerziehung angeordnet hat, dürfte schwer empfunden werden, da dadurch die Ersatzansprüche des Landes auf die Aufenthaltsgemeinden der Fürsorgezöglinge überwältigt werden, welche dadurch mitunter schwer zu tragen haben werden, wogegen die Zuständigkeitsgemeinden durch die infolge der Fürsorgeerziehung verminderten Kranken-, Armen- und Schubkosten entlastet werden.

Nach § 29 wird der Staat nur zur Errichtung von Landes-Besserungsanstalten u. zw. ein Drittel der Kosten beitragen. Für Landes-Erziehungsanstalten, dann für die von Bezirken und Gemeinden errichteten Fürsorgeanstalten stünde demnach keine staatliche Beihilfe in Aussicht.

Es ist klar, daß die Landesfinanzen durch das Fürsorgegesetz, wenn es in der Fassung der Vorlage Gesetzeskraft erhielte, schwer belastet würden, und daher nicht zu verwundern, wenn die Länder nicht nur eine ausgiebige Erhöhung des staatlichen Beitrages zur Errichtung von Anstalten und zu den Kosten der Fürsorgeerziehung verlangen, sondern auch die Bedingung stellen, daß der Staat die Kosten der Fürsorgeerziehung der im § 2 und § 1 Pkt. 4 des Gesetzentwurfes genannten Jugendlichen u. zw. sowohl bezüglich der Errichtung der für dieselben erforderlichen Anstalten als auch bezüglich der laufenden Ausgaben allein zu tragen und überdies die Kosten der vorläufigen Unterbringung nach § 11 und § 16 zu decken habe.

Die Jugendgerichte

in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dem Deutschen Reiche und Österreich, und die Systeme der Jugendgerichte.

Besprochen vom k. k. Landesgerichtsrate Franz Janisch, Friedland.
(Nachdruck unterlagt.)

I.

Die Jugendgerichte (Juvenile oder Childrens Courts) in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sind zuerst in den großen Städten der Union errichtet worden. Das erste Gesetz, welches Jugendgerichte einführte, kam im Staate Illinois im Jahre 1899 zustande und Chicago war die Stadt, wo das erste Jugendgericht erstand. Im Jahre 1907 bestehen bereits in 24 Unionsstaaten Jugendgerichte. Der Staat Süd-Wales in Australien hat im Jahre 1905 auch ein Gesetz über Jugendgerichte erlassen. Im gleichen Jahre wurde selbst in Ägypten, in Kairo, ein Jugendgericht errichtet. Am 10. Februar 1908 hat das englische Unterhaus dem Gesetzentwurfe „Childrens Act 1908“ zugestimmt, der die neuere Rechtsentwicklung Großbritanniens auf dem Gebiete der strafgerichtlichen Behandlung Jugendlicher ergänzt und zusammenfaßt, wornach Jugendliche, für deren Straftaten fast ausschließlich die im summarischen Verfahren erkennenden Polizeigerichte zuständig sind, in London nur von einem als „Juvenile Court“ bestellten Richter abgeurteilt werden.

Die Jugendgerichte sind entweder abgesonderte Abteilungen größerer Gerichte oder aber selbständige Gerichte, geleitet von je einem Richter, der als Jugendrichter Spezialist ist. Sie sind Sondergerichte für solche Jugendliche, welche im Zeitpunkte der Zuweisung ihrer Sache an das Jugendgericht in der Regel das 16. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die Verhandlungen vor den Jugendgerichten erfolgen an Orten und zu einer Zeit, in denen eine Berührung der Jugendlichen mit erwachsenen Beschuldigten ausgeschlossen erscheint. Die Verhängung der Untersuchungshaft wird nach Möglichkeit vermieden und die Beihilfe von Jugendfürsorgevereinen in Anspruch genommen.

Allen Jugendgerichten der nordamerikanischen Union ist gemeinsam die räumliche und zeitliche Trennung der Jugendlichen von älteren Verbrechern, so daß vor und in der Verhandlung die Jugendlichen von den letzteren ferngehalten werden, was notwendig macht, daß die Verhandlungen vor den Jugendrichtern in anderen Räumen oder eigenen Jugendgerichtsgebäuden und zu anderer Zeit als die sonstigen Gerichtssitzungen in Strafsachen abgehalten werden.

Aber auch eine sachliche Trennung wird außer der räumlichen und zeitlichen durchgeführt, weil die Straftat eines Jugendlichen anders, als die eines erwachsenen Verbrechers angesehen wird. „Nimmt der Jugendliche bis zum 16. Lebensjahre Spielwaren aus einer Ladenauslage, dann begeht er“ — wie Professor Dr. Freudenthal treffend ausführt — „so meint man in Amerika, in seinen eigenen Augen wie in denen seiner Genossen, die es doch eigentlich am besten beurteilen können, einen dummen Streich, vielleicht eine Helbentat, nicht aber ein eigentliches Verbrechen. Er ist darum auch anders zu behandeln, als der echte Verbrecher. Statt ihn einzusperrn, beseitigt man den Anstoß zum Verbrechen. Spielplätze werden errichtet, Sandhaufen angefahren, damit es die Jungen künftig nicht nötig haben, ihr Spielzeug zu stehlen. Um sie vom Vagabundieren abzuhalten, kontrolliert man ihren Schulbesuch u. a. m. Die kriminalistischen Maßregeln, die im übrigen ergriffen werden, sind: Probation, Überweisung an Familien oder Reformschulen, in letzter Linie Reformgefängnisse. Der Jugendrichter, welcher im Einzelfalle unter den vielen möglichen Maßnahmen als Spezialist in Jugendsachen nur zu entscheiden vermag, was zweckmäßig ist, vereinigt eben alle Fäden in seiner Hand, die das Schicksal des Kindes darstellen. Darum räumt das Gesetz in den vorgeschrittenen Staaten die weitgehendsten Rechte, über alle, die zu den Jugendlichen in Beziehung treten, dem Jugendrichter ein. Er wird zur „Zentrale für Jugendfürsorge“.¹⁾ Der amerikanische Jugendrichter vereinigt nach unseren Begriffen mehr oder weniger die Geschäfte eines Vormundschaftsrichters, insoweit sie die persönlichen Verhältnisse der Jugendlichen betreffen, und eines Strafrichters für Jugendliche.

Dem Jugendrichter steht auch das Recht zu, die Probation Officiers (Fürsorger), welche dem Jugendrichter Dienste eines Untersuchungsrichters, Beraters und Fürsorgers leisten, und nach ihrer Organisation zu dem Erfolge des Jugendgerichte wesentlich beitragen — selbst zu ernennen. Die Probations Officiers erforschen den Tatbestand der strafbaren Handlung oder die Ursachen der Verwahrlosung und Familienverhältnisse, das Vorleben des Jugendlichen und alle Umstände, welche auf die Beurteilung des Straffalles von Wichtigkeit sind.

Nicht nur Jails, die vielleicht unseren bezirksgerichtlichen Gefängenhäusern entsprechen, stehen ihm zur Verfügung, Reformschulen und Reformgefängnisse,

¹⁾ Professor Dr. Freudenthal: Bulletin de l'Union Internationale de Droit Penal, Extrait au volume XIV.

sondern auch das Detention School oder das Detention Home¹⁾ Anstalten, welche zur vorläufigen Unterbringung schutzbedürftiger Jugendlicher dienen und im Bereiche jedes Jugendgerichtes in der Regel notwendig werden.

Dies spricht abermals dafür, daß nach unseren Fürsorgeeinrichtungen bei Einführungen von Jugendgerichten nicht nur die Gerichte entsprechende abgesonderte Räumlichkeiten zur Vornahme der Jugendgerichtsverhandlungen und geeignete Detentionsräume zur Verfügung haben müssen, sondern auch Kleinerziehungsanstalten für schutzbedürftige Kinder, wo die Jugendlichen oft werden vorläufig bis nach Durchführung des Ermittlungsverfahrens und der Verhandlung vor dem Jugendgerichte Aufnahme und Schutz finden müssen, so daß auch für die Jugendgerichte, damit sie erfolgreich wirken können, wie in Amerika, so auch bei uns im Bezirke des Jugendgerichtes werden Jugendfürsorgeheime oder Bezirksheimstätten verfügbar sein müssen.

Das sind im großen ganzen in Amerika die gemeinsamen Merkmale der Jugendgerichte.²⁾ Die Organisation der amerikanischen Jugendgerichte aber ist nicht einseitlicher Natur. Die Organisation ist verschieden. Es ist das Verdienst Professors Dr. Freudenthals, des hervorragenden Kenners der amerikanischen Jugendgerichte, dies festgelegt zu haben.

Nach den von Professor Dr. Freudenthal bei seiner Studienreise in der nordamerikanischen Union gesammelten Erfahrungen dürften drei Systeme amerikanischer Jugendgerichte³⁾ zu unterscheiden sein:

Beim ersten Systeme des amerikanischen Jugendgerichtes ist der Jugendrichter nur Jugendrichter. Diese Organisation findet sich im Staate Indianapolis.

Das zweite amerikanische Jugendgerichtssystem zeigt den Jugendrichter nicht ausschließlich als Jugendrichter, sondern der Jugendrichter ist daneben auch mit anderen richterlichen Funktionen betraut. Diese Organisation haben die Jugendgerichte in dem Staate Illinois und zwar in Chicago und dem Staate Colorado in Denver.

Das dritte System baut sich in der Weise auf, daß jeder Richter eine Zeit lang nach einer bestimmten Reihenfolge als Jugendrichter tätig ist. Dies ist beispielsweise bei den Jugendgerichten in Philadelphia und in Boston (Staat Mass.) der Fall. In Philadelphia ist jeder Richter nur einen Monat Jugendrichter; in Boston war 1905 immer derjenige Jugendrichter, welcher jeweils als Richter am zweiten Kriminalhofe tätig war, so

¹⁾ Über das Detention Home in Chicago spricht sich Dr. Baernreither in seinem hervorragenden Werke: „Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika“ wie folgt aus: „Eine Ergänzung der Anstalten bildet das Detention Home zur Aufnahme von Knaben während der Untersuchung. Die Idee ist sehr gut, das Haus ist aber sehr weit vom Gerichtshause entfernt und seine ganze Einrichtung mittelmäßig. Für die provisorische Unterhaltung der Mädchen ist nur sehr unvollkommen in dem Anner einer großen Polizeistation gesorgt. Der Chicago Womens Club und insbesondere der Spezialausschuß desselben, das Juvenile Court Committee, verfolgt die Absicht, eine in jeder Hinsicht geeignete Anstalt zur provisorischen Aufnahme der Jugendlichen zu erbauen.“

²⁾ Bezüglich des Jugendgerichtes in Denver (Colorado) sagt Dr. Baernreither im Werke: „Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika“, daß er einen größeren jurisdiktionalen Umfang erhalten hat, als die übrigen amerikanischen Gerichte dieser Art, indem es auch mehr als andere Jugendgerichte Funktionen der Fürsorgeverwaltung ausübt und mitten in der großen Erziehungsbewegung steht, so daß sein Jugendrichter Lindsay selbst sagt, daß dieser Jugendgerichtshof eher in dem Lichte einer Schule als eines Gerichtes steht.

³⁾ Professor Dr. Freudenthal: Bulletin de l'Union Internationale de Droit Penal au volume XIV Extrait und „Jugendgerichte“ von Prof. Dr. Freudenthal, Sonderabdruck aus „Der Gerichtssaal“, LXXI. Band, 5/6 Heft.

daß nach und nach eine ziemlich große Anzahl von Richtern Jugendrichter wurde.

Auf der niedrigsten Stufe stehen in Amerika die Jugendgerichte, bei denen nach einem bestimmten Turnus die ordentlichen Richter eine Zeit lang als Jugendrichter tätig werden. Bei solcher Organisation sind in Amerika auch die Erfolge der Jugendgerichte sehr gering, die Ergebnisse befriedigen auf keinen Fall und gewähren selbst dem Richter keine Befriedigung. Die einheitliche Rechtsprechung und der Jugendrichter als Spezialist fehlt, so daß die Einführung dieses Systems sich nicht empfiehlt.

Das Bezeichnungssystem bei den Jugendgerichten in Chicago und Denver (Colorado) ist bereits viel besser. Diese Jugendgerichte gelangen auch zu vollem Ansehen und wirken mit Erfolg. Immerhin klagten die Jugendrichter J. W. Mack und B. L. Lindsay in Chicago infolge ihrer anderweitigen richterlichen Tätigkeit, daß ihre Tätigkeit als Jugendrichter unter Geschäftsüberbürdung leide. Lindsay hat in Berücksichtigung dieser Umstände es jetzt doch erzielt, daß er allein und nur Jugendrichter ist, so daß nun in Chicago wie in Indianapolis ebenfalls der Jugendrichter nur Jugendrichter ist.

Das System in Indianapolis, zu dem auch Chicago übergang, ist das beste und von vollem Erfolg gekröntes System eines amerikanischen Jugendgerichtes, weil hier der Jugendrichter nur Jugendrichter ist, hiedurch derselbe in den Jugendstrafsachen Gewandtheit und Übung erlangt, der Jugendrichter wird zum Spezialisten und die Rechtsprechung erfolgt richtig und einheitlich.

II.

Im Deutschen Reiche ist man den amerikanischen Beispielen gefolgt und errichtet ebenfalls Jugendgerichtshöfe, so in Frankfurt a. M., Köln, Hamm, Stuttgart, Düsseldorf, Aachen, Potsdam, Kiel, Breslau, Danzig und neuester Zeit auch in Berlin. In jüngster Zeit hat das bayrische Justizministerium einen Erlaß herausgegeben, wonach längstens bis 1. Jänner 1909 die Jugendgerichte in Bayern zur Einführung kommen.¹⁾

Die amerikanischen Jugendgerichte unterscheiden sich von den Jugendgerichtshöfen im Deutschen Reiche, daß erstere Einzelgerichte, geleitet von nur einem Jugendrichter, letztere Richterkollegien, bestehend aus dem Jugendrichter und zwei Schöffen, sind.

Zu Frankfurt a. M. trat mit 1. Jänner 1908 der erste Jugendgerichtshof in Deutschland in Tätigkeit.

Als ich im Mai 1908 aus eigenen Mitteln eine Studienreise im Interesse der österreichischen Jugendfürsorge nach Deutschland unternahm, besuchte ich auch die Fürsorgeeinrichtungen zu Frankfurt a. M.

Im österr.-ungar. Generalkonsulate zu Frankfurt a. M. erhielt ich die Nachricht, daß nach einer dort eingelangten amtlichen Verständigung am 21. Mai interessante Straffälle vor dem Jugendgerichtshof zu Frankfurt verhandelt würden, weshalb ich beschloß, diesen Verhandlungen beizuwohnen.

Im November 1907 hielt Professor Dr. Freudenthal in der Sitzung der Juristischen Gesellschaft in Frankfurt a. M. einen Vortrag über „Jugendgerichte“, die er 1905 in Amerika studierte. Seitdem ist Professor Dr. Freudenthal für die Einführung der Jugendgerichte in Deutschland in Wort und Schrift eingetreten.

Freudenthal ging davon aus, daß die Straftat eines Jugendlichen anders, als die eines erwachsenen Verbrechers anzusehen und strafrechtlich wie auch prozeßual anders zu behandeln ist. Es bedarf dem Jugendlichen gegen-

¹⁾ Seit 1. Juli 1908 ist auch in Ungarn zu Budapest ein „Kindergericht“ in Tätigkeit.

über eines Verfahrens, welches seiner Eigenart Rechnung trägt und eines Richters, der sich auf diese Eigenart versteht, eines „Spezialisten“, des Jugendrichters.

Der Jugendrichter ist aus den geeignetsten Richtern auszuwählen, mit straf- und vormundschaftsrichterlichen Funktionen zu bestellen und mit einem Stab tüchtiger Fürsorger zu umgeben.

Unter Leitung des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Hagens erfolgte denn auch die Organisation des Jugendgerichtshofes in Frankfurt a. M. nach folgenden Grundzügen:

Die Aburteilung Jugendlicher erfolgt in einem getrennten Raume durch einen erprobten Vormundschaftsrichter. Der Verhandlung werden Berufsvormünder oder andere in der Fürsorge für Minderjährige tätige Personen beigezogen.

Nachdem bis zur Reform des Strafrechtes und Strafprozesses in Deutschland noch eine geraume Zeit verstreichen dürfte, so hat man die Organisation des Jugendgerichtes auf Grund des dormalen in Deutschland geltenden Rechtes zur Einführung gebracht.

Die Jugendgerichtsfrage in Deutschland wurde im Rahmen des bestehenden Rechtes durch die Geschäftsverteilung gelöst. Es waren keine Gesetzesänderungen notwendig, um den Jugendlichen die ihnen gebührende strafrechtliche Behandlung zu sichern.

Der Jugendrichter hat seine Stellung durch die Geschäftsverteilung dadurch erhalten, daß er die zur Zuständigkeit des Amtsrichters und des Schöffengerichtes gehörigen Strafsachen gegen Minderjährige, d. i. Personen vom vollendeten 12. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre, vereinigt und auch die vormundschaftlichen Geschäfte derselben führt.

Meine Ansicht, daß in der Jugendfürsorge sich jedes Vormundschaftsgericht in der Regel mit den Bezirksfürsorgeeinrichtungen als taktische Einheit in der Jugendfürsorge darstellt und deshalb auch die Organisation in der Jugendfürsorge von dieser Einheit dem Bezirke oder in größeren Städten dem Sprengel jedes Vormundschaftsgerichtes ausgehen muß und auf dieser Grundlage nur zu einer Zentralisierung geschritten werden kann, wenn der alles beherrschende Erfolg in der Jugendfürsorge nicht ausbleiben soll, fand in den maßgebenden Jugendfürsorgekreisen Frankfurts volle Billigung und Anerkennung, und ebenso die Anregung, daß bei jedem Vormundschaftsgerichte nur ein Vormundschaftsrichter mit einem Stabe von Hilfs- oder Einzelrichtern — beim Bezirksgerichte Friedland ist dies der Fall — als Hilfsrichter des einen Vormundschaftsrichters tätig ist, weil hiedurch die Pflegschaftsachen einheitlich entschieden und durch Besprechungen die Ausbildung jüngerer Richter zu tüchtigen Vormundschaftsrichtern erfolgen und hiedurch ein Nachwuchs von Vormundschaftsrichtern geschaffen werden kann.

Eine erfolgversprechende Organisation der Jugendfürsorge verlangt aber auch, im weiteren Ausbaue nach den vorbenannten Grundsätzen, daß der Vormundschaftsrichter zugleich Strafrichter der Jugendlichen, Jugendrichter wird, weil nur er die Erfahrungen besitzt, um mit Verständnis für die Bedürfnisse der Jugendlichen und im Interesse der menschlichen Gesellschaft Amt zu handeln und den sozialen Fragen mit Eifer und Verständnis begegnen und so eine ersprißliche Wirkung und praktische Erfolge in der Jugendfürsorge erzielen kann. Die Jugendfürsorge verlangt weiters gebieterisch, wenn die Rechtsprechung beim Jugendgerichte einheitlich und für die Jugendfürsorge ersprißlich und nützlich werden soll, daß bei jedem Vormundschaftsgerichte nur ein Vormundschaftsrichter als Jugendrichter wirkt und zwar der erprobteste.

Diese Einrichtung ist für eine gedeihliche Tätigkeit der Jugendgerichte von großem Werte. Der Frankfurter Jugendgerichtshof trägt dem Rechnung, indem von den 7 oder 8 beim Amtsgerichte Frankfurt beschäftigten Vormundschaftsrichtern nur ein Vormundschaftsrichter als Jugendrichter fungiert.

Dadurch unterscheidet sich auch das Frankfurter System des Jugendgerichtes von dem zweiten in Deutschland bestehenden Systeme, dem Kölner oder Hammer Jugendgerichtssysteme.

Nach dem Kölner oder Hammer Jugendgerichtssysteme sind sämtliche Vormundschaftsrichter des Amtsgerichtes zugleich Jugendrichter über die Minderjährigen, bezüglich welcher sie das Amt eines Vormundschaftsrichters ausüben.

Im Hammer Oberlandesgerichtsprängel wurden sogenannte „Jugendfürsorgeausschüsse“ errichtet, die dem Strafrichter gegen Jugendliche aus ihrer persönlichen Kenntnis aller Verhältnisse der Jugendlichen das zu einer richtigen Beurteilung des straffälligen Jugendlichen erforderliche Material bringen sollen, gleich den freiwilligen Jugendfürsorgeorganen, wodurch man ein besonderes Jugendgericht für entbehrlich hält und alle Vormundschaftsrichter darum mit Jugendstrafsachen betraut.

Ich teile vollkommen die Ansicht Professor Dr. Freudenthals, daß die großen Gefahren, die bei einer Aufteilung der Funktionen des Jugendrichters an mehrere oder gar viele Richter oder die bei einem Turnus in Wahrnehmung des Jugendrichteramtes auf amerikanischem Boden in empfindlichster Weise zutage getreten sind, beim Frankfurter Jugendgerichtshof durch Übertragung des Jugendrichteramtes an nur einen Vormundschaftsrichter vermieden wurden.¹⁾

Die Jugendgerichtshöfe im Deutschen Reiche gliedern sich in zwei Systeme. Beiden Systemen ist gemeinsam, daß nur Vormundschaftsrichter zugleich Strafrichter der Jugendlichen, Jugendrichter sind.

Die Besetzung ist aber immerhin eine verschiedene.

Bei dem einen System, welches man mit Recht das Frankfurter Jugendgerichtssystem nennen kann, wirkt bei jedem Vormundschaftsgerichte nur ein Vormundschaftsrichter als Jugendrichter. Der Frankfurter Jugendgerichtshof trägt dem Rechnung, indem von den mehreren beim Amtsgerichte Frankfurt a. M. beschäftigten Vormundschaftsrichtern nur ein Vormundschaftsrichter als Jugendrichter fungiert. Bei Ausstattung des Jugendgerichtshofes zu Frankfurt a. M. war die Erwägung maßgebend, daß die Bearbeitung einer großen Zahl von Strafsachen Jugendlicher durch einen Richter nach der sachlichen wie nach der persönlichen Richtung hin eine sichere Gewähr für deren zweckdienliche Erledigung bietet; denn sie ermöglicht dem Richter ein tieferes Eindringen in die Eigenart der jugendlichen Täter und in die äußeren Umstände und bewahrt ihn dadurch vor Fehlgriffen bei Festsetzung der Strafe und in den Vorschlägen für die Strafaussetzung weit eher, als wenn er sich nur gelegentlich mit jugendlichen Übeltätern zu befassen hat. Wünschenswert erschien es auch, mit der strafrichterlichen Gewalt die vormundschaftsgerichtliche, und zwar in einem möglichst früheren Stadium der Untersuchung zu vereinigen. Zu gunsten der Verbindung der beiden Gewalten sprach auch der Umstand, daß durch sie Kollisionen zwischen den

¹⁾ Zur Organisation der Jugendgerichte von Professor Dr. B. Freudenthal, Frankfurt, XIII. Jahrgang Deutsche Juristenzeitung, Seite 157 a. 1908.

vom Strafrichter und den vom Vormundschaftsrichter geordneten Maßregeln verhütet werden.“¹⁾)

Bei dem zweiten deutschen Jugendgerichtssysteme, dem Rölner oder Hammer Jugendgerichtssysteme, sind sämtliche Vormundschaftsrichter des Amtsgerichtes zugleich Jugendrichter über die Minderjährigen, bezüglich welcher sie das Amt eines Vormundschaftsrichters ausüben. Bei diesem Systeme fehlt zum mindesten die Einheit der Rechtsprechung innerhalb der faktischen Einheit der Jugendfürsorge, dem Bezirke eines jeden Vormundschaftsgerichtes, und der Jugendrichter als Spezialist.

Nach den amerikanischen und deutschen Typen der Jugendgerichte erhebt untrüglich, daß der Erfolg der Jugendgerichte von ihrer Organisation und dem Jugendrichter, insbesondere seiner Arbeitsfreudigkeit, seinem Geschicke und Takte, vor allem anderen abhängig ist.

Das Amt des öffentlichen Anklägers beim Frankfurter Jugendgerichtshofe wird durch einen Beamten der Amtsanwaltschaft, dem ersten Amtsanwalt, stets ausgeübt, so daß nicht nur auf dem Richterstuhle des Jugendgerichtshofes ein Spezialist als Jugendrichter tätig ist, sondern auch auf Seiten des öffentlichen Anklägers, der Staatsanwaltschaft, ein Spezialist, wie dies für ein ersprißliches Wirken eines Jugendgerichtes erforderlich ist, tätig bleibt.

Am 21. Mai 1908 wohnte ich sechzehn Hauptverhandlungen am Jugendgerichtshofe in Frankfurt a. M. bei. Der Jugendrichter erjuchte mich in der Nähe des Gerichtshofes, welcher aus dem Richter und zwei Schöffen zusammengesetzt ist. Platz zu nehmen und gab in entgegenkommendster Weise Aufklärungen über die in Verhandlung stehenden Straffälle Jugendlicher. Bei dieser Sitzung des Jugendgerichtshofes waren auch der preußische Justizminister Bejeler mit mehreren höheren richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Beamten, sowie eine auserlesene Zuhörerschaft, besonders viele Damen der besten Gesellschaftskreise Frankfurts anwesend.

Die Hauptverhandlungen sind öffentlich. Der Raum für den Frankfurter Jugendgerichtshof ist jedoch klein, so daß die Öffentlichkeit dadurch eine natürliche Beschränkung erhält. Er ist auch von den sonstigen Gerichtsräumen ganz abge sondert, wodurch die Jugendlichen mit älteren Angeklagten nicht in Berührung kommen. Nach einer mit den Redaktionen der Tagesblätter in Frankfurt a. M. getroffenen Vereinbarung wird in der Regel über Verhandlungen des Frankfurter Jugendgerichtshofes nicht oder aber so berichtet, daß eine Schädigung des Jugendlichen nicht erfolgen und dessen Besserung nicht verhindert wird. Damit das falsche Heldentum und die Prahlucht Jugendlicher nicht genährt und gefördert wird, werden niemals Namen genannt. Als in Berlin der erste Jugendgerichtshof im Berliner Amtsgericht-Mitte das erstemal zusammentrat, machte der Jugendrichter vor Eintritt in die Verhandlung aufmerksam, daß in anderen Ländern bei Jugendgerichtsverhandlungen die Presse ausgeschlossen ist. Er hält es aber für wünschenswert, daß gerade die Presse, die in der Jugendfürsorge sehr segensreich gewirkt hat, in Berlin zugelassen wird. — Jugendrichter und öffentlicher Ankläger tragen Amtsstracht, Talar und Barett.

Die Hauptverhandlungen am Frankfurter Jugendgerichtshofe boten viel des Interessanten.

¹⁾ Jugendgerichte, Mitteilung der Grundsätze über die Einrichtung eines Jugendgerichtshofes zu Frankfurt a. M. durch das königl. Landgericht Frankfurt a. M. in der Zeitschrift „Das Recht“ Nr. 4, XII. Jahrgang, München, Seite 154.

Mit besonderer Sorgfalt wird geprüft, ob den straffälligen Jugendlichen bei der Begehung der Straftat die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht innegewohnt hat.

Muß diese Frage verneint werden, so werden alsbald die erforderlichen Fürsorgemaßregeln für die Jugendlichen getroffen. Die Vereine für Jugendfürsorge, welche zur Mitwirkung im Ermittlungsverfahren, wie Erheben der Ursachen der Straffälligkeit des Jugendlichen, Erforschung seiner Erziehung und seiner Umgebung, herangezogen werden, senden Vertreter zur Hauptverhandlung vor dem Jugendgerichtshofe. Dieselben geben dortselbst mündlich auf die möglichst kürzeste Weise sachliche Auskunft und übernehmen auch sofort bei der Jugendgerichtssitzung die Fürsorge des straffälligen Jugendlichen, wenn eine solche nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung notwendig erachtet wird.

Wird festgestellt, daß die erforderliche Einsicht zur Erkenntnis der Strafbarkeit bei dem Jugendlichen vorhanden war, so wird besonderer Wert auf die Feststellung gelegt, ob die Tat der Verdorbenheit und der verbrecherischen Neigung des Jugendlichen oder dem Leichtsinne, der Unerfahrenheit oder der Verführung zuzuschreiben ist.

In letzterem Falle macht der Jugendgerichtshof von dem bedingten Straferlaß weitgehendem Gebrauch. Im Deutschen Reiche ist die Zahl der Fälle, in denen die Aussetzung der Vollstreckung der Strafe gewährt wurde, seit Einführung der bedingten Begnadigung im Jahre 1895 stetig gestiegen und dem Grundsatze, den Straferlaß hauptsächlich Jugendlichen bis zu 18 Jahren zuzuwenden, entspricht es, daß von den bis Ende 1905 vorhandenen 97.219 Fällen bedingten Straferlassen vier Fünftel aller dieser Fälle Jugendliche treffen.

Die richterliche Befugnis des § 57, Z. 4 des deutschen Strafgesetzes bei Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Lebensjahren in besonders leichten Fällen eines Vergehens oder einer Übertretung von der Verhängung einer Strafe abzu sehen und auf Verweis zu erkennen, wird von Seite des Frankfurter Jugendgerichtshofes in entsprechender Weise zur Anwendung gebracht.

Ich kann nicht genug Anerkennung zollen der treffenden Art und Weise, mit der der Jugendrichter die Hauptverhandlung leitet. Er versteht es, in väterlicher, freundschaftlicher Art mit den jugendlichen Missetätern zu sprechen, sich ihr Zutrauen zu gewinnen und auf ihr Gemüt so einzuwirken, daß selbst der verstockteste jugendliche Sünder Tränen aufrichtiger Reue weint oder Besserung verspricht.

Der Jugendrichter spricht die jugendlichen Beschuldigten mit „du“ an, belehrt sie, hält ihnen das gefährliche und verderbliche ihres straffälligen Tuns vor und nach mehr oder weniger formloser Verhandlung spricht er sitzend in belehrender Form das Urteil gegen den jugendlichen Missetäter, so daß bei aller Sacherhebung Verhandlung und Urteil einer fortgesetzten Belehrung gleichen, welche zu nachhaltig guter Wirkung für den jugendlichen Angeklagten wird. Bei vorhandener Notwendigkeit wird dem straffälligen Jugendlichen sofort Fürsorge, indem die Vertreter von Fürsorgevereinen mit den anwesenden Eltern oder gesetzlichen Vertretern der jugendlichen Beschuldigten fürsorgliche Maßnahmen mit Zustimmung des Jugendrichters vorsehen. So ist die Verhandlung vor dem Jugendgerichtshofe in Frankfurt a. M. für den jugendlichen Angeklagten immer nur von erzieherlichem Einflusse und das Urteil setzt, wenn möglich, Erziehung an Stelle der Strafe. —

Ich habe nicht gefunden, daß die straffälligen Jugendlichen durch die Anwesenheit von zwei Schöffen und die Amtstracht des Jugendrichters in „Aufregung und Angst“ versetzt worden wären. Wenn dies bei der amerikanischen Jugend der Fall,

und nach Ansicht des Gerichtsadjunkten Dr. Lederer¹⁾ als dem Grundgedanken der Jugendgerichte, nämlich „daß jede unnütze Aufregung und Angstigung als etwas die Psyche des Kindes arg schädigendes vermieden werden muß“, zuwiderlaufend ist, daß also die Anwesenheit zweier Schöffen und der „angst-erregende“ Talar des Jugendrichters bei den Hauptverhandlungen der Jugendgerichte verschwinden muß, so dürfte wohl bei der deutschen Jugend diesbezüglich ein anderer Maßstab anzuwenden sein. Die sozialen Verhältnisse und die Erziehung der deutschen Jugend sind ganz anders, als die in Amerika. Die deutsche Jugend sieht, so viel mir aus meiner langjährigen Praxis bekannt ist, nicht mit Angst zu einem im Talare gekleideten Richter empor, sondern achtungs- und ehrfurchtsvoll. Wenn der Richter im Talar es nur versteht, den straffälligen Jugendlichen recht zu behandeln und sich sein Vertrauen zu gewinnen, dann wird bei der deutschen Jugend die richterliche Amtstracht nicht nachteilig wirken, eher ein Richter ohne Amtstracht, der als Jugendrichter kein Spezialist ist.“²⁾

Aus diesen Gründen wird auch die richterliche Amtstracht: Talar und Barett bei Einführung der Jugendgerichte im Deutschen Reiche und Österreich nicht zu verschwinden brauchen, um so mehr nicht, als dadurch der Richter dem Jugendlichen als Richter erkenntlich wird und der jugendliche Beschuldigte sofort orientiert erscheint. Dies ist wieder ein Grund dafür, daß amerikanische Einrichtungen nicht ohne weiteres unangepaßt in die besonderen deutschen und österreichischen Verhältnisse verpflanzt werden können. Die Ansicht, welche vereinzelt auch im Deutschen Reiche Anhänger fand: „fort mit den Junggejellen, chronischen und nicht chronischen als Jugendrichter“³⁾, weil angeblich ein Junggejelle das Gemütsleben des Kindes, sein Tun und Lassen kaum versteht, scheint mir denn doch zu weit gegangen und kann wohl als Ausnahme, niemals aber als Regel Beachtung finden. Wäre diese Ansicht unanfechtbar, dann müßten auch Junggejellen als Erzieher verschwinden, was bisher in der Regel keine Berechtigung fand. Entscheidend ist vor allem immerhin die Vorbildung als Vormundschaftsrichter und Jugendrichter, um als Jugendrichter Spezialist zu werden und ein reges Interesse für Jugendfürsorge, wie auch Umsicht und Erfahrung.

Und auch der öffentliche Ankläger, der Staatsanwalt, plaidiert teils sitzend, teils stehend, für jeden Jugendlichen voll verständlich, trotz aller Sachlichkeit kurz, bezielt und ohne juristischen Beiwerk, so daß sein Plaidoyer wohlthuend wirkt und in die ganze Verhandlung, bar jedes dramatischen Charakters, sich treffend einfügt und dieselbe zu einem harmonischen Ganzen gestaltet.⁴⁾

¹⁾ Amerikanische Jugendgerichte von Dr. Max Lederer, Manz, Wien, 1908, Seite 9, Absatz 4 und Seite 10.

²⁾ Die gleiche Ansicht teilt Professor Dr. Freudenthal und der Frankfurter Jugendrichter, sowie der erste Staatsanwalt des Frankfurter Jugendgerichtes, gewiß mit Bezug auf die deutschen Jugendgerichte maßgebende Persönlichkeiten.

³⁾ Zeitschrift: „Das Recht“, München, XII. Jahrg. Nr. 1, 1908, S. 28.

⁴⁾ Vor dem Frankfurter Jugendgerichtshof wurde unter anderem folgender Fall verhandelt: Ein 15jähriger Fortbildungsschüler hatte sich wegen Hausfriedensbruch zu verantworten. Er hatte sich trotz mehrfacher Aufforderung des Lehrers nicht aus dem Klassenzimmer entfernt, wo er groben Unfug verübte und sich unbotmäßig benahm. Der Lehrer entrollte ein Bild von der Widerseßlichkeit der Rödelzheimer Fortbildungsschüler, wie es sich nicht greller denken läßt. Die Schüler lärmten und toben, trommeln auf den Tisch und machen einen solchen Lärm, daß an eine ordentliche Arbeit nicht zu denken ist und dem Lehrer das Leben verbittert wird. Der jugendliche Beschuldigte wurde zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt und sein gesetzlicher Vertreter verhalten, strengere Erziehungsüberwachung zu pflegen. — Beim ersten Jugendgerichtshof in Berlin kamen das erste Mal folgende Fälle zur Verhandlung:

Der Ansicht, daß der öffentliche Ankläger Arbeit und Wirkung des Jugendgerichtes beeinträchtigt, weil der Jugendliche für die Stellung des öffentlichen Anklägers und seine Aufgabe in der Hauptverhandlung kein Verständnis hat, weil der Mißerfolg des vom öffentlichen Ankläger gestellten Strafantrages den Jugendlichen schädlich beeinflusst und dem öffentlichen Ankläger in der Jugendfürsorge im Gegensatz zum Jugendrichter die notwendigen Kenntnisse oft abgehen, kann ich ohne weiteres nicht beipflichten.

Wenn ein sorgfältiges, erschöpfendes Vorverfahren, was vor jeder Hauptverhandlung vor dem Jugendgerichte notwendig wird, zur Durchführung gelangt, der Jugendrichter die erforderlichen Aufklärungen dem straffälligen Jugendlichen gibt und wie bei den Richtern, so auch bei den öffentlichen Anklägern eine sorgfältige Auswahl für die Bornahme des Strafverfahrens gegen Jugendliche, wozu nicht jeder öffentliche Ankläger sich eignet, getroffen wird, insbesondere nur solche öffentliche Ankläger Verwendung finden, die, wie Staatsanwalt Dr. Feisenberger, Magdeburg, zutreffend anführt,¹⁾ Interesse für Jugendfürsorge und Jugendernziehung, Kenntnis des Vormundschaftsrechtes, Verständnis für die Bedeutung der Strafe und ihrer Zwecke in ihrer Anwendung gerade auf Jugendliche mit einem warmen Herzen für die Jugend und mit psychologischem Verständnis verbinden, ohne daß dabei die erste Aufgabe des öffentlichen Anklägers in Berücksichtigung des ausgleichenden Charakters der Strafe, das Verbrechen zu verfolgen und die Gesellschaft vor Verbrechen zu schützen, verkannt werden darf — dann wird der öffentliche Ankläger die Tätigkeit und Erfolge des Jugendgerichtes wesentlich fördern. Die geschilderte Tätigkeit des öffentlichen Anklägers am Frankfurter Jugendgerichtshofe gibt ein praktisches Beispiel für die Nützlichkeit des öffentlichen Anklägers als Spezialisten vor dem Jugendgerichte.

Der erste Fall betraf einen 15jährigen Schlosserlehrling; mit feuerrotem Kopf steht er vor dem Richter. Der Bursche hatte von seinem Lehrherrn ein Zwanzigmarkstück zum Wecheln erhalten, war aber mit dem Gelde auf und davon gegangen. Als das Geld verbubelt war, kehrte er zu seinem Vater zurück. Nach einer gehörigen Tracht Prügel nahm der Meister den Lehrling wieder auf. Das Jugendgericht erkannte auf einen Verweis.

Ein anderer Fall: Eine Mutter erschien mit ihrer 16jährigen Tochter. Beide meinten. Das Mädchen war als Aufwärterin tätig und hat der Herrschaft eine Bluse, eine Schere und Rippesachen gestohlen. Vors.: Wie heißt Ihr Vormund? Angekl.: Weiß ich nicht. Vors.: Haben Sie Ihren Vormund schon einmal gesehen? Angekl.: Noch nie; ich kenne ihn nicht. Vors.: Wie sind Sie eigentlich dazu gekommen, die Sachen zu stehlen? Angeklagte schweigt und schluchzt. Vors.: Daß man nicht stehlen darf, wissen Sie doch? Angekl.: Ja. Vors.: Was wollten Sie mit den gestohlenen Sachen eigentlich anfangen? Angekl.: Aufheben. Der Amtsanwalt beantragt einen Verweis. Das Gericht schließt sich dem Antrage an, und der Vorsitzende erklärt der meinenden Angeklagten: „Ich warne Sie dringend, nicht auf dem beschrittenen Wege fortzufahren, sonst machen Sie sich für Ihr ganzes Leben unglücklich. Es wird Ihnen ein neuer Vormund bestellt werden. Die hier anwesende Vertreterin eines Fürsorge-Vereines wird sich Ihrer annehmen, die betr. Vertreterin wird sich mit Ihrer Mutter in Verbindung setzen.“ Mutter und Tochter ziehen ab, die Vertreterin des Fürsorgevereines notiert die Adresse der Frau, und die Verhandlung ist zu Ende.

Ein Arbeitsbursche hat das Gebot eines Schutzmannes nicht befolgt — der Missetäter war mit einem Handwagen auf einem verbotenen Wege gefahren — und wird wegen Übertretung der verkehrspolizeilichen Vorschriften zu einer Mark Strafe verurteilt.

Polizeilich vorgeführt wurde ein junger Hausdiener; seine Kleidung bestand in Hose, Hemd und Sommerüberzieher. Der 16jährige Bursche wird, des Diebstahls und der Unterschlagung beschuldigt; er ist geständig und das Ende ist die Überweisung in eine Erziehungs-Anstalt.

Nach zweistündiger Dauer war die erste Sitzung des Jugendgerichtes zu Ende.

¹⁾ „Staatsanwalt und Jugendgericht“ von Staatsanwalt Dr. Feisenberger, Magdeburg, in der Zeitschrift „Das Recht“, München, 1908, Nr. 17, Seite 615 u. ff.

III.

Wer Gelegenheit hatte, den Hauptverhandlungen am ersten Jugendgerichtshofe Deutschlands zu Frankfurt a. M. beizuwohnen, wird den Entwurf eines österreichischen Gesetzes, betreffend die strafgerichtliche Behandlung und den strafgerichtlichen Schutz Jugendlicher, welcher in der XVIII. Session 1907 im Herrenhause des österreichischen Reichsrates eingebracht wurde, mit Freuden begrüßen.

Nach diesem Entwurfe soll die strafgerichtliche Behandlung Jugendlicher einschneidende Veränderungen erfahren. In Antrag werden gebracht: Absolute Strafunmündigkeit bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, relative Strafunmündigkeit vom 14. bis vollendeten 18. Lebensjahre, die richterliche Befugnis in bestimmten Fällen von der Verhängung einer Strafe abzusehen und nur eine Ermahnung zu erteilen, bedingter Straferlaß, bedingte Entlassung, Ausschluß von Rechtsfolgen einer Verurteilung, Unzulässigkeit des Auspruches einer Polizeiaufsicht und Rehabilitation.

Der österreichische Entwurf strebt auch an, das Verfahren gegen Jugendliche im Wege des Gesetzes ihrer Eigenart gemäß zu gestalten, wie: die Erhebung der persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten, die Beiziehung von Auskunftspersonen zur Unterstützung des Richters, die Vertretung und Verteidigung, die Art der Anhaltung während einer Verwahrungs- oder Unterjuchungshaft, den Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen, das Verbot des Notumazialverfahrens und der Erlassung von Strafverfügungen, die Verständigung des Vormundschaftsgerichtes zum Zwecke der Einleitung pflichtsbehördlicher Vorkehrungen und die Errichtung von Jugendgerichten.

Nach den Bestimmungen des österreichischen Gesetzesentwurfes werden in den größeren Städten alle Übertretungssachen Jugendlicher, sofern sie nicht vermöge ihrer Konnexität der Zuständigkeit eines Gerichtshofes zufallen, und alle Übertretungen, die an Unmündigen und Jugendlichen begangen werden und regelmäßig zu einer Maßnahme des Vormundschaftsgerichtes Anlaß geben, bei einem mit vormundschaftsbehördlicher Gewalt ausgerüsteten Gerichte oder bei mehreren Gerichten dieser Art vereinigt werden können. Das Justizministerium wird durch besondere Anordnung dafür Sorge tragen, daß die Ausübung der Gerichtsbarkeit Richter zugewiesen werden, die zugleich zur Führung vormundschaftsbehördlicher Geschäfte berufen sind und daß diesen Gerichten entsprechende abgesonderte Räumlichkeiten und geeignete Detentionsräume zur Verfügung stehen.

Bei den übrigen Gerichten beabsichtigt die Justizverwaltung durch die Geschäftsverteilung die Ausübung der Gerichtsbarkeit in Jugendstrafsachen Vormundschaftsrichtern zu übertragen.

Die Hauptverhandlungen vor den Jugendgerichten sollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, ebenso die Verkündung des Urteils unter gewissen Voraussetzungen, so daß die öffentliche Verlautbarung des Inhaltes einer nicht öffentlichen Verhandlung oder eines nicht öffentlich verkündeten Urteiles unterjagt ist.

Bis zum Inkrafttreten neuer gesetzlicher Bestimmungen trifft die Verordnung des Justizministeriums vom 21. Oktober 1908, Nr. 13 ZMBL., für das Strafverfahren gegen Personen, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben, Jugendliche, Anordnungen, welche mit 1. Jänner 1909 in Wirksamkeit traten und den Zweck verfolgen, die Strafsachen Jugendlicher aus dem regelmäßigen Strafverfahren im

Rahmen des geltenden Rechtes durch Änderungen in der Geschäftsverteilung der Gerichte auszusondern.

1. Bei Gerichtshöfen, bei denen mehrere Erkenntnis- und Berufungsenate bestehen, sind die Hauptverhandlungen in Erkenntnisachen und die Berufsungsverhandlungen in Übertretungsachen Jugendlicher einem Erkenntnis- und einem Berufungsenate zuzuweisen.

2. Bei den als Strafgerichten tätigen Bezirksgerichten in Wien, sowie bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die nur Strafgerichtsbarkeit ausüben, sind die Übertretungsachen Jugendlicher in der Hand eines Strafrichters zu vereinigen.

3. Bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die zugleich als Vormundschafts- und Strafgerichte tätig sind, hat der Vormundschaftsrichter das Strafverfahren in Übertretungsachen Jugendlicher zu führen, gleichviel, ob der Jugendliche der vormundschaftsbehördlichen Jurisdiktion dieses oder eines anderen Gerichtes untersteht.

4. Sind bei einem Gerichte mehrere Vormundschaftsrichter bestellt, so sind die Jugendstrafsachen unter diese Richter nach denselben Grundätzen zu verteilen, die für die Verteilung der vormundschaftsbehördlichen Geschäfte gelten (§ 19, Z. 6 G.D.).¹⁾

5. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nur für Straffälle, in denen ausschließlich Jugendliche als Beschuldigte erscheinen. Sind an einer Strafsache Jugendliche neben Erwachsenen beteiligt, so ist in Übertretungs- und Erkenntnisachen die Ausscheidung des Verfahrens gegen die Jugendlichen nach den Bestimmungen des § 57 StPD. anzustreben. Kann die Ausscheidung ohne Gefährdung der Einheit, Unmittelbarkeit oder raschen Erledigung des Verfahrens nicht geschehen, so ist die Strafsache vor dem sonst nach der Geschäftsverteilung berufenen Senat oder Einzelrichter zu verhandeln.

6. Der Senat oder Richter, der in eine Haupt- oder Berufsungsverhandlung eingetreten ist, hat die Strafsache zu Ende zu führen, wenn gleich später die Voraussetzung, unter denen die Zuweisung an diesen Senat oder Richter erfolgte, eine Änderung oder Berichtigung erfahren, insbesondere, wenn erst nachträglich das Alter des Beschuldigten bekannt oder richtiggestellt wird.

Für die Jugendsenate und Jugendrichter sind abge sondert gelegene Verhandlungssäle und Räumlichkeiten zu bestimmen. Stehen solche Räume nicht zur Verfügung, so sind die Verhandlungen gegen Jugendliche, wenn es irgend möglich ist, für eine andere Zeit anzuberaumen, als die gegen Erwachsene.

Die Tagespreise leitet das Provisorium des im Verordnungswege geschaffenen Strafverfahrens gegen Jugendliche sympathisch ein:

„Die Neuerungen dürften bei einer verständnisvollen Anwendung wirksam mithelfen, Mängel und Nachteile des Verfahrens, die sich gegenwärtig fühlbar machen, zu bessern. Sie dürften auch den Zielen näher bringen, die allgemein für die Jugendfürsorge als die richtigen erkannt werden, denn sie werden dazu beitragen, daß die fehlbaren Jugendlichen von den Erwachsenen getrennt, dagegen die vormundschaftsbehördlichen und Fürsorgemaßnahmen unmittelbar mit dem Strafverfahren verbunden werden und die Rechtsprechung in Strafsachen Jugendlicher wird mittelst ihrer in die Hände von Richtern gelangen, die bei reifer Lebenserfahrung ein volles Verständnis für

¹⁾ Die vormundschaftsbehördlichen Geschäfte sind nach § 19, Punkt 6 der Geschäftsordnung, nach örtlich abgegrenzten Gebieten (Gemeinden, Ortschaften) oder nach den Anfangsbuchstaben der Pflegebefohlenen zu verteilen.

die Eigenart Jugendlicher besitzen. Alles, was auf diesem Gebiete anzustreben ist und in anderen Staaten auch schon verwirklicht wurde, läßt sich durch Einrichtungen, die an das geltende Recht gebunden sind, allerdings nicht erreichen. Allein auch dieser neue Schritt nach vorwärts wird vorbereitend den größeren Reformen dienen, für welche die Änderung des Jugendstrafrechtes und eine umfassende Regelung der Fürsorgernerziehung den Ausgangspunkt bilden.⁴

Jedefalls ist hiedurch abermals ein Schritt nach vorwärts getan.

Das im Verordnungswege im Rahmen des geltenden Rechtes durch Änderung der Geschäftsverteilung abgesonderte Verfahren gegen Jugendliche, die das 18 Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann Anspruch auf Jugendgerichte nach amerikanischem oder auf Jugendgerichtshöfe nach reichsdeutschem Muster nicht erheben.

Vor allem fehlt demselben das Grundprinzip eines Jugendgerichtes: Erziehung an Stelle der Strafe zu setzen, indem in unserem gegenwärtig noch geltenden veralteten materiellen und prozessualen Strafrechte in keinem Falle die Voraussetzungen für ein halbwegs modernes Jugendstrafrecht gefunden werden können und auch die im Verordnungswege nach und nach getroffenen prozessualen Bestimmungen im Verfahren gegen Jugendliche und die Verordnung über die Begnadigung Jugendlicher eine wesentliche Änderung in dieser Beziehung nicht bringen konnten, wenn auch hiedurch immerhin ein Weg zum Besseren im Jugendstrafrechte erzielt wurde. Erst der Entwurf wird Wandel schaffen, wenn er Gesetzeskraft erlangt haben wird.

Trotz alledem soll von Jugendgerichtshöfen und Jugendgerichten gesprochen werden, wenn auch in einem spezifisch österreichischen Sinne.

Die ZMB. vom 21. Oktober 1908 bringt uns in Österreich:

1. Richterkollegien, welche sich mit dem Verfahren gegen Jugendliche zu befassen haben, dadurch, daß bei Gerichtshöfen erster Instanz die Zuweisung der Erkenntnisverhandlungen und der Berufungsverhandlungen gegen Jugendliche an je einen Senat erfolgt, den Jugendsenat, euphemistisch Jugendgerichtshof genannt. Diese Verordnung gibt

2. Einzelrichtern der Bezirksgerichte die Strafgerichtsbarkeit gegen Jugendliche, welche hiedurch zu Jugendgerichten werden.

Die Organisation der Jugendgerichte ist aber notwendigerweise durch die verschiedene Gerichtsorganisation bedingt, hiedurch auch nicht einheitlicher Natur, weil

- a) bei Bezirksgerichten, die nur Strafgerichtsbarkeit ausüben, die Zuweisung aller Strafsachen gegen Jugendliche an einen Einzelrichter und
- b) bei Bezirksgerichten, die Straf- und Vormundschaftsgerichtsbarkeit ausüben, die Zuweisung der Strafsachen gegen Jugendliche an die Vormundschaftsrichter, denen sie im Verfahren außer Streitsachen unterstehen und, sofern Jugendliche der vormundschaftsbehördlichen Jurisdiktion eines anderen Gerichtes unterliegen, Vereinigung ihrer Strafsachen in der Hand eines der Vormundschaftsrichter erfolgte.

Die österreichischen Jugendgerichte sind schon nicht dem anerkannt besten und erfolgreichsten amerikanischen Jugendgerichtssystem, bei dem der Jugendrichter nur Jugendrichter ist, und auch nicht dem mustergültigen Jugendgerichtshofe des Deutschen Reiches, dem sogenannten Frankfurter Jugendgerichtssysteme, wonach die Jugendstrafsachen bei der faktischen Einheit der Jugendfürsorge, dem Bezirke des Vormundschaftsgerichtes, nur einem Vormundschaftsrichter zugewiesen sind, gleich organisiert.

Die großen Gefahren, die bei der Aufteilung der Funktionen des Jugendrichters an mehrere oder gar viele Richter auf amerikanischem Boden in

empfindlicher Weise zutage getreten sind, sind bei den provisorischen österreichischen Jugendgerichten vorhanden. Es fehlt immerhin zum mindesten in der Regel die Einheit der Rechtsprechung innerhalb der faktischen Einheit der Jugendfürsorge, dem Bezirke eines jeden Vormundschaftsgerichtes, und in vielen Fällen ein solcher Jugendrichter, der sich auf die Eigenart der Jugendlichen versteht, der Jugendrichter als Spezialist.

Denn die Stellung des Jugendrichters zu den Straffällen der Jugend wird, um mit Dr. Baernreither¹⁾ zu sprechen, „eine andere als bisher. Wenn er die richtige Auswahl unter den Maßregeln treffen soll, die er möglicherweise verhängen kann, muß er die Einrichtungen, die in Frage kommen, kennen. Seine Vorbildung zu einem Amte, das richterliche und vormundschaftliche Funktionen in sich schließt, wird teilweise eine andere sein müssen als unter den heutigen Verhältnissen, in denen der Richter Strafen verhängt, die er oft weder in ihrer Strenge noch in ihrer Wirkung auf Körper und Geist des Verurteilten richtig abzuschätzen im Stande ist.“

Durch die österreichischen provisorischen Jugendgerichte ist bei jedem Gerichtshofe, ähnlich wie für Automobilhaftpflichtsachen, ein Jugendsenat geschaffen, weiter nichts; ein Jugendgerichtshof im wahren Sinne des Wortes niemals. Ohne Gesetz wird der Zweck unerreicht bleiben und die Jugendsenate werden der Jugendgerichtsache nicht von besonderem Nutzen werden. Die Jugendgerichte der Bezirksgerichte werden vollen Erfolg aus ähnlichen Gründen nicht haben.

Der Entwurf des österreichischen Gesetzes betreffend die strafgerichtliche Behandlung und den strafgerichtlichen Schutz Jugendlicher, welcher in der XVIII. Session 1907 im Herrenhause des österreichischen Reichsrates eingebracht wurde, wird, was zuversichtlich erhofft werden kann, sobald er Gesetz wird, diese Gefahren beseitigen, obgleich derselbe wird Abänderungen und Ergänzungen erfahren müssen, um ein materielles und prozessuales Jugendstrafverfahren und Jugendgerichte nach modernem Zuge zu schaffen.

Diese Verordnung bestimmt behufs Vermeidung einer Geschäftsüberbürdung, daß nach der voraussichtlichen Zahl der Jugendstrafsachen die hierfür bestimmten Senate und Richter entweder bloß mit diesen Sachen zu befassen, oder von anderen Ämtern entsprechend zu entlasten sind. Einer Überbürdung der Vormundschaftsrichter kann entweder durch Heranziehung des infolge der neuen Geschäftsverteilung weniger beschäftigten Richters als Hilfsrichter in der Abteilung des Vormundschaftsrichters oder durch eine sonst zulässige Änderung in der Verteilung der Geschäfte vorgebeugt werden.

Bezüglich der Auswahl der Jugendrichter ordnet der Justizministerialerlaß vom 21. Oktober 1908, Z. 28.330/8, an, daß die in Jugendstrafsachen als Vorsitzende und Mitglieder der Senate, dann als Übertretungsrichter bei diesen Gerichten zu bestellenden Richter mit besonderer Sorgfalt auszuwählen sind. Zu diesen Funktionen sollen vorwiegend Richter berufen werden, die früher als Vormundschaftsrichter tätig waren oder vermöge ihres regen Interesses für Jugendfürsorge, ihrer Umsicht und Erfahrung die Gewähr dafür geben, daß sie ihrer Aufgabe voll gerecht werden.

Nach der geltenden Strafprozeßordnung ist die Hauptverhandlung öffentlich und darf nach § 229 StPD. die Öffentlichkeit nur aus Gründen der Sittlichkeit oder der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen werden. Schreitet ein Privatkläger ein, so wird nach § 456 StPD. die Öffentlichkeit ausgeschlossen, wenn beide Teile übereinstimmend darauf antragen.

¹⁾ Dr. J. M. Baernreither Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika XLIII.

Infolge der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung kann über die Vorgänge derselben in der Presse berichtet werden.

Der Erlaß des *RM.* vom 21. Oktober 1908, *B.* 28.330/8, empfiehlt deshalb den Vorstehern der Gerichte, bei denen Straffälle gegen Jugendliche verhandelt werden, sich mit den Redaktionen der Tagesblätter ins Einvernehmen zu setzen, damit über Strafverhandlungen gegen Jugendliche in solcher Art berichtet wird, daß dadurch die Besserung des Jugendlichen nicht vereitelt, eine Bloßstellung vermieden und dessen Fortkommen nicht erschwert wird.

Ich habe angeordnet, daß der Zutritt zu den Hauptverhandlungen vor dem Jugendgerichte des Bezirksgerichtes Friedland nur auf mit Einlaßkarten versehene erwachsene Personen im Sinne der Entscheidung des Obersten Gerichts als Kassationshofes vom 27. Oktober 1870 erfolgt und an alle Gendarmeriekommanden und Sicherheitsbehörden des Friedländer Gerichtsbezirkes die Aufforderung hinausgegeben, in Berichten über die von Jugendlichen begangenen Straftaten die Namen der Jugendlichen nicht zu bringen.

Unter einem traf ich die Verfügung, daß das Vormundschaftsgericht veranlaßt, wenn es irgendwie möglich ist, daß straffällige Jugendliche bei vorhandener Notwendigkeit aus der ihnen schädlichen Umgebung gebracht und in fürsorgliche Überwachung oder Erziehung genommen werden und bei Entlassung aus der Strafhast für ihr Unterkommen Sorge getragen wird.

Eriprißlicher wäre es immerhin gewesen, wenn das im Entwurfe festgelegte Jugendstrafrecht ergänzt Gesezeskraft erhalten hätte.

Unsere heutigen und die künftigen Jugendgerichte.

Von Dr. Max Lederer, Richter in Winterberg.

Die große Begeisterung, welche die amerikanischen Jugendgerichte jenseits und diesseits des Ozeans erweckten, rief den lebhaften Wunsch nach, diese ausgezeichnete Institution, die tatsächlich eine Lösung des Problems der gerichtlichen Jugendfürsorge bedeutet, möglichst bald auch bei uns in Österreich einzuführen.

Der frühere Justizminister Dr. Franz Klein, der volles Verständnis hatte für die hohe staatliche und wirtschaftliche Bedeutung einer gründlichen Jugendfürsorge und deswegen die Größe der Schuld der Gesamtheit an dem gegenwärtigen erschreckenden Tiefstande der staatlichen, insbesondere der gerichtlichen Jugendfürsorge voll zu ermessen vermochte, kannte zugleich auch die Verhältnisse in Österreich zur Genüge, um vor sich und der Öffentlichkeit die Verantwortung dafür übernehmen zu wollen, mit der als unbedingt nötig erkannten Reform so lange zu warten, bis sie zugleich mit der geplanten Neugestaltung unseres Strafgesetzes durchgeführt werden kann.

Deshalb sorgte er für die schnelle Ausarbeitung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die strafrechtliche Behandlung und den strafrechtlichen Schutz Jugendlicher, der bereits im November 1907 dem Herrenhause zur Beratung vorgelegt wurde;¹⁾ diesem folgte als not-

¹⁾ Nr. 28 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Herrenhauses, XVIII. Session 1908.

wendige Ergänzung ein Jahr später, als eine der letzten legislatorischen Arbeiten Dr. Kleins der Entwurf eines Gesetzes über Fürsorge-erziehung, der dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde.¹⁾

In der weisen Voraussicht, daß noch ein gut Stück Zeit vergehen werde, bevor diese beiden Entwürfe Gesetze werden und wirkliche Jugendgerichte ihre Tätigkeit beginnen können, erließ Dr. Klein, offenbar damit in- zwischen doch wenigstens etwas zur Besserung der bisherigen gerichtlichen Jugendfürsorge geschehe, folgende Verordnung vom 21. Oktober 1908 betreffend das Strafverfahren gegen Jugendliche:

Bis zum Inkrafttreten neuer gesetzlicher Bestimmungen werden für das Strafverfahren gegen Personen, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (Jugendliche), folgende Anordnungen getroffen:

I.

1. Bei Gerichtshöfen, bei denen mehrere Erkenntnis- und Berufungs-senate bestehen, sind die Hauptverhandlungen in Erkenntnis-sachen und die Berufungsverhandlungen in Übertretungs-sachen Jugendlicher einem Erkenntnis- und einem Berufungs-senate zuzuweisen.

2. Bei den als Strafgerichten tätigen Bezirksgerichten in Wien, sowie bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die nur Strafgerichtsbarkeit ausüben, sind die Übertretungs-sachen Jugendlicher in der Hand eines Straf-richters zu vereinigen.

3. Bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die zugleich als Vormundschafts- und Strafgerichte tätig sind, hat der Vormundschaftsrichter das Strafverfahren in Übertretungs-sachen Jugendlicher zu führen, gleichviel, ob der Jugendliche der vormundschaftsbehördlichen Jurisdiktion dieses oder eines anderen Gerichtes untersteht.

Sind bei einem Gerichte mehrere Vormundschaftsrichter bestellt, so sind die Jugendstrafsachen unter diese Richter nach denselben Grundätzen zu ver- teilen, die für die Verteilung der vormundschaftsbehördlichen Geschäfte gelten. (§ 19, Z. 6 G.D.)

4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nur für Straffälle, in denen ausschließlich Jugendliche als Beschuldigte erscheinen. Sind an einer Straf- sache Jugendliche neben Erwachsenen beteiligt, so ist in Übertretungs- und Erkenntnis-sachen die Ausscheidung des Verfahrens gegen Jugendliche nach den Bestimmungen des § 57 StPD. anzustreben. Kann die Ausscheidung ohne Gefährdung der Einheit, Unmittelbarkeit oder raschen Erledigung des Verfahrens nicht geschehen, so ist die Strafsache vor dem sonst nach der Geschäftsverteilung berufenen Senat oder Einzelrichter zu verhandeln.

5. Der Senat oder Richter, der in eine Haupt- oder Berufungsverhand- lung eingetreten ist, hat die Strafsache zu Ende zu führen, wenngleich später die Voraussetzungen, unter denen die Zuweisung an diesen Senat oder Richter erfolgte, eine Änderung oder Berichtigung erfahren, insbesondere wenn erst nachträglich das Alter des Beschuldigten bekannt oder richtig- gestellt wird.

6. (Enthält eine lediglich die Führung der Jugendstrafsachen-Verzeich- nisse betreffende Vorschrift.)

7. Für die Jugendsenate und Jugendrichter sind abgesondert gelegene Verhandlungssäle und Räumlichkeiten zu bestimmen. Stehen solche Räume nicht zur Verfügung, so sind die Verhandlungen gegen Jugendliche, wenn es

¹⁾ Nr. 1164 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XVIII. Session 1907.

irgend möglich ist, für eine andere Zeit anzuberaumen als die gegen Erwachsene.

II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1909 in Wirksamkeit. Ihre Grundsätze sind in den Geschäftsverteilungsplänen für das Jahr 1909 zu berücksichtigen.

Je nach der voraussichtlichen Zahl der Jugendstrafsachen sind die hierfür bestimmten Senate und Richter entweder bloß mit diesen Sachen zu befaßen oder von anderen Agenden entsprechend zu entlasten.

Durch diese Verordnung wurden im Rahmen unserer geltenden Gesetze „Jugendgerichte“ geschaffen, d. h. unsere alten Gesetze erfuhren keinerlei Änderung, geändert wurde lediglich die bisherige Geschäftsverteilung bei den Gerichten. Daraus läßt sich unschwer der Wert dieser Neuordnung erkennen: es ist der gleiche, den es hat, eine alte Wahrheit in eine neue, in eine faßlichere Form zu bringen; es ist wohl praktischer, aber in der Sache selbst ist man damit um kein Zota vorwärts gekommen.

Die Neuordnung nämlich in folgendem:

bei Gerichtshöfen, bei denen es mehrere Strafsenate gibt, wurden bisher die Strafsachen nach der Gattung der strafbaren Handlungen oder, wie dies meistens geschah, nach örtlich abgegrenzten Gebieten, d. h. nach Sprengeln, in denen die strafbaren Handlungen begangen wurden, unter die Senate verteilt, so zwar, daß das Amtsgebiet des Gerichtshofes in die den Strafsenaten entsprechende Zahl von Sprengeln eingeteilt war und daß dann alle Verhandlungen über Straftaten im Sprengel I dem Senate I, die im Sprengel II dem Senate II usw. zugewiesen waren, ohne daß hiebei irgendwelche Unterschiede bezüglich der Person des Angeklagten gemacht wurden (Geschäftsordnung § 21 Z. 3); jetzt werden die Verhandlungen über alle von Jugendlichen im ganzen Gerichtshofsprengel begangenen Straftaten einem Senate zugewiesen (Verordnung Z 1);¹⁾

ebenso war es und ist es jetzt (i. Geschäftsordnung § 19, Z. 8 bzw. Verordnung Z. 2) bei den Bezirksgerichten, welche lediglich als Strafgerichte tätig sind, z. B. bei dem Bezirksgericht für Übertretungen in Prag; statt der Senate entscheiden bei Bezirksgerichten bekanntlich Einzelrichter;

bei anderen Bezirksgerichten war, je nach Bedarf, einer oder mehrere als Vormundschaftsrichter bzw. als Strafrichter tätig; dort, wo es nur einen Vormundschafts- bzw. nur einen Strafrichter gab, waren ihm bisher alle Vormundschaftsangelegenheiten bzw. alle Strafsachen (Übertretungen) aus dem ganzen Bezirksgerichtsprengel zugewiesen; bei solchen Gerichten sind jetzt die Strafsachen Jugendlicher dem Strafrichter entzogen und dem Vormundschaftsrichter übertragen (Verordnung Z. 3, Absatz 1); dort aber, wo es mehrere Vormundschaftsrichter gibt, werden ihnen die Strafsachen Jugendlichen nach gleichen Vorschriften wie Vormundschaftsachen zugeteilt, d. h. nach Anfangsbuchstaben der Namen der Jugendlichen oder nach den Gemeinden, in denen die Straftaten begangen wurden (GD. § 19, Z. 6 und Verordnung Z. 3, Absatz 2);

für Verhandlungen gegen Jugendliche ist der Verhandlungssaal oder, falls nicht genügend Räumlichkeiten vorhanden sind, die Zeit so zu wählen,

¹⁾ Bei Gerichtshöfen, die über nur einen Strafsenat verfügen, hat dieser unterschiedslos über alle hier anhängigen Strafsachen zu entscheiden; hieran wurde durch die Verordnung nichts geändert.

daß die Jugendlichen mit angeklagten Erwachsenen nicht in Berührung kommen (Verordnung B. 7).

Unsere durch Verordnung vom 21. Oktober 1908 geschaffenen, seit 1. Jänner 1909 eingeführten Jugendgerichte bestehen also darin, daß bei jedem Gerichte bestimmte Richter: bei den Gerichtshöfen je ein Senat, bei den Strafbezirksgerichten je ein Strafrichter, bei den anderen Bezirksgerichten der oder die Vormundschaftsrichter — in andern als den sonst benützten Verhandlungssälen oder zu einer andern als der sonst üblichen Zeit über die Straftaten Jugendlicher nach allen strafgesetzlichen und strafprozessualen Vorschriften verhandeln und entscheiden.

Jene Verordnung erweist sich als Nachahmung einer gleichartigen gerichtsanorganisatorischen Maßregel, der Deutschland seine gegenwärtigen Jugendgerichte verdankt.

Dort wurden gleichfalls durch bloße Änderung der Geschäftsverteilung „Jugendgerichte“ geschaffen, die „Jugendgerichtshöfe“ und „Jugend-Strafkammern“; letztere entsprechen unseren „Jugend-Strafsenaten“, erstere unseren Jugendabteilungen der Bezirksgerichte; „Jugendgerichtshöfe“ heißen sie deswegen, weil nicht wie bei uns ein Einzelrichter entscheidet, sondern ein dreigliedriges Kollegium: zwei Laienrichter (Schöffen) und als Vorsitzender ein sachmännischer Richter (Schöffengericht).

Die ersten Jugendgerichtshöfe Deutschlands wurden am 1. Jänner 1908 in Köln, Stuttgart und Breslau eröffnet; am 30. Jänner 1908 begann der seither vielermähnte Jugendgerichtshof in Frankfurt a. M. seine Tätigkeit; und andere Gerichte folgten schnell diesen untereinander ziemlich verschiedenen Vorbildern, so daß es am 15. März 1909 in Deutschland insgesamt 72 Jugendgerichtshöfe gab, abgesehen von Württemberg, wofelbst bei allen Amtsgerichten „Jugendgerichte“ bestehen.¹⁾

In Deutschland ist die Errichtung der Jugendgerichte dem Ermessen der maßgebenden Gerichtsbehörden überlassen, bei uns ist sie durch die obervähnte Verordnung obligatorisch. So wären wir denn mit unseren „Jugendgerichten“ denen Deutschlands um einen weiten Schritt voraus — wenn sich unsere Jugendgerichte mit denen Deutschlands überhaupt vergleichen ließen. Unsere Jugendgerichte stehen hinter denen Deutschlands noch weit mehr zurück als diese hinter denen Amerikas. Deutschland besitzt nämlich wenigstens einige für wirkliche Jugendgerichte unerläßliche rechtliche Bestimmungen: es kennt den Verweis statt Strafe für Vergehen und Übertretungen Jugendlicher (§ 57, B. 4 d. StG.), es kennt die bedingte Begnadigung, und jeder Bundesstaat hat ein wirksames Fürsorge-Erziehungsgesetz. Wir dagegen haben nichts dergleichen; Strafverhandlungen gegen Jugendliche können nur durch Freispruch oder durch Verurteilung beendet werden; die verhängten Strafen müssen verbüßt werden, denn die so schön gedachte Koerberische Verordnung vom 25. November 1902 (RMBl. Nr. 51) betreffend die Begnadigung verurteilter Jugendlicher hat durch die Art, wie sie in der Praxis gehandhabt wurde, für die Richter lediglich nur noch historische Bedeutung, d. h. die fast regelmäßige Abweisung der Anträge der Richter auf Begnadigung hat wohl schon jedem Richter die Lust genommen, sich neuerdings um die Erwirkung einer Begnadigung zu bemühen; und das Gesetz vom 24. Mai 1885, Nr. 89 RGBL., wonach das Gericht die Zulässigkeit der Abgabe Jugendlicher in eine Besserungsanstalt aussprechen kann, ist einem Fürsorge-Erziehungsgesetz himmelweit entfernt — ganz abgesehen

¹⁾ Vgl. die Mitteilungen der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin vom 15. Dezember 1908 und vom 15. März 1909.

davon, daß trotz des richterlichen Ausspruches der Zulässigkeit der Abgabe diese über Beschluß der zur endgültigen Entscheidung berufenen Verwaltungsbehörde nur selten auch tatsächlich erfolgt.

So sind denn unsere gegenwärtigen „Jugendgerichte“ Jugendgerichte nur dem Namen nach, denn im Grunde genommen besteht die durch die oberrwähnte Verordnung herbeigeführte Neuerung in nichts anderem als in der Änderung der Gerichtsfälle für Verhandlungen gegen Jugendliche.

Allerdings zeigen die Jugendgerichtsverhandlungen jetzt schon einen großen Vorzug gegenüber den vor dem 1. Jänner 1909 durchgeführten Verhandlungen gegen Jugendliche: der Ergründung des Wesens und der Eigenart des Angeklagten wird weit mehr Sorgfalt gewidmet als ehemals. Dies ist aber ganz gewiß nicht der Einführung der Jugendgerichte in dem Sinne zu verdanken, daß ohne sie diese „strafrechtliche Behandlung“ der Jugendlichen nicht möglich gewesen wäre. Vielmehr ist dies teilweise wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß durch die in letzter Zeit wiederholten „Winke von oben“ das Verständnis und das Interesse der Richter für eine richtige strafrechtliche Behandlung Jugendlicher vielfach erst geweckt wurde, insbesondere aber dem Umstande, daß durch die gegenwärtige Geschäftsverteilung den im Jugendstrafverfahren tätigen Richtern mehr Zeit als ehemals zur Durchführung einer solchen Verhandlung gelassen ist. Dies ist freilich höchst erfreulich, aber dies rechtfertigt noch ganz und gar nicht das hohe Lob, das von mancher Seite der neuen „Institution“ gezollt wird, sondern läßt nur mit erfreulicher Klarheit erkennen, wie — sit venia verbo — oberflächlich die Strafverhandlungen infolge der erforderlichen geschäftlichen Eile bisher durchgeführt wurden und noch jetzt vielfach geführt werden müssen, wofür es sich nicht um Jugendliche handelt. Das darf aber bei einwandfreier Justiz zweifellos kein fundamentaler Unterschied zwischen dem Strafverfahren gegen Jugendliche und dem gegen Erwachsene sein, daß der Richter wohl für den Jugendlichen, nicht aber für den Erwachsenen so viel Zeit hat, als er braucht, um den Angeklagten richtig beurteilen zu können. Und in Wahrheit ist dies das einzige wesentliche Merkmal, welches das Verfahren vor unseren gegenwärtigen Jugendgerichten von dem „gewöhnlichen“ Strafverfahren unterscheidet. Und weil dies eben bei uns etwas so Ungewöhnliches ist, deswegen bringen Zeitungen spaltenlange Berichte über „Verhandlungen vor dem Jugendgerichte“ und durch diese Zeitungsberichte festigt sich in der Öffentlichkeit der Glaube, daß wir erlangt haben, worüber seit Jahr und Tag so viel gesprochen und geschrieben wurde: Jugendgerichte. Und so ist denn zu befürchten, daß durch das Schlagwort, das da in die Öffentlichkeit geschleudert wird, deren Interesse für die Jugendgerichtsbewegung verloren geht und daß wir deswegen noch viel länger, als es ohne diese Neuerung gewesen wäre, werden darauf warten müssen, worauf wir um des Wohles der Gesamtheit willen mit allem Nachdruck drängen müssen: auf die Errichtung von Jugendgerichten.

Wir können dies um so eher, als ja der frühere Justizminister Dr. Klein für Entwürfe zu einem ganz stattlichen Bau bereits gesorgt hat: der eine liegt schon 1½ Jahre auf dem grünen Tisch des Herrenhauses, der andere wurde dem Abgeordneten Hause vor einem halben Jahr vorgelegt. Beide Entwürfe zeigen in den Details erhebliche Mängel. Allein trotz ihrer vielen Mängel sie schleunigst anzunehmen, brächte für die Jugendlichen und für die Gesamtheit bei weitem nicht einen so erheblichen, unheilbaren Schaden, als er durch die noch unabsehbar lange Verzögerung ihrer Verbesserung und der Schaffung tadelloser Gesetze entsteht.

Auf die Einzelheiten jener beiden Entwürfe einzugehen, bedarf es hier nicht, es seien nur die Grundzüge wiedergegeben und damit die Vorzüge dessen, was wir erwarten dürfen, gegenüber dem veralteten geltenden Rechte hervorgehoben.

Der Entwurf des Gesetzes betreffend die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher nimmt Bedacht auf alle Forderungen, denen ein neues Gesetz gerecht werden muß, welches nicht von allem Anfang an hinter unserer Zeit zurückgeblieben sein will: die Altersgrenze der Strafmündigkeit wird erhöht: Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre können wegen ihres Verhaltens nicht mehr vom Strafrichter zur Verantwortung gezogen werden, sie sind „strafunmündig“; gegenwärtig bildet das vollendete 10. Lebensjahr jene Altersgrenze; Kinder im Alter von 10 bis zu 14 Jahren sind jetzt allerdings nur dann strafbar, wenn sie eine Handlung begehen, die im Gesetz als Verbrechen bezeichnet wird.

Die eingehende Erforschung des intellektuellen und des psychischen Zustandes angeklagter Jugendlicher wird dem Richter zur Pflicht gemacht, denn die Feststellung der Reife des Jugendlichen ist Voraussetzung für die Zulässigkeit der Verhängung einer Strafe;

die Hauptverhandlung wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt, damit die jugendlichen Angeklagten vor sonst drohendem schweren Schaden mannigfacher Art bewahrt werden;

für das Gerichtsverfahren besteht Anwaltszwang, d. h. jeder Jugendliche muß bei der Verhandlung vor dem Gerichtshofe durch einen — wenn nötig von Amts wegen bestellten — Verteidiger vertreten sein;

Strafverfügungen in Abwesenheit des Angeklagten zu erlassen ist unzulässig, jeder jugendliche Angeklagte muß vor Fällung des Urtheiles vernommen werden, damit der Richter den Angeklagten kennen lerne und wirklich die zu dessen Besserung geeignete Maßregel zu treffen in der Lage ist;

wenn zur Besserung offenbar nicht Strafe nötig, sondern Erziehung hinreichend ist, überweist der Richter den Jugendlichen der Fürsorgeerziehung, d. h. er verfügt seine Unterbringung zwecks Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Anstalt;

die Ermahnung tritt an Stelle der Strafe in den Fällen, wo sie zur Besserung genügt und wo die Strafe somit eine unzulässige Grausamkeit wäre;

verurteilten Jugendlichen kann bedingter Straferlaß gewährt werden, damit sie während einer genügend langen Bewährungsfrist zeigen, daß es zu ihrer Besserung der Vollstreckung der Strafe nicht bedarf;

um ihnen diese Besserung zu erleichtern, werden sie einer Schutzaufsicht unterstellt;

die die Jugendlichen so arg schädigende kurzzeitige Freiheitsstrafe wird abgeschafft, an die Stelle der Freiheitsstrafen von weniger als drei Monaten tritt ausschließlich Fürsorgeerziehung;

der Vollzug der Freiheitsstrafe dient weit mehr als bisher der Besserung der Verurteilten; wenn dieser Zweck noch vor Ablauf der vom Richter bemessenen Strafdauer erreicht zu sein scheint, erfolgt die bedingte Entlassung aus der Strafkast, womöglich unter Anordnung einer Schutzaufsicht, und nach einer zum Nachweis der tatsächlichen Besserung genügend langen Zeit die endgültige Nachsicht des Restes der Strafzeit;

mit der Verurteilung sind keine Straffolgen verbunden, welche — wie jetzt — die ganze künftige Existenz des Jugendlichen schwer beeinträchtigen;

und durch die Rehabilitation, die Löschung der durch Akten überlieferten Erinnerung an die erfolgte Verurteilung, bleiben Jugendliche vor dem verhängnisvollen Fluche dauernder Bescholtenheit verschont;

zum Schutz der Jugendlichen gegen Verwahrlosung bestehen mannigfache strenge Bestimmungen, nach denen all die Personen zur Rechenschaft gezogen werden, deren Verhalten die Befürchtung erregt, daß dadurch ein Jugendlicher auf Abwege geraten könnte oder deren Schuld es ist, daß ein Jugendlicher vor den Richter gebracht werden mußte.

Dies ist in großen Zügen der Plan, nach welchem in Zukunft Jugendliche vor sittlicher Verwahrlosung geschützt und, falls durch eine Verletzung der Rechtsordnung bedenkliche Zeichen einer Mißartung merkbar wurden, vor dem gänzlichen moralischen Verderben bewahrt und zu brauchbaren Mitglieðern der Gesellschaft erzogen werden sollen.

Damit diese wichtige neue Aufgabe, die sich der Staat gestellt hat, richtig gelöst werden kann, ist es vor allem nötig, daß er auch die erforderlichen Mittel zur Durchführung dieses Planes zur Verfügung stellt. Allein es bedarf weit mehr als dessen, was der Staat leisten kann: die wohlwollende Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung, eine ausgiebige freiwillige „Jugendgerichtshilfe“ ist unerläßlich; sie ist die wesentlichste Voraussetzung für ein gedeihliches Wirken der Jugendgerichte. Denn nur dann, wenn die Bevölkerung wirklich bereit ist, die Jugendgerichte werktätig zu unterstützen, ist es möglich, den Jugendlichen das zu bieten, was als vorzügliches Mittel zur Hintanhaltung der Verwahrlosung Jugendlicher und zur Besserung verwahrloster Jugendlicher sich in Amerika so glänzend bewährt und in Deutschland trotz des kurzen Bestandes der dortigen Jugendgerichte voll gewürdigt wird: eine sorgfältige verläßliche Schutzaufsicht; sie bildet den eigentlichen Kern der Jugendgerichte, sie ist, wie Judge Tuthill, der Vater des Jugendgerichtes Chicago, des ersten Jugendgerichtes Amerikas, sagt: der keystone der Schlußstein des Jugendgerichtes.

Da heißt es also rechtzeitig, noch bevor wir Jugendgerichte erhalten, für Organisationen zur Durchführung der Schutzaufsicht und der übrigen mannigfachen Jugendgerichtshilfe zu sorgen und hiedurch den Jugendgerichten gleich vom Beginn ihrer Tätigkeit an allen erreichbaren Erfolg zu sichern.

Über das Wesen und die Ursachen der Prostitution.

Von MUDr. Karl B o h a č,

1. Assistenten der k. k. deutschen dermatologischen Univ.-Klinik, Prag.

Zur Erklärung des Wesens und der Ursachen der Prostitution, dieser für das gesamte soziale Leben so überaus bedeutungsvollen Erscheinung, welche vor allem durch die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, namentlich der Gonorrhoe und insbesondere der Syphilis und deren Folgekrankheiten, der Tabes und der progressiven Paralyse, so überaus große Gefahren für das soziale Leben mit sich bringt, wurden von Ärzten, Soziologen und National-ökonomien die verschiedensten Momente mit mehr oder weniger Erfolg herangezogen.

Man hat einerseits versucht, die Prostitution vom rein anthropologischen Standpunkt aus zu erklären und sprach von der „geborenen Dirne“, andererseits beschuldigte man ausschließlich die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche durch die in den niederen Volksschichten herrschende Not die Prostitution hervorrufen sollen. Und man begegnet daher vielfach der Ansicht, die Prostituierte sei entweder als ein schon von Geburt aus psychopathisch veranlagtes

oder durch die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Not des Lebens der Prostitution verfallenes Individuum zu betrachten, oder endlich sie sei als ein unschuldiges Opfer der Verführung anzusehen.

Diese Anschauungen sind jedoch in den genannten ausschließlichen Formen gewiß nicht allgemein richtig. Denn es geht wohl nicht an, die bei Prostituierten zweifellos vorhandenen moralischen Defekte durchwegs als angeborene zu bezeichnen und so die Prostitution aus einer angeborenen Anlage zur Lasterhaftigkeit zu erklären. Diese moralischen Mängel sind vielmehr in den meisten Fällen erst eine Folge der Prostitution und der tristen äußeren Verhältnisse, in welchen die Prostituierte lebt, beziehungsweise schon früher, bevor sie sich der Prostitution ergeben hat, gelebt hat. Ebensowenig ist es die wirtschaftliche Notlage allein, welche, wie die ökonomische Theorie annimmt, die Prostitution verursacht, sondern sie ist in vielen Fällen wohl nur das veranlassende Moment, welches das durch die häuslichen und äußeren Lebensverhältnisse bereits sittlich verwahrloste Individuum der Prostitution zuführt. Desgleichen kann die Verführung und Verkuppelung eines unschuldigen und völlig unerfahrenen Opfers allein nur für verhältnismäßig wenig Fälle als Ursache der Prostitution angeführt werden. Denn auch da hat meistens das Opfer der Verführung und Verkuppelung bereits anderwärts an seinem sittlichen Wert beträchtlichen Schaden gelitten.

Die eigentliche Ursache der Prostitution ergibt sich vielmehr aus der Betrachtung darüber, aus welchem Milieu die sich der Prostitution ergebenden Individuen stammen, beziehungsweise unter welchen häuslichen Verhältnissen und Lebensbedingungen diese Individuen schon von ihrer frühesten Jugend an gelebt haben. Aus diesen Betrachtungen geht hervor, daß die Prostitution nicht von einem einseitigen anthropologischen oder ökonomischen Standpunkte aus zu erklären ist, sondern daß sie als eine durch das gesamte soziale Leben und dessen Entwicklung notwendig bedingte Erscheinung, mithin als ein organischer Bestandteil desselben aufgefaßt werden muß und daß daher bei dem Versuch einer Erklärung der Ursachen der Prostitution die einzelne Prostituierte nicht für sich allein als Einzelindividuum betrachtet werden darf, sondern nur im Zusammenhange mit dem sie umgebenden Milieu und als Mitglied jener Volksschichte, aus der sie hervorgegangen ist.

Stellt man in dieser Richtung Untersuchungen an, so findet man, daß die Prostituierte in der weitaus größten Zahl der Fälle den niederen Volksschichten angehört, wo die Kinder unter den ärmlichsten Verhältnissen aufwachsen und eine durchaus mangelhafte häusliche Erziehung genießen. In diesen Schichten der Bevölkerung erleiden die Kinder insbesondere in ihrer sittlichen Erziehung dadurch großen Schaden, daß infolge der, namentlich in den Großstädten äußerst beschränkten Wohnungsverhältnisse und der hier herrschenden Ungezogenheit der Beziehungen der Geschlechter zu einander sich in ihrer Gegenwart Dinge abspielen, welche nicht geeignet sind, in ihnen die Begriffe der Sittlichkeit und Keuschheit aufkommen zu lassen und zu festigen.

Unter diesen, seit frühester Jugend einwirkenden, demoralisierenden Einflüssen aufgewachsen, hat das Individuum schon frühzeitig so viel an sittlichem Werte eingebüßt, daß es nur einer geringen Veranlassung bedarf, um es der Prostitution zuzuführen, da ja eben in diesen Kreisen der Bevölkerung der Begriff der Geschlechtslehre nicht bekannt ist, weshalb auch hier die Prostitution durchaus nicht als etwas schimpfliches gilt und die Prostituierte in ihrer Umgebung keineswegs an Achtung verliert.

Diese der Prostituierten infolge der äußeren Verhältnisse von Jugend an anernzogene sittliche Verwahrlosung ist, wie Baumgarten in

der im Jahre 1908 von der österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Wien veranstalteten Enquete hervorgehoben hat, das eigentliche ätiologische Moment der Prostitution. Alle übrigen angeführten Momente spielen mehr oder minder eine sekundäre Rolle, indem sie nur die Veranlassung dafür abgeben, durch welche ein infolge der anerzogenen sittlichen Verwahrlosung bereits prädisponiertes Individuum der Prostitution verfällt.

Für die Richtigkeit dieser Anschauung spricht eine Reihe von Beobachtungen und Tatsachen, welche aus den zahlreichen Untersuchungen hervorgegangen sind, die in den verschiedensten Großstädten von berufener Seite angestellt wurden. So wurde z. B. als Beweis gegen die Richtigkeit der ökonomischen Theorie von Strömberg für Stuttgart nachgewiesen, daß unter einer größeren Anzahl von Prostituierten kein einzigesmal die Not als Ursache der Prostitution angesehen werden konnte. In ähnlicher Weise berichtet Belander, daß in Stockholm der größte Teil der Prostituierten nicht aus jenen Personen gebildet wird, welche sich in drückender Notlage befunden haben, sondern in 60% aus Dienstmädchen, welche durchaus nicht in schlechteren Verhältnissen waren als andere sich selbst versorgende Mädchen und die sich ohne besondere Schwierigkeiten auf ehrliche Weise hätten versorgen können, wenn sie nur gewollt hätten. Auch in Wien gibt es zahlreiche Fälle, wo nicht die Not als Ursache der Prostitution bezeichnet werden kann, während es im Gegenteil eine große Zahl von Mädchen gibt, die, obwohl sie sich in der drückendsten Notlage befinden, trotzdem nicht der Prostitution verfallen. Im Vorjahr wurden auch an der dermatologischen Klinik Professor Kreibichs in Prag von Dr. Hecht während einiger Monate statistische Aufzeichnungen über Prostituierte gemacht, darunter auch über die Umstände, welche die Prostituierten als die Ursachen bezeichneten, warum sie sich der Prostitution ergeben hätten.

Im folgenden sind die Angaben in den Haupttypen, zum Zwecke der leichteren Übersichtlichkeit etwas schematisiert, wiedergegeben.

Es gaben von 161 Prostituierten als Ursache der Prostitution an:

- 22 Verführung durch Arbeitskolleginnen und Freundinnen,
- 21 unglückliche Liebe (vom Geliebten verlassen, Kind),
- 18 ohne Angaben,
- 17 geringer Arbeitslohn (Nebenverdienst),
- 16 Kuppellei (davon wußten nur 3 nicht, daß sie in ein Bordell kommen),
- 14 Posten- oder Arbeitslosigkeit,
- 10 häusliche Zwistigkeiten (Stiefmutter, verstoßen, entlaufen, Ehebruch),
- 10 weil ihr der Dienst nicht gefiel (leichterer Erwerb),
- 8 wollten nicht arbeiten,
- 6 Krankheit (Epilepsie, Herzfehler, Ansteckung),
- 3 Verführung (Geliebter, Dienstherr),
- 2 des Geldes wegen,
- 1 aus Not,
- 13 verschiedene Angaben.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß unter 161 geheimen und eingeschriebenen Prostituierten nur eine einzige angab, daß sie sich aus Not der Prostitution ergeben habe und nur 14 die Angabe machten, daß Posten- und Arbeitslosigkeit sie dazu getrieben hätte. Aus den Angaben aller übrigen geht ganz deutlich hervor, daß bereits durch äußere Verhältnisse und Lebensbedingungen, insbesondere auch durch den Umgang eine Disposition für das Laster geschaffen war, bevor einer der angegebenen Umstände den Anlaß zur Prostitution darbot.

Unter den 13 verschiedenen Antworten der Prostituierten fanden sich unter anderen noch folgende Angaben über die Ursache der Prostitution: Krankheit der Mutter; von den Stiefeltern dazu getrieben; weil schon die Mutter eine Prostituierte war; aus Ärger darüber, daß man sie hat nicht tanzen gehen lassen; weil man zu Hause ihre Liebchaften nicht duldet; aus langer Weile; aus Lust und Liebe; weil sie von der Arbeit und Plage zu Hause nichts hatte; weil sie zu Hause nicht gut tut usw.

Es ist also auch hier in fast allen Fällen die meistens schon frühzeitig einsetzende sittliche Verwahrlosung die eigentliche Ursache der Prostitution, wiewohl nicht daran gezweifelt werden kann, daß gerade das wirtschaftliche Elend es ist, welches ein derartiges Milieu schafft, aus welchem dann die sittliche Verwahrlosung resultiert.

Auch die Zahlen, welche uns darüber Aufschluß geben, in welchem Alter der Prostituierten der erste Geschlechtsverkehr stattgefunden hat, sprechen nur allzu deutlich für die Richtigkeit der Annahme der sittlichen Verwahrlosung als Ursache der Prostitution.

Es hat der erste Geschlechtsverkehr bei den 161 daraufhin befragten Prostituierten stattgefunden:

in	1 Fall,	das ist in	0.6 %	im 10. Lebensjahre,
"	1 "	" " "	0.6 "	" 11. "
"	1 "	" " "	0.6 "	" 12. "
"	3 Fällen	" " "	1.9 "	" 13. "
"	21 "	" " "	13.0 "	" 14. "
"	29 "	" " "	18.0 "	" 15. "
"	24 "	" " "	15.0 "	" 16. "
"	28 "	" " "	17.4 "	" 17. "
"	33 "	" " "	20.5 "	" 18. "
"	12 "	" " "	7.5 "	" 19. "
"	4 "	" " "	2.5 "	" 20. "
"	1 Fall	" " "	0.6 "	" 21. "
"	2 Fällen	" " "	1.2 "	" 22. "
"	1 Fall	" " "	0.6 "	" 23. "

Bei fast 4% der Prostituierten hat also der erste Geschlechtsverkehr bereits in der Zeit vom 10. bis zum noch nicht erreichten 14. Lebensjahre stattgefunden.

Es wäre noch zu erwähnen, daß 17.4% der hier untersuchten Prostituierten als uneheliche Kinder zur Welt kamen.

Was nun die Berufskategorien anbelangt, aus welchen sich die Prostituierten rekrutieren, so waren unter den 161 Prostituierten:

58 Dienstmädchen,	3 Kinderermädchen,
34 Fabriks- und Hilfsarbeiterinnen,	2 seit jeher Prostituierte,
20 Haustöchter,	1 Kassierin,
17 Näherinnen,	1 Hausierin,
14 Kellnerinnen,	1 Kunstreiterin,
9 Verkäuferinnen,	1 Blumenmädchen.

Man ersieht aus dieser Zusammenstellung, daß die Dienstmädchen und die Fabriks- und Hilfsarbeiterinnen die weitaus größte Zahl der Prostituierten liefern.

Das Alter der Prostituierten zur Zeit der Spitalsaufnahme war folgendes:
 Es waren 1 13 Jahre alt Es waren 16 23 Jahre alt

1	14	"	"	10	24	"	"
3	15	"	"	6	25	"	"
12	16	"	"	6	26	"	"
9	17	"	"	7	27	"	"
13	18	"	"	1	28	"	"
20	19	"	"	3	30	"	"
16	20	"	"	1	31	"	"
18	21	"	"	5	35	"	"
12	22	"	"	1	37	"	"

Daß gerade so viele jugendliche Personen der Prostitution verfallen, ergibt sich einerseits aus der durch die äußeren Lebensbedingungen anerzogenen sittlichen Verwahrlosung, in Folge deren dem jugendlichen Individuum die Begriffe der Keuschheit und Sittlichkeit unbekannt bleiben und andererseits aus dem natürlichen Vorzug der Jugend, welcher eine größere Nachfrage nach jugendlichen Personen in den insbesondere die geheime Prostitution fördernden Lokalen, Kaffeehäusern und Ringel-Dangeln bedingt. Man findet insbesondere in der geheimen Prostitution gerade die jüngsten Individuen, weil fast ausnahmslos jede inskribierte Prostituierte früher zunächst im geheimen Prostitution getrieben hat und erst später aus verschiedenen Gründen, sei es aus Bequemlichkeit, oder um nicht mit der Behörde in Konflikt zu geraten und bestraft zu werden, oder um der Sorge nach einem Absteigequartier enthoben zu sein, sich der Kontrolle unterworfen hat. Es werden auch daher durch die Inskribierung keineswegs neue Prostituierte geschaffen, sondern nur eine bereits bestehende Tatsache als solche deklariert und nur ein übrigens im Verhältnis zu der großen Zahl der geheimen Prostituierten ganz geringer Bruchteil der amtlichen Kontrolle unterworfen. Da die Prostitution eine venerische Ansteckung zur unausbleiblichen Folge hat und diese Ansteckung in den meisten Fällen sehr bald erfolgt, so erklärt sich daraus, daß sich insbesondere so viele jugendliche Prostituierte in Spitalsbehandlung befinden.

Die von Jugend auf anerzogene sittliche Verwahrlosung ist auch der Grund dafür, daß die an Prostituierten unternommenen Besserungsversuche fast ausnahmslos scheitern. Diese Erfahrung wurde bisher überall gemacht, wo man sich um die Besserung Prostituirter bemüht hat. Nur in ganz vereinzelten Fällen wendet sich die Prostituierte wieder einem ordentlichen Berufe zu, in der größten Zahl der Fälle aber kehrt sie nach ihrer Entlassung aus einer Besserungsanstalt bald wieder zur Prostitution zurück, da sie sich eben der Schimpflichkeit dieses Gewerbes gar nicht bewußt ist und oft gar nicht einsieht, warum man sich überhaupt um ihre Besserung bemüht. Damit erklären sich auch gewisse, mit dem Gewerbe der Prostitution scheinbar unvereinbare moralische Eigenschaften mancher Prostituierten. So z. B. sorgen manche Prostituierten für ihre bedürftigen Angehörigen und ernähren sie mit von dem Ertrag ihres Gewerbes. Ferner ist der Umstand auffallend, daß sich viele Prostituierte trotz der so häufigen Gelegenheit nie eines Eigentumsdeliktes schuldig machen.

Die Besserungsversuche werden nur in jenen nicht allzu zahlreichen Fällen von Erfolg begleitet sein, wo es sich nicht um sittliche Verwahrlosung sondern nur um Verführung handelt oder wo das Individuum sich nur gelegentlich seiner Arbeitslosigkeit der Prostitution ergibt, und die Aussichten einer Besserung werden immer geringer werden, je länger die betreffende Person die Prostitution ausgeübt hat. Denn es gilt auch hier der in Wundts „System der Philosophie“ enthaltene Erfahrungssatz, daß die regelmäßige Be-

tätigung des Menschen eine Disposition hinterläßt, welche in dem Organismus als Habitus fixiert wird. So prägt sich auch bei Personen, welche längere Zeit hindurch die Prostitution ausüben, ein gewisser Habitus aus, welcher dem Kenner auf den ersten Blick hin die Beschäftigung des betreffenden Individuums verrät. Sobald einmal dieser Habitus fixiert ist, ist wohl eine Besserung kaum mehr zu erhoffen.

Daraus folgt, daß man von Besserungsversuchen bei Prostituierten nur dann einen Erfolg zu erwarten hat, wenn es sich um jugendliche Personen handelt, welche erst kurze Zeit die Prostitution betreiben und bei welchen es sich nicht so sehr um sittliche Verwahrlosung, als vielmehr um Verführung oder Gelegenheitsprostitution handelt.

Viel bessere Erfolge wird man dann erzielen, wenn man — und dies scheint der richtigere Weg zur Bekämpfung der Prostitution zu sein — die Jugend vor der drohenden sittlichen Verwahrlosung bewahrt und wenn man das Mädchen, welches der Prostitution zu verfallen droht, noch rechtzeitig aus dem verderblichen Milieu entfernt.

Nicht die Besserungsversuche an den einzelnen Prostituierten, sondern die Beseitigung der mißlichen Lebensbedingungen und die Bewahrung der Jugend vor der sittlichen Verwahrlosung durch rechtzeitige Entfernung der jugendlichen Personen aus dem demoralisierenden Milieu, wie es sich die moderne Kinderschutzbewegung zum Ziele gesetzt hat, werden, falls sie in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden, die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Prostitution sein.



II. Teil.

Handbuch.

Von

Hugo Heller.

Säuglingsfürsorge.

Allgemeines. S. I. Jahrg., S. 1 ff.

Säuglingssterblichkeit. S. I. Jahrg., S. 3 ff.

Säuglingsfürsorge in Ungarn. S. I. Jahrg., S. 6 ff.

I. Kgl. böhm. Landesgebäranstalt, Prag-II., Apollinargasse.

Aufnahmebedingungen.

a) Gebärkliniken.

Auf die Kliniken wird jede Frauensperson im letzten Monate ihres Zustandes aufgenommen. Sie hat sich bei ihrem Eintritte mit einem gesetzlichen Heimatsausweis (Heimatschein, Dienstbotenbuch u. dgl.) auszuweisen. Ausweislose werden bei ihrer Entlassung der Polizeibehörde zur Sicherstellung ihrer Zuständigkeit übergeben.

Die an den Kliniken Verpflegten sind verpflichtet, je nach Bedarf, längstens aber 4 Monate, Ammendienste zu leisten, wofür sie das Recht auf Übernahme ihres Kindes in die unentgeltliche Findelverförgung für 6 Jahre erwerben. Verheiratete, oder ins Ausland heimatszuständige Personen müssen jedoch bei ihrer Entlassung aus der Gebäranstalt ihre neugeborenen Kinder mit sich nehmen und werden zum Ammendienste nicht herangezogen.

Die Verpflegsgebühr beträgt bei den an den Kliniken Verpflegten 1 K 5 h täglich und wird im Armutsfalle der Verpflegten und ihren zahlungspflichtigen Verwandten, wenn die Versorgte in Böhmen oder im Auslande heimatsberechtigt ist, abgeschrieben, wenn sie aber in ein anderes Kronland Österreichs gehört, von dem betreffenden fremden Landesgrundstock angesprochen.

Den zum Ammendienste verpflichteten Versorgten steht es frei, sich von dieser Verpflichtung durch Erlag eines Geldsazes von 64 K loszukaufen.

b) Zahlabteilung.

In die Zahlabteilung wird jede Frauensperson, mag sie ledig, verheiratet oder verwitwet sein, aufgenommen, sobald ihr Zustand von dem Abteilungsvorstand festgestellt ist.

Jede Frau hat bei ihrem Eintritt in die Zahlabteilung den amtlichen Nachweis über ihre Zuständigkeit beizubringen.

R. k. Behörden gegenüber, soweit sie berufen und berechtigt sind, Auskünfte über Personen zu verlangen, kann von der Anstalt die Erteilung der notwendigsten Auskünfte auch in betreff der in der Zahlabteilung Verpflegten oder deren Kinder nicht verweigert werden. Anderen Personen dürfen Auskünfte über die Mutter gar nicht, über das Kind aber nur gegen Vorzeigung des Kindzettels gegeben werden.

Jede in die Zahlabteilung eintretende Frauensperson hat das Kindesgeld, durch welches sie Anspruch auf Übernahme des Kindes in die Findelanstaltspflege erwirbt, zu erlegen und die Verpflegsgebühr für ihre Person wenigstens für 10 Tage voraus zu entrichten. Nimmt sie ihr Kind mit sich, so erhält sie das Kindesgeld zurück. Sobald das Kind in die Findelverpflegung aufgenommen ist, wird das Kindesgeld nie mehr zurückgestellt. Die Verpflegsgebühr für die ersten 10 Tage verfällt für jeden Fall, von allen nächstfolgenden 10 Tagen wird vor dem Austritte die Gebühr für die nicht benutzten Tage zurückgestellt.

Die Verpflegung der in die Zahlabteilung aufgenommenen geschieht nach drei Klassen und beträgt die tägliche Verpflegsgebühr nach der 1. Klasse 6 K, nach der 2. Klasse 4 K, nach der 3. Klasse 2 K; das Kindesgeld ist für die 3. Klasse mit 240 K, für die beiden anderen Klassen mit 400 K festgestellt. Wird die Versorgte von Zwillingen oder Drillingen entbunden, so ist natürlich das doppelte, beziehungsweise dreifache Geld zu erlegen. Ausländerinnen leisten

keine Zahlung, da ihre Kinder in die Verpflegung der böhmischen Landesfindelanstalt nicht aufgenommen werden.

Der Austritt aus der Zahlabteilung ist aus Gesundheitsrücksichten jedesmal an die Genehmigung des Abteilungsvorstandes gebunden.

Die Aufnahme in die vorgenannten Anstalten erfolgt in der Weise, daß die Aufnahmewerber abwechselnd den einen Tag den deutschen, den andern Tag den tschechischen Kliniken zugewiesen werden.

Die Fürsorge für Säuglinge umfaßt den Mutterchutz und den Säuglingschutz, die beide so organisch zusammengehören, wie eben Mutter und Kind. Die einzelnen Angelegenheiten, mit denen sich beide beschäftigen, seien zunächst übersichtlich zusammengestellt.

Mutterchutz: Mutterschaftsversicherung.

Gesetzlicher Arbeitsschutz der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Geldliche Unterstützung der Schwangeren und Wöchnerinnen.

Hauspflegevereine.

Freie Gewährung von Hebammendiensten.

Freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.

Wöchnerinnenheime.

Mutterschulen, Mutterberatungsstellen.

Erziehung für den Mutterberuf.

Die „ledige“ Mutter. Bund für Mutterchutz.

„Neue Ethik.“

„Festigung der sittlichen Anschauungen, Hochhaltung sittlicher Ideale bei der Erziehung von Mann und Frau, um zu verhüten, daß die Frauen zur ledigen Mutterschaft gelangen.“

(Frl. Dr. Alice Salomon, Berlin, 18. 9. 1908.)

Säuglingschutz: Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit.

Säuglingsberatungsstellen.

Säuglingsheime, Krippen.

Stillstuben, Stillkrippen.

Stillprämien.

Säuglingsmilchküchen, Kindermilchanstalten.

Milchuntersuchungsstellen.

Kurze für Säuglingspflege, Wanderlehrerinnen hiefür. Säuglingsmuseum.

Über Mutterchutz und Mutterschaftsversicherung wurden anläßlich der 28. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit (Hannover, 17. und 18. September 1908) auf Grund eines Referates des Frl. Dr. Alice Salomon folgende Leitsätze angenommen:

- I. Dem durch die Mutterschaft hervorgerufenen Schutzbedürfnis der Frau ist in erster Linie durch Maßregeln der sozialen Gesetzgebung abzuhelpfen. Es sind zu fordern: 1. Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes auf alle in Handel, Gewerbe, Haus- und Landwirtschaft tätigen Schwangeren und Wöchnerinnen durch allgemeine Einführung einer ausreichenden Ruhezeit, von denen zwei Wochen vor, sechs nach der Entbindung liegen sollten. 2. Ausbau der Krankenversicherung a) durch Ausdehnung des Versicherungszwangs auf alle unter 1 begriffenen Arbeiterinnen unter gleichzeitiger Erhöhung der Leistungen auf den Betrag des Lohnausfalls während der Dauer der gesetzlichen Arbeitsruhe und des aus der Wochenbettspflege entstehenden Aufwands; b) durch obligatorische Familienversicherung; c) durch Erweiterung des Rechts auf Selbstversicherung.

- II. Bis zur völligen Durchführung obiger Forderungen hat die öffentliche Armenpflege die Aufgabe, Schwangeren und Wöchnerinnen die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit notwendige Schonung und Pflege durch Unterstützungen an Geld, ärztlichem und geburtshilflichem Beistand, Hauspflege, Heim- und Asylpflege zu gewährleisten, ohne daß diese Hilfe die mit andern Unterstützungen verbundenen öffentlich rechtlichen Folgen nach sich zieht.
 - III. Die private und kirchliche Wohlfahrtspflege hat die Tätigkeit der öffentlichen Armenpflege durch verwandte Darbietungen zu ergänzen, namentlich durch die Organisation der Hauspflege, durch Heim- und Mutterberatungsstellen.
 - IV. Die Errichtung von Mutterschaftskassen durch industrielle Betriebe und Arbeiterorganisationen ist als wünschenswert zu bezeichnen.
 - V. Unabhängig von den sozialen Bestrebungen der sozialen Fürsorge ist eine bessere rechtliche Stellung der verheirateten und der ledigen Mutter anzustreben.
- Hofrat Dr. Theodor Escherich, k. k. Univ.-Prof., Wien, kennzeichnet die nächsten Aufgaben der Säuglingsfürsorge für Österreich in folgender Weise:
- Gründung einer Zentralstelle für Säuglingspflege.
 Gründung von Mutterschulen.
 Erziehung des Weibes zur Mutter.
 Durchführung einer großen Aktion für das Selbststillen der Mutter.
 Die zu letzterem Zwecke bestehende Kommission legte ihre Ansichten hierüber in der Schrift: Studien und Vorschläge zur Förderung des Selbststillens (Wien, Hölder, 1906) nieder.
 Sie empfiehlt im allgemeinen folgendes:
1. Verständnisvolles Mitwirken der Ärzte, insbesondere der heranwachsenden Generation, die durch einen entsprechenden Unterricht an den Universitäten an Neugeborenen und Säuglingen vorzubereiten wäre. Versendung des von Hofrat Chrobak und Dr. Escherich verfaßten Mahnwortes an sämtlich österreichischen Ärzte.
 2. Mitwirken der Hebammen, welchen der Wert und die Bedeutung der Brusternährung sowie die technische Durchführung derselben auf das nachdrücklichste eingeschärft und auf dem Wege der Instruktion die Empfehlung einer anderen Ernährungsart untersagt werden sollte. Für besondere Bemühungen in der Verbreitung der Brusternährung sind den Hebammen Prämien auszusetzen.
 3. Belehrung der Bevölkerung über die Möglichkeit und den Nutzen des Selbststillens: durch Artikel in der Presse, durch Verteilung von Broschüren in den Ambulatorien und Gebärtkliniken, durch Abhaltung von Vorträgen, welche von einem reichen und anregenden Material unterstützt werden. Diese Vorträge sollen auch als Wandervorträge gehalten werden.
 4. Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Museums, in welchem die auf Kinderpflege und Ernährung bezüglichen Einrichtungen, Gebrauchsgegenstände, Apparate, Tabellen und Regeln anschaulich vorgesehrt werden, eventuell Veranstaltung einer darauf bezüglichen allgemeinen Ausstellung, welche gewiß in der nachhaltigsten Weise das Interesse der gesamten Bevölkerung für diese Frage erregen würde. Ein staatliches Säuglingsmuseum wird eben jetzt in Budapest eingerichtet.
 5. Direkte Beförderung des Selbststillens durch Belehrung der Frauen in den Beratungsstellen und Ambulatorien. Verteilung von Stillunterstützungen für arme, im Beruf tätige Frauen, welche sonst gezwungen wären, ihre Kinder zu verlassen, um in die Arbeit zu gehen. Verteilung stillender

Frauen mit Speisemarken, Anweisungen für Lebensmittel zc. Die Verteilung und Zuweisung derselben geschieht in den Säuglingsberatungsstellen.

6. Außerdem wäre auf gesetzgeberischem Gebiete die Verlängerung der Schonzeit und des Krankengeldbezuges für die Entbindende bei den Krankenkassen auf mindestens sechs Wochen, die in anderen Staaten (Italien) obligate Einrichtung von Stillkrippen in den größeren Fabriksbetrieben, die Einführung der Mutterschaftsversicherung, sorgfältige Überwachung und möglichste Einschränkung des Ammen- und des Kostkinderwesens zc. anzuregen.

7. Die wichtigste und nachhaltigste Förderung der Brusternährung bildet aber zweifellos die direkte unmittelbare Belehrung armer Mütter in den Beratungsstellen sowie durch die von diesen ausgesendeten Hauspflegerinnen. Voraussetzung ist, daß die Mütter veranlaßt werden, die Kinder frühzeitig, solange sie noch gesund sind und an der Brust ernährt werden, zur Vorstellung zu bringen. Durch diese rechtzeitig, schon in den ersten Lebenstagen einsetzende Belehrung werden die Kenntnisse und die Vorteile einer rationellen Säuglingspflege, insbesondere der Brusternährung, gerade unter der armen Bevölkerung in wirksamster Weise verbreitet und zahlreiche Krankheits- und Todesfälle verhütet. Denn es ist viel leichter, den gesunden Säugling durch richtige Anleitung gesund zu erhalten, als den erkrankten durch ärztliche Behandlung von seinen Verdauungsstörungen zu heilen. Es soll daher, soweit die Mittel verfügbar sind, auch die Errichtung neuer Schutzstellen eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der Kommission sein.

Die Durchführung dieser Aufgaben übernimmt, wie schon erwähnt, eine von dem Präsidium der Kommission zu bildende Spezialkommission, in welche auch eine Anzahl der auf diesem Gebiete praktisch tätigen Personen berufen werden. — Als Organ dieses Ausschusses fungiert eine Bureauabteilung der Kommission, welche von einem auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge erfahrenen Arzt geleitet wird. Dieselbe kann vorläufig zugleich als Zentralstelle für Säuglingsschutz dienen. Sie hat zunächst einen informativen Charakter und die Aufgabe, die heute noch sehr mangelhaften Erhebungen über den Stand und die Ursachen der Säuglingssterblichkeit in Österreich zu ergänzen, sowie als Sammel- und Auskunftsstelle für die auf diesem Gebiete bestehenden Einrichtungen zu dienen. Als positive Aufgabe fällt ihr die Durchführung der oben angeführten Aktionen zur Förderung des Selbststillens, die Versendung der Broschüren, die Zuweisung der Stillunterstützungen, die Anlage und Verwaltung der Lehrmittelsammlung, des Museums, der neuen Schutzstellen zc. zu. — Die Errichtung eines solchen selbständigen Bureaus als Zentrale für die Aufgabe der Säuglingsfürsorge ist die Voraussetzung und Grundlage für jede erprießliche Tätigkeit auf diesem Gebiete. Die Einrichtungen haben sich in Deutschland, wo sie nicht nur für das Reich, sondern auch für kleinere Verwaltungsbezirke bestehen, ausgezeichnet bewährt. Denn erst bei genauer Kenntnis und durch fortgesetztes Studium aller einschlägigen Verhältnisse ist man imstande, die verwickelten und lokal so verschiedenen Ursachen des Rückganges der Brusternährung und damit der Säuglingssterblichkeit zu ergründen und taugliche Maßnahmen für ihre Bekämpfung zu treffen.

Was den finanziellen Aufwand für die Durchführung der Aufgaben der Kommission anbelangt, so ist folgendes zu bemerken: Außer den Kosten für das Bureau sind in dem Präliminare noch die Ausgaben für die Durchführung der Aktion zur Förderung des Selbststillens, für die Errichtung einer Lehrmittelsammlung und eines Museums für Säuglingspflege, sowie einer neuen Beratungsstelle und einer Milchküche vorgesehen. Unter der Voraussetzung, daß die dafür notwendigen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, könnte man mit einem Betrage von 50.000 K das Auslangen

finden. Mit der Widmung und Festlegung dieser Summe zuhanden einer für die Organisation der Säuglingsfürsorge bestimmten Spezialkommission wäre der erste und grundlegende Schritt zur Durchführung eines neuen und groß angelegten Jubiläumswerkes getan, das in der Erziehung des Weibes zur Mutter gipfelt. (Zeitschrift für R. u. F., Wien 1909, Nr. 2.)

Das Wesen der Mutterchule kennzeichnet Professor Dr. Escherich wie folgt.

Eine Mutterchule in dem hier entwickelten Sinne hat zur Voraussetzung, daß sie sich an ein größeres Kinderasyl oder Kinderspital anschließt, welches über Kinder aller Altersklassen, insbesondere auch über eine Säuglingsabteilung, verfügt. Solche Kinderspitäler bestehen schon in den meisten größeren Städten Österreichs, wenn auch in ganz unzureichendem Ausmaß. Sie müßten zu diesem Zweck erweitert, eventuell neu gegründet werden. Die Notwendigkeit und Berechtigung derselben im Dienste der kommunalen Armen- und Krankenpflege braucht nicht erst erörtert zu werden. Mit diesen Anstalten ist auch in allen Fällen eine Säuglingschutzstelle zu vereinigen. In denselben Gebäude sind auch die Räume für Vortragsäle und Lehrmittel der Mutterchulen unterzubringen. Die Unterrichtskurse werden von Ärzten oder speziell dafür ausgebildeten Lehrern oder Lehrerinnen — zumeist wohl in den Abendstunden und unentgeltlich — abgehalten und sind für junge Mütter und reifere, nicht unter 18 Jahre alte Mädchen bestimmt. Sie umfassen ärztliche oder richtiger hygienische und pädagogische Fragen wie: Grundbegriffe der Anatomie und Physiologie, körperliche Pflege, Ernährung, Entwicklung des Kindes, Anleitung zur Erziehung, zur Beschäftigung und zur körperlichen Ausbildung der Kinder, zum Spiel, zur Unterhaltung, endlich Unterricht in der Zubereitung der Nahrung, in der Herstellung und Reinigung der Wäsche und Kleider der Kinder unter spezieller Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der armen Bevölkerung. Daran können sich ungezwungen — jedoch in zweiter Linie — allgemein wirtschaftliche Kapitel, wie Haushaltung, Wirtschaftsrechnung, Prüfung der Nahrungsmittel etc. anschließen. Die durch bessere Wirtschaft erzielten Ersparnisse kommen ja indirekt dem Kinde zugute. Diese Kurse müssen durch ein anregendes Unterrichtsmaterial, durch praktische Übungen am gesunden und am kranken Kinde, durch eine allgemein zugängliche Lehrmittelsammlung (Museum) belebt und anregend gemacht werden. Zugleich ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß dieselben nach Art der Wandervorträge auch abseits von den Kulturzentren, auf dem Lande und besonders unter der bauerlichen Bevölkerung abgehalten werden.

Der II. internationale Kongreß für Kinderschutz vom 14.—16. September 1907 zu Brüssel beschäftigt sich ebenfalls hauptsächlich mit der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit durch Gründung möglichst zahlreicher Beratungsstellen für Mütter und von Ausgabestellen geeigneter Kindermilch, wenn die Ernährung an der Brust unmöglich ist. Der Kongreß beschloß, den Rahmen seiner Tätigkeit auf die Kinderfürsorge während der ersten zwei Lebensjahre zu erweitern und eine internationale Vereinigung für Kinderschutz mit einem ständigen Bureau in Brüssel zu bilden. Aus Deutschland waren 15 Vertreter erschienen, unter ihnen Prof. Heubner, Dr. Neumann (Berlin), Prof. Dr. Zinkelstein (Berlin), Prof. Pfandl (München), Dr. Salge.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Was geschieht in den verschiedenen Staaten zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit? nahm Geh. Med.-Rat Dr. F. Dittich (Berlin) das Wort. Aus seinem Berichte ist zu entnehmen, daß die Säuglingssterblichkeit in Deutschland größer ist, als in den meisten anderen Ländern. In den Städten ist sie höher als auf dem Lande. Die Hauptursache der Sterblichkeit sind Ernährungsstörungen. Die Sterblichkeit

der mit Tiermilch ernährten Kinder ist doppelt so groß, als die der Brustkinder. Das Stillgeschäft zeigt in Deutschland, besonders in den Städten, eine beträchtliche Abnahme.

Dr. Würz (Straßburg) berichtet zum Thema Kinderschutz, daß der Staat durch soziale Gesetzgebung die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Frau zu bessern sucht. Dadurch werde indirekt der Säuglingssterblichkeit entgegengearbeitet. Erörtert wurde auch die Einführung einer Mutterschaftsversicherung, durch welche die natürliche Säuglingsernährung gehoben werden würde. Ermöglicht werde dies heute durch Gewährung von Stillprämien. Zu der Frage: Ist der Säuglingsschutz eine wirksame Waffe im Kampfe gegen die Tuberkulose? bemerkte u. a. Dr. v. Schrötter, daß die Tuberkulose in der Säuglingssterblichkeit eine große Rolle spielt. Das Selbststillen sei das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Für die Säuglingspflege wurde folgender Leitsatz angenommen: Wo die natürliche Ernährung nicht möglich ist, ist für hygienisch einwandfreie Milch in Anstalten, im Sinne der „Gouttes de lait“ zu sorgen. Das Ideal sei eine nicht sterilisierte Milch von tuberkulosefreien Kühen.

Sodann gelangte die in den verschiedenen Staaten bestehende Gesetzgebung über die Kontrolle der Milchgewinnung und des Milchverkaufs zur Besprechung. Dr. Artur Keller (Berlin), Direktor des Kaiserin Augusta-Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, erstattete Bericht über die Verhältnisse in Deutschland. Er fordert für den Verkehr mit Kindermilch eine behördliche Kontrolle. Nur gesunde, mit Tuberkulin geimpfte Kühe seien einzustellen. Weidebetrieb müsse obligatorisch sein. Kindermilch sei sofort nach dem Melken abzukühlen und in versiegelten Flaschen zu versenden. Der Kleinhandel sei schärfer zu kontrollieren. (Archiv für Volkswohlfahrt, Dezember 1907).

Der weitgehendste Schutz für Mütter und Säuglinge wird in jenen Staaten und Ländern gewährt, wo es bereits um die Erhaltung der Rasse geht. In Frankreich führte der bekannte Bevölkerungsrückgang zur Gründung der Mutualité Maternelle, die vom 27.—29. Nov. 1908 ihren ersten Kongreß zu Paris abhielt. Wegen ihrer großzügigen gründlichen Organisation, die einem von der gesamten französischen Nation empfundenen Notstande ihr Entstehen verdankt, seien die Grundsätze der Mutualité Maternelle, wie sie auf dem erwähnten Kongresse zum Ausdruck kamen, auch für uns Deutsche in Böhmen, die wir weder für die Landwirtschaft, noch für das Gewerbe, noch für den Beamtenstand den nötigen Nachwuchs besitzen, zur Veröffentlichung gebracht.

Die Mutualité Maternelle (gegenseitiger Mutterschutz) ist ein Werk der gegenseitigen, solidariischen Wohlfahrtspflege, welches bezweckt, Müttern gegen das Ende der Schwangerschaft ausreichende Unterstützung zu bieten, damit sie sich jeder Arbeit, die ihnen oder ihren Kindern schädlich sein könnte, enthalten, einen Monat nach der Entbindung ausruhen und ihren Kindern bis zum Alter von zwei Jahren jede nötige Sorgfalt angedeihen lassen können. (Ähnliche Aufgaben erfüllen die Assistance maternelle, die Assurance maternelle und die Ligue contre la Mortalité Infantile.)

Grundsätze:

1. Die M. M. unterstützt und überwacht Kinder von der Geburt bis zum Alter von 2 Jahren.
2. Jede schwangere Frau, welche die Vorteile der M. M. genießt, erhält einen Freischein zur ärztlichen Überwachung während der Schwangerschaft (Überwachung durch Ärzte oder Hebammen, die im Dienste der M. M. stehen).

3. Nach 7 Schwangerschaftsmonaten beginnt die Beschränkung oder Einstellung der Arbeit. Sie kann jedoch auch früher erfolgen, wenn ärztlich festgestellt wurde, daß die Fortsetzung der Arbeit für Mutter oder Kind schädlich wirkt. Jene Beschäftigungen, welche für eine glückliche Entbindung nachteilig wirken, sind vom ärztlichen Komitee bekannt zu geben.
4. Nach der Entbindung gewährt die M. M. den Mitgliedern eine vierwöchentliche (über Verlangen des Arztes eine sechs wöchentliche) Erholungszeit. Es ist zu wünschen, daß erfahrene Aufsichtsdamen oder Hebammen Niedergekommene in deren Wohnungen besuchen, um sie über das Stillen oder die künstliche Ernährung des Säuglings aufzuklären.
5. Die M. M. setzt sich mit allen Wohlfahrtsanstalten für Säuglingspflege und Mutterchutz in Verbindung, um deren Vorteile sowohl vor als auch nach der Entbindung ihren Mitgliedern zuzuwenden. Die M. M. strebt an, nach und nach selbst alle nötigen Wohlfahrtsanstalten ins Leben zu rufen, besonders dort, wo noch keine bestehen.
6. Die M. M. gewährt während 4 Wochen einen Unterstützungsbeitrag von durchschnittlich 1.50 frks. täglich; der erwähnte Betrag soll dem Tagelohne möglichst nahe kommen.
7. Es ist zu wünschen, daß die M. M.
 - a) Stillprämien von mindestens 5 Frks. gewähre,
 - b) den Unterstützungsbeitrag bei Zwillingen um ein Drittel oder ein Viertel erhöhe,
 - c) den Unterstützungsbeitrag in bestimmten Verhältnissen für Mütter mit zahlreicher Familie erhöhe.
8. Die Mittel der M. M. werden aufgebracht durch Beiträge des Staates, der Departements, der Gemeinden, der Städte, der beitragenden Mitglieder und durch die Beiträge der ordentlichen Mitglieder.
Der Kongreß nahm folgende Entschliekung an.
Überzeugt, daß es für ein Volk keine wichtigere Aufgabe gibt, als die Erhaltung der Rasse, die Entwicklung einer gesunden, kräftigen Nachkommenschaft, die im Stande ist, das regelmäßige Wachstum des Volkes zu gewährleisten, hält es für nötig, daß
 1. ein Gesetz erlassen werde über den Arbeitsschutz schwangerer Frauen nach den von ärztlichen Fachleuten zu entwerfenden Grundsätzen;
 2. das Parlament die Vorbereitung einer solchen Gesetzgebung und die Berücksichtigung der Vorschläge von Strauß und Engerand in die Hand nehmen möge.
 In der Erwartung, daß die Wohltaten dieses Gesetzes dem ganzen Lande zukommen werden, soll der Staat mit gutem Beispiele vorangehen und den in öffentlichen staatlichen Betrieben angestellten Frauen während der Schwangerschaft die weitgehendste Hilfe angedeihen lassen, insbesondere möge er ihnen den Fortbezug des Lohnes gewähren und ihnen die Hilfe der M. M. ermöglichen, welche eine diskrete und verlässliche Aufsicht ausübt und nicht nur die gebotene natürliche, sondern auch die besonders wertvolle moralische Hilfe bietet.

Der Kongreß betrachtet es als humanitäre und soziale Pflicht, daß die Gesetzgebung, welche die Mutterchaft schützt, außer der Arbeitsruhe auch die Gewährung von Unterstützungen vor, während und nach der Schwangerschaft vorsehe. Diese Unterstützung kann am besten gewährt werden durch die M. M., wo die Beitragsleistung des Einzelnen wesentlich erhöht wird, durch die Beiträge der übrigen Mitglieder und Wohltäter, durch Zuwendungen des Staates, der Departements und der Gemeinden.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Zuwendungen und Aufmunterungsbeiträge des Staates auf Rechnung des Abschnittes 35 des Budgets des Innern, sowie jene der Departements und Gemeinden, ausschließlich jenen Muttereschutzbestrebungen zuzuwenden wären, welche die ärztlich festgesetzte Arbeitsruhe zur Bedingung gemacht haben. Diese Unterstützungsbeiträge mögen nicht ein für allemal, sondern im Verhältnisse der Zahl der unterstützten Mütter festgesetzt werden.

Die Verteilung der Staatszuschüsse werde einer Kommission aufgetragen, welcher die Vertreter der M. M. beizuziehen sind. Bei der Verteilung mögen die Leistungen der einzelnen Vereine berücksichtigt werden. Die eine Hälfte der Beiträge sei ausschließlich dem Dienste der M. M. zu widmen, die andere Hälfte den übrigen Werken des Muttereschutzes.

Der M. M. mögen auch größere Subventionen gemacht werden, welche es ihr ermöglichen, auch außerstatutarische Frauenwohlfahrtswerke zu schaffen. Es möge ermöglicht werden, daß die M. M. aus dem Fonde der Spiel- und Wettenertragnisse Beiträge erhalte.

Alle Vereine der M. M. mögen auf das Recht aufmerksam gemacht werden, Beiträge auf Rechnung des Budgets des Innern zu erlangen.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus:

daß in jeder Fabrik oder Werkstätte mit weiblichen Angestellten ein eigener Raum zur Verfügung gestellt werde, wo Mütter ihre Säuglinge stillen können und daß der Staat auch hierin in seinen eigenen Betrieben mit gutem Beispiele vorangehe;

daß durch ein Gesetz oder durch Verordnungen jene Arbeiten bestimmt werden, welche schwangere Frauen oder solche nach einer Niederkunft gar nicht oder nur unter gewissen Bedingungen verrichten dürfen.

In Anerkennung der hervorragenden Wichtigkeit der Ziele der M. M. spricht der Kongreß den Wunsch aus, es mögen in sämtlichen Departements entsprechende Organisationen gegründet werden.

Flugschriften und Abhandlungen mögen in allen Industriezentren verbreitet werden, um die Wichtigkeit des Säuglingsschutzes überall erkennen zu lassen.

In die Heiratsbüchlein mögen die Zwecke der M. M. und die Beitrittsbedingungen aufgenommen werden.

Tabellen in Schulen, Gemeindeämtern und Fabriken mögen die Mütter und die künftigen Mütter auf die Wichtigkeit des Säuglingsschutzes, die Säuglingsberatungsstellen und die Wohltaten der M. M. aufmerksam machen.

Der Kongreß rät den Vereinen an, in die Statuten aufzunehmen, daß die Unterstützungsbeiträge direkt in die Hand der Frauen ausbezahlt sind.

Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß die durch das Gesetz Roussel eingeführte Aufsicht auf alle Kinder ausgedehnt werde, die außerhalb der Wohnung des Vaters oder der Mutter mit oder ohne Pflegegeld erzogen werden.

(Übersetzt aus: Congrès de la Mutualité Maternelle par Arthur Delpy, La Revue Philantropique, Nr. 140.)

Literatur.

A.

(Siehe auch 14. Sanitäre Fürsorge für die Jugend.)

- Brüning Dr. Herm.: Geschichte der Methodik der künstlichen Säuglingsernährung. Stuttgart, F. Enke. 6.—
 Bunge Prof. G. v.: Die zunehmende Unfähigkeit der Frauen, ihre Kinder zu stillen. München, E. Reinhardt. 0.80.

- Camp Dir. Prof. de la: Die ärztliche und soziale Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Freiburg, Speyer & Kaerner. 0.90.
- Cußer Dr. Gust.: Grundsätze für die Gesundheitspflege des Kindes im ersten Lebensjahre. Zürich, Th. Schröter. 0.25.
- Goldstein Dr. F.: Die Überbevölkerung Deutschlands und ihre Bekämpfung. München. C. Reinhardt. 2.50.
- Goyke Caroline: Staatlicher Mutterschutz für die Gebärende. Kultur und Fortschritt. Gausch bei Leipzig, F. Dietrich. 0.25.
- Hadlich Dr. Rich.: Der Verkehr mit Milch vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege. Bonn, C. Georgi. 0.60.
- Hammer Dr. W.: Das Berliner Polizeimerkblatt. Leipzig. Verlag der Monatschrift für Harnkrankheiten. 0.80.
- Jester Kurt: Die Ursachen und die Verhütung der hohen Säuglingssterblichkeit und die Ernährung und Pflege des Säuglings. Würzburg, C. Kabisch. 1.50.
- Linke F.: Säuglingspflege. Berlin, Dr. A. Teichmann. 0.30.
- Linsen-Ernst Clara: Stillstufen. Gausch bei Leipzig, F. Dietrich. 0.50.
- Pescatore: Pflege und Ernährung des Säuglings. Berlin, F. Springer. 1.—.
- Pflüger P.: Unentgeltliche Geburtshilfe und Wöchnerinnenpflege. Zürich, Grütliverein. 0.20.
- Raudnitz Dr. R. W.: Die Arbeiten auf dem Gebiete der Milchwissenschaft und Molkereipraxis 1908. Wien, F. Deuticke. 1.—.
- Salomon M.: Mutterschutz und Mutterschaftsversicherung. Leipzig, Duncker & Humblot. 2.—.
- Sittler Dr. P.: Ernährungsstörungen des Säuglings. Leipzig, B. Koenig. 1.—.
- Streitberg Gräfin Gisela v.: Die Bevölkerungsfrage in weiblicher Beurteilung. Gausch bei Leipzig, F. Dietrich. 0.50.
- Temme Gust.: Die sozialen Ursachen der Säuglingssterblichkeit. Berlin = Schöneberg, „Hilfe“. 1.—.
- Veröffentlichungen des Vereins für Säuglingsfürsorge im Reg.-Bez. Düsseldorf. Berlin, C. Heymann.
- Winkler Henry und Jürgard. Merkblätter für die erste Ernährung des Kindes. Neval, Kluge & Ströhm. 1.—.
- Zeitschrift für Säuglingsfürsorge. Leipzig, F. A. Barth. 12.—.
- Zeitschrift für soziale Medizin, Säuglingsfürsorge u. Leipzig, F. C. W. Vogel. 16.—.
- Ziegelroth Dr.: ABC für junge Mütter. Frankfurt a. O., M. Richter. 2.—.

B.

Siehe 14. Sanitäre Fürsorge für die Jugend.

Findelpflege.

- Die Prager Findelanstalt. S. I. Jahrg. S. 8.
- Vorschriften für die Pflegepartei der in normaler Pflege stehenden Findlinge. S. I. Jahrg. S. 9—12.
- Vorschriften für die Kindesmutter und die Großeltern. S. I. Jahrg. S. 12.
- Kritische Bemerkungen. S. I. Jahrg. S. 13—17.

Eine sehr interessante Abhandlung über die Anfänge des Findelwesens in Böhmen bringt Dr. Karl Engliš im XIII. Bande der Mitteilungen des Statistischen Landesamtes d. K. Böhmen. Dieser Arbeit ist auch die nachfolgende kurze Darstellung der jetzigen Organisation der Findelpflege in Böhmen entnommen.

Die Landesfindelanstalt ist für uneheliche Kinder bestimmt, die von ledigen und verwitweten Müttern in der Landesgebäranstalt geboren wurden; dieselben gehören in die I. Klasse (i. g. in der Normalpflege stehende Kinder). Ausnahmungsweise, in Fällen amtlich nachgewiesenen Bedarfes unter außerordentlichen Umständen können auf die Dauer der dringendsten Notwendigkeit auch außerhalb der Gebäranstalt geborene Kinder aufgenommen werden; sie gehören in die II. Klasse (so gen. Kinder von Außen). Bei der Aufnahme des Kindes in die Findelanstalt wird ein Ausweis über die Zuständigkeit, die

Religion und uneheliche Geburt erfordert, dagegen wird jedoch der Mutter die strenge Geheimhaltung der Mutterschaft zugesichert. Die Prager Findelanstalt ist bloß eine Durchgangsstation, welche die Verpflegung und Verteilung der Findlinge vermittelt. Die aus der Gebäranstalt eingelieferten Kinder pflegen in der Regel in der Findelanstalt nicht länger als einige Tage zu weilen, wornach sie an Pflegeeltern aufs Land abgegeben werden, vorausgesetzt, daß sich solche melden, und das Kind gesund und kräftig ist. Aus der ländlichen Pflege kehrt das Kind unter normalen Umständen erst im 6. Jahre zurück, vorausgesetzt, daß es nicht aus irgendeinem Grunde schon früher zurückgegeben wurde. Überdies verfügt die Findelanstalt über eine Filiale in Karolinenthal (Kloster der Kongregation der barmherzigen Schwestern des hl. Karl Borr.). In derselben werden Kinder verpflegt, welche das 6. Jahr, wo also die Findelpflege aufhört, zurückgelegt haben, solange sie nicht an Heimatgemeinden abgeliefert werden, und außerdem nach Böhmen zuständige, aus der Wiener Findelanstalt nach Prag gebrachte Kinder. Die in der Findelanstalt nötigen Ammen kommen aus der Gebäranstalt gleichzeitig mit den Kindern oder später; die Wöchnerinnen aus den klinischen Abteilungen sind verpflichtet, sich in der Findelanstalt als Ammen verwenden zu lassen. Was die Außenpflege betrifft, werden die Kinder fremden Zieheltern für das volle tarifsmäßige Entgelt, den eigenen Eltern für $\frac{2}{3}$ desselben überlassen (die an die Pflegeeltern entrichtete allgemeine Verpflegungsgebühr beträgt für ein Kind im 1. Lebensjahre 12 Kronen, im 2. 8 Kronen, im 3.—6. 6 Kronen monatlich). Überhaupt werden die von den Eltern verlassenen und in die Anstalt aufgenommenen Kinder als der Findelanstalt zur zeitweiligen Pflege anvertraut betrachtet und sie werden der Mutter oder den nächsten Verwandten ausgeliefert, sobald sie darum ansuchen, und die Mutter kann bloß durch Irrsinn oder durch ein verbrecherisches Leben dieses ihres Rechtes verlustig werden. Der Mutter steht auch das Recht zu, sich über das Kind zu erkundigen (zum Unterschiede von der französischen Findelanstalt, wo der Staat den Findling bis zu seinem 14. Jahre für eigen betrachtet und den Eltern jede Einflußnahme auf das Kind während dieser Zeit versagt). Die Direktion der Findelanstalt führt über alle in der Findelpflege befindlichen Kinder die Vormundschaft. Über die Findlinge in der Außenpflege wird durch Gemeinde- und Pfarrämter, durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften, durch die k. k. Gendarmerie und durch die landesfürstlichen, die Gemeinde- und die Distriktsärzte Aufsicht geübt. Insbesondere haben die Gemeindeämter Zeugnisse über die Eignung der Pflegeeltern auszustellen, die Pfarrämter sind für die Richtigkeit der von ihnen zeitweise abzustattenden Berichte über das Leben und den Aufenthalt der Findlinge verantwortlich.

Den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes entnehmen wir, daß der durchschnittliche Stand der Pfleglinge samt den Ammen in den Jahren 1901—1905 in der Findelanstalt 360, 388, 316, 312, 376 Kinder betrug. Die nationale Zugehörigkeit dieser Kinder ist aus den angezogenen Berichten leider nicht zu ersehen.

Jahreszuwachs und Jahresabgang für die Findelanstalt sind aus folgenden Zahlen ersichtlich:

	Jahreszuwachs	Jahresabgang
1901	3032 Kinder	3061 Kinder
1902	3462 "	3446 "
1903	3103 "	3122 "
1904	3243 "	3238 "
1905	3310 "	3290 "

Von dem Jahreszuwachs wurden

	aus der Gebär- anstalt abgegeben	von Außen in pro- visorische Pflege eingebracht	aus der Außenpflege rückgestellt
1901	2312	233	487
1902	2710	236	516
1903	2359	205	539
1904	2448	203	592
1905	2391	205	714

In die Außenpflege wurden davon abgegeben:

1901	2474	Rinder, davon an Blutsverwandte	407	Rinder
1902	2864	"	"	467
1903	2570	"	"	496
1904	2675	"	"	561
1905	2531	"	"	478

Die Sterblichkeit der Kinder in der Findelanstalt beträgt für die Jahre 1901—1905 in Prozenten:

5·57, 4·59, 5·26, 3·83, 4·88.

Die Gesamtzahl der Pfleglinge in der Findelpflege überhaupt betrug:

	Anfänglicher Stand	Jahreszuwachs	Jahresabgang	Schließlicher Stand
1901	7391	2562	2862	7091
1902	7091	2947	2915	7127
1903	7127	2565	2568	7124
1904	7124	2652	2567	7209
1905	7209	2597	2962	6844

Die Sterblichkeit der Findlinge überhaupt betrug:

1901 : 11·05%, 1902 : 11·57%, 1903 : 11·37%, 1904 : 9·76%, 1905 : 11·51%; dabei ist es interessant zu erfahren, daß die Sterblichkeit der bei Blutsverwandten in Pflege stehenden Findlinge geringer ist als jene der in fremder Pflege stehenden.

Der mit der Findelpflege verbundene Aufwand betrug im Jahre 1905 832.865 K; davon entfielen auf die Findelanstalt 26·9%, auf die Filiale in Karolinenthal 0·2% und auf die Außenpflege 72·9%.

Ein Verpflegstag stellte sich 1895 durchschnittlich in der Findelanstalt auf 3·11 Kronen, in der Filiale auf 0·62 K, in der Außenpflege auf 0·26 K, insgesamt durchschnittlich auf 0·34 K.

Der Aufwand für 1905 im Betrage von 832.865 K wurde in folgender Weise gedeckt:

Aktivinteressen:	14.272 K	=	1·7 %
Staatsbeiträge:	2.000 "	=	0·2 %
Aufnahmestaten:	10.610 "	=	1·3 %
Ammenabgabestaten:	11.640 "	=	1·4 %
Verpflegskostenersätze:	42.447 "	=	5·1 %
Rechnungs- u. andere Ersätze:	124 "	=	0·0 %
Verschiedene Empfänge:	70 "	=	0·0 %
Zuschuß des Landesfondes:	751.702 "	=	90·3 %

Indem wir bezüglich Vorschlägen einer Reform unseres Findelwesens auf den I. Jahrgang S. 13 ff. verweisen, registrieren wir an dieser Stelle die einschlägigen Bemerkungen Dr. Engliß, die um so aktueller sind, als sie nach

veröffentlichten und persönlich mitgeteilten Ansichten des Direktors der Landesfindelanstalt Hofrats Dr. Dvoráks zusammengestellt sind und die sich in vielen Punkten mit unseren erwähnten Bemerkungen decken.

1. Unsere Findelanstalt hat nicht den Charakter des romanischen Findelwesens; sie ist vielmehr eine Säuglingsklinik. Die unzutreffende Bezeichnung ist jedoch auch mit Rücksicht auf die Findlinge selbst nicht zu billigen; denselben bleibt lange durch die gewesene Findelpflege ein ungünstiges soziales Zeichen eingeprägt, und es wäre zu wünschen, daß die Findelpflege als solche womöglich (auf zwei Jahre) abgekürzt werde und an ihrer Stelle die allgemeine Waisenpflege Platz greife.

2. Die Findelanstalt wird von den unehelichen Müttern mißbraucht und dient infolgedessen zur Verbreitung der ungesunden sozialen Verhältnisse. Nach den Direktivregeln v. J. 1778 sollten in der Gebäranstalt nur solche Frauenpersonen Unterkunft finden, welche wirklich arm, verwaisst und erwerbslos sind und welche aus diesen Gründen „pfarr- und armenäntlich ihre Dürftigkeit nachweisen können“.

Außerdem wurde von der Mutter, deren Kind in die Findelpflege aufgenommen werden sollte, ein „Doppeldienst“ verlangt: sich in der Anstalt als Leihobjekt gebrauchen zu lassen und in der Findelanstalt Ammendienste zu leisten. Das erstere Prinzip verfiel bald in Vergessenheit — wahrscheinlich deswegen, weil sich dem Doppeldienst mutmaßlich nur tatsächlich Bedürftige zu unterwerfen pflegten —, so daß man in der Praxis bloß den letzteren als die einzige Bedingung für die Aufnahme des Kindes in die Findelpflege ansah. Jedoch auch diesem letzteren Dienste mußten sich die Mütter durch verschiedene Umtriebe zu entziehen. In dieser Art wurden eigentlich die unehelichen Kinder vor allen anderen — oft viel bedürftigeren — bevorzugt. Die Kosten für das Findelwesen erreichten nahezu eine Millionen Kronen, wofür nur eine Verschlimmerung unserer ethischen und sozialen Verhältnisse erkauft wurde. In der neuesten Zeit trat in dieser Richtung durch Zutun und richtige Statuteninterpretation des gegenwärtigen Direktoriums eine namhafte Besserung ein, was sich insbesondere in dem Budget widerspiegelt.

3. Zu den nicht genug hoch zu schätzenden Reformen der neuesten Zeit gehört auch die Feststellung des unehelichen Vaters; die Findelanstalt kann doch nicht dazu bestimmt sein, denselben seiner Verpflichtung dem Kinde gegenüber zu befreien. Durch die Heranziehung des unehelichen Vaters zur Erfüllung seiner Vaterpflichten wird zugleich auf Legitimierung des Kindes gedrungen. Der Feststellung des unehelichen Vaters kann daher weder vom Standpunkte des Kindes noch von jenem der Anstalt eine hohe moralische und wirtschaftliche Bedeutung abgesprochen werden (nach dem Landesauschußdekrete vom 16. September 1881, Z. 16.589, wurde ferner bestimmt, daß künftighin eine Kindesmutter, welche eine Ehe eingeht, vom Tage ihrer Verheiratung an ihre Rechtsansprüche auf die bisherige Findelsverpflegung ihres Kindes verliert, und daß dieselbe verpflichtet ist, ihr Kind in die unentgeltliche Eigenpflege zu übernehmen).

4. Damit hängt auch die Frage der Vormundschaft und der Oberaufsicht der Findlinge zusammen. Die Anstaltsdirektion soll nach dem Gesetze in der Regel die Generalvormundschaft aller Findlinge übernehmen. Das Direktorium ist jedoch von dem Willen und Überwillen der Mutter zu abhängig, um die Vormundschaftsrechte voll ausüben zu können. Um so häufiger sind jene Fälle, wo nach Beendigung der Findelpflege die Kinder vormundslos bleiben, ohne daß solche Fälle den Gerichten zur Kenntnis gebracht würden. In der neuesten Zeit werden seitens der Findelanstalt an das k. k. Bezirksgericht für die obere Neustadt in Prag als das Vormundschaftsgericht perio-

bische Berichte über alle vorgekommenen Geburten erstattet. Es steht auch die Errichtung einer Rechtschutzabteilung in der Findelanstalt in Aussicht. Dieselbe wäre berufen, namens der Direktion den Verkehr mit den Gerichten und anderen Behörden zu pflegen, die erforderlichen Informationen zu beschaffen und als Generalvormundschaft über die Findelkinder zu fungieren. Derartige Einrichtungen haben sich auch schon in anderen Ländern sehr bewährt.

Was die Beaufsichtigung der unehelichen Kinder anbelangt, so sind in Böhmen, wie noch unten gezeigt werden soll, Bestrebungen im Zuge, welche auf die Organisation der Waisenaufsicht und Pflege abzielen (Waisenträte); es wäre sehr wünschenswert, daß man diese Aufsicht auch auf die Findlinge erstrecke. Jüngst wurde für Prag und Umgebung die Frauenaufsicht der Findlinge seitens des Vereines „Ústřední spolek českých žen“ organisiert (derselbe Verein hat auch eine Aktion zur Prämierung der musterhaften Pflegemütter ins Leben gerufen).

5. Unter die bedenklichsten Schattenseiten des heutigen Findelwesens gehört insbesondere die auffallende Abnahme der Pfleger am Land. Der Grund hiefür ist einerseits in den zu niedrigen Pflegetagen, die nicht mehr den heutigen Preisverhältnissen entsprechen, und in der fortschreitenden Industrialisation des Landes überhaupt, andererseits jedoch auch in einem wirtschaftlichen Widerwillen zu suchen, der gegen die Kinderhaltung als Berufszweig, durch welche eben der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen werden, gerichtet ist. Die fast einzige Maßregel gegen diese Tatsache ist die Bestrebung, die Eigenpflege der Mutter und der Blutsverwandten zu fördern; es wird in Vorschlag gebracht, daß auch diesen die volle Pflegetaxe (zum Teile als Stillprämie) gegeben werde. Dem Landesfond bleibt sich zumindest gleich, an wen die Gelder gezahlt werden, wenn der Etat nicht erhöht wird, und doch kann aus dem moralischen Werte, welcher der engeren Beziehung der Mutter zum Kind innewohnt, auch für die Anstalt eine Erleichterung erwachsen, insoferne als in dieser Weise das Pflichtbewußtsein der Eltern wachgerufen und die Legitimation der Kinder gefördert wird — von der hygienischen, ethischen und wirtschaftlichen Bedeutung der mütterlichen Erziehung für die Gesellschaft ganz abgesehen.

6. Die Findelpflege ist überhaupt richtiger als ein Zweig der Armenpflege aufzufassen, daher in Gesamtheit der Armenpflegeorganisation einzugliedern und mit der gesamten Waisen- und Kinderpflege in nähere organische Verbindung zu setzen.

In nationaler Hinsicht muß abermals mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß sowohl die Gebäranstalt als auch die Findelanstalt fast ausschließlich den Tschechen zugute kommen. Nicht nur, daß die Deutschen keine Vorteile aus diesen Anstalten genießen, haben sie jährlich für die unehelichen tschechischen Kinder etwa 400.000 Kronen darauf zu zahlen.

Nachdem die in der Gebäranstalt zur Welt gebrachten Kinder mit verschwindenden Ausnahmen in tschechische Bezirke kommen, fließen auch die Gesamtkosten der Außenpflege in der Höhe von jährlich mehr als 600.000 K in tschechische Gegenden.

Geradezu als Gewissenlosigkeit muß es bezeichnet werden, wenn die Kinder deutscher Mütter ebenfalls in tschechische Gegenden abgegeben und daselbst tschechisiert werden. Die deutschen Gemeinden erfahren gewöhnlich erst mit dem erreichten sechsten Lebensjahre des Kindes von dessen Existenz und sind dann selbstverständlich nicht mehr in der Lage, das tschechisierte Kind wieder in seine Muttersprache zurückzuführen.

Es muß Angelegenheit unserer Bezirke werden, diesen unhaltbaren Verhältnissen ein Ende zu machen.

Erlaß des Landes-Schulrates vom 18. Oktober 1871, Z. 11.747.
WB. f. B. 1871, S. 132.

betreffend die Behandlung der Militär- und Findelkinder, dann der Kinder von Volksschullehrern bezüglich der Schulgeldebzahlung.

Findelkinder, welche in den öffentlichen Volksschulen stets unentgeltlich unterrichtet worden sind, müssen auch künftighin als befreit von der Zahlung des Schulgeldes behandelt werden.

Aus der Natur der Schulgeldbefreiungen, sowohl für die Findelkinder, als die genannten Militärkinder ergibt sich jedoch von selbst, daß auch ein Ersatz des dadurch veranlaßten Ausfalls am Schulgelde aus Gemeindemitteln in keiner Weise einzutreten hat, sondern daß diese Kinder, denen der Schulunterricht im Schulsprengel ihres Aufenthaltsortes nicht entzogen werden darf, bei der Berechnung des Schulgeldes außer Anschlag zu kommen haben.

Erlaß des Landes-Schulrates vom 15. Juni 1877, Z. 5078.

Die Orts- und Bezirksschulräte werden zur genauen Überwachung des den Findlingen nach erreichtem schulpflichtigen Alter obliegenden Schulbesuches aufgefordert.

Erlaß des Landes-Schulrates vom 24. Jänner 1877, Z. 25.082.
WB. f. B. 1877, S. 18.

Nach § 321 der politischen Schulverfassung sind Findelkinder mit Armenbüchern zu beilegen und nach dem h. o. Normalerlasse vom 18. Oktober 1871, Z. 11.747, sind die Pflegeeltern, ohne daß die Schulbeziehungsweise Heimatsgemeinde für den Ausfall einen Ersatz an die Schulbezirkskassa zu leisten hätte, von der Zahlung des Schulgeldes für die Findelkinder befreit.

Dagegen sind die Schulaufsichtsorgane strenge zu verhalten, daß sie den Schulbesuch der auf dem Lande unterbrachten Findlinge überwachen und jeden Fall eines nachlässigen Schulbesuches, beziehungsweise einer Pflichtveräußerung der Pflegeeltern der vorgelegten Bezirksschulbehörde anzeigen.

Errichtung von Pflegekolonien der niederösterreichischen Landesfindelanstalt.

Laut der im niederösterreichischen WB. unter Nr. 72 verlautbarten Kundmachung des Landesauschusses des Erzherzogtumes Österreich unter der Enns ddo. März 1908 wurde vom niederösterreichischen Landtag die definitive Errichtung von Pflegekolonien der Findelanstalt, deren bereits mehrere beziehungsweise errichtet worden sind, beschloßen. Demzufolge wird nunmehr überall dort, wo sich eine größere Anzahl Anstaltskinder in entgeltlicher Außenpflege befinden und die sonst hierfür erforderlichen Vorbedingungen gegeben sind, die neue Institution in der Form zur Einführung gelangen, daß die Findlinge eines Pfarrensprengels oder sonstwie abgegrenzte Rayons zu einer Pflegekolonie vereinigt werden und letztere auf Grund eines fallweise zu pflegenden Übereinkommens unter die Leitung einer vertrauenswürdigen Person (Koloniesekretär) gestellt wird. Für jede Pflegekolonie wird zur Prüfung des Gesundheitszustandes der Kostfrauen und Kinder, zur Untersuchung der Wohnungsverhältnisse und zur Behandlung erkrankter Findlinge ein Arzt (Koloniearzt) bestellt.

Mit derselben Kundmachung wurde die vom Landtage genehmigte Geschäftsordnung für diese Pflegekolonien veröffentlicht.

Waisenpflege.

(Waisen, Halbwaisen, Verlassene.)

Bestand im Jahre 1907. S. I. Jahrg., S. 19.

Berichte über die Waisenanstalten in Budweis, Falkenan, St. Georgental Raaden, Saaz, Schluckenau, Eger. S. I. Jahrg., S. 26 ff.

Die Waisenpflege des Bundes d. i. B. S. I. Jahrg., S. 31 ff.

Die deutschen Waisenträte der Zentralkasse f. d. B. u. J. i. B. S. I. Jahrg., S. 36.

Evangelische Waisenpflege und Jugendfürsorge (von Pfarrer lic. theol. Dr. Robert Bihlert-Prag). S. I. Jahrg., S. 39.

Jüdische Waisepflege und Jugendfürsorge (v. Direktor Schwager, Weinberge).

§. I. Jahrg., S. 41.

Die Waisepflege und Jugendfürsorge d. evangel. Bräderkirche. §. I. Jahrg., S. 41.

Anstalts- und Familienpflege. §. I. Jahrg., S. 49.

Koedukation in Anstalten und Familien. §. I. Jahrg., S. 51.

Zahl der deutschen Volkswaisen, Halbweisen und verlassenen Kinder im schulpflichtigen Alter in Böhmen am 31. Jänner 1902. §. I. Jahrg., S. 52, 53.

A. Anstaltspflege.

Die Zahl der deutschen Waisenanstalten für Kinder römisch-katholischen Bekenntnisses in Böhmen beträgt derzeit 30.

Utraquistisch sind: das S. Rotburgawaisenhaus, Prag III.,
das italienische Waiseninstitut, Prag III.,
die Waisenanstalt in Budweis,
das Waisenhaus der armen Dienstmägde
Christi, Prag, Grube.

Für deutsche evangelische Kinder bestehen in Böhmen die Anstalten:
Wittal bei Ruffig,
Haber bei Aufsa,
Neudorf (auch für römisch-katholische).

Die evangelische Bräderkirche besitzt ein deutsches Mädchenwaisenhaus in Dauba (und zwei tschechische Waisenanstalten in Böhm. Rotwasser und Pottenstein).

Der jüdischen Waisepflege dienen folgende Anstalten:

1. Israelitisches Knabenwaisenhaus der Kultusgemeinde Prag, Krakauergasse 13.
2. Waisenhaus des Privatfrauenvereines zur Erziehung armer israelitischer Waisenmädchen, Prag, Jerusalemstraße 5.
3. Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Mädchen-Waisenhaus, Rgl. Weinberge, Buchmajergasse 5.
4. Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Knaben-Waisenhaus Rgl. Weinberge, Komenskygasse 14 u. 16.

Neu eröffnet wurden im Jahre 1908 die beiden Kinderheime in Saz und in Hohenelbe, sowie das Dr. Karl Schücker-Waisenheim des Bundes der Deutschen in Böhmen zu Nieder-Johnsdorf bei Landskron.

Eine größere Zahl von Kinder- und Waisenheimen ist teils im Bau begriffen, teils ist deren Erbauung geplant.

Anstaltsberichte siehe Anhang.

Die deutschböhmisches Waisenanstalten sind, abgesehen von neueren hygienischen Einrichtungen, fast sämtliche nach älteren Systemen gebaut und geleitet. Doch machen sich in jüngster Zeit auch Bestrebungen bemerkbar, die günstigen Erfahrungen zu verwerten, die man anderswo in kleineren Heimen mit Familienpflege und im Kottage-System gemacht hat.

Diese Reformen unter gleichzeitiger Berücksichtigung der nicht nur in die bauliche Anlage, sondern hauptsächlich in die gesamte innere Verfassung und die Erziehungsziele eingreifenden neueren Bestrebungen finden vor allem im Dr. Karl Schücker-Waisenheime d. B. d. D. i. B. zu Nieder-Johnsdorf bei Landskron ihren Ausdruck, über welches der Anhang eine ausführliche Einzeldarstellung enthält.

Die deutschen Waisenanstalten in Böhmen.

Ort	Name der Anstalt	Rass.-Raum		Gegenw. Stand		Täglicher Mindestbed. pro Kopf	Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf (Ort, Bezirk, Land, unbeschränkt)	Vorstand der Anstalt
		Jungen	Mädchen	Plätze für Jungen	Plätze für Mädchen			
Aussig	Kaiser Franz Josef I.-Anst. und Waisenhaus	20	20	17	14	94 h	1. Aussig, 2. Aussiger Bez. 3. Böhmen	Obmann d. Anst. u. Waisenh.-B., kais. R. Dr. W. Weiss, Obm. d. Kuratoriums: Dr. F. Ohnsorg, Bürgermeister in Aussig
B.-Leipa	Städtisches Waisenhaus	20	20	12	6	80 h	Stadt u. Bezirk Böhmen-Leipa	Obmann: kais. Rat Friedrich Bredschneider, Bürgermeister in B.-Leipa
Brüx	St. Josefsheim St. Theresia	50	—	50	—	50 h	Stadt u. Bezirk Brüx, Böhmen	M. Aug. Bläzer, Oberin
Budweis	Waisen- und Erziehungsanstalt der Warmh. Schwestern v. hl. Karl Borrom.	50	52	50	52	75 h	Unbeschränkt	Oberin: Schw. M. Val. Stony
Bürgstein	Gräfl. Hinský'sches Armen- u. Waisenhaus z. hl. Johann von Nepomuk	8	—	8	—	75 h	Auf die z. d. Dem. Bürgstein gehörigen Gem.	Die jew. Oberin d. Kongregation d. armen Dienstmägde Christi
Dauba	Waisenhaus der ev. Bräuerkirche	20	20	5	14	70 h	Unbeschränkt	Pfarrer Eugen Schmidt in Dauba
Eger	Waisenhausstift	24	18	18	6	1 K 30 h	Nur auf die Stadt Eger	Die Stadtgem. Eger
Einsiedl	Kaiser Franz Josef I.-Waisenhaus für den Gerichtsbez. Marienbad	25	25	15	23	70 h	Gerichtsbezirk Marienbad, nach Zulass auch auf die angrenzenden Bezirke	f. f. KGR. Friedrich Adam in Marienbad
Falkenau a. G.	Sinderasnl d. kathol. Frauenvereins für Falkenau und Umgebung	45	—	—	45	—	Falkenau und Umgebung	Präsidentin Maria Peter

Lehrkörper	Die Zöglinge besuchen	Zahl und Art der Freiplätze	Die Freiplätze kommen regelmäßig zur Besetzung	Aufnahmebedingungen
Leiter der Anstalt Eduard Wagner, Oberlehrer in Auffig	Die öffentlichen Volks- u. Bürger- sch. in Auffig	2 Stiftungsplätze d. Bezirksvertr., 1 Stiftungspl. d. Fr. B. Schaffner, 15 Pl. v. Landes- waisen-, außer- dem werden meh- rere Zögl. unent- geltlich versorgt	Nach d. jeweil. Erledigung	Mittellose, lernfäh., ganz- oder halbver- waisete oder verlassene Kinder
Geschäftsleiter Adolf Neumann in B.-Leipa	Die öffentliche Volks- u. Bürger- schulen	—	—	Unentgeltlich können nur mittellose, lern- fähige und geimpfte Waisenfinder aus Böhm.-Leipa, gegen Zahlung der Ver- pfl.-geb. auch solche aus dem Bez. v. Kuratorium auf- genommen werden
Die Schwestern	Die Volks- und Bürgerschulen in Brüx	—	—	Gesunde u. lernfäh. Kinder sowie Zah- lung eines den Ver- hältnissen der Ange- hörigen entspr. Pflegebetrages
10 Lehrkräfte an der deutschen, 2 an der tschech. Volkschule mit Öffentlichkeitsr.	Die All. deutsche Privatschule und All. tschechische Privatschule	—	—	Tauf- u. Heimats- schein, ärztl. Gesund- heitszeugnis u. Zah- lung einer Verpfl.- geb. v. monatl. 24 Kronen
—	Die Volksschule in Bürgstein	8 Plätze aus d. Stiftungsverm.	Nach d. jeweil. Erledigung	Heimatszuständigkeit in eine der ange- gebenen Gemeinden
—	Die öffentliche Volks- u. Bürger- schule in Dauba	Keine ständigen Freiplätze	—	Evangelische u. alt- kathol. Kinder ev. auch andere
—	Die Volks- und Bürgerschule in Eger	Die Freipl. sind dotiert aus dem Waisenhausstifts- vermögen u. aus dem Armenfonde der Stadt	Die Freiplätze werden im Amts- bl. d. Bürgerm.- Amtes ausgeschr. und durch die Gemeinde besetzt	Die Waisenfinder müssen bürgerl. Ab- kunft sein und in Eger die Heimats- zuständigkeit besitzen
4 Schulschwestern der Kongregation d. Schulschwestern de Notre Dame und 2 Kinder- gärtnerinnen	Die Privatvolks- schule, die Mäd- chen- ev. auch die Mädchenvolksch.	Im Jahre 1908 16	Gewöhnlich 1. September eines jed. Jahres	Vollkommen gesunde, ganze oder halbver- waisete nach Böhmen zuständige Kinder
—	Die Schulen in Falkenau	—	—	—

Ort	Name der Anstalt	weibl. Raum		Männl. Stand		Täglicher Mindersteh. pro Kopf	Das Tätigkeits- gebiet erstreckt sich auf (Ort, Bezirk, Land; unbe- schränkt)	Vorstand der Anstalt
		Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen			
Georgswalde	St. Josef-Waisenhaus	30	40	26	28	79 h	In erster Linie Stadt Georgswalde, wenn Platz, so können auch and. Kinder aufgen. werden	Kanonik. u. Dech. Jakob Kaiser u. d. Lokaloberin Schw. Siegfrieda Spillmann
Graupen	St. Josefsheim H. L. Fr.	—	75	—	70	90 h	Unbeschränkt	Schwester Paula Maria Gerke, Oberin
Grottau	Kinderasyl zum heil. Josef	60	60	11	9	85 h	Grottau und Umgebung	Präs. d. Frauen- bildungsvereines: Anna Wiesler, Beirat J. Wiesler
Hohenelbe	Kinderheim	6	2	6	1	94 h	Bezirk Hohen- elbe	Präsident: Dr. Jul. Koller
Haaden	Waisenhaus St. Josef	50	30	50	30	40 h	Unbeschränkt	Die Oberin des Elisabethine- rinnenkloster und der jeweil. Administrator
Homotau	Waisenhaus der Schwestern vom heil. Kreuz	65	65	62	63	56 h	Unbeschränkt	Die Oberin: Schwester Valeria Klement
Aruman	Edicelle Diebl'sches Waisenhaus	noch nicht ausge- baut		5	10	—	—	Die Barmberg. Schw. v. heil. Karl Borromäus
Leitmeritz	Bischöfl. Waisen- haus	22	18	21	16	50 h	Leitmeritz und Umgebung	Das bischöfl. Konfistorium
Neudek	Anna Bernhard- Stiftung	6	6	5	3	58 h	Stadt Neudek u. die Gem. Bernau, Mühlberg, Hirschenstand, Sauerlach, Hoch- ofen, Truttschitz	Der jew. Bürger- meister v. Neudek, der protest. und kathol. Pfarrer
Neudorf	Waisenhaus d. B. d. P. i. B.	20	—	17	—	66 h	Ganz Böhmen	Der Verwal- tungsvorstand
Offegg	Kaiser Franz Josef I. Jubiläums- fürsorgeheim	50	—	27	—	180 h	Ganz Böhmen	Das v. d. Deut- schen Landes- komm. f. Kinder- schutz u. Jugend- fürsorge bestellte Kuratorium

Lehrkörper	Die Zöglinge besuchen	Zahl und Art der Freiplätze	Die Freiplätze kommen regelmäßig zur Besetzung	Aufnahmebedingungen
Als Erzieherinnen Schwester Othilda Fischer u. Philom. Bus	Die Volks- und Bürger Schulen in Georgswalde ev. das bish. Privat- gymnasium in Mariafchein	10 vom Landes- waisenfonde, 1 f. Georgswalde u. 1 f. Althrenberg	Nach der jeweil. Erledigung	Körperliche und geistige Gesundheit und gewöhnl. auch Zahlung eines Erziehungsbeitrages
Erzieherinnen: die Schwestern	Die Volks- und Bürger Schule in Graupen	—	—	Erbringung d. Tauf-, Heimats- u. Impfscheines sowie des letzten Schulzeugn.
Die Schwestern vom heil. Karl Borromäus	Die Volks- und Bürger Schule in Grottau	10 Plätze vom Landeswaisenf.	Nach der jeweil. Erledigung	Deutsche verwaiste oder verlassene Kinder aus Grottau oder Umgebung
—	Die Volksschule in Hohenelbe	5 Plätze vom Landeswaisenf.	Nach der jeweil. Erledigung	Gesunde arme verwaiste Kinder aus dem Bez. Hohenelbe
2 Lehrerinnen, 1 Kindergärtnerin u. 1 Industriallehrerin	Die 2klassige Privatvolksschule	12 Plätze	Nach der jeweil. Erledigung	Die Kinder müssen den Statuten gemäß bei der Aufnahme zwischen dem 4. u. 10. Lebensjahre sein
Die Schwestern	Die Knaben der öffentl. Schulen, die Mädchen der Privat-Mädchen- Volksschule	—	—	Das zurückgelegte 3. Lebensjahr und Zahlung einer monatl. Verpflegungsgebühr von 12 Kronen
—	Die Volks- und Bürger Schulen in Kruman	—	—	Waisen Kinder aus der Gemeinde Krumau
Als Pflegerinnen u. Erzieherinnen die Schwestern v. hl. Karl B.	Die Knaben die öffentl. Volks- u. Bürger Schule, die Mädchen die Privat-Mädchen- Volks- und Bürger Schule	—	—	—
—	Die Volks- und Bürger Schule in Neudorf	12 Plätze	Nach der jeweil. Erledigung	Ganzwaisen, d. christlichen Glaubensbekenntnisses sind, das 6. Lebensjahr vollendet und das 14. noch nicht überschritten haben
Waisenvater: Emil Weißkopf	Die Volksschule in Neudorf	—	—	Verwaiste, vollständige gesunde deutsche Knaben aus Böhmen
—	Die Volks- und Bürger Schule in Ossegg	—	—	Sittlich gefährdete Kinder deutscher Abkunft

Ort	Name der Anstalt	Kass.- Raum		Gegenw. Stand		Täglicher Mindestbed. pro Kopf	Das Tätigkeits- gebiet erstreckt sich auf (Ort, Bezirk, Land; unbe- schränkt)	Vorstand der Anstalt
		Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen			
Frag	Privatwaisenhaus St. Johann d. E.	70	—	64		110 h	Ganz Böhmen	Der Vorstand, Präs.: Prof. Dr. Max Grünert
Reichenberg	Städtisches Waisen- haus	20	20	13	17	90 h	Stadt Reichen- berg	Waisenvater: Herr Stadtver- ordn. J. Biesch
Radisfort	Waisenhaus	—	20	—	20	100 h	Bezirk Karlsbad	Frau Eduarda Feuchner
Saaz	Kaiser Franz Josef I.- Jubiläums-Kinder- heim	35	35	14	11	Wegen d. kurzen Bestand. d. Heims noch nicht festgesetzt.	Gerichtsbezirk Saaz	Oberlehrer J. Steiner
Saaz	Städtisches Waisen- haus	20	20	8	12	80 h	Stadt u. Bezirk Saaz	Der Stadtrat
W. Johnsdorf	Dr. Karl Schücker- Waisenheim d. B. d. P. i. B.	60	—	36	—	66 h	Ganz Böhmen	D. Verwaltungsvor- stand
St. Georgen- tal	Kloster zur göttl. Vorsehung	—	24	—	20	100 h	Ganz Böhmen	Die jeweilige Oberin
Schluckenau	Barb. Kumpfsche Waisenanstalt	11	10	11	10	115 h	Ganz Böhmen	Der Bürgerm. der Stadt Schluckenau
Wernsdorf	Marienanstalt	—	—	—	—	—	—	Eusebia Weinlich, Oberin
Wies	Egerer Bezirks- waisenhaus	10	7	9	7	80 h	Vertretungsbez. Eger	Bezirksausschuß Eger

Lehrkörper	Die Böglinge besuchen	Zahl und Art der Freiplätze	Die Freiplätze kommen regelmäßig zur Besetzung	Aufnahmebedingungen
Schuldirector : Ferd. Burde, 4 Lehrer	Die Privat-Volksschule	—	—	—
Schw. Marg. Klot. Fuhrmann und Schwester Aquilina Zettl	Die Volks- und Bürgerschulen in Reichenberg	10 Freiplätze v. Landeswaisenf.	Nach der jeweil. Erledigung	Heimatzuständigkeit nach Reichenberg
Lehrkörper der 1klassigen Privat- volksschule	Die 1kl. Privat- volksschule	—	—	Zahlung eines monatl. Erziehungsbeitrages von 12 K
—	Die Volks- und Bürgerschule in Saaz	—	—	Das vollendete 3. Lebensjahr u. vollständ. Gesundheit
—	Die Volks- und Bürgerschule in Saaz	12 Freiplätze aus dem städtischen Waisenfonde	Nach der jeweil. Erledigung	Ein Alter von 4 Jahren
2 Pflegefamilien 3 Angestellte	Die Volksschule in M.-Johnsdorf	—	—	Verwaiste gesunde Kinder aus Ostböhmen
4 Schwestern der Kongregation d. göttl. Liebe	Die 6klass. Volksschule zu St. Georgental	—	—	Das zurückgelegte 6. Lebensjahr u. vollständige Gesundheit
—	Die Volks- und Bürgerschule in Schludenau	5 Pl. v. Landeswaisenfond, die übr. v. d. Zinsen d. Stiftungskap.	Nach der jeweil. Erledigung durch Abgang eines Böglings	Verwaiste oder verwahrloste Kinder
—	—	—	—	—
—	Die 2klassige Volksschule in Wies	Sämtl. Freipl. d. Landeswaisenf.	Nach dem jeweil. Abgang eines Böglings	Dürftige Waisenkinder des Bezirkes Eger
—	—	—	—	—

b) Familienpflege.

34Dr. Al. Kluge: Welche Maßnahmen wären zum Schutze der bei fremden Personen in Pflege stehenden Kinder (Zieh-, Halte- und Kostkinder) einzuleiten und welche Rechte wären den Pflegeeltern in Ansehung dieser Kinder zu gewähren?
S. I. Jahrg., S. 46 ff.

Verhandlungen d. I. Österr. K. K. hierüber. S. I. Jahrg., S. 48, 49.

Deutsche Waisenanstaltungen mit Familienpflege bestehen in Böhmen nachfolgende:

Vom Unterausschusse f. Waisenversorgung d. B. d. D. i. B.: Trebnitz, Liebenau, B.-Micha, Leitnowitz.

Von der Zentralstelle f. d. B. u. J. i. B.: Trebnitz, Benetko, Sossental, Luditz, Sittna.

Auch einige Kinderschutzbereine befreunden sich seit jüngster Zeit mit dieser Art der Waisenflege.

Der größte Teil der deutschen Gemeinden, sowie der Landesauschuß (bei der Gewährung von Stipendien aus dem Landeswaisenfonde) begnügen sich mit der Unterbringung der Waisenkinder in fremden Familien oder deren Unterstützung in der eigenen Familie, ohne diese bei der Pflege anzuleiten oder zu unterstützen und regelmäßig und streng zu beaufsichtigen.

Aufsicht und Anleitung sind jedoch bei der Familienpflege unerlässlich. Fühlt die Schule schon das Bedürfnis, das Verständnis für ihre erzieherischen Aufgaben selbst im Mittelstande und im geordneten Familienhaushalte zu wecken oder zu heben, so ist dies um so nötiger bei Pflegefamilien, die oft ganz sonderbare Pfleglinge zur Erziehung überwiesen erhalten und wo andererseits viele aus der natürlichen Verwandtschaft hervorgehenden Erziehungsmittel fehlen. Mit der bureaukratischen Abfassung von Pflegeberichten, die nicht auf persönlichem Verkehr mit der Pflegefamilie und dem Zöglinge beruhen, sondern die bloß den äußeren Eindruck wiedergeben, den das Kind macht, wenn die Pflegeeltern das Kostgeld holen, ist sehr wenig für die Erziehung der Pflegeeltern getan. Viele Leute erziehen das Kind geradezu zur Lüge und Verstellung, indem sie es zur vierteljährigen oder monatlichen Vorstellung entsprechend bearbeiten, es Lügen lehren bezüglich der Verköstigung und Behandlung, ihm selbst geborgte Wäsche und Kleidung anziehen, um nur den Eindruck hervorzubringen, als sei alles in Ordnung.

Über den wahren Wert einer Erziehungsfamilie erhält man nur durch recht häufige und ganz unerwartete Besuche in der Wohnung ein richtiges Urteil. Freilich ist diese stete Überwachung der Pflegefamilien mit viel Mühe und mit Reisekosten verbunden, wenn sie nicht von einem Organe an Ort und Stelle besorgt wird. Die zeitgemäße Jugendfürsorge kann jedoch der Erziehungsinspektoren nicht mehr entbehren. Hoffentlich bringt schon das Fürsorgeerziehungs-gesetz deren Vorläufer, wenn sie auch nach dem Entwurfe bloß für besondere, vom Justizministerium zu stellende Aufgaben bestimmt wären.

Über die Wirksamkeit der Gemeindewaisenträte, sowie der Waisenväter und Waisenträte der Zentralstelle f. d. B. u. J. i. B. berichtet der I. Jahrgang.

Wir verweisen an dieser Stelle auf die Institution der freiwilligen Vormundschaftspflegerinnen, über die im 1. Teile von LGR. Janisch und 34Dr. Max Lederer ausführlich berichtet wird.

Die Familienpflege der Zentralstelle f. d. B. u. J. i. B. wurde im Jahre 1908 ausgestaltet durch die Herausgabe eines

P f l e g e b u c h e s.

Es enthält außer der weiter unten abgedruckten Erziehungsanleitung die nötigen Formularen für die Bestätigung der empfangenen Erziehungsbeiträge, die vierteljährlichen ärztlichen Berichte, den Schulbericht, das Stückverzeichnis (Inventar) des Eigentums jedes Zöglings, der vierteljährlichen Erziehungsberichte, der Personalanangaben.

Die Erziehungsanleitung wird in folgender Form erteilt:

Die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen übergibt Ihnen über Ihr Ansuchen hiemit den Zögling . . . zur Pflege und Erziehung.

Durch die Aufnahme des Kindes in Ihre Familie erwächst Ihnen die Pflicht, an unserem Zögling Elternstelle zu vertreten und ihn mit jener Hingabe, Liebe und Treue zu erziehen, als wäre es Ihr eigenes Kind.

Die Ungunst des Schicksals hat das Kind um Vater- und Mutterherz gebracht; bei Ihnen soll es beides wiederfinden. Sie erwerben sich durch eine gute Erziehung des Kindes große Verdienste um unser deutsches Volk, um den Staat, um die Menschheit überhaupt und treten freiwillig in die Reihen jener Wohltäter der Bedürftigen aller Art ein, die selbstlos tätig sind, dem Elende abzuhelpen, so viel es in ihren Kräften steht.

Nachdem wir nicht imstande sind, Ihnen für alles Gute, das Sie dem Kinde tun, entsprechend zu danken, müssen wir zu der Bitte Zuflucht nehmen, Gott möge der Vergelter unseres Zöglings für Ihre Wohltaten werden!

Die Kunst der Erziehung ist eine gar schwere und so manche Eltern haben bei der Erziehung ihrer eigenen Kinder kläglich Schiffbruch gelitten. Wieviel schwieriger ist es erst, fremde Kinder zu erziehen, die oft noch dazu in verzogenem oder unerzogenem und verwahrlostem Zustande übernommen werden! Die wirksamsten Erziehungsmittel finden wir jederzeit in unserem Herzen, in der Liebe zu unserem Zöglinge. Wo die Erziehungsmaßnahmen bloß vom Verstand aus diktiert werden, wo sie bloß äußerliches Nicken, Drillen und Befehlen bleiben, dort wird sich nie ein herzliches Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling herausbilden. Sollte gar Gegensatz, Widerwille, innere versteckte Feindschaft zwischen Kind und Erzieher bestehen, dann wird nicht nur der Segen einer guten Erziehung ausbleiben, im Gegenteil, das Gemütsleben eines oder beider Teile steht in Gefahr, vergiftet zu werden und der Zögling sollte sofort in andere Hände kommen.

Auch wir vermögen selbstverständlich der Liebe der Pflegeeltern zu unseren Zöglingen nicht zu entraten. Da sich nun diese Liebe nicht wünschen oder erbitten läßt, sondern nach unbekannten Naturgesetzen zwischen den Menschen entsteht, müssen wir Sie dringend bitten, falls Sie im Verlaufe eines halben Jahres finden würden, daß sich herzliche und aufrichtige Beziehungen zwischen Ihnen und Ihrem Zöglinge nicht einstellen, uns dies bekanntzugeben. Wir werden alsdann eine Übersiedlung des Kindes veranlassen und Ihnen bei nächster Gelegenheit ein anderes Kind zuweisen.

In keinem Falle können wir damit einverstanden sein, daß Pflegeeltern Zöglinge als willkommene Dienstboten, Laufburschen, Hütbuben, Obstbaumwächter usw. betrachten oder gar an andere Leute verborgen, oder sie nur mit Rücksicht auf das Pflegegeld aufnehmen, ohne sich sonst um sie viel zu kümmern. Solchen Pflegeeltern werden die Kinder unbedingt sofort abgenommen. Auch sonst steht es uns jederzeit und ohne Angabe der Gründe frei, unseren Zögling den Pflegeeltern abzunehmen.

Nachdem wir durch die Aufnahme von Waisenkindern zur Erziehung der Öffentlichkeit gegenüber, welche durch ihre Spenden die Mittel zur Verfügung stellt, die Pflicht einer gewissenhaften Durchführung unserer Aufgabe übernehmen, müssen auch wir von den Pflegeeltern, denen wir Kinder zur Erziehung übergeben, strengste Pflichterfüllung verlangen.

Diese Pflichten, sowie die gesamte Einrichtung unserer Waisenpflege, sind in der nachfolgenden Leitordnung enthalten, zu deren Einhaltung Sie sich mit dem Tage der Übernahme unseres Zöglings schriftlich verpflichtet haben.

Leitordnung der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen für die Waisenerziehung in Pflegefamilien.

Oberste Leitung. Die oberste Leitung unserer Waisenerziehung erfolgt durch die Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen.

Gegenwärtig befindet sich unsere Geschäftsstelle:

Prag II., Kraußnergasse 11.

Änderungen dieser Anschrift werden Ihnen rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Der Zentralstelle steht es jederzeit frei, die Böglinge in den Pflegefamilien zu besuchen, alle Wohnräume zu besichtigen, das Essen in bezug auf Güte und Menge zu prüfen, Wäsche, Kleidung und sämtliches Eigentum des Bögling durchzusehen und von den Pflegeeltern Auskünfte über die Erziehung und Verpflegung des Bögling zu verlangen.

Dieses Recht steht auch allen von der Zentralstelle hierzu bevollmächtigten Personen zu. Die Pflegeeltern erklären sich durch die Übernahme der Böglinge mit diesem Rechte der Aufsicht und der Nachschau der Zentralstelle einverstanden und verpflichten sich, sowohl die Mitglieder der Zentralstelle als auch ihre Bevollmächtigten jederzeit höflich zu empfangen und ihnen wahrheitsgetreue Auskünfte zu erteilen.

Ortliche Leitung. Die unmittelbare Aufsicht über unseren Bögling erfolgt durch

Wir haben mit unserer Stellvertretung beauftragt und ersuchen Sie höflich, seinen Anordnungen willig Folge zu leisten. Das Recht der Beschwerde an uns gegen Anordnungen, die Ihrer Meinung nach ungerechtfertigt sind, steht Ihnen jederzeit zu. In allen Angelegenheiten, für welche die Heimordnung keine Bestimmung enthält, haben Sie sich an zu wenden. Ihm kommen auch die Aufsichtsrechte der Zentralstelle, insbesondere die Seite 4 erwähnten, zu.

Erziehungsbeitrag. Sie erhalten als monatlichen Erziehungsbeitrag ab K.

Der Erziehungsbeitrag gelangt monatlich im nachhinein durch zur Auszahlung. Sie haben den Empfang des Kostgeldes monatlich im Pflegebuche zu bestätigen. Der Erziehungsbeitrag ist bloß zur Verköstigung des Bögling bestimmt. Alle übrigen Auslagen (für Kleidung, Wäsche, Schulsachen, Medicinen usw.) werden von uns außerdem eigens bezahlt werden, doch ist das Recht der Anschaffung dem vorbehalten.

Einzelne Verköstigungstage (bei Übernahme und Austritt während des Monats) werden mit Hellern berechnet.

Verköstigung. Sie haben dem Böglinge eine gute Hausmannskost zu bieten. Der Mittagstisch muß täglich in warmen Speisen bestehen und soll mindestens dreimal wöchentlich Fleisch enthalten. Alle Speisen müssen gut und schmackhaft zubereitet sein und sind in genügender Menge zu verabreichen. Außer dem Mittagessen, Frühstück und Nachtmahl soll der Bögling vormittags und nachmittags mindestens je ein Stück Brot erhalten. Alkoholhaltige Getränke sind den Kindern strenge fernzuhalten!

Bedenken Sie bei der Verköstigung der Böglinge vor allem, daß in der Jugend die Grundlage zur Gesundheit und zum Aufbaue des Körpers fürs ganze Leben gelegt wird und daß man späterhin oft durch alle möglichen künstlichen Mittel nicht mehr nachholen kann, was man an der Ernährung und Pflege des jugendlichen Körpers sündigte. Denken Sie ferner daran, daß die neu aufgenommenen Kinder zum größten Teile aus den kümmerlichsten Verhältnissen stammen und daß ihr Körper oft seit Jahren nicht ausreichend genährt worden ist.

Bedenken Sie auch, daß Böglinge ihren Pflegeeltern besonders dann, wenn ihnen das lebenslängliche Verehrung und Dankbarkeit entgegenbringen.

Wir hoffen zuverlässlich, daß Sie eine entsprechende Verköstigung des Bögling als Gewissenssache betrachten werden.

Achten Sie darauf, daß das Kind sich vor den Mahlzeiten die Hände wasche, daß es mittags ein Tischgebet spreche und daß es sich ein nettes Betragen bei Tische, insbesondere auch den geschickten Gebrauch des Eßbestecks angewöhne. Dulden Sie kein Lummeln, Rülpsen, mit den Fingern in den Mund Fahren oder sonstige Unarten von Kindern. Das Kind soll nicht das ganze Essen auf einmal zerfäbeln, sondern soll Messer und Gabel abwechselnd gebrauchen. Auch soll das Kind stets mit Ihnen an demselben Tische essen.

Fastenstrafen dürfen nur im Einverständnis mit dem gegeben werden.

Um die Gewichtszunahme und das sonstige Wachstum des Kindes zu verfolgen, wird es von Zeit zu Zeit gemessen und gewogen werden. Sie haben dafür zu sorgen, daß der Bögling sich hiezu rechtzeitig am bestimmten Plage einfinde.

Sollten bei einem Böglinge mit Rücksicht auf seinen Körperzustand Stärkungsmittel nötig sein, oder wird eine bestimmte Verköstigung vorgeschrieben, dann erfolgen die entsprechenden Anordnungen vom örtlichen Beiräte. Die Mehrauslagen werden den Pflegeeltern vergütet.

Leibespflege. Die Vorbeugung für eine gedeihliche Weiterentwicklung des Körpers ist seine vernünftige Pflege. Es liegt ungemein viel daran, daß das Kind schon von frühester Jugend an zu einer naturgemäßen und eifrigen Leibespflege, so wie überhaupt zu einer gesunden Lebensführung angehalten werde.

Die nötigen Ratsschläge für eine Erziehung zur Gesundheit und zur Gesundheitsfreudigkeit enthält eine eigene Schrift, die den Pflegeeltern kostenlos übergeben wird.

Die wichtigsten Anforderungen heben wir im Nachfolgenden noch besonders hervor.

¹⁾ An diesen Stellen wird der Name des Beirates (des Waisentrates) eingesetzt.

Wohnung. Die Wohnung werde peinlich sauber gehalten und täglich gelüftet! Das Kind werde zur Schonung der Wohnung und der Einrichtungstücke angehalten. Es werde nicht die geringste Unordnung geduldet und dem Kinde ein bestimmter Platz für seine Sachen angewiesen! Auch bei ganz bescheidenen Leuten kann das Wohnzimmer traut und heimisch anmuten.

Denken Sie stets daran, daß das, was das Kind bei Ihnen sieht und gewöhnt, oft für sein ganzes Leben nachwirkt! Lassen Sie es nur Gutes, Wahres, Schönes lernen!

Bett. Das Kind muß in seinem eigenen Bette und zwar allein schlafen. Das Bett wird über Verlangen der Pflegeeltern von uns beigelegt und bleibt unser Eigentum. Ein eigener Schlafraum für das Kind ist zwar nicht nötig, doch haben die Pflegeeltern bei Benutzung desselben Schlafraumes für sich und den Zögling, sowie durch andere eigene oder fremde Kinder (besonders wenn sie verschiedenen Geschlechtes sind), eine große Verantwortung in sittlicher Hinsicht.

Alle nur erdenkliche Vorsicht und Einschränkung zur Erhaltung der kindlichen Seelenreinheit ist ja doch Gottes Gebot.

Wir haben in dieser Beziehung unsere Pflegeeltern nur dringend zu bitten, der in manchen Gegenden eingebürgerten leichtsinnigen Auffassung der Pflichten Erwachsener gegen Kinder energisch entgegenzutreten. Wir brauchen einen sittenreinen und sittenstrengen Nachwuchs. Erziehen Sie unsern Zögling in dieser Hinsicht streng.

Sollten Sie merken oder Verdacht haben, daß Ihr Zögling an seinem eigenen Körper oder im Verkehr mit andern geschlechtlich sich das mindeste zuschulden kommen läßt, dann haben Sie das ohne Verzug dem . . . zu melden.

Die tägliche Schlafzeit der Kinder soll etwa 9—10 Stunden betragen.

Bei wiederholtem „Bettnäßen“ ist das betreffende Kind nachts zu wecken und von dem Übel sofort . . . zu verständigigen.

Reinlichkeit. Gewöhnen Sie den Zögling an tägliches gründliches Waschen des ganzen Oberkörpers mit kaltem¹⁾ Wasser (besonders vor dem Schlafengehen und am Morgen). Sehen Sie streng darauf, daß er nicht nur auf der Gasse, sondern auch zu Hause stets sauber herumgehe. Vor dem Schlafengehen hat sich das Kind die Zähne gründlich zu waschen und den Mund zu spülen. Lassen Sie das Kind auch wöchentlich einmal in warmem Wasser ganz baden. Falls Sie erlauben, daß das Kind im Freien badet, dann tragen Sie natürlich die ganze Verantwortung für die Sicherheit seines Lebens. Lassen Sie das Kind nicht mit schmutzigen Nägeln und ungekämmten Haaren herumgehen. Die Haare haben Sie im Sommer ganz kurz, im Winter halb kurz scheren zu lassen.

Sollte ein Kind bei der Übernahme Ungeziefer mitbringen, dann ist uns dies sofort bekanntzugeben. Sie werden gebeten, in einem solchen Falle aus der nächsten Apotheke die nötigen Heilmittel zu besorgen.

Daß sich in einer Pflegefamilie Ungeziefer keiner Art vorfinden darf, sehen wir als selbstverständlich voraus.

Abhärtung. Lassen Sie das Kind in keiner Weise verweichlichen, sondern härten Sie es in vernünftiger Weise gegen Witterungseinflüsse ab.

Erkrankungen. Im Falle einer Erkrankung, bei Hautausschlägen, Geschwulst, Entzündungen, ist sofort . . . zu verständigen, der über die Zuziehung des Arztes entscheidet. Nötige Medikamente werden von uns beglichen.

Todesfälle. In solchen Fällen haben die Pflegeeltern alles Nötige und Übliche zu veranlassen und sofort die Anzeige an . . . und an

die Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Böhmen zu erstatten. Alle nötigen Auslagen werden von uns bestritten. Über die Verwendung des Nachlasses gestorbenen Zöglings entscheidet . . .

Kleidung. Die Pflegeeltern haben das Kind zur allergrößten Schonung seiner Kleidung anzuhalten und es auf keinen Fall in beschmutzten oder zerrissenen Kleidungsstücken herumlaufen zu lassen. Jeden Samstag ist der gesamte Kleidervorrat von dem Kinde (nötigenfalls von den Pflegeeltern) gründlich auszuklopfen; bei dieser Gelegenheit sind sämtliche Schäden auszubessern, größere Herstellungen vom Schneider vornehmen zu lassen. Das Kind soll ebenfalls lernen, mit Nadel und Zwirn umzugehen; insbesondere soll es seine Knöpfe selbst annähen lernen. Die Wäsche des Zöglings ist nach Bedarf, mindestens aber einmal wöchentlich vollständig zu wechseln.

Mit größter Rücksichtnahme auf unsere Kassa ist der Bekleidungsvorrat nach und nach auf folgenden Stand zu bringen:

Knaben:

1 Sonntagsanzug, 2 Werktagsanzüge, 1 Überrock, 1 Hut und 1 Mütze, 3 Handtücher, 3 Hemden, 3 Unterhosen, 6 Taschentücher, 6 Paar Socken od. Strümpfe, Strumpfbänder, 2 Paar Schuhe, 1 Paar Hausschuhe, 1 Zahnbürste, 1 Kleiderbürste, 2 Schuhabürsten, 1 Kamm.

Mädchen:

1 Sonntagsgleid, 2 Werktagsgleider, 1 Überjacke, 1 Sommerhut, 1 Wintershaml, 3 Hemden, 3 Hosen, 3 Nachtleibchen, 6 Taschentücher, 6 Paar Strümpfe, 3 Handtücher, 4 Schürzen, Strümpfbänder, 2 Paar Schuhe, 1 Paar Hausschuhe, 1 Zahnbürste, 1 Kleider-, 2 Schuhbürsten, 2 Kämmе.

Der jeweilige Stand muß im Stückverzeichnis dieses Pflegebuches ersichtlich sein.

Zur Aufbewahrung aller Sachen erhält das Kind einen Koffer.

Schulbesuch. Das Kind ist von Ihnen zum Schulbesuche anzumelden. Nachdem Kenntnisse das einzige sind, das wir dem Kinde als Aussteuer ins Leben mitzugeben in der Lage sind, werden Sie dem regelmäßigen Schulbesuche und den Lernfortschritten des Kindes das Hauptaugenmerk zuwenden. Betrachten Sie es als Ehrenpflicht, aus dem Kinde einen strebamen, tüchtigen Schüler zu machen! Lassen Sie sich täglich über das in der Schule Gelernte berichten. Sorgen Sie dafür, daß das Kind seine Schulaufgaben peinlich gewissenhaft arbeitet und allen seinen Verpflichtungen gegen die Schule vor allen anderen Arbeiten nachkommt. Zu diesen Arbeiten müssen Sie ihm genügend Zeit lassen und ihm einen entsprechenden Platz mit guter Beleuchtung anweisen!

Sie haben sich öfters in der Schule über den Fortgang des Kindes zu erkundigen.

Sollte es auf Sie den Eindruck machen, als wäre das Kind geistig nicht imstande, dem Unterrichte zu folgen, dann haben Sie es . . . mitzuteilen.

Freie Zeit. Während der freien Zeit soll das Kind vor Müßiggang gehütet werden, denn „Müßiggang ist aller Laster Anfang“. Beschäftigen Sie es nützlich und seinen Kräften angemessen im Haushalte, doch lassen Sie ihm auch täglich einige Stunden Zeit zum Spiel und zur Bewegung im Freien.

Zu Arbeiten, die den Kräften des Kindes nicht angemessen sind, oder gar zu solchen, die es gesundheitlich oder sittlich schädigen könnten, darf es auf keinen Fall herangezogen werden. Zu einer Heimarbeit oder zu sonstiger gewerbsmäßiger Arbeit, die von Pflegeeltern getrieben wird, darf der Zögling nur mit ausdrücklicher Bewilligung der Zentralstelle benützt werden. Gegen Eltern, welche dieser Bestimmung zuwiderhandeln, wird gerichtlich vorgegangen.

Verbieten sind insbesondere auch folgende Arbeiten: Viehhüten, Baumwache halten, Holz aus dem Walde holen, Dünger zusammentragen, regelmäßige Botengänge.

Zur späten Abend- und Nachtzeit haben die Kinder nichts außer Hause zu suchen, insbesondere keine Feldwache, Weinbergwache usw. zu halten oder allein weitere Wege zu machen.

Umgangssprache. Die Umgangssprache unserer Kinder ist ausschließlich die deutsche!!! Verkehr mit tschechischen Kindern oder Erwachsenen ist weder auf der Gasse noch im Hause zu dulden! Die Pflegeeltern haben auf eine richtige und höfliche Ausdrucksweise der Kinder zu achten, unhöfliche oder feste Antworten oder gar gemeine Redensarten und Schimpfworte streng zu strafen und den Kindern mit bestem Beispiele voranzugehen.

Erziehung. Die Pflegeeltern sollen sich bemühen, das Kind zu einem edelsinnigen, feinfühligen Wesen zu machen; es soll klar und offen in die Welt sehen lernen und jederzeit hilfsbereit sein. Wenn es auch den bescheidensten Verhältnissen entstammen sollte, muß in ihm doch stets das Bewußtsein wacherhalten werden, daß es durch Fleiß, Tüchtigkeit und Ehrlichkeit bis zu den höchsten Stellen gelangen könne.

Anspielungen auf die Verhältnisse, aus denen das Kind stand, auf Eigenschaften seiner Eltern usw., besonders in der Aufregung, sind stets eine bedauerliche Roheit und können mit einem Schläge das das herzliche Einvernehmen zwischen Pflegeeltern und Zögling für immer zerstören. Wird man einerseits keine Überhebung, keine Eitelkeit des Kindes dulden, so darf dasselbe anderseits nicht etwa dazu erzogen werden, sich als nicht vollwertiges Kind zu fühlen.

Machen den Pflegeeltern gewisse Eigenschaften des Kindes Sorge und vermögen sie sich diese nicht zu erklären oder sie nicht richtig zu behandeln, dann sollen sie auf jeden Fall den Lehrer um Rat fragen und vor allem . . .

Mögen die Pflegeeltern weiters bedenken, daß für viele Menschen die Kindheit die einzige glückliche und sorgenlose Zeit ist und mögen sie auch unserem Pflegekinde eine glückliche Kindheit bereiten.

Beschwerden über das Verhalten des Kindes, angerichteten Schaden usw. haben die Eltern stets . . . zur sofortigen Anzeige zu bringen.

Strafen. Müssen Sie das Kind strafen, dann strafen Sie es mit väterlichem und mütterlichem Herzen, lassen sie sich nie zur Roheit hinreißen und seien Sie sparsam mit Schlägen. Fastenstrafen und nötig gewordene Schläge sind sofort . . . zu melden.

Religiöse Erziehung. Das Kind soll in seinem Religionsbekenntnis zu echter Gottesfurcht erzogen werden. Sie haben darauf zu achten, daß es den vorgeschriebenen Religionsübungen nachkomme, insbesondere an Sonn- und Feiertagen den Gottesdienst besuche. Erziehen Sie es aber auf keinen Fall zu gedankenlosem, langem Beten, sondern lehren Sie es

¹⁾ Außer wenn der Arzt einen anderen Auftrag gibt!

Gott suchen und finden in einem tätigen Leben, in einem reinen Gemüthe, in Mitgefühl mit allem, was leidet, in Liebe zur Natur, im Streben nach allem Schönen, Wahren und Edlen!

Völkische Erziehung. Erziehen Sie das Kind zu inniger opferfähiger Volksliebe! Freilich müssen Sie selbst diese heiße Liebe zu unserem Volke verspüren. Wenn Sie nicht imstande sind, unser Kind zu einem treuen, kernigen deutschen Volksgenossen zu machen, der stolz darauf ist, ein Deutscher zu sein, dann wären Sie nicht berufen, unseren Pflegling zu erziehen. Edle deutsche Herzen geben uns durch ihre Spenden die Möglichkeit für das Ihnen übergebene Kind zu sorgen. Sie würden uns und unsere Gönner bitter enttäuschen, wenn Sie ihrer Pflicht, das Kind deutsch vom Herzen an zu erziehen, nicht gewissenhaft nachkämen!

Lehren Sie endlich das Kind ernste Achtung vor den Gesetzen und mit warmfühlendem, deutschem Herzen und deutschem Empfinden Liebe zum Kaiser und zum Staate.

Besuche, Briefwechsel. Besuche des Kindes im Pflegeorte seitens seiner Verwandten oder ein Briefwechsel mit solchen ist nur mit Zustimmung . . . gestattet. Das Kind selbst darf Besuche bei Verwandten außerhalb des Pflegeortes bloß mit Bewilligung der Zentralstelle abstaten.

Spareinslagen. Sämtliche Ersparnisse der Kinder werden . . . verwaltet.

Fortbildung. Wünsche und Anregungen der Pflegeeltern zwecks einer weiteren Ausbildung des Bögling in höheren Schulen, Fachschulen, für Musik usw. sind im Wege . . . an uns zu leiten. Wir machen es jedoch den Pflegeeltern strenge zur Pflicht, dem Kinde „keine Rosinen in den Kopf zu setzen.“ Unsere Pfleglinge werden der Landwirtschaft, dem Gewerbe und dem Handel zugeführt. Nur bei ganz besonders berücksichtigungswerten Fällen wird hievon eine Ausnahme gemacht. Sollten die Pflegeeltern eine ganz ausnahmsweise und auffallende Veranlagung eines Bögling für ein bestimmtes Fach bemerken, dann haben Sie uns dies in oben angegebener Weise bekanntzugeben.

Berufswahl. Die Pflegeeltern sollen das Kind nach zurückgelegtem 13. Lebensjahre bei der Wahl seines Berufes unterstützen. Ein Vierteljahr vor dem vollendeten 14. Lebensjahre ist uns der Entschluß des Bögling im Wege . . . bekanntzugeben.

Übersteldung. Im Falle der Übersteldung der Pflegeeltern ist vorher . . . die Anzeige zu erstatten und seine Zustimmung zur weiteren Beibehaltung des Bögling einzuholen.

Austritt. Im Falle des Austrittes eines Bögling aus einer Pflegefamilie sind ihm seine sämtlichen Sachen auszufolgen. Wir werden für eine ordnungsgemäße Verabschiedung des Bögling sorgen. Auf jeden Fall bitten wir die Pflegeeltern, ihren Bögling sich nun nicht ganz entfremden zu lassen, sondern in jeder möglichen Art und Weise mit ihm weiter zu verkehren! Wünschen Pflegeeltern ihren Pflegling zu behalten, dann muß uns dies wie bei der Berufswahl rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Das Pflegebuch ist nach dem Austritte des Bögling sofort an die Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen einzusenden!

Schon zu Beginn Ihrer Liebestätigkeit an dem Ihnen übergebenen Bögling fühlen wir uns verpflichtet, Ihnen vom Herzen für die Aufnahme des Kindes zu danken. Erziehen Sie es, als wäre es Ihr eigenes, leibliches Kind und es wird Sie lieben, als wären Sie seine eigenen, leiblichen Eltern! Gottes Segen zum guten Werke! H. Heller.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

§ 21. Diejenigen, welche mangels an Jahren, Gebrechen des Geistes, oder anderer Verhältnisse wegen, ihre Angelegenheit selbst gehörig zu besorgen unfähig sind, stehen unter dem besonderen Schutze der Gesetze. Dahin gehören: Kinder, die das siebente; Unmündige, die das vierzehnte; Minderjährige, die das vierundzwanzigste Jahr ihres Lebens noch nicht zurückgelegt haben etc.

§ 22. Selbst ungeborene Kinder haben von dem Zeitpunkte ihrer Empfängnis an einen Anspruch auf den Schutz der Gesetze. Insofern es um ihre und nicht um die Rechte eines Dritten zu tun ist, werden sie als Geborne angesehen; ein totgeborenes Kind aber wird in Rücksicht auf die ihm für den Lebensfall vorbehaltenen Rechte so betrachtet, als wäre es nie empfangen worden.

§ 23. Im zweifelhaften Falle, ob ein Kind lebendig oder tot geboren worden sei, wird das erstere vermutet. Wer das Gegenteil behauptet, muß es beweisen.

Heimatgesetz vom 3. Dezember 1863.

§ 1. Das Heimatrecht in einer Gemeinde gewährt in derselben das Recht des ungestörten Aufenthaltes und den Anspruch auf Armenversorgung.

§ 6. Eheliche Kinder erlangen in jener Gemeinde das Heimatrecht, in welcher der Vater zur Zeit ihrer Geburt heimberechtigt ist, oder, falls er früher verstorben, zur Zeit seines Absterbens heimatrechtlich war.

Uneheliche Kinder sind in jener Gemeinde heimatrechtlich, in welcher ihrer Mutter zur Zeit der Entbindung das Heimatrecht zusteht.

Legitimierte Kinder, insofern sie nicht eigenberechtigt sind, werden in jener Gemeinde heimatrechtlich, in welcher ihr Vater zur Zeit der stattfindenden Legitimation das Heimatrecht besitzt. Durch Annahme an Kindesstatt oder Übernahme in die Pflege wird das Heimatrecht nicht begründet.

§ 12. Bei Veränderungen in dem Heimatrechte der Eltern folgen eheliche und legitimierte Kinder dem Vater und uneheliche der Mutter, wenn sie nicht eigenberechtigt sind.

Die eigenberechtigten Kinder bleiben aber in jener Gemeinde heimatrechtlich, in welcher sie bei Erlangung der Eigenberechtigung heimatrechtlich waren.

Uneheliche Kinder, welche bei der Verehelichung ihrer Mutter nicht legitimiert werden, behalten, wenn sie auch zur Zeit der Verehelichung nicht eigenberechtigt sind, das Heimatrecht, welches sie bis dahin hatten.

§ 13. Der Tod des ehelichen Vaters oder der unehelichen Mutter ändert nichts an dem Heimatrechte der Kinder.

III. Abschnitt. Von der Behandlung der Heimatlosen.

§ 18. Heimatlose, d. i. solche Personen, deren Heimatrecht zur Zeit nicht erweislich ist, werden nach den Bestimmungen der folgenden Paragrafen einer Gemeinde zugewiesen, in welcher sie so lange als heimberechtigt zu behandeln sind, bis das ihnen zustehende Heimatrecht ausgemittelt ist oder bis sie anderswo ein Heimatrecht erworben haben.

§ 19. Die Heimatlosen sind in nachfolgender Reihenfolge zuzuweisen:

1. derjenigen Gemeinde, in welcher sie sich zur Zeit ihrer Abstellung zum Militär oder ihres freiwilligen Eintrittes in dasselbe befunden haben;

2. derjenigen Gemeinde, in welcher sie sich vor dem Zeitpunkte des zur Frage gekommenen Heimatrechtes am längsten, wenigstens aber ein halbes Jahr ununterbrochen und bei gleichem Aufenthalte in zwei oder mehreren Gemeinden zuletzt, nicht unfreiwillig aufgehalten haben;

3. derjenigen Gemeinde, in welcher sie geboren sind; oder bei Findlingen, in welcher sie aufgefunden wurden; oder bei solchen in der Verpflegung einer öffentlichen Findelanstalt stehenden oder gestandenen Personen, deren Geburts- oder Fundort unbekannt ist, in welcher sich diese Anstalt befindet;

4. derjenigen Gemeinde, in welcher sie zur Zeit des zur Frage gekommenen Heimatrechtes angetroffen werden.

§ 21. Die nicht eigenberechtigten Kinder der Heimatlosen sind jener Gemeinde zuzuteilen, welcher ihr Vater und bei unehelichen oder auch bei ehelichen, deren Vater verstorben ist, ihre Mutter zugewiesen wird, vorausgesetzt, daß sie mit dem Vater und bezüglich mit der Mutter in Gemeinschaft leben.

Die eigenberechtigten, die mit ihrem Vater und bezüglich mit ihrer Mutter nicht in Gemeinschaft lebenden nicht eigenberechtigten, sowie die von beiden Eltern verwaisten Kinder der Heimatlosen sind nach den Bestimmungen des § 19 zuzuweisen, wenn sie nicht bereits ein Heimatrecht erworben haben.

Von der der Gemeinde obliegenden Armenversorgung.

§ 22. In den Einrichtungen und Verpflichtungen der bestehenden Armen- und Wohltätigkeitsanstalten und Stiftungen wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.

Soweit die Armenversorgung in der Gemeinde die Pflichten und Mittel dieser Anstalten und Stiftungen übersteigt, ist es Aufgabe der Gemeinde, ihre Heimatrechtlichen im Verarmungsfalle zu unterstützen.

Der Landesgesetzgebung bleibt es unbenommen, Einrichtungen zu treffen, wodurch den Gemeinden die ihnen gesetzlich obliegende Verpflichtung der Armenversorgung erleichtert wird.

§ 23. Diese Obliegenheit der Gemeinde besteht auch nur insoweit, als nicht dritte Personen nach dem Zivilrechte oder nach anderen Gesetzen zur Versorgung der Armen verpflichtet sind.

Sind diese Personen vermögend, ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen, so sind sie im Weigerungsfalle hiezu im gesetzmäßigen Wege zu verhalten; inzwischen hat aber die Gemeinde die Versorgung zu übernehmen, vorbehaltlich des Rechtes, den Erlaß des gemachten Aufwandes von dem hiezu Verpflichteten zu verlangen.

§ 24. Die der Gemeinde obliegende Armenversorgung beschränkt sich auf die Verabreichung des notwendigen Unterhaltes und die Verpflegung im Falle der Erkrankung.

Die Armenversorgung der Kinder begreift auch die Sorge für deren Erziehung.

§ 25. Die Art und Weise der Armenversorgung bestimmt innerhalb der bestehenden Geseze die Gemeinde.

Der Arme kann eine bestimmte Art der Unterstützung nicht verlangen.

§ 28. Die Gemeinde darf auch auswärtigen Armen im Falle augenblicklichen Bedürfnisses die nötige Unterstützung nicht versagen, vorbehaltlich des Erlases, den sie nach ihrer Wahl von der Heimatgemeinde oder von dem nach dem Zivilrechte oder nach anderen Gesezen hierzu Verpflichteten verlangen kann.

Von den Heimatscheinen.

§ 32. Der Heimatschein ist eine Urkunde, welche bestätigt, daß der Person, welcher er erteilt wird, das Heimatrecht in der Gemeinde zusteht.

§ 33. Die Heimatscheine werden von der Heimatgemeinde nach dem diesem Geseze angeschlossenem Formulare ausgefertigt.

Den selben ist der Siegel der Gemeinde aufzudrücken.

Für diese Ausfertigung darf eine Gebühr an die Gemeinde nicht abgenommen werden.

§ 34. Die Erteilung eines Heimatscheines darf keinem Heimatberechtigten verweigert werden.

§ 35. Ein Heimatschein ist ungültig, wenn die Gemeinde nachzuweisen vermag, daß der Inhaber des Heimatscheines zur Zeit der Ausstellung desselben das Heimatrecht in einer andern Gemeinde hatte.

Gemeindegesetz vom 5. März 1862.

Artikel V. Wirkungskreis der Gemeinden:

Punkt 8. Das Armenwesen und die Sorge für die Gemeindegewohnheitsanstalten.

Gesez vom 9. April 1870, RGB. 51, über die Ehen von Personen, welche keiner gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft angehören, und über die Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister für dieselben.

Ministerial-Erlaß vom 18. Juni 1878, Z. 7114.

Handbuch des Ministeriums S. 270 (nach Steiermark).

Da nach Art. 17, Abs. 5 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, RGB. Nr. 142, sowie nach § 1 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, RGB. Nr. 48, die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen dem Staate zusteht und dieses Recht nach §§ 9 und 10 des letztzitierten Gesetzes durch das Unterrichtsministerium und die in den Königreichen und Ländern einklassierten staatlichen Schulbehörden auszuüben ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß die unmittelbare Aufsicht über ein Waisenhaus, welches nicht allein zur Verpflegung, sondern auch zur Erziehung armer Kinder bestimmt ist und in welchem auch Kinder vor- und schulpflichtigen und schulpflichtigen Alters sich befinden, im Hinblick auf § 70 u. f. des RGB. und § 27 des Schulaufsichtsgesetzes für Steiermark (§ 26 des Sch.-Aufs.-G. für Böhmen) dem Bezirksschulrate (vgl. § 202 b. def. Sch.-u. U.-D.) zusteht, welcher zwar, weil die staatlichen Schulbehörden mit den ökonomischen Angelegenheiten der Privat-Lehr- und Erziehungsanstalten sich überhaupt nicht zu befassen haben, in dieser Beziehung auch dem genannten Waisenhause gegenüber keine Ingerenz zu üben hat, jedoch zu allen Verfügungen als kompetent erscheint, welche die Gesamterziehung der dortigen Zöglinge betreffen. Die einschränkende Auslegung, welche von einer Seite dem Begriffe „Erziehung“, sowie dem § 70 des RGB. gegeben wurde, muß angesichts der grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen und des Umstandes, daß selbst Kinderbewahranstalten wegen ihres Erziehungszweckes der Aufsicht der staatlichen Unterrichtsverwaltung unterstehen, als unrichtig anerkannt werden, weil die schulpflichtigen Kinder des fraglichen Waisenhauses daselbst auch den gesetzlichen Unterricht erhalten. Ebenso unbegründet erscheint die Ansicht, daß eine Erziehungsanstalt deshalb, weil in derselben auch dem schulpflichtigen Alter schon entwachsene Zöglinge sich befinden, der Aufsicht der staatlichen Unterrichtsverwaltung entzogen sei.

Gesez vom 5. Dezember 1886 (RGB. Nr. 222), wodurch einige Bestimmungen des Gesetzes vom 3. Dezember 1863, betreffend die Regelung der Heimatverhältnisse, abgeändert werden.

Permanent steuerfrei sind u. a.

Wohltätigkeitsanstalten in solchen Privatgebäuden, welche von ihrem Eigentümer zu Spitälern, Armenhäusern oder anderen wohltätigen Zwecken gewidmet werden. Ob eine Anstalt als Wohltätigkeitsanstalt anzusehen ist, bleibt dem Ermessen der Steuerbehörde überlassen, wenn nicht durch eine Allerhöchste Entschliessung die Steuerfreiheit ausdrücklich ausgesprochen wird, wie das rücksichtlich der Kleinkinderbewahranstalten geschehen ist.

Eine 24jährige Steuerfreiheit genießen nach dem Gesetze vom 9. Febr. 1892:

Lebigenheime, wenn jeder Wohnraum in der Regel nur von einer, höchstens aber von drei Personen bewohnt wird.

Der gemeinsamen Benützung gewidmete Wohlfahrtsgebäude (Kindergärten, Bäder etc.) können dieselbe Begünstigung erhalten, wenn sie zu einem Komplex von Arbeiterwohnhäusern gehören.

Einbringung des Gesuches binnen längstens 45 Tagen nach vollendetem Bau und vor Benützung des Objektes bei der Steuerbehörde erster Instanz.

Gemäß § 125 BStG. sind gesetzlich von der Rentensteuer u. a. befreit:

Die kumulativen Waisenfassen (hinsichtlich der empfangenen, nicht auch der von ihnen ausbezahlten Bezüge), Invalidenfonde, Anstalten für Krankenverpflegung, Armenversorgung und Armenunterstützung und sonstige Humanitäts- und Wohltätigkeitsanstalten, ferner Fonde zum Bau von Gotteshäusern, sowie öffentliche Anstalten, welche für den Unterricht bestimmt sind.

Literatur.

A.

Waisenkind das. Wien, St. Norbertus. 1.70.

Weber Jos.: Grundzüge der Waisenfürsorge. Donauwörth, L. Auer. —.60.

B.

Der getreue Eckart: 1908, 3, Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Böhmen.

Eröffnungsfeier des Dr. Karl Schücker-Waisenheims zu N.-Johnsdorf bei Landskron: Deutsche Grenzwatch, 41, 42, 43. (Berichte in fast allen deutschen Blättern Böhmens.)

Funke Dr. Rudolf: Bericht über die gesundheitlichen Verhältnisse im Waisenhause zu St. Joh. d. Tf. (Jahresbericht.)

Gottfr. von Ritter: „Fürs Kind.“ Pilsener Tagblatt. 332.

Haas Rudolf: Fürs Kind. „Bohemia.“ 356.

Hartmann: Entstehung des Dr. Karl Schücker-Waisenheims, Deutsche Grenzwatch, 41.

Heller: Festrede zur Eröffnung des Dr. Karl Schücker-Waisenheims des Bundes der Deutschen in Böhmen. Deutsche Grenzwatch, Landskron. Folge 42.

Heller: Das Dr. Karl Schücker-Waisenheim des Bundes der Deutschen in Böhmen. Deutscher Volksbote, 42, 43, 44, 45.

Kraus Ferd.: Graßlitzer Volksblatt. Ein städt. Waisenhaus in Graßlitz.

Portele: Ein Gang durchs Dr. Karl Schücker-Waisenheim. Deutsche Grenzwatch, 41.

Thinell: Das Dr. Karl Schückerheim und seine nationale Bedeutung. Deutsche Grenzwatch, 41.

Bildung, Fortbildung und Erziehung der Jugend.

a) Volks- und Bürgerschulen.

In Böhmen bestehen insgesamt 117 Schulbezirke; davon sind 34 deutsch, 66 tschechisch und 17 national geteilt. Die Anzahl der öffentlichen tschechischen Volksschulen im Lande betrug am 31. Dezember 1907 2283; davon

lagen 2258 in deutschen, 25 in tschechischen Schulbezirken. Deutsche Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht gab es 11, solche ohne Öffentlichkeitsrecht 4.

Im schulpflichtigen Alter standen in Böhmen insgesamt 1,143.780 Kinder, und zwar 571.368 Knaben und 572.412 Mädchen; auf die deutschen Schulbezirke entfielen davon 445.845 Kinder und zwar 221.158 Knaben und 224.687 Mädchen.

Es besuchten in den deutschen Schulbezirken

	Knaben	Mädchen	Zusammen	Kinder
öffentliche Bürgerschulen . . .	19.545	16.456	36.001	
allgemeine Volksschulen . . .	192.097	196.316	388.413	"
Privat-Bürgerschulen m. D. . .	76	1.031	1.107	"
ohne D. . .	—	170	170	"
Privat-Volksschulen m. D. . .	4.288	8.941	13.229	"
ohne D. . .	389	395	784	"

Wegen "schwerer körperlicher und geistiger Gebrechen blieben in den deutschen Schulbezirken ohne Unterricht:

	Knaben	Mädchen	Zusammen
Taubstumme :	68	80	148
Blinde :	14	20	34
Schwachfinnige:	275	286	561
Krüppelhafte :	334	434	768

Insgesamt: 1511 Kinder.

In den deutschen Schulbezirken wirkten an den öffentlichen Volksschulen 7168 Lehrkräfte u. zw. 6010 männliche und 1158 weibliche; an den öffentlichen Bürgerschulen 1137 Lehrkräfte, davon 890 männliche und 247 weibliche. Die Privatvolksschulen verfügten in den deutschen Schulbezirken über 527 Lehrkräfte u. zw. über 226 männliche und 301 weibliche.

b) Schulen für die männliche Jugend.

Deutsche Knabenbürgerschulen in Böhmen.

Alt-Ehrenberg, Alt-Rohlau, Alch, Auscha, Auffig 3, Bärzingen, Benjen, Bergreichenstein, Bilin, Bischofteinitz, Bodenbach, Böhmisches Alch, Braunau, Brütz, Buchau, Budweis 2, Chodau, Dauba, Dobruza, Dörfel, Dux, Eger, Eisenstein, Eulau, Falkenau, Fischern, Friedland, Gabel, D., Gablonz 2, Georgswalde, Giehhübel, Gossengrün, Görkau, Graslitz, Grazen, Graupen, Grottau, Grulich, Haida, Haindorf, Hainzspach, Hartmanitz, Hayd, Hohenelbe, Joachimstal, Josefthal, Kaaden, Kamnitz-Böhm., Kaplitz, Karbitz, Karlsbad 2, Kladrau, Klostergrab, Klösterle, Kolleschowitz, Komotau, Königsberg a. E., Krazau, Kreibitz, Krummhouf, Landskron, Leipa-Böhm., Leitmeritz, Liebenau, Lobositz, Luditz, Maffersdorf, Marienbad, Marschendorf, Morchenstern, Neubistritz, Neudorf, Neuern, Neustadt a. T., Niedergrund B. N. B., Nieder-Rochlitz, Niemes, Nixdorf, Obergeorgental, Oberleutensdorf, Oberplan, Oberroßental, Ofegg, Peterswald, Petschau, Pilsen, Plan, Podersam, Polaun, Postelberg, Prag-Alstadt, Preßnitz, Radonitz, Reichenau, Reichenberg, Rokitz, Roßbach, Rumburg, Ruppertsdorf, Saaz, Schatzlar, Schlaggenwald, Schlackenwert, Schluckenau, Schmiedeberg, Schöna, Schönbaach a. E., Schönlinde, Staab, Steinschöna, Tachau, Tannwald, Tepl, Teplitz-Schöna, Tettschen, Trautenu, Trebnitz (Privat), Turn, Türnitz, Walleru,

Warnsdorf, Weßelsdorf, Wegstädtel, Weipert, Wernstadt, Wildstein, Winterberg, Zwickau i. B.

Anmerkung: Die gesperrt gedruckten Schulen sind für Knaben und Mädchen eingerichtet.

Landwirtschaftliche Schulen.

Budweis: Deutsche Ackerbau- und Flachsbereitungsschule. Eger: Ackerbauschule. Friedland: Molkereischule (für Mädchen). Raaden: Deutsche königlich-böhm. Landesmittelschule. Leipa: Ackerbauschule. Leitmeritz: Ackerbau-, Obst- und Weinbauschule. Tetschen-Liebwerd: Deutsche königliche böhmische Landwirtschaftliche Akademie. Trautenau: Ackerbau- und Flachsbauschule. Troja: Pomologisches Institut.

Landwirtschaftliche Winterschulen.

Friedland, Großdorf bei Braunau, Raaden, Reichenberg, Saaz, Schluckenau, Staab.

Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen.

Bischosteinitz, Böhmisch-Rahn, Böhmisch-Pockau, Dehlau, Deutsch-Biela, Deutsch-Benešchau, Deutsch-Gabel, Deutsch-Molken, Olaschkowitz, Dörsdorf, Glashütten, Grasengrün, Haslau, Hermannstal bei Reichenberg, Karbitz, Königswald, Lichtenstein, Liebotitz, Littnitz, Lobositz, Lukawetz, Mertendorf, Niederreut, Rehorn, Reischdorf (Nieder- und Ober-), Riegerschlag, Schildern, Schwetz, Sebussein, Tschachwitz, Tschernoschin, Tschernowitz, Wildstein, Woken.

Forstwirtschaftliche Schulen.

Budweis: Kaiser Franz Josef deutsche land- und forstwirtschaftliche Lehranstalt. Eger: Waldbauschule. Reichstadt: Höhere Forstlehranstalt.

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

Albrechtzdorf, Alt-Ehrenberg, Arnau, Bärzingen, Benssen, Bilin, Bischofteinitz, Bodenbach, Böhm.-Ramnitz, Böhm.-Leipa, Brandau, Bruch, Brütz, Buchau, Budweis, Chiesch, Chodau, Chotieschau, Dauba, Deutsch-Gabel, Dobrzan, Duppau, Dux, Eichwald, Eisenstein, Elbogen, Eulau, Falkenau a. Eger, Falkenau-Hillemühl, Gablonz, Georgswalde, Görkau, Graslitz, Grottau, Haida, Haindorf, Hohenelbe, Hohenfurt, Joachimstal, Josefthal bei Gablonz, Jungbuch, Raaden, Karbitz, Kaplitz, Katharinaberg, Klostergrab, Klösterle, Kolleschowitz, Komotau, Königswart, Krazau, Kreibitz, Krieger, Krumm, Kufan, Ladowitz, Landskron, Liebenau, Lobendau, Luditz, Lauterbach, Massersdorf, Marienbad, Mariafchein, Marschendorf I., Marschendorf IV., Mies, Morchenstern, Neubistritz, Neudek, Niemes, Oberaltstadt, Ofegg, Parichnitz, Peterswald, Pilnikau, Plan, Podesam, Postelberg, Preßnitz, Prachatz, Rado-
nitz, Raspenau, Reichenau, Reichenberg, Röchlitz, Ronsperg, Ruditz, Rumburg, Schaklar, Schlackenwert, Schmiedeberg, Schönan bei Schluckenau, Schönbach bei Eger, Schönlinde, Schönwald, Seestadt, Sonnenberg, Staab, Tachau, Tammwald, Tepl, Teplitz, Tiefenbach, Trautenau, Trebnitz, Türmitz, Turn, Tuschkau, Unter-Polau, Warnsdorf, Weipert, Wernstadt, Wiesental bei Gablonz, Winterberg, Zwickau.

Fachschulen.

Holzindustrie.

Bergreichenstein: f. f. Fachschule für Holzindustrie.
 Bleistadt: f. f. Fachschule für Korbflechterei.
 Grulich: f. f. Fachschule für Holzbearbeitung.
 Königsberg a. Eger: f. f. Fachschule für Tischlerei.
 Sebastiansberg: Fachschule für Dorfverwertung.
 Tachau: f. f. Fachschule für Drechslerei.
 Wallern: f. f. Fachschule für Holzbearbeitung.

Elektrotechnik.

Remotau: f. f. Fachschule für Maschinengewerbe und Elektrotechnik.
 Tepliz: Städtisches Elektrotechnikum.

Metallindustrie.

Mixdorf: f. f. Fachschule für Metallindustrie.

Keramik, Malergewerbe, Zeichnen.

Glasindustrie, Gürtlerei.

Tepliz: f. f. Fachschule für Keramik und verwandte Kunstgewerbe.
 Oberleutensdorf: f. f. fachliche Modellierschule für Keramik und verwandte Gewerbe.
 Haida: f. f. Fachschule für Glasindustrie.
 Falkenau a. B. N. B.: fachliche gewerbliche Fortbildungsschule.
 Steinschönau: f. f. kunstgewerbliche Fachschule für Glasindustrie.
 Gablonz: f. f. kunstgewerbliche Fachschule.
 Reichenau: Filiale der Gablonzer f. f. Fachschule.

Textilindustrie.

Asch: f. f. Lehranstalt für Textilindustrie.
 Hohenelbe: f. f. Fachschule für Weberei.
 Landsron: dto.
 Neubitzsch: dto.
 Reichenberg: dto.
 Rochlitz: dto.
 Rumburg: dto.
 Schluckenau: dto.
 Schönlinde: f. f. Fachschule für Wirkerei.
 Starkstadt: dto.
 Wernsdorf: dto.

Fortbildungsschulen für Weberei in:

Asch, Arzrau, Barschütz, Zwickau.

Stickerei, Spitzenindustrie, Posamenten.

Grasitz: f. f. Fachschule für Hand- und Maschinenstickerei.
 Weipert: Fachliche Fortbildungsschule für Posamentierer.

Musikinstrumentenerzeugung:

Grasitz: f. f. Fachschule für Musikinstrumentenerzeugung.
 Schönbach: dto.

Besondere Schulen und Kurse.

Tetschen: Schifferschule.

Prag: Erste öffentliche Braufachschule.

Brennereischule.

f. u. f. Infanterie-Regimentschule mit Abteilung für Train.

Landesjochschule.

Bau- und mechanische Gewerbe.

Tetschen: f. f. Bau- und Kunsthandwerkerschule.

Pilsen: f. f. Staatsgewerbeschule.

Prag: f. f. Staatsgewerbeschule; f. f. Kunstgewerbeschule.

Reichenberg: f. f. Staatsgewerbeschule.

Kaufmännische Fortbildungsschulen.

Aussig, Bilin, Bodenbach, Brüx, Budweis, Dux, Falkenau a. G., Gablonz, Grasslitz, Raaden, Karlsbad, Komotau, Leitmeritz, Pilsen, Prag, Reichenberg, Rumburg, Teplitz, Tetschen, Trautenau, Wernsdorf, Weipert, Winterberg.

Handelschulen.

Aussig: Handelsakademie.

Brüx: Öffentliche Kommunalhandelschule.

Budweis: Öffentliche deutsche Kommunalhandelschule.

Gablonz: Städtische Handelsakademie.

Pilsen: Deutsche Handelsakademie.

Prag: Deutsche Handelsakademie.

Reichenberg: Städtische Handelsakademie.

Reichenberg: Zweiklassige Handelschule.

Teplitz: Kommunal-Handelslehranstalt.

Wernsdorf: Städtische Handelschule.

Musikschulen.

Reichenau: f. f. behördlich konzessionierte Musikschule.

Preßnitz: Öffentliche städtische Musikschule.

Prag: Konservatorium der Musik.

Lehrerbildungsanstalten.

Budweis, Eger, Komotau, Leitmeritz, Mies, Prag, Reichenberg, Trautenau.

Gymnasien in Böhmen.

Arnau, Aussig, Braunau, Brüx, Budweis, Duppau, Eger, Gablonz, Raaden, Karlsbad, Komotau (städtisch), Krummau, Landskron, Leipa, Leitmeritz, Mariaschein, Mies, Pilsen, Prachatz, Prag—I., Prag—II. Graben, Prag—II. Stephansgasse, Prag—III., Reichenberg, Rumburg, Saaz, Smichow, Teplitz, Weinberge.

Realgymnasien.

Gablonz — Tetschen.

Realschulen.

Bergreichenstein, Budweis, Eger, Elbogen, Karolinental, Leipa-Böhmisch, Leitmeritz, Pilsen, Plan, Prag—II. Nikolandergasse, Prag—II. Heinrichsgasse, Prag—III., Reichenberg, Tepliz, Trautenau, Warnsdorf.

Hochschulen.

Prag: k. k. Universität.

k. k. technische Hochschule.

Příbram: k. k. Bergakademie.

Tetſchen-Liebwerd: Königliche böhmische Landwirtschaftliche Akademie.

c) Schulen für die weibliche Jugend.

Deutsche Mädchenbürgerschulen in Böhmen.

Alt-Ehrenberg, Alt-Rohlau, Arnau, Asch, Auffig 3, Benjen, Bergreichenstein, Bischofteinitz, Bilin, Bodenbach Böhm.-Müch, Braunau, Brůx, Budweis 2, Chodau, Dauba, Dobřan, Dux, Eger, Elbogen, Falkenau a. d. E., Friedland, Freiheit, Fischern, Gabel, Gablonz 2, Georgswalde, Grassitz, Grottau, Grulich, Haida, Hainespach, Hohenelbe, Joachimstal, Kaaden, Kamnik-Böhm., Karbitz, Karlsbad, Karolinental, Komotau, Königsberg, Krasau, Krummhou, Landskron, Leipa-Böhm., Leitmeritz, Liebenau, Lobositz, Luditz, Maffersdorf, Marienbad, Mies, Morchenstern, Neubistritz, Neudek, Neuern, Neustadt, Niedergund, Nieder-Rochlitz, Nemes, Nixdorf, Oberleutensdorf, Pilsen, Plan, Podersam, Postelberg, Prachatz, Prag-Mistadt, Prag, k. k. Übungsbürgerschule, Prag, Karolinental, Preßnitz, Reichenau, Reichenberg, Roßbach, Rumburg, Saaß, Saaß 2, Schallar, Schlaggenwald, Schluckenau, Schöna, Schönbach a. E., Schönlinde, Smichow, Staab, Steinschöna, Tachau, Tannwald, Tepl, Teplitz, Tetſchen, Trautenau, Türmitz, Turn, Warnsdorf, Weinberge (Priv.), Weipert, Winterberg, Zwickau.

Anmerkung: Die gesperrt gedruckten Schulen sind für Knaben und Mädchen eingerichtet.

Mädchenfortbildungsschulen.

Arnau, Brůx, Komotau, Leitmeritz, Mies, Neudek (für Spitzenflöpperei), Rumburg, Saaß, Warnsdorf.

Fachschulen für Mädchen.

Bärzingen: Fachschule für Spitzenarbeiten.

Bleistadt: dto.

Breitenbach: dto.

Dörsndorf: dto.

Gossengrün: Fachschule für Spitzenindustrie.

Gottesgab: dto.

Grassitz: Fachschule für Hand- und Maschinenstickerei.

Heinrichsgrün: Fachschule für Spitzenarbeiten.

Hengstererben: dto.

Kupferberg: dto.

Neudorf: dto.

Neukirchen: dto.

Platten: dto.

Prag: K. k. Kunstgewerbeschule: Damenkurse für Zeichnen und Malen;

k. k. Kunstgewerbeschule: Spezialschule für Kunststickerei.

Schulen des deutschen Frauenerwerbsvereins. Kurse für: Handnähen, Maschinennähen, Stopfen, Flickern, Zuschneiden, Schlingen, Weißsticken.

Ronsperg: Fachschule für Spitzenindustrie.

Schönfeld: dto.

Seifen: dto.

Stolzenhan: dto.

Steinbönau: Zeichenkurs für Mädchen an der k. k. Fachschule für Glasindustrie.

Teplitz: Zeichen- und Malkurs für Mädchen an der k. k. Fachschule für Keramik.

Trinksaifen: Fachschule für Spitzenindustrie.

Wiesental: dto.

Handelschulen für Mädchen.

Muffig: Handelskurs für Mädchen an der Handelsakademie.

Brüx: Zweiklassige Handelsschule für Mädchen. Einjähriger Handelsfachkurs für Mädchen.

Budweis: Kaufmännischer Fachkurs für Mädchen an der deutschen Privat-Mädchenfortbildungsschule.

Gablonz: Einjähriger Handelsfachkurs für Mädchen an der städt. Handelsakademie.

Pilsen: Handelskurs für Mädchen an der deutschen Handelsakademie.

Prag: Handelsschule des Frauenerwerbsvereins mit dem Kurs für Kindergärtnerinnen fürs Haus.

Teplitz: Mädchenabteilung an der Tepliker Kommunalhandelslehranstalt.

Warnsdorf: Einjähriger Handelskurs für Mädchen an der städt. Handelsschule.

Wirtschaftsschulen.

Budweis: Haushaltungsschule.

Eger: Deutsche Haushaltungsschule.

Friedland: Haushaltungsschule und Molkerei.

Trebnitz: Deutsche Wirtschaftsschule.

Höhere Mädchenschulen.

Muffig: Städtische höhere Töchtersschule.

Budweis: Deutsches Mädchenlyzeum.

Eger: Höhere Mädchenschule.

Karlsbad: Höhere Mädchenschule.

Pilsen: Deutsches Mädchenlyzeum.

Prag: Deutsches Mädchenlyzeum mit gymnasialer Abteilung.

Reichenberg: Höhere Mädchenschule.

Teplitz: Privat-Lehranstalt für den Unterricht in den Gegenständen des Gymnasiums.

Lehrerinnenbildungsanstalten.

Aussig: Privatanstalt.

Budweis: Privatanstalt.

Eger: Privatanstalt, mit Arbeitslehrerinnen- und Kindergärtnerinnenkurs.

Leitmeritz: Privatanstalt mit Privatkurs für Arbeitslehrerinnen der Hermine Eisler, Privatkurs für Kindergärtnerinnen der Marie Richter.

Prag: K. k. Lehrerinnenbildungsanstalt mit Bildungskurs für Handarbeitslehrerinnen und Kindergärtnerinnen.

Reichenberg: Privatanstalt.

Musikschulen.

Petřchau: K. k. behördlich konzessionierte Musikschule.

Preßnitz: Öffentliche städtische Musikschule.

Prag: Konservatorium der Musik.

Brankenpflege.

Lehrkurse veranstaltet von den Zweigvereinen des Frauenhilfsvereins vom Roten Kreuze in

Prag (II., Korngasse).

Reichenberg (Wienerstraße 20).

Gebammenkurs in Prag (jährlich ein Monatskurs an der königl. böhm. Gebäranstalt).

Deutsche Gebämmenschule geplant!

Seit langem schon macht sich eine tiefgehende Bewegung bemerkbar nach Umgestaltung unseres gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulwesens.

Diese Bestrebungen bilden eine Parallele zu den Bemühungen, welche sich mit einer Fürsorge für die erwerbende Jugend überhaupt befassen und die weiter unten Berücksichtigung finden.

Eine ausführliche Darstellung der Bildungsverhältnisse und der Organisation unseres niederen und höheren Schulwesens ist nicht Aufgabe unseres Jahrbuches. Auch die für die Jugendfürsorge zwar hochwichtigen und hochinteressanten Bestrebungen nach Einführung nötiger Reformen auf einigen Gebieten des Unterrichtswesens, die man unter dem Namen: Schulreform zusammenfassen kann, würden uns zu weit ab vom eigentlichen Zwecke unseres Jahrbuches führen.

d) Handfertigungsunterricht.

Der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten ist in sämtlichen deutschen Mädchen- oder gemischten Schulen eingeführt.

Handfertigungsunterricht für Knaben wird gepflegt an 15 Bürgerschulen und an 5 Volksschulen, u. zw.:

1. An Bürgerschulen in den Schulbezirken: Aussig (2), Böhm.-Leipa, Dux, Friedland, Gablonz, Karlsbad (2), Reichenberg Landbezirk (3), Reichenberg Stadt, Rumburg (2), Trautenau;

2. an Volksschulen in den Schulbezirken: Böhm.-Leipa, Trautenau (4).

Bedauerlicherweise wird diesem wichtigen Kapitel der Jugendfürsorge bei uns sowohl in der Schule, als auch in den Erziehungsanstalten und Familien viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Unseres Wissens ist der Handfertigkeitsunterricht in Erziehungsanstalten in größerem Maßstabe bei uns nur in der Klarischen Blindenanstalt, im isr. Jubiläumsknabenwaisenhaus-Weinberge und im Dr. Karl Schücker-Waisenheime d. B. d. D. i. B. eingeführt.

Aus der Organisation des Handfertigkeitsunterrichtes sei folgendes herausgehoben.

Verein für Knabenhandarbeit in Österreich, Wien XVI/2, Hasnerstraße 20 (früher „Verein zur Errichtung und Erhaltung unentgeltlicher Knabenbeschäftigungsanstalten in Wien“). Obmann: Matthäus Marschall.

Dieser Verein gibt die Blätter zur Förderung der Knabenhandarbeit in Österreich heraus. Verantwortlicher Leiter und Verwalter Rud. Biegel, Wien X/3, Senefelsbergasse 31.

Die Vollversammlung des Vereines wurde am 18. Juni 1908 im Gemeindefaule des VII. Bezirkes in Wien abgehalten. Der letzte (VI.) Kongreß für erziehlische Knabenhandarbeit in Österreich hat 1907 in Graz stattgefunden. Die Ergebnisse des Kongresses wurden dem k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht zur Kenntnis gebracht und es wurden bei dieser Gelegenheit die Abgesandten des Vereines versichert, daß das Ministerium bei den geplanten Schulreformen die Erziehung zur Arbeit nicht außer Betracht lassen werde.

Der 21. Ferienkurs an der 1. Wiener Schulwerkstätte fand vom 17. Juli bis 31. August 1908 statt und umfaßte 1. Arbeiten an der Hobelbank; 2. Modellieren in Ton; 3. Holzschnitzen; 4. Kartonagearbeiten. Diese Unterrichtskurse werden alljährlich abgehalten.

In Ungarn ist der Handfertigkeitsunterricht als Pflichtgegenstand eingeführt (Erlaß vom 16. Juni 1905).

Nach diesem Lehrplane sind für die einzelnen Jahrgänge der sechsklassigen Volksschule folgende Arbeiten vorgeschrieben:

I. und II. Klasse je 2 Stunden: Papierflechten und Falten. Das Ausschneiden von Formen aus Kartonpapier. Modellieren: Das Formen einfacher gestalteter Gegenstände aus Lehm.

III. und IV. Klasse je 2 Stunden: Anfertigung einfacher Gegenstände aus Kartonpapier und Bekleben desselben mit farbigem Papier. Kleine Arbeiten aus Draht. Verbindung des Holzes mit dem Draht (Käfig usw.). Modellieren: einfache Ornamente aus Lehm. Stroharbeiten.

V. und VI. Klasse je 3 Stunden: Fortsetzung der Arbeiten der beiden vorigen Klassen in stufenmäßigem Fortschritt. In den Schulen, die über einen besonderen Arbeitsraum verfügen, kommt dazu die Herstellung einfacher Holzarbeiten mit Hilfe der Säge, des Bogen- und Schnitzmessers, der Feile, des Stemmeisens und des Hobels. Bei Ermangelung eines besonderen Arbeitsraumes einfache Holzarbeiten mit dem Schnitzmesser.

Der deutsche Verein für Knabenhandarbeit hielt seine letzte Hauptversammlung am 11. und 12. Juli zu St. Johann-Saarbrücken ab.

Vorträge: Seminarlehrer Dr. Pabst, Leipzig: Die Erziehung der Hand nach ihrer Bedeutung für die technische und wirtschaftliche Kultur. Kulturgeschichte und vergleichende Völkerkunde geben uns Aufschluß darüber, wie der Mensch mit Hilfe seiner Hand und nach ihrem Vorbilde die Werkzeuge schuf, die er zur Befriedigung aller höheren Kulturbedürfnisse nötig hatte. Vom Feuersteinsplitter und zugespitzten Knochen bis zum Werkzeuge des Mechanikers war ein langer Weg zurückzulegen; aber

wer sich die allmähliche Vervollkommnung der Werkzeuge von Stufe zu Stufe anschaulich vorstellt, der kann den Zusammenhang dieser Entwicklungsreihe mit dem Stufengange der einzelnen Kulturperioden nicht übersehen.

Durch den Gebrauch des Werkzeuges wurde die Hand zugleich geübt und geschont. Die geübtere Hand konnte sich ein besseres Werkzeug schaffen, und dieses wiederum wirkte auf die Hand zurück, indem es sie verfeinerte und zu höherer Leistungsfähigkeit befähigte.

Wissenschaftliche Instrumente und Maschinen sind nichts anderes als verbesserte und verfeinerte Werkzeuge. Sie unterstützen unsere Sinne und nehmen der Hand des Menschen viel schwere Arbeiten ab, so daß sie sich feineren Arbeiten widmen kann.

Das Produkt der Maschinenarbeit trägt einen andern Charakter als das der Handarbeit: Gleichmäßigkeit und Genauigkeit; sie nivelliert, während die Handarbeit individualisiert.

Die Frage ist nun, ob das Vordringen der Maschine auf allen Gebieten gewerblicher Tätigkeit eine Ausbildung der Hand überflüssig macht und ob nicht überhaupt die Geschicklichkeit der Hand jetzt an Bedeutung verliert.

Eine genauere Prüfung zeigt indes, daß diese Auffassung unzutreffend ist, denn je kunstvoller die Maschine wird, um so geschickter muß auch die Hand sein, die zu ihrer Bedienung gehört. Wenn aber die Hand des Menschen zu einer gewissen Höhe der Leistungsfähigkeit entwickelt werden soll, so ist dies nur auf dem Wege der Erziehung des ganzen Menschen möglich, denn Hand und Gehirn arbeiten zusammen.

Die Arbeitsmethode der Zukunft ist in der Verbindung von Maschine und Handarbeit zu erblicken und gerade der Maschinenbau lehrt uns in überzeugender Weise, daß die letzte Arbeit immer ein Werk der menschlichen Hand bleiben muß.

Unser Zeitalter ist das des Eisens; die Eisenproduktion hat den Menschen in wirksamer Weise erzogen, mit dem eisernen Werkzeug ist er selbst genau und scharf, hart und elastisch geworden. Das deutsche Volk besitzt im Eisen ein altes Erbgut; seine Erziehung wird ihm den Besitz dieses Gutes auch für die Zukunft sichern in den wirtschaftlichen Kämpfen, die uns bevorstehen. Von ihnen gilt das Wort des großen Carlyle: „Das wahre Heldengedicht unserer Zeit hat nicht Waffe und Mensch, sondern Werkzeug und Mensch zum Gegenstande.“

Kreischulinspektor Schu-Saarbrücken: „Die Knabenhandarbeit als Mittel der Jugendfürsorge.“ Ausgehend von der Notwendigkeit der Fürsorge und anknüpfend an die vom Staat, Gemeinde und Vereinen zum Zweck der Jugendfürsorge getroffenen Einrichtungen weist er nach, wie der in Knabenwerkstätten betriebene Handarbeitsunterricht auch zu den der Verwahrlosung der Jugend vorbeugenden Mitteln gehöre. Nicht nur der Umstand, daß die Knaben während ihrer Tätigkeit in der Werkstätte dem Straßenleben und den Gefahren des Müßigganges entzogen sind, sondern vielmehr die Erziehung, welche die Knaben in der Werkstätte in geistiger, sittlich-ästhetischer und sozial-wirtschaftlicher Beziehung erfahren, ist es, welche eine fürsorgende und der Verwahrlosung vorbeugende Wirkung ausübt. Besonders hervorgehoben wurde die Bildung des Charakters durch die Erziehung zu einem tatkräftigen Willen, die Weckung der Arbeitsfreude und des Arbeitsgeistes, die Erzeugung des Sinnes für eine häusliche Beschäftigung und die Bedeutung der erworbenen Geschicklichkeit für das spätere Leben.

Schulrat Dr. Löweneck, Augsburg: „Der Werkunterricht, seine Bedeutung und Gestaltung in der Unterstufe der Volksschule.“

Der Umschwung der kulturellen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten muß notgedrungen eine Umgestaltung des Volksbildungswesens im Gefolge haben. Die Reform müsse vornehmlich nach 2 Richtungen einsetzen: nach Seiten der Erziehung zum Handeln, der Charakterbildung und nach Seiten der Erziehung zur selbstständigen, produktiven Arbeit. Auf Grundlage der modernen Psychologie wird der Nachweis geliefert, daß es eine Hauptaufgabe der Schule sein muß, zur Erzeugung klarer und lebensvoller Vorstellungen den Tastsinn und Muskelsinn auszubilden. Diese psychologisch-didaktischen Grundsätze seien von besonderer Bedeutung für die Unterstufe der Volksschule, wo es sich darum handle, eine Brücke zu schlagen zwischen der Ungebundenheit der spielerischen Betätigung des Kindes und der ernstesten, eng-gebundenen Arbeit der Schule. Weniger als Lehrfach, vielmehr als Lehrprinzip komme auf dieser Stufe die erziehlische Handarbeit in Form des Werkunterrichtes in Betracht. Um denselben Eingang in der Volksschule zu ermöglichen, stellt der Redner bestimmte Forderungen auf; desgleichen bezeichnet er die Richtpunkte für den methodischen Aufbau des Unterrichtes.

Endlich betont er den Zusammenhang des Werkunterrichtes mit den verschiedenen Lehrfächern der Volksschule. Redner betont schließlich, daß der Werkunterricht nur eines der Mittel ist, um das Kind zur Selbsttätigkeit, zur Arbeitsfreudigkeit zu erziehen. Daneben sind zu nennen: die praktischen Arbeiten der Knaben im Schullaboratorium, der Mädchen in der Schulküche; des weiteren eine verständige Pflege der Jugendspiele; auch an eine Reform des Unterrichts in den weiblichen Handarbeiten muß endlich gedacht werden, um dieses Fach seines mechanisch-utilitaristischen Charakters zu entkleiden und es zu einem formaltbildenden Fache zu machen. Ein Unterricht nach allen diesen Seiten ausgebaut und in diesem Geiste geleitet, wird Interesse und Arbeitsfreudigkeit des Kindes erfassen und festhalten, er wird ein unverlierbares Wissen und Können erzeugen und die verlässlichste Grundlage zur Willens- und Charakterbildung liefern.

Die Unterrichtskurse im Lehrerseminar für Knabenhandarbeit zu Leipzig finden alljährlich im Sommer statt. Anmeldungen direkt an Dr. Babsch, Leipzig, Scharnforststraße 19.

Von großer Bedeutung ist der Werkunterricht vor allem auch für die Erziehung des schwach sinnigen Kindes und es hat diese Beziehung zwischen manueller Betätigung und Heilerziehung in verschiedensten Vorträgen und Schriften während des Jahres 1908 Ausdruck gefunden.

Der Schweizer Verein zur Förderung des Handarbeitsunterrichtes besitzt als Vereinsorgan die deutsch und französisch geführten: „Schweizerischen Blätter für Knabenhandarbeit.“ Der langjährige und verdiente Redakteur des französischen Teiles M. Grandchamp ist im Laufe des Berichtsjahres zurückgetreten und es wird dieser Teil gegenwärtig von J. Magnenat geleitet.

Von den Arbeiten der Schweiz sei aus dem Jahre 1908 folgendes mitgeteilt.

Dr. Kerchensteiner aus München sprach am 12. Januar 1908 anlässlich der Pestalozzifeier über: „Die Schule der Zukunft — eine Arbeitsschule.“

Schweizer Lehrerbildungskurs für Knabenhandarbeit in Sitten vom 13. Juli bis 8. August.

Arbeitsfächer: Elementarkurs, Naturholzarbeiten, Kartonagenarbeiten, Hobelbankarbeiten, Schnitzen, Modellieren.

Einrichtung von Fortbildungskursen für Lehrer der Knabenhandarbeit an der Kunstgewerbeschule in Zürich.

Erwerbung des „Neuhofs“ Pestalozzis als nationales Eigentum und Ausgestaltung zu einer Reformschule großen Stils.

Im Auslande hat der Arbeitsunterricht besonders in Frankreich, England, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Japan und besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika Förderung und Ausgestaltung erfahren. In Griechenland vermachte zu Athen Sebastopoulos der dortigen gemeinnützigen Gesellschaft 300.000 Franken mit der Bestimmung, das Geld sei zur Gründung einer „Arbeitschule“ zu verwenden.

Unterrichtsprogramm: Arbeiten in Holz, Eisen, Ton und Papier in Verbindung mit theoretischen Fächern.

Organisationsstatut für Lehrerbildungsanstalten.

§ 54. Der Direktor hat die Verfügung zu treffen, daß einzelne Schullokalitäten auch außer der Unterrichtszeit von den Zöglingen zur Vornahme ihrer Arbeiten und Übungen sowie bei ihrer Privatlektüre benützt werden können. Nach Zulässigkeit kann mit Genehmigung der Landes Schulbehörde im Anstaltsgebäude auch eine Werkstatt für Papp-, Holz-, Ton- und andere Arbeiten eingerichtet und ein entsprechender Handfertigkeitsunterricht eingeführt werden.

Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 8. Juni 1883, Z. 10.618, IV 3, lit. h.

Wenn die erforderlichen Lehrkräfte vorhanden sind, so kann an den Bürgerschulen für Knaben ein Unterricht zur Erzielung einer gewissen Handfertigkeit (Arbeitschule) als unobligat eingerichtet werden.

Ministerialerlaß vom 21. September 1886, Z. 6810,

an die Landes Schulräte für Niederösterreich und Böhmen, betreffend den Handfertigkeitsunterricht an Volksschulen.

Wenngleich die Wertschätzung des Handfertigkeitsunterrichtes insbesondere als Erziehungsmittel für Knaben im schulpflichtigen Alter in immer weitere Kreise bringt, so sind doch die Ansichten über die zweckmäßige Einrichtung dieses Unterrichtes wesentlich verschieden und auch von örtlichen Verhältnissen abhängig. Ich halte es daher für die Sache nicht als förderlich, schon derzeit besondere bindende Vorschriften über die Einrichtung des Handfertigkeitsunterrichtes in Volksschulen zu erlassen.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Sache wird es den Schulbehörden und Schulaufsichtsorganen obliegen, bei voller Wahrung allgemein anerkannter hygienischer und pädagogischer Grundsätze — den Bestrebungen zur Einführung dieses Lehrgegenstandes und der mannigfaltigen Entwicklung dieses Unterrichtszweiges ihre wohlwollende fördernde Unterstützung zuzuwenden.

Mit Hinweis auf den Schlußsatz des § 3 des Reichsvolksschulgesetzes und auf Art. IV, Punkt 3, lit. h) der hieramtlichen Verordnung vom 8. Juni 1883, Z. 10.618, ermächtige ich den k. k. Landes Schulrat, über Ansuchen um Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes als nicht obligaten Lehrgegenstandes in den Volksschulen instanzmäßig zu entscheiden. Zur Gewährung solcher Ansuchen wird der Nachweis der Zustimmung der betreffenden Schulerhalter, sowie der Bedeckung der Kosten von Seite der Schulerhalter, von Vereinen oder Privatpersonen, sowie die Wahrung der oben angeführten Grundsätze erforderlich sein.

Auch gegen die Errichtung von Handfertigkeitschulen als Privatlchranstalten im Gebiete der Volksschulen obwaltet kein Anstand, doch wird in jedem einzelnen Falle die Genehmigung des k. k. Landes Schulrates, wobei die Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes über die Privatlchranstalten sinngemäß anzuwenden sind, einzuholen sein.

Erlaß vom 6. Oktober 1892, Z. 9310, f. B. 1892, R. 177,

betreffend die Förderung und Vermehrung der mit allgemeinen Volksschulen oder mit Bürgerschulen zu verbindenden Mädchenfortbildungskurse.

Die Errichtung von mit allgemeinen Volksschulen oder mit Bürgerschulen zu verbindenden Mädchenfortbildungskursen für der Schulpflicht entwachsene Mädchen im Sinne der Verordnung des hohen k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 10. April 1885, Z. 1985, ist tunlichst zu fördern.

Bei eintretender Notwendigkeit der Förderung eines Schulgelbes seitens der Freqventantinnen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß das Schulgeld möglichst mäßig sei und die Möglichkeit der teilweisen oder gänzlichen Befreiung von demselben für die weniger Bemittelten aufrecht erhalten wird.

Bei Feststellung des Lehrplanes und des Statutes sind die örtlichen Verhältnisse und die praktischen Bedürfnisse des Lebens genau zu berücksichtigen.

Die Statute haben insbesondere folgende Punkte zu enthalten:

1. Standort des zu errichtenden Kurses und den vollständigen Titel.
2. Unterrichtssprache des Kurses.
3. Zahl der Unterrichtsabteilungen.
4. Die jährliche Unterrichtsdauer (in Wochen angegeben).
5. Unterrichtsgegenstände und Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden in jedem einzelnen derselben.
6. Bestimmungen über die Bestellung des Leiters und der Lehrpersonen.
7. Beistellung der sachlichen Erfordernisse, als: Unterrichtslokalitäten, Einrichtung, Beleuchtung, Reinigung der Unterrichtslokalitäten.
8. Entlohnung der Lehrpersonen und Bestreitung der bezüglichen Auslagen.
9. Die Höhe des eventuell einzubehebenden Schulgelbes und die Modalitäten der Befreiung von der Entrichtung desselben. Lehrpläne und Statute der gedachten Kurse sind zur hieramtlichen Genehmigung vorzulegen.

Schul- und Unterrichtsordnung.

§ 12. Die Einführung des Unterrichtes in einer anderen Landessprache oder im Violinspiel, des Handfertigkeitsunterrichtes für Knaben und der Arbeiten im Schulgarten bedarf, wenn das Landesgesetz keine anderen Bestimmungen enthält, der Bewilligung der Landesschulbehörde.

Wird ein derartiger Unterricht als Freigegegenstand eingeführt, so haben die Eltern oder deren Stellvertreter zu Beginn des Schuljahres bei der Anmeldung des Kindes zur Aufnahme zu erklären, ob das Kind an diesem Unterrichte teilnehmen wird.

Der Austritt darf in der Regel nur am Schlusse des Schuljahres erfolgen, doch kann die Lehrkonferenz aus berücksichtigungswürdigen Gründen den Austritt auch in einem früheren Zeitpunkt bewilligen.

§ 159. An der Bürgerschule können im Einvernehmen mit den Schulerhaltern außer den im § 17 des Reichsvolksschulgesetzes aufgezählten verbindlichen und unverbindlichen Lehrgegenständen noch der Handfertigkeitsunterricht, der Unterricht in der Haushaltungskunde, in der Stenographie oder im Maschinenschreiben als unverbindliche Lehrgegenstände eingeführt werden.

An Mädchenbürgerschulen ist dort, wo es die Verhältnisse erlauben, den Schülerinnen der zweiten und dritten Klasse Gelegenheit zu geben, an den Beschäftigungen und Spielen eines Kindergartens gruppenweise teilzunehmen. Wo eine eigene Schulküche eingerichtet ist, können die Schülerinnen dieser Klassen beim Unterricht in der Haushaltungskunde auch in den Küchenarbeiten unterwiesen werden.

Durchführungsverordnung des Ministeriums.

Nach dem I. Abschnitte: „Von der Einrichtung der Volksschule“ sollen in der hergebrachten Einrichtung der Volksschule keine wesentlichen Änderungen eintreten; es wird daher eine durchgreifende Revision der Lehrpläne bei diesem Anlasse nicht vorgezeichnet. Nur die Bestimmungen der §§ 12 und 13 der Schul- und Unterrichtsordnung über die Pflege der Schulgartenarbeiten und über die Einführung des Unterrichtes im Violinspiel sowie des Handfertigkeitsunterrichtes für Knaben bieten einige über den Rahmen der vorgezeichneten Lehrpläne hinausreichende Anregungen, die geeignet sein dürften, die Volksschule ihrer erziehlischen Aufgabe und den Bedürfnissen der Gewerbetreibenden und der Landwirte näher zu bringen.

Wenn die Voraussetzungen für die Einführung eines solchen Unterrichtes im Lande vorhanden sind, werden sich die Landesschulbehörden rechtzeitig der notwendigen Mitwirkung der Schulerhalter zur Durchführung dieser Bestimmungen versichern und alles übrige zur gedeihlichen Durchführung dieser Unterrichtszweige veranlassen.

e) Schule und Haus. Elternabende.

Erlaß vom 8. März 1895, Z. 52, praes. Landesschulrat.

Alle Gesetze und Vorschriften, welche die Schulbildung betreffen, legen Gewicht auf die Verehrung des Gemütes der Schuljugend. Wissen ohne ethische Anschauungen macht ja das Individuum nicht selten zu einem schädlichen Mitgliede der Gesellschaft.

Der Grundsatz der Nächstenliebe, durch welchen die Religion die Menschheit auf eine höhere Kulturstufe gebracht hat, muß in der Schule die vollste Beachtung finden und derselbe hat namentlich auch in der nationalen und konfessionellen Duldsamkeit zum Ausdruck zu kommen.

In dieser Richtung muß die Erziehung von dem jugendlichen Herzen Irrtümer fernhalten und in dasselbe jenen Geist der Friedfertigkeit verpflanzen, welcher das Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen ermöglicht und den allgemeinen Fortschritt fördert.

Nicht in der Hingebung an wechselnde Zeitströmungen, sondern in dem Bewußtsein, der Humanität zu dienen, sucht der wahre Pädagog seine Befriedigung. Und wie weit ist ein Lehrer von seiner Aufgabe entfernt, wenn er bei seinen Schülern Äußerungen der Zwietracht unbeachtet läßt oder gar selbst den Schülern ein Beispiel der Unverträglichkeit gibt.

Da die Pflege der nationalen Duldsamkeit in der Schule vielfach brach liegt, ja bisweilen eher die Einseitigkeit hervortritt, so halte ich es für geboten, darauf hinzuweisen, daß es zu den wichtigsten Obliegenheiten der Lehrerschaft gehört, eingebend des Allerhöchsten Wahlpruches: „Mit vereinten Kräften“, die Gefühle der Zusammengehörigkeit aller Völker des Reiches und daher auch der beiden Volksstämme des Landes in der Jugend wachzurufen und zu kräftigen.

Im Rahmen des vorgeschriebenen Unterrichtes findet sich Gelegenheit genug, die Vorzüge der verschiedenen Teile des Landes, hervorragende Leistungen und gute Eigenschaften beider Volksstämme hervorzuheben. Es muß aber auch Kundgebungen der Abneigung gegen die zweite Nationalität unter den Schülern durch Belehrung, Ermahnung und nach Umständen durch Bestrafung begegnet werden.

An den Mittelschulen, als den höheren Bildungsquellen, und an den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten als den Pflanzstätten des guten Geistes, von welchen die künftigen Lehrkräfte der Volksschulen besetzt sein sollen, ist gegen gehässige Anwandlungen und Bestrebungen besonders streng aufzutreten.

Die Lehrerschaft hat das diesfällige Verhalten der Schuljugend auch außerhalb der Schule tunlichst im Auge zu behalten.

Einer besonderen Fürsorge bedarf die Pflege der nationalen Duldsamkeit in den Schulen sprachlich gemischter Gemeinden und es haben die Leiter der einzelnen gleich- und anderssprachigen Lehranstalten zu diesem Behufe miteinander Fühlung zu suchen, um den gemeinschaftlichen Zweck gleichmäßig zu erreichen.

Seitens der Schulaufsicht muß der Frage der nationalen und konfessionellen Duldsamkeit die gebührende Aufmerksamkeit zugewendet werden, denn es handelt sich um kein geringes Ziel, um die Heranbildung gut gesinnter Generationen im Interesse der Wohlfahrt des Landes.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

Abßatz VII. Von der Schulzucht.

§ 71. Die erziehlische Tätigkeit der Schule verfolgt nach § 1 des Reichsvolksschulgesetzes im allgemeinen die Aufgabe, in planmäßiger Verbindung mit dem Unterricht und im eintätigen Zusammenwirken mit dem Elternhaus eine breite und feste Grundlage für die Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen.

Die Kinder sind demnach in der Schule sittlich-religiös zu erziehen; die Schule wird sie namentlich zu Gottesfurcht, Ehrfurcht vor dem Kaiser und dem Allerhöchsten Kaiserhause, zur Achtung vor dem Gesetze und vor der staatlichen Ordnung, zur Liebe zum angestammten Volkstum und zum gemeinsamen Vaterlande sowie zur konfessionellen und nationalen Duldsam-

keit anleiten und sich zugleich auch angelegen sein lassen, die ihr angetraute Jugend zur Menschenfreundlichkeit und zur Nächstenliebe zu erziehen und in ihr Gemein Sinn zu erwecken.

§ 72. Durch die Schule ist der Sinn für alles Wahre, Gute und Schöne zu pflegen und die Heranbildung eines offenen, edlen Charakters anzustreben, zu dem Zwecke sind in dem Kinde alle guten Charaktereigenschaften, wie Pflicht- und Ehrgefühl, Offenheit, Wahrheitsliebe, Anstand, Sparsamkeit, Selbstvertrauen, Mäßigkeit und Selbstbeherrschung zu entwickeln.

Es empfiehlt sich, die Kinder gelegentlich über den Wert und die Bedeutung der Sparsamkeit zu belehren und sie zur fruchtbringenden Anlage kleiner Ersparnisse anzuregen. Die Errichtung eigener Schulsparsassen ist nur mit Bewilligung der Landes Schulbehörde erlaubt.

§ 73. Die Lehrer haben sich der erzieherischen Aufgabe der Volksschule und der Erreichung einer guten Schulzucht mit aller Kraft zu widmen. Sie sind berechtigt und verpflichtet, hiezu alle zulässigen und pädagogisch bewährten Mittel in Anwendung zu bringen und wo es geboten ist, die Mitwirkung des Elternhauses und der Schulbehörden, nötigenfalls auch der Ortspolizei und des Pflugeschäftsgerichtes in Anspruch zu nehmen.

§ 74. Vor allem haben die Lehrer auf ein sittlich-religiöses Betragen der Schulkinder innerhalb und außerhalb der Schule hinzuwirken, die Kinder darum in der Schule streng zu überwachen und soweit es die Erziehungspflicht der Volksschule erfordert, dem Betragen der Kinder auch außerhalb der Schule ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Überwachung der Kinder in der Schule erstreckt sich auf ihre Beaufsichtigung vor Beginn des Unterrichtes, während der Erholungsstunden und beim Verlassen des Schulhauses und umfaßt auch die Aufsicht über die Kinder bei den verbindlichen religiösen Übungen.

Wie die Kinder nach den Ortsverhältnissen am zweckmäßigsten zu beaufsichtigen sind, bestimmt an mehrklassigen Volksschulen die Lehrerkonferenz. Die Verwendung einzelner Kinder zu sogenannten Aufpassern ist nicht erlaubt.

§ 75. Die Schulzucht fordert, daß die Kinder rechtzeitig an die zu einem gedeihlichen Unterricht unentbehrlichen Eigenschaften, wie Aufmerksamkeit, Gehorsam, Fleiß, Ausdauer, Pünktlichkeit und Verträglichkeit gewöhnt und zur Reinlichkeit und Ordnung angehalten werden.

Die Reinlichkeit hat sich nicht bloß auf den Körper und Kleidung, sondern auch auf die Lehr- und Lernmittel, die Schulgeräte, die Lehrzimmer und die übrigen Räume des Schulhauses zu erstrecken.

§ 76. Die Lehrer haben jeden geeigneten Anlaß zu benützen, die Kinder zum Schutze der Kunst- und Naturdenkmäler, der öffentlichen Anlagen und Kulturen und zur Schonung der nützlichen Tiere und Pflanzen anzuleiten und in ihnen Freude an der Natur zu wecken.

Alljährlich im Frühjahr vor der Brutzeit und im Herbst sind die Kinder mit den zum Schutze der nützlichen Vögel erlassenen Bestimmungen des Vogelschutzgesetzes bekannt zu machen; ferner sind die Kinder bei jeder Gelegenheit über das Verabschiedungswürdige der Tierquälerei zu belehren. Auch ist ihnen das wichtigste über den Schutz des Feldgutes und über den Schutz der Bodenkultur gegen Verheerung durch Raupen, Mistkäfer und andere schädliche Insekten in faßlicher Weise mitzuteilen.

So oft es die Verhältnisse erlauben, sind mit den Schulkindern belehrende, den Unterrichtszweck fördernde Ausflüge zu veranstalten.

§ 77. Die Kinder sollen auch von allem ferngehalten werden, was auf sie einen verderblichen Einfluß ausüben und ihre sittlich-religiöse Erziehung gefährden könnte.

Insbesondere ist den Schulkindern der Besuch von Gast- und Kaffeehäusern ohne Begleitung ihrer Eltern und deren Stellvertreter, die Teilnahme an öffentlichen Tanzunterhaltungen, das Betteln, das öffentliche Feilbieten verschiedener Gegenstände, das Tabakrauchen und das Spiel um Geld und Geldeswert strengstens verboten.

Die Lehrer werden nicht verabsäumen, die Schulpflichtigen mit den wichtigsten Regeln der Gesundheitspflege bekannt zu machen, sie insbesondere über die Schädlichkeit des Genusses geistiger Getränke aller Art, wie Bier, Wein, Branntwein u. dgl. und über die Schädlichkeit des Tabakrauchens in der Jugend wiederholt und eindringlich aufzuklären und ihr die Gefahren des fortgesetzten und übermäßigen Alkoholgenußes oder Tabakrauchens darzulegen.

§ 78. Den Schulkindern ist es verboten, Vereinen als Mitglieder anzugehören oder Vereine unter sich zu bilden, Abzeichen welcher Art immer zu tragen und sich an Vereinsversammlungen, öffentlichen Zusammenkünften oder Aufzügen ohne Bewilligung des Schulleiters zu beteiligen.

Ausflüge und Aufzüge zu demonstrativen Zwecken dürfen mit Schulkindern nicht veranstaltet werden.

Schulkindern ist es ferner nicht erlaubt, unter sich Geldsammlungen zu welchem Zweck immer einzuleiten.

§ 79. Die Mitwirkung einzelner Schulkinder in öffentlichen Schaustellungen, Theatervorstellungen und Konzerten ist nur ausnahmsweise unter der Voraussetzung erlaubt, daß das zur Aufführung gelangende Stück oder das Programm in sittlicher oder religiöser Beziehung einwandfrei ist und daß auch das Betragen, der Fleiß, der Fortgang und der Schulbesuch des Kindes zu keinerlei Bedenken Anlaß bietet.

Die Bewilligung erteilt die Bezirksschulbehörde; die Eltern oder deren Stellvertreter

haben ihr Ansuchen bei der Schulleitung vorzubringen, welche die Entscheidung der Bezirks-schulbehörde einholt.

Ebenso bedarf die Veranstaltung von Schülerproduktionen durch die Schule der Bewilligung der Bezirksschulbehörde.

Die Mitwirkung einzelner Schulkinder in eigenen, nicht auf Gewinn abzielenden Schülerproduktionen der von ihnen neben der Volksschule besuchten Musik- oder Sprachschulen ist im allgemeinen ohne besondere Bewilligung erlaubt, wenn gegen die Räumlichkeiten keine Bedenken obwalten und wenn die Aufführung nicht in den späten Abendstunden stattfindet.

Der Besuch öffentlicher Schaustellungen, Theatervorstellungen und Konzerte ist in Begleitung der Eltern oder deren Stellvertreter unter den anfangs erwähnten Voraussetzungen zulässig.

§ 80. Die Lehrer haben die Schulkinder zu einer regen und zweckdienlichen Benützung der Schülerbibliothek anzuleiten; sie haben auch sonst auf den häuslichen Lesestoff der Kinder tunlichst Einfluß zu nehmen, damit nur dem Zwecke der Erziehung dienliche Bücher in deren Hände gelangen.

Im Falle des Vorhandenseins zulänglicher Mittel können die Schulkinder bei geeigneten Anlässen, wie bei der Ausfolgung der Zeugnisse und der Schulnachrichten, an patriotischen Festtagen und bei anderen Schulfestlichkeiten, mit guten Büchern und anderen zweckmäßigen Gaben beschenkt werden.

Die Beschenkung ist jedoch immer auf möglichst viele Kinder ohne bestimmte Reihenfolge auszudehnen; zunächst sollen die nachlässigen und ungesitteten Kinder davon ausgeschlossen bleiben.

§ 81. Bei der Wahl der Erziehungsmittel ist stets die Eigenart des Kindes zu berücksichtigen. Die Lehrer müssen vor allem bestrebt sein, das Vertrauen der Kinder durch eine erusste, aber liebevolle und gerechte Behandlung zu erlangen.

Strafen sollen nur mit ruhiger Überlegung verhängt werden, auch ist mit ihnen sparsam und haushälterisch zu verfahren; in keinem Falle dürfen sie das sittliche Gefühl des Kindes oder seine Gesundheit gefährden.

Auf ganze Klassen dürfen die Strafen nicht ausgedehnt werden.

§ 82. Als zulässige Schulstrafen gelten: Der Verweis durch den Lehrer, den Klassenlehrer oder den Leiter der Schule; Stehenlassen außerhalb der Bank; Ausschließung von Vergnügungen oder Schulausflügen; Nachsitzen mit entsprechender Beschäftigung unter Aufsicht des Lehrers; Vorladung vor die Lehrerkonferenz oder vor den Vorsitzenden der Ortsschulbehörde; die Androhung der Ausschießung und endlich die Ausschießung selbst. Alle anderen Strafen, insbesondere die körperliche Züchtigung, sind unstatthaft.

Bei Verhängung der Strafe des Nachsitzens oder der Androhung der Ausschießung sind Eltern oder deren Stellvertreter davon zu benachrichtigen.

Für eigens eingerichtete Disziplinarklassen, ferner für die Schulen der Erziehungsanstalten, Rettungshäuser und Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder ist das mit behördlicher Genehmigung erlassene Statut maßgebend.

§ 83. Bei wiederholten und schweren Gebotsübertretungen der Schulkinder haben sich die Lehrer mit den Eltern oder deren Stellvertretern in Verbindung zu setzen, um mit ihnen über die weiter anzunehmenden Erziehungsmittel Rücksprache zu nehmen und nötigenfalls das Eingreifen der Eltern oder deren Stellvertreter zu erzielen.

§ 84. Die Schulbehörden, insbesondere die Ortsschulbehörden haben die Lehrer in allen Angelegenheiten der Schulzucht und Erziehung rasch und tatkräftig zu unterstützen.

Die Ortsschulbehörde ist auch berufen, die Mitwirkung des Gemeindevorstandes, dem die Handhabung der Ortspolizei zukommt, in gebotenen Fällen in Anspruch zu nehmen.

§ 85. Wenn die Erziehungsmittel der Schule gegenüber einem entarteten Kinde nicht ausreichen, wenn sich auch das Eingreifen der Eltern oder deren Stellvertreter und das Einschreiten der Ortsschulbehörde als nutzlos erweisen und wenn das Belassen des Kindes in der Schule die Sittlichkeit der Mitschüler dringend gefährdet, tritt die Notwendigkeit ein, das Kind von der Schule auszuschließen.

Die Ausschießung wird von der Bezirksschulbehörde auf Antrag der Lehrerkonferenz angeordnet; der Leiter der Schule ist jedoch in dringenden Fällen berechtigt, auf eigene Verantwortung das Kind bis auf weiteres von der Schule fernzuhalten.

Bei der Ausschießung hat die Bezirksschulbehörde zu bestimmen, wie das Kind künftig seiner Schulpflicht nachzukommen hat. Sie wird es, wenn die Eltern oder deren Stellvertreter nicht den Unterricht zu Hause oder in einer Privatanstalt sicherstellen, je nach den Verhältnissen entweder einer anderen Volksschule zuweisen oder aber die Unterbringung des Kindes in einer Erziehungsanstalt oder in einem Rettungshaus oder dessen Abgabe in eine Besserungsanstalt beim Pflégschaftsgerichte anregen.

Wenn das Kind zu Hause unterrichtet wird, hat die Bezirksschulbehörde den häuslichen Unterricht eines solchen Kindes besonders streng zu überwachen und wegen der Überwachung seiner Erziehung das Pflégschaftsgericht zu benachrichtigen.

Ebenso ist vorzugehen, wenn dem Leiter der Schule vom Gericht oder von der Sicher-

heitsbehörde die Verhaftung oder Verurteilung eines Schulkindes oder die Einleitung der Untersuchung gegen dasselbe bekannt gegeben wird.

§ 86. Die Lehrerkonferenz hat im Einvernehmen mit der Ortschulbehörde und dem Schulärzte (vgl. den § 69 der Schul- und Unterrichtsordnung) für jede Volksschule eine eigene Schulordnung zu entwerfen, die das Betragen der Schulkinder innerhalb und außerhalb der Schule, den Beginn und die Dauer der Unterrichtszeit und den ganzen Schulbesuch regelt.

Der Entwurf der Schulordnung ist der Bezirkschulbehörde zur Genehmigung vorzulegen und das Gutachten des Amtsarztes einzuholen.

Die allgemeinen Bestimmungen der Schulordnung sind den Schulkindern zu Beginn des Schuljahres vorzulesen; Einzelheiten sind ihnen bei Gelegenheit einzuprägen.

Die Schulordnung ist auch jedem einzelnen Kinde zur Mitteilung an die Eltern oder deren Stellvertreter einzuhändigen und in den Lehrzimmern neben dem Stundenplan ersichtlich zu machen.

§ 120. Die Lehrer sind verpflichtet, den im Interesse des Unterrichtes und des Schulbesuches, hauptsächlich aber im Interesse der Erziehung notwendigen Verkehr mit dem Elternhaus angelegentlich zu pflegen. Zur Besprechung einschlägiger Fragen können mit Bewilligung der Bezirkschulbehörde Elternabende veranstaltet werden. Im Verkehr mit den Eltern der Schuljugend und im amtlichen Parteienverkehr überhaupt haben die Lehrer freundlich und entgegenkommend aufzutreten, die notwendigen Ratschläge und Belehrungen bereitwilligst zu erteilen und sich in jeder Weise zu bemühen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

Andererseits sind die Eltern oder deren Stellvertreter verpflichtet, die Schule in ihrer Aufgabe tätig zu unterstützen, die einschlägigen Vorschriften und die Weisungen der Schulbehörden zu befolgen, die den Unterricht oder die Erziehung der Kinder betreffenden Ratschläge der Lehrer zu beachten und im Schulhause zu erscheinen, wenn der Leiter der Schule sie im Interesse des Unterrichtes oder der Erziehung ihrer Kinder oder Pflegebefehlen dazu anfordert.

Ministerielle Durchführungsverordnung.

Den Anordnungen des VII. Abschnittes: „Von der Schulzucht“ liegt die Absicht zu grunde, die vornehmste Aufgabe der Volksschule, ihre erziehliche Tätigkeit, in ihren Erfolgen wirksamer zu gestalten. Demnach wird die in der Volksschule nach dem Reichsvolksschulgesetze zukommende erziehliche Aufgabe in der Schul- und Unterrichtsordnung näher bestimmt, auch werden Mittel und Wege zur Erreichung einer guten Schulzucht angegeben.

Bei der Durchführung dieser Bestimmungen darf jedoch nicht übersehen werden, daß die erhofften Erfolge nur dann eintreten können, wenn die Schulbehörden und die Lehrer diese Aufgabe der Volksschule voll erfassen. Sache der Schulbehörden wird es insbesondere sein, das Interesse der Lehrer und der Bevölkerung für Erziehungsfragen zu wecken und zu beleben, die Lehrer in allen Angelegenheiten der Schulzucht und der Erziehung tatkräftig zu unterstützen und ihnen im Bedarfsfalle die notwendige Mitwirkung anderer Behörden zu sichern. Die Lehrer werden hauptsächlich den zu einer erfolgreichen Erziehung unentbehrlichen Verkehr mit dem Elternhaus angelegentlichst pflegen und für die Einbürgerung der Elternabende mit Eifer eintreten. Sie werden sich auch bereitwilligst in den Dienst der Kinderfürsorge stellen.

Die Stimmen für und gegen die Einführung der Schulspartassen halten sich so ziemlich die Waagschale. Aus Ländern, in denen sich die Schulspartassen eingelebt haben, wird für deren Einführung eingetreten, dagegen werden aus anderen Ländern Bedenken gegen diese Einrichtung vorgebracht. Bei dieser Sachlage wird die Errichtung eigener Schulspartassen im § 72 der Schul- und Unterrichtsordnung ganz dem Ermessen der Landeschulbehörden anheimgestellt.

Es wird nur noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Heranziehung der k. k. Postspartassa zur fruchtbringenden Anlage kleiner Ersparnisse der Schulkinder unter Mitwirkung der Schule in einzelnen Ländern bestens bewährt; näheres teilt das k. k. Postspartassenamt in Wien bereitwilligst mit.

Die Wahrnehmungen über die Schulspartassen sind im Jahreshauptberichte mitzuteilen.

Durchführungsverordnung zur Schul- und Unterrichts-Ordnung 1907.

Zu § 72. Die Errichtung von Schulspartassen wird aus pädagogischen Gründen nicht empfohlen. Dagegen wird auf Grund des Ministerial-Erlasses vom 27. September 1905, B. 13.200, darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Heranziehung der Postspartassa zur fruchtbringenden Anlage kleiner Ersparnisse der Schulkinder unter Mitwirkung der Schule in einzelnen Ländern bestens bewährt. Den Bezirkschulräten wird daher empfohlen, sich in dieser Angelegenheit an das k. k. Postspartassenamt in Wien, das bereitwillig Aufschlüsse erteilt, zu wenden,

auf der so gewonnenen Grundlage, wenn es für zweckmäßig erachtet wird, nach Einholung eines Gutachtens der Bezirkslehrerkonferenz, Anordnungen für die Schulen des Bezirkes zu entwerfen und sie zur Genehmigung an den Landeschulrat vorzulegen.

Zu § 73. Sehr nützlich für den Verkehr zwischen Schule und Elternhaus erweist sich die Einführung von Elternabenden; deren Einführung ist daher im Sinne des Ministerial-Erlasses vom 29. September 1905, Z. 13.200, von der Lehrerschaft aufs eifrigste zu fördern.

Da in Zukunft häufig schriftliche Mitteilungen der Schulleitungen an die Eltern oder deren Stellvertreter nötig sein werden, so werden die Schulleitungen wegen der Portobehandlung solcher Poststücke auf den Ministerial-Erlass vom 1. März 1876, Z. 2601 (WB. f. B. des LSK. S. 50) und den Erlaß des Landeschulrates vom 20. Juni 1895, Z. 8991 (WB. f. B. S. 204), verwiesen.

Zu § 74. Auch die von den Schulbehörden angestellten Religionslehrer sind verpflichtet, an der Beaufsichtigung der Schüler teilzunehmen; wenn sie jedoch die Schulumesse lesen, so sind sie von der Beaufsichtigung der Schüler vor dem Beginne des Vormittagsunterrichtes befreit.

Zu § 75. Die Gewöhnung der Schüler an Reinlichkeit wird um so leichter sein, wenn die Vorschriften bezüglich der Reinigung der Schulräume (§ 20 der Ministerial-Verordnung über die Schulgesundheitspflege vom 12. März 1888, Z. 7009, Z. 10.862 LSK., WB. f. B. S. 107), und § 3 ff. des Erlasses des Landeschulrates vom 20. Dezember 1905, Z. 20.222 (WB. f. B. S. 2), betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose, genau beobachtet werden. Der Leiter der Schule ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die mit der Reinigung der Schulräume betraute Persönlichkeit ihre Pflicht erfüllt. Entstehen in bezug auf die Schulreinigung Streitigkeiten zwischen dem Leiter der Schule und dem Ortsschulrat, so hat der Bezirksschulrat zu entscheiden. Bezüglich der Gewöhnung der Schulkinder an Reinlichkeit wird auf § 26 der Verordnung über die Schulgesundheitspflege und die §§ 11–13 des Erlasses, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose, verwiesen.

Zu § 76. Das Landesgesetz vom 30. April 1870, LGB. Nr. 39, legt in § 13 den Volksschullehrern die Pflicht auf, die Schulkinder über das Schädliche des Nesteraushebens, sowie des Fangens und Tötens der nützlichen Vögel alljährlich, insbesondere vor Beginn der Brutzeit, zu belehren. Übertretungen dieser Vorschrift haben die Lehrer, soweit es ihr Wirkungsbereich gestattet, zu hindern.

Über den Feldschutz handelt das Landesgesetz vom 30. April 1870, LGB. Nr. 38. Schließlich wird noch auf das Fischereigesetz vom 9. Oktober 1883, LGB. Nr. 22 v. J. 1885, verwiesen.

Zu § 77. Betreffs der Tanzunterhaltungen wird auf den Erlaß des Landeschulrates vom 31. Oktober 1876, Z. 9261 (WB. f. B. S. 156), bezüglich des Tabakrauchens auf den Erlaß des Landeschulrates vom 5. Juli 1905, Z. 12.144, (WB. f. B. S. 143), betreffs des Alkoholgenußes auf die Erlasse des Landeschulrates vom 28. März 1902, Z. 9978, (WB. f. B. S. 34), und vom 7. April 1904, Z. 53.831 v. J. 1903 (WB. f. B. S. 40) verwiesen.

Wenn Eltern oder deren Stellvertreter Schulkinder zu Unterhaltungen mitnehmen, die für das kindliche Alter nicht passen oder geradezu die sittlich-religiöse Erziehung schädigen könnten, insbesondere wenn diese Unterhaltungen bis spät in die Nacht dauern und durch Vorenthaltung des Schlafes und durch vorzeitigen und übermäßigen Alkoholgenuß auch die körperliche Gesundheit der Kinder gefährden, so sind die Eltern, bzw. deren Stellvertreter vor den Ortsschulrat zu laden und zu ermahnen. Bleibt diese Ermahnung erfolglos, so ist an den Bezirksschulrat die Anzeige zu erstatten, der die Eltern vorzuladen berechtigt ist und nötigenfalls nach § 214 b. Sch. = u. U. = D. vorgeht.

Zu § 78. Abs. 3. Inwiefern Geldsammlungen an Schulen zu wohlthätigen Zwecken gestattet sind, bestimmt § 127 der Sch. = u. U. = D.

Zu § 79. Schüleraufführungen sind nur ausnahmsweise zu gestatten, weil sie die Jugend, und zwar mit Rücksicht auf die oft langwierigen Vorbereitungen, durch längere Zeit vom Unterrichte abziehen. Wenn sie von Vereinen veranstaltet werden, bergen sie überdies die Gefahr, daß die Kinder ins Vereinsleben hineingezogen werden (§ 78 der Sch. = u. U. = D.). Besonders bedenklich aber erscheint die Veranstaltung gegen Entgelt; wenn ein solches eingehoben wird, darf dies nur zu wohlthätigen Zwecken, z. B. zum Festen von Suppenanstalten für arme Kinder, von Weihnachtsbescherungen, Ferienkolonien u. dgl. geschehen. Auf keinen Fall dürfen Kinder hiebei zum Geldsammeln, zum Verkaufe von Blumen und Ansichtskarten und ähnlichen Dienstleistungen herangezogen werden. Ein Zwang zur Beteiligung an solchen Aufführungen darf in keinem Fall ausgeübt werden. Wenn die Veranstaltung einer Aufführung beabsichtigt wird, so ist mit den Vorbereitungen dazu nicht früher zu beginnen, als bis der Bezirksschulrat die erforderliche Bewilligung erteilt hat. Bei seiner Entscheidung hat der Bezirksschulrat besonders darauf Bedacht zu nehmen, daß durch die geplante Veranstaltung weder der Unterrichtserfolg geschädigt noch die freie Zeit der Schüler in ungebührlicher Weise in Anspruch genommen werde. Der Erlaß des Landeschulrates vom 12. Juni 1887, Z. 20.134, womit Schüleraufführungen gegen Entgelt ganz untersagt wurden, tritt hiemit außer Kraft.

Nach Absatz 5 des § 79 der Sch. = u. U. = D. ist der Besuch öffentlicher Schausstellungen, Theatervorstellungen und Konzerte durch die Schulkinder in Begleitung der Eltern oder deren

Stellvertreter unter der Voraussetzung zulässig, daß das zur Aufführung gelangende Stück oder das Programm in sittlicher und religiöser Beziehung einwandfrei ist und auch das Betragen, der Fleiß, der Fortgang und der Schulbesuch des Kindes zu keinerlei Bedenken Anlaß bietet. Die Entscheidung, ob diese Voraussetzungen gegeben sind, kann nicht den Eltern oder deren Stellvertretern allein überlassen werden. Die Schüler dürfen daher in der Regel solche Schau- stellungen, Theatervorstellungen und Konzerte nur nach eingeholter Erlaubnis ihres Klassen- lehrers (bzw. Klassenvorstandes) besuchen.

Zu § 80. Die Pflichten der Lehrer bezüglich der Verwaltung der Schülerbibliothek sind in dem Erlasse des LSN. vom 3. Febr. 1892, Z. 28.635 (WB. f. B. S. 54), festgesetzt.

Es unterliegt keinem Anstande, kann vielmehr den erziehlischen Zweck der Schule nur förderlich sein, wenn die Lehrer den Eltern bezüglich der Wahl des Lesestoffes für ihre Kinder Rat erteilen und ihnen über Wunsch Verzeichnisse guter Jugendschriften mitteilen; dagegen ist die Verbreitung literarischer Erzeugnisse in der Schule im Sinne der Erlasse des LSN. vom 4. Dezember 1872, Z. 16.171 (WB. f. B. 1873, S. 8), und vom 14. März 1896, Z. 8661, verboten.

Die Verteilung von Büchern, Bildern u. dgl. bei besonderen Anlässen ist um so weniger bedenklich, je mehr Schüler beteiligt werden können; am besten ist es daher, wenn kein Schüler von der Verteilung ausgeschlossen werden muß. Die Bücher, welche verteilt werden sollen, sind von der Lehrerkonferenz zu prüfen und, wenn diese zustimmt, dem Bezirksschulrate vorzulegen; dieser entscheidet, ob die Verteilung stattfinden darf.

Zu § 82. Die Vorladung vor die Lehrerkonferenz kann nur über Beschluß der Lehrerkonferenz selbst, die Vorladung vor den Vorsitzenden des Ortschulrates und die Androhung der Ausschließung nur über Beschluß des Ortschulrates verhängt werden. Zur Ausschließung ist nach § 85 der Sch.- u. U.-D. nur der Bezirksschulrat berechtigt.

Zu § 83. Wenn die Eltern auf die Einladung der Lehrer nicht erscheinen, sind sie vor dem Ortschulrat und, wenn sie auch dieser Einladung nicht folgen, vor den Bezirks- schulrat vorzuladen, der gegen pflichtvergesessene Eltern nötigenfalls im Sinne des § 214 der Sch.- u. U.-D. vorgeht.

Zu § 85. Da bei jüngeren Kindern Besserungsfähigkeit anzunehmen ist, kann die Strafe der Ausschließung in der Regel nur über ältere Schüler verhängt werden.

Die Bedingungen zur Aufnahme sittlich verwahrloster Kinder in Besserungsanstalten, insbesondere in jene in Opatowitz, wurden mit dem Erlasse des LSN. vom 15. April 1898, Z. 11.917 (WB. f. B. S. 41) bekannt gemacht.

Zu § 86. Es empfiehlt sich, zur Erleichterung der Drucklegung für jeden Schulbezirk Muster-Schulordnungen durch die Bezirkslehrerkonferenz entwerfen zu lassen, was nicht ausschließt, daß besondere Bedürfnisse einzelner Schulen oder Schularten durch entsprechende Zusätze, Weglassungen und Änderungen berücksichtigt werden. An ein- bis dreiklassigen Volks- schulen kann von der Einhändigung der Schulordnung an die Eltern der Schulkinder, bzw. an deren Stellvertreter abgesehen werden.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

III. Hauptstück.

Von den Rechten zwischen Eltern und Kindern.

§ 137. Wenn aus einer Ehe Kinder geboren werden, so entsteht ein neues Rechtsver- hältnis; es werden dadurch Rechte und Verbindlichkeiten zwischen den ehelichen Eltern und Kindern gegründet.

§ 138. Für diejenigen Kinder, welche im siebenten Monate nach geschlossener Ehe oder im zehnten Monate, entweder nach dem Tode des Mannes, oder nach gänzlicher Auflösung des ehelichen Bundes, von der Gattin geboren werden, streitet die Vermutung der ehelichen Geburt.

§ 139. Die Eltern haben überhaupt die Verbindlichkeit, ihre ehelichen Kinder zu erziehen, das ist: für ihr Leben und ihre Gesundheit zu sorgen, ihnen den anständigen Unterhalt zu verschaffen, ihre körperlichen und Geisteskräfte zu entwickeln, und durch Unterricht in der Reli- gion und in nützlichen Kenntnissen den Grund zu ihrer künftigen Wohlfahrt zu legen.

§ 140. In was für einer Religion ein Kind, dessen Eltern in dem Religionsbekenntnisse nicht übereinstimmen, zu erziehen, und in welchem Alter ein Kind zu einer anderen Religion, als in der es erzogen worden ist, sich zu bekennen berechtigt sei, bestimmen die politischen Vorschriften.

§ 141. Es ist vorzüglich die Pflicht des Vaters solange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können. Die Pflege ihres Körpers und ihrer Gesundheit ist hauptsächlich die Mutter auf sich zu nehmen verbunden.

§ 142. Wenn die Ehegatten geschieden oder gänzlich getrennt werden, und nicht einig sind, von welchem Teile die Erziehung besorgt werden soll, hat das Gericht, ohne Gestattung eines Rechtsstreites, dafür zu sorgen, daß die Kinder des männlichen Geschlechts bis zum zurückgelegten vierten, die des weiblichen bis zum zurückgelegten siebenten Jahre von der Mutter gepflegt und erzogen werden, wenn nicht erhebliche, vorzüglich aus der Ursache der Scheidung oder Trennung hervorleuchtende Gründe eine andere Anordnung fordern. Die Kosten der Erziehung müssen vom Vater getragen werden.

§ 143. Wenn der Vater mittellos ist, muß vor allem die Mutter für den Unterhalt, und, wenn der Vater stirbt, überhaupt für die Erziehung der Kinder sorgen. Ist die Mutter auch nicht mehr vorhanden, oder ist sie mittellos, so fällt diese Sorge auf die väterlichen Großeltern und nach diesen auf die Großeltern von der mütterlichen Seite.

§ 144. Die Eltern haben das Recht, einverständlich die Handlungen ihrer Kinder zu leiten; die Kinder sind ihnen Ehrfurcht und Gehorsam schuldig.

§ 145. Die Eltern sind berechtigt, vermiste Kinder aufzusuchen, entwichene zurückzufordern, und flüchtige mit obrigkeitlichem Beistande zurückzubringen; sie sind auch besugt, unethische, ungehorsame oder die häusliche Ordnung und Ruhe störende Kinder auf eine nicht übertriebene und ihrer Gesundheit unschädliche Art zu züchtigen.

§ 146. Die Kinder erlangen den Namen ihres Vaters, sein Wappen und alle übrigen, nicht bloß persönlichen Rechte seiner Familie und seines Standes.

§ 147. Die Rechte, welche vorzüglich dem Vater als Haupt der Familie zustehen, machen die väterliche Gewalt aus.

§ 148. Der Vater kann sein noch unmündiges Kind zu dem Stande, welchen er für dasselbe angemessen findet, erziehen; aber nach erreichter Mündigkeit kann das Kind, wenn es sein Verlangen nach einer anderen, seiner Neigung und seinen Fähigkeiten mehr angemessenen Berufsart dem Vater fruchtlos vorgetragen hat, sein Gesuch vor das ordentliche Gericht bringen, welches mit Rücksicht auf den Stand, auf das Vermögen und die Einwendungen des Vaters von antzweigen darüber zu erkennen hat.

§ 149. Alles, was die Kinder auf was immer für eine gesetzmäßige Art erwerben, ist ihr Eigentum; so lange sie aber unter der väterlichen Gewalt stehen, kommt dem Vater die Verwaltung zu. Nur wenn der Vater zur Verwaltung unfähig oder von denjenigen, die seinen Kindern das Vermögen zugewendet haben, von derselben ausgeschlossen worden ist, ernennt das Gericht einen anderen Verwalter.

§ 150. Von den Einkünften des Vermögens sind, so weit sie reichen, die Erziehungskosten zu bestreiten. Ergibt sich dabei ein Ueberschuß, so muß er angelegt und darüber jährlich Rechnung gelegt werden. Nur dann, wenn dieser Ueberschuß gering wäre, kann der Vater von Legung einer Rechnung freigesprochen, und ihm derselbe zur freiwilligen Verwendung überlassen werden. Wird dem Vater von demjenigen, dem das Kind das Vermögen zu verdanken hat, die Fruchtnießung verwilliget, so haften die Einkünfte doch immer für den standesgemäßen Unterhalt des Kindes, und sie können zum Abbruche desselben von den Gläubigern des Vaters nicht mit Beschlag genommen werden.

§ 151. Über das, was ein obgleich minderjähriges, jedoch außer der Verpflegung der Eltern stehendes Kind durch seinen Fleiß erwirbt, sowie auch über Sachen, die einem Kinde nach erreichter Mündigkeit zum Gebrauche übergeben worden sind, kann es frei verfügen.

§ 152. Die unter der väterlichen Gewalt stehenden Kinder können ohne ausdrückliche oder doch stillschweigende Einwilligung des Vaters keine gültige Verpflichtung eingehen. Auf solche Verpflichtungen ist überhaupt das anzuwenden, was in dem nächsten Hauptstücke über die verbindlichen Handlungen der unter der Vormundschaft stehenden Minderjährigen bestimmt wird. Dem Vater kommt auch die Verbindlichkeit zu, seine minderjährigen Kinder zu vertreten.

§ 153. Die Vorschriften, welche zur gültigen Ehe einer minderjährigen Person beobachtet werden müssen, sind in dem vorhergehenden Abschnitte enthalten (§ 49 ff.).

§ 154. Der auf die Erziehung der Kinder gemachte Aufwand gibt den Eltern keinen Anspruch auf das von den Kindern nachher erworbene Vermögen. Verfallen aber die Eltern in Dürftigkeit, so sind ihre Kinder sie anständig zu erhalten verbunden.

Rechtsverhältnis zwischen unehelichen Eltern und Kindern.

§ 155. Die unehelichen Kinder genießen nicht gleiche Rechte mit den ehelichen. Die rechtliche Vermutung der unehelichen Geburt hat bei denjenigen Kindern statt, welche zwar von einer Ehegattin, jedoch vor oder nach dem oben (§ 138), mit Rücksicht auf die eingegangene oder aufgelöste Ehe bestimmten gesetzlichen Zeitraume geboren worden sind.

§ 156. Diese rechtliche Vermutung tritt aber bei einer früheren Geburt erst dann ein, wenn der Mann, dem vor der Verheirathung die Schwangerschaft nicht bekannt war, längstens binnen drei Monaten nach erhaltener Nachricht von der Geburt des Kindes die Vaterschaft gerichtlich widerpricht.

§ 157. Die von dem Manne innerhalb dieses Zeitraumes rechtlich widersprochene Rechtmäßigkeit einer früheren oder späteren Geburt kann nur durch Kunstverständige, welche nach

genauer Untersuchung der Beschaffenheit des Kindes und der Mutter die Ursache des außerordentlichen Falles deutlich angeben, bewiesen werden.

§ 158. Wenn ein Mann behauptet, daß ein von seiner Gattin innerhalb des gesetzlichen Zeitraums gebornes Kind nicht das seinige sei, so muß er die eheliche Geburt des Kindes längstens binnen drei Monaten nach erhaltener Nachricht bestreiten, und gegen den zur Verteidigung der ehelichen Geburt aufzustellenden Kurator die Unmöglichkeit der von ihm erfolgten Zeugung beweisen. Weder ein von der Mutter begangener Ehebruch noch ihre Behauptung, daß ihr Kind unehelich sei, können für sich allein demselben die Rechte der ehelichen Geburt entziehen.

§ 159. Stirbt der Mann vor dem ihm zur Bestreitung der ehelichen Geburt verwilligten Zeitraume, so können auch die Erben, denen ein Abbruch an ihren Rechten geschähe, innerhalb dreier Monate nach dem Tode des Mannes aus dem angeführten Grunde die eheliche Geburt eines solchen Kindes bestreiten.

§ 160. Kinder, die zwar aus einer ungültigen, aber aus keiner solchen Ehe erzeugt worden sind, der die in den §§ 62 bis 64 angeführten Hindernisse entgegenstehen, sind als eheliche anzusehen, wenn das Ehehindernis in der Folge gehoben worden ist, oder wenn wenigstens einem ihrer Eltern die schuldlose Unwissenheit des Ehehindernisses zu statten kommt; doch bleiben in dem letzteren Falle solche Kinder von Erlangung desjenigen Vermögens ausgeschlossen, welches durch Familienordnungen der ehelichen Abstammung besonders vorbehalten ist.

§ 161. Kinder, welche außer der Ehe geboren und durch die nachher erfolgte Verehelichung ihrer Eltern in die Familie eingetreten sind, werden, sowie ihre Nachkommenschaft unter die ehelich erzeugten gerechnet; nur können sie den in einer inzwischen bestandenen Ehe erzeugten ehelichen Kindern die Eigenschaft der Erstgeburt und andere bereits erworbene Rechte nicht streitig machen.

§ 162. Die uneheliche Geburt kann einem Kinde an seiner bürgerlichen Achtung und an seinem Fortkommen keinen Abbruch thun. Zu diesem Ende bedarf es keiner besonderen Begünstigung des Landesfürsten, wodurch das Kind als ein eheliches erklärt wird. Nur die Eltern können um solche ansuchen, wenn sie das Kind gleich einem ehelichen der Standesvorzüge oder des Rechts an dem frei vererblichen Vermögen teilhaft machen wollen. In Rücksicht auf die übrigen Familienglieder hat diese Begünstigung keine Wirkung.

§ 163. Wer auf eine in der Gerichtsordnung vorgeschriebene Art überwiesen wird, daß er der Mutter eines Kindes innerhalb des Zeitraumes beigewohnt habe, von welchem bis zu ihrer Entbindung nicht weniger als sieben, nicht mehr als zehn Monate verstrichen sind; oder wer dieses auch nur außer Gericht gesteht, von dem wird vermutet, daß er das Kind erzeugt habe.

§ 164. Die auf Angabe der Mutter erfolgte Einschreibung des väterlichen Namens in das Tauf- oder Geburtsbuch macht nur dann einen vollständigen Beweis, wenn die Einschreibung nach der gesetzlichen Vorschrift mit Einwilligung des Vaters geschehen, und diese Einwilligung durch das Zeugnis des Seelsorgers und des Paten mit dem Beisatze, daß er ihnen von Person bekannt sei, bestätigt worden ist.

§ 165. Uneheliche Kinder sind überhaupt von dem Rechte der Familie und der Verwandtschaft ausgeschlossen; sie haben weder auf den Familiennamen des Vaters, noch auf den Adel, das Wappen und andere Vorzüge der Eltern Anspruch; sie führen den Geschlechtsnamen der Mutter.

§ 166. Aber auch ein uneheliches Kind hat das Recht, von seinen Eltern eine ihrem Vermögen angemessene Verpflegung, Erziehung und Verjorgung zu fordern, und die Rechte der Eltern über dasselbe erstrecken sich so weit, als es der Zweck der Erziehung erfordert. Übrigens steht das uneheliche Kind nicht unter der eigentlichen väterlichen Gewalt seines Erzeugers, sondern wird von einem Vormunde vertreten.

§ 167. Zur Verpflegung ist vorzüglich der Vater verbunden; wenn aber dieser nicht imstande ist, das Kind zu verpflegen, so fällt diese Verbindlichkeit auf die Mutter.

§ 168. Solange die Mutter ihr uneheliches Kind, der künftigen Bestimmung gemäß, selbst erziehen will und kann, darf ihr dasselbe von dem Vater nicht entzogen werden; dessen ungeachtet muß er die Verpflegungskosten bestreiten.

§ 169. Läuft aber das Wohl des Kindes durch die mütterliche Erziehung Gefahr, so ist der Vater verbunden, das Kind von der Mutter zu trennen und solches zu sich zu nehmen, oder anderswo sicher und anständig unterzubringen.

§ 170. Es steht den Eltern frei, sich über den Unterhalt, die Erziehung und Verjorgung des unehelichen Kindes miteinander zu vergleichen; ein solcher Vergleich kann aber dem Rechte des Kindes keinen Abbruch thun.

§ 171. Die Verbindlichkeit, uneheliche Kinder zu verpflegen und zu versorgen, geht, gleich einer anderen Schuld, auf die Erben der Eltern über.

Endigung der väterlichen Gewalt.

§ 172. Die väterliche Gewalt hört mit der Großjährigkeit des Kindes sogleich auf, wofern nicht aus gerechter Ursache die Fortdauer derselben auf Ansuchen des Vaters von dem Gerichte verwilligt und öffentlich bekannt gemacht worden ist.

§ 173. Gerechte Ursachen, die Fortdauer der väterlichen Gewalt bei Gericht anzufuchen, sind: Wenn das Kind ungeachtet der Volljährigkeit wegen Leibes- oder Gemüthsgebrechen sich selbst zu versorgen, oder seine Angelegenheiten zu besorgen, nicht vermag; oder, wenn es sich während der Minderjährigkeit in beträchtliche Schulden verwickelt, oder solcher Vergehungen schuldig gemacht hat, wegen welcher es noch ferner unter genauer Aufsicht des Vaters gehalten werden muß.

§ 174. Kinder können auch vor Zurücklegung des vierundzwanzigsten Jahres aus der väterlichen Gewalt treten, wenn der Vater mit Genehmigung des Gerichtes sie ausdrücklich entläßt, oder, wenn er einem zwanzigjährigen Sohne die Führung seiner eigenen Haushaltung gestattet.

§ 175. Wenn eine minderjährige Tochter sich verheirathet, so kommt sie zwar in Rücksicht ihrer Person unter die Gewalt des Mannes (§§ 91 und 92); in Hinsicht auf das Vermögen aber hat der Vater bis zu ihrer Großjährigkeit die Rechte und Pflichten eines Kurators. Stirbt der Mann während ihrer Minderjährigkeit, so kommt sie wieder unter die väterliche Gewalt.

§ 176. Wenn ein Vater den Gebrauch der Vernunft verliert, wenn er als Verschwender erklärt; oder wegen eines Verbrechens auf längere Zeit als ein Jahr zur Gefängnißstrafe verurtheilt wird; wenn er eigenmächtig auswandert; oder wenn er über ein Jahr abwesend ist, ohne von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben; so kommt die väterliche Gewalt außer Wirksamkeit, und es wird ein Vormund bestellt; hören aber diese Hindernisse auf, so tritt der Vater wieder in seine Rechte ein.

§ 177. Väter, welche die Verspflgung und Erziehung ihrer Kinder gänzlich vernachlässigen, verlieren die väterliche Gewalt auf immer.

§ 178. Gegen den Mißbrauch der väterlichen Gewalt, wodurch das Kind in seinen Rechten gekränkt wird, oder gegen die Unterlassung der damit verbundenen Pflichten, kann nicht nur das Kind selbst, sondern jebermann, der davon Kenntniß hat, und besonders die nächsten Anverwandten, den Beistand des Gerichtes anrufen. Das Gericht hat den Gegenstand der Beschwerde zu untersuchen und die den Umständen angemessenen Verfügungen zu treffen.

Annahme an Kindesstatt.

§ 179. Personen, welche den ehelichen Stand nicht feierlich angelobet und keine eigenen ehelichen Kinder haben, können an Kindesstatt annehmen; die annehmende Person heißt Wahlvater oder Wahlmutter, die angenommene heißt Wahlkind.

§ 180. Wahlväter oder Wahlmütter müssen das fünfzigste Jahr zurückgelegt haben, und ein Wahlkind muß wenigstens achtzehn Jahre jünger sein als seine Wahlktern.

§ 181. Die Annahme an Kindesstatt kann, wenn das Kind minderjährig ist, nur mit Einwilligung des ehelichen Vaters, oder, in dessen Ermangelung nur mit Einwilligung der Mutter, des Vormundes und des Gerichtes zustande kommen. Auch wenn das Kind großjährig, aber sein ehelicher Vater noch am Leben ist, wird desselben Einwilligung erfordert. Gegen die ohne hinreichenden Grund verlagte Einwilligung kann bei dem ordentlichen Richter Beschwerde geführt werden. Die mit der erforderlichen Einwilligung versehenen Annahme an Kindesstatt ist der Landesstelle zur Bestätigung und dem Gerichtsstande der Wahlktern und des Wahlkindes zur Eintragung in die Gerichtsakten vorzulegen.

§ 182. Eine wesentlich rechtliche Wirkung der Annahme an Kindesstatt ist, daß die angenommene Person den Namen des Wahlvaters oder den Geschlechtsnamen der Wahlmutter erhält; sie behält aber zugleich ihren vorigen Familiennamen und den ihr etwa eigenen Familienadel bei. Wünschen die Wahlktern, daß der ihnen eigene Adel und das Wappen auf das Wahlkind übergehe, so muß die Bewilligung des Landesfürsten ange sucht werden.

§ 183. Zwischen den Wahlktern und dem Wahlkinde und dessen Nachkommen finden, inso weit das Gesetz keine Ausnahme macht, gleiche Rechte wie zwischen den ehelichen Eltern und Kindern statt. Der Wahlvater übernimmt die väterliche Gewalt. Auf die übrigen Mitglieder der Familie der Wahlktern hat das Verhältniß zwischen den Wahlktern und dem Wahlkinde keinen Einfluß; dagegen verliert das Wahlkind auch die Rechte seiner eigenen Familie nicht.

§ 184. Die Rechte zwischen Wahlktern und Wahlkindern können durch Vertrag anders bestimmt werden, insofern dadurch die im § 182 angeführte wesentliche Wirkung der Annahme an Kindesstatt nicht abgeändert, noch dem Rechte eines Dritten zu nahe getreten wird.

§ 185. Das rechtliche Verhältnis zwischen den Wahleltern und dem Wahlkinde kann, ins solange das Wahlkind minderjährig ist, nur mit Einwilligung der Vertreter der Minderjährigen und des Gerichtes aufgehoben werden. Nach Erlösung des Rechtsverhältnisses zwischen dem Wahlvater und dem Wahlkinde kommt das minderjährige Kind wieder unter die Gewalt des ehelichen Vaters.

§ 186. Die Rechte und Verbindlichkeiten der Waleltern und Wahlkinder lassen sich auf Kinder, die nur in Pflege genommen werden, nicht anwenden. Diese Pflege steht jedermann frei; wollen aber die Parteien hierüber einen Vertrag schließen, so muß er, insofern die Rechte des Pflegekinde geschmälert oder demselben besondere Verbindlichkeiten auferlegt werden sollen, gerichtlich bestätigt werden. Auf den Ersatz der Pflegekosten haben die Pflegeeltern keinen Anspruch.

Literatur.

A.

- Agahd Konr.: Über die soziale Bedeutung des hauswirtschaftlichen Unterrichts und seine Einführung in alle Mädchenschulen. Halle, H. Schroedel. —.50.
 Bach Wilh. Karl: Über Koedukation. Bielefeld, A. Helmh. —.40.
 Berninger Joh.: Elternhaus, Schule, Lehr- und Werkstätte. Leipzig, D. Nemnich. 1.80.
 Blätter für Knabenhandarbeit. Dir. A. Papst. Leipzig, Frankenstein & Wagner. 3.—.
 Blätter schweizerische, für Knabenhandarbeit. Zürich V., Seefeldstraße 3. 3.—.
 Blätter zur Förderung der Knabenhandarbeit in Österreich. Wien X, 3., Senefelderstraße 31. 1.20.
 Engler Karl: Kinderseelsorge. Hamburg, A. d. Rauhen Hauses. —.10.
 Friemel Robt. R.: Trennung der Geschlechter oder gemeinsame Beschulung? Langensalza, Bayer & Söhne. —.25.
 Führer ins Leben. Sammlung von Schriften zur Einführung in die tiefgründ., verständnisvolle Erziehung der Jugend. Berlin, Moderner pädag. und psychol. Verlag.
 Greyerz Dr. Thdr. v.: Försters Jugendlehre. Bern, Scheitlin, Spring & Co. 1.20.
 Gutschreiter Marianne: Die häusliche Erziehung der Kinder. Leipzig, Verlag für Literatur, Kunst und Musik. 1.50.
 Haase Joh.: Wie erziehe ich mein Kind? Hamburg, Schloßmann. —.10.
 Haupt Stef.: Individualerziehung und Drill. Wien, F. Beck. —.50.
 Hängig Dr. Pauli: Arbeitsunterricht und Volksschule. Leipzig, F. Brandstetter. —.50.
 Haudeker F.: Werkstatt und Schule. Berlin, Spamer. —.75.
 Key Ellen: Mutter und Kind. Berlin, Pan-Verlag. 1.—.
 Litz Herm.: Deutsche Landerziehungsheime. Leipzig, R. Voigtländer. 2.50.
 Pabst A.: Die moderne Erziehung in ihren praktischen Tendenzen. Leipzig, Quelle & Meyer. 1.—.
 Pabst Dr. A.: Praktische Erziehung. Leipzig, Quelle & Meyer. 1.—.
 Pabst Dr. A.: Beobachtungen über den elementaren praktisch-technischen Unterricht in den amerikanischen Schulen usw. Leipzig, Frankenstein & Wagner. 2.—.
 Pappers Joh.: Zur brennendsten Erziehungsfrage der Gegenwart. Einfiel, Benziger & Co. —.35.
 Pehet Erich: Elternvereinigungen. München, Süddeutsche Monatshefte. —.60.
 Volligkeit W.: Das Recht des Kindes auf Erziehung. Dresden, D. B. Boehmert. 1.60.
 Rasser Dr. C. O.: Die Gesamtschule Otto. —.40.
 Seidel Robert: Die Schule der Zukunft eine Arbeitsschule. Zürich, Drell Fürtli. —.80.
 Schmid Jgn.: Die Knaben-Handarbeit nach ihrem dermaligen Stande, zunächst in Deutschland. Berlin, H. Hillger. —.30.
 Wegener Hans: Das nächste Geschlecht. Gießen, A. Töpelmann. 2.—.
 Wetekamp Prof. W.: Selbstbetätigung und Schaffensfreude in Erziehung und Unterricht. Leipzig, Teubner. 1.80.

B.

- Czerny Ad.: Gesundheitslehrer, Warnsdorf XI, 7. Zu welchem Alter sollen Kinder die Schule besuchen?
 Erben: Reichenberger Zeitung, 89, 95, In der Schule und Daheim.
 Elbling R.: Freie Schulzeitung 34, 19, Elternabende.

Fleischner: Bohemia 248, Bürgerkunde.

Fleischner L.: Die Zeit 1990, Soziologie in der Mittelschule.

Fleischner L.: Neues Wiener Tagblatt 70: Rechtskurse für Frauen und Mädchen; 88: Zur Kompensationsfrage in der Schule.

Fleischner Rudw.: Tagespost Graz 281, Bürgerkundlicher Unterricht.

Fleischner: Neues Wiener Tagblatt 217, Vätererziehungsheime. 246, Elternvereinigungen.

Fleischner: Prager Tagblatt 211, Elternschutz.

Fleischner: Zeitschrift für österr. Gymnasien 4, 6, Über soziologische Belehrungen in der Mittelschule. Österr. Bürgerkunde.

Fleischner: Zeitschrift für das österr. Volksschulwesen 8, 9, Staatsbürgerliche Erziehung.

Fleischner: Zeit 2039, Bürgerkunde an Bürgerschulen.

Fren H.: Deutsches Volksblatt 94, Schule und Haus.

Fritzsche Josef: Freie Schulzeitung 32, 6, Schaffende Arbeit.

Graschl F.: Leitmeritzer Zeitung 49, Der heutige Zustand im Schulwesen ist unhaltbar. (Das-
selbe Pilsner Tagblatt 190.)

Grumbach: Deutsches Wochenblatt 35, Kinder und Weihnacht.

Grumbach Frz.: Die Grundlagen neuer Reformen für Kindererziehung. (Freie Bildungs-
blätter XVII., 11.)

Gauschner A.: Zukunft XVI., 13, Die Schule als Erlebnis.

Heiß Alfred: Freie Schulzeitung, Dr. Haufes System der natürl. Erziehung.

Heller A.: Pilsner Tagblatt 109, Zum Wirtshausbesuche der Schulkinder.

Hübner G.: Budweiser Zeitung 1908, 15, Die Schule als Glied der völkischen Kultur.

Jühner Karl: Freie Schulzeitung 18, Die Selbsttätigkeit der Schüler im Lichte der Psychologie
und Ethik.

Klima A., Tepitz: Brüxer Zeitung 106, Selig sind die Kleinen.

Klima A.: Tepitz-Schönaner Anzeiger 1907, 146, Elternsünden.

Klima: Tepitz-Schönaner Anzeiger 58, Meine Schuljungen.

Klinger Ad.: Neues Leben III., 1, Maßen, Erziehung im Hause.

Knie J.: Deutsches Volksblatt 117, Der Austritt aus der Schule.

Marshall Ost.: Grundsätze bei der Erziehung. Familientisch VI., 11.

Mulzer: Westböhmischer Grenzboten 1908, 2, Haus und Schule.

Nesky J.: Deutsche Arbeit 7, Gedanken über Erziehung in Haus und Schule.

Rott: Schulreform II., 9, Plaudereien über Erziehung und Unterricht.

Rösler Gustav: Reichenberger Deutsche Volkszeitung: Die Religion als Fundament jeder
erzieherischen Erziehung?

Sobitschka: Neue Weipertener Zeitung 36, Die Sünden der Alten rächen sich an den Jungen.

Schunk Josef: Über moderne Erziehung, Grätzlicher Zeitung 49.

Stark A.: Mitteilungen des deutschen Mittelschullehrervereins VII., 3, Zur Herausgabe einer
Schülerzeitung.

Stibitz J.: Christliche Schul- und Elternzeitung, Unterrichts- oder Erziehungs-, Neu- oder
Fachschule?

Stibitz J.: Nordwestb. Gebirgszeitung 1908, 3, Freie Männer können nur in der freien
Schule durch freie Männer erzogen werden.

Stoklas Barbara: Raasdner Zeitung 71, Ein Mahnwort an die Eltern.

Wagner Ed., Aufsig: Elbezeitung 144, Vom Strafen. Falsche Strafen.

Wagner G.: Elbezeitung 1908, 17, 29, Schule und Haus. 139, 140, Die Arbeit — eine
Pflicht. 141, Faulheit — ein Laster.

Wagner: Elbezeitung 142, Wie die Faulheit das Leben vergiftet.

Wagner Ed.: Elbezeitung 69, Arbeit und Erholung.

Wagner: Elbezeitung 84, 92, Verwendung der Mußezeit.

Wagner Ed.: Elbezeitung 132, Schule und Haus. 147, Was aus Lieblingsbeschäftigungen
werden kann.

Wagner Ed.: Arbeit gegen unsere Kinder, Elbezeitung 148.

Wiechowaki W.: Familientisch VI., 6, Kleine Sünden in der Kinderstube.

Winter R.: Grätzlicher Volksblatt 99, Für Vater und Mutter.

Wunderlich Ed.: Österreichischer Schulbote 58, 8, Fünfter allgem. deutscher Erziehungstag.

Zapp H.: Allgemeiner Anzeiger 22, Familienchronik.

Hilfseinrichtungen für die bedürftige Schuljugend.

Allgemeine Übersicht der Hilfseinrichtungen für die deutsche Schuljugend nach Schulbezirken.

(Jahresbericht des k. k. Landes Schulrates für das Jahr 1907.)

Deutsche Schulbezirke	Kindergärten				Kinderbewahr- anstalten				Anzahl der						
	Gesamtzahl	Anzahl der			Gesamtzahl	Anzahl der			Jugendspiel- plätze	Kinderhorte und Beschäftigungs- anstalten	Kinder- wärmestuben	Ferien- kolonien	Suppen- anstalten	Weihnachts- bescherungen	
		Kinder- gärtnerinnen und Wärter- rinnen	aufge- nommen.			Kinder- gärtnerinnen und Wärter- rinnen	aufge- nommen.								
		K.	M.			K.	M.								
Aisch	2	2	57	55	—	—	—	—	—	—	—	—	3	13	
Ausfig	18	35	377	405	1	2	24	30	3	2	—	2	34	29	
Bischofteinitz	2	5	60	54	1	2	28	45	3	—	1	—	11	23	
B.=Leipa	1	2	19	23	2	3	42	52	3	—	—	—	29	25	
Braunau	3	6	50	40	1	2	18	28	2	—	—	—	8	24	
Brüx	13	33	736	839	1	2	42	52	13	—	—	2	24	19	
Budweis	24	50	779	765	—	—	—	—	1	—	—	—	23	28	
Dauba	5	9	125	169	—	—	—	—	17	—	—	—	25	23	
D.=Brod	2	4	36	27	1	2	16	21	—	—	—	—	5	15	
D.=Gabel	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	4	15	
Dux	13	24	270	320	8	18	302	341	4	—	—	1	9	13	
Eger	3	12	170	200	—	—	—	—	3	—	—	—	9	2	
Falkenau	4	5	59	120	2	4	74	85	2	—	—	—	34	10	
Friedland	1	2	36	39	3	10	100	132	2	3	—	—	16	26	
Gablonz a. N. . . .	5	10	102	129	—	—	—	—	28	—	—	2	20	62	
Graslitz	2	3	27	33	—	—	—	—	—	—	—	—	18	8	
Hohenelbe	5	10	69	84	1	3	10	15	3	—	—	—	19	39	
Kaaden	3	3	60	66	1	2	14	19	—	—	—	—	45	—	
Kaplitz	3	6	74	98	—	—	—	—	2	—	—	—	34	26	
Karlsbad	8	17	195	218	1	3	48	50	4	—	—	—	17	30	
Klattau	—	—	—	—	1	2	17	20	—	—	—	—	9	5	
Komotau	5	8	163	155	1	2	52	44	14	—	—	2	10	16	
Königinhof	2	4	27	17	—	—	—	—	1	—	—	—	2	12	
Kralowitz	1	2	15	21	1	2	16	24	—	—	—	—	3	2	
Krumau	2	8	122	120	—	—	—	—	—	—	—	—	24	11	
Landáskron	2	4	39	54	—	—	—	—	—	—	—	—	6	15	
Leitmeritz	18	34	327	402	1	2	7	9	8	—	2	1	27	33	
Leitomisitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	7	
Luditz	2	3	36	40	—	—	—	—	1	—	—	—	10	—	
Marienbad	2	6	55	85	—	—	—	—	2	—	—	—	3	8	
Mies	16	36	661	615	—	—	—	—	18	—	—	—	15	29	
Neuhäus	—	—	—	—	1	2	20	15	—	—	—	—	12	5	
Plan	2	5	56	75	—	—	—	—	—	—	—	—	8	8	
Poderšam	2	4	47	48	2	4	38	32	2	—	—	—	4	20	
Politschna	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	4	
Prachatitz	4	11	176	179	1	2	14	19	—	—	—	—	12	24	
Prag	8	15	127	121	1	3	22	32	2	—	—	4	1	10	
Prešnitz	1	2	38	25	—	—	—	—	—	—	—	—	27	—	
Reichenberg (Land)	9	17	206	232	1	2	35	34	8	—	3	2	20	46	

Deutsche Schulbezirke	Kindergärten				Kinderbewahr- anstalten				Anzahl der					
	Gesamtzahl	Anzahl der			Gesamtzahl	Anzahl der			Jugendspiel- plätze	Kinderhorte und Beschäftigungs- anstalten	Kinder- wärmetuben	Ferien- kolonien	Suppen- anstalten	Weihnachts- bescherungen
		Kinder- gärtnerinnen und Wärter- innen	aufge- nommen.			Kinder- gärtnerinnen und Wärter- innen	aufge- nommen.							
			K.	M.			K.	M.						
Reichenberg (Stadt) .	5	10	134	150	3	10	158	153	1	2	—	2	3	13
Rumburg .	2	3	58	79	2	4	60	79	5	1	—	1	14	22
Saaz . . .	7	16	268	263	1	2	23	21	11	—	—	—	19	23
Schluseneau	3	3	73	96	1	3	26	37	—	4	—	—	17	13
Schützen- hofen . .	—	—	—	—	1	2	41	44	—	—	—	—	13	22
Senftenberg	1	2	13	16	—	—	—	—	—	—	—	—	32	32
St. Joa- himstal .	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	21	21
Tachau . .	—	—	—	—	2	2	86	87	—	—	—	—	14	6
Taus . . .	1	2	20	28	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5
Tepl . . .	1	1	52	54	—	—	—	—	1	—	—	—	6	8
Teplitz . .	9	13	214	202	7	15	317	319	4	—	—	2	4	12
Tetichen . .	4	8	91	125	—	—	—	—	10	—	—	—	28	25
Trautenau	4	14	156	155	3	6	49	47	9	—	—	1	37	55

a) Krippen, Kinderbewahranstalten, Kindergärten.

Krippen nennt man Tagesheimstätten für Kinder im Alter von etwa $\frac{1}{2}$ —3 Jahren, Kinderbewahranstalten solche für Kinder bis etwa zu 6 Jahren. Säuglingskrippen sind für Brust- und für Flaschenkinder eingerichtete Tagesheimstätten.

Die Kindergärten haben die Aufgabe, die häusliche Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter zu unterstützen und zu ergänzen, somit die Kinder durch geregelte Übung des Leibes und der Sinne, sowie durch naturgemäße Bildung des Geistes für den Volksschulunterricht vorzubereiten.

Die erstgenannten Hilfseinrichtungen für die bedürftige Jugend im vorschulpflichtigen Alter sind sowohl für Industrie- als auch für Agrargegenden ein ungemein wirksames Mittel gegen deren Verwahrlosung, gegen Gefährdung ihrer eigenen körperlichen Sicherheit, sowie jener der Allgemeinheit durch kindlichen Unverstand. Sie ermöglichen es den Eltern, ihrem Tagewerke nachgehen zu können und müssen vor allem diesem Bedürfnisse, aus dem sie hervorgegangen sind, entsprechen. Sie müssen daher den Kindern volle Verpflegung, verlässliche Aufsicht, angemessene Beschäftigung, gesundheitlich geeignete Räume zu mäßigen Preisen (6—10 Heller täglich) zur Verfügung stellen und müssen weiters solange geöffnet sein, als dies nach den örtlichen Verhältnissen nötig ist.

Nach dem Berichte des k. k. Landes Schulrates für das Königreich Böhmen gab es zu Ende des Jahres 1907 insgesamt 170 Kinderbewahranstalten und 326 Kindergärten, davon in deutschen Schulbezirken 53 Kinderbewahranstalten und 230 Kindergärten. In den deutschen Kinderbewahranstalten wurden 1699 Knaben und 1886 Mädchen verpflegt, in den deutschen Kindergärten 6475 Knaben und 7041 Mädchen beschäftigt.

Bezüglich dieser Anstalten gelten für uns in Böhmen folgende gesetzliche Bestimmungen:

I. Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869.

§ 10. Mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse des Ortes können mit einzelnen Schulen Anstalten zur Pflege, zur Erziehung und zum Unterrichte noch nicht schulpflichtiger Kinder, sowie spezielle Lehrkurse für die der Schulpflicht entwachsene Jugend verbunden werden.

§ 27. Zur praktischen Ausbildung der Zöglinge (an den Lehrerbildungsanstalten) besteht bei jeder Lehrerbildungsanstalt eine Volksschule als Übungs- und Mustererschule, bei Bildungsanstalten für Lehrerinnen auch ein Kindergarten.

§ 29. Außerdem sind die Zöglinge (an Lehrerbildungsanstalten) dort, wo sich dazu Gelegenheit findet, mit der Methode des Unterrichts für Taubstumme und Blinde, sowie mit der Organisation der Kindergärten- und der Erziehungsanstalten für sittlich verwahrloste Kinder bekannt zu machen.

§ 30. (An Lehrerinnenbildungsanstalten). Außerdem sind die Zöglinge dort, wo sich dazu die Gelegenheit findet, mit der Organisation des Kindergartens bekannt zu machen.

II. Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 22. Juni 1872, Z. 4711, Verordnungsblatt Nr. 52 an alle Landeschulbehörden in betreff der Kindergärten und damit verwandten Anstalten.

Das Reichs-Volksschulgesetz vom 14. Mai 1869 enthält in den §§ 10, 27, 29 u. 30 grundsätzliche Bestimmungen, welche Anstalten zur Pflege, zur Erziehung und zum Unterrichte noch nicht schulpflichtiger Kinder, sowie die Heranbildung derjenigen, welche in solchen Anstalten zu wirken berufen sein sollen, zum Gegenstande haben.

Diese grundsätzlichen Bestimmungen bedürfen, obwohl eine gesetzliche Pflicht zur Errichtung gedachter Anstalten nicht besteht, einer näheren Ausführung, welche eine Richtschnur geben soll, einerseits all denjenigen, welche die Gründung solcher Anstalten zu fördern geneigt sind, andererseits den Schulbehörden, denen gesetzlich die Aufsicht über dieselben zusteht und dadurch die Pflicht obliegt, bezügliche Bestrebungen anzuregen und kräftigt zu unterstützen.

Demzufolge habe ich mich bestimmt gefunden, die in Abschrift beiliegende Verordnung „über Kindergärten und verwandte Anstalten“ zu erlassen, deren Kundmachung durch das Reichsgesetz- und Verordnungsblatt unter einem erfolgt.

Indem ich den k. k. Landeschulrat ersuche, für die ausgebreitetste weitere Verlautbarung dieser Verordnung im Lande zu sorgen, füge ich nachstehendes bei:

Es liegt unzweifelhaft im Geiste des Reichsvolksschulgesetzes, daß eine gesunde, vernünftige Erziehung der Jugend im vorschulpflichtigen Alter einen wichtigen Teil der gesamten Volkserziehung bildet, und durch sie eine gedeihliche Lösung der Aufgabe der Volksschule wesentlich bedingt ist. Als die diesem Zwecke entsprechendste Anstalt für Kinder im vorschulpflichtigen Alter ist, übereinstimmend mit dem Urtheile der gewichtigsten ärztlichen und pädagogischen Schriftsteller, heutzutage in allen Kulturstaaten „der Kindergarten“ anerkannt. Während die Anfänge der Erziehung im zarten Kindesalter ihrem Wesen nach mit dem vorwiegenden Charakter der Pflege der Familie oder der Bewahranstalt (teilweise auch der Krippe) zufallen, übernimmt der Kindergarten seine Zöglinge, um deren Leibes- und Geisteserziehung derart gleichmäßig zu fördern, daß dieselben dereinst am Volksschulunterrichte mit Erfolg teilnehmen können. Bewahranstalten und Krippen haben vorwiegend den Charakter von Pflegeanstalten, während die Aufgabe des Kindergartens unter einem höheren Gesichtspunkte, dem der Erziehung aufzufassen ist.

Die Kindergarten-Erziehung soll der Jugend heilsame Anregung und zweckmäßige Beschäftigung bieten, neben der Übung des Leibes, der Hände und Sinne in rechter Würdigung der kindlichen Natur auf Belebung des Frohsinnes, auf echte Gemüths- und Willensbildung durch Rucht und Beispiel, und namentlich auf die Gewöhnung zu jenen geselligen Tugenden hinwirken, welche eben so sehr eine Blerde der Jugend als die Grundlage gesunder Volksbildung ausmachen. Der Kindergarten bietet den Kindern alles, was die Erziehungswissenschaft als zulässig und notwendig bezeichnet, und hält alles fern, was den Kindern nicht frommt. Aus diesen Gründen wurden in der Verordnung die Kindergärten ausführlich behandelt und verwandte Anstalten nur mit wenigen Bestimmungen am Schlusse berücksichtigt.

Die sorgfältige Erziehung, wie sie der Kindergarten vermittelt, soll künftig nicht bloß den Kindern vorschulpflichtigen Alters in wohlhabenden Familien zuteil werden, sondern die tunkliche Verbreitung finden und dadurch bewirkt werden, daß auch die Familienerziehung im allgemeinen eingreifende Änderungen zum Guten erfahre. Die Kindergarten-Erziehung kann hinfort nicht ausschließlich der Tätigkeit wohlthätiger Vereine überlassen bleiben, auch nicht mehr bloß eine Sache des Erwerbs bilden. Darum appelliert die Verordnung, ohne der bisherigen Tätigkeit der Vereine und Privaten Schranken zu setzen, an die Einsicht und Opferwilligkeit der ganzen Bevölkerung, indem sie Länder, Schulbezirke und vorzugsweise die Ortsgemeinden

aufruft, die Gründung öffentlicher Kindergärten in die Hand zu nehmen und auch in diesen Schöpfungen einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen gegenüber ihren Angehörigen zu erblicken und zu erfüllen. Dieser Appell schließt zugleich die Aufforderung an alle zur Leitung des Volksschulwesens berufenen Behörden und einzelne Organe in sich, dieser wichtigen Angelegenheit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, nach Zulaß und Bedarf überall anregend und fördernd mitzuwirken. Eine solche Einflußnahme der Schulbehörden wird sich zunächst bezüglich der Städte, welche im allgemeinen ohnehin einer zeitgemäßen Kindererziehung bereits das nötige Verständnis entgegenbringen, dann bezüglich der Fabriks- und jener Orte geltend zu machen haben, wo die Verhältnisse eine naturgemäße Familienerziehung beeinträchtigen oder geradezu in Frage stellen. Mit gesondert bestehenden öffentlichen Mädchenschulen wären überall, sobald als möglich, Kindergärten zu verbinden. Nicht minder liegt es vollkommen in der Tendenz der Verordnung, daß die schon bestehenden Kinderbewahranstalten, welche erfahrungsgemäß so häufig an Überfüllung, Mangel eines leitenden Prinzips und anderen Gebrechen leiden, mit Rücksicht auf die Forderungen der Pädagogik, sobald als möglich, in Kindergärten umgestaltet werden, zumal dadurch der Zweck der Bewahranstalt als solcher in keiner Weise gefährdet zu werden braucht (§ 5). Schon durch diese Umwandlung der genannten Humanitäts- in eigentliche Erziehungsanstalten könnte unter materieller Mitwirkung der Länder, Bezirke und Gemeinden, welche insbesondere zur Beschaffung der in größeren Städten durch Einbeziehung eines Gartens kostspieligeren Lokalitäten für solche Anstalten anzurufen wäre, bei einem namhaften Teile der unteren Volksklassen der rechte Grund zur geistig-sittlichen Erziehung gelegt werden. So lange aber diese Umgestaltung nicht möglich wird, sind doch in die Bewahranstalten die Grundzüge des Kindergartens tunlichst einzuführen. Unzweifelhaft werden Vereine und Private, besonders dann, wenn eine materielle Unterstützung größerer Gemeinschaften hinzutritt, bereit sein, zur inneren Verbesserung der bestehenden Anstalten die Hand zu bieten und neue, zeitgemäß eingerichtete Anstalten ins Leben zu rufen. Zu letzterem Zwecke wäre auch die Bildung neuer wohltätiger Frauenvereine, auf welchem Wege bisher schon manches Anerkennungswerte erreicht wurde, in geeigneter Weise anzuregen.

Wo öffentliche Kindergärten errichtet werden, ist tunlichst dahin zu wirken, daß den Familien die unentgeltliche Benützung derselben gewährt werde.

Ich wünsche lebhaft, daß das Streben nach Hebung unserer Volksbildung, dem auch die gegenwärtige Verordnung Ausdruck gibt, allseitig gewürdigt werde, und der Anerkennung des Zwecks baldigst Taten folgen mögen. Es wird eine dankenswerte Aufgabe der Landes Schulbehörden sein, wegen der Ausführung dieser Verordnung insbesondere mit den Vertretungen des Landes und der größeren Stadtkommunen direkt sich in das Vernehmen zu setzen. Zur Einflußnahme auf die Entwicklung und Gestaltung des Kindergarten-Instituts in weiteren Kreisen erscheinen vorzugsweise die k. k. Bezirks-Schulinspektoren berufen. Diesen mache ich es insbesondere zur Pflicht, mit dem Wesen der Kindergarten-Erziehung sich eingehend bekannt zu machen, das Bedürfnis bezüglich der Anstalten wahrzunehmen, überall anregend zu wirken und nach Erfordernis die höhere Einwirkung durch geeignete Anträge hervorzurufen. Erfolge in dieser Richtung sollen ihnen zum besonderen Verdienst angerechnet werden. Dieselben sind auch in den Jahresschulberichten der Landes Schulbehörde ersichtlich zu machen, mit denen ich sofort vollständige Nachweisungen über Kindergärten und verwandte Anstalten in einem besonderen Abschnitt zu liefern sein werden.

Die nähere Instruierung der Bezirksschulinspektoren in dieser Richtung und insbesondere bezüglich dessen, worauf sie bei dem Besuche der Kindergärten und der Bewahranstalten zu sehen haben, überlasse ich bis auf weiteres den Landes Schulbehörden selbst, indem ich Grundzüge für eine solche Instruktion, worin zugleich die konkreten Ziele der Kindergarten-Erziehung angegeben sind, abschriftlich zur Benützung beischleße.

Im engen Zusammenhange mit dem Streben der Unterrichtsverwaltung nach Gründung und Vermehrung zweckmäßiger Erziehungsanstalten für Kinder im vorerschulpflichtigen Alter steht die Sorge für die Heranbildung derjenigen, welche in diesen Anstalten wirken sollen, wovon der Abschnitt b) dieser Verordnung handelt. Während zur Leitung eines Kindergartens, die anstandslos Männern anvertraut werden kann, einige Bekanntschaft mit der Organisation solcher Anstalten ausreicht, wofür bezüglich der Lehrerbildungsanstalten im § 29 des Reichsvolksschulgesetzes vorgeesehen ist, und welcher Forderung künftig jede mögliche Beachtung zuzuwenden ist, eignet sich zu der eigentlichen Kindergarten-Erziehung ausschließlich das weibliche Geschlecht. Zur erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe bedarf es eines kindlichen, dem Verständnis für das Kinderleben offenen Sinnes, liebevoller Geduld und Milde, welche das Kind unwiderstehlich anzieht, sowie einer praktischen Anstelligkeit gegenüber den Kleinen — durchwegs Eigenschaften, welche ganz vorzugsweise dem weiblichen Geschlechte gegeben sind. Wo daher staatliche Lehrerinnenbildungsanstalten schon bestehen oder neue errichtet werden, haben diese fortan auch die Heranbildung von Kindergärtnerinnen sich ernstlich angelegen sein zu lassen. Zu diesem Ende ist zunächst die Veranstellung zu treffen, daß nebst demjenigen, was alle Lehramtskandidatinnen über Kleinkindererziehung im Gegenstande der Pädagogik notwendig zu lernen haben, denjenigen Lehramtskandidatinnen, welche sich speziell auch als Kindergärtnerinnen befähigen wollen, während des vorletzten oder letzten Jahrgangs Gelegenheit ge-

boten sei, eine eingehendere theoretisch-praktische Kenntnis des Kindergartens zu erlangen. In solcher Absicht wurde dieser Gegenstand in den mit meiner Verordnung vom 11. Mai d. J., Z. 2259, vorgezeichneten Reisezeugnis-Formularen als ein nicht obligater ausdrücklich angenommen und schließt sich dieser Anordnung konsequent der § 20 der gegenwärtigen Verordnung an, wonach zur Anstellung als Kindergärtnerin nicht schlechweg jedes Reisezeugnis für Volksschulen, sondern dasjenige berechtigt, in welchem ein guter Prüfungserfolg bezüglich der theoretisch-praktischen Kenntnis des Kindergartens nachgewiesen ist.

Außerdem sollen zur Heranbildung von Kindergärtnerinnen an einzelnen, von mir dazu zu bestimmenden Lehrerinnenbildungsanstalten noch besondere einjährige Kurse nach Art jener für Lehrerinnen weiblicher Handarbeiten eingerichtet werden, und ist die Organisation derselben im § 21 der gegenwärtigen Verordnung ausgeführt.

Da sich dieser Zweck nach der einen und anderen Richtung nur dann wird vollständig erreichen lassen, wenn eine bewährte Kindergärtnerin bestellt und ein Kindergarten zur praktischen Übung der Lehrerinnenbildungsanstalt beigegeben wird, unterliegt es keinem Anstande, die hierfür erforderlichen Kosten aus dem Kameralfonds, Titel „Lehrerbildungsanstalten“ in Anspruch zu nehmen, und ich sehe seitens derjenigen Landes Schulbehörden, in deren Gebiete Lehrerinnenbildungsanstalten bereits bestehen, diesbezüglichen Anträgen entgegen. Hierbei wäre in Bezug auf die Bestellung von Kindergärtnerinnen sowohl über die Besoldung, welche denselben zu gewähren ist, als auch über die Art der Bestellung (ob durch Berufung oder Konkursauschreibung im In- und Auslande) sich eingehend auszusprechen. Die Errichtung von Übungskindergärten bei den Lehrerinnenbildungsanstalten auf Staatskosten wird aber nur dort ins Auge zu fassen sein, wo nicht ein guter öffentlicher oder Privatkindergarten besteht oder neu errichtet wird, und durch ein Übereinkommen mit dem Gründer dessen Mitbenützung für die Zwecke der Lehrerinnenbildungsanstalt gesichert werden könnte. Unter allen Umständen wünsche ich, daß mit der Heranbildung von Kindergärtnerinnen nach den voranstehenden Andeutungen in den größeren Hauptstädten schon mit dem nächsten Schuljahre der Anfang gemacht werden könnte.

Daneben ist den im § 23 der Verordnung erwähnten gleichen Privatbildungskursen jede Förderung angedeihen zu lassen, da die Gewinnung brauchbarer Kindergärtnerinnen ein immer dringenderes Bedürfnis unserer sozialen Verhältnisse wird und dieses Bedürfnis durch die staatlichen Lehrerbildungsanstalten nur allmählich wird befriedigt werden können.

Der Verordnungsabschnitt c) zeigt, welch wichtige ergänzende Aufgabe dem Kindergarten zukommt. Er soll gleichzeitig auch eine praktische Bildungstätte für die erwachsene weibliche Jugend sein. In ihm wird die künftige Mutter für ihren Beruf, die künftige Erzieherin für eine liebevolle und verständige Behandlung des Kindes die beste theoretisch-praktische Schule finden. Es wird auch für angehende Kindermädchen eine Schule sein. In solcher Weise soll der Kindergarten allmählich auch Hilfskräfte für die Familienerziehung, die bisher nicht selten vom Auslande genommen werden, schaffen, und begabten Mädchen Gelegenheit geben, einen ehrenhaften Erwerb zu finden.

Daß Kinderbewahranstalten, von denen der Abschnitt B der Verordnung handelt, nach wie vor bestehen und auch neu errichtet werden können, ergibt sich aus den bestehenden Schulgesetzen; es ist jedoch, wie schon oben näher ausgeführt wurde, Aufgabe der Schulaufsicht, auch in diese Anstalten regelnd einzugreifen.

53. Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 22. Juni 1872,

womit Bestimmungen über Kindergärten und damit verwandte Anstalten erlassen werden.

A. Kindergärten.

a) Zweck und Einrichtung.

§ 1. Der Kindergarten hat die Aufgabe, die häusliche Erziehung der Kinder im vor-schulpflichtigen Alter zu unterstützen und zu ergänzen, somit die Kinder durch geregelte Übung des Leibes und der Sinne, sowie durch naturgemäße Bildung des Geistes für den Volksschulunterricht vorzubereiten.

§ 2. Die Mittel der Kindergarten-erziehung sind: Beschäftigungen, welche den schaffenden und gestaltenden Tätigkeitsbetrieb bilden, Bewegungsspiele mit und ohne Gesang, Anschauen und Besprechen von Gegenständen und Bildern, Erzählungen und Gedichten, endlich leichte Gartenarbeiten.

Aller Unterricht im Sinne der Schule ist streng ausgeschlossen.

§ 3. Die Aufnahme in den Kindergarten darf nicht vor dem Eintritt des 4. Lebensjahres und die Entlassung aus demselben muß im Sinne des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 (§§ 21, 23) mit der Vollendung des 6. Lebensjahres der Zöglinge erfolgen.

Aufnahme und Austritt der Kinder kann nach Wunsch der Eltern oder deren Stellvertreter jederzeit stattfinden.

Kinder, welche mit Gebrechen behaftet sind, die eine Gefahr für die übrigen Zöglinge fürchten lassen, dürfen in den Kindergarten nicht aufgenommen werden.

§ 4. Kindergärten können von Ländern, Schulbezirken, Ortsgemeinden, Vereinen, sowie von jeder unbescholtenen, selbständigen Privatperson unter den in den §§ 5–16 dieser Verordnung enthaltenen Bedingungen gegründet werden.

Zur Eröffnung solcher Anstalten wird die Genehmigung der Landes Schulbehörde erfordert.

Die von Ländern, Schulbezirken und Ortsgemeinden errichteten Kindergärten werden öffentliche, die von Vereinen und Privatpersonen gegründeten und erhaltenen Privatkindergärten genannt.

§ 5. Der Kindergarten kann entweder selbständig, oder in Verbindung mit einer Volksschule bestehen. Er beschäftigt die Kinder mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich durch 2–3 Vormittags- und 2 Nachmittagsstunden; er kann aber zugleich so eingerichtet werden, daß er Kinder auch für die übrige Zeit des Tages in Beschäftigung nimmt.

§ 6. Die Anzahl der einer beaufsichtigenden Person zuzuweisenden Kinder darf höchstens 40 betragen.

§ 7. Die für einen Kindergarten bestimmten Räumlichkeiten müssen bequeme, sichere Zugänge und eine vollkommen gesunde Lage haben, hell und für die ungehemmte Bewegung der Zöglinge ausreichend sein. Stiegen sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

Dem Kindergarten muß außer passenden Zimmern oder Sälen ein ausreichender, freundlicher und geschützter Platz zu Spiel und Bewegung im Freien (d. i. ein Garten oder ein Hofraum mit Spielplätzen) zu Gebote stehen. Ausnahmen sind nur für größere Städte und nur bei Privatkindergärten zulässig.

§ 8. Der Kindergarten muß die nötigen Anschauungs- und Beschäftigungsmittel, die erforderlichen Bänke oder Sitze, mit Vinnenetzen versehene Tische und angemessene Vorrichtungen für die leiblichen Bedürfnisse der Kinder besitzen.

§ 9. Jeder Kindergarten ist nach einem den lokalen Bedürfnissen entsprechenden Statute und Beschäftigungspläne zu führen.

§ 10. Der Gründer ist für die äußere Einrichtung, der Leiter (Leiterin) für die pädagogische Führung des Kindergartens verantwortlich.

§ 11. Die Leitung eines mit der Volksschule verbundenen Kindergartens steht dem Leiter dieser Volksschule zu.

Die Leiter (Leiterinnen) selbständig bestehender Kindergärten müssen sittlich unbescholten sein, das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben, mindestens das Reisezeugnis für allgemeine Volksschulen besitzen und den Nachweis liefern, daß sie sich durch ein wenigstens dreimonatliches Hospitieren in einem gut eingerichteten Kindergarten mit dem Wesen der Kindergarten-erziehung vertraut gemacht haben. Eine Dispens von der Beibringung des Reisezeugnisses kann nur der Unterrichtsminister in Fällen erteilen, wo die erforderliche pädagogische Befähigung in anderer Weise vollkommen nachgewiesen ist.

§ 12. Die praktische Erziehung im Kindergarten und der eigentliche Verkehr mit den Kindern kommt den Kindergärtnerinnen zu, welche die vorschrittsmäßige Befähigung für diesen Beruf (§ 29–24) nachzuweisen haben. Die Lehrerin kann, falls sie diese Befähigung besitzt, auch das Amt einer Kindergärtnerin ausüben.

§ 13. Wärterin im Kindergarten darf jede rüstige und geistig normal organisierte, moralisch unbeanstandete Person sein.

§ 14. Die Bestellung des Leiters (der Leiterin), der Kindergärtnerinnen und Wärterinnen steht unter Beobachtung der §§ 11–13 dem Gründer des Kindergartens gegen Anzeige an die Bezirksschulbehörde zu. Denselben ist auch die Bestimmung überlassen, ob und in welchem Ausmaße für die Benützung des Kindergartens ein Honorar zu entrichten sei.

§ 15. Jeder Wechsel in der Leitung oder Führung des Kindergartens, sowie jede Änderung des Lokales ist der Bezirksschulbehörde vor der Ausführung anzuzeigen.

§ 16. Der Besuch des Kindergartens seitens des Publikums ist gegen Anmeldung jederzeit gestattet.

§ 17. Die Kindergärten unterstehen der Aufsicht der Schulbehörden. Die distriktpädagogische Aufsicht liegt dem k. k. Bezirksschulinspektor ob. Im übrigen sind die öffentlichen Kindergärten durch die Ortsschulbehörde, die Privatkindergärten durch die Bezirksschulbehörde zu überwachen.

Der Ortsschulbehörde steht es frei, zur unmittelbaren Überwachung der öffentlichen Kindergärten, ein Frauenkomitee aus den Angehörigen der Gemeindeglieder beizuziehen. Dieses hat sodann die Aufgabe, die Anstalten von Zeit zu Zeit zu besuchen, und die zur Förderung derselben dienlichen Anträge an die Ortsschulbehörde zu stellen.

§ 18. Kindergärten, an welchen die in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften nicht

beachtet oder den Zweck gefährdende Gebrechen offenbar werden, sind von der Landes Schulbehörde zu schließen.

Die §§ 19—24 sind durch die §§ 90—101 des M.-G. vom 31. Juli 1886, Z. 6031, ersetzt.

c) Vorbildung der weiblichen Jugend durch den Kindergarten für Erziehung und Kinderpflege.

§ 25. Die Mädchen in den Oberklassen der Volks- und Bürgerschulen sind nach Tüchtigkeit zur Teilnahme an den Spielen und Beschäftigungen des Kindergartens abteilungsweise beizuziehen.

Überdies ist jeder Leiter und jede Leiterin eines Kindergartens berechtigt, Mädchen, welche der Schulpflicht bereits genügt haben, eine Anleitung zur naturgemäßen Kinderpflege zu geben und ihnen über den dadurch erzielten Erfolg Zeugnisse auszustellen.

B. Kinderbewahranstalten.

§ 26. Die Kinderbewahranstalt hat die Aufgabe, Kinder der arbeitenden Klassen zur Beaufsichtigung und zweckmäßigen Beschäftigung aufzunehmen, dieselben an Reinlichkeit, Ordnung und gute Sitten zu gewöhnen und ihnen Liebe zur Arbeit einzufößen.

Auch in diese Anstalten dürfen Kinder vor zurückgelegtem dritten Lebensjahre nicht aufgenommen werden.

Zur Errichtung einer Kinderbewahranstalt ist die Bewilligung der Landes Schulbehörde erforderlich, welcher es in jedem Falle zusteht, auch die Bedingungen dieser Bewilligung festzusetzen.

Für die Beaufsichtigung der Kinderbewahranstalten gelten dieselben Bestimmungen wie für die Aufsicht der Kindergärten. Hierbei ist das Augenmerk hauptsächlich darauf zu richten, daß die Einrichtungen den pädagogischen und sanitären Anforderungen der Gegenwart entsprechen, und daß jeder Schulunterricht von diesen Anstalten streng ausgeschlossen bleibe.

C. Krippen.

§ 27. Warteanstalten oder Krippen (Creches), welche aus humanitären Rücksichten Kinder unter drei Jahren jene Pflege angeheihen lassen, die ihnen die Eltern nicht gewähren können, sind lediglich den sanitätspolizeilichen Normen unterworfen (S. VGH.-Erf. v. 8. Mai 1884, Z. 943).

Stremayr, m. p.

Grundzüge zur Instruktion

für Bezirksschulinspektoren bezüglich der Kindergärten und verwandten Anstalten.

1. Der Bezirksschulinspektor hat sich in seinem Amtsbezirke die Gründung von Kindergärten und die Umwandlung der etwa bestehenden Bewahranstalten in Kindergärten angelegen sein zu lassen. Er hat die öffentlichen und Privat-Kindergärten, beziehungsweise Kinderbewahranstalten so oft als möglich zu inspizieren und ist berechtigt und verpflichtet, seine Ratschläge, wo es notwendig ist, zu geben und etwa wahrgenommene Mängelstände sogleich durch mündliche Weisungen in geeigneter Weise abzustellen.

2. Bei dem Besuche der Kindergärten und Kinder-Bewahranstalten hat der Bezirksschulinspektor vor allem auf die genaue Einhaltung der diese Anstalten regelnden Ministerialverordnung zu achten. Insbesondere hat er darüber zu wachen, daß die dem Kindergarten zugrunde liegende Idee liebevoll aufgefaßt und in Bezug auf Mittel und Methoden des Kindergartens maß- und taktvoll ausgeführt werde. Jede Einseitigkeit ist in der Weise fernzuhalten, daß das Spiel nicht zur Spielerei, zum bloßen Zeitvertreib herabsinke, noch ein bloßes Lernen stattfindet ohne begleitende Tätigkeit.

Bezüglich der Beschäftigung achte der Inspektor darauf, daß dieselbe dem jedesmaligen Alter der Kinder angemessen gewählt, aber diesen niemals aufgenötigt und daß den Kindern wahrhaft bildende und nicht bloß mechanische Fertigkeiten beigebracht werden; dann daß für die richtige Abwechslung in den Beschäftigungen gesorgt werde, daß die Tätigkeiten im Zimmer, so oft es die Jahreszeit und Witterung erlauben, mit jenen im Garten abwechseln und die Kinder möglichst oft im Garten sich aufhalten.

Der Inspektor gestatte nicht, daß Kindergärten und Bewahranstalt direkt auf die Schule vorzubereiten suche; Lesen, Schreiben, Rechnen dürfen in den Kreis der Übungen nicht einbezogen werden, auch darf eine solche Anstalt den Charakter der Lernschule durch Einführung einer strammen Disziplin nicht annehmen.

Bezüglich der Stunden, in welchen der Kindergarten geöffnet ist, sehe der Inspektor darauf, daß dieselben den lokalen Verhältnissen und den pädagogischen Grundsätzen entsprechen und daß die Kinder nicht zu einer allzulangen, ununterbrochenen Anwesenheit im Kindergarten durch die Wahl dieser Stunden genötigt werden.

3. Die konkreten Ziele der Kindergartenerziehung, welche nicht überschritten werden dürfen, sind:

- a) die Kinder sollen sich willig und gern in den Kreis ihrer Genossen einordnen;
- b) sie sollen mit Aufmerksamkeit und Interesse den kindlichen Gesprächen, Unterhaltungen und Gesprächen der Kindergärtnerin folgen;
- c) sie sollen fähig werden, das Vorgesprochene schnell, laut und ziemlich richtig nachzusprechen;
senkrechte, wagerechte und schiefe Striche leidlich zu zeichnen;
Unterschiede zwischen verschiedenen Buchstabenformen leicht aufzufinden;
die hauptsächlichsten Bewegungen, Tätigkeiten und Gegenstände ihrer Umgebung richtig zu benennen und umgekehrt mit jeder dieser Benennung auch die richtige Anschauung zu verbinden;
- d) ihr Tactgefühl soll zum Durchbruche kommen und geübt werden;
- e) sie sollen eins, zwei, drei genau von einander unterscheiden und zehn Dinge sicher abzählen können.

Erlaß des k. k. Landesschulrates vom 21. November 1872, Z. 7448,

betreffend statistische Nachweisungen der Säuglings- und Kinderbewahranstalten, Taubstumm- und Blindeninstitute und Blinden-Beschäftigungsanstalten.

Erkenntnis des k. k. Verwaltungsgerichtshofes v. 8. Mai 1884, Z. 943, B. 2115.

Kleinkinderbewahranstalten sind durch Allerh. Entschließung vom 11. Jänner 1853 als wohlthätige Anstalten erklärt, daher nach § 2 der Allerh. Entschließung vom 16. April 1839 von der Grundsteuer befreit.

Erlaß vom 8. Mai 1899, Z. 13.199, BB. f. B. 1899, S. 54,

betreffend die Förderung der Kinderbewahranstalten und Kindergärten.

Indem den k. k. Bezirksschulräten die Förderung dieser Angelegenheit im Sinne des Min.-Erl. v. 22. Juni 1872, Z. 4711, neuerdings nahe gelegt wird, wird insbesondere von den k. k. Bezirksschulinspektoren, den Lehrern und Lehrerinnen erwartet, daß sie sich vor allen berufen fühlen, die Errichtung und Förderung von Kinderbewahranstalten und Kindergärten in weiteren Kreisen anzuregen und zu beleben und diesen Anstalten neue Freunde und Gönner zu gewinnen. Erfolgreiches Wirken in diesem Sinne wird stets als ein besonderes Verdienst gelten.

Erlaß des k. k. Landesschulrates v. 23. August 1884, Z. 19.694, BB. f. B. 1884, S. 90,

betreffend die Förderung von solchen Anstalten für Kinder im vorschulpflichtigen Alter, welche die Zwecke sowohl des Kindergartens als auch der Kinderbewahr-Anstalt zu erreichen geeignet sind.

Erziehungsstätten, welche den Bedürfnissen der Arbeiterbevölkerung in Stadt und Land insbesondere entsprechen, ist die stete Fürsorge zuzuwenden und insbesondere hierzu die Mitthätigkeit der k. k. Bezirksschulinspektoren und Lehrer in Anspruch zu nehmen.

b) Tagesheimstätten.

Allgemeines. Pläne zur Anlage von Tagesheimstätten. S. I. Jahrg. 62 ff.
F. Janisch, Friedland. Zweck und Aufgabe der Tagesheimstätten. II., 1 ff.

c) Suppenanstalten.

Allgemeines. I., 65.
Grundsätze und Betriebskosten. I., 66.

Die Zahl der Suppenanstalten in den deutschen Schulbezirken betrug im Jahre 1908 1808.

Stipendien bei der k. k. Statthalterei und bei den deutschen Schutzvereinen.

d) Weihnachtsbescherungen.

Allgemeines. I., 66.

Anzahl der an deutschen Schulen veranstalteten Weihnachtsbescherungen in Jahre 1908 1967.

Subventionen bei den deutschen Schutzvereinen.

Erlaß des Landesschulrates vom 17. Juni 1872, Z. 6010,

betreffend die Förderung der Kreuzervereine.

Die Idee der Kreuzervereine zielt dahin ab, durch Gründung von Vereinen mit Kreuzerbeiträgen armen Schulkindern die nötigen Requisiten und Kleider zu schaffen, armen Gemeinden die Last der Schule zu erleichtern und so nebst der humanitären Hilfeleistung auch die Hebung der Schule selbst anzustreben. Dem k. k. Bezirksschulrate wird die Förderung und Anempfehlung dieser Vereine und das Streben nach einer recht weitgreifenden Verbreitung derselben wärmstens ans Herz gelegt.

Erlaß des Landesschulrates vom 18. Oktober 1902, Z. 41.733,

betreffend die Mitwirkung der Bezirksschulräte bei der Errichtung und Förderung von Suppenanstalten.

Betreffend die Errichtung von Suppenanstalten als Mittel zur Hebung des Schulbesuches, vgl. d. Erlaß v. 6. Jänner 1898, Z. 44.462 (WB. f. B. 1898, Nr. 1, Punkt 12, litera b).

Demgemäß werden die k. k. Bezirksschulräte ersucht, zur Förderung dieses humanen Zweckes mitzuwirken und an die Ortsschulräte und Schulleitungen einen diesbezüglichen Erlaß zu richten. Der Bezirksschulinspektor wird bei der Inspektion anregend zu wirken haben. Der k. k. Bezirksschulrat hat am Schlusse jedes Schuljahres zu berichten, welche Lehrpersonen sich besonders eifrig erwiesen haben.

Ministerielle Durchführungsverordnung zu § 60.

Es wird aber in jedem einzelnen Falle vor der Bewilligung (des ungeteilten Vormittagsunterrichtes) erwogen werden müssen, daß bei dieser Schuleinrichtung wieder Vorteile des ganztägigen Unterrichtes entfallen, wie z. B. die in einzelnen Orten notwendige Beschäftigung und Beaufsichtigung der Kinder durch die Schule am Nachmittagen, wenn sie eines entsprechenden Schutzes durch das Elternhaus entbehren oder außerhalb der Schule besonderen Gefahren ausgesetzt sind, und daß demnach in diesen Orten gleichzeitig mit der Einführung des ungeteilten Vormittagsunterrichtes die im zweiten Absätze des § 213 der Schul- und Unterrichtsordnung erwähnten Anstalten zum Schutz und zur Beschäftigung der Kinder außerhalb der Schule errichtet werden sollten.

Schul- und Unterrichtsordnung. § 59, 2. Absatz.

Zwischen dem Vormittags- und Nachmittagsunterricht ist eine angemessene Mittagspause freizulassen, während der den entfernt wohnenden Schulkindern der Aufenthalt im Schulhause zu erlauben ist.

Ministerielle Durchführungsverordnung hiezu.

Zur Erleichterung des Schulbesuches beim ganztägigen Unterrichte wären, wo es notwendig ist, eigene Räume im Schulhause einzurichten, in denen die Kinder über Mittag ver-

bleiben; auch wäre die Gründung von Suppenanstalten und die Errichtung eigener Schulküchen anzustreben.

Durchführungsverordnung des Landesschulrates.

Der Aufenthalt im Schulhause während der Mittagspause ist nur solchen Kindern zu gestatten, welche vom Schulhause entfernt wohnen. Den über Mittag bleibenden Kindern ist eine geeignete, gelüftete und genügend warme Räumlichkeit zum Aufenthalte zuzuweisen. Bei Neubauten ist auf die Schaffung eines solchen Raumes besonders Bedacht zu nehmen. Wo es die Verhältnisse erlauben, sind die über Mittag bleibenden Kinder mit Suppe oder warmer Milch zu betheilen. Wie diese Kinder während der Mittagspause zu überwachen sind, regelt an mehrklassigen Ortsschulen die Lehrerkonferenz, an einklassigen Schulen der Schulleiter im Einvernehmen mit dem Ortsschulrate; hiebei ist jedoch darauf zu achten, daß alle Lehrer genügend Zeit zur Mittagsmahlzeit haben.

Zu § 64. Bei schlechtem Wetter ist insbesondere jenen Schülern, die entfernt vom Schulhause wohnen und ihr Eintreffen nicht genau auf die Minute regeln können, auch vor der sonst festgesetzten Zeit der Eintritt in das Schulhaus zu gewähren.

Literatur.

A.

Glum und Schulz C.: Neuere Einrichtungen und Pläne auf dem Gebiete der Fürsorge für die normale volkschulentlassene männliche städtische Jugend. Leipzig, Dunder & Humblot. 1'60.
 Michel O. H.: Die Wohn- und Schlafverhältnisse unserer Schulkinder. Minden, C. Marowsky. —'60.

Staiger Dr. C.: Die Abgabe warmen Frühstücks an bedürftige Schulkinder vom Standpunkte des Schularztes. Stuttgart. C. A. Reitz. 1'50.

B.

Tanisch: Freie Bildungsblätter 6, 7. Die Fürsorgeerziehung schulpflichtiger, zeitweise aufsichtsloser Kinder in Tagesheimstätten.

Artz Prof.: Volksbote (Arnau) 1908, Das Studentenheim und seine pädag. Bedeutung.
 — Vaterland 236. Dasselbe.

Schebesta: Deutsche Arbeit. S. 567. Das neue Studentenheim der Stadt Pragatitz.

Schmöke Karl: Duxer Zeitung, Tätigkeit der Kaiser Franz Josef-Suppenanstalt während ihres 10jähr. Bestandes.

Weiß Ant.: Der Handwerker, II, 52. Die Weihnachtsbescherung.

Fürsorge für die schulentlassene Jugend.

a) Berufswahl.

Allgemeines I. 68 ff.

b) Weitere Fürsorge für die männliche Jugend.

Waisenküchlein des Bundes der Deutschen in Böhmen. I. 70—79.

Dr. Franz Tomaschek: Lehrlingsheime und Lehrlingshorte. II. S. 5.

In treffender Weise wurden die Probleme der erwerbenden Jugend besprochen von Professor Eugen Schwiedland anlässlich eines Vortrages, den er im März 1909 im niederösterreichischen Gewerbeverein hielt. Der Vortrag ist im Verlage der Manzischen k. u. k. Hof- und Universitäts-

Buchhandlung, Wien, im Drucke erschienen und sei jedem Interessenten aufs beste empfohlen.

Es finden in der genannten Schrift folgende Fragen Erörterung: Berufswahl, Stellenvermittlung, Jugendheime, Patronat, Jugendhorte, Jugendvereine, Scheidung innerhalb des Hortes bzw. Vereines, Lebens- und Bürgerkunde, allgemein zugängliche Veranstaltungen, Koch- und Dienstbotenschulen, Gesundheitskontrolle, Sparwesen, Rechtsschutz und Streitschlichtung.

Als erster größerer Verein zur Fürsorge für die erwerbende schulmündige Jugend besteht bei uns gegenwärtig der Deutsche Verein für Lehrlingsfürsorge in Prag mit nachfolgenden Satzungen.

Satzungen des Deutschen Vereines für Lehrlingsfürsorge in Prag.

Name und Sitz des Vereines. Zeitrechnung.

§ 1. Der Verein führt den Namen „Deutscher Verein für Lehrlingsfürsorge in Prag“ und hat seinen Sitz in Prag. Die Geschäftssprache ist deutsch. Das Vereinsjahr deckt sich mit dem Kalenderjahr.

Zweck des Vereines, die Mittel hiezu und deren Ausbringung.

§ 2. Zweck des Vereines ist die Fürsorge für schulentlassene deutsche Knaben und Mädchen, die in das Erwerbsleben eingetreten sind, in körperlicher, geistiger und moralischer Hinsicht.

§ 3. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes dienen:

- a) Die Errichtung und Unterstützung von Lehrlingsheimen und anderer, auch privater Wohn- und Kostorte für Lehrlinge;
- b) die Schaffung und Förderung von Jugendhorten, das sind Beschäftigungsanstalten für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in ihren freien Stunden;
- c) alle sonstigen Maßregeln und Unternehmungen, die geeignet erscheinen, den unter § 2 angegebenen Zweck des Vereines erreichen zu helfen. So die Verbreitung von Druckschriften eigenen und fremden Verlags usw.

§ 4. Die Geldmittel werden durch die Beiträge der Mitglieder, Spenden, Subventionen, Legate, den Ertrag eigener Veranstaltungen usw. aufgebracht.

Die Art der Bildung und Erneuerung des Vereines.

§ 5. Die Mitglieder des Vereines sind:

- a) Ehrenmitglieder, die in einer Hauptversammlung nach Antrag des Vorsitzenden ernannt werden;
- b) gründende Mitglieder, die einen einmaligen Betrag von mindestens 100 K widmen;
- c) fördernde Mitglieder, die mindestens den fünffachen Jahresbeitrag eines ordentlichen Mitgliedes entrichten, und
- d) ordentliche Mitglieder, die den alljährlich von der ordentlichen Hauptversammlung festgesetzten Jahresbeitrag zahlen.

Mitglied kann jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sowie jede deutsche Corporation werden, wenn der Vorstand ihre Aufnahme beschließt. Die Aufnahme kann ohne Nennung der Gründe verweigert werden.

§ 6. Die Bildung des Vereines erfolgt bei der konstituierenden Hauptversammlung, die der Proponent einzuberufen hat. Ihm obliegt es auch, die Mitglieder, die sich vor der Gründung bei ihm angemeldet haben, von der Abhaltung der konstituierenden Hauptversammlung rechtzeitig zu verständigen. Der Proponent eröffnet die Versammlung, worauf ein Vorsitzender gewählt wird. Die konstituierende Hauptversammlung, bei der alle Anwesenden stimmberechtigt sind, wählt sodann den Vorstand und die Rechnungsprüfer und bestimmt den Jahresbeitrag der Mitglieder für das laufende Jahr.

Die Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder.

§ 7. Die Rechte der Mitglieder sind:

- a) Das Wahl- und Stimmrecht bei den Hauptversammlungen des Vereines;
- b) das Recht, in den Hauptversammlungen Anträge zu stellen. Diese sind 14 Tage vor Abhaltung der betreffenden Versammlung schriftlich beim Vereinsvorstande einzubringen.

§ 8. Jedes Mitglied ist verpflichtet:

- a) Den Vereinszweck nach Kräften zu fördern;
- b) sich den Bestimmungen der Satzungen zu fügen.

Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod, durch Austritt und durch Ausschluß, der vom Vorstande beschlossen werden kann.

Die Organe der Vereinsleitung.

§ 9. Die Vereinsangelegenheiten besorgen:

- a) Die Hauptversammlungen;
- b) der Vorstand.

Die ord. Hauptversammlung ist jährlich im Laufe der ersten vier Monate des Jahres einzuberufen. Ihr ist vorbehalten: Die Entgegennahme und Genehmigung des Tätigkeits- und des Kassaberichtes. Die Wahl des Vorstandes und der alljährlich zu wählenden zwei Rechnungsprüfer und ihrer Stellvertreter. Die Feststellung der Mitgliedsbeiträge. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern und die Entscheidung über die ihr vom Vorstande und von den Mitgliedern vorgelegten Anträge. Änderung der Satzungen. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung für drei Jahre gewählt werden. Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vereinsobmann, seinen Stellvertreter, den Schriftführer und seinen Stellvertreter und den Säckelwart und seinen Stellvertreter. Der Vorstand versieht alle jenen Arbeiten, die nicht ausschließlich in die Kompetenz der Hauptversammlung fallen, insbesondere:

- a) Die Einberufung der ord. Hauptversammlung und außerord. Hauptversammlungen;
- b) Führung der laufenden Vereinsgeschäfte und die Verwaltung des Vereinsvermögens;
- c) die Ausführung der Beschlüsse der Hauptversammlungen;
- d) die Aufnahme und die Ausschließung von Mitgliedern;
- e) die Anstellung von Beamten und Dienern.

Der Vorstand kann sich für seine Funktionsdauer durch Kooptierung bis zur Anzahl von neun Mitgliedern ergänzen.

Die Erfordernisse gültiger Beschlussfassungen, Ausfertigungen und Bekanntmachungen.

§ 10. Bei den Abstimmungen der Hauptversammlungen entscheidet die einfache Majorität.

Der Vorstand ist bei Anwesenheit von drei Mitgliedern beschlußfähig und entscheidet mit unbedingter Mehrheit der Stimmen der Anwesenden; daselbe hat auch bezüglich der Wahlen Geltung. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Die vom Vereine ausgefertigten Schriftstücke und Bekanntmachungen hat der Obmann oder sein Stellvertreter und ein zweites Mitglied des Vorstandes zu unterzeichnen. Bei Angelegenheiten der Geldgebarung muß außer dem Obmann oder seinem Stellvertreter der Säckelwart oder sein Stellvertreter unterzeichnen.

Die Art der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse.

§ 11. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse kann ein Schiedsgericht einberufen werden. Jeder der streitenden Teile wählt aus den Vereinsmitgliedern einen Vertrauensmann. Diese beiden Vertrauensmänner wählen aus den Vereinsmitgliedern einen Obmann. Kann über seine Wahl keine Einigung erzielt werden, so wird er vom Vorstande, aber nicht aus seiner Mitte, gewählt. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes ist ein weiteres Rechtsmittel ausgeschlossen.

Die Vertretung des Vereines nach außen.

§ 12. Der Obmann oder sein Stellvertreter, bei ihrer Verhinderung ein anderes Mitglied des Vorstandes, vertritt den Verein nach außen.

Die Auflösung.

§ 13. Die Auflösung des Vereines kann in einer Hauptversammlung beschlossen werden, wenn es dreiviertel der Stimmberechtigten fordern. Im Falle der Auflösung beschließt die letzte Hauptversammlung über die Verwendung des Vereinsvermögens.

Obmann: Dr. Franz Tomajsek, Obmannstellvertreter: Lehrer Hugo Heller, Geschäftsleiter: Otto Payer.

Überdies wurde die Fürsorge für die schulentlassene Jugend von der Deutschen Landeskommission f. A. u. J. in Prag in ihr Tätigkeits-

gebiet aufgenommen und es wird zu diesem Zwecke eine eigene Sektion gebildet werden.

Die gesamte Fürsorge für die erwerbende Jugend erscheint gegenwärtig zentralisiert beim k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten. Auf die von dem genannten Ministerium herausgegebenen Weisungen stützen sich nachfolgende von der k. k. Statthalterei herausgegebene Erlässe.

R. k. Statthalterei in Böhmen.

B. 256.853 St.

ai. 1908.

Prag, am 29. Jänner 1909.

Jugendfürsorge. Anleitung für die Gründung gewerblicher Jugendhorte.

R. k. Bezirkshauptmannschaft!

In gewerblichen Kreisen wurde wiederholt der Mangel an erziehlicher Fürsorge für Gewerbelehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter, insbesondere für ortsfremde Jugendliche, die des Familienanschlusses entbehren, lebhaft beklagt.

Mit Recht wird betont, daß die bisher zu Gebote stehenden Einrichtungen nicht hinreichen, um den notwendigen Anforderungen auf dem Gebiete des Jugendschutzes, besonders hinsichtlich der sittlichen und allgemeinen Ausbildung der gewerblichen Jugend zu genügen, wodurch die bemerkbare Vernachlässigung eines leider nicht geringen Teiles des gewerblichen Nachwuchses mitbedingt ist.

Als ein wichtiges Hilfsmittel zur Behebung dieser, den Gewerbestand tief berührenden Übel wäre daher die Förderung und Ausgestaltung bestehender Lehrlings- und Jugendhorte und die möglichst ausgiebige Neuerrichtung solcher Horte im Interesse der erwerbenden Jugend freudigst zu begrüßen, da dieselben bei entsprechender Organisation für die Festigung des Charakters, für die Hebung des Ehrgefühles und des Pflichtbewußtseins, sowie für die körperliche Entwicklung des gewerblichen Nachwuchses von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden könnten. Ihre entsprechende Verbreitung und gezielte Gestaltung ist aber nur dann zu erzielen, wenn alle Faktoren, die auf eine Förderung der gewerblichen Bildung bedacht sind, insbesondere die Gewerbevereine, die Schulausschüsse der gewerblichen Fortbildungsschulen, aber auch die Landesauschüsse, die Handels- und Gewerbekammern und sonstigen gewerbefreundlichen Korporationen und Institute, die Initiative zur Errichtung von Horten für die gewerbliche Jugend ergreifen und auch ihrer stetigen Weiterentwicklung Wohlwollen und werktätige Mithilfe angedeihen lassen.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten laut Erlaß vom 10. November 1908, B. 260-XXIV, ist nun prinzipiell geneigt, zweckmäßig eingerichtete und geleitete Jugendhorte nach Maß der zur Verfügung stehenden Kredite zu subventionieren, wenn

1. für den Hauptteil der Erhaltungskosten des Hortes von Seite der lokalen Faktoren, insbesondere der Gewerbevereine, der Gemeinden, der zuständigen Handels- und Gewerbekammer, der Landesfonde u. a., durch bestimmt zugesicherte Beitragsleistungen vorgesorgt ist;

2. die Teilnahme einer ausreichenden Zahl von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern am Hort gesichert ist;

3. die zur Unterbringung des Jugendhortes verwendeten Lokalitäten rücksichtlich ihrer Lage, ihres Ausmaßes, der Beleuchtung, Beheizung und dergleichen den zu stellenden Anforderungen genügen;

4. das Statut und die Hausordnung den Aufgaben der Anstalt entsprechen und in die Bücherammlung des Hortes nur solche Bücher und Zeitschriften aufgenommen werden, deren Inhalt im Sinne des Erlasses des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 2. Okt. 1886, B. 19.503 (Zentralblatt für das gewerbliche Unterrichtswesen, Band V, Seite 169) zu keinem Bedenken Anlaß gibt, wobei sie vor ihrer Einreihung der für gewerbliche Lehranstalten vorgeschriebenen Revision zu unterziehen wären;

5. die Leitung dieser Anstalten und das Erziehungsamt Personen anvertraut ist, die volle Eignung für ihre schwierigen Aufgaben besitzen, und ferner der Hort den ihm vorgezeichneten Zweck überhaupt in befriedigender Weise erfüllt;

6. mindestens ein Zehntel der Staatsubvention zur Bereicherung des Bücherbestandes und der Spiele, sowie der Gerätesammlung verwendet wird.

Zur Erleichterung der notwendigen Vorarbeiten ist unter dem Titel „Die Errichtung von Horten für die gewerbliche Jugend; eine Anleitung“ im k. k. Schulbuchverlage eine Schrift veröffentlicht worden, die hinsichtlich des Hortbetriebes einen allgemeinen Wegweiser bilden soll,

auss dem jede Anstalt jene Programmpunkte entnehmen kann, deren Durchführung im Hinblick auf die verfügbaren Mittel und die sonstigen konkreten Verhältnisse am leichtesten möglich erscheint.

Die „Anleitung“ erschien vorläufig in deutscher Sprache; Ausgaben in anderen Landessprachen sollen nachfolgen. Der Verkaufspreis beträgt 50 Heller.

Ansuchen an das Ministerium für öffentliche Arbeiten um Gewährung einer Subvention für Jugendhorte sind bei der Statthalterei einzubringen, wobei eine Abschrift des Statutes und der Hausordnung, der Voranschlag für die laufenden Verwaltungskosten, bei den schon länger bestehenden Anstalten auch die Abrechnung über das abgelaufene Jahr, bei neu zu errichtenden Horten überdies eine Zusammenstellung der Kosten für die erste Einrichtung der Anstalt beizuschließen sind.

Im Grunde dieses Ministerial-Erlasses wird die k. k. Bezirkshauptmannschaft aufgefordert, von demselben alle interessierten Faktoren, sowie die Gewerbevereine und andere gewerbliche Vereinigungen, Bezirksausschüsse, Gemeinden u. a. zu verständigen, überhaupt für die weitestgehendste Bekanntmachung dieser Weisungen Sorge zu tragen und dieser sozial-politisch höchst wichtigen Institution jegliche Fürsorge angedeihen zu lassen.

Die Statthalterei wird alle rechtzeitig einlangenden und gehörig instruierten Subventionsgesuche stets halbjährlich, und zwar anfangs März und Ende September dem Ministerium für öffentliche Arbeiten vorlegen.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft wird im Sinne dieses Erlasses dafür Sorge zu tragen haben, daß alle derartigen Gesuche gehörig instruiert stets bis Ende Februar und Anfang September anher vorgelegt werden.

Der k. k. Statthalter:

Karl Graf Coudenhove.

Nr. 247.986.

Prag, am 22. Februar 1909.

An die

„Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ in Prag.

Unter den Kulturfragen, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in steigendem Maße auf sich lenken, steht die Wohlfahrtspflege der erwerbenden Jugend voran. Die Lage der schulentlassenen Knaben und Mädchen, die bereits mit 14 Jahren in das Erwerbsleben eintreten, ist in der Tat besonders schwierig. Sie entbehren schon bei der Berufswahl meist der wünschenswerten Unterstützung sowohl seitens der Schule, als seitens ihrer Angehörigen und der Öffentlichkeit. Daher erfolgt ihre Berufswahl oft ohne Prüfung ihrer Eignung und der objektiven Aussichten, die jeder Beruf bietet. Auch werden sie beim Auffinden einer Lehrstelle oft nur vom Zufall geleitet und bleiben schließlich während der Zeit zwischen Schulmündigkeit und Militärdienst, wo der jugendliche Körper und Geist erst anzukreifen bestimmt ist und noch wenig Widerstandskraft besitzt, ohne entsprechende weitere geistige und physische Förderung.

Diese Umstände treffen bedauerlicher Weise sehr häufig zu und tragen gewiß mit dazu bei, daß ein leider wachsender Teil der Jugendlichen, namentlich in Städten und Industrieorten auf Abwege gerät, körperlich verkommt, geistig rückständig bleibt, moralisch verwahrlost und schließlich Laster und Verbrechen zufällt.

Die Bewahrung solcher Elemente ist nun eine ebenso unabweisliche Aufgabe wie die Unterstützung des Bildungsstrebens der ihren Berufen eifrig anhängenden Jugendlichen. Die Förderung ihrer geistigen Bestrebungen liegt unzweifelhaft im allgemeinen Interesse, da von der Reife und praktischen Bildung die Stärke der künftigen erwerbenden Generation im wirtschaftlichen Wettkampfe und ihre Leistungsfähigkeit mitbedingt ist.

So hat denn auch das gesamte Gewerbe ein hervorragendes Interesse an der Qualität seines Nachwuchses. Der Gewerbestand hat aber auch ein Interesse daran, daß dem an vielen Orten bereits fühlbaren Mangel an Lehrlingen und namentlich an Lehrlingmädchen gegenüber der wachsenden Kraft von Berufen, die sofort einen Verdienst bieten, begegnet werde. Das aber ist möglich durch eine Verbesserung der Lehrlingspflege, die den Anstoß aus dem Mittelstande zum Gewerbe wieder hebt, durch Mitwirkung der Schule an der Lehrstellenvermittlung und durch eine Hebung der allgemeinen Bildung und des Interessenkreises der Lehrlinge. Endlich wird es der Meisterchaft zu ermöglichen sein, einen geeigneten gewerblichen Nachwuchs heranzubilden, ohne die Lehrlinge ganz in ihr Haus aufnehmen zu müssen, wogegen gerade die in besserer wirtschaftlicher Lage befindlichen Meister, die als praktische Bildner der Jugend besonders wertvoll wären, sich infolge ungünstiger Wohnungsverhältnisse und aus sonstigen Gründen zumeist wehren.

Das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten hat nun her eröffnet, daß es zur Verfolgung der dringlichen Aufgaben, die sich auf dem Gebiete der gewerblichen Jugendpolitik stellen, folgende Maßnahmen als unentbehrlich betrachtet:

1. Die Errichtung und Unterstützung von Lehrlingsheimen als Wohn- und Kostorte für angehende und in Stellung befindliche Lehrlinge. Diese Heime hätten auch zweckdienliche Aufklärungen und Anleitungen vor der Berufswahl zu bieten und zu diesem Behufe mit den öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten, mit den Gewerbegeossenschaften und auch mit den Schulbehörden und Schulleitungen enge Fühlung zu halten. Hierdurch ließe sich ein geordneter Nachweis über den Bedarf an Hilfskräften sowie über die gewerblichen Aussichten gewinnen. Würde endlich den Schulleitungen in den Städten sowie den Gemeinden des flachen Landes über diese Umstände Bericht gegeben, so könnte mit ihnen auch über den jeweils zu erwartenden Bezug zweckmäßig Fühlung gewonnen werden.

2. Andererseits erscheint unerlässlich die Schaffung und Förderung von Jugendhorten, das ist Beschäftigungsanstalten für Lehrlinge beziehungsweise Lehrlingmädchen und jugendliche Arbeiter in ihren freien Stunden. Dort versammeln sich Lehrlinge, die im Hause des Lehrherrn verpflegt werden, mit Angehörigen der Lehrlingsheime, sowie mit jugendlichen Gehilfen zeitweise gesellig zu anregenden und belehrenden Veranstaltungen.

3. Im Zusammenhange mit diesen Horden ist zugleich die möglichst umfassende Einführung allgemeiner Sonntagsveranstaltungen belehrender wie unterhaltender Art erforderlich. Die Vorträge und Darbietungen müßten den Interessen der gewerblichen Arbeiter besonders angepaßt sein und für sie praktisch wichtige und anregende Gegenstände behandeln, wobei musikalische und deklamatorische Veranstaltungen ihnen edlere Zerstreuung zu gewähren hätten.

Zur Schaffung solcher Einrichtungen wären Fürsorgekommissionen zu berufen, welche die zur Förderung dieser Ziele geeigneten Anträge zu stellen und die Überwachung der geplanten Jugendinstitutionen zu übernehmen hätten.

Zur gezielten Wirksamkeit auf diesem Gebiete bedarf es freilich auch der tätigen Mitarbeit aller Interessenten. Praktisch erfahrene und wohlgesinnte Unternehmer und sonstige geeignete Interessenten wären in der Lage, sachlich wertvolle einschlägige Anregungen zu geben und bei ihrer Verwirklichung in weitgehendem Maße gedeihlich mitzuwirken. Desgleichen kämen die Vormundschaftsrichter sowie die Geschäftsführer der Waisenträte in Betracht, in deren Kreisen warmherzige und erfahrene Beamte sich finden, die als Ratgeber von schutzbedürftigen Jugendlichen den nötigen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse gewonnen haben.

Nachdem sich die „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ statutsatzungsgemäß auch mit der Fürsorge für jugendliche Personen befaßt, wird ersucht:

- a) jene Vereine und Korporationen her bekannt zu geben, die sich mit der Fürsorge für die männliche bzw. weibliche Jugend befaßen, und für die oben angeregte Aktion in Betracht kommen könnten;
- b) jene Einrichtungen anzugeben, welche die „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ bereits geschaffen hat;
- c) sich über die Anregungen des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten zu äußern und
- d) allfällige konkrete Vorschläge im Gegenstande zu erstatten, namentlich über regelmäßige Sonntags- und Abendveranstaltungen für die gewerbliche Jugend über die Kosten für dieselben und deren Bedeckung, über die etwa erforderliche Staatsbeihilfe und endlich darüber, ob und in welcher Weise allenfalls die Fürsorgekommission der „Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ entnommen bzw. an die „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ angegliedert werden könnte.

Die Äußerung wolle ehestmöglichst her erstattet werden.

Zwei Exemplare des letzten Rechnungsabschlusses und Geschäftsberichtes wollen beigefügt werden.

Für den k. k. Statthalter:

Österreichische Gewerbeordnung.

Gewerbliches Hilfspersonal.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 72. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und ihren Hilfsarbeitern ist innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Grenzen Gegenstand freier Übereinkunft.

In Ermangelung einer Übereinkunft entscheiden zunächst die dafür erlassenen besonderen Vorschriften, dann das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch.

Hilfsarbeiter.

§ 73. Unter Hilfsarbeitern werden in diesem Gesetze alle Arbeitspersonen, welche bei Gewerbeunternehmungen in regelmäßiger Beschäftigung stehen, ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes verstanden, und zwar:

- a) Gehilfen (Handlungsgehilfen, Gesellen, Kellner, Kutscher bei Fuhrgewerben u. dgl.);
- b) Fabriksarbeiter;
- c) Lehrlinge;
- d) jene Arbeitspersonen, welche zu untergeordneten Hilfsdiensten beim Gewerbe verwendet werden (ohne zu den im Artikel V, lit. d) des Einführungsgesetzes zur Gewerbeordnung bezeichneten Personen zu gehören).

Zu den Hilfsarbeitern gehören auch die Arbeitspersonen, welche bei solchen Gewerbeunternehmungen regelmäßig beschäftigt sind, die von den im Artikel V des Einführungsgesetzes zur Gewerbeordnung aufgeführten physischen oder moralischen Personen neben den der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Beschäftigungen oder Unternehmungen dieser Personen betrieben werden.

Die für höhere Dienstleistungen in der Regel mit Jahres- oder Monatsgehalt angestellten Individuen, wie Werkführer, Mechaniker, Faktoren, Buchhalter, Kassiere, Expedienten, Zeichner, Chemiker u. dgl. werden unter Hilfsarbeitern nicht begriffen.

Vorsorge für Hilfsarbeiter.

§ 74. Jeder Gewerbeinhaber ist verpflichtet, auf seine Kosten alle diejenigen Einrichtungen bezüglich der Arbeitsräume, Maschinen und Werkzeugschäften herzustellen und zu erhalten, welche mit Rücksicht auf die Beschaffenheit seines Gewerbebetriebes oder der Betriebsstätte zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Hilfsarbeiter erforderlich sind.

Insbesondere hat der Gewerbeinhaber Sorge zu tragen, daß Maschinen, Werkzeuginrichtungen und ihre Teile, als: Schwungräder, Transmissionen, Achsenlager, Aufzüge, Rufen, Kessel, Pfannen u. dgl. derart eingefriedet oder mit solchen Schutzvorrichtungen versehen werden, daß eine Gefährdung der Arbeiter bei umsichtiger Verrichtung ihrer Arbeit nicht leicht bewirkt werden kann.

Auch gehört zu den Obliegenheiten des Gewerbeinhabers, die Vorsorge zu treffen, daß die Arbeitsräume während der ganzen Arbeitszeit nach Maßgabe des Gewerbes möglichst licht, rein und staubfrei erhalten werden, daß die Lüfterneuerung immer eine der Zahl der Arbeiter und den Beleuchtungsanordnungen entsprechende, sowie der nachteiligen Einwirkung schädlicher Ausdünstungen entgegenwirkende und daß bei chemischen Gewerben die Verfahrungs- und Betriebsweise in einer die Gesundheit der Hilfsarbeiter tunlichst schonenden Art eingerichtet sei.

Nicht minder haben Gewerbeinhaber, wenn sie Wohnungen ihren Hilfsarbeitern überlassen, diesem Zwecke keine gesundheitschädlichen Räumlichkeiten zu widmen.

Schließlich sind die Gewerbeinhaber verpflichtet, bei der Beschäftigung von Hilfsarbeitern bis zum vollendeten 18. Jahre und von Frauenpersonen überhaupt, tunlichst die durch das Alter, beziehungsweise das Geschlecht derselben gebotene Rücksicht auf die Sittlichkeit zu nehmen.

Arbeitspausen.

§ 74 a. Zwischen den Arbeitsstunden sind den Hilfsarbeitern angemessene Ruhepausen zu gewähren, welche nicht weniger als anderthalb Stunden betragen müssen, wovon nach der Beschaffenheit des Gewerbebetriebes tunlichst eine Stunde auf die Mittagszeit zu entfallen hat. Wenn die Arbeitszeit vor oder diejenige nach der Mittagsstunde fünf Stunden oder weniger beträgt, so kann die Ruhepause mit Ausnahme der für die Mittagszeit bestimmten Stunde für die betreffende Arbeitszeit entfallen.

Bei der Nachtarbeit (§ 95) haben diese Vorschriften sinngemäße Anwendung zu finden.

Der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern wird nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammern ermächtigt, je nach dem tatsächlichen Bedarfe einzelnen Kategorien von Gewerben, namentlich jenen, bei denen eine Unterbrechung des Betriebes untunlich ist, eine angemessene Abkürzung der Arbeitspausen zu gestatten. (Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern vom 27. Mai 1885 [R. 82], 2. April 1897 [R. 88], 16. Oktober 1903 [R. 210] und 9. Jänner 1905 [R. 7]).

§ 75. (Derselbe ist ersetzt worden durch die Gesetze vom 16. Jänner 1895 [R. 21] und 18. Juli 1905 [R. 125]).

Gewerbliche Fortbildungsschulen.

§ 75 a. Die Gewerbsinhaber sind, unbeschadet der im § 100 ihnen speziell hinsichtlich der Lehrlinge auferlegten Pflichten, verhalten, den Hilfsarbeitern bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuche der bestehenden allgemein gewerblichen Fortbildungsschulen (beziehungsweise Vorbereitungskurse) sowie der fachlichen Fortbildungsschulen die erforderliche, durch das Statut und den Lehrplan der betreffenden Schule festgesetzte Zeit einzuräumen.

Insofern gewerbliche Fortbildungsschulen für weibliche Hilfsarbeiter nicht bestehen, gilt die Bestimmung des vorstehenden Absatzes auch bezüglich der etwa vorhandenen Handarbeits- und Haushaltungsschulen.

Pflichten der Hilfsarbeiter.

§ 76. Die Hilfsarbeiter sind verpflichtet, dem Gewerbeinhaber Treue, Folgsamkeit und Achtung zu erweisen, sich anständig zu betragen, die bedungene und ortsübliche Arbeitszeit einzuhalten, die ihnen anvertrauten gewerblichen Verrichtungen nach besten Kräften zu besorgen, über die Betriebsverhältnisse Verschwiegenheit zu beobachten, sich gegen die übrigen Hilfsarbeiter und Hausgenossen verträglich zu benehmen und die Lehrlinge, sowie die unter der Aufsicht der Hilfsarbeiter arbeitenden Kinder gut zu behandeln. Zur Leistung von häuslichen Arbeiten, insofern diese nicht zum Gewerbebetriebe gehören, sind die Hilfsarbeiter vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung nicht verpflichtet.

Entlohnung, Kündigung.

§ 77. Wenn über die Zeit der Entlohnung des Hilfsarbeiters und über die Kündigungsfrist nichts anderes vereinbart ist, wird die Bedingung wöchentlicher Entlohnung und eine 14 tägige Kündigungsfrist vorausgesetzt. Doch sind Hilfsarbeiter, welche nach dem Stüde entlohnt werden, oder im Akkord arbeiten, erst dann auszutreten berechtigt, wenn sie die übernommene Arbeit ordnungsmäßig beendet haben.

Lohnzahlungen.

§ 78. Die Gewerbeinhaber sind verpflichtet, die Löhne der Hilfsarbeiter in barem Gelde auszubezahlen.

Sie können jedoch den Arbeitern Wohnung, Feuerungsmaterial, Benützung von Grundstücken, Arzneien und ärztliche Hilfe sowie Werkzeuge und Stoffe zu den von ihnen anzufertigenden Erzeugnissen unter Anrechnung bei der Lohnzahlung nach vorausgegangener Vereinbarung zuwenden.

Die Verabfolgung von Lebensmitteln oder der regelmäßigen Beföstigung auf Rechnung des Lohnes kann zwischen dem Gewerbeinhaber und dem Hilfsarbeiter vereinbart werden, sofern sie zu einem die Beschaffungskosten nicht zu übersteigenden Preise erfolgt.

Dagegen darf nicht vereinbart werden, daß die Hilfsarbeiter Gegenstände ihres Bedarfes aus gewissen Verkaufsstätten beziehen müssen.

Gewerbeinhaber dürfen den Arbeitern andere als die obbezeichneten Gegenstände oder Waren und insbesondere geistige Getränke auf Rechnung des Lohnes nicht kreditieren.

Die Auszahlung der Löhne in den Wirtschaften und Schanklokalitäten ist untersagt.

§ 78 a. Die Bestimmungen des § 78 finden auch auf diejenigen Arbeiter Anwendung, welche außerhalb der Werkstätten für Gewerbeinhaber die zu deren Gewerbebetriebe nötigen Ganz- und Halbfabrikate anfertigen oder solche an sie absetzen, ohne aus dem Verkaufe dieser Waren an Konsumenten ein Gewerbe zu machen.

§ 78 b. Die hinsichtlich der Gewerbeinhaber in den §§ 78 und 78 a getroffenen Bestimmungen finden auch Anwendung auf Familienglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Aufseher und Faktoren der Gewerbeinhaber sowie auf andere Gewerbetreibende, bei deren Geschäfte eine der hier erwähnten Personen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Nichtigkeit von Verträgen.

§ 78 c. Vertragsbestimmungen und Verabredungen, welche den Anordnungen der §§ 78, 78 a und 78 b zuwiderlaufen, sind nichtig.

Folgen der Nicht-Barzahlungen an Hilfsarbeiter.

§ 78 d. Hilfsarbeiter, deren Forderungen entgegen den Vorschriften der §§ 78, 78 a und 78 b anders als durch Barzahlung berichtigt wurden, können zu jeder Zeit die Bezahlung ihrer Forderungen in barem Gelde verlangen, ohne daß ihnen eine Einrede aus dem an Zahlungsstatt Gegebenen entgegenzusetzen ist. Soweit das an Zahlungsstatt Gegebene bei dem

Empfänger vorhanden ist, oder dieser daraus noch bereichert erscheint, fällt dasselbe oder dessen Wert, wenn in der Arbeitsordnung (§ 88 a) die von den Arbeitern zu entrichtende Geldstrafe für eine Krankenkassa der betreffenden Fabriks- oder Gewerbeunternehmung bestimmt ist, dieser, und wenn der Gewerbehhaber einer Genossenschaft angehört, der genossenschaftlichen Krankenkassa zu; besteht für die betreffende Gewerbeunternehmung eine solche nicht, so fallen die Geldstrafen dem Armenfonde des Ortes zu, wo die Gewerbeunternehmung ihren Sitz hat.

Nichtigkeit der Forderung für kreditierte Waren.

§ 78. Forderungen für Gegenstände oder Waren, welche ungeachtet des in den §§ 78, 78 a und 78 b enthaltenen Verbotes den Hilfsarbeitern kreditiert wurden, können von Gewerbehabern und den ihnen gleichgestellten Personen weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder in anderer Weise geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen Beteiligten unmittelbar entstanden sind oder mittelbar erworben wurden.

Dagegen fallen dergleichen Forderungen den im § 78 d bezeichneten Anstalten für ihre gesetzlichen Zwecke zu.

Ausweis.

§ 79. Die Hilfsarbeiter müssen mit den nötigen Ausweisen versehen sein, welche bei dem kaufmännischen Hilfspersonale in den behördlich vidirten Zeugnissen von früheren Dienstgebern, bei allen übrigen Hilfsarbeitern in den Arbeitsbüchern bestehen.

Gewerbehhaber, welche Hilfsarbeiter ohne einen solchen Ausweis in Verwendung nehmen, machen sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig.

Arbeitsbücher.

§ 80. Die Arbeitsbücher werden von der Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes des Bewerbers gegen Vergütung der Beschaffungskosten stempelfrei ausgefertigt.

Die Ausfertigung der Arbeitsbücher für jugendliche Hilfsarbeiter, § 93, ist an die Bedingung der erteilten Zustimmung des Vaters oder Vormundes geknüpft; ist die Erklärung der gesetzlichen Vertreter des Hilfsarbeiters nicht zu beschaffen, so kann die Aufenthaltsgemeinde die Zustimmung ersehen.

Über die ausgestellten Arbeitsbücher sind genaue Vormerkungen zu führen.

§ 80 a. Das Arbeitsbuch muß den Vor- und Zunamen des Hilfsarbeiters, den Geburtsort, das Geburtsjahr, die Religion und den Stand (ob ledig oder verheiratet), die Beschäftigung des Hilfsarbeiters, dann die Namensfertigung des Beteiligten enthalten, mit der Fertigung und dem Amtssiegel der ausstellenden Behörde versehen sein und Rubriken für die übrigen Eintragungen, insbesondere über den Eintritt und Austritt enthalten.

§ 80 b. Das Arbeitsbuch für jugendliche Hilfsarbeiter (§ 93) muß überdies noch den Namen und Wohnort des gesetzlichen Vertreters des Hilfsarbeiters und die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters zur Eingehung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, dann eine Auskunft über die Schulverhältnisse und insbesondere über die erworbene Schulbildung des Hilfsarbeiters enthalten.

§ 80 c. Das Arbeitsbuch ist beim Eintritte in das Arbeits- oder Lehrverhältnis vom Gewerbehhaber in Aufbewahrung zu nehmen.

Der Gewerbehhaber ist verpflichtet, dasselbe auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach ordnungsmäßiger Lösung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses dem Hilfsarbeiter, beziehungsweise dessen gesetzlichen Vertreter wieder auszuhandigen.

§ 80 d. Beim ordnungsmäßigen Austritte hat der Gewerbehhaber die Rubriken des Arbeitsbuches mit Tinte auszufüllen, zu unterfertigen und die Bestätigung des Genossenschaftsvorstehers oder wo eine Genossenschaft nicht besteht, der Ortspolizeibehörde einzuholen.

Das Zeugnis (§ 81) ist nur insoweit aufzunehmen, als es für den Hilfsarbeiter günstig lautet.

Die Eintragungen bezüglich des Zeugnisses sind auf Verlangen des Hilfsarbeiters von der Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§ 80 e. Wenn in einem Arbeitsbuche kein Raum zu weiteren Eintragungen erübrigt, so wird dem Hilfsarbeiter zu seinem früheren Arbeitsbuche ein zweites ausgestellt und als Fortsetzung des früheren bezeichnet.

§ 80 f. Verliert ein Hilfsarbeiter sein Arbeitsbuch, so hat er sich bei der Gemeindebehörde seines Aufenthaltsortes um Ausfertigung eines neuen Arbeitsbuches gegen Vergütung der Beschaffungskosten zu bewerben und ist, sofern kein Bedenken obwaltet, ihm ein neues Arbeitsbuch, als Duplikat bezeichnet, einzuhändigen, in welches unter Angabe des Grundes der Ausfertigung des Duplikates, der Tag des Eintrittes in die letzte Beschäftigung und der Tag des Austrittes aus derselben aufzunehmen ist.

§ 80g. Ist das Arbeitsbuch bei dem Gewerbeinhaber unbrauchbar geworden, verloren gegangen oder vernichtet, oder sind von dem Gewerbeinhaber unzulässige Eintragungen, Anmerkungen in oder an dem Arbeitsbuche gemacht, oder wird von dem Gewerbeinhaber ohne rechtmäßigen Grund die Ausbändigung des Arbeitsbuches verweigert, so kann die Ausstellung eines neuen Arbeitsbuches auf Kosten des Gewerbeinhabers bei der Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes des Hilfsarbeiters beantragt werden.

Ein Gewerbeinhaber, welcher das Arbeitsbuch seiner gesetzlichen Verpflichtung zuwider nicht rechtzeitig ausgehändigt oder die vorschriftsmäßigen Eintragungen zu machen unterlassen, oder unzulässige Eintragungen oder Bemerkungen gemacht hat, ist dem Hilfsarbeiter entschädigungspflichtig.

Der Anspruch auf Entschädigung erlischt, wenn er nicht innerhalb vier Wochen nach seiner Entstehung bei dem zuständigen Gerichte geltend gemacht ist.

§ 80h. Wer ein Arbeitsbuch nachmacht oder verfälscht, oder wissentlich falsche Angaben in Betreff seiner Person in das Arbeitsbuch aufnehmen läßt, oder sich zur Legitimation eines fremden Arbeitsbuches bedient, oder sein Arbeitsbuch zu diesem Zwecke einem andern überläßt, wird nach den Strafgesetzen behandelt.

§ 80i. Das Formulare der Arbeitsbücher, welches die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes zu enthalten hat, wird vom Handelsminister und dem Minister des Innern im Verordnungswege festgestellt.

Zeugnis.

§ 81. Jeder Gewerbeinhaber ist verpflichtet, dem Hilfsarbeiter auf Verlangen beim ordnungsmäßigen Austritte aus dem Arbeitsverhältnisse über die Art und Dauer der Beschäftigung ein Zeugnis auszustellen, welches auf Verlangen des Hilfsarbeiters auch auf sein sittliches Verhalten und den Wert seiner Leistungen auszubehnen ist.

Der Inhalt dieses Zeugnisses ist über Ansuchen des Hilfsarbeiters in das Arbeitsbuch einzutragen und von der Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

Ein Gewerbeinhaber, welcher die Ausstellung des Zeugnisses verweigert, oder dem Hilfsarbeiter ein wahrheitswidriges Zeugnis wissentlich erteilt, macht sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig und haftet für den daraus entsprechenden Nachteil.

Bezüglich der Lehrlinge enthält § 104 weitere Vorschriften.

Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

Vor Ablauf der ausdrücklich oder stillschweigend bedungenen Dauer des Arbeitsverhältnisses kann ein Hilfsarbeiter ohne Kündigung in folgenden Fällen sofort entlassen werden, wenn er:

- a) bei Abschluß des Arbeitsvertrages den Gewerbeinhaber durch Vorzeigung falscher oder gefälschter Arbeitsbücher oder Zeugnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, den Hilfsarbeiter gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einem Irrtum versetzt hat;
- b) zu der mit ihm vereinbarten Arbeit unfähig befunden wird;
- c) der Trunksucht verfällt und wiederholt fruchtlos vernarrt wurde;
- d) sich eines Diebstahls, einer Veruntreuung oder einer sonstigen strafbaren Handlung schuldig macht, welche ihn des Vertrauens des Gewerbeinhabers unwürdig erscheinen läßt;
- e) ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis verrät oder ohne Einwilligung des Gewerbeinhabers ein der Verwendung beim Gewerbe abträgliches Nebengeschäft betreibt;
- f) die Arbeit unbefugt verlassen hat oder beharrlich seine Pflichten vernachlässigt, oder die übrigen Hilfsarbeiter oder die Hausgenossen zum Ungehorsam, zur Auflehnung gegen den Gewerbeinhaber, zu unterordentlichem Lebenswandel oder zu unsittlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten sucht;
- g) sich einer großen Ehrenbeleidigung, Körperverletzung oder gefährlichen Drohung gegen den Gewerbeinhaber oder dessen Hausgenossen, oder gegen die übrigen Hilfsarbeiter schuldig macht, oder ungeachtet vorausgegangener Verwarnung mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht;
- h) mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist, oder durch eigenes Verschulden arbeitsunfähig wird, oder wenn die unverschuldete Arbeitsunfähigkeit über vier Wochen dauert;
- i) durch länger als vierzehn Tage gefänglich gehalten wird.

§ 82a. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Kündigung kann ein Hilfsarbeiter die Arbeit verlassen:

- a) wenn er ohne erweislichen Schaden für seine Gesundheit die Arbeit nicht fortsetzen kann;
- b) wenn der Gewerbeinhaber sich einer tätlichen Mißhandlung oder einer groben Ehrenbeleidigung gegen ihn oder dessen Angehörige schuldig macht;
- c) wenn der Gewerbeinhaber oder dessen Angehörige den Hilfsarbeiter oder dessen Angehörige zu unsittlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten suchen;

- d) wenn der Gewerbeinhaber ihm die bedungenen Bezüge ungebührlich vorenthält oder andere wesentliche Vertragsbestimmungen verletzt;
 e) wenn der Gewerbeinhaber außer Stande ist oder sich weigert, dem Hilfsarbeiter Verdienst zu geben.

§ 83. Durch das Aufhören des Gewerbebetriebes oder durch den Tod des Hilfsarbeiters erlischt das Arbeitsverhältnis von selbst.

Doch ist im Falle der vorzeitigen Entlassung des Hilfsarbeiters, sei es infolge freiwilligen Aufgebens des Gewerbes oder infolge eines Verschuldens des Gewerbeinhabers oder eines diesen treffenden Zufalls der Hilfsarbeiter berechtigt, für den Entgang der Kündigungsfrist Schadloshaltung zu beanspruchen.

§ 84. Wenn der Gewerbeinhaber ohne einen gesetzlich zulässigen Grund (§§ 82 und 101) einen Hilfsarbeiter vorzeitig entläßt oder durch Verschulden von seiner Seite dem letzteren Grund zur vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses gibt (§ 82a), so ist er verpflichtet, dem Hilfsarbeiter den Lohn und die sonst vereinbarten Genüsse für die ganze Kündigungsfrist, beziehungsweise für den noch übrigen Teil der Kündigungsfrist zu vergüten.

Vorzeitiger Austritt.

§ 85. Wenn ein Hilfsarbeiter den Gewerbeinhaber ohne gesetzlich zulässigen Grund (§§ 82a und 101) vorzeitig verläßt, so macht er sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig und ist nach den Bestimmungen der letzteren zu bestrafen. Überdies ist der Gewerbeinhaber berechtigt, den Hilfsarbeiter durch die Behörde zur Rückkehr in die Arbeit für die noch fehlende Zeit zu verhalten und Ersatz des erlittenen Schadens zu begehren.

§ 86. Ein Gewerbeinhaber, der einen Hilfsarbeiter in Verwendung nimmt, obwohl ihm bei der Aufnahme bekannt war, daß derselbe sein Arbeitsverhältnis mit seinem letzten Arbeitgeber nicht rechtmäßig gelöst hat, oder welcher einen solchen Hilfsarbeiter in der Arbeit behält, nachdem ihm diese unrechtmäßige Lösung bekannt geworden ist, macht sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig und haftet mit dem Hilfsarbeiter dem früheren Arbeitgeber für den durch den eigenmächtigen Austritt des Hilfsarbeiters erwachsenen Schaden.

Das Gleiche gilt von jenem Gewerbeinhaber, welcher einen Hilfsarbeiter zum Vertragsbruche seinem Arbeitgeber gegenüber verleitet hat.

Dem früheren Arbeitgeber steht auch das Recht zu, den Wiedereintritt des eigenmächtig ausgetretenen Hilfsarbeiters für die noch fehlende Zeit zu fordern.

Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnissen.

§ 87. Zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse zwischen solchen Gewerbeinhabern, welche einer Genossenschaft nicht angehören und ihren Hilfsarbeitern, oder zwischen Hilfsarbeitern untereinander, können besondere schiedsrichterliche Kollegien errichtet werden.

Die Bewilligung zur Errichtung solcher Kollegien wird über Antrag einer größeren Anzahl von Gewerbeinhabern oder Hilfsarbeitern, welche in dem Bezirke des zu bildenden Kollegiums wohnhaft sind, von der politischen Landesbehörde erteilt.

Die Zuständigkeit dieser schiedsrichterlichen Kollegien erstreckt sich nicht auf solche Streitigkeiten, welche vor ein nach dem Gesetze vom 14. Mai 1869 (R. 63) errichtetes Gewerbegericht gehören.

§ 87a. Zur Bildung der im vorstehenden Paragraphen bezeichneten schiedsrichterlichen Kollegien werden die betreffenden Gewerbeinhaber samt ihren Hilfsarbeitern, mit Ausnahme der Lehrlinge, herangezogen.

Nach erteilter Bewilligung hat der Gemeindevorstand des Ortes, wo das schiedsrichterliche Kollegium seinen Sitz haben soll, das Verzeichnis der Gewerbeinhaber und Hilfsarbeiter (mit Ausnahme der Lehrlinge) dieser Gewerbe der politischen Behörde einzusenden, welche sodann unter Festsetzung der Zahl der aus jeder Klasse zu Wählenden sowohl die Gewerbeinhaber, als die Hilfsarbeiter zur Wahl der Schiedsrichter in abgeordneten Wahlversammlungen einberuft und diese Versammlungen durch ihre Beamten leiten läßt.

Bezüglich der Stimmberechtigung, der Wählbarkeit und des Wahlvorganges haben die Bestimmungen der §§ 118 und 122 sinngemäße Anwendung zu finden.

Die Wahl erfolgt für die Dauer von drei Jahren, nach deren Ablauf die neuerliche Wahl der Schiedsrichter vorzunehmen ist.

Wenn die Wahlen in der vorbezeichneten Weise nicht zustande kommen, ist die zur Errichtung eines schiedsrichterlichen Kollegiums erteilte Bewilligung wirkungslos geworden; im entgegengesetzten Falle ist unter Leitung der politischen Behörde zur Bildung des schiedsrichterlichen Kollegiums zu schreiten.

§ 87b. Auf die Bildung des schiedsrichterlichen Kollegiums aus den gewählten Schiedsrichtern, auf die Erneuerung desselben und die Wahl des Vorsitzenden, auf die Zuständigkeit desselben, dann bezüglich der Geschäftsbehandlung und der Vollziehbarkeit der geschlossenen

Vergleiche und der schiedsgerichtlichen Entscheidungen, sowie bezüglich der Aufhebung der letzteren, haben die Bestimmungen der §§ 122 und 123 über den schiedsrichterlichen Ausschuss der Genossenschaften sinngemäße Anwendung zu finden.

Die erfolgte Bildung des schiedsrichterlichen Kollegiums ist mit Beziehung auf die von der politischen Landesbehörde zur Errichtung desselben erteilte Bewilligung von der Gewerbebehörde öffentlich bekannt zu machen.

§ 87c. Soweit nicht die Zuständigkeit eines nach dem Gesetze vom 14. Mai 1869 (R. 63) errichteten Gewerbegerichtes, des schiedsgerichtlichen Ausschusses einer Genossenschaft oder eines nach § 87 gebildeten schiedsrichterlichen Kollegiums eintritt, sind Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse zwischen Gewerbeinhabern und ihren Hilfsarbeitern, welche während der Dauer des Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisses oder wenigstens vor Ablauf von 30 Tagen nach dessen Aufhören angebracht werden, von der politischen Behörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Ebenso sind Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse zwischen Hilfsarbeitern untereinander, welche während der Dauer des Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisses oder wenigstens vor Ablauf von 30 Tagen nach dessen Aufhören angebracht werden, soweit nicht die Zuständigkeit eines Gewerbegerichtes oder eines nach § 87 gebildeten schiedsgerichtlichen Kollegiums eintritt, von der politischen Behörde zu verhandeln und zu entscheiden.

Gegen zwei gleichlautende Entscheidungen der politischen Behörden ist ein weiterer Rekurs nicht zulässig.

Jene Streitigkeiten, welche nach Verlauf von 30 Tagen nach Aufhören des Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisses angebracht werden, gehören soweit nicht die Zuständigkeit des schiedsgerichtlichen Ausschusses einer Genossenschaft oder eines schiedsrichterlichen Kollegiums eintritt, vor den ordentlichen Richter.

Arbeitsverhältnisse.

§ 88. In jeder Gewerbeunternehmung ist über alle Hilfsarbeiter ein Verzeichnis in Buchform mit Angabe des Vor- und Zunamens, des Alters, der Heimatsgemeinde, der Gemeinde, welche das Arbeitsbuch ausgestellt hat, des Eintrittes in die Gewerbeunternehmung, des Namens des Gewerbeinhabers, bei dem der Hilfsarbeiter zuletzt in Arbeit stand, der Verwendungsart im Gewerbe, der Krankenkasse, welcher der Hilfsarbeiter angehört, und des Austrittes aus der Gewerbeunternehmung zu führen und den behördlichen Organen auf jedesmaliges Verlangen vorzuweisen.

Die polizeilichen Meldungsvorschriften bleiben durch dieses Gesetz unberührt.

(Verordnung des Handelsministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, 24. Dezember 1893 [R. 7 ex 1894]).

Arbeitsordnung.

§ 88a. In den Fabriken und in jenen Gewerbeunternehmungen, in welchen über 20 Hilfsarbeiter in gemeinschaftlichen Lokalen beschäftigt sind, muß eine vom Gewerbeinhaber unterschriebene, sämtlichen Hilfsarbeitern bei ihrem Eintritte zu verlautbarende Arbeitsordnung in den genannten Lokalen angeschlagen sein, worin mit der Angabe des Zeitpunktes, wann deren Wirksamkeit beginnt, insbesondere folgende Bestimmungen auszudrücken sind:

- a) über die verschiedenen Arbeiterkategorien, sowie über die Art der Verwendung der Frauen- und jugendlichen Hilfsarbeiter;
- b) über die Art und Weise, wie die jugendlichen Hilfsarbeiter den vorgeschriebenen Schulunterricht genießen;
- c) über die Arbeitstage, Beginn und Ende der Arbeitszeit und über die Arbeitspausen;
- d) über die Zeit der Abrechnung und der Auszahlung der Arbeitslöhne;
- e) über die Befugnisse und Obliegenheiten des Aufsichtspersonales;
- f) über die Behandlung der Arbeiter im Falle der Erkrankung oder Verunglückung;
- g) über Konventional-Geldstrafen, welche bei Übertretung der Arbeitsordnung eintreten und deren Verwendung, dann über andere allfällige Lohnabzüge;
- h) über die Kündigungsfristen und die Fälle, in welchen das Arbeitsverhältnis sogleich aufgelöst werden kann.

Die Arbeitsordnung ist spätestens acht Tage, bevor dieselbe als Anschlag in den Werkstätten angebracht wird, in zwei gleichlautenden Exemplaren der Gewerbebehörde vorzulegen, welche, wenn sie in der Arbeitsordnung nichts Geschwriges findet, eines derselben mit ihrem Visum zu versehen und dem Gewerbeinhaber zurückzustellen hat.

Krankenkasse.

§ 89. Jene Gewerbeinhaber, welche keiner Genossenschaft angehören, sind verpflichtet, unter Beitragsleistung der Hilfsarbeiter entweder eine besondere Krankenkasse bei ihrem Gläubissement zu errichten oder einer schon bestehenden beizutreten.

Konventional=Geldstrafen.

§ 90. Die Konventional=Geldstrafen, welchen die Hilfsarbeiter bei Übertretung der Arbeitsordnung unterworfen wurden, sowie deren Verwendung sind in ein Verzeichnis einzutragen, dessen Einsichtnahme der Behörde und den Hilfsarbeitern offen steht, und dessen Vorlage an die Gewerbebehörde zu erfolgen hat, wenn sich ein Hilfsarbeiter durch die Einhebung oder Verwendung der Konventional=Geldstrafen für beschwert erachtet.

Stellvertreter der Gewerbeinhaber.

§ 91. Was in diesem Abschnitte von Gewerbeinhabern als Arbeitgebern oder Lehrherren gesagt ist, gilt auch von deren Stellvertretern, insoweit nicht einzelne Bestimmungen der Natur der Sache nach nur auf die Person des Gewerbeinhabers Anwendung finden.

Kaufmännisches Hilfspersonale.

§ 92. Auf die Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und Handlungsdiener finden die Bestimmungen dieses Abschnittes nur insoferne Anwendung, als in dem Handelsgesetzbuche nicht etwas anderes angeordnet ist. — HGB. 57—65.

2. Zusatzbestimmungen.

A. Für jugendliche Hilfsarbeiter und für Frauenspersonen.

§ 93. Unter jugendlichen Hilfsarbeitern werden in diesem Gesetze Hilfsarbeiter bis zum vollendeten 16. Lebensjahre verstanden.

Beschränkungen in der Verwendung von jugendlichen Hilfsarbeitern und Frauenspersonen.

§ 94. Kinder vor vollendetem 12. Jahre dürfen zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen nicht verwendet werden.

Jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 12. und dem vollendeten 14. Jahre dürfen zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen verwendet werden, sofern ihre Arbeit der Gesundheit nicht nachtheilig ist und die körperliche Entwicklung nicht hindert, dann der Erfüllung der gesetzlichen Schulspflicht nicht im Wege steht.

Die Dauer der Arbeit dieser jugendlichen Hilfsarbeiter darf jedoch acht Stunden täglich nicht übersteigen.

Ubrigens ist der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammern ermächtigt, im Verordnungswege jene gefährlichen oder gesundheitschädlichen gewerblichen Verrichtungen zu bezeichnen, bei welchen jugendliche Hilfspersonen oder Frauenspersonen gar nicht oder nur bedingungsweise verwendet werden dürfen.

Wöchnerinnen dürfen erst nach Verlauf von vier Wochen nach ihrer Niederkunft zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen verwendet werden.

Nachtarbeit.

§ 95. Jugendliche Hilfsarbeiter dürfen zur Nachtzeit, d. i. in den Stunden zwischen 8 Uhr abends und fünf Uhr morgens zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen nicht verwendet werden.

Der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern ist jedoch ermächtigt, für bestimmte Kategorien von Gewerben mit Rücksicht auf klimatische Verhältnisse und sonstige wichtige Umstände die obigen Grenzen der Nachtarbeit im Verordnungswege angemessen zu regeln oder überhaupt die Nachtarbeit der jugendlichen Hilfsarbeiter zu gestatten.

(Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern 27. Mai 1885 (R. 84).

Evidenzhaltung jugendlicher Hilfsarbeiter.

§ 96. Gewerbeinhaber, welche jugendliche Hilfsarbeiter beschäftigen, haben ein Verzeichnis derselben zu führen, welches Namen, Alter, Wohnort dieser Hilfsarbeiter und den Namen

sowie den Wohnort ihrer Eltern, beziehungsweise Vormünder, dann die Ein- und Austrittszeit zu enthalten hat.

Dieses Verzeichnis ist der Gewerbebehörde auf Verlangen vorzulegen.

B. Für Hilfsarbeiter in fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmen.

§ 96 a. In fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmen darf für die gewerblichen Hilfsarbeiter die Arbeitsdauer ohne Einrechnung der Arbeitspausen nicht mehr als höchstens 11 Stunden binnen 24 Stunden betragen.

Doch kann der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammern diejenigen Gewerbekategorien im Verordnungswege bezeichnen, welchen mit Rücksicht auf die nachgewiesenen besonderen Bedürfnisse derselben die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde zu gewähren ist, und ist die Liste derselben von drei zu drei Jahren zu revidieren.

Außerdem ist der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern ermächtigt, bei jenen Kategorien von Gewerbeunternehmen, für welche im Sinne der §§ 75, alinea 3 (jetzt Art. VI des Gesetzes vom 16. Jänner 1895 [R. 11]), bzw. 18. Juli 1905 [R. 125]), und 96 b, alinea 4, der ununterbrochene Betrieb gestattet worden ist, behufs Ermöglichung des wiederkehrend erforderlichen Schichtwechsels die Arbeitszeit angemessen zu regeln.

Wenn Naturereignisse oder Unfälle den regelmäßigen Betrieb unterbrochen haben, oder wenn ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eingetreten ist, kann die Gewerbebehörde erster Instanz einzelnen Gewerbeunternehmen eine zeitweilige Verlängerung der Arbeitszeit, jedoch längstens für die Dauer von drei Wochen, bewilligen; über diese Frist hinaus steht eine solche Bewilligung der politischen Landesbehörde zu.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit kann im Falle zwingender Notwendigkeit und während längstens dreier Tage in einem Monate gegen bloße Anmeldung bei der Gewerbebehörde erster Instanz erfolgen.

Auf Arbeiten, welche der eigentlichen Fabrikation als Hilfsarbeiten notwendig vor- oder nachgehen müssen (Kesselbeheizung, Beleuchtung, Säuberung), finden, sofern diese Arbeiten nicht von jugendlichen Arbeitern verrichtet werden, die obigen Bestimmungen keine Anwendung.

Die Überstunden sind besonders zu entloohnen. (Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern vom 27. Mai 1885 [R. 85]).

§ 96 b. Kinder vor vollendetem 14. Jahre dürfen zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen in fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmen nicht verwendet werden.

Jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 14. und dem vollendeten 16. Jahre dürfen nur zu leichteren Arbeiten verwendet werden, welche der Gesundheit dieser Hilfsarbeiter nicht nachteilig sind und deren körperliche Entwicklung nicht hindern.

Außer den jugendlichen Hilfsarbeitern dürfen auch Frauenspersonen überhaupt zur Nachtarbeit (§ 95) in fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmen nicht verwendet werden.

Doch kann der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammern im Verordnungswege jene Kategorien von fabrikmäßig betriebenen Gewerbeunternehmen bezeichnen, bei denen eine Unterbrechung des Betriebes im Hinblick auf die Beschaffenheit des letzteren untunlich ist oder bei denen die zwingende Notwendigkeit der Schichtarbeit mit Rücksicht auf die Bedürfnisse dieser Industriezweige vorliegt und bei denen aus diesen Gründen jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 14. und dem vollendeten 16. Jahre, sowie Frauenspersonen überhaupt zur Nachtarbeit verwendet werden dürfen. Es darf jedoch die Gesamtarbeitsdauer dieser Personen innerhalb 24 Stunden die gesetzliche Arbeitsdauer (§ 96 a, alinea 1) nicht übersteigen.

(Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, 27. Mai 1885 [R. 86] und 12. Februar 1906 [R. 33]).

§ 96 c. Die Bestimmung des § 88 a findet auf Eisenbahnbauunternehmen und andere, von wem immer betriebene Bauunternehmen, welche mehr als 20 Arbeiter bei einer Bauführung beschäftigen, Anwendung.

Bei den von diesen Unternehmen auszuführenden Bauten kommen ferner Bestimmungen der §§ 96 a und 96 b, und zwar die letzteren Bestimmungen auch bezüglich jener Arbeiter zur Geltung, welche nicht unmittelbar von den Bauunternehmen, sondern von solchen Gewerbetreibenden beschäftigt werden, deren sich die Bauunternehmen zur Ausföhrung der betreffenden Arbeiten bedienen.

(Vorschriften zur Verhütung von Unfällen und zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter bei der gewerblichen Ausföhrung von Hochbauten. Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern 7. Februar 1907 [R. 24]).

C. Für Lehrlinge.

§ 97. Als Lehrling wird angesehen, wer bei einem Gewerbeinhaber zur praktischen Erlernung des Gewerbes in Verwendung tritt, ohne Unterschied, ob ein Lehrgeld vereinbart wurde oder nicht, und ob für die Arbeit Lohn gezahlt wird oder nicht.

Halten von Lehrlingen.

§ 98. Lehrlinge dürfen nur von solchen Gewerbeinhabern gehalten werden, welche selbst oder deren Stellvertreter die erforderlichen Fachkenntnisse besitzen, um den Vorschriften des § 100 in Betreff der gewerblichen Ausbildung der Lehrlinge nachzukommen und die auch nach der Einrichtung und der Art der Ausübung des Gewerbes tatsächlich in der Lage sind, dies zu tun.

Jene Gewerbeinhaber, welche wegen eines Verbrechens überhaupt oder wegen eines aus Gewinnucht begangenen oder gegen die öffentliche Sittlichkeit gerichteten Vergehens oder einer derlei Übertretung verurteilt wurden, dürfen Lehrlinge weder aufnehmen noch die bereits aufgenommenen länger behalten.

Das Recht, Lehrlinge zu halten, kann von der Gewerbebehörde solchen Gewerbeinhabern, welche sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben oder gegen welche Tatsachen vorliegen, welche sie in sittlicher Beziehung zum Halten von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen, unabhängig von der sonstigen nach der Gewerbeordnung oder dem allgemeinen Strafgesetze zu verhängenden Strafe für immer oder auf bestimmte Zeit entzogen werden.

Die Entziehung des Rechtes, Lehrlinge zu halten, erfolgt nach Anhörung der Genossenschaft, welcher der Lehrherr angehört.

Gewerbeinhabern, welche Lehrlinge beschäftigen, kann die Gewerbebehörde die gleichzeitige Haltung jugendlicher Hilfsarbeiter über Antrag der betreffenden Genossenschaft oder des Gewerbeinspektors dann unterlagen, wenn durch die Haltung der jugendlichen Hilfsarbeiter die für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften umgangen werden.

In Fällen, in welchen ein Nachteil oder Mißbrauch nicht zu besorgen ist, kann die Gewerbebehörde den im alinea 2 genannten Gewerbeinhabern die ausnahmsweise Bewilligung zur Aufnahme von Lehrlingen erteilen.

Die Vorschriften über die strafweise Entziehung des Rechtes, Lehrlinge zu halten, enthält § 133 a.

Lehrzeit.

§ 98 a. Die Lehrzeit darf, sofern diesfalls nicht die besonderen Bestimmungen der §§ 14 und 144, lit. b, beziehungsweise die auf Grund des § 23, alinea 1 und 3, im Verordnungswege oder im Gesetze vom 26. Dezember 1893 (R. 193) getroffenen Anordnungen in Betracht kommen, bei nicht fabrikmäßigen Gewerben nicht weniger als zwei und nicht mehr als vier Jahre, bei fabrikmäßigen Gewerben jedoch nicht weniger als zwei und nicht mehr als drei Jahre betragen. Innerhalb dieser Zeitgrenzen hat die Festsetzung der Lehrzeit durch das Genossenschaftsstatut (§ 114, lit. b und § 119 c, lit. f), beziehungsweise durch den Lehrvertrag zu erfolgen.

Für einzelne nicht fabrikmäßig betriebene freie Gewerbe kann der Handelsminister nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer im Verordnungswege bestimmen, daß die Lehrzeit auf ein Jahr herabgesetzt werde.

Hat der Lehrling einen Teil der Lehrzeit bei einem Lehrherrn bereits zurückgelegt, so ist im Falle des ordnungsmäßigen Übertrittes zu einem anderen Lehrherrn dieser Teil der Lehrzeit in die Gesamtdauer der Lehrzeit einzurechnen.

Aufnahme der Lehrlinge.

§ 99. Die Aufnahme der Lehrlinge hat auf Grund eines besonderen Vertrages zu geschehen, der binnen vier Wochen nach Beginn des Lehrverhältnisses schriftlich abzuschließen ist. Ein Exemplar desselben ist sofort nach Abschluß der Genossenschaftsvorlesung oder, wenn der Lehrherr keiner Genossenschaft angehört, der Gemeindebehörde einzusenden und in dem hiefür bestimmten Protokollbuche zu verzeichnen.

Der Lehrvertrag ist stempel- und gebührenfrei.

Derselbe muß enthalten:

1. den Namen des Lehrherrn, das Gewerbe, welches er betreibt, und den Aufenthaltsort desselben;
2. den Namen (Vor- und Zunamen), das Alter und den Wohnort des Lehrlings;
3. sofern es sich um einen minderjährigen Lehrling handelt, den Namen, die Beschäftigung und den Wohnort seiner Eltern, seines Vormundes oder sonstigen gesetzlichen Vertreters;
4. das Datum des Vertrages und die Dauer des Vertragsverhältnisses;
5. die Bestimmung, das insbesondere — unbeschadet der den beiden Kontrahenten obliegenden, sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen — der Gewerbeinhaber sich verpflichtet, den Lehrling in den Fertigkeiten des von ihm zu erlernenden Gewerbes zu unterweisen oder durch einen hiezu befähigten Stellvertreter unterweisen zu lassen und daß der Lehrling zur fleißigen Verwendung in diesem Gewerbe zu verhalten ist;

6. die Bedingungen der Aufnahme in Betreff des Lehrgeldes oder etwaigen Lohnes, der Verköstigung, der Bekleidung, der Wohnung, der Dauer der Lehrzeit, der Prüfungstage und der genossenschaftlichen Aufbungs- und Freisprechgebühr.

Die wesentlichsten Vertragsbedingungen sind von der Gemeindebehörde in das Arbeitsbuch aufzunehmen.

Gewerbeinhaber, welche bei der Aufnahme von Lehrlingen sich nicht an diese Bestimmungen halten, machen sich einer Übertretung der Gewerbeordnung schuldig.

Probezeit.

§ 99 a. Das Lehrverhältnis kann, wenn bei der Aufnahme des Lehrlings keine längere Probezeit bedungen wurde, während der ersten vier Wochen nach Beginn der Lehrzeit durch einseitigen Rücktritt jedes der beiden Teile aufgelöst werden.

Die Probezeit darf drei Monate nicht übersteigen und ist in die Lehrzeit einzurechnen.

Pflichten des Lehrlings.

§ 99 b. Der Lehrling ist dem Lehrherrn zur Folgsamkeit, Treue und Verschwiegenheit, zu Fleiß und anständigem Betragen verpflichtet und muß sich nach dessen Anweisung im Gewerbe verwenden.

Ein minderjähriger Lehrling ist der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen, dessen Schutz und Ob Sorge er genießt.

Die Lehrlinge sind, insofern sie von gewerblichen Fortbildungs- oder einen anderen mindestens gleichwertigen Unterricht noch nicht mit Erfolg absolviert haben, verpflichtet, die bestehenden allgemein gewerblichen Fortbildungsschulen (beziehungsweise Vorbereitungskurse) sowie die fachlichen Fortbildungsschulen in der durch den bezüglichen Lehrplan vorgeschriebenen Weise bis zur vollständigen Erreichung des Lehrzieles regelmäßig zu besuchen.

Die Entscheidung über die Gleichwertigkeit des Unterrichtes wird vom Minister für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit dem Handelsminister gefällt.

Für jene Lehrlinge, welche durch eigenes Verschulden einen genügenden Unterrichtserfolg nicht erreichen oder im Disziplinarwege von dem Schulunterrichte zeitweilig ausgeschlossen werden, kann seitens der Gewerbebehörde auf Grund der von dem betreffenden Schulaufsichtsorgane erstatteten Anzeige die statuten- oder vertragsmäßig festgesetzte regelmäßige Dauer der Lehrzeit verlängert werden.

Eine Verlängerung der Lehrzeit tritt ferner dann ein, wenn der Lehrling die vorgeschriebene Lehrlingsprüfung (Gesellenprüfung) vor Beendigung der Lehrzeit nicht bestanden hat.

Die Dauer der im Sinne der vorstehenden Bestimmungen verlängerten Lehrzeit darf jedoch in keinem Falle mehr als ein halbes Jahr betragen.

Pflichten des Lehrherrn.

§ 100. Der Lehrherr hat sich die gewerbliche Ausbildung des Lehrlings angelegen sein zu lassen und ihm die erforderliche Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen (§ 76) nicht zu entziehen.

Ihm, beziehungsweise seinem Stellvertreter obliegt die Überwachung der Sitten und der Aufführung des minderjährigen Lehrlings in und außer der Werkstätte; er hat denselben zur Arbeitsamkeit, zu guten Sitten und zur Erfüllung der religiösen Pflichten zu verhalten; er hat ferner jede Mißhandlung desselben zu unterlassen, ihn gegen solche von Seite der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen und dafür Sorge zu tragen, daß dem Lehrlinge nicht Arbeitsverrichtungen, wie Transportierungen von Lasten und dgl., in einer solchen Art und Dauer zugewiesen werden, daß sie seinen physischen Kräften nicht angemessen sind.

Der Lehrherr, beziehungsweise sein Stellvertreter ist weiter verpflichtet, jenen Lehrlingen, welche den gewerblichen Fortbildungs- oder einen anderen mindestens gleichwertigen Unterricht noch nicht erfolgreich absolviert haben, die zum Besuche der im § 99 b, Alinea 3, erwähnten Anstalten erforderliche Zeit bis zur vollständigen Erreichung des Lehrzieles einzuräumen, sie zum Besuche dieser Schulen zu verhalten und die Überwachung des regelmäßigen Schulbesuches durch die An- und Abmeldung der Lehrlinge bei der Schulleitung zu ermöglichen.

Im Falle der Erkrankung oder des Entlaufens des minderjährigen Lehrlings und bei anderen wichtigen Vorfällen hat der Lehrherr die Eltern, Vormünder oder sonstigen Angehörigen desselben, sowie die Genossenschaft hiervon sofort zu benachrichtigen.

Wenn der Lehrherr durch sein Verschulden eine mehr als 14 tägige Verzögerung der Aufbahrung oder Freisprechung des Lehrlings herbeiführt, begeht er eine Übertretung der Gewerbeordnung.

Bestimmung des Zahlenverhältnisses der Lehrlinge.

§ 100 a. Soweit für einzelne Gewerbe keine Bestimmungen über das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu jener der Gehilfen im Wege des Genossenschaftstatutes getroffen werden, kann der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer dieses Zahlenverhältnis im Verordnungswege festsetzen. Diese Festsetzung kann im allgemeinen oder für bestimmte Bezirke erfolgen.

Vorzeitige Auflösung des Lehrverhältnisses.

§ 101. Das Lehrverhältnis kann vor Ablauf der bedungenen Dauer in folgenden Fällen sogleich aufgelöst werden.

1. Von Seite des Lehrherrn:

- a) wenn sich unzweifelhaft herausstellt, daß der Lehrling zur Erlernung des Gewerbes untauglich ist;
- b) wenn der Lehrling sich eine der im § 82, lit. d, e, f und g, rücksichtlich der Hilfsarbeiter bezeichneten Handlungen zu Schulden kommen läßt;
- c) wenn der Lehrling mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist oder über drei Monate durch Krankheit an der Arbeit verhindert ist;
- d) wenn der Lehrling durch längere Zeit als einen Monat gefänglich angehalten wird.

2. Von Seite des Lehrlings, beziehungsweise seines gesetzlichen Vertreters:

- a) wenn der Lehrling ohne Schaden für seine Gesundheit im Lehrverhältnisse nicht verbleiben kann;
- b) wenn der Lehrherr die ihm obliegenden Pflichten gröblich vernachlässigt, den Lehrling zu unsittlichen oder gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten sucht oder, sei es das Recht der väterlichen Zucht selber mißbraucht, sei es den Lehrling gegen Mißhandlungen von Seite der Arbeits- und Hausgenossen zu schützen unterläßt;
- c) wenn der Lehrherr durch mehr als einen Monat gefänglich angehalten wird, oder auch bei kürzerer Zeit, wenn nicht für den Lebensunterhalt des Lehrlings gesorgt ist;
- d) wenn dem Lehrherrn durch Straferkenntnis das Gewerbe zeitlich eingestellt wird;
- e) wenn der Lehrherr mit seiner Gewerbeunternehmung in eine andere Gemeinde übersiedelt; doch muß die Lösung des Verhältnisses längstens binnen zwei Monaten nach der Übersiedlung stattfinden.

Kündigung.

§ 102. Gegen eine vierzehntägige Kündigung kann das Lehrverhältnis seitens des Lehrlings gelöst werden, wenn durch eine vom Lehrling, beziehungsweise von dessen gesetzlichem Vertreter abgegebene Erklärung nachgewiesen wird, daß der Lehrling seinen Beruf ändert, oder zu einem wesentlich verschiedenen Gewerbe übergeht, oder wenn derselbe von seinen Eltern wegen eingetretener Veränderung ihrer Umstände zu ihrer Pflege oder zur Führung ihrer Wirtschaft oder ihres Gewerbes benötigt wird.

Der Grund der Kündigung ist in dem Arbeitsbuche des Lehrlings ersichtlich zu machen.

Binnen einem Jahre nach Auflösung des Lehrverhältnisses soll ein solcher Lehrling in demselben Gewerbe oder in einem diesem Gewerbe analogen Fabrikbetriebe ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn nicht beschäftigt werden.

Verweigert der Lehrherr die Zustimmung, so steht es dem Lehrling, beziehungsweise dessen gesetzlichem Vertreter frei, die Entscheidung der zur Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lehr- und Lohnverhältnisse gesetzlich berufenen Instanz anzurufen, welche in rüchswürdigen Fällen die fehlende Zustimmung ersehen kann.

§ 102 a. Außer in den im § 102 angeführten Fällen kann die vierzehntägige Kündigung seitens des Lehrlings, beziehungsweise seines gesetzlichen Vertreters auch dann stattfinden, wenn vor der im § 102 bezeichneten Instanz in unzweifelhafter Weise dargetan wird, daß sich der Lehrherr dem Lehrling gegenüber eine dauernd harte oder ungerechte Behandlung zu Schulden kommen ließ, ohne daß sich diese Behandlung als Mißhandlung darstellt, welche nach § 101, Punkt 2, lit. b, den Lehrling zur sofortigen Auflösung des Lehrverhältnisses berechtigen würde.

Auf diesen Fall finden die Bestimmungen des § 102, Alinea 2, 3 und 4 keine Anwendung.

Erlöschen des Lehrvertrages.

§ 103. Der Vertrag erlischt nicht nur durch das Aufhören des Gewerbebetriebes oder durch den Tod des Lehrlings, sondern auch durch den Tod des Lehrherrn, ferner durch das Abtreten

des letzteren vom Gewerbe, endlich durch die eingetretene Unfähigkeit des einen oder des anderen die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen.

§ 103 a. Gehört der Lehrling einer Genossenschaft an, so ist es in den Fällen, wo das Lehrverhältnis ohne Verschulden des Lehrlings vor Ablauf der Lehrzeit aufgelöst wurde, Aufgabe der Genossenschaft, für die weitere Unterbringung des Lehrlings bei einem anderen zur Genossenschaft gehörigen Lehrherrn tunlichst Sorge zu tragen.

Bei Abschluß des neuen Lehrvertrages ist die bereits zurückgelegte Lehrzeit entsprechend einzurechnen.

Die Genossenschaft ist überdies verpflichtet, in den nach §§ 101, 102, 102 a und 103 eintretenden Fällen, wenn die Erklärung des gesetzlichen Vertreters des minderjährigen Lehrlings nicht rechtzeitig zu beschaffen ist, diese Erklärung zu ersetzen.

Lehrzeugnis und Lehrbrief (Gesellenbrief).

§ 104. Bei Auflösung des Lehrverhältnisses hat der Lehrherr dem Lehrling ein Zeugnis über die zugebrachte Lehrzeit, sein Betragen während derselben und die gewonnene Ausbildung im Gewerbe auszustellen.

Im Falle der Auflösung durch ordnungsmäßige Beendigung des Lehrverhältnisses ist, wenn der Lehrherr einer Genossenschaft angehört, von der Genossenschaftsvorsteherung unter Bezeichnung des Lehrzeugnisses, beziehungsweise der Lehrzeugnisse, des Abgangszeugnisses der Fortbildungsschule und gegebenenfalls des Zeugnisses über die mit oder ohne Erfolg abgelegte Lehrlingsprüfung sowie der seitens der Genossenschaft gemäß § 114 gemachten Wahrnehmungen ein Lehrbrief auszustellen; an dessen Stelle tritt bei handwerksmäßigen Gewerben, jedoch nur im Falle erfolgreich abgelegter Gesellenprüfung (§ 104 b), der Gesellenbrief.

Der Titel Geselle wird nur durch die erfolgreiche Ablegung der Gesellenprüfung erworben. Der nur mit Lehrbrief ausgestattete Hilfsarbeiter heißt Gehilfe.

Der wesentliche Inhalt der obervähnten Bescheinigungen des Lehrherrn sowie der Genossenschaft ist in das Arbeitsbuch einzutragen und von der Ortspolizeibehörde kosten- und stempelfrei zu beglaubigen.

§ 104 a. Die Bestimmungen der §§ 77, 82, 82 a und 83 finden auf Lehrlinge keine Anwendung.

Gesellenprüfung bei handwerksmäßigen Gewerben.

§ 104 b. Die Gewerbe-Genossenschaften haben Vor Sorge zu treffen, daß alle in handwerksmäßigen Gewerben verwendeten Lehrlinge sich am Ende der Lehrzeit einer Gesellenprüfung unterziehen können, welche den Nachweis zu erbringen hat, daß der Lehrling sich die in dem betreffenden Gewerbe für einen Gesellen erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet hat.

Die gleiche Vor Sorge hat die Gewerbebehörde in Ansehung solcher Lehrlinge zu treffen, welche in analogen Fabriksbetrieben, beziehungsweise in handwerksmäßigen Gewerbebetrieben, die keiner Genossenschaft angehören, verwendet werden.

Die Gesellenprüfung ist vor der von der betreffenden Genossenschaft gebildeten Prüfungskommission abzulegen. Doch können die beteiligten Genossenschaften im gegenseitigen Einvernehmen auch die Bestimmung treffen, daß ihre Lehrlinge die Gesellenprüfung vor der für das betreffende handwerksmäßige Gewerbe bei einer dieser Genossenschaften gebildeten Prüfungskommission abzulegen haben.

Die Prüfungskommission besteht aus einem Vorsitzenden und mindestens zwei, höchstens vier Beisitzern. Der Vorsitzende wird von der Gewerbebehörde nach Einvernehmung der Handels- und Gewerbeämter, des etwa bestehenden Genossenschaftsverbandes und der betreffenden Genossenschaften auf drei Jahre bestellt. Von den Beisitzern wird ein Mitglied aus der Zahl der Gesellen, welche mindestens vier Jahre im Gewerbe tätig sind, die übrigen werden aus der Mitte der Gewerbeinhaber, welche mindestens drei Jahre ihr Gewerbe selbständig ausüben, bestellt. Die Beisitzer sind nach je einer von der Genossenschaftsversammlung und bezüglich der Gesellen von der Gehilfenversammlung für drei Jahre anzulegenden Namensliste von Fall zu Fall durch die Genossenschaftsvorsteherung zu bestimmen.

Während der ersten vier Jahre nach Inkrafttreten dieser Vorschriften können auch Gehilfen, welche die Gesellenprüfung nicht abgelegt haben, in die Liste der Beisitzer der Prüfungskommission aufgenommen werden.

Für Lehrlinge handwerksmäßiger Gewerbe, welche die Lehre in einem Fabriksbetriebe oder bei einem keiner Genossenschaft angehörenden Lehrherrn oder einer der im § 14 b, Abs. 2, gedachten Anstalten zurückgelegt haben, hat die Gewerbebehörde nach Anhörung der Handels- und Gewerbeämter die Prüfungskommissionen unter sinngemäßer Berücksichtigung der vorangehenden Bestimmungen zu bestellen.

§ 104 c. Der Vorgang bei der Prüfung, der Umfang und die Art des Prüfungsstoffes sowie die Höhe der vom Lehrling zu entrichtenden Prüfungstage wird durch besondere Prüfungs-

ordnungen geregelt, welche für die einzelnen Genossenschaften nach den verschiedenen Kategorien handwerksmäßiger Gewerbe von der politischen Landesbehörde über Antrag der Genossenschaften und nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer sowie des etwa bestehenden Genossenschaftsverbandes erlassen werden. Die Kosten der Prüfung werden von der Genossenschaft getragen, der auch die Prüfungstaxen zustießen.

Für die Prüfung der im § 104 b, Absatz 6, erwähnten Lehrlinge werden analoge Prüfungsordnungen von der politischen Landesbehörde nach Anhörung der Handels- und Gewerbekammer erlassen. Die Kosten der Prüfung werden in diesen Fällen von den Handels- und Gewerbekammern getragen, welchen hingegen die Prüfungstaxen zustießen.

§ 104 d. Der Lehrling oder Gehilfe hat ein stempelfreies Gesuch um Zulassung zur Gesellenprüfung an die Genossenschaftsvorsteherung, beziehungsweise (§ 104 b, Absatz 6) an die Prüfungskommission zu richten und in einem Gesuche das Lehrzeugnis und sofern er zum Besuche einer Fortbildungsschule (§ 99 b, Absatz 3) verpflichtet war, die Zeugnisse über den Schulbesuch oder, im Falle derselbe bereits als Gehilfe tätig war, das Arbeitszeugnis beizulegen.

Die Prüfungskommission hat über das Ergebnis der Prüfung ein stempelfreies Zeugnis kostenlos auszustellen, welches im Falle günstigen Erfolges in dem Gesellenbriefe einzutragen ist.

Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission bei Lehrlingen unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 99 b, Alinea 7, den Termin für die Wiederholung der Prüfung anzuberaumen.

Wenn eine Genossenschaft die ihr nach § 104 b, Absatz 1 und 3, in Ansehung der Vorname der Gesellenprüfung obliegende Vorsorge nicht trifft, steht es den dieser Genossenschaft angehörigen Lehrlingen frei, die Gesellenprüfung vor einer anderen nach den Vorschriften dieses Gesetzes gebildeten, sachlich berufenen Prüfungskommission abzulegen.

Die im § 104 b, Absatz 6, erwähnten Lehrlinge können über ihr Ansuchen und mit Zustimmung der betreffenden Genossenschaft die Gesellenprüfung vor einer genossenschaftlichen Prüfungskommission ablegen.

Dem Gehilfen steht das Recht zu, die Prüfung nachzutragen und nach Ablauf wenigstens je eines halben Jahres zu wiederholen.

§ 104 e. Gehilfen, welche vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes die Lehrzeit ordnungsmäßig beendet haben, steht das Recht zu, sich freiwillig der Gesellenprüfung zu unterziehen.

3. Besondere Vorschrift.

§ 105. Die auf Grund des § 74 a, Alinea 3, ferner des Artikels VI und VII des an Stelle des § 75 getretenen Gesetzes vom 16. Jänner 1895 (R. 21), beziehungsweise des Gesetzes vom 18. Juli 1905 (R. 125), des § 94, Alinea 4, des § 95, Alinea 2, des § 96 a, Alinea 2, 3 und 4, und des § 96 b, Alinea 4, zu bewilligenden Ausnahmen sind in jedem einzelnen Falle in den Amtsblättern kund zu machen und alljährlich zur Kenntnis des Reichsrates zu bringen.

Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Justiz vom 7. Mai 1908,

mit welcher besondere Bestimmungen für die gewerbemäßige Vermittlung von Dienst- und Arbeitsstellen nach dem Auslande erlassen werden.

Auf Grund des § 21 a, Absatz 6, und des § 54, Absatz 1 der Gewerbeordnung wird verordnet wie folgt:

§ 1. Für die Erlangung der Konzession für die Vermittlung von Stellen und Dienstplätzen nach dem Auslande wird nebst den im § 21 a der Gewerbeordnung vorgezeichneten Bedingungen erfordert, daß der Bewerber ein von der zuständigen landesfürstlichen Polizei- beziehungsweise politischen Bezirksbehörde bestätigtes Zeugnis über eine zur Ausübung der angesuchten Konzession befähigende und in jeder Beziehung unbeanstandet gebliebene praktische Verwendung vorweist.

Überdies wird für die Erlangung der Konzession erfordert, daß sie in einem Orte, wo eine politische Bezirks- oder landesfürstliche Polizeibehörde ihren Sitz hat, ausgeübt werde.

§ 2. Jeder Inhaber eines konzessionierten Dienst- und Stellenvermittlungsgewerbes, der nach seiner Konzession zur Vermittlung von Dienst- und Arbeitsstellen nach dem Auslande berechtigt ist, hat außer den Vorschriften der Ministerialverordnung vom 6. August 1907, RGW. Nr. 197, betreffend die Führung der Bücher der konzessionierten Dienst- und Stellenvermittlungsgewerbe sowie die polizeiliche Kontrolle dieser Gewerbe, auch nachstehende in den §§ 3—7 enthaltene Bestimmungen zu beachten.

§ 3. Die Vermittlung von Stellen und Dienstplätzen nach dem Auslande für Personen unter 18 Jahren darf, gleichviel ob sie unter Vormundschaft oder unter väterlicher Gewalt stehen, nur bei nachgewiesener Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes erfolgen. Die Zustimmung des Gerichtes muß eingeholt werden und vorliegen, bevor die Vermittlung übernommen wird.

§ 4. Bei Vermittlungen nach dem Auslande sind die dienst- oder stellensuchenden Personen über den Namen und Wohnort des dienst- oder Arbeitsgebers, über den Ort und die Art der zu leistenden Arbeit und über die Reise nach dem Arbeitsorte genau aufzuklären.

§ 5. Vermittlungen von Stellen und Dienstplätzen nach dem Auslande, bei welchen zwischen dem Arbeitnehmer und Vermittler lediglich mündliche Vereinbarungen getroffen werden, darf der Vermittler nur auf Grund und nach Maßgabe der von bestimmten Arbeitgebern schriftlich erhaltenenmittlungsaufträge vornehmen.

§ 6. Dem Konzessionsinhaber ist es untersagt, Vertragsabschlüsse nach dem Auslande zu vermitteln, durch welche die dienst- oder stellensuchende Person sich mit den Einwanderungsgeetzen des betreffenden fremden Staates in Widerspruch setzen würde.

§ 7. Dem Konzessionsinhaber ist es untersagt, öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften und Druckwerken zur Auswanderung aufzufordern oder anzuweisen oder hierzu durch andere auffordern oder aneifern zu lassen.

§ 8. Die Konzession für die Vermittlung von Stellen und Dienstplätzen nach dem Auslande ist in der Regel nur auf Widerruf zu erteilen.

§ 9. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auch auf die Ausübung bereits erworbener Konzessionen, soweit sie zur Vermittlung von Stellen und Dienstplätzen nach dem Auslande berechtigen, Anwendung.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft.

Klein m. p.

Fiedler m. p.

Bienert m. p.

c) Mädchensfürsorge.

Allgemeines I, 79—80.

Wilhelmine Wiegowski: Referat 1909. II. 98 ff.

Literatur.

A.

- Briesenbach und Ditke: Soldatenfürsorge und Jugendverein. —.60.
 Capell: Welchen Einfluß kann die Volksschule auf die Berufswahl der Schüler ausüben? Bielefeld, A. Helmich. —.40.
 Classen W. und Hollmann: Neue Wege zur Jugendpflege. Halle, Gebauer & Schwetschke. —.50.
 Conrad Dr. Else: Das Dienstbotenproblem in den nordamerik. Staaten und was es uns lehrt. Jena, G. Fischer. 1.20.
 Daniel Louis: Die Knabenpensionate, deren Einrichtung, ihr inneres und äußeres Leben. Leipzig, Dr. P. Abel. 1.80.
 Dienstbotenfreund: Kathol. Wochenschrift. Warendorf, J. Schnell. 1.20.
 Dienstbotenzeitung, Deutsche. Berlin, H. Pilger. 3.—.
 Eschle, Frau Emilie: Zur Reform des Dienstbotenwesens. —.50.
 Erwerbsberufe für schulentlassene Mädchen. Essen, Fredebeul & Roenen. —.15.
 Erziehung der reiferen Jugend. St. Gallen, Köppel. —.30.
 Fürsorge für die weibliche Jugend. Berlin, Ost. Jünglingsbund. 1.50.
 Fürth Frau Henriette: Die Berufstätigkeit des weibl. Geschlechtes und die Berufswahl der Mädchen. Gaußsch bei Leipzig, Fel. Dietrich. —.25.
 Gassell Mr. v.: Klar zum Gefecht für den Kampf um die männliche Jugend der Großstädte. Stuttgart, Ch. Neher. —.60.
 Hoffmeister Arno: Erhebungen über den Verbleib der schulentlassenen ländl. Jugend der Prov. Ostpreußen. Königsberg, Gräfe & Unger. 1.60.
 Jünglingsbote. Dresden, G. Zacharias. 1.60.
 Jünglingsverein, der. Berlin, Zeitschr. d. ostdeutschen Jünglingsbundes. 2.50.
 Kalkstein W. v.: Das Einlogierwesen, Ledigenheime, Nr. 178 (Kultur und Fortschritt 169). —.25.
 Kalkstein W. v.: Die Wohnungsaufsicht, dtto. —.25.
 Kemp Glenore: Frauenberufe. Halle, Buchhandl. des Waisenhauses. 1.60.
 Liebshier Arth.: Jugendkonzerte. München, Callweg. —.10.
 Liese Dr. Wilh.: Handbuch des Mädchenschutzes. Freiburg i. B., Caritas-Verband. 3.80.

- Mielke Gottfr.: Die religiöse Fortbildung der schulentlassenen Jugend. Essen, Baedeker. 3.—.
- Pedmann Auguste v.: Die Patronagen für jugendliche kath. Arbeiterinnen. München, Buchhandlung des Verbandes südd. kath. Arbeitervereine. —40.
- Peters A. J.: Die katholische Charakterbildung und die katholischen Jugendorganisationen. Wien, G. Eichinger. —40.
- Pieper Dr. Aug.: Dienstbotenfrage und Dienstbotenvereine (soziale Tagesfragen, München-Gladbach, Volksvereins-Verlag). —60.
- Pieper Dr. Aug.: Jugendfürsorge und Jugendvereine. dtto. 2.—.
- Ratgeber für Jugendvereinigungen. Berlin, C. Heymann. 1.—.
- Richard Ed.: Erwerbs-Beruf für schulentlassene Knaben. Essen, Fredebeul & Koenen. —15.
- Salberg und Glas: Unser Dienstmädchen. München, Ph. L. Jung. 1.50.
- Seitengast Dr. Hans: Was soll unser Sohn werden? Köstlin, E. Seifert. —25.
- Sinapius Dr.: Lehren eines Vaters an seinen in die Ferne ziehenden Sohn. Vorch, R. Rohm. —30.
- Spanier: Wie schützen wir die aus der Schule entlassene Jugend vor Gefahren? Langensalza, Schulbuchhandlung. 1.—.
- Schirmacher Dr. Raethe: Zwischen Schule und Ehe. Prag, Calve. —20.
- Schmidt Past. Carl: Der evangelische Männer- und Jünglingsverein der Heilandsgemeinde. Berlin, Ostb. Jünglingsbund. —75.
- Stoffels Elisabeth: Bildungsfragen für das weibl. Geschlecht. dtto. —60.
- Stuhrmann Dir.: Die Mitarbeit der männlichen Jugend am Gemeindeleben. Hamburg, A. v. Rauben Hauses. —10.
- Stumpf A. und Brückmayer: Zur Dienstbotenfrage. Essen, Fredebeul & Koenen. —50.
- Tuma von Waldkampff M.: Haushaltungsschulen. —25.
- Ufer Chr.: Durch welche Mittel steuert der Lehrer außerhalb der Schulzeit den sittlichen Gefahren der heranwachsenden Jugend? Langensalza, Beyer & Söhne. —40.
- Was werde ich? Leipzig, Verlag für Kunst und Wissenschaft. à —10.
- Was willst Du werden? Leipzig, P. Beyer. —50.

B.

- Der getreue Eckart: 1908, 3, Ein Vorstoß des Landes Schulrates für Böhmen gegen die nationale Erziehung unserer Jugend.
- Fink: Deutsch-Böhmerwald, 24, Des deutschen Hochschülers völkische Bestimmung.
- Fink: Jung Siegfried 5, Völkische Jugenderziehung.
- Fink R. W.: Was sind die Ziele und Aufgaben der deutschen Jugendbünde? Deutschösterreichischer Volksanzeiger 48.
- Fink: Leitmeritzer Wochenblatt 14, Nationale Jugenderziehung.
- Gaatsche Karl: Der Bäckermeister Dux 5/5., Die Berufsbildung im Bäckergerwerbe durch Gründung von Fachschulen.
- Heller Hugo: Die Erziehung zu deutschem Wesen, Verlag des B. d. D. i. B.
- Heller Hugo: Was soll der austretende Jüngling von der Gewerbeordnung wissen? (Jahresbericht des Waisenhauses zu St. Joh. d. Tfr.)
- Goldshack: Deutschböh. Volksanzeiger 15, Deutschvölkische Jugendorganisationen.
- Goldshack H.: Jung Siegfried, 1. Deutsche Jugend auf die Schanze, 2. Freie Reden an die deutsche Jugend.
- Goldshack: Jung Siegfried 4, Vom Werte der Selbsterziehung der Jugend.
- Hueppe Ferd.: Was soll der Arzt über die Gefahren der Infektionskrankheiten in den Samariterkursen lehren. Berlin 1908, Aug. Hirschwald.
- Hueppe Else: Krankenpflege bei den Infektionskrankheiten, Prag, Selbstverlag.
- Hutter: Nordböh. Volkszeitung 4, Zur Gründung einer Bäckerfachschule in Reichenberg.
- Klima Anton: Meine Jünglinge und ihre Zukunftsträume. Teplitz-Schöner Anzeiger 133.
- Koch F.: Bilsner Tagblatt 18, Deutsche Eltern und Lehrherren!
- Leop. von Huneit: Land- und forstwirtschaftliche Unterrichtszeitung XXII., 1, 2, über einige Institutionen zur Ausbildung der weiblichen landwirtschaftlichen Jugend in Frankreich.
- Lipka Erh.: Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen für Mädchen, Bilsner Zeitung 49.
- Payer Otto: Der erste Versuch einer inneren Kolonisation in Deutschböhmen, Deutsches Agrarblatt 87.
- Perko F.: Der getreue Eckart 11, Wird unsere Jugend national erzogen?
- Reischl A.: General-Anzeiger, Gablonz 21, Die Schädigung einzelner Gewerbe durch die eigenen Handwerksmeister.
- Reischl A.: Allg. Deutsche Gewerbezeitung 17, Lehrwerkstätten an den gewerblichen Fortbildungsschulen.
- Reischl: Freie Schulzeitung XXXIV., 25, Lehrwerkstätten an den gewerblichen Fortbildungsschulen.

- Reischl, Krazan: Allg. Deutsche Gewerbezeitung 22, Reichenberg, Der Lehrlingsmangel in den Handwerksbetrieben Deutschböhmens und einige seiner Ursachen.
- Reischl, Krazan: Deutsche Gewerbezeitung Komotau, Übelstände beim Handwerk.
- Niedel Alois, Spachendorf: Der Handwerker, Budweis, Gewerblicher Nachwuchs.
- Rösler G.: Komotauer Bote 22, Nationale Erziehung.
- Schacherl A.: Universalhandbuch für den österr. Handwerker, Budweis 1908, Moldavia.
- Schicht Hugo: Bund der Deutschen 42—45, Jugendorganisation Jung Siegfried, eine parteipolitische Jugendorganisation.
- Schirmacher Kaethe: Sammlung gemeinnütziger Vorträge, 356, Zwischen Schule und Ehe.
- Schmidt H.: Deutsches Agrarblatt 44, Obst- und Gartenbauschule für Frauen und Mädchen.
- Tuma von Waldkamp: Haushaltungsschulen — eine soziale Notwendigkeit (Kultur und Fortschritt Nr. 145).
- Wallisch W.: Ludiker Zeitung 21, Nationale Erziehung.
- Wiener D.: Wage X., 50, Das deutsche Handwerkerlied.

Kranke Kinder.

- Vericht über die Kinderheilstätten der Stadt Wien (Vom Magistratsrat Dr. Weiser)
- I. 80 ff.
- K. k. Sanitätsrat Dr. Altshul: Referat 1909. II. 85 ff.

Kaiser Franz Josef-Kinderspital in Prag.

Aufgenommen werden nur Kinder bis zu 14 Jahren.

Die Aufnahme kann erfolgen:

1. Nach Maßgabe der vorhandenen Stiftungsplätze unentgeltlich, also auf Kosten des Spitals.
 2. Durch Vermittlung des k. k. allgemeinen Krankenhauses über Veranlassung des Professors oder Assistenten der betreffenden Klinik, in dringenden Fällen auch ohne jeden Ausweis.
 3. Auf Kosten des Kranken, der dann 2 K für den ganzen Tag und zwar für 10 Tage im voraus zu entrichten hat.
- Kinderheilstätte in Drevitzsch. S. II. S. 331.
- Lungenheilstätte in Zwissau. S. II. S. 94.

Literatur.

A.

(Siehe auch 14. Sanitäre Fürsorge f. d. Jugend).

Die Heilanstalt. Leipzig, W. Möschke, 4.50.

Ergebnisse, Die, der Sommerpflege in Deutschland. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht, 1.50.

Sandner Dr. F.: Handbuch der Heil- und Pflegeanstalten Bayerns. Ansbach, C. Junge, 5.—.

Sukow Edm., Die Bedeutung der kommunalen Kinder- und Kurmilchanstalten. Hannover, M. & H. Schaper. —.50.

Siehe Kinder.

Allgemeines. S. I. 87.

Vincetinum. S. I. 87.

Verein v. hl. Vinzenz von Paul für freiwillige Armenpflege. S. I. 89.

Normalbestimmungen über die Errichtung und Erhaltung von Siechenhäusern in Böhmen. S. I. 91.

Das Haus der Barmherzigkeit zu Welchau, ein Lebenswerk des dortigen Pfarrers Baumgärtl, wurde im Juli 1909 eröffnet. Es wird dies die erste Zufluchtsstätte sein, in der auch solche Kinder Unterkunft finden, wenn die deutsche Öffentlichkeit die nötigen Mittel zur Verfügung stellen wird. Ausgiebige Förderung dieses Liebeswerkes tut dringend not!

Literatur.

A.

Das Haus der Barmherzigkeit zu Welchau. Deutsches Wochenblatt, Karlsbad 37.
— Neue Komotauer Zeitung, 4. (1909.)

Krüppelfürsorge.

Allgemeines. S. I. Jahrg., S. 92 ff.

Dr. J. F. Gottstein, Reichenberg: Krüppelfürsorge. S. II. Jahrg. S. 9 ff.

Die Not der Krüppel. Zahl der Krüppelkinder. Was ist ein heimbefürsteter Krüppel? Rückblick: Deutschland; jetziger Stand der Krüppelfürsorge: a) Ausland; b) Österreich-Ungarn, c) Deutschböhmen. Krüppelfürsorgetätigkeit 1907 und 1908. Krüppelfürsorgefragen. Krüppelfürsorge und Kurpfuscherei. Rechtsfürsorge für die Krüppelkinder.

In Böhmen kann die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge das große Verdienst in Anspruch nehmen, die ersten erfolgreichen Schritte zur Vinderung des Krüppelends unter der deutschen Jugend Böhmens gemacht zu haben. Ihr Werk ist das Fürsorgeheim für körperlich geschädigte Kinder in Schwaden bei Aussig (Leiter Oberlehrer Pechl). 50 Betten. Gesuche um Aufnahme an die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag III., Belvederegasse. Näheres S. Jahrbuch II.

Die Errichtung eines Krüppelheims in Reichenberg ist bereits gesichert. Weitere Krüppelanstalten in Österreich bestehen in:

Wien: Kaiserin Elisabeth-Asyl-Stiftung für verkrüppelte Kinder.

Laa bei Neulengbach: Heim für Krüppelkinder.

Budapest: Nyomoreék gyermekek otthona.

Graz: Krüppelasyh.

Czernowitz: Krüppelheim geplant.

Verein „Leopoldineum“ in Wien, gegründet 1903. Aufgabe: Heime für Verkrüppelte beiderlei Geschlechtes, ohne Unterschied der Konfession und Nationalität, in Österreich zu schaffen.

Literatur.

A.

Behütet eure Kindlein vor englischer Krankheit (Rhachitis), Plauen, A. Kelle. — 50.

Schanz, San. R. Dr. A.: Über Krüppelnot und Krüppelhilfe mit bes. Berücksichtigung der Verhältnisse im Königr. Sachsen. Dresden, Bahn & Jaentsch. 1.50.

Zeitschrift f. Krüppelfürsorge. (Wiesalski.) Hamburg, L. Voß. 12.—.

B.

- Eckstein Gust.: Wann soll mit der Skoliosenbehandlung begonnen werden? *P. M. W.* 50.
 J. F. Gottstein: Reichenb. Deutsche Volksztg. 260 ff. Krüppelfürsorge
 — *P. M. W.* 45. Deutschlands Krüppelfürsorge und ihr vorbildlicher Wert. (*Humanität* 22, 3).
 — Reichenberger Zeitung 225, Krüppeltum.

Blinde.

- Statuten der Klarschen Blindenanstalt. I. Jahrg.. S. 98—101.
 Gegenwärtiger Zweck der Klarschen Blindenanstalt und ihre künftigen Ziele.
 I., 103—106.
 Gebet den Blinden Arbeit! I, 106—110.
 An die Eltern sehender und blinder Kinder. I, 110—113.
 Dir. Emil Wagner: Referat 1908. II, S. 53 ff.

Klarsche Blindenanstalt samt Kindergarten, Prag III.

Bedingungen zur Aufnahme in die Klarsche Blindenanstalt.

1. Als aufnahmefähiges Alter wurde die Zeit vom 15.—30. Lebensjahre festgesetzt und finden Aufnahmen im Monate Juni oder Juli immer nur für den Anfang des Schuljahres, d. i. am 14. September statt.
2. Gesuche um Aufnahme sind zu belegen mit dem Tauf- oder Geburtscheine, dem Heimatschein, dem Impfungszeugnisse, dem event. Schulzeugnis, Armutszeugnis, dann einem bezirks- oder distriktsärztlichen Zeugnis über die Blindheit, jedoch sonstige Gesundheit, sowie geistige und körperliche Bildungsfähigkeit.
3. Alle Aufnahmen sind provisorisch auf ein halbes Jahr und erfolgt nach dieser Zeit bei festgestellter Bildungsfähigkeit und Gesundheit die definitive Aufnahme durch den Anstaltsdirektor.
4. Das jährl. Verpflegungsgeld beträgt 900 K., das einmalige Kleiderpauschale 60 K.
5. Eine Ermäßigung oder ein Nachlaß dieses Kostgeldes kann nur durch Beschluß des Gesamtdirektoriums bewilligt werden.
6. Den Gesuchen um Ermäßigung des eingangs erwähnten Kostgeldes muß eine Erklärung der Verwandten oder aber ein Auszug aus dem Gemeinderats- oder Bezirksausschuß-Sitzungsprotokolle beigegeben werden, wornach die Verwandten, die Gemeinde, resp. der Bezirk oder beide zu einem Beitrage und in welcher Höhe auf die Dauer von 5—6 Jahren verpflichten, welche Zeit zur Erlernung eines Blindenhandwerkes notwendig ist.

Bedingungen zur Aufnahme in den Blinden-Kindergarten der Klarschen Blindenanstalt in Prag.

1. Das aufnahmefähige Alter wurde mit dem vollendeten 4. Lebensjahre festgesetzt und finden Aufnahmen im Monate Juni oder Juli immer nur für den Anfang des Schuljahres, d. i. am 15. September statt.
2. Gesuche um Aufnahme sind zu belegen mit dem Tauf- oder Geburtscheine, dem Heimatschein, dem Impfungszeugnisse, Armutszeugnis, dann einem bezirks- oder distriktsärztlichen Zeugnis über die Blindheit, jedoch sonstige Gesundheit, sowie geistige und körperliche Bildungsfähigkeit.
3. Alle Aufnahmen sind provisorisch auf ein halbes Jahr und erfolgt nach dieser Zeit bei festgestellter Bildungsfähigkeit und Gesundheit die definitive Aufnahme durch den Anstaltsdirektor.
4. Das jährl. Verpflegungsgeld beträgt 600 K., das einmalige Kleiderpauschale 40 K.
5. Eine Ermäßigung oder ein Nachlaß dieses Kostgeldes kann nur durch Beschluß des Gesamtdirektoriums der Klarschen Blindenanstalt bewilligt werden.
6. Den Gesuchen um Ermäßigung des eingangs erwähnten Kostgeldes muß eine Erklärung der Verwandten oder aber ein Auszug aus dem Gemeinderats- oder Bezirksausschuß-Sitzungsprotokolle beigegeben werden, wornach sich die Verwandten, die Gemeinde, resp. der Bezirk oder beide zu einem Beitrage und in welcher Höhe auf die Dauer von 4 Jahren verpflichten, welche Zeit zum Unterrichte eines blinden Kindes in dem Kindergarten notwendig ist.

Privat-Erziehungs- und Heilinstitut für arme blinde Kinder und Augenkranke am Gradschin in Prag.

Die Aufnahme neuer Böglinge in dieses Blinden-Erziehungsinstitut am Gradschin findet im Monate Juni, der Eintritt selbst im Monate September statt.

Der Aufnahmebewerber hat nachzuweisen, daß er:

1. unheilbar blind, sonst aber geistig und körperlich gesund und bildungsfähig ist;
2. die Impfung überstanden hat;
3. nicht unter 8 aber auch nicht über 12 Jahre alt ist;
4. in einer Gemeinde in Böhmen heimatstauständig ist.

Im Gesuche ist die Beschäftigung der Eltern, deren Vermögens- und sonstige Verhältnisse, die Anzahl ihrer Kinder anzugeben, gleichzeitig zu bemerken, zu welchem Jahresbeitrage sie oder ein anderer Wohltäter sich herbeilassen würde.

Bei Waisen ist die nähere Verwandtschaft und deren Verhältnisse anzuführen.

Den Gesuchen um unentgeltliche Aufnahme ist ein legales Mittellosigkeitszeugnis beizuschließen.

Blinden-Alters-Versorgungshaus Francisco-Josephinum, Prag-Smichow.

(Gegründet von der Böhmisches Sparcassa.)

Aufnahme von armen erwachsenen, erwerbs- und bildungsunfähigen Blinden, die in Böhmen heimatstauständig sein müssen. Aufnahme unentgeltlich oder gegen Ersatz der Verpflegskosten. Gesuchsbeilagen: Tauf- oder Geburtschein, Heimatschein, Armuts- und Leumundszeugnis; ärztliches Zeugnis: a) über die Erwerbs- und Bildungsunfähigkeit des Bittstellers; b) über eine erfolgreiche Impfung; c) über die unheilbare Erblindung beider Augen, mit Angabe, welcher Art die Erblindung ist, von welchen Ursachen und von welcher Krankheit die Erblindung herrührt, und welcher Grad der Blindheit vorhanden ist. Überdies haben jene Bittsteller, die in einer Blindenerziehungs- oder Blindenbeschäftigungs-Anstalt waren, das Zeugnis dieser Anstalt ihrem Gesuche beizulegen. Für die gegen Zahlung aufzunehmenden Pfleglinge entfällt die Beibringung des Armutszeugnisses. Die Feststellung der Verpflegskosten bei Zahlpfleglingen unterliegt einer besonderen Vereinbarung mit der Direktion.

Blindenschule in Aussig geplant.

Blindenarbeitskolonie in Reichenberg geplant.

Verein: Deutsche Blindenfürsorge.

Satzungen des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“.

Name des Vereines.

§ 1. Der Verein führt den Namen: „Verein deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“.

Zweck.

§ 2. Der Zweck des Vereines ist die Aufbringung von Mitteln,

- a) zur Gründung und Erhaltung einer deutschen Blindenschule in Aussig,
 - b) zur Gründung und Erhaltung von deutschen Beschäftigungsanstalten für Blinde in Böhmen, von denen die erste in Reichenberg zu errichten ist,
- ferner die Förderung der deutschen Blindenfürsorge in Böhmen im allgemeinen.

Mitglieder.

§ 3. Der Verein besteht:

1. aus ordentlichen Mitgliedern,
2. aus Gründern und
3. aus Ehrenmitgliedern.

Ordentliche Mitglieder sind:

- a) alle ordentlichen Mitglieder der dem Vereine deutsche Blindenfürsorge in Böhmen angehörenden Ortsgruppen,

b) einzelne Personen aus solchen Teilen Böhmens, in denen keine solche Ortsgruppe besteht. („Einzelmittglieder“.)

Jede Ortsgruppe hat für seine sämtlichen ordentlichen Mitglieder den sachungsmäßigen Jahresbeitrag zu zahlen.

Gründer können solche Personen oder Körperschaften werden, welche einen einmaligen Beitrag von mindestens 200 K dem Vereine zuwenden.

Personen, welche sich um die Zwecke des Vereines, um die Blinden im deutschen Sprachgebiete in Böhmen oder um das Blindenwesen im allgemeinen besonders verdient gemacht haben, können nach dem Vorschlage des Hauptausschusses an die Vertreterversammlung über deren Antrag vor der Vollversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

Mittel des Vereines.

§ 4. Die Mittel des Vereines bestehen aus den Beiträgen der ordentlichen Mitglieder und der Gründer, aus Spenden, Vermächtnissen und außerordentlichen Zuflüssen, welche dem Vereine durch Sammlungen, sowie Veranstaltungen zugehen. Die Mittel dürfen nur zu den Zwecken des Vereines verwendet werden.

Die Entscheidung darüber steht der Vertreterversammlung (§ 16 h) zu.

Jahresbeitrag.

§ 5. Die Höhe des Jahresbeitrages der ordentlichen Mitglieder beträgt mindestens 1 K. Wer mehreren Ortsgruppen angehört, hat den Jahresbeitrag bei jeder dieser Ortsgruppen zu leisten. — Das Vereinsjahr beginnt mit 1. Jänner.

Sitz des Vereines.

§ 6. Der gegenwärtige Sitz des Vereines ist Teplitz.

Eine etwaige Änderung durch die Vertreterversammlung (§ 16 b) wird der k. k. Statthalterei angezeigt.

Bildung der Ortsgruppen.

§ 7. Ortsgruppen können sich nach Anmeldung beim Hauptausschusse an jedem Orte Böhmens bilden.

Sie wählen ihre Ortsgruppenausschüsse (siehe die Satzungen der Ortsgruppen) und gliedern sich auf Grund der Vereinsstatuten nach freiem Ermessen.

Pflichten der Mitglieder.

§ 8. Die Ortsgruppen und die Einzelmittglieder übernehmen die Verpflichtung, jederzeit die Interessen des Vereines nach Kräften zu fördern und den Jahresbeitrag zu leisten. Mitglieder, welche den Jahresbeitrag durch ein Jahr nicht einzahlen, gelten als ausgetreten und werden aus dem Mitgliederverzeichnis des Vereines gestrichen.

Jede Ortsgruppe hat vor Ablauf des Vereinsjahres dem Hauptausschusse die Namensliste ihrer Mitglieder und des Ortsgruppenausschusses, einen Bericht über die Vereinstätigkeit, sowie bis Ende Feber des nächsten Jahres eine Abrechnung über ihre Einnahmen und Ausgaben vorzulegen. Die Abfuhr der Beiträge und Überschüsse aus Veranstaltungen usw. erfolgt ebenfalls bis spätestens Ende Feber für das abgelaufene Vereinsjahr. Davon sind diejenigen Beiträge und Geschenke ausgenommen, welche der Ortsgruppe als solcher besonders zugewiesen werden. (§ 6, Absatz 4 der Ortsgruppenstatuten.)

Rechte der Mitglieder.

§ 9. Sämtliche Mitglieder haben das Recht:

- a) in der Vollversammlung des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ zu sprechen und Anträge zu stellen;
- b) an den Abstimmungen sich zu beteiligen;
- c) zu wählen und gewählt zu werden;
- d) Einsicht in die Geschäftsgebarung zu nehmen;
- e) die ordentlichen Vereinsmitteilungen zu beziehen.

Organe des Vereines.

§ 10. Organe des Vereines sind: der Hauptausschuß, die Vertreterversammlung und die Vollversammlung.

Der Hauptausschuß.

§ 11. Der Hauptausschuß des Vereines besteht aus 15 von der Vertreterversammlung gewählten Mitgliedern, von denen 4 dem Direktorium der Kaiserlichen Blindenanstalt in Prag entnommen sein müssen, und aus dem jeweiligen Direktor dieser Anstalt als Geschäftsleiter.

Der Hauptausschuß wählt aus seiner Mitte:

den Vorsitzenden,

2 Stellvertreter desselben,

den Zahlmeister und allenfalls solche Amtswalter, deren der Verein zur Entfaltung seiner Tätigkeit bedarf.

Der Vorsitzende bezw. einer seiner Stellvertreter vertritt den Verein nach außen, sowie den Behörden gegenüber und leitet die Versammlungen des Vereines; der Geschäftsleiter bearbeitet die Angelegenheiten des Vereines und berichtet hierüber in den Sitzungen des Hauptausschusses; der Zahlmeister ist für die Kasse bezw. für die Vereinsbuchführung und die Jahresrechnung verantwortlich, die von 2 Rechnungsprüfern überprüft wird.

Bei Überbürdung der einzelnen Amtswalter können Beamte angestellt werden, deren Entlohnung von der Vertreterversammlung festgesetzt wird.

Ausfertigungen, durch die dem Vereine Rechte erworben oder Verpflichtungen auferlegt werden, sowie Bekanntmachungen sind von dem Vorsitzenden oder einem der Stellvertreter und von dem Geschäftsleiter zu unterzeichnen, alle anderen Schriftstücke unterzeichnet der Geschäftsleiter allein.

§ 12. Der Hauptausschuß vollzieht die Beschlüsse der Vertreterversammlung und entscheidet in allen denselben nicht vorbehaltenen Angelegenheiten. Insbesondere kommen ihm zu:

- a) die Aufnahme von Mitgliedern,
- b) die Vorschläge zur Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- c) die Wahlvorschläge und die Vorschläge für den Voranschlag,
- d) die Vorbereitung und Einberufung von Vertreterversammlungen und außerordentlichen Vollversammlungen,
- e) die Verwaltung des Vereinsvermögens,
- f) die Vorlage des Jahres- und des Rechenschaftsberichtes in der Vertreterversammlung,
- g) die Feststellung des Voranschlages,
- h) die Zuweisung besonderer Verhandlungsgegenstände an einzelne Berichterstatter für die Vereinsversammlungen.

§ 13. Die Sitzungen des Hauptausschusses finden an einem beliebigen Orte Böhmens, der von Fall zu Fall vom Hauptausschuße bestimmt wird, statt und werden vom Vorsitzenden nach Bedarf einberufen.

§ 14. Der Hauptausschuß ist beschlußfähig, wenn der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter und mindestens 5 Ausschußmitglieder anwesend sind.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Abstimmungen des Hauptausschusses können auch auf schriftlichem Wege erfolgen.

Die Vertreterversammlung.

§ 15. Die Vertreterversammlung besteht aus den Mitgliedern des Hauptausschusses und aus den Vertretern der Ortsgruppen.

Jede Ortsgruppe hat das Recht, für je 50 ihrer Mitglieder 1 Abgeordneten mit einer Stimme in die Vertreterversammlungen zu entsenden. Eine Überzahl von mehr als 25 Mitgliedern wird voll gerechnet. Ortsgruppen mit weniger als 50 Mitgliedern kommt ebenfalls 1 Stimme in der Vertreterversammlung zu.

Die einer Ortsgruppe gebührenden Stimmen kann diese so übertragen, daß einer ihrer Vertreter mehrere oder sämtliche derselben in sich vereinigt. Eine Übertragung von Stimmen auf Mitglieder des Hauptausschusses ist jedoch nicht statthaft; dagegen ist es zulässig, daß eine Ortsgruppe eine andere bevollmächtigt, sie zu vertreten; keine Ortsgruppe darf aber mehr als eine solche Vertretung übernehmen.

§ 16. Die Vertreterversammlung hält alljährlich eine ordentliche Sitzung ab. Tagesordnung, Zeit und Ort werden mindestens 4 Wochen vor der Abhaltung den Ortsgruppen bekanntgegeben.

Sie hat folgende Obliegenheiten:

- a) Wahl des Ausschusses;
- b) Bestimmung des Sitzes der Vereinsleitung;
- c) Beschlußfassung über zu gewährende Entschädigungen und Errichtung besoldeter Stellen;
- d) Beschlußfassung über die Gründung deutscher Beschäftigungsanstalten für Blinde in Böhmen;

- e) Einberufung der ordentlichen Vollversammlung;
- f) Wahl des Ortes und der Zeit der Vollversammlung;
- g) Antragstellung an die Vollversammlung auf Ernennung von Ehrenmitgliedern;
- h) Zuweisung der Geldmittel an die im § 2 genannten Anstalten;
- i) Genehmigung des Tätigkeitsberichtes und der Jahresrechnungen;
- k) Wahl zweier Rechnungsprüfer, die verpflichtet sind, die vom Zahlmeister vorzulegenden Rechnungen alljährlich zu prüfen und an die Vertreterversammlung einen begründeten Antrag auf Erteilung der Entlastung zu stellen;
- l) Genehmigung des Voranschlages;
- m) Auflösung von Ortsgruppen und Ausschließung von Einzelmitgliedern;
- n) Festsetzung der Geschäftsordnung des Schiedsgerichtes;
- o) Änderung der Satzungen;
- p) Auflösung des Vereines.

In wichtigen Fällen kann der Hauptausschuß eine außerordentliche Vertreterversammlung mit besonderer Tagesordnung einberufen; er muß dies tun, wenn mindestens 3 Ortsgruppen eine solche verlangen. Sie hat in diesem Falle binnen 6 Wochen vom Tage des Einlaufens des Antrages stattzufinden.

Abstimmungen der Vertreterversammlungen können auch auf schriftlichem Wege erfolgen.

Die Vertreterversammlung ist beschlußfähig, wenn $\frac{1}{4}$ der Ortsgruppen vertreten ist.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die unbedingte Mehrheit der anwesenden Stimmen erforderlich.

§ 17. Selbständige Anträge, über welche in einer Vertreterversammlung entschieden werden soll, müssen mindestens 4 Wochen vor derselben beim Ausschusse schriftlich eingebracht werden.

Selbständige Anträge, welche nicht auf der Tagesordnung stehen, können erst nach Erledigung derselben und nur dann zur Verhandlung kommen, wenn sie von einem Drittel der anwesenden Stimmen unterstützt werden. Eine Beschlussfassung über solche Anträge ist jedoch unzulässig.

Die Vollversammlung.

§ 18. Die ordentliche Vollversammlung findet in der Regel alle 3 Jahre in einem Orte des Vereinsgebietes statt, doch steht es der Vertreterversammlung, beziehungsweise dem Ausschusse frei, im Bedarfsfalle auch innerhalb eines kürzeren Zeitraumes außerordentliche Vollversammlungen einzuberufen.

§ 19. Der Vollversammlung steht zu:

- a) die Ernennung von Protoktoren, Ehrenvorsitzenden und Ehrenmitgliedern,
- b) die Kenntnissnahme des von dem Ausschusse vorgelegten Tätigkeitsberichtes,
- c) die Anhörung von Vorträgen über das Blindenwesen im allgemeinen und über die Blindenfürsorge im besonderen.

Eine Vollversammlung ist bei jeder Anzahl von Mitgliedern beschlußfähig. Alle Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit ist ein Antrag gefallen.

Bekanntmachungen.

§ 20. Bekanntmachungen erfolgen durch mindestens 2 deutsche Tagesblätter und wenn erforderlich durch Flugschriften.

Schiedsgericht.

§ 21. Streitigkeiten, welche aus dem Vereinsverhältnisse zwischen dem Ausschusse einerseits und den Ortsgruppen sowie Einzelmitgliedern (§ 3 h) andererseits, zwischen 2 Ortsgruppen, endlich im Ausschusse selbst entstehen, werden durch ein Schiedsgericht endgiltig beigelegt. (Über Streitigkeiten von Mitgliedern innerhalb der Ortsgruppen, siehe die Ortsgruppenstatuten § 9.)

Das Schiedsgericht ist zusammengesetzt aus 4 Personen, deren je 2 von den streitenden Teilen genannt werden, und einer 5., welche aus dem Direktorium der Karlschen Blindenanstalt in Prag entsendet wird und den Vorsitz führt. Die Geschäftsordnung des Schiedsgerichtes wird von der Vertreterversammlung festgesetzt, während den Ort der Verhandlung der Vorsitzende bestimmt.

Die Entscheidung des Schiedsgerichtes darf nicht angefochten werden.

Geschäftssprache.

§ 22. Die Geschäftssprache des Vereines ist ausschließlich die deutsche. Ein Antrag auf Abänderung oder Aufhebung dieser Bestimmung ist wie ein Antrag auf Auflösung des Vereines zu behandeln.

Änderung der Satzungen.

§ 23. Über einen Antrag auf Änderung der Satzungen entscheidet die Vertreterversammlung mit Zweidrittelmehrheit.

Austritt aus dem Vereine.

§ 24. Der Austritt aus dem Vereine geschieht durch schriftliche Abmeldung beim Ausschusse, hebt jedoch die Entrichtung des Beitrages für das laufende Vereinsjahr nicht auf.

Auflösung von Ortsgruppen und Ausschließung von Einzelmitgliedern.

§ 25. Die Auflösung einer Ortsgruppe oder die Ausschließung eines Einzelmitgliedes kann nur über Antrag des Ausschusses durch Beschluß der Vertreterversammlung erfolgen, wenn die Ortsgruppe oder das Einzelmitglied absichtlich eine den Vereinszwecken widersprechende Richtung verfolgt, die Ausschließung eines Einzelmitgliedes aber auch dann, wenn es den Ruf der Unbescholtenheit verloren hat.

Auflösung des Vereines.

§ 26. Ein Antrag auf Auflösung des Vereines muß mindestens 4 Wochen vor der ordentlichen Vertreterversammlung öffentlich angezeigt und kann nur dann zum Beschlusse erhoben werden, wenn in derselben wenigstens Zweidrittheile aller Ortsgruppen vertreten sind und wenn mindestens Dreivierteltheile der anwesenden Stimmen für die Auflösung abgegeben werden.

§ 27. Im Falle der Auflösung des Vereines ist das Vermögen desselben nach Beschluß der letzten Vertreterversammlung einem der deutschen Blindenfürsorge in Böhmen dienenden Zwecke zuzuführen.

Wird vor der Auflösung ein solcher Beschluß nicht gefaßt, so ist das gesamte Vereinsvermögen der Klarschen Blindenanstalt in Prag in Verwahrung zu übergeben und wird von dieser solange verwaltet, bis sich ein Verein mit gleichen Zwecken gebildet hat, dem es dann zufällt.

Sollte bei Auflösung des Vereines die Klarsche Blindenanstalt in Prag nicht mehr bestehen, so geht das Vereinsvermögen unter den gleichen Bedingungen in die Verwaltung der Stadt Teplic über.

Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“.

Satzungen der Ortsgruppe

Zweck.

§ 1. Die Ortsgruppe bezweckt, den Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ in der Gemeinde zu vertreten, die Jahresbeiträge für denselben einzuheden und ihm durch Veranstaltungen Mittel zuzuführen.

Mitgliederschaft.

§ 2. Über die Aufnahme der Mitglieder in die Ortsgruppe entscheidet nach geschעהer Anmeldung der Ortsgruppenanschuß.

Rechte und Pflichten der Mitglieder.

§ 3. Jedes Ortsgruppenmitglied ist zugleich Mitglied des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ mit allen Rechten und Pflichten eines solchen.

Jedes Ortsgruppenmitglied hat ferner das Recht, in den Ortsgruppenversammlungen zu wählen und gewählt zu werden.

Es hat die Pflicht, zur Erreichung des Ortsgruppenzweckes nach Kräften mitzuwirken.

Jahresbeitrag.

§ 4. Der Jahresbeitrag besteht aus mindestens 1 K für den Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ und aus einem von der Ortsgruppe zu bestimmenden Verwaltungsbeitrage.

Alle Beiträge sind an den Ortsgruppenzahlmeister gegen Bestätigung zu entrichten. Das Vereinsjahr beginnt mit 1. Jänner.

Sitz der Ortsgruppe.

§ 5. Sitz der Ortsgruppe ist

Rechte und Pflichten der Ortsgruppe.

§ 6. Die Ortsgruppe kann sich in ihrem Wirkungskreise nach eigenem Ermessen im Rahmen derselben und der Satzungen des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ gliedern.

Sie bestimmt in ihrer Hauptversammlung den Verwaltungsbeitrag, welches jedes Mitglied außer dem Jahresbeitrage für den Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ zur Verwendung für die eigenen Bedürfnisse der Ortsgruppe zu leisten hat.

Die sich aus den Verwaltungsbeiträgen und aus den Veranstaltungen ergebenden Überschüsse, sowie die Jahresbeiträge für den Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ sind an den Hauptausschuß desselben abzuführen.

Über Einnahmen, welche ausdrücklich nur für die Ortsgruppe bestimmt sind, wird von dieser nach eigenem Ermessen verfügt.

Leitung der Ortsgruppe.

§ 7. Die Leitung der Ortsgruppe obliegt dem Ortsgruppenausschuße. Dieser besteht aus dem Obmanne, 1 Obmann-Stellvertreter, einem Geschäftsleiter und 1 Zahlmeister. Sie werden von Jahr zu Jahr von der Hauptversammlung gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

Die Geschäfte der Ortsgruppe werden wie bei dem Hauptausschuße des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ erledigt. Die Vertretung nach außen kommt dem Obmanne oder seinem Stellvertreter zu.

In bezug auf örtliche Veranstaltungen ist jede Ortsgruppe selbständig.

Hauptversammlung.

§ 8. Die Hauptversammlung hat alljährlich im Monate Jänner stattzufinden. Sie ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. Die Beschlußfassung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit.

Der Hauptversammlung sind vorbehalten:

1. die Festsetzung der Höhe des Verwaltungsbeitrages (§ 6);
2. die Verwendung der Verwaltungsbeiträge oder des Ortsgruppenvermögens;
3. die Wahl des Ortsgruppenausschusses;
4. die Genehmigung des Geschäfts- und des Kassaberichtes der Ortsgruppe;
5. die Wahl zweier Rechnungsprüfer, welche die vom Zahlmeister vorzulegenden Rechnungen alljährlich zu prüfen und in der Hauptversammlung darüber zu berichten haben;
6. Vorschläge auf Abänderung der Ortsgruppensatzungen;
7. die Ausschließung von Mitgliedern;
8. die freiwillige Auflösung der Ortsgruppe.

Die Ausfertigungen und Bekanntmachungen haben die Unterschriften zweier Amtsverwalter und zwar des Obmannes oder seines Stellvertreters und des Geschäftsleiters zu tragen.

Die Geschäftssprache ist ausschließlich die deutsche.

Streitigkeiten.

§ 9. Über Streitigkeiten, welche innerhalb der Ortsgruppe entstanden sind, entscheidet der Hauptausschuß des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“. Dem Ausprüche desselben haben sich die Streitenden unbedingt zu unterwerfen.

Ausschließung von Mitgliedern.

§ 10. Die Ausschließung eines Mitgliedes kann über Antrag des Gruppenausschusses durch die Hauptversammlung erfolgen,

- a) wenn dasselbe seinen Verpflichtungen gegen die Ortsgruppe auf wiederholte Erinnerung nicht nachkommt;

- b) wenn es absichtlich eine den Zwecken der Ortsgruppe oder des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ entgegenstehende Wirksamkeit betätigt;
- c) wenn es den Ruf der Unbescholtenheit verloren hat.

Auflösung.

- § 11. Die Ortsgruppe ist als aufgelöst zu betrachten,
- a) wenn der Verein „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ sich auflösen sollte;
 - b) wenn die Mitgliederzahl der Ortsgruppe unter 10 herabsinkt;
 - c) wenn sie sich über Beschluß der Hauptversammlung freiwillig auflöst;
 - d) wenn die Vertreterversammlung des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ sie als aufgelöst erklärt.

Das bei der Auflösung vorhandene Vermögen fällt dem Vereine „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ zu.

§ 12. Vorliegende Satzungen können über Vorschlag der Hauptversammlung und zwar nur vom Hauptausschusse des Vereines „Deutsche Blindenfürsorge in Böhmen“ geändert werden.

Literatur.

A.

Bericht über d. 12. Blindenkongreß in Hamburg 1907. Hamburg, A. d. Rauben Hauses. 5.—.

Blindenfreund Der, Düren, Hamalsche Buchdr. 5'50.

Kunstwarte Die, Brunn, C. Winkler. 2'—.

Kunz, Dir. Prof. M.: Geschichte der Blindenanstalt zu Jlagach, Leipzig, W. Engelmann. 10.—.

Sonntagsgruß. Bromberg (Mittler). 8'—.

Uthoff Prof. Dr.: Von den Blinden. Breslau, W. G. Korn. 1'—.

B.

Baum Oskar: Uferdasein. Abenteuer und tägliches aus dem Blindenleben von heute. Berlin 1908. Urel Junder.

Kirpal: Elbezeitung 1908, 15. Der Blinde als Musiker.

Kappawi A. J.: Tagesbote aus Mähren und Schlesien 461. Soll das blinde Kind wieder das Stiefkind der öffentl. Fürsorge bleiben?

Salus Hugo: Neue Freie Presse 15.570, Blindenparadies.

Wierzchowski: Deutsche Arbeit 1908, 10., 11. und 12. Heft. Zur Pflege der Blinden in Prag.

Taubstumme.

J. Kindsmann: Notwendigkeit der Errichtung von Landestaubstummenanstalten im Königreiche Böhmen. I., S. 114—131.

— Das Los der ungebildeten Taubstummen. II. S. 64 ff.

— Schwerhörige, ohrenkranke und taube Kinder. II. S. 73 ff.

— Sprachgebrechliche Kinder in Böhmen. II. S. 77 ff.

— Vorschläge für Eltern zur Behandlung taubstummer Kinder im vorschulpflichtigen Alter. II. S. 83 ff.

Prager Privat-Taubstummeninstitut zu Smichow,

Diözesan-Taubstummeninstitut zu Leitmeritz,

" " " " Budweis,

" " " " Königgrätz,

Asyl für verlassene taubstumme Mädchen in Artisch bei Prag,

St. Franz von Sales Taubstummen-Verein in Prag,

Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Taubstummen in Prag,

Verein österreichischer Taubstummenlehrer (Wien).

Die Aufgaben der Taubstummenfürsorge für Deutschböhmen wurden in treffendster Weise in einem Referate der Herren Doktoren W. Anton und R. Imhofer in Prag an die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag zur Darstellung gebracht. Dieser wertvolle Aufsatz wurde uns seitens der Schriftleitung der Prager Medizinischen Wochenschrift, in deren 17. Hefte (Jahrg. 34) er zuerst erschienen ist, in liebenswürdiger Weise zum Abdrucke überlassen.

Taubstummenfürsorge in Deutschböhmen.

Bericht, erstattet an die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge für Böhmen von Doz. Dr. W. Anton und Dr. R. Imhofer, Prag.

Von seiten der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen wurde den Unterzeichneten die Ausarbeitung eines Referates bezüglich der Fürsorge für taubstumme Kinder übergeben und dieselben mit der Stellung diesbezüglicher Anträge betraut. Als Grundlage für diese beiden Elaborate wurden denselben die seitens der Kommission durch Vermittlung des Landes Schulrates und der demselben unterstehenden Bezirks- respektive Ortsschulräte gesammelten Grundbuchsblätter übermittelt. Mit der Einholung der nötigen Daten für diese Grundbuchsblätter wurden die Schulleiter respektive Lehrer betraut.

Bevor wir zum eigentlichen Gegenstande unseres Referates übergehen, müssen wir hervorheben, daß die uns übermittelten Grundbuchsblätter leider für eine statistische Verwertung im Sinne der Taubstummenpflege und für Erlangung diesbezüglicher verlässlicher Daten nicht verwendbar erschienen. Man kann auch nicht verlangen, daß Grundbuchsblätter oder Fragebogen, die für die ganze Jugendfürsorge nach einheitlichen Gesichtspunkten herausgegeben wurden, die also in gleicher Weise auch für die Bearbeitung der Krüppelfrage, der Epileptiker, der Blindenfürsorge zc. verwendet werden sollten, für einen Spezialzweig der Jugendfürsorge, also in unserem Falle das Taubstummenwesen in vollem Maße sich als brauchbar erweisen sollten. Würde also die hohe Landeskommission jetzt oder in späterer Zeit es für angemessen erachten, der Taubstummenfrage, welche, wie wir aus dem Folgenden ersehen werden, zu den dringendsten gehört, eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, so wäre die Notwendigkeit einer nochmaligen Konfirmierung unter Zugrundelegung des beifolgenden Merkblattes unumgänglich notwendig. Dieses Merkblatt ist schon in der Weise angelegt, daß auch ein Lehrer, welcher ja dank dem jetzigen Lehrplane der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sich gewisse hygienische und allgemein medizinische Kenntnisse aneignen muß, die Eruiierung und Eintragung der Daten selbstständig vorzunehmen imstande wäre, wenn auch die Mitarbeit des Arztes, wo immer dies möglich wäre, in Anspruch genommen werden sollte. Aber auch die aus den vorgelegten Grundbuchsblättern hervorgegangene Zahl von 182 außerhalb der Anstalten sich befindlichen taubstummen Kindern scheint uns viel zu gering zu sein. Wurden doch nach den Erhebungen von J. Kindlmann 1899 747 taubstumme, schulpflichtige Kinder außerhalb der bestehenden Taubstummeninstitute gezählt, wobei bemerkt werden muß, daß nach den Angaben eben dieses Autors die Zahl der Taubstummen in Böhmen in den folgenden Jahren so ziemlich konstant geblieben ist. Nehmen wir nur annähernd das Verhältnis der deutschen zur tschechischen Bevölkerung Böhmens mit 2:3, so würde das 298 deutschen der Taubstummenpflege bedürftigen Kindern entsprechen, also einer viel größeren Zahl als der sich aus den vorliegenden Grundbuchsblättern ergebenden.

In den Ländern von Europa treffen 79 Taubstumme auf 100.000 Einwohner, das ist 7·9 auf 10.000 Einwohner. (Mygind.¹⁾ In Böhmen waren nach dem Landes sanitätsberichte von 1902—1905²⁾ im letzten dieser Jahre 7·8 Taubstumme auf 10.000 Einwohner, so daß sich also Böhmen diesem europäischen Durchschnitte ebenfalls anpaßt. Den geringsten Prozentsatz an Taubstummen weist Prag auf (1·92); die meisten Taubstummen kamen im Jahre 1905 auf den politischen Bezirk Schüttenhofen (21·1), also fast das Dreifache des Durchschnittes. Diesem am nächsten kommt unter den deutschen Bezirken Prachatz mit 18·3, dann Kaplitz mit 15·6, Krummau (14·9). Wenn also Kindlmann in seinem noch näher zu würdigenden Referate von den westlichen Gegenden Böhmens als besonders reich an Taubstummen spricht, so müssen wir dazu die Einschränkung machen, daß es der Südwesten Böhmens ist, der in dieser Hinsicht auffällig hervorragt, denn der Nordwesten erhebt sich nur in wenigen Bezirken (z. B. Eger mit 9·6) etwas über den Durchschnitt, bleibt aber sonst meist erheblich unter demselben (Karlsbad 2·8, Saaz 6·1, Komotau 4·6 zc.).

Relativ arm an Taubstummen sind die Industriegegenden Nordböhmens (Reichenberg 4·2, Zetich 4·3, Aussig 4·8) und auch die Bergwerksdistrikte (Dux 3·8, Brüx 5·3, Falkenau 7·5). Auch die Großstädte Prag und Reichenberg weisen eine außerordentlich niedrige Ziffer auf (Prag 1·92, Reichenberg 3·8). Dagegen ist der in den Gebirgsgegenden lebende, auf die Landwirtschaft angewiesene Teil der böhmischen Bevölkerung, wie er sich gegen die Südwest- und Südostgrenze findet, wie schon erwähnt, außerordentlich stark mit Taubstummen durchsetzt. Es bestätigt dies nur die allgemeine Regel, daß in Gebirgsgegenden die Taubstummheit besonders die mit endemischem Kropf und Kretinismus vergesellschaftete viel häufiger ist, so daß z. B. der Taubstummen durchschnitt der Schweiz die kolossale Zahl von 24·5 auf 10.000 Einwohner erreicht. Wenn nun nichtsdestoweniger der Kommission für Kinderschutz zc. mehr Kinder aus dem Norden Böhmens zur Berücksichtigung empfohlen sind, als aus den beiden südlichen Quadranten (119 gegen 63), so hat dies seinen Grund lediglich darin, daß das deutsche Randgebiet im Norden sehr viel breiter ist als im Süden.

Die eingeklammerten Ziffern bezeichnen die nach den Grundbuchsblättern der Kommission für Jugendfürsorge empfohlenen Kinder. Daß diese Ziffern meist nicht übereinstimmen, liegt erstens darin, daß einerseits von den fürsorgebedürftigen Kindern ein Teil der für die Kommission für Jugendfürsorge zusammengestellten Kon signation entgangen ist, anderseits ein Teil der der Kommission empfohlenen taubstummen Kinder sich in öffentlichen Schulen befindet, während Kindlmann nur die außerhalb der öffentlichen Schulen befindlichen Kinder in Rechnung zieht. Daß also taubstumme Kinder in öffentlichen Schulen am Unterrichte mit teilnehmen, ist eine Tatsache, von der auch wir uns zu überzeugen Gelegenheit hatten; daß für solche Kinder die öffentliche Schule nicht den geringsten Wert hat, daß der Schullehrer mit solchen Kindern nichts anfangen kann, selbst wenn er die Zeit und den Willen hätte, sich mit denselben zu beschäftigen, ist ebenfalls durch übereinstimmende Beobachtung der Taubstummenlehrer erwiesen. Ohne also irgendwelchen Nutzen vom Unterrichte zu haben, bilden solche Kinder ein Hemmnis für den Unterricht der übrigen Schüler und mit Recht bezeichnet Kindlmann diese Art von Erziehung als ein Dahinbrüten in öffentlichen Schulen.

¹⁾ Die Statistiken der einzelnen Autoren weichen manchmal recht erheblich von einander ab. Ich wähle die von Mygind, da auch Bezold, vielleicht der hervorragendste Kenner auf dem Gebiete des Taubstummenwesens, diese akzeptiert.

²⁾ Es ist dies der österreichische Sanitätsbericht.

Wollen wir nun kurz uns darüber orientieren, was an Mitteln für Taubstummempfege in Böhmen vorhanden ist, so wird an Subventionen und Landesstipendien für die vier bestehenden Taubstummenanstalten vom Lande jährlich ein Betrag von 80.000 Kronen ausgegeben. Ein größerer Fond für Taubstumme besteht noch in Reichenberg. Nach den uns freundlichst übermittelten Mitteilungen des Reichenberger Bürgermeisters, des Herrn Dr. Bayer, besteht daselbst 1. ein Taubstummfond mit K 122.765,—, für Errichtung einer Taubstummenanstalt daselbst sind K 2276:59 aufgespart, außerdem bestehen zwei Stiftungen für Taubstumme, und zwar eine mit K 1413:30, die andere mit K 6509:92. „Sobald die Mittel größer sein werden,“ schreibt Herr Dr. Bayer, „wird an die Errichtung einer Taubstummenanstalt geschritten werden.“ Die zahlreichen Stiftungen privater Natur, meist in Freiplätzen an den Taubstummenanstalten bestehend, wollen wir hier nicht einzeln aufzählen, es sei diesbezüglich auf die Jahresberichte der einzelnen Anstalten verwiesen. Wollen wir weiter einen Überblick darüber geben, wie derzeit für die deutschen taubstummen Kinder in Böhmen gesorgt ist, so wären folgende Hauptdaten hervorzuheben. Es bestehen derzeit in Böhmen 4 Taubstummenanstalten, davon 1 deutsche, 1 tschechische und 2 utraquistische. Von diesen ist die deutsche Taubstummenanstalt in Leitmeritz für 55 Kinder eingerichtet. Die deutsche Abteilung der Taubstummenanstalt Prag-Smichow umfaßt derzeit 57 Zöglinge. In Budweis waren nach dem Jahresberichte 1907—1908 24 deutsche Zöglinge vorhanden (abgerechnet die nicht nach Nationen gesonderte Abteilung für wenig begabte Kinder und die Nähhschule). Im ganzen erscheint also an den vorhandenen Anstalten für zirka 140 deutsche Kinder gesorgt. Immerhin kann man auch aus dieser Aufstellung ersehen, daß für den Norden Böhmens wesentlich besser vorgesorgt ist, wie für den Süden; haben wir doch hier die rein deutsche Taubstummenanstalt in Leitmeritz, die auch externe Zöglinge aufnimmt, d. h. Kinder, die nur die Schule besuchen, ohne in der Anstalt verpflegt zu werden, und können wir immerhin hoffen, daß der Plan der Reichenberger Taubstummenanstalt bei den reichlichen Mitteln, die hierfür bereits vorhanden sind, und der allgemeinen besseren wirtschaftlichen Lage Nordböhmens in absehbarer Zeit zur Realisierung gelange. Da aber bestimmte Beschlüsse in dieser Richtung nicht vorliegen, so können wir auch mit diesbezüglichen Anträgen nicht hervortreten. Selbstverständlich wäre im Falle des Beschlusses des Baues einer Taubstummenanstalt in Reichenberg dieses Projekt von der deutschen Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu unterstützen und die eventuelle Gründung von Stiftungsplätzen daselbst ins Auge zu fassen.

Wollen wir nun, auf diesen Erhebungen fußend, unsere Anträge formulieren, so müßten wir uns eigentlich ohne weitere Einschränkung vollinhaltlich auf den Standpunkt der von Kindlmann nach seinem vortrefflichen und eingehenden Referate auf dem III. allgemeinen österreichischen Taubstummenlehrertage 1908 beantragten und einstimmig angenommenen Resolution stellen, die an die hohe Regierung, den hohen Landtag des Königreiches Böhmen und die löbliche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge gerichtet ist, und die dahin geht, die genannten Körperschaften zu bitten, sie mögen die Errichtung von öffentlichen Taubstummenanstalten wohlwollend in Erwägung ziehen, beziehungsweise mögen Staat und Land die bestehende Landeskommission zu diesem Zwecke materiell möglichst kräftig unterstützen. „Wolle das Regierungsjubiläum,“ schließt Kindlmann seinen Antrag, „Er. Majestät unseres vielgeliebten Monarchen und edlen Wohltäters der leidenden Menschheit für 700 arme, verlassene und taubstumme Kinder unseres Königreiches Böhmen den Anfang einer glücklicheren Zukunft bedeuten.“

Daß eine große für etwa 150 Kinder eingerichtete öffentliche deutsche Taubstummenanstalt neben den bestehenden Privaten eine Notwendigkeit wäre, daß auch sie bis auf den letzten Platz besetzt wäre, geht aus den statistischen Erhebungen mit unzweideutiger Klarheit hervor, und wir können daher der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge nur empfehlen, im Sinne dieser Resolution an geeigneter Stelle Bericht zu erstatten. Dieses Ziel muß trotz unserer gleich folgenden minder weit gehenden Anträge stets im Auge behalten werden und wenn wir solche Anträge aus gleich zu erörternden Gründen stellen, so wollen wir gleich hier betonen, daß wir dadurch die endliche definitive Lösung der höchst berücksichtigungswerten Taubstummenfrage in Böhmen durchaus nicht zu umgehen gedenken. Mit dieser *sit venia verbo* Rechtsverwahrung wollen wir an die weitere Besprechung dieser Frage gehen. Nichtsdestoweniger dürfen wir uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Errichtung einer deutschen Taubstummenanstalt in Böhmen wohl noch nicht in Erwägung gezogen ist, daß selbst, wenn die Anträge der Kommission für Jugendfürsorge Beachtung fänden, bis zur Realisierung des Projektes Jahre vergehen werden; bis dahin aber würde eine große Zahl taubstummer Kinder wie bisher ohne Unterricht aufwachsen und verkümmern; bis dat qui cito dat heißt es auch in diesem Falle und, von der allgemein bewährten Erfahrung ausgehend, daß bei kleinen Mitteln eine intensive Betätigung auf beschränktem Gebiete sich einer extensiven auf großem Gebiete überlegen erweist, möchten wir folgende Vorschläge, die sich auch mit geringen Mitteln verwirklichen ließen, zur Diskussion unterbreiten.

Wollen wir nochmals die Verteilung der Taubstummen in Böhmen berücksichtigen, so wird uns ein Blick auf die Karte zeigen, daß in dieser Hinsicht die Böhmerwaldgebiete die größte Aufmerksamkeit beanspruchen. Der Norden Böhmens ist relativ nicht nur viel ärmer an Taubstummen, sondern es sind auch die Geldmittel, die für die Taubstummenfürsorge vorhanden sind, daselbst viel reichlicher, und für die wenigen Kinder, die der Kommission für Jugendfürsorge aus dem Südosten (Landskron, Polička, Hohenmauth) empfohlen werden, kann man leicht durch Unterbringung derselben in den bestehenden Taubstummenanstalten Sorge tragen. Der Böhmerwald ist es also, auf den sich vorläufig die Taubstummenfürsorge konzentrieren sollte, und hätten wir in dieser Hinsicht zweierlei vorzuschlagen.

I. Da die Aufgaben der Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge nicht nur darin bestehen, bereits fürsorgebedürftige Kinder zu versorgen, sondern auch womöglich durch Beseitigung der Ursachen, welche die Kinder fürsorgebedürftig machen, für eine Abnahme derartiger der sozialen Hilfe bedürftiger unter den nächsten Generationen zu sorgen, so wäre es dringend nötig, daß die Ursachen dieses ganz besonderen Reichtums an Taubstummen im Böhmerwalde ergründet würden. Es möge daher ein ohrenärztlich genügend versierter Arzt zum Zwecke des Studiums der Taubstummheit im Böhmerwaldgebiete in dieses gesendet werden und diesem die nötige Unterstützung von seiten der maßgebenden Behörden in vollem Maße erwirkt werden; selbstverständlich wäre es am besten, mit dieser Mission einen Arzt zu betrauen, der bereits in dieser Gegend ansässig ist und mit den betreffenden Bevölkerungsschichten in Kontakt steht. Die Methode, nach welcher dieses Studium verfolgt werden sollte, wäre die, daß der Betreffende jedes einzelne der Kommission empfohlene Kind — es sind gegen 40 — in seiner Heimat aufsuche, sich über die Familienverhältnisse (Heredität, Konjanguinität) orientiere, die an Taubstummen besonders reichen Familien herausuche und auch über eventuell dort vorhandene endemische Krankheiten (Mumps, Zerebrospinalmeningitis etc.) recherchiere. Auch wäre es Aufgabe dieses Arztes, die rein

Taubstummen von den mit Retinismus behafteten abzusondern. Welchen Wert diese vielleicht beschränkte und wenig Resultate versprechende Arbeit hat, möge Bezolds Urteil über die in derselben Weise durchgeführte Taubstummenuntersuchung Lemdes in Mecklenburg illustrieren. Bezold sagt: „Lemde hat jeden einzelnen Taubstummen in seiner Heimat aufgesucht und durch persönliche Untersuchung sowohl seine sozialen und verwandtschaftlichen Verhältnisse bezüglich Vererbung etc. festgestellt, als auch sein Hörvermögen einer speziellen, fachmännischen Untersuchung unterworfen. Die Statistik Lemdes wird uns immer ein Vorbild rastlosen und aufopferungsvollen Fleißes bleiben, welches auch für größere in Zukunft entstehende Taubstummenstatistiken als Maßstab und Prüfstein auf die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse dienen wird.“ Auch auf dem räumlich doch beschränkten Gebiete des Böhmerwaldes ließe sich eine in ähnlicher Weise, wie es L. getan hat, durchgeführte Einzeluntersuchung der Taubstummen und all ihrer Familienverhältnisse durchführen und dadurch vielleicht wertvolle Anhaltspunkte für die Ursachen der Taubstummheit gewinnen. Eine energische Unterstützung von seiten der Bezirkshauptmannschaften und der betreffenden Gemeinden wäre allerdings, wie schon erwähnt, unbedingt nötig.

II. Der zweite Vorschlag, den wir der Erwägung unterbreiten möchten, wäre die Errichtung einer kleinen, eventuell den Ort leicht wechselnden Taubstummen-Schulzpositur in einem der am meisten heimgesuchten Böhmerwaldbezirke. Es wäre mit relativ geringen Mitteln und sehr bald möglich, einen Lehrer, der für den Taubstummenunterricht Vorliebe und Eignung hat, in einer unserer Taubstummenanstalten, sei es in Leitmeritz, sei es in Prag, zum Taubstummenlehrer auszubilden und ihn so zu befähigen, diesen Kindern wenigstens die Anfangsgründe der Lautbildung beizubringen, und sie so zur später erfolgenden Aufnahme in eine Taubstummenanstalt vorzubereiten, so daß die Zeit bis dahin für diese unglücklichen Geschöpfe nicht ganz ungenützt verstreichen würde. Eine Wohnung für diesen Lehrer, ein Schulzimmer und einige Räumlichkeiten für die auswärtigen Kinder ließen sich wohl in verschiedenen dieser Gemeinden leicht beschaffen; von den auswärtigen Kindern könnte ein Teil auch ganz gut im Orte dieser Schulzpositur in Pflege gegeben werden und hätten sich in die Kosten dann die Eltern, die Heimatsgemeinden und die Kommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu teilen. Als Standort dieser Expositur kämen vor allem Krummau, Brachatitz oder Kaplitz in Betracht. Diese Kleinarbeit auf dem Gebiete der Taubstummenpflege darf man, wie wir schon erwähnt haben, nicht als volle Lösung der Aufgaben auf diesem Gebiete ansehen, aber auch nicht zu gering einschätzen. Wir wollen als Analogon auf die kleine Kolonie Bran des Zweigvereines Prag des Deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen hinweisen, die gewiß nicht die Gründung einer großen Lungenheilstätte in Böhmen überflüssig macht, immerhin aber die für dieselbe gemachten Aufwendungen durch die bei den Pfleglingen erzielten Resultate reichlich lohnt. Es ist sicher, daß sich dem letztgenannten Projekte manche Schwierigkeiten in den Weg stellen werden, daß viele administrativ-finanzielle Fragen werden erörtert und erledigt werden müssen, immerhin scheint uns dies derzeit der einzige Weg zu sein, auf welchem wenigstens auch im Rahmen bescheidener Mittel ein Anfang in der Taubstummenfürsorge in Böhmen im allgemeinen und für die derselben besonders bedürftigen Böhmerwaldgebiete im Speziellen gemacht werden könnte, und nur der Anfang braucht gemacht zu werden, dann werden die beteiligten Eltern, Gemeinden usw. bald einsehen, daß es auch in ihrem Vorteile liegt, unnütze und ungern gesehene Kostgänger, die ihnen nur zur Last fallen, zu arbeitsfähigen und im Kampfe ums Dasein brauchbaren Menschen zu erziehen.

Merkblatt

für Zählung der taubstummen Kinder in Deutschböhmen.

1. Vor- und Zuname des Kindes.
2. Eheliches oder uneheliches Kind des der (Verwandtenehe).
3. Alter (Tag, Monat, Jahr der Geburt).
4. Geburtsort.
5. Glaubensbekenntnis.
6. Wohnort.
7. Ist das Kind schulpflichtig, wenn ja, besucht es eine Schule, welche?
8. Wird das Kind zu irgendwelcher Arbeit verwendet?
9. Ist das Kind von Geburt an taubstumm, wenn nicht, seit welchem Lebensjahre?
10. Hat das Kind bereits gesprochen und die Sprache wieder verloren?
11. Sind Sprachreste vorhanden?
12. Hat das Kind Krankheiten durchgemacht? (Die betreffende Krankheit ist zu unterstreichen.) Masern, Scharlach, Blattern, Diphtherie, Keuchhusten, Rotlauf, Krups, Kopfverletzungen.
13. Hat das Kind einmal an Krämpfen gelitten resp. Fraisen gehabt?
14. Hat das Kind Ohrenfluß?
15. Ist das Kind sonst gesund?
16. Sind beide Eltern gesund?
17. Hören beide Eltern gut?
18. Hat das Kind Geschwister und wie viele?
19. Ist unter diesen Geschwistern eines schwerhörig, taubstumm, schwachsinzig oder epileptisch?
20. Sind sonst in der Familie Fälle von Taubheit bekannt?
21. Sind in der Familie Schwachsinzige oder Epileptische?
22. Sind die Eltern blutsverwandt?

Grundsätze und Bedingungen zur Aufnahme in das Prager Privat-Taubstummeninstitut zu Smichow.

1. Der Endzweck, den dieses wohlthätige Institut zu erreichen sucht, ist, gehör- und sprachlose Kinder nach einer eigenen Lehrart zu bilden, ihnen Unterricht und Übung in den gemeinnützigsten und zum bürgerlichen Leben unentbehrlichen Kenntnissen so lange zu verschaffen, bis sie imstande sind, sich selbst ihren Lebensunterhalt zu erwerben, und wieder andern Unglücklichen dieser Art im Institute Platz zu machen.

2. Da die Tonsprache als ein notwendiges Hilfsmittel beim Unterrichte der Taubstummen anerkannt ist, so müssen die Zöglinge in einem Alter sein, wo ihre Sprachwerkzeuge noch biegsam sind, damit sie sich zur Hervorbringung vernehmlicher Laute noch lenken lassen. Das beste Alter ist von 8 bis höchstens 12 Jahren, weil die Sprachorgane sich in diesem Alter noch leicht bewegen lassen, und die Zöglinge so viel Aufmerksamkeit besitzen, Wörter nachzuahmen.

3. Blödsinnige oder außer der Taubstummheit mit andern körperlichen Gebrechen behaftete Kinder sind zur Aufnahme in das Institut nicht geeignet.

4. Wer ein taubstummtes Kind als Zögling in das Institut unterzubringen wünscht, hat sich an die Oberdirektion dieses Institutes schriftlich zu wenden. Dem Gesuche ist nebst dem Tauf- und Impfscheine auch das ärztliche Zeugnis, daß es von chronischen Krankheiten, bössartigen Hautausschlägen oder andern körperlichen Gebrechen frei sei, beizulegen. Wird um unentgeltliche Aufnahme angesucht, so ist noch ein legal ausgestelltes Armutzeugnis beizuschließen.

Das gehörig belegte Gesuch bewirkt, daß der Kandidat in die Vormerkung kommt, in welcher er so lange bleibt, bis die wirkliche Aufnahme erfolgen kann.

5. Die Fragen zur Erörterung der Bildungsfähigkeit eines taubstummen Kindes müssen gewissenhaft beantwortet werden.

6. Da das Stammvermögen des Instituts zu seiner Selbsterhaltung noch immer nicht hinreicht, daher letzteres größtenteils durch wohlthätige Beiträge fortbesteht, so muß in der Regel für den Unterricht und die Verpflegung eines jeden Kindes, falls das ganzjährige Verpflegs-

gelb, welches derzeit 400 Kronen beträgt, nicht geleistet werden kann, ein mäßiger, den Vermögensträften der Eltern, Verwandten, Wohltäter, Gemeinden oder Bezirksvertretungen sowohl, als den Zeitverhältnissen und Preisen der Dinge angemessener Gelbbetrag entrichtet werden. Dieser Umstand ist jedoch unter Beibringung eines Vermögensausweises im Gesuche zu bemerken. In der Verpflegung ist Bekleidung, Wäsche, Bettzeug ufw. mitbegriffen.

Überdies werden alle Kinder nach einem und demselben Maßstabe verpflegt, und nur jene ganz armer Eltern unentgeltlich aufgenommen.

7. Bei der Übernahme eines zahlungsfähigen Zöglings wird mit den Eltern, Pflegeeltern oder Vormündern desselben über alle Bedingungen der Aufnahme ein Vertrag geschlossen und gefertigt; daher sie selbst in Person oder durch einen Bevollmächtigten das Kind zu übergeben haben.

8. Die durch diesen Vertrag stipulierten jährlichen Verpflegsbeiträge müssen stets halbjährig in vornherein entrichtet werden, und sollte vor Verlauf des halben Jahres der Zögling auf welche Art immer aus dem Institute treten oder sterben, so bleibt der antizipierte Betrag dem Fonde des Instituts.

Das Mämlische gilt von dem Gelbbetrage, welcher für die erste Einrichtung des Zöglings bei seinem Eintritte erlegt wird. Tage, welche der Zögling auf den Ferien zubringt, leiden in der Zahlung des Verpflegsbeitrages keinen Abzug.

8. Neben der Leistung eines Bettpauschales von jährl. 20 Kronen muß der eintretende Zögling die erste Einrichtung, bestehend in doppelter Kleidung und vierfacher Wäsche, entweder im guten Zustande mitbringen oder die Anschaffung derselben muß dem Institutsfonde gleich bei seiner Übernahme durch einen den Zeitverhältnissen angemessenen und bar zu erlegenden Pauschalbetrag vergütet werden, dagegen wird der Zögling bei seinem Austritte aus dem Institute ebenfalls mit der nötigen Kleidung und Wäsche, und zwar nach dem Verhältnisse der Zahl und Beschaffenheit der mitgebrachten Stücke, versehen.

10. Stirbt ein Kind im Institute, so behält letzteres auch dessen ganze Einrichtung, dafür trägt aber das Institut in diesem Falle die Heilungs- und Begräbniskosten.


11. Die Eltern, Vormünder oder Wohltäter der Kinder verbinden sich bei der Aufnahme schriftlich, ihre Kinder in die eigene Obforge zu nehmen, sobald das Institut sie zu entlassen für nötig findet, da das Institut keine Versorgungs-, sondern nur eine Lehranstalt ist.

12. Die Ersparnisse von Beiträgen jeder Art und Gattung werden zur Vermehrung des Institutsfonds fruchtbringend angelegt.

Von der erfolgten Aufnahme, von der Zeit des Eintrittes in die Anstalt und von den Bedingungen wird die Partei in der Regel durch das hochwürdige Seelsorgsamst verständigt.

13. Neben den Zöglingen werden auch taubstumme Kinder bloß als Schüler und zwar gegen ein gleichfalls halbjährig in vornherein zu entrichtendes mäßiges Schulgeld von jährlich 100 Kronen oder bei nachgewiesener Armut ganz unentgeltlich aufgenommen, welche bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen und verpflegt werden und das Institut nur zum Unterrichte besuchen.

Fragen zur Erörterung der Bildungsfähigkeit eines taubstummen Kindes.¹⁾

1. Ist dieses Kind wirklich taub, oder ist es bloß stumm, dabei aber hörend? Hört es etwas, oder ist es ganz taub?
2. Ist es taub von Geburt oder später — wann und wie so geworden?
3. Hat es außer der Taub- und Stummheit noch ein anderes Gebrechen? welches? verunreinigt es nicht das Bett?
4. Ist es seinem Alter entsprechend groß und stark — oder ist es im Wuchse zurückgeblieben? auffallend zurückgeblieben?
5. Kleidet es sich selbst an? Hat es einen guten Gang?
6. Hat es ein lebhaftes Auge, oder verrät sein Gesicht und seine Haltung Blödsinn?
7. Außert es Freude beim Anblick von Bildern? beachtet und fixiert es dieselben?
8. Wie verständiget es sich mit seinen Angehörigen? gebraucht es die Gebärde? ist die Gebärde lebhaft?
9. Womit beschäftigt es sich zu Hause? hat es etwas gelernt?
10. Kann es vorgezeichnete leichte Buchstaben: i, u, l, f, oder Figuren: ○ △  nachzeichnen? — Diese Zeichnung ist beizulegen.
11. Kann es die Zahl vorgelegter Gegenstände, z. B. Bohnen, Äpfel, Nüsse, Geldstücke — von 1 bis 5 oder wohl gar bis 10 mittelst der Finger angeben?
12. Dürfte dieses Kind nach einem beiläufigen Ermeßsen sehr fähig, fähig, schwach oder unfähig sein?

¹⁾ Siehe Grundsätze Pkt. 5.

Bischöfliches Taubstummeninstitut in Leitmeritz.

I.

Der Gründer der Anstalt für taubstumme Kinder aus der Leitmeritzer Diözese ist der hochverdiente Bischof Augustin Bartholomäus Hille (geb. in Schönau 1786, gest. zu Leitmeritz 1865).

Der Hochwürdigste Begründer hat sich und seinen Nachfolgern die autonome Leitung dieser Anstalt vorbehalten. Infolge dieser Vorbehaltung ist stets der jeweilige Bischof der Leitmeritzer Diözese zugleich auch Protektor der Taubstummenanstalt.

Die Verwaltung des Institutsvermögens ist in den Händen des hochwürdigsten bischöflichen Konsistoriums resp. des Verwaltungsrates, der aus einem Oberverwalter und zwei Verwaltungsräten besteht. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von dem Protektor selbst ernannt und dieselben übernehmen dies Ehrenamt unentgeltlich und auf unbestimmte Zeit.

Das Institut wird aus eigenen Mitteln, welche im Laufe der Zeit durch hochherzige Geschenke, Legate und Stiftungen zustande gebracht wurden, erhalten.

Unter den Wohltätern der Anstalt ist an erster Stelle der hochlöbl. Landesauschuß, beziehungsweise der hohe Landtag des Königreiches Böhmen zu nennen. Derselbe bewilligt nämlich dem Leitmeritzer Taubstummeninstitute u. zw. stets auf die Zeit von 6 zu 6 Jahren an Landessubvention: a) den Betrag von 5000 K für 20 Landesfreiplätze und 5000 K für 3 Lehrkräfte seit dem Jahre 1866; b) den Betrag von 3000 K für 10 Landesfreiplätze und 1000 K für eine 4. Lehrkraft seit dem Jahre 1902.

Nebstdem erhält das Land Böhmen seit dem Jahre 1873 sieben Zöglinge, welche als Erzherzogin Gisela-Stiftlinge — und seit dem Jahre 1903 fünf Zöglinge, welche als Landeswaisenfondspfleglinge geführt werden.

II.

In das Taubstummeninstitut zu Leitmeritz können aufgenommen werden:

- a) taubstumme oder
- b) hochgradig schwerhörige Kinder im Alter von 8 bis 11 Jahren, welche geistig und körperlich gesund, bildungsfähig und in die Leitmeritzer Diözese zuständig sind, und zwar:
 1. vollkommen unentgeltlich auf Grund des Armutzeugnisses;
 2. für ein ermäßigtes Jahresentgelt auf Grund des Mittellofigkeitszeugnisses und
 3. für das ganze Jahresentgelt per 300 K.

Nebst den Zöglingen, welche volle Verpflegung im Institute genießen, gewährt die Anstalt auch taubstummen Kindern, welche außer der Anstalt wohnen, ganz unentgeltlich Gelegenheit zur Ausbildung.

Den stempelfreien Gesuchen um Aufnahme, die entweder an das bischöfliche Konsistorium oder an die Institutsdirektion zu richten sind, ist beizulegen:

1. der Taufschein des Kindes;
2. das Impfzeugnis;
3. der Heimatschein;
4. das Armut- oder Mittellofigkeitszeugnis;
5. das ärztliche Zeugnis, daß das Kind mit keinem ansteckenden Ausschlage behaftet ist.

Die Aufnahme neuer Zöglinge findet immer nach 2 Jahren u. zw. gewöhnlich Ende Juli statt. Jedes Kind, um dessen Aufnahme angefragt wird, muß behufs Sicherstellung seiner Bildungsfähigkeit dem Institutsdirektor vorgestellt werden.

Das in die Anstalt aufgenommene Kind hat beim Eintritte (= am Anfange des Schuljahres) wenigstens doppelte Kleidung, doppeltes Schuhwerk und fünffache Leibwäsche mitzubringen.

Von der erfolgten Aufnahme des Kindes in die Anstalt werden die Eltern oder Vormünder mittels eines Aufnahmscheines, in dem alles Nötige noch näher angegeben ist, verständigt werden.

Das Kind wird gewöhnlich auf 5 Schuljahre aufgenommen. Am Schlusse jedes Schuljahres ist der Zögling am festgesetzten Tage aus der Anstalt abzuholen. Über die Hauptferien verbleibt also das Kind bei seinen Angehörigen.

Nach einer fünfjährigen Bildungszeit in der Anstalt erhalten die männlichen Zöglinge ein Entlassungszeugnis und lernen dann, gewöhnlich in ihrer Heimat, ein Handwerk oder treten in eine Fachschule ein.

Die weiblichen Zöglinge bleiben meistens bei ihren Angehörigen und sind entweder zu sorgfamen Selbst- und Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen und Haushälterinnen oder geschickten Kleider- und Weißwäschenerinnen, Kunststickerinnen, Modistinnen heranzubilden.

III.

Die Leitmeritzer Taubstummenanstalt hat eine zweifache Bestimmung, sie ist nämlich:

1. eine Lehr- und Erziehungsanstalt für taubstumme Kinder, und
2. eine Lehrstätte für Priester- und Lehramtskandidaten des vierten Jahrganges, in der dieselben Gelegenheit haben, sich mit dem Unterrichte und Erziehung taubstummer Kinder bekannt zu machen. Denselben werden im II. Semester eines jeden Schuljahres zweimal in der Woche eigene theoretisch-praktische Vorträge über den Taubstummenunterricht gehalten.

Der Unterricht in den einzelnen Lehrgegenständen wird nach dem für das Leitmeritzer Taubstummeninstitut verfaßten und vom k. k. Landes Schulrate in Prag genehmigten Lehrplane erteilt. (Erlass vom 17. März 1900, Z. 10.406.)

Die Unterrichtsgegenstände sind: 1. Religion; 2. Sprachunterricht (Lautier-Anschauungs-, Sprech-, Lese- und Sprachformenunterricht, sowie Aufgabübungen); 3. Rechnen; 4. Geographie (Orts-, Bezirks-, Heimats- und Vaterlandskunde); 5. Geschichte; 6. Naturkunde (Naturgeschichte und Naturlehre); 7. Zeichnen; 8. Schreiben und 9. Turnen.

Außerdem werden die älteren Knaben in freier Zeit in den Fertigkeiten des Schuhmacherwerkes, in den Bapparbeiten, sowie in Kerbschnittarbeiten und Modellieren unterrichtet. Der Handfertigkeitenunterricht wird von drei Lehrmeistern in sechs wöchentlichen Stunden erteilt. Überdies werden sämtliche Zöglinge auch zu den für ihr Alter und Geschlecht passenden Haus- und ökonomischen Arbeiten angeleitet.

An dem Industrialunterrichte beteiligen sich sämtliche Mädchen. Dieselben erhalten Unterweisung in Häfel-, Strick- und Knüpfarbeiten, in Kreuzstichstickerei, im Nähen und Ausbessern der Wäsche, in Tüllarbeit und Sticken.

Der Lehrkörper zählt gegenwärtig samt dem Direktor drei männliche Lehrkräfte und zwei Lehrerinnen, von denen eine zugleich Institutsmutter ist.

Im Schuljahre 1907/08 betrug die Zahl der Zöglinge 53, davon 26 Knaben und 27 Mädchen, welche in 3 Klassen unterrichtet wurden.

Grundsätze und Bedingungen zur Aufnahme in das Diözesan-Taubstummen-Institut zu Budweis.

1. Der Endzweck des Institutes ist, gehör- und sprachlose Kinder beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Religion und der Nationalität religiös und moralisch zu bilden, ihnen den Unterricht und Übung in den zum Fortkommen im Leben unentbehrlichen Kenntnissen zu verschaffen, damit sie in den Stand gesetzt werden, brauchbare Glieder der Gesellschaft zu werden und sich selbst ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Daher bilden die Unterrichtsgegenstände der Volksschule auch den Unterrichtsstoff des Taubstummen-Institutes. Den Zöglingen wird somit der nötige Unterricht in der biblischen Geschichte, Religion, Laut- und Schriftsprache, Rechnen, Lesen, Schreiben, Zeichnen, Naturgeschichte, Geographie geboten.

2. Diesen Zweck sucht die Anstalt dadurch zu erreichen, daß sie eine Anzahl taubstummer Kinder, zunächst aus der Budweiser Diözese, gegen Entgelt, und soweit die Institutsmittel reichen, teilweise oder ganz umsonst in gänzliche Verpflegung und Unterricht, oder aber nur zur Teilnahme an dem Unterricht aufnimmt.

3. Die Anzahl der aufzunehmenden Kinder richtet sich nach den jeweiligen Vermögenskräften der Anstalt und den Räumlichkeiten des Institutsgebäudes.

4. Da die Tonsprache als ein notwendiges Hilfsmittel beim Unterrichte der Taubstummen anerkannt, und als Verständigungsmittel mit den übrigen hörenden und sprechenden Menschen von ganz unleugbarer Wichtigkeit ist, so sollen die aufzunehmenden Zöglinge in einem Alter sein, wo ihre Sprachwerkzeuge noch biegsam sind. Das beste Alter ist das von 8 bis 12 Jahren; daher Kinder, welche das 13. Lebensjahr bereits erreicht haben, in der Regel nicht mehr aufgenommen werden.

5. Wirklich Blödsinnige, oder außer der Taubstummheit mit anderen körperlichen Gebrechen behaftete Kinder sind zur Aufnahme nicht geeignet.

6. Wer ein taubstummee Kind als Zögling aufgenommen zu haben wünscht, hat sich an den Institutsvorstand schriftlich zu wenden. Dem Gesuche ist nebst dem Taufscheine, resp. Geburtsacte und Impfungszengnisse auch das ärztliche Zeugnis beizulegen, daß es von chronischen Krankheiten, bösartigen Hautausschlägen und anderen körperlichen Gebrechen frei sei.

Das gehörig belegte Gesuch bewirkt, daß der Kandidat in die Vormerkung kommt, in welcher er so lange bleibt, bis die wirkliche Aufnahme erfolgen kann.

7. Wird kein taubstummee Kind aufgenommen, wenn nicht nach vorausgegangener Untersuchung dessen Lernfähigkeit von dem Lehrdirektor, sowie dessen Gesundheit von dem Institutssphyrius anerkannt wurde.

Zu diesem Behufe haben die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder ihre Schützlinge gelegentlich im Laufe des Schuljahres dem Lehrdirektor persönlich vorzuführen. Nur in einzelnen Ausnahmefällen kann die Lernfähigkeit durch Beantwortung eigener von der Direktion der Partei vorzulegender Fragen schriftlich bestimmt werden.

8. Da das Stammvermögen des Institutes zu seiner Selbsterhaltung bei weitem nicht hinreicht, sondern größtenteils durch wohlthätige Beiträge fortbesteht, so muß in der Regel für den Unterricht und die Verpflegung eines jeden Kindes ein Verpflegungsgeld entrichtet werden.

Falls das ganzjährige Verpflegungsgeld, welches derzeit 300 K ö. W. beträgt, nicht geleistet werden kann, so ist ein mäßiger, den Vermögenskräften der Eltern, Verwandten oder Wohltäter sowohl, als den Zeitverhältnissen und Preisen der Dinge angemessener Geldbetrag zu entrichten. Dieser Umstand ist jedoch unter Beibringung eines legalen Vermögensausweises im Gesuche zu bemerken.

Für Taubstumme, welche nur den Unterricht im Institute erhalten sollen, wird das jährliche Unterrichtsgeld auf 40 K ö. W. festgestellt.

Alle Kinder werden nach einem und demselben Maßstabe verpflegt und nur jene ganz armer Eltern, wenn Stiftungsplätze frei sind, unentgeltlich aufgenommen.

9. Über jede Aufnahme in die Pflege ist ein Kontrakt mit jenen zu errichten, denen die infolge der Aufnahme übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen oder zu sichern obliegt.

10. Die durch den Vertrag stipulierten Verpflegsbeiträge müssen stets halb- oder vierteljährig vorausbezahlt werden. Sollte ein Zögling vor Verlauf des Halb- oder Viertelsjahres, für welches die Antipatzahlung geleistet wurde, mit Tod abgehen, aus dem Institute austreten oder aus demselben entlassen werden, so wird von dem empfangenen Verpflegsbeiträge kein Teil zurückerstattet. Ebenso findet keine Rückerstattung statt, wenn ein oder der andere Zögling während des Jahres auf einige Ferientage außer dem Hause bei seinen Eltern oder Bekannten sich aufhalten sollte.

11. Da das Institut keine Versorgungs- sondern eine Lehranstalt ist, so verbinden sich die Eltern, Vormünder oder Wohltäter der Kinder bei der Aufnahme schriftlich, den übergebenen Schützling nach dessen Ausbildung, oder wenn solcher aus dem Institute eines besondern Grundes wegen entlassen werden mußte, wieder in eigene Obforge zu nehmen.

12. Zwei Monate im Jahre bilden die Ferienzeit, in welcher die Zöglinge, wenn kein besonderes Uebereinkommen getroffen ist, sich nach Hause zu begeben haben.

13. Vor Ablauf des Schuljahres, welches mit einer öffentlichen Prüfung geschlossen wird, werden über Vorschlag des Lehrdirektors von der Direktoriumsversammlung sowohl die nach der Prüfung zu entlassenden, als auch die für das neue Schuljahr aufzunehmenden Zöglinge bestimmt.

14. Die Bekleidung der Zöglinge haben die Eltern oder ihre Stellvertreter zu besorgen. Jedes Kind hat bei der Aufnahme die nötigen Betten, Kleidung und Wäsche mitzubringen. Die Kleidung soll doppelt und die Wäsche vierfach sein.

15. Von der erfolgten Aufnahme, von der Zeit des Eintrittes in die Anstalt und von den Bedingungen wird die Partei in der Regel durch das hochwürdige Seelsorgeamt verständigt.

16. Die Direktion des Institutes wird es sich angelegen sein lassen, ihre Zöglinge männlichen Geschlechtes während der freien Zeit nützlich zu beschäftigen. Vorzüglich soll diese Beschäftigung in Verwendung bei der Pflege des Institutsgarten stattfinden, oder wo möglich die Erlernung eines Handwerkes vorbereiten und erleichtern. Die Zöglinge des weiblichen Geschlechtes werden angehalten, nicht nur ihrem Alter und ihren Kräften angemessen sich bei der Besorgung der Hauswirtschaft zu betheiligen, sondern auch die größtmögliche Fertigkeit im Stricken, Häkeln, Nähen, Flickern, Kleidermachen, Nähen auf der Nähmaschine usw. zu erwerben.

17. Da das Institut die größtmögliche Unterstützung aller Stände und Klassen beanspruchen muß, so bleibt nur der Direktion übrig, den Wunsch auszusprechen, edel gesinnte Menschen mögen recht häufig das Institut besuchen und sich mit dem Fortgang und der Unterrichtsweise in demselben bekannt machen.

Statut der Königgräzer Diözesan-Taubstummen-Anstalt (Rudolfinum) in Königgrätz.

§ 1.

Diese zum Andenken an die Vermählung des Durchlauchtigsten österreichischen Kronprinzenpaares, Ihrer k. k. Hoheiten Rudolf und Stephanie vom Königgräzer Bischöfe und seiner Diöcese im Jahre 1881 gegründete Anstalt hat den Zweck: gehör- und sprachlose Kinder aus der Königgräzer Diöcese ohne Unterschied der Konfession und Nationalität nach einer eigenen Lehrart zu bilden, ihnen Unterricht in den unentbehrlichsten Kenntnissen zu verschaffen, damit sie imstande seien, später sich selbst den Lebensunterhalt zu erwerben.

Die Anstalt ist ein Internat, und deshalb erhalten die Zöglinge männlichen und weiblichen Geschlechtes in derselben nebst dem Unterrichte und Erziehung auch die ganze Verpflegung.

§ 2.

Der Unterricht wird nach einem von dem h. k. k. Landes Schulrate genehmigten Lehrplane in fünf Jahreskursen erteilt.

§ 3.

In die Taubstummen-Anstalt können nur gesunde, taubstumme Kinder im Alter von 8—12 Jahren aufgenommen werden.

Kein taubstummes Kind kann in die Taubstummen-Anstalt eintreten, bevor nicht dessen Verunsfähigkeit vom Institutsdirektor und dessen Gesundheitszustand vom Institutsarzte untersucht, und das Kind zur Bildung für geeignet erkannt worden ist.

Blödsinnige oder außer der Taubstummheit mit anderen Gebrechen behaftete Kinder sind zur Aufnahme in das Institut nicht geeignet.

§ 4.

Für den Unterricht und die ganze Verpflegung eines taubstummen Zöglings kommt für ein Jahr der Betrag von 150 fl., und für die Abnutzung der Betten und der Hausmobilen ein Betrag von 10 fl., also im ganzen ein Betrag von jährlichem 160 fl. ö. W. an die Anstalt zu entrichten, welcher Betrag stets halb- oder vierteljährig im vorhinein berichtigt werden muß.

Sind die Eltern des Zöglings arm, so kann vom Kuratorium der jährliche Verpflegsbetrag ermäßigt oder auch ganz nachgelassen werden, insoweit es die Geldmittel der Anstalt gestatten.

Doch muß jeder eintretende Zögling in die Anstalt eine dreifache Kleidung, vierfache Wäsche und andere kleinere Utensilien mitbringen.

§ 5.

Außer den Internisten, das ist jenen Zöglingen, welche in der Anstalt wohnen und daselbst verpflegt werden, können auch Externisten, das ist taubstumme Schüler, welche bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen, die Anstalt besuchen und daselbst Unterricht genießen.

§ 6.

Bei der Aufnahme taubstummer Kinder in die Anstalt verbinden sich die Eltern, Vormünder, Wohltäter derselben oder ihre Stellvertreter, die Kinder in eigene Obforge zu nehmen, sobald sie aus der Taubstummenanstalt entlassen werden; denn das Taubstummeninstitut ist keine Versorgungs- sondern eine Lehr- und Erziehungsanstalt.

§ 7.

Die Taubstummenanstalt ist eine Anstalt der Diözese, und wird daher auch von der Diözese erhalten, zu welchem Behufe alljährlich am 11. Sonntage nach Pfingsten in allen Pfarrkirchen der Diözese Spendenammlungen stattfinden.

§ 8.

Die aus der Diözese kommenden Sammelgelder, welche mit Einschluß der Spenden besonderer Wohltäter bis jetzt in runder Summe 65.000 fl. ö. W. betragen, werden unter der Aufsicht eines Kuratoriums dem Zwecke entsprechend verwaltet und verwendet.

Hiezu gehören auch die Beiträge von welcher immer Art und die allfalls erzielten Ersparnisse.

§ 9.

Das Kuratorium, welches sich unter dem Voritze des hochwürdigsten Herrn Bischofs oder seines Stellvertreters regelmäßig viermal im Jahre und überdies jedesmal, wenn es eine wichtige Angelegenheit der Anstalt erheischt, versammelt, besteht aus 8 Mitgliedern.

Diese Mitglieder sind:

- a) In Vertretung der Diözesangeistlichkeit der bischöfliche Generalvikar (oder in dessen Ermangelung der jeweilige Dombachant) und zwei Domkapitulare. Der bischöfliche Generalvikar oder der Dombachant fungiert zugleich als Vizepräsident und nimmt in Abwesenheit oder Verhinderung des Hochwürdigsten Herrn Bischofs bei den Beratungen den Vorsitz ein.

- b) Weiter werden als Vertreter der Laien der Diözese zum Eintritte ins Kuratorium vom Hochwürdigsten Herrn Bischof erbeten:
der jeweilige Bürgermeister von Königsgrätz, ein Advokat oder Notar als Rechtsfreund und der Institutsarzt.
- c) Zum Mitgliede des Kuratoriums wird auch vom hohen Landesaussschusse ein Vertrauensmann oder Delegat bestellt und endlich ist auch
- d) der Institutsdirektor Mitglied des Kuratoriums, dieser jedoch nur mit einer beratenden Stimme.

§ 10.

Über Antrag des Kuratoriums werden aus dessen Mitte vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ein Kassaverwalter und ein Kassakontrollor, zugleich Rechnungsrevident ernannt und es ist das Amt dieser Funktionäre so wie überhaupt die Stelle eines jeden Mitgliedes im Kuratorium ein Ehrenamt.

§ 11.

Bei den Beratungen des Kuratoriums, zu welchen der Vorsitzende die sämtlichen Mitglieder jedesmal zeitgehörig einzuladen hat, werden die Beschlüsse durch absolute Stimmenmehrheit der versammelten Mitglieder, von denen wenigstens 5 anwesend sein müssen, gefaßt.

Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Votum des Vorsitzenden.

§ 12.

Der Direktor der Anstalt, welcher zugleich Religionslehrer ist, und die übrigen Lehrkräfte werden über Antrag des Kuratoriums vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ernannt und diese Ernennungen der h. k. k. Landes Schulbehörde zur Bestätigung vorgelegt.

§ 13.

Mit Ausnahme des Religionsunterrichtes wird der sonstige Unterricht den Zöglingen der Anstalt von befähigten Mitgliedern der ehrwürdigen Kongregation der armen Schulschwestern de Notre-Dame, welche in Horazdowitz in Böhmen das Mutterhaus hat, nach Maßgabe der bestehenden staatlichen Verordnungen erteilt, und überdies wird auch von dieser Kongregation der ganze Haushalt unter der Aufsicht des Institutsdirektors besorgt.

Zu diesem Behufe ist mit der besagten Kongregation ein Vertrag abgeschlossen worden, mittelst dessen sich dieselbe verpflichtet hat:

- a) lehrbefähigte Mitglieder behufs deren Präsentation (§ 12) und deren Bestätigung von Seite der h. k. k. Landes Schulbehörde, sowie
- b) geeignete Mitglieder, Ordensschwestern oder Ordenskandidatinnen zur Besorgung des Haushaltes an die Anstalt abzuenden, und
- c) die durch Krankheit oder anderweitig unfähig gewordenen Kongregations-Mitglieder ohne Anspruch auf eine Pension ins Mutterhaus zurückzunehmen.

Sowohl die für das Lehrfach als auch die für die Haushaltung bestimmten Ordensschwestern oder Ordenskandidatinnen haben die Wohnung und die ganze Verpflegung im Institute und ihr Gehalt beziehungsweise ihre Entlohnung ist in dem erwähnten Vertrage festgesetzt worden.

Eine etwaige Änderung des Vertrages erfordert das Einverständnis des Kuratoriums und der ehrwürdigen Kongregation und unterliegt der Bestätigung des Hochwürdigsten Herrn Bischofes.

§ 14.

Der Direktor der Anstalt, welcher, wie schon oben § 12 angeführt, zugleich Religionslehrer ist, erhält von der Anstalt eine aus zwei Zimmern bestehende Wohnung samt Beheizung, die ganze Verköstigung, die Wäsche und die nötige Bedienung, sowie auch einen seiner Stellung und seinen beiderseitigen Leistungen entsprechenden, von dem Hochwürdigsten Herrn Bischofe nach Einvernahme des Kuratoriums bestimmten Gehalt.

§ 15.

Dem hohen Landesaussschusse kommt das Recht zu, die von dem hohen Landtage für die Anstalt begründeten Landesstiftungsplätze über Vorschlag des Kuratoriums zu besetzen.

§ 16.

Dem Delegaten oder Vertrauensmanne, welcher von dem hohen Landesauschusse zum Mitgliede des Kuratoriums (§ 9) bestellt wird, steht es frei, in die Vermögensgebarung und Institutsrechnung jeder Zeit Einsicht zu nehmen.

§ 17.

Was die Vertretung der Anstalt nach außen betrifft, so liegt dieselbe dem Kuratorium ob, welches überhaupt die Interessen der Anstalt zu wahren und zu fördern, das Institutsvermögen durch zwei aus seiner Mitte vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe ernannte Funktionäre (Kassaverwalter und Kassakontrollor) (§ 10) zu verwalten, für die Erhaltung und eventuelle Erweiterung des Institutes zu sorgen und über die Aufnahme oder Entlassung der Zöglinge, sowie über die allfällige Ermäßigung des Verpflegungsbetrages für arme Zöglinge zu entscheiden hat.

§ 18.

Die innere Leitung der Anstalt, das ist die Leitung des Unterrichtes und der Haushaltung, kommt dem Institutsdirektor zu.

Er hat die mit dem Unterrichte der Zöglinge betrauten Ordensschwestern in der Ausübung des Lehramtes zu überwachen und mit Rat ihnen beizustehen.

Weiter liegt ihm ob: die Führung der Geschäftsbücher und amtlichen Korrespondenzen, die Verwaltung des Institutsinventars, die Anschaffung der Schulerfordernisse, die Ausstellung der Schulzeugnisse und die Führung der Hausrechnung, welche er am Schlusse eines jeden Jahres dem Kuratorium zur Revision und Approbation vorzulegen hat.

Auch hat der Direktor im Laufe des Monats Juni jeden Jahres die eingelaufenen Bittgesuche um Aufnahme in die Anstalt dem Kuratorium vorzulegen und hiebei die entsprechenden Anträge über die Aufnahme neuer Zöglinge, sowie auch über die Entlassung älterer Zöglinge zu stellen.

Schließlich hat der Direktor am Schlusse eines jeden Schuljahres den vorgeschriebenen Schulbericht in den beiden Landessprachen zu verfassen.

§ 19.

Das Schuljahr beginnt und schließt in der Anstalt zur selben Zeit, wie an den öffentlichen Gemeinde- oder Bürgerschulen und die bei diesen Schulen bestehende vorgeschriebene Schul- und Disziplinarordnung wird als integrierender Bestandteil des Institutsstatutes erklärt.

§ 20.

Das Aufsichtsrecht über das Institut wird von den kompetenten k. k. Behörden ausgeübt.

§ 21.

Das Institut ist in einem Gebäude untergebracht, welches der bischöfliche Gründer auf seine Kosten durch Ankauf, Umbau und Neubau der drei bräuerberechtigten Häuser Nr. 186, 190 und 191 in der königlichen Leihgedingstadt Königgrätz errichtet und die Bestimmung getroffen hat, daß die auf diese 3 Häuser entfallenen Dividenden von dem jährlichen Ertragnisse des Bürgerlichen Bräuhauses in Königgrätz, da sie eine jährlich sich wiederholende Einnahmequelle bilden, vom Jahre 1887 angefangen, auf die Erhaltung und die nötigen Reparaturen des Institutsgebäudes unter Aufsicht des Kuratoriums verwendet und die sich ergebenden Überschüsse alljährlich fruchtbringend angelegt werden, um für größere Reparaturen oder für die allfällige Erweiterung des Institutsgebäudes einen Fond in Bereitschaft zu haben.

Alle sonstigen tatsächlichen und eventuellen Einnahmen (§§ 4, 7 und 8) sind auf die Förderung der Zwecke des Institutes, als Lehr- und Erziehungsanstalt zu verwenden.

§ 22.

Behufs der Gebarungsnachweisung ist im Monate Jänner jeden Jahres von dem Kassaverwalter unter Vorlage der dokumentierten Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben des verfloßenen Jahres, der Bericht über den Stand des ganzen Institutsvermögens überhaupt und über den Stand des Gebäudeerhaltungsfondes (§ 21) insbesondere, mittels des Kuratoriums an den Hochwürdigsten Herrn Bischof zu erstatten.

Die revidierte und vom Hochwürdigsten Herrn Bischofe approbierte Jahresrechnung ist sodann in der Institutskassa aufzubewahren.

§ 23.

Zu einer Änderung dieser in vorstehenden 22 Paragraphen enthaltenen Statuten ist ein mit zwei Drittel-Stimmenmajorität gefaßter Beschluß des Kuratoriums, die Gutheißung des Hochwürdigsten Herrn Diözesanbischofes und die Genehmigung der hohen k. k. Statthalterei notwendig.

§ 24.

Im Falle der Auflassung oder Transferierung dieser Königgräzer Diözesan-Taubstummenanstalt kommt dem jeweiligen Hochwürdigsten Herrn Bischofe von Königgrätz das Recht, beziehungsweise die Pflicht zu, das aus den drei im § 21 dieser Statuten genannten Häusern errichtete Institutsgebäude samt dem diesen drei Häusern gebührenden Bräuhäusnützungsrechte und samt dem Erhaltungsfonde, im Einvernehmen mit dem Domkapitel zu einem anderen wohlthätigen Diözesanzwecke und Wahrung der ursprünglichen loyalen Intention des Gründers und demzufolge unter Beibehaltung des Namens „Rudolfinum“ zu bestimmen.

Dagegen soll das dem Institute als Lehr- und Erziehungsanstalt gehörige Vermögen in Geld und Mobilien, unter Vorbehalt der von einzelnen Wohlthätern gemachten und gesetzlich zulässigen Bestimmungen, auf immerwährende Zeiten ausschließlich und unwiderruflich auf die Erziehung und Bildung taubstummer Kinder der Königgräzer Diözese verwendet und nach dem Stande zur Zeit der Auflassung oder Transferierung des Institutes von dem Kuratorium an die betreffenden gesetzlichen Organe zur weiteren Verwaltung übergeben werden.

§ 25.

Nach finanzieller Konsolidierung des Institutes wird vom Kuratorium unter Vorsitz des Hochwürdigsten Herrn Bischofes der Diözese nach erfolgter Ausscheidung der entbehrlichen Barchaften und Werteffekten zur Gründung von Stammkapitalien für das Institut geschritten, welche als ein Stiftungsvermögen zu behandeln sind und als solches der behördlichen Aufsicht unterstehen werden.

Ashl für verlassene taubstummne Mädchen in Artstsch bei Prag.

Das Ashl wurde im Jahre 1893 von dem Direktor des Prager Taubstummeninstitutes J. Karl M. Kmoch und dem an genannter Anstalt wirkenden Lehrer P. Johann Vlk gegründet und am 26. Mai 1894, nach erfolgter Weihe durch Seine Eminenz den Kardinal-Fürstbischof Grafen Schönborn, eröffnet.

Gegenwärtig befinden sich im Ashl 14 taubstummne Waisenmädchen, die durch Nähen und andere Handarbeiten sich ihren Lebensunterhalt erwerben. Der zum Ashl gehörige schöne und geräumige Garten ermöglicht auch den Jüngsten des Ashls den Gemüsebau zu pflegen und sich, was bei Taubstummen besonders wichtig ist, in freien Stunden ungezwungen in frischer Luft bewegen zu können. An Sonn- und Feiertagen wohnen die taubstummnen Mädchen dem in ihrer Hanskapelle abgehaltenen Gottesdienste bei.

Neben verschiedenen anderen Wohlthätern wird das Ashl auch von der Böhmischn Spar-kassa in Prag subventioniert.

NB. An Wohlthäter und Freunde der Taubstummen ergeht die Bitte, sich bei Vergebung ihrer Näh- und sonstigen Handarbeiten dieser armen Mädchen zu erinnern und wollen dieselben bezüglich billiger und präziser Effektuierung gewiß sein.

Erlass des Ministers für Kultus und Unterricht vom 6. Juli 1881,

betreffend den Unterricht und die Erziehung blinder und taubstummer Kinder an den Volksschulen.

Da die Schulpflichtigkeit für alle Kinder gesetzlich bestimmten Alters ausnahmslos besteht und nach § 23 des ABG. unter bestimmten Voraussetzungen und hieran geknüpften Verpflichtungen nur individuelle Befreiungen vom Besuche der öffentlichen Volksschule gestattet sind, so haben auch die nicht vollsinnigen Kinder im allgemeinen an dem Volksschulunterrichte teilzunehmen.

Beim Unterrichte und bei der Erziehung blinder oder taubstummer Kinder sind aber besondere Rücksichten zu beobachten und spezielle Aufgaben zu lösen, so daß für die allseitige Bildung solcher Kinder eigenartige Anstalten eine unabwiesbare Notwendigkeit sind. Die Zahl und die Ausdehnung der bestehenden Blinden- und Taubstummen-Erziehungsinstitute ist aber erfahrungsgemäß für den Bedarf nicht ausreichend.

Wenngleich daher die Vermehrung, Erweiterung und Vervollkommnung dieser Anstalten als unverrückbares Ziel angestrebt werden muß, so können wenigstens als Nothbehelf auch den Volksschulen Einrichtungen getroffen werden, um allen bildungsfähigen blinden und taubstummen Kindern den für sie geeigneten unentbehrlichsten Unterricht und die hiemit verbundene Erziehung zu vermitteln.

Durch das Org.-St. für Lehrerbildungsanstalten ist angeordnet, daß die Zöglinge dieser Lehranstalten mit der Behandlung von taubstummen und blinden Kindern bekannt gemacht werden und durch hieheramtlichen Erlaß vom 14. November 1875, Z. 17.238, wurden die Landes Schulbehörden aufgefordert, zur Durchführung dieses Grundsatzes die besonderen Anordnungen im eigenen Wirkungskreise zu treffen. Hiedurch sind die Vorbedingungen geschaffen, um blinden und taubstummen Kindern auch an Volksschulen theils durch Teilnahme an dem Unterrichte der vollsinnigen Kinder, theils durch einen eigenartigen Unterricht in besonderen Lehrstunden wenigstens die elementarsten Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, insbesondere aber ihre Erziehung zu fördern, um sie zum Eintritte auch in eine höhere Klasse der Blinden- und Taubstummen-Erziehungsanstalten vorzubereiten, wodurch der nicht unwesentliche Vorteil sich ergäbe, durch Abkürzung der Bildungsdauer für einzelne Zöglinge dieser Institute die Wohltat derselben einer größeren Zahl von Kindern zuwenden zu können.

Ich erlaube die k. k. Landes Schulbehörden, dieser Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit zu widmen und mit spezieller Berücksichtigung der Familienverhältnisse und der Bildungsfähigkeit der einzelnen blinden oder taubstummen Kinder, sowie der Eignung der Lehrer an den betreffenden Schulen die besonderen Einrichtungen zu treffen, um der thunlichst größten Zahl dieser Kinder die Wohltat des Unterrichtes zu vermitteln. Ich zweifle nicht, daß auch die Landesvertretungen über Anregung von Seite der k. k. Landes Schulbehörden dieser humanitären und volkswirtschaftlich wichtigen Angelegenheit mit Hinblick auf das ABG. die vollste Teilnahme und tatkräftigste Unterstützung zuwenden werden.

Ich bin bereit, Lehrern, die zum Unterrichte blinder oder taubstummer Kinder verwendet werden sollen, Unterstützungen zu dem Zwecke zu bewilligen, um durch den Besuch eines Blinden-, respektive Taubstummen-Institutes mit den Bedürfnissen dieses speziellen Unterrichtes sich vertraut zu machen.

Auch werde ich eine eifrige Betätigung der Lehrer auf diesem Unterrichtsgebiete als besonders verdienstlich würdigen.

Erlaß des Landes-Schulrates vom 28. Juni 1883.

Mit Beziehung auf den Zirkularerlaß vom 13. August 1881, Z. 17.167, WB. Nr. 19, werden die k. k. Bezirksschulräte neuerdings aufgefordert, der Unterrichtsverteilung an bildungsfähige blinde und taubstumm Kinder an den Volksschulen die vollste Aufmerksamkeit zu widmen und dahin zu wirken, daß die thunlichst größte Zahl dieser Kinder der Wohltat des Unterrichtes theilhaftig werde. Was die Entlohnung der sich mit diesem Unterrichte befassenden Lehrkräfte betrifft, so behält sich der k. k. Landes Schulrat vor, bei vorhandener Deckung in der Rubrik V, 4 des Schulbezirkspräliminares über begründeten Antrag des k. k. Bezirksschulrates von Fall zu Fall die entsprechende Verfügung zu treffen.

Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 31. Juli 1886.

Art. V, 2. Kandidaten, welche ein Lehrbefähigungszugnis für allgemeine Volksschulen oder für Bürgerschulen besitzen, können sich behufs Erwerbung der Lehrbefähigung aus Landwirtschaft oder aus einem technischen Fache für die mit Volksschulen verbundenen speziellen Lehrkurse, ferner zum nichtobligaten Unterrichte in Klavier- und Violinspielen an Bürgerschulen, endlich zum Unterrichte blinder, taubstummer, schwachsinntiger oder verwahrloster Kinder speziellen Prüfungen aus einer oder aus mehreren dieser Disziplinen zu unterziehen. Auch die betreffenden Gesuche sind im Dienstwege an die Landes Schulbehörde zu leiten.

Zur Vornahme dieser speziellen Prüfungen werden nach Bedarf und mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse einzelne Prüfungskommissionen über Antrag der Landes Schulbehörde durch Sachmänner verstärkt.

Jede solche Prüfung besteht aus einem theoretischen und praktischen Teile und hat darzutun, daß dem Kandidaten nach seinem Wissen und Können die angestrebte Befähigung zuerkannt werden kann. Über diese speziellen Prüfungen, deren Wiederholung nicht beschränkt ist, werden besondere Zeugnisse ausgestellt. Im übrigen sind bei diesen Prüfungen die in den Art. II und III enthaltenen bezüglichlichen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

Literatur.

A.

- Anatomie der Taubstummheit, Dir. Dr. A. Denker, Weitere Beiträge. Wiesbaden, J. F. Bergmann. 14.60.
- Baldrian R.: Moderne Taubstummenebildung. Wien, R. Graeser & Cie. 1.20.
- Blätter für Taubstumme. Schw. Gmünd, J. Roth. 1.50.
- Blätter für Taubstummenebildung. Berlin, J. Staude. 10.—.
- Landesmann Marie: Dr. phil. Heinrich Landesmanns leicht faßliche und einfach ausgeführte Fingerzeichensprache für Taubstumme, Taube, Taubblinde und Schwerhörige. Brünn, F. Jergang. —.30.
- Organ der Taubstummene-Anstalten in Deutschland u. Friedberg, C. Bindernagel. 8.—.
- Radomski J.: Statistische Nachrichten über die Taubstummene-Anstalten Deutschlands sowie über deren Lehrkräfte im Jahre 1909. Polen, F. Gebcke. 1.20.
- Taubstummeführer der. Trier, Paulinusdruckerei. 3.—.
- Taubstummenezeitung Schweizerische. Bern, Bächler & Co. 3.—.

B.

- H. Elbling: Die Taubstummenebildungsfrage in Böhmen. Freie Schulzeitung 34, 19.
- H. Forghner: Freie Schulzeitung 37, Die Jubiläumsausstellung der Taubstummeneanstalt in Leitmeritz.

Jugendspiel, Sport, Wanderungen.

Bericht über das Jahr 1907, S. I., 138 ff.
Satzungen des Vereines „Wanderer“, S. I., 140—146.

Die Zahl der Jugendspielfläche in den deutschen Schulbezirken Böhmens betrug im Jahre 1908 191.

Der größte Verein, der sich den oben angestellten Aufgaben widmet, ist der Deutsche Verein zur Pflege von Jugendspielen in Prag, der ein Vereinsvermögen von 150.489.73 K besitzt.

Ausschuß: Obmann: Dr. Karl Freiherr von Wolf-Pöckauer. 1. Obm.-Stellvertreter: Sanitätsrat Dr. Theodor Altischul. 2. Obm.-Stellvertreter: R. f. Bezirkschulinspektor Prof. Anton Michalitschke. Schriftführer: August Malley, Franz Hauptmann, Dir. Aug. Hackel. Säckelwart: Emil Chik.

Über das Jahr 1908 erstattet der Verein nachstehenden Bericht:

Die Berichterstattung über die Pflege von Jugendspielen kann gegenwärtig der bisher üblichen Einleitung entraten, über die Notwendigkeit und den Nutzen der Bewegungsspiele für die Jugend und besonders der Schulschuljugend sich zu verbreiten. Die Bewegungsspiele, als der wichtigste Teil der körperlichen Erziehung, sind als ein der geistigen Ausbildung der Jugend gleichwertiger Faktor der Jugenderziehung allgemein anerkannt: Körper und Geist! das ist nicht etwa nur ein Schlagwort unserer jugendfreundlichen Zeit, es ist der moderne und vollberechtigte Bedarf eines neuen Zeitalters, in welchem man sich der Pflicht bewußt wurde, die Volksgesundheit und das Volkswohl zum Nutzen der Allgemeinheit zu fördern und in welchem man endlich richtig erkannte, daß diese Förderung, wenn sie wirksam sein soll, bei der Jugend des Volkes einsetzen muß.

Wir begegnen deshalb auch in allen Kulturstaaten eine stetig anwachsende Bewegung zur Pflege des Jugendspieles.

Auch in Österreich haben die Unterrichtsverwaltungen wiederholt die Pflege der Jugendspiele für notwendig erklärt und auch der neueste Erlaß unseres nicht nur dem Namen nach fortschrittlichen Unterrichtsministers vom 25. Juli 1908 betont: „daß auch der Pflege des Jugendspieles das besondere Augenmerk zuzuwenden und zu diesem Zwecke auf die Schaffung von Jugendspielplätzen, zumal in größeren Orten, mit allem Nachdrucke hinzuwirken wäre“.

Deutsch-Prag kann mit Genugtuung darauf hinweisen, daß der deutschen Schuljugend schon seit achtzehn Jahre ausreichende Gelegenheit zu Bewegungsspielen geboten wird und daß wir die ersten waren, welche in Österreich den systematischen Spielbetrieb für unsere Schuljugend durchgeführt haben.

Unser Verein kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, den Spielbetrieb für unsere Schuljugend auf eine unverrückbare, feste Grundlage gestellt und bei den Eltern das Verständnis für die Notwendigkeit und Ersprießlichkeit, bei der Jugend selbst die Liebe für die Spiele geweckt zu haben, was in der stetig wachsenden Zahl der Spielteilnehmer in erfreulicher Weise zum Ausdruck gelangt.

Behufs Erzielung eines auch für alle Zukunft gesicherten Spielbetriebes ist aber die Erwerbung von Spielplätzen notwendig, die nicht wie bisher nur mietweise benützt werden können, sondern in dem Besitze unseres Vereines sich befinden.

Die Rechenschaftsberichte der Vorjahre haben wiederholt die Bemühungen der Vereinsleitung, auch hier zum Ziele zu gelangen, klargelegt und in jedem Berichte konnten wir die begründete Hoffnung aussprechen, in dem kommenden Jahre die Besitzerverwerbung geeigneter Jugendspielplätze verkündigen zu können.

Die Verhandlungen, die wir schon seit Jahren „mit allem Nachdrucke“ gepflogen haben, wie es der oberwähnte Ministerialerlaß jetzt wieder fordert, haben — wahrhaftig nicht durch unsere Schuld — bisher noch nicht den gewünschten günstigen Abschluß gefunden und müssen weiter geführt werden. An unserem guten Willen soll und wird es dabei nicht fehlen.

Was uns trotz der vielfachen Enttäuschungen den Mut gibt auszuharren und in der Verfolgung unserer Ziele nicht zu erlahmen, ist das Bewußtsein unserer Pflicht unserer lieben deutschen Schuljugend gegenüber, sind die Beweise werktätiger Sympathie, die uns vielfach entgegengebracht wird und für die wir allen und jedem einzelnen aufrichtigen Dank sagen.

Die stets im Dienste des Gemeinwohles stehende Böhmisches Sparkassa hat in ihrem oft betätigten Wohltätigkeitsfinne anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers in Befolgung der Jubiläums-Devise: „Fürs Kind!“ uns in diesem Jahre eine Spende von 10.000 Kronen zugewendet. Dadurch hat unser Fond zur Erwerbung von Spielplätzen eine erfreuliche Stärkung erfahren und wir wollen hoffen, daß es uns schließlich doch noch gelingen wird, eigene Spielplätze zu erwerben — wir wollen nicht rasten und nicht rosten!

Öftmals kommen Anfragen von Spielvereinen oder wie unlängst vom Ortschulrate in Karlsbad, welche Jugendspiele auf unseren Spielplätzen geübt werden. Hierauf antworten wir:

Die Auswahl der Spiele richtet sich nach dem vorhandenen Spielplatzraume, nach dem Alter der Spielenden, nach der Zahl, welche gemeinsam zu spielen hat, sowie nach der erlangten Spielfertigkeit und der Neigung; aber auch auf die Jahreszeit und das Wetter ist Rücksicht zu nehmen.

Für Kinder unter acht Jahren kommt mehr die Tätigkeit der einzelnen Spieler zur Geltung; die Parteispiele treten noch zurück. Von den Lauffpielen wählen wir die verschiedenen bekannten Hahnschpiele in der Kreisbahn oder

in gerader Bahn: „Komm mit!“, „Lauf weg!“, „Letztes Paar vorbei!“, „Schlaglaufen“, „Zweiten-Ab schlagen“, „Schwarzer Mann“, „Kaze und Maus“, „Plumpjack liegt“, „Blinde Kuh“, „Gärtner und Dieb“, „Das wandernde Ringlein“, „Plumpjack geht um“, „Kettenreißen“, „Wettlaufen“. Von den Ballspielen gehören hierher: „Der Königin Ball“, „Foppball“, „Ballraten“, „Wanderball“, „Kreisfußball“ mit Händen fassen, „Turmball“ und die verschiedenen Fangballspiele.

Für Kinder zwischen acht und zwölf Jahren wählen wir solche Spiele aus, bei denen Parteien zu bilden sind: „Foppen und Fangen“, „Diebschlagen“, „Eilbotenlauf“, „Dritten-Ab schlagen“, „Doppelte Birne“, „Bärenschlagen“, „Fuchs aus dem Loch“, „Hupfender Kreis“, „Russisch laufen“, „Durchschlingeln“, „Hahnenkampf“, „Seilziehen“, „Tag und Nacht“. Wir spielen „Jagdball“, „Kreisball“, „Eckball“, „Stehball“, „Kreismurfball“, „Wettwanderball“, „Balljagd“, „Kreisfußball“ (jeder Spieler steht frei), „Burgball“, „Hüpfball“, „Turmball“, „Ballsterball“, „Deutscher Schlagball“, „Schleuderball“ ohne und mit Hefel, „Prellball“. Von den Fanggreifenspielen gehören die leichteren Arten auf diese Stufe, die Ziehkampfspiele gewähren hier ein besonderes Vergnügen, das Tamborinspiel wird gern gespielt, das Stelzenlaufen findet großen Anhang.

Die Spieler zwischen zwölf und fünfzehn Jahren verlangen kraftvolle Bewegungsspiele und zwar Kampfspiele, bei denen Gewandtheit und Geschicklichkeit, rascher Überblick, ein selbständiger Entschluß des Einzelnen und dann wieder das exakte Zusammenspiel einer Partei die Entscheidung herbeiführen. Hier steht der „Barlauf“ und der „deutsche Schlagball“ obenan, „Grenzball“, „Stoßball“, „Faustball“, „Korbball“, „Tamburinball“, „Prellball“, „Krieket“, „Croquet“ und „Lawn-Tennis“. Die Fanggreifenspiele bieten in verschiedenen Arten viel anziehendes zur Veranstaltung von Wettspielen.

Von den Schülern der Oberklassen der Mittelschulen wird meist der „englische Fußball“, dann „Croquet“ und „Lawn-Tennis“ verlangt.

Einem Spielleiter bei den Volks- und Bürgerschülern waren gewöhnlich 4 bis 5 Spielgruppen von 20 bis 30 Kindern zugewiesen. Diese wurden in den zwei Unterrichtsstunden, die der Berichterstatter in den Jahren 1900 und 1904 in Prag veranstaltete, als Leiter für Jugendspiele ausgebildet.

Die Kinder werden nach Jahrestufen für die Spielgruppen eingeteilt. Es bilden sich feste Gruppen, trotzdem die Kinder der verschiedensten Schulen zusammenkommen, in welchen fast immer die gleichen Spieler unter demselben Leiter (Volkschullehrer) spielen, wodurch die Freude am Spiele und die sichere Durchführung der einzelnen Spiele wesentlich gefördert werden. In jeder Gruppe hält ein im Spiele erfahrendes Kind Ordnung, schafft die Geräte herbei und trägt diese nach dem Spiele wieder ins Gerätehaus zurück. Es werden nur wenige, entsprechend ausgewählte Spiele so lange geübt, bis die Lebhaftigkeit des Spieles und die genaue Beachtung aller Spielregeln zeigen, daß sie vollständig verstanden sind; erst dann wird zur Einübung neuer Spiele geschritten. Dank dieser Einrichtung spielen die Kinder mit Lust und Liebe. Auf unseren Spielplätzen herrscht ein kräftiges, bewegtes Spielleben!

Für die Mittelschüler waren Turnlehrer als Spielleiter bestellt. Das Honorar für die Spielleiter hat der Ausschuß mit 4 Kronen für einen Spieltag bemessen.

Gespielt wurde im Jahre 1908 vom 22. April bis 4. Juli auf den fünf Spielplätzen an allen Wochentagen von $\frac{1}{2}$ 6 bis 7 Uhr, beziehungsweise am Mittwoch und Samstag von $\frac{1}{2}$ 5 bis 8 Uhr abends; vom 6. Juli bis 15. September während der großen Schulferien am Montag, Mittwoch und

Freitag früh von 8 bis 10 Uhr und vom 16. September bis 28. Oktober am Mittwoch, Samstag und Sonntag nachmittags von 3 bis 5 Uhr. An allen Sonn- und Feiertagen stand der Weinberger Spielplatz von 4 bis 7 Uhr nachmittags zum Besuche offen und es strömten massenhaft Kinder und Eltern herbei, um auf grüner Wiese bei frischfröhlichem Spiele in gesunder Luft die freie Zeit verbringen zu können. Es spielten Volks-, Bürger- und Mittelschüler und deutsche Lehrlinge in Eintracht miteinander. Die vier schönen Tennisplätze wurden während der ganzen Spielzeit von den erwachsenen Mädchen und Mittelschülern fleißig benutzt und die erforderlichen Raketts und Bälle hiezv vom Vereine unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Erfreulich war die eifrige Beteiligung der Mädchen an den Jugendspielen.

An 365 Spieltagen fanden sich heuer auf allen fünf Spielplätzen 84.262 Spielteilnehmer ein.

An 15 Sonn- und Feiertagen am Weinberge Spielplatz 3560 Knaben, 3894 Mädchen der deutschen Volks- und Bürgerschulen und 2952 Mittelschüler, zusammen 10.406 Spielbesucher.

Während der großen Schulferien in der Zeit vom 6. Juli bis 15. September an 30 Spieltagen 3233 Knaben, 2700 Mädchen der Volks- und Bürgerschulen und 5007 Mittelschüler, zus. 10.940 Spielteilnehmer.

Herbstspiele vom 16. September bis 28. Oktober 1908 an 20 Nachmittagen 2460 Knaben, 1650 Mädchen der Volks- und Bürgerschulen und 3740 Mittelschüler, zus. 7850 Spielbesucher.

Das ergibt vom 22. April bis 28. Oktober 1908: 356 Spieltage mit 84.262 Spielteilnehmern.

Die Eislaufzeit im Winter 1907—08 (vom 24. November bis 7. Feber) ergab 35 Schleiftage, die auf der 3000 m² großen Eisfläche einen Besuch von 17.742 Schleifende zuließ. Aus Prag und allen Vororten strömten Volks-, Bürger- und Mittelschüler beiderlei Geschlechts hier zusammen, um kostenlos dem gesunden Eisporte huldigen zu können; unbemittelten Schülern wurden auch Schleifschuhe unentgeltlich geliehen. Schade, daß diese herrliche Eisbahn, nachdem die Verbauung dieses Grundstückes bevorsteht, der deutschen Jugend verloren gehen wird.

Wanderer.

Ausschuß. Obmann: Dr. Wilh. Gintl, Obmannstellvertreter: F. F. LGR. Hans Arczka, Geschäftsleiter und Schriftführer: A. Fahrner, Weinberge, Palaststraße 39.

Über die von den Mittelschulen unternommenen größeren Wanderungen enthalten die betreffenden Schulprogramme ausführlichere Darstellungen.

Erwähnt seien die im Dr. Karl Schückerheime d. B. d. D. i. B. eingeführten Ausflüge mit eigenen Zelten, unter möglichster Emanzipierung von Gasthäusern, Abkochen und Nächtigung im Freien.

Für Deutschland wirkt vorbildlich der Zentralverein für Schülerwanderungen, dessen Satzung und Geschäftsordnung für die Ortskomitees folgen.

Sport. Die Entwicklung des Sportes in Böhmen verfolgen in bester Weise die Tagesblätter. Eine ausführliche Darstellung seiner Beziehung zur deutschen Jugendfürsorge kann späteren Zeiten vorbehalten bleiben, nachdem er bereits ein Grenzgebiet der Fürsorgetätigkeit darstellt.

Satzung des Zentralvereins für Schülerwanderungen.

§ 1.

Unter dem Namen „Zentralverein für Schülerwanderungen“ wird ein Verein gegründet, welcher den gemeinnützigen Zweck hat, die körperliche und geistige Entwicklung der jugendlichen Bevölkerung von Groß-Berlin durch Veranstaltung von Schülerwanderungen zu fördern.

§ 2.

Der Verein, dessen Dauer nicht beschränkt ist, hat seinen Sitz in Berlin und soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen werden. Nach Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz: „Eingetragener Verein“.

§ 3.

Mitglied des Vereins kann jede großjährige unbescholtene Person werden, welche entweder ihre ehrenamtliche Tätigkeit dem Verein zu widmen, oder einen jährlichen Beitrag von mindestens drei Mark oder einen einmaligen Beitrag von mindestens hundert Mark zu entrichten sich verpflichtet.

§ 4.

Mitglieder sind diejenigen Personen, welche die für das Vereinsregister eingereichte Urschrift der Satzungen unterzeichnen.

Die Aufnahme weiterer Mitglieder erfolgt unter den Voraussetzungen des § 3 durch Beschluß des Vorstandes.

§ 5.

Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) durch Tod,
- b) durch die an den Vorstand gerichtete schriftliche Anzeige des Austritts,
- c) durch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,
- d) durch Ausschluß.

Der Ausschluß eines Mitgliedes kann durch Beschluß des Vorstandes erfolgen, wenn das Mitglied die Interessen des Vereins vorsätzlich verletzt oder rückständige Beiträge schriftlicher Mahnung ungeachtet nicht innerhalb der gestellten Frist entrichtet.

§ 6.

Die Mitgliedschaft gibt das Recht, an den Beschlüssen der Mitgliederversammlungen mit einer Stimme teilzunehmen.

§ 7.

Das Vermögen des Vereins besteht:

1. aus den vereinnahmten Mitgliederbeiträgen,
2. aus den Zuwendungen aller Art, welche dem Verein unter Lebenden oder von Todeswegen gemacht werden.

§ 8.

Für die Verbindlichkeiten des Vereins haftet nur dessen Vermögen.

§ 9.

Die Organe des Vereins sind:

- a) der Ausschuß,
- b) der Vorstand,
- c) die Mitgliederversammlungen.

Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes können auch Frauen sein.

§ 10.

Der Ausschuß besteht aus mindestens fünfzehn Personen, deren Wahl durch die Mitgliederversammlung auf die Dauer von je drei Jahren erfolgt. Von dem ersten Ausschuß scheidet der

dritte Teil seiner Mitglieder nach einem Jahr, die Hälfte der restlichen Mitglieder nach zwei Jahren, die übrigen Mitglieder nach drei Jahren aus. Die Reihenfolge bestimmt das in der nach Schluß des ersten Vereinsjahres folgenden Mitgliederversammlung vom Vorsitzenden gezogene Loß.

Die Amtsdauer jedes Ausschußmitgliedes läuft bis zur ordentlichen Mitgliederversammlung des auf die Wahl folgenden dritten Kalenderjahres.

Der Ausschuß ist befugt, zu jeder Zeit sich durch Zuwahl zu ergänzen oder zu erweitern. Die ausgewählten Ausschußmitglieder sind durch die nächste ordentliche Mitgliederversammlung zu bestätigen und gelten dann als auf drei Jahre gewählt. Der Ausschuß ist jährlich mindestens zweimal zu berufen, um den Bericht des Vorstandes über die Geschäftslage entgegen zu nehmen. Er hat die Jahresrechnung zu prüfen.

Für die Beschlußfähigkeit des Ausschusses genügt die Anwesenheit von sieben Mitgliedern; im übrigen gibt sich der Ausschuß seine Geschäftsordnung selbst.

§ 11.

Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vorsitzenden, dessen beiden Stellvertretern, dem Schriftführer und dessen Stellvertreter, dem Schatzmeister und dessen Stellvertreter. Der erste Vorstand wird durch die den Verein begründende Mitgliederversammlung gewählt, und zwar auf die Dauer von drei Jahren. In der Folge wird der Vorstand durch die ordentliche Mitgliederversammlung, und zwar auch wiederum je auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, so tritt sein Stellvertreter für ihn ein, und der Vorstand ergänzt sich für die Restdauer der Amtszeit des Ausgeschiedenen durch Zuwahl.

§ 12.

Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich, und hat die Stelle eines gesetzlichen Vertreters.

Der Vorstand hat die Befugnis, die Ausführung von Geschäften im Einzelfall einem oder mehreren Mitgliedern oder auch Dritten zu übertragen. Vor allen grundsätzlichen Entscheidungen ist die Ansicht des Ausschusses einzuholen.

§ 13.

Schriftliche Erklärungen des Vorstandes mit verbindlicher Wirkung gegen Dritte, bedürfen der Zeichnung mit dem Namen des Vereins und der Unterschrift von zwei Vorstandsmitgliedern, unter denen sich der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter befinden muß.

§ 14.

Die Mitgliederversammlungen werden durch den Vorsitzenden des Vorstandes berufen unter Angabe der Zeit und des jeweiligen Ortes der Versammlung, sowie der zu behandelnden Gegenstände.

Die Einberufung muß mindestens acht Tage vor dem Tage der Versammlung — diesen Tag und den Tag der Berufung nicht eingerechnet — im Reichsanzeiger bekannt gemacht werden.

Über Anträge, die nicht auf der Tagesordnung gestanden haben, kann nur unter Zustimmung aller Anwesenden verhandelt und beschlossen werden.

§ 15.

Die ordentliche Mitgliederversammlung ist spätestens in dem zweiten Kalendervierteljahr abzuhalten. Ihr liegt ob:

- a) die Wahl der Vorstandsmitglieder und Ausschußmitglieder,
- b) die Entgegennahme des Geschäftsberichtes und die Beschlußfassung über Entlastung des Vorstandes und des Ausschusses wegen der Verwaltung während des abgelaufenen Geschäftsjahres,
- c) die Beschlußfassung über Anträge, welche vom Vorstand, vom Ausschuß oder von Mitgliedern eingebracht sind.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind und zwar längstens binnen 14 Tagen zu berufen, falls dies entweder drei Mitglieder des Vorstandes oder die Hälfte der Ausschußmitglieder oder der zehnte Teil der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks beim Vorsitzenden des Vorstandes beantragen.

§ 16.

In den Mitgliederversammlungen hat jedes erschienene Mitglied eine Stimme.

Abgesehen von den Fällen der gesetzlichen Vertretung können sich Mitglieder durch andere nicht vertreten lassen.

§ 17.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Wird bei Wahlen im ersten Wahlgange die einfache Mehrheit nicht erzielt, so findet eine engere Wahl zwischen den beiden Personen statt, welchen die höchste Stimmenzahl zugefallen ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Los.

§ 18.

Änderungen der Satzung und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen in einer Versammlung, in welcher mindestens die Hälfte der Vereinsmitglieder anwesend oder vertreten ist, beschloffen werden. Ist die Versammlung beschlußunfähig, so ist eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen die vorgeschlagene Statutenänderung oder die Auflösung des Vereins mit einer Mehrheit von drei Vierteln der vertretenen Stimmen beschließen kann.

Bei Auflösung des Vereins ist auch über die Verwendung des Vereinsvermögens zu beschließen.

§ 19.

Die Mitgliederversammlungen leitet der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter. Das über die Verhandlungen zu führende Protokoll hat nur die Ergebnisse der Verhandlung aufzuführen, und ist von dem Vorsitzenden der Versammlung und zwei Mitgliedern des Vereins zu vollziehen.

§ 20.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 21.

Alle Bekanntmachungen des Vereins sind durch den Vorstand im Reichsanzeiger zu erlassen.

Der Vorstand des Zentralvereins für Schülerwanderungen.

Eingetragener Verein.

Albrecht Guttman, Vorsitzender, Charlottenburg, Bleibtreustraße 15/16, Dr. Hermann Fischer, Stadtschulrat, erster Stellvertreter des Vorsitzenden, NW., Brückenallee 22, James Simon, zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden, W., Tiergartenstraße 15, Heinrich Hensdorf, Rektor, Schriftführer, N., Ruppinerstraße 48, Reinhold Otto, Lehrer, stellvertr. Schriftführer, Charlottenburg, Wallstraße 38, Louis Ring, Schachmeister, Charlottenburg, Knefbeckstraße 98, Frau Dr. Anna Ginsberg, stellvertr. Schachmeister, W., Am Karlsbad 7.

Geschäftsordnung für die Ortskomitees.

1. Der Zentralverein für Schülerwanderungen wird in Verfolgung seiner Ziele bestrebt sein, mit den Direktoren, Lehrern und Lehrerinnen an den Gemeindeschulen Groß-Berlins Hand in Hand zu arbeiten; er wird ferner in allen Berliner Schulbezirken sowie in allen in Betracht kommenden Vororten die Bildung von Lokalkomitees betreiben, die behufs Auswahl der Schüler und Schülerinnen für die Wanderausfahrten mit den einzelnen Gemeindeschulen in Verbindung treten. Die Vorsitzenden dieser Lokalkomitees werden durch den Vorstand des Zentralvereins bestimmt.

2. Jedem Lokalkomitee müssen mindestens ein Direktor oder ein Lehrer und eine Lehrerin und möglichst ein Arzt angehören. Die einzelnen Komitees bilden sich unter dem Vorbehalt der durch den Vorstand des Zentralvereins bestimmten Persönlichkeit selbständig. Die Namen der Mitglieder sind dem Vorstande des Zentralvereins mitzuteilen.

3. Den Vorsitzenden der einzelnen Lokalkomitees teilt der Vorstand des Zentralvereins für Schülerwanderungen alljährlich bis zum 1. Mai mit, wie viel Geld ihnen zur Einrichtung der Ferienwanderungen seitens des Vereins zur Verfügung gestellt werden kann.

4. Die Lokalkomitees überreichen darauf jeder Gemeindeschule des Bezirks einen Anmeldebogen in der Fassung, wie er dieser Geschäftsordnung beiliegt. Die Anmeldebogen sind, wenn durch die Schule die Eintragung erfolgt ist, dem Lokalkomitee wieder zuzustellen, worauf dieses unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel die Zahl der Wandergruppen für den Bezirk feststellt, die Schüler und Schülerinnen auf die einzelnen Gruppen verteilt, die Führer und Führerinnen der Wandergruppen auswählt und bis zum 1. Juni sämtliche Berichtbogen nebst von den Führern auszuarbeitenden Reiseplänen dem Vorstande zur Genehmigung einreicht.

5. Sollte es in einzelnen Bezirken an Führern und Führerinnen fehlen, so wird der Vorstand des Vereins für Gewinnung geeigneter Kräfte Sorge tragen.

6. Es ist wünschenswert, daß die Lokalkomitees bestrebt sind, ihrerseits Mittel für die Schülerwanderungen aufzubringen, die dem Zentralverein zu überweisen sind. Die Veranstaltungen zur Beschaffung von Mitteln bedürfen der Zustimmung des Zentralvorstandes. Der Zentralvorstand zahlt rechtzeitig die zugesagten Beiträge zu den Kosten der Wanderungen. Diese Beiträge müssen mindestens so viel betragen, als das Komitee zu den allgemeinen Kosten beschafft und an den Zentralvorstand abgeführt hat. Damit die Wanderungen nicht den Charakter reiner Wohltätigkeitsveranstaltungen annehmen, ist es nötig, daß die Eltern zahlungsfähiger Wanderer einen ihren Verhältnissen angemessenen Beitrag zu den Reisekosten zahlen. Dieser von den Eltern geleistete Beitrag bleibt zur Verfügung des Komitees; jedoch hat dasselbe auch über die Verwendung dieser Mittel in der Schlussabrechnung Auskunft zu geben. Im Oktober jedes Jahres reicht der Vorsitzende eines jeden Lokalkomitees dem Zentralvorstande eine Schlussabrechnung mit Belägen sowie einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Komitees ein.

7. Der Vorsitzende des Lokalkomitees hat dem Vorsitzenden und dem Schriftführer des Zentralvorstandes rechtzeitig Kenntnis zu geben von dem Ort und der Zeit der Sitzungen sowie von dem Gegenstande der Verhandlungen. Diese sind berechtigt, an den Sitzungen teilzunehmen oder sich durch ein anderes Vorstandsmitglied vertreten zu lassen. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes oder sein Delegierter, sowie der Vorsitzende des Komitees haben das Recht und die Pflicht, falls das Komitee den Vereinsjagungen oder den Beschlüssen des Vereins zuwiderlaufende Beschlüsse fassen sollte, gegen dieselben ihr Veto einzulegen und darüber alsbald einen Beschluss des Vorstandes herbeizuführen.

8. Damen und Herren, welche sich zur Mitarbeit beim Zentralverein für Schülerwanderungen melden, werden unter möglicher Berücksichtigung der Wünsche der Betreffenden sowie der Wohnungslage den einzelnen Komitees zugewiesen.

9. Es wird den Lokalkomitees überlassen, auch Tagesausflüge von Schülern zu veranstalten oder zu fördern und Anträge nach dieser Richtung rechtzeitig beim Vorstand des Zentralvereins zu stellen.

Schul- und Unterrichtsordnung.

§ 14. An der Volksschule sind die Jugendspiele eifrig zu pflegen und alle nützlichen körperlichen Übungen, wie das Schwimmen, Eislaufen u. dgl. angelegentlichst zu fördern.

Die Schulbehörden haben die Bestrebungen der Lehrer auf diesem Gebiete bei den Schülern zu unterstützen.

Erlaß vom 8. März 1892, B. 31.639 ai 1891.

Zum halben Fahrpreise werden befördert: Schüler und Schülerinnen aller das Öffentlichkeitsrecht genießenden Lehranstalten zum alleinigen Zwecke des Schulbesuches auf Grund von für je ein Schuljahr geltenden Legitimationen.

Nach dem Wortlaute des Tarifes soll also der Schüler bei seinen Angehörigen außerhalb des Schulortes wohnen und von dort aus täglich in die Station der besuchten Lehranstalt fahren. Schülern, welche in der Lehranstalt selbst wohnen, und ihre auswärtig domizilierenden Eltern nur an Ferientagen besuchen wollen, wird eine allgemeine Fahrpreismäßigung nicht gewährt.

Lehrpläne für allgemeine Volksschulen 1898.

G. Turnen. Die Jugendspiele, welche den Turnunterricht in bezug auf die Förderung von Gesundheit, Kraft und Geschicklichkeit der Schulkinder wesentlich unterstützen, verdienen aufmerksamste Beachtung und wohlwollende Unterstützung seitens der Schulbehörden und Schulleitungen.

Erlaß vom 7. März 1903, Z. 5743.

Laut der vom 1. Jänner 1903 gültigen neuen Personentarife bestehen auf den k. k. österreichischen Staatsbahnen und auf den vom Staate betriebenen Lokalbahnen hinsichtlich der Fahrpreisermäßigungen folgende Bestimmungen:

A. Schulausflüge.

1. Schüler aller das Öffentlichkeitsrecht genießenden, österreichischen Lehranstalten wird bei unter Aufsicht der Lehrer unternommenen Ausflügen in der II. und III. Wagenklasse bei den Personen- und gemischten Zügen, Schnellzüge ausgenommen, eine 50%ige Ermäßigung des normalen Fahrpreises bewilligt. Dasselbe gilt für das begleitende Lehrpersonal.

2. Die Ausflüge sind vom Schulleiter schriftlich unter Angabe des Zweckes, des Tages, des Zieles, der Züge und Wagenklasse, sowie der Teilnehmerzahl spätestens 24 Stunden vorher bei der Ausgangsstation anzumelden (Stempelfrei gemäß § 12, lit. e des Gesetzes vom 19. Juli 1902, RGBl. Nr. 153).

3. Dasselbe gilt für gemeinschaftliche, zur Firmung unternommene Reisen.

B. Ferienkolonien.

1. Das oben unter Punkt 1 gesagte gilt auch für die Hin- und Rückfahrt von Ferienkolonien für die dritte Wagenklasse.

2. Zwei Kinder im Alter unter 10 Jahren werden mit einer halben Fahrkarte befördert.

3. Das oben unter Punkt 3 gesagte gilt auch für den Vorstand des Ferienkolonien-Vereines.

4. Vorstehendes gilt auch für korporative Ausflüge der Ferienkolonisten. Diese seitens der Ausgangsstation mit dem Stationsstempel verfehene schriftliche Anmeldung ist dem Führer des Ausfluges oder der Ferienkolonie einzuhandigen, von diesem dem Zugbegleitungs-personale vorzuzeigen und schließlich abzugeben. Die bisher von der k. k. Staatsbahn-Direktion aus-gefertigte Legitimationen entfallen.

Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 24. März 1904, Z. 30.865,

betreffend die Förderung des Schwimmens bei der Jugend durch die Schule.

Nach den §§ 31 und 47 des Organisationsstatutes für die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten vom 31. Juli 1886, Z. 6031, haben die Landes Schulbehörden nach Tunlichkeit die Vorkehrung zu treffen, daß sämtliche Zöglinge dieser Anstalten während ihrer Bildungszeit den etwa nötigen Unterricht im Schwimmen erhalten können.

Dieser Bestimmung ist bisher nur in sehr geringem Maße entsprochen worden.

Der wohlthätige Einfluß des Schwimmens auf die Erhaltung und Stärkung der Körperkraft und der Gesundheit macht es aber wünschenswert, daß nicht nur den Zöglingen der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, sondern auch den Kindern der höheren Klassen der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen Gelegenheit geboten werde, das Schwimmen zu erlernen und fleißig zu üben.

Ich ersuche daher den k. k. Landes Schulrat, geeignete Maßnahmen zu treffen, um auch die Gemeinden und jene Vereine, die sich die körperliche Ausbildung der Jugend zur Aufgabe machen (Jugendspiel-, Turn-, Schwimm-, Ruder- und Sportvereine), für diesen Gegenstand zu interessieren, damit sie überall dort, wo die örtlichen Verhältnisse es gestatten, geeignete Schwimm- und Badeanstalten zu dem in Rede stehenden Zwecke errichten, bzw. den Schulen überlassen und auch sonst nach Kräften beitragen, um der Schulkinder und den Zöglingen der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten die kostenlose oder doch nur mit geringen Kosten verbundene Erlernung und fleißige Übung des Schwimmens zu ermöglichen.

Gleichzeitig erkläre ich mich auch bereit, einzelnen staatlichen Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten zum Zwecke des Ankaufes einer Anzahl von Schwimmunterrichts- und Schwimmübungskarten für mittellose Zöglinge mäßige Subventionen aus Staatsmitteln zu gewähren.

Ich darf wohl erwarten, daß zur Erreichung des angestrebten Zieles auch die Lehrkräfte der genannten Schulkategorien in verständnisvoller Erfassung der ihnen obliegenden Erziehungsaufgabe tatkräftig mitwirken werden, indem sie nicht nur die Schulkinder ohne Anwendung eines Zwanges zur fleißigen Benützung der Bäder aufmuntern und jene Ratschläge und Belehrungen, welche vom gesundheitlichen Standpunkte notwendig und nützlich erscheinen, erteilen, sondern sich nach Tunlichkeit auch freiwillig zur Übernahme der Leitung und Beaufsichtigung der gedachten Schwimmübungen bereit halten.

Ferner werden auch die Schulaufsichtsorgane bei ihren Inspektionen dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuwenden und in den Jahreshauptberichten die diesbezüglich gemachten Wahrnehmungen bekannt zu geben haben.

Unter einem werden auch die nötigen Schritte zur Herausgabe einer die Wichtigkeit des Schwimmens und die Möglichkeit der Erteilung eines Massenunterrichtes in diesem Gegenstande näher erläuternden Schrift für die Hand der Lehrer und Lehramtszöglinge eingeleitet, auf deren hoffentlich baldiges Erscheinen ich schon jetzt vorläufig aufmerksam mache.

Erlaß vom 7. April 1904, Z. 53.831 ex 1903,

betreffend das Verhalten bei Schülerausflügen.

1. Bei kürzeren Ausflügen hat das Einkehren in Gasthäusern, unvorhergesehene Fälle ausgenommen, überhaupt zu unterbleiben.

2. Bei halb- oder ganztägigen Ausflügen sind nicht mehr Aufenthalte in Gasthäusern zu machen, als nötig ist, und wenn eingekehrt wird, sind den Schülern reines, frisches Wasser, event. abgekochte Milch, Fruchtsäfte, Kaffee, Tee, Schokolade, mineralische Wässer anzuraten; im Falle der früheren Bestellung ist dem Wirte nahe zu legen, sich mit einem alkoholfreien Getränk zu versorgen. Wo das obige nicht zu haben ist, ist der Genuß des Bieres, in Ausnahmefällen des Weines auf ein mäßiges, unüberschreitbares Quantum zu beschränken. Der Genuß von Brauntwein jeder Art ist unbedingt verboten.

Erlaß des Landes-Schulrates vom 25. Mai 1904, Z. 14.543,

betreffend die Einführung des Schwimmunterrichtes.

Da den §§ 31 und 47 des Organisationsstatutes für die Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten vom 31. Juli 1886, Z. 6031, nicht gehörig entsprochen wird, hat der k. k. Bezirksschulrat nach Min.-Erl. vom 24. März 1904, Z. 30.865 ex 1903, binnen vier Wochen unter Einholung eines Gutachtens der Sanitätsorgane anher zu berichten, an welchen Schulen die Einführung des Schwimmunterrichtes möglich ist, ferner, ob die Schulgemeinden oder Jugendspiel-, Turn-, Schwimmvereine u. gewonnen werden könnten. Der k. k. Bezirksschulrat wird dafür sorgen, daß die Lehrkräfte zur Erreichung des Spieles mitwirken, wofür solche Lehrpersonen eventl. remuneriert werden könnten. In den Jahreshauptberichten des Bezirks-Schulrates sind diesbezügliche Wahrnehmungen bekannt zu geben. Das Ministerium bereitet die Herausgabe einer erläuternden Schrift vor.

Durchführungsvorschrift zur Schul- und Unterrichtsordnung.

Zu § 76.

Nach § 76 der Schul- und Unterrichtsordnung sind, so oft es die Verhältnisse erlauben, mit den Schulkindern befehlende, den Unterrichtszweck fördernde Ausflüge zu veranstalten. Ausflüge können aber auch zum Zwecke körperlicher Erholung veranstaltet werden; doch ist in diesem Falle dafür zu sorgen, daß die Schulkinder dadurch in der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten nicht behindert werden. Die näheren Bestimmungen für solche Erholungsausflüge trifft nach Anhörung der betreffenden Schulleitung der Bezirksschulrat.

Entscheidung des Landes-Schulrates vom 3. Juli 1906.

Die Fahrpreismäßigungen für Schülerausflüge auf den k. k. Staatsbahnen wurden dahin erweitert, daß 1. zwei Kinder unter 10 Jahren gegen Bezahlung einer halben Fahrkarte befördert werden und daß 2. ein armer Schüler auf je 10 Schüler unentgeltlich befördert wird.

Literatur.

A.

- Burgasch E.:** Winterliche Leibesübungen in freier Luft, Leipzig, B. G. Teubner. 1'—.
- Großstadtjugend,** unsere in Flur und Wald, Leipzig, E. Wunderlich. 1'60.
- Jahrbuch für Volks- und Jugendspiele,** Leipzig, Teubner. 3'—.
- Jugendsport** deutscher, Leipzig, Reissner. 12'—.
- Kaiser Wilh.:** Das Gehen und der Gehsport als Mittel zur Selbsterziehung zu Kraft und Ausbruch, Leipzig, W. Kaiser. 3'—.
- Koch:** Die Volks- und Jugendspiele nach den Grundsätzen des Zentralausschusses, Bielefeld, A. Helmich.
- Kongress IX.,** deutscher, für Volks- und Jugendspiele in Kiel 1908, Leipzig, B. G. Teubner. 1'—.
- Kuhse Prof. Dr.:** Schülerrudern. Berlin, Weidmann. 3'60.
- Marcuse Julian:** Körperpflege durch Wasser, Luft und Sport, Leipzig, J. J. Weber. 6'—.
- Miniaturlbibliothek** für Sport und Spiel, Leipzig, Grethlein u. Co. —'60. Nr. 1–7.
- Radt und Eckardt:** Das Wandern, Leipzig, Teubner. 1'—.
- Spielregeln** des technischen Ausschusses, Leipzig, Teubner. Je —'20.
- Sport und Körperpflege,** Leipzig, J. J. Urd. 16'—.
- Schriften** kleine, des Zentralausschusses zur Förderung der Volks- und Jugendspiele, Leipzig, Teubner. 2'—.
- Volksmann:** Wandern, Berlin, Herm. Walther. 2'—.
- Walther, Prof. E.:** Die Schulkreise. Karlsruhe. J. J. Reiff. 1'—.
- Wanderer** der, Hamburg, W. Serno. 4'—.
- Wanderverein,** der Hamburger, Hamburg, W. Serno. —'30.
- Weller, Schuldir. D.:** Die kindlichen Spiele in ihrer pädag. Bedeutung bei Locke, Jean Paul und Herbart. Langensalza, S. Beyer u. Sohn. 2'—.

B.

- Biela:** Schülerfahrten.
- Deutsche Arbeit:** 7./6. S. 396. Bericht der Hauptleitung, Hohenelbe.
- Eymann:** Mitteilungen aus dem Biela-Elbe-Turngau 3. 4. Warum Sport?
- Gahner J.:** Budweiser Zeitung 36, Der Sport.
- Kasper:** Unsere Ferienheime im Jahre 1907.
- Leoni J.:** General-Anzeiger 23, Zur Psychologie des Spielplatzes in Gablonz.
- Teubner:** Studentenherbergen.
- Mehner Karl:** Sitzungen der Ruderriege der k. k. Staatsrealschule in Leitmeritz. (Programm.)
- Mehner Prof.:** Leitmeritzer Zeitung, 30. Von der Ruderriege der k. k. Staatsrealschule in Leitmeritz.
- Molitor E.:** Reichenberger Zeitung, 147. Über Ferienkolonien.
- Notter Guido:** Wanderer im Riesengebirge, XI, 8. Die deutschen Studenten- und Schülerherbergen.
- Sturm Friedr.:** Elbogener Zeitung 21, VI. Allgemeine Versammlung der Vertreter deutscher Studenten- und Schülerherbergen.
- Wagner:** Eine Schülerfahrt in den Böhmerwald. Jahrbuch des Deutschen Gebirgsvereins für das Jeschken- und Hsergebirge.
- Weyde Julius:** Von der Studienreise der Bräuer Handelschüler nach Berlin—Hamburg. (Programm der Kommunal-Handelschule in Bräx.)
- Winter R.:** Grasslitzer Volksblatt 50, Gedanken über den Wert der jetzigen Ferien.

Ferienkolonien.

Im Jahre 1908 wurden in den deutschen Schulbezirken Böhmens insgesamt 23 Ferienkolonien ausgesandt.

Verein für deutsche Ferienkolonien für arme und schwächliche Kinder der deutschen Schulen Prags und der Vororte.

Ausschuß: Obmann: Regierungsrat Prof. Dr. Petřina; Obmannstellvertreter: Frau Natalie Umrath; Kassier: Direktor Dr. Viktor von Ottenburg; Kassierstellvertreter: Frä. Marie von Werjin; Schriftführer: Georg Bock; Schriftführerstellvertreter: Dr. Adolf Taussig.

Bericht über das Jahr 1908.

Mit diesem Jahresberichte blickt der Verein für die deutschen Ferienkolonien auf 27 Jahre eifriger Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge zurück. Sein Ziel war und bleibt die körperliche, seelische und geistige Hebung der Prager armen deutschen Schulkinder. Der Verein ist aber auch im nationalen Sinne hervorragend tätig gewesen, indem er den armen deutschen Eltern treu zur Seite stand in dem Kampfe gegen den Erbfeind unserer armen Jugend, das ist die Not, welche im Vereine mit den Nachteilen einer Großstadt die Verkümmern und Minderwertigkeit der jüngeren Generation in jeder Hinsicht nach sich zieht. Unser Verein hat mit Hilfe stets bereiter edler Kinderfreunde für die körperliche und geistige Kräftigung der künftigen deutschen Generation seit 27 Jahren unter immer schwierigeren Verhältnissen gearbeitet, doch auch sein Lohn war reichlich. Mit steter Zuversicht blicken wir in die Zukunft. Mit hoher Befriedigung sehen wir jedes Jahr, daß unser Streben nicht erfolglos blieb, wie noch in späten Jahren unsere Kolonienzöglinge freudig an die schöne, sorgenlose Kolonienzeit und dankbar der Segnungen des Vereines sich erinnern.

Es hieße Gulen nach Athen tragen, wollten wir uns hier über die Segnungen eines Ferienkolonieaufenthalts verbreiten. Was aber der Verein als seinen besonderen Erfolg bewertet ist der Umstand, daß er mit beiderseitigen Mitteln insofern seiner Jahrzehnte alten Erfahrung so praktisch geworden, eine ganz hervorragende Zahl von Kindern in den Kreis seiner die Jugend ungeahnt fördernden Tätigkeit zieht. Mit äußerster Anspannung ist der Verein bemüht, möglichst vielen Kindern einen segensreichen Landaufenthalt zu schaffen. Dieser Erfolg ist aber vor allem eine Anerkennung für die opferfreudige, nie versagende Unterstützung unserer ohnehin so vielseitig in Anspruch genommenen deutschen Stammesgenossen Prags und des Landes überhaupt.

Möge dieser Opfermut nicht erlahmen! Möge er es verhindern, daß der Verein immer mehr Kinder trotz des besten Willens und mit schwerem Herzen abweisen muß, weil eben die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit erreicht ist. Der Hunger und das Elend, das sich bei der Aufnahme der Kinder dem Vereine offenbart, die traurige, oft geradezu verzweifelte Situation armer Familien ist in ihrer Tragik tief erschütternd und es ist ergreifend zu sehen, wie dankbar die oft im letzten Moment rettende Hand gepriesen wird. Diesem Elende machtlos gegenüberstehen zu müssen, ist für den Ausschuß des Vereines die größte Qual und wir bitten eindringlich, uns derselben nicht preiszugeben und in altgewohnter Treue uns beizustehen, daß wir helfen, die Not lindern, daß wir unsere armen Kinder schützen können vor einer freudlosen Jugend, vor den Folgen schlechter Ernährung, Mangel an Luft und Licht und Freude. Wo sollen Kräftigung und Widerstandskraft gegen verderbliche Krankheiten herkommen, wie können wir die Förderung des Wachstums, Zunahme der Ernährung und Blutbereitung erwarten, wie die Schäden von Not, Winter und Schulzeit wettmachen, wenn es uns nicht gelingt, das Kind dem Kerker der Großstadt auf Wochen wenigstens zu entreißen? Schon die bloße Dankbarkeit einer gütigen Vorliebe gegenüber muß jeden besser gestellten fühlenden Menschen bestimmen, mitzutun nach seinen Kräften beim Werke der Nächstenliebe auf dem von uns seit 27 Jahren verfolgten Weg der Jugendfürsorge unter der Parole:

„Für das arme deutsche Pragerkind.“ —

Eine besondere Erwähnung erheischt die seit dem Jahre 1904 von unserem Vereine der Ferienkolonien ins Leben gerufene *Kinderheilstätte Drevitzky* bei Braunau, die in unserem eigenen Hause unter besonders günstigen hygienischen Verhältnissen eingerichtet worden ist. Seit 4 Jahren, da diese für Skrophulose oder mit Tuberkulose hereditär belastete Kinder unserer deutschen Volksschulen bestimmte Heilstätte von unserem Vereine eröffnet wurde, muntern die immer besseren Heilerfolge zu noch segensreicherer Ausgestaltung dieser Institution auf. Dadurch, daß die kränklichen und tuberkulös belasteten Schulkinder in einer eigenen Kolonie unter besonders günstigen hygienischen Verhältnissen und möglichst lang (bisher 10 Wochen) bei besonderer ärztlicher Obhut und Pflege und rationell verabreichter ausreichiger Milchkost von unserem Vereine versorgt wurden, ist für diese armen deutschen Schulkinder Prags eine unschätzbare Fürsorge ins Leben gerufen worden.

Da die Kosten einer solchen Kolonie die Auslagen für die anderen Ferienkolonien weit übersteigen, wurde im Hinblick darauf unserem Verein durch Subventionierung seitens des Präsidiums des deutschen Lungenheilvereines für Böhmen der größte Teil der ziemlich bedeutenden Auslagen für die uns vom Prager Zweigverein für Tuberkulose zugewiesenen

Kinder erseht. — Auch die Zweigvereine für Tuberkulose von Teplicz und Braunau trugen für die von ihnen uns nach Dremitz übergebenen Pfleglinge den größten Teil der Verpflegskosten, so daß unser Verein nur einen Teil, etwa 800 K zu tragen hatte.

Wie segensreich der Erfolg dieser unserer Kinderheilstätte heuer wieder gewesen war, ersehen wir aus dem Jahresberichte des Prager Zweigvereines für Lungenkranke in Böhmen,¹⁾ der in seinem Rechenschaftsberichte für 1908 folgendes auf Seite 22 sagt:

„Läßt es sich auch durch Wägung und Messung immer vom neuen konstatieren, wie wohlthätig die vom Vereine gebotenen Behelfe einwirken, so bietet doch den in die Augen springendsten Erfolg die Kolonie Dremitz. Es ist nicht genug zu betonen, von wie außerordentlichem Werte für die armen Kinder der längere Landaufenthalt bei entsprechender Ernährung ist, und wie gekräftigt sie zurückkehren. Sollte der Verein gezwungen sein, die Ferienkolonie aufzulassen, dann kann er ruhig seine ganze Tätigkeit, soweit sie die Fürsorge für erkrankte und gefährdete Kinder betrifft, überhaupt einstellen, doch ist zu erhoffen, daß nicht nur die Mittel bereit gestellt werden, den Betrieb der Ferienkolonie in alter Weise fortzusetzen, sondern sie womöglich zu erweitern, dahin, daß man mehr Kindern die Wohltat des Landaufenthaltes angeeignet lassen kann, wie auch dahin, daß man die Dauer des Aufenthaltes selbst verlängert. Auch ist es ein fühlbarer Uebelstand, daß wir derzeit noch keine Einrichtung besitzen, um auch Kinder unter 6 Jahren, für die in der Ferienkolonie nicht der geeignete Ort ist, aufs Land zu schicken . . .

Es haben nicht nur alle Kinder ohne Ausnahme zugenommen, sondern es war auch erfreulicher Weise bei der Mehrzahl eine wesentliche Besserung des ärztlichen Befundes zu konstatieren. Wir sind dem deutschen Ferienkolonieverein zu lebhaftem Danke verpflichtet.“

In elf Sitzungen erledigte der Vorstand alle die Kolonien betreffenden Angelegenheiten. Insbesondere nahm die Aufnahme der Kinder viel Zeit in Anspruch, da die Nationalität derselben oft umständliche Erhebungen erforderlich macht.

Wenn es trotzdem vorkommt, daß ein oder das andere Kind nicht deutscher Zunge ist, so ist das eben unter den Prager Verhältnissen immerhin bei der größten Umsicht nicht zu vermeiden gewesen.

Im Prinzipie werden für die Ferienkolonie nur deutsche Kinder aufgenommen, da dies den Intentionen der Spender entspricht, daß deutsches Geld eben nur für die eigene Nation gesammelt wurde und wir andererseits es von jeher vermeiden haben, auch nur den Anschein zu erwecken, daß wir Germanisierungsbestrebungen huldigen. In dieser Beziehung hat der Verein ein unerschöpfliches Feld in dem Bestreben, deutsche Kinder der dem deutschen Volke zu erhalten.

Es wäre dem Vereine eine große Freude, wenn er nur alle schwächlichen deutschen Kinder berücksichtigen könnte. Trotzdem heuer wieder 215 Knaben und 190 Mädchen, also zusammen 405 Kinder Aufnahme in die Ferienkolonien fanden, mußte doch wieder eine nicht unbedeutende Zahl von Gesuchen abschlägig beschieden werden, da die Mittel des Vereines nicht so weit reichten. Das Wirtschaftskomitee war auch heuer wieder bemüht, gemachte Erfahrungen in der Sitzung zu praktischen Neuerungen zu verwerten. Dieser Sitzung wurden die Kolonieleiterinnen beigezogen. Die um Aufnahme ansuchenden Kinder wurden von den Direktionen und Leitungen der deutschen Schulen vorgeschlagen. Diese Vorschläge wurden nach Tüchtigkeit berücksichtigt. Wenn das eine oder andere Kind nicht aufgenommen wurde, so waren Umstände schuld, die nicht Schul- oder Personenverhältnissen entsprangen, sondern es war kein Platz oder der Ansuchende hat bei seinem letzten Koloniaufenthalte dies selbst verschuldet.

Die für die Ferienkolonie bestimmten Kinder wurden wie alle Jahre im Lyzeum unterjucht. Mädchen und Knaben an verschiedenen Tagen. Diese große Arbeit bewältigten die Herren Ärzte: Reg.-Rat Prof. Dr. Petřina, Dr. Kraupa, Dr. Tausig, Dr. Kohn und Dr. Gottlieb. Wir sprechen diesen Herren für ihre gewissenhafte, zeitraubende Tätigkeit an dieser Stelle schon den wärmsten Dank aus.

Gelegentlich der ärztlichen Untersuchung wurde auch die Abwägung der Kinder vorgenommen. Nach dem Eintreffen und vor der Abfahrt in Kolonieorte fand für jeden Kolonietransport eine Kontrollwägung statt. Die ärztliche Nachuntersuchung erfolgte nach dem Eintreffen der Kolonisten in Prag im Lyzeum.

Die Beteiligung der armen Kinder mit Wäsche und Kleidung vor der Abfahrt nahm wie alljährlich unser unschätzbares Mitglied Fräulein von Versin vor. Dieselbe besorgte auch alles, was zur Abfahrt der Kolonien vorbereitet werden muß, mit einer Präzision, welche ihr den aufrichtigen Dank der Kolonieleiter sicherte.

In die Überwachung der Abfahrt und Ankunft der Kolonien teilten sich in dankenswerter Weise Fräulein von Versin, Frau Dr. Polz und Herr Direktor Dr. von Ottenburg. Das Damenkomitee zeigte sich sehr rührig in der Zusammenstellung der Kolonien und wir erfüllen eine angenehme Pflicht, indem wir hierfür unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Im heurigen Jahre standen dem Verein dieselben Kolonien zur Verfügung wie im Vorjahre. Für Knaben Meudorf bei Konstantinsbad (Mies), Politz bei Böhm.-Leipa und für

¹⁾ Vide Dr. Felix Schleißner l. c. Seite 22.

Mädchen Weitentretetisch bei Boderjam. Die Kinderheilstätte des Vereines Drowitsch (bei Braunau) beherbergte Knaben und Mädchen. In der Leitung der Kolonien trat keine Änderung ein, was für die Kinder und Leiter nur angenehm ist, da die Leiter mit den Verhältnissen vertraut, den Aufenthalt am zweckmäßigsten für die Kinder gestalten können.

Unsere Kolonien stehen seit jeher unter der Leitung von erprobten Lehrkräften, also Pädagogen, welche die ihr anvertraute Jugend nach den modernsten pädagogischen Grundsätzen behandeln. Diese Tatsache ermöglicht es, daß jede Kolonie mit einer größeren Zahl von Pflänzlingen besetzt werden kann. Die Kinder werden nur zur Anschauung und zum Spiel herangezogen. Von einem systematischen Lernen kann keine Rede sein, da dies auch nicht den Zwecken eines Ferienaufenthaltes entspräche. Ebenso wird es vermieden, die Kinder zu Produktionen oder Schaustellungen zu mißbrauchen, da die Kinder nur für sich, zu eigener Kräftigung, Lust und Freude am Lande sind. Die Einnübung von Liedern, ein bewährtes Mittel gegen langweilige Regentage, ist den Kindern eine willkommene Unterhaltung. Die pädagogischen Qualitäten unserer Leiter verbürgen auch die möglichste Ausdehnung der individuellen Freiheitsgrenze und beseitigen die Gefahr des Drilles und des Kasernengeistes. Was unsere Kolonien aber erst vollwertig macht, das ist die ärztliche gewissenhafte Betreuung. Lehrer und Arzt reichen sich in unseren Kolonien die Hand. Unsere Koloniarzte, welche ihre reichen Erfahrungen unseren Kindern zuwenden, sind unsere wichtigste, unentbehrliche Stütze. Es sind dies die Herren: MllDr. Karl Kuchinka in Starkstadt-Drowitsch, MllDr. Eduard Lenz, Kurarzt in Konstantinsbad-Neudorf, MllDr. Martin in Ober-Politz und der k. k. Amtsarzt Dr. Müller in Boderjam. Diesen edlen Wohltätern unserer Kinder sagen wir vor allem unseren herzlichsten Dank für die gewissenhafte Unterstützung unserer Kolonieleiter.

Wir wenden uns nun unseren hochherzigsten Gönnern zu, welche unseren Kindern ein Heim in den trüben Gegenden deutscher Stammesgenossen geboten haben. Herr Reg.-Rat Arch, Direktor der k. u. k. Fondsgüterdirektion, stellte uns wieder das für unsere Zwecke vorzüglich geeignete kaiserliche Schloß in Ober-Politz bereitwilligst zur Verfügung und versicherte uns in liebenswürdiger Weise seines Entgegenkommens für das Interesse der armen Kinder. Herr Badearzt Dr. Lenz in Konstantinsbad brachte unsere Kolonie in Neudorf wieder gut unter. Die großindustrielle Firma Hille und Dittrich hat uns auch heuer das schöne Schloß in Weitentretetisch überlassen und die Herren Beamten daselbst förderten die Kolonie in einer Weise, wie es unsere kühnsten Erwartungen übertraf.

Allen diesen edlen Hausherrn unserer Kinder danken wir aus vollem Herzen, daß sie uns die größte Sorge für die Behausung abgenommen und unser humanes Werk so tatkräftig gefördert haben.

Wie im Vorjahre bewies die verehrliche Redaktion der „Bohemia“ ihr Interesse und ihr Wohlwollen für unsere Kinder, indem sie jeder Kolonie 2 Freixemplare ihres Blattes auf die Dauer des Kolonieaufenthaltes unentgeltlich zustellte.

Auch das Wetter war dem Unternehmen des Vereines freundlicher gesinnt, wenn auch mehr kühle Tage, als gerade nötig, zu verzeichnen waren. Der Schulschluß am 4. Juli ermöglichte ein baldes Abreisen der Kinder, so daß diese noch hinreichend die langen Tage genossen. Gelegenheit des Transportes war der Verein auch heuer wieder von dem weitgehenden Entgegenkommen seitens der geschätzten Bahnverwaltungen angenehm berührt. Dies gilt nicht nur in Bezug auf Fahrpreisermäßigungen, sondern auch für die Beistellung direkter Wagen bis zum Ziele. Wenn man erwägt, welche Umsicht ein Transport von 40 bis 70 Kindern und dem Gepäck erfordert, gelangt man zur vollen Würdigung der Wohltat eines direkten Wagens. Wir sagen den löblichen Verwaltungen der Böhm. Nordbahn, der k. k. Staatsbahnen, der Staatsseisenbahngesellschaft und der Buschthraderbahn unseren verbindlichsten Dank für die verständnisvolle Unterstützung unserer Kolonietransporte.

Der Aufenthalt unserer Kinder in den Kolonien zeigte auch heuer wieder seine segensreichen Wirkungen. Wenn unsere Kinder im Kolonierorte anlangen, ist das dortige Publikum über das schlechte Aussehen der Kinder ganz entsetzt. Viele halten es gar nicht für möglich, daß dieses oder jenes besonders schlecht und müde aussehende Kind sich werde in der kurzen Zeit erholen können. Welcher Kontrast, wenn die Kinder bei ihrer Rückkehr in Prag den Waggon verlassen! Da herrscht Leben unter ihnen. Glänzende Augen, rote Backen und braun ist das kleine Gesindel, wie die Afrikareisenden. Allerdings hat es Frau Sonne mit den Kleinen gut gemeint und die klare, herrliche Gebirgsluft hat das ihre getan. Aber ein altes Wort bewährt sich jährlich: von der Luft allein kann man nicht leben. Auch die Kost hat den Kindern in Prag gefehlt. Nämlich eine geregelte, zweckmäßige und ausgiebige Kost. Der größte Teil der Kinder weist bei seiner Aufnahme ein Körpergewicht auf, welches bedeutend unter der Normalen liegt. Bedenkt man nun, wie dem Kinde den ganzen Tag Gelegenheit geboten wird, in der ozonreichen Waldluft herumzutollen, so muß es einem Wunder nehmen, wenn ein so lebhaftes Kind noch an Körpergewicht zunehmen kann. Und es nimmt zu. Die Mädchen nehmen mehr zu als die viel wilderen Knaben. Legen wir der Gewichtszunahme auch einige Bedeutung zu, so bildet sie bei weitem nicht den alleinigen Maßstab für die Erholung des Kindes, da unser Ziel eine gehobene Blutzirkulation und eine Kräftigung der Funktion

aller Organe ist. Wollte man bloß eine Aufmäftung erzielen, so ließe sich das durch ein Schlaraffenleben sehr leicht erzielen, dann aber hätte der Körper nur an Ballast gewonnen, der in den alten Verhältnissen bald wieder verschwunden wäre und die Organe hätten keine Kräftigung erfahren. Das Kind hätte keinen Vorrat an Lebensenergie gewonnen, der so notwendig ist für den kommenden Winter in den elenden gesundheitlichen Verhältnissen der Großstadt. Die Blutverbesserung also ist das Hauptziel des Kolonienaufenthaltes. Um dieses Ziel zu erreichen, widmet der Verein der Kost größte Aufmerksamkeit. Eine gute, kräftige Kost zu bieten ist die Sorge und man kann wohl sagen das „Musterstück“ der Koloniewirtschaftsleiterinnen, welche nicht nur tüchtige Köchinnen, sondern auch in der Beschaffung der Lebensmittel gewandt sein müssen, da diese oft sehr schwierig ist. Der Verein zollt unseren ausnahmslos tüchtigen Koloniewirtschaftsleiterinnen seine vollste Anerkennung.

Die nachstehende Tabelle gibt Aufschluß über den Betrag, welchen ein Zögling per Tag und die ganze Kolonie gekostet hat. In dieser Summe sind auch einbegriffen. Fahrpreis, Regie und Neuanfassungen.

Verpflegstabelle.

K o l o n i e	Anzahl der Kolonisten	Gesamt- Ausgaben K	Betrag pro Kopf und Tag K
Dremwitsch	52	4212'48	1'15
Neudorf	80	3086'08	1'37
Politz	127	4937'30	1'38
Weitentretbitsch	146	4428'65	1'08
Summe	405	16.664'51	1'24

Die Inspektion der Kolonien obliegt dem Vereinsvorstande und erstreckt sich nicht nur auf die innere Einrichtung und Haltung derselben, sondern auch auf das Verhältnis der Kolonie zu der Bevölkerung des Kolonieortes.

Zu unserer Genugtuung können wir feststellen, daß es auch heuer unseren Kolonieleitern gelungen ist, das schöne Einvernehmen von Kolonie und Bevölkerung zu pflegen und zu festigen. Die Berichte aus den Kolonien heben einmütig das Entgegenkommen und die freundliche Gesinnung hervor, mit welcher man unser Unternehmen fördert. Unsere Volksgenossen wissen auch unser Werk unter den besonders gegenwärtigen Verhältnissen zu schätzen und das Gute findet bei guten Menschen immer Teilnahme und Würdigung.

Ziel und präzise Arbeit bietet dem Verein die Koloniebewegung. Diese Tätigkeit ist umso höher anzuschlagen, als sie in der toten Saison der Großstadt vor sich gehen muß.

Über die Gewichtszunahme führte der Verein wie immer genaue Aufzeichnungen. Sie bewegen sich heuer wie im vorigen Jahre in ziemlich gleichen Grenzen. Die Angaben erfolgen nach den in Prag vorgenommenen Wägungen. Außer dieser fanden auch solche im Kolonieorte statt, und dienten zur Orientierung des Leiters der Kolonie.

Auch heuer zeigte die Erfahrung, daß manche Kinder wenig, manche wieder viel zunahmen. Bei kleineren Pfléglingen spielt das Heimweh eine große Rolle. Ist dies überwunden, dann nehmen sie sehr rasch zu. Solche Fälle treten aber nur sporadisch auf. Die Gewichtszunahme ist, wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen ist, bei älteren Kolonisten größer.

Die Gewichtszunahme steht mit der Quantität der zu sich genommenen Nahrung nicht immer im geraden Verhältnisse.

Bei Kindern, welche durch unzureichende Nahrung und wenig Bewegung viel aufgedunsenes Fleisch mitbringen, tritt im Anfang sogar ein starkes Sinken des Körpergewichtes ein.

Bevor wir die einzelnen Kolonieberichte folgen lassen, wollen wir darauf hinweisen, daß auch heuer für die Erweiterung des geistigen Horizontes der Kinder in ausgedehntem Maße Sorge getragen wurde. Das Pflanzen-, Tier- und Mineralreich boten ausgiebigen Stoff. Landwirtschaftliche Arbeiten, Wohnstätten, Sitten und Gebräuche usw. wurden in den Kreis der Betrachtung gezogen. Der 18. August bot besonders heuer im Jubiläumsjahre eine willkommene Gelegenheit zur Pflege eben patriotischen Gefühles. Das nationale Fühlen und Denken fand im Liede und im kameradschaftlichen Verkehr mit der Jugend des Kolonieortes seine Betätigung.

Ausflüge, Spiel und Baden würzten den Kolonieaufenthalt und die Trennung von den schönen Gegenden, den freundlichen Bewohnern und dem sorgenlosen Leben fiel manchem recht schwer.

Im folgenden geben wir die einzelnen Kolonieberichte wieder.

Weitentretetisch.

Leiter Herr Oberlehrer Franz Hauptmann.

Die 1. Abteilung zählte 72, die 2. Abteilung 74 Mädchen (davon 8 auf 8 Wochen —).

Wie in den Vorjahren war auch heuer die Kolonie in dem von der verehrlichen Güterdirektion der Firma Hille und Dittich in Schönlinde zur Verfügung gestellten ehemaligen gräflich Salmischen Schlosse untergebracht. Die großen, luftigen Räume im 1. Stocke und der schattige, parkartige Garten, der für den in der nächsten Umgebung des Kolonieortes fehlenden Wald teilweise Ersatz bieten mußte, entsprachen allen Anforderungen, die bei der Unterbringung einer so großen Zahl von Kindern gestellt werden mußten. Dank dem Entgegenkommen der Bahndirektion, sowie der Gutsverwaltung gingen die Hin- und Rückfahrten beider Kolonien ohne Zwischenfall vor sich.

Das Wetter war im allgemeinen recht günstig, nur die letzten zwei Wochen brachten eine Reihe von kalten und stürmischen Regentagen. Hierbei muß mit Bedauern festgestellt werden, daß manche Eltern ihren Kindern keinerlei wärmere Kleidungsstücke mitgegeben hatten, so daß diese Mädchen dann doppelt unter der Ungunst des Wetters zu leiden hatten und auch mehr ans Zimmer gebannt waren, als die anderen. In dem Streben, die meist verweichlichten Großstadtkinder abzuhärten, wurden ja fast täglich — auch bei minder günstigem Wetter — größere und kleinere Spaziergänge und Ausflüge unternommen oder die Kinder wenigstens im Garten beschäftigt. So kam es, daß die Kolonistinnen — abgesehen von der Essens- und Schlafenszeit — fast die ganze Zeit im Freien bei kräftiger Bewegung zubrachten. Kein Wunder, daß auch der Hunger nichts zu wünschen übrig ließ und dank der streng geregelten Tageseinteilung und der einfachen, aber reichlichen und kräftigen Kost wöchentlich vorgenommenen Wägungen ziemlich gleichmäßige und ansehnliche Gewichtszunahmen ergaben.

Das Kindermaterial war in den beiden Abteilungen recht verschieden: in der ersten Abteilung gab es meist kleine, schwächliche und blutarme Kinder, während die Mädchen der 2. Abteilung größer und kräftiger waren, wenn es auch hier nicht an „Sorgenkindern“ fehlte. Der Gesundheitszustand war ein sehr günstiger; außer einigen leichten Halsentzündungen und einem gutartigen Hautausschlage gab es keinerlei Erkrankung.

Dank der unermüßlichen und aufopfernden Unterstützung, welche die Kolonieleitung durch den k. k. Bezirksarzt in Pödersam, Herrn Dr. Müller, fand, war der Erfolg des vierwöchentlichen Landaufenthaltes ein recht günstiger. Herr Dr. Müller untersuchte die einzelnen Kinder bei ihrer Ankunft, er gab die entsprechenden Weisungen in Bezug auf Ernährung und Pflege und verordnete den schwächlichsten Kindern besondere Stärkungsmittel, wie doppelte Portionen Milch, China-Siropwein, Lebertran usw. Bei seinen häufigen Besuchen der Kolonie konnte er regelmäßig die fortchreitende Erholung der Kinder feststellen. Auch in anderer Beziehung zeigte sich Herr Dr. Müller als wahrer Kinderfreund: er stellte nicht nur eine Hausapotheke und Stärkungsmittel bei, er spendete auch 100 Flaschen Mineralwasser, er ließ bei größeren Ausflügen den Kindern eine Kasse verabreichen und beschenkte sie mit Backwerk.

Das Betragen der Kinder war, abgesehen von einigen „Wildlingen“ und Unordentlichen im allgemeinen sehr zufriedenstellend; sie zeigten sich artig und folgsam. Nur die Regentage, an welchen die Kolonie vom Morgen bis zum Abend ans Zimmer gebannt war, stellten große Anforderungen an die Geduld und das pädagogische Geschick des Leiters, da es galt 74 Kinder so verschiedenen Alters entsprechend zu beschäftigen. Aber Gesang und Spiel, besonders heitere Gesellschaftsspiele und „Geschichten erzählen“ bannten die Langeweile, diesen gefährlichen Feind des Frohsinns und des Friedens in der Kolonie.

Die täglichen Ausflüge wurden nicht nur dazu benützt, um die Umgebung kennen zu lernen, sondern auch den Kindern einen Einblick in das Leben und Treiben auf dem Lande und in den landwirtschaftlichen Betrieb im großen und kleinen zu gewähren. Tiere und Pflanzen zu bestimmen usw. Besuch wurden: Hohentretetisch, Michelsdorf, Deutchtretetisch, Mohr, Radshitz, Libowitz, Lobebitz, Knöschitz, Groß-Witschitz, Pödersam u. a. Orte. Am besten gefielen den Kindern die wiederholten Besuche des großartigen Parkes von Schönhof, die Besichtigung der Porzellanfabrik in Pödersam, wobei der Besitzer Herr Gustav Martin selbst die Führung übernahm und den Kindern kleine Andenken spendete und der ganztägige Ausflug in die Wälder von Gödesin. Bei letzterem Ausfluge, zu dem die verehrliche Gutsverwaltung kostenlos die nötigen Leiterwagen beistellte, machte der Herr Forstbereiter Klar in liebenswürdigster Weise den Führer.

Noch zwei andere Tage dürften den Kindern in angenehmer Erinnerung bleiben: der 18. August, an welchem aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums das Namensfest des Kaisers in feierlicher Weise durch eine dem Tage entsprechende Ansprache des Kolonieleiters, durch patriotische Deklamationen, Aufführung eines kleinen Theaterstückes und eine festliche

Faule begangen wurde und der 30. August, an welchem Tage die Feuerwehren der Umgebung im Schloßgarten ihre Kaiserfeier abhielten.

Besucht wurde die Kolonie durch Herrn Hille jun. aus Schönlinde, Herrn und Frau Dr. Martinus aus Prag, Herrn Oberinspektor Brauner aus Pödersam und Herrn Direktor Knotek aus Hohentreibitzsch.

Besonderer Dank gebührt in erster Linie der verehrlichen Firma Hille und Dittrich in Schönlinde für die Überlassung des Schlosses, für die kostenlose Beistellung der Wagen bei der Ankunft und Abfahrt der Kolonie und für die Zufuhr eines gesunden Trinkwassers; dann dem k. k. Bezirksarzte Dr. Müller in Pödersam für die liebevolle ärztliche Überwachung der Kolonie; ferner dem Domänen-Oberinspektor Herrn Brauner; dem Guttsdirektor Herrn Knotek und dem Verwalter Herrn Zahn, für die Förderung, welche dieselben auch im heurigen Jahre bei jeder Gelegenheit zuteil werden ließen, sowie allen im Berichte genannten Gönnern der menschenfreundlichen Bestrebungen unseres Vereines.

Neudorf-Konstantinsbad.

(Weiter Herr Lehrer Julius Fritzsche.)

Dank der besonderen Liebenswürdigkeit des Herrn Badbesizers Dr. Eduard Lenz konnte auch heuer wieder eine größere Zahl Prager Ferienkolonisten den kräftigenden Sommeraufenthalt im wunderschönen Konstantinsbad nehmen. Sie erschienen in zwei Abteilungen, von denen jede genau 40 Knaben zählte. Von diesen genossen zwölf Schüler die Segnungen der Kolonie durch volle acht Wochen. Das Wetter war größtenteils kühl und brachte manche Regentage. Doch blieb die Kolonie von den in dem einsamen Hause recht aufregenden nächtlichen Gewittern verschont. Bei günstiger Witterung wurden fleißig Spaziergänge und Ausflüge gemacht. So wurden außer den im Vorjahre besuchten Orten heuer auch noch die Stadt Neumarkt und das goldbergende Krips in Augenschein genommen. Unvergesslich aber dürfte den Knaben der 2. Kolonie der Ausflug in das reizende Marienbad bleiben. Auf 2 Wagen fuhren alle 40 Kolonisten und die Begleitpersonen zeitlich morgens bei empfindlicher Kälte und ganz unwirklichem Himmel aus und kamen bei ausgeheitertem, prächtigem Wetter um halb 11 Uhr in Marienbad an. Dort wurden die schönsten Punkte besucht und die Heilquellen besichtigt. Den Klängen der tüchtigen Kurkapelle lauschten wir bei der idyllischen Waldquelle und den herrlichen Überblick von ganz Marienbad genossen wir von der Terrasse des Etablissements „Egerländer“ bei hellstem Sonnenschein. Mittagmahl und Faule wurden im „Tepler Hofe“ eingenommen und nach vier Uhr nachmittags die Rückfahrt angetreten. Auf der Hinfahrt wurde auch die berühmte Stiftskirche in Tepl besichtigt. Ohne Unfall kamen wir nach 10 Uhr abends wieder zuhause an. Die Kosten dieses Ausfluges (104 K) wurden zum größten Teil aus dem Ergebnisse einer eingeleiteten Sammlung im Gesamtbetrage von 80 K gedeckt. So spendeten Seine Gnaden der Herr Abt Gilbert Helmer 20 K, Frau Prochaska aus Smichow 20 K, eine Dame aus Wien 10 K, Herr Schicht aus Aussig 6 K, der Herr Pfarrer P. Bureš aus Tschelief 5 K, Herr Dr. Adalbert Beutel aus Weleritz 3 K, der Kolonieleiter 4 K u. w. — Hatten die Knaben der ersten Kolonie nicht das Glück, Marienbad zu sehen, so wurden sie dafür durch einen Besuch im Stifte Tepl entlohnt. Dasselbst wurden die neuingerichtete Bibliothek, das Museum, alle die prächtigen Säle und der große Stiftsgarten eingehend besichtigt. Am Namenstage unserer großen Wohltäterin der Frau Dr. Anna Lenz wurde von den Kolonisten während eines solennen Gottesdienstes die „Deutsche Messe“ von Schubert gesungen. Auch ein Glückwunschschreiben wurde abgeschickt, welche Aufmerksamkeit von der liebenswürdigen Dame in hochherziger Weise mit einer Spende von 50 K quittiert wurde. Davon erhielten 11 Knaben je 2 K, die übrigen je 1 K.

Feierlicher noch als in früheren Jahren wurde heuer im Bade das Allerhöchste Geburtsfest unseres Kaisers begangen. Am Vorabende richtete der Herr Kurverwalter Heinrich Harlaß vor dem reich mit Fahnen, Lampions und Transparenten geschmückten Kurhause an die zahlreich Versammelten eine formvollendete, von echt patriotischem Geiste durchwehte Ansprache, welche in ein begeistert aufgenommenes „Hoch!“ ausklang.

Die Kurkapelle spielte die Volkshymne, in welche alle Anwesenden, besonders aber die Kolonisten recht kräftig einstimmten. Danach wurde auf der nahen Wiese ein effektvolles Feuerwerk abgebrannt, welches selbst den Reiz des Himmels zu erwecken schien, denn ein fernes Wetterleuchten bemühte sich — allerdings vergeblich — noch größere Wirkungen zu erzielen. Ein aus Anlaß des Kaiserjubiläums veranstaltetes Tontauben-Preiswettsschießen, verbunden mit einem ländlichen Kirchweihfeste, dürfte den Kolonisten ebenfalls zeitlebens in angenehmster Erinnerung bleiben.

Die heilige Messe an Sonn- und Feiertagen hörten die katholischen Schüler abwechselnd in Konstantinsbad, Tschelief und Weleritz. Die Israeliten wohnten dem samstägen Gottesdienste im Tempel von Weleritz bei. Der Gesundheitszustand der Knaben kann als ein recht befriedigender bezeichnet werden. Bloß zwei Kinder waren durch einige Tage unipflich und wurden von Herrn Dr. Lenz unentgeltlich in gewissenhaftester Weise behandelt. Drei krüppelhafte Kolonisten genossen von demselben Herrn Doktor in hochherzigster Weise die Wohltat

einer Benützung einer ganz ansehnlichen Anzahl kostenloser Moorbäder, die von dem erfreulichsten Erfolge begleitet waren.

Was aber niemals eine Störung erlitt, war der gesunde Appetit der jugendlichen Sommerfrischler. Mit welchem Eifer die Herren Buben ihrer wichtigsten Aufgabe — dem Essen — nachkamen, beweist am besten die Tatsache, daß in dem Gartenhäuschen, in welchem die fünf Mahlzeiten gehalten wurden, ein Bachstelzenpärchen ungestört vier Junge ausbrüten und großziehen konnte. Minder angenehme Mitwohner im Koloniehause waren zwei zahlreiche Hornissenkolonien, mit denen zwei Knaben recht fühlbare Bekanntschaft machten. — Wie alles in der Welt haben auch die Spiele der Jugend ihre Mode. So wurden heuer mit Vorliebe „Diabolo“ und „Ringkampf“ gespielt.

Unter den vielen Fremden, die unsere Kolonie mit sichtlichem Interesse besuchten, seien besonders genannt Ihre Erzellenz die Frau Generalsarztesgemahlin Wachenko aus St. Petersburg und Se. Erzellenz FML. Johann Horrat. Mit besonderer Verehrung aber sei noch gedacht Seiner Durchlaucht des Herrn Erbprinzen Alois von Löwenstein, welcher der Kolonie 200 Flaschen Bier spendete, und des Herrn Direktors Josef Oplatek in Smichow, von dem der Kolonie 22 Küchengeräte zugewendet wurden. Allen hier genannten Wohltätern sei der innigste Dank votiert, herzlichster Dank aber sei auch ausgesprochen dem Herrn Kurverwalter Heinrich Harlaß für die lebenswürdige Erledigung verschiedener administrativer Arbeiten und der verehrlichen Redaktion der „Bohemia“ für die kostenlose Zuwendung von zwei Exemplaren ihrer geschätzten Zeitung während der ganzen Kolonizeit.

Kolonie Ober-Politz (Böhm. Leipa—Bodenbach.)

Kolonieleiter Herr Lehrer Robert Schmeiser.

Im Jahre 1908 fanden 62 Kolonisten in der ersten und 65 Kinder in der zweiten Abteilung Aufnahme. Von den Kolonisten der ersten Hälfte verblieben 24 Kinder auf weitere vier Wochen der zweiten Hälfte. Auch heuer fand die Kolonie einen hochherzigen Gönner in dem Chef der Böhm. Nordbahn, welcher die Kolonisten mit Regiearten befördern ließ. Bei allen 4 Transporten wurde der Kolonie die Wohltat eines direkten Wagens zuteil und erfreute sich dieselbe des lebenswürdigen Zuborkommens der Herren Stationsvorstände in Böhm.-Leipa und Politz-Sandau. Der erste Transport, der schon am 7. Juli in Politz eintraf, kam noch zur Wahlfahrt daselbst zurecht, so daß der Kontrast vom Stadtbetriebe und der Ruhe des Landlebens nicht gar zu groß war. Infolgedessen konnte sich das Heimweh unter den kleineren Kindern nicht bemerkbar machen.

Das Wetter war bedeutend günstiger als im verflossenen Jahre, wenn auch im allgemeinen nicht so warm, als es zum Baden erforderlich ist. Trotzdem konnte oft gebadet werden und auch der Schwimmunterricht, wenn auch nicht kontinuierlich, gepflegt werden. Es war dieses Jahr ein richtiges Ausflugswetter, welches auf das intensivste ausgenützt wurde. Das Ziel der Ausflüge bildeten das hochgelegene Klein-Boden, von wo man weit ins Elbsandstein- und in das Lausitzergebirge schauen konnte, das romantisch gelegene Franzensstal, Merzendorf, Waltersdorf, Bieberklamm und insbesondere der Hutberg. Die der Kolonie liebgewordenen Wäldchen; Waldeck, Neugrund und Hofberg waren wahre Vergnügungs- und Tummelplätze für die Kleinen. Auch als Jagdterrain waren diese Wälder für unsere kleinen Nonnenjäger sehr ergiebig. Mit langen Stangen und Schachteln aller Art ausgerüstet rückten eigene Nonnenjägerabteilungen aus und sammelten an 5000 Stück Nonnen, wofür gegen 25 Kronen gelöst und an die einzelnen Knaben ausgezahlt wurden. So kam es, daß einige Kinder sogar mit Ersparnissen, einer sogar mit acht Kronen in das Elternhaus heimkehrten.

Einer besonderen Pflege erfreute sich der Gesang. Nebst heiteren Liedern fand auch das ernste, insbesondere das Kirchenlied seine Rechte. Herr Lehrer Schönfeld ermöglichte es durch seine tatkräftige Mithilfe, daß jeden Sonntag die Messe von Schubert oder Haydn von den Kolonisten gesungen werden konnte. Der 18. August bot eine willkommene Gelegenheit zur Pflege des patriotischen Gefühles; sie erfolgte wie im Vorjahre.

Der Gesundheitszustand war, von einer Ausnahme abgesehen, ein vorzüglicher. Dies verdankt die Kolonie in erster Linie der ganz hervorragenden Opferwilligkeit des Herrn Dr. Martin, welcher der Kolonie sein ganzes Interesse zuwendet. Seit dem Bestande derselben erfreut sich die Kolonie der besonderen Fürsorge des Herrn Dr. Martin nicht nur in ärztlicher, sondern in jeder Beziehung, was heuer besonders wohltuend vom Kolonieleiter empfunden wurde. Mit herzlichem Danke sei hier dieses edlen Kinderfreundes gedacht, der im persönlichen Verkehr alle Kinderherzen im Auge gewann.

Das sittliche Verhalten war im allgemeinen ein sehr gutes. Die Kolonieleitung war heuer bestrebt, Einrichtungen zu treffen, welche dahin abzielen, den Kindern einen möglichst großen Einfluß in bezug auf die inneren Einrichtungen im Zusammenleben zu gewähren. Auch Disziplinarfälle wurden zur Beurteilung und Schlichtung einem Rate von etwa 12 älteren Knaben zugewiesen. Die Erfolge waren ein steter Kontakt der Kinder mit dem Leiter, Stebung des Ehrgefühles und insbesondere des guten Geistes, sowie des guten Rufes der Gesamtheit.

Der heurige Aufenthalt in Politz war von großer Feststimmung erfüllt. Der Einzug des neuen Herrn Erzdechanten P. Frind veranlaßte die Kolonie, den beliebten deutschen Priester fröhlich zu begrüßen. Als zur Installation desselben Seine bischöfliche Gnaden Weihbischof Dr. Wenzel Frind eintraf, empfing die Kolonie den Herrn Bischof als ihren Prager Landsmann in Paradeaufstellung am Bahnhof. Der kleinste Kolonist überreichte dem Angekommenen einen Blumenstrauß. Der Bischof sprach viele Kolonisten in seiner bekannten, herzgewinnenden Art an und besichtigte zwei Tage darauf in Begleitung des Herrn Dr. Martin alle Kolonieräume, sprach sich über alle Einrichtungen sehr lobend aus und spendete den Kindern eine Extra-Saule. Die Enthüllung des Hedenwanzel-Denkmales gab den Kindern Gelegenheit, einen tüchtigen deutschen Priester als Volksmann ehren zu sehen. Die Gersdorfer Ferienkolonie „Teplitzer Ferienheim“ besuchte die Prager Kolonie und wurde mit großem Jubel empfangen.

So waren alle Bedingungen eines gedeihlichen Aufenthaltes gegeben: Wohlseins des Körpers und der Seele.

Mit besonderem Danke gedenken wir des lebenswürdigen Entgegenkommens des Herrn f. u. f. Forstverwalters Storch, welcher den Kindern in den kaiserlichen Wäldern so große Freiheit gestattete. Was wäre der ganze Aufenthalt ohne die herrlichen Wälder und die schöne Freiheit dortselbst! Von unschätzbarem Werte ist der Kolonie auch das Kieferwäldchen des Herrn Riedl, da es so nahe der Kolonie liegt. Für die freundliche Überlassung sagen wir dem Herrn unseren herzlichsten Dank. Ebenso danken wir dem Herrn Müller Gruscha für die Überlassung des Badeplatzes und der Kontrollwage, mittels welcher gleich in Politz eine Durchschnitznahme von 2 kg für das einzelne Kind festgestellt werden konnte.

Wir erwähnen auch dankbar eine edle Wohltäterin, welche die Kinder seit Jahren in der Frau Gutsverwalter Marie Stach besitzen, welche die Kinder so oft und reichlich mit Obst beschenkte.

Infolge der weitgehenden Gönnerchaft des Herrn Direktors der f. u. f. Fondsgüter-Direktion in Prag, Herr Reg.-Rat Arch, und des lebenswürdigen Entgegenkommens des Herrn f. u. f. Forstmeisters Adametz und f. u. f. Forstverwalter Storch fanden die Kinder im kaiserlichen Schlosse eine gastliche Stätte, wofür wir den herzlichsten Dank sagen.

Herr f. u. f. Oberförster Schinke hat auch heuer wieder das Inventar freundlich übernommen und danken wir herzlich für seine Mühewaltung.

Zum Schluß sei der lieben Politzer gedacht, welche unseren Kindern eine Heimat boten. Wohin die Kolonisten kamen, ob einzeln oder vereint, überall tat man ihnen Gutes. Wie dankbar ist jeder Mensch, wenn er gute, freundliche Menschen trifft. Vielmehr noch aber fühlt dies ein empfindsames Kinderherz. Ein freundliches Wort, ein gütiger Blick sagen dem Kinde, daß es fröhlich und munter sein darf und soll. Der Aufenthalt der Kinder war ein sonniger für Körper und Herz. Infolgedessen wurde es besonders jenen Kolonisten, welche wiederholt in Politz die Ferien verbrachten, recht schwer, Abschied zu nehmen.

Möge es ihnen beschieden sein, das freundliche Politz wiederzusehen!

Kinderheilstätte Drevitzsch.

Kolonieleiterin: Fräulein Emma Heinrich.

Unsere herrlich gelegene Kinderheilstätte beherbergte heuer 8 Knaben und 44 Mädchen, also 52 Kinder. Der Aufenthalt dieser Kinder in dem schönen Waldbessel von Drevitzsch währte auch heuer 10 Wochen, so daß die Kinder die gute Waldluft bei vorzüglicher Kost und Pflege ausgiebig genießen konnten. Auch in diesem Jahre hat uns die Präsidentin des Frauenhilfsvereines vom roten Kreuze, Ihre Erzellenz Gräfin Goudenhove in Anbetracht unserer humanen Bestrebungen in hochherziger Weise eine tüchtige Pflegerin vom roten Kreuze unentgeltlich beigestellt, welche es verstand, die Liebe und das Vertrauen unserer Kleinen in kurzer Zeit zu gewinnen. Für diese große Wohltat für unsere kränklichen Pfleglinge sagt der Verein seinen tiefgefühlten Dank. Die ärztliche Untersuchung der vom Zweigverein Prag des deutschen Lungenheilvereines für unsere Kinderheilstätte Drevitzsch bestimmten 35 Kinder nahmen vor der Abfahrt die Herren Ärzte vom Zweigvereine des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen, die Herren: Sanitätsrat Dr. Altshul, Dr. Schleisner und Dr. Weiss vor. In Drevitzsch wurden die Kinder vom Koloniarzte Dr. Kuchinka nochmals nachuntersucht und in ärztliche Obhut genommen.

Da einerseits nur sehr schwache Kinder in unsere Kinderheilstätte kommen, bei welchen auch der Verdacht besteht, daß sie zur Tuberkulose oder Skrophulose hinneigen, und andererseits der Aufenthalt 10 Wochen dauert und mit besonders guter Kost und Pflege verbunden ist, so weisen die Kinder bei ihrer Rückkehr sehr große Erfolge im Aussehen und Gewicht auf. So hat die Kinderheilstätte auch heuer unsere Hoffnungen erfüllt und bestätigt, daß der Kampf gegen die Tuberkulose im Kindesalter intensiv beginnen muß, wenn er von Erfolg sein soll.

Dieser schöne Erfolg macht uns die Kinderheilstätte so wertvoll und der Verein konzentriert alle Tätigkeit und Fürsorge auf sie. Wir wurden in diesem Bestreben bisher durch die Subvention des deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen (heuer von

3000 K) wirksam unterstützt und instand gesetzt, dieses von unserem Vereine über Antrag unseres Obmannes Reg.-Rat Prof. Petrina ins Leben gerufene Unternehmen zu erhalten und auszugestalten.

Der Gesundheitszustand der Pflöglinge war fast ohne Ausnahme sehr befriedigend. Die sonnige Spielwiese vor dem Hause und der nahe schöne Wald hielten wahre Schätze für die Kolonie. Die Kinder ergöckten sich fast den ganzen Tag in frohem Treiben in Wiese und Feld, an Spiel und Gesang. Das Wetter war im allgemeinen schön, doch waren auch viele kühle Tage zu überwinden, zum Glück für die Böglinge ohne Nachteil für ihre Gesundheit.

In dem Maße, als sich die Kinder körperlich erholten, stieg auch das Körpergewicht. Die Gewichtszunahmen bis zu 5 kg sprechen deutlich für die sorgfältige Betreuung der Pflöglinge. Das Gewicht der Kinder wurde mittels einer eigenen Kontrollwaage in steter Evidenz gehalten. Auch die Sonne hat jedem Kinde ihr gutes Attest ins Gesicht geschrieben und die Kinder waren stark gebräunt und hatten prächtige rote Backen nach Hause gebracht.

Das Verhalten der Kinder gab zu keiner Klage Anlaß und verließ die Koloniezeit in erfreulicher Weise für alle Beteiligten. Die vom größeren Menschenverkehr und Fabriksunternehmungen abgesonderte Lage des Koloniehauses in herrlichster Waldgegend sichert der Kinderheilstätte ein friedlich idyllisches Dasein unter besten hygienischen Verhältnissen. Diese vortreffliche Lage und idyllische Ruhe fördert nicht wenig das Wohlbefinden der Kinder und bildet einen wohlthuenden Kontrast gegen das lärmende, nervöse Getriebe der Großstadt.

Möge es auch uns weitere Jahre vergönnt sein, einer recht großen Zahl hilfsbedürftiger Kinder die Segnungen dieser unserer Kinderheilstätte erschließen zu können!

Die tegensreichen Erfolge dieser unserer Kinderheilstätte sollen für unseren Verein ein Ansporn sein, seine Tätigkeit selbst bei drohender Geldknappheit auf diesem Gebiete nicht erlahmen zu lassen. — Da die Erfolge so beredt für die Institution sprechen, hegen wir die berechtigte Hoffnung, daß sich edle Wohltäter, vor allem der Verein für Jugendfürsorge dieser unserer Schöpfung fördernd annehmen werden.

Zum Schluß wollen wir unserer Dankespflicht genügen, aller edlen Gönner gedenken, die uns auch heuer tatkräftig unterstützten in der Fürsorge für die deutsche arme Schuljugend in Prag. Vor allem danken wir jenen, die unseren Kindern so traute Heimstätten im deutschen Lande unentgeltlich geboten haben, dann allen, welche durch Geldspenden, Spenden in Naturalien oder Gebrauchsgegenständen uns fördernd zur Seite standen. Den deutschen Tagesblättern „Bohemia“ und „Prager Tagblatt“ sagen wir für die kostenlose Aufnahme der Vereinspublikationen unseren besten Dank. Ebenso dem deutschen Kasino für die Überlassung eines Lokales für die Vereinsitzungen, der Direktion des deutschen Mädchenlyzeums für die Überlassung des Turnsaales zur Untersuchung und Einteilung der Kolonien, den Herren Ärzten für die mühevollen Arbeit der ärztlichen Untersuchung und den löblichen Bahnverwaltungen für ihr entgegenkommen gelegentlich der Kolonietransporte. Wir gedenken auch dankend der Kolonieleiter und deren Frauen, welche das ihnen anvertraute Amt auch heuer geschickt und gewissenhaft führten.

Auch in diesem Jahre verhalte unser Ruf nicht ungehört und es scharten sich alte treue Anhänger bereitwillig um das Banner der Jugendfürsorge. Unüberwindlich ist der Deutsche, wenn er einig ist, einig aber macht uns das Ideal. Dieses ist und bleibt unser beharrliches Streben, dem deutschen Volke, mithin der Menschheit überhaupt zu nützen durch die Fürsorge für das arme deutsche Pragerkind. Unser bisheriger Erfolg war aber nur möglich durch die Mitarbeit unserer deutschen Stammesgenossen. Ihnen rufen wir zu: „Gedenket der deutschen Prager Ferienkolonien in Wort und Tat!“

Sanitäre Fürsorge für die Jugend.

Schul- und Fürsorgeärzte. I. 153.

Alkoholfrage. Merkblatt des Deutschen Vereins abstinenter Lehrerinnen.

Sexuelle Aufklärung. Merkblätter der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. I. 156—159.

A. A. Sanitätsrat Dr. Altshul: Referat 1908. II. S. 85 ff.

Dr. Solitscher: Flugblatt an die austretenden Schulkinder. II. S. 95.

Die geundheitliche Fürsorge für die deutsche Jugend in Böhmen wird in tatkräftigster Weise gefördert vom Ärztkomitee der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag.

Erlass des Ministers für Kultus und Unterricht vom 26. November 1878.

Der k. k. Landesschulrat für Niederösterreich hat die ihm unterstehenden Bezirkschulräte sowie die Direktoren der Mittelschulen und verwandten Lehranstalten, dann der Spezial- und Fachschulen aufmerksam gemacht, daß es nach dem in ärztlichen und Lehrerfreien gemachten Erfahrungen geboten ist, die Schonung der Sehorgane der Schüler die sorgfältigste Beachtung zuzuwenden, insbesondere die Überhandnahme der Kurzsichtigkeit unter der Schulfugend tunlichst zu verhüten. Zugleich hat derselbe die Bezirkschulräte angewiesen:

a) dafür Sorge zu tragen, daß die Verordnungen über die Beschaffenheit der Schulgebäude und ihrer Teile, sowie über die erforderlichen Schuleinrichtungen strenge gehandhabt werden;

b) den Lehrern zur Pflicht zu machen, daß sie auf die entsprechende Körperhaltung der Schüler beim Schreiben und Zeichnen Rücksicht nehmen, die Schüler mit Hausaufgaben und namentlich mit solchen, welche die Augen anstrengen, nicht überbürden und in der Aneignung einer kleinen Handschrift von Seiten der Schüler entgegenwirken. Bezüglich jener Schüler, bei welchen sich der Beginn der Kurzsichtigkeit äußert, haben die Lehrer mit den Angehörigen das Einvernehmen zu pflegen und die Inanspruchnahme eines fachkundigen Arztes zu empfehlen;

c) sind in weiblichen Arbeitsschulen den Mädchen unter zehn Jahren Handarbeiten nicht zu gestatten, welche wegen ihrer Feinheit näher als 25 Zentimeter ans Auge gebracht werden müssen. Auch bei älteren Schulumädchen sind Arbeiten, welche die Augen anstrengen, auf das nothwendigste Maß zu beschränken, und es ist mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Lokalitäten der Arbeitsschulen hinlänglich licht und mit entsprechenden Arbeitstischen versehen sind;

d) ist bei den Anträgen auf Genehmigung der Schulbücher darauf zu sehen, daß der Druck möglichst groß und rein und das Papier weiß sei;

e) ist dort, wo in den Schulen wenigstens zeitweise eine künstliche Beleuchtung notwendig ist, für hinlängliches Licht Sorge zu tragen;

f) haben die Schulaufsichtsorgane in Absicht auf die Wahrung der in Rede stehenden Interessen vorzüglich auch die Privat-Lehranstalten zu überwachen, weil in diesen die Schullokalitäten und Schuleinrichtungen nur zu häufig weit ungenügender sind als in den am schlechtesten bestellten öffentlichen Volksschulen.

Ich bringe diese Anordnung der k. k. . . . mit dem Zusaße zur Kenntniß, daß bei Aufstellung der Stundenpläne für jene Lehrgegenstände, welche eine stärkere und anhaltende Betätigung der Augen behufs scharfen Nachsehens erheischen, z. B. für die weiblichen Handarbeiten, Schreiben und Zeichnen womöglich nur die besten Tageszeiten zu wählen sind und daß, wenn nur irgend tunlich, die Vornahme solcher Lehrgegenstände bei künstlicher Beleuchtung der Schulzimmer ganz zu unterlassen ist.

Da der Schul-Gesundheitspflege im Sinne der Min.-Vdg. vom 9. Juni 1873, Z. 4846, stete Sorgfalt zuzuwenden ist, ersuche ich die k. k. . . . die Angelegenheit in eingehende Erwägung zu ziehen und allfällig durch ähnliche Weisungen auf die unterstehenden Schulbehörden und Schulaufsichtsorgane zu wirken.

Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 10. April 1883, Z. 21.063 ex 1882,

betreffend die Gesundheitspflege in den Schulen.

Mit der Ministerial-Verordnung vom 9. Juli 1873, Z. 4816, sowie mit den für einzelne Länder erlassenen besondern Verordnungen über die Einrichtung der Schulhäuser der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen und über die Gesundheitspflege in diesen Schulen wurden auch Bestimmungen über die Ventilation, die Temperatur, Lüftung und Reinhaltung der Schullokalitäten und über die körperliche Haltung und Entwicklung, sowie über die Reinlichkeit der Schulkinder getroffen.

Es ist jedoch die Wahrnehmung gemacht worden, daß diese Bestimmungen an zahlreichen Schulen nicht in jener strikten Weise zur Durchführung gelangen, welche im Interesse der Gesundheitspflege in den Schulen überhaupt und namentlich auch zur Verhinderung der Verbreitung ansteckender Krankheiten unter den Schulkindern dringend geboten ist. Insbesondere wird darüber Klage geführt, daß den Vorschriften über die Reinhaltung der Schullokalitäten, nach welchen die Schulzimmer, Treppen, Gänge und Schuleinrichtungsgegenstände in der Regel täglich vom Schmutz und Staub sorgfältig zu reinigen, und die Fußböden wenigstens viermal während des Schuljahres gründlich aufzuwaschen sind, in vielen Schulen nicht entsprochen wird.

Eine weitere Klage betrifft die meist übermäßig hohe Temperatur in den Schulzimmern und die nicht ausreichende Lüftung der Schulräume.

Um diesen Umständen zu begegnen, werden die Schulleitungen verantwortlich zu machen sein, daß die eingangs erwähnten Bestimmungen der betreffenden Ministerial-Verordnungen in striktester Weise zur Durchführung gelangen, und daß insbesondere bei der Beheizung der

Schulzimmer stets darauf gesehen werde, daß das Maximum der Temperatur 15 Grad Reaumur nicht überschreite und daß eine konstante Wärme von mindestens 13 Grad Reaumur erreicht werde.

In Ländern, wo ständige Kommissionen für die Schulgesundheitspflege bei den Bezirksschulbehörden nicht aktiviert sind, ist im Einvernehmen mit der politischen Landesbehörde zu sorgen, daß in allen bei den Bezirkschulräten zur Behandlung kommenden, die Schulgesundheitspflege betreffenden Angelegenheiten die kompetenten amtlichen Sanitätsorgane zu Rate gezogen und dieselben auch veranlaßt werden, daß sie bei ihren Dienststreifen im Bezirke auf den sanitären Zustand der Schulen ihre Aufmerksamkeit richten und die bei ihren Inspizierungen der Schulen in dieser Beziehung wahrgenommenen Übelständen dem Bezirkschulrate zur Anzeige bringen, welcher sodann sofort die erforderliche Abhilfe zu treffen haben wird. Zu diesem Behufe werden die amtlichen Sanitätsorgane mit einer besonderen Instruktion zu versehen sein, hinsichtlich welcher die Landes Schulbehörden mit dem betreffenden Landes-Sanitätsrate das erforderliche Einvernehmen zu pflegen haben.

Erlaß des Landeschulrates vom 5. September 1887, Z. 30.239,

betreffend die Belehrung der Bevölkerung über den Nutzen der Impfung gegen die Blatternkrankheit.

Als ein wesentliches Mittel zur Förderung der Impfung wurde mit dem Hofk.-Dekr. vom 9. Juli 1836, Z. 13.192, §§ 12 und 13, die Belehrung der Bevölkerung über den Nutzen der Impfung von Seite der Schullehrer bestimmt.

Über Ersuchen der k. k. Statthalterei werden die k. k. Bezirkschulräte angewiesen, die Ortschulräte und Volksschullehrer aufzufordern, die Bevölkerung, so oft sich dazu die Gelegenheit bietet, über den Nutzen der Impfung zu belehren, namentlich die Eltern aber gelegentlich der Aufnahme ihrer Kinder in die Schule zu ermahnen, die ungeimpften Kinder impfen, beziehungsweise die geimpften Kinder wiederimpfen zu lassen.

Verordnung des k. k. Ministers für Kultus und Unterricht vom 12. März 1888, Z. 7099 ex 1887, LGBL. Nr. 40,

mit welcher auf Grund des § 17 des Landesgesetzes vom 19. Febr. 1870, LGBL. Nr. 22, zur Regelung der Errichtung, der Erhaltung und des Besuchs der öffentlichen Volksschulen und nach gepflogenen Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium des Innern Bestimmungen über die Einrichtung der Schulgebäude der öffentlichen allgemeinen Volks- und der Bürgerschulen und über die Gesundheitspflege in diesen Schulen für das Königreich Böhmen erlassen werden.

Verordnung des k. k. Ministers für Kultus und Unterricht vom 12. März 1888.

§ 21. Nächst dem Gehirn bedarf das Auge des Kindes während des Unterrichtes der sorgfältigsten, schonendsten Berücksichtigung und ist daher von dem Lehrer alles zu beobachten, war zur Erreichung dieses Zweckes dienlich erscheint.

Zum Schutze der Augen gegen blendendes Sonnenlicht hat der Lehrer die Fenstervorhänge stets in der geeigneten Weise zu handhaben und insbesondere dafür zu sorgen, daß das Einfallen des Lichtes von zwei entgegengesetzten Seiten des Schulzimmers vermieden und das etwa von vorne einfallende Licht entweder ganz abgeperrt oder nach Bedürfnis gedämpft wird.

Auch hat der Lehrer beim Unterrichte die Aufstellung der Schul- und Wandtafeln, Wandkarten u. dgl. zwischen zwei hell erleuchteten Fenstern sorgfältig zu vermeiden. Bei Zwielflicht darf kein Unterrichtsgegenstand, welcher die Augen anstrengt, vorgenommen werden.

Die sogenannte Lokation der Schüler nach ihren Leistungen darf in den Volks- und Bürgerschulen nicht stattfinden.

Kurzichtigen Schülern ist stets ein geeigneter Platz anzuweisen.

Verordnung des k. k. Ministers für Kultus und Unterricht vom 12. März 1888, Z. 7099.

§ 25. Körperliche Haltung und Entwicklung der Schulkinder.

Beim Gehen und Stehen soll von den Schülern eine gerade und aufrechte, jede Schlaffheit vermeidende Haltung verlangt werden.

Bei mündlichem Unterrichte, wo die Schüler sich bloß zuhörend oder sprechend, ohne Gebrauch eines Lehr- oder Lernmittels verhalten, sollen die Schüler gerade sitzen, so daß die Rückgratlinie sich in senkrechter Stellung befindet und der Rücken im Kreuz eingebogen ist. Zwischen dem Sitzen in den Bänken und dem Stehen im freien Raume des Schulzimmers ist jedoch, wo es immer angeht, ein angemessener Wechsel zu beobachten.

Das Verstecken der Hände unter der Bank oder in den Taschen, sowie jede unangemessene oder unanständige Stellung der Beine ist nicht zu dulden.

Damit die Schüler beim Gang zu und von der Schule mit Büchern, Heften und anderen Schülerfordernissen nicht allzusehr belastet werden, ist darauf zu halten, daß sie nur das Notwendige mit sich bringen.

Überdies ist Knaben und Mädchen das Tragen eines Ränzchens anzuraten, das Büchertragen unter dem linken Arme zu untersagen.

Um die physische Entwicklung der Schüler zu befördern und eine gute körperliche Haltung derselben zu erzielen, empfehlen sich insbesondere dort, wo nicht bereits ein ordentlicher Turnunterricht stattfindet, in den Unterrichtspausen gymnastische Übungen und Spiele, ebenso an freien Nachmittagen Spaziergänge der Lehrer mit den Schülern.

Bei den Übungen im Gesange ist das Stimmorgan der Kinder vor zu früher oder zu großer Anstrengung, sowie vor allen verderblichen Einflüssen zu hüten und ist jeder krankhaften Disposition aufmerksam vorzubeugen.

Auch darf der Lehrer nie vergessen, daß die Pubertätsjahre insbesondere bei den Mädchen immer eine gewisse Schonung in bezug auf vorwiegend geistige Tätigkeiten erheischen.

In den Stunden für weibliche Handarbeiten, namentlich bei Nadelarbeiten, müssen wiederholte kurze Ruhepausen eintreten, worin die Kinder eine ihrer Arbeitsstellung entgegengesetzte Lage einnehmen und das Auge frei auf entferntere Gegenstände schweifen lassen.

§ 26. Reinlichkeit der Schulkinder.

Bezüglich der pflichtmäßigen Sorge des Lehrers für die Reinlichkeit der Schüler wird auf den § 22 der Schul- und Unterrichtsordnung gewiesen.

Die Schüler sollen nie anders als rein gewaschen an Händen und Gesicht und mit ordentlich gekämmten Haaren in der Schule erscheinen.

Zu diesem Ende soll der Lehrer von Zeit zu Zeit vor Anfang der Schule die Kinder mustern und diejenigen, welche unanßer zur Schule kommen, entweder nach Hause schicken, um sich reinigen zu lassen, oder die Reinigung sofort außerhalb des Schulzimmers vornehmen lassen.

Es darf nicht geduldet werden, daß Mädchen, deren Haare nicht in Ordnung sind, mit einer Haube oder sonstigen Kopfbedeckung diesen Mangel verhüllen.

§ 27. Natürliche Bedürfnisse der Schulkinder.

In der Regel soll den Schülern nicht versagt werden, während des Unterrichtes zur Befriedigung natürlicher Bedürfnisse abzutreten.

Der Lehrer hat aber die Schüler mit Vorsicht daran zu gewöhnen, daß sie für diesen Zweck die Unterrichtspausen benützen.

Es ist nicht zu dulden, daß die Schüler zu lange in den Aborten verweilen, auch sollen in der Regel nie mehrere Schüler zugleich während des Unterrichtes abtreten dürfen.

Erlass des Landes-Schulrates vom 9. April 1888

zur Hintanhaltung der Verbreitung ansteckender Krankheiten in den Schulen.

§ 1. Der Leiter einer Schule ist verpflichtet, den Gesundheitszustand der Schulkinder an der seiner Leitung anvertrauten Schule mit größter Sorgfalt zu überwachen.

§ 2. Jeder Schüler, welcher an einer ansteckenden Krankheit (Krähe), ansteckende Augenentzündung, Blattern, Scharlach, Masern, Keuchhusten, Diphtheritis, Parotitis und Dysenterie) leidet, ist vom Schulbesuche ins solange fernzuhalten, bis durch ein ärztliches Zeugnis festgestellt wird, daß der Wiederbesuch in der Schule für die anderen Schüler keinen Nachteil bringt.

§ 3. Ebenso dürfen in demselben Hauswesen (das ist Familie, Wohnung) lebende Lehrpersonen, wie auch Schüler, welche mit einer an Blattern oder Masern, Scharlach, Diphtheritis und Typhus erkrankten Person gemeinschaftlich wohnen oder sonst in einer die Fortpflanzung des Contagiums ermöglichenden Berührung stehen oder in der letzten Zeit gestanden sind, die Schule ins solange nicht betreten, bis von ärztlicher Seite das Nichtvorhandensein einer Ansteckungsgefahr für die Schulkinder bestätigt wird.

§ 4. Dem Leiter der allgemeinen Volksschule oder der Bürgerschule obliegt es, jede zu seiner Kenntnis gelangende Erkrankung eines Schülers oder einer Schülerin an einer der im

§ 2 bezeichneten Krankheiten sofort dem Gemeindevorstande unter Inanspruchnahme der gemeinbedürftlichen Intervention anzuzeigen und hievon dem Ortschulrate die Meldung zu erstatten.

§ 5. Der Leiter der Schule hat sorgfältig darauf zu achten, ob nach vorgekommener Erkrankung eines Schülers an einer der im § 2 genannten Krankheiten nicht etwa gegen Ablauf der sogenannten Inkubationsperiode, d. h. jenes Zeitraumes, welcher von der Aufnahme des Krankheitsstoffes bis zum Ausbruche der Krankheit verstreicht (bei Mätern 12 Tage, bei Scharlach und Diphtheritis 8 Tage, bei Blattern 14 Tage), die unmittelbaren Schulsachbaren des Erkrankten in gleicher Weise erkranken.

§ 6. Der Leiter einer Schule ist ferner verpflichtet, sein Augenmerk darauf zu richten, ob nicht unter den Bewohnern des Schulhauses selbst Fälle ansteckender Krankheiten der obbezeichneten Art vorkommen. Insbesondere sind im Schulhause wohnende Bedienstete streng zu verhalten, jeden bei ihren Hausgenossen vorkommenden Fall einer derartigen Erkrankung sofort dem Schulleiter anzuzeigen.

§ 7. Die Wiedereröffnung einer wegen bestehender Infektionsgefahr gesperrten Schule darf nur mit Zustimmung der politischen Behörde im Einvernehmen mit der betreffenden Schulbehörde nach vollständig durchgeführter Beseitigung jeder Infektionsgefahr durch das behördlich angeordnete Verfahren als: Desinfektion, Reinigung, Lüften usw. erfolgen.

§ 8. Den Schülern ist das Betreten solcher Wohnungen, in welchen infektiöse Krankheiten herrschen, strengstens zu verbieten.

§ 9. Die korporative Begleitung von Leichenbegängnissen an infektiösen Krankheiten Verstorbener durch die Schuljugend ist nicht zu gestatten.

§ 10. Die Absätze 2, 3, 8 und 9 dieser Verordnung sind jährlich beim Beginn des Schuljahres und beim Auftreten einer epidemischen Krankheit in allen Schulklassen zu publizieren.

§ 11. Vorstehende Verordnung findet auch bei Privatanstalten, Kleinkinderbewahranstalten und Kindergärten sinngemäße Anwendung.

Anleitung zum Desinfektionsverfahren bei ansteckenden Krankheiten nach den Anträgen des obersten Sanitätsrates, welche den politischen Landesbehörden mit dem Erlasse des h. f. f. Ministeriums des Innern vom 16. August 1887, Z. 20.662 ex 1886, zur Darnachachtung mitgeteilt wurden, befinden sich im Jahrgang 1886 des Verordnungsblattes S. 38 und im Jahrgang 1893, S. 164.

Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 9. Juni 1891, Z. 9043, betreffend die Mitwirkung der Volksschullehrer zur Sicherung eines guten Impfzustandes der Schulkinder.

Das k. k. Ministerium des Innern hat mit Note vom 24. März l. J., Z. 5533, anher mitgeteilt, daß es Kenntnis davon erhalten habe, daß seitens der Leiter der Volksschulen die Mitwirkung zur Konstatierung des Impfzustandes der in Volksschulen eintretenden Kinder durch Abforderung der Impfscheine in wiederholten Fällen abgelehnt wurde.

Da die Abforderung der Impfscheine beim Eintritt der Kinder in die Volksschule als eine aus den noch in Kraft stehenden Bestimmungen des mit dem Hofkanzleidekrete vom 9. Juli 1836, Z. 13.192, erlassenen Impf-Normativs sich ergebende notwendige Maßregel zur Verhütung des Blatternausbruches unter der Schuljugend zu betrachten zu machen, daß der k. k. Landesschulbehörde, die unterstehenden Schulorgane darauf aufmerksam ist, ersuche ich die § 123 dieses Normativs es den Volksschullehrern ausdrücklich zur Pflicht macht mitzuwirken, damit die Bevölkerung beziehungsweise die Schuljugend, richtige Begriffe über die Kuhpocken-Impfung erlange und die Vorteile derselben kennen lerne, und daß die Sicherung eines guten Impfzustandes geradezu eine fundamentale Förderung der Schulgesundheitspflege ist.

Insbetondere ersuche ich die k. k. Landesschulbehörde anzuordnen, daß bei Aufnahme der Schüler in die Volksschule auch die Vorlage des Impfzeugnisses gefordert und über alle, dieses Nachweises entbehrenden Schulkinder Verzeichnisse nach dem im Anschlusse mitfolgenden Formulare zum Gebrauche der Sanitätsbehörden angelegt werden. Diese Verzeichnisse sind von den Schulleitern an den Bezirkschulrat einzusenden und von demselben ohne weitere Begleitung der politischen Behörde I. Instanz in kürzester Zeit zu überreichen.

Ferner ersuche ich die Veranlassung zu treffen, daß die Volksschullehrer gelegentlich der Abhaltung der Bezirks-Lehrerkonferenzen angewiesen werden, die von den Sanitätsorganen ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der Impfung der Kinder mit ihrem Einflusse bereitwilligst zu unterstützen und überhaupt den Bestrebungen dieser Organe auf Förderung des Impfwesens, soweit es innerhalb ihres Wirkungskreises tunlich ist, jeden möglichen Vorstoß zu leisten.

Mit der Überwachung der Durchführung der infolge dieses Erlasses seitens der k. k. Landesschulbehörde zu treffenden Anordnungen sind die Bezirks- und die Landesschulinspektoren für das Volksschulwesen gelegentlich ihrer Inspektionsreisen zu betrauen.

Erlaß des Landesschulrates vom 30. August 1892, Z. 22.482,
betreffend die Anordnungen für die Schulen anlässlich der Choleraepidemie.

Erlaß vom 16. März 1899, Z. 4817,
betreffend die Desinfektion von Schulräumen mit Formaldehyd.

Dieses Desinfektionsmittel erweist sich laut Erlasses und des darin bezogenen Gutachtens des k. k. Obersten Sanitätsrates vom 9. Juli 1898 als ein kräftiges, bei direkter Einwirkung Bakterien und Sporen tötendes Mittel, welches in geeigneten Fällen auch zur Desinfektion von Schulräumen verwendet werden kann.

Die Desinfektion von Schulräumen soll nach Weisung der politischen Bezirks- als Sanitätsbehörden unter Überwachung der verantwortlichen fachverständigen Sanitätsorgane vorgenommen werden.

Erlaß des Landesschulrates vom 28. März 1902,
betreffend die Mitwirkung der Lehrer bei Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes.

Auf dem in Wien stattgehabten VIII. internationalen Kongresse gegen den Alkoholismus ist der Ruf laut geworden, daß auch die Schule an dem Kampfe gegen den Alkoholismus teilzunehmen habe. Der k. k. Bezirksschulrat wird aufgefordert, die Lehrerschaft anzuweisen, die Jugend beim Unterrichte wiederholt und nachdrücklich auf die Gefahren des fortgesetzten und übermäßigen Alkoholgenußes aufmerksam zu machen. Die Leiter und Direktoren sind anzuweisen, bei der ihnen laut des Ministerial-Erlasses vom 15. Dezember 1871, Z. 2802, zustehenden Wahl der in die Schülerbibliotheken einzureichenden Bücher auf die Interessen der auf die Bekämpfung des Alkoholismus abzielenden Bestrebungen wahrzunehmen. Ebenso bei den Lehrerbibliotheken und Bezirkslehrerbibliotheken. Laut Erlasses des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 28. Feber 1902, Z. 3961, hat die Zentralkommission der k. k. Schulbücherverlage den Auftrag erhalten, wegen Abfassung einer populären, zur Verteilung an die Schüler der allgemeinen Volks- und Bürgerschulen bestimmten einschlägigen Abhandlung die nötigen Schritte einzuleiten.

Erlaß des Landesschulrates vom 13. Juni 1902, Z. 13.802,
betreffend den Vorgang bei der Impfung von Schulkindern in den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen.

Die Schulleitungen sind verpflichtet, von allen Schulkindern, welche Impfzeugnisse nicht beibringen oder ungeimpft sind, Verzeichnisse nach dem durch obigen Erlaß eingeführten Formulare zu verfassen und im Wege des Bezirksschulrates der Bezirkshauptmannschaft zu überreichen. Betreffend den Vorgang bei der Vornahme der Impfung gilt nachstehendes: Die Impfung ist nach Schluß des Vormittagsunterrichtes, welchem ein schulfreier Nachmittag folgt, vorzunehmen, wobei sich die Schulleitungen mit den Impfarzten direkt ins Einvernehmen zu setzen haben. Der Tag ist der Bezirkshauptmannschaft anzuzeigen, welche den Ärzten obige Verzeichnisse übermittelt und die Beschaffung des Impfstoffes veranlaßt. Die Kinder sind vom Impfungstage behufs Verständigung der Eltern in Kenntnis zu setzen. In impfungsfeindlichen Gegenden können außer der mündlichen Belehrung der Kinder in der Schule besondere gedruckte Belehrungen über die Unschädlichkeit und die Vorteile der Impfung an die Schulkinder verteilt werden, welche diese ihren Eltern oder den rechtmäßigen Besorgern zu übermitteln haben. Diese Druckexemplare werden durch den k. k. Bezirksschulrat den Schulleitungen übermittelt und den Eltern jener Kinder ausgeteilt, welche ungeimpft, ohne Erfolg geimpft, mit einem Impfzeugnisse nicht versehen oder infolge Ablauf von zehn Jahren revakzinationsbedürftig sind. Am bestimmten Tage sind die Impfungen nach dem Verzeichnisse unter Ausschuß derjenigen Kinder vorzunehmen, deren Angehörige sich der Schulleitung gegenüber ablehnend äußerten.

Entscheidung des Landesschulrates vom 30. September 1902.

Die Lehrer haben zu Beginn des Schuljahres bei der Bestimmung der Sitzplätze auf die Kurzsichtigen und Schwerhörigen Rücksicht zu nehmen.

Entscheidung des Landesschulrates vom 27. Mai 1903.

In der Schule soll die Vornahme einer regelmäßigen und sorgfältigen Mund- und Zahnreinigung nachdrücklich empfohlen sowie darauf hingewiesen werden, wie nötig es erscheint, beginnende Zahnschäden rechtzeitig beseitigen zu lassen.

Erlaß des Landesschulrates vom 19. Mai 1904, Z. 14.487,

betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose.

Das k. k. Statthaltereipräsidium hat anher mitgeteilt, daß es an alle k. k. Bezirkshauptmänner den Erlaß vom 27. März 1904, Z. 5497 präsl., gerichtet hat, in welchem folgendes ausgeführt wird:

„Es wurden in Böhmen zwei Landeshilfsvereine für Lungenkranke gegründet, und zwar der „Deutsche Landeshilfsverein für Lungenkranke in Böhmen“, an dessen Spitze der k. k. Ober-sanitätsrat, Universitätsprofessor Dr. Ritter v. Jaksch, steht, und der „Český pomocný zemský spolek pro nemocné s plicními chorobami v království Českém“, dessen Obmann der k. k. Universitätsprofessor Dr. Maizner ist. Vereinszweck ist Einschränkung der Tuberkulose. Er soll erreicht werden durch erziehlchen Einfluß auf die Bevölkerung, Verbreitung von Belehrungen über Ansteckungsgefahr und Verhaltensmaßnahmen zum Schutze. Die Gründung von Zweigvereinen ist in Aussicht genommen. Auf diese Weise sollen alle Bevölkerungsschichten zur Teilnahme an diesem Werke der sozialen Wohlfahrtspflege gewonnen werden. Auch Hilfsstationen, Erholungs- und Heilstätten sollen errichtet werden. Ist im dortigen Bezirke die Disposition günstig, so möge der k. k. Bezirkshauptmann diese Bestrebungen fördern.“

Hievon wird der k. k. Bezirksschulrat zwecks Mitteilung an die Schulen in Kenntnis gesetzt.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

§ 68. Bei der Überwachung des Schulbesuches haben die Lehrer die Vorschriften über die Gesundheitspflege in der Schule streng zu beachten.

Kinder, die durch ihre Anwesenheit die Verbreitung ansteckender Krankheiten befürchten lassen, sind von der Schule fernzuhalten. Der Schulbesuch ist ihnen nur unter Beachtung der hygienischen Vorschriften wieder zu erlauben. Ebenso sind Kinder, die mit ekelhaften Krankheiten behaftet sind oder in einem ekelerregenden Zustande zur Schule kommen, von der Schule fernzuhalten; sie dürfen die Schule erst dann wieder betreten, wenn das Übel behoben ist.

§ 77. Die Lehrer werden nicht verabsäumen, die Schulkinder mit den wichtigsten Regeln der Gesundheitspflege bekannt zu machen, sie insbesondere über die Schädlichkeit des Genußes geistiger Getränke aller Art, wie Bier, Wein, Brantwein u. dgl. und über die Schädlichkeit des Tabakrauchens in der Jugend wiederholt und eindringlich aufzuklären und ihr die Gefahren des fortgesetzten und übermäßigen Alkoholgenußes oder Tabakrauchens darzulegen.

Erlaß des Landesschulrates vom 13. Mai 1905, Z. 19.807. Genickstarre.

Erlaß des Landesschulrates vom 5. Juli 1905, Z. 12.441.

Mit Rücksicht auf die Gefahren des Tabakrauchens im jugendlichen Alter findet der k. k. Landesschulrat anzuordnen:

1. Das Rauchen ist den Volks- und Bürgerschülern strengstens zu verbieten. Das Verbot ist in die event. Disziplinarverordnungen aufzunehmen. Gegen Zuwiderhandelnde ist mit den zulässigen Strafmitteln vorzugehen.

2. Die Schulkinder sind bei jeder Gelegenheit über die Schädlichkeit des Rauchens zu belehren.

3. Die Ortsschulräte haben auf Grund des § 11, Abs. 6, des Gesetzes vom 24. Febr. 1873, LGBI. Nr. 17, die Lehrerschaft in diesem Bestreben zu unterstützen.

4. Im Schulgebäude ist das Rauchen außer in den zum Privatgebrauche dienenden Räumen zu verbieten.

Korporationen, welche volkstümliche Vorträge veranstalten, sind zu ersuchen, dieser Gelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Erlaß des Landes Schulrates vom 20. Dezember 1905,

betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose an Volks- und Bürgerschulen.

Das Präsidium des Landesverbandes des Hilfsvereins für Lungenkranke im Königreiche Böhmen hat unter dem 22. April 1905 den k. k. Landeschulrat ersucht, die Bestrebungen dieses Vereines unterstützen zu wollen. Der k. k. Landeschulrat wird aufgefordert, den Schulleitungen die Min.-Vdg. über Schulgesundheitspflege vom 12. März 1888, Z. 7099 ab 1887, in Erinnerung zu bringen, insbesondere die Bestimmungen, die sich auf die Heizung (§ 9), die Ventilation (§ 10), die Temperatur der Schulklosetts (§ 18), das Lüften der Schulklosetts (§ 19), die Reinhaltung der Schulklosetts (§ 20), die körperliche Haltung und Entwicklung der Schulkinder (§ 25), die Reinlichkeit der Schulkinder (§ 26), beziehen endlich die Schlußbestimmungen. (§ 28). Außerdem ist folgendes zu beachten:

1. Bei den Lokalkonferenzen ist auch die Lehre über die Tuberkulose zu besprechen; bei den Bezirkslehrerkonferenzen sollen Vorträge von Ärzten oder Lehrern gehalten werden.

2. Passende Abhandlungen über die Tuberkulose sind für die Bezirks- und Lokallehrerbibliotheken anzuschaffen.

3. Nach § 20 obiger Verordnung ist auch auf den Raum unter den Schulbänken zu achten. Das Staubabwischen erfolgt am besten erst am Tage nach dem Rehren des Schulklosetts, u. zw. vor dem Unterricht. Die Aborte müssen oft kontrolliert und gereinigt werden.

4. Sind die Schulräume, was zu vermeiden ist, zu anderen Zwecken verwendet worden, so sind sie gut zu reinigen. Wurden sie als Hospital für infektiöse Kranke verwendet, so sind die Wände der Zimmer, Gänge, Vorhäuser und Aborte abzukratzen und zu tünchen. Der Boden der Schulzimmer und Aborte ist mit Lauge zu scheuern oder zehn Stunden hindurch mit Kresollösung (aqua cresotica) feucht zu erhalten und dann zu waschen. Möbel ebenso so desinfizieren (alles unter Aufsicht eines Stadt-, Distrikts- oder Bezirksarztes). Der Boden der Vorhäuser ist zu waschen.

5. Außer den Bestimmungen des obigen § 20 empfiehlt sich die Benützung von Schulschuhen auch Turnschuhen u. dgl.).

6. In jedem Schulzimmer ist eine Zweilitersflasche mit Kresollösung unter Verschluss zu desinfektionszwecken bereit zu halten.

7. Spucknapfe aus Porzellan oder gut emailliertem Eisenblech sind aufzustellen, sie sind teilweise mit Wasser zu füllen und werden täglich in ein Sammelgefäß entleert, das frische Kalkmilch oder eine heiße 2% Sodaauslösung enthält. Der Inhalt wird nach einer Stunde in den Abort geschüttet. Zum Füllen eignet sich auch fein verriebener Torf. Die Spucknapfe werden mit heißer Kalkmilch, frischer Soda oder kochendem Wasser gereinigt. Der Desinfizierende hat sich eines Halters zu bedienen, der in eine Die des Napfes paßt.

8. Wenn auswärtige Schüler die Mittagspause in der Schule zubringen, so darf die Reinhaltung und Lüftung der Räume nicht darunter leiden. Diesen Schülern ist ein Schulzimmer, das gehörig gelüftet worden ist, zum Aufenthalte anzuweisen. Vor jeder Gesangsstunde und vor und nach dem Turnen ist eine besonders ausgiebige Ventilation nötig.

9. In Suppenanstalten für die über Mittag bleibenden Kinder ist die Verabreichung von Milchkost zu erwägen.

10. Die Bibliotheken sind rein zu halten und womöglich einmal im Jahre zu desinfizieren. Zur Zeit einer Epidemie kann die Bücherentlöschung eingestellt werden. Die Armenbücher sollen oft gereinigt und desinfiziert werden, sehr beschmutzte und abgegriffene dürfen nicht mehr verwendet werden. Die Einbanddecken sind von den Schülern in Papier einzuschlagen. Die Lehrer können sich nach der Bücherausgabe die Hände mit Kresollösung waschen.

11. Bei Gelegenheit sind die Schüler zu belehren, sich viel in freier Luft, nicht in rauchigen und staubigen Lokalen aufzuhalten, nicht ohne Not fremde Trinkgeschirre, Lehrbücher und Schulrequisiten zu benützen, das Ausspucken auf den Boden, das Kratzen der Fingernägel, das Anspickeln der Finger beim Blättern u. u. zu unterlassen.

12. Die Kinder sollen den Auswurf nicht verschlucken.

13. An den Wänden können auch zur Reinlichkeitspflege mahnende Sprüche vorgebracht werden.

12. Schulleiter und Lehrer haben bei Anzeichen, welche diese Krankheit befürchten lassen, die Eltern oder Postgeber sofort darauf aufmerksam zu machen. Ist ärztlicherseits Tuberkulose konstatiert worden, so soll dem Schüler unauffällig ein Schutz angewiesen werden. Ist eine zum Haushalt gehörige Person erkrankt, so sind die Eltern auf die Ansteckungsgefahr aufmerksam zu machen.

15. Ein an Tuberkulose erkrankter Lehrer ist bei Ansteckungsgefahr (sei er auch arbeitsfähig) durch eine andere Lehrkraft zu supplieren; ist dies nicht sogleich möglich, so sind vom Lehrer alle Desinfektionsmaßnahmen zu treffen.

16. Bei der Anstellung von Schuldienern ist auf deren Gesundheitszustand zu achten; erkrankten sie nachher, so ist ähnlich wie im § 15 vorzugehen.

Mit Rücksicht auf § 69 der Schul- und Unterrichtsordnung für allg. Volks- und Bürgerschulen wird dem k. k. Bezirksschulrate eine Abschrift der vom Präsidium des Landesverbandes

der Hilfsvereine für Lungenkranke anher vorgelegten „Leitsätze für Ärzte“ zur Mitteilung an die im obigen § bezeichneten Ärzte übermittelt.

Die Gemeindevertretungen und Ortschulräte sind aufzufordern, Suppenanstalten und Kinderasyle zu gründen, arme Schüler mit Schulshuhen und Taschentüchern zu betheilen etc. Wo die Gesundheit gefährdende Gebäude bestehen, ist Abhilfe zu schaffen, bes. ist in richtiger Weise zu heizen und zu lüften. Obiger Landesverband hat als wünschenswert bezeichnet:

1. daß getrennte Schulen für tuberkulöse Kinder geschaffen werden;
2. daß Schulleiter und Schuldiener in Nebengebäuden wohnen;
3. daß die gewerblichen Fortbildungsschulen eigene Schulräume erhalten;
4. daß die Wände mit Planstrich versehen, die Fußböden aus hartem, fugenfreien Materiale seien;
5. daß Desinfektionsvorrichtungen für die Sputa angeschafft werden;
6. daß nur ein- und zweiflügelige Bänke geduldet werden;
7. daß Duschbäder und Schulklosetts mit Vorräumen eingeführt werden.

Leitsätze für Ärzte.

1. Die Ärzte haben jede Erkrankung den Eltern anzuzeigen; diese haben die Schulleitung zu benachrichtigen und zugleich in Kenntnis zu setzen, ob der Schulbesuch zeitweise zu unterbrechen sei oder andere Befreiungen nötig sind.
2. Die Eltern sind auf die Ansteckungsgefahr und Notwendigkeit der Desinfektion aufmerksam zu machen.
3. Auch bei bloßer Disposition sind die Angehörigen zu benachrichtigen.
4. Bei äußerer Tuberkulose belehre der Arzt über das Anlegen von Verbänden, da gut verbundene Kranke nicht infizierend wirken.
5. Er belehre die Angehörigen über den Zusammenhang von Keuchhusten und Masern mit Tuberkulose.
6. Bei Ausstellung von Gesundheitszeugnissen an Lehramtskandidaten berücksichtige der Amtsarzt die Körperbeschaffenheit bezügl. der Tuberkulose. Der Grund einer etwaigen Diagnose ist anzugeben, auf etw. Ansteckungsgefahr hinzuweisen. Wegen Nachweises von Tuberkelbazillen wende sich der Arzt ev. an eine Dispensaire (Hilfsstelle) oder an ein bakteriologisches Institut an einer Universität.
7. Der Arzt soll sich den Lehrerzusammenkünften zum Zwecke der Belehrung in der Hygiene zur Verfügung stellen.
8. Er soll der Schulleitung bei der Wahl der Nahrungsmittel besonders der Milch raten.
9. Tuberkulöse Kinder sollen nicht mit gesunden gemischt in eine Ferienkolonie geschickt werden.
10. Populäre Vorträge über Prophylaxis bei Tuberkulose sind wünschenswert.
11. Vorliegendes bezieht sich auf private und öffentliche Volks- und Bürgerschulen.

Literatur.

A.

- Abstinenz, der. 7. Jahrgang 1908. Wien, Brüder Euschißky. 1.50.
 Abstinenz der christliche. 25. Jahrgang 1908. Bremen, Traktathaus. —.60.
 Achinger: Die sexuelle Pädagogik vom Standpunkte unserer sittlichen Kultur. Minden, A. Hufe = land. 1.20.
 Alkohol & Co. Berlin, Mäßigkeitsverlag. —.20.
 Alkoholfrage, die. Dresden, D. V. Böhmert. 6.—.
 Alkoholgegner, der. Reichenberg, Schloßgasse 3. 3.—.
 Alkoholgegner, der. Wien I., Spiegelgasse 19. 3.—.
 Alkoholismus, der. Seine Wirkungen und seine Bekämpfung. Berlin, Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt. 1.30.
 Altschul San.-R. Dr. Th.: Lehrbuch der Körper- und Gesundheitslehre für Mädchenheizen und ähnliche Lehranstalten. Wien, F. Tempy. 3.—.
 Arbeiter-Abstinenzbund, Deutscher. Berlin, —.20.
 Archiv, internationales für Schulhygiene. Leipzig, Engelmann. 20.—.
 Auer Lindw.: Die Einführung in ein richtiges Geschlechtsleben. Donauwörth, L. Auer. —.40.
 Anthropophylia (nur für Gelehrte). Leipzig, Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft. 30.—.
 Bode Dr. Wilh.: Aus allerlei Gasthäusern. Berlin, Mäßigkeitsverlag. —.20.
 — Rachedenkliche Geschichten vom Trinken. dtto. —.20.
 — Zum Schutze unserer Kinder vor Wein, Bier und Branntwein. dtto. —.20.
 — Deutsche Worte über deutsches Trinken. dtto. —.20.

- Baron Dr. C.: 25 Merkblätter für die Pflege und Behandlung von Kindern in gesunden und kranken Tagen. Leipzig, B. Koenig. 1.60.
- Bergfeld Dr. L.: Zerreiß die Binde vor Deinen Augen, liebe Schwester! Ein offener Brief an jedes erwachsene junge Mädchen. Heidelberg, R. Groos Nachf. 2.—.
- Bergmann Dr. Joh.: Geschichte der Antialkoholbestrebungen. Hamburg, Deutschlands Großloge II. 4.—.
- Blätter schweizerische, für Schulgesundheitspflege und Kinderschutz. Zürich, Drell Füßli. 1.20.
- Blätter zum Weitergeben. Berlin, Mäßigkeitsverlag. —.60.
- Block Dr. F.: Wie schützen wir uns vor den Geschlechtskrankheiten und ihren üblen Folgen? Leipzig, J. A. Barth. —.30.
- Blumenbach Dr. Edm.: Zur Hygiene der Schuljugend im Elternhause. Riga, Jonet & Poliewsky. 2.—.
- Bonn Edm.: Wie schützen wir unsere Jugend vor sexueller Gefährdung? Prag, C. Bellmann. —.60.
- Böckel Dr. Fritz: Alkoholismus und Recht. Jena, H. Costenoble. 2.—.
- Boennicken San.-R. Dr.: Freiheit! Ein offenes Wort zur sexuellen Frage an Deutschlands Jugend. Magdeburg, Faber. —.50.
- Czerny Prof. Dr. Ad.: Der Arzt als Erzieher des Kindes. Wien, F. Teuticke. 2.—.
- Dammann: Die geschlechtliche Frage. Leipzig, Teutonia-Verlag. 2.—.
- Dely A. (Frau Adele Pollak): Die sexuelle Erziehung der Kinder. Dux, Selbstverlag. —.20.
- Dohrn Dr. R.: Über die geschlechtliche Aufklärung der Jugend. Halle, H. Schroedel. —.30.
- Dörnberger Eug. Grafmann Karl DD.: Unsere Mittelschüler zu Hause. München, J. F. Lehmann. 5.—.
- Flugblätter des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke, Nr. 6. Gousser, ein ernstes Wort. —.01.
- Fugmann Rich.: Halt! Wandelt Euer Geschlechtsleben! Leipzig, W. Besser. 1.50.
- Gerling Reinh.: Was junge Mädchen von der Ehe wissen müssen. Dranienburg, Drania-Verlag. 2.—.
- Was muß der Mann von der Ehe wissen? dtto. 1.80.
- Gesundheit die, der Schulkinder. München-Glabbach, Volksvereins-Verlag. —.05.
- Gesundheitswarte die, der Schule. Leipzig, O. Nennrich. 1.50.
- Geschichtliches aus dem Kampf gegen den Alkoholismus in Deutschland. Berlin, Mäßigkeitsverlag. 2. Stuppe, R. g. d. A. in Weidenburg. 1.20.
- Haw Rkt. J.: König Alkohol. Essen, Fredebeul & Koenen. —.25.
- Hecht Hugo: Verbreitung der Geschlechtskrankheiten an den Mittelschulen. Leipzig, J. A. Barth. —.30.
- Heller Thdr. und Frhr. v. Pirquet: Der Stand der Schularztfrage in Österreich. Wien, M. Perles. —.50.
- Hoffmann Frau Adf.: Ins volle Leben, ins volle Glück. Hamburg, Raupes Hans. —.50.
- Holl Dr. Konst.: Sturm und Steuer. Freiburg i. B., Herder. 1.80.
- Holtscher Dr. A.: Alkohol und Kind. —.10.
- Alkoholsitte — Opiumsitte. München, C. Reinhardt. —.80.
- Hubbes Dr. F.: Die Geschlechtskrankheiten. Kronstadt, H. Zeidner. —.40.
- Impfgegner der. Dresden. 2.—.
- Jaffe K.: Über den gegenwärtigen Stand der sexuellen Jugendbelehrung. Leipzig, J. A. Barth. —.30.
- Kassowik Max: Der theoretische Nährwert des Alkohols. Berlin, J. Springer. 1.—.
- Kellenaers A.: Die Antialkoholbewegung in den Niederlanden. (Kultur und Fortschritt 163.) —.25.
- Kopp Prof. Dr. C.: Das Geschlechtliche in der Jugendberziehung. Leipzig, J. A. Barth. —.30.
- Kraepelin Prof.: Alkohol und Jugend. Basel, Alkoholgegnerbund. —.10.
- Krukenberg Frau Elsb.: Sexuelle Aufklärung, die Aufgabe der Mutter des Hauses. Leipzig, Wallmann. —.20.
- Kerna Klaus: Vita sexualis. Berlin, Verlag „Das Leben“. 3.50.
- Liebermann Prof. Dr. L. v. An die akadem. Bürger und Abiturienten höherer Lehranstalten (sexuelle Fragen). Halle, Marhold. —.40.
- Lischnewska Maria: Die geschlechtliche Belehrung der Kinder. Frankfurt a. M., Sauerländer. —.70.
- Lubow-Kaiser: Das Idealweib. Dresden, Pierson. 1.—.
- Marruse Dr. J.: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Berlin, Buchhandl. Vorwärts. —.20.
- Marruse J.: Grundzüge der sexuellen Pädagogik in der häuslichen Erziehung. München, Arztl. Rundschauverlag. 1.20.
- Mäßigkeitsblätter. Berlin, Mäßigkeitsverlag. 2.—.

- Mietzke W.: Skizzen zur Alkoholfrage. Bremen, O. Melchers. —20.
 Moll Dr. A.: Das Sexualleben des Kindes. Berlin, Herm. Walther. 5.—.
 Moll Alb.: Das Sexualleben des Kindes. Berlin, H. Walther. 5.—.
 Monatschrift, internationale zur Erforschung des Alkoholismus zc. Basel, F. Reinhardt. 4.—.
 Morgen der. Blätter zur Bekämpfung des Alkoholismus. Trier, Paulinusdruckerei. 1.—.
 Ott M.: Die Bekämpfung des Alkoholismus in der französischen Volksschule. Bielefeld, A. Helmich. —40.
 Österlen Prof. Dr.: Unser Geschlechtsleben. Dresden, Weltreform-Verlag.
 Paulsen Frd.: Moderne Erziehung und geschlechtliche Sittlichkeit. Berlin, Reuther & Reichard. 1.—.
 Petersen J.: Der Becher. Eine Sammlung von Lesebüchern zur Alkoholfrage. Hamburg, Deutschlands Großloge II. —30.
 Poelchau Dr. G.: Anleitung für die schulärztliche Tätigkeit. Hamburg, L. Voß. 2 50.
 Ponitskau Prof. Dr. R.: Gedanken zur Methodik des Kampfes gegen den Alkoholismus der Jugend. Dresden, O. B. Böhmert. —60.
 Quenfel H.: Der Alkohol und seine Gefahren. Berlin, Mäßigkeitsverlag. —20.
 Rath Stadtrat: Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen im Kampfe gegen den Alkohol. Leipzig, M. Köhler. —15.
 Richter R.: Was jeder Junge wissen sollte. Leipzig, M. Köhler. —15.
 Rosenkranz Ref. C.: Über sexuelle Belehrungen der Jugend. Halle, H. Schroedel. —50.
 Rühle Otto: Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Bremen, Buchh. Bremer Bürger-Zeitung. —20.
 Siebert Dr. F.: Die sexuelle Frage und der Sinn des Lebens. Braekwede, Dr. Breitenbach. —80.
 Siebert Dr. F.: Wie sag ichs meinem Kinde? München, C. Reinhardt. 1.80.
 Stipfle Karl: Die Aufgabe des Schularztes im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege. Freiburg i. B., Epeyer & Kaerner. 1.—.
 Schanzerl Dr. M.: Schützt die Kinder vor den geistigen Getränken! Wien, Brüder Enschitzky. —15.
 Schlehtendahl G. A.: Wahn oder Wirklichkeit? (Schuhpockenimpfung.) Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn. 1 50.
 Sternthal Dr. A.: Geleitworte zur Fahrt in das Leben. Leipzig, J. A. Barth. —50.
 Stille Dr. G.: Alkohol und Lebensdauer. Hamburg, Deutschlands Großloge II. —50.
 Tempysky Glab. v.: Mädchen! Breslau, Gw. Buchhandl. —35.
 Tluchor A.: Sexuelle Aufklärung für heranwachsende Männer. Wien R. Graeser & Co. 1.—.
 Tranner F.: Der Jugend ärgster Feind. Donaunörrth, L. Auer. —30.
 Ungar Dr. Karl: Mäßigkeit oder Enthaltbarkeit? Hermannstadt, G. A. Seraphim. —40.
 Volksfreund gegen den Alkoholismus und für Gesundheitspflege. Essen, Friedebuhl & Koenen. 1.40.
 Volkshelmsättenverein vom Roten Kreuz und seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung im Kindesalter. Leipzig, B. Koenen. 1.—.
 Walter Prof. Dr.: Die sexuelle Aufklärung der Jugend. Donaunörrth, L. Auer. 2.—.
 Warmund Dr. G.: Loz vom Storch! Leipzig-Gohlis, B. Volger. 1.50.
 Werther Dr.: Hütet Euch! Ärztliche Mahnworte. Dresden, A. Köhler. —90.
 Wilker Karl: Die Bedeutung und Stellung der Alkoholfrage in der Erziehungsschule. München, C. Reinhardt. 2.—.
 Wissell R.: Gewerkschaftsbewegung und Alkoholfrage. —10.
 Wittels Fritz: Die sexuelle Not. Wien, C. W. Stern. 4.—.

B.

- Altschul: Gesundheitslehrer XI., 2, Erste Hilfe bei plötzlichen Erkrankungen.
 Altschul: B. M. W. 23, 24, Schulgesundheitspflege.
 Altschul: B. M. W. 10, Schulgesundheitspflege.
 Altschul Th.: Bohemia 32, Böhmens sanitäre Verhältnisse.
 Bohemia 37, Sanitäre Jahresbilanz.
 Altschul Th.: Deutsche Viertelsjahresschrift für öffentliche Gesundheitspflege 3; Kirstein, Grundzüge für die Mitwirkung des Lehrers bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten; Jessen, Der heutige Stand der zahnhygienischen Frage; Die Stellung der Schulzahnärzte als städtische Beamte.
 Altschul Th.: Die Krankenpflege im Hause (Neuer Prager Kalender für Stadt und Land).
 Altschul Th.: Lehrbuch der Körper- und Gesundheitslehre. Wien, Leipzig, Tempsky 1907.
 Altschul Th.: Sanitätsberichte. Bohemia, monatlich 1 Bericht.
 Bayer Karl: Zentralblatt für Kinderheilkunde 13, 1, 2, Aphorismen zur Kinderchirurgie.

- Bonn Edm.: P. M. W. 29, Wie schützen wir unsere Jugend vor der sexuellen Gefährdung.
 Bonn Edmund: Wie schützen wir unsere Jugend vor der sexuellen Gefährdung. Prag 1908, Carl Bellmann.
- Czerng Ad.: Der Arzt als Erzieher des Kindes. Wien, Deutsche 1908.
- Czerng: Monatsschrift für Kinderheilkunde VII, 1, Wattenberg, Wie verschaffen wir unseren Kindern gute Knochen.
- Dauzer: Der Impfgegner, Impfung eine Schande der Wissenschaft!
- Ekstein Emil, Tephiz: Gynäkologische Rundschau 18, Zur dritten Tagung der Vereinigung zur Förderung des deutschen Hebammenwesens; Nr. 21, Die Vereinigung zur Förderung des Hebammenwesens.
- Ekstein: Österreichischer Hebammenkalender 1908. Wien, M. Perles.
- Elschnig A.: Monatsschrift für Kinderheilkunde VII, 3, Über Neugeborenen-Blennorrhoe.
- Epstein M. (Hefer): Zentralblatt für Kinderheilkunde, Über den blauen Kreuzfleck und andere mongoloide Erscheinungen bei europäischen Kindern.
- Fick R.: Merkel-Bonnets Ergebnisse der Anatomie und Entwicklungsgeschichte 1907, S. 1 bis 140, Vererbungsfragen, Reduktions- und Chromosomenhypothese, Bastardregeln.
- Finger G.: Die Medizin für Alle 1908, 2, Die Geschlechtskrankheiten und die akadem. Jugend.
- Fischl Rudolf: Therapie der Kinderkrankheiten. Berlin 1909.
- Fleischner: Neues Wiener Tagblatt 57, Schulärzte in Österreich.
- F. Ganghofner (Stadthagen): Zentralblatt für die mediz. Wissenschaften 42, Über die therapeutische Verwendung des Tuberkulins im Kindesalter.
- Gottsch: Humanität XXI, 8, Schulverkrümmungen.
- Gutlaichsk Karl: Handbuch für den Unterricht der Rettungsgesellschaften in der Hilfeleistung bei Unglücksfällen. Klostergrab 1908.
- Hatschek B.: Biologisches Zentralblatt XXVIII, 9, Beantwortung der theor. Einwände Plates gegen meine Vererbungstheorie.
- Hausdorf: Gablonzer Tagblatt 113, Vorschlag zur Gründung von Heilstätten für Lungenkranke.
- Hoffmann: Österr. Mittelschule 2/3, Die Bedeutung der Farbenblindheit für die Schule.
- Holitscher A.: Alkohol und Kind, Berlin 1908. D. Arbeiter-Abstinentenbund.
- Alkoholfitte — Trinksitte, München 19 8.
- P. M. W. 11, Alkohol und Tuberkulose.
- Psychiatrisch-neurologische Wochenschrift, X, 14, Zur Frage von den Abstinenzdelirien.
- Hueppe F.: Deutsche Medizinische Wochenschrift 39, Frauenmilch und Kuhmilch in der Säuglingsernährung.
- Bohemia 315, Säuglingsernährung.
- Neue Freie Presse 15.632, Reichslehnengesetz und Gesundheitsamt.
- Jaksch R. v.: Gesundheitslehrer. Zehn Jahre „Gesundheitslehrer“.
- Kuh Rudolf: P. M. W. 52, Über das Kriechverfahren bei Stotiose.
- Lenk F.: P. M. W. 1908, 20, Zur Frage der Stillfähigkeit.
- Mahaupt: Plaudereien aus der Gesundheitslehre (Österreichs deutsche Jugend, mehrere Aufsätze).
- Moll L.: Zentralblatt für Kinderheilkunde 13/1, Zur Kenntnis der Kolizystitis und ihrer Komplikationen (Kolimengitis) bei Säuglingen.
- Archiv für Kinderheilkunde XLVIII, 3/4, Über Fettvermehrung der Frauenmilch durch Fettzufuhr nebst einem Beitrag über die Bedeutung der quantitativen Fettunterschiede für das Gedeihen des Brustkindes.
- Nerad R., Krammel: Auffsiger Tagblatt 262, Zur Junsfrage.
- Österr. Statistik LXXX., 3. Heft, Statistik des Sanitätswesens 1904.
- Pfeiffer: Humanität 1, 2, Die Schlafverhältnisse unserer Schulkinder.
- Humanität 4, Zur Errichtung von Siechenanstalten in Böhmen.
- Philipp: Oberleutensdorfer Zeitung 1908, 28, Säuglingschuk.
- Pick Jul.: Der Schularzt (Bespr. in: Das Schulzimmer V, 1).
- Pleier Franz: Zeitschrift des österr. Ingenieur- und Architektenvereines 40/2, Die Tageslichtmessung in Schulen.
- Quiersfeld, Rumburg: P. M. W. 50, Untersuchungsergebnisse der phys. und geist. Entwicklung bei 1014 Kindern vom 1.—8. Schuljahre.
- Quiersfeld G.: P. M. W. 1908, 12, Ergebnisse photometrischer Messungen in Schulen.
- Raudnitz: Monatsschrift für Kinderheilkunde VII, 7, Zwölftes Sammelreferat über die Arbeiten auf dem Gebiete der Milchwissenschaft und Molkereipraxis.
- in Buchform, Wien, F. Deutsche.
- Monatsschrift für Kinderheilkunde VI, 11, Elftes Sammelreferat über die Arbeiten auf dem Gebiete der Milchwissenschaft und Molkereipraxis.
- P. M. W. 5, Über das Verhalten der öffentlichen Gesundheitspflege zur fabrikmäßigen Milchsterilisation.

- Raudnik:** Monatsschrift für Kinderheilkunde 9, Zehntes Sammelreferat über die Arbeiten aus dem Gebiete der Milchwissenschaft und Molkereipraxis.
 — Sammelreferate nsm., Wien 1908, 8. Deutsche.
Reischl: Reichenberger Zeitung 91, Errichtung einer Volkshelilstätte für Lungenkranke in Nordböhmen.
 — Reichenberger Zeitung 108, Die erste Heilstätte für Lungenkranke Kinder in Österreich.
Ressel W.: Impfgegner XXVI, 9, 10, Ein Wort zur Gründung des Vereines impfgegnerrischer Ärzte.
 — Impfgegner 26, 11/12, Die zünftig medizinische Fachpresse bläst schon in unser Horn! Das „Wiener Tagblatt“ und unser Impfgegnerkongreß.
 — Impfgegner 7, 8. Ab. Grohmann, Schönlinde, der Nestor der österr. Impfgegner.
 — Impfgegner 5, 6, Zum neuesten Tollwutausfalle infolge von „zu später“ Impfung.
 — Impfgegner 3, 4, Eine Impffabel. Impflogik, die auf dem Kopfe steht.
Richter Aug.: Budweiser Zeitung 5, Über den Nutzen des Mädchenturnens.
Rosmanith G.: Bohemia 328, Österreichische Sterblichkeitstafeln.
Rösler G.: Reichenberger Deutsche Volkszeitung 246, Trunksucht in Mittelschulen.
 — Unverfälschte Deutsche Worte 3, Werauf es uns Abstinenzfanatikern ankommt.
Schleissner: M. M. W. 36, Kinderheilkunde.
 — P. M. W. 32, Kinderheilkunde.
 — P. M. W. 19, 20, Kinderheilkunde.
 — M. f. Kinderheilkunde VII, 2, Die allergische Reaktion als Hilfsmittel zur Diagnose der Tuberkulose im Kindesalter; auch Zentralblatt für Kinderheilkunde XIII, 6.
 — P. M. W. 4, Die allergische Reaktion als Hilfsmittel zur Diagnose der Tuberkulose im Kindesalter.
Schramm: Österr. Mittelschule 2/3, Schnelle Aufklärung und Schule.
Stein Emil: P. M. W. 26, Gerichtsärztliche Untersuchung bei Beweiszicherung im Vaterschaftsstreit.
Tausig M.: Deutsche Arbeit 12, Tuberkulosemuseen zur Volksaufklärung.
 — P. M. W. 3, Die Verbreitung der Tuberkulose in Böhmen.
 — Deutsche Arbeit, Heft 11, Tuberkulose und Arbeiterinvaliditätsversicherung.
Winternitz W.: Wiener Mediz. Wochenschr. 1907, 51, Die Entwicklung der Hydrotherapie an der Schule.
 — Neue Jr. Br. 15.625, Lupushelilstätte und Lupushelilstätte.
Willkomm Franz Robert (Warnsdorf): Kunstwart, November, Preisgekrönt (Geschlechtliche Aufklärung), erscheint im Frühjahr 1909. Dresden, Alexander Köhler.
Widwig Ad., Graf: Gesammelte Schriften gegen die Schulmedizin, Vivisektion, Impfung. Gablonz 1908.

Geistig abnormale Kinder.

Allgemeines. I. 159.

Dir. Karl Herfort: Dr. Karl Amerling. I. 165—174.

Ernestinum 1907: I. 174—176.

St. Anna Frauen-Verein. I. 177—180.

Blödsinnige. I. 185.

Geisteskranke. I. 185.

Dir. Karl Herfort: Die Schwachsinnigenfürsorge der österreichisch-ungar. Monarchie. II. 110—128.

Ernestinum, Prag-IV, 57.

(Gegründet im Jahre 1871 und erhalten vom St. Anna Frauenvereine in Prag.)

Wissenschaft und Praxis sind längst zu der Überzeugung gelangt, daß für ein schwachsinnes Kind die beste Erziehungsstätte eine den modernen Anforderungen der Schwachsinnigen-

erziehung entsprechende Anstalt ist, während die Familienpflege nach Ansicht hervorragender Ärzte und Pädagogen in den meisten Fällen sich als ungeeignet erweist, da den Eltern und Lehrern die zur Erziehung eines solchen Kindes nötigen Kenntnisse und Erfahrungen mangeln. In der gewöhnlichen Schule kann ein schwachsinntiges Kind dem Unterrichte nicht folgen, und dient seinen Schulgenossen als Zielscheibe des Spottes und Gelächters, andererseits trägt der Privatunterricht eines solchen bedauernswerten Geschöpfes die Fehler des Privatunterrichtes überhaupt, möge der Lehrer in der Schwachsinntigenerziehung noch so erfahren sein. Seine eigentliche Heimat findet das schwachsinntige Kind nur in der Anstalt, wo es unter den ihm geistig nahestehenden Kindern sich viel heimischer fühlt, als zu Hause und in der gewöhnlichen Gesellschaft; der Unterricht, die ganze Erziehung ist seiner Minderwertigkeit angepasst und nur so kann das Kind geistig gedeihen und erwerbsfähig werden.

Die vom St. Anna Frauen-Vereine erhaltene Schwachsinntigenanstalt „Ernestinum“ besteht schon seit dem Jahre 1871; ihre Leitung ruht seit einigen Jahren in der Hand des in der Anstalt wohnenden Direktors, eines sachmännlich gebildeten Arztes, und bietet vor allem dadurch die Gewähr, daß alle Fortschritte der Idiotenpflege ebenso wie die der Medizin überhaupt den Zöglingen der Anstalt zugute kommen; überdies steht es den Angehörigen der Pflegelinge frei, im Einverständnis mit dem Direktor auf eigene Kosten auch Konsilien mit anderen Ärzten zu veranlassen.

Das Anstaltsgebäude, das ehemalige Palais Sternberg auf dem Gradtschin, gewährt durch seine von allem Straßenlärm abgeschiedene, ruhige Lage die Vorteile eines Landaufenthaltes. Das vorgenannte Palais wurde zu dem Zwecke der Anstalt sehr glücklich adaptiert, da die ungewöhnlich hohen lustigen Räume, die herrliche, freie Lage inmitten eines großen Parkes den Anforderungen der Anstalt vollkommen gerecht werden, zumal der St. Anna-Frauenverein keine Mittel gescheut hat, um einerseits durch modern eingerichtete Bade- und Waschlokalitäten und zahlreiche Ventilationsvorrichtungen, andererseits durch peinliche Reinlichkeit den Anforderungen der Hygiene zu entsprechen.

Außer einem dem Vereine gehörenden Garten steht den Zöglingen der größte Teil des oberen Kirchgrabens zur ausschließlichen und freien Verfügung, wo Seine Majestät der Kaiser in landesväterlicher Fürsorge unserer Anstalt überlassen hat, wo die Zöglinge in freien Stunden die nötige Erholung finden.

Die Anstalt strebt bei den Zöglingen eine sittlich-religiöse Erziehung in ihrer Muttersprache an, sorgt gewissenhaft für das körperliche Gedeihen der Zöglinge und für eine den körperlichen und geistigen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung derselben.

Die Zöglinge werden in vier Abteilungen unterrichtet:

1. Kindergarten für die ganz kleinen Zöglinge. Beschäftigung der Kinder sind verschiedene Kinderspiele und einfache Fröbelarbeiten.

2. Vorschule, als Vorbereitung für den eigentlichen Schulunterricht. Täglicher Sprachunterricht in der Muttersprache und Lauterübungen nach Art der Taubstummenschulen zur Beseitigung der zahlreichen Sprachgebrechen schwachsinntiger Kinder. Farben- und Formenunterricht. Fröbelarbeiten und einfachster Handfertigkeitsunterricht.

3. Schule nach den modernen Prinzipien der Heilpädagogik. Fortsetzung der Sprach- und Lauterübungen. Täglicher Handfertigkeitsunterricht der Knaben in Kartonage, Modellieren, Laubsägearbeiten, Holzweberei, Wascheileverfertigung, der Mädchen im Stricken, Nähen, Sticken und Ausnähern.

4. Fortbildungsschule für Zöglinge, welche schon das schulpflichtige Alter überschritten haben und für eine Erwerbsbeschäftigung vorbereitet werden. Dieser Unterricht, zweimal wöchentlich, ist mehr eine Auffrischung des früheren Schulunterrichtes. Die eigentliche Beschäftigung finden solche Zöglinge in den unter sachmännlicher Aufsicht stehenden Werkstätten (Korbflechterei, Tischler-, Schuster- und Matratzenwerkstätte). Außerdem arbeiten die erwachsenen Zöglinge als Gärtnergehilfen im Parke, wo ein großer Gemüsegarten unter Aufsicht des Anstaltsgärtners von ihnen besorgt wird.

Die erwachsenen Mädchen finden in der Anstaltsküche, im Bügelzimmer und bei den verschiedenen Hausarbeiten Verwendung.

Aufnahmebedingungen.

1. Das Ernestinum hat den Zweck, bildungsfähige, schwachsinntige Kinder beiderlei Geschlechtes ohne Unterschied der Konfession und Nation unter entsprechender Trennung der Geschlechter in Pflege zu nehmen, sie sittlich religiös zu erziehen und möglichst zur Erwerbsfähigkeit heranzubilden.

Schwere, bildungsunfähige Idioten können nur bedingungsweise aufgenommen werden. (Siehe Punkt 14.)

2. Zur Aufnahme geeignet sind schwachsinntige Kinder beiderlei Geschlechtes, welche in der Regel das 6. Lebensjahr vollendet und das 13. nicht überschritten haben. Ausnahmen von dieser Regel bestimmt lediglich der Ausschuß des St. Anna Frauenvereines.

3. Die Aufnahme kann nur erfolgen entweder auf persönliche ärztliche Untersuchung des Aufzunehmenden durch den Anstaltsdirektor oder auf Grundlage eines ärztlichen Zeugnisses unter Verwendung des von der Anstaltsdirektion zu beziehenden Formulars (ärztlicher Fragebogen).

4. Dem Aufnahmisesuche sind folgende Personaldokumente beizuschließen:

- a) Taufschein oder Geburtschein,
- b) Heimatschein,
- c) das Impfzeugnis,
- d) vorhandene Schulzeugnisse und andere pädagogische Berichte.

5. Ausgeschlossen von der Aufnahme sind:

- a) blinde, taubstumme oder sonst mit einem schweren körperlichen Gebrechen behaftete,
- b) in höherem Grade epileptische oder geistesranke Kinder.

6. Die Verpflegungsgebühr beträgt für einen Halbzögling für ein Jahr 700 Kronen, wofür der aufgenommenen Zögling die Wohnung einschließlich Beheizung und Beleuchtung im Anstaltsgebäude, ein komplettes Bett samt Bettwäsche, entsprechende, nahrhafte Kost unter Anschluß von alkoholfähigen Getränken, Wartung und Bedienung, Reinigung und Ausbesserung von Wäsche und Kleidern und eine entsprechende ärztlich-pädagogische Behandlung zu beanspruchen hat.

Außerdem wird bei der Aufnahme eine Kaution in der Höhe der vierteljährigen Alimentationsgebühr erlegt, welche fruchtbringend angelegt und bei Austritt des Zöglings samt den aufgelaufenen Interessen der Partei — die Erfüllung aller Verbindlichkeiten, für welche die Kaution haftet, vorausgesetzt — wieder ausgefolgt wird.

7. Für unreine Zöglinge wird außer der ausbedungenen Alimentationsgebühr ein Bettreinigungs- und Erhaltungspauschale von jährlichen 50 Kronen gezahlt.

8. Die oberrwähnte Alimentationsgebühr ist in vierteljährigen Antizipatraten am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober kosten- und portofrei an die Anstaltskassa zu entrichten. Wenn Zöglinge innerhalb des Quartales eintreten, so wird die Verpflegungsgebühr vom Tage des Eintrittes zunächst bis zum Vierteljahresanfang zum Tageslaße von 194 Kronen berechnet.

9. Über die Bedingungen der Aufnahme eines Zöglings in die Pflege der Anstalt wird ein besonderer Vertrag errichtet.

10. Jeder Zögling hat bei Eintritt in die Anstalt mindestens mitzubringen: 6 Taghemden, 2 lange Nachthemden, 6 Paar Unterhosen, 4 Nachjacken und 4 Unterröcke bei Mädchen, 4 Paar Sommer- und 4 Paar Winterstrümpfe, 6 Handtücher, 6 Servietten, 12 Taschentücher, 2 Badetücher, 2 Paar Stiefel, 1 Paar Hausschuhe, 2 Wochentagskleider, 2 Arbeitschürzen.

Diese Ausstattung von Wäsche und Kleidungsstücken muß sich in gutem, sauberen Zustande befinden. Sollte einem Zöglinge die hier angeführte Anzahl und Gattung der Kleidungs- und Wäschestücke nicht mitgegeben werden oder nicht genügen, so komplettiert die Anstalt das Erforderliche auf Kosten des Zöglings. Ebenso wird das uniforme Sonntagskleid, der Hut und Mantel zu möglichst billigem Preise von der Anstalt beigebracht. Sämtliche Auslagen für Bekleidung, Wäsche und Beschuhung sind jedoch in der Verpflegungsgebühr nicht eingerechnet, und werden vierteljährig nebst einer Nachricht über das Befinden der Zöglinge den Angehörigen zur Begleichung ausgewiesen.

11. Die Entlassung der Pfleglinge erfolgt nach freiem Ermessen der Anstaltsdirektion in folgenden Fällen:

- a) wenn der Zögling das 18. Lebensjahr erreicht hat;
- b) wenn der Pflegling vor dem 18. Lebensjahre soweit körperlich und geistig entwickelt ist, daß er unter entsprechender Leitung anderwärts nützlich verwendet werden kann;
- c) wenn derselbe sich als bildungsunfähig oder sonst wie als für die Anstalt ungeeignet erweist;
- d) wenn der Pflegling von einer chronischen und die Umgebung gefährdenden oder Ekkel erregenden Krankheit befallen wird;
- e) wenn der Zögling mit der Zahlung der Alimentationsgebühr vier Wochen nach deren Fälligkeit im Verzuge ist.

Wird ein Zögling aus obstehenden Ursachen von der Anstaltsdirektion entlassen, so wird die Verpflegungsgebühr pro Tag (inkl. Austrittstag à 1 K 94 h) berechnet, von der Quartalsgebühr abgezogen, und der Überrest dem Unterbringer rückerstattet.

Die Heimbeförderung eines Zögl ings erfolgt unter allen Umständen auf seine Kosten.

12. Außerdem steht sowohl dem St. Anna Frauen-Vereine, als auch dem Unterbringer das Recht der vierteljährigen Kündigung in den im Abkaze 8 festgesetzten Terminen zu.

Wenn der Unterbringer vor Ablauf dieser Kündigungsfrist die Entlassung des Zöglings verlangt, so verfällt die ganze Quartalsgebühr zu gunsten der Anstalt.

13. Die durch schwere oder längere Krankheit bei außerordentlichen Anforderungen der Unterbringer des Zöglings erwachsenden Kosten haben die Unterbringer zu zahlen.

Im Falle des Absterbens des Zöglinges wird der Vertrag aufgelöst und verfällt die für das Sterbequartal bereits gezahlte Alimentationsgebühr der Anstalt zur Deckung der Leichenkosten; der Mehrbetrag ist von den Unterbringern zu bestreiten.

14. Über Wunsch kann ein Zögling gegen entsprechende Erhöhung der Verpflegungsgebühr, soweit die Räume reichen, ein separates Zimmer und eigenes Pflegepersonal erhalten. Die Höhe der Verpflegungsgebühr bestimmt von Fall zu Fall der Ausschuß des St. Anna Frauen-Vereines. Unter diesen Modalitäten können auch bildungsunfähige Idioten im Ernestinum Unterkunft finden.

Reichsvolkschulgesetz vom 14. Mai 1869.

§ 23. Von der Verpflichtung, die öffentliche Schule zu besuchen, sind zeitweilig oder dauernd entbunden:

Kinder, welche eine höhere Schule, oder gewerbliche oder landwirtschaftliche Schulen oder Fachkurse besuchen, insofern diese nach ihrer Einrichtung geeignet erscheinen, den Volksschulunterricht zu ersetzen; ferner Kinder, denen ein dem Unterrichtszwecke oder Schulbesuche hinderliches geistiges oder schweres körperliches Gebrechen anhaftet, endlich solche, die zu Hause oder in einer Privatanstalt unterrichtet werden.

§ 59. Ebenso kommt es der Landesgesetzgebung zu, in betreff der Errichtung der für das Land notwendigen Schulen und Erziehungsanstalten für nicht vollsinnige, ferner von solchen für sittlich verwahrloste Kinder, sowie der in § 10 erwähnten Anstalten und Lehrkurse die geeigneten Anordnungen zu treffen.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

§ 6. Ferner können für den Unterricht nicht vollsinniger oder schwächer veranlagter Kinder, wo es die Verhältnisse erfordern, mit Bewilligung der Landesschulbehörde besondere Hilfs- oder Förderklassen eingerichtet werden.

Durchführungsverordnung vom 29. September 1905.

Die im letzten Absätze des § 6 der Schul- und Unterrichtsordnung erteilte Ermächtigung zur Einrichtung eigener Hilfsklassen für nicht vollsinnige Kinder steht im Zusammenhange mit den aus dem Ministerialerlasse vom 6. Juli 1881, Z. 6464, betreffend den Unterricht und die Erziehung blinder und taubstummer Kinder, in der Hauptsache entnommenen Bestimmungen des zweiten Absatzes des § 26 der Schul- und Unterrichtsordnung und zielt auf die Einbürgerung dieser im Ausland ziemlich verbreiteten Schuleinrichtung an unseren Volksschulen ab. Die Ergebnisse praktischer Versuche werden bei Erstattung der Jahreshauptberichte darzulegen sein.

Daselbe gilt auch bezüglich der Einrichtung eigener Förderklassen für schwächer veranlagte Kinder, doch wird hinsichtlich dieser bemerkt, daß diese Schuleinrichtung im System noch nicht ausgereift ist und daß daher die Landesschulbehörden an solche Einrichtungen nur nach reiflicher Überlegung heranzutreten haben.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

§ 26. Ob ein im schulpflichtigen Alter stehendes Kind schulfähig ist oder wegen eines geistigen oder schweren körperlichen Gebrechens vom Schulbesuche zeitweilig oder dauernd befreit werden muß, hat zunächst die Ortsschulbehörde zu beurteilen; wenn sich Zweifel ergeben, ist die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses zu fordern.

Im allgemeinen haben auch die nicht vollsinnigen, jedoch bildungsfähigen Kinder, insbesondere die blinden und taubstummen, sofern sie nicht in eigenen, für die Pflege und Erziehung derartiger Kinder bestimmten Anstalten untergebracht werden, am Volksschulunterrichte teilzunehmen; für ihren Unterricht sind an der Volksschule, so weit es angeht, besondere Einrichtungen zu treffen.

Durchführungsverordnung zu § 26.

Bei Kindern, welche mit einem geistigen oder körperlichen Gebrechen behaftet sind, aber am Schulunterrichte teilnehmen, ist dies im Schulkataloge in der Rubrik „Anmerkung“ anzugeben.

Über die Art der Unterrichtsverteilung an die nicht vollsinnigen oder schwachsinnigen Kinder berät zunächst die Lokallehrerkonferenz, deren Anträge der Schulleiter der Bezirksschule

behörde zur Genehmigung vorlegt. Wenn für den Unterricht im Sinne der Erlässe des Landes-
schulrates vom 13. August 1881, Z. 17.167 (Bl. f. B. S. 69) und vom 28. Juli 1883,
Z. 18.809 (Bl. f. B. S. 152) eine Remuneration beansprucht wird, was insbesondere dann
geschehen kann, wenn dieser Unterricht außerhalb der sonstigen Unterrichtszeit erteilt wird oder
mit besonderer Mühebewaltung verbunden ist, so hat die Bezirksschulbehörde ihre diesbezüglichen
Anträge unter Beispruch eines Gutachtens des Bezirksschulinspektors dem Landesschulrate vor-
zulegen.

**Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 7. Mai 1907 an alle
Landesschulräte, betreffend die Fürsorge für den Unterricht und die Erziehung
schwachsinniger Kinder.**

Mit dem h. o. Erlasse vom 18. Dezember 1905, Z. 47.738, hat mein Vorgänger im
Amte die Aufmerksamkeit . . . darauf gelenkt, daß bei der allgemeinen Entwicklung des
heimischen Volksschulwesens nunmehr auch die Zeit gekommen sein dürfte, um der Schaffung
besonderer Unterrichtsvorkehrungen für die Erziehung und den Unterricht bildungsfähiger schwach-
sinniger Kinder näher zu treten.

Aus den mir im Gegenstande zugekommenen Berichten der Vorsitzenden der Landesschul-
räte glaube ich entnehmen zu können, daß auch seitens der hiebei in Betracht kommenden
Faktoren die Wichtigkeit dieses Zweiges des Unterrichtes voll erkannt wird und daß, wenn auch
in dem einen oder anderen Kronlande der gesetzlichen Regelung derselben sich im gegenwärtigen
Zeitpunkte noch gewisse Schwierigkeiten entgegenstellen, doch in anderen Ländern die Geneigt-
heit besteht, der Frage der landesgesetzlichen Regelung dieses Unterrichtsgebietes näher zu treten,
während in mehreren Verwaltungsgebieten wieder die schulerhaltenden Faktoren sich bereit
erklärten, durch freiwillige Übernahme der Leistungen in dieser Beziehung den h. o. Intentionen
gemäß vorzugehen.

Mit Rücksicht auf den seitens einer Reihe von Landesschulbehörden geäußerten Wunsch
nach Bekanntgabe von weiteren Direktiven im Gegenstande beehre ich mich . . . nunmehr
folgendes zu eröffnen:

Erwägungen allgemein pädagogischer Natur, sowie die diesfalls gemachten Er-
fahrungen leiten zur Forderung hin, daß für den Unterricht und die Erziehung der bildungs-
fähigen schwachsinnigen Kinder besondere, nur für solche Kinder bestimmte Einrichtungen ge-
troffen werden.

Als vollkommenste derartige Einrichtung stellt sich die Erziehungsanstalt mit Internat
dar, da in diesem Falle das Kind fortgesetzt unter fachverständiger Aufsicht steht und durch
Isolierung des Kindes von vollsinnigen Kindern auch während der unterrichtsfreien Zeit jene
Nachteile, die sich für die Entwicklung der geistig nicht normal veranlagten Kinder durch das
Beisammensein mit geistig normalen Kindern und durch das hierdurch ihnen zum Bewußtsein
gebrachte Gefühl der Inferiorität ergeben, vermieden werden. Mit Rücksicht auf die großen
Kosten der Errichtung und Erhaltung solcher Erziehungsanstalten kommt als weitere sehr be-
achtenswerte, weit weniger kostspielige Einrichtung die Tagesheimstätte für Schwachsinnige
und die Hilfschule in Betracht. Gewährt die erstere dem ihr anvertrauten Kinde Erziehung
und Unterricht sowie die Verköstigung für die Dauer des Tages, so hat die Hilfschule lediglich
die Aufgabe, die ihr für die Dauer der Unterrichtszeit zugeführten Kinder während der fest-
gesetzten Unterrichtsstunden getrennt von den vollsinnigen Kindern zu unterrichten und während
dieser Zeit erzieherisch auf dieselben einzuwirken. Stellt sich hiernach die Tagesheimstätte nach
dem oben Ange deuteten noch als vollkommenere Form der Erziehung geistig nicht normal ent-
wickelter Kinder dar, so hat andererseits die Hilfschule den Vorteil, daß dieselbe wenige
Kosten verursacht und bei Vorhandensein der Lokalitäten und entsprechend vorgebildeter Lehr-
kräfte sich un schwer einrichten läßt.

Mit Rücksicht hierauf ist denn auch bereits im Erlasse vom 18. Dezember 1905 hervor-
gehoben worden, daß es sich bei der einzuleitenden Aktion in allererster Linie um die Schaffung
von Hilfsklassen resp. Hilfschulen handelt. Insbesondere würde, wenn das Vorhandensein
eines bezüglichen Bedürfnisses dargetan erscheint, die Aktivierung von Hilfsklassen und Hilfs-
schulen in größeren Orten und dies um so mehr anzustreben sein, als damit die Möglichkeit
geschaffen wird, auf diese Weise die geistig nicht normal veranlagten Kinder mehrerer Schulen
einer Hilfschule zuzuweisen, wodurch die Gewähr für eine hinlängliche Frequenz der letzteren
und, da die Einrichtung einer Hilfschule jener einzelnen Hilfsklassen vorzuziehen ist, durch
Gelegenheit zu einer entsprechenden Ausgestaltung der Hilfschulen gegeben ist.

Auch würde, was speziell die eventuelle Aktivierung von Tagesheimstätten für schwach-
sinnige Kinder anbelangt, durch Fühlungnahme mit Wohltätigkeitsvereinen sich vielleicht in
dem einen oder anderen Falle ein Erfolg erzielen lassen.

In kleineren Orten, in welchen nicht einmal die Voraussetzungen zur Errichtung einer
Hilfsklasse gegeben sind, könnte unter Umständen die Errichtung eines für schwachsinnige Kinder

Bestimmten mehrstündigen Unterrichtes in der Woche außerhalb der normalen Unterrichtszeit in Frage kommen.

Die näheren Bestimmungen über die Aufnahme in die Hilfsschulen, beziehungsweise Hilfsklassen und die Errichtung derselben wird, insoweit hierfür nicht durch die Landesgesetzgebung vorgeordnet ist, interimsweise der Landes Schulrat zu erlassen haben.

Hierbei wird nachstehendes zu beachten sein:

1. Die Hilfsschule (Hilfsklasse) ist nur für bildungsfähige Schwachsinnige bestimmt.

Hierunter sind solche Kinder zu verstehen, denen ein gewisser Mangel der geistigen Auffassungsgabe und der Urteilskraft anhaftet, so zwar, daß sie wohl unterrichtsfähig, aber zur erfolgreichen Mitarbeit mit normal veranlagten Kindern nicht geeignet sind.

Von der Aufnahme in die Hilfsschule (Hilfsklasse) sind ausgeschlossen:

- a) Kinder, die an Schwachsinn höheren Grades oder an Blödsinn leiden;
- b) blinde, taubstumme und epileptische Kinder;
- c) sittlich verkommene Kinder und
- d) geistig normale, aber durch ungünstige Schulverhältnisse, Krankheit oder dergleichen in der Ausbildung zurückgebliebene Kinder.

Die Hilfsschule (Hilfsklasse) untersteht der normalen Orts-, bzw. Bezirksschulaufsicht.

2. Die Aufnahme eines Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) kommt in der Regel erst dann in Betracht, wenn ein wenigstens einjähriger Besuch der allgemeinen Volksschule sich als erfolglos erwies.

3. Zur Stellung des Ansuchens um Aufnahme eines Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) sind in erster Linie die gesetzlichen Vertreter desselben berufen.

Ein bezüglicher Antrag kann jedoch über Vorschlag des Klassenlehrers der zuletzt besuchten Klasse auch vom Leiter jener allgemeinen Volksschule erhoben werden, welcher das Kind zuletzt angehörte.

4. Über die tatsächliche Aufnahme des Kindes in die Hilfsschule (Hilfsklasse) entscheidet auf Grund einer mit dem Kinde vorzunehmenden Prüfung — bei welcher in gleicher Weise das Augenmerk darauf zu richten ist, ob das Kind nicht zum Besuche der allgemeinen Volksschule geeignet und ob dasselbe andererseits genügend bildungsfähig ist, um durch den Besuch der Spezialschule gefördert werden zu können — eine Kommission, welcher der Leiter der Hilfsschule (Lehrer der Hilfsklasse), der Oberlehrer der zuletzt besuchten allgemeinen Volksschule oder der vom letzteren delegierte Klassenlehrer der zuletzt besuchten Klasse, dann ein Vertreter der Ortschulaufsicht und der mit der Wahrung der gesundheitlichen Interessen an der Schule betraute Arzt angehören.

Eine Prüfungsgare ist nicht zu entrichten.

Den Eltern bleibt das Recht des Rekurses an die Bezirksschulbehörde offen, welcher es zukommt, eventuell erforderliche weitere Erhebungen zu veranlassen.

5. Ergeben sich Zweifel darüber, ob das Kind im hinlänglichen Grade bildungsfähig sei, um die Hilfsschule (Hilfsklasse) mit Erfolg besuchen zu können, so ist dasselbe probeweise der Hilfsschule (Hilfsklasse) zuzuweisen.

6. Die Aufnahme erfolgt zu Beginn des Schuljahres. Die erfolgte Aufnahme erstreckt sich zunächst auf die Dauer eines Schuljahres, gilt aber, insofern sich das Kind nicht nachträglich etwa zu schwach befähigt erweist, oder wenn nicht die Entlassung desselben nach Erreichung des vorgeschriebenen Lehrzieles wegen der Vollendung der Schulpflicht erfolgt, stillschweigend auch für die folgenden Jahre.

7. Auf Wunsch der gesetzlichen Vertreter können jedoch bei Vorhandensein des Raumes die in die Hilfsschule (Hilfsklasse) aufgenommenen Kinder auch über die gesetzliche Schulpflicht hinaus in der Hilfsschule (Hilfsklasse) verbleiben.

8. Der Besuch der Hilfsschule (Hilfsklasse) ist für die in dieselbe aufgenommenen Kinder obligat.

9. Die Hilfsschulen werden in der Regel wenigstens drei und höchstens 5 Klassen zu umfassen haben. Einer Lehrkraft sind nicht mehr als 15 und nur in Ausnahmefällen höchstens bis 20 Kinder zuzuweisen.

10. Als Unterrichtsgegenstände haben die in § 3 des Reichsvolksschulgesetzes für die allgemeine Volksschule vorgeschriebenen Lehrgegenstände zu gelten.

Dem Turnen, das namentlich auch Bewegungen im Freien und Spiele zu umfassen hat, und dem Gesange ist eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Auch ist auf die Pflege der Handfertigkeiten sowohl bei Knaben als auch bei Mädchen in hervorragender Weise Bedacht zu nehmen.

11. Die Beschäftigung der Kinder mit einem und demselben Gegenstande darf, zumal auf den unteren Stufen, nicht länger als 25 Minuten dauern.

12. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden darf nicht weniger als 18 und nicht mehr als 25 pro Woche betragen.

13. Das Lehrziel ist im wesentlichen das der allgemeinen Volksschule.

Unter Berücksichtigung der individuellen Befähigung ist den einzelnen Schülern und Schülerinnen insbesondere das für das praktische Leben nötige Wissen und Können bei-

zubringen. Die bezüglichlichen Lehrpläne sind zunächst provisorisch vom k. k. Landes Schulrate vorzuschreiben.

Auf Grund der gemachten Erfahrungen wird sodann in einem späteren Zeitpunkte die Erlassung Richtung gebender Normallehrpläne von hier aus erfolgen.

Betreffs der Heranbildung von Lehrkräften für Schulen und Erziehungsanstalten für geistig nicht normal veranlagte Kinder enthalten bereits die §§ 31 und 47 des Organisationsstatutes für Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten vom 31. Juli 1886 die Anordnung, daß die Lehramtszöglinge, wo diesfalls Gelegenheit gegeben ist, mit der Erziehung und dem Unterrichte schwachsinziger Kinder bekannt gemacht werden.

Ich ersuche wegen Durchführung dieser Anordnung, insoweit hierfür dormalen noch nicht ausreichend vorgesorgt sein sollte, das Erforderliche einzuleiten.

Es wird diesfalls zunächst auf die Einrichtung eines speziellen einschlägigen Unterrichtes im IV. Jahrgange, etwa nach Art des speziellen Unterrichtes zur Unterweisung der Lehramtszöglinge in der Methodik des Unterrichtes und der Erziehung taubstummer, beziehungsweise blinder Kinder, durch eine Anzahl von Lehrstunden und, falls Gelegenheit hierzu vorhanden ist, auch auf den Besuch von bestehenden Erziehungsanstalten für schwachsinzige Kinder, eventuell auf den Besuch bereits aktiver Hilfsschulen (Hilfsklassen) zur Zeit des Unterrichtsbetriebes Bedacht zu nehmen sein.

Mit der besagten Unterrichtsverteilung wären nach Tüchtigkeit Lehrkräfte von Erziehungsanstalten für schwachsinzige Kinder, beziehungsweise solche Lehrkräfte zu betrauen, welche sich mit dem Artikel V, Punkt 2, der Ministerialverordnung vom 31. Juli 1886, Z. 6033, MW. Nr. 52, vorgesehenen speziellen Befähigung zum Unterrichte schwachsinziger Kinder ausweisen.

Ich beabsichtige übrigens, um die Erwerbung der letztgedachten Befähigung zu erleichtern, für die Aktivierung besonderer Lehrurse zur Unterweisung von dormalen bereits angefallenen Volksschullehrkräften in der Methode der Erziehung und des Unterrichtes schwachsinziger Kinder auf Staatskosten Sorge zu tragen. Diese Kurse würden mehrere Wochen umfassen; an denselben hätten die hierzu seitens der Landes Schulbehörde bestimmten Volksschullehrkräfte teilzunehmen, und würde ich mir die Mitwirkung der schulerhaltenden Faktoren in der Richtung erbitten, daß den zur Teilnahme an den Kursen bestimmten Lehrpersonen mit Rücksicht auf die ihnen hierdurch erwachsenden Kosten besondere Unterstützungsbeträge bewilligt werden.

E. werden ersucht, auch in dieser Beziehung des weiteren das Einvernehmen mit den schulerhaltenden Faktoren zu pflegen.

Über das Ergebnis der in dieser Richtung unternommenen Schritte sowie über die im Sinne der obigen Ausführungen getroffenen Maßnahmen ersuche ich, E. mir zu berichten.

Durchführungsverordnung für Böhmen vom 13. Juni 1907.

Zu § 6. Die im letzten Abschnitte des § 6 der Schul- und Unterrichtsordnung erteilte Ermächtigung zur Errichtung eigener Hilfsklassen für nicht vollsinnige Kinder steht im Zusammenhang mit den aus dem Ministerialerlasse vom 6. Juli 1881, Z. 6464, betreffend den Unterricht und die Erziehung blinder und taubstummer Kinder entnommenen Bestimmungen des 2. Absatzes des § 26 der Schul- und Unterrichtsordnung. Der k. k. Landes Schulrat behält sich vor, bezüglich des Unterrichtes nicht vollsinniger und schwachsinziger Kinder, dann bezüglich der Errichtung von Förderklassen für schwächer veranlagte Kinder Erhebungen zu pflegen und auf Grund dieser Erhebungen Anordnungen zu treffen.

Literatur.

A.

- Bericht 10., der Anstalt für schwachsinzige Kinder auf Schloß Biberstein, Marau, H. R. Sauerländer u. Co. 0'50.
 Boodstein Otto: Die Erziehungsarbeit an Schwachbegabten, Berlin, G. Reiner. 8.—.
 Dirks Gust.: Der Tic im Kindesalter und seine erziehlige Behandlung, Langensalza, H. Beyers Söhne. 0'60.
 Ess: Vierteljahresbericht für die Erkenntnis und Behandlung jugendlicher Abnormer, Wien, Pichlers Witwe. 10.—.
 Frenzel Franz: Veröffentlichungen über Sprache, Sprachstörung und Sprachunterricht bei geistig schwachen Kindern, Berlin (Stolz, H. Hildebrandt). 0'60.

- Anton, Dir. Dr. Gabr.: Vier Vorträge über Entwicklungsstörungen beim Kinde, Berlin, C. Karger. 1'80.
- Hilfsschule, Die, Halle, C. Marhold. 5'—.
- Gräse, Irrenanst.-Dir. F.: Die Pflege der Geisteskranken, Prag, Burfik u. Rohout. 2'10.
- Knopf Dr. H. G.: Die Prophylaxe des Stotterns, Leipzig, B. Konegen. 1'—.
- Kall G.: Vorschläge für die Ausgestaltung der Irrenfürsorge und für die Organisation der Irrenanstalten, Halle, C. Marhold. 1'20.
- Leipziger: Hilfe den Schwachbefähigten und Zurückgebliebenen der Landschule, Langensalza, Schulbehandlung. 0'50.
- Regel Otto: Des Kindes Sprachstörungen, Potsdam, A. Stein. 2'50.
- Maas Paul: Die Sprache des Kindes und ihre Störungen, Würzburg, C. Kerbisch. 2'60.
- Niksch G.: Die königl. sächsische Landeserziehungsanstalt für schwach sinnige Kinder, Chemnitz, C. Winter. 1'50.
- Pandy R.: Die Irrenfürsorge in Europa, Berlin, G. Reimer. 12'—.
- Sorgenkinder, Unsere, Kiel, R. Cordes. à 1'—.
- Scholz Dr. L.: Leitfaden für Irrenpflege, Halle, C. Marhold. 1'50.
- Formen- und Farbenpiel für Hilfsschulen, Idiotenanstalten usw., Königsberg, Gräfe u. Unzer. 25'—.
- Weigl Franz: Was die Eltern von der Erziehung geistig schwacher Kinder wissen sollen, Donauwörth, L. Auer. 0'30.
- Geistig minderwertige Kinder auf dem Lande und in kleineren Städten, Donauwörth, L. Auer. 1'50.
- Kurs für Heilpädagogik und Schulhygiene, Donauwörth, L. Auer. 4'—.
- Zeitschrift für die Behandlung Schwachsinniger, Dresden, H. Burdach. 6'—.
- für die Erforschung und Behandlung des jugendl. Schwachsinns, Jena, G. Fischer. 15.—.

B.

Schaller Aug., Karlsbad: Freie Bildungsblätter 16/11, 12, Schwachsinns der Kinder.

Epileptiker.

Allgemeines. I. 185 ff.

Statuten des Deutschen Vereines für Epileptikerfürsorge. I. 186.

Statuten des Vereines zum Wohle epileptischer Kranker. I. 188.

Bestimmungen betreffend die Aufnahme von Pfleglingen in das Epileptikerheim

„Valentinum“ Prag—VIII. I. 191.

Sausordnung des „Valentinums“. I. 193.

Literatur.

A.

Gowers, Sir W.: Das Grenzgebiet der Epilepsie usw., Wien, F. Deuticke. 3.—.

Kellner, Dr.: Die Heilerfolge bei der Epilepsie und die Notwendigkeit d. Errichtung v. Heilstätten für Epileptiker, Hamburg, Weissners Verlag. 0'60.

B.

Hofmeister Franz: Ist die Epilepsie torischen Ursprungs? (Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien, Sitzung vom 15. Oktober 1908.)

Margulies M.: Archiv f. Kriminal-Anthropologie und Kriminalistik 28/1, 2, Suggestibilität im postepileptischen Zustande.

Kindererforschung.

Statut der Österreichischen Gesellschaft für Kinderforschung. I. 195.

Literatur.

A.

- Bäumer u. Droscher Lilli: Von der Kindesseele, Leipzig, R. Voigtländer. 6'—.
 Beiträge zur Kinderforschung u. Heilerziehung, Nr. 43—49, Langensalza, L. Beyers Söhne. 5'80.
 Bericht über den III. Kongreß für experimentelle Psychologie in Frankfurt a. M., Leipzig, J. A. Barth. 9.—.
 Brinkmann, Retti. E.: Individualitäts- und Schülerbilder, Sachsa, H. Haacke. 0'80.
 Gaupp, Prof. Rob.: Psychologie des Kindes, Leipzig, B. G. Teubner. 1'—.
 Groos, Dr. R.: Das Seelenleben des Kindes, Reinher u. Reichard. 3'60.
 Handbuch encyklopädisches, der Pädagogik, Halle, C. Marhold. 25.—.
 Kay, Dr. W. A.: Experimentelle Pädagogik mit bes. Rücksicht auf die Erziehung durch die Tat, Leipzig, Teubner, 1'—.
 Preyer W.: Die Seele des Kindes, Leipzig, Th. Grieben. 8'—.
 Stimpfl, Dr. J.: Der Wert der Kinderpsychologie f. d. Lehrer, Gotha, Thienemann. 0'80.
 Sikorsky, Dr.: Die seelische Entwicklung des Kindes, Leipzig, J. A. Barth. 3'60.
 Tracy u. Stimpfl D.D.: Psychologie der Kindheit, Leipzig, C. Wunderlich. 2'—.
 Zeitschrift für experimentelle Pädagogik usw., Leipzig, D. Nemnich. 5.—.

B.

- Fleischner Ludw.: Neues Wiener Tagblatt 47, Schülerindividualitäten.
 Holzer M.: Freie Bildungsblätter 6, Kinderfragen.
 Schulhof Hedwig: Reichenberger Zeitung 1907, 298, Pädagogisches Neuland.

Sittlich Gefährdete.

Kaiser Franz Josef I. Fürsorgeheim der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag zu Ofsegg.

Raum für 50 Kinder. Gesuche um Aufnahme an die deutsche Landeskommission f. K. u. J. i. P.

Aufgenommen werden nur verlassene und sittlich gefährdete deutsche Knaben im schulpflichtigen Alter, nicht aber verwahrloste Knaben.

Beantwortung nachfolgender Fragen im Gesuche:

1. Vor- und Zuname; Geburtsort; Tag und Jahr der Geburt; Heimatszuständigkeit (Gemeinde, Bezirk, Land).
2. Leben die Eltern? (Vater? Mutter?) Name und Beschäftigung derselben; gegenwärtiger Aufenthaltsort.
3. Name des Vormundes, Beschäftigung, Wohnort.
4. Ist der Knabe ganz verlassen? Hat er gar keine Verwandte, die sich seiner annehmen könnten?
5. Ist der Knabe sittlich gefährdet? Begründung dazu.
6. Ist der Knabe körperlich gesund? Angabe etwaiger Gebrechen.
7. Ist der Knabe geistig normal? Angabe etwaiger Mängel.
8. Ist der Knabe deutscher Nationalität?

9. Wird für den Knaben der Erziehungsbeitrag von jährlich 360 K entrichtet? Von wem wird der Erziehungsbeitrag beigestellt? Wird der Beitrag jährlich im voraus oder in monatlichen Raten voraus bezahlt?
10. Welche berücksichtigungswürdigen Gründe sind vorhanden, daß der Erziehungsbeitrag teilweise erlassen werde? Wieviel kann monatlich geleistet werden?
11. Welche berücksichtigungswürdigen Gründe sind vorhanden, daß der Erziehungsbeitrag zur Gänze erlassen werde?
12. Können für den Knaben Kleider, Wäsche, Beschuhung sowie die anderen Leibesbedürfnisse beigestellt werden? (Wenn nicht, ist dem Aufnahmgesuche ein Armutszeugnis beizuschließen.)

Schul- und Unterrichtsordnung (29. Sept. 1908).

IV. Hauptstück.

Von der Kinderfürsorge.

§ 212. Die Fürsorge für die persönlichen Verhältnisse der Pflegebefohlenen ist in erster Reihe Sache des PflEGschaftsgerichtes. Ihm kommt auch die Überwachung der unmittelbaren Pflege und Erziehung der Kinder berufenen Eltern oder deren Stellvertreter, wie der Vormünder, Kuratoren, Wahl- und Pflegeeltern zu.

Allein die öffentliche Stellung der Volksschule und die ihr zugewiesene Aufgabe bringen es mit sich, daß auch die Schulbehörden und die Lehrer dem geistigen und dem körperlichen Wohle der Schulkinder Beachtung zu schenken und auf die Beseitigung wahrgenommener Uebelstände hinzuwirken haben.

Auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und des Kinderschutzes wird sich daher bezüglich der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder in vielen Fällen die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens der Schule mit dem PflEGschaftsgericht ergeben.

§ 213. Wenn es sich um die Erfüllung einer der Volksschule zugewiesenen Aufgabe handelt, ist es Sache der Schulbehörden und der Lehrer, alles zur Erreichung des vorgezeichneten Zieles Notwendige selbst vorzusehen und von den zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen.

Die Schulbehörden und die Lehrer haben sich demnach der Erziehung solcher Kinder, deren häusliche Erziehung vernachlässigt wird, besonders anzunehmen. Sie werden dann, wenn die Schulkinder eines entsprechenden Schutzes durch das Elternhaus entbehren oder wenn sie außerhalb der Schule besonderen Gefahren ausgesetzt sind, dem Betragen der Kinder außerhalb der Schule erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Sie werden mit Eifer auf die Gründung von Anstalten zum Schutz und zur Beschäftigung der Kinder außerhalb der Schule, insbesondere von Kinderhorten, Beschäftigungsanstalten, Kinderwärmestuben und Jugendspielflächen hinwirken und auch die Gründung von Suppenanstalten, in denen arme und entfernt wohnende Schulkinder mittags warme Suppe erhalten, ferner die Veranstaltung von Weihnachtsbescherungen, bei denen arme Schulkinder mit warmen Kleidern beteiligt werden, und die Gründung von Unterstützungsvereinen und Ferienkolonien für arme Schulkinder anregen und fördern.

Von den Lehrkräften wird erwartet, daß sie für die segensreiche Tätigkeit dieser Vereine und für derartige Veranstaltungen auf jede Weise, auch durch Übernahme der Beaufsichtigung der Kinder eintreten.

§ 214. Wenn jedoch die Eltern oder deren Stellvertreter ihren Obliegenheiten hinsichtlich des Schulbesuchs ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen trotz wiederholter Bestrafung nicht nachkommen oder wenn sie Unterricht und die Erziehung eines unter dem Vorwande des häuslichen Unterrichtes von der Schule ferngehaltenen Kindes trotz wiederholten Einschreitens der Bezirksschulbehörde vernachlässigen, dann tritt an die Schulbehörden die Notwendigkeit heran, das PflEGschaftsgericht um Abhilfe zu ersuchen.

Auch muß das PflEGschaftsgericht in Anspruch genommen werden, wenn die Eltern oder Stellvertreter ihre Verpflichtung, die Schule bei Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen, außer acht lassen, und wenn sich ergeben sollte, daß der Einfluß des Vaters, der Mutter oder des Vormundes auf die Schulerziehung hemmend wirkt und daß die Fernhaltung des Kindes von dem schädlichen Einflusse des Elternhauses oder der Familie, in der es untergebracht ist, eine notwendige Voraussetzung für die Besserung des Kindes bildet.

§ 215. Die Anzeige an das PflEGschaftsgericht wird ferner sofort zu erstatten sein, wenn sich die Eltern, deren Stellvertreter oder andere in Betracht kommende Personen oder Körper-

schaften ihrer sonstigen gesetzlichen Pflichten gegenüber einem Schulkind entlassen oder wenn sie ihre Rechte mißbrauchen, wenn sie die Verpflegung und Bekleidung des Kindes derart vernachlässigen, daß es seiner Schulpflicht nicht nachkommen kann, oder wenn sie sich in den im § 68 der Schul- und Unterrichtsordnung erwähnten Fällen weigern, für die Heilung des Kindes oder für sein Äußeres ihren Verhältnissen entsprechend vorzusorgen.

§ 216. In allen das Fürsorgewesen oder den Kinderschutz betreffenden Angelegenheiten haben die Lehrer ihre Wahrnehmungen vor allem in der Lehrerkonferenz zu besprechen.

Gewinnt die Lehrerkonferenz die Überzeugung, daß ein Einschreiten geboten ist, so wird sich der Leiter der Schule zuerst mit der Ortsschulbehörde ins Einvernehmen setzen.

Tritt der erhoffte Erfolg nicht ein oder ist die Angelegenheit dringend, so ist an die Bezirks schulbehörde zu berichten und um Abhilfe anzusuchen.

In äußerst dringenden Fällen, namentlich dann, wenn die Gesundheit des Kindes im Elternhaus oder in der Familie, in welcher es untergebracht ist, in bedrohlicher Weise gefährdet ist, kann der Leiter der Schule die Anzeige auch unmittelbar beim zuständigen Pfl egenschaftsgerichte erstatten; nur muß er davon der Bezirks schulbehörde Mitteilung machen.

§ 217. Die Orts schulbehörde hat in allen zu ihrer Kenntnis gelangenden Fällen vorerst die Eltern oder deren Stellvertreter vorzuladen und auf sie einzuwirken. Wenn sie sich weigern, ihren Verpflichtungen nachzukommen, oder wenn in Fällen, wo die Eltern oder deren Stellvertreter nicht abhelfen können, auch von den sonst noch, insbesondere nach dem Heimatsgesetze Verpflichteten, keine Hilfe zu erlangen ist, wird die Orts schulbehörde der Bezirks schulbehörde Bericht erstatten und um Abhilfe anzusuchen.

§ 218. Die Bezirks schulbehörde hat auf Grund solcher Anzeigen die Verhältnisse genau zu prüfen und wird, wenn es notwendig ist, Verhandlungen mit dem Pfl egschaftsgerichte zur Erzielung zweckdienlicher Maßregeln einleiten.

Diese Maßregeln können insbesondere in der Einschränkung oder Entziehung der väterlichen Gewalt oder der Rechte der Mutter, in der Bestellung eines anderen Vormundes, in der Unterbringung des Kindes in eine Besserungsanstalt bestehen.

§ 219. Schließlich wird erwartet, daß die Schulleiter und die Lehrer den Pfl egschaftsgerichten und den öffentlichen und privaten Einrichtungen zum Schutze der Kinder, wie den Waisenträtern, Waisentratsvereinen, auch in allen andern das Pfl egschaftsweisen und Kinderfürsorge betreffenden Angelegenheiten, wenn es sich um ihre Schüler oder Schülerinnen handelt, hilfreich an die Hand zu gehen und ihnen alle notwendigen Auskünfte bereitwilligst erteilen.

§ 220. Alle näheren Anordnungen über das Zusammenwirken der Schulbehörden und der Lehrer mit den Pfl egschaftsgerichten auf dem Gebiete der Kinderfürsorge werden von der Landes schulbehörde im Einvernehmen mit dem Oberlandesgerichtspräsidium getroffen.

Ministerielle Durchführungsverordnung hiezu.

Eine dringende Forderung der Neuzeit bildet die Mitwirkung der Volksschule auf dem Gebiete des Fürsorgewesens und des Kinderschutzes. Diesem Gegenstande wurde das vierte Hauptstück der Schul- und Unterrichtsordnung „Von der Kinderfürsorge“ gewidmet.

Den Landes schulbehörden fällt nun die Aufgabe zu, über die näheren Anordnungen mit den Oberlandesgerichts-Präsidien baldigst zu einer Einigung zu gelangen und sodann das Notwendige zur Durchführung dieser Vorschriften zu veranlassen.

Es wird erwartet, daß sich die Schulbehörden und die Lehrkräfte den modernen Bestrebungen und Anregungen auf diesem Gebiete nicht verschließen, sondern in richtiger Erkenntnis ihrer Tragweite gerne zu deren Durchführung hilfreiche Hand bieten werden. Kommt doch jeder in dieser Hinsicht errungene Erfolg nicht nur dem betreffenden Kinde, sondern auch der Volksschule selbst zugute, indem es die Schulzucht bessert und den Schulbesuch hebt.

Durchführungsverordnung des Landes schulrates hiezu.

Der Landes schulrat behält sich vor, im Einvernehmen mit dem Oberlandesgerichtspräsidium die zur Durchführung des 4. Hauptstückes der Schul- und Unterrichtsordnung notwendigen Verfügungen zu treffen.

Bezüglich der Teilnahme der Lehrerschaft an dem Unterrichte unmündiger Sträflinge wird auf den Erlaß des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 12. Jänner 1906, Z. 2366 v. J. 1905, bezw. den Erlaß des L. Sch. R. vom 10. Feber 1906, Z. 5370, verwiesen.

Erlaß des Ministers für Kultus und Unterricht vom 25. Juli 1908, Z. 22.961,
an alle Landes Schulbehörden,
betreffend die Mitwirkung der Schule beim Kampfe gegen die Verwahrlosung der Jugend.

Anlässlich des im Vorjahre in Wien stattgehabten I. österreichischen Kinderschulkongresses ist in der Öffentlichkeit neuerlich auf die vielfach fortschreitende Verwahrlosung unserer Jugend und auf die hieraus für die Allgemeinheit erwachsenden Gefahren aufmerksam gemacht und die Notwendigkeit, diesfalls Abhilfe zu schaffen, betont worden.

Wenn die Verhandlungen dieses Kongresses auch in erster Linie legislative Maßnahmen auf dem Gebiete der Justiz zum Gegenstande hatten und die Erörterung der zur Bekämpfung des besagten Übels vom pädagogischen Standpunkte erforderlichen Maßnahme erst einem späteren Kongresse vorbehalten wurde, so glaube ich doch, daß die Unterrichtsverwaltung, welcher neben der Familie die Fürsorge für die Erziehung der Jugend obliegt und welche auch dort, wo das Elternhaus seiner Erziehungspflicht nicht gerecht wird oder nicht gerecht zu werden vermag, durch besondere Einrichtungen fördernd eingreifen kann, der Erfüllung dieser ihrer Aufgabe durch Maßnahmen, vornehmlich präventiver Natur, ohne Säumen näher treten muß.

In diesem Sinne beehre ich mich, die Aufmerksamkeit der Landes Schulbehörden auf folgendes zu lenken:

Um der Verwahrlosung der Jugend zu steuern, erscheint es notwendig, die Kinder schon im vorschulpflichtigen Alter — also in jener Zeit, in der zur Betreuung und zur ersten Erziehung des Kindes vor allem die Mutter berufen ist — in Fällen, in denen letztere durch Erwerb hievon abgehalten wird, vor den sich hieraus ergebenden Gefahren zu schützen.

Diezu ist die Kinderbewahranstalt und der Kindergarten berufen, auf deren Bedeutung in erziehlischer Hinsicht schon in den h. o. Erlässen vom 22. Juni 1872, Z. 4711,¹⁾ und vom 8. Juni 1884, Z. 9605, hingewiesen worden ist. Wohl ist die Zahl dieser Anstalten bereits eine ganz ansehnliche geworden, doch läßt sich nicht leugnen, daß an vielen Orten, namentlich an solchen mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung, auf diesem Gebiete noch vieles zu tun übrig bleibt.

Die Schulbehörden werden sohin eingeladen, der Frage, wo derartige Anstalten sich als besonders wünschenswert darstellen, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei den betreffenden öffentlichen Faktoren, gegebenen Falles aber auch bei humanitären Vereinigungen auf die Aktivierung solcher Institutionen hinzuwirken.

Um das Interesse der Unterrichtsverwaltung an der Vermehrung und Ausbreitung dieser Einrichtungen zu dokumentieren, erkläre ich mich zugleich bereit, für neu zu errichtende Kinderbewahranstalten und Kindergärten, wenn anders deren dauernder Bestand gesichert erscheint — innerhalb der verfügbaren Mittel — einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der ersten Einrichtung zu gewähren und ersuche ^{den k. k. Landes Schulrat} ^{die k. k. Statthalterei}, diesbezüglich fallweise bei näherer Darlegung der Verhältnisse die geeigneten Anträge zu stellen.

Hat es sich im vorstehenden um Hintanhaltung der Gefahren gehandelt, die sich für Kinder im vorschulpflichtigen Alter ergeben, so kommen andererseits auch Maßnahmen zu erwägen, welche den Schutz der im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder in schulfreier Zeit bezwecken; diesfalls kommen die Kinderhorte und Knabenbeschäftigungsanstalten, das ist jene Einrichtungen in Betracht, welche die Kinder in schulfreien Stunden aufnehmen, sie während dieser Zeit in zweckentsprechender Weise beschäftigen und sie auf diese Weise vor den Gefahren der Straße bewahren, Institutionen, auf deren Wichtigkeit bereits in der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905, Z. 13.200²⁾ (§ 213) hingewiesen, und deren Förderung den Schulbehörden und der Lehrerschaft nahe gelegt worden ist.

Ich glaube sohin mich lediglich auf die bezüglichen Bestimmungen der Schul- und Unterrichtsordnung berufen zu können und füge nur bei, daß auch der Pflege des Jugendspiels besondere Augenmerk zuzuwenden und zu diesem Zwecke auf die Schaffung von Jugendspielflächen, zumal in größeren Orten mit allem Nachdrucke hinzuwirken wäre.

Auch die erziehlische Knabenhandarbeit scheint mir ein Mittel zu sein, daß durch die Freude an der Arbeit und an dem durch diese Geschaffenen sehr wohl geeignet ist, die Jugend von den Freuden und Vergnügungen der Straße mit ihren verderblichen Folgeerscheinungen ferne zu halten.

Überhaupt wird jede Institution, welchen Namen sie auch führen mag, die die Jugend außerhalb der Unterrichtsstunden bei entsprechender Aufsicht angemessen in Anspruch nimmt und zu sittlichem Gebahren anleitet, der Beachtung und Förderung von seiten der Schule würdig sein.

¹⁾ Ministerial-Verordnungsblatt vom Jahre 1872, Nr. 52, Seite 294.

²⁾ Ministerial-Verordnungsblatt vom Jahre 1905, Nr. 49, Seite 513.

Ich bin bereit — nach Maßgabe der verfügbaren Mittel — auch Institutionen dieser Art durch Gewährung von Subventionen meine Unterstützung angedeihen zu lassen und gewärtige auch in dieser Beziehung von Fall zu Fall die geeigneten Anträge ^{des k. k. Landes-}
schulrates ^{der k. k. Statthalterei}

Es erscheint indes, wenn die Volksschule ihrer erziehlichen Aufgabe voll gerecht werden soll, notwendig, besonders auch auf einen geregelten Schulbesuch Bedacht zu nehmen und in Absicht auf die Erzielung eines solchen ebenso gegen die ihre einschlägige Pflicht hintanzusetzenden Eltern und deren Stellvertreter mit aller Entschiedenheit vorzugehen, wie andererseits gegen jene Kinder, welche eigenmächtig dem Unterrichte ferne bleiben, die zulässigen Disziplinar-mittel der Schule mit zielbewusster Beharrlichkeit anzuwenden. Was jene Kinder anbelangt, bei welchen mit den gewöhnlichen Disziplinar-maßregeln der Schule das Auslangen nicht gefunden werden kann, wird ^{der k. k. Landes Schulrat}
^{die k. k. Statthalterei} auf die Möglichkeit der Einrichtung von Disziplinar-klassen, wie eine solche Institution im § 82 der Schul- und Unterrichtsordnung vorgesehen ist, aufmerksam gemacht und angefordert, gegebenenfalls die Aktivierung solcher Disziplinar-klassen bei den schulhaltenden Faktoren anzuregen.

Vermöge der der allgemeinen Volksschule obliegenden Aufgabe erscheint ferner die Lehrerschaft berufen, neben dem Verhalten der Kinder in der Schule auch dem Betragen derselben außerhalb der Schule ihre Aufmerksamkeit zu schenken, andererseits auch berechtigt, zur Abstellung etwaiger Unzukömmlichkeiten nicht nur die pädagogisch bewährten zulässigen Mittel in Anwendung zu bringen, sondern nötigenfalls die Mitwirkung der Schulbehörden, der Orts-polizei und des Pflegschaftsgerichtes in Anspruch zu nehmen.

In letzterer Beziehung wird insbesondere auf die nach dem IV. Hauptstücke der Schul- und Unterrichtsordnung der Volksschule zukommende Ingerenz auf dem Gebiete der Kinder-fürsorge mit dem Beifügen aufmerksam gemacht, daß gleichwie nach dem Erlasse vom 29. September 1905, Z. 13.200 (RGBl. Nr. 50), zur Durchführung der Bestimmungen des gedachten Hauptstückes der Schul- und Unterrichtsordnung die näheren Bestimmungen seitens ^{des k. k. Landes Schulrates}
^{der k. k. Statthalterei} im Einvernehmen mit dem Oberlandesgerichtspräsidium zu erlassen sind, auch in Zukunft in allen Fällen, in welchen auf diesem Gebiete eine Mitwirkung der Schule und Schulbehörden sich als notwendig oder wünschenswert darstellt, im Einvernehmen mit den Oberlandesgerichtspräsidien (die notwendigen Einleitungen und Anordnungen zu treffen sein werden.

Wenn ich im vorstehenden die Lehrerschaft im Interesse der Gesamtheit zu einer kraft-vollen Mitwirkung auf dem Gebiete des Kinderschutzes auffordere, glaube ich dies in dem Bewußtsein getan zu haben, daß die heimische Lehrerschaft der der Schule obliegenden erzieh-lichen Aufgabe und der für den Lehrerberuf hieraus resultierenden Pflichten stets eingedenk war, daß aber andererseits, insofern die Lehrerschaft nunmehr zu einer noch intensiveren ein-schlägigen Mitwirkung herangezogen werden soll, bei jedem Verufe sich das jeweilige Wirken auch nach den Bedürfnissen der Zeit richten und sich letzteren anpassen muß und daß schließlich den sich aus einer weiteren Verwahrlosung der Jugend ergebenden Gefahren nur dann wirksam begegnet werden kann, wenn mit einem zielbewußten Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren zu rechnen ist.

Ich bin aber gerne bereit, ein verdienstliches Wirken von Lehrkräften auf dem besagten Gebiete durch besondere Anregungen zu würdigen und werde ^{dem k. k. Landes Schulrate}
^{der k. k. Statthalterei} verbunden sein, wenn meine Aufmerksamkeit auf einschlägige Verdienste von Lehrpersonen gelenkt wird.

Literatur.

A.

- Hennig Mart.: Das Raube Haus und die Raubhändler, Hamburg, A. d. Rauben Hauses. 1.—.
Lasson Afr.: Gefährdete und verwahrloste Jugend, Berlin, H. Seemanns Nachf. 1.—.
Mitteilungen der Kinderschutz- und Rettungsgesellschaft in Wien (H. Heller u. Co.). 1.—.

Sittlich Verwahrloste.

Allgemeines. I. 198.

Dir. Josef Kadauer-Grulich: Der gegenwärtige Stand der Fürsorge für die sittlich verwahrloste männliche Jugend in Böhmen. I. 198—209.

Statut der kónigl. böhm. Landes-Besserungsanstalt für jugendliche Pfleglinge in Grulich. I. 210 ff.

Statut der kónigl. böhm. Landeszwangsarbeits- und Besserungsanstalt für weibliche Zwänglinge in Kastenblatt. I. 216 ff.

Die Organisation der Besserungsanstalten in Ungarn. I. 221.

Die Besserungsanstalt zu Kaschau in Ungarn. I. 227.

Schul- und Unterrichtsordnung.

§ 31. Personen, die eine Wanderbeschäftigung ausüben, dürfen ihre im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder durch die Mitnahme auf die Wanderschaft dem für die öffentliche Volksschule vorgeschriebenen Unterrichte nach § 20 des Reichsvolksschulgesetzes nicht entziehen. Die schulpflichtigen Kinder solcher Personen haben ihrer Schulpflicht in der Regel an ihrem Wohnorte nachzukommen. Es ist nicht erlaubt, derartige auf die Wanderung mitgenommene Kinder gelegentlich des Aufenthaltes in einem Schulorte zum Schulbesuche zuzulassen und einen solchen Schulbesuch in eigenen Schulwanderbüchern zu bestätigen.

Das Nähere hierüber bestimmt die Landeschulbehörde je nach den Ortsverhältnissen.

Durchführungsverordnung hiezu.

Zu § 31. Die Erlasse des Landeschulrates v. 7. November 1895, Z. 23.523 (B.-B. f. B. S. 231) und 16. Jänner 1902, Z. 41.835 v. J. 1901 (B.-B. f. B. S. 18), betreffend die Schulwanderbücher für herumziehende Kinder, treten hiemit außer Kraft.

Der k. k. Landeschulrat behält sich jedoch vor, im Einvernehmen mit der politischen Behörde die Bedingungen festzustellen, unter denen einzelnen Personen, die eine Wanderbeschäftigung ausüben, ausnahmsweise die Mitnahme schulpflichtiger Kinder gestattet werden kann, die Art der Überwachung des Schulbesuches solcher Kinder zu regeln und Bürgschaften für eine erfolgreiche Unterrichtserteilung zu schaffen.

Erlaß des Landeschulrates vom 31. Oktober 1876, Z. 9261.

Es ist dem k. k. Landeschulrate zur Kenntnis gekommen, daß an manchen Orten zu gewissen Zeiten, namentlich an den letzten Faschingstagen, in öffentlichen Gastlokaliitäten Tanzunterhaltungen für Schulkinder veranstaltet, oder daß diese zu den Tanzunterhaltungen der Erwachsenen zugelassen werden.

Es kann dies aus pädagogischen Rücksichten nicht gebilligt werden und es werden demgemäß die k. k. Bezirksschulräte dringendst aufgefordert, diese Uebstände mit aller Strenge zu beseitigen.

Entscheidung des Landeschulrates vom 8. Juni 1897.

Im Falle der öffentlichen Auslegung unsittlicher Bilder und Bücher in Auslagen sollen sich die Direktionen an die politische oder Polizeibehörde wegen Abstellung wenden.

Erlaß des Landeschulrates vom 15. April 1898

betreffend die Bedingungen für die Aufnahme sittlich verwahrloster, schulpflichtiger Kinder in Besserungsanstalten, insbesondere in jene in Opatowitz.

Die Gesuche um Aufnahme solcher Kinder, bei denen kein anderes Mittel gefunden werden kann, um eine ordentliche Erziehung und Beaufsichtigung zu erzielen, in Besserungsanstalten, sind von den gesetzlichen Vertretern mit Zustimmung der Vormundschaftsbehörden (§ 16, Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1884, RGBl. Nr. 90) zu überreichen. Diese Gesuche müssen folgende Beilagen enthalten:

1. den Taufschein;
2. den Heimatschein;
3. das Schulzeugnis;
4. das ärztliche Zeugnis;
5. das Armuts- oder Mittellosigkeitszeugnis der betreffenden Kinder und ihrer Eltern.

In den Gesuchen ist in Kürze das Vorleben der Person, welche in die Besserungsanstalt aufgenommen werden soll, darzustellen; auch haben sich die gesetzlichen Vertreter derselben dar-

über zu äußern, ob sie sich verpflichten, den ganzen Aufwand für den Unterhalt des Zögling (jetzt 45 fr. täglich) oder wenigstens einen Teilbetrag, eventuell in welcher Höhe für jeden Tag zu zahlen. Wenn weder die gesetzlichen Vertreter, noch der Zögling selbst Vermögen haben, so hat diese Erklärung das zuständige Gemeindeamt abzugeben.

Entscheidung des Landesschulrates vom 15. März 1899.

Nach Anordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht ist der Lehrerschaft einzuschärfen, in Fällen, in denen sich bei Schulkindern Symptome von Verwahrlosung zeigen, erziehlisch zu wirken und sich der Mitwirkung der Seelsorge, des Ortschulinspektors und des Ortsschulrates zu versichern. Die Ortsschulräte haben eventuell das Einschreiten der Sicherheitsbehörden und des Gerichtes zu veranlassen.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

§ 82. Für eigens eingerichtete Disziplinarlassen, ferner für die Schulen der Erziehungsanstalten, Rettungshäuser und Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder ist das mit behördlicher Genehmigung erlassene Statut maßgebend.

Schul- und Unterrichtsordnung 1905.

§ 85. Wenn die Erziehungsmittel der Schule gegenüber einem entarteten Kinde nicht ausreichen, wenn sich auch das Eingreifen der Eltern oder deren Stellvertreter und das Einschreiten der Ortsschulbehörde als nutzlos erweisen und wenn das Belassen des Kindes in der Schule die Sittlichkeit der Mitschüler dringend gefährdet, tritt die Notwendigkeit ein, das Kind von der Schule auszuschließen.

Die Ausschließung wird von der Bezirksschulbehörde auf Antrag der Lehrerkonferenz angeordnet; der Leiter der Schule ist jedoch in dringenden Fällen berechtigt, auf eigene Verantwortung das Kind bis auf weiteres von der Schule fernzuhalten.

Bei der Ausschließung hat die Bezirksschulbehörde zu bestimmen, wie das Kind künftighin seiner Schulpflicht nachzukommen hat. Sie wird es, wenn die Eltern oder deren Stellvertreter nicht den Unterricht zu Hause oder in einer Privatanstalt sicherstellen, je nach den Verhältnissen entweder einer anderen Volksschule zuweisen oder aber die Unterbringung des Kindes in einer Erziehungsanstalt oder in einem Rettungshaus oder dessen Abgabe in eine Besserungsanstalt beim Pflégschaftsgerichte anregen.

Wenn das Kind zu Hause unterrichtet wird, hat die Bezirksschulbehörde den häuslichen Unterricht eines solchen Kindes besonders streng zu überwachen und wegen der Überwachung seiner Erziehung das Pflégschaftsgericht zu benachrichtigen.

Ebenso ist vorzugehen, wenn dem Leiter der Schule vom Gericht oder von der Sicherheitsbehörde die Verhaftung oder Verurteilung eines Schulkindes oder die Einleitung der Untersuchung gegen dasselbe bekanntgegeben wird.

Erlaß des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 29. September 1905.

Mit der Bestimmung des zweiten Absatzes des § 200 der Schul- und Unterrichtsordnung soll den Amtsärzten ein entscheidender Einfluß hauptsächlich auf die Statuten der Erziehungsanstalten und der Rettungshäuser für verwahrloste Kinder gewahrt werden. Von den Bestimmungen des ersten Absatzes des § 82 der Schul- und Unterrichtsordnung abweichende Anordnungen über die Schulstrafen dürfen in die Statuten nur mit Genehmigung des Ministeriums für Kultus und Unterricht aufgenommen werden.

Durchführungsvorschrift zur Schul- und Unterrichtsordnung 1907.

Zu § 85. Da bei jüngeren Kindern Besserungsfähigkeit anzunehmen ist, kann die Strafe der Ausschließung in der Regel nur über ältere Schüler verhängt werden.

Zu § 200. Von den Bestimmungen des 1. Absatzes der Schul- und Unterrichtsordnung abweichende Anordnungen über die Schulstrafen dürfen in die Statuten nur mit Genehmigung des Ministeriums für Kultus und Unterricht aufgenommen werden.

Entscheidung des Landesschulrates vom 15. Juni 1907, Z. 24.782.

Gegen Wirte, welche wissentlich den Schülern zum Rneipen und zur Gelbvergeudung Gelegenheit geben, ist strenge vorzugehen. Sie sind in ein gemeindeweise zu führendes Verzeichnis einzutragen, in welchem das Ergebnis der Strafamtsbehandlung vorzunehmen ist; es ist immer zu beachten, ob die Voraussetzungen des § 158 lit. b) und c) G.D. (Entziehung der Gewerbe Konzession) vorhanden sind.

Literatur.

A.

Reitner, Dr. Heinr.: Die Fürsorge für die verwahrloste Jugend, III. Teil, Wien, Manz. 6'80.

B.

- Baernreither J. M.: Die Ursachen, Erscheinungsformen und die Ausbreitung der Verwahrlosung von Jugendlichen in Österreich, Wien, 1908.
 Risch: Bohemia 114, Im Heim der Verwahrlosten.
 Risch E. E.: Bohemia 327, In der Strafanstalt.
 Langstein J.: Brager Zeitung 1907, 274, Sträflingsfürsorge in der Strafanstalt Pankraß.
 Federer M.: Deutsche Arbeit S. 129, Sträflinge in der Sommerfrische.
 Mischler E.: Tatsachen der Verwahrlosung, Wien, 1908.
 Geiser Ant.: Ein Wort für Bewahranstalten, Konferenzblatt (Gainspach, XIII, 6).
 Protiwinski Frz.: Das Verbrechen und seine Bekämpfung, Deutsches Abendblatt 290.
 Spann und Mischler E.: Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1907, Nr. 10, Tatsachen der Verwahrlosung, Die landwirtschaftlichen Dienstboten in Steiermark.

Jugendliche.

Statuten des Vereines zum Wohle entlassener jugendlicher Züchtlinge in Prag.
 I. 231 ff.

Unterstützungs- und Fürsorgeverein für entlassene Sträflinge in Prag. I. 234.

VI. Vollversammlung des Vereins für Zwangserziehung und Fürsorge. I. 235 ff.

Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 16. November 1871,

betreffend die Inspektion der Sträflingschulen durch die k. k. Inspektoren für Volksschulen.

Aus Anlaß des von einer Landes Schulbehörde gestellten Antrages, daß im Hinblick auf das Reichsgesetz vom 25. Mai 1868 (RGBl. Nr. 48) die fachmännische Beaufsichtigung und Unterstützung des Unterrichtes in pädagogisch-bildatischer Beziehung durch die Organe der staatlichen Schulverwaltung auch auf die in Strafanstalten und Gefangenhäusern befindlichen Schulen ausgedehnt werde, hat sich das Unterrichts-Ministerium mit dem Justiz-Ministerium ins Einvernehmen gesetzt, welches letztere folgendes anher mitgeteilt hat:

Die in den Strafanstalten und größeren Gefangenhäusern der Gerichtshöfe erster Instanz errichteten Sträflingschulen haben die Aufgabe, die in einem lernfähigen Alter stehenden Strafgefangenen, welche entweder gar keine oder nur mangelhafte Kenntnisse aus den Gegenständen der Volksschule besitzen, in diesen Gegenständen zu unterrichten, und sie darin möglichst zu befestigen.

Der Zweck dieses Schulunterrichtes ist, die Strafgefangenen in geistiger und mittelbar auch in moralischer Beziehung zu heben, und sie mit jenen Schulkennntnissen auszustatten, welche ihnen nach ihrer Entlassung aus der Strafe bei der Verfolgung eines redlichen Erwerbes nützlich und förderlich sein können.

Diesem nach bilden die Sträflingschulen eben nur ein Glied in der Kette der Einrichtungen, welche darauf abzielen, den Sträfling von der Bahn des Verbrechens abzu ziehen und ihn zu einem nützlichen Mitgliede der bürgerlichen Gesellschaft zu machen.

Hieraus folgt, daß die Schulen den Volksschulen nicht gleichgestellt, und da sie zunächst nur den Zwecken des Strafvollzuges zu dienen bestimmt sind, dem unmittelbaren Einflusse und der ausschließlichen Leitung der Strafvollzugsorgane nicht entzogen werden können.

Das Justiz-Ministerium hat daher der h. o. Aufsicht vollkommen beigegeben, daß eine Beaufsichtigung der Sträflingschulen durch die staatlichen Schulaufsichtsorgane in der Art, wie sie in Ansehung der Volksschulen besteht, nicht am Platze wäre.

Anderseits hat es jedoch das Justiz-Ministerium in gleicher Übereinstimmung mit der h. o. Aufsicht als im hohen Grade wünschenswert anerkannt, daß der Unterricht in den Sträflingschulen der sachmännischen Unterstützung seitens der staatlichen Schulinspektoren nicht entbehre, und daß namentlich die pädagogisch-didaktische Tätigkeit der Sträflingslehrer wenigstens von Zeit zu Zeit der wohlthätigen Anregungen teilhaftig werde, welche der Besuch eines erprobten und erfahrenen Schulmannes zu bieten vermag.

Aus diesem Grunde hat das Justiz-Ministerium auch bereits in mehreren Instruktionen für Strafanstaltschulen die Anordnung getroffen, daß die Inspektoren der öffentlichen Volksschulen von Seite der Strafanstaltsvorstellungen zeitweise eingeladen werden, die Strafanstaltschulen zu besuchen und ihre Wahrnehmungen den Strafanstaltsvorstellungen unmittelbar, oder den vorgesetzten Oberstaatsanwaltschaften behufs Abstellung etwaiger Mängel oder Einführung entsprechender Verbesserungen mitzuteilen.

Demzufolge finde ich nun ausdrücklich anzuordnen, daß die Bezirks- und Landeschulinspektoren für Volksschulen auf ihren Inspektionsreisen die Sträflingschulen in den Strafanstalten und gerichtlichen Gefangenhäusern ihres Bereiches zeitweise zu besuchen, und dabei den mit der Besorgung und Leitung des Unterrichtes betrauten Lehrern und sonstigen Angestellten des Staates Rufe und Ratsschläge an die Hand zu geben, jene Wahrnehmungen aber, welche wesentliche Mängel im Unterrichtswesen der Sträflingschulen betreffen, eingreifende Änderungen der bestehenden Einrichtungen notwendig machen sollten, unter Beifügung der geeigneten Vorschläge, den mit der Oberleitung der Strafanstalten betrauten Oberstaatsanwaltschaften, bzw. wenn es sich um Sträflingschulen in den gerichtlichen Gefangenhäusern handelt, den beteiligten Oberlandesgerichtspräsidien bekannt zu geben haben, weil auf diesem Wege das Ergebnis der Visitationen am sichersten zur gewünschten Geltung wird gebracht werden können.

Diese Anordnung ist sofort in Vollzug zu setzen.

Derselben entsprechend werden die erforderlichen Weisungen auch den betreffenden Oberstaatsanwaltschaften und den sämtlichen Oberlandesgerichtspräsidien durch das Justizministerium zukommen.

Verordnung des Justizministeriums vom 21. Oktober 1908, betreffend das Strafverfahren gegen Jugendliche.

Bis zum Inkrafttreten neuer gesetzlicher Bestimmungen werden für das Strafverfahren gegen Personen, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben (Jugendliche), folgende Anordnungen getroffen:

I.

1. Bei Gerichtshöfen, bei denen mehrere Erkenntnis- und Berufungsenate bestehen, sind die Hauptverhandlungen in Erkenntnisachen und die Berufungsverhandlungen in Übertretungsachen Jugendlicher einem Erkenntnis- und einem Berufungsenate zuzuwiesen.

2. Bei den als Strafgerichten tätigen Bezirksgerichten in Wien, sowie bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die nur Strafgerichtsbarkeit ausüben, sind die Übertretungsachen Jugendlicher in der Hand eines Strafrichters zu vereinigen.

3. Bei den Bezirksgerichten außerhalb von Wien, die zugleich als Vormundschafts- und Strafgerichte tätig sind, hat der Vormundschaftsrichter das Strafverfahren in Übertretungsachen Jugendlicher zu führen, gleichviel, ob der Jugendliche der vormundschaftsbehördlichen Jurisdiktion dieses oder eines anderen Gerichtes untersteht.

Sind bei einem Gerichte mehrere Vormundschaftsrichter bestellt, so sind die Jugendstrafsachen unter diese Richter nach denselben Grundsätzen zu verteilen, die für die Verteilung der vormundschaftsbehördlichen Geschäfte gelten (§ 19, Z. 6 G.D.).

4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nur für Straffälle, in denen ausschließlich Jugendliche als Beschuldigte erscheinen. Sind an einer Strafsache Jugendliche neben Erwachsenen beteiligt, so ist in Übertretungs- und Erkenntnisachen die Auscheidung des Verfahrens gegen die Jugendlichen nach den Bestimmungen des § 57 StPD. anzustreben. Kann die Auscheidung ohne Gefährdung der Einheit, Unmittelbarkeit oder raschen Erledigung des Verfahrens nicht geschehen, so ist die Strafsache vor dem sonst nach der Geschäftsverteilung berufenen Senat oder Einzelrichter zu verhandeln.

5. Der Senat oder Richter, der in eine Haupt- oder Berufungsverhandlung eingetreten ist, hat die Strafsache zu Ende zu führen, wenngleich später die Voraussetzungen, unter denen die Zuweisung an diesen Senat oder Richter erfolgte, eine Änderung oder Berichtigung erfahren,

insbesondere wenn erst nachträglich das Alter des Beschuldigten bekannt oder richtig gestellt wird.

6. Jugendstrafsachen sind in dem Anklagevorme der Gerichtshöfe (§ 405 G.D.) und in dem II-Register der Bezirksgerichte (§ 223 G.D.) durch ein in der Bemerkungsspalte beigefügtes „S“ ersichtlich zu machen; ihre Zahl ist in einer Anmerkung zum Jahresgeschäftsausweise anzugeben.

Die Übertretungssachen, deren Erledigung einem Vormundschaftsrichter zusteht, sind wie bisher in das II-Register des Strafrichters einzutragen und es sind besondere Register nicht anzulegen. Die Kanzleiabteilung des Strafrichters hat auch die übrigen in diesen Fällen notwendigen Kanzleigeschäfte zu besorgen.

7. Für die Jugendsenate und Jugendrichter sind abgesondert geeignete Verhandlungssäle und Räumlichkeiten zu bestimmen. Stehen solche Räume nicht zur Verfügung, so sind die Verhandlungen gegen Jugendliche, wenn es irgend möglich ist, für eine andere Zeit anzuräumen als die gegen Erwachsene.

II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1909 in Wirksamkeit. Ihre Grundsätze sind in den Geschäftsverteilungsplänen für das Jahr 1909 zu berücksichtigen.

Je nach der voraussichtlichen Zahl der Jugendstrafsachen sind die hiefür bestimmten Senate und Richter entweder bloß mit diesen Sachen zu befaßen oder von anderen Agenden entsprechend zu entlasten. Einer Überbürdung der Vormundschaftsrichter kann entweder durch Heranziehung des infolge der neuen Geschäftsverteilung weniger beschäftigten Richters als Hilfsrichter in der Abteilung des Vormundschaftsrichters oder durch eine sonst zulässige Änderung in der Verteilung der Geschäfte vorgebeugt werden.

Klein m. p.

Literatur.

A.

Hasler Eug.: Die jugendlichen Verbrecher im Straf- und Strafprozeßrecht. Aarau, H. R. Sauerländer. 2.80.

Mönkemöller Otto: Korrekptionsanstalt und Landarmenhaus. Leipzig, J. A. Barth. 5.60.

Rohden G. v.: Probleme der Gefangenenfursorge und Entlassenenfürsorge. Gießen, A. Töpelmann. 3.06.

Prostitution.

Allgemeines. I. 240.

Verein „Mädchenhuth“. Bahnhofsmisson. Stellenvermittlung. Heimstätte.

Präsidentin: Gräfin Welsphalen.

Dr. Wosac: Referat 1908. II. 197—202.

Strafgesetzbuch.

Von öffentlicher Gewalttätigkeit.

1. Entführung.

§ 96. Wenn eine Frauensperson in einer, sei es auf Heirat oder Unzucht gerichteten Absicht, wider ihren Willen mit Gewalt oder List entführt; oder wenn eine verheiratete Frauensperson, obgleich mit ihrem Willen, dem Ehegatten; wenn ein Kind seinen Eltern; ein Mündel seinem Vormunde oder Versorger mit List oder Gewalt entführt wird, die Absicht des Unternehmers mag erreicht worden sein oder nicht.

§ 97. Die Strafe der Entführung wider Willen der entführten Person, oder die Entführung einer Person, die noch nicht das vierzehnte Jahr zurückgelegt hat, ist schwerer Kerker von fünf bis zu zehn Jahren, nach Maßgabe der angewandten Mittel und des beabsichtigten oder erfolgten Übels. — Ist aber die entführte Person wenigstens schon vierzehn Jahre alt

gewesen und ihre Einwilligung beigetreten, so soll schwerer Kerker von sechs Monaten bis einem Jahre verhängt werden.

Von der Notzucht, Schändung und anderen schweren Unzuchtsfällen.

Strafgesetzbuch.

XVI. Hauptstück.

§ 125. Wer eine Frauensperson durch gefährliche Bedrohung, wirklich ausgeübte Gewaltthätigkeit oder durch arglistige Betäubung ihrer Sinne außerstand setzt, ihm Widerstand zu thun, und sie in diesem Zustande zu außerehelichem Beischlaffe mißbraucht, begeht das Verbrechen der Notzucht.

§ 126. Die Strafe der Notzucht ist schwerer Kerker zwischen fünf und zehn Jahren. Hat die Gewaltthätigkeit einen wichtigen Nachtheil der Beleidigten an ihrer Gesundheit oder gar an ihrem Leben zur Folge gehabt, so soll die Strafe auf eine Dauer zwischen zehn und zwanzig Jahren verlängert werden. Hat das Verbrechen den Tod der Beleidigten verursacht, so tritt lebenslanger Kerker ein.

§ 127. Der an einer Frauensperson, die sich ohne Zutun des Täters im Zustande der Wehr- oder Bewußtlosigkeit befindet, oder die noch nicht das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt hat, unternommene außereheliche Beischlaf ist gleichfalls als Notzucht anzusehen und nach § 126 zu behandeln.

§ 128. Wer einen Knaben oder ein Mädchen unter vierzehn Jahren, oder eine im Zustande der Wehr- oder Bewußtlosigkeit befindliche Person zur Befriedigung seiner Lüste auf eine andere als die im § 127 bezeichnete Weise geschlechtlich mißbraucht, begeht, wenn diese Handlung nicht das im § 129 lit. b) bezeichnete Verbrechen bildet, das Verbrechen der Schändung, und soll mit schwerem Kerker von einem bis zu fünf Jahren, bei sehr erschwerenden Umständen bis zu zehn, und wenn eine der im § 126 erwähnten Folgen eintritt, bis zu zwanzig Jahren bestraft werden.

§ 129. Als Verbrechen werden auch nachstehende Arten der Unzucht bestraft:

I. Unzucht wider die Natur, das ist

a) mit Tieren,

b) mit Personen desselben Geschlechtes.

§ 130. Die Strafe ist schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren.

Wenn sich aber im Falle der lit. b) eines der im § 125 erwähnten Mittel bedient wurde, so ist die Strafe von fünf bis zu zehn Jahren, und wenn einer der Umstände des § 126 eintritt, auch die dort bestimmte Strafe zu verhängen.

§ 131. II. Blutschande, welche zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, ihre Verwandtschaft mag von ehelicher oder unehelicher Geburt herrühren, begangen wird.

Die Strafe ist Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahre.

§ 132. III. Verführung, wodurch jemand eine seiner Aufsicht oder Erziehung oder seinem Unterrichte anvertraute Person zur Begehung oder Duldung einer unzüchtigen Handlung verleitet.

IV. Kuppelei, wosfern dadurch eine unschuldige Person verführt wurde, oder wenn sich Eltern, Vormünder, Erzieher oder Lehrer derselben gegen ihre Kinder, Mündel oder die ihnen zur Erziehung oder zum Unterrichte anvertrauten Personen schuldig machen.

§ 133. Die Strafe ist schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren.

Vergehen und Übertretungen gegen die öffentliche Sittlichkeit.

§ 500. Die Sorgfalt der Gesetzgebung schränkt nach ihrer Absicht den Begriff einer Verletzung der öffentlichen Sicherheit nicht bloß auf diejenigen Handlungen ein, welche an sich Abscheu und öffentliches Argerniß zu erregen fähig sind; sie zieht darunter auch Handlungen, die nach ihrer Eigenschaft zur Verbreitung des Sittenverderbnisses beitragen, wie auch solche, womit Unordnung und Ausschweifung als gewöhnliche Folgen verbunden sind.

Nach dieser Bestimmung sind als Vergehen oder Übertretungen gegen die öffentliche Sittlichkeit in den hier ausgedrückten Fällen zu bestrafen: a) Unzucht; b) gröbliche und öffentliche Argerniß verursachende Verletzung der Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit; c) Betteln; d) verbotene Spiele; e) Trunkenheit; f) andere größere Unsitlichkeiten.

§ 501. Unzucht zwischen voll- und halbbürtigen Geschwistern, mit den Ehegenossen der Eltern, der Kinder oder Geschwister ist als Übertretung mit ein- bis dreimonatlichem Arreste, der nach Umständen verschärft werden soll, zu bestrafen.

Diejenigen, die durch die Untersuchung als die Verführer erkannt werden, sind zum strengen Arreste von einem bis zu drei Monaten zu verurtheilen. Nach vollendeter Strafzeit ist von Amts wegen Vorzeige zu treffen, das die Gemeinschaft zwischen den Schuldigen durch ihre Absonderung aufgehoben werde.

§ 502. Eine verheiratete Person, die einen Ehebruch begeht, wie auch eine unverheiratete, mit welcher ein Ehebruch begangen wird, ist einer Übertretung schuldig und mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten, die Frau aber alsdann strenger zu bestrafen, wenn durch den begangenen Ehebruch über die Rechtmäßigkeit der nachfolgenden Geburt ein Zweifel entstehen kann.

§ 503. Der Ehebruch kann jedoch, den Fall des folgenden § 510 ausgenommen, nie von Amts wegen, sondern nur auf Verlangen des beleidigten Theiles in Untersuchung gezogen und bestraft werden. Selbst dieser ist zu einer solchen Forderung ferner nicht berechtigt, wenn er die ihm bekannt gewordene Beleidigung ausdrücklich verzeihen, oder von der Zeit an, da ihm solche bekannt geworden, durch 6 Wochen darüber nicht Klage geführt hat. Auch die bereits erkannte Strafe erlischt, sobald der beleidigte Theil sich erklärt, mit dem Schuldigen wieder leben zu wollen. Doch hebt eine solche Erklärung die schon erkannte Strafe in Ansehung der Mitschuldigen nicht auf.

§ 504. Ein Hausgenosse, der eine minderjährige Tochter oder eine zur Haushaltung gehörige minderjährige Anverwandte des Hausvaters oder der Hausfrau entehrt, soll für diese Übertretung nach Unterschied seines Verhältnisses zu der Familie mit strengem Arreste von einem bis zu drei Monaten bestraft werden.

§ 505. Gleiche Bestrafung ist zu verhängen gegen eine in der Familie dienende Frauensperson, die einen minderjährigen Sohn oder einen im Haushalte lebenden minderjährigen Anverwandten zur Unzucht verleitet.

Die Untersuchung und Bestrafung dieser beiden Übertretungen findet aber nur auf Verlangen der Eltern, Anverwandten oder der Vormundschaft statt.

§ 506. Die Verführung und Entehrung einer Person unter der nicht erfüllten Zulage der Ehe soll als Übertretung mit strengem Arreste von einem bis zu drei Monaten bestraft werden. Außerdem bleibt der Entehrten das Recht auf Entschädigung vorbehalten.

§ 507. Wer sich mit Verschweigung eines ihm bekannten gesetzlichen Ehehindernisses trauen läßt, ohne vorher die ordentliche Dispensation erhalten zu haben; oder wer sich in ein fremdes Land begibt, um daselbst eine Ehe zu schließen, die nach den Landesgesetzen nicht stattfinden konnte, ist einer Übertretung schuldig und mit strengem Arreste von drei bis zu sechs Monaten, der Verführende aber stets strenger zu bestrafen.

Der Arrest soll noch verschärft werden, wenn einem Theile das Hindernis verheimlicht, und er folchergestalt schuldlos zu einer nichtigen Ehe verleitet worden.

§ 508. Eben diese Strafe ist gegen die Übertretung der Eltern zu verhängen, die durch Mißbrauch der elterlichen Gewalt ihre Kinder zu einer Ehe zwingen sollten, welche nach den Gesetzen nichtig ist.

§§ 509 bis 511 aufgehoben durch Gesetz v. 24. Mai 1885, Nr. 89 RGW.

§ 512. Der Übertretung der Kuppelei machen sich schuldig diejenigen:

- a) welche Schanddirnen zur Betreibung ihres unerlaubten Gewerbes bei sich einen ordentlichen Aufenthalt oder sonst Unterschleif geben;
- b) welche vom Zuführen solcher Personen ein Geschäft machen;
- c) welche sonst sich zu Unterhändlern in unerlaubten Verständnissen dieser Art gebrauchen lassen.

§ 513. Die Strafe dieser Übertretung ist strenger Arrest von drei bis zu sechs Monaten; sie ist aber zu verschärfen, wenn die Schuldigen das Gewerbe bereits durch längere Zeit fortgesetzt haben.

§ 514. Eine wegen Kuppelei schon bestrafte Person ist bei abermaliger Betretung nach vollstreckter Strafe aus dem bisherigen Aufenthaltsorte, und wenn sie eine Fremde ist, aus sämtlichen Kronländern des Reiches abzuschieffen.

§ 515. Wenn Gast- oder Schankwirte, außer den im § 509 bezeichneten Fällen der Übertretung der Kuppelei, zur Unzucht Gelegenheit verschaffen, sind sie einer Übertretung schuldig und das erstemal mit einer Geldstrafe von fünf und zwanzig bis zweihundert Gulden zu belegen. Bei weiterer Fortsetzung des Unterschleifes werden sie von dem Gast- oder Schankgewerbe abgesehnt und zu einem solchen Gewerbe für die Zukunft unfähig erklärt. Machen sich Dienstleute ohne Wissen des Gast- oder Schankwirthes dieser Übertretung schuldig, so sind dieselben mit Arrest von 8 Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen.

§ 516. Wer durch bildliche Darstellungen oder durch unzüchtige Handlungen die Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit gröblich und auf eine öffentliche Argernis erregende Art verletzt, macht sich einer Übertretung schuldig und soll zu strengem Arreste von acht Tagen bis zu sechs Monaten verurtheilt werden. Wurde aber eine solche Verletzung durch Druckschriften begangen, so ist sie als ein Vergehen mit strengem Arreste von sechs Monaten bis zu einem Jahre zu ahnden.

§§ 517 bis 521 aufgehoben durch Ges. vom 24. Mai 1885, Nr. 89 RGW.

§ 522. Das Spiel aller Hazard- oder reinen Glücksspiele, sowie aller derjenigen Spiele, welche durch besondere Vorschriften namentlich verboten sind, unterwirft sowohl alle Spielenden, als denjenigen, der in seiner Wohnung spielen läßt, für jeden Fall dieser Übertretung der Strafe von zehn bis neunhundert Gulden, wovon das eingebrachte Drittel dem Anzeiger zufällt, und wäre er selbst im Falle der Strafe, auch diese ganz nachgesehen wird.

Ausländer, welche wegen dieser Übertretung in Strafe verfallen, sind aus dem Reiche abzuschießen.

§ 523. Trunkenheit ist an demjenigen als Übertretung zu bestrafen, der in der Berausung eine Handlung ausgeübt hat, die ihm außer diesem Zustande als Verbrechen zugerechnet würde (§ 236). Die Strafe ist Arrest von einem bis zu drei Monaten. War dem Trunkenen aus Erfahrung bewußt, daß er in der Berausung heftigen Gemütsbewegungen ausgesetzt sei, so soll der Arrest verschärft, bei größeren Übeltaten aber auf strengen Arrest bis zu sechs Monaten erkannt werden.

§ 524. Eingekerkerte Trunkenheit ist bei Handwerkern und Tagelöhnern, welche auf Dächern und Gerüsten arbeiten, oder die mit feuergefährlichen Gegenständen umzugehen haben, sowie bei derjenigen Klasse von Dienstpersonen, durch deren Fahrlässigkeit leicht Feuer entstehen kann, als Übertretung mit Arrest von einem bis zu acht Tagen, bei Wiederholung auch bis zu einem Monate und nach Umständen auch noch mit Verschärfung zu bestrafen.

Die Bestrafung eingekerkelter Trunkenheit wird zwar bei Fällen, welche durch ihre Öffentlichkeit zur obrigkeitlichen Kenntnis gelangen, von Amts wegen verhängt, außerdem aber nur, wenn Meister oder Dienstherrn darüber bei der Behörde Beschwerde führen.

§ 525. Andere größere Unsittlichkeiten, als: Diebstähle und Veruntreuungen zwischen Verwandten, Verletzung der ehelichen Treue, tätige Verletzungen schuldiger Chrenrbietung der Kinder gegen die Eltern, der Dienstleute gegen die Dienstherrn u. dgl. sind zwar, so lange sie im Innern der Familie verschlossen bleiben, lediglich der häuslichen Zucht zu überlassen. Wenn aber diese Unordnungen so weit gehen, daß Eltern, Vormünder, Erzieher, Verwandte, Ehegenossen, Dienstherrn u. a. dgl. sich bemüßigt sehen, die Hilfe der Behörden anzurufen, so werden sie Übertretungen gegen die öffentliche Sittlichkeit. Die Behörden sind in solchen Fällen verpflichtet, zur Abwendung der Unordnung die Hand zu bieten und nach gehöriger Untersuchung jene Strafe zu verhängen, die sie nach den Umständen zu einem wirklichen Erfolge am zweckmäßigsten erachten.

Zur Hintanhaltung des Mädchenhandels hat das k. k. Ministerium des Innern mit dem an die politischen Landesstellen hinausgegebenen Erlasse vom 3. Juli 1908, B. 19.245, folgendes verfügt:

Um die sittliche Gefährdung junger Mädchen, welche als Artistinnen in das Ausland, insbesondere den Orient angeworben werden, hintanzuhalten, wird die k. k. Statthalterei (Landesregierung) unter Hinweis auf den § 3 der Ministerialverordnung vom 7. Mai 1908, RGGl. Nr. 97, eingeladen, die Veranlassung zu treffen, daß von jeder derartigen versuchten Anwerbung die PflEGschaftsbehörde verständigt werde, welche hierdurch in die Lage versetzt wird, geeignete, den Schutz der Minderjährigen betreffenden Maßnahmen anordnen zu können.

Die Benachrichtigung des PflEGschaftsgerichtes hat selbst dann zu erfolgen, wenn die Anwerbung nicht durch einen gewerbsmäßig tätigen Stellenvermittler stattfindet.

Bei Ausstellung von Auslandsreisepässen für minderjährige Mädchen überhaupt wird mit der gebotenen Vorsicht vorzugehen sein.

Erteilung von Seereisewilligungen und Ausstellung von Auslandsreisepässen (Auslandsreiseklauseln) für Minderjährige.

Das Ministerium des Innern hat an alle Landesstellen den nachstehenden Erlaß vom 31. August 1908, B. 8969, gerichtet:

Erfahrungsgemäß begeben sich alljährlich eine Reihe von Minderjährigen mit Wissen und Willen ihrer Eltern, beziehungsweise Vormünder in das Ausland, wo sie dann der Ausbeutung oder Verwahrlosung (Prostitution) anheimfallen.

Um diesen Erscheinungen nach Tunnlichkeit zu steuern, wird im Einvernehmen mit dem k. k. Justizministerium der k. k. Statthalterei (Landesregierung) zur entsprechenden weiteren Veranlassung eröffnet, daß vor Erteilung von Auslandsreisepässen und Seereisewilligungen an Minderjährige, die unter väterlicher Gewalt stehen, in jenen Fällen, in denen sich Anhaltspunkte für die Annahme eines Mißbrauches der väterlichen Gewalt oder einer Gefährdung des Wohles des Minderjährigen ergeben, das Einvernehmen mit dem zuständigen PflEGschaftsgerichte zu pflegen ist, damit daselbe in die Möglichkeit versetzt werde, die dem Reisevorhaben des Minderjährigen zugrunde liegenden Verhältnisse zu überprüfen.

In betreff der unter Vormundschaft stehenden PflEGsbefohlenen hat dieses Einvernehmen mit dem zuständigen Gerichte, da daselbe hinsichtlich solcher Minderjähriger zur Untersuchung aller wichtigeren und zweifelhaften Fälle verpflichtet ist, grundsätzlich immer zu erfolgen und

ist eine Ausnahme von dieser Regel nur dann statthaft, wenn gegen die Ausstellung des erbetenen Reisedokumentes offenbar keine Bedenken obwalten.

Für die Entscheidung, ob die Benachrichtigung des Vormundschaftsgerichtes stattzufinden habe oder unterbleiben könne, wird selbstverständlich auch das Alter des Minderjährigen, sein Stand und Erwerb von großer Bedeutung sein. Insbesondere bei Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre wird der Umstand zu berücksichtigen sein, daß solche leichter der Ausbeutung oder Verwahrlosung anheimfallen als die in einem reiferen Lebensalter stehenden Minderjährigen.

Da die Ansuchen um Seereisewilligungen und Auslandsreisepässen in der Regel dringliche Behandlung erheischen, wird für die k. k. Gerichte zur Beantwortung der in Rede stehenden Anfragen der politischen Behörden eine Maximalfrist von 14 Tagen mit der Wirkung bestimmt, daß die antragende politische Behörde, falls sie innerhalb dieser Frist eine Antwort seitens des Gerichtes nicht erhält, zur Annahme berechtigt ist, daß das befragte Gericht gegen die Ausstellung der erbetenen Reiseurkunde keine Einwendung erhebt.

Die Bestimmungen dieses Erlasses sind auch bei Eintragung der Auslandsreisekaufel in Arbeits- oder Dienstbotenbücher anzuwenden.

Literatur.

A.

- Abolitionist der, Organ für die Bestrebungen der internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution, 7. Jahrg. 1908, Dresden, Angelikastr. 23, Frau R. Scheven. 1'50.
- Arendt Henriette: Mehr staatliche Fürsorge für Gefallene und Gefährdete! Stuttgart, M. Kielmann. —'30.
- Baer M.: Der internationale Mädchenhandel, Berlin, S. Seemanns Nachf. 1'—.
- Bauer S.: Manneswürde und Mädchenehre, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht. —'50.
- Bohn, Past. Lic.: Bordelle und Mädchenhandel, Leipzig, S. G. Wallmann. —'30.
- Butz, Dr. Gust.: Die Bekämpfung des Mädchenhandels im internationalen Rechte, Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht. 1'80.
- Butz Gust.: Die Bekämpfung des Mädchenhandels im internationalen Rechte, Berlin, Puttkammer und Mühlbrecht. 1'80.
- Flugschriften abolitionistische, Nr. 7, Hoffet Emile, Warum bekämpfen wir die Reglementierung der Prostitution? Dresden, Angelikastr. 23, Frau R. Scheven. —'30.
- Fürth Henriette: Die Prostitution, Berlin, Verlag der „Naturarzt“. —'50.
- Galli J.: Die Aufgaben der Rechtsordnung gegenüber den Gefahren der Prostitution, Leipzig, Hinrichs Berl. —'30.
- Marguerite Vict.: Die Prostituierten, Budapest, G. Grimm. 3'—.
- Münsterberg Otto: Die Bekämpfung der Unmirtkneipen, Berlin Mäßigkeitsverlag. —'30.
- Münsterberg Otto: Prostitution und Staat, Leipzig, J. A. Barth. —'30.
- Touton, Prof. Dr. R.: Über sexuelle Verantwortlichkeit, Leipzig, J. A. Barth. —'30.
- Neccar Cl.: Wer verführt? Breslau, Phönixverlag. —'80.
- Peters G.: Prostitution und Geschlechtskrankheiten. Berlin-Steglitz, Verlag „Kraft und Schönheit“. 1'—.
- Steenhof Frida: Die reglementierte Prostitution vom feministischen Gesichtspunkte, Gaußsch bei Leipzig, F. Dietrich. —'50.
- Volkswart: Organ des Verbandes der Männervereine zur Bekämpfung der öffentl. Unsitte, Coblenz, Görres Druckerei. 2'—.

B.

- Švorčik S.: Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik, 28/1, 2. Das Anerbieten einer Prostituierten an einen Bordellbesitzer.

Rechtsangelegenheiten der Jugendfürsorge.

Allgemeines. I. 240.

a) Uneheliche.

Allgemeines. I. 241 ff.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

§ 50. Minderjährige von unehelicher Geburt bedürfen zur Gültigkeit ihrer Ehe nebst der Erklärung ihres Vormundes, die Einwilligung der Gerichtsbehörde.

Gesetzliches Erbrecht legitimirter Kinder.

§ 752. Außer der Ehe geborene und durch nachher erfolgte Vermählung ihrer Eltern legitimierte Kinder, wie auch diejenigen, welchen, ungeachtet eines bei der Verehelichung ihrer Eltern bestandenen Hindernisses, die besondere Begünstigung des § 160 zukommt, genießen unter den in eben diesem § 160 und dem § 161 enthaltenen Beschränkungen auch in Rücksicht der gesetzlichen Erbfolge die Rechte ehelicher Kinder.

§ 753. Einem unehelichen, durch die Begünstigung des Gesetzgebers legitimierten Kinde kommt auf die väterliche Verlassenschaft nur dann ein gesetzliches Erbrecht zu, wenn es auf Ansuchen des Vaters, um gleiche Rechte mit den ehelichen Kindern in dem frei vererblichen Vermögen zu genießen, legitimiert worden ist.

Gesetzliches Erbrecht der unehelichen Kinder.

§ 754. In Rücksicht auf die Mutter haben uneheliche Kinder bei der gesetzlichen Erbfolge in das frei vererbliche Vermögen gleiche Rechte mit den ehelichen. Zu dem Nachlasse des Vaters und der väterlichen Verwandten, dann der Eltern, Großeltern und übrigen Verwandten der Mutter gebührt den unehelichen Kindern keine gesetzliche Erbfolge.

Gesetzliches Erbrecht der Wahlkinder.

Wahlkinder haben bei der gesetzlichen Erbfolge in das frei vererbliche Vermögen desjenigen, welcher sie an Kindesstatt genommen hat, ein gleiches Recht, wie die ehelichen Kinder. In Rücksicht der Verwandten desselben oder der Ehegatten, ohne dessen Einwilligung die Annahme geschehen ist, steht ihnen kein Erbrecht zu. Sie behalten aber das gesetzliche Erbrecht in dem Vermögen ihrer natürlichen Eltern und Verwandten (§ 183).

Erbrecht der Eltern in Rücksicht der in den §§ 752—754 erwähnten Kinder.

§ 756. Den Eltern kommt auf den Nachlaß ihrer legitimierten, oder von dem Gesetze besonders begünstigten unehelichen Kinder eben das wechselseitige Recht zu, welches den Kindern auf den Nachlaß ihrer Eltern eingeräumt worden ist (§§ 752—754). In dem Vermögen eines unehelich gebliebenen Kindes gebührt nur der Mutter die Erbfolge; der Vater, alle Großeltern und andere Verwandte des Kindes sind davon ausgeschlossen. Auch die Wahlkinder haben kein gesetzliches Erbrecht auf die Verlassenschaft des Wahlkindes; sie fällt nach der gesetzlichen Erbfolge dessen Verwandten zu.

Religionsbekenntnis der Kinder (Gesetz vom 25. Mai 1868, RGW. 49, wodurch die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden).

I. In Beziehung auf das Religionsbekenntnis der Kinder.

Artikel I, II, III.

Art. I. Eheliche oder den ehelichen gleichgehaltene Kinder folgen, soferne beide Eltern demselben Bekenntnisse angehören, der Religion ihrer Eltern.

Bei gemischten Ehen folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der Religion der Mutter. Doch können die Ehegatten vor oder nach Abschluß der Ehe durch Vertrag fest-

sehen, daß das umgekehrte Verhältnis stattfinden solle, oder daß alle Kinder der Religion des Vaters oder alle Kinder der der Mutter folgen sollen.

Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter. Im Falle keine der obigen Bestimmungen Platz greift, hat derjenige, welchem das Recht der Erziehung bezüglich eines Kindes zusteht, das Religionsbekenntnis für solche zu bestimmen.

Reverle an Vorsteher oder Diener einer Kirche oder Religionsgenossenschaft oder an andere Personen über das Religionsbekenntnis, in welchem Kinder erzogen oder unterrichtet werden sollen, sind wirkungslos.

Art. II. Das nach dem vorhergehenden Artikel für ein Kind bestimmte Religionsbekenntnis darf in der Regel so lange nicht verändert werden, bis dasselbe aus eigener freier Wahl eine solche Veränderung vornimmt. Es können jedoch Eltern, welche nach Art. 1 das Religionsbekenntnis der Kinder vertragsmäßig zu bestimmen berechtigt sind, dasselbe bezüglich jener Kinder ändern, welche noch nicht das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben.

In Falle eines Religionswechsels einer oder beider Elternteile, beziehungsweise der unehelichen Mutter, sind jedoch die vorhandenen Kinder, welche das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in betreff des Religionsbekenntnisses ohne Rücksicht auf einen vor dem Religionswechsel abgeschlossenen Vertrag so zu behandeln, als wären sie erst nach dem Religionswechsel der Eltern, beziehungsweise der unehelichen Mutter, geboren worden.

Wird ein Kind vor zurückgelegtem siebenten Jahre legitimiert, so ist es in betreff des Religionsbekenntnisses nach Art. I zu behandeln.

Art. III. Die Eltern und Vormünder, sowie die Religionsdiener sind für die genaue Befolgung der vorstehenden Vorschriften verantwortlich.

Für den Fall der Verletzung derselben steht den nächsten Verwandten ebenso wie den Oberen der Kirchen- und Religionsgenossenschaften das Recht zu, die Hilfe der Behörden anzufragen, welche die Sache zu untersuchen und das Gesehliche zu verfügen haben.

Art. 4. Nach vollendetem 14. Lebensjahre hat jedermann ohne Unterschied des Geschlechtes die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Überzeugung und ist in dieser freien Wahl nötigenfalls von der Behörde zu schützen.

Derselbe darf sich jedoch zur Zeit der Wahl nicht in einem Geistes- oder Gemütszustande befinden, welcher die eigene freie Überzeugung ausschließt.

Art. 15. In Schulen, welche von Angehörigen verschiedener Kirchen oder Religionsgesellschaften besucht werden, soll, soweit es ausführbar ist, dem Unterricht eine solche Einteilung gegeben werden, bei welcher auch der Minderheit die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ermöglicht wird.

Art. 16. Allen diesen Vorschriften widerstreitenden Bestimmungen der bisherigen Gesetze und Verordnungen, auf welcher Grundlage sie beruhen und in welcher Form sie erlassen sein mögen, ebenso wie allfällige entgegenstehende Gepflogenheiten sind, auch insofern sie hier nicht ausdrücklich aufgehoben wurden, fernerhin nicht mehr zur Anwendung zu bringen.

Dies gilt insbesondere auch von den Vorschriften über die religiöse Erziehung der in öffentliche Pflege genommenen Kinder.

Anmerkung. Bei Findelkindern, sowie in allen Fällen des Zweifels über das Religionsbekenntnis der Eltern steht die Bestimmung des Bekenntnisses eines Kindes dem zur Erziehung Berechtigten zu (Findelanstalt, Vater, Mutter, Vormund).

Für Kinder unter 7 Jahren bestehen drei Ausnahmen:

- a) Die Legitimation eines Kindes unter 7 Jahren (i. a. BGB. §§ 160—162) wirkt auch auf das Bekenntnis des legitimierten Kindes.
- b) Der Religionswechsel eines oder beider Eltern, bzw. der unehelichen Mutter zieht — ohne Rücksicht auf einen vor dem Religionswechsel abgeschlossenen Vertrag — den Religionswechsel der Kinder unter 7 Jahren nach sich. Der Austritt aus einer Religionsgenossenschaft ohne Eintritt in eine andere wird nicht als Religionswechsel behandelt; der Eintritt oder Wiedereintritt eines Konfessionslosen gilt zwar auch nicht als Religionswechsel, doch wendet die Praxis in Anlehnung der noch nicht 7 Jahre alten Kinder die gesetzlichen Vorschriften über die Bestimmung des Religionsbekenntnisses an.
- c) In Mischehen kann die im Punkt 2 erwähnte vertragsmäßige Änderung auch nach der Geburt des Kindes, solange es das 7. Lebensjahr nicht zurückgelegt hat, eintreten.

Findelkinder und Namenlose, das sind Personen, deren Namen nicht erniert werden kann (namentlich Kretins und Taubstumme, die einer verständlichen Äußerung unfähig sind), machen insofern eine Ausnahme von den allgemeinen Vorschriften über die Namensführung, als bezüglich jener die Findelanstalt, dieser die aus Anlaß der Verpflegung angerufene Behörde die Beilegung eines Namens zu veranlassen hat; bei unehelichen Kindern kann die Mutter dem Matrikenführer einen Namen angeben, der unter Beifügung des Wortes „angeblich“ in die Matrik einzutragen ist und vorläufig bis zur Feststellung der Abstammung als wahrer Name gilt.

Grundsätzlich darf der Matrikenführer die Tatsache der Geburt, der Ehelichkeit, den Namen des Vaters, der unehelichen Mutter nur dann eintragen, wenn ihm der Bestand der Ehe, die Identität der Gatten, bzw. der unehelichen Kindesmutter durch Urkunden und Zeugen zweifellos dargetan wird. Der Name des unehelichen Vaters darf nur mit Zustimmung desselben, wobei über die Identität kein Zweifel bestehen darf, immatrikuliert werden.

Nachträgliche Ergänzungen und Änderungen in der Matrik, welche letztere entweder durch die dargetane Unrichtigkeit der Eintragung oder durch die Änderung der eingetragenen Tatsache (z. B. Legitimation eines unehelichen Kindes, Ungültigkeit einer Ehe) hervorgerufen werden, dürfen nach der herrschenden Praxis vom Matrikenführer nur über Anweisung der politischen Landesstelle vorgenommen werden. D. R. I. 268.

Schul- und Unterrichtsordnung.

§ 40. Bei der Aufnahme (in die Schule) sind zu ermitteln: Der Vor- und Zuname, die Geburtsdaten, das Religionsbekenntnis, die Vorbildung und der gegenwärtige Wohnort des Kindes; der Name, Stand und Wohnort des Vaters oder des verantwortlichen Plegers oder, wenn der Vater gestorben ist und bei unehelichen Kindern, der Name, Stand und Wohnort der Mutter sowie des Vormundes und die Vormundschaftsbehörde. . . .

Tauchen hinsichtlich einzelner Angaben begründete Zweifel auf, so ist an die Bezirks-schulbehörde zu berichten und deren Verfügung abzuwarten. Die Namen derjenigen Kinder, für die kein Vormund bestellt ist, sind dem zuständigen Plegschaftsgerichte mitzuteilen.

Ministerielle Durchführungsverordnung hiezu.

Ob es sich empfehlen dürfte, in der Schulmatrik auch die Zuständigkeitsgemeinde des Kindes festzustellen, wird der Ermägung der Landes-schulbehörden anheimgestellt. Eine solche Einrichtung würde, wenn sie sich einleibt hat und wenn zweckmäßige Durchführungsvorschriften erlassen werden, ebenso wie die im § 40 der Spiel- und Unterrichtsordnung angeordnete Erhebung des Vormundes und der Vormundschaftsbehörde ohne wesentliche Mehrbelastung den Vorteil bieten, daß die für das Kind erforderliche Hilfe in den Fällen der §§ 19 und 217 der Schul- und Unterrichtsordnung rasch in Anspruch genommen werden können.

Feststellung der durch nachfolgende Ehe eingetretenen Legitimation gemäß Artikel XVI GG. zur JSt.

Auf die Anfrage einer Landesbehörde, ob in dem Falle des Artikels XVI GG. zur JSt. das Gericht sich nur auf die Feststellung der Vaterschaft beschränken soll oder ob es auch zu der weiteren Feststellung befugt ist, daß durch die nachfolgende Ehe die Legitimation des betreffenden Kindes eingetreten sei, hat das k. k. Ministerium des Innern, der Ansicht des Justizministeriums zustimmend, mit dem Erlasse vom 27. Dezember 1907, Z. 8576, folgendes eröffnet:

„Die Voraussetzungen, die die Gerichte zu prüfen haben, um die Vaterschaft zu einem vorehelichen Kinde nach dem Ableben des Vaters gemäß Artikel XVI GG. zur JSt. festzustellen, sind dieselben, von deren Zutreffen auch der Eintritt der Legitimation durch nachfolgende Ehe abhängt, nämlich; die Abstammung des Kindes von der Mutter, der Abschluß einer rechtsgültigen Ehe zwischen den Kindeseltern, die Abstammung des Kindes von dem verstorbenen Vater. Aus der Feststellung der Vaterschaft ergibt sich die Legitimation des Kindes durch die nachfolgende Ehe von selbst.

Nach dem Abschlusse des im Artikel XVI 1. c. gedachten gerichtlichen Verfahrens bleibt für die politische Landesstelle kein Gegenstand mehr übrig, der noch der Feststellung behufs Konstatierung der eingetretenen Legitimation des Kindes bedürfte. Es handelt sich vielmehr nur darum, die bereits festgestellte Änderung des Familienstandes in den dazu bestimmten Registern ersichtlich zu machen.

Die Gerichte überschreiten daher nicht ihren Wirkungskreis und greifen nicht in die Kompetenz der Matrikenbehörden ein, wenn sie gleichzeitig mit der Feststellung der Vaterschaft zu dem vorehelichen Kinde auch konstatieren, daß die Legitimation eingetreten ist.“

Eintragung der Legitimation durch nachfolgende Ehe in die Geburtsmatrik. Um den Parteien die Erlangung der Eintragung der durch nachfolgende Ehe eingetretenen Legitimation eines unehelichen Kindes zu erleichtern, hat das k. k. Ministerium des Innern mit dem Erlasse vom 17. Juni 1907, Z. 7215, es für zulässig erklärt, daß die Eltern ihr Gesuch und ihre Erklärung auch vor dem nach ihrem Wohnsitz und Religionsbekenntnisse in Betracht kommenden Matrikenführer abgeben.

Im Sinne der geltenden Vorschriften (i. Erlässe des k. k. Ministeriums des Innern vom 12. September 1868, Z. 3649 und vom 7. November 1884, Z. 12.350, ZMBL. vom Jahre 1892, S. 74 und Erlaß vom 17. Juni 1907, Z. 7215) ist demnach zum Zwecke der Eintragung der Legitimation, je nach Lage des einzelnen Falles, folgender Vorgang einzuhalten:

I. Ist der Name des unehelichen Vaters in der Geburtsmatrifik bereits eingetragen und liegt der Trauungsschein der Kindeseltern vor, so ist der letztere behufs Anordnung der Legitimationsvorschrift an die in Betracht kommende politische Landesbehörde einzufenden.

II. Ist der Name des unehelichen Vaters in der Geburtsmatrifik noch nicht ersichtlich gemacht, so ist eine Erklärung der Eltern notwendig. Diese kann abgegeben werden:

- a) vor jenem Matrifenführer, der die Geburtsmatrifik führt. Er ist in diesem Falle befugt, die entsprechende Ergänzung des Eintrages in der Geburtsmatrifik selbst, ohne eine Anordnung der politischen Behörde, vorzunehmen;
 - b) vor der politischen Bezirksbehörde, vor dem nach dem Wohnsitz und Religionsbekenntnisse der Eltern in Betracht kommenden Matrifenführer oder vor dem Gerichte. In diesen Fällen bedarf es zur Eintragung der eingetretenen Legitimation einer Verfügung der politischen Landesbehörde als Matrifenaufsichtsbehörde.
- Insofern die Parteien die Erklärung vor dem Gerichte abgeben, ist folgendes zu beachten:
1. die Parteien sind nach Namen, Alter, Beschäftigung und Wohnort zu bezeichnen;
 2. die Erklärung des Vaters soll nicht nur das Bekenntnis der Vaterschaft, sondern auch das Begehren enthalten, daß sein Name in die Geburtsmatrifik eingetragen werde;
 3. der Mann, der sich als Vater bekennet, muß als solcher von der Kindesmutter bezeichnet werden, und zwar in der Regel bei Abgabe der Vaterschaftserklärung, es wäre denn, daß aus anderen Beheßen (z. B. aus einem früheren Protokoll) mit Sicherheit zu entnehmen ist, daß die Kindesmutter eben diesen Mann als den Vater des Kindes bezeichnet hat;
 4. die Beiziehung von Identitätszeugen entfällt, wenn die Parteien dem Gerichte bekannt sind;
 5. es muß der Geburtschein des Kindes und der Trauungsschein der Eltern vorliegen;
 6. das Protokoll samt Beilagen ist vom Gerichte der politischen Landesbehörde mit dem Ersuchen vorzulegen, daß von der zu treffenden Verfügung auch das Gericht in Kenntnis gesetzt werde.

Laut einer Mitteilung des k. k. Finanzministeriums sind derartige Protokolle im Sinne d. T.-B. 79, 44 g und 102 Geb.-Ges. stempelfrei, wenn darin lediglich die angeführten, in den Matrifenvorschriften vorgesehenen Erklärungen und Anträge beurkundet sind.

b) Vormundschafswesen.

Allgemeines. I. 244—246.

LR. Janisch-Referat, erstattet auf der I. Db. Z.-R. I. 246—252.

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch.

IV. Hauptstück.

Von den Vormundschaften und Kuratelen.

§ 187. Personen, denen die Sorge eines Vaters nicht zustatten kommt, und die noch minderjährig oder aus einem anderen Grunde ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen unfähig sind, gewähren die Gesetze durch einen Vormund oder durch einen Kurator besonderen Schutz.

§ 188. Ein Vormund hat vorzüglich für die Person des Minderjährigen zu sorgen, zugleich aber dessen Vermögen zu verwalten. Ein Kurator wird zur Besorgung der Angelegenheiten derjenigen gebraucht, welche dieselben aus einem anderen Grunde, als jenem der Minderjährigkeit, selbst zu besorgen unfähig sind.

§ 189. Wenn der Fall eintritt, daß einem Minderjährigen, er sei von ehelicher oder unehelicher Geburt, ein Vormund bestellt werden muß, so sind die Verwandten des Minderjährigen oder andere mit ihm in nahestehenden Verhältnissen stehende Personen unter angemessener Abwägung verbunden, dem Gerichte, unter dessen Gerichtsbarkeit der Minderjährige steht, die Anzeige zu machen. Auch die politischen Obrigkeiten, die weltlichen und geistlichen Vorsteher der Gemeinden, müssen sorgen, daß das Gericht hievon benachrichtigt werde.

§ 190. Das Gericht muß, sobald es zur Kenntnis gelangt ist, von Amts wegen die Bestellung eines tauglichen Vormundes vornehmen.

§ 191. Untauglich zur Vormundschaf überhaupt sind diejenigen, welche wegen ihres minderjährigen Alters, wegen Leibes- oder Geistesgebrehen, oder aus anderen Gründen ihren

eigenen Geschäften nicht vorstehen können; die eines Verbrechens schuldig erkannt worden sind oder von denen eine anständige Erziehung des Waisen oder nützliche Verwaltung des Vermögens nicht zu erwarten ist.

§ 192. Auch Personen weiblichen Geschlechtes, Ordensgeistlichen und Einwohnern fremder Staaten soll in der Regel (§ 198) keine Vormundschaft aufgetragen werden.

§ 193. Zu einer bestimmten Vormundschaft sind diejenigen nicht zuzulassen, welche der Vater ausdrücklich von der Vormundschaft ausgeschlossen hat. Die mit den Eltern des Minderjährigen oder mit ihm selbst bekanntlich in Feindschaft gelebt, oder die mit dem Minderjährigen entweder schon in einem Prozesse verwickelt sind, oder wegen noch nicht berichtigter Forderungen in einen verwickelt werden könnten.

§ 194. Personen, die in der Provinz, zu welcher der Minderjährige der Gerichtsbarkeit nach gehört, sich entweder gar nicht aufhalten, oder doch länger als ein Jahr von derselben entfernt sein müssen, sind in der Regel zur Vormundschaft nicht zu bestellen.

§ 195. Wider ihren Willen können zur Übernehmung einer Vormundschaft nicht gehalten werden: Weltgeistliche, wirklich dienende Militärpersonen und öffentliche Beamte, ebenso derjenige, der sechzig Jahre alt ist, dem die Ob Sorge über fünf Kinder oder Enkel obliegt, oder der schon eine mühsame Vormundschaft oder drei kleinere zu besorgen hat.

§ 196. Vor allem gebührt die Vormundschaft demjenigen, welchen der Vater dazu berufen hat, wenn derselben keines der in den §§ 191 bis 194 angeführten Hindernisse im Wege steht.

§ 197. Hat eine Mutter oder eine andere Person einem Minderjährigen ein Erbteil zugebacht und zugleich einen Vormund ernannt, so muß dieser nur in der Eigenschaft eines Kurators für das hinterlassene Vermögen angenommen werden.

§ 198. Wenn der Vater keinen oder einen unfähigen Vormund ernannt hat, so ist die Vormundschaft vor allen dem väterlichen Großvater, dann der Mutter, sofort der väterlichen Großmutter, endlich einem anderen Verwandten, und zwar demjenigen anzuvertrauen, welcher männlichen Geschlechtes, der nächste, oder aus mehreren gleichnaben der ältere ist.

§ 199. Kann eine Vormundschaft auf die angeführte Art nicht bestellt werden, so hängt es von dem Gerichte ab, wen es mit Rücksicht auf Fähigkeit, Stand, Vermögen und Unfähigkeit zum Vormunde ernennen will.

§ 200. Jeden ernannten Vormund, ohne Unterschied, hat das vormundschaftliche Gericht sofort anzuweisen, daß er die Vormundschaft übernehme. Der Vormund, ob er gleich für seine Person unter einer anderen Gerichtsbarkeit steht, ist schuldig, die Vormundschaft zu übernehmen, und wird in Rücksicht auf alle zu diesem Amte gehörigen Angelegenheiten der vormundschaftlichen Behörde unterworfen.

§ 201. Glaubt derjenige, welchen das Gericht zur Vormundschaft berufen hat, daß er zu diesem Amte nicht geschickt sei, oder daß ihn das Gesetz davon freispreche, so muß er sich innerhalb 14 Tagen, von der Zeit des ihm bekannt gemachten gerichtlichen Auftrages, an das vormundschaftliche Gericht, oder, wenn er denselben für seine Person nicht unterworfen ist, an seine persönliche Gerichtsstelle wenden, welche seine Gründe mit ihrem Gutachten begleiten und dem vormundschaftlichen Gerichte zur Entscheidung vorlegen soll.

§ 202. Wer seine Unmöglichkeit zur Vormundschaft verhehlet, hat, sowie das Gericht, das wissentlich einen nach dem Gesetze untauglichen Vormund ernennet, allen dem Minderjährigen dadurch entstandenen Schaden und entgangenen Nutzen zu verantworten.

§ 203. Dieser Verantwortung setzt sich auch derjenige aus, welcher ohne gegründete Ursache sich weigert, eine Vormundschaft zu übernehmen, und er soll überdies durch angemessene Zwangsmittel dazu angehalten werden.

§ 204. Man kann das vormundschaftliche Amt nur nach einem von dem gehörigen Gerichtsstande dazu erhaltenen Auftrage übernehmen. Wer sich eigenmächtig in eine Vormundschaft einbringt, ist verbunden, allen dem Minderjährigen dadurch erwachsenen Schaden zu ersetzen.

§ 205. Jeder Vormund, mit Ausnahme des Großvaters, der Mutter und der Großmutter, muß vermittels Handschlages angeloben, daß er den Minderjährigen zur Rechtschaffenheit, Gottesfurcht und Tugend anführen, daß er ihn dem Stand gemäß als einen brauchbaren Bürger erziehen, vor Gericht und außer demselben vertreten, das Vermögen getreulich und emsig verwalten und sich in allem nach Vorchrift der Gesetze verhalten wolle.

§ 206. Einem auf diese Art verpflichteten Vormunde hat das Gericht eine förmliche Urkunde darüber auszufertigen, damit er in Ansehung seines Amtes beglaubiget sei, und sich in vorkommenden Fällen rechtfertigen könne. Übernimmt ein Großvater, eine Mutter oder Großmutter eine Vormundschaft, so muß ihnen eine ähnliche Urkunde zugestellt, und derselben dasjenige, was andere Vormünder angeloben, eingeschaltet werden.

§ 207. Jedes vormundschaftliche Gericht ist verbunden, ein sogenanntes Vormundschafts- oder Waisenbuch zu führen. In dieses Buch müssen die Vornamen, Familiennamen, das Alter der Minderjährigen, und alles, was sich bei der Übernahme, Fortdauer und Endigung der Vormundschaft wichtiges ereignet hat, eingetragen werden.

§ 208. In diesem Buche soll auch auf alle Belege dergestalt hingewiesen werden, damit sowohl das Gericht selbst, als auch in der Folge die volljährig gewordenen Waisen alles, was ihnen zu wissen nützlich ist, in beglaubigter Form einsehen können.

§ 209. Sowie ein von dem Vater ernannter Vormund nicht nur über die Person des Minderjährigen, sondern auch über dessen Vermögen zu sorgen hat, ebenso wird vermutet, daß der Vater jemanden, den er zum Kurator über das Vermögen ernannt hat, zugleich die Aufsicht über die Person habe anvertrauen wollen. Hat aber der Vater einen Vormund nicht für alle Kinder oder einen Kurator nicht für das ganze Vermögen ernannt, so liegt dem Gerichte ob, für die anderen Kinder einen Vormund oder für den übrigen Teil des Vermögens einen Kurator zu bestellen.

§ 210. Sind mehrere Vormünder ernannt worden, so können sie zwar das Vermögen des Minderjährigen gemeinschaftlich oder teilweise verwalten. Verwalten sie es aber gemeinschaftlich, oder teilen sie die Verwaltung ohne Genehmigung des Gerichtes unter sich, so haftet jeder Einzelne für den ganzen dem Minderjährigen erwachsenden Schaden. Immer muß auch das Gericht veranstalten, daß die Person des Minderjährigen und die Hauptführung der Geschäfte nur von einem besorgt werde.

§ 211. Müttern und Großmüttern, die eine Vormundschaft übernehmen, muß ein Mitvormund gegeben werden. Bei der Wahl desselben ist vor allem auf den erklärten Willen des Vaters, dann auf den Vorschlag der Vormünderin, endlich auf die Verwandten des Minderjährigen Rücksicht zu nehmen.

§ 212. Auch der Mitvormund muß eine Beglaubigungsurkunde vom Gerichte erhalten und angeloben, daß er das Beste des Minderjährigen befördern wolle, und er muß zu diesem Ende der Vormünderin mit seinem Räte beistehen. Sollte er wichtige Gebrechen wahrnehmen, so muß er sich bestreben, denselben abzuhefen, und nötigenfalls dem vormundschaftlichen Gerichte Anzeige davon machen.

§ 213. Eine andere wesentliche Pflicht des Mitvormundes ist, daß er bei vorfallenden Geschäften, zu deren Gültigkeit die Einwilligung des vormundschaftlichen Gerichtes notwendig ist, das Gesuch der Vormünderin mit unterzeichne, oder seine besondere Meinung beilege, sowie er auch auf Verlangen des Gerichtes über ein solches Geschäft unmittelbar sein Gutachten zu erstatten hat.

§ 214. Ein Mitvormund, welcher diese Pflichten erfüllt hat, bleibt von aller ferneren Verantwortung frei; ist einem Vormunde aber zugleich die Verwaltung des Vermögens aufgetragen worden, so hat er mit dieser Verwaltung alle Pflichten eines Kurators übernommen.

§ 215. Wenn eine Vormünderin von der Vormundschaft austritt, so ist die Vormundschaft in der Regel dem gewesenen Mitvormunde aufzutragen.

§ 216. Ein Vormund hat gleich dem Vater die Verbindlichkeit und das Recht, für die Erziehung des Minderjährigen Sorge zu tragen; doch muß er in wichtigen und bedenklichen Angelegenheiten erst die Genehmigung und die Vorschriften des vormundschaftlichen Gerichtes einholen.

§ 217. Der Minderjährige ist seinem Vormunde Ehrerbietung und Folgsamkeit schuldig; er ist aber auch berechtigt, sich bei seinen nächsten Verwandten oder bei der gerichtlichen Behörde zu beschweren, wenn der Vormund seine Macht auf was immer für eine Art mißbrauchen, oder die Pflichten der nötigen Oborge und Pflege hintanziehen würde. Auch den Verwandten des Minderjährigen und jedem, der hievon Kenntnis erhält, steht die Anzeige bevor. An diese Behörde hat sich auch der Vormund zu wenden, wenn er den Vergehungen des Minderjährigen durch die zur Erziehung ihm eingeräumte Gewalt Einhalt zu tun nicht vermag.

§ 218. Die Person des Waisen soll vorzüglich der Mutter selbst dann, wann sie die Vormundschaft nicht übernommen oder sich wieder verheiratet hat, anvertraut werden; es wäre denn, daß das Beste des Kindes eine andere Verfügung erheische.

§ 219. Die Unterhaltungskosten bestimmt das vormundschaftliche Gericht, und nimmt bei der Bestimmung auf die Anordnung des Vaters, auf das Gutachten des Vormundes, auf das Vermögen, auf den Stand und auf andere Verhältnisse des Minderjährigen Rücksicht.

§ 220. Wenn die Einkünfte zur Bestreitung dieser Kosten oder zur Bestreitung eines Aufwandes, wodurch der Minderjährige in einen fortdauernden Nahrungszustand verlegt werden soll, nicht reichen, so darf mit Genehmigung des Gerichtes auch das Hauptvermögen angegriffen werden.

§ 221. In dem Falle, daß die Waisen ganz mittellos sind, soll das vormundschaftliche Gericht die bemittelten nächsten Verwandten zu deren Verpflegung, dafern sie nach dem § 143 hierzu nicht ohnehin rechtlich verbunden sind, zu bewegen suchen. Außerdem hat der Vormund auf öffentliche milde Stiftungen und bestehende Armenanstalten so lange einen gerechten Anspruch, bis der Minderjährige imstande ist, sich durch eigene Arbeit und Verwendung selbst zu ernähren.

§ 222. Die dem vormundschaftlichen Gerichte über das Vermögen des Waisen anvertraute Oborge fordert, daß es zuerst desselben Vermögen zu erforschen und es durch Sperre, durch Inventur und Schätzung sicherzustellen suche.

§ 223. Durch die gerichtliche Sperre werden nur dann, wenn es zur Sicherstellung notwendig ist, die Gerätschaften in Verwahrung genommen; die Inventur aber, das ist ein genaues Verzeichnis des sämtlichen, dem Waisen gehörigen Vermögens, muß stets, selbst ohne Rücksicht auf das Verbot des Vaters oder eines anderen Erblassers, errichtet werden.

§ 224. Das Verzeichniß des Vermögens und die Schätzung der beweglichen Sachen müssen ohne Zeitverlust, allenfalls auch vor Bestellung eines Vormundes, vorgenommen werden. Das Inventarium wird bei den Verlassenschaftsaktien aufbewahrt und dem Vormunde eine beglaubigte Abschrift davon mitgeteilt. Die Schätzung des unbeweglichen Vermögens muß, sobald es thunlich ist, vorgenommen werden; sie kann aber auch, wenn der Wert sich aus anderen zuverlässigen Quellen darstellt, ganz unterbleiben.

§ 225. Liegt ein unbewegliches Gut des Minderjährigen in einer anderen Provinz, oder gar in einem fremden Staate, so muß die vormundschaftliche Behörde den ordentlichen Gerichtsstand der anderen Provinz oder des fremden Staates um die Inventur und Schätzung und um die Mitteilung derselben angehen, diesem Gerichtsstande aber die Bestellung eines Kurators über dieses Gut überlassen.

§ 226. Liegt das unbewegliche Gut in der nämlichen Provinz, aber unter einer anderen Behörde, so gehören zwar dieser alle auf das Gut sich beziehende Rechte, folglich auch die Inventur und Schätzung; allein sie muß der vormundschaftlichen Behörde auf Verlangen nicht nur eine Abschrift davon mitteilen, sondern auch dem Vormunde die freie Verwaltung des Gutes überlassen, ohne sich über seine vormundschaftlichen Handlungen eine Art von Gerichtsbarkeit anzumäßen.

§ 227. Diejenigen Mobilien, welche sich auf einem unbeweglichen Gute befinden, um beständig auf denselben zu bleiben, sind als Teil dieses Gutes anzusehen; alle übrigen Mobilien, auch Schuldbriefe und selbst die auf einem unbeweglichen Gute haftenden Kapitalien gehören unter die vormundschaftliche Gerichtsbarkeit.

§ 228. Sobald ein Vormund oder Kurator das Vermögen übernimmt, hat er es mit aller Aufmerksamkeit eines redlichen und fleißigen Hausvaters zu verwalten, und für sein Verschulden zu haften.

§ 229. Juwelen, andere Kostbarkeiten und die Schuldbriefe kommen, sowie alle wichtigen Urkunden, in gerichtliche Verwahrung; von den ersteren erhält der Vormund ein Verzeichniß, von den letzteren die zu seinem Gebrauche nötigen Abschriften.

§ 230. Vom baren Gelde soll nur soviel in den Händen des Vormundes verbleiben, als zur Erziehung des Waisen und zum ordentlichen Betriebe der Wirtschaft nötig ist; das übrige muß vorzüglich zur Tilgung der etwa vorhandenen Schulden oder zu einem anderen vorteilhaften Gebrauche verwendet, und wenn kein vorteilhafter Gebrauch zu machen ist, auf Zinsen in öffentliche Kassen oder gegen gesetzmäßige Sicherheit auch bei Privatpersonen angelegt werden. Die Sicherheit ist aber nur dann gesetzmäßig, wenn durch die Sicherstellung mit Einrechnung der etwa vorhandenen Lasten ein Haus nicht über die Hälfte, ein Landgut oder Grundstück nicht über zwei Dritteile seines wahren Wertes beschwert wird.

§ 231. Das übrige bewegliche Vermögen, welches weder zum Gebrauche des Minderjährigen, noch zum Nutzen der Familie oder nach Anordnung des Vaters aufzubewahren ist, noch auf eine andere Art vorteilhaft verwendet werden kann, muß im allgemeinen öffentlich feilgeboten werden. Das Hausgeräthe kann man den Eltern und den Miterben in dem gerichtlichen Schätzungspreise aus freier Hand überlassen. Stücke, die bei der öffentlichen Versteigerung nicht veräußert worden sind, kann der Vormund mit Bewilligung des vormundschaftlichen Gerichtes auch unter dem Schätzungspreise verkaufen.

§ 232. Ein unbewegliches Gut kann nur im Notfalle oder zum offenbaren Vorteile des Minderjährigen, mit Genehmigung des vormundschaftlichen Gerichtes und in der Regel nur vermittelst öffentlicher Versteigerung veräußert, aus wichtigen Gründen aber kann auch eine Veräußerung aus freier Hand von dem Gerichte bewilligt werden.

§ 233. Überhaupt kann ein Vormund in allen Geschäften, welche nicht zu dem ordentlichen Wirtschaftsbetriebe gehören und welche von größerer Wichtigkeit sind, nichts ohne gerichtliche Einwilligung vornehmen. Er kann also eigenmächtig keine Erbschaft anschlagen oder unbedingt annehmen, keine Veräußerung der seiner Verwahrung anvertrauten Güter vornehmen, keinen Pachtvertrag abschließen, kein mit gesetzmäßiger Sicherheit anliegendes Kapital aufkündigen, keine Forderung abtreten, keinen Rechtsstreit vergleichen, keine Fabrik, Handlung und Gewerbe ohne gerichtliche Genehmigung anfangen, fortsetzen oder ausbeben.

§ 234. Ein Vormund kann für sich allein kein Kapital des Minderjährigen, wenn es zurückerstattet wird, in Empfang nehmen. Der Schuldner, dem ein solches Kapital aufgekündigt wird, muß sich zu seiner Sicherheit von dem Vormunde die gerichtliche Bewilligung zur Erhebung des Kapitals vorzeigen lassen und sich mit der Quittung des Vormundes allein begnügen, auch steht es ihm frei, die Zahlung unmittelbar an das Gericht selbst zu leisten.

§ 235. So oft der Fall eintritt, daß ein ausstehendes Kapital eingehen sollte, hat der Vormund für dessen vorteilhafte Verwendung die Anstalt zu treffen und zu der wirklichen Verwendung die Genehmigung des Gerichtes einzuholen.

§ 236. Über Schuldforderungen, zu deren Beweise keine Urkunden vorhanden sind, muß der Vormund sich Urkunden verschaffen und diejenigen, welche nicht sichergestellt sind, so viel möglich sicher zu stellen suchen oder zur Verfallszeit eintreiben. Doch soll den Eltern das Kapital des Minderjährigen, wenn es auch nicht gesetzmäßig versichert, der Minderjährige jedoch wahrscheinlichweise keiner Gefahr eines Verlustes ausgesetzt ist, nicht aufgekündet werden, sofern

ihnen die Zurückbezahlung ohne Veräußerung ihres unbeweglichen Gutes oder Abtretung von ihrem Gewerbe schwer fallen würde.

§ 237. Der Vormund ist bei Antretung der Vormundschaft nicht schuldig, Kaution zu leisten. Er bleibt auch in der Folge von der Kaution befreit, so lange er die durch das Gesetz zur Sicherheit des Vermögens bestehenden Vorschriften genau beobachtet und zur gehörigen Zeit ordentlich Rechnung legt.

§ 238. In der Regel ist jeder Vormund und jeder Kurator verbunden, über die ihm anvertraute Verwaltung Rechnung zu legen. Von der Rechnungslegung kann zwar der Erblasser in Ansehung des von ihm freiwillig vermachten Betrages den Vormund lossprechen; auch das vormundschaftliche Gericht kann dieses, wenn das Einkommen die Auslagen für den Unterhalt und die Erziehung des Minderjährigen wahrscheinlich nicht übersteigt; allein das in der Inventur aufgenommene Hauptvermögen und Kapital muß ein Vormund in allen Fällen ausweisen; auch von dem Zustande seines Pflegebefohlenen, wenn darin eine wichtige Veränderung vorgeht, Bericht erstatten.

§ 239. Die Rechnungen müssen mit jedem Jahre oder längstens innerhalb zwei Monaten nach dessen Verlauf mit allen erforderlichen Belegen dem vormundschaftlichen Gerichte übergeben werden. In diesen Rechnungen muß die Einnahme und Ausgabe, der Überschuß oder die Verminderung des Kapitals genau bestimmt werden. Ist unter dem Vermögen des Minderjährigen eine Handlung begriffen, so hat sich das Gericht mit dem vorgelegten beglaubigten Rechnungsabschlusse oder mit der sogenannten Bilanz zu begnügen und solche geheim zu halten. Gegen einen Vormund, welcher in der bestimmten Zeit die Rechnung zu legen unterläßt, müssen die den Umständen angemessenen rechtlichen Zwangsmittel angewendet werden.

§ 240. Wenn der Minderjährige in verschiedenen Provinzen unbewegliche Güter besitzt, deren Verwaltung einem Vormunde allein anvertraut ist, so muß der Vormund für jede Provinz eine besondere Rechnung führen und der dortigen Behörde vorlegen; allein es bleibt ihm freigestellt, zum Besten des Minderjährigen den Überschuß des in einer Provinz gelegenen Vermögens in einer anderen zu verwenden.

§ 241. Das vormundschaftliche Gericht ist verbunden, die Rechnungen des Vormundes nach den besonderen Vorschriften durch Rechnungs- und Sachverständige prüfen und berichtigen zu lassen und die Erledigung darüber dem Vormunde mitzuteilen.

§ 242. Ist in den Rechnungen etwas vergessen worden oder sonst was immer für ein Verstoß untergelaufen, so kann dies weder dem Vormunde noch dem Minderjährigen zum Nachtheile gereichen.

§ 243. Ein Minderjähriger kann weder als Kläger noch als Beklagter vor Gericht erscheinen; es muß ihn entweder der Vormund selbst vertreten oder durch einen anderen vertreten lassen.

§ 244. Ein Minderjähriger ist zwar berechtigt, durch erlaubte Handlungen ohne Mitwirkung seines Vormundes etwas für sich zu erwerben; allein er kann ohne Genehmigung der Vormundschaft weder etwas von dem Seinigen veräußern, noch eine Verpflichtung auf sich nehmen.

§ 245. Insbesondere können Minderjährige ohne Einwilligung der Vormundschaft keine gültige Ehe eingehen (§§ 49 bis 51).

§ 246. Hat der Minderjährige mit Einwilligung seines Vormundes sich zu Diensten verbunden, so kann ihn der Vormund ohne wichtige Ursache vor der gesetz- oder vertragmäßigen Frist nicht zurückrufen; was er auf diese oder auf eine andere Art durch seinen Fleiß erwirbt, darüber kann er, sowie mit jenen Sachen, die ihm nach erreichter Mündigkeit zu seinem Gebrauche eingebündigt worden sind, frei verfügen und sich verpflichten.

§ 247. Einem Minderjährigen, der das zwanzigste Lebensjahr zurückgelegt hat, kann die Obervormundschaft den reinen Überschuß seiner Einkünfte zur freien Verwaltung überlassen; über diesen seiner Verwaltung anvertrauten Betrag ist er berechtigt, eigenmächtig sich zu verbinden.

§ 248. Ein Minderjähriger, welcher sich nach zurückgelegtem zwanzigsten Jahre bei einem Geschäfte für großjährig ausgibt, ist für allen Schaden verantwortlich, wenn der andere Teil vor Abschließung des Geschäftes nicht wohl erst Erkundigung über die Wahrheit des Vorgebens einholen konnte. Überhaupt ist er auch in Hinsicht auf andere verbotene Handlungen und den durch sein Verschulden verursachten Schaden sowohl mit seiner Person als auch mit seinem Vermögen verantwortlich.

§ 249. Eine Vormundschaft endigt sich gänzlich durch den Tod des Minderjährigen. Stirbt aber der Vormund oder wird er entlassen, so muß nach der Vorschrift des Gesetzes (§§ 198 und 199) ein anderer bestellt werden.

§ 250. Die Vormundschaft endigt sich auch, wenn der Vater die durch einige Zeit gehemmte Ausübung seiner Gewalt wieder übernimmt (§ 176).

§ 251. Die Vormundschaft erlischt auch sogleich, als der Pflegebefohlene die Großjährigkeit erreicht hat; doch kann das vormundschaftliche Gericht auf Ansuchen oder nach Vernehmung des Vormundes und der Verwandten wegen Leibes- oder Gemüthsgebrechen des Pflegebefohlenen, wegen Verschwendung oder aus anderen wichtigen Gründen die Fortdauer der Vormundschaft

auf eine längere und unbestimmte Zeit anordnen. Diese Verordnung muß aber in einem angemessenen Zeitraume vor dem Eintritte der Volljährigkeit öffentlich bekannt gemacht werden.

§ 252. Einem Minderjährigen, welcher das zwanzigste Jahr zurückgelegt hat, kann das vormundschaftliche Gericht nach eingeholtem Gutachten des Vormundes und allenfalls auch der nächsten Verwandten die Nachsicht des Alters verwilligen und ihn volljährig erklären. Wird einem Minderjährigen der Betrieb einer Handlung oder eines Gewerbes von der Behörde gestattet, so wird er dadurch zugleich für volljährig erklärt. Die Erklärung der Volljährigkeit hat ganz gleiche rechtliche Wirkung mit der wirklich erreichten Volljährigkeit.

§ 253. Die Entlassung des Vormundes verordnet das Gericht in einigen Fällen von Amts wegen; in anderen, wenn darum angefragt wird.

§ 254. Von Amts wegen muß ein Vormund entlassen werden, wenn er die Vormundschaft pflichtwidrig verwalet, wenn er als unfähig erkannt wird, oder wenn sich in Ansehung seiner solche Bedenklichkeiten äußern, welche ihn kraft des Gesetzes von Übernehmung der Vormundschaft ausgeschlossen haben würden.

§ 255. Wenn eine Mutter, welche die Vormundschaft ihres Kindes führt, sich wieder verehelicht, so muß sie selbst oder der Mitvormund es dem vormundschaftlichen Gerichte zur Beurteilung anzeigen, ob ihr die Fortsetzung der Vormundschaft zu bewilligen sei.

§ 256. Hat der Erblasser oder das Gericht einen Vormund nur auf eine Zeit bestellt oder ihn auf einen bestimmten Ereignisfall ausgeschlossen, so muß er entlassen werden, sobald diese Zeit verfloßen oder der bestimmte Fall eingetreten ist.

§ 257. Wenn während der Vormundschaft solche Gründe eintreten, die den Vormund kraft der Gesetze von Übernehmung derselben befreien oder ausgeschlossen hätten, so ist er in dem ersterem Falle berechtigt, in dem letzteren aber verpflichtet, die Entlassung anzusuchen.

§ 258. Einem Vormunde, dem man als vermeintlichen nächsten Verwandten des Minderjährigen die Vormundschaft aufgetragen hat, steht es frei, einen früher entdeckten, näheren und tauglichen Verwandten an seine Stelle vorzuschlagen; allein der nähere Verwandte hat kein Recht, zu fordern, daß ihm ein minder naher Verwandter eine bereits angetretene Vormundschaft abtrete; er wäre denn früher sich zu melden gehindert worden.

§ 259. Eine Mutter oder der Bruder können, wenn sie zur Zeit der bestellten Vormundschaft selbst noch minderjährig waren, nach erreichter Volljährigkeit auf die Vormundschaft Anspruch machen. Auch steht jedem Verwandten frei, wenn das Gericht einen Nichtverwandten zur Vormundschaft berufen hat, sich binnen Jahresfrist um die Übernehmung der Vormundschaft zu melden.

§ 260. Wenn eine Minderjährige sich verehelicht, so hängt es von der Beurteilung des Gerichtes ab, ob die Kuratel dem Ehegatten abgetreten werden soll.

§ 261. Ein Vormund kann in der Regel nur am Ende des vormundschaftlichen Jahres, nachdem sein Nachfolger die Verwaltung des Vermögens ordentlich übernommen hat, die Vormundschaft niederlegen. Findet aber das Gericht es zur Sicherheit der Person oder des Vermögens notwendig, so kann es ihm dieselbe auch sogleich abnehmen.

§ 262. Ein Vormund ist verbunden, längstens innerhalb zwei Monaten nach geendigter Vormundschaft dem Gerichte seine Schlußrechnung zu übergeben und erhält von demselben nach gepflogener Richtigkeit eine Urkunde über die redlich und ordentlich geführte Verwaltung seines Amtes. Diese Urkunde spricht ihn aber von der Verbindlichkeit aus einer später entdeckten arglistigen Handlung nicht frei.

§ 263. Am Ende einer Vormundschaft ist es die Pflicht eines Vormundes, das Vermögen dem volljährig Gewordenen oder dem neubestellten Vormunde gegen Empfangsschein zu übergeben und sich darüber bei Gericht auszuweisen. Das angenommene Verzeichnis des Vermögens und die jährlich genehmigten Rechnungen dienen bei solchen Übergaben zur Richtschnur.

§ 264. Insgemein hat ein Vormund nur für sein Verschulden und nicht auch für das Verschulden der ihm Untergeordneten zu haften. Hat er aber wissentlich unfähige Personen angestellt, hat er solche beibehalten, oder nicht auf den Ersatz des von ihnen verursachten Schadens gedrungen, so ist er auch dieser Nachlässigkeit wegen verantwortlich.

§ 265. Selbst das vormundschaftliche Gericht, welches sein Amt zum Nachtheile eines Minderjährigen vernachlässigt hat, ist dafür verantwortlich, und, wenn andere Mittel zum Ersatze mangeln, den Schaden zu ersetzen verbunden.

§ 266. Emigen Vormündern kann das Gericht aus den in Ersparung kommenden Einkünften eine verhältnismäßige jährliche Belohnung zuerkennen; doch darf diese Belohnung nie mehr als fünf von Hundert der reinen Einkünfte betragen und sich höchstens auf viertausend Gulden jährlich belaufen.

§ 267. Wenn das Vermögen des Minderjährigen so gering ist, daß sich wenig oder nichts in jährliche Ersparung bringen läßt, so kann einem Vormunde, welcher das Vermögen unvermindert erhalten, oder dem Minderjährigen eine aufständige Versorgung verschafft hat, wenigstens am Ende der Vormundschaft eine den Umständen angemessene Belohnung erteilt werden.

§ 268. Ein Vormund, welcher sich durch eine Verordnung des vormundschaftlichen Gerichtes beschwert zu sein erachtet, soll die Beschwerde zuerst bei dem nämlichen Gerichte, und nur wenn diese fruchtlos war, den Rekurs bei dem höheren Gerichte anbringen.

§ 269. Für Personen, welche ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen und ihre Rechte nicht selbst verwahren können, hat das Gericht, wenn die väterliche oder vormundschaftliche Gewalt nicht Platz findet, einen Kurator oder Sachwalter zu bestellen.

§ 270. Dieser Fall tritt ein: bei Minderjährigen, die in einer anderen Provinz ein unbewegliches Vermögen besitzen (§ 225) oder die in einem besonderen Falle von dem Vater oder Vormunde nicht vertreten werden können; bei Volljährigen, die in Wahn- oder Blödsinn verfallen; bei erklärten Verschwendern; bei Ungebornen; zuweilen auch bei Taubstummen; bei Abwesenden und bei Sträflingen.

§ 271. In Geschäften, welche zwischen Eltern und einem minderjährigen Kinde, oder zwischen einem Vormunde und dem Minderjährigen vorkommen, muß das Gericht angegangen werden, für den Minderjährigen einen besonderen Kurator zu ernennen.

§ 272. Fallen zwischen zwei oder mehreren Minderjährigen, welche einen und denselben Vormund haben, Rechtsstreitigkeiten vor, so darf dieser Vormund keinen der Minderjährigen vertreten, sondern er muß das Gericht angehen, daß es für jeden insbesondere einen anderen Kurator ernenne.

§ 273. Für wahn- oder blödsinnig kann nur derjenige gehalten werden, welcher nach genauer Erforschung seines Betragens und nach Einvernehmung der von dem Gerichte ebenfalls dazuordneten Ärzte gerichtlich dafür erklärt wird.

Als Verschwender aber muß das Gericht denjenigen erklären, von welchem nach der vorgekommenen Anzeige und der hierüber gepflogenen Untersuchung offenbar wird, daß er sein Vermögen auf eine unbesonnene Art durchbringt, und sich oder seine Familie durch mutwillige oder unter vererblichen Bedingungen geschlossene Borgverträge künftigen Nothstände preisgibt. In beiden Fällen muß die gerichtliche Erklärung öffentlich bekannt gemacht werden.

§ 274. In Rücksicht auf Ungeborene wird ein Sachwalter entweder für die Nachkommenschaft überhaupt, oder für eine bereits vorhandene Leibessfrucht (§ 22) aufgestellt. Im ersteren Falle hat der Sachwalter dafür zu sorgen, daß die Nachkommenschaft bei einem ihr bestimmten Nachlasse nicht verkürzt werde, im zweiten Falle aber, daß die Rechte des noch ungeborenen Kindes erhalten werden.

§ 275. Taubstumme, wenn sie zugleich blödsinnig sind, bleiben beständig unter Vormundschaft; sind sie aber nach Antritt ihres fünfundzwanzigsten Jahres ihre Geschäfte zu verwalten fähig, so darf ihnen wider ihren Willen kein Kurator gesetzt werden; nur sollen sie vor Gericht nie ohne einen Sachwalter erscheinen.

§ 276. Die Bestellung eines Kurators für Abwesende, oder für die dem Gerichte zur Zeit noch unbekannten Teilnehmer an einem Geschäft findet dann statt, wenn sie keinen ordentlichen Sachwalter zurückgelassen haben, ohne solchen aber ihre Rechte ohne Verzug gefährdet oder die Rechte eines anderen in ihrem Gange gehemmt werden. Ist der Aufenthaltsort eines Abwesenden bekannt, so muß ihn sein Kurator von der Lage seiner Angelegenheiten unterrichten und diese Angelegenheiten, wenn keine andere Verfügung getroffen wird, wie jene eines Minderjährigen besorgen.

§ 277. Sucht jemand bei Eintretung der durch das Gesetz in dem § 24 bestimmten Erfordernissen die gerichtliche Todeserklärung eines Abwesenden an, so hat das Gericht für diesen Abwesenden vor allem einen Kurator zu ernennen, dann wird er durch ein auf ein ganzes Jahr gestelltes Edikt mit dem Beisatze vorgeladen, daß das Gericht, wenn er während der Zeit nicht erscheint oder das Gericht auf eine andere Art in die Kenntniß seines Lebens setzt, zur Todeserklärung schreiten werde.

§ 278. Der Tag, an welchem eine Todeserklärung ihre Rechtskraft erlangt hat, wird für den rechtlichen Sterbetag eines Abwesenden gehalten; doch schließt eine Todeserklärung den Beweis nicht aus, daß der Abwesende früher oder später gestorben, oder daß er noch am Leben sei. Kommt ein solcher Beweis zustande, so ist derjenige, welcher auf den Grund der gerichtlichen Todeserklärung ein Vermögen in Besitz genommen hat, wie ein anderer redlicher Besitzer zu behandeln.

§ 279. Einem zur schwersten oder schweren Kerkerstrafe verurtheilten Verbrecher ist ein Kurator zu bestellen, wenn er ein Vermögen besitzt, welches durch die länger fortdauernde Strafe einer Gefahr ausgesetzt sein würde.

§ 280. Das Gericht, welchem die Ernennung eines Vormundes zusteht, hat in der Regel unter der nämlichen Vorsicht und nach den nämlichen Grundfäden auch den Kurator zu bestellen. Ist es aber um die Verwaltung einer Sache oder eines Geschäftes zu thun, welche zu einem anderen Gerichtsstande gehören, so hat dieser Gerichtsstand auch den Kurator zu ernennen.

§ 281. Wer die gehörigen Eigenschaften zum vormundschaftlichen Amte besitzt, kann auch eine Kuratel übernehmen. Auch finden bei der Kuratel die nämlichen Entschuldigungsgründe und Vorzugsrechte wie bei der Vormundschaft statt.

§ 282. Die Rechte und Verbindlichkeiten der Kuratoren, welche entweder nur für die Verwaltung des Vermögens, oder zugleich für die Person ihres Pflegebefohlenen zu sorgen haben, sind aus den, den Vormündern hierüber erteilten Vorschriften zu beurteilen.

§ 283. Die Kuratel hört auf, wenn die dem Kurator anvertrauten Geschäfte beendet sind, oder wenn die Gründe aufhören, die den Pflegebefohlenen an der Verwaltung seiner Angelegenheiten verhindert haben. Ob ein Wahn- oder Blödsinniger den Gebrauch der Vernunft erhalten habe oder ob der Wille eines Verschwenders gründlich und dauerhaft gebessert sei, muß nach einer genauen Erforschung der Umstände, aus einer anhaltenden Erfahrung, und im ersten Falle zugleich aus den Zeugnissen der zur Untersuchung von dem Gerichte bestellten Ärzte entschieden werden.

§ 284. Die besonderen Vorschriften bei der Vormundschaft und Kuratel des Bauernstandes sind in den politischen Gesetzen enthalten.

c) Fürsorgeerziehung.

Dieser Teil des Abschnittes 22 aus dem I. Jahrgange des Jahrbuches wird von nun an wegen seiner grundlegenden Bedeutung für die gesamte Jugendfürsorge als eigener Abschnitt geführt. (Nr. 25, S. 386 ff.)

d) Rechtspflege und Jugendfürsorge, Jugendstrafrecht.

Allgemeines. I. 308—321.

Zusammenstellung der Verordnungen, Erlasse und Mitteilungen des Justizministeriums inbetriff der Bekämpfung der Kriminalität der Jugendlichen, des Rechtsschutzes der Minderjährigen und des Kinderschutzes im allgemeinen. I. 321—347.

Allgemeines über das Jugendstrafrecht. I. 347—357.

Strafbare Handlungen der Kindheit.

Verbrechen der Unmündigen vom ersten bis zum vierzehnten Lebensjahre.

§ 237. Die strafbaren Handlungen, die von Kindern bis zu dem vollendeten zehnten Jahre begangen werden, sind bloß der häuslichen Züchtigung zu überlassen; aber von dem angehenden ersten Jahre bis zu dem vollendeten vierzehnten Jahre werden Handlungen, die nur wegen Unmündigkeit des Täters nicht als Verbrechen zugerechnet werden (§ 2, lit. d), als Übertretungen bestraft (§§ 269 und 270).

Milderungsgründe bei Vergehen und Übertretungen.

§ 264. Dagegen sind als mildernde Umstände anzusehen:

a) ein der Unmündigkeit naheß Alter, schwächerer Verstand oder eine sehr vernachlässigte Erziehung.

Bestrafung der Unmündigen.

§ 269. Unmündige können auf zweifache Art schuldig werden:

a) durch strafbare Handlungen, welche nach ihrer Eigenschaft Verbrechen wären, aber wenn sie Unmündige begehen, nach § 237 nur als Übertretungen bestraft werden;

b) durch solche strafbare Handlungen, welche schon an sich nur Vergehen oder Übertretungen sind.

§ 270. Die von Unmündigen begangenen strafbaren Handlungen der ersten Art sind mit Verschließung an einem abgeordneten Verwahrungsorte, nach Beschaffenheit der Umstände von einem Tage bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Diese Strafe kann nach § 253 verschärft werden.

Gründe, die den bösen Vorsatz ausschließen.

§ 2. Daher wird die Handlung oder Unterlassung nicht als Verbrechen zugerechnet: wenn der Täter das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat. (§§ 237 u. 269.)

Milderungsgründe bei Verbrechen.

- § 46. Milderungsumstände, welche auf die Person des Täters Beziehung haben, sind:
- a) Wenn der Täter in einem Alter unter zwanzig Jahren, wenn er schwach an Verstand, oder seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist;
 - f) wenn er von drückender Armut sich zum Verbrechen hat verleiten lassen.

Gesetz vom 24. Mai 1885,

womit strafrechtliche Bestimmungen in betreff der Zulässigkeit der Anhaltung in Zwangsarbeits- oder Besserungsanstalten getroffen werden.

III. §. 1007—1011. § 1. Wer geschäfts- und arbeitslos umherzieht und nicht nachzuweisen vermag, daß er die Mittel zu seinem Unterhalte besitze oder redlich zu erwerben suche, ist als Landstreicher zu bestrafen. Die Strafe ist strenger Arrest von einem bis zu drei Monaten; auch kann auf eine oder mehrere der im § 253 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 unter a) bis e) bezeichneten Verschärfungen der Strafe erkannt werden.

§ 2. Wegen Bettelns ist zu bestrafen:

1. Wer an öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus bettelt oder aus Arbeitsfurch die öffentliche Mildthätigkeit in Anspruch nimmt;
2. wer Unmündige zum Betteln verleitet, ausschickt oder anderen überläßt.

Die Strafe ist strenger Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten.

§ 3. Arbeitsfähige Personen, welche kein Einkommen und keinen erlaubten Erwerb haben und die Sicherheit der Person oder des Eigentumes gefährden, können von der Sicherheitsbehörde angewiesen werden, innerhalb einer ihnen bestimmten Frist nachzuweisen, daß sie sich auf erlaubte Weise ernähren. Kommen sie diesem Auftrage aus Arbeitsfurch nicht nach, so sind sie mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen; auch kann auf eine oder mehrere der im § 253 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 unter a) bis e) bezeichneten Verschärfungen der Strafe erkannt werden.

§ 4. Jede Gemeinde, in deren Gebiete eine arbeitsfähige Person sich befindet oder betreten wird, welche weder die Mittel zu ihrem Unterhalte noch einen erlaubten Erwerb hat, ist berechtigt, derselben eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit gegen Entlohnung oder gegen Naturalverpflegung zuzuweisen. Wenn diese Person sich weigert, die ihr zugewiesene Arbeit zu leisten, so ist sie mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu einem Monat zu bestrafen.

§ 5. Die Bestrafung der Frauenspersonen, welche mit ihrem Körper unzüchtiges Gewerbe treiben, ist der Sicherheitsbehörde zu überlassen.

Wenn solche Frauenspersonen

1. ihr unzüchtiges Gewerbe ungeachtet der polizeilichen Bestrafung fortsetzen, oder
2. insofern polizeiliche Anordnungen bestehen, hiebei denselben zuwiderhandeln, oder
3. ihr unzüchtiges Gewerbe betreiben, obwohl sie wußten, daß sie mit einer venerischen Krankheit behaftet sind, oder
4. durch die Öffentlichkeit ein auffallendes Ärgernis veranlassen, oder
5. jugendliche Personen verführen, so sind sie mit strengem Arreste, und zwar in den unter Ziffer 1 und 2 bezeichneten Fällen in der Dauer von acht Tagen bis zu drei Monaten, in den unter Ziffer 3, 4 und 5 angeführten Fällen aber in der Dauer von einem bis zu sechs Monaten zu bestrafen.

Personen beiderlei Geschlechtes, welche außer den Fällen des § 512 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 aus der gewerbsmäßigen Unzucht anderer ihren Unterhalt suchen, sind mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen.

In den Fällen Ziffer 1 und 2 tritt die strafgerichtliche Verfolgung auf Begehren der Sicherheitsbehörde ein.

§ 6. Wer unter Polizeiaufsicht gestellt ist und den ihm in Gemäßheit des § 9 lit. a) bis e) des Gesetzes vom 10. Mai 1873 (RGW. Nr. 108) auferlegten Beschränkungen und Verpflichtungen zuwider handelt, wird mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft; auch kann auf eine oder mehrere der im § 253 des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 unter a) bis e) bezeichneten Verschärfungen der Strafe erkannt werden.

§ 7. Die Untersuchung und Bestrafung der in den §§ 1 bis 6 dieses Gesetzes bezeichneten Übertretungen sowie die Untersuchung und Bestrafung der Übertretung des § 3 des Gesetzes vom 10. Mai 1873 (RGW. Nr. 108) findet durch die Gerichte statt.

Das Gericht kann im Falle der Verurteilung im Urtheile die Zulässigkeit der Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt aussprechen.

Bezüglich des Ausspruches auf Zulässigkeit der Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt kann die Berufung zugunsten des Angeklagten ergriffen werden, wenn auf die Zulässigkeit der Anhaltung erkannt wurde und zum Nachtheile des Angeklagten, wenn auf dieselbe nicht erkannt wurde.

§ 8. Die Abgabe in eine Besserungsanstalt kann von dem Strafgerichte auch bei Unmündigen für zulässig erkannt werden, welche sich einer strafbaren Handlung schuldig machen, die nach den Bestimmungen des Strafgesetzes nur wegen Unmündigkeit des Täters **nicht als Verbrechen** zugerechnet, sondern als Übertretung bestraft wird (§§ 2, lit. a, 237 und 269 bis 272 des Strafgesetzes).

In Fällen, in welchen nach § 273 des Strafgesetzes der Sicherheitsbehörde die Anbahnung und Vorkehrung wegen einer von einem Unmündigen begangenen strafbaren Handlung überlassen ist, kann die Abgabe des Unmündigen in eine Besserungsanstalt verfügt werden, wenn derselbe gänzlich verwahrloßt und ein anderes Mittel zur Erzielung einer ordentlichen Erziehung und Beaufsichtigung desselben nicht ausfindig zu machen ist.

§ 9. Die §§ 509, 510, 511, 517, 519, 520, 521 des allgemeinen Strafgesetzes vom 27. Mai 1852 (RGBl. Nr. 117), sowie die §§ 1, 2, 10, 12, 13 und 18 des Gesetzes vom 10. Mai 1873 (RGBl. Nr. 108), womit polizeistrafrechtliche Bestimmungen wider Arbeitscheue und Landstreicher erlassen wurden, sind aufgehoben.

§ 10. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind Meine Minister des Innern und der Justiz beauftragt.

Gesetz vom 24. Mai 1885, betr. die Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten.

§ 1. In den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern ist für eine den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit entsprechende Anzahl von Zwangsarbeitsanstalten vorzusehen.

Die Vorsorge für diese Anstalten ist Sache des Landes. Es können auch mehrere Länder sich zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Zwangsarbeitsanstalt vereinigen.

Der Landesgesetzgebung bleibt es vorbehalten, zu bestimmen, ob solche Anstalten auch von Bezirken oder von Gemeinden zu errichten sind.

§ 2. Zu den Kosten der Errichtung solcher Anstalten wird der Staat nach Maßgabe ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einen Beitrag leisten.

§ 3. Die nicht nach § 2 bedeckten Kosten der Errichtung, sowie die Kosten der Erhaltung und Verwaltung der Zwangsarbeitsanstalten und für die Verpflegung der Zwänglinge sind, insoweit sie nicht von der Landesgesetzgebung den Bezirken oder Gemeinden, welche solche Anstalten errichten, überwiesen werden, von dem Lande aufzubringen.

Der Landesgesetzgebung bleibt es vorbehalten, zu bestimmen, ob und inwieweit die Verpflegskosten, sofern dieselben nicht von den Verpflegten oder von den zur Erhaltung derselben verpflichteten Personen hereingebracht werden können, von den Bezirken oder Gemeinden zu ersetzen sind.

Als Verpflegskosten sind anzusehen die Auslagen für Kost, Lagerstätte, Beheizung, Licht, die etwa nötige Beschaffung, sowie die Reinigung der Wäsche und Kleidung, die Krankheits- und allfälligen Entbindungskosten.

§ 4. Die Aufnahme in die Zwangsarbeitsanstalten findet ohne Rücksicht auf die Heimatzuständigkeit der Aufzunehmenden statt.

Für die dem Lande nicht angehörigen Zwänglinge hat jenes Land, welchem der Zwängling nach seiner Zuständigkeit angehört, nach der mit Zustimmung der politischen Landesbehörde für den Verpflegstag festgesetzten Gebühr den Ersatz der Verpflegskosten zu leisten; doch steht dem ersatzpflichtigen Lande zu, den Zwängling in eine im eigenen Lande befindliche Zwangsarbeitsanstalt auf seine Kosten zu übernehmen.

Dem Lande, welches die Verpflegskosten ersetzt, bleibt es unbenommen, den geleisteten Ersatz nach Maßgabe der Bestimmung des zweiten Absatzes des § 3 hereinzubringen.

§ 5. Solange für ein Land Zwangsarbeitsanstalten nicht bestehen, oder wenn die bestehenden dem vorhandenen Bedarfe nicht genügen, können die in eine Zwangsarbeitsanstalt abzugebenden Personen auf Kosten des Landes ihrer Heimatsgemeinde in die Anstalt eines anderen Landes überstellt werden. Insofern diese Überstellung nicht in eine Anstalt des Heimatlandes des Anzuhaltenden erfolgen soll, kann dieselbe nur mit Zustimmung der betreffenden Landesvertretung stattfinden.

§ 6. Zur Aufnahme in eine Zwangsarbeitsanstalt sind jene Personen geeignet, gegen welche von einem Gerichte auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt ausgesprochen worden ist.

In eine Zwangsarbeitsanstalt dürfen nicht aufgenommen werden:

1. Personen, welche selbst nicht zu leichteren Arbeiten verwendbar sind.
2. Geistesranke (Blöde, Irre sinnige).
3. Personen, welche mit ansteckenden Übeln oder Krankheiten behaftet sind, ins solange sie nicht genesen sind.
4. Schwangere und säugende Personen.

Inwiefern Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, in Zwangsarbeits-, beziehungsweise Besserungsanstalten aufgenommen werden dürfen, wird in den §§ 13, 14 und 16 bestimmt.

§ 7. Den politischen Landesbehörden kommt es zu, die vom Strafgerichte für zulässig erkannte Anhaltung in der Zwangsarbeitsanstalt zu verhängen und in Vollzug setzen zu lassen.

Über die Verhängung der Anhaltung entscheidet eine bei der politischen Landesbehörde unter Zuziehung wenigstens eines Vertreters des Landesauschusses als stimmführenden Mitgliedes zu bildende Kommission.

Wenn Anstalten für Bezirke oder Gemeinden bestehen, ist die politische Landesbehörde berechtigt, zur Fällung der Erkenntnisse über die Verhängung der Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt eine ihr untergeordnete politische Bezirksbehörde zu delegieren, bei welcher in diesem Falle eine gemischte Kommission unter Zuziehung wenigstens eines autonomen Organes in ähnlicher Weise zu bilden ist.

Die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Befugnisse bei der politischen Landesbehörde und bei den politischen Bezirksbehörden zu bildenden Kommissionen werden im Verordnungswege festgelegt.

§ 8. Insoweit in einem Lande für die Aufnahme von Personen in Zwangsarbeitsanstalten Vorzüge getroffen ist, kann eine Person, rücksichtlich welcher vom Gerichte die Zulässigkeit der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt ausgesprochen worden ist, bis zum Ablaufe von vier Wochen nach Beendigung der Strafzeit bei dem Gerichte in Verwahrung gehalten werden, wenn nicht die politische Landesbehörde die Entlassung verfügt.

Über die Verhängung der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt ist ohne Verzug, jedenfalls aber vor Ablauf von vier Wochen zu entscheiden.

§ 9. Die Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt darf ununterbrochen nicht länger als drei Jahre dauern.

Tritt die Besserung früher ein, so ist der Angehaltene vor Ablauf dieser Zeit zu entlassen. Über den Zeitpunkt der Entlassung entscheidet die im § 7 bezeichnete Kommission.

Wird der Angehaltene vor Ablauf von zwei Jahren entlassen und zeigt es sich aus dessen Verhalten, daß seine Besserung nicht eingetreten ist, so kann die im § 7 bezeichnete Kommission erkennen, daß derselbe in der Zwangsarbeitsanstalt noch während der ganzen Zeit angehalten werde, welche bei seiner Entlassung von dem Zeitraume von drei Jahren noch nicht abgelaufen war.

§ 10. Gegen Erkenntnisse der bei der politischen Landesbehörde eingesetzten Kommission (§ 7) findet eine Berufung nicht statt.

Dieselbe Kommission entscheidet über Berufungen gegen die Erkenntnisse der bei den politischen Bezirksbehörden eingesetzten Kommissionen.

§ 11. Die Disziplinargewalt in den Zwangsarbeitsanstalten ist nach den bestehenden Vorschriften zu handhaben.

Die Statuten und Hausordnungen der Zwangsarbeitsanstalten bedürfen der Genehmigung der Staatsverwaltung.

Die Statuten haben insbesondere die näheren Bestimmungen über die Art und Weise der Beschäftigung der Zwänglinge und über deren Klassifizierung, sowie darüber zu enthalten, unter welchen Vorschriften die Zwänglinge außerhalb der Anstalt zur Arbeit verwendet werden dürfen.

§ 12. Die Bestimmungen über die Ernennung der Vorsteher und des übrigen Personales der Zwangsarbeitsanstalten bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten.

Wenn sich mehrere Länder zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Zwangsarbeitsanstalt vereinigt haben (§ 1), steht das Ernennungsrecht dem Landesauschusse jenes Landes zu, in welchem die Anstalt ihren Sitz hat.

Die Ernennung der Vorsteher bedarf in allen Fällen der Genehmigung der Staatsverwaltung.

§ 13. Für Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, sind, insofern bei denselben die gesetzlichen Voraussetzungen für die Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt eintreffen, besondere Besserungsanstalten zu errichten.

Diese Anstalten sind derart einzurichten, daß in denselben für die moralische und religiöse Erziehung der Korrigenden, sowie für die Unterweisung in einer ihren Fähigkeiten entsprechenden und ihrem künftigen Fortkommen dienlichen Beschäftigung vorgesorgt wird.

§ 14. Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, dürfen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen der Abgabe in eine Zwangsarbeitsanstalt bei ihnen eintreffen, nur in Besserungsanstalten für jugendliche Korrigenden (§ 13) abgegeben werden.

Insofern die Errichtung von besonderen Besserungsanstalten nicht bewirkt ist, können Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr nicht überschritten haben, an besondere, für die Aufnahme jugendlicher Korrigenden ausschließlich bestimmte Abteilungen der Zwangsarbeitsanstalten abgegeben werden.

Mit Genehmigung der Staatsverwaltung können solche Korrigenden, insoweit besondere Besserungsanstalten (§ 13) nicht bestehen, auch in Privatbesserungsanstalten für jugendliche Personen abgegeben werden.

§ 15. Die in diesem Gesetze rücksichtlich der Zwangsarbeitsanstalten enthaltenen Bestimmungen finden, insoweit nicht in den §§ 13, 14 und 16 besondere Anordnungen enthalten sind, auch auf die Besserungsanstalten für jugendliche Personen Anwendung.

§ 16. Außer den gesetzlich bestimmten Fällen darf niemand in eine Zwangsarbeitsanstalt oder Besserungsanstalt abgegeben werden.

Durch diese Bestimmung ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß auf Antrag der gesetzlichen Vertreter und mit Zustimmung der Pflégschaftsbehörde jugendliche Personen auch außer den in dem Gesetze bezeichneten Fällen in eine Besserungsanstalt für jugendliche Korrigenden abgegeben werden.

§ 17. Die oberste polizeiliche Aufsicht und Überwachung der Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten bleibt der Staatsverwaltung vorbehalten.

Dieselbe wird zunächst von der politischen Landesbehörde, beziehungsweise bei Bezirks- oder Gemeindeanstalten von den politischen Bezirksbehörden am Sitze der Anstalten geübt.

§ 18. Die §§ 15, 16, 17, 19 und 21 des Gesetzes vom 10. Mai 1873 (RGBl. Nr. 108), womit polizeistrafsrechtliche Bestimmungen wider Arbeitscheue und Landstreicher erlassen wurden, sind aufgehoben.

§ 19. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes sind die Minister des Innern und der Justiz beauftragt.

Dieselben haben auch rücksichtlich des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau und des Herzogthumes Bukowina die erforderlichen Ausführungsverordnungen zu erlassen, welche mit Rücksicht auf die gebotene Möglichkeit der Abgabe von Verurtheilten in Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten den Zeitpunkt bestimmen werden, von welchem an die Strafgerichte die Abgabe an solche Anstalten für zulässig zu erklären haben.

Jugendgerichte.

IGR. F. Janitsch: Die Jugendgerichte in den Vereinigt. Staaten von Nordamerika, dem Deutschen Reiche und Oesterreich und die Systeme der Jugendgerichte. II, 177 - 191.

Dr. Max Lederer: Unsere heutigen und die künftigen Jugendgerichte. II, 191 ff.

Literatur.

A.

Abel-Musgrave, Dr. Kurt: Kinder in deutschen Gefängnissen, Dresden, C. Pierzon. 1'50.

Advokatenstag, XI. österr.: Wien, Manz. 3'40.

Arendt Henriette: Bilder aus der Gefängniswelt, Stuttgart, M. Riellmann. —'30.

Barthelmeß, Amtsrichter R.: Gesetz, betr. die Berufsvormundschaft vom 23./II. 08, München, J. Schweiber. 3'—.

Baum Marie: Vormundschaft u. Pflégenschaft f. vermögenslose Minderjährige, Berlin, C. Heymann. 1'—.

Berk, Dr. Gust.: Das Institut d. Vormundschaft in seiner Beziehung zur Generalprävention d. Kriminalität, Bern, A. Francke. —'50.

Becker, Landesger.-Dir. Dr.: Einige Bemerkungen zum Entwurf eines Gesetzes über die Fürsorgeerziehung im Königr. Sachsen, Dresden, Lehmannsche Buchdr. —'50.

Berufsvormundschaft u. Kostkinderfrage: Berlin, C. Heymann. 1'20.

Egger, Prof. Dr. A.: Der Rechtsschutz des Kindes im Entwurf des schweiz. Zivilgesetzbuches, Zürich, Schulthess u. Co. —'60.

Frank R.: Vergeltungsstrafe u. Schutzstrafe. Tübingen, J. C. B. Mohr. —'80.

Fürsorgeerziehungsblatt, Rheinisches: Elberfeld, Erziehungsverein. 1'—.

Hammer, Dr. Wilh.: Bericht über die Verhandlungen des Allg. Fürsorgeerziehungstages 1906 zu Breslau, Leipzig, Verlag der Monatsschrift f. Darnfrankheiten. 2'40.

Köhne, Dr. Paul: Entwurf zu einem Reichsgesetz betr. die Abndung u. Verfolgung strafbarer Handlungen, welche von jugendl. Personen begangen werden, Berlin, J. Guttentag. 6'40.

Krasnopolski, Dr. Horaz: Die Änderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des allg. Bürgerl. Gesetzbuches, Wien, Manz. —'85.

- Landsberg, Cohnmann:** Berufsvormundschaft u. Kostkinderfrage, Berlin, C. Heymann. 1'—.
- Federer, Dr. Max:** Amerikanische Jugendgerichte, Wien, Manz. —'85.
- Das Probationssystem in den Vereinigten Staaten v. Nordamerika, Wien, Manz. —'50.
- Töffler, Prof. Dr. A.:** Die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher, Wien, Manz. 170.
- Tongard, Dr. Joh.:** Über strafrechtliche Reformbestrebungen im Lichte der Fürsorge. Halle, C. Marhold. 4'50.
- Mitteis, Prof. Dr. L.:** Der Entwurf einer Novelle zum allg. Bürgerl. Gesetzbuche, Wien, M. Perles. 1'—.
- Nagórski, Dr. S.:** Das Rechtsverhältnis des unehelichen Kindes zu seinem Erzeuger nach deutschem u. französ. Recht, Zürich, Gebr. Leemann u. Co. 3'60.
- Petersen, Dir. u. Vogt, Dir. P.:** Die hamburgischen Gesetze über die öffentl. Jugendfürsorge.
- Pöche Frz.:** Die Stellung des Kindes gegenüber den Eltern vom Standpunkte des Naturrechtes, Leipzig, Modenas Verlagsbureau. —'75.
- Stammer Georg:** Amerikanische Jugendgerichte, Berlin, R. v. Decker. —'80.
- Schmih Ludw.:** Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger, Düsseldorf, L. Schwann. 5'—.
- Sternack D.:** Die Reform d. österr. Strafrechtes. Innsbruck, Wagner. 6'—.
- Vierteljahresschrift, Juristische,** Wien, Manz. 5'—.

B.

- Baernreither J. M.:** Österreichische Rundschau XVI, 1, Anglo-amerikanische Reformbewegung auf dem Gebiete des Jugendstrafrechtes.
- Gleispach, Wenzel Graf v.:** Neue Freie Presse 15.578, Betrachtungen zur Strafgesetzsreform.
- Groß Mfr.:** Juristische Vierteljahresschrift, Die materiellrechtlichen Neuerungen der Jugendstrafgesetznovelle.
- Janitsch Frz.:** Zeitschr. für Notariat u. freim. Gerichtsbarkeit 10, 11, Schutz der Kinder und der Jugendlichen durch die Gewerbeordnung.
- 17., Zulässigkeit der Abnahme eines Kindes aus der väterlichen Erziehungsob Sorge eines sich im Inlande aufhaltenden Ausländers durch das inländische Vormundschaftsgericht.
- Der erste Jugendgerichtshof Deutschlands in Frankfurt a. M., Freie Bildungsblätter XVII, 8.
- Die verschiedenen Systeme der Jugendgerichte in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem Deutschen Reiche, Freie Bildungsblätter XVII, 11.
- Das österr. Jugendstrafrecht, Freie Bildungsblätter 2.
- Das Strafverfahren gegen Jugendliche und die Jugendgerichte und deren System in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und dem Deutschen Reiche, Leipz., Josef Künstner.
- Federer M.:** Allg. Österr. Gerichtsz. 36, Der österr. Entwurf des Jugendstrafrechtes.
- Neue Kr. Pr. 15.779, Amerikanische Jugendgerichte.
- Zeitschrift f. d. ges. Strafrechtswissenschaft, 28./IV., Der gegenw. Stand des Probationssystems in den V. St. v. N.-A., Die Katastration als sichernde Maßnahme.
- Allg. Öst. Gerichtszeitung, 1908, 11, 12, Das Probationssystem in den V. St. v. N.-A.
- Dasselbe, Wien 1908, Manz.
- Der österr. Entwurf des Jugendstrafrechtes, Allg. Österr. Gerichtszeitung LIX, 42 ff.
- Dasselbe, Wien, Manz.
- Hohsing E.:** Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik, Die österr. Regierungsvorlage, betreffend strafrechtliche Behandlung u. strafrechtlichen Schutz Jugendlicher.
- Töffler:** Die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher, Juristische Blätter, 41 (Bespr.).
- Mitteis Ludw.:** Neue Freie Presse 15.600, Der Entwurf einer Novelle zum allg. Bürgerlichen Gesetzbuche.
- Dasselbe, Wien 1908, Moritz Perles.
- Österr. Statistik, LXXXI, 3. Heft:** Die Ergebnisse der Strafrechtspflege, 1905.
- Sch. A.:** Freie Schulzeitung Nr. 9, 35. Jhrg.: Jugendgerichte.

Kindermißhandlung.

Allgemeines. I. 357—359.

Marianne Tuma von Baldkamp: Referat 1909. II. S. 151—156.

Kindesmord.

§ 139. Gegen eine Mutter, die ihr Kind bei der Geburt tötet, oder durch absichtliche Unterlassung des bei der Geburt nötigen Beistandes umkommen läßt, ist, wenn der Mord an einem ehelichen Kinde geschehen, lebenslanger, schwerer Kerker zu verhängen. War das Kind unehelich, so hat im Falle der Tötung zehn- bis zwanzigjährige, wenn aber das Kind durch Unterlassung des nötigen Beistandes umkam, fünf- bis zehnjährige schwere Kerkerstrafe statt.

Abtreibung der Leibesfrucht.

§ 144. Eine Frauensperson, welche absichtlich was immer für eine Handlung unternimmt, wodurch die Abtreibung ihrer Leibesfrucht verursacht, oder ihre Entbindung auf solche Art, daß das Kind tot zur Welt kommt, bewirkt wird, macht sich eines Verbrechens schuldig.

§ 145. Ist die Abtreibung versucht aber nicht erfolgt, so soll die Strafe auf Kerker zwischen sechs Monaten und einem Jahre ausgemessen; die zustande gebrachte Abtreibung mit schwerem Kerker zwischen einem und fünf Jahren bestraft werden.

§ 146. Zu eben dieser Strafe, jedoch mit Verschärfung, ist der Vater des abgetriebenen Kindes zu verurteilen, wenn er mit an dem Verbrechen schuld trägt.

§ 147. Dieses Verbrechen macht sich auch derjenige schuldig, der aus was immer für einer Absicht, wider Wissen und Willen der Mutter, die Abtreibung ihrer Leibesfrucht bewirkt oder zu bewirken sucht.

§ 148. Ein solcher Verbrecher soll mit schwerem Kerker zwischen einem und fünf Jahren und wenn zugleich der Mutter durch das Verbrechen Gefahr am Leben oder Nachteil an der Gesundheit zugezogen worden ist, zwischen fünf und zehn Jahren bestraft werden.

Weglegung des Kindes.

§ 149. Wer ein Kind in einem Alter, da es zur Rettung seines Lebens sich selbst Hilfe zu verschaffen unermögend ist, weglegt, um dasselbe der Gefahr des Todes auszusetzen, oder auch nur, um seine Rettung dem Zufalle zu überlassen, begeht ein Verbrechen, was immer für eine Ursache ihn dazu bewogen habe.

§ 150. Wenn das Kind an einem abgelegenen, gewöhnlich unbesuchten Orte, oder unter solchen Umständen weggelegt worden, daß die baldige Wahrnehmung und Rettung desselben nicht leicht möglich war, so ist die Strafe schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren, und wenn der Tod des Kindes erfolgt ist, von fünf bis zehn Jahren.

§ 151. Wenn aber das Kind an einem gewöhnlich besuchten Orte und auf eine Art weggelegt worden, daß die baldige Wahrnehmung und Rettung desselben mit Grund erwartet werden konnte, so ist die Weglegung mit Kerker zwischen sechs Monaten und einem Jahre zu bestrafen. Wäre der Tod des Kindes dennoch erfolgt, so ist die Strafe Kerker von einem bis fünf Jahren.

Mißhandlungen bei häuslicher Zucht.

§ 413. Das Recht der häuslichen Zucht kann in keinem Falle bis zu Mißhandlungen ausgedehnt werden, wodurch der Gezüchtigte am Körper Schaden nimmt.

Daher sind dergleichen Mißhandlungen der Eltern an ihren Kindern, der Vormünder an Mündeln, eines Gatten an dem andern, der Erzieher und Lehrer an ihren Zöglingen und Schülern, der Lehrherren an ihren Lehrlingen und der Gefindehälter an dem Dienstoffke als Übertretungen zu bestrafen.

§ 414. Bei Mißhandlungen der Eltern an ihren Kindern sind die ersteren vor Gericht zu berufen und ist ihnen das erste Mal der Mißbrauch der Gewalt und die gegen die Natur laufende Lieblosigkeit ihres Betragens mit Ernst und mit Nachdruck vorzuhalten; bei einem zweiten Falle ist den Eltern ein Verweis zu geben und die Bedrohung beizusetzen, daß sie bei abermaliger Mißhandlung der elterlichen Gewalt verlustig erklärt, ihnen das Kind abgenommen und auf ihre Kosten an einem anderen Orte werde erzogen werden.

§ 415. Bei einem dritten Rückfalle, oder sofern entweder die erste Mißhandlung schon an sich sehr schwer oder die Gemütsart der Eltern so beschaffen wäre, daß für das Kind

weitere Gefahr zu beforgen stünde, so ist sogleich das erste Mal auf die oben angedrohte Strafe zu erkennen und in dieser Absicht mit der Behörde wegen Benennung eines Vormundes das Einvernehmen zu pflegen.

§ 416. Sind die Eltern die Erziehungskosten zu tragen unvernünftig, so soll von der Obrigkeit für die Unterbringung des Kindes gesorgt, die Mißhandlung aber mit verschärftem Arreste, nach Beschaffenheit der Mißhandlung auch mit strengem Arreste von einer Woche bis zu drei Monaten bestraft werden.

§ 417. Die Bestrafung der Mißhandlung eines Vormundes an seinem Mündel ist sogleich das erste Mal Entziehung von der Vormundschaft und wenn diese mit einem Nutzen verbunden war, strenger gerichtlicher Verweis, bei unentgeltlicher Vormundschaft Arrest von einer Woche bis zu einem Monate.

§ 418. Läßt ein Vormund sich eine solche Mißhandlung bei einem anderen Mündel nochmals zuschuld kommen, oder treten auch bei einer ersten Mißhandlung die Umstände des § 415 ein, so ist derselbe ferner zu Vormundschaften unfähig zu erklären, nebstbei auf die Bestrafung zu erkennen, welche im § 416 in solchen Fällen für die Eltern festgesetzt wurden.

§ 419. Wenn ein Gatte den anderen auf die in dem § 413 erwähnte Art mißhandelt, sind beide Teile vorzufordern und nachdem die Mißhandlung untersucht worden, ist dem mißhandelnden Teile ein strenger Verweis zu geben; nach Umständen ist derselbe mit Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten und im Wiederholungsfalle mit Verschärfung des Arrestes zu bestrafen. Doch steht dem mißhandelnden Teile frei, eine Milderung der Strafe und selbst die Nachsicht derselben anzusuchen, worauf der Richter allzeit gehörig Rücksicht zu nehmen haben wird.

§ 420. Erzieher oder Lehrer von beiderlei Geschlecht, die an ihren Zöglingen Mißhandlungen verüben, sind das erste Mal mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monate zu bestrafen; im wiederholten Falle aber nebst der erst bestimmten Strafe fernerhin zu dem Lehramte oder Erziehungsgeschäfte untauglich zu erklären.

§ 421. Die Mißhandlung eines Gefindehalters oder Lehrherren an Dienstboten oder Lehrlingen ist nach Umständen der mißhandelnden Person und der Schwere der Mißhandlung mit einer Geldstrafe von fünf bis einhundert Gulden, oder mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monate zu bestrafen, bei öfteren Rückfällen aber, oder wenn die Art der Mißhandlung besondere Härte verrät, ist die Strafe zu verschärfen.

Entscheidung des k. k. Landes-Schulrates vom 23. Feber 1886.

Es geht nicht an, die Züchtigung verwahrloster Schulkinder den Gemeindevorständen zuzugestehen.

Literatur.

A.

- Budde Gerh.: Schülerelbstmorde. Hannover, Dr. M. Jänecke. 1.—.
 Droop Frig: Schülerelbstmorde. Dortmund, F. W. Kuhfus. —.40.
 Goldbeck Eduard: Hentferdrill. Berlin, Marquardt & Co. 1.—.
 Gurlitt Ludw.: Schülerelbstmorde. Berlin, Konfordia. —.50.
 Kiefer Dr. D.: Die Prügelstrafe in der Erziehung. Langensalza, S. Beher & Söhne. —.75.
 Lewinnek Art.: Schülerelbstmorde und Elternhaus. Königsberg, Hartung. —.50.
 Meter G.: Die Behandlung der straffälligen Jugend. München, Arztl. Rundschau. 1.50.
 Wehnert Bruno: Schülerelbstmorde. Hamburg, Schröder & Jeve. 1.—.
 Wolfring Lydia v.: Die schutzbedürftige Jugend und ihre Wohlfahrt. Wien, Manz. —.85.

B.

- Dittrich P.: Prager Tagblatt 39. Zum Schutze der Kinder gegen Mißhandlungen.
 Janisch J.: Humanität, 3—7. Die Schutzfürsorge mißhandelter Kinder und ihre Erziehung.

Kinderarbeit.

Referat 1908. I. 359—371.

Die Ergebnisse der im vorigem Jahrgange besprochenen Erhebungen des k. k. Arbeitsministeriums über die Kinderarbeit sind für Böhmen noch nicht

im Drucke erschienen, weshalb eine ausführliche Darstellung dieser Angelegenheit dem nächsten Bande vorbehalten bleiben muß.

Literatur.

A.

- Fleck Alb.: Kinderschutz gegen Unfälle. Berlin. J. Springer. —80.
 Jahresbericht über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes im Jahre 1906. Darmstadt, Junghaus. —80.
 Katscher Berta und Leop.: Kinderschutz und Kinderarbeit in England. Sammlung gemeinnütziger Vorträge. Prag, Calve. —30.
 Lauer Amalie: Gewerblicher Kinderschutz. München-Gladbach, Volksvereins-Verlag. —80.
 Neukamp Dr. Ernst: Gewerbeordnung und Gesetz über Kinderarbeit. Tübingen, B. Mohr. 5.30.

Reichsvolksschulgesetz 1869.

§ 9. An den Fabriksschulen (§ 60) muß die Unterrichtsdauer mindestens zwölf Stunden wöchentlich betragen, welche auf die einzelnen Tage der Woche möglichst gleichmäßig zu verteilen sind. Die Unterrichtsstunden sind nur zwischen 7 Uhr morgens und 6 Uhr abends mit Ausnahme der Mittagsstunde anzusetzen.

§ 60. Für Kinder, welche in Fabriken oder größeren Gewerbsunternehmungen beschäftigt werden und dadurch an dem Unterrichte in der Gemeindechule teilzunehmen verhindert sind, haben die Fabrikseinhaber nach den über die Einrichtung öffentlicher Schulen bestehenden Normen entweder allein oder in Verbindung mit andern Fabriksherren selbständige Schulen zu errichten.

Schulerrichtungsgesetz 1870.

§ 22. Kinder, welche wegen eines geistigen oder körperlichen Gebrechens die öffentliche Volksschule nicht besuchen können, oder zu Hause oder in einer Privatanstalt unterrichtet werden oder bereits an einer höheren Schule sich befinden, sind in einem eigenen Verzeichnisse zusammenzufassen, welches sofort dem Bezirkschulrate vorzulegen ist.

§ 23. Das gleiche gilt von Kindern, welche in Fabriken, Gewerben, Bergwerken, Torfstichen u. dgl. beschäftigt sind und den Unterricht einer Fabriksschule genießen.

Erlaß vom 30. Dezember 1872, S. 12.379.

Nach § 86 der Gewerbeordnung dürfen in Fabriken und anderen Gewerbsunternehmungen überhaupt nur solche Kinder beschäftigt werden, welche mindestens das zehnte Lebensjahr überschritten haben. Sobald daher der Ortschulrat Kenntnis davon erlangt, daß ein schulpflichtiges Kind, welches dieses Alter noch nicht erreicht hat, in einem derartigen Etablissement beschäftigt wird, hat derselbe sofort der politischen Behörde die Anzeige zu erstatten, damit gegen einen solchen Arbeitsgeber nach Maßgabe der Gewerbeordnung vorgegangen werde.

Nach § 21 des Gesetzes vom 19. Feber 1870 hat der Ortschulrat unmittelbar vor Beginn des Schuljahres die Aufzeichnung aller im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder des Schulsprenkels ohne Unterschied der Konfession und der Heimatsberechtigung vorzunehmen. Bei diesem Anlasse ist der Fabrikant oder Unternehmer verpflichtet, die schulpflichtigen Kinder, die in seinem Etablissement beschäftigt sind, bei dem Ortschulrate, in dessen Schulsprenkel das Etablissement gelegen ist, in das Schulkinderverzeichnis aufnehmen zu lassen. Ebenso hat derselbe jedes schulpflichtige Kind, welches im Laufe des Schuljahres in sein Etablissement aufgenommen wurde, beim Ortschulrate, in dessen Schulsprenkel das Etablissement gelegen ist, anzumelden. Entzieht ein Fabrikant oder Unternehmer ein in seinem Etablissement beschäftigtes, schulpflichtiges Kind dieser Aufzeichnung, oder macht er bezüglich desselben eine unwahre Angabe, so hat der Ortschulrat, sobald er hievon Kenntnis erlangt, sofort dem Bezirkschulrate die Anzeige zu erstatten, und dieser gegen den Fabrikanten oder Unternehmer mit der im § 21 des Gesetzes vom 19. Feber 1870 normierten Geldstrafe vorzugehen.

Kommt ein Ortschulrat in die Kenntnis, daß ein in seinen Schulsprenkel gehöriges schulpflichtiges Kind in einer Fabrik beschäftigt wird, welche in einem anderen Schulsprenkel

gelegen ist, so hat er die Mittheilung hierüber an den betreffenden Ortsschulrat zu richten. Solange bei dem Etablissement, in welchem schulpflichtige Kinder beschäftigt sind, keine vom Landeschulrate genehmigte Fabriksschule besteht, ist der Fabrikant oder Unternehmer verpflichtet, die in dem Etablissement beschäftigten Kinder in die öffentliche Volksschule, in deren Sprengel das Etablissement gelegen ist, aufnehmen zu lassen und zum regelmäßigen Besuche dieser Schule anzuhalten.

Für die Fabriksschulen gelten unter anderen folgende Bestimmungen:

Nach § 60 des Reichsvolksschulgesetzes hat der Fabrikinhaber entweder für sich allein oder in Verbindung mit anderen Fabriksherren die Schule zu errichten. Die Fabriksschule ist demnach eine Privatanstalt und kann nach § 70 des Reichsvolksschulgesetzes nur mit Genehmigung der Landeschulbehörde eröffnet werden. Auch dürfen an Fabriksschulen nur solche Lehrer angestellt werden, welche die geistliche Lehrbefähigung für öffentliche Volksschulen haben und sittlich unbeanstandet sind. Dagegen ist die Fabriksschule nach § 60 des Reichsvolksschulgesetzes ausdrücklich nur für solche Kinder bestimmt, welche in Fabriken und größeren Gewerbsunternehmungen beschäftigt und dadurch an dem Unterrichte in der Gemeindeschule teilzunehmen verhindert sind; es dürfen daher andere schulpflichtige Kinder in der Fabriksschule keine Aufnahme finden.

Was den Lehrplan anbelangt, so muß an Fabriksschulen nach § 9 des Reichsvolksschulgesetzes die Unterrichtsdauer mindestens 12 Stunden wöchentlich betragen, welche auf die einzelnen Tage der Woche möglichst zu verteilen sind. Die Unterrichtsstunden sind nur zwischen sieben Uhr morgens und sechs Uhr abends mit Ausnahme der Mittagsstunde anzulegen. Die Lehrgegenstände sind an der Fabriksschule die nämlichen wie an der öffentlichen Volksschule und muß daher namentlich auch auf die Ertheilung des Religionsunterrichtes in irgend einer Weise vorgesorgt werden. Da jedoch nach § 86 der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 in Fabriken nur Kinder verwendet werden dürfen, die das zehnte Lebensjahr überschritten haben, so setzt die Fabriksschule einen mindestens vierjährigen Besuch der öffentlichen Volksschulen voraus.

Nach § 23 des Gesetzes vom 19. Febr. 1870 hat der Ortsschulrat zu Beginn eines jeden Schuljahres ein Verzeichnis jener Kinder, die in Fabriken, Gewerben, Bergwerken, Torfstichen usw. beschäftigt sind und den Unterricht in einer Fabriksschule genießen, dem Bezirksschulrate vorzulegen.

Erlaß des Landeschulrates vom 11. Juni 1897, Z. 18.199,

betreffend die Verwendung schulpflichtiger Kinder beim landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe.

Um das Vorkommen von Betriebsunfällen von Kindern bei landwirtschaftlichen Maschinen nach Möglichkeit hintanzuhalten, hat die k. k. Statthalterei mit Zuschrift vom 26. Mai 1897, Z. 73.747, an den k. k. Landeschulrat das Ersuchen gerichtet, im Wege der betreffenden Schulbehörden dahin wirken zu wollen, daß schulpflichtige Kinder beim landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe nicht verwendet werden.

Lehrer und Ortsschulräte sind auf die Gefährlichkeit der Verwendung von Kindern bei landwirtschaftlichen Maschinen aufmerksam zu machen.

Erlaß des Landeschulrates vom 24. März 1899, Z. 9521.

In fabrikmäßig betriebenen Gewerbsunternehmungen dürfen Kinder vor vollendetem 14. Lebensjahr zu regelmäßigen Beschäftigungen nach § 96 b der Gewerbeordnung nicht verwendet werden.

Es steht den Schulleitungen nicht zu, „Erlaubnißschein“ zur Aufnahme von Kindern in Gewerbs- und insbesondere in Fabrikunternehmungen auszustellen.

Erlaß des Landeschulrates vom 27. November 1899, Z. 38.768,

betreffend die Verwendung von Schulkindern zum Hausierhandel und Verkauf in den Gassen.

Wegen häufiger an den k. k. Landeschulrat gelangenden Beschwerden, daß die Schulkinder von den Eltern oder Vormündern dazu gebraucht werden, um durch Hausierhandel und Verkauf in den Gassen Geld zu verdienen, wird, da eine solche Beschäftigung nicht nur der Gesundheit schadet, sondern auch sittlich verderblich wirkt, im Einvernehmen mit der k. k. Statthalterei in Böhmen auf die gesetzlichen Vorschriften aufmerksam gemacht, nach denen jener Handel unzulässig ist. Das kais. Patent vom 4. September 1852, Z. 252 RG., verlangt für Hausierer und deren Gehilfen das Alter von 30 Jahren; daher ist dieser Handel bei Schulkindern ganz

unzulässig. Was ferner den Verkauf des täglichen Bedarfes von Haus zu Haus oder auf der Gasse im § 60 Abs. 2 der Novelle zum Gewerbegeetze vom 15. März 1883, RGBl. Nr. 39, betrifft, ist er bloß Personen gestattet, welche ihn bei der Gewerbebehörde ordnungsgemäß angemeldet haben. Für die Schuljugend ist daher auch dieser Verkauf ungesetzlich. Der k. k. Bezirkschulrat wird daher aufgefordert, dafür zu sorgen, daß dieser Unfug abgeschafft werde. Die Lehrer sollen dieser Angelegenheit die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Sollten die betreffenden Eltern nach Ermahnung nicht gehorchen, so ist die zuständige politische Behörde anzurufen.

Fürsorgeerziehung.

Allgemeines. I. 252.

Dr. Franz Janitsch: Ursachen der Jugendverwahrlosung in Böhmen. I. 253—276.

Dr. Heinrich Reichler: Bestrebungen der österr. Gesetzgebung zur Schaffung eines Jugendfürsorgegesetzes. I. 277 ff.

A. Brčka, Znaim: Sicherung guter Erziehungsergebnisse und die Stellungnahme der Lehrerschaft zur Fürsorgeerziehung. I. 295—304.

Verhandlungen des I. Kinderschutzkongresses hierüber. I. 305—308.

Dir. Josef Radauer: Welche Erfolge lassen sich von der Fürsorgeerziehung in einer anderen Familie erwarten? II. 156—163.

— Das neue Gesetz über die Fürsorgeerziehung. II. 164—177.

Der dem Abgeordnetenhanse unterbreitete Gesetzentwurf über die Fürsorgeerziehung hat folgenden Wortlaut:

G e s e t z

vom
über die Fürsorgeerziehung.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen wie folgt:

I. Anordnung der Fürsorgeerziehung.

§ 1. Durch Beschluß des Vormundschaftsgerichtes können Unmündige und Personen zwischen dem vollendeten vierzehnten und dem vollendeten achtzehnten Lebensjahr (Jugendliche) zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. Wenn die Eltern ihre Pflichten zu erfüllen vernachlässigen oder ihre elterlichen Rechte mißbrauchen und deshalb oder wegen des ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens der Eltern Fürsorgeerziehung notwendig ist, um die Verwahrlosung des Unmündigen oder Jugendlichen zu verhüten;

2. wenn außer dem in Z. 1 bezeichneten Falle wegen des Fehlens oder der Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkung der Eltern, sonstigen Erzieher oder der Schule die Fürsorgeerziehung zur Verhütung der Verwahrlosung des Unmündigen oder Jugendlichen notwendig ist;

3. wenn ein Unmündiger eine im Strafgesetze als strafbar erklärte Tat begangen hat und die Überweisung zur Fürsorgeerziehung zu seiner Besserung oder zur Verhütung seiner Verwahrlosung notwendig ist;

4. wenn die in Z. 3 bezeichneten Voraussetzungen bei einem Jugendlichen vorliegen, vom Strafgerichte aber die Fürsorgeerziehung nicht verfügt wurde. Aus diesem Grunde kann Fürsorgeerziehung insbesondere angeordnet werden, wenn das Strafverfahren gegen den Jugendlichen eingestellt oder wenn er aus anderen als den in den §§ 4 a und 269 StG. bezeichneten Gründen freigesprochen wurde oder wenn die Ergebnisse des Strafverfahrens nicht ausreichen, um die Fürsorgeerziehung anzuordnen.

§ 2. Durch Auspruch des Strafgerichtes können Jugendliche beim Vorliegen der in § 1, Z. 3, bezeichneten Voraussetzungen zur Fürsorgeerziehung überwiesen werden:

1. Wenn der Jugendliche gemäß §§ 4 a oder 269 StG. freigesprochen wurde, weil er wegen zurückgebliebener Entwicklung oder mangels der geistigen Reife nicht die Fähigkeit besaß, das Unrecht seiner Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen;

2. wenn der Jugendliche einer strafbaren Handlung schuldig erklärt wurde. Findet das Gericht eine Freiheitsstrafe von drei Monaten oder mehr als angemessen, so ist die Überweisung zur Fürsorgeerziehung neben der Strafe auszusprechen, in anderen Fällen ist nur auf Fürsorgeerziehung zu erkennen. Die Verhängung der Strafe hat in diesem Falle zu unterbleiben.

§ 3. In Ansehung von Ausländern findet die Überweisung zur Fürsorgeerziehung nicht statt; wenn ein Ausländer verwahrt ist oder dessen Verwahrlosung droht, bleibt es der Sicherheitsbehörde überlassen, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

II. Art und Zweck der Fürsorgeerziehung.

§ 4. Die vom Vormundschaftsgerichte verfügte Fürsorgeerziehung wird unter öffentlicher Aufsicht in einer geeigneten Familie, in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt vollzogen. — Die vom Strafgerichte verfügte Fürsorgeerziehung ist in der Regel in einer Besserungsanstalt zu vollziehen. — Durch das Statut der Besserungsanstalt kann bestimmt werden, daß der Zögling nach Ablauf einer im Statute bestimmten Mindestfrist in eine Erziehungsanstalt gebracht oder unter Aufsicht des Vorstandes der Besserungsanstalt in einer Familie erzogen werden kann. — Zöglinge, die vom Strafgerichte der Fürsorgeerziehung überwiesen wurden, können von vornherein unter öffentlicher Aufsicht in einer Familie oder in einer Erziehungsanstalt erzogen werden, wenn diese Art der Fürsorgeerziehung dem Zwecke besser entspricht.

§ 5. Aufgabe der Fürsorgeerziehung ist es, für sittlich-religiöse Erziehung, ausreichenden Unterricht sowie für die Unterweisung in einer den Fähigkeiten und der bisherigen Tätigkeit des Unmündigen oder Jugendlichen entsprechenden und dessen künftigen Fortkommen dienlichen Beschäftigung zu sorgen. Zugleich ist die gesunde, kräftige körperliche Entwicklung zu fördern. Insbesondere ist bei Auswahl der Beschäftigung für Zöglinge aus dem Stande der Feldarbeiter, Handwerker oder gewerblichen Hilfsarbeiter auf deren Beruf und ihre Fortbildung in diesem Berufe Rücksicht zu nehmen; anderen ist Gelegenheit zu geben, durch Erlernung eines Handwerkes oder einer anderen Fertigkeit sich eine bessere Grundlage für ihr wirtschaftliches Fortkommen zu schaffen. — Im Falle der Familienerziehung müssen schulpflichtige Zöglinge in einer Familie ihres Religionsbekenntnisses antergebracht werden.

III. Verfahren.

a) Vor dem Vormundschaftsgerichte.

§ 6. Das Vormundschaftsgericht hat alle zur Entscheidung erforderlichen Ermittlungen zu pflegen und unter Bezeichnung der für erwiesenen erachteten Thatfachen mit Beschluß zu entscheiden, ob und aus welchem der in § 1 bezeichneten Gründe ein Unmündiger oder Jugendlicher zur Fürsorgeerziehung überwiesen wird. — Wenn davon Erfolg zu erwarten ist, kann die Anordnung der Fürsorgeerziehung ungeachtet des Vorliegens ihrer Voraussetzungen aufgeschoben und vorläufig nur die Überwachung der Erziehung in der eigenen Familie des Unmündigen oder Jugendlichen verfügt werden, womit Verwarnung des Vaters oder der Mutter oder beider verbunden werden kann. Bei ungünstigem Erfolge ist die Fürsorgeerziehung zu verfügen.

§ 7. Das Vormundschaftsgericht beschließt von Amts wegen oder auf Antrag. — Jedermann ist berechtigt, öffentliche Behörden, insbesondere die Strafgerichte, die politischen Bezirksbehörden (Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut), die landesfürstlichen Polizeibehörden sowie die Gemeindebehörden und Bezirksschulbehörden, die von der eingetretenen oder drohenden Verwahrlosung eines Unmündigen oder Jugendlichen Kenntnis erlangen, sind verpflichtet, dem Vormundschaftsgerichte von ihren Wahrnehmungen Anzeige zu erstatten. Auf Antrag der politischen Bezirksbehörden (Magistrat einer Stadt mit eigenem Statut), der landesfürstlichen Polizeibehörden sowie der Bezirksschulbehörden müssen die erforderlichen Ermittlungen gepflogen werden. — Vor der Beschlußfassung soll das Vormundschaftsgericht, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeit geschehen kann, den zur Fürsorgeerziehung zu Überweisenden selbst hören und dessen Eltern oder Vormund, Seelsorger und Lehrer mündlich oder schriftlich einvernehmen. — Der Beschluß ist den Eltern oder dem Vormund des Unmündigen oder Jugendlichen, diesem selbst, wenn er das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, und der antragstellenden Behörde zuzustellen. — Gegen den Beschluß steht den im vorhergehenden Absätze Genannten der Rekurs zu.

§ 8. Auf gerichtliche Verhandlungen über die Überweisung zur Fürsorgeerziehung und deren Aufhebung finden die allgemeinen Vorschriften über das Verfahren in nichtstreitigen Rechtsangelegenheiten Anwendung. — Im Zuge dieser Verhandlungen sind alle Eingaben, Protokolle, Beilagen, Rechtsurkunden, Legalisierungen, Vidimierungen und sonstigen amtlichen Ausfertigungen, sofern hievon kein anderer Gebrauch gemacht wird, von den Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit; die gleiche Begünstigung kommt auch den Verträgen über die Unterbringung der Zöglinge zu.

b) Vor dem Strafgerichte.

§ 9. Das Strafgericht verfügt die Fürsorgeerziehung von Amts wegen oder auf Antrag des öffentlichen Anklägers im Urtheile. — Vor seiner Entscheidung hat das Strafgericht die notwendigen Ermittlungen zu pflegen, den Jugendlichen selbst zu hören und, soweit dies ohne erhebliche Schwierigkeiten geschehen kann, dessen Eltern oder den Vormund, Seelsorger und Lehrer zu vernehmen.

§ 10. Urtheile, die eine Fürsorgeerziehung verfügen, sind den Eltern oder dem Vormunde des Angeklagten zuzustellen, sofern sie nicht bei der Verkündung des Urtheiles gegenwärtig waren. Die Rechtsmittelfrist läuft in diesem Falle vom Tage nach der Zustellung. — Die Berufung kann zugunsten des Angeklagten ergriffen werden, wenn die Fürsorgeerziehung verfügt, und zu seinem Nachtheile, wenn sie nicht verfügt wurde. Der öffentliche Ankläger kann ferner berufen, wenn in einem Schuldurtheile nur die Fürsorgeerziehung verfügt wurde und das gesetzliche Mindestmaß der angedrohten Strafe drei Monate oder mehr beträgt. — Ist die Berufung bloß wegen des Ausspruches über die Fürsorgeerziehung oder deshalb ergriffen worden, weil nicht auch eine Strafe verhängt wurde, so entscheidet das Berufungsgericht ohne Anordnung eines Gerichtstages. Vor der Entscheidung kann das Berufungsgericht die ihm notwendig scheinenden Erhebungen veranlassen.

§ 11. Kann die Fürsorgeerziehung wegen eines gegen das Urtheil ergriffenen Rechtsmittels oder aus anderen Gründen nicht sofort vollzogen werden, so kann eine vorläufige Unterbringung oder die vorläufige Verwahrung des Abzugehenden angeordnet werden.

IV. Vollzug

a) der vom Vormundschaftsgerichte verfügten Fürsorgeerziehung.

§ 12. Über die Durchführung der Fürsorgeerziehung entscheidet eine Landeskommission, die aus einem Beamten der politischen Landesbehörde als Vorsitzenden, einem weiteren Beamten der Landesbehörde, einem vom Oberlandesgerichtspräsidium bezeichneten richterlichen Beamten und aus zwei Vertretern des Landesausschusses als Mitgliedern zu bestehen hat. Den Verhandlungen der Landeskommission ist mit beratender Stimme ein Pädagoge und ein psychiatrisch gebildeter Arzt beizuziehen. Zuständig ist die Kommission des Landes, in dem das Vormundschaftsgericht gelegen ist. — Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, die Bildung mehrerer Landeskommissionen anzuordnen und die Grundsätze für die Verteilung der Geschäfte unter ihnen festzustellen. Die Landesgesetzgebung kann ferner im Lande bestehende Organisationen für Kinderchutz und Jugendfürsorge zur Unterstützung der Landeskommission heranziehen oder ihnen den Vollzug der Fürsorgeerziehung nach Maßgabe der von der Landeskommission aufgestellten Grundsätze ganz oder teilweise übertragen. — Das Vormundschaftsgericht hat der Landeskommission den die Fürsorgeerziehung anordnenden Beschluß mitzuteilen und ihr allenfalls die Akten zu übersenden. Hierbei kann sich das Vormundschaftsgericht darüber aussprechen, welche Art der Fürsorgeerziehung es für zweckdienlich hält. — Die Landeskommission hat längstens innerhalb zwei Wochen zu entscheiden.

§ 13. Bei der Entscheidung über die Durchführung der Fürsorgeerziehung hat die Landeskommission nach Maßgabe der von der Landesgesetzgebung für den Vollzug getroffenen Einrichtungen neben den für die eine oder die andere Vollzugsart sprechenden Gründen auch auf die zur Verfügung stehenden Geldmittel und Anstalten oder sonstigen Gelegenheiten zur zweckdienlichen Unterbringung von Zöglingen Bedacht zu nehmen. — Gegen den Beschluß der Landeskommission ist ein Rechtsmittel nicht zulässig. — Von der Unterbringung des Zöglings ist das Vormundschaftsgericht zu benachrichtigen. Die Landeskommission kann zum Zwecke der Überführung des Zöglings nach dem von ihr bestimmten Orte der Fürsorgeerziehung die Mitwirkung der Sicherheits- oder Gemeindebehörde des Aufenthaltsortes in Anspruch nehmen.

b) der vom Strafgerichte verfügten Fürsorgeerziehung.

§ 14. Hält das Strafgericht die Unterbringung des Zöglings in einer Besserungsanstalt für geboten und kann diese in einer staatlichen Anstalt geschehen, so hat es den Vollzug seines Beschlusses selbst zu veranlassen. In allen anderen Fällen ist die Kommission des Landes, in dem das Strafgericht gelegen ist, um den Vollzug zu ersuchen. — Das Strafgericht hat dem Vormundschaftsgerichte die Verweisung zur Fürsorgeerziehung und die Art der Unterbringung des Zöglings mitzuteilen. — Die Überführung des Zöglings nach dem Orte der Fürsorgeerziehung wird durch das Strafgericht eingeleitet.

c) Entfallen der Fürsorgeerziehung.

§ 15. Die Überweisung zur Fürsorgeerziehung darf nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres nicht mehr vollzogen werden. — Wenn eine vom Strafgerichte nach § 2, Z. 2,

ohne Verhängung einer Strafe verfügte Fürsorgeerziehung wegen Vollendung des achtzehnten Lebensjahres oder aus anderen Gründen innerhalb angemessener Frist nicht vollzogen werden kann, hat das Strafgericht nach Einvernehmung des Verurteilten und allfälligen Erhebungen in Ergänzung des Strafurteils mit Beschluß auf eine entsprechende Freiheitsstrafe zu erkennen. Das Strafgericht kann jedoch in einem solchen Falle von der nachträglichen Verhängung einer Strafe absehen, wenn das von dem Verurteilten in der Zwischenzeit an den Tag gelegte Verhalten dessen Besserung darthut. — Das Strafgericht kann ferner auf Antrag oder von Amts wegen von dem Vollzuge einer neben einer Strafe ausgesprochenen Überweisung zur Fürsorgeerziehung absehen, wenn das gesamte Verhalten des Verurteilten während seiner Anhaltung in der Strafe und, falls er bedingt entlassen wurde, während der Probezeit beweist, daß er sich gebessert hat und einer Fürsorgeerziehung nicht mehr bedarf. — Die in den beiden vorhergehenden Absätzen erwähnten Beschlässe sind in nicht öffentlicher Sitzung nach Anhörung des öffentlichen Anklägers zu fassen. Gegen sie steht dem Verurteilten, dessen Eltern oder Vormund und dem öffentlichen Ankläger die Beschwerde binnen drei Tagen an das nächstübergeordnete Gericht offen.

V. Vorläufige Unterbringung.

§ 16. Bei Gefahr im Verzuge kann sowohl vor Einleitung des Verfahrens behufs Überweisung zur Fürsorgeerziehung wie während dieses Verfahrens das Vormundschaftsgericht, das Strafgericht oder das Gericht des Aufenthaltsortes eine vorläufige Unterbringung des Unmündigen oder Jugendlichen anordnen. — Die Sicherheitsbehörde des Aufenthaltsortes hat in diesem Falle für die Unterbringung in einer Anstalt oder in einer geeigneten Familie zu sorgen. Sofern die Anordnung nicht vom Vormundschaftsgerichte getroffen wird, ist diesem unverzüglich davon Nachricht zu geben. Das Vormundschaftsgericht kann die vorläufige Unterbringung ändern oder aufheben.

VI. Einrichtungen zur Durchführung der Fürsorgeerziehung.

a) Landeseinrichtungen.

§ 17. Soweit nicht die Fürsorgeerziehung in staatlichen Besserungsanstalten vollzogen wird, bleibt es der Landesgesetzgebung vorbehalten, die Einrichtungen zu schaffen, die neben den gemäß §§ 1, 13 und 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90, errichteten und für die Zwecke der Fürsorgeerziehung verwendbare Landesbesserungs- und Erziehungsanstalten zur Durchführung der Fürsorgeerziehung notwendig sind. — Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, zu bestimmen, ob auch Bezirke oder Gemeinden zum Vollzug der Fürsorgeerziehung besondere Einrichtungen zu schaffen haben.

§ 18. Die Besserungsanstalten für Jugendliche sind von den Zwangsarbeitsanstalten räumlich zu trennen. Solange mangels räumlich getrennter Anstalten Jugendliche in Besserungsabteilungen von Zwangsarbeitsanstalten untergebracht werden müssen, haben folgende Grundsätze zu gelten:

1. es dürfen nur Jugendliche abgegeben werden, die der Schulpflicht entwachsen sind;
2. es müssen Voranstaltungen getroffen sein, die eine vollständige und dauernde Trennung von den in der Anstalt untergebrachten Zwänglingen sicherstellen.

§ 19. Durch Beschluß der Landeskommission können Privaterziehungs- und Besserungsanstalten als zum Vollzug der Fürsorgeerziehung geeignet erklärt werden. Die Landeskommission kann diese Erklärung jederzeit zurücknehmen, wenn sich die Anstalt zur Durchführung der Fürsorgeerziehung nicht als geeignet erweist.

b) Staatliche Besserungsanstalten.

§ 20. Die staatlichen Besserungsanstalten, die für den Vollzug der vom Strafgerichte verfügten Fürsorgeerziehung errichtet werden, unterstehen dem Justizminister. Die unmittelbare Aufsicht führt der Oberstaatsanwalt, in dessen Sprengel die Anstalt liegt. — Die Staatsanwälte schreiten als Hilfsorgane der Oberstaatsanwälte ein; die Oberstaatsanwälte haben die Anstalten ihrer Sprengel mindestens einmal im Jahre, die Staatsanwälte mindestens einmal im Monate zu besuchen. — Die Vorschriften über die Ausübung der Dienstaufsicht, die Verwaltung, die Beschäftigung der Angehaltenen und die zulässigen Nahrungsmittel sowie über die örtliche Zuständigkeit werden im Verordnungswege erlassen. — Mit Zustimmung des Justizministers können von der Landeskommission Jugendliche, die nach Verübung einer strafbaren Handlung von dem Vormundschaftsgerichte (§ 1, Z. 4) der Fürsorgeerziehung überwiesen wurden, in eine staatliche Besserungsanstalt abgegeben werden.

§ 21. Für jede staatliche Besserungsanstalt wird eine ständige Überwachungskommission bestellt, die aus dem Vorsteher des Gerichtshofes oder des Bezirksgerichtes, in dessen Sprengel die Anstalt gelegen ist, als Vorsitzenden, ferner aus drei auf die Dauer von drei Jahren zu

ernennenden Vertrauensmännern, von denen einer Arzt, einer Pädagoge und einer Mitglied eines Fürsorgevereines sein soll, und aus dem Staatsanwalt und einem Protokollführer zu bestehen hat. Die Vertrauensmänner dürfen mit Ausnahme der Mitglieder des Lehrstandes nicht im Staatsdienste stehen. — Die Vertrauensmänner und die erforderlichen Ersazmänner werden vom Justizminister ernannt und sind durch den Vorsteher des Gerichtshofes oder Bezirksgerichtes auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten mittelst Gelöbnißes zu verpflichten. Die Gebühren, auf welche die Vertrauensmänner Anspruch haben, werden durch Verordnung bestimmt.

§ 22. Die Überwachungskommission hat einmal im Monate die Anstalt unter Beziehung des Vorstehers und nöthigenfalls der übrigen Beamten zu besichtigen und jeden Angehaltenen, der sich zur Einvernehmung meldet, über sein Begehren oder seine Beschwerden zu hören. Der Amtsarzt der politischen Behörde ist der Besichtigung beizuziehen. Die Kommission hat wahrgenommenen Mängeln oder berechtigt befundenen Beschwerden im Rahmen der bestehenden Vorschriften im Einvernehmen mit dem Staatsanwalt oder Oberstaatsanwälte nach Thunlichkeit abzuhefeln und über das Ergebnis ihres Besuches sowie über die wahrgenommenen Mängel oder über Beschwerden, denen nicht bereits vollständig abgeholfen worden ist, unter gleichzeitiger gutachtlicher Äußerung an das Justizministerium zu berichten. — Bei Abstimmungen entscheidet einfache Stimmenmehrheit.

c) Entziehung der väterlichen Gewalt und Bestellung eines anderen Vormundes.

§ 23. Falls die Fürsorgeerziehung für zulässig erklärt wird, kann das Vormundschaftsgericht dem Vater die väterliche Gewalt entziehen oder statt des bisherigen einen anderen Vormund bestellen, wenn eine solche Maßregel notwendig erscheint, um eine Vereitlung oder Beeinträchtigung der Zwecke der Fürsorgeerziehung zu verhindern. — Der Vorsteher einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt, deren Statut staatlich genehmigt ist, kann vor den in den §§ 196 bis 198 WGB bezeichneten Personen zum Vormund der zur Fürsorgeerziehung in der Anstalt untergebrachten Zöglinge bestellt werden. Das gleiche gilt für Zöglinge, die unter der Aufsicht des Vorstandes der Anstalt in einer Familie erzogen werden. — Das Pflégenschaftsgericht hat alljährlich mindestens einmal in geeigneter Weise die Verhältnisse der in Familienpflege oder in Privatanstalten zur Fürsorgeerziehung untergebrachten Personen zu ermitteln und hienach die etwa erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

d) Vertrauenspersonen.

§ 24. Wenn Überwachung der Erziehung in der eigenen Familie angeordnet oder die Fürsorgeerziehung in einer fremden Familie vollzogen wird, ist zur Überwachung der Erziehung vom Vormundschaftsgericht eine besondere Vertrauensperson zu bestellen. — Zu Vertrauenspersonen sind thunlichst Waisenspfleger (Waisenspflegerinnen) oder zur Ausübung der Schutzaufsicht im Strafverfahren berufene Personen zu bestellen.

VII. Aufhebung der Fürsorgeerziehung.

§ 25. Die Fürsorgeerziehung endet mit Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahres oder mit der früheren Einberufung zum aktiven Militärdienst. Vor diesem Zeitpunkte kann sie auf Antrag oder von Amts wegen vom Vormundschaftsgericht aufgehoben werden, wenn ihr Zweck erreicht oder dessen Erreichung in anderer Weise sichergestellt ist. Die Aufhebung kann unter Vorbehalt des Widerrufs beschlossen werden. — Wurde in einem Schuldurteile keine Strafe verhängt und bloß auf Fürsorgeerziehung erkannt, so darf diese nicht vor Ablauf von drei Monaten aufgehoben werden. — Zum Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung sind außer dem Zögling, wenn er das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, die Eltern und der Vormund des Zöglings berechtigt, ferner, wenn die Überweisung von der Landeskommision vollzogen wurde, die Kommission und, wenn sie in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, der Vorstand der Anstalt. Im letzteren Falle ist dem Staatsanwalt, in dessen Sprengel das Verfahren anhängig war, Gelegenheit zur Äußerung über den Antrag zu geben. — Der Beschluß, mit dem über den Antrag auf Aufhebung entschieden wird, ist den in § 26 bezeichneten Rekursberechtigten zuzustellen.

§ 26. Gegen den Beschluß über die Aufhebung der Fürsorgeerziehung steht den Eltern und dem Vormund des Zöglings, ferner, wenn es sich um eine von der Landeskommision vollzogene Überweisung zur Fürsorgeerziehung handelt, der Kommission, bei einer vom Strafgerichte vollzogenen Überweisung zur Fürsorgeerziehung aber auch dem Staatsanwalt, in dessen Sprengel das Verfahren anhängig war, das Rechtsmittel des Rekurses offen. Zum Rekurse gegen den Beschluß, mit dem die Aufhebung der Fürsorgeerziehung verweigert wurde, ist auch der Zögling berechtigt, wenn er das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat. — Bis zur Rechts-

kraft der Entscheidung hat die Fürsorgeerziehung fortzubauern. — Ein abgewiesener Antrag auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung darf vor Ablauf eines Jahres nicht erneuert werden.

§ 27. Wenn die Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs bewilligt wurde, ist der Widerruf vom Vormundschaftsgerichte auszusprechen, sobald Tatsachen vorliegen, die den Wiedereintritt der Verwahrlosung befürchten oder besorgen lassen oder sonst zeigen, daß die Aufhebung verfrüht oder zweckwidrig gewesen ist. Nach Verlauf von 2 Jahren seit der Aufhebung ist ein Widerruf ausgeschlossen. Der Widerruf kann ausgesprochen werden, ohne daß es der in § 7 bezeichneten Vernehmungen bedarf. — Die Entscheidung über den Widerruf kann durch ein Rechtsmittel nicht angefochten werden.

§ 28. Bei Aufhebung der Fürsorgeerziehung hat das Vormundschaftsgericht in Verbindung mit dem Vorstand der Anstalt und den Organen der Fürsorge für die Unterbringung des Entlassenen in einem sein Fortkommen sichernden Erwerbe Sorge zu tragen. — Bei Aufhebung der Fürsorgeerziehung unter Vorbehalt des Widerrufs können dem Entlassenen durch das Vormundschaftsgericht oder durch den Vorstand der Anstalt entweder bei der Entlassung oder später bestimmte Weisungen für sein Verhalten erteilt und ihm insbesondere die Bekanntgabe seines Aufenthalts auferlegt werden. Das Vormundschaftsgericht sowie der Vorstand einer staatlichen oder Landes-Besserungs- oder Erziehungsanstalt können auch eine Schutzaufsicht veranlassen. — Die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Schutzaufsicht sind im Verordnungswege zu erlassen.

VIII. Kosten der Fürsorgeerziehung.

§ 29. Zu den Kosten der Errichtung von Landes-Besserungsanstalten, die für den Vollzug der Fürsorgeerziehung bestimmt sind (§ 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGBl. Nr. 90), wird der Staat ein Drittel beitragen. — An der Ausbringung der sonstigen Kosten der Fürsorgeerziehung beteiligt sich der Staat mit einem Drittel desjenigen Kostenbetrages, der sich nach Abrechnung eines Viertels der dem Lande überwiesenen Teile der Gebahrungsumsätze der gemeinschaftlichen Waisenkassen ergibt.

§ 30. Die Kosten einer Fürsorgeerziehung, die in einer staatlichen Besserungsanstalt vollzogen wird, sind nach § 388 StPD. zu berechnen und dem Staate zu ersetzen. — Die Kosten der Fürsorgeerziehung werden zunächst von dem Lande bestritten, in dem das Vormundschafts- oder Strafgericht liegt, das die Fürsorgeerziehung angeordnet hat. — Die Kosten der durch ein Strafgericht eingeleiteten Überführung eines Zöglings nach dem Orte der Fürsorgeerziehung (§ 14, Absatz 3) sind aus dem Verlage für Kosten der Strafrechtspflege zu befreien und als Kosten des Strafverfahrens zu behandeln.

§ 31. Als Kosten der Fürsorgeerziehung sind anzusehen die Kosten der vorläufigen Unterbringung, die Kosten, die durch die Überführung des Zöglings in eine Familie oder Anstalt in dem im § 13, Absatz 3 bezeichneten Falle erwachsen, die Auslagen für die Erhaltung, Verwaltung und den Betrieb der für die Fürsorgeerziehung gewidmeten Landes-Erziehungs- und Besserungsanstalten, wobei weder für Amortisation noch für die Erneuerung der Anlagen und Einrichtungen Beträge angerechnet werden dürfen, ferner die Auslagen für Beheizung, Licht, Kost und Lagerstätte, für die Beschaffung und Reinigung der Wäsche und Kleidung, für Unterricht, dann für die Pflege und Verpflegung in Privatanstalten oder in der Familie sowie die Auslagen für die Rückreise des aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Zöglings und die Kosten der Unterbringung des Entlassenen in einem sein Fortkommen sichernden Erwerbe.

§ 32. Das Land, das zunächst die Kosten der Fürsorgeerziehung bestritten hat, ist berechtigt, den Ersatz der Kosten, die es bezahlt hat oder die ihm durch die Fürsorgeerziehung entstanden sind (§§ 30, Absatz 1 und 2, und 31), von dem Zöglings selbst oder von den gesetzlich zu seinem Unterhalte Verpflichteten anzusprechen. Die Vergütung für die Unterbringung des Zöglings in einer Landes-Erziehungs- oder Besserungsanstalt ist nach einem vom Landesauschusse im Einvernehmen mit der politischen Landesbehörde bestimmten Einheitsfusse für den Verpflegestag zu leisten. — Auf Grund der Vorschreibung des Landesauschusses findet die politische Exekution im Sinne des § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, RGBl. Nr. 96, oder die gerichtliche Exekution statt. Der Ersatzanspruch genießt die Exekutionsprivilegien der Ansprüche auf Gewährung des aus dem Gesetze gebührenden Unterhaltes.

§ 33. Behufs Berechnung und Flüssigmachung des Staatsbeitrages zu den Kosten der Fürsorgeerziehung (§ 29) hat der Landesauschuß alljährlich nach Schluß der Gebahrung des Vorjahres eine Zusammenstellung der für Zwecke der Fürsorgeerziehung gemachten Ausgaben und der aus diesem Titel erzielten Einnahmen einschließlich der nach § 32 hereingebrachten Erlöse mit den erforderlichen Belegen und Nachweisungen der politischen Landesbehörde vorzulegen. Der politischen Landesbehörde steht das Recht zu, die Rechnung und deren Belege

durch ihre Organe prüfen zu lassen. Der nach dem Ergebnis dieser Prüfung sich ergebende Staatsbeitrag ist von dem Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Finanzministerium flüssig zu machen.

§ 34. Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten die Gemeinde, in der der Zögling sich vor der Überweisung zur Fürsorgeerziehung aufgehalten hat, zum Erlasse der Kosten der Fürsorgeerziehung, soweit sie nicht nach § 32 hereingebracht werden, zu verpflichten.

IX. Strafrechtliche Bestimmungen.

§ 35. Wer vorsätzlich einen Unmündigen, Jugendlichen oder Minderjährigen der angeordneten Fürsorgeerziehung entzieht oder ihn verleitet, sich der angeordneten Fürsorgeerziehung zu entziehen oder ihm hiebei vorsätzlich Hilfe leistet, wird wegen Übertretung mit Arrest von einer Woche bis zu sechs Monaten bestraft. Die Entscheidung kommt den Bezirksgerichten zu. — Diese Strafbestimmung ist nicht anwendbar, wenn die Handlung eine nach dem allgemeinen Strafgesetze schwerer zu bestrafende Tat begründet.

§ 36. Die Vergehen und Übertretungen, die von Unmündigen, Jugendlichen oder Minderjährigen begangen werden, die in einer zur Durchführung der Fürsorgeerziehung bestimmten staatlichen oder Landesanstalt angehalten werden, unterliegen der Disziplinarstrafgewalt des Vorstandes dieser Anstalt. — Ein gerichtliches Strafverfahren findet nur statt, wenn die strafbare Handlung erst nach Entlassung des Zöglings aus der Anstalt bekannt wird.

X. Schlußbestimmungen.

§ 37. Unberührt bleibt die Befugnis des Vormundschaftsgerichtes, auf Antrag des Vaters oder des sonstigen gesetzlichen Vertreters Minderjährige auch außer den in diesem Gesetze bezeichneten Fällen auf ihre Kosten oder auf Kosten der zu ihrem Unterhalt verpflichteten Personen zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen.

§ 38. An Stelle des § 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 89, tritt folgende Bestimmung: „Gegen Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, darf die Anhaltung in einer Zwangsarbeitsanstalt weder als zulässig erkannt noch vollstreckt werden. — Ist ein solcher Auspruch irrtümlich erfolgt, so hat das erkennende Strafgericht von Amts wegen mit Beschluß diesen Auspruch zu beheben und im Sinne des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Beschluß zu fassen.“

§ 39. An Stelle des Schlusssatzes des § 6 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 90, treten die Worte „5. Personen, die das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben“. — Die §§ 13, 14 und 16, Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 90, werden aufgehoben. — § 15 desselben Gesetzes hat zu lauten: „Die in diesem Gesetze rücksichtlich der Zwangsarbeitsanstalten enthaltenen Bestimmungen finden, insoweit nicht in den Vorschriften des Gesetzes vom . . . über die Fürsorgeerziehung, besondere Anordnungen enthalten sind, auch auf die zum Vollzuge der Fürsorgeerziehung bestimmten Landes-Besserungsanstalten Anwendung.“

§ 40. Die Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme der §§ 37–39 und 41 treten drei Monate nach dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit. — Der Zeitpunkt, von dem an die Gerichte die Überweisung zur Fürsorgeerziehung anordnen können, ist durch Verordnung des Justizministers für die einzelnen Königreiche und Länder festzusetzen, nachdem die Möglichkeit, eine solche Anordnung auszuführen, durch Verhandlung mit der Landesverwaltung festgestellt ist. Die Verordnung ist durch das Reichsgesetzblatt kundzumachen. — Mit dem durch diese Verordnung bestimmten Tage treten zugleich die §§ 37–39 und 41 in Wirksamkeit und es kann Überweisung zur Fürsorgeerziehung auch dann angeordnet werden, wenn eine früher begangene strafbare Handlung dazu Anlaß gibt.

§ 41. Ansprüche auf Zulässigkeit der Abgabe in eine Besserungsanstalt, die in dem in § 40, Absatz 2 bezeichneten Zeitpunkte von den Landeskommissionen noch nicht erledigt sind, sind als strafgerichtliche Ansprüche auf Überweisung zur Fürsorgeerziehung im Sinne dieses Gesetzes zu behandeln. — Bei Personen im Alter vor vollendetem vierzehnten Lebensjahre kann die Landeskommission anstatt der Anhaltung in einer Besserungsanstalt auch die Erziehung in einer geeigneten Familie oder die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt anordnen. — Für die Entlassung von Personen, die im erwähnten Zeitpunkte auf Grund der §§ 7 und 8 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 89, und des § 13 des Gesetzes vom 24. Mai 1885, RGB. Nr. 90, in Besserungsanstalten angehalten sind, gelten die Bestimmungen der §§ 25–28 des gegenwärtigen Gesetzes.

§ 42. Die Gemeinden sind auf Verlangen der Gerichts- und der politischen Behörden zur Mitwirkung bei der Durchführung der Fürsorgeerziehung verpflichtet.

§ 43. Alle Anstalten zum Schutze von verwaisten, verlassenen, mißhandelten, verwahrlosten oder mit Verwahrlosung bedrohten Kindern und Jugendlichen unterstehen der staatlichen

Aufsicht. Sie wird, insoweit in diesem Gesetze (§ 20) nichts anderes bestimmt ist, vom Minister für Kultus und Unterricht im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Ministern ausgeübt. Die näheren Bestimmungen über die Durchführung dieser Aufsicht sind im Verordnungswege zu erlassen.

§ 44. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist Mein Minister der Justiz im Einvernehmen mit Meinen übrigen beteiligten Ministern beauftragt.

Organisation der Jugendfürsorge.

Jugendfürsorge in den Landgemeinden und Städten. I, 372.

LGR. Franz Janisch: Die vormundtschaftliche Fürsorge durch den Gemeindewaisenrat in Österreich. I, 377 ff.

Anton Pfeiffer: Jugendfürsorge und Kinderschutz in Reichenberg. I, 393 ff.

Viktor von Ottenburg: Verzeichnis der in Prag und den Vororten bestehenden Anstalten für Jugendfürsorge. I, 397—401.

Die Organisation der Jugendfürsorge in Böhmen 1908. I, 401—490.

Die gemeinschaftlichen Waisenkassen. I, 480 ff.

Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Wien-I, Biberstraße 2.

Statuten

§ 1.

Auf Grund des Plenarbeschlusses des I. österreichischen Kinderschutzkongresses vom 20. März 1907 wird eine „Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ in Wien gebildet.

§ 2.

Der Zweck der Zentralstelle ist im allgemeinen, das Interesse für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu verbreiten und die Selbsttätigkeit auf diesem Gebiete zu fördern und zu unterstützen.

Insbesondere verfolgt die Zentralstelle das Ziel:

1. einen Mittelpunkt für die bestehenden Fürsorgeorganisationen zu bilden, um dieselben durch Austausch der gemachten Erfahrungen, durch Erteilung von Auskünften, durch gegenseitige Mitteilung der Fortschritte und Erfolge sowie durch Anregungen und Vorschläge zu unterstützen;

2. die gewonnenen Erfahrungen durch Vorschläge für Gesetzgebung und Verwaltung zu verwerten.

Die Tätigkeit der Zentralstelle erstreckt sich auf das Gebiet der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder.

§ 3.

Die Zentralstelle verfolgt diese Zwecke durch alle denselben dienenden, gesetzlich zulässigen Mittel, insbesondere durch:

1. Beschaffung und Sichtung des Materials, das sich auf Kinderschutz und Jugendfürsorge bezieht;

2. Herausgabe einer periodischen Druckschrift;

3. Veranstaltung von Versammlungen und Kongressen;

4. Veranstaltung von Sammlungen.

§ 4.

Die Mitglieder der Zentrale bestehen aus:

1. Ehrenmitgliedern,
2. stiftenden Mitgliedern,
3. gründenden Mitgliedern,
4. ordentlichen Mitgliedern.

Die Ehrenmitglieder werden von der Vollversammlung der Zentralstelle über Vorschlag des ständigen Ausschusses ernannt.

Stiftende Mitglieder sind jene, welche einen einmaligen Beitrag von mindestens tausend Kronen leisten.

Gründende Mitglieder sind jene, welche einen Jahresbeitrag von mindestens zweihundert Kronen bezahlen.

Als ordentliche Mitglieder können entweder Vereine, andere Körperschaften, Stiftungen oder Einzelpersonen beitreten. Die letzteren können sein: die Mitglieder der öffentlichen Vertretungskörper, die Vertreter und Angehörigen aller Vereine und Anstalten, die sich mit Fragen des Kinderschutzes, der Jugendfürsorge und Kindererziehung beschäftigen, die Funktionäre der Religionsgenossenschaften, ferner Personen, die in öffentlicher oder privater Stellung im Unterrichte und Erziehungsweisen tätig sind, richterliche, staatsanwaltschaftliche und Verwaltungsbeamte, Advokaten, Notare, Ärzte und besonders zur Mitgliedschaft vom ständigen Ausschusse aufgeforderte Personen.

Die ordentlichen Mitglieder entrichten einen Jahresbeitrag von zehn Kronen.

§ 5.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, welcher in schriftlicher Form mitgeteilt werden muß.

Mitglieder, die mit der Leistung ihres Jahresbeitrages über zwei Jahre im Rückstande sind, werden als ausgeschieden betrachtet.

§ 6.

Organe der Zentralstelle sind:

1. die Vollversammlung
2. der ständige Ausschuß,
3. das Exekutivkomitee (Vorstand),
4. das Präsidium.

§ 7.

Die Vollversammlung besteht aus sämtlichen Mitgliedern der Zentralstelle. Ihr steht zu:

1. die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
2. die Wahl von zwei Rechnungsprüfern,
3. Entgegennahme und Genehmigung des Kassaberichtes,
4. Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichtes des ständigen Ausschusses über die Tätigkeit der Zentralstelle,
5. Beschlußfassung über Resolutionsanträge,
6. Wahl von Mitgliedern in den ständigen Ausschuß,¹⁾
7. Wahl von fünf Schiedsrichtern, welche nicht dem Vereine angehören müssen und denen die Entscheidung über alle Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse zusteht.

¹⁾ Neueinfügung laut Antrag des Exekutivkomitees.

Die ordentliche Vollversammlung der Zentralstelle findet jedes Jahr einmal statt.

Die Vollversammlung faßt ihre Beschlüsse mit absoluter Majorität.

Die Mitglieder haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben. Vereine, Körperschaften und Stiftungen stimmen durch ihren der Zentralstelle vorher bekanntgegebenen Vertreter.

Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von 30 Mitgliedern notwendig. Im Falle der Beschlußunfähigkeit der Vollversammlung kann eine halbe Stunde nach Konstatierung der Beschlußunfähigkeit eine zweite Vollversammlung stattfinden, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist.

Außerordentliche Vollversammlungen werden vom Präsidenten, wenn nötig, einberufen.

§ 8.

Bisherige Fassung:

Der ständige Ausschuß wird zunächst aus dem Bureau des I. österreichischen Kinderschutzkongresses (Präsidenten, Vizepräsidenten, Schriftführern¹⁾) gebildet.

Ferner haben die in den einzelnen Kronländern bestehenden Landesorganisationen für Kinderschutz und Jugendfürsorge das Recht, einen Delegierten in den ständigen Ausschuß zu entsenden, welcher der Zentralstelle als Mitglied beitrtritt und dem daselbst Sitz und Stimme zukommt. Falls in einzelnen Ländern die Landesorganisation in national getrennte Abteilungen (Sektionen) zerfällt, so kann für jede dieser Abteilungen ein Delegierter in den ständigen Ausschuß entsendet werden. Schließlich ergänzt sich der ständige Ausschuß durch Kooptionierung von Einzelpersonen, welche der Zentralstelle als Mitglieder beitreten oder angehören.

Der ständige Ausschuß hat aus mindestens 25 und höchstens 100 Personen zu bestehen.

Antrag des Exekutivkomitees:

Der ständige Ausschuß hat aus 80 Personen zu bestehen. Er setzt sich zusammen:

1. Aus jenen Personen, welche das Bureau des I. österreichischen Kinderschutzkongresses (Präsidenten, Vizepräsidenten und Schriftführern¹⁾) gebildet haben und welche der Zentralstelle als Mitglieder angehören.

¹⁾ Präsident: Seine Erzellenz Dr. Josef Maria Bauernreither, k. u. k. Geheimer Rat und k. k. Minister a. D. Vizepräsidenten: Seine Erzellenz Dr. Friedrich Freiherr v. Call zu Rosenburg und Kulmbach, k. u. k. Geheimer Rat und Oberlandesgerichtspräsident in Innsbruck; Hofrat Dr. Theodor Eicherich, k. k. Universitätsprofessor in Wien; Seine Durchlaucht Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein, k. k. Bezirkshauptmann in Marienbad; Seine bischöfliche Gnaden Dr. Gottfried Marschall, k. u. k. Geheimer Rat, Weihbischof und Generalvikar der Erzdiözese in Wien; Dr. Viktor Mataja, k. k. Sektionschef im Handelsministerium in Wien; Dr. Josef Neumayer, erster Vizebürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien; Dr. Ludwig Rizzi, Landeshauptmann der Markgrafschaft Istrien und Bürgermeister in Pola; Seine Erzellenz Alexander Tchorznicki Ritter v. Mniszek, k. u. k. Geheimer Rat und Oberlandesgerichtspräsident in Lemberg; Fräulein Lydia v. Wolfring, Präsidentin des „Pestalozzi-Vereines“ zur Förderung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in Wien; Franz Jabusch, Vizepräsident des k. k. Landesschulrates in Prag; Dr. Johann Záček, Landeshauptmann-Stellvertreter der Markgrafschaft Mähren in Olmütz; Schriftführer: Karl Brucke, städtischer Bürgereschullehrer in Wien; Dr. Leopold Graf Hartig, k. k. Ministerialsekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht in Wien; Dr. Max Lederer, k. k. Ministerialkonzipist im Handelsministerium in Wien; Dr. August Miricka, k. k. Universitätsprofessor in Prag; Dr. Klemens Freiherr v. Pirquet, klinischer Assistent in Wien; Dr. Gustav Schuster Edler v. Bonnot, k. k. Gerichtsssekretär in Wien.

2. Aus je einem Delegierten der Landesorganisationen für Kinderschutz und Jugendfürsorge, welche der Zentralstelle als Mitglieder beitreten; falls in einzelnen Ländern die Landesorganisation in national getrennte Abteilungen zerfällt, kann jede dieser Abteilungen einen Delegierten entsenden.

3. Zu einem Viertel aus von der Vollversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählten Mitgliedern; wenn solche während der Funktionsperiode ausscheiden, sind für den Rest derselben Ersatzwahlen bei der nächsten Vollversammlung vorzunehmen.

4. Aus Mitgliedern, die vom ständigen Ausschusse kooptiert werden.

§ 9.

Dem ständigen Ausschusse obliegt die Führung aller statutenmäßigen Geschäfte der Zentralstelle, sobald dieselben nicht der Vollversammlung zustehen oder dem Exekutivkomitee übertragen sind.

Der ständige Ausschuss wählt aus seiner Mitte das Exekutivkomitee sowie den Präsidenten und zwei Vizepräsidenten der Zentralstelle. Auch bestellt er das Personal der Kanzlei.

Ueberdies fällt insbesonde in die Wirkksamkeit des ständigen Ausschusses:

1. die Verfassung eines Jahresberichtes über die Tätigkeit der Zentralstelle,

2. die Feststellung des Präliminares der Zentralstelle,

3. die Entscheidung über Art und Umfang der periodischen Druckschrift

4. die Erstattung von Vorschlägen für die Ernennung von Ehrenmitgliedern,

5. die Erstattung von Vorschlägen für die Gesetzgebung und Verwaltung,

6. die Beschlußfassung über die Abhaltung von Kinderschutzkongressen oder Beteiligung an solchen,

7. die Beschlußfassung über Statutenänderungen oder Auflösung des Vereines.

Der ständige Ausschuss faßt seine Beschlüsse mit absoluter Majorität. Zur Beschlußfähigkeit des ständigen Ausschusses ist die Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Mitglieder notwendig.

Für die Bornahme von Kooptierungen neuer Mitglieder sowie zur Beschlußfassung über Statutenänderungen oder die Auflösung des Vereines ist die Anwesenheit mindestens der Hälfte der Mitglieder des ständigen Ausschusses sowie die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Anwesenden erforderlich.

§ 10.

Das Exekutivkomitee (Vorstand) ist das ausführende Organ des ständigen Ausschusses, besteht aus 12 Mitgliedern, aus dem Präsidenten und den zwei Vizepräsidenten. Das Exekutivkomitee faßt seine Beschlüsse mit absoluter Majorität.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder erforderlich.

Das Exekutivkomitee prüft und entscheidet über die Voraussetzungen für die Aufnahme der Mitglieder (§ 4).

Dasselbe besorgt mit Hilfe der Kanzlei die laufenden Geschäfte, beantragt im ständigen Ausschusse die notwendigen Maßnahmen und vollzieht die gefaßten Beschlüsse.

Die Funktionsdauer der Mitglieder des Exekutivkomitees sowie des Präsidiums beträgt drei Jahre. Sie sind wieder wählbar.

§ 11.

Die Kanzlei der Zentralstelle besteht aus einem Sekretär und aus den notwendigen Hilfskräften. Der Sekretär besorgt die Kanzleigeschäfte, die Protokollführung bei den Sitzungen und die Kassageschäfte.

§ 12.

Der Präsident und in seiner Vertretung einer der beiden Vizepräsidenten vertritt den Verein nach außen, beruft die Sitzungen des Exekutivkomitees und des ständigen Ausschusses sowie die Vollversammlung der Zentralstelle ein und führt in denselben den Vorsitz.

Die Ausfertigungen und Bekanntmachungen des Vereines werden vom Präsidenten oder einem der beiden Vizepräsidenten gefertigt.

§ 13.

Das Ministerium des Innern, das Justizministerium, das Finanzministerium, das Ministerium für Kultus und Unterricht, das Handelsministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten sowie das Ackerbauministerium haben das Recht, sich in der Vollversammlung, dem ständigen Ausschuss und im Exekutivkomitee der Zentralstelle durch je einen Delegierten vertreten zu lassen, welchem Sitz und Stimme zukommt.

Diese Delegierten zählen nicht auf den Stand des Exekutivkomitees und werden bei Feststellung der Beschlussfähigkeit desselben sowie des ständigen Ausschusses nicht mitgezählt.

§ 14.

Infolge eines vom vorbereitenden Komitee des I. österreichischen Kinderschutzkongresses gefassten Beschlusses übernimmt die Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge das aus der Gebarung des I. österreichischen Kinderschutzkongresses erübrigte Vermögen, um über diesen Betrag im Sinne des Vereinszweckes zu verfügen.

Die Einnahmen der Zentralstelle bestehen aus den Zinsen dieses Vermögens, aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Subventionen, Schenkungen, dem Ertrage der Publikationen und sonstiger Veranstaltungen.

§ 15.

Alle Mitglieder haben das Recht auf unentgeltlichen Bezug der von der Zentralstelle herausgegebenen periodischen Druckschriften.

§ 16.

Im Falle der Auflösung des Vereines wird das Vermögen desselben einer dem Kinderschutz gewidmeten Organisation überwiesen, welche der ständige Ausschuss bezeichnet.

Als Organ der Zentralstelle erscheint seit 1. Jänner 1909 die „Zeitschrift für Kinderschutz und Jugendfürsorge“. Redaktion und Administration Wien I, Biberstraße 2. Monatlich 1 Heft; für das Inland ganzjährig 6 K. Verantwortlicher Redakteur Ministerial-Vizesekretär Dr. Max Lederer.

Kommission „Fürs Kind“.

Um die widmungsgemäße Verwendung jener Beträge sicherzustellen, die der Regierung anlässlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät zugunsten des Jubiläumswerkes für das Kind zur freien Verfügung übergeben wurden, erschien es notwendig, die juristische Natur der vorhandenen Geldmittel zu bestimmen und die zur Verfügung und Verwaltung berufenen Organe festzusetzen. Hierbei sollte auch der vielseitig geäußerte Wunsch, daß die Aktion für das Kind nicht mit dem Jubeljahre abschließe, sondern als ständige Einrichtung fortgeführt werde, Berücksichtigung finden. Demgemäß hat die Regierung den Entwurf eines Statuts ausarbeiten lassen, das nach eingehender Beratung durch die Vertreter der beteiligten Ministerien die Genehmigung des Ministerrats erhielt. Das „Statut des Kaiser-Jubiläum-Fondes für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ soll nach den Absichten der Regierung die Grundlage für eine gedeihliche Fortführung des Jubiläumswerkes bilden und den hierfür bestimmten und möglichst bald zu konstituierenden Organen (große Kommission, Ausschuß usw.) ein weites Feld fruchtbarer Tätigkeit eröffnen. Der statutenmäßige Zweck des Fonds, der seinen Sitz in Wien hat, ist die Gründung von Anstalten, welche auf diesem Gebiete als Muster dienen können, die Unterstützung solcher von anderer Seite ins Leben gerufener Anstalten durch Subventionen und auf andere Weise und die Förderung des Interesses für Kinderschutz und Jugendfürsorge, sowie der Selbsttätigkeit der Bevölkerung auf diesem Gebiete. Die Mittel des Fonds sollen nicht bloß durch fruchtbringende Anlegung von Kapitalien, sondern auch durch Gewinnung weiterer Spenden und Zuschüsse eine stetige Vermehrung erfahren. Die Organe des Fonds sind die große Kommission, die aus fünfzig Mitgliedern besteht, der Ausschuß und das Präsidium, welches aus dem Ministerpräsidenten und den von diesem ernannten drei Vizepräsidenten besteht. Das Statut bestimmt ferner die Zusammensetzung, Funktionsdauer und den Wirkungskreis dieser Organe.

A. k. Statthalterei.

Departement I. Insel Rampa 14, 1. Stiege, 1. Stock.

Legalisierung von Ehefähigkeitsbescheinigungen. Erteilung von Ehedispensen und der Nachsicht der Beibringung von Geburtscheinen behufs Verehelichungen. Armenwesen mit Einschluß des Armendrittels, des Armenperzentages bei freiwilligen Feilbietungen, der Armutzeugnisse, sowie Taubstummeninstitute u. a. Armenanstalten.

Vorstand: Bakat,

Statthaltereirat: Wladimir Soukup,

Bezirkskommissäre: Dr. Friedrich Mathejius, Dr. Ernst Polz,

Statthaltereikonzipisten: Dr. Robert Seifert, Josef Houbek,

Statthaltereikonzepts-Praktikanten: Josef Krugl, Josef Sechenthal,

Karl Buchal.

Departement II. Kleinseite, Belvederegasse 11, 13, 1. Stock.

Alle Unterrichtsangelegenheiten! Fachschulen für die gewerbl. Hauptgruppen u. zw. a) die Kunstgewerbeschule in Prag, b) die Staatsgewerbeschulen. Fach,

schulen für einzelne gewerbliche und industrielle Zweige. Allgemeine Handwerker-
schulen. Kommerzielle Lehranstalten u. zw.: höhere Handelslehranstalten,
zweiklassige Handelsschulen. Fortbildungsschulen u. zw.: gewerbliche Fort-
bildungsschulen, kommerzielle Fortbildungsschulen, Mädchen-Fortbildungs-
schulen. Stipendien für Schüler an obigen gewerbl. Lehranstalten. Privat-
Lehranstalten. Subventionierung von Vereinen, welche weibliche Fort-
bildungsschulen erhalten.

Vorstand: StR. Dr. Heinrich Geitler R. v. Armingen,

Bezirkshauptmann: Josef Schenz,

Bezirkskommissär: Josef Stini, Dr. Otto Brechler R. v. Trostowitz,

Statthalterei-Konzepts-Praktikanten: Josef Sachtl, Dr. Franz Machek.

Departement III a. Kleinseitner Ring 18, Unt. Eingang, 1. Stock.

Alle der Gewerbeordnung unterliegenden Angelegenheiten (mit Aus-
nahme der Gast- und Schankgewerbe). Arbeiterschutz. Arbeitsordnung. Nacht-
arbeit, Frauenarbeit, Lehrlingswesen. Lehrlingsausstellungen. Fürsorge für
die gewerblichen Arbeiter.

Vorstand: StR. Joh. Strachotinský,

Bezirkshauptmann: Karl Pacák,

Statthalterei-Sekretär: Vinzenz Schneider-Soukup,

Bezirks-Oberkommissär: Johann Boveš,

Bezirks-Kommissär: Dr. Ludwig Friedrich,

Statthalterei-Konzipisten: Jdenko Dvořák, Dr. Karl Uhlig,

Statthalterei-Konzepts-Praktikanten: Karl Dobihal, Dr. Wenzel Schulz,

Dr. Prinz Friedrich von Lobkowitz.

Departement V. Kleinseitner Ring, Ob. Eingang, 3. Stock.

Administrative Ordnung der Bevölkerung: Staatsbürgerschaft, Heimat-
recht, Volkszählungsangelegenheiten. Redaktion und Administration des
Landesgesetzblattes.

Vorstand: StR. Johann Kofina,

Bezirkshauptmann: Johann Dudek,

Statthalterei-Sekretär: Dr. Karl Gysfelt, Edl. v. Klimpély,

Bezirks-Kommissäre: Joh. Pálpytel, Ladisl. Novotný, Jos. Mrhálek,

Dr. Julius Hodit.

Statthalterei-Konzipist: Dr. Nikol. Hofmann.

Statthalterei-Konzepts-Praktikanten: Jos. Rytíř, Dr. Franz Fiedler.

Departement VIII. Kleinseitner Ring, Ob. Eingang, 3. Stock.

Handhabung der Sicherheits- und Sittlichkeitspolizei. Paßwesen und
sonstige Reiselegitimationen. Meldungswesen.

Vorstand: StR. Franz Bittermann,

Bezirkshauptmann: Emil Knapp,

Bezirkskommissäre: Karl Jarár, Eduard Gysfelt, Edl. v. Klimpély,

Statthalterei-Konzipisten: Rudolf Šiška, Dr. E. Machek,

Statthalterei-Konzepts-Praktikanten: Dr. Vinzenz Bichr, Viktor Škala,

Otto Stehlík v. Czenkow u. Treustätt,

Statthalterei-Off.: Anton Mejstřík.

Departement X a. Insel Rampa 14, 2. Stock.

Sanitätsabteilung: Sanitätswesen im allgemeinen, Volksbewegung,
Epidemieangelegenheiten, Infektionskrankheiten, Impfung. Hebammen,

Gebammenschulen (mit Dep. II.), Bewilligung zur Vermietung von Privatwohnungen der Hebammen an Gebärende. Revision der Arzneivorschreibungen sämtlicher Humanitätsanstalten. Organisation des Gemeindefsanitätsdienstes. Angelegenheiten der Schulhygiene und hygienischer Unterricht an den Lehrerbildungsanstalten und Bürgerschulen. Vorkehrungen gegen die Tuberkulose. Private und öffentliche Krankenhäuser. Irrenanstalten und Versorgungsanstalten. Sanitätsstatistik Erstattung von Äußerungen und Gutachten an die übrigen Statthaltereidepartements in allen sanitären, sanitätspolizeilichen und hygienischen Fragen.

Vorstand: Hofrat Dr. Ignaz Pelz,

Landesjanitätsinspektoren: Dr. Stefan Gellner, Dr. Josef Tichý, Dr. Franz Kulhavý.

Bezirksärzte: Dr. Anton Novák, Dr. Karl Guth, Dr. Oskar Bauer, Etl. v. Skallheim, Dr. Josef Rambousek,

Sanitäts-Konzipisten: MUDr. Josef Doškár,

Sanitäts-Assistenten: Georg Vachowsky, Dr. Eduard Groh,

Zugeteilt: Bezirkshauptmann Heinrich Stěchovský, Jaroslav Miláček, Statth.-Konz. Heinrich Apfelbach.

Departement XII. Kleinseitner Ring 25, 3. Stock.

Rechnungsdepartement. Verschiedene Fonde u. a. Krankenfond, Studentenfonds-fond, allg. Stiftungsfond, Mädchenstiftungsfond, Stillfriedscher Stiftungsfond etc.

Rechnungsdirektor: Johann Tichý.

Departement XIII. Kleinseite, Belvederegasse 21, 1. Stock.

Das gesamte Stiftungswesen. Humanitätsanstalten, insoferne dieselben nicht ins Dep. X gehören. Alarsches Blindeninstitut.

Vorstand: StR. Rudolf Widimský,

Bezirkshauptmann: Emil Diefus, Anton Müller,

Bezirkskommissär: Anton Kolinský,

Statthaltereikonzipisten: Ladisl. Hierle, Dr. Wenzel Šaroch,

Statthaltereikonzept-Praktikanten: Dr. Jos. Elgart, Karl Jermář,

Statthaltereidiff.: Franz Zelinský.

Departement XIV. Rampa 14, 2. Stiege, 2. Stock.

Angelegenheiten der Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten, insbesondere Notionierungen und Entlassungen der Zwänglinge auf Grund der Beschlüsse der Landeskommission, dann über die Erteilung von Staatsubventionen zum Baue und zur Erhaltung dieser Anstalten. Polizeiliche Abschiebungen und Abschaffungen. Stellung unter Polizeiaufsicht. Naturalverpflegstationen und die damit verbundenen Anstalten für Arbeits- und Dienstvermittlung, Errichtung derselben. Periodische Berichterstattung über das Zigeunerwesen. Handhabung der Dienstbotenordnung. Kurrendierung von Vaganten.

Vorstand: StR. Johann Twardý,

Bezirkshauptmann: Jos. Jašek, Guido Stieber,

Bezirkskommissär: Franz Duno vský, Dr. Karl Walter,

Statthaltereikonzipist: Franz Wřáz,

Statthaltereikonzept-Praktikant: Florian Gregor.

Departement XVII. Thungasse 18, 1. u. 2. Stock.
 Interkonfessionelle Angelegenheiten der Staatsbürger.
 Vorstand: StR. Eduard Scheller.

Departement XVIII. Belvederegasse 11, 13, 2. Stock.
 Landwirtschaftliche Schulen.
 Vorstand: StR. Karl Goll.

Landesausschuß. Departement IV. (Referent: Landesausschußbeisitzer
 Karl Adamek.)

Landwirtschaftliche Mittelschulen. Landwirtschaftlicher niederer Unterricht.
 Angelegenheiten der Realschulen, der Handwerker-, Gewerbe-, Industrial- und
 Handelsschulen. Armenschaften. Siechenhäuser. Überschüsse der Waisenkassen.

Departement V. (Referent: Landesausschußbeisitzer Graf Adalbert
 Josef Schönborn.)

Landwirtschaftl. Akademie in Tetschen-Piechwerd. Pomologisches Institut
 in Troja. Landwirtschaftl. Unterricht an Hochschulen. Stiftungen, Stiftungs-
 funde, Verleihung von Stiftsplätzen. Alle einem andern Departement nicht
 zugewiesenen Angelegenheiten.

Departement VI. (Referent: Landesausschußbeisitzer Dr. Pinkas.)
 Dienstbotenordnung.

Departement VII. (Referent: Landesausschußbeisitzer Jos. Žbárský.)

Sanitätswesen. Irrenanstalten. Gebärd- und Fingelanstalten. Kranken-
 häuser. Impfwesen.

Departement VIII. (Referent: Landesausschußbeisitzer Dr. Karl Eppinger.)

Zwangsarbeits- und Besserungsanstalten. Personalangelegenheiten des
 den Landeszwangs-Arbeits- und Besserungsanstalten zugewiesenen Beamten
 und Diener.

Aus der Tätigkeit des Landesausschusses auf dem Gebiete der Jugend-
 fürsorge sei aus dem Jahre 1908 nachfolgendes hervorgehoben.

**Bericht des Landesausschusses über den nach dem Gesetze vom 29. Ok-
 tober 1902, B. 78 LGBI., gegründeten Landeswaisenfond.**

L.-M.-B. 94.952 ai 1908.

Hoher Landtag!

Der Landtag des Königreiches Böhmen hat in seinen Sitzungen am
 4. und 5. Oktober 1907 über die ersten zwei Berichte des Landesausschusses,
 betreffend den Landeswaisenfond, verhandelt und folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Bericht des Landesausschusses über den nach dem Gesetze vom
 29. Oktober 1902 gegründeten Landeswaisenfond wird mit Befriedigung und
 Dank zur Kenntnis genommen und genehmigt.

2. Dem Landesauschusse wird aufgetragen, den Umstand ins Auge zu fassen, daß Quoten der Gebarungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen dem Königreiche Böhmen zu den mit dem Gesetze vom 3. Juni 1901, RGW. Nr. 62, festgesetzten Zwecken bloß auf die Dauer bis zum Jahre 1910 überwiesen wurden, und rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist mit der k. k. Regierung neuerliche Verhandlungen zu dem Zwecke einzuleiten, daß die Gebarungsüberschüsse der im Königreiche Böhmen befindlichen kumulativen Waisenkassen überhaupt dem Königreiche Böhmen überwiesen werden, eventuell daß dem Königreiche Böhmen auch nach dem Jahre 1910 wenigstens Quoten der Gebarungsüberschüsse der im Königreiche Böhmen befindlichen kumulativen Waisenkassen zu den mit dem Gesetze vom 3. Juni 1901, RGW. Nr. 62, festgesetzten Zwecken ausgefollt werden.

Dieser Beschluß wurde vom Landesauschusse der k. k. Regierung mit dem Ersuchen mitgeteilt, mit Rücksicht auf die weitgehende, sozialhumanitäre und wirtschaftliche Bedeutung des Landeswaisenfondes die nötigen Vorkehrungen zu dem Behufe zu treffen, daß ein Gesetz herausgegeben werde, mit welchem die Gebarungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen nach dem Jahre 1910 den einzelnen Ländern dauernd zum Zwecke der Erziehung von armen, verwaisenen, verlassenen und verwahrlosten Kindern überwiesen werden würden.

Mit der Note des Präsidiums der k. k. Statthalterei vom 26. Mai 1908, Z. 11.248 wurde dem Landesauschusse mit Bezug auf diesen Landtagsbeschluß die Mitteilung gemacht, daß die k. k. Regierung in der Frage der Verwendung der Gebarungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen für die Zeit nach dem Jahre 1910 gegenwärtig noch keine Äußerung abzugeben vermag, weil zu diesem Behufe nicht nur weitere Erfahrungen über den Erfolg der bisherigen Verwendung dieser Waisenkassenüberschüsse abgewartet werden müssen, sondern für die Regelung auch die Entwicklung der Gesetzgebung im Gebiete des Fürsorgeerziehungswesens maßgebend sein dürfte.

Der Landesauschuß verhandelte in seiner Sitzung am 1. Juli 1908 über diese Angelegenheit und beschloß, die k. k. Regierung neuerdings mit allem Nachdrucke aufzufordern, die Herausgabe des betreffenden Gesetzes, mit welchem der dauernde Bestand des Landeswaisenfondes gesichert werden würde, zu beschleunigen.

Zur Begründung dieses Beschlusses wurde auf die Unstichhaltigkeit der von der k. k. Regierung angeführten Einwendungen verwiesen, mit denen die Saumseligkeit in dieser Angelegenheit nicht gerechtfertigt werden kann.

Daß die erste Einwendung nicht stichhältig ist, erhellt aus dem Umstande, daß die Aktion des Landeswaisenfondes schon seit dem Jahre 1902 dauert und daß sich seine Wirksamkeit auf dem Gebiete der Pflege der armen, verwaisenen, verlassenen und verwahrlosten Kinder in dieser Zeit in jeder Beziehung im vollen Maße bewährt hat, was bereits aus den früheren Berichten des Landesauschusses (vom 10. April 1905 Nr. 532 2dtg., und vom 22. Jänner 1907 Nr. 1007 2dtg.) ersichtlich ist, in denen ausführlich die Art und die Entfaltung der unter Mitwirkung der Bezirks- und Gemeindevertretungen sowie verschiedener Anstalten und wohlthätiger Vereine durchgeführten Landeswaisenaktion dargestellt wurde.

Die erfolgreiche Tätigkeit des Fonds wurde nicht nur vom Landtage des Königreiches Böhmen, sondern auch von allen öffentlichen und privaten Faktoren anerkannt, in deren Wirkungskreis die Armenkinderpflege gehört und welche ein wirkliches Interesse an der Verbesserung und Vervollkommnung dieses bedeutenden Zweiges der Armenpflege haben, namentlich von Vertre-

tungsbezirken, Gemeinden, von zahlreichen wohlthätigen Korporationen und Institutionen, welche bei dieser Aktion mitgewirkt haben.

Was das Bedenken der Regierung betreffs der weiteren Entwicklung der Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kinderschutzes anbelangt, so muß darauf verwiesen werden, daß nach den geltenden Gesetzen (Heimatsgesetz vom 3. Dezember 1863, RGV. Nr. 105, Armengesetz vom 3. Dezember 1868, RGV. Nr. 59, Gesetz über die Korrektionsanstalten vom 24. Mai 1888, RGV. Nr. 90, und das Gesetz vom 2. Mai 1883, RGV. Nr. 53) die Sorge für die Erziehung der armen, verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Jugend den autonomen Verbänden (den Gemeinden, Bezirken und dem Lande) obliegt, und daß es daher ganz gerechtfertigt ist, daß ihnen die ordnungsmäßige Erfüllung dieser gesetzlichen Pflicht dadurch erleichtert und ermöglicht werde, daß ihnen die Gebärungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen dauernd zu diesem Zwecke überwiesen werden.

Bei der weiteren Erwägung, daß die Geltung des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1901, RGV. Nr. 62, mit Schluß des Jahres 1910 ihr Ende nimmt, und daß die Überweisung der Gebärungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen zu den in diesem Gesetze angeführten Zwecken für die Zeit nach dem Jahre 1910 nicht nur durch die Erneuerung dieses Reichsgesetzes, sondern auch durch die Herausgabe des zuständigen Landesgesetzes bedingt ist, erscheint es außer jeden Zweifel gestellt, daß es höchst nötig ist, daß das betreffende Reichsgesetz verfassungsmäßig genehmigt und längstens im Jahre 1909 herausgegeben werde, falls nicht eine für die öffentlichen Interessen höchst gefährliche und nachteilige Unterbrechung und Lähmung der sozialhumanitären Aktion, die unter dem Beistande des Landeswaisenfondes vollzogen wird, eintreten soll.

Den Umfang und die Bedeutung dieser Aktion beweisen die beigelegten Ausweise (I bis IV), aus denen ersichtlich ist, daß nach dem Stande vom 1. Juli 1908 der Landeswaisenfond zur Erziehung und Verpflegung von 5039 armen, verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kindern mit dem jährlichen Gesamtbetrage per 657.453 K. beisteuert.

Von diesen Kindern sind 4192 der Pflege bei Pfllegeeltern (Familienpflege) und 847 der Pflege in verschiedenen Anstalten im Königreiche Böhmen anvertraut.

Unter diesen Anstalten sind 77 Waisenhäuser (Bezirks-, Gemeinde- und Vereinswaisenhäuser), in denen 716 Kinder mit einem jährlichen Aufwande von 173.017 K. versorgt werden, weiter 12 Fachanstalten (für taubstumme, geisteschwache, blinde, fränkliche, epileptische und verwahrloste Kinder), in denen 131 Kinder mit einem jährlichen Aufwande von 62.656 K. untergebracht sind.

Außerdem werden ungefähr 50 tuberkulöse und skrofulöse Kinder in den Heilanstalten in Senftenberg und Luze auf Kosten des Fonds verpflegt.

Weiters gewährt der Landeswaisenfond 128 armen, verwaisten Schülern Stipendien zum Besuche von Handwerker- und Fachschulen im Gesamtbetrage von jährlichen 36.056 K.

Der dem Landeswaisenfonde überwiesene Teil der Gebärungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen beträgt im Jahre 1907 (Ausweis VI) 618.213 K.

Das aktive Vermögen des Landeswaisenfondes, welches bei der Landesbank des Königreiches Böhmen angelegt ist, beträgt samt den Kassabarschaften bei der königl. böhm. Landeskassa nach dem Stande vom 1. Juli 1908 (Ausweis V) 2.693.182 K.

Die durchschnittlichen jährlichen Einnahmen des Landeswaisenfondes aus den Gebärungsüberschüssen der kumulativen Waisenkassen mit den Zinsen von dem bei der Landesbank angelegten Kapitale betragen 724.281 K, die zu erwartenden jährlichen Ausgaben betragen 721.065 K, so daß sich eine Mehreinnahme im Betrage von 3216 K ergibt, welche zur Bewilligung weiterer Erziehungsbeiträge verwendet werden kann.

Zu dem oben angeführten Aktivvermögen im Betrage per 2,693.182 K 78 h müssen noch hinzugerechnet werden der Betrag per 60.000 K, welcher mit dem Beschlusse des Landesauschusses des Königreiches Böhmen vom 9. Juni 1905, Z. 59.116, dem böhmischen Landesvereine für Lungenfranke im Königreiche Böhmen als unverzinsliches Darlehen bewilligt wurde und als solches hypothekarmäßig versichert ist, weiters der Betrag per 30.000 K, welcher als unverzinsliches Hypothekendarlehen dem MUDr. Franz Hamza, Inhaber eines Sanatoriums für skrofulöse Kranke und für Kinderkrankheiten in Luže bei Hohenmauth mit dem Erlasse des Landesauschusses vom 28. Mai 1907, Nr. 57.213, bewilligt wurde und hypothekarmäßig versichert ist, weiters der Betrag per 100.000 K, welcher mit dem Erlasse des Landesauschusses vom 25. Oktober 1907, Nr. 113.315, dem Vereine zum Wohle von Epileptikern („Valentinum“) als unverzinsliches Darlehen bewilligt wurde und hypothekarmäßig versichert ist, und endlich der Betrag per 30.000 K, welcher dem Vereine zur Erhaltung der „Rosenfranz-Armenanstalt“ in Prag nach der Kassaanweisung des Landesauschusses vom 4. Feber 1908, Nr. 10.762, als sichergestelltes, unverzinsliches Hypothekendarlehen bewilligt wurde.

Dem gegenüber müssen von dem frei verfügbaren Vermögen des Landeswaisenfondes im Betrage von 2,693.182 K 70 h in Abzug gebracht werden: der Betrag von 60.000 K, welcher bisher noch nicht flüssig gemacht wurde, jedoch mit dem Dekrete des Landesauschusses vom 14. Jänner 1908 Nr. 132 als unverzinsliches Darlehen dem deutschen Hilfsvereine für Lungenfranke in Böhmen in Prag zugesichert wurde; das bisher noch nicht flüssig gemachte, jedoch mit dem Dekrete des Landesauschusses vom 7. Jänner 1908, Nr. 141.630/07 zugesicherte und mit dem Erlasse vom 23. Juli 1908 Nr. 82.864 zur Auszahlung angewiesene, weitere unverzinsliche Darlehen des MUDr. Franz Hamza in Luže bei Hohenmauth im Betrage von 30.000 K und schließlich das dem Ausschusse des Vereines für die Heilung und Verpflegung von Rhachitikern und Krüppeln in Prag zur Errichtung und Erhaltung der projektierten Jubiläumsanstalt versprochene, unverzinsliche Darlehen in einer bisher noch nicht festgesetzten Höhe. (Erlaß des L.-A. vom 10. Feber 1908, Nr. 14.247.)

Alle diese Darlehen, mögen sie bereits flüssig gemacht oder bloß zugesichert sein, werden auf den betreffenden Realitäten pfandrechtlich sichergestellt werden.

Außerdem hat der Landesauschuß beschloffen, aus dem Landeswaisenfonde eine Subvention im Höchstbetrage von 500.000 K für den Bau von Humanitätsanstalten für skrofulöse und geisteskrante Kinder, zuzusichern, welche gelegentlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers und Königs Franz Josef I. gegründet werden sollen. (Bericht des Landesauschusses vom 11. September 1908, Nr. 358 Landtag, Druck XVII.)

Schon aus dieser kurzen Darstellung ist zu ersehen, daß die Aktion des Landeswaisenfondes in systematischer und zielbewußter Weise in alle Gebiete der öffentlichen und privaten Fürsorge für arme, verwaiste, verlassene und verwahrloste Kinder eingreift und daß die ersprießliche Tätigkeit dieses Fonds und der von ihm unterstützten Institutionen zum Schaden für

das öffentliche Interesse gefährdet und unmöglich gemacht würde, wenn sein Bestand nach dem Jahre 1910 nicht sichergestellt werden sollte.

Dies gilt namentlich betreffs der zahlreichen, oben angeführten Waisenhäuser und betreffs jener wohlthätigen Fachanstalten, welche ihre Entstehung und die Entwicklung ihrer Tätigkeit der ausgiebigen Unterstützung von seiten des Landeswaisenfondes, ohne welche ihr weiterer Fortbestand unmöglich wäre, verdanken.

Denn bei dem jetzigen ungünstigen Stande der Landesfinanzen kann keineswegs erwartet werden, daß das Land selbst die Erfüllung der diesem Fonde auferlegten Pflichten und Aufgaben auf sich nehmen könnte.

Mit Rücksicht darauf stellt der Landesauschuß den Antrag:

Der hohe Landtag wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und folgenden Beschluß fassen:

Die k. k. Regierung wird abermals ersucht, dem Reichsrate ehetunlichst einen Gesekentwurf betreffend die Überweisung der Gebahrungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen an die einzelnen Länder in dem Sinne vorzulegen, daß die gesamten, mit Ende des Jahres 1910 verbleibenden Gebahrungsüberschüsse dauernd den betreffenden Ländern für die Erziehung und Verpflegung der armen, verwaiseten, verlassenen und verwahrlosten Jugend überwiesen werden.

In formaler Beziehung wird beantragt, diesen Bericht der Kommission für Bezirks- und Gemeindeangelegenheiten zuzuweisen.

Bericht des Landesauschusses, betreffend die Feier des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät.

Nr. 107.809.

Hoher Landtag!

Im heurigen Jahre vollendet Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König das sechzigste Jahr Seiner glorreichen Regierung.

Alle Länder und Völker unserer Monarchie, dankbar eingedenk der gütigen aufopfernden Fürsorge Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät, welcher sie durch die ganze denkwürdige Zeit seiner Regierung theilhaftig waren, begehen festlich den Tag, an welchem Seine Majestät vor vollen sechzig Jahren den erhabenen Thron Seiner Väter bestiegen.

Wenn der Landesauschuß entsprechende Vorbereitungen zu dem Zwecke getroffen hat, damit dieses bedeutungsvolle und seltene Jubiläum auch durch das Königreich Böhmen in würdiger Weise gefeiert werde, so geschah dies in der Überzeugung, daß der hohe Landtag als Vertreter aller Bewohner dieses Königreiches, dessen beide Völker während der erlauchten Regierung Seiner Majestät unseres Kaisers und Königs in geistiger und materieller Beziehung einen außerordentlichen Aufschwung genommen haben, freudig die Gelegenheit dieses erhebenden, denkwürdigen Momentes ergreifen wird, um durch eine solche Feier der Ergebenheit, Treue und Liebe der gesamten Bevölkerung unseres Landes zum angestammten Herrscher Ausdruck zu verleihen.

Dem hochherzigen Wunsche Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät zufolge sollen alle Widmungen zur Feier des heurigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät wohlthätigen Zwecken und in erster Reihe der Fürsorge für

das Kind, diesem äußerst wichtigen Gebiete des humanitären Wirkens zugeführt werden.

Bei Erwägung über die Art und Weise der Feier des Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät glaubte somit der Landesauschuß selbstredend dieses bezeichnete, weite und bei uns verhältnismäßig noch wenig berührte Gebiet sozialer Tätigkeit berücksichtigen zu sollen. Indem vorläufig die Fürsorge um die Ernährung und Erziehung gesunder Kinder bei Seite gelassen wurde, richtete der Landesauschuß sein Augenmerk auf die arme und verlassene kranke Jugend.

Bei der Fürsorge um kranke Kinder sind zu unterscheiden:

1. Körperlich kranke Kinder, namentlich solche, die keine häusliche Pflege genießen; für diese Kinder ist im zartesten Alter durch die Landesfindelanstalt vorgesorgt, von der die Kinder nach Zulässigkeit Pflegeparteien in Familienpflege übergeben zu werden pflegen.

Ältere, mit heilbaren Krankheiten behaftete Kinder erhalten in den allgemeinen, öffentlichen Krankenhäusern, die gewöhnlich besondere Räumlichkeiten oder auch ganze nur für Kinder vorbehaltene Abteilungen besitzen, insbesondere in den beiden Kaiser Franz Josef-Kinderkrankenhäusern in Prag entsprechende Pflege.

Gewisse Krankheiten können wegen ihrer besonderen Art in den gewöhnlichen Krankenhäusern nicht mit solchem Erfolge behandelt werden, wie dies in speziellen, mit Rücksicht auf die Art der Krankheit zweckmäßig eingerichteten Anstalten (Sanatorien) oder in einigen Bädern geschieht. Zu diesen Krankheiten gehört in erster Reihe die Gruppe der tuberkulösen Krankheiten: Lungen tuberkulose, Tuberkulose der Drüsen, der Knochen und Gelenke (Skrofuloje) und Hauttuberkulose (Hautskrofuloje, Lupus).

Für eine entsprechende Pflege der eben erwähnten Krankheiten suchte der Landesauschuß inzwischen wenigstens teilweise dadurch zu sorgen, daß die Pflege verwaister und verlassener, mit Lungen tuberkulose behafteter Kinder im „Albertinum“ bei Senftenberg ermöglicht wird, ferner dadurch, daß zum Baue eines Kinderpavillons bei dem Sanatorium, welches vom deutschen Landesverein zur Bekämpfung der Tuberkulose errichtet wird, eine Subvention gewährt wurde, dann daß die Verpflegskosten für skrofulöse Kinder in der Anstalt des Dr. Hamja in Luze und in jener für lupuskranke Kinder in der Anstalt des Dr. Cerný in Roschitz gedeckt und daß im Kaiserin Elisabeth-Kinderhospitale in Hall die Verpflegung auf Kosten des Landesfondes bewilligt wird.

2. Kinder mit unheilbaren Krankheiten oder mit dauernden körperlichen Gebrechen. Für diese Kinder wird durch einige Privatanstalten zum Teil mit Unterstützung des Landes gesorgt, und zwar für körperlich Sieche, Krüppel usw. in der Privatanstalt „Vincentinum“ in Prag, allerdings nur in sehr bescheidenem Maße; auch beabsichtigt der vor kurzem zur Erziehung und Pflege von Nuchtitis kranken und Krüppeln gegründete Verein in Zizlow eine eigene Anstalt, die prophylaktische sowie auch Heilzwecke verfolgen soll, zu errichten.

Für blinde Kinder sorgt die Privatanstalt zur Erziehung armer, blinder Kinder auf dem Gradschin und die Kinderabteilung des Klarschen Institutes, Taubstumme Kinder finden in den Diözesananstalten in Smichow, Budweis, Königgrätz und Leitmeritz entsprechende Pflege.

3. Geistes kranke Kinder werden, sofern sie in gewissem Grade überhaupt bildungsfähig sind, in der Anstalt des St. Annaveraines „Ernestinum“ auf dem Gradschin, und sofern es sich um bildungsfähige epileptische Kinder handelt, in der Anstalt des Vereines zum Wohle von Epileptikern „Valentinum“ in Prag aufgenommen. Eine kleine Anzahl

schwachsinniger Kinder findet in dem bereits erwähnten Hause der Barmherzigkeit „Vincentinum“ Aufnahme und Pflege.

Die eben genannten Privatanstalten und die angedeuteten Vorkehrungen genügen auch nicht bei weitem, um den zahlreichen armen, verwaisten oder verlassenen kranken Kindern der oben erwähnten drei Kategorien eine entsprechende Pflege angedeihen zu lassen.

Der Landesausschuß gelangte auch zu der Überzeugung, daß die großen Lücken in der Fürsorge für arme kranke Kinder kaum anders ausgefüllt werden können, als durch die Errichtung von Landesanstalten für die verschiedenen hier aufgezählten Kategorien.

Es ist allerdings auf den ersten Blick klar, daß die Durchführung eines solchen umfassenden, systematisch angelegten Planes einen ungeheuren Aufwand erfordern würde, nicht nur was die Errichtung, sondern insbesondere auch was die Erhaltung betrifft, und daß daher nicht daran gedacht werden kann, alle in dieser Beziehung fühlbaren Bedürfnisse auf einmal, durch Errichtung einer ganzen Reihe von Landesheilanstalten zu befriedigen.

Der Landesausschuß hat daher erwogen, wie und auf welche Weise im gegenwärtigen Zeitpunkte unter Berücksichtigung des ungünstigen Standes des Landesfinanzen zur Feier des Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät eine Aktion unternommen werden könnte, durch die wenigstens die allerdringendsten diesbezüglichen Forderungen befriedigt werden würden.

In dieser Beziehung hält es der Landesausschuß gegenwärtig für notwendig, daß einerseits Landesheilanstalten für mit Tuberkulose der Drüsen, Knochen und Gelenken (Skrofulose) behaftete Kinder und anderseits Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geistesranke Kinder errichtet werden.

Was die Errichtung von besonderen Landesanstalten zur Heilung von skrofulösen Kindern betrifft, so wird dieselbe dadurch begründet, daß es sich hier um Kinder handelt, die durch Heilung gerettet und arbeitsfähig gemacht werden können, ferner auch dadurch, daß das Entsenden solcher Kinder nach Hall und in andere Bäder bedeutende Schwierigkeiten verursacht und daß die Pflege in Privatanstalten (Dr. Hamza und Dr. Cerný) für die Zukunft nicht gesichert erscheint, da die Existenz dieser Anstalten von den Privatverhältnissen des Besitzers abhängig ist.

Der Landesausschuß hält dafür, daß es sich empfehlen würde, zwei Landesanstalten zur Heilung skrofulöser Kinder zu errichten, von denen die eine durch Erwerbung des Sanatoriums des Dr. Hamza in Luže entstehen könnte, während die andere im nördlichen Böhmen an einem hiezu geeigneten Orte, als welcher die Umgebung der Stadt Zwickau anerkannt wurde, wo die erforderlichen Grundstücke unentgeltlich erworben werden können, zu errichten wäre.

Der Landesausschuß ließ durch seine Fachorgane sowohl die Anstalt des Dr. Hamza in Luže, als auch die von der Gemeinde Zwickau zur Errichtung einer derartigen Landesanstalt unentgeltlich angebotenen Grundstücke besichtigen und gelangte zur Überzeugung, daß sowohl die Übernahme des Sanatoriums in Luže in die Verwaltung des Landes, als auch die Errichtung einer Landesanstalt in Zwickau empfohlen werden kann, wobei allerdings bei dem Sanatorium in Luže gleichzeitig an dessen entsprechende Adaptierung und Erweiterung gedacht werden mußte. Gleichzeitig wurden vom Landesausschuße Verhandlungen bezüglich der Erwerbung der Anstalt in Luže sowie bezüglich der Beschaffung der Grundstücke bei Zwickau, in beiden Fällen allerdings ohne jedwede Verbindlichkeit seitens des Landes eingeleitet. Falls die Anträge des Landesausschusses vom hohen Landtage genehmigt werden

sollten, so würde das Land durch die Errichtung der erwähnten zwei Anstalten für die Pflege von ungefähr 300 kretinulöser Kinder sorgen, von denen ungefähr 200 in Luze und ungefähr 100 in Zwickau untergebracht werden würden.

Was die Pflege geisteskranker Kinder betrifft, so geht bereits aus dem oben angeführten klar hervor, daß durch die private Wohltätigkeit nur für bildungsfähige Kinder, und dies nur teilweise, in einer, bezüglich der Anzahl sehr ungenügenden Weise vorgesorgt erscheint. Für Geisteskranke und nicht bildungsfähige Kinder, und solche gibt es eine große Menge, ist fast überhaupt nicht gesorgt. Namentlich finden solche Kinder nur selten Aufnahme in den Landesirrenanstalten, weil das Anstaltsstatut die Aufnahme nur von heilbaren oder gemeingefährlichen Personen zuläßt. Kinder pflegen nun in der Regel mit angeborenen unheilbaren Geisteskrankheiten behaftet zu sein, auch kann bei ihnen nicht leicht von einer Gefahr für die Öffentlichkeit gesprochen werden. Außerdem stößt die Pflege von Kindern zugleich mit Erwachsenen auf bedeutende Schwierigkeiten, weshalb geisteskranke Kinder auch nicht in städtische und Bezirksfienchenhäuser aufgenommen werden.

Die Notwendigkeit der Beschaffung besonderer öffentlicher Anstalten für geisteskranke Kinder in Böhmen ist bereits lange fühlbar; deshalb wurde auch bei der Gründung der Landesirrenanstalt in Bohnitz an die Errichtung einer besonderen Abteilung für Kinder gedacht und in das Bau-Programm und Projekt dieser Anstalt der Bau eines Pavillons für 40 Kinder aufgenommen, zu dessen Errichtung es etwa im Jahre 1909 kommen würde.

Nach den bei der Armenagenda, bei der Vergebung der Stiftungsplätze im Ernestinum und im Valentinum, bei der Leitung der Irrenanstalten und Landesbesserungsanstalten gemachten Erfahrungen, sowie auch nach den einlangenden Gesuchen um Unterbringung geisteskranker Kinder zeigt sich die Notwendigkeit von wenigstens zwei Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geisteskranke Kinder und zwar einer Anstalt mit böhmischer Unterrichtssprache für 400 Kinder und einer zweiten Anstalt mit deutscher Unterrichtssprache für 200 Kinder. Diese Anstalten könnten in administrativer Hinsicht an Landesirrenanstalten angegliedert werden; allerdings müßten sie ein eigenes Statut erhalten und sollte auch die ärztliche Leitung selbständig sein.

Was den Ort der Errichtung betrifft, so würde es sich nach Ansicht des Landesauschusses empfehlen, die eine Anstalt ungefähr für 400 Kinder unmittelbar mit der neuen Landesirrenanstalt in Bohnitz zu verbinden; die zweite Anstalt ungefähr für 200 Kinder könnte an die Irrenanstalt, die im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen projektiert wird, angegliedert werden.

Belangend die finanzielle Seite der Frage, rechnet der Landesauschuß mit nachstehendem, annäherndem Errichtungsaufwande:

- | | | |
|--|---|-----------|
| 1. Ankauf der Anstalt in Luze | K | 360.000.— |
| 2. Erweiterung dieser Anstalt | " | 240.000.— |
| 3. Errichtung der Anstalt in Zwickau | " | 400.000.— |
| 4. Errichtung der Landesirrenanstalt für geisteskranke Kinder bei der Landesirrenanstalt in Bohnitz | " | 600.000.— |
| 5. Errichtung der Landesanstalt für geisteskranke Kinder bei der projektierten Landesirrenanstalt im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen | " | 400.000.— |

Im ganzen . . . K 2,000.000.—

Der Landesauschuß hat sich nur deshalb entschlossen, einen so bedeutenden Aufwand zu beantragen, weil es ihm gelungen ist, zur Bedeckung des-

selben neben dem Landesfond noch andere Quellen heranzuziehen und zwar den Landeswaisenfond sowie den sogenannten Freiwilligen- und Invalidenfond.

Was den Beitrag des, nach dem Landesgesetze vom 29. Oktober 1902, LGBL. Nr. 78, aus einem Teile der dem Königreiche Böhmen überwiesenen Gedarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen gegründeten Landeswaisenfondes betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß in den projektierten Landesjubiläumsanstalten insbesondere verwaiste, verlassene und verwahrloste Kinder verpflegt werden sollen, für die der erwähnte Fond bestimmt ist. Nach der Bestimmung des § 10 des zitierten Gesetzes wird somit gegen die Bewilligung eines entsprechenden Beitrages aus dem Landeswaisenfonde zur Errichtung der gedachten Anstalten kein Anstand obwalten. Nach Ansicht des Landesauschusses kann aus dem Aktivvermögen des Landeswaisenfondes, das nach dem Stande vom 1. Juli 1908 2,693.182 K beträgt, eine Summe von 500.000 K gewidmet werden, und zwar abgesehen von dem Beitrage per K 60.000, welcher der Anstalt des Dr. Hamza in Luze aus dem Landeswaisenfonde bereits bewilligt worden ist und der dieser Anstalt erhalten bleiben würde.

Der Freiwilligen- und Invalidenfond, der sich in der Verwaltung des Landesauschusses befindet und gegenwärtig ungefähr 1,850.000 K beträgt, wurde im Jahre 1866 aus dem Vermögen gegründet, das der Landesauschuß vom Komitee zur Ausrüstung eines Freiwilligen Schützenkorps im Jahre 1859 in der Höhe von 200.000 K in Verwaltung übernommen hat. Die Gründung dieses Fondes, dessen Zweck die Unterstützung von Kriegern, die auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 10. Mai 1866 in das Heer freiwillig eingetreten waren und im Kriege jenes Jahres zu Invaliden wurden, sowie auch die Unterstützung von deren Witwen und Waisen sein sollte, erfolgte seitens des Landesauschusses unter Zuziehung der damals noch lebenden Mitglieder des ursprünglichen Komitees. Hierbei wurde ausdrücklich festgesetzt, daß die getroffenen Bestimmungen nur für den beginnenden Krieg im Jahre 1866 Gültigkeit haben sollen und daß in dem Falle, als es sich später zeigen würde, daß es an der Zeit wäre, den Fond zu einem anderen Zwecke zu verwenden, die Entscheidung hierüber dem Landesauschusse, der hiezu ein ähnliches Komitee zuziehen soll, vorbehalten sei.

Infolge des neuen Wehrsystems, insbesondere durch die Vorschriften über den Landsturm verlor der ursprüngliche Zweck des Fondes seine Bedeutung; es ist daher der Landesauschuß berechtigt, diesen Fond auch zu anderen wohlthätigen Zwecken zu verwenden. So hat der Landesauschuß bereits im Jahre 1886 dem patriotischen Landeshilfsverein für das Königreich Böhmen (einer Sektion des Vereines vom roten Kreuz) für den Kriegsfall aus dem Fondesvermögen einen Betrag von 400.000 K und der Frauensektion desselben Vereines einen Betrag von 200.000 K zur Errichtung von Krankenhäusern und zur Unterstützung von verwundeten Kriegern bewilligt; derselben Frauensektion wurde im Jahre 1903 zur Durchführung eines Zubaus zum Vereinshause eine Unterstützung von jährlich 1500 K auf 10 Jahre aus diesem Fonde gewährt. Die Jahresunterstützungen an Invaliden und deren Witwen, die gegenwärtig aus dem gedachten Fonde zur Auszahlung gelangen, erfordern eine verhältnismäßig unbedeutende jährliche Ausgabe von ungefähr 2000 K, die sich naturgemäß verringert.

Wenn die oben erwähnten, bewilligten Beiträge im Gesamtbetrage von 600.000 K reserviert werden, so wäre es möglich, mit dem restlichen Betrage des Fondes von ungefähr K 1,250.000 zu disponieren; nach Ansicht des Landesauschusses könnte zur Feier des Regierungsjubiläums eine Summe

von 800.000 K aus diesem Fonde gewidmet werden, wobei mit Rücksicht auf den ursprünglichen Zweck des Fondes die Bestimmung zu treffen wäre, daß in die projektierten Landesjubiläumsanstalten in erster Reihe Kinder von gefallenen Soldaten oder Militär-Invaliden aufgenommen werden sollen.

Die Bewilligung der erwähnten Beiträge aus dem Landeswaisenfonde und dem Freiwilligen- und Invalidenfonde kommt dem Landesauschuß zu, der allerdings in dieser Beziehung die Genehmigung seiner unten gestellten Anträge seitens des hohen Landtages abwarten wird.

Darnach könnte mit nachstehender Bedeckung zur Gründung der beantragten Landesjubiläumsanstalten gerechnet werden:

1. Landesbeitrag	K 640.000.—
2. Beitrag des Landeswaisenfondes	" 500.000.—
3. Bereits bewilligter Beitrag dieses Fondes für die Anstalt in Luze	" 60.000.—
4. Beitrag aus dem Freiwilligen- und Invalidenfonde	" 800.000.—
Im ganzen	K 2,000.000.—

Der Landesauschuß glaubt, daß auf die oben angeführte Art das denkwürdige Regierungsjubiläum Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät im Sinne der seitens Seiner Majestät geäußerten hochherzigen Intentionen in würdiger Weise gefeiert werden wird, und beehrt er sich somit nachstehende Anträge zu stellen:

1. Zur Feier des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät werden zwei Landesanstalten zur Pflege von mit Tuberkulose der Drüsen, der Haut, der Knochen und Gelenke (Skrofuloze) behafteten Kindern, wobei in erster Reihe darauf Bedacht zu nehmen ist, daß eine Anstalt durch Übernahme des Sanatoriums des Dr. Hamza in Luze und die andere auf den zu diesem Zwecke in Zwickau gewidmeten Grundstücken errichtet werde, ferner zwei Landeserziehungs- und Pflegeanstalten für geisteskrankte Kinder, von denen die eine Anstalt bei der Landesirrenanstalt in Bohnitz und die zweite bei der projektierten Landesirrenanstalt im nördlichen oder nordwestlichen Böhmen erbaut werden soll, gegründet.

2. Der Landesauschuß wird beauftragt, noch im Jubiläumsjahre die Grundsteine zu jenen Jubiläumsanstalten, für welche der Ort der Errichtung bereits in Aussicht genommen ist, zu legen, ein Organisations- und Bauprogramm für die projektierten Anstalten auszuarbeiten, die entsprechende Erfordernissumme zur Errichtung dieser Anstalten sukzessive in die nächsten Landesvoranschläge einzustellen und die ersten notwendigen Ausgaben zu diesem Zwecke aus den Geldmitteln, die bereits aus dem Landeswaisenfonde im Betrage von 500.000 K und aus dem Freiwilligen- und Invalidenfonde im Betrage von 800.000 K zur Verfügung stehen, zu decken.

In formaler Beziehung wird beantragt, diesen Bericht der Budgetkommission zuzuweisen.

Prag, am 11. September 1908.

An alle Bezirksausschüsse und den Stadtrat in Prag und Reichenberg!

An den Landesauschuß des Königreiches Böhmen gelangen stets neue Gesuche um Bewilligung von Erziehungsbeiträgen aus dem Landeswaisenfonde, denen aus finanziellen Gründen derzeit nicht willfahrt werden kann, weil der jährliche Aufwand zur Bestreitung der bereits bewilligten Waisenerziehungsbeiträge die Gesamtsumme der

dem Landeswaisenfonde jährlich abgeführten Quoten der Gebahrungsüberschüsse der kumulativen Waisenkassen übersteigt.

Zusolgedessen häufen sich die einlangenden Gesuche beim Landesauschüsse, wo sie zwar in Evidenz geführt, den kompetenten Bezirksauschüssen jedoch erst dann zur Antragstellung übermittelt werden, wenn einige von den bereits gewährten Waisenerziehungsbeiträgen dadurch zur Erledigung gelangen, daß aus dem Landeswaisenfonde in dem betreffenden Bezirke unterstützte Kinder aus der Pflege des Fonds austreten.

Manche Bezirksauschüsse und k. k. Bezirksgerichte, denen die dargestellten Verhältnisse unbekannt sind, urgieren die günstige Erledigung der vorgelegten Gesuche, was jedoch aus dem obangeführten Grunde unmöglich erscheint.

Um den dadurch entstehenden Schwierigkeiten vorzubeugen, weisen wir die Bezirksauschüsse an, künftighin die Gesuche um Erziehungsbeiträge aus dem Landeswaisenfonde aufzubewahren und in Evidenz zu führen und dieselben — unter Anschluß der gehörig ausgefüllten und bestätigten Beschreibungsbögen — dem Landesauschüsse mit entsprechenden im Einvernehmen mit den k. k. Bezirksgerichten als Vormundschaftsbehörden gestellten Anträgen in der Regel erst dann in Vorlage zu bringen, wenn einige für Waisen Kinder des betreffenden Bezirkes gewährte Erziehungsbeiträge zur Erledigung gelangen.

Eine Ausnahme kann nur in denjenigen Fällen stattfinden, in welchen sich die Unterstützung des Landeswaisenfondes als dringendst notwendig und unaufschiebbar erweist.

Die Mittel des Landeswaisenfondes, dessen Jahreseinkünfte die Summe von zirka 600.000 K erreichen, sind allerdings nicht hinreichend zur Pflege und Unterstützung aller armen verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kinder in einzelnen Vertretungsbezirken des Königreiches Böhmen. Mit Rücksicht darauf sieht sich der Landesauschuß veranlaßt, an die Bezirksauschüsse mit dem Ersuchen heranzutreten, in richtiger Anerkennung der sozial-humanitären und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Armenkinderpflege zur Hebung und Verbesserung derselben gelegentlich des sechzigjährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät auch materiell in der Weise beizutragen, daß entsprechende Beträge für die Pflege und Erziehung von armen verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kindern in Familien (bei Pflegeparteien) oder in Anstalten (Waisenhäusern) in den Bezirksvoranschlägen alljährlich eingestellt werden.

Es wird gleichfalls wärmstens empfohlen, in Bezirken, wo dies bisher nicht geschehen ist, Bezirksvereine für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu errichten. Dieselben könnten in Verbindung mit den Bezirksauschüssen als Zentralen einer zweckmäßig organisierten Fürsorge für arme verwaiste und verlassene Kinder fungieren und zur Verstärkung der Privatwohlthätigkeit und Gewinnung neuer Mittel für diese Zwecke behilflich sein.

Prag, am 24. November 1908.

An alle Bezirksauschüsse!

Die Jugendfürsorge der öffentlichen Organe, insbesondere die Fürsorge für Pflege und Erziehung von armen, verwaisten, verlassenen und verwahrlosten Kindern kann nur dann mit Erfolg ausgeübt werden, wenn sie durch eine tätige, zweckmäßig organisierte

Mitwirkung der privaten Kreise der Bevölkerung unterstützt wird.

Geleitet von dieser Überzeugung hat der Landesausschuß mit dem Erlasse vom 23. Jänner 1906, Z. 5687, die Bezirksausschüsse auf die Bestimmung des § 22 der Instruktion über den Landeswaisenfond aufmerksam gemacht, laut welcher den Bezirksvertretungen anempfohlen wird, ein Hilfsorgan (eine Bezirksweisenkommission) aus den dazu besonders geeigneten Personen zu bestellen, das den Bezirksausschuß bei der Besorgung der demselben mit der erwähnten Instruktion auferlegten Pflichten zu unterstützen hätte — und hat gleichfalls mit einem späteren Erlasse vom 24. November 1908 Z. 135.710, den Bezirksausschüssen anempfohlen, dahin zu wirken, daß in den Bezirken, wo dies bisher nicht geschehen ist, Bezirksvereine für Jugendfürsorge errichtet werden, die in Verbindung mit den Bezirksausschüssen als Zentralen einer zweckmäßig organisierten Armenkinderpflege fungieren und zur Verstärkung der Privatwohlthätigkeit und Gewinnung neuer Mittel für diese Zwecke behilflich sein sollen.

Soll jedoch die private Armenkinderpflege und Wohltätigkeit dieser Aufgabe gerecht werden, so ist eine administrative, organische Verbindung derselben mit der öffentlichen Jugendfürsorge dringend erforderlich.

Dieser Zweck soll durch Errichtung von Bezirkskommissionen für Jugendfürsorge auf Grund der allegierten Satzungen erreicht werden.

Die Kommissionen sollen vor allem als Hilfsorgane der Bezirksausschüsse und aller jener Behörden fungieren, denen die Jugendfürsorge gesetzlich obliegt.

Dieser Funktion entspricht die Zusammensetzung der Kommissionsorgane, besonders des Verwaltungsausschusses und des Vollzugsausschusses, in welche diese Behörden ihre Vertreter entsenden.

Nebstdem obliegt den in Rede stehenden Kommissionen die praktische Ausübung der Jugendfürsorge, insofern dieselbe durch die gesetzlich dazu berufenen Organe nicht entsprechend besorgt wird; sie sollen die zu diesem Zwecke erforderlichen materiellen Mittel beschaffen und hiedurch behilflich sein. Die Hauptursache der Unzulänglichkeit dieses Verwaltungszweiges zu beseitigen.

Im Interesse einer zweckmäßigen Ausübung der privaten Armenkinderpflege wird den Bezirkskommissionen anempfohlen, mit anderen dieselben Zwecke verfolgenden Organisationen, insbesondere mit der Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge in Fühlung zu treten.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß durch Errichtung dieser Kommissionen in einzelnen Vertretungsbezirken eine weitere Ausgestaltung der privaten und öffentlichen Jugendfürsorge erzielt und eine harmonische, gegenseitig sich ergänzende Mitwirkung beider Faktoren ermöglicht wird.

Der Bezirksausschuß wird daher beauftragt, in Anbetracht der außerordentlichen, sozialen Bedeutung dieser Aufgaben mit Beschleunigung die nötige Verfügung zu treffen, daß die Kommission im dortigen Vertretungsbezirke möglichst bald ins Leben gerufen werde.

Zu diesem Zwecke hat der Bezirksausschuß vor allem der k. k. Statthalterei über die beabsichtigte Errichtung der Bezirkskommission unter Anschluß von 5 gehörig gestempelten Exemplaren der ergänzten Satzungen Anzeige zu

erstatten und sodann zur Konstituierung der Kommission im Sinne des § 19 zu treten.

Über das Resultat ist binnen 8 Wochen anher Bericht zu erstatten.

Brag, am 10. März 1909.

Satzungen der Bezirkskommission für Jugendfürsorge im Vertretungsbezirke

§ 1.

Name, Sitz und Geschäftssprache.

Die Organisation führt den Namen: Bezirkskommission für Jugendfürsorge im Vertretungsbezirke und hat ihren Sitz in

Die Geschäftssprache ist die

§ 2.

Zweck der Kommission.

Die Kommission hat den Zweck, die Jugendfürsorge im Vertretungsbezirke zu organisieren und auszuüben.

Insondere obliegt derselben:

1. Die Pflege und Erziehung armer verwaiseter, verlassener und verwahrloster, sowie auch körperlich und geistig abnormaler Kinder, insoweit diese Aufgabe nicht durch öffentliche, gesetzlich hiezu berufene Organe und einzelne Personen entsprechend besorgt wird; ferner auch die Erziehungsfürsorge für Kinder derjenigen Eltern, welche wegen Armut oder aus anderen Gründen nicht in der Lage sind, ihren erzieherischen Pflichten Genüge zu leisten.

2. Die Auffindung solcher Kinder, die Erstattung von Berichten, Anträgen und Gesuchen an die kompetenten, öffentlichen Organe, behufs Beistellung des nötigen Schutzes und der erforderlichen Hilfe; die Mitwirkung zu dem Zwecke, damit diesen Kindern eine gehörige Pflege und Erziehung von den gesetzlich hiezu Verpflichteten zuteil werde.

3. Die Unterstützung der öffentlichen Organe denen die Armenkinderpflege gesetzlich obliegt, besonders die Unterstützung des Bezirksausschusses, der Gemeindevorstände und der k. k. Gerichte als Vormundschaftsbehörden zwecks Erleichterung der ordentlichen Ausübung der ihnen in dieser Hinsicht obliegenden Aufgabe.

4. Die Gewährung von Geldbeiträgen aus eigenen Mitteln zur Pflege und Erziehung der sub 1 bezeichneten Kinder, die Unterbringung derselben in ordentlichen Familien (Pflegeparteien) oder in geeigneten Anstalten und Beaufsichtigung ihrer Erziehung durch Organe der Kommission.

5. Die Auffindung von geeigneten Arbeitsgebern und Meistern für aus der Schule entlassene Kinder und die weitere Fürsorge für deren körperliche, intellektuelle und religiös-sittliche Entwicklung bis zur erreichten Erwerbsfähigkeit.

Die Kommission hat ferner:

6. In Evidenz zu führen, welche Kinder im Bezirke schutz- und hilfbedürftig sind, welche von denselben und auf welche Art aus öffentlichen und privaten Mitteln und Fonds unterstützt werden; weiters hat sie darauf zu achten, daß allen die nötige Hilfe und Unterstützung in einer ihren individuellen Verhältnissen entsprechenden Art und Weise zuteil werde.

7. Familien, welche zur Übernahme von Kindern in Pflege und Erziehung bereit und geeignet sind, sind in Evidenz zu halten, Parteien, denen Kinder anvertraut werden, zu beaufsichtigen, über wahrgenommene Anstände den kompetenten Behörden zu berichten. Die Kinder sind zunächst nur in Familien derselben Religion und Nationalität unterzubringen.

8. Für die Errichtung und Erhaltung von Waisen- und Erziehungsanstalten, sowie für andere für die Zwecke der Kommission erforderlichen Einrichtungen Sorge zu tragen, Waisenkolonien, Kindergärten, Suppenanstalten, Fonds, Stiftungen und ähnliche Institutionen für Pflege und Erziehung der Jugend zu gründen und zu verwalten.

9. Dahin zu wirken, daß die im Bezirke bestehenden, humanitäre Zwecke verfolgenden Vereine und Anstalten ihre Tätigkeit nach einem einheitlichen Plane einrichten, damit die Jugendfürsorge nach allen Richtungen gleichmäßig, zweckdienlich und mit Erfolg gepflegt werde.

10. Wohlthätige Sammlungen, Vorträge, Unterhaltungen, Ausstellungen und ähnliche Unternehmungen zu Vereinszwecken zu veranlassen.

11. Das Verständnis für die sozialhumanitäre und volkswirtschaftliche Bedeutung der Jugendfürsorge durch Vorträge und durch die öffentliche Presse zu verbreiten und das Interesse der Bevölkerung für die Besorgung dieses wichtigen Zweiges der Armenpflege zu wecken.

12. Mit anderen Korporationen Verbände behufs Erreichung gemeinschaftlicher Zwecke zu bilden und

13. alle der Bestimmung des Vereines entsprechenden Einrichtungen zu fördern.

14. Schließlich hat die Kommission dem Bezirksausschusse alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten.

§ 3.

Mittel.

Die materiellen Mittel erwirbt die Kommission:

- a) durch die Mitgliedsbeiträge;
- b) durch Spenden und Vermächtnisse;
- c) durch Beiträge öffentlicher Korporationen;
- d) durch behördlich bewilligte Sammlungen, Feste u. dgl.;
- e) durch öffentlich angebrachte Sammelbüchsen;
- f) durch Subventionen, Unterstützungen;
- g) durch die für Pflöglinge gezahlten Gebühren;
- h) durch das Ertragnis der Vereinsveranstaltungen (Unterhaltungen, Vorträge, Ausstellungen usw.);
- i) durch den Ertrag des eigenen Vermögens u. dgl.

§ 4.

Mitglieder.

Mitglied der Kommission kann jede physische und juristische Person werden.

Die Mitglieder sind:

- a) Ehrenmitglieder;
- b) gründende Mitglieder;
- c) wirkende Mitglieder und
- d) beitragende Mitglieder.

Zu Ehrenmitgliedern können von der Vollversammlung über Antrag des Vollzugs- und Verwaltungsausschusses hervorragende Förderer der Kommissionstätigkeit ernannt werden. — Die Aufnahme der übrigen Mitglieder erfolgt durch Beschluß des Verwaltungsausschusses.

Gründendes Mitglied ist diejenige Person, welche zu Vereinszwecken einen Betrag mindestens . . . K bar oder in fünf auf einander folgenden Jahresraten erlegt, oder der Kommission eine dauernde Jahresrente von mindestens . . . K zusichert.

Das Andenken der Ehrenmitglieder und der Gründer wird in Anstalten der Kommission auf entsprechende Weise dauernd erhalten.

Wirkende Mitglieder sind jene, welche sich verpflichten, einen Jahresbeitrag von mindestens . . . K zu Zwecken der Kommission zu leisten.

Beitragende Mitglieder sind diejenigen, die sich verpflichten auf einmal oder in fünf aufeinander folgenden Jahresraten mindestens . . . K zu erlegen oder einen Jahresbeitrag von mindestens . . . K zu leisten.

Die Mitgliedschaft hört auf:

- a) durch Ableben;
- b) durch Austritt;
- c) durch Ausschließung.

Als ausgetreten können vom Verwaltungsausschusse jene Mitglieder erklärt werden, welche die Mitgliedsbeiträge durch zwei aufeinander folgende Jahre nicht entrichten.

Wohltäter der Kommission sind jene, welche der Kommission irgendwelche Spende zuwenden. Der Verwaltungsausschuß führt zum dauernden Andenken ein Verzeichnis der Wohltäter und der von denselben gemachten Spenden.

§ 5.

Organe der Kommission.

Organe der Kommission sind:

- a) Vollversammlung;
- b) Verwaltungsausschuß;
- c) Vollzugsausschuß;
- d) Arbeitssektionen;
- e) Vertrauenspersonen.

§ 6.

Vollversammlung.

Die ordentliche Vollversammlung hat einmal jährlich und zwar in den ersten drei Monaten des Jahres stattzufinden. Zeit und Ort der Vollversammlung ist wenigstens 14 Tage vorher in den hiezu bestimmten Zeitungen bekannt zu geben.

Eine außerordentliche Vollversammlung kann über Ansuchen von mindestens 20 Mitgliedern oder über Beschluß des Verwaltungsausschusses einberufen werden.

In den Wirkungskreis der Vollversammlung gehört:

- a) die Genehmigung der Berichte über die Tätigkeit der Kommission, sowie der Berichte der Rechnungs- und Kassaprüfer;
- b) die Wahl von 6 Mitgliedern und 6 Ersatzmännern des Verwaltungsausschusses, die Wahl von 2 Rechnungs- und Kassaprüfern und zweier Ersatzmänner derselben (§§ 7 und 14);
- c) die Genehmigung der Beschlüsse des Verwaltungsausschusses über Statutenänderungen und Auflösung der Kommission (§§ 17 und 18);
- d) die Ernennung der Ehrenmitglieder über Antrag des Verwaltungsausschusses;
- e) die Beschlußfassung über Angelegenheiten, deren Entscheidung der Vollversammlung vom Verwaltungsausschusse vorbehalten wird, sowie über Angelegenheiten, welche durch eine von mindestens $\frac{1}{4}$ aller Mitglieder gefertigte schriftliche Eingabe der Vollversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Freie Anträge müssen wenigstens 8 Tage vor Abhaltung der Vollversammlung dem Obmanne der Kommission bekanntgegeben werden. Derartige Anträge sind, falls sie nicht von der Vollversammlung abgelehnt werden, dem Verwaltungsausschusse mit der Weisung zuzuwiesen, deren Durchführung in Erwägung zu ziehen.

An der Vollversammlung dürfen die Mitglieder und Wohltäter der Kommission teilnehmen. Das Stimmrecht steht nur den Mitgliedern zu.

Die Vollversammlung ist beschlußfähig, wenn wenigstens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Sollte sich zur festgelegten Stunde die erwähnte Zahl der Mitglieder nicht einfinden, so wird $\frac{1}{2}$ Stunde später eine neue Vollversammlung abgehalten ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder.

§ 7.

Verwaltungsausschuß.

Der Verwaltungsausschuß besteht aus 18 Mitgliedern; hievon wird ein Drittel gewählt, ein Drittel von Virilisten gebildet und ein Drittel zugewählt.

A. Die 6 zu wählenden Mitglieder und 6 Ersatzmänner werden durch die Vollversammlung gewählt.

Die Wahl erfolgt entweder unter Zustimmung aller Anwesenden per acclamationem, oder aber mittels Wahlzettel.

B. Je einen Virilisten können nachstehende Behörden und Korporationen entsenden:

1. der Bezirksausschuß, auf dessen Sprengel sich die Tätigkeit der Kommission erstreckt;
2. das k. k. Bezirksgericht am Sitze der Kommission als Vormundschaftsbehörde;
3. der k. k. Bezirksschulrat, in dessen Sprengel die Kommission wirkt;
4. die Irztekammer für das Königreich Böhmen;
5. die Bezirkslehrerkonferenz;
6. das Haupt-Pfarramt am Sitze der Kommission.

Sollte eine von den genannten Korporationen binnen 8 Wochen nach erfolgter schriftlicher Aufforderung ihren Vertreter nicht entsenden, steht den gewählten Ausschußmitgliedern das Recht zu, diese Stelle durch Ernennung zu besetzen.

C. Die übrigen 6 Mitglieder werden aus dem Kreise der hiezu besonders geeigneten und qualifizierten Personen von dem Verwaltungsausschusse zugewählt.

Der Ausschuß ist nicht verpflichtet, alle auf die letzte Gruppe entfallenden Stellen zu besetzen.

Die Ausschußmitgliedschaft dauert 3 Jahre.

In den Gruppen A. und C. scheiden alljährlich jene zwei Mitglieder aus, welche der Kommission die längste Zeit angehören; dieselben können jedoch wieder gewählt, beziehungsweise zugewählt werden.

Im ersten und zweiten Jahre werden die Anstretenden durch das Los bestimmt. Ein Drittel der Stellen im Verwaltungsausschusse kann mit Frauenpersonen besetzt werden.

§ 8.

Wirkungskreis des Verwaltungsausschusses.

Der Verwaltungsausschuß hat nach Bedarf, wenigstens aber vierteljährig einmal zusammenzutreten.

Der Verwaltungsausschuß:

- a) wählt den Obmann und dessen Stellvertreter auf drei Jahre, weiters den Kassier, den Geschäftsleiter und den Schriftführer (und andere Funktionäre nach Bedarf) auf ein Jahr;
- b) genehmigt in den Grenzen dieser Satzungen die Geschäfts- und Organisationsordnungen;
- c) beschließt alle Kommissionsunternehmungen;
- d) verwaltet das Vermögen;
- e) beschließt über die definitive Anstellung des Beamten- und Dienstpersonales, bestimmt die Rechte und Pflichten derselben, genehmigt die Dienstinstruktionen und übt die Disziplinalgewalt über das angestellte Personal aus;
- f) trifft die Vorbereitungen zur Vollversammlung;
- g) beschließt über Änderungen der Satzungen und über die Auflösung der Kommission.

Die letztgenannten Beschlüsse bedürfen der Genehmigung durch die Vollversammlung (§ 6 c).

- h) Nebstdem steht dem Verwaltungsausschuße die Entscheidung über alle Angelegenheiten zu, welche nicht der Vollversammlung vorbehalten sind.

Die Mitgliedschaft des Verwaltungsausschusses verliert:

1. wer seinen Austritt dem Verwaltungsausschuße schriftlich anzeigt;
2. wer an 4 aufeinander folgenden Verwaltungsausschußsitzungen nicht teilgenommen hat, ohne sich zu entschuldigen;
3. Wer über Antrag des Vollzugsausschusses durch den Verwaltungsausschuß mit mindestens 12 Stimmen ausgeschlossen wurde.

Die Ersatzmänner werden vom Obmann in dem Falle einberufen, wenn ein Mitglied an der Ausschusssitzung teilzunehmen verhindert ist.

Die Einberufung der Ersatzmänner geschieht in der Reihenfolge, wie dieselben nach der Stimmenanzahl nacheinander gewählt wurden; bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Obmann.

§ 9.

Vollzugsausschuß.

Den Vollzugsausschuß der Kommission bildet der Obmann, der Obmannstellvertreter, der Geschäftsleiter, dann der Vertreter des Bezirksausschusses und jener des k. k. Bezirksamtes.

Wenn der Delegierte des Bezirksausschusses oder jener des k. k. Bezirksamtes dem Vollzugsausschuße als Mitglied schon dadurch angehört, daß er eine von den angeführten Kommissionsfunktionen versieht, so steht dem Verwaltungsausschuße zu, den Vollzugsausschuß durch Wahl auf die vorgeschriebene Anzahl von 5 Mitgliedern zu ergänzen. Von Fall zu Fall kann der Verwaltungsausschuß auch anderen Ausschußmitgliedern Sitz und Stimme im Vollzugsausschuße erteilen.

Der Vollzugsausschuß hat je nach Bedarf, wenigstens aber monatlich einmal zusammenzutreten und alle dringenden Verfügungen in bezug auf die Tätigkeit und Verwaltung der Kommission, deren Anstalten und Einrichtungen zu treffen, ist jedoch verpflichtet, dieselben in der nächsten Verwaltungssitzung genehmigen zu lassen.

Der Vollzugsausschuß stellt dem Verwaltungsausschuße Anträge bezüglich der in dem Verwaltungsausschuße zu wählenden Mitglieder, bezüglich der Anberaumung von Vollversammlungen, Ernennung des Protectors und der Ehrenmitglieder, und bezüglich der definitiven Ernennung der Angestellten; der Vollzugsausschuß erledigt ferner in den Grenzen der ihm vom Verwaltungsausschuße erteilten Vollmacht die laufenden Angelegenheiten.

Im Falle der Resignation oder des Ablebens eines Mitgliedes des Vollzugsausschusses hat der Verwaltungsausschuß auf dessen Stelle für die noch erübrigende Verwaltungsperiode ein neues Mitglied zu wählen.

§ 10.

Arbeitssektionen.

Die Arbeitssektionen können wann immer für einzelne Zweige der Kommissionstätigkeit und engeren Territorien ihrer Wirksamkeit ins Leben gerufen werden.

In Bezirken, wo mehrere Wohltätigkeitsvereine für Jugendfürsorge bestehen, ist eine besondere Sektion aus den Vertretern jener Vereine zu errichten, deren Aufgabe es ist, die Verteilung der Arbeit für die Jugendfürsorge auf diese Vereine derart zu regulieren, daß dieselbe in allen Zweigen und Richtungen gleichmäßig und zweckentsprechend besorgt wird.

§ 11.

Vertrauenspersonen.

Die Vertrauenspersonen werden soviel als möglich aus der Reihe der Kommissionsmitglieder in den einzelnen im Wirkungsgebiete der Kommission liegenden Gemeinden über Antrag des Vollzugsausschusses nach Bedarf ernannt.

Die Aufgabe und den Wirkungskreis dieser Vertrauenspersonen bestimmt der Verwaltungsausschuß. Dieselbe hat hauptsächlich darin zu bestehen, die Erziehung jener Kinder, welche aus den Mitteln der Kommission oder anderer Korporationen und öffentlicher oder privater Fonds unterstützt werden, zu überwachen und die nötigen in den Kommissionswirkungsbereich fallenden Informationen, Berichte und Anträge zu erstatten.

§ 12.

Versammlungen und Verhandlungen.

Der Obmann beruft die Sitzungen des Verwaltungs- sowie des Vollzugsausschusses ein. Eine außerordentliche Sitzung des Vollzugsausschusses wird über Ersuchen von mindestens 3 Mitgliedern desselben und eine außerordentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses über Ersuchen von mindestens 6 Mitgliedern desselben einberufen.

Die Verhandlungen in der Sitzung leitet der Obmann. Die Beschlüsse des Verwaltungs- und des Vollzugsausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit bei Anwesenheit von wenigstens eines Drittels der Mitglieder gefaßt.

Der Obmann stimmt nicht mit; nur bei Stimmengleichheit entscheidet seine Stimme. Über wichtige dringende Angelegenheiten darf der Obmann auch per rollam abstimmen lassen.

Über die Sitzungen wird ein Protokoll geführt, welches vom Obmanne und Schriftleiter unterfertigt wird.

Die Kommissionsurkunden und Kommissionserklärungen, durch welche die Kommission rechtliche Verbindlichkeiten übernimmt, müssen vom Obmanne und dem Geschäftsleiter oder einem hiezu bestimmten Mitgliede des Vollzugsausschusses unterzeichnet und mit der Kommissionsstempelpiglie versehen werden.

Bezüglich anderer Urkunden bleibt es dem Verwaltungsausschuße überlassen, zu bestimmen, ob dieselben nur vom Obmanne oder nur vom Geschäftsleiter oder einem anderen Mitgliede des Verwaltungsausschusses unterfertigt werden.

§ 13.

Funktionäre und ihre Pflichten.

Der Obmann beruft die Sitzungen ein und führt in denselben den Vorsitz, leitet die Kommissionsstätigkeit, übt die Oberaufsicht über die Kommissionsanstalten aus, repräsentiert die Kommission nach außen und den Behörden gegenüber.

Der Obmannstellvertreter steht dem Obmanne bei der Ausübung seiner Pflichten zur Seite und vertritt denselben während dessen Erkrankung, Abwesenheit oder anderweitiger Verhinderung.

Der Geschäftsleiter führt die Kommissionsagenda, erstattet dem Verwaltungsausschuße Berichte über die Tätigkeit des Vollzugsausschusses, sowie auch den Jahresbericht in der Vollversammlung der Kommission.

Dem Kassier obliegt die Vermögensgebarung und Erstattung des Kassaberichtes in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses und in der Vollversammlung. Derselbe darf die Rechnungen und Anweisungen nur dann anszahlen, wenn dieselben mit der Kommissionsstempelpiglie versehen und vom Obmanne (oder dem amtierenden Obmannstellvertreter) und Geschäftsleiter oder dessen Stellvertreter unterfertigt sind.

Der Schriftführer führt über jede Sitzung ein Protokoll, ferner führt derselbe das Mitgliederverzeichnis, das Verzeichnis der Gönner und Spenden derselben und steht in den Schreibgeschäften dem Geschäftsleiter zur Seite.

§ 14.

Rechnungs- und Kassaprüfer.

Die Rechnungs- und Kassaprüfer werden von der Vollversammlung und zwar aus der Reihe der Kommissionsmitglieder, welche nicht Verwaltungsausschußmitglieder sind, auf ein Jahr gewählt.

Dieselben haben das Recht die Revision, wann immer sie es für notwendig erachten, durchzuführen; sie sind aber verpflichtet, wenigstens einmal im Jahre die Revision der Rechnungen und Ausweise über das Kommissionsvermögen durchzuführen, dieselben mit dem wirklichen Kassaſtande zu vergleichen und hierüber dem Verwaltungsausschuß und der Vollversammlung Bericht zu erstatten.

§ 15.

Bekanntmachungen.

Die Kundmachungen erfolgen in den vom Verwaltungsausschuß hiezu bestimmten Zeitungen.

§ 16.

Schiedsgericht.

Über Streitigkeiten aus dem Kommissionsverhältnisse entscheidet das Schiedsgericht; dasselbe besteht aus fünf Mitgliedern, von denen je zwei von den streitenden Parteien nominiert werden; diese vier Mitglieder ernennen dann das fünfte Mitglied.

Sollten sie nicht übereinstimmen, entscheidet das Loß.

Eine Berufung gegen das Erkenntnis des Schiedsgerichtes findet nicht statt.

§ 17.

Änderung der Satzungen.

Die Änderung der Satzungen beschließt der Verwaltungsausschuß mit Zweidrittelmajorität.

Zur Gültigkeit dieses Beschlusses ist die Genehmigung der Vollversammlung erforderlich (§ 6).

§ 18.

Auflösung.

Über die Auflösung der Kommission beschließt der Verwaltungsausschuß mit einer Zweidrittelmajorität bei Anwesenheit von mindestens drei Vierteln der Verwaltungsausschußmitglieder.

Dieser Beschluß muß von der Vollversammlung genehmigt werden (§ 6). Über die Verwendung des Kommissionsvermögens im Falle der Auflösung der Kommission beschließt der Verwaltungsausschuß mit Zweidrittelmajorität; auch dieser Beschluß bedarf der Genehmigung der Vollversammlung.

Sollte eine solche Entscheidung nicht getroffen werden, dann fällt das Kommissionsvermögen dem Vertretungsbezirke . . . zu, der verpflichtet ist, dasselbe zu den im § 2 dieser Satzungen angeführten Zwecken zu verwenden.

§ 19.

Konstituierung.

Nach erfolgter Genehmigung dieser Satzungen beruft der Bezirksausschuß die Vollversammlung der angemeldeten Mitglieder ein, in welcher 6 Mitglieder und 6 Ersatzmänner des Verwaltungsausschlusses, dann 2 Rechnungs- und Kassaprüfer und deren Ersatzmänner gewählt werden. Diese gewählten Ausschußmitglieder führen die Kommissionsagenda so lange, bis sich der ganze Verwaltungsausschuß konstituiert, was jedoch längstens binnen 8 Wochen zu geschehen hat.

K. k. Landes-Sanitäts-Rat. (Kleinseitner Ring 18.)

Vorsitzender: Hofrat Ignaz Pelc.

Stellvertreter: Hofrat Alfred Präbram.

Mitglieder:

Die K. k. Sanitäts-Räte:

Dr. Friedrich Ganghofner, Hofrat Dr. Alfred Präbram, Dr. Theodor Altshul, Dr. Josef Reinsterg, Hofrat Dr. Arnold Spina, Stadtphysikus Dr. Heinrich Báhör.

Außerordentliche Mitglieder:

Dr. Guido Goldschmidt, Mag. Ph. Fr. Schnöbling, Dr. Jaroslav Hlava, Dr. Franz Dočkal.

Delegierte der Ärztekammer:

Regierungsrat MUDr. Theodor Petřina, MUDr. Franz Brehm—Chiefl.

Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag. (III Belvederegasse 4.)

Satzungen.

§ 1.

Name und Sitz.

Die Organisation führt den Namen „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen“ und hat ihren Sitz in Prag.

§ 2.

Zweck.

Zweck der Organisation ist die Pflege und Förderung des Gesamtgebietes des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge einschließlich der Fürsorge für ganz oder halb Verwaiste innerhalb des Wirkungskreises der Organisation.

Die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen bezweckt insbesondere:

1. Die Fürsorge für jugendliche Personen, deren Erziehung gefährdet ist oder die bereits verwahrloßt sind.
2. Die Fürsorge für krüppelhafte, schwachsinige, blinde sowie für taubstumme Kinder.
3. Die Objsorge für Kinder jeden Alters, welche der zu ihrer gedeihlichen Entwicklung nötigen häuslichen Pflege und Aufsicht entbehren.
4. Die Fürsorge für die gewerbliche Jugend.

§ 3.

Mittel zur Erreichung des Zweckes.

Die Mittel zur Erreichung des Zweckes sind insbesondere:

1. Planmäßige Erhebungen über die Ursachen und Erscheinungsformen sowie über die Ausbreitung der Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen.
2. Die Errichtung und Erhaltung von Anstalten und Einrichtungen, die den Interessen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge dienen (also von Säuglingsheimen, Krippen, Kinderbewahranstalten, Jugendhorten, Tagesheimstätten, Waisenhäusern sowie von Anstalten für krüppelhafte, schwachsinige, blinde, taubstumme Kinder usw.).
3. Die Unterstützung der bereits bestehenden oder in Zukunft errichteten Anstalten dieser Art, die Förderung der Vereine und Körperschaften, die sich mit Kinderfürsorge und Jugendchutz befassen, sowie ihre Vereinigung zu einem tunlichst einheitlichen Zusammenwirken.
4. Die Ermittlung der fürsorgebedürftigen Kinder und Jugendlichen, Einflußnahme auf ihre Erziehung, beziehungsweise nach Tunlichkeit ihre Unterbringung in bereits bestehenden Anstalten.
5. Die Verbreitung der Ideen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge durch Wort, Schrift und Tat; Einschreiten gegen Kindermißhandlungen.
6. Die Veranstaltung von Vorträgen, Versammlungen, Ausstellungen usw.
7. Die Beschickung in- und ausländischer Fachkongresse.
8. Der Anschluß an verwandte Organisationen und das Zusammenwirken mit ihnen.
9. Die Erteilung von Auskünften an Interessenten.
10. Die Erörterung aller den Kinderschutz und die Jugendfürsorge betreffenden Fragen.
11. Die Erstattung von Anzeigen an die zuständigen Behörden über vorgefundene Übelstände zum Zwecke ihrer Beseitigung.
12. Die Anregung zu Verbesserungen in der Gesetzgebung oder Verwaltung auf dem Gebiete des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge.

§ 4.

Vermögen.

Das Vermögen der Landeskommission wird gebildet durch Beiträge der Mitglieder, durch Geschenke, durch Vermächtnisse, Subventionen, Zinsen der fruchtbringend angelegten Kapitalien und Vermögensobjekte, durch die Erträge von Sammlungen und von sonstigen Veranstaltungen.

§ 5.

Mitglieder.

Der Landeskommission können sowohl physische Personen deutscher Nationalität als auch juristische Personen angehören.

Mitglieder der Landeskommission sind:

1. der Ehrenpräsident,
2. die Ehrenmitglieder,
3. die Stifter,
4. die Gründer,
5. die ordentlichen und
6. die unterstützenden Mitglieder.

Zu Ehrenmitgliedern kann die Vollversammlung auf Antrag des Hauptausschusses hervorragende Förderer der Bestrebungen der Deutschen Landeskommission ernennen (s. § 11, Abs. 7).

Stifter sind diejenigen, die zur Gründung eines Fürsorgeheimes oder überhaupt für die Zwecke der Deutschen Landeskommission den Betrag von mindestens 5000 Kronen bar erlegen oder sich zu einer Zahlung in 5 aufeinanderfolgenden Jahresraten verpflichten.

Gründer sind solche, die mindestens 1000 Kronen auf einmal erlegen oder sich zu einem Jahresbeitrage von 100 Kronen für mindestens die nächsten 10 Jahre verpflichten.

Ordentliche Mitglieder sind jene, die mindestens 200 Kronen auf einmal erlegen oder einen Jahresbeitrag von mindestens 10 Kronen leisten.

Unterstützende Mitglieder zahlen einen Jahresbeitrag von mindestens 3 Kronen.

§ 6.

Rechte und Pflichten der Mitglieder.

Die Ehrenmitglieder, Stifter, Gründer, ordentlichen Mitglieder sowie die Vertreter der Ortsausschüsse und Zweigvereine haben in der Vollversammlung das aktive und passive Wahlrecht sowie das Stimmrecht.

Die unterstützenden Mitglieder können der Vollversammlung beiwohnen, sich an der Wechselrede beteiligen, doch steht ihnen kein Stimm- und kein Wahlrecht zu.

Juristische Personen üben das Stimmrecht und das aktive Wahlrecht durch einen Bevollmächtigten aus.

Die Namen der Ehrenmitglieder, Stifter und Gründer werden veröffentlicht und in einfacher würdiger Weise verewigt.

Den ordentlichen und den unterstützenden Mitgliedern liegt die Verpflichtung ob:

1. die Jahresbeiträge zu leisten,
2. die Landeskommission behufs Erreichung ihres Zweckes möglichst zu unterstützen.

§ 7.

Aufnahme der Mitglieder.

Die Aufnahme der Mitglieder erfolgt durch den Vorstand und kann ohne Angabe der Gründe abgelehnt werden.

§ 8.

Austritt aus der Landeskommission.

Der Austritt kann jederzeit erfolgen; er ist dem Vorstande schriftlich anzuzeigen.

Ordentliche und unterstützende Mitglieder können der Mitgliedschaft verlustig erklärt werden, wenn sie ungeachtet zweimaliger Mahnung den Jahresbeitrag nicht erlegen.

§ 9.

Ehrenpräsident.

Die Landeskommission ist berechtigt, einen Ehrenpräsidenten zu ernennen (§ 13, 4). Er hat das Recht, Sitzungen des Hauptausschusses einzuberufen, in allen Versammlungen der Landeskommission und ihrer Organe den Vorsitz zu führen und Fragen, die ihm wichtig scheinen, mit Vertretern der Landeskommission zu erörtern.

§ 10.

Organe der Landeskommission.

Die Organe der Landeskommission sind:

1. die Vollversammlung,
2. der Hauptauschuß und dessen Sonderauschüsse,
3. der Vorstand,
4. die Ortsauschüsse.

§ 11.

Die Vollversammlung.

Die Vollversammlung ist entweder eine ordentliche oder eine außerordentliche.

Die ordentliche Vollversammlung tritt einmal im Jahre innerhalb der ersten 6 Monate des Kalenderjahres auf Berufung des Präsidenten zusammen. Der Präsident bestimmt Zeit und Ort der Versammlung, der Hauptauschuß die Gegenstände der Verhandlung.

In der Vollversammlung kann nur über die vom Hauptauschuße auf die Tagesordnung gesetzten Gegenstände verhandelt und beschlossen werden.

Außerordentliche Vollversammlungen können vom Präsidenten jederzeit einberufen werden. Die Einberufung muß erfolgen, wenn sie von der Mehrheit der Mitglieder des Hauptauschusses verlangt wird.

Zu den Vollversammlungen werden die Ehrenmitglieder, Stifter, Gründer und ordentlichen Mitglieder, ferner die Vertreter der Ortsauschüsse und Zweigvereine der Deutschen Landeskommission mittelst besonderer Einladungsbriefe oder durch die deutsche Tagespresse unter Angabe der Tagesordnung einberufen.

Zur Beschlußfähigkeit der Vollversammlung ist die Anwesenheit von 50 stimmberechtigten Mitgliedern erforderlich. Kommt die zur Beschlußfähigkeit notwendige Mitgliederanzahl nicht zusammen, so ist die Vollversammlung bei Anwesenheit von mindestens 25 Mitgliedern nach Ablauf einer halben Stunde Wartezeit beschlußfähig.

Zur Wahl von Ehrenmitgliedern sowie zum Beschlusse, diese Satzungen abzuändern oder die Landeskommission aufzulösen, ist eine Zweidrittelstimmen-Mehrheit nötig; alle andern Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.

Der Präsident stimmt außer bei Wahlen und bei Stimmengleichheit nicht mit.

Wahlen erfolgen, insofern sie nicht einstimmig durch Zuzug geschehen, durch Abstimmung mittelst Stimmzetteln.

Den Vorsitz führt der Präsident oder in seiner Verhinderung einer der beiden Präsidentstellvertreter, und falls auch diese verhindert wären, ein vom Hauptauschuße hierzu bestimmtes Mitglied des Hauptauschusses.

Der Vollversammlung sind vorbehalten:

1. die Prüfung und Genehmigung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;
2. die Wahl der Rechnungsprüfer und der Mitglieder des Schiedsgerichtes;
3. die Ernennung der Ehrenmitglieder;
4. die Aenderung der Satzungen und
5. die Auflösung der Landeskommission; ferner
6. jene Gegenstände, die der Hauptauschuß der Beschlußfassung der Vollversammlung vorbehält.

Über die Ernennung von Ehrenmitgliedern, die Aenderung der Satzungen oder die Auflösung der Landeskommission kann in der Vollversammlung nur über vom Hauptauschuße gestellten Antrag verhandelt und Beschluß gefaßt werden.

§ 12.

Der Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß besteht:

1. aus je einem der deutschen Nation angehörigen Vertreter
 - a) der k. k. Statthalterei,
 - b) des k. k. Landes Schulrates,

- c) des Landesauschusses des Königreiches Böhmen,
 - d) des k. k. Oberlandesgerichtes,
 - e) der juristischen, der medizinischen Fakultät der k. k. deutschen Universität in Prag und der k. k. deutschen technischen Hochschule in Prag,
 - f) des k. k. Landes-sanitätsrates,
 - g) der k. k. Finanzprokuratur,
 - h) des fürstbischöflichen Konfistoriums in Prag, der evangelischen Kirche in Böhmen und der israelitischen Kultusgemeinderepräsentanz in Prag,
 - i) des ständigen Ausschusses der allgemeinen Landeslehrerkonferenz in Böhmen (Deutsche Abteilung),
 - k) des ständigen Ausschusses der Landes-Bürgerschullehrer-Konferenz in Böhmen (Deutsche Abteilung);
2. aus fünf von den deutschen Bezirksobmännern in Böhmen entsendeten Vertretern;
 3. aus einem Vertreter des „Verbandes der deutschen katholischen Geistlichkeit Böhmens“.
 4. aus einem Vertreter des „Deutschen Landeslehrervereines in Reichenberg“;
 5. aus je einem Mitgliede der Kuratoren der von der Deutschen Landeskommision erhaltenen Fürsorgeheime;
 6. aus den bisher ernannten, und
 7. aus den vom Hauptauschusse selbst gewählten Mitgliedern.
- Die Anzahl der Mitglieder des Hauptauschusses beträgt, abgesehen von den vorstehend unter 5 angeführten, mindestens 20 und höchstens 50.
- Sämmtliche Mitglieder des Hauptauschusses müssen ordentliche Mitglieder der Landeskommision sein oder die ordentliche Mitgliedschaft binnen 14 Tagen nach ihrer Bestellung zu Mitgliedern des Hauptauschusses erwerben.
- Die unter 1—5 genannten Mitglieder werden von den betreffenden Ämtern und Körperschaften namhaft gemacht. Ihre Mitgliedschaft erlischt mit ihrer Abberufung durch die entsendenden Behörden und Körperschaften.
- Die Amtsdauer der unter 6 genannten Mitglieder währt für die Zeit ihrer Mitgliedschaft in der Landeskommision, jene der unter 7 genannten beträgt 3 Jahre.
- Der Hauptauschuß versammelt sich über Berufung des Präsidenten oder seines Stellvertreters nach Bedarf, in der Regel monatlich, und faßt seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit.
- Zu seiner Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens 8 Mitgliedern des Hauptauschusses erforderlich. Der Vorsitzende stimmt nur bei Stimmengleichheit mit.

§ 13.

Wirlungskreis des Hauptauschusses.

Der Hauptauschuß hat die Aufgabe, alle in den Bereich des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge in Böhmen fallenden Angelegenheiten zu erörtern sowie Anstalten und Einrichtungen, die zur Lösung der der Landeskommision obliegenden Aufgaben dienen, zu schaffen, zu erhalten und dießfalls die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen.

Er ist in den Angelegenheiten der Landeskommision das beschließende und überwachende Organ.

Dem Hauptauschusse liegt demgemäß insbesondere ob:

1. Die Abgabe von Gutachten an die Regierung sowie an Behörden überhaupt.
2. Die Stellung selbständiger Anträge an die Regierung, sonstige Behörden und Körperschaften.
3. Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Unterstützung jener deutschen Vereine, welche satzungsgemäß die Aufgabe haben, auf dem Gebiete des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge tätig zu sein.
4. Die Ernennung des Ehrenpräsidenten (§ 9).
5. Die Wahl des Präsidenten, zweier Präsidentstellvertreter, des Geschäftsleiters, des Kassaverwalters und des Schriftführers der Landeskommision sowie deren Stellvertreter auf die Dauer von 3 Jahren.
6. Die Wahlen in den Hauptauschuß (§ 12).
7. Die Entscheidung über die Zahl der den Ortsauschüssen und Zweigvereinen in der Vollversammlung einzuräumenden Vertreter und ihre eventuelle Bestellung (§ 11, Abs. 5).
8. Die Beschlußfassung über die Errichtung aller von der Landeskommision ins Leben zu rufenden Anstalten sowie die Bewilligung der zu ihrer Schaffung sowie zu ihrer Verwaltung und Erhaltung erforderlichen Mittel.
9. Die Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, welche sich auf die Verwaltung und Verwendung des Vermögens der Landeskommision sowie seiner Nutzungen und der sämtlichen Einnahmen der Landeskommision beziehen.

10. Die Systemisierung aller im Dienste der Landeskommission stehender Hilfskräfte (Beamte, Lehrer, Diener usw.) sowie die Festsetzung ihrer Dienstbezüge.

11. Die Ernennung dieser Hilfskräfte, die Überwachung ihrer Tätigkeit und die Ausübung der Disziplinar Gewalt.

12. Die Genehmigung der Dienstvorschriften, Hausordnungen usw. an den von der Landeskommission erhaltenen Anstalten.

13. Die Feststellung der Jahresvoranschläge, die Geldgebarung und Verfassung der Jahresrechnung.

14. Die Beschlussfassung über die Tagesordnung der Vollversammlung.

15. Die Verwendung der einlangenden Geldbeträge, Staats- und Landesunterstützungen.

16. Die Entsendung von Vertretern der Landeskommission zu Fachkongressen, Ausstellungen usw.

17. Der Verkehr mit den auf dem Gebiete des Kinderschutzes tätigen deutschen Vereinen und Anstalten.

18. Die Errichtung von Ortsausschüssen (i. § 18) und die Angliederung von Kinderschutz- und Jugendfürsorgevereinen als Zweigvereinen (i. § 19) an die Landeskommission.

19. Die Einsetzung der im § 17 genannten Sonderausschüsse.

20. Die Ordnung und Erledigung aller nicht in den Wirkungskreis der Vollversammlung oder des Vorstandes fallenden Angelegenheiten.

§ 14.

Der Vorstand.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, seinen beiden Stellvertretern, dem Geschäftsleiter, dem Kassaverwalter und dem Schriftführer oder deren Stellvertretern, ferner aus den Obmännern des Rechts-, Bau-, Finanz- und Gesundheitspflege-Ausschusses oder deren Stellvertretern und dem technischen Sachverständigen der Landeskommission.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn außer dem Vorsitzenden wenigstens vier Mitglieder desselben anwesend sind.

Der Vorstand ist in den Angelegenheiten der Landeskommission das verwaltende, vollziehende sowie die Beschlussfassungen des Hauptausschusses vorbereitende Organ.

Dem Vorstande liegt daher insbesondere auch die Durchführung aller Verhandlungen und die Einleitung aller Vorkehrungen ob, welche zur Herbeiführung der Beschlussfassungen im Hauptausschusse erforderlich erscheinen.

Beschlüsse, durch welche die Mittel der Landeskommission in Anspruch genommen werden, darf der Vorstand nur bis zur Grenze der ihm vom Hauptausschusse zur Verfügung gestellten Beträge und innerhalb der ihm vom Hauptausschusse diesfalls erteilten Vollmachten fassen.

§ 15.

Wirkungskreis des Präsidenten.

Der Präsident, beziehungsweise im Falle seiner Verhinderung einer der beiden Präsidentenstellvertreter, vertritt die Landeskommission nach außen und den Behörden gegenüber. Er beruft die Sitzungen des Vorstandes und des Hauptausschusses ein und führt in ihnen den Vorsitz. Er unterfertigt die Stiftungsurkunden, überwacht die Durchführung der Beschlüsse der Vollversammlung, des Hauptausschusses und des Vorstandes und berichtet von Zeit zu Zeit dem Ehrenpräsidenten über alle wichtigen Angelegenheiten der Landeskommission.

Urkunden über Rechtsgeschäfte der Deutschen Landeskommission bedürfen zu ihrer Rechtsverbindlichkeit die Fertigung des Präsidenten und eines Mitgliedes des Vorstandes.

Die Funktionen des Präsidenten übt im Falle seiner Verhinderung und für deren Dauer einer der beiden Präsidentenstellvertreter aus.

§ 16.

Rechnungsprüfer.

Die Vollversammlung wählt alljährlich aus der Zahl der wahl- und stimmberechtigten Mitglieder 2 Rechnungsprüfer und 2 Ersatzmänner auf die Dauer eines Jahres, welche die Jahresrechnung der Landeskommission, die Geldgebarung derselben zu prüfen und über den Befund der Vollversammlung zu berichten haben.

§ 17.

Sonderausschüsse.

Zur Vorberatung bestimmter Zweige der Jugendfürsorge kann der Hauptausschuss die Wahl ständiger oder bloß vorübergehender Ausschüsse einsetzen.

Zu Mitgliedern dieser Ausschüsse können auch außerhalb der Landeskommission stehende Personen berufen werden.

Solche Ausschüsse sind insbesondere:

1. der Rechtsausschuß, dem die Beratung aller die Landeskommission berührender juristischer Angelegenheiten sowie die Vorberatung aller Fragen obliegt, welche sich auf die Anwendung der bestehenden und die Begutachtung und Anregung neuer Gesetze und Verordnungen beziehen;
2. der Ausschuß für Gesundheitspflege, dem die Vorberatung aller in den Bereich der Gesundheitspflege, der Pflege körperlich oder geistig zurückgebliebener Kinder, der Kinder im vorschulpflichtigen Alter und des Mutterchutzes gehöriger Angelegenheiten obliegt;
3. der Finanzausschuß zur Vorberatung aller finanziellen Angelegenheiten der Landeskommission;
4. der Bauausschuß;
5. der Ausschuß für die Pflege sittlich gefährdeter oder bereits verwahrloster Kinder;
6. der Ausschuß für Waisensorge, dem die Vorberatung aller Angelegenheiten obliegt, die sich auf die Versorgung, Verpflegung und Erziehung von Waisen sowie die Errichtung und Erhaltung von Waisenheimen usw. beziehen;
7. der Damenausschuß zur Besorgung aller ihm vom Hauptausschusse auf Grund eines besonderen Statutes überwiesenen Angelegenheiten;
8. der Ausschuß für Jugendgerichtshilfe;
9. der Fürsorgeausschuß für die gewerbliche Jugend.

Der Hauptausschuß kann nach Bedarf noch weitere ständige oder vorübergehende Sonderausschüsse einsetzen.

Die Zuweisung der Geschäfte an die Sonderausschüsse behufs Vorberatung und Antragstellung erfolgt durch den Geschäftsleiter.

Für die Zuweisung der von den Sonderausschüssen benötigten Kanzleikräfte hat im Bedarfsfalle der Hauptausschuß die Vorsorge zu treffen.

Jeder Sonderausschuß wählt aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit auf die Dauer von 3 Jahren den Obmann und einen Stellvertreter, die den Verkehr mit dem Hauptausschusse zu vermitteln haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loß.

Dem Vorsitzenden des Hauptausschusses steht das Recht zu, an den Beratungen der Sonderausschüsse teilzunehmen; er beruft die erste und in wichtigen Anlässen auch weitere Sitzungen der Sonderausschüsse ein.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Den Sonderausschüssen steht es frei, Sachverständige und Fachmänner zu den Sitzungen einzuladen und zu hören.

Nach Durchberatung im Sonderausschusse werden die Geschäftsstücke vom Obmann an den Hauptausschuß zur Beschlußfassung geleitet. Die Berichte über den Gegenstand werden in der Sitzung des Hauptausschusses von den Obmännern der betreffenden Sonderausschüsse oder seitens der von ihnen bezeichneten Referenten erstattet, auch wenn diese nicht Mitglieder des Hauptausschusses sind.

§ 18.

Ortsausschüsse.

Zur unmittelbaren praktischen Betätigung des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge sowie zur Unterstützung der Bestrebungen der Landeskommission kann letztere in den einzelnen Orten Ortsausschüsse ins Leben rufen. Diese Ortsausschüsse sind Glieder der Landeskommission und bilden lediglich örtlich getrennte Teile derselben. Die von ihnen gesammelten Gelder fließen in die Kassa der Landeskommission, können aber auf begründeten Antrag des betreffenden Ortsausschusses mit Zustimmung des Hauptausschusses ganz oder teilweise für örtliche Fürsorgewecke verwendet werden.

Die Ortsausschüsse haben insbesondere die Aufgabe:

1. durch Wort und Schrift, also namentlich durch aufklärende Aufsätze und gelegentliche Berichte in den im Bezirke erscheinenden Tages- und Wochenblättern die Ideen des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge zu verbreiten;
2. Mitglieder zu werben;
3. hochherzige Menschenfreunde für die Bestrebungen der Landeskommission zu gewinnen und zu Spenden an diese zu veranlassen;
4. weitere Geldmittel durch Veranstaltung von Konzerten und Festlichkeiten aller Art zu beschaffen;

5. Familien oder kinderlose Ehepaare ausfindig zu machen, die geeignet und geneigt sind, hilfsbedürftige (namentlich sittlich gefährdete) Kinder gegen Entgelt oder unentgeltlich in Pflege und Erziehung zu übernehmen;

6. die in Familien untergebrachten hilfsbedürftigen Kinder sowie die aus den Fürsorgeheimen und Besserungsanstalten entlassenen Böglinge nach Tüchtigkeit zu überwachen;

7. die Landeskommission bei Ermittlung zweckmäßiger Lehr- und Dienstplätze für die aus den Fürsorgeheimen und Besserungsanstalten entlassenen Böglinge zu unterstützen und

8. ihr bei etwaiger Errichtung von Anstalten mit Rat und Tat hilfreich zur Seite stehen.

§ 19.

Zweigvereine.

Die in Böhmen bestehenden deutschen Kinderschutzevereine können sich mit Zustimmung der Landeskommission als Zweigvereine der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge konstituieren und führen in diesem Falle den Namen „Kinderschutzeverein in“ oder „Jugendfürsorgeverein in“ als Zweigverein der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen“.

Die Zweigvereine haben Anspruch auf Unterstützung seitens der Deutschen Landeskommission nach Maßgabe der vorhandenen Mittel, sind jedoch verpflichtet, einen durch Vereinbarung zu bestimmenden Teil ihrer Jahreseinnahmen an die Landeskommission abzuführen, ihre Jahresberichte zu erstatten und die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

§ 20.

Vertretung der Ortsausschüsse und Zweigvereine in der Vollversammlung.

Die Ortsausschüsse und Zweigvereine entsenden in die Vollversammlung der Landeskommission stimmberechtigte Mitglieder (s. § 11, Abs. 5). Die jedem Ortsausschüsse und Zweigvereine eingeräumte Zahl von Vertretern wird vom Hauptausschusse festgesetzt (siehe § 13, 7).

§ 21.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachungen erfolgen in den vom Hauptausschusse hiezu bestimmten Tagesblättern.

§ 22.

Schiedsgericht.

Das Schiedsgericht für Streitigkeiten aus dem Vereinsverhältnisse besteht aus drei Mitgliedern, die von der Vollversammlung aus der Zahl der wahl- und stimmberechtigten Mitglieder auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden.

Das Schiedsgericht wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden. Falls sich die Mitglieder über die Person des Vorsitzenden nicht einigen können, entscheidet das Los.

§ 23.

Ämter der Landeskommission.

Sämtliche Ämter der Landeskommission (s. §§ 14, 16, 22) sind unbefoldete Ehrenämter.

§ 24.

Geschäftssprache.

Die Geschäftssprache der Deutschen Landeskommission ist die deutsche Sprache.

§ 25.

Geschäftsjahr.

Das Geschäftsjahr der Deutschen Landeskommission fällt mit dem Kalenderjahre zusammen.

Auflösung der Landeskommission.

Im Falle der Auflösung der Landeskommission ist das vorhandene Vermögen einer deutschen Organisation zuzuwenden, welche dieselben Ziele verfolgt, wie die Landeskommission.

Sollte bei Auflösung der Landeskommission kein Beschluß über die Verwendung ihres Vermögens gefaßt sein, hat der zur Zeit der Auflösung bestehende Vorstand (§ 14) die Verwaltung des Vermögens der Landeskommission und die Obforge desselben zu übernehmen. Der Vorstand (§ 14) ist sodann berechtigt, das Vermögen der Landeskommission in seiner Gänze oder in den von ihm zu bestimmenden Teilen andern Organisationen zuzuwenden, welche sich mit Kinderschutz oder Jugendfürsorge befassen.

Jahresbericht der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen für das Geschäftsjahr 1908.

Der Hauptausschuß erstattet Ihnen heute den Bericht über die Tätigkeit der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge im ersten Jahre ihres Bestandes. Die derzeitig auf Grund des Vereinsgesetzes organisierte Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen ist aus einer freien Vereinigung entstanden, die aus Vertretern der landesfürstlichen und autonomen Behörden und einigen hervorragenden Persönlichkeiten gebildet wurde, um die Beschickung des in der Zeit vom 18.—20. März 1907 in Wien abgehaltenen ersten österreichischen Kinderschutzkongresses aus Böhmen zu organisieren.

Die Zusammensetzung und Tätigkeit der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen steht mit der Organisation, aus welcher sie entstand, in einem so innigen Zusammenhange, daß es uns gestattet sei, unseren heurigen Bericht mit einer kurzen Darlegung der Entstehungsgeschichte der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge zu eröffnen.

Der Anlaß zur Gründung der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge wurde zwar durch die für den ersten österreichischen Kinderschutzkongreß erforderlichen Vorarbeiten gegeben. Dieser Kinderschutzkongreß war jedoch nur der Anlaß, welcher längst schlummernde Kräfte erweckte und die im öffentlichen Bewußtsein bereits seit langem verbreitete Überzeugung von der Unerläßlichkeit und Wichtigkeit eines organisierten Kinderschutzes in eine zielbewußte Tat umsetzte.

Die wahre Einschätzung des unermesslichen Wertes des Kindes für den kulturellen Fortschritt, für die Entwicklung jedes Volkes und Staates, gehört zu jenen Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens, welche ein Merkmal unserer Zeit sind.

Aus der unser Zeitalter beherrschenden Idee der sozialen Fürsorge, des Schutzes der wirtschaftlich Schwachen herans, mußte sich der Gedanke Bahn brechen, daß der öffentliche Schutz und die öffentliche Fürsorge in demselben Maße, ja in noch höherem Maße, als sie dem im Leben stehenden Schwachen gebührt, dem Allerschwächsten, nämlich dem durch ungünstige Verhältnisse in seiner Entwicklung und in seinem Fortkommen bedrohten Kinde in vollstem Maße zuteil werden müsse.

Der Gedanke, daß in dem Kinde und in der Jugend die ganze Zukunft jedes Volkes liegt und daß die sozialen Bestrebungen, welche unser Zeitalter beherrschen und welche bisher hauptsächlich auf eine Hebung der Lebensverhältnisse des erwerbenden Teiles der Bevölkerung gerichtet waren, ihre Ergänzung und Vervollendung in einer ausgreifenden Fürsorge für die Jugend finden müssen, war im letzten Jahrzehnte ein Gemeingut aller Völker. Nur von den äußeren Verhältnissen hing es ab, ob und woher der Anstoß kam, um diese Ideen zu verwirklichen.

Für Böhmen waren die Vorbereitungen zum ersten Kinderschutzkongresse und der glückliche Umstand, daß dieselben einem Manne von besonderem geistigen Weitblicke und impulsiver Tatkraft, unserem ersten Präsidenten Herrn Franz Ritter von Zabusch, Vizepräsidenten des k. k. Landesschulrates für Böhmen, übertragen wurden, der glückliche Anlaß, der die Idee des organisierten Kinderschutzes aus dem Bereiche theoretischer Diskussionen in den der praktischen Betätigung erhob.

Herr Vizepräsident Franz Ritter von Zabusch wurde im Jahre 1907 von Seiner Excellenz dem Herrn Statthalter Karl Grafen Coudenhove ersucht, in einer behufs Bildung eines Landeskomitees für den I. österreichischen Kinderschutzkongreß einzuberufenden Besprechung von Vertretern der Statthalterei, des Landesschulrates, des Oberlandesgerichtes und des Landes sanitätsrates den Vorsitz zu führen und die weitere Leitung der ganzen Aktion zu übernehmen.

Über Einladung des Vizepräsidenten Herrn Franz Ritter von Zabusch fand am 28. Feber 1907 eine sehr zahlreiche Versammlung der Vertreter aller staatlichen und autonomen Körperschaften, sowie der interessierten Kreise beider Nationalitäten statt, in welcher Herr Vizepräsident Franz Ritter von Zabusch nach Erledigung der die Vorbereitungen des

Kinderschutzkongresses betreffenden Fragen in einer großzügigen Rede die Notwendigkeit einer planmäßigen Organisation der Jugendfürsorge darlegte und die Gründung einer ständigen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag beantragte, deren Aufgabe es sein solle, den ganzen Komplex der Jugendfürsorge in ihren Wirkungsbereich einzubeziehen.

Der Landeskommission sollte daher von Anfang an die Aufgabe gestellt sein, sowohl Fragen der Waisenpflege als der Fürsorge für verwahrloste sowie für körperlich oder geistig defekte Kinder einer Lösung zuzuführen.

Als nächstgelegenes Ziel dieser Organisation wurde aber die Errichtung von Fürsorgeheimen für die in ihrer Erziehung gefährdete oder schon verwahrloste Jugend bezeichnet.

Ebenso wurde sofort darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der eminenten sozialen Wichtigkeit der Aktion auf die Beihilfe aller öffentlichen Faktoren, insbesondere des Staates, des Landes, der Bezirke und der Gemeinden gerechnet werden könne und gerechnet werden müsse, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß einem so großzügig projektierten Werke die private Wohltätigkeit ihre Beihilfe nicht versagen werde.

Von Herrn Vizepräsidenten Franz Ritter von Jabušík wurde schon bei diesem Anlasse die später verwirklichte Anregung gegeben, behufs Beschaffung der erforderlichen Geldmittel in allen Schulen Böhmens Sammlungen in der Form einzuleiten, daß alle Schulkinder, welche die Erlaubnis ihrer Eltern hiezu besitzen, an einem bestimmten Tage jedes Monats dem Lehrer ein Zweibellerstück abliefern dürften.

Nachdem in dieser Versammlung bereits die nationale Sektionierung der Landeskommission beantragt wurde, wurde Herr Vizepräsident Ritter von Jabušík von der Versammlung ermächtigt, ein engeres Komitee, bestehend aus 6 deutschen und 6 tschechischen Mitgliedern, zu ernennen, welches die weitere Führung der Aktion beraten und vorbereiten sollte. Dieses Komitee unterzog die weiter einzuleitenden Schritte und die Frage der Organisation in mehreren Sitzungen einer durchgreifenden Beratung und wandte sich im April 1907 in einem Aufrufe an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung ihrer Bestrebungen. Die letzte Sitzung dieses engeren Komitees fand am 7. Juni 1907 statt. In dieser Sitzung wurde die nationale Teilung endgültig durchgeführt, indem sich das engere Komitee in zwei selbständige Ausschüsse, und zwar in die „Deutsche Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag“ und in die tschechische Sektion: „Česká sekce zemské komise pro ochranu dětí a péči o mládež v Praze“ teilte.

Die Deutsche Sektion beschäftigte sich vor allem mit der Feststellung eines Geschäftsplanes und nahm auch sofort ihre Tätigkeit durch Eröffnung einer eifrigen Propaganda und durch Einleitung von Fürsorgeaktionen auf, indem sie Schritte zur Errichtung eines Fürsorgeheimes für sittlich gefährdete Knaben unternahm, welche, wie später noch dargelegt werden wird, zur Errichtung des Kaiser Franz Josef-Jubiläumsfürsorgeheimes in Ofegg für sittlich gefährdete Knaben führte.

Verschiedene Gründe formeller wie rechtlicher Natur ließen es als wünschenswert erscheinen, die Landeskommission auf den Boden des Vereinsgesetzes zu stellen. Nach längeren, innerhalb der Deutschen Sektion der Landeskommission gepflogenen Beratungen wurden die unserer Organisation zugrunde liegenden Satzungen ausgearbeitet. Auf Grund dieser Satzungen konstituierte sich die Deutsche Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag am 15. Juni 1908 als „Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen“.

Mit diesem Beschlusse war nun die formelle Ausgestaltung der Landeskommission unter gleichzeitiger vollständiger Durchführung der nationalen Teilung vollzogen und die formell und juristisch einwandfreie Grundlage für die Verfolgung jener Ziele geschaffen, denen sich zu widmen unsere Aufgabe ist.

Wenn auch formell unsere Tätigkeit auf Grundlage des Vereinsgesetzes erst mit dem 15. Juni 1908 begonnen hat, so ist sie doch auf jene der eben geschilderten vorher bestandenen Körperschaften aufgebaut, und wie wir die Früchte der von unseren Vorgängern geleisteten Vorarbeiten genießen, so sind wir auch verpflichtet und entschlossen, im Sinne der von den eigentlichen Gründern unserer Organisation aufgestellten Ideen zu wirken.

Bereits bei den ersten Schritten zur Organisation der Jugendfürsorge stand allen Teilnehmern die Größe und Mannigfaltigkeit der zu erfüllenden Aufgaben vor Augen. Es war daher bereits beim Entwurf des von der Deutschen Sektion der Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag verfaßten Geschäftsplanes der Gedanke maßgebend gewesen, im Rahmen der Landeskommission durch Schaffung von Sonderausschüssen für eine möglichst intensive Durcharbeitung des gesamten Gebietes der Jugendfürsorge Sorge zu tragen und so das Prinzip der unerläßlichen Zentralisation mit dem der ebenso nötigen Spezialisierung zu verbinden. Diesem Prinzip wurde auch bei Schaffung der Ihnen bekannten, unserer Kommission zugrunde liegenden Satzungen Rechnung getragen, indem in denselben die Schaffung von Sonderausschüssen und Ortsausschüssen vorhergesehen ist.

Insbondere wurden als besondere ständige Ausschüsse der Rechtsausschuß, der Ausschuß für Gesundheitspflege, der Finanzausschuß, der Bauausschuß, der Ausschuß für Waisenpflege, der Ausschuß für die Pflege sittlich gefährdeter oder bereits verwahrloster Kinder, der Ausschuß

für die Pflege körperlich und geistig zurückgebliebener Kinder, der Ausschuss für die Pflege der Kinder im vorerschulpflichtigen Alter ins Leben gerufen.

Sämtliche Ausschüsse haben sich ihren Arbeiten mit jenem Eifer gewidmet, den das große und vorstehende Ziel zu erwecken geeignet ist.

Bei der Größe und Mannigfaltigkeit des uns obliegenden Arbeitsgebietes und dem Umfande, daß wir ganz neuen Verhältnissen gegenüberstanden und in vielen Fällen erst der Umfang des vorhandenen dringendsten Bedürfnisses zu erheben war, mußte unsere Tätigkeit im ersten Jahre auch in starkem Maße den für eine ausgreifende Aktion unerlässlichen vorbereitenden Schritten, und zwar insbesondere den Erhebungen darüber gewidmet sein, auf welchem Gebiete der Jugendfürsorge ein sofortiges Eingreifen besonders Not tue und auf welchen Gebieten unser an beschränkte Mittel gebundenes Eingreifen einen, wenn auch nur teilweisen Erfolg erhoffen lasse.

Indem wir nun daran schreiten, unsere Tätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahre und die wichtigsten Ereignisse desselben des näheren darzulegen, erlauben wir uns vor allem die anlässlich der Konstituierung des Vereines erfolgte Ernennung Seiner Exzellenz des Herrn Statthalters Karl Grafen Goudenhove zum Ehrenpräsidenten unseres Vereines hervorzuheben und Seiner Exzellenz für die Übernahme des Präsidiums sowie die uns wiederholt zuteil gewordene Förderung unseren ergebensten Dank zu sagen.

Ebenso danken wir auf das herzlichste dem hochlöblichen k. k. Landeseschulrate für die Gestattung und wohlwollende Förderung der Schulsammlungen zugunsten unseres Vereines, welche bis zum 31. Dezember 1908 den Betrag von 71.762 Kronen 22 Heller ergaben, und der gesamten verehrlichen deutschen Lehrerschaft Böhmens für die hervorragende Unterstützung unserer Bestrebungen. Wir sind uns wohl bewußt, daß eine erfolgreiche Tätigkeit der Deutschen Landeskommission von der verständnis- und aufopferungsvollen Mithilfe der Lehrerschaft bedingt ist, und stellen mit Dankbarkeit und Befriedigung fest, daß uns diese im reichsten Maße zuteil geworden ist. Die deutsche Lehrerschaft Böhmens hat die Bedeutung der Jugendfürsorge für Volk und Staat klar erkannt und ist sich dessen sofort bewußt geworden, daß eine organisierte Jugendfürsorge eine unentbehrliche Ergänzung eines blühenden Schulwesens bildet und daß sich unsere Ziele mit denen der Lehrerschaft und Schule in dem Streben nach Erhöhung des allgemeinen Kulturniveaus, nach Erziehung eines gelunden, arbeitskräftigen und arbeitsfreudigen, das Leben und dessen Ideale bejahenden Volkes vereinigen.

Eine wertvolle erfolgreiche Förderung wurde uns auch durch die deutsche Presse Böhmens zuteil, welche uns durch kostenlose Aufnahme der Spendenverzeichnisse und der Vereinsnachrichten in den Tagesblättern, durch Propagierung unserer Ideen auf das werktätigste unterstützt hat, wofür an dieser Stelle dem herzlichsten Danke Ausdruck gegeben sei.

Entsprechend unseren sähungsmäßigen Aufgaben haben wir allen Zweigen der Jugendfürsorge die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Selbstverständlich konnten sich unsere Arbeiten nur im Rahmen unserer beschränkten Mittel bewegen. Außerdem war und ist es erforderlich, auf gewissen Gebieten der Jugendfürsorge vor Einleitung von Unternehmungen, welche Teile unseres Vermögens für lange Zeit binden müßten, den Umfang und die Größe des Bedürfnisses festzustellen, so daß wir Ihnen heute in vielen Richtungen bloß von der Vornabingung oder von einem der glücklichen Vollendung nahen Stande unserer Erhebungen und Vorarbeiten berichten können, wobei wir hoffen, Ihnen in der nächsten Vollversammlung bereits von den Früchten dieser Vorarbeiten Mitteilung machen zu können. Als eine der wichtigsten Vorarbeiten erschien uns eine statistische Zählung der unseres Schutzes besonders Bedürftigen, nämlich der sittlich oder körperlich defekten Kinder. Wir haben daher gleich bei Beginn unserer Tätigkeit unter der Mithilfe der Lehrerschaft eine Zusammenstellung sämtlicher körperlich oder geistig geschädigter, sittlich gefährdeter oder verwahrloster, und gänzlich verlassener Kinder vorgenommen und legen das Ergebnis dieser Zählung in nachstehender Tabelle vor: (Siehe Seite 39).

Wenn man erwägt, daß diese Zählung 2430 besonders schutzbedürftige Kinder ergab und die Wirklichkeit dieser Ziffer noch um ein Erkleckliches überschreiten dürfte, daß außerdem die Waisenpflege ein Eingreifen gebieterisch erfordert, so können Sie daran die Größe unserer Aufgabe, aber auch die Unzulänglichkeit unserer Mittel ermessen.

Wir geben uns jedoch der Hoffnung hin, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung und die sich immer mehr habubrechende Idee von der überragenden Wichtigkeit des Kinderchutzes und der Jugendfürsorge alle kompetenten Faktoren und die private Wohltätigkeit veranlassen werden, für unsere Ziele einzutreten und uns die Mittel zur Durchführung unserer gemeinnützigen Absichten nicht zu verlagen lassen werden.

In dem Bestreben, unsere Mittel vor allem auf jenem Gebiete der Jugendfürsorge zu verwenden, wo die öffentliche Not infolge gänzlichen Fehlens oder gänzlicher Unzulänglichkeit entsprechender Anstalten am größten erschien, haben wir uns entschlossen, vor allem an die Errichtung eines Fürsorgeheimes für verlassene und sittlich gefährdete Knaben und eines Fürsorgeheimes für körperlich geschädigte (krüppelhafte) Kinder zu schreiten. Unsere Bemühungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir ein von der Deutschen Hilfs-gesellschaft für Kinder bis her als Waisenhaus verwandenes Gebäude in Neu-Österr um einen Kaufpreis von 40.000 K erwarben und zu einem Fürsorgeheime für verlassene und sittlich gefährdete Knaben im Alter

von 6—14 Jahren umgestaltet haben. Das Fürsorgeheim führt mit Allerhöchster Genehmigung den Namen „Kaiser Franz Josef = Jubiläum = Fürsorgeheim in Disegg“ und wurde am 12. April 1908 eröffnet. Es hat einen für 50 Böglinge genügenden Fassungsraum, steht unter der unmittelbaren Aufsicht eines von uns eingesehten Kuratoriums und wird von einem Leiter, einer Hausmutter und zwei Erzieherinnen verwaltet. Die daselbst untergebrachten Böglinge genießen eine allen Fortschritten der Pädagogik rechnungstragende Erziehung und werden, abgesehen von dem ihnen zuteil werdenden öffentlichen Schulunterrichte, in Knabenhandfertigkeiten, im Gemüsebau, in der Blumen- und Obstzucht und in sonstigen landwirtschaftlichen Arbeiten unterwiesen und so zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft erzogen.

Wir haben ferner im abgelaufenen Vereinsjahre das vormals gräflich Westphalensche Schloß in Schwaben um einen Kaufpreis von 36.000 K erworben und zu einem Fürsorgeheime für krüppelhafte Kinder beiderlei Geschlechtes im Alter von 6—16 Jahren gewidmet. Auch dieses Fürsorgeheim führt den Titel „Kaiser Franz Josef = Jubiläum = Fürsorgeheim“ und ist zur Aufnahme von 50 Kindern geeignet.

Wir beabsichtigen in diesem Fürsorgeheime insbesondere solche körperlich geschädigte Kinder aufzunehmen, die durch operatives Eingreifen einer Heilung nicht zugunfähig werden können. Wenn diesen unseren Schülern ein hartes Naturgesetz die Erlangung der Gesundheit unbittlich ver sagt hat, so wollen wir denselben ihren Lebenslauf mindestens dadurch erleichtern, daß wir sie durch Erlernung eines Gewerbes und einer Fertigkeit, deren Ausübung ihnen ihr Zustand gestattet, in die Lage setzen, sich ihr Brot aus eigener Kraft zu verdienen.

Die Umwandlung des Gebäudes in Schwaben erforderte mit Rücksicht auf dessen Bestimmung umfassende Adaptierungen, die derzeit bereits abgeschlossen sind, so daß das Heim am 9. Mai 1909 von den seitens des Ausschusses für Gesundheitspflege bereits ausgewählten Krüppelkindern bezogen werden konnte.

Auf dem Gebiete für Waisenspflege sind wir gemeinsam mit der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege zu Werke gegangen, indem wir besonders bedürftige Waisenkinder auf unsere Kosten der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege zur Versorgung überwiesen und ein Übereinkommen dahin trafen, daß von den auf Grund eines gemeinschaftlichen Aufrufes einkaufenden Beiträgen und Spenden der deutschen Gemeinden und Bezirke vorerst ein Betrag von 30.000 K der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege überwiesen wird.

Alle Gebiete der Jugendfürsorge waren Gegenstand eingehendster Beratungen des Hauptauschusses und seiner Sektionen.

Insbefondere wurde die Frage der Sommerheimstätten und der Säuglingsheime und die Krüppelfrage vom Hauptauschuß eingehend erörtert, während uns vom Ausschusse für Gesundheitspflege auf Grund eingehender Spezialreferate Gutachten über die Krüppelfrage und die Taubstummenfürsorge erstattet wurden. Wir erlauben uns an dieser Stelle allen Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheitspflege, insbesondere dem Herrn Dr. Gustav Castein in Prag und Herrn Dr. F. J. Gottstein in Reichenberg für ihre Referate über die Krüppelfrage, dem Herrn Dozenten Dr. W. Anton und Herrn Dr. R. Imhofer für ihre über die Taubstummenfürsorge erstatteten Referate unseren verbindlichsten Dank zu sagen.

Als Ergebnis der vom Ausschusse für Gesundheitspflege uns erstatteten Anträge über die Krüppelfrage wurde im heurigen Jahre unter unserer Beihilfe und unter werktätiger uneigennütziger Mitwirkung der Mitglieder des Ausschusses für Gesundheitspflege die ärztliche Behandlung sämtlicher heilbarer Krüppel in die Wege geleitet, während die Frage der Taubstummenfürsorge noch ihrer Lösung vor allem mit Rücksicht auf die verfügbaren Mittel harret.

Um eine möglichst sachgemäße Einrichtung unserer Fürsorgeheime zu bewirken, haben wir den Leiter des Ofsegger Fürsorgeheimes Herrn Alois Raßler und den Leiter des Fürsorgeheimes in Schwaben Herrn Franz Peschel zur Besichtigung der hervorragendsten Fürsorgeheime für verwahrloste, beziehungsweise krüppelhafte Kinder in Deutschland und Österreich entsendet. Die von beiden genannten Herren erstatteten Reiseberichte, in welchen sie ihre Beobachtungen und Erfahrungen niederlegten, gaben und geben uns schätzenswerte Fingerzeige für die Einrichtung unserer Heime.

Entsprechend unseren satzungsmäßigen Bestimmungen, zu wichtigen Fragen der Jugendfürsorge Stellung zu nehmen, und durch Anträge und Gutachten bei den maßgebenden Behörden und Körperschaften zu wirken, haben wir dem hochlöblichen k. k. Landes Schulrate ein Gutachten über Maßnahmen zu einer sachgemäßen Jugendfürsorge erstattet und im laufenden Jahre an die statistische Zentralkommission ein Gesuch um entsprechende Vorkehrung für die gelobte Zahlung hilfsbedürftiger Kinder anlässlich der im Jahre 1910 stattfindenden Volkszählung überreicht, über welch letzteres Gesuch noch Verhandlungen zwischen uns und der k. k. statistischen Zentralkommission im Zuge sind.

Die Errichtung weiterer Fürsorgeheime nach Maßgabe der uns zur Verfügung stehenden Mittel bildet den Gegenstand fortgesetzter Beratungen und Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Gemeinden. Es wurden in dieser Hinsicht 13 Projekte einer eingehenden Beratung durch den Bauauschuß und Hauptauschuß unterzogen, welche freilich bisher teils mangels der entsprechenden örtlichen Voraussetzungen teils mit Rücksicht auf eine vorsichtige Finanzgebarung nicht zur Verwirklichung gelangen konnten.

Wir hoffen jedoch zuversichtlich, noch in diesem Jahre an die Errichtung neuer Heime schreiten zu können, und gestatten uns mit Befriedigung darauf hinzuweisen, daß die im Vorjahre angeknüpften Vorverhandlungen mit der Stadtgemeinde Hohenelbe wegen Errichtung eines Fürsorgerheims für 50 schwachsinnige Kinder voraussichtlich einem gedeihlichen Abschlusse werden zugeführt werden können.

Die Jugendfürsorge erfordert ein möglichstes Zusammenarbeiten aller interessierten Kreise und die wechselseitige Unterstützung der auf diesem Gebiete arbeitenden örtlichen Vereinigungen. Aus diesem Grunde waren wir fortgesetzt bemüht, die bereits bestehenden Kinderschutzevereine als Zweigvereine unserer Organisation anzugliedern. Die hierüber geführten Verhandlungen haben hinsichtlich der im Anhang verzeichneten Vereine zu einer Angliederung an unsere Organisation geführt, während wir mit einer Anzahl anderer Kinderschutzevereine in Verhandlung stehen. Auch in dieser Hinsicht hoffen wir in der nächsten Vollversammlung einen Fortschritt, wenn nicht die Vervollendung unserer Organisation mitteilen zu können.

Mit gleichem Eifer waren wir bemüht, in unserer Organisation die Bildung von Ortsausschüssen auszugestalten, und gedenken wir hier mit besonderem Danke und wärmster Anerkennung des Ortsausschusses Aufsig. Durch die von ihm eingeleiteten Sammlungen, die bis 31. Dezember 1908 einen Betrag von 13.669 K 88 h erreichten, und durch die von dem Großindustriellen Herrn J. Pettschek in hochherziger Weise gewidmete Spende von 100.000 K sowie infolge der wohlwollenden Haltung der Aufsigers Bezirksvertretung und Gemeinde sind wir in die erfreuliche Lage gesetzt, noch in diesem Jahre ein Fürsorgerheim für verwahrloste Kinder in Aufsig zu errichten.

Selbstverständlich waren wir im abgelaufenen Vereinsjahre fortgesetzt bemüht, durch eifrige Propaganda die Idee des Kinderschutzes zu verbreiten und unsern Vereinen Mitglieder und Förderer zu werben, wie wir auch an alle kompetenten Faktoren, insbesondere an die hohe Regierung mit Gesuchen um Subventionierung herangetreten sind. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit unseren Bestrebungen für das öffentliche Wohl haben wir ein Gesuch an die Allerhöchste Kabinettskanzlei um Beteiligung aus der Staatslotterie überreicht, ferner uns an die hohe Regierung mit einer Bitte um Subvention gewendet, die insofern von gutem Erfolge begleitet war, als uns ein Betrag von 40.000 K zugewendet wurde. Auch haben wir uns in einem Rundschreiben unter Darlegung unserer Ziele an sämtliche Rechtsanwälte und Notare mit der Bitte gewendet, uns bei allen sich bietenden Gelegenheiten, wie bei Errichtung von Testamenten, bei Abschlüssen von Vergleichen usw., zu berücksichtigen.

Im Sinne unserer Aufgabe, Kinderschutzbefrebungen jeder Art zu unterstützen, haben wir der Blindenanstalt auf dem Hradschin eine jährliche Subvention von 250 K gewidmet und von dem uns seitens des hohen k. k. Justiz-Ministeriums überwiesenen vorgenannten Subventionsbeiträge von 40.000 K an 27 deutsche Kinderschutzevereine den Betrag von 10.000 und an die Zentralstelle für deutsche Waisenspflege 2000 K verteilt.

Unsere Bestrebungen, der Deutschen Landeskommission neue Mitglieder, Förderer und Wohltäter zuzuführen, hatten, wie Sie dem beiliegenden Kassaberichte entnehmen wollen, den Erfolg, daß die uns bis 31. Dezember 1908 zugeflossenen Einnahmen den Betrag von 366.734 K 72 h erreichten und das Vereinsvermögen inklusive des gebundenen Vermögens mit 31. Dezember 1908 339.155 K 59 h betrug.

Mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes heben wir an dieser Stelle hervor, daß folgende Körperschaften und Persönlichkeiten uns größere Spenden gewidmet haben:

Bezirksausschuß Karbis	3.502 K
Bezirksausschuß Tetschen	1.000 "
Böhmische Sparkasse in Prag	2.600 "
Die deutschen Volks- und Bürgerschulen in Prag, als Ertrag einer Jubiläumsfeier	1.000 "
Die deutschen Volks- und Bürgerschulen in Pilsen, als Ertrag einer Wohltätigkeits-Akademie	1.000 "
Eduard Ritter von Doubel, Großgrundbesitzer in Prag	6.000 "
Vinzeng und Margarethe von Geemen-Waldes, Großindustrielle in Prag	1.000 "
Moritz Hahn, kaiserlicher Rat in Prag	2.000 "
Professor Anton Hönl, k. k. Schulrat in Wien, als Stiftung für verlassene Kinder	30.000 "
k. k. Justizministerium in Wien	40.000 "
Die Kettenbrückengesellschaft in Tetschen	2.000 "
Die Kinderschutzevereine des Böhm.-Leipaer Kreisgerichtsprengels	2.100 "
Wilhelm und Bertha von Rubinzky in Trpist	1.000 "
Freiherr von Rubinzky's Erben	5.000 "
Dr. Eduard Langer, Großindustrieller, Chef der Firma „Benedikt Schroll Söhne“ in Braunau	20.000 "

Fürst Johann II. von und zu Liechtenstein in Wien	5.000 K
Alexander Richter, Großindustrieller in Smichow	10.000 "
Franz Freiherr von Waldek, Großindustrieller in Prag	100.500 "
Eduard Weinmann, Großindustrieller in Aussig	1.000 "

Wir glauben der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß das laufende Geschäftsjahr nach Beendigung und Befestigung unserer inneren Organisation und der erforderlichen Vorarbeiten uns auf dem Wege der Jugendfürsorge weiter fortschreiten lassen wird.

Soll jedoch die Frage der Jugendfürsorge einer allseits befriedigenden Lösung zugeführt werden, soll unser Volk in der heranwachsenden Generation erstarben und befähigt werden, seine Anlagen und Kräfte zu entwickeln, so müssen der Jugendfürsorge, möge sie in die Form welcher Organisation immer gekleidet sein, jährliche Einnahmen zur sicheren Verfügung gestellt werden, die unseren heutigen Vermögensstand um das Vielfache übersteigen. Die Größe der Mittel, die zu der Lösung der Aufgaben der Jugendfürsorge erforderlich sind, läßt sich beurteilen, wenn erwogen wird, daß laut der von uns vorgenommenen Zählung der hilfsbedürftigsten Kinder im deutschen Sprachgebiete Böhmens mehr als 2400 Kinder der Erlösung aus einem traurigen und hoffnungslosen Schicksale harren und die Frage der Waisenspflege eine Lösung gebieterisch fordert. Eine Unterstützung der Jugendfürsorge ist jedoch nicht allein an sich als ein Akt weisen Wohlthätigkeitsfinnes zu betrachten, sie ist geradezu eine soziale Pflicht. Die uns von den öffentlichen Körperschaften, insbesondere von den Bezirken und Gemeinden gewidmeten Beiträge werden sich diesen einst in einer Verminderung der Armenlasten lohnen. Eine großzügige, reichliche Unterstützung unserer Organisation durch die Gemeinden würde sie auch heute bereits in die Lage setzen, ihre eigenen Lasten zu verringern oder mindestens ohne deren Erhöhung bei dem gleichen Aufwande den hilfsbedürftigen Kindern ein besseres Los zu bieten, als dies bei der heutigen dezentralisierten Armenpflege möglich ist.

Das Bewußtsein, daß das Streben nach einer Verbesserung der sozialen Lage aller Schwachen, das innerste, geheimste Sehnen unserer Zeit ist, lassen uns trotz des Mißverhältnisses unserer Aufgabe und unserer heutigen Mittel an eine endliche Lösung der Frage der Jugendfürsorge nicht verzweifeln und uns hoffen, daß wir unserem Ziele, wenn auch erst nach jahrelanger Arbeit nahe und näher kommen werden. Uns hiebei in jeder Hinsicht zu fördern, bitten wir nochmals alle, denen die Zukunft ihres Volkes, denen der Fortschritt der Menschheit am Herzen liegt."

Ehrenpräsident: Seine Erzellenz Karl Graf Coudenhove, k. u. k. Kämmerer und Seiner Majestät wirklicher Geheimer Rat, k. k. Statthalter in Böhmen usw.

Vorstand der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen: Präsident: Franz Ritter von Zabusch, Vizepräsident des k. k. Landeschulrates für Böhmen i. R. Präsident-Stellvertreter Monsignore Theol. Dr. Wenzel Frind, Weihbischof und Dompfropst des Metropolitan-Dom-Kapitels bei St. Veit am Gräbchin. Geschäftsleiter: Phil. Dr. Karl Stejskal, k. k. Landeschulinspektor. Kassaverwalter: Vinzenz von Geömen-Waldek, Großindustrieller. Schriftführer: MDr. Friedrich Elbogen, Rechtsanwalt.

Hauptauschuß: Präsident: Franz Ritter von Zabusch, Vizepräsident des k. k. Landeschulrates für Böhmen i. R. Präsident-Stellvertreter: Monsignore Theol. Dr. Wenzel Frind, Weihbischof u. Dompfropst des Metropolitan-Dom-Kapitels bei St. Veit am Gräbchin. Geschäftsleiter: Phil. Dr. Karl Stejskal, k. k. Landeschulinspektor. Kassaverwalter: Vinzenz von Geömen-Waldek, Großindustrieller. Schriftführer: MDr. Friedrich Elbogen, Rechtsanwalt. Mitglieder: MDr. Theodor Altshul, k. k. Sanitätsrat, als Vertreter des k. k. Sanitätsrates. MDr. Karl Frenzl, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter in Falkenau a. G., als Vertreter der Zentralfstelle der deutschen Bezirke Böhmens. MDr. Wenzel Graf Gleispach, k. u. k. Kämmerer, Univ.-Professor, als Vertreter der juristischen Fakultät der k. k. deutschen Universität in Prag. Josef Grünert, Direktor der Knaben-Bürgerchule in Ofegg, als Vertreter des Kuratoriums des Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Fürsorgeheimens in Ofegg. Maximilian Haase-Ebler von Wranau, Großindustrieller, Inhaber der Firma „M. Haase“ in Prag, als Vertreter der deutschen Presse. Theodor Hoffmann, Direktor der Böhm. Gecomptebank in Prag. Franz Janisch, k. k. Landesgerichtsrat u. Bezirksgerichtsvorstand in Friedland. Architekt Dr. tech. Karl Jarab, Professor an der k. k. deutschen technischen Hochschule in Prag. MDr. Julius Jentsch, Obmann des Verbandes deutscher Rechtsanwälte, Rechtsanwalt in Prag. MDr. Friedrich Kaufmann, Vizepräsident der Abvokatenkammer für das Königr. Böhmen, Rechtsanwalt in Prag, Kassaverwalter-Stellvertreter. MDr. Alois Kluge, Rechtsanwalt und Bezirksobmann in Trautauan, als Vertreter der Zentralfstelle der deutschen Bezirke Böhmens. Alwin Köhler, Baumeister u. Bezirksobmann in Aussig, als Vertreter der Zentralfstelle der deutschen Bezirke Böhmens. MDr. Mag Lederer, k. k. Richter in Winterberg. Kais. Rat Friedrich Legler, Landesauschußbeisitzer, Landtagsabgeordneter und Oberlehrer in Reichenberg, als Vertreter des Deutschen Landeslehrervereines in Reichenberg. MDr. Eduard Prinz von u. zu Liechtenstein, k. k. Bezirkshauptmann in Marienbad. MDr. Rudolf Ritter Lodgmann von Auen, Kanzleivorstand der Zentralfstelle der deutschen Bezirke Böhmens in

Aussig, als Vertreter der Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens. JUDr. Viktor Maczak von Ottenburg, Direktor der Landesbank des Königreiches Böhmen in Prag, als Vertreter der Armensektion des deutschen Vereines für städt. Angelegenheiten in Prag, Geschäftsleiter-Stellvertreter. JUDr. Wilhelm Merck, kais. Rat, Eigentümer u. Herausgeber des „Prager Tagblatt“ in Prag, als Vertreter der deutschen Presse. JUDr. Franz Ohnjorg, Rechtsanwalt und Bürgermeister in Aussig, als Vertreter des Kuratoriums des Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Kürsorgeheimes in Schwaben. Julius Pohl, Direktor der deutschen Mädchen-Bürgerschule in Smichow. Franz Rapprich, k. k. Hofrat, als Vertreter der k. k. Statthalterei. Franz Schiffner, k. k. Notar und Bezirksobmann in Haida, als Vertreter der Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens. P. Franz Schneider, Pfarrer in Altenbuch, als Vertreter des Verbandes der deutschen kath. Geistlichkeit Böhmens. Edmund von Stellwag-Carion, k. k. Bezirkshauptmann in Prag. MUDr. Josef Titta, prakt. Arzt in Trebnitz, als Vertreter der Zentralstelle für deutsche Waisepflege und Jugendfürsorge in Böhmen. JUDr. Maximilian Weis, k. k. Finanzrat in Prag, als Vertreter der k. k. Finanzprokuratur. Josef Weißer, k. k. Oberlandesgerichtsrat in Prag, als Vertreter des k. k. Oberlandesgerichtes. Ricent. theol. Phil. Dr. Robert Zikert, evang. Pfarrer in Prag, als Vertreter der Armensektion des deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten in Prag, Schriftführer-Stellvertreter.

Rechtsauschuß: Obmann: JUDr. Friedrich Kaufmann, Vizepräsident der Advokatenkammer. Obmann-Stellvertreter: Josef Weißer, k. k. Oberlandesgerichtsrat. Mitglieder: JUDr. Friedrich Elbogen, Rechtsanwalt. JUDr. Karl Frenzl, Rechtsanwalt und Bezirksobmann. JUDr. Wenzel Graf Gleispach, k. k. Univ.-Professor. JUDr. Alois Kluge, Rechtsanwalt und Bezirksobmann. JUDr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen, Kanzleivorstand der Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens. JUDr. Viktor Maczak von Ottenburg, Direktor der Landesbank. Franz Rapprich, k. k. Hofrat. Franz Schiffner, k. k. Notar und Bezirksobmann. JUDr. Maximilian Weis, k. k. Finanzrat.

Ausschuß für Gesundheitspflege: MUDr. Theodor Altschul, k. k. Sanitätsrat in Prag. MUDr. Wilhelm Anton, Privat-Dozent in Prag. MUDr. Oskar Bail, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Heinrich Bönneken, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Gustav Götstein, Orthopäde in Prag. MUDr. Anton Etschnig, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Alois Epstein, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Rudolf Fischl, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Friedrich Ganghofner, k. k. Sanitätsrat und Univ.-Professor in Prag. MUDr. J. J. Gottstein, Orthopäde in Reichenberg. MUDr. Ramill Hirsch, Privat-Dozent in Prag. MUDr. Richard Imhofer, Ohrenarzt in Prag. MUDr. Ernst Kalms, k. k. Landesgerichtsrat und Polizeiarzt in Prag. MUDr. Karl Kretsch, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Rudolf Kub, Orthopäde in Prag. MUDr. Leopold Moll, Privat-Dozent in Prag. MUDr. Theodor Petřina, k. k. Regierungsrat und Univ.-Professor in Prag. MUDr. Arnold Pisk, k. k. Hofrat und Univ.-Professor in Prag. MUDr. Eduard Pietztkowsky, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. Otto Pissl, k. k. Univ.-Professor in Prag. Julius Pohl, Bürger-schuldirektor in Smichow. MUDr. R. W. Randnitz, k. k. Univ.-Professor in Prag. MUDr. R. Köhler, Stadtarzt in Aussig. MUDr. Felix Schleißner, Kinderarzt in Prag. MUDr. Alois Schreier, Zahnarzt in Prag. MUDr. Karl Springer, Privat-Dozent in Prag. MUDr. Karl Stompfe, prakt. Arzt in Prag. MUDr. Josef Titta, prakt. Arzt in Trebnitz. MUDr. Gustav Weiß, prakt. Arzt in Prag. MUDr. Anton Wölfler, k. k. Univ.-Professor in Prag.

Finanzausschuß: Obmann: Vinzenz von Geömen-Waldek, Großindustrieller. Obmann-Stellvertreter: JUDr. Friedrich Kaufmann, Vizepräsident der Advokatenkammer. Mitglieder: JUDr. Friedrich Elbogen, Rechtsanwalt. JUDr. Karl Frenzl, Rechtsanwalt und Bezirksobmann. JUDr. Wenzel Graf Gleispach, k. k. Univ.-Professor. JUDr. Viktor Maczak von Ottenburg, Direktor der Landesbank. Phil. Dr. Karl Stejskal, k. k. Landeseschulinspektor.

Bauausschuß: Obmann: MUDr. Theodor Altschul, k. k. Sanitätsrat. Obmann-Stellvertreter: Alwin Köhler, Baumeister und Bezirksobmann. Mitglieder: Vinzenz von Geömen-Waldek, Großindustrieller. Architekt Dr. tech. Karl Jarab, Professor an der k. k. deutschen technischen Hochschule. Franz Schiffner, k. k. Notar und Bezirksobmann. Phil. Dr. Karl Stejskal, k. k. Landeseschulinspektor. JUDr. Maximilian Weis, k. k. Finanzrat.

Ausschuß für die Pflege sittlich gefährdeter oder bereits verwahrloster Kinder: Obmann: kais. Rat Friedrich Legler, Landtagsabgeordneter und Oberlehrer. Obmann-Stellvertreter: Julius Pohl, Bürger-schuldirektor. Mitglieder: Josef Grunert, Bürger-schuldirektor. Alwin Köhler, Baumeister und Bezirksobmann. JUDr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen, Kanzleivorstand der Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens. Franz Schiffner, k. k. Notar und Bezirksobmann.

Ausschuß für Waisepflege: Obmann: MUDr. Josef Titta, prakt. Arzt. Obmann-Stellvertreter: JUDr. Alois Kluge, Rechtsanwalt und Bezirksobmann. JUDr. Viktor Maczak von Ottenburg, Direktor der Landesbank. Mitglieder: JUDr. Karl Frenzl, Rechtsanwalt und Bezirksobmann. Josef Grunert, Bürger-schuldirektor. Alwin Köhler, Baumeister und Bezirksobmann. JUDr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen, Kanzleivorstand der

Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens. Julius Bohl, Bürgerschuldirektor. Franz Schiffner, k. k. Notar und Bezirksobmann. Vicent. theol. Dr. Phil. Robert Zilchert, evang. Pfarrer.

Damenauschuß: Präsidentin: Frau Margherita von Geemen-Waldeck geb. Freiin von Waldeck. Vize-Präsidentinnen: Frau Paula Dörfl, Dame des Elisabeth-Ordens 2. Klasse. Ihre Erzelenz Frau Zbenta Gräfin Zierotin, Sternkreuzordensdame, Dechantin des k. k. Theresianischen adeligen Damenstiftes auf dem Prager Schlosse. Geschäftsführerinnen: Frau Berta Napprich und Frau Ottilie Altschul, Dame des Elisabeth-Ordens 2. Klasse. Schriftführerinnen: Frau Sophie Berger-Wamberger und Frau Lili Elbogen.

Aktions-Komitee: Präsidentin: Frau Ottilie Mercy, Dame des Elisabeth-Ordens 2. Klasse. Vize-Präsidentin: Frau Franziska Baronin Trautenberg geb. Freiin von Launa.

Frau Aline Wamberger. Frau Berta Janta. Frau Glenore Gräfin Gatterburg, I. Assistentin des freiwilllichen adeligen Damenstiftes zu den heiligen Engeln in Prag. Frau Elisabeth Geemen-Weisser. Frau Jua Baronin Ringhoffer geb. Baronin Ringhoffer. Frau Marianne Baronin Ringhoffer geb. Gräfin Kostitz. Frau Olga Roth von Rothenhorst geb. Baronin Poststach, Dame des Elisabeth-Ordens 2. Klasse. Frau Rosa Weiss.

Wirtschafts-Komitee: Präsidentin: Frau Sophie Kapletal, Dame des Elisabeth-Ordens 2. Klasse. Vize-Präsidentin: Frau Marie von Kreisl.

Frau Malvine Ederer. Frau Marie Hasenbrädl. Frau Emma Kaufmann. Frau Irene von Sobitschka. Frau Anna Schubert. Frau Marie Zerboni. Frau Charlotte Zilchert.

Ortsausschüsse-Komitee: Präsidentin: Frau Irene von Sobitschka. Vize-Präsidentin: Frau Paula Hilgenreiter.

Frau Minie Ganghofner, Marienbad. Frau Ottilie Janisch, Friedland. Frau Elise Klausnitzer, Oberlentensdorf. Frau Franziska Kluge, Trautenuau. Minie Baronin Kubitzky, Prag. Frau Johanna Landwehr von Wehrheim, Schloß Hals bei Tachau. Frau Johanna Langer-Schroll, Braunau i. B. Frau Mathilde Legler, Reichenberg. Frau Rosa Lendcke, Aussig. Ihre Durchlaucht Frau Olga Prinzessin von und zu Liechtenstein, Marienbad. Frau Luise Weinmann, Aussig.

Delegierter des Hauptausschusses: Herr Vinzenz von Geemen-Waldeck.

Zweigvereine der Deutschen Landeskommision.

1. Armensektion des deutschen Vereines für städtische Angelegenheiten in Prag.
2. Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Pestschau.
3. Verein „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Lubitz.
4. Kinderschutzverein für den Landbezirk Reichenberg.
5. Kinderschutzverein für den Gerichtsbezirk Deutsch-Gabel.
6. Kinderschutzverein für den Bezirk Postelberg.
7. Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Rumburg.
8. Freier Pädagogischer Verein (Kinderhort) in Aussig.
9. Verein „Kinderschutz“ in Saag.
10. Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichtsprengel Warnsdorf.
11. Reichenberger Kinderschutzverein.
12. Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichtsprengel Schlackenau.

Zentralstelle für deutsche Waisensorge und Jugendfürsorge in Böhmen Prag-II., Krakauergasse 11.

Satzungen s. I. 432 ff.

Gründungsgeschichte I. 437 ff.

Vorstand:

Präsident: Dr. J. Titta, Vorsitzender d. d. Volksrates, Trebnitz;

1. Präsidentstellvertreter: IUDr. Alois Kluge, Rechtsanwalt, Trautenuau;

2. IUDr. Viktor v. Ottenburg, Landesbaudirektor, Prag;

Zahlmeister: Karl Hoffmann, Disponent, Prag;

Geschäftsleiter: Hugo Heller, Fachlehrer, Prag.

IUDr. Rud. Biermann, Prag; IUDr. Karl Frengl, Rechtsanwalt, Falkenuau; IUDr. Wenzel Graf von Gleispach, k. k. Univ.-Prof., Prag; E. W. Gröschl, Bezirksobmann, Tetschen; k. k. U.K. Franz Janisch, Friedland; Karl Jarisch, Fabrikdirektor, Prag; Anton Kießlich, Zeitungseigentümer, Prag; IUDr. Rud. Ritter Lodgman von Auen, Aussig (als Vertreter der Zentralstelle der deutschen Bezirke Böhmens); Jul. Bohl, Bürgerschuldirektor, Smichow (als Vertreter des deutschen Landeslehrervereines); Franz Schiffner, Bezirksobmann, Haida; Dr. Jos. Zaus, k. k. Univ.-Prof., Prag; lic. Dr. Robert Zilchert, Pfarrer, Prag.

Erster Tätigkeitsbericht der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Böhmen. 24. Juni 1906 bis 31. Dezember 1908.

Nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit gehen wir daran, der deutschen Öffentlichkeit Bericht darüber zu erstatten, was uns während dieser Zeit zu leisten möglich war und hegen hierbei die zuversichtliche Erwartung, daß ein Einblick in unsere Wirksamkeit uns neue Freunde und Förderer zuführen werde.

Die Ziele, die wir uns gestellt haben, wurden zu Beginn unserer Tätigkeit der deutschen Öffentlichkeit in der ersten Nummer unserer „Mitteilungen“ bekanntgegeben. Wenn es uns nun auch nicht möglich war, die großen Aufgaben wirklich zu lösen, so können wir doch in der kurzen Zeit unserer Jugendföhrarbeit auf sehr erfreuliche Erfolge zurückblicken. Als ein Jahr nach der Gründung unserer Zentralstelle die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge entstand, war gleichzeitig auch Gelegenheit geboten, durch eine Arbeitsteilung mit vereinten Kräften seitens zweier großer Organisationen dem deutschen Jugendschutz zu dienen. Bei dieser Arbeitsteilung fiel uns die Fürsorge für die gesunde verwaiste deutsche Jugend zu, während die deutsche Landeskommission jene für die körperlich, geistig oder sittlich nicht gesunde Jugend übernahm.

Seit Beginn unserer Arbeit lag uns daran, die deutsche Bevölkerung Böhmens für die so ungemein nötige und segensreiche Tätigkeit der Jugendfürsorge zu interessieren. Diesem Zwecke dienten vor allem die große Jugendfürsorgekonferenz zu Prag und die Herausgabe des „Jahrbuches der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen“. Über die Durchführung der praktischen Waisenspflege folgt nachstehend der gedrängte Bericht.

I. Aufklärungsdiensf.

Um den Gedanken des Kinderschutzes und der Jugendfürsorge überall hin zu verstreuen, traten wir wiederholt mit sämtlichen deutschen Gemeinden Böhmens, mit den Schulleitungen, den Bezirksvertretungen in Verkehr und suchten in allen Teilen Böhmens Mitarbeiter als korrespondierende Mitglieder der Zentralstelle zu gewinnen. Mit lebhaftem Danke sei hiebei der großen Bereitwilligkeit der Lehrerschaft und der selbsttätigen Energie von Herren aus dem Richterstande gedacht, die unseren Absichten sehr förderlich waren.

Zahlreiche Zeitungsartikel berichteten weiter über unsere Ziele und die zu lösenden Aufgaben und es sei der deutschen Presse für die uns gebotene Unterstützung verbindlichst gedankt.

II. Zusammenschluß der Kinderschutzvereine.

Unser Bestreben, die deutschen Kinderschutzvereine zur wirksamer Tätigkeit innerhalb unserer Zentralstelle zu vereinigen, fand bei diesen volles Verständnis und lebhaftest Förderung. Zur praktischen Durchführung kam der Zusammenschluß infolge der Gründung der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag nicht.

Die Organisation dürfte nun wohl von der deutschen Landeskommission durchgeführt werden. Dieser Umstand wird hoffentlich nicht verhindern, daß sich zwischen unserer Zentralstelle und den Kinderschutzvereinen immer lebhaftere und freundschaftlichere Beziehungen entwickeln. Oft wird es möglich sein, daß wir uns beide durch Rat und Tat unterstützen und unsere Mittel gegenseitig derart einander ergänzend benützen, daß entweder Kinder durch Unterstützungen der Zentralstelle bei Kinderschutzvereinen oder durch Beiträge von Kinderschutzvereinen bei der Zentralstelle erzogen werden.

III. Neugründung von Kinderschutzvereinen.

Um solche zu bewerkstelligen, unternahmen wir in sämtlichen Gerichtsbezirken, wo sich noch keine Kinderschutzvereine befanden, die entsprechenden Vorarbeiten. Tatsächlich gelang es, in einigen Bezirken Kinderschutzvereine zu gründen. Da die Verhältnisse in einzelnen Bezirken sehr ungünstige sind, gehört zur Durchführung dieser Aktion Geduld, Ausdauer und — Geld.

IV. Mitteilungen.

Um jedem Interessenten einen Überblick über unsere Vereinszwecke zu ermöglichen, ließen wir eine Aufklärungsschrift als „Mitteilungen der Zentralstelle“ erscheinen und brachten sie an alle deutschen Gemeinden Böhmens sowie durch den „Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse“ und durch die „Deutsche Arbeit“ zum Versand. Dem genannten Vereine und der „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen“ sei für ihre Unterstützung bestens gedankt.

V. Erste deutschböhmisches Jugendfürsorgekonferenz

zu Prag am 23. und 24. Feber 1907.

Wir fanden es für notwendig, weitere maßgebende Kreise für die Jugendfürsorge zu interessieren. Diesem Zwecke diente eine allgemein zugängliche Konferenz, welche zu Prag im

großen Saale des deutschen Vereinshauses abgehalten wurde und die einen voll befriedigenden Verlauf nahm. Über die Verhandlungen erschien ein eigener Bericht im Umfange von 120 Seiten Großoktab, der bereits vergriffen ist.

Allen jenen Herren, welche sich für die Konferenz als Vortragende in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt.

Wir haben die hochbefriedigende Überzeugung, daß durch die Konferenz mancher neue Freund für die Jugendfürsorge gewonnen worden ist.

VI. Erster Österreichischer Kinderschutzkongress zu Wien

am 18., 19. und 20. März 1907.

Seitens unseres Vorstandes nahmen an diesem Kongresse teil die Herren: Dr. Litta, Dr. v. Dittenburg.

Herrn III. Dr. Wenzel Graf von Gleispach, welcher später die Güte hatte, unserer Zentralstelle beizutreten, gebührt ein großer Verdiensteil bei den Vorarbeiten und der Durchführung des Kongresses, bei dessen Verhandlungen er auch als Referent der Sektions- und der Plenarversammlungen tätig war.

VII. Einrichtungen von Jugendfürsorgeanstalten.

So weit es uns möglich war, suchten wir in zahlreichen Fällen diesbezüglichen Rat zu erteilen, arbeiteten Planstizzen (selbstverständlich ohne jedwede technische Durchführung) aus, besorgten gewünschte bibliographische Zusammenstellungen und richteten das Dr. Karl Schüller-Waisenheim d. B. d. D. i. B. nach unseren Erfahrungen und Grundsätzen ein.

VIII. Landeswaisenfond.

Wir ersuchten sämtliche Gemeinden um Einbringung von Gesuchen beim Landesaussschusse um Bewilligung von Erziehungsbeiträgen aus dem Landeswaisenfond und stellten ihnen Gesuchformulare und „Beschreibungsbogen“ zur Verfügung.

Die weitere Durchführung der Aktion zur Wahrung der gerechtfertigten Ansprüche deutscher Waisen am Landeswaisenfond übernahm die Zentralstelle der deutschen Bezirke in Aufsj und der deutsche Volksrat.

IX. Fürsorgeerziehungsgesetz.

Auch mit dieser hochwichtigen Angelegenheit beschäftigten sich mehrere unserer Sitzungen. Es wurden alle Nachreilmöglichkeiten des Gesetzes in nationaler Hinsicht gründlich erörtert und die weiteren Schritte ebenfalls den beiden genannten Korporationen überlassen.

X. Findelpflege.

Es ist Tatsache, daß die in der Prager Findelanstalt geborenen Kinder ausschließlich an tschechische Pflegeparteien abgegeben werden. Die Findelanstalt ist demnach wieder eine jener Landesanstalten, deren Vorteile nur den Tschechen zu gute kommen. Mit dem sechsten Lebensjahre werden bekanntlich die Erziehungsbeiträge der Findelanstalt für Findlinge eingestellt und viele solcher Kinder werden nun den Heimatgemeinden zur Verfügung gestellt. Nun erhalten urdeutsche Gemeinden plötzlich ganz tschechische Kinder zugeschiakt, die auch nicht ein Wort deutsch verstehen!

Es sind uns auch Fälle bekannt geworden, in denen sich die Direktion der Findelanstalt bereit erklärt hat, gegen einen Beitrag der Heimatgemeinde weiter für das Kind zu sorgen — und es gibt wirklich solche deutsche Gemeinden, die darauf eingehen, wie es ja auch deutsche Gemeinden gibt, die ihre deutschen Waisen ins Tschechische abgeben und sich nicht schämen, diesen Sündenlohn des Verrates am eigenen Volkstum in Form der ersparten Kronen, die sie für die Erziehung der Kinder hätten ausgeben müssen, ruhig einzustecken.

Wir riefen durch den deutschen Volksrat die deutschen Gemeinden auf, unsere Rechte auch an dieser Landesanstalt zu beanpruchen und mitbehilflich zu sein, die deutsche Bevölkerung wieder für die Findelpflege zu gewinnen. Ohne die genügende Zahl deutscher Pflegeeltern läßt sich für uns kein Erfolg erzielen.

XI. Jahrbuch der deutschen Jugendfürsorge in Böhmen.

Die Herausgabe eines ständig orientierenden, verlässlichen Wegweisers durch die Angelegenheiten der Jugendfürsorge trat mit unabweislicher Notwendigkeit an uns heran; trotz des Bestrebens, sämtliche uns zugewendeten Spenden unmittelbar der verwaisten Jugend zukommen zu lassen, schritten wir doch an die Herausgabe des Jahrbuches.

Unsere Hoffnungen auf einen lebhaften Absatz des Jahrbuches haben sich nicht erfüllt. Das Interesse für die Jugendfürsorge schien bei manchem schon bei einer Auslage von 7 Kronen zu erlöschen. Wollten wir aber die Druckkosten des Jahrbuches wieder hereinbringen, um sie unseren Waisen zuwenden zu können, dann konnten wir den Preis nicht niedriger festsetzen. Vom Selbstverlage des Jahrbuches sahen wir mit Rücksicht auf die beschränkte Absatzmöglichkeit ab, obzwar wir dann das Werk hätten um 40% billiger abgeben können. Wegen des mangelhaften Verständnisses, das die Jugendfürsorge findet, ist es umso nötiger, beharrlich an der Aufklärung hierüber in Deutschböhmen zu arbeiten und deshalb wird das Jahrbuch auch weiterhin jährlich erscheinen.

Wir erfüllen eine lebhaft empfundene Dankespflicht, wenn wir auch an dieser Stelle der Mitarbeiter am ersten Bande des Jahrbuches mit freundlichen Dankesworten gedenken, insbesondere der Herren:

I. I. LGH. Franz Janisch, Friedland;
 A. Kindelmann, Prag;
 JUDr. Alois Kluge, Trautenu;
 JUDr. Viktor von Ottenburg, Prag;
 Berrn. Pfeiffer, Reichenberg;
 Dir. J. Kadauer, Grulich;
 Prof. Dr. S. Reicher, Wien;
 Pfarrer E. Schmid, Dautz;
 O. L. A. Brbka, Znaim;
 I. I. Gerichts-Adjunkt G. Werner, Paiba;
 lie. Dr. R. Zilchert Prag.

Alle Freunde unserer Zentralstelle werden herzlich gebeten, für die Verbreitung des Jahrbuches mitzuzorgen, damit womöglich die ganze Auflage abgesetzt werde.

XII. Waisenflege.

Wenn auch unausschiebbar notwendig und von höherem nationalen und humanitären Werte als dies unseren absichtlich knapp gehaltenen Berichten zu entnehmen ist, waren die im vorausgehenden geschilderten Zweige unserer Tätigkeit doch nur Mittel zum Zwecke —: der wirklich durchgeführten Jugendfürsorge, der tatsächlichen Pflege und Erziehung hilfsbedürftiger Kinder. Zu um so größerer Freude gereicht es uns nun, feststellen zu können, daß wir in dieser Hinsicht mehr zu schaffen in den Stand gesetzt wurden, als wir anfangs zu hoffen wagten und daß wir in der kurzen Zeit unseres Bestandes

161 Kindern

vollständige Pflege und Erziehung angebeihen lassen konnten.

Folgende Gemeinden trugen zur Erziehung von Zöglingen bei:

Alberitz, Auscha, Aussig, Bilin, Chotieschau, Dobruan, Dörsch, Georgswalde, Haindorf, Hohenelbe, Horosedl, Johannesberg, Kaaden, Raunowa, Runnersdorf, Ladung, Lobositz, Kl. Mergtal, Rentkirchen, Nied.-Lichtenwalb, Obergrund, Preßnitz, Schallan, Schölschen, Schwarzenitz, Tollenstein, Tschernoschin, Wegstädtl.

Weiters wendeten uns Erziehungsbeiträge zu:

Kleinmann Franz in Jentschitz, Liebig Karl in Wischkowa, Riehm Hugo in Ruditz, Paatz Johann in Jentschitz, Ungenannt in Reichenberg, Zenser Katharina in Prag, ferner Kinderschutverein in Friedland, Kinderschutverein in Niemes, Landeswaisenfond, Deutsche Hilfs-gesellschaft in Ofsegg (im Jahre 1909 verrechnet) und „Deutsche Landeskommision für Kinderschut und Jugendfürsorge in Böhmen“.

Die Verrechnung dieser Zuwendungen, sowie die Aufzählung jener Bezirksvertretungen, Stadt- und Gemeindevertretungen und jener Korporationen, Vereine und Einzelpersonen, die uns durch Spenden unterstützten, ist in den beiden Kassaberichten (I. vom 24. Juni 1906 bis 31. Dezember 1907, II. Jahr 1908) enthalten.

Wir fassen an dieser Stelle unsere aufrichtig und tief empfundenen Gefühle des Dankes für die uns gewordene Förderung in einem herzlichen: „Bergelts Gott!“ zusammen.

Es wäre nun über die Durchführung unserer Waisenflege zu berichten. Unsere Stellungnahme zur Anstalts- und zur Familienpflege haben wir im Jahrbuche I, S. 49 ff., geklärt. Zur Errichtung eigener Anstalten fehlten uns die Mittel; doch wurde uns dank dem großen Entgegenkommen des Bundes der Deutschen in Böhmen Gelegenheit geboten, auf die Anlage und innere Leitung des

Dr. Karl Schückerwaisenheims zu Nieder-Johnsdorf bei Landskron i. B. Einfluß zu nehmen. Schließlich wurde uns durch Vertrag auch die Verwaltung dieses Heims übertragen.

Der größte Teil unserer Waisen ist in Pflegefamilien untergebracht. Wir waren bemüht, den Nachteilen, die die Familienpflege aufweist, soviel als nur möglich zu begegnen und deren Vorteile ebenso sehr zur Geltung gelangen zu lassen. Dazu gehörte vor allem strenge, verlässliche Aufsicht der Kinder und der Pflegefamilien. Um diese zu erzielen, war es geboten, die Waisen in hiezu besonders geeignete Orte anzusiedeln, da sich ein zu weit verzweigtes Netz von Pflegestellen zu schwer beaufsichtigen läßt und es bei den meisten Kindern unbedingt nötig erscheint, sie nicht in ihrer bisherigen Umgebung oder selbst in deren Nähe zu belassen, sondern in ganz neue Verhältnisse zu bringen. In kleineren Ansiedlungen bedienen wir uns zur Durchführung der Aufsicht und zur Leitung der Erziehung eines Waisenvaters, in größeren Ansiedlungen eines deutschen Waisenvaters der Zentralstelle. Die Art der Zusammenfassung und die Wirksamkeit dieser Hilfsorgane wurde im Jahrbuche (I., S. 36 ff.) dargestellt. Es ist klar, daß unser Dank in erster Reihe jenen Mitarbeitern gebührt, die sich um die Leitung unserer Waisenanstalten verdient gemacht haben. Es sind dies:

Der deutsche Waisenrat in Trebnitz, bestehend aus folgenden Herren: Benacký Jof., Oberlehrer, Fräul. Math. Lüders, Alf. Ludwig, Organist, Jof. Matke, Bürgerich.-Dir., Friedr. Pechanel, Fachlehrer, Felix Reimann, Pastor und Dr. Jof. Titta.

Für die Ansiedlung Benesko bei Hohenelbe:	Schulleiter J. Gottstein,
" " "	Sofiental bei Taus : Oberlehrer Joh. Gleißner,
" " "	Julienhain b. Gräben: Oberlehrer Schafke,
" " "	Ludiz : Drogist Eisenkolb,
" " "	Kapitz : Bezirksrichter Dr. Rogler.

Außerhalb dieser Ansiedlungen sind Kinder untergebracht in:

Prag, im Waisenheime Neuborf d. B. d. D. i. B., im Kaiser Franz Josef I. Fürsorgeheime Plessig der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge, im Waisenhaus zu Komotau, im Waisenhaus zu Dauba, in Gemüden am Main (Schwachsinnigenanstalt St. Josefsbaus), im Dr. Karl Schücker-Waisenheime d. B. d. D. i. B., in der deutschen Wirtschaftsschule zu Trebnitz; zahlreiche andere sind als Lehrlinge in den verschiedensten Orten Böhmens bei deutschen Meistern in der Lehre; einige konnten wegen eigener Erwerbsfähigkeit aus der Pflege entlassen werden.

Die Einführung der Pflegeeltern in ihre Verpflichtungen den übernommenen Kindern gegenüber enthält ein von uns herausgegebenes Pflegebuch, welches zugleich jeder Aufsichtsperson sofortigen Überblick über alles Wissenswerte aus den vorausgegangenen Verhältnissen des Zögling's bietet. In das Pflegebuch werden auch die Zeugnisabschriften und die vierteljährigen Erziehungsberichte eingetragen.

Wir haben im allgemeinen die Erfahrung gemacht, daß es nicht an geeigneten Pflegefamilien fehlt; nur müssen sie richtig angeleitet und regelmäßig beaufsichtigt werden. Eine ganze Reihe von Orten sind als künftige Waisenanstalten vorgemerkt, unter anderen auch solche, die durch Auswanderung der ortsanässigen Bevölkerung an einer Entvölkerung (besonders der Schulen) zu leiden haben. Nicht selten haben solche Orte jedoch starke tschechische Einwanderung zu verzeichnen, die sie in die Gefahr der Tschechisierung bringen. Doch fehlt es uns vorläufig vollkommen an Mitteln, neue Ansiedlungen zu errichten.

Sämtliche übernommenen Kinder werden von uns erst mit erreichter Erwerbsfähigkeit entlassen. Die 14jährigen Zöglinge werden dem frei gewählten Berufe (Landwirtschaft, Gewerbe, Handel) zugeführt.

Gerade während der Lehrzeit und auch noch einige Jahre darüber hinaus ist eine gewissenhafte Erziehungsoblast unerlässlich. Wir haben alle Ursache, öffentlich Anklage zu erheben über die Teilnahmslosigkeit einer großen Zahl von Vormündern an dem Schicksale ihrer Mündel und darüber, daß viele Kinder überhaupt keinen Vormund haben! Es ist uns höchst selten ein Fall vorgekommen, daß sich ein Vormund um das Befinden seines Mündels erkundigt hätte. — Wer selbst mit fremden Kindern zu tun hatte, die in die Pflegejahre kommen und die Übelstände unseres Lehrlingswesens im allgemeinen kennt, der wird einerseits die Schwierigkeit, andererseits die Notwendigkeit der freiwilligen Vormundschaft, die wir auch in dieser Zeit ausüben, richtig beurteilen. Schon die Auswahl eines richtigen Lehrherrn ist keine leichte Aufgabe. Ein Großteil der Schuld an dem Mangel von Lehrlingen und dem Einstromen der schulentlassenen Jugend in die Fabriken und in sonstige ungelernte Berufe trifft den Lehrherrn selbst. So mancher Lehrjunge hat in seiner Lehrzeit eine wahre Hölle durchzumachen und es ist oft kaum glaublich, wieviel Rohheit und Rücksichtslosigkeit bei Leuten gefunden wird, die es sonst verstehen, den Anschein zu erwecken, als wären sie die verkörperte Hilfsbereitschaft. Solchen Leuten passen Waisenkinder deswegen gut, weil sie wissen, daß deren Tränen ungesehen fließen müssen und deren Senfzer ungehört verhallen. Kommt aber der Vertreter eines Kinderschutzbereines und versucht es höflich, den Lehrherrn zu einer kinderfreundlicheren Auffassung seiner in der Gewerbeordnung vorgeschriebenen Pflichten zu belehren, dann erntet er Grobheiten erster Güte; entweder wird der Lehrling zur Verfügung gestellt oder er wird für den Herrn „Brotgeber“ überhaupt eine Null. Und dann klagt man darüber, daß unsere schulmündigen Kinder lieber in die Fabriken laufen, als eine solche Lehrzeit, deren Unannehmlichkeiten sie vom Hörensagen kennen lernen, selbst mitzumachen. Vielleicht liegt ein Grund dafür, daß sich weder zwischen

Gewerbe und Lehrling, noch zwischen Lehrling und Lehrherrn innigere Beziehungen herstellen, nicht zuletzt darin, daß sich im deutschen Gewerbe schon eine rechte Standeskluft zwischen dem Gewerbeinhaber und seinem Nachwuchs aufgetan hat, ein Übelstand, der im tschechischen Gewerbebestande bei weitem nicht so fühlbar ist.

Wir hoffen bereits im nächsten Jahre über einige praktische Hilfsarbeiten für Lehrlinge berichten zu können.

Bei dieser Gelegenheit sprechen wir jenen Lehrherren, welche Zöglinge unserer Zentralschule aufgenommen haben, unseren herzlichsten Dank aus.

Durch die Verleihung eines vollständigen Freiplazes an der Handelschule Wilhelm Wertheimer seitens des Direktors Herrn Wilhelm Wertheimer an unseren Zögling Fritz Benesch, wurde es diesem möglich, sich an der gebiemen Anstalt eine weitergehende fachliche Ausbildung zu holen. Herrn Direktor Wertheimer, der schon so vielen jungen Leuten zu weiterem Fortkommen behilflich war, sei für das uns bewiesene Wohlwollen der herzlichste Dank zum Ausdruck gebracht.

Zwei Zöglingen wurde der Besuch der Handelschule Bergmann ermöglicht. Auch die Direktion dieser Anstalt kam uns in dankenswerter Weise entgegen, indem sie für einen Zögling einen halben Freiplatz gewährte. Aufrichtigen Dank für diese Förderung!

Ein Zögling zeichnete sich an der Kaufmännischen Fortbildungsschule des Prager Handelsgremiums durch seinen Fleiß vorteilhaft aus und erhielt die Freiherr von Rubinztsche Schullstiftung zuerkannt.

Ein Lehrling lernte durch Zufall einen vermögenden Onkel in Paris kennen, der ihn zu sich nahm und in seiner Fabrik ausbilden wird; wir standen ihm mit Rat und Tat bei dieser günstigen Wendung seines Lebensschicksals bei.

Schwere Sorgen, viele Mühe und Plage machten uns solche Zöglinge, die erst nach Jahren vorausgegangener Verwahrlosung in unsere Pflege kamen.

Das Unkraut ist bei ihnen so tief in die Wurzel geschossen, daß es fast unmöglich erscheint, noch etwas mit diesen Kindern zu richten. Ein sicherer und bleibender Erziehungserfolg wird aber nur erzielt, wenn solche Kinder möglichst zeitig in andere Verhältnisse kommen.

Über jene Kinder, die infolge krankhafter Zustände für die Zukunft in die Kompetenz der Landeskommission fallen, bisher aber von uns versorgt worden sind, berichten wir nur, daß 3 schwachsinrige, 1 taubstummer, 1 epileptischer, 2 verkrüppelte Zöglinge von uns verpflegt werden.

8 Mädchen ermöglichten wir den Besuch der deutschen Wirtschaftsschule in Trebnitz durch Verleihung ganzer oder teilweiser Freiplätze.

Wegen Abgabe von Kindern an kinderlose Leute an Kindesstatt wurde öfters an uns herangetreten. Die gemachten Erfahrungen werden uns jedoch diesbezüglich noch vorsichtiger machen, als wir es ohnedies schon waren. Gewöhnlich sieht man doch in solchen Kindern nur willkommene Arbeitskräfte, die man sonst so billig nicht findet. Leute, die in den Verhältnissen wären, sich ein Waisenkind heranzuziehen, haben gewöhnlich ein unbefiegbares Vorurteil gegen solche Kinder und darunter müssen auch jene leiden, die selbst besseren Verhältnissen entstammen und sich auch in solchen bewähren würden.

Bezüglich unseres Verhältnisses zum Dr. Karl Schücker-Waisenheime des Bundes der Deutschen in Böhmen haben wir bereits erwähnt, daß dieses Heim Eigentum des Bundes der Deutschen in Böhmen ist. Nachdem es jedoch dem Unterausschusse für Waisenversorgung des Bundes vorläufig unmöglich war, aus eigenen Mitteln den Betrieb der Anstalt aufzunehmen, ohne eine der übrigen Ansiedlungen oder Anstalten anzulassen, übergab der Bund gegen Vertrag den Betrieb der Anstalt unserer Zentralschule. Es war uns dadurch Gelegenheit geboten, unsere Gedanken über die Einrichtung zeitgemäher Waisenanstalten in Wirklichkeit umzusetzen. Die ausführliche Darstellung der Anlage des Dr. Karl Schückerheims, sowie den Bericht über die Größungsfeier vom 11. Oktober 1908 enthält der Bericht des Unterausschusses für Waisenversorgung des B. d. D. i. B., dem auch unser Bericht angehängt wurde und auf den wir hiemit verweisen.

Zur Ausgestaltung der prächtigen Anstalt werden bedeutende Mittel nötig sein, zu deren Ausbringung eine eigene Aktion durchgeführt werden muß.

Die Pläne zur Errichtung anderer dringend notwendiger Ansiedlungen und Anstalten mußten leider zurückgelegt werden, da bei unseren derzeitigen Einnahmsverhältnissen jede Aussicht fehlt, sie in Wirklichkeit umzusetzen. Dringend notwendig sind praktische Erziehungsanstalten für Waisenmädchen, Wohlfahrtsanstalten aller Art für das Erzgebirge, den Böhmerwald, Westböhmen, Südböhmen, Lehrlingsheime im ganzen Lande, ebenso Tagesheimstätten. Die nötigen Anstalten für verwahrloste, franke Kinder usw. ziehen wir hiebei gar nicht in Betracht, nachdem sie in die Kompetenz der Landeskommission fallen.

Wohlfahrtseinrichtungen für Jugendfürsorge in den deutschen Bezirken Böhmens.

Erklärung:

Bezirk = fett gedruckt. W = Waisen- und Jugendfürsorgeanstalten. J = Jugendfürsorgevereine. R = Referent über Armen- und Waisenangelegenheiten im Bezirksausschusse.

Arnan. W Kinderbewahr- und Jugendfürsorgeanstalt in Arnau, Kindergarten der Flachsgarnspinnerei Neumann u. Co. in Roschowitz, Arbeiter- Speisehaus der Spinnerei Ad. Mandl in Mastig.

Auscha. W Evangelisches Waisenhaus.

Auscha. W Evangelisches Waisenheim in Haber. R Ignaz Steinitz, Bezirksobmann in Auscha.

Aussig. W Kaiser Franz Josef Asyl- und Waisenhaus-Aussig, evangelisches Waisenhaus-Wittal, Knabenhorte I und II für schulpflichtige Knaben in Aussig, Kindergärten in Aussig, Obersiedlitz und Großpriesen, Kinderbewahranstalt Aussig, Ferienkolonie Aussig, Jugendfürsorgeheim = Schwaden. R Josef Rädler, Biegeleibesitzer in Aussig.

Bensen. W Ferienkolonie Wernstadt, Kinderkrippe und Kindergarten der Wernstädter und Gbörner Textil-Aktiengesellschaft Wernstadt, Mädchenheim der Firma F. Mattausch u. Sohn in Bensen. J Verein zur Pflege wirk- samen Kinderschutzes für den Gerichtssprengel Bensen. R Josef Pietschmann, Bezirksobmann in Bensen.

Bergreichenstein. W Kinderbewahranstalt Bergreichenstein. J Unterstützungsverein der k. k. Staatsrealschule in Bergreichenstein.

Bilin. J Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Bilin.

Bischofsteinitz. W Die Errichtung eines Bezirksweisenhauses ist beschlossen. R Georg Wollitzer-Kozoura, Andreas Stanger-Maschowitz, Ziegler Andreas-Wostratschin, Max Hofmann und Anton Enge-Bischofsteinitz, Gustav Wollner-Stantau, Johann Bauer-Mirschkau.

Böhm.-Ramnitz. W Teplitzer Ferienheim in Gersdorf. J Verein zur Pflege wirk- samen Kinderschutzes für den Gerichtsgerichtsprengel Böhm.-Ramnitz. R J u Dr. Johann Wenzel.

Böhm.-Leipa. W Waisenhaus der Stadt Böhm.-Leipa, Freitischstiftung und Studentenherbergen in Böhm.-Leipa. J Jugendfürsorgeverein für den Gerichtsbezirk B.-Leipa, B.-Leipaer Waisenhausverein, Fürsorgeverein für entlassene Sträflinge. R Kais. Rat Friedrich Bredschneider, Ritter v. Fr. J. D., Bürgermeister in B.-Leipa.

Braunau. W Krippen, Tagesheimstätte, Kindergarten und Bäder. R Dr. Eppinger, Bezirksobmann in Braunau.

Brüx-Katharinaberg. W Waisenhaus St. Josefsheim-Brüx, das Bezirks- weisenhaus ist im Baue begriffen. J Jugendfürsorgeverein für die Bezirke Brüx, Katharinaberg und Oberleutensdorf, Frauenverein zur Unterstützung armer Waisenfinder, Verein der Schulfreunde, Komitee zur Erhaltung einer deutschen Ferienkolonie, Israelitischer Frauenverein. R Karl v. Pohnert, Bezirksobmann in Brüx.

Buchau. R Alois Hausner, Bezirksobmann in Deutsch-Rillmes.

Budweis. W Waisenanstalt der barmh. Schwestern vom hl. Karl Bor. in Budweis, Waisenkolonie d. B. d. D. i. B. in Leitnowitz.

Dauba. W Schiffnerisches Waisenhaus-Dauba, Knaben- und Mädchenwaisen-der evang. Brüderkirche-Dauba, Kleinkinderbewahranstalt-Hirschberg, Mittagsauspeisung für auswärtige Schulkinder während der Wintermonate. J Kinderschutverein für den Gerichtsbezirk Dauba. R Josef Tepper, Bezirksobmann, Saffchen.

Deutsch-Gabel. J Kinderschut- und Jugendfürsorgeverein für den Gerichtsbezirk Deutsch Gabel.

Dobruan. W Waisenhaus des Bundes der Deutschen in Böhmen in Neudorf.

Dux.

Eger. W Waisenhaus des Egerer Vertretungsbezirktes Wies, städtisches Waisenhaus in Eger. J Schulsuppenauspeisungen in Seeburg, Nebanitz, Trebendorf und Eger. R C. Krämling, Bezirksobmann-Eger.

Elbogen. W Städtische Kleinkinderbewahranstalt in Elbogen. J Verein Kinderfreunde in Elbogen. R Karl Frankl, Privatier in Elbogen.

Falkenau. W Kinderaisl des Frauenhilfsvereines in Falkenau a/G., Kindergarten der Britannia-Kohlenwerke in Königswert. J Frauenhilfsverein für Falkenau und Umgebung. R Franz Kallser, Oberförster in Falkenau a/G.

Friedland. W Kinderheim, Krippe und Tagesheimstätte in Friedland, Krippe in Neustadt a. T., Kindergarten in Haindorf. J Kinderschutverein für den Bezirk Friedland, Krippenverein in Neustadt a. T., Kindergartenverein in Haindorf.

Gablonz. W Ferienkolonie des deutschen Gebirgsvereins für Gablonz und Umgebung, Ferienheim des Zweigvereins des deutschen Landeshilfsvereines für Lungentranke. J Kinderschutverein für den Gerichtsbezirk Gablonz a. N. R Adolf H. Poffelt, Bezirksobmann in Gablonz.

Görkau. W Bäder in den Baumwollspinnereien von Conrad Kühne u. Söhne und Bernh. Kühne u. Söhne, sowie in der Volks- und Bürgerschule in Görkau.

Graslit. W Waisenhaus der Stadt Graslit, Stiftungsfond Josef Meindl. R Johann Mojsnitschka, Bürgerschuldirektor in Graslit.

Grahen. J Verein Kinderschut für den Gerichtsbezirk Grahen.

Grulich. W Kindergarten mit Kinderheim in Grulich, Mittagsauspeisung der Seidenweberei Brüder Steiner in Grulich, fgl. böhm. Knabenbesserungsanstalt in Grulich.

Haida. W Gräflisch Kinskysches Waisenhaus in Bürgstein, Kinderheim in Haida, Ferienkolonie in Blottendorf. J Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirk Haida. R Franz Schiffner, k. k. Notar in Haida.

Hainspach.

Hartmanitz.

Hohenelbe. W Waisenheim des Vereines Kinderschut in Hohenelbe. J Verein Kinderschut für den Gerichtsbezirk Hohenelbe. R Eduard Kleinig, Bezirksobmann in Hohenelbe.

Hohenfurt. J Kinderschutverein des Bezirktes Hohenfurt. R Bruner, Abt in Hohenfurt.

Hoflau.

Jechnitz.

Kaaden-Duppan. W Waisenhaus des Elisabethinerinnen-Klosters in Kaaden.

Kalsching. W Mittagsauspeisung für Schulkinder während der Wintermonate in Kalsching. R Franz Schlehta, Bürgermeister in Kalsching.

Kaplit.

Karbitz.

Karlsbad. J Verein „Kinderschutz“ in Karlsbad, Verein „Kinderfreund“ in Karlsbad.

Königinhof.

Königswart. R Martin Schwarz, Bezirksobmann in Königswart.

Komotau. W Waisenhaus der Schwestern vom hl. Kreuz. J Verein Kinderschutz für den Komotauer Ger.=Bezirk, St. Elisabethverein und Lungenheilverein in Komotau.

Kraskau. W St. Josefs-Kindersyl in Grottau. J Frauenhilfsverein für Grottau und Umgebung. R Leopold Schauer, Bezirksobmann in Neundorf.

Krumman.

Landskron. W Dr. Karl Schückerwaisenheim in Nieder-Johnsdorf.

Leitmeritz. W Waisenhaus der Schwestern vom hl. Karl Borromäus in Leitmeritz, Suppenanstalten und Bäder in einigen Schulen des Bezirkes. R Robert Mende, Bezirksbeamter in Leitmeritz.

Lobositz. W Krippe in Trebnitz, deutsche Waisenkolonie in Trebnitz. J Deutscher Waisenrat in Trebnitz.

Luditz. W Waisenkolonie und Kindergarten in Luditz. J Jugendfürsorgerein für den Bezirk Luditz.

Marischendorf. W Kinderschutzbewahranstalt und Krippe des Großindustr. Prosper v. Piette, Kinderbewahrungsanstalt der Gräfin Emma Czernin, Suppenanstalten in Marischendorf und Johannisbad. J Kinderschutzverein für den Gerichtsbezirk Marischendorf. R Johann Pfluger, Bezirksobmann in Marischendorf IV.

Mies. W Suppenanstalten in Mies, Kladrav, Tschernoschin und Schweiffing. J Hans Strziska, Bezirksobmann in Mies.

Neubistritz.

Neudek. W Waisenhaus der Anna Bernhardsstiftung in Neudek, Mädchen- und Knabenheim in Neudek.

Neuern.

Niemes. W Suppenanstalt an der Volks- und Bürgerschule in Niemes. J Kinderschutz- und Jugendfürsorgerein für den Gerichtsbezirk Niemes. R L. Schickelanz, Bezirksobmann in Niemes.

Oberplan. R Franz Wenzel, Sekretär in Oberplan.

Petschau. J Verein für Jugendfürsorge, R Bezirksobmann Erdmann Spies.

Pfrahmberg. R Wird von Fall zu Fall bestimmt.

Plan. J Kinderschutzverein für den Gerichtsbezirk Plan.

Platten. W Suppenanstalten an den Schulen in Platten, Bärzingen, Auertham, Hengstererben, Breitenbach und Zwittermühl.

Poderlam.

Postelberg. W Mittagsauspeisungen für auswärtige Schulkinder in den Volksschulen zu Postelberg. J Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Postelberg. R Eduard Meder, Bezirksobmann in Postelberg.

Pragatik.

Preßnitz-Weipert. W Suppenanstalten in den größeren Gemeinden. J Vereine der Schulfreunde in mehreren größeren Gemeinden.

Reichenberg. W Ferienkolonie des Zweigvereines für Lungenkranke, Kindergarten des Großindustr. Karl Edlen von Zimmermann in Althabendorf, öffentliches Bad mit Brause- und Wannenbädern des Großindustr. Jos. J. Salomon in Ratharinberg, Volksküche der Firma Ignaz Ginzley in Waffersdorf. J Kinderschutzverein für den Landbezirk Reichenberg, Kinderschutzverein für die Stadt Reichenberg.

Rochlitz.**Rokitnik.****Ransperg.****Rumburg.** W Deutsche Studentenherberge in Rumburg. J Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Rumburg. R Wenzel Rämpfel, Bezirksobmann in Rumburg.**Saaz.** W Städtisches Waisenhaus in Saaz, städtischer Kindergarten in Saaz. Kaiser Franz Josef I. Jubiläumskinderheim in Saaz, Kindergarten des Heinr. Böhner, Freiherrn v. Spitzenberg in Dobritschan. J Kinderschuttsverein für den Landbezirk Saaz.**St. Joachimstal.** R Jos. Schöffl, Landtagsabgeordneter in St. Joachimstal.**Schlaxar.****Schluckenau.** W Barbara Kumpfsches Waisenhaus mit Kinderasyl-Schluckenau, St. Josef Waisenhaus mit Kinderasyl-Georgswalde. J Kinderschuttsverein für den Gerichtsbezirk Schluckenau.**Staab.** R Wird von Fall zu Fall bestimmt.**Steken.****Tachau.** W Fürstlich Windischgrätzisches Eleonorenhaus und Tagesheimstätte in Tachau, Suppenanstalten für Schulkinder in Tachau, Altzedlitz, Paulusbrunn, Brand und Gireberg, Stillkrippe bei der k. k. Tabakfabrik in Tachau.**Tannwald.** W Kindergarten und Tagesheimstätte in Schumburg, Suppenanstalten in allen Schulen des Bezirkes. J Kinderschuttsverein für den Bezirk Tannwald.**Tepl. Marienbad.** W Waisenhaus für den Gerichtsbezirk M in Einsiedl.**Teplitz.** W St. Josefsheim-Gruppen, städtische Kinderbewahranstalt-Teplitz-Schönau, Verein für Ferienkolonie in Teplitz, Brausebäder und Kindergarten der Fa. Max Mühlig-Settenz.**Tetschen a/S.** W Krippe für Kinder in Tetschen. J Deutscher Verein für Jugendfürsorge und Kinderschutz im Gerichtsbezirke Tetschen, Frauenverein in Tetschen.**Trautenau.** W Allgem. Kinderbewahranstalt-Zungbusch, Krippe und Kinderbewahranstalt der Familie Joh. Faltis Erben-Trautenau, Krippe und Kinderbewahranstalt der Familie J. M. Kluge-Oberaltstadt, Ferienkolonie des Landeshilfsvereins für Lungenkranke in Döberle. J Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Trautenau, Zweigverein des deutschen Landeshilfsvereins für Lungenkranke i. B., Frauenverein zur Unterstützung Hilfsbedürftiger in Trautenau. R Dr. Alois Kluge, Bezirksobmann in Trautenau.**Tuschkau.****Warnsdorf.** W Waisenhaus-Warnsdorf, Tagesheimstätte und Studentenherberge in Warnsdorf, Kloster zur göttlichen Vorsehung in St. Georgental. J Jugendfürsorgeverein für den Gerichtsbezirk Warnsdorf, Verein der Kinderfreunde in Warnsdorf.**Wegstädtl.** R Karl Angermann, Bezirksobmann in Wegstädtl.**Wekelsdorf.** W Ferienkolonie in Ober-Drewitzsch, Suppenanstalt der Ortsgruppe des B. d. D. i. B. während der Wintermonate in Wekelsdorf. R Emil Siegel, Bezirkssekretär in Wekelsdorf.**Weseritz.** W Ferienkolonie in Konstantinsbad, Suppenanstalten während der Wintermonate in den Schulen. R Wird von Fall zu Fall bestimmt.**Wildstein.****Winterberg.****Zwickau i/B.** J Jugendfürsorgeverein für den Bezirk Zwickau.

Die Kinderschutzvereine in Deutschböhmen.

Erklärung:

Ort = fett gedruckt. N = Name des Vereines, V = Vorstandsmitglieder. M = Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1908. J = Jahresausgaben für 1908. S = Vermögensstand am 31. Dezember 1908. E = Eigene oder verwaltete Anstalten. A = Zahl der in ständiger Anstaltsflege stehenden Kinder. F = Zahl der in ständiger Familienpflege stehenden Kinder. Z = Zahl der vorübergehend unterstützten Kinder.

Bilin. N Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Bilin. V Obmann OLGK. Franz Hauser, Stellvertreter Gerichtsvorstand Karl Lang, 1. Schriftführer f. f. Notar Dr. Karl Landa, 2. Schriftführer f. f. Offizial Franz Theodor Lehr, 1. Schatzmeister Hausbesitzer Franz Schük, 2. Schatzmeister Bürgerchuldirektor Josef Wunderlich, Vorstandsmitglieder Domänenrat Hannakampf, Bürgermeister Schmattan, Bezirksobmann Barwinek, Erzdechant Karl Steiner, die Gemeindevorsteher Findler-Hofstomitz, Swoboda-Langugest, Schilhq-Kostenblatt, weiters Rechtsanwalt Dr. Prokliner und f. f. Richter Dr. Cerny. M 28 Gründer und 606 beitragende Mitglieder. J Unterstützungen 1040 K, Verwaltungsauslagen 74 K 55 h, Summe 1114 K 55 h. S 2614 K 99 h. A 3 im Waisenheime der deutschen Hilfsgeellschaft für Kinder in Ofjegg. F 1 Knabe. Z 35.

Böhm.-Kamnitz. N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes f. d. Bezirksgerichtsprängel B.-Kamnitz. V 1. Präsident f. f. OLGK. Anton Segert, 2. Präsident Advokat und Bürgermeister Dr. Johann Wenzel, 1. Kassier f. f. Oberpostverwalter i. R. Adolf Tielich, 1. Schriftführer Oberlehrer Hugo Schwalb. M 353. J 361 K 21 h. S 1644 K 31 h. Z 5.

Böhm.-Leipa. N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes f. d. Bezirksgerichtsprängel B.-Leipa. V 1. Präsident f. f. OLGK. Franz Merker, 2. Präsident f. f. Notar Ernst Feil, 1. Schriftführer Schriftleiter Alois Funke, 2. Schriftführer Privatier Karl Berndt, 1. Kassier f. f. Ranzlei-Obervorsteher Franz Luderer, 2. Kassier f. f. Steuerverwalter Anton Eigner, außerdem 15 Beisitzer. M 53 gründende und 554 ordentliche Mitglieder. J 862 K 89 h. S 3327 K 5 h. Z 19.

Brüx. N Frauenverein zur Unterstützung armer Waisenkinder. V Vorsteherin Rosa Egermann, Stellvertreterin Marie Friß. M 204. J 2476 K. S 17.221 K 89 h. A 3. F 27. Z 10.

Brüx. N Israelitischer wohlthätiger Frauenverein. V Friederike Spiß, Anna Langer, Klotilde Spiß, Rösi Blach, Charlotte Löwy, Anna Fleischer, Jda Häutler, Hermine Kohn, Wilhelmine Graf, Anna Stein, Ottilie Kohn, Sophie Kraus. M 116. J 3349 K. S 6000 K. A 1. F 9. Z 3.

Brüx. N Jugendfürsorgeverein für den Gerichtsbezirk Brüx. V Obmann kais. Rat und Bürgermeister Karl v. Bohnert, Obmannstellvertreter f. f. OLGK. J. Lufsch. M 330. J 529 K 75 h. S 11.022 K 34 h. A 3. F 2. Z 25.

Brüx. N Komitee zur Erhaltung einer deutschen Ferienkolonie in Brüx. V Protektor f. Rat und Bürgermeister Karl Bohnert, Obmann W. Engel, R. d. e. R.-D. Fabrikdirektor, Kolonieleiter Lehrer R. Bittner und Lehrer W. Hauptvogel, Kassier Buchdruckereibesitzer J. Heiterich, außerdem 7 Beiräte. J 2216 K 82 h. S 5200 K. E Eine Anstalt in Trschiblitß b. Lobowitz. Z 65.

- Brüx.** N Verein deutscher Schul- und Kinderfreunde. V Obmann kais. Rat und Bürgermeister Karl Pohnert, k. k. Bezirksschulinspektor Dr. Rahelsberger, Dechant J. Güntner, Dr. Leitner und die jeweiligen Leiter der deutschen Volks- und Bürgerschulen in Brüx. M 223. J Die jährlichen Gesamteinnahmen werden an die Schulleitungen zum Ankaufe von Schulrequisiten für arme Kinder verteilt.
- Dauba.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Bezirksgerichtsprängel Dauba. V Obmann k. k. LGK. Franz Carmine, Obmannstellvertreter Bezirksobmann Josef Zepper, 1. Schriftführer Fachlehrer Wenzel Stiebig, 1. Zahlmeister Bezirksarzt Dr. Max Steiner. M 15 Gründer und 399 ordentliche. J 250 K. S 1550 K 70 h. Z 7.
- D.-Gabel.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes f. d. Gerichtsprängel D.-Gabel. V Präsident k. k. LGK. Adolf Klein, 1. Präsidentstellvertreter Fr. Dufke, k. k. Notar, 2. Präsidentstellv. Wenzel Schutt, Bürgerschuldir., 1. Schriftführer Vinzenz Runge-Böhmischdorf, 2. Schriftführer Julius Schwarz, k. k. Steuerverwalter, 1. Kassier Franz Clar, k. k. Postmeister. M Gründende 20, beitragende 353, zusammen 373. J 448 K 53 h. S 778 K 16 h. A 4. F 9. Z 32.
- Duppau.** N Verein Kinderschutz für den Duppauer Gerichtsprängel. V 1. Vorsitzender mit 1 Stellvertreter, 1. Schriftführer mit 1 Stellvertreter, 1. Kassier mit 1 Stellvertreter und 7 Beisitzer. M 273. J 135 K. S 427 K 70 h. Z 19.
- Dux.** N Deutsche Hilfsgesellschaft für Kinder in Dfegg. V Präsidium Privatier Anton Hezer-Dfegg, Konrad Schnobel-Dfegg, Schuldirektor Josef Grunert-Dfegg, Bergbeamter Anton Hübner-Dfegg, Vorstand 28gliedrig. M 896. J 8728 K 62 h. S 4597 K 97 h. A 17. F 9.
- Friedland.** N Verein Kinderschutz für den Friedländer Amts- und Gerichtsbezirk Friedland. V 1. Präsident k. k. LGK. Franz Janisch, 2. Präsident Bezirksobmann Heinrich Ehrlich, Schriftführer Reinhold Fery; ferner Gutsbesitzer F. Heintischel, Gutsbesitzer Josef Herbig, Bezirkshauptmann Josef Hirsch, Gemeindevorsteher Fr. Hoffmann, Oberl. Karl Hübner, Bürgerm. Ad. Glöckner, Grundbesitzer Fr. Kaulserich, Dir. i. R. Ferd. König, k. k. Offizial Ant. Muzik, Steuerverwalter W. Walter, Kassier Heinrich Weitz, Gemeindevorsteher Anton Worf. M 62 Gründer, 1271 ordentliche, zus, 1333. J 35.674 K 36 h. S 44.821 K 61 h. E Tagesheimstätte in Friedland f. 20 über Tags aufsichtslose Kinder. A 38. F 31. Z 48.
- Grazen.** N Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Grazen. V k. k. Bezirksrichter Dr. Karl Hirsch, Bürgerschuldirektor Ant. Aul, k. k. Offizial Josef Dreßler, Prior P. M. Kugler, Distriktsarzt Dr. Ottokar Stadler, Domänendirektor Anton Teichl, Gemeindevorsteher Ferd. Barisch. M 110. J 208 K 60 h. S 338 K 30 h. Z 12.
- Haida.** N Verein zur Pflege wirks. Kinderschutzes für den Gerichtsbez. Haida. V 1. Präsident k. k. LGK. Johann Sieber, 2. Präsident k. k. Notar Franz Schiffner, 1. Schriftführer Wenzel Ernst, Lehrer, 2. Schriftführer Dr. Fritsch, Advokat, 1. Kassier Gottlieb Werner, k. k. Richter, 2. Kassier Theodor Rautenstrauch, Kaufmann.
- Hainspach.** N Verein für Pflege wirksamen Kinderschutzes im Gerichtsprängel Hainspach. V Obmann k. k. LGK. Jos. Kobler, Obmannstellvertreter Schuldirektor Fr. Bendel und 16 Ausschussmitglieder. M 8 gründende, 3 stiftende, 470 ordentliche, zus. 481. J 1152 K 24 h. S 1539 K 87 h. Z 46.
- Hohenelbe.** N Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Hohenelbe. V Präsident Dr. Julius Koller, k. k. Bezirksrichter, Vizepräsident Dr. Hubert Schrimpl, Advokat, Schriftführer Lehrer Gustav Brath, 2. Schriftführer

Adjunkt Rösler, Zahlmeister Frau Marie Zirn, Baumeistersgattin, ferner Bezirksobmann Ed. Pleinnig, Amtsleiter Hans Sigl, Schulinspektor Fink, Schuldirektor Spiller, die Gemeindevorsteher, Fabrikantensgattin Eugenie Krönig, Fabrikbes. Walter, Schuldir. Otto Ehinger, Oberlehrer Gröschl. M. Gründende 27, ordentliche 680, zus. 707. J 1490 K 14 h. S 22.056 K 21 h. E Ein Kinderheim. A 9. F 6. Z 4.

Hohenfurt. N Rinderschutz für den Hohenfurter Gerichtsbezirk. V Präsident Abt Brunno Pammer, Stellvertreter f. f. LGN. Jos. Stocklöm, Geschäftsleiter Stiftsrentmeister P. Paulus Heinrich. M 20 gründende, 280 ordentliche, zus. 300. J 404 K. S 2354 K. Z. 10.

Karlsbad. N Verein Rinderschutz in Karlsbad. V Obmann Leonhard Kohl, Kurhauspächter, Schriftführer A. J. Beer, Lehrer i. R., Kassier Franz Reiz, Kaufmann. M 16 gründende, 581 ständige, 550 ordentliche, zus. 624. J 6168 K. S 7391 K. A 23. Z Für Unterstützungen wurden 1337 K verausgabt.

Komotau. N Verein Rinderschutz für den Komotauer Gerichtsbezirk. V LGN. Heint. Graß, Obmann, Obmannstellvertreter Bezirkshauptmann Dr. Felix Czerny, ferner Bezirkschulinspektor R. Güttler, Oberbezirksarzt Gottlieb Reisinger, Dr. E. Rzesacz, Dr. E. Storch, Dr. G. Rörsch, Bürgermeister Anton Schiefer, Dechant Anton Pieschl, Pastor E. Piesch, J. Jasl, R. Zentscher, Oberlehrer Fr. Weigend, Frau Jani Tonbrana, Rabbiner Dr. E. Krafauer. M 141. J 184 K 85 h. S 4008 K 15 h. A 2.

Marienbad. N Verein zur Erhaltung eines Waisenhauses für den Gerichtsbezirk Marienbad in Einsiedl. V Friedrich Adam, f. f. LGN., Marienbad. M 395. J 17.376 K 83 h. S Fond 30.600 K. E Kaiser Franz Josef I.-Waisenhaus in Einsiedl. A 38.

Marschendorf. N Verein Rinderschutz für den Gerichtsbezirk Marschendorf. V 1. Präsidentin Frau Vera Gräfin Czernin v. Chudenitz, 2. Präsident Bürgerschuldirektor Berth. Wagner, 1. Schriftführer Lehrer Mor. Wanka, 2. Schriftführer Lehrer Jos. Zeschke, 1. Schatzmeister Bürgermeister Josef Hanke, 2. Schatzmeister f. f. Steuerassistent M. Pickert, ferner 9 Beisitzer. M 249. J 599 K 44 h. S 5168 K 72 h. F 14. Z 8.

Niemes. N Verein wirksamen Rinderschutzes für den Gerichtsbezirk Niemes. V R. f. Bezirksrichter R. Brinke, Privatier A. Fische, J. Brinke, Oberl. M 473 ordentliche, 13 gründende. J 756 K 88 h. S 1618 K 49 h. Z 13.

Oberleutensdorf. N Jugendfürsorgeverein des Gerichtsbezirkes Oberleutensdorf. V Obmann f. f. LGN. Jos. Dostal, Obmannstellvertreter J. A. Klausnitzer, Bürgermeister, 1. Schriftführer Bürgerschuldirektor Karl Franzl, 2. Schriftführer Oberlehrer Wenzel Forst, 1. Kassier f. f. Kanzlist Fr. Winkelbauer, 2. Kassier Dr. J. Klein, außerdem noch 14 Vorstandsmitglieder.

Plan. N Verein Rinderschutz für den Planer Gerichtsbezirk. V Präsident f. f. Bezirksrichter Ludwig Zimmermann, ferner Adolf Schneider, Georg Lottler, Franz Walters, Franz Paula, Wenzel Wiederer, Anton Ingrijsch, Dr. R. Trost, Th. Müller, Sigmund Stelzner, Hans Rapp, Karl Färber, Joh. Sternkopf, Anton Böhm, Jos. Wenig, Joh. Eckert. M 109. J 69 K 35 h. S 471 K 97 h. Z 4.

Postelberg. N Rinderschutz für den Bezirk Postelberg. V Präsident f. f. Bezirksrichter Dr. Fr. Jedlitschka, 2. Präsident Bezirksobmann Eduard Meber, 1. Schriftführer Fachlehrer Hans Spazal, 2. Schriftführer Fachlehrer Rudolf Herbst, 1. Schatzmeister Kaufmann Karl Fritsche, 2. Schatzmeister Sparfassenkontrollor Anton Krogner. M 226. J 133 K 58 h. S 295 K 42 h. Z 2.

- Reichenberg.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes f. d. politischen Landbezirk des Bezirksgerichtsprengels Reichenberg. V Obmann f. f. LGR. Karl Wimmer, Obmannstellvertreter Bezirksobmann Franz Besenmüller, 1. Schriftführer Oberlehrer Gustav Pettera, 2. Schriftführer Oberlehrer Karl Seibt, 1. Schatzmeister Kangleivorsteher Johann Menzel, 2. Schatzmeister Fabriksbeamter Hugo Sträßburger, ferner 9 Beiräte. M 788. J 2181 K 53 h. S 3465 K 77 h. A 4. F 27. Z 25.
- Reichenberg.** N Reichenberger Kinderschutzeverein. V Obmann Stadtrat Anton Heinrich, Obmannstellvertreter Ad. Horn, Stadtverordneter, Schriftführer Wilh. Möldner, Schriftführer Stadtverordneter Mfr. Hübner, Zahlmeister Stadtverordneter Andreas Beuer, ferner 9 Beiräte. M 320 ordentliche, 7 gründende. J 477 K 9 h. S 2833 K 17 h. F 2. Z 8.
- Rumburg.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Rumburg. V 1. Obmann f. f. Bezirksrichter Robert Hantschel, 2. Obmann Rechtsanwalt Dr. Ant. Rittel, 1. Schriftführer Gust. Walda, Bürgerschuldirektor, 2. Schriftführer Fachlehrer Karl Runze, 1. Kassier f. f. Notar Hugo Ritter v. Seidl, 2. Kassier f. f. Oberoffizial Jos. Heller, außerdem 10 Beisitzer. M 258. J 359 K 65 h. S 1474 K 95 h. Z 12.
- Saaz.** Kinderschutzeverein Saaz als Zweigverein der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. V 14, Damensektion 12, zusammen 26. M 669. J 1710 K 09 h. S 4077 K 42 h. E Kaiser Franz Josef I.-Jubiläumskinderheim in Saaz. A 30.
- Schluckenau.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsbezirk Schluckenau. V 1. Präsident f. f. LGR. Ad. Grohmann, 2. Präsident f. f. Bezirksarzt Dr. J. Czemetzka, 1. Schriftführer f. f. Notar Karl Trieselt, 2. Schriftführer f. f. Bezirksschulinspektor J. Fischer, 1. Kassier f. f. Richter Fr. Tompe, 2. Kassier Privatier Ad. Höffler. M 17 gründende, 248 ordentliche, zus. 265. J 744 K 64 h. S 767 K. A 2. F 9. Z 12.
- Tannwald.** N Verein Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Tannwald. V 1. Vorsitzender f. f. LGR. Robert Rothe, 2. Vorsitzender Bürgermeister Heinrich Stiegliß, 1. Schriftführer Dr. Leopold Kohn, Advokat, 2. Schriftführer Dr. Ignaz Krug, Advokat, 1. Schatzmeister f. f. Notar Robert Müller, 2. Schatzmeister Bürgermeister Karl Pössel. M 365. J 776 K 21 h. S 53 524 K 83 h. E Die Errichtung eines Kaiserjubiläums-Kinderheimes für den Gerichtsbezirk Tannwald ist beschlossen. A 2. Z 13.
- Trautenau.** N Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Trautenau. V Obmann Bezirksobmann Dr. M. Kluge, Stellvertreter f. f. LGR. Franz Schwickert, Schriftführer Dr. Ladislauß Hoffmann, Schatzmeister f. f. Schulrat Franz Mann. M 172. J 583 K 47 h. S 1767 K 39 h. F 45. Z 6.
- Warnsdorf.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsprengel Warnsdorf. V 21. M 10 gründende, 922 ordentliche. J 1155 K 29 h. S 385 K 30 h. Z 187.
- Zwickau.** N Verein zur Pflege wirksamen Kinderschutzes für den Gerichtsprengel Zwickau. V 1. Präsident f. f. Bezirksrichter Rud. Schneider, 2. Präsident Bürgermeister Ad. Würfel, Schriftführer f. f. Oberoffizial Wenzel Roscher, Kassier Konrad Stelzig, Beisitzer Franz Friedrich, Josef Friedrich, Jos. Goth, Ad. Gelich, Bela May, Dr. Josef Horner, Heinrich Stolle, Ant. Probst und Dr. Max Patsek. M 15 gründende, 166 ordentliche, zusammen 181. J 506 K. S 1205 K.

Portofreiheit der Korrespondenz der Pflégschaftsorganisationen mit Behörden.

Auf eine Anfrage hat das k. k. Handelsministerium erklärt, daß der Korrespondenz zwischen den Gerichten und anderen staatlichen und autonomen, im Artikel II, §. 1 und 2, des Gesetzes vom 2. Oktober 1865, RGBl. Nr. 108, angeführten Behörden einerseits und den Pflégschaftsorganisationen (Waisenratsvereinen, Gemeindevaisenräten, Waisenkomitees, Vertrauensmännern) andererseits in Angelegenheiten des Pflégschaftswesens die Portofreiheit gemäß Artikel II, §. 3 und 4, des Gesetzes vom 2. Oktober 1865, RGBl. Nr. 108, zusteht. Es sind demnach sowohl die Amtskorrespondenzen der Behörden an die Pflégschaftsorganisationen in den genannten dienstlichen Angelegenheiten als auch die von diesen Organisationen an die Behörden infolge allgemeiner Verordnung oder besonderer amtlicher Aufforderung gerichteten Eingaben portofrei. Die Adressen der Postsendungen müssen die Bezeichnung des Versenders und den Zusatz „Portofreie Dienstsache“, beziehungsweise „über amtliche Aufforderung“ enthalten. (Artikel V, Absatz 2, 3 des zitierten Gesetzes.)

Vorträge, Konferenzen, Kongresse über Angelegenheiten der Jugendfürsorge.

Die größeren Kongresse des vergangenen Jahres sind bei den einzelnen Abschnitten des Jahrbuches berücksichtigt worden. Es folgt noch eine Zusammenstellung der im Jahre 1908 in Deutschböhmen gehaltenen Vorträge aus dem Bereiche der Jugendfürsorge.

Altshul Th.: Amerikanisches Schulwesen. 7. November. Prag.

Arnold: Erziehung zur Persönlichkeit. 4. April. Grottau.

Baier: Das Zusammenwirken von Elternhaus und Schule. 2. Feber. Neumarkt.

Baierl: Sexuelle Aufklärung und Schule. 8. Feber. Galtenhof.

Barwineck D. V.: Elternabend. Die Erziehung in der Schule. 19. November. Klostergrab.

Baßler Hans: Das Rechtsverhältnis zwischen Eltern und ihren unehelichen Kindern. 20. November. Prag.

Baßler Hans: Das Rechtsverhältnis der Eltern und Kinder. 23. und 28. April. Prag.

Bandis Jos.: Die natürliche Erziehung in Haus und Schule. 1. Juli. Auscha.

Bandis: Die natürliche Erziehung in Haus und Schule. 7. Oktober. Auscha.

Benda Ludw.: Erziehung zu deutschem Wesen. 13. Dezember. Heuraffl.

Bitterlich: Elternhaus und Schule. 15. März. Schönanu.

Blaha H.: Die Grundzüge der Erhebung über Kinderarbeit in Österreich. 11. Jänner. Nemes.

Blau: Aus einer alten Schulchronik. 23. April. Neuern.

Bodirsky: Erziehung. 30. Dezember. Neuhaus.

Braun: Katholische und nationale Erziehung unserer Kinder. 26. April. Georgswalde.

Braun D. V.: Die siebenjährige Schulpflicht. 20. Juni. Kommern.

Brosche Wilh.: Nationale Erziehung. 2. August. Lewin.

Brosche W.: Über völkische Erziehung. 13. Dezember. Dur.

Bruscha: Schule und Haus. 6. Dezember. Hanichen.

Czerny: Über die Bedeutung der Inanition bei Ernährungsstörungen der Säuglinge. 28. März. Breslau.

Dworschak: Moderne Erziehung in Schule und Haus. 8. Feber. Fischern.

Eckstein G.: Erster Beitrag zur Lösung der Krüppelfrage: Wann soll mit der Skoliofenbehandlung begonnen werden? 28. Juni. Tepliz.

Ehrenreich: Mißstimmungen in der Kindesseele. 30. November. Budweis.

Ehrlich H.: Das Kind in der Natur. 9. Mai. Kleinaugezb.

Erben: In der Schule und Daheim. 8. April. Reichenberg.

Fiedler Franz: Jugendfürsorge und Kinderschutz. 23. Juni. Tetschen.

Finger E.: Wesen, Ursachen und Verhütung der Geschlechtskrankheiten.

10. Jänner. Wien.

Fink: Die Aufgaben der Jungmannschaft. 8. März. Dux.

Fink R. W.: Über nationale Erziehung. 30. August. Gottesgab.

Fink R. W.: Völkische Erziehung und Waisenpflege. 4. Oktober. Girschberg.

Fischer Doz.: Krankhafte Zustände im Kindesalter. 4. November. Prag.

Fleischner: Strittige Erziehungsfragen. 15. Feber. Wien.

Fleischner: Staatsbürgerliche Erziehung. 11. Jänner. Budweis.

Fleischner: Staatsbürgerliche Erziehung. 17. Feber. Wien.

Frendl Ida: Soziale Arbeit der Frau. 2. Mai. Prag.

Frind F.: Moderne Mädchenerziehung. 5. Mai. Niedergrund.

Ganghofner: Ausgewählte Kapitel aus dem Gebiete der Kinderheilkunde,

10 Vorträge, Prag, Fortbildungskurse für die deutschen Ärzte Böhmens.

Gerold Paul: Was will die deutsche Jungmannschaftsbewegung in völkischer Beziehung? 8. November. Reichenberg.

Groß: Über die Jugendstrafgesetznovelle. 14. März. Prag.

Grunert R.: Jugendfürsorge. 7. September. Ofegg.

Grünwald: Erziehung zur Mannhaftigkeit. 14. März. Gablonz.

Günther: Gesundheitspflege. 12. April. Christofgrund.

Guldan J.: Zeitgemäße Erziehung. 4. Juni. Bischofteinitz.

Harenstak: Schule und Haus. 8. März. Josefstal.

Hedl Hugo: Alkohol und Geschlechtskrankheiten. 11. Oktober. Alkoholgegnertag.

Heidrich: Zweck und Ziel der Jungmannschaftsorganisation. 19. September. Gablonz.

Heiß Alf.: Schülerwanderungen als Grundlage des Unterrichtes. 4. September. Leitmeritz.

Heiß Alf.: Ewald Hause und seine Bestrebungen. 17. Juni. Tepliz.

Heiß Alf.: E. Hause und die Entwicklung unserer Schule zu einer natürlichen. 24. Juni. Leitmeritz.

Heiß F. L.: Hauffes System der natürlichen Erziehung. 3. März. Auffig.

Heller A.: Jugendfürsorge und Lehrer. 25. Juni. Mies.

Heller H.: Nationale Jugendfürsorge. 5. Jänner. Wien, Deutscher Schutzvereinstag.

Hiersche, Prof.: Die Unzulänglichkeit und Unverläßlichkeit der Impfstatistik. 12. März. Eger.

Hissin H.: Familie und Schule. 27. Jänner. Pilsen.

Hoffmann Marie: Die Kunst im Leben des Kindes und die Pflege des Kunstsinnes in der Schule. 12. Dezember. Rammitz.

Holdschedt H.: Zweck und Ziele der deutschvölkischen Jugendbünde. 22. Oktober. Rüdersdorf.

Holitscher: Schule und Alkoholfragen. 11. April. Marienbad.

Holitscher A.: Alkohol und Kind. 11. Oktober. Alkoholgegnertag.

Hostovsky Daw.: Die Alkoholfrage. 4. Dezember. Prag.

Hueppe: Infektionskrankheiten und Samariterkurse. 10.—14. Juni. Internationaler Kongreß für Rettungsweisen. Frankfurt a. M.

Hütter: Schülerfehler. 26. April. Zeidler.

Jarosch: Zusammenwirken von Schule und Elternhaus. 29. März. Abtsdorf.

- Jüthner: Experimentelle Pädagogik. Pädagogischer Kurs. Ab 9. Mai. Teichstatt.
 Kay Ferd.: Über das Wesen und die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten.
 26. November. Massersdorf.
 Kehler A.: Jugendfürsorge und Kinderschutz. 9. Feber. Mgersdorf.
 Kirpal Ernst: Moderne Blindenerziehung. 23. Jänner. Auffig. Verein für
 Gesundheitspflege.
 Köhler Frz.: Jugendorganisation. 15. November. Gutberg.
 Köhler Frz.: Unser Kampf gegen die roten und christlichsozialen Jugendorga-
 nisationen. 1. November. Braunau.
 Kohner: Das Lehrlingsverhältnis. 15. März. Prag.
 Kopp E.: Deutsches Familienleben. 16. Mai. St. Georgental.
 Kossat Gustav: Zweck der Elternabende. 26. Jänner. Enzowan.
 Krasnopolski: Änderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des allge-
 meinen bürgerlichen Gesetzbuches. 11. Jänner. Prag.
 Kretschmar Jul.: Vom Elternhaus zur Schule. 8. November. Niedergrund.
 Langer J.: Moderne Pädagogik von Dewz. 11. April. Falkenau.
 Langer L.: Die geschlechtliche Aufklärung. 7. November. Raaden.
 Lederer: Die königl. sächsische Landesanstalt für Schwachsinnige in Chemnitz.
 16. Mai. Aisch.
 Lederer: Humanität und Religion. 16. März. Eger.
 Lederer M.: Frauen im Dienste der Jugendfürsorge. 11. Feber. Prag. Frauen-
 fortschritt.
 Lederer M.: Jugendfürsorge im Wirkungskreise der Gerichte. 15. November.
 Auffig.
 Lederer M.: Über amerikanische Strafrechtspflege. 8. Feber. Prag. Deutscher
 Juristenverein.
 Lederer M.: Das Probationssystem in den Vereinigten Staaten von Amerika.
 5. Feber. Wien.
 Lederer Max: Soziale Arbeit der Frauen im Wirkungskreise der Gerichte.
 7. Juli. Reichenberg.
 Lederer M.: Amerikanische Jugendgerichte. 14. Dezember. Reichenberg.
 Lederer M.: Jugendfürsorge im Wirkungskreis des Gerichtes. 15. November.
 Auffig.
 Lederer, Dr. R.: Zwecke und Ziele der Blindenfürsorge. 22. November. Auffig.
 Lehnert: Nationale Erziehung. 25. März. Ober-Rosental.
 Leibmann: Schmiedekurs. 21. April bis 2. Mai. Wiffotschan.
 Linke: Warum soll die Jungmannschaft national sein? 10. Mai. Antoniwald.
 Lipka: Kinderarbeiten. 15. Feber. Auffig.
 Loos Wzl.: Welche Mitwirkung kann die Schule vom Elternhause bean-
 spruchen? 26. Jänner. Enzowan.
 Lothring H.: Agrarische Jungmannschaften, eine Notwendigkeit unserer Zeit.
 8. November. Ringelsheim.
 Linke Joh.: Kinderkrankheiten. 29. November. Gablonz.
 Maras: Über Blindenerziehung. 25. April. Niemes.
 Maras R.: Über Blindenerziehung. 11. Jänner. Niemes.
 Marek H.: Kontakt zwischen Schule und Haus. 27. Jänner. Pilsen.
 Melzer M.: Die freiheitlichen Ziele der deutschen Jungmannschaftsbewegung.
 8. November. Reichenberg.
 Meißl: Kinderschutz und Jugendfürsorge. 5. April. Auffig.
 Michler: Erziehung zum Staatsbürger. 9. April. Joachimstal.
 Mick J.: Turnen im Lichte der Kunst-erziehung. 7. Mai. Salnau.
 Mohaupt F.: Bitterepidemien in Schulen. 12. Dezember. B.-Leipa.

- Morawek M.: Der Bund und die Waisenpflege. 22. Dezember. Schlackenwerth.
- Morawek Max: Kinderarbeit. 8. Feber. Falkenau.
- Müller: Jugendfürsorge mit besonderer Berücksichtigung Böhmens. 18. März. Warnsdorf.
- Nachod: Impfung und Keuchhusten. 6. März. Prag.
- Nahler: Fürsorgeerziehung und ihre nationale Bedeutung. 3. April. Ofegg.
- Neubauer J.: Jugendfürsorge, Frauenlehkurs (Kinder-Psychologie und Pädagogik). 14. Oktober. Prag.
- Neumann Karl: Der Ausbau der Bürgerschulen unter Berücksichtigung der schaffenden Arbeit im Unterrichte. 15. Juni. Reichenberg.
- Nowatschek: Zweck und Nutzen der Elternabende. 6. Feber. Hanichen.
- Nowotny: Zweck der Elternabende. 8. März. Bullendorf.
- Oesterricher J.: Die Cowade (das Männerkindbett). 29. Jänner. Prag. (Deutscher Verein für Volkskunde und Sprachwissenschaft.)
- Paul: Zweck der Elternabende. 26. April. Zeidler.
- Peter Joh.: Was will die Schule. Elternabend. 6. Dezember. Haida.
- Perthen G.: Unbeholfenheit der Kinder. 9. Feber. Altgersdorf.
- Pekah Fr.: Über Zerstretheit und Gedankenlosigkeit der Schüler. 20. Juni. Bernsdorf.
- Phillipp Ad.: Aufgaben der Schule in Beziehung auf das sozialpolitische Leben. 5. Feber. Tepliz.
- Pfau: Ewald Hauses System. 10. April. Reichenberg.
- Pich: Erziehung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter. 22. April. Christofgrund.
- Plischke: Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen. 12. März bis 12. April. Kráau.
- Pleyer Frz.: Landschulen. 5. November. Hartmanitz.
- Poppenberger J.: Jugendschutz und Kinderfürsorge. 23. Mai. Joachimstal.
- Porsche Gustav: Friedensbewegung und Schule. 21. November. Buschullersdorf.
- Randnik: Therapeutisches und Theoretisches aus dem Kinderambulatorium. 3. April. Prag.
- Reinmund: Das Denken beim Kinde. 13. Juni. Lautsche.
- Ringelhan: Krankheiten im Kindesalter. 29. März. Nieder-Altgersdorf.
- Röschl Konrad: Jugendorganisation. 8. November. Ottenschlag.
- Röbler: Das deutsche Handwerk. 3. Mai. Bilin.
- Roybar: Zusammenwirken von Elternhaus und Schule. 26. April. Hundorf.
- Ruppert: Erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen. 2. April. Marienbad.
- Ruprecht W.: Burschenorganisation. 19. Jänner. Deutsch-Beneschau.
- Scharf M.: Schülerausflüge und Exkursionen. 20. Juni. Bernsdorf.
- Schäfer B.: Impfwang und Seuchengesetz. 5. Feber. Massersdorf.
- Schäfer Benno: Das für Österreich geplante Impfwang- und Seuchengesetz. 8. Jänner. Reichenberg.
- Schödl: Das „Zuviel“ in der Kindererziehung im Jahrhundert des Kindes. 16. März. Prag, Frauenfortschritt.
- Scholz Gust.: Über völkische Erziehung. 29. November. Haindorf.
- Schneider: Verwahrlosung der Jugend. 29. März. Abtsdorf.
- Schmoranz: Über Erziehung. 18. Jänner. Himmlisch-Ribnai.
- Schreiter F.: Zweck der Waisenpflege. 28. November. Falkenau.
- Schümmelfeder: Die Familie in der Geschichte. 20. April. Mariafchein.
- Sedlak: Der Zweck der Elternabende. 16. Mai. Ringenhain.
- Seibt: Erziehung in Schule und Haus. 7. März. Harzdorf.

- Seifert: Erziehungsideale des Volksschullehrers. 9. Mai. Heinrichsgrün.
- Selig: Über Sportherzen. 3. April. Prag.
- Schicht: Zwecke und Ziele der deutschen Jugendbund-Organisation. 15. März. Unter-Tannwald.
- Stufsky A.: Die Alkoholfrage und die Lehrerschaft. 21. November. Tachau.
- Spanel L.: Kinderfreunde. 8. November. Parschnitz.
- Stepan: Fehler unserer Kinder. 18. März. Schönan.
- Tippmann R.: Die Jugendbewegung im Dienste unseres Volkes. 24. Oktober. Leitmeritz.
- Teibl Jos.: Aufgaben einer guten Erziehung (Katholischer Schulverein). 5. Juli. Pechgrün.
- Tsch J.: Säuglingsmilch und ihre Herstellung. 18. November. Friedland.
- Treusch-Büttlar Otto: Vormundschaft. 5. und 8. und 12. Mai. Prag.
- Tscherne R.: Moderne Erziehung. 8. Feber. Komotau.
- Tscherny: Moderne Erziehung. 9. Mai. Komotau.
- Turba: Inhalt und Anwendung des Sanitätskastens. 28. März. Dürrenmaul.
- Wagner Emil: Internationale Kommission zur Bekämpfung der Blindheit. 7. Oktober. Prag.
- Wagner Emil: Blindenstatistik. 22. November. Auffig.
- Wank: Der Wert des Märchens für die Erziehung. 20. Juni. Gießhübl-Sauerbrunn.
- Weber: Forderungen der Schule an das Elternhaus. 11. April. Lieben.
- Weber D. L.: Über Kunstserziehung. 3. Juni. Leipa.
- Weis H.: Sexuelles in den Volksschulen. 12. Dezember. Duppau.
- Wiehowsky W.: Dienstbotenschulen. 3. Feber und 30. März. Prag, Frauenfortschritt.
- Wimberger D. L.: Die nationale Aufgabe der Schule. 19. September. Krumm.
- Wimmer: Grundzüge die Erhebung der Kinderarbeit in Österreich. 8. Feber. Galtenhof.
- Winkelmann: Die Friedensidee und die Schule. 21. Mai. Unterhütte.
- Warweh Sepp: Die alldeutsche Jugendbund-Bewegung. 13. September. Elbogen.
- Wünsch: Über deutsche Jugendbewegung. 29. November. Massersdorf.
- Wimmer: Was hat die Bevölkerung, besonders die Arbeiterschaft von dem kommenden Impfschwang- und Seuchengesetze zu erwarten? 9. April. Niemes.



III. Teil.

A n h a n g.

A.

Schulen.

K. k. Bau- und Kunsthandwerkerschule in Tetschen a. d. Elbe (Böhmen).

Diese Anstalt wurde im September des Jahres 1893 als k. k. allgemeine Staatshandwerkerschule eröffnet. Sie ist seit dieser Zeit durch Angliederung verschiedener Fach- und Spezialkurse wiederholt erweitert worden. Seit Beginn des Schuljahres 1906/07 in einem neuen zweckentsprechenden Gebäudekomplexe untergebracht, führt die Anstalt den obigen Titel und umfasst folgende Abteilungen: A. die Bau- und Kunsthandwerkerkurse (Meisterkurse) für Gehilfen a) des Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzgewerbes; b) des Tischler- und Schlossergewerbes; c) des Zimmer- und Dekorationsmalergewerbes; B. die Abteilung für volksschulpflichtige Knaben; C. den offenen Zeichen- und Modellieraal; D. die dreiklassige gewerbliche Fortbildungsschule; E. den Spezialkurs für Dampfkessel- und Maschinenwärter; F. den Spezialkurs für Elektrotechnik.

Die Meisterkurse haben den Zweck, den Gehilfen solche Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die ihnen eine erhöhte Erwerbsfähigkeit sichern und sie zur Ablegung der Meisterprüfung befähigen. Für handwerksmäßige Gewerbe (Tischler, Schlosser und Maler) berechtigt das Abgangszeugnis bei gleichzeitigem Nachweis einer einjährigen Verwendung als Gehilfe zum Antritte und selbstständigen Betriebe des betreffenden Gewerbes. Für jedes Gewerbe bestehen drei fünfmonatige Kurse (1 Vorbereitungskurs und 2 Fachkurse), in welchen die Schüler bei vollem Tagesunterrichte theoretisch und praktisch weitergebildet werden. Die Abteilung für volksschulpflichtige Knaben besteht aus zwei ganzjährigen Klassen und hat den Zweck, den Schülern durch theoretischen Unterricht und praktische Übungen eine gründliche Vorbildung für ihren zukünftigen Beruf, insbesondere für ein handwerksmäßiges Gewerbe zu bieten. In die 1. Klasse dieser Abteilung werden Schüler nach zurückgelegtem 12. Lebensjahre aufgenommen. Der praktische Unterricht umfasst in der 1. Klasse für alle Schüler Übungen in der Bearbeitung des Holzes und der Metalle. In der 2. Klasse wird der Unterricht spezialisiert und dem Schüler in dem von ihm gewählten Gewerbe erteilt. Der offene Zeichen- und Modellieraal soll den Gewerbetreibenden, Gewerbegehilfen, den Absolventen der gewerblichen Fortbildungsschule, den Lehrpersonen von Volks- und Bürgerschulen usw. Gelegenheit geben, sich im Freihand- und Fachzeichnen, im Modellieren sowie im Aufnehmen gewerblicher Erzeugnisse zu üben. Der Unterricht findet durch 7 Monate am Sonntag vormittags und Mittwoch nachmittags statt. In der gewerblichen Fortbildungsschule erhalten die Lehrlinge, Gehilfen und gewerbliche Hilfsarbeiter Tetschens einen theoretischen und soweit es tunlich ist, auch praktischen Unterricht in jenen technischen, kunstgewerblichen und kommerziellen Fächern, die zur Hebung ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrer allgemeinen Bildung beitragen können. Diese Abteilung besteht aus einer Vorbereitungsklasse und 3 Fortbildungsklassen, deren jede in 2 bis 3 Parallelklassen gegliedert ist. Der Unterricht dauert 7 Monate und findet Sonntag vormittags und in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends an Wochentagen statt. Für die Lehrlinge des Schuhmachergewerbes besteht ein Lehrwerkstättenunterricht mit wöchentlich 4 Stunden durch 7 Monate und ein Zuschneideunterricht am Sonntag vormittags durch 2 Monate. Der Spezialkurs für Dampfkessel- und Dampfmaschinenwärter soll den Besuchern jene Kenntnisse vermitteln, die zur fehlerfreien wirtschaftlichen und fachkundigen Bedienung der Dampfkessel und Dampfmaschinen notwendig sind. Die zur Ablegung der Heizerprüfung vorgeschriebene 6monatliche Praxis kann nach einem mit gutem Erfolge abschließenden Besuche dieses Kurses auf 3 Monate herabgesetzt werden. Der Unterricht dauert 7 Monate und wird einmal in der Woche in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends erteilt. Der Spezialkurs für Elektrotechnik hat die Aufgabe jene theoretischen Kenntnisse zu

vermitteln, die ein Elektromonteur für das richtige Verständnis seiner verschiedenen Dienstes-
verrichtungen braucht. Der Unterricht dauert ebenfalls 7 Monate und wird einmal in der
Woche von 6 bis 8 Uhr abends abgehalten.

Alle Abteilungen an der Anstalt sind in dem von der Stadtgemeinde Tetschen dem ge-
werblichen Unterrichte gewidmeten Anstaltsgebäude mit gesondertem Annex für die Lehrwerk-
stätten untergebracht. Der praktische Unterricht wird durch tüchtige Fachlehrer und Werkmeister
erteilt. Den Schülern ist Gelegenheit gegeben, einen gewerblichen Industriebetrieb kennen zu
lernen, da die Werkstätten mit Arbeitsmaschinen, Schmiedeseifen, elektrischem Antrieb, Staub-
absaugung und sonstigen modernen und zweckentsprechenden Einrichtungen ausgestattet sind.
Auch die während des Winter-Halbjahres die Anstalt besuchenden Maurer, Zimmerleute und
Steinmetzen sowie die Zimmer- und Dekorationsmaler werden unter der Leitung von Werk-
meistern und Fachleuten zu beruflichen Arbeiten herangezogen und so praktisch weiter aus-
gebildet.

Seit einer Reihe von Jahren beteiligen sich mehrere Mitglieder des Lehrkörpers an dem
vom k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht eingeführten Wanderunterricht für Gewerbe-
treibende. Diese Vorträge, die bereits in einer stattlichen Anzahl von Städten und Märkten
des nordwestlichen Böhmens abgehalten wurden, erfreuen sich eines guten Rufes.

Für die Unterstützung mittelloser Schüler ist gesorgt durch eine Reihe von Stipendien
des Staates, der Handelskammern, der Bezirksvertretungen und einzelner Gemeinden. Ferner
besteht an der Anstalt der Unterstützungsverein „Die Schülerlade“, der die bedürftigen Schüler
mit den nötigen Hefen, Reißzeugen und sonstigen Behelfen versieht und außerdem Speisemarken
der Tetschner Volksküche sowie in den Wintermonaten warme Mittagsuppe im Anstaltsgebäude
verabreicht. Endlich werden arme Schüler der Knabenabteilung zu Weihnachten aus Vereins-
mitteln auch mit Kleidungsstücken teilt.

Die Erfolge der einzelnen Abteilungen müssen als sehr günstig bezeichnet werden. Schon
viele ehemalige Schüler der Bau- und Kunsthandwerkerkurse haben die Prüfungen als Maurer-,
Zimmerer-, Steinmetzmeister usw. abgelegt, ja einzelne Absolventen haben sich auch erfolgreich
der Baumeisterprüfung unterzogen. Ebenso haben viele Absolventen der Knabenabteilung es
dem an der Anstalt genossenen praktischen und theoretischen Unterrichte zu danken, wenn sie in
ihrer späteren beruflichen Tätigkeit überraschend günstige Erfolge aufweisen.

Neben diesen unmittelbar nützlichen Zielen verfolgt aber die Anstalt noch den höheren
Zweck, bei ihren Zöglingen das nötige Verständnis für die künstlerische Seite ihres Gewerbes
zu wecken und so eine Hebung des guten Geschmacks nicht nur im Gewerbe, sondern durch das
Gewerbe auch bei der Allgemeinheit anzubahnen.

Im Schuljahre 1907/08 waren insgesamt 504 Schüler eingeschrieben. Wie alljährlich
fand am Jahreschlusse eine Ausstellung der Schülerarbeiten statt, bei welcher Gelegenheit eine
Huldigungsfeier aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers
abgehalten wurde, der die Vertreter der Behörden, die Freunde und Gönner der Anstalt sowie
der Lehrkörper und die Schüler beiwohnten.

Landeshandwerkerschulen.

Von Max Morawetz, Landtagsabgeordneter, Chodau.

Die Industrie hat einer Reihe von Handwerken das Grab geschaufelt, sie sind in fabriks-
mäßige Betriebe umgewandelt, als Einzelleistung als Handwerk wertlos geworden, eine andere
stattliche Anzahl wurde zu Hilfsindustrien herabgedrückt und dadurch ihres goldenen Bodens
beraubt, ein dritter Teil und zwar der größte blieb aber trotz Erfindung maschineller Hilfs-
mittel und Herbeiziehung neuer Erfindungsquellen dem Kleingewerbebetriebe erhalten und nährt
heute noch seinen Mann.

Alle jene Handwerksbetriebe, die sich mit einem nach Form und Inhalt ungleichmäßigen
Rohmaterialie befassen, jene die nicht allein dem Bedürfnisse, sondern auch dem Geschmade an-
zupassen sind, jene endlich, die eine selbständige Auffassung wiederzugeben haben oder eigenartiger
Handfertigkeit bedürfen; kurz gesagt alle, die nicht „Ware“ sondern „Arbeit“ liefern, können
niemals durch die Industrie ersetzt werden.

Diese erwähnte Arbeit möglichst vollkommen zu gestalten und den Handwerkerstand auf
das hin zu fördern, ist das Bestreben aller jener Faktoren, welche einen tüchtigen handwerk-
treibenden Mittelstand im Staatshaushalte nicht missen wollen.

Nebst großzügiger Förderung der Kreditgenossenschaften, des gemeinschaftlichen Einkaufes
von Rohstoffen, des genossenschaftlichen Verkaufes, der Bildung gemeinsamer mit modernen
Hilfsmaschinen ausgestatteter Werkstätten und der geregelten Fürsorge für durch Unglück und
Alter erwerbslos gewordene Handwerker ist hiezu im einzelnen das Anstreben tüchtiger Vor-
bildung, richtiger Buchführung, genauer Durchbildung (Spezialisierung) und entsprechender
Sachkenntnis unbedingt nötig.

Dies hat dazu geführt, eine Reihe von Fachschulen und gewerblichen Fortbildungsschulen ins Leben zu rufen, die immer mehr ausgebaut und immer weiter ausgebreitet werden müssen, so sie ihren Zweck voll erfüllen sollen.

Im 1. Jahrgang dieses Jahrbuches sind auf Seite 6 und 57 alle für diesen Zweck im deutschen Sprachgebiete Böhmens vorhandenen Bildungsstätten aufgezählt, die Tschechen besitzen eine weitere dahin zielende Organisation in ihren Landeshandwerkerschulen.

Ohne mich im folgenden auf eine Begründung von Vor- und Nachteil derartiger gewerblicher Vorschulen des Handwerks einzulassen, bringe ich lediglich ihren Bestand und ihre Einrichtung zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Wie schon erwähnt, liegen alle fünf Landeshandwerkerschulen im tschechischen Teile Böhmens.

Nach dem letzten Voranschlage des Landes für das Jahr 1908 erfordert die Erhaltung dieser Schulen beifolgende Summen:

In Jungbunzlau	K	48.256
in Kuttenberg	"	42.903
in Kolín	"	41.577
in Leitomischl	"	38.258
in Wollin	"	36.614
Zusammen	K	207.617

Da wir im deutschen Gebiete keine derartige Anstalt besitzen, besuchte ich mit Empfehlung des betreffenden Referenten im Landesauschusse Herrn AB. Adamek die Landeshandwerkerschule in Kolín, um mich an Ort und Stelle über die Einrichtung einer solchen Anstalt zu informieren.

Kolín wählte ich deshalb, weil der Direktor dieser Anstalt Herr M. Dirlom gleichzeitig Inspektor der übrigen Landeshandwerkerschulen ist, ich also hier die besten Auskünfte erhoffen durfte. Tatsächlich bin ich Herrn Dirlom für seine freundliche Führung Dank schuldig, den ich hiemit abstatte.

Die Kolíner Landeshandwerkerschule liegt in einem prächtigen Gebäude mit hellen hohen Räumen und einem entsprechenden Hofe für Bauarbeiten.

Die Arbeitsställe sind mit guten Hilfsmaschinen ausgestattet, an denen bei meinen Besuche die Schüler fleißig hantierten.

Die Baulichkeiten, die Maschinen und das notwendige Rohmaterial hat die betreffende Stadt beizustellen, doch gibt auch der Landesauschuß hierzu entsprechende Subventionen. So wurden im Jahre 1907 von der 50.000 K betragenden Dotation zur Hebung des Kleingewerbes 21.890 K zum Ankaufe von Maschinen für die Landeshandwerkerschulen zur Verfügung gestellt. Diese Schulen sind Vorschulen für die Erlernung eines Handwerkes, denn die betreffenden Burschen, die bereits mit 12 Jahren eintreten können, müssen nach Absolvierung der 3 Klassen 1½–3 Jahre in eine Lehre gehen.

Schüler werden in jede der 3 Klassen aufgenommen, in die 1. Klasse auch aus weniger gegliederten Volksschulen, in die 2. Klasse gewöhnlich aus der 3. Bürgerschulklasse. Schulgeld wird keines verlangt.

Eine Tischler-, eine Schlosserwerkstätte und ein Modelliersaal vermitteln die praktische Ausbildung, ein physikalisches-chemisches und naturwissenschaftliches Kabinett, ein Zeichner-, Bauhandwerker-, Mechaniker- und Schlosser-Kabinett liefern die Anschauungsmittel, die zum Teile von der Schule selbst erzeugt werden, da die bereitgestellten Gegenstände unverkäufliches Eigentum der Schule sind. Bis zum 14. Lebensjahre ist Religionsunterricht. Jeder Schüler muß im ersten Jahrgang beide Werkstätten besuchen, von der 2. Klasse an kann er die seinem Handwerke am besten entsprechende Abteilung (Tischler- oder Schlosserwerkstätte) wählen. Will ein Schüler ein Gewerbe betreiben, zu dem ihm diese beiden Werkstätten nicht die nötige Anregung geben, z. B. das Buchbinder- oder Gerbereigewerbe usw., so wird ihm bei einem tüchtigen Meister Kolíns die nötige praktische Betätigung gesichert.

Die Landeshandwerkerschule in Kolín wurde im Jahre 1893 errichtet; ihr ähnlich sind alle anderen 4 Handwerkerschulen gegliedert.

Der Lehrkörper der Landeshandwerkerschule in Kolín bestand im Schuljahre 1907–08 aus dem Direktor, 2 Professoren, 2 ordentlichen Lehrern, 2 Fachlehrern, 1 Assistenten und 6 Nebenlehrern.

5 Lehrkräfte sind Ingenieure der entsprechenden Fächer.

Die gesamte Umgebung Kolíns stellt Schüler bei. Einige erhalten von Städten, Vereinen usw. recht hübsche Stipendien.

Die Schule wird auch fallweise zur Abhaltung von Fachkursen für Maurer, Steinmeyer und Zimmerleute verwendet.

Nebenbei bestehen in Kolín, wie anderswo gewerbliche Fortbildungsschulen, die nur dadurch entlastet werden, daß ein Teil von ihnen an die Landeshandwerkerschule als Fachschule angegliedert ist.

In den letzten Jahren machen sich auch im deutschen Gebiete Bestrebungen geltend, derartige vom Lande unterhaltene, von zum Teile schulpflichtigen Kindern besuchte Vorschulen des Handwerkes zu errichten.

Diesfällige gut vertretene Wünsche würden kaum unberücksichtigt bleiben können. Es spricht sehr viel „für“, es spricht manches „gegen“ derartige Schulen; da es mir aber nicht obliegt in diesem Aufsatze eine Kritik der Landeshandwerkerschulen durchzuführen, halte ich mit der kurz gefaßten Darstellung ihrer Einrichtung meine Aufgabe für erledigt.

B.

Vereins-Statuten.

(Fortsetzung der Statutensammlung des 1. Jahrgangs).

Statuten des St. Franz von Sales Taubstumm-Vereines in Prag.

Die in Prag und dessen Umgebung lebenden, ausgebildeten Taubstummten treten in einen besonderen Verein unter dem Schutze des hl. Franz von Sales zusammen.

Dieser Verein soll den Namen „Taubstumm-Verein des hl. Franz von Sales“ führen.

§ 1. Der Zweck dieses Vereines ist:

- a) Wechselseitige Aufmunterung zu einem sittlichen Lebenswandel und geistige Fortbildung seiner Mitglieder;
- b) Austausch der Erfahrungen, Beratungen über die Bedürfnisse einzelner Mitglieder und gesellige Unterhaltung;
- c) wechselseitige Unterstützung durch Rat und Tat, sowie auch durch Verabreichung von Geldspenden an jene Mitglieder, welche infolge Alters und Gebrechlichkeit erwerbsunfähig geworden sind.
Letzteres jedoch nur dann und insoweit, als es die Mittel des Vereines zulassen.
- d) Arme, aus der Prager Taubstumm-Anstalt als ausgebildet entlassene Zöglinge bei der Erlernung einer Kunst oder eines Handwerkes zu unterstützen, oder dieselbe ihnen wenigstens zu erleichtern;
- e) Aufmunterung zur Sparsamkeit insbesondere durch Erteilung von Prämien an die verhältnismäßig Sparsamsten in unbestimmten Zeitabschnitten.

§ 2.

Der Sitz des Vereines ist die Hauptstadt Prag.

§ 3. Mittel.

Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes werden angestrebt:

- a) durch Gründungsbeiträge;
- b) durch Aufnahmegebühren von den neubeitretenden Mitgliedern;
- c) durch bestimmte Beiträge der Vereinsmitglieder;
- d) durch besondere freiwillige Geschenke, Vermächnisse und Stiftungen von Seite edler Freunde der Taubstummten;
- e) durch den Erlös aus dem Abfaze der gedruckten Statuten und durch andere außerordentliche Einnahmen.

§ 4. Mitglieder.

Der Verein besteht aus:

- a) Gründern, b) wirklichen Mitgliedern, c) Ehrenmitgliedern und d) Wohltätern.
- a) Als Gründer werden alle jene Personen ohne Unterschied des Geschlechtes geführt, welche einen Gründungsbeitrag mindestens von 50 fl. ö. W. dem Vereine edelmütig zukommen lassen;

- b) als wirkliche Mitglieder werden nur Taubstumme beiderlei Geschlechtes aufgenommen, wenn dieselben als Gehilfen bei Gewerbsleuten oder Künstlern in Arbeit stehen, oder eine selbstständige Stellung als Private, Beamte, Gewerbsleute oder Künstler haben, aus Böhmen gebürtig sind, oder daselbst ständig wohnen, das 50. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und als Personen von einem unbescholtenen Lebenswandel bekannt sind; Taubstumme, welche das 50. Lebensjahr überschritten haben, können nur von der Generalversammlung über Antrag des Ausschusses aufgenommen werden;
- c) Als Ehrenmitglieder werden ohne Unterschied des Geschlechtes diejenigen aufgenommen und geführt, welche sich um das Wohl der Taubstummen überhaupt verdienstlich gemacht haben, oder insbesondere einen jährlichen Beitrag von mindestens 3 fl. ö. W. dem Vereine zu leisten sich verbindlich machen;
- d) Endlich werden alle edlen Menschenfreunde, welche den Zweck dieses Vereines durch Wort und Tat, insbesondere durch Geldspenden fördern, als Wohltäter dieses Vereines verzeichnet und fortgeführt.

§ 5. Pflichten der wirklichen Mitglieder.

- a) Jedes wirkliche Mitglied verpflichtet sich beim Eintritt in den Verein eine Aufnahmegebühr von einem Gulden ö. W. in die Vereinskassa zu erlegen, und überdies einen monatlichen Beitrag von 30 fr. ö. W. dahin zu leisten;
- b) Diese Beitragsleistung kann in beliebigen Fristen, z. B. in wöchentlichen oder viertel-, halb- und auch ganzjährigen Raten und zwar immer im voraus eingezahlt werden; jedoch muß jedes Mitglied, welches von der regelmäßigen monatlichen Beitragsleistung Umgang nehmen will, die Fristen, in welchen dasselbe seine Gebühr zu zahlen entschlossen ist, in voraus angeben, und dieselben auch dann einhalten;
- c) Jedes wirkliche Mitglied ist verpflichtet, ein Exemplar der gedruckten Statuten zu besitzen und dasselbe gegen bare Bezahlung von 10 fr. ö. W. in die Vereinskassa vom Kassier zu beziehen;
- d) Gelegenheitlich der Fertigung der Statuten hat jedes Mitglied seine Wohnung genau anzugeben; desgleichen ist jedes Mitglied verhalten, seine etwaige Wohnungsveränderung behufs der Berichtigung des Mitgliederverzeichnisses beim Präses anzuzeigen.
- e) Die in Prag wohnenden Mitglieder verpflichten sich bei der Generalversammlung zu erscheinen, oder sich genügend zu entschuldigen; Ebenso werden dieselben bei den hl. Messen am Gründungsfeste und am Tage der ordentlichen Generalversammlung, sowie bei dem Leichenbegängnisse eines in Prag verstorbenen Mitgliedes, so zahlreich als möglich sich beteiligen, besonders wenn dasselbe auf einen Sonn- oder Feiertag fällt.
- f) Die wirklichen Mitglieder haben dem Ausschusse mit Achtung zu begegnen und dessen Anordnungen, sowie den Beschlüssen der Generalversammlung sich willig zu fügen.

§ 6.

Die Anmeldung zur Aufnahme als wirkliches Mitglied hat beim Vereinspräses zu geschehen. Über die Aufnahme selbst wird bei der monatlichen Ausschusssitzung, wobei zwei Drittel der Ausschussmitglieder anwesend sein müssen, durch absolute Stimmenmehrheit entschieden.

§ 7.

Jedes neuaufgenommene Mitglied hat seinen Namen eigenhändig in das Vereinsbuch einzutragen, worauf demselben die Vereinskarte ausgefolgt wird.

§ 8. Rechte der Mitglieder.

Die wirklichen Mitglieder haben das Recht:

- a) in der Generalversammlung zu erscheinen und an der Beratung und Abstimmung teilzunehmen;
- b) eben daselbst Anträge zu stellen, deren Inhalt jedoch 8 Tage vor der Versammlung dem Ausschusse bekannt zu geben ist;
- c) einen Vorschuß gegen Rückzahlung, oder eine zeitweilige Unterstützung bis zum Betrage von 5 oder 10 fl. ö. W. im Falle einer unverschuldeten Geldnot, oder eine andauernde Unterstützung im Falle einer gänzlichen bleibenden Erwerbsunfähigkeit zu beanspruchen, dies jedoch erst dann, bis die Generalversammlung durch absolute Stimmenmehrheit bei einer Anwesenheit von mindestens $\frac{2}{3}$ der sämtlichen Vereinsmitglieder bereits entschieden haben wird, daß solche Unterstützungen aus der Vereinskassa gezahlt werden können. Über das Bedürfnis und den Betrag eines rückzahlbaren Vorschusses oder einer einma-

ligen Unterstützung bis zur Höhe von 5 oder 10 fl. ö. W. entscheidet der Ausschuß, wenn er dazu von der Generalversammlung ermächtigt wird. Über eine andauernde Unterstützung im Falle der gänzlichen bleibenden Erwerbsunfähigkeit entscheidet nur die Generalversammlung;

- d) den Gründern, den Ehrenmitgliedern und Wohltätern des Vereines wird der Zutritt zu den Generalversammlungen und die Teilnahme an den Beratungen nicht verwehrt; das Stimmrecht jedoch üben nur die Gründer und Ehrenmitglieder und nur in dem Falle aus, wenn es sich um die Auflösung des Vereines handelt.

§ 9. Bedingungen zur Erlangung eines Vorschusses.

Jedes Mitglied, welches für sich nur um einen Vorschuß ansucht, muß einen Bürgen haben, welcher nicht Mitglied des Vereines zu sein braucht, und sich anzuweisen:

- a) daß es wenigstens 6 Monate Mitglied ist und die Beiträge ordentlich eingezahlt hat;
- b) daß es von einem etwa früher gemachten Vorschusse nichts mehr schuldet und daß auch sein Bürge durch ihn zu keinem Schaden gekommen war.

In diesem Falle kann jedem Bewerber ein Anlehen vom Ausschusse bewilligt werden, der die Verantwortung nach § 18 übernimmt und dem die Beschlußfassung über die allenfalls notwendigen Sicherstellungsbedingungen zusteht. Will der Ausschuß die Verantwortung nicht übernehmen, so entscheidet die Generalversammlung.

Für die Vorschußbeträge werden 5%, an jährlichen Zinsen gleich beim Auszahlen des Vorschusses abgezogen.

§ 10.

Dasjenige Mitglied, welches in Prag wohnhaft 3 Monate hindurch, auf dem Lande wohnhaft durch 6 Monate trotz der Mahnung des Ausschusses die Beiträge nicht entrichtet hat, wird als ausgetreten behandelt.

Über dessen Wiederaufnahme entscheidet nur die Generalversammlung.

§ 11.

Die Ausschließung eines Mitgliedes aus dem Vereinsbunde erfolgt durch einen mit $\frac{2}{3}$ Stimmen zu Stande gebrachten Beschluß der Generalversammlung und zwar in den Fällen:

- a) wenn ein Mitglied wegen eines Verbrechens abgeurteilt worden ist;
- b) wenn sich ein Mitglied wiederholt grober Vergehen gegen den Vereinszweck oder dessen Statuten schuldig gemacht hat; und endlich
- c) wenn ein Mitglied einen lichterlichen oder unmoralischen Lebenswandel führt.

§ 12.

Die Wiederaufnahme eines bereits ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitgliedes kann nur mit Zustimmung der Generalversammlung stattfinden, wenn die Gründe zu dessen früherer Ausschließung sich als behoben darstellen. Es hängt von der Generalversammlung ab, ob so ein Mitglied zum Ersatz des durch dessen Ausschließung erfolgten Abganges im Vereinskasse verhalten werden solle.

§ 13.

Weder die freiwillig ausgetretenen noch die (laut §§ 10 und 11) ausgeschlossenen Mitglieder haben einen Anspruch auf Rückerstattung der bereits eingezahlten Beiträge. Was einmal eingezahlt ist, bleibt Eigentum des Vereines. Demnach können die in die Vereinskassa bereits eingegangenen Gelder auch kein Gegenstand eines Vermächtnisses sein.

§ 14.

Sowohl für die lebenden als auch verstorbenen Vereinsmitglieder wird womöglich am Feste des hl. Franz von Sales als Schutzpatrones der Taubstummen in der Taubstummen-Institutskirche bei St. Johann von Nepomuk am Felsen ein heiliges Meßopfer Gott dargebracht, wobei wirkliche Vereinsmitglieder zahlreich erscheinen mögen.

§ 15. Die Vereinsverwaltung.

Die sämtlichen Vereinsangelegenheiten verwaltet den Statuten gemäß ein von der Generalversammlung gewählter Ausschuß.

Die Ausschußmitglieder verwalten ihr Amt unentgeltlich.

Die notwendigen Verwaltungskosten werden von der Vereinskassa bestritten.

§ 16. Generalversammlung.

Die Generalversammlung soll mindestens einmal jährlich und zwar wo möglich am Sonntage vor dem auf den 29. Jänner fallenden Feste des hl. Franz von Sales, und wenn dieses Fest auf einen Sonntag fällt, an demselben abgehalten werden. Sonst hat der Ausschuss in jeder wichtigen außer seinem Wirkungskreise liegenden und unverrückbaren Angelegenheit die Pflicht, die Generalversammlung zusammenzurufen.

Die Generalversammlung hat:

- a) die Neu- oder Wiederwahl der Ausschussmitglieder vorzunehmen;
- b) die jährliche Rechnung, welche der Ausschuss vorzulegen hat, zu prüfen;
- c) über die statutengemäße Verwendung der Einnahmen zu entscheiden;
- d) die Ausschließung oder Wiederaufnahme bereits ausgeschlossener Mitglieder zu beschließen.
- e) die von Seite der Mitglieder vorgebrachten Beschwerden oder Wünsche zu beraten und den Beschluss darüber zu fassen;
- f) die etwa notwendig gewordene Änderung der Statuten vorzunehmen, und endlich
- g) auch das Recht, den Verein wieder aufzulösen, und über die Verwendung des Vereinsvermögens zu verfügen. In diesem letzten Falle jedoch haben die noch lebenden Gründer, sowie auch die Ehrenmitglieder Sitz und Stimme, und müssen daher zur Ausübung dieses Rechtes eingeladen werden, und es ist zum Beschlusse eine absolute Stimmenmehrheit der sämtlichen Anwesenden notwendig.

Zur Beschlussfähigkeit ist notwendig:

- a) daß alle wirklichen Vereinsmitglieder zu der Generalversammlung vom Ausschusse 14 Tage zuvor eingeladen worden sind;
- b) daß von den in Prag wohnenden wirklichen Mitgliedern wenigstens $\frac{2}{3}$ bei der Generalversammlung anwesend sind;
- c) zu jedem Beschlusse ist eine absolute Stimmenmehrheit notwendig.

§ 14. Der Ausschuss.

Die Mitglieder des Ausschusses bestehen a) aus einem Präses, b) dessen Stellvertreter, c) einem Kassier, d) zwei Revisoren, e) einem Schriftführer, f) einem Ordner und g) aus einem Erbkassier.

Der Ausschuss wird von der Generalversammlung auf ein Jahr gewählt. Die abtretenden Ausschüsse sind wieder wählbar. Der Präses muß die absolute Majorität von Stimmen haben.

Wird eine Persönlichkeit durch 6 ununterbrochen nach einander folgende Jahre als Präses gewählt, so bleibt er Vorsikender auf Lebenszeit, oder bis zur freiwilligen Resignation.

In den Ausschuss können nur jene wirklichen Mitglieder gewählt werden, welche das 24. Lebensjahr bereits erreicht haben, eine macellose Aufführung haben und in Prag oder in der allernächsten Umgebung wohnen.

Erscheint ein Ausschussmitglied dreimal nacheinander nicht in den monatlichen Ausschusssitzungen ohne eine Entschuldigung seines Nichterscheinens anzugeben, so ist es als ausgetreten zu betrachten und der Ausschuss hat dessen Vertretung provisorisch bis zur nächsten Generalversammlung zu veranlassen.

§ 18. Wirksamkeit des Ausschusses.

Die Ausschussmitglieder sind die Vertreter des Vereines in allen seinen Angelegenheiten. Dieselben sind demnach für alles Tun und Lassen in dieser Eigenschaft dem Vereine verantwortlich.

Dem Ausschusse liegt es namentlich ob:

- a) über das Vereinsvermögen sorgfältig zu wachen, dasselbe vor jedem Nachtheile zu bewahren, insbesondere für eine sogleiche fruchtbringende Anlegung der eingegangenen Geldbeträge zu sorgen;
- b) auf die rechtzeitige und richtige Einzahlung der Geldbeträge mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu dringen;
- c) alle mit der Vereinsleitung unumgänglich notwendig verbundenen Auslagen zu bewilligen;
- d) neue Mitglieder aufzunehmen, oder auch Bewerber um Aufnahme in den Verein nach Gutdünken einfach ohne Angabe der Gründe abzuweisen;
- e) zum Feste des hl. Schutzpatrones Franz von Sales und in anderen wichtigen Angelegenheiten die Vereinsmitglieder zur Generalversammlung einzuladen und der letzteren die Beratungsgegenstände schriftlich vorzulegen;
- f) in der Regel monatlich zur Beratung und Beschlussfassung über lautgewordene Bedürfnisse und Angelegenheiten des Vereines zusammenzutreten;

- g) zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses sind nebst dem Präses oder dessen Stellvertreter noch vier Ausschußmitglieder notwendig und dieselben entscheiden mit absoluter Stimmenmehrheit;
- h) unter den vollsinnigen Ehrenmitgliedern oder Gründern einen Beirat oder Vertrauensmann sich zu wählen, der in schwierigen Fällen dem Ausschusse mit Rat zur Seite steht.

Derselbe hat das Recht bei den Ausschußsitzungen und Generalversammlungen zu erscheinen und wird auch hiezu eingeladen. Er kann auch Anträge stellen, hat jedoch nur eine beratende Stimme.

§ 19. Der Vereinspräses.

Der Präses beruft und leitet sowohl die ordentlichen als auch die außerordentlichen Ausschuß- und Generalversammlungen. Er bewahrt die Vereinsakten und das Vereinsiegel. Er sorgt für die Vollziehung der gefassten Beschlüsse und unterschreibt alle vom Vereine ausgehenden Schriftstücke. Er überwacht das Kassawesen, und überzeugt sich von Zeit zu Zeit, ob dasselbe in Ordnung ist. Für jede Ausgabe erteilt derselbe eine schriftliche Anweisung dem Kassier, ohne welcher der letztere keine Zahlung aus der Vereinskassa leisten darf. Der Präses wacht über genaue Einhaltung der Vereinsstatuten und wirkt auf die Belebung und das Gedeihen des Vereines nach Kräften ein. Der Präses vertritt den Verein in allen Angelegenheiten nach außen. In Verhinderung des Präses fungiert dessen Stellvertreter.

§ 20. Der Kassier.

Dem Kassier ist die Vereinskassa anvertraut, derselbe ist dafür dem Vereine verantwortlich. Er empfängt und quittiert die für den Verein bestimmten Geldbeträge und leistet eben auch alle Zahlungen aus der Vereinskassa, wenn solche vom Ausschusse bewilligt worden sind, und wenn eine Anweisung vom Präses mit dessen Namensschrift und dem Vereinsiegel versehen darüber vorliegt. Er führt ein Kassabuch über alle Einnahmen und Ausgaben und verwahrt alle Quittungen und Anweisungen zu seiner Deckung. Er stellt jeden Monat einen Ausweis über den Kassastand für den Ausschuß und einen Bericht darüber für die Generalversammlung, welche am Schlusse des Jahres behufs der Erneuerung des Ausschusses abgehalten wird. Der Kassier ist verpflichtet, jedesmal über Aufforderung der Revisoren oder des Vereinspräses die Kassabarkeit und alle auf die Kassa Bezug nehmenden Schriften oder Dokumente vorzuzeigen.

Das Vereinsvermögen wird in der Kassa versperret aufbewahrt. Diese ist mit zwei Schlüsseln zu versehen, wovon den einen der Präses, den anderen der Kassier erhält.

Bei der Übergabe der Kassa an einen neuen Kassier wird ein Inventar über den ganzen Inhalt des Vereinsvermögens im Beisein der Revisoren und des Präses aufgenommen und von den eben genannten abtretenden und neu eintretenden Funktionären zum Zeichen der Richtigkeit gefertigt.

§ 21. Der Schriftführer.

Derselbe schreibt die Protokolle über alle Verhandlungen sowohl in den Ausschußsitzungen als auch bei den Generalversammlungen; er führt die ganze Vereinskorrespondenz und faßt mit dem Präses und Kassier den Jahresbericht ab.

§ 22. Die Revisoren.

Dieselben haben sich von Zeit zu Zeit über die Richtigkeit der Einnahmen und Ausgaben zu überzeugen und dem Präses darüber den Bericht zu erstatten. Sie sind auch berechtigt, die saumseligen Zahler zu mahnen und von denselben Beiträge zu sammeln.

§ 23. Der Ordner.

Derselbe ladet die Mitglieder zu der Generalversammlung, sowie auch die Ausschüsse zu deren Sitzungen ein. Er sorgt bei den Versammlungen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Gegen dessen Verfügung darf kein Widerspruch erhoben werden. Begründete Beschwerden gegen denselben können beim Präses angebracht und entweder durch letzteren oder nach Umständen durch eine Ausschußverfügung behoben werden.

§ 24. Der Ersahmann.

Derselbe hat die Stellen der Ausschußmitglieder im Falle ihrer Verhinderung mit allen seinen Rechten und Pflichten zu vertreten.

§ 25. Friedensgericht.

Sollte in Vereinsangelegenheiten ein Streit unter den Mitgliedern oder dem Ausschusse als solchen und den Vereinsmitgliedern entstehen, so ist derselbe durch ein Friedensgericht zu schlichten.

Das Friedensgericht besteht aus zwei Vertrauensmännern, von denen jede der streitenden Parteien je einen wählt. Die beiden Vertrauensmänner wählen sich selbst frei ein drittes Mitglied zum Obmann. Können sie sich über den zu wählenden Obmann nicht einigen, so entscheidet das Los.

Das Friedensgericht entscheidet mit absoluter Majorität. Gegen die Entscheidung des Friedensgerichtes findet keine Berufung mehr statt.

§ 26. Vereinsiegel.

Dasselbe trägt folgende Aufschrift:

St. Franz von Sales-Verein der Taubstummen.

§ 27. Auflösung des Vereins.

Sollte die Teilnahme am Vereine so abnehmen, daß derselbe nur 5 wirkliche Mitglieder zählen möchte, so treten diese mit den etwa noch lebenden Gründern und Ehrenmitgliedern zusammen, beschließen die Auflösung des Vereines und entscheiden durch absolute Stimmenmehrheit, ob das verbliebene Vereinsvermögen ganz oder teilweise unter arme Taubstumme, welche nicht Vereinsmitglieder sein dürfen, verteilt werden oder dem Prager Taubstummen-Institute zufallen solle.

Ubrigens steht es dem Vereine frei, sich aufzulösen, wenn er auch zahlreiche wirkliche Mitglieder zählen würde, wenn nur über das Vereinsvermögen beschlossen wird, wie oben angegeben erscheint.

§ 28. Änderung der Statuten.

Diese Statuten, sowie auch jede nachmalige Änderung an denselben, welche nur infolge eines Beschlusses der Generalversammlung vorgenommen werden kann, treten in Wirksamkeit, sobald die behördliche Genehmigung derselben erflossen ist.

Statuten des Vereines zur Unterstützung hilfsbedürftiger Taubstummen.

Name und Zweck des Vereines.

§ 1.

Der Verein führt den Namen „Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Taubstummen“ und hat zum Zwecke:

- hilfsbedürftigen taubstummen Kindern ohne Unterschied der Konfession die Aufnahme in ein Taubstummen-Institut zu ermöglichen;
- unbemittelten taubstummen Böglingen, ohne Unterschied der Konfession, welche mit dem Zeugnisse eines günstigen Erfolges aus einer Taubstummen-Anstalt entlassen sind, die Mittel zur weiteren Ausbildung zu gewähren.

Der Verein hat seinen Sitz in Prag.

Mittel zum Zwecke.

§ 2.

Die Mittel für vorgenannte Zwecke werden aufgebracht:

- durch die Beiträge der Mitglieder;
- durch Spenden;
- durch Veranstaltung öffentlicher Vorträge, musikalischer Produktionen und dergleichen, deren Erträgnisse in die Vereinskassa zufließen;
- durch die Zinsen vom Vereinsvermögen.

§ 3.

Die Geschäftssprache des Vereines ist die deutsche.

Ein Antrag auf Änderung oder Aufhebung dieser Bestimmung ist als Antrag auf Auflösung des Vereines nach § 17 zu behandeln.

Mitgliederschaft.

§ 4.

Die Mitglieder werden eingeteilt in:

- a) stiftende;
- b) beitragende;
- c) Ehrenmitglieder.

§ 5.

Als stiftendes Mitglied kann jeder aufgenommen werden, der dem Vereine einen Betrag von fl. 10.— ö. W. widmet.

Beitragende Mitglieder sind jene, welche dem Verein einen jährlichen Beitrag von fl. 1.— ö. W. leisten.

Ehrenmitglieder werden auf Antrag des Ausschusses von der Generalversammlung mit Ausschluß jeder Debatte ernannt.

§ 6.

Alle Mitglieder haben das Recht:

- a) aus ihrer Mitte den Ausschuß zu wählen;
- b) an den Generalversammlungen des Vereines teilzunehmen, in denselben Anträge zu stellen und an der Abstimmung teilzunehmen;
- c) Einsicht in die Vereinsverwaltung zu nehmen.

Bei den Wahlen sind die Stimmzettel persönlich abzugeben.

§ 7.

Der Austritt aus dem Vereine geschieht durch schriftliche Anmeldung bei dem Ausschusse, hebt jedoch die Verpflichtung zur Entrichtung des Beitrages für das laufende Vereinsjahr nicht auf.

§ 8.

Über die Ausschließung eines Mitgliedes hat der Ausschuß entweder aus eigener Initiative oder auf Grund eines von zehn Mitgliedern schriftlich eingebrachten Antrages endgültig mittelst Angelung zu entscheiden. Der darauf gerichtete Antrag muß sämtlichen Ausschußmitgliedern mit der Einladung zur Sitzung bekannt gegeben werden.

Zur Ausschließung ist die Zustimmung von fünfzehn Ausschußmitgliedern erforderlich.

Vereinsleitung.

§ 9.

Zur Leitung des Vereines und zur Ausführung der von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse wählt letztere aus der Mitte der Mitglieder einen Ausschuß von vierundzwanzig Mitgliedern auf drei Jahre.

Jedes Jahr scheidet $\frac{1}{3}$ der Ausschußmitglieder aus und zwar in den ersten zwei Jahren durch das Los, im dritten sowie in den folgenden Jahren der Reihe nach.

Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Im Falle der Ablehnung oder der dauernden Verhinderung eines Mitgliedes beruft der Ausschuß diejenigen Mitglieder, welche die nächst meisten Stimmen erhalten haben, bis zur vollen Ergänzung der statutenmäßigen Zahl oder schreibt eine Ergänzungswahl aus.

§ 10.

Der Ausschuß wählt auf die Dauer seines Bestandes:

- a) den Obmann, den Obmannstellvertreter, den Schriftführer, den Kassier;
- b) denselben obliegt die Ausführung der im § 1 angeführten Zwecke;
- c) die Aufnahme der Mitglieder;
- d) die Anstellung oder die Entlassung der im Vereine Bediensteten;
- e) er beschließt über die Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen, sowie überhaupt über alles, was nicht ausdrücklich den Generalversammlungen vorbehalten ist; für seine gesamte Geschäftsgebarung ist der Ausschuß der Hauptversammlung verantwortlich.

§ 11.

Zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses ist die Anwesenheit von wenigstens fünf Mitgliedern erforderlich.

Die Beschlüsse des Ausschusses werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefaßt. Ausfertigungen, kraft deren dem Vereine Rechte erworben oder Verpflichtungen auferlegt werden, sowie die Bekanntmachungen sind von dem Obmanne oder dessen Stellvertreter und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

Für die übrigen bloß die Geschäftsgebarung betreffenden Ausfertigungen genügt eventuell die alleinige Unterschrift des Schriftführers.

§ 12.

Dem Obmanne und in dessen Verhinderung dem Obmannstellvertreter steht zu:

- a) die Obergewalt über die ganze Geschäftsführung;
- b) die Einberufung der Ausschuß-Sitzungen;
- c) der Vorsitz und die Leitung der Ausschuß-Sitzungen;
- d) die Vertretung des Vereines nach außen;
- e) bei Stimmengleichheit das entscheidende Votum.

Wenn drei Ausschußmitglieder es verlangen, ist der Obmann verpflichtet, binnen drei Tagen eine Ausschuß-Sitzung zu veranlassen.

§ 13.

Das Vereinsjahr beginnt mit 1. Jänner. Die ordentliche Hauptversammlung findet in der Regel im Monate Jänner statt.

Außerordentliche Hauptversammlungen werden nach § 10 e) überdies auch infolge eines von mindestens zwanzig Mitgliedern schriftlich vorgelegten motivierten Antrages einberufen.

§ 14.

Jede Hauptversammlung muß mindestens acht Tage vorher auf geeignetem Wege unter Beifügung des Programms bekannt gegeben werden.

Anträge von Mitgliedern, welche zur Verhandlung kommen sollen, müssen wenigstens fünf Tage vor der Hauptversammlung schriftlich dem Ausschuß übergeben werden.

Der Hauptversammlung sind vorbehalten:

- a) Wahl des Ausschusses;
- b) Prüfung und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes;
- c) Wahl von drei Rechnungsrevisoren für das kommende Vereinsjahr mit der Vollmacht, das Rechnungsabkollutorium zu erteilen;
- d) Prüfung und Feststellung des Voranschlages für das nächste Vereinsjahr;
- e) Systemisierung besetzter Stellen;
- f) Bestellung eines aus Vereinsmitgliedern bestehenden Schiedsgerichtes zur Austragung von Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern als solchen;
- g) Abänderung der Statuten und Auflösung des Vereines;
- h) Beschlußfassung über Vermehrung und Verminderung des Stammvermögens;
- i) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

§ 15.

Die Hauptversammlung entscheidet mit absoluter, bei Wahlen jedoch mit relativer Stimmenmehrheit. Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens fünfzehn Mitgliedern erforderlich.

§ 16.

Anträge auf Abänderung der Statuten können nur mit Zweidrittel-Majorität zum Beschlusse erhoben werden. Hat ein solcher Abänderungsantrag den § 17 zum Gegenstande, so kann derselbe nur unter Befolgung dieses letzteren Paragraphen zur Beratung und Beschlußfassung gelangen.

§ 17.

Ein Antrag auf Auflösung des Vereines muß mindestens vier Wochen vor der Hauptversammlung öffentlich angezeigt und kann nur dann zum Beschlusse erhoben werden, wenn in der Hauptversammlung wenigstens zwei Dritteile aller Mitglieder anwesend sind und von den Anwesenden zwei Dritteile unter Namensaufruf für die Auflösung stimmen.

Erscheint diese beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern nicht, so ist eine zweite Hauptversammlung unter gleichen Bestimmungen einzuberufen.

Bleibt auch diese zweite Hauptversammlung beschlußunfähig, so ist eine dritte einzuberufen, wobei sodann die Auflösung des Vereines mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder ohne Rücksicht auf deren Anzahl beschloffen werden kann.

Im Falle der Auflösung des Vereines geht das gesamte Vermögen desselben an die Schulkassa des „Deutschen Schulpfennig-Vereines in Prag“ über.

Satzungen des Vereines österreichischer Taubstummenlehrer.

§ 1.

Der Verein führt den Namen „Verein österreichischer Taubstummenlehrer“, hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Wirksamkeit über alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Er ist ein nichtpolitischer Verein.

Das Vereinsiegel führt die Aufschrift „Verein österreichischer Taubstummenlehrer“.

§ 2.

Der Zweck des Vereines ist:

- a) gemeinschaftliche geistige Fortbildung der Mitglieder;
- b) Förderung der Taubstummenbildung und der Standesinteressen;
- c) Pflege des kollegialen Geistes.

§ 3.

Zur Erreichung dieses Zweckes dienen:

- a) periodische Vereinsversammlungen;
- b) Taubstummenlehrertage;
- c) der Verkehr mit Vereinen, welche ähnliche Zwecke anstreben und
- d) die Herausgabe von Vereinspublikationen.

§ 4.

Die Vereinspublikationen werden vom Verein herausgegeben. Das Redaktionskomitee besteht aus dem Vereinsobmann als Vorsitzenden und einigen von der Vereinsleitung mit ihrer Zustimmung hierzu berufenen Vereinsmitgliedern.

§ 5.

Zur Bestreitung der Auslagen wird ein Beitritts- und Jahresbeitrag erhoben.

§ 6.

Der Verein besteht aus:

- a) ordentlichen und
- b) außerordentlichen Mitgliedern und aus
- c) Ehrenmitgliedern.

§ 7.

Ordentliche Mitglieder können nur solche Personen werden, welche im Taubstummenlehramte tätig sind oder waren und das österreichische Staatsbürgerrecht besitzen.

§ 8.

Als außerordentliches Mitglied kann jedermann, der den bestimmten Jahresbeitrag leistet, aufgenommen werden.

§ 9.

Über die Aufnahme eines ordentlichen oder außerordentlichen Mitgliedes entscheidet die Vereinsleitung.

§ 10.

Zu Ehrenmitgliedern ernennt der Verein solche Personen, welche sich hervorragende Verdienste um die Taubstummenbildung erworben, ferner Wohltäter und Schulfreunde, welche den Verein durch materielle Unterstützung oder in anderer Weise in seinem Wirken oder in seinen Interessen besonders gefördert haben.

§ 11.

Jedes ordentliche Mitglied hat die Berechtigung:

- a) in den Versammlungen Anträge zu stellen, Vorträge zu halten, an den Abstimmungen teilzunehmen, sowie auch schriftlich seine Wünsche und Meinungen über die zu behandelnden Fragen der Versammlung zu unterbreiten und ordnungsmäßige Behandlung der vorgelegten Schrift zu verlangen;

- b) sich jederzeit schriftlich und mündlich an die Vereinsleitung zu wenden, um die Vereins-sachen Auskunft zu erhalten;
 - c) Gäste nach vorhergegangener Anmeldung bei dem Vereinsobmanne einzuführen;
 - d) Bücher und Zeitschriften aus der Vereinsbibliothek gegen Empfangsbestätigung zu entleihen;
 - e) die Vereinspublikationen unentgeltlich zu beziehen.
- Jedes ordentliche Mitglied genießt das aktive und passive Wahlrecht.

§ 12.

Die Ehrenmitglieder haben alle Rechte der ordentlichen Mitglieder.

Die außerordentlichen Mitglieder haben ebenfalls alle Rechte der ordentlichen Mitglieder, ausgenommen das aktive und passive Wahlrecht und die beschließende Stimme bei den Be-ratungen.

§ 13.

Jedes ordentliche Mitglied entrichtet bei der Aufnahme zwei Kronen ö. W. als Beitritts-gebühr und sodann einen alljährlichen Beitrag von vier Kronen ö. W.; die ordentliche General-versammlung ist jedoch berechtigt, den Jahresbeitrag nach Umständen zu erhöhen oder zu er-mäßigen.

§ 14.

Jedes außerordentliche Mitglied hat einen jährlichen Beitrag zu leisten, welcher min-destens dem eines ordentlichen Mitgliedes gleichkommt, oder einen einmaligen Beitrag, der kapitalisiert wird und dessen Zinsen beiläufig dem jährlichen Beitrage entsprechen.

§ 15.

Die Beitrittsgebühr ist gleich bei der Aufnahme in den Verein zu erlegen, die Jahres-beiträge sind im Vorhinein zu entrichten.

§ 16.

Wer auf wiederholte Erinnerung des Kassiers seinen Verpflichtungen zur Zahlung des Jahresbeitrages nicht nachkommt, wird als ausgetreten betrachtet.

§ 17.

Bereits eingezahlte Beträge werden nicht zurückerstattet.

§ 18.

Der Austritt aus dem Vereine ist der Vereinsleitung schriftlich anzuzeigen.

§ 19.

Die Vereinsleitung besorgt die Vereinsgeschäfte und besteht aus zwölf von der General-versammlung gewählten ordentlichen Mitgliedern und zwar:

- a) dem Obmanne und dessen zwei Stellvertretern;
- b) den zwei Schriftführern;
- c) dem Kassier;
- d) dem Bibliothekar und
- e) aus fünf Auschußmitgliedern.

Bei Abgang einzelner Mitglieder der Vereinsleitung hat die nächste Plenarversammlung das Recht, für die Zeit bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung aus der Reihe der stimmberechtigten Mitglieder die entsprechende Anzahl von Ersatzmännern zu kooptieren.

Falls mehr als ein Drittel der Mitglieder der Vereinsleitung ihre Mandate niederlegen, ist die Vereinsleitung verpflichtet, eine außerordentliche Generalversammlung zum Zwecke der Ergänzungswahl in die Vereinsleitung einzuberufen.

§ 20.

Die Funktionsdauer aller Mitglieder der Vereinsleitung dauert ein Vereinsjahr. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Die Wahlen sind durch Stimmzettel zu vollziehen. Die Wahl in die Vereinsleitung erfolgt mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 21.

Der Vereinsobmann weist die von der Vereinsleitung beschlossenen Ausgaben zu Vereinszwecken an, unterfertigt zugleich mit einem Schriftführer alle vom Vereine ausgehenden Schriftstücke; er beruft die Generalversammlung ein, führt in derselben den Vorsitz; er teilt spezielle Verhandlungsgegenstände behufs Berichterstattung an die Generalversammlung einzelnen Mitgliedern der Vereinsleitung als Referenten zu; er legt der Generalversammlung den Bericht über die Tätigkeit des Vereines vor; ihm steht in wichtigen Fällen das Recht zu, eine außerordentliche Sitzung der Vereinsleitung einzuberufen. Der Vereinsobmann vertritt den Verein nach außen.

§ 22.

In Verhinderungsfällen des Obmannes übernehmen dessen Stellvertreter sämtliche Geschäfte desselben; sind auch diese verhindert, so wählen die übrigen Mitglieder der Vereinsleitung durch absolute Stimmenmehrheit aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden.

§ 23.

Die Schriftführer besorgen sämtliche Schreibgeschäfte, fertigen zugleich mit dem Obmann alle Schriftstücke, stellen ferner vor Beginn der Versammlung die Beschlussfähigkeit derselben fest, verlesen die einlaufenden Anträge und führen die nötigen Vormerkungen über dieselben und bewahren das Verzeichnis der Mitglieder, sowie die Schriftstücke des Vereines.

§ 24.

Der Kassier nimmt die einlaufenden Gelder in Empfang, zahlt die vom Obmann angewiesenen Rechnungen aus, führt über das Vereinsvermögen Rechnung und übergibt der Vereinsleitung noch vor Ablauf eines Vereinsjahres einen ausführlichen Rechnungsausweis für den Jahresbericht.

Der Obmann hat das Recht und die Pflicht, von Zeit zu Zeit eine Kassakontrolle vorzunehmen.

§ 25.

Dem Bibliothekar obliegt die Instandhaltung der Vereinsbibliothek, das Ausleihen der Bücher und Zeitschriften an Vereinsmitglieder und das Abonnieren und Versenden der vom Vereine gehaltenen Zeitschriften.

§ 26.

Die übrigen Mitglieder der Vereinsleitung haben an allen Beratungen teilzunehmen, über dieselben Beschluss zu fassen und die ihnen vom Obmann zugewiesenen Berichte zur Erledigung zu übernehmen.

§ 27.

Die Vereinsleitung versammelt sich in der Regel monatlich einmal zur Behandlung der Vereinsangelegenheiten. Die Hälfte ihrer ordentlichen Mitglieder machen sie beschlussfähig. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Ein Mitglied der Vereinsleitung, welches in drei aufeinander folgenden Sitzungen ohne Entschuldigung fehlt, ist als von der Leitung ausgeschieden zu betrachten.

§ 28.

Vereinsversammlungen (Plenarversammlungen) finden jährlich mindestens viermal statt. Die Einladungen zu denselben haben spätestens zwei Wochen vorher an die Vereinsmitglieder unter genauer Angabe der Tagesordnung zu ergehen. Die Plenarversammlung fasst ihre Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

§ 29.

Zur Vereinfachung und Erleichterung des Verkehrs zwischen der Vereinsleitung und den Vereinsmitgliedern, die einem und demselben Lehrkörper angehören, wählt letzterer alljährlich aus seiner Mitte eine Vertrauensperson, welche befugt ist, Einladungen, Zuschriften, Vereinspublikationen usw. für seine Mandanten in Empfang zu nehmen. An die Vertrauensperson sind auch Auszüge aus Protokollen, die wichtige Verhandlungsgegenstände betreffen, zu senden.

Die Vertrauensperson ist berechtigt, säumige Mitglieder an ihre Zahlungspflicht zu mahnen und Beitritts- und Jahresbeiträge für den Verein in Empfang zu nehmen. Die Vertrauenspersonen auswärtiger Anstalten haben überdies kraft ihres Amtes beratende und beschließende Stimme in den Sitzungen der Vereinsleitung, zu welchen sie spätestens eine Woche vorher zu laden sind.

§ 30.

Die ordentliche Generalversammlung findet jährlich zur Osterzeit in Wien statt.

§ 31.

Die Tagesordnung der Generalversammlung ist von der Vereinsleitung festzustellen und einen Monat vor der Generalversammlung zu verlautbaren. Mit Rücksicht hierauf haben die Vereinsmitglieder ihre Anträge sechs Wochen vorher zur Kenntniss der Vereinsleitung zu bringen.

§ 32.

Außerordentliche Generalversammlungen können gehalten werden:

- a) über Einberufung der Vereinsleitung, oder
- b) wenn der Antrag hiezu von mindestens einem Drittel aller ordentlichen Mitglieder geschieht, oder
- c) auf Grund des § 19, letzter Absatz der Vereinsstatuten.

Die außerordentliche Generalversammlung hat die Rechte und Befugnisse einer ordentlichen Generalversammlung.

§ 33.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse der Generalversammlung ist die Anwesenheit von wenigstens einem Drittel aller ordentlichen Vereinsmitglieder und die absolute Stimmenmehrheit erforderlich. In derjenigen Generalversammlung aber, welche über die Auflösung des Vereines zu beschließen hätte, ist die Hälfte der ordentlichen Mitglieder und zwei Drittel der Stimmen erforderlich.

Ist eine ordentliche Generalversammlung beschlußunfähig, so beschließt die nächste, zur selben Tagesordnung einberufene Generalversammlung ohne Rücksicht auf eine bestimmte Zahl der anwesenden ordentlichen Mitglieder mit absoluter Stimmenmehrheit.

§ 34.

Die Generalversammlung hat folgende Wirksamkeit:

- a) Beratung und Beschlußfassung über den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung der Vereinsleitung, über die Verwendung eines eventuellen Kassäüberschusses, über die Höhe des Jahresbeitrages und über Anträge der Vereinsleitung, sowie einzelner Mitglieder;
- b) Wahl der Vereinsleitung mit der Gültigkeitsdauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung;
- c) Wahl von zwei Revisoren aus der Reihe der stimmberechtigten Mitglieder;
- d) Ernennung von Ehrenmitgliedern;
- e) Abänderung der Vereinsstatuten;
- f) Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten der Erziehung und des Unterrichtes;
- g) Besprechung der von der Vereinsleitung gegebenen Fragen sowie anderer zeitgemäßer Taubstummenebildungsfragen;
- h) Beschlußfassung auf Abhaltung von Taubstummenelehrertagen;
- i) Ausschließung von Mitgliedern aus einem anderen als dem im § 16 angegebenen Grunde. Zu einer solchen Ausschließung ist jedoch die Zweidrittel-Majorität der beschlußfähigen Generalversammlung notwendig.

§ 35.

Taubstummenelehrertage finden zur Behandlung besonders aktueller Fragen des Taubstummenebildens oder der Standesinteressen statt.

Die Einberufung sowie die Bekanntgabe der Tagesordnung besorgt die Vereinsleitung. Die Einladungen sind an sämtliche Taubstummenelehreranstalten der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zu richten, und haben auch Nichtmitglieder des Vereines österreichischer Taubstummenelehrer, insofern sie im Taubstummenehrante tätig und österreichische Staatsbürger sind, das Recht, an den Verhandlungen und Beschlußfassungen mit beratender und be-

schließender Stimme teilzunehmen. Den Vorsitzenden wählt der Taubstummlehrertag. An die Taubstummlehrertage sollen sich — wenn möglich — Lehrproben anschließen.

§ 36.

Die Beitrittsgebühren, Jahresbeiträge, die Bibliothek, die Spenden und sonstigen Einnahmen bilden das Vereinsvermögen. Kapitalisierte Jahresbeiträge dürfen nur mit Bewilligung der Generalversammlung angegriffen werden.

§ 37.

Die Vereinsleitung verwaltet das Vermögen des Vereines, bestreitet die zur Geschäftsführung notwendigen Auslagen und legt der Generalversammlung die ordnungsmäßig belegte Rechnung (Jahresrechnung) vor.

§ 38.

Das Vereinsjahr schließt mit der ordentlichen Generalversammlung.

§ 39.

Streitigkeiten in Vereinsfachen zwischen Mitgliedern untereinander oder mit der Vereinsleitung werden unter ausdrücklicher Entsagung auf eine andere Instanz von einem Schiedsgerichte entschieden. Jede Partei wählt sich zu diesem Behufe zwei Vertreter aus den Vereinsmitgliedern, und diese wählen ein fünftes Mitglied als Obmann.

§ 40.

Der Verein österreichischer Taubstummlehrer löst sich auf, wenn in einer außerordentlichen Generalversammlung, welche nur zu dem Zwecke der Auflösung einberufen wurde, zwei Drittel der beschlußfähigen Generalversammlung für die Auflösung stimmen (§ 33). Dieselbe Versammlung verfügt noch über die Verwendung des Vereinsvermögens.

§ 41.

Im Falle einer behördlichen Auflösung fällt das gesamte Vereinsvermögen der Direktion des k. k. Taubstumm-Institutes in Wien zur Verwaltung zu, mit der Bestimmung, dasselbe einem sich später bildenden Vereine gleicher Art zuzuwenden.

C.

Vereine.

Es sei mit Bedauern hervorgehoben, daß uns nur die wenigen nachfolgenden Vereine einen Bericht über ihre Tätigkeit zur Verfügung gestellt haben.

Jahresbericht des Kinderschutzvereines des Gerichtsbezirkes Deutsch-Wagram für das Jahr 1908.

Die Erwartung, welche im letzten Jahresberichte ausgesprochen wurde, hat sich erfreulicherweise erfüllt und sind im Ausweisjahre 4 gründende Mitglieder neu beigetreten und ebenso ist die Zahl der beitragenden Mitglieder um 56 gestiegen, so daß dermalen 20 gründende Mitglieder und 353 beitragende Mitglieder verzeichnet werden können. Entsprechend wurde aber auch der Verein in weit mehreren Fällen in Anspruch genommen.

Zu dem mit Schluß des Jahres 1907 ausgewiesenen Vermögen per	750 K 29 h
ist zugewachsen: durch Gründerbeiträge	100 " — "
durch beitragende Mitglieder	364 " — "
durch Spenden	21 " 79 "
durch Zinsenzuwachs	24 " 19 "
Zusammen	1260 K 27 h

Hievon wurden verausgabt:

1. Verwaltungskosten, Porto und Drucksorten	33 K 58 h
2. an Unterstützungen	448 " 53 "
Zusammen	482 K 11 h

so daß ein Vermögensstand von 778 " 16 " verbleibt, welcher in der Gemeindeparkassa in D.-Gabel erliegt.

An Aushilfen und Unterstützungen wurden im Ausweisjahre gewährt:

1. Petersdorf: An 3 Mütter und Waisenkinder zur Anschaffung von Kleidungsstücken und zu Erziehungszwecken.
2. Pankraz: An einen mdj. Knaben, dessen Vater der väterlichen Gewalt für verlustig erklärt wurde, dessen Mutter als Fabrikarbeiterin für die Erziehung des Kindes allein zu sorgen hat.
3. Kriesdorf: An ein mdj. Mädchen zu Erziehungszwecken, dessen Vater der väterlichen Gewalt für verlustig erklärt wurde; das Mädchen wird beim Onkel und Vormunde gut erzogen.

An eine Witwe mit 2 mdj. Kindern zu Erziehungszwecken.

4. Ringelshain: An 2 Mütter mit 5 bzw. 7 meist noch die Schule besuchenden Kindern über Empfehlung des Herrn Pfarrers — zur Anschaffung von Kleidungsstücken und Erziehungszwecken und in einem Falle zur Beschaffung von Urkunden behufs Adoption eines Waisenkindes, welche Adoption bisher aber nicht durchgeführt werden konnte.

5. Seifersdorf: Über Empfehlung des Gemeindevorstehers an eine momentan in Not geratene Familie mit mehreren unmündigen Kindern zu Erziehungszwecken.

6. Länberg: An eine vermögenslose Witwe mit einem unmündigen Kinde, dessen Vater kurz vorher gestorben ist, zu Erziehungszwecken.

7. Markersdorf: An ein elternloses Kind zu Erziehungszwecken. An einen die Schule besuchenden Knaben über Empfehlung der Schulleitung wegen Vornahme einer Operation.

8. Hennersdorf: An 2 Witwen mit 3 bzw. 4 mdj. Kindern zur Anschaffung von Kleidungsstücken, Erhaltung der Wohnung, Zahlung des Lehrgeldes zur Erlernung einer Profession.

9. Postum: An 3 unmündige Kinder zu Unterhaltungskosten; die Mutter und Witwe ist kränklich.

10. Hermisdorf: Zur Bezahlung der Kosten der ärztlichen Behandlung eines in einer Erziehungsanstalt untergebrachten Kindes und zur Bezahlung des Lehrgeldes eines die Bäckerei erlernenden verwaisten Knaben.

11. Schönbach: An ein eine Krankenanstalt besuchendes Kind zur Bestreitung der Unterhaltungskosten.

12. Schneckenendorf: Beitrag zu den Kosten für Überführung eines Knaben in die Blindenanstalt nach Prag; leider wurde derselbe als minderbildungsfähig nach 6 Wochen an die Gemeinde zurückgegeben und muß deshalb weitere Vorsorge wegen entsprechender Unterbringung in eine andere Anstalt getroffen werden.

13. Spittelgrund: An 3 elternlose Kinder, welche bei ihrem 73 Jahre alten Großvater sind, der vom Taglohne lebt, zu Unterhaltungskosten.

Bzüglich eines mdj. ganz verwaisten und minderbildungsfähigen Knaben, in Markersdorf wohnhaft, zuständig nach Seifersdorf, wurde über getroffene Einleitung von Seite der deutschen Sektion der Landeskommision für Kinderschutz die Aufnahme in eine entsprechende Anstalt zugesichert.

Die mdj., 12 Jahre alte, ganz elternlose Marie Tießmann aus Ringelshain wurde durch die Eheleute Pelz in Ringelshain adoptiert.

Die mdj. ganz elternlose Marie Förster in Deutsch-Gabel wurde am Begräbnistage ihres Vaters von Eduard Blische in Johnsdorf in Verpflegung und Erziehung übernommen und hat Eduard Blische auf jeden Unterhaltungsbeitrag für Kleidung, Schulgeld zc. verzichtet.

Außerdem haben mehrere ungenannt sein wollende Wohltäter besonderen Anspruch auf Anerkennung und Dank erworben, indem sie verwaisten und sonst notdürftigen Kindern Unterstützung, Kleidung, Kost zc. zukommen ließen und für bessere Erziehung sorgten.

Allen Wohltätern, auch jenen, welche in den früheren Jahresberichten namentlich angeführt wurden und eifrig in ihrer Tätigkeit fortfahren, sei hiermit der innigste Dank abgestattet.

In der Ausschußsitzung vom 30. Mai 1908 wurde über Antrag des Gemeindevorstehers Vinzenz Kunge aus Böhmischdorf beschlossen, durch eine einmalige Sammlung zur Erinnerung an das 60jährige Regierungsjubiläum unseres geliebten Kaisers den Grundstock zu einer Waisenstiftung für den Gerichtsbezirk Deutsch-Gabel zu bilden. Diese Sammlung, welche noch bis zum 1. Juli fortgesetzt werden soll, hat bisher bereits einen Betrag über 1000 Kronen ergeben und soll die Verwaltung, Errichtung und Verleihung der Stiftung durch den Bezirksausschuß in Einklangnahme mit dem Kinderschutzvereine erfolgen. In mehreren Gemeinden haben sich bei dieser Sammlung Frauen und Fräuleins besondere Verdienste erworben, und zwar in Brims der Frauen-Beerdigungsverein, in Markersdorf die Frauen Antonia Gruschka und Marie Richter, die Fräuleins Marie Böhmer, Marie Breuer und Marie Scholze, in Seifersdorf die Fräuleins Marie Protop, Marie Altscher, Anna Protop, Anna Linke und Anna Mayer.

Allen, auch jenen, deren Namen nicht außer bekannt geworden sind, wird hiemit der innigste Dank für ihre Opferwilligkeit ausgesprochen.

Zum Schluß wird an alle Gönner und Freunde des Kinderschutzvereines die Bitte gerichtet, weiterhin trenn zu bleiben, über den Zweck des Kinderschutzvereines Belehrung zu erteilen, der dahin gerichtet ist, das Wohl der Waisen und von ihren Eltern vernachlässigten Kindern zu fördern und den Gefahren entgegenzutreten, welchen Kinder durch Handlungen und Unterlassungen Erwachsener ausgesetzt sind.

In richtiger Würdigung dieser Umstände wird hoffentlich für das nächste Jahr eine weitere Anzahl von neuen Mitgliedern verzeichnet werden können.

Der Präsident: Klein.

Bericht des Vereines „Kinderschutz“ in Friedland über die Tätigkeit im Jahre 1908.

Der Verein wirkt seit 15. Juni 1902 für die schutzbedürftige und gefährdete Jugend des Friedländer Amtes- und Gerichtsbezirkes, zählte mit Ende Dezember 1907 bereits 1327 Mitglieder; war in mehr als 200 Kinderschutzfällen tätig und hatte zu dieser Zeit 27 verwaiste und schutzbedürftige Pflegekinder auf Kosten des Landeswaisenfondes in seiner Obhut in Einzelpflege bei Familien; gewährte in seiner Tagesheimstätte zu Friedland 27 Kindern, welche durch den Erwerb ihrer Eltern außer Haus tagsüber aufsichtslos sind, die notwendige Aufsicht, Beschäftigung, Mittagstisch und Vesperbrot, überwachte überdies mit den zuständigen Gemeindevorständen eine Anzahl von Kindern, welche dieses Schutzes bedürfen, und führte die schul-entlassene Jugend im Sinne der Verfügungen des Vormundschaftsgerichtes einem Berufe zu, damit sie nicht als ungelernete Arbeiter ihr Leben fristen und für die menschliche Gesellschaft gefährlich werden.

Der Verein „Kinderschutz“ ist einer der ersten Kinderschutzvereine in Österreich, dient vielen Kinderschutzvereinen als Vorbild und unterstützt dieselben mit Rat und Tat, was die vielen informativen Anfragen und Ersuchen von Seite anderer Kinderschutzvereine beweisen.

Der Verein hat im Jahre 1907 „für seine vorzüglichen Leistungen in der Kinderpflege“ auf der Ausstellung „Das Kind“, Wien Rotunde 1907, die goldene Fortschrittsmedaille und das Diplom zuerkannt erhalten. Auch wurden seine Jahresberichte der Allerhöchsten Annahme durch Sr. Majestät unseren Kaiser für die kaiserliche Familienfideikommiß-Bibliothek gewürdigt.

Anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät hat der Verein einen Aufruf zur Widmung von Jubiläumsspenden erlassen und hiemit einen vollen Erfolg erzielt, indem über 50.000 Kronen an Jubiläumsspenden zur Verfügung stehen, gespendet von den Gemeinden des Bezirkes und Wohltätern von Hellern bis zu Tausenden von Kronen.

Der Verein hat im Jubiläumsjahre Anfang Juni mit dem Baue seiner Bezirksheimstätte für die verwaiste und gefährdete Jugend auf Grund des Anstaltsfamiliensystems mit einem Belegraume für 40 bis 50 Kinder begonnen. Zur Vollendung des Baues und der inneren Einrichtung der Bezirksheimstätte sind bei aller Sparsamkeit wenigstens 30.000 K noch erforderlich. Die Tätigkeit des Vereines war bisher eine derartige, daß berechtigt angenommen werden muß, der Verein werde, falls ihm eine Bezirksheimstätte zur Verfügung steht, auch in dieser Richtung eine anerkanntenswerte Tätigkeit entfalten zum Schutze und Schirm der gefährdeten Jugend, so daß wohl die volle Würdigkeit des Vereines für die Bitte um Widmung der noch erforderlichen Summe für die Widmung des Baues und der Einrichtung der Bezirksheimstätte vorliegt.

Mit Schluß des Jahres 1908 gehören dem Vereine 62 Gründer und 1271 Mitglieder, zusammen 1333 Mitglieder, an.

Am 21. März 1908 fand die Vollversammlung statt, in welcher der Tätigkeitsbericht und die durch die Revisoren überprüften rechnungsmäßig und richtig befundenen Kassaberichte genehmigt wurden.

Die Wahl des Vereinsvorstandes für einen Zeitraum von 3 Jahren, d. i. bis 16. Juni 1911, erfolgte und wurden hierbei die vorgenannten Funktionäre gewählt.

Der Vereinsvorstand brachte im Jahre 1908 in 7 Vorstandssitzungen die 655 Vereins-sachen zur Erledigung.

Am 9. Juli fand eine Sitzung des Jubiläumskomitees statt.

Nach Begrüßung der Anwesenden durch den I. Vereinspräsidenten Herrn f. f. Landes-gerichtsrat Janisch fand eine begeisterte Huldigung für Sr. Majestät den Kaiser statt und wurde telegraphisch im Wege der Kabinettskanzlei diese Huldigung unterbreitet.

Mit Erlaß des Statthaltereipräsidiums am 28. Juli 1908, Zahl 17.695, wurde für die zum Ausdruck gebrachte Loyalitätskundgebung aus Anlaß des 60. Jahres der Regierung unseres Kaisers der Allerhöchste Dank bekannt gegeben. Der Bericht über den Stand des Baufondes und der Jubiläumsspenden wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, die Baupläne für die Bezirksheimstätte fanden ungeteilte Anerkennung und wurde beschlossen, von einer festlichen Grundsteinlegung aus Zweckmäßigkeitsgründen abzusehen, nach Vollendung des Baues jedoch die Legung des Schlusssteines verbunden mit der Eröffnung der Bezirks-heimstätte festlich zu begehen.

In der am 29. April l. J. stattgefundenen Vorstandssitzung des Vereines hat der Vereinsvorstand den einhelligen Beschluß gefaßt, anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers die Bezirksheimstätte für verwaiste und schutzbedürftige Kinder in Friedland zu erbauen und mit dem Baue ungesäumt im Jubiläumsjahre zu beginnen. Stimmeneinhellig wurde auch beschlossen, den Bau der Bezirksheimstätte nach dem Projekte des Baumeisters Herrn Rudolf Hampel in Friedland durchzuführen, welches von Autoritäten im Baufache und der Jugendfürsorge, so auch von dem Architekten und königl. Hofbaumeister A. Bohm in Berlin, dem Erbauer einer der größten und kostergültigsten Anstalten Deutsch-lands, des Erziehungsheimes „Am Urban“, der Überprüfung gewürdigt und zur Durchführung für den Bau einer Bezirksheimstätte empfohlen wurde.

Auf Grund dieses Beschlusses wurde dem Herrn Baumeister Hampel, Friedland, die Ausführung des Baues der Bezirksheimstätte um den Kostenbetrag von 65.795 K 62 h ein-schließlich der für das Gebäude bestimmten Niederdruckdampfheizung übergeben.

Der Vereinsvorstand erhielt auf Grund der Schenkungs- und Widmungskunde der Stadtgemeinde Friedland vom 10. Juni 1908 die Grundparzellen für den Bauplatz der Be-zirksheimstätte ins Eigentum. Der Vorstand sprach hierfür der Stadtvertretung Friedland Dank aus.

Mit dem Bau der Heimstätte wurde im Monate Juni begonnen.

In der Vorstandssitzung am 24. Juli wurde einhellig beschlossen, daß das Vereinsver-mögen in den Friedländer Sparkassabüchern Fol. 2152 RM. 8679 und Fol. 12.156 RM. 1000 über 10.927 K 21 h als Reservefond verbleibt.

Die Vermehrung des Reservefondes hat jährlich regelmäßig durch einen Teil von Mit-gliederbeiträgen zu erfolgen.

Der Vorstand hat in Ausführung seines einhellig gefaßten Beschlusses an Frau Rosa Freiin von Klinger, Großindustriellensgemahlin in Neustadt a. T., die Bitte gerichtet, das Protektorat über die anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers zu erbauenden Bezirksheimstätte für die verwaiste und schutzbedürftige Jugend zu übernehmen. Frau Rosa Freiin von Klinger hat das Protektorat übernommen.

Das Verordnungsblatt des k. k. Justizministeriums vom 5. März 1908 bespricht den Jahresbericht des Friedländer Vereines „Kinderschutz“ vom Jahre 1907 und kommt zu dem Schlusse, daß der Verein seine Aufgaben mit Eifer und Erfolg löst. Sodann geschieht seiner großen Mitgliedezahl Erwähnung, des Vermögensstandes, der Tagesheimstätte und der Überwachung der Kost und Pflegefinder mit Hilfe der Gemeindevorstände. Besonders wird auch hervorgehoben, daß der Verein „Kinderschutz“ anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers den Bau einer Bezirksheimstätte für schutzbedürftige Kinder beschlossen und eine zweck-dienliche Organisation zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel geschaffen hat.

Ihre Excellenzen Herr Graf Franz Clam-Gallas und Frau Marie Gräfin Clam-Gallas, Protektorin des Vereines „Kinderschutz“, besichtigten am 15. November 1908 in Anwesenheit der beiden Vereinspräsidenten Herren Landesgerichtsrat Janisch und Bezirksobmann Erlich, sowie der Mitglieder des Komitees zur Erbauung der Heimstätte Herren Bezirkshauptmann Dirsch, Schuldirektor König, Stadtrat Weber und Bau-meister Hampel den Bau des anläßlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers vom Vereine „Kinderschutz“ errichteten Jugendfürsorgeheimes für die Friedländer ver-waiste und schutzbedürftige Bezirksjugend.

Der I. Vereinspräsident Herr Landesgerichtsrat Janisch begrüßte Ihre Excellenzen und geleitete sie mit den übrigen erschienenen Herren durch die im äußeren und teilweise auch inneren Rohbaue fertiggestellte Heimstätte.

Mit regem Interesse besichtigten Ihre Excellenzen sehr eingehend den Bau der Heim-stätte und waren über die Platzwahl und praktische Anlage sichtlich befriedigt.

I.

Mit Ende des Jahres 1907 schritt der Verein in 237 Kinderschutzfällen ein ausschließ-
lich der 31 verwaissten und schutzbedürftigen Pflegekinder, welche auf Kosten des Landeswaisen-
fondes in der Obhut des Vereines in Einzelpflege bei Familien sich befinden. Hiedurch stellt
die Tätigkeit des Vereines mit Schluß des Jahres 1907 auf 268 Schutzfälle.

Im Jahre 1908 war die Schutztätigkeit des Vereines folgende:

- 269 Das in der Findelanstalt in Prag geborene Kind J. K. aus Heinersdorf a. T. wurde
aus der tschechischen Pflegestelle zu Pflegeeltern nach Heinersdorf a. T. gebracht. Die
Erziehung ist dort einwandfrei.
- 270 Über Anregung des Gemeindewaisenrates in Weisbach wurde für den Halbwaisenknaben
J. G. aus Weisbach durch Vermittlung des Herbergvereines in Friedland eine Lehrstelle
bei einem Schneidermeister in Milbenau ermittelt.
- 271 Die gefährdete mbj. E. Sch. aus H., welche sich in Frankfurt a. M. aufhielt, wurde durch den
Verein „Kinderschutz“ in Frankfurt a. M. in ihre Heimat befördert und wird deren Er-
ziehung vom Vereine und Gemeindewaisenrate überwacht.
- 272 In der Pflegschaftsache des mbj. F. N. in Lutzdorf ist nach Bericht des Gemeindewaisen-
rates die Erziehung und Verpflegung des Minderjährigen einwandfrei.
- 273 In der Pflegschaftsache des mbj. F. Sch. in Friedland hat der Gemeindewaisenrat be-
richtet, daß die Verpflegung des Minderjährigen gut ist und sein Verhalten sich seit Ver-
meidung des Verkehrs mit dem mbj. F. F. besserte.
- 274 bis 277 Über die verwahrlosten Kinder B. B. aus Friedland, J. U. aus Ringenhain,
F. F. aus Friedland und M. J. aus Tschernhausen wurden die von der Landeskommission
für Kinderschutz und Jugendfürsorge abverlangten Auskünfte erhoben und die geeigneten
Anträge über deren weitere Erziehung gestellt.
- 278 bis 279 Die beiden Schulknaben A. H. und B. M. aus Milbenau, die mehrere Be-
trügereien ausgeführt haben, wurden in verstärkte Erziehungsüberwachung genommen.
- 280 Da dem in der Anstalt St. Josefsheim in Gemeinden (Deutschland) untergebrachten
schwachsinnigen Knaben Anton Streit aus Haindorf, welcher, arbeitsunfähig, nach Aus-
kunft der Anstalt aber erwerbsfähig werden dürfte, von der Zentralstelle für Deutsche
Waisenpflege und Jugendfürsorge in Prag ein weiterer Erziehungsbeitrag nicht gegeben
werden kann, wurden die nötigen Schritte eingeleitet, um diesen Knaben bis zu seiner
Erwerbsfähigkeit in der Anstalt belassen zu können. Der Verein „Kinderschutz“ gab zu
den jährlichen Kosten der Anstaltserziehung von 390 Mark einen Beitrag von 80 Kronen
jährlich.
- 281 In der Pflegschaftsache des mbj. J. B. in Neustadt a. T. hat der Gemeindewaisenrat
berichtet, daß der Knabe in der Lehre bei einem Gürtlermeister sich befindet, arbeitsam
und fleißig ist und Nachteiliges gegen denselben nicht bekannt wurde.
- 282 In der Pflegschaftsache der mbj. M. W., auferheliches Kind der unter Kuratel stehen-
den M. W. aus Wünnchenborn, wurden Maßnahmen getroffen, um für das derzeit noch
in der Findelanstalt in Prag befindliche Kind eine Verpflegsstelle im hiesigen Bezirke
ausfindig zu machen und den Kindesvater zur Leistung von Unterhaltsbeiträgen zu ver-
anlassen.
- 283 Auf Kosten des Vereines wurde das taubstumme Mädchen Emma Benker, Tochter des
Gustav Benker, Fabrikarbeiters aus Hohenwald, in der bischöflichen Taubstummenanstalt
in Leitmeritz untergebracht. Nach dem eingelangten Berichte dieser Anstalt ist Emma
Benker ein sehr bildungsfähiges, fleißiges Mädchen und macht in allen Unterrichtsgegen-
ständen erfreuliche Fortschritte. Der Beitrag des Vereines für das Jahr 1908 betrug
94 Kronen.
- 284 Der besserungsbedürftige mbj. Knabe A. N. aus Bullendorf wurde in der Besserungs-
anstalt für Jugendliche in Grulich untergebracht.
- 285 In der Pflegschaftsache des mbj. Benzel Krause in Zahne wurde das Gesuch um Er-
langung eines Freiplazes im „Ernestinum“, Anstalt für schwachsinnige Kinder in Prag,
an den Landesausschuß vorgelegt.
- 286 Nach dem Berichte des Gemeindewaisenrates in Neustadt a. T. ist die Führung und das
Verhalten des mbj. J. B. gut.
- 287 Die Aufführung des früheren Zögling des Grulicher Besserungsanstalt F. G., Tischler-
lehrling in Haindorf, ist einwandfrei und fühlt sich der Knabe in seinem gewählten Be-
rufe zufrieden.
- 288 Nachdem der gewesene Pflegling M. H. der Grulicher Landesbesserungsanstalt, welcher
das Schneiderhandwerk erlernt hat, laut Zeugnis am 12. September l. J. freige-
sprochen und aus dem Anstaltsverbande definitiv entlassen wurde, wurden seine Ersparnisse
im Betrage von 40 K 51 h, da er nunmehr als Gehilfe seinen notwendigen Unterhalt zu be-
schaffen imstande ist, in ein Sparfäßbuch fruchtbringend angelegt.

- 289 Für das Kind Berta Kügler aus Friedland, die in ihrer körperlichen Entwicklung sehr zurückgeblieben und zu keiner anstrengenden Arbeit fähig ist, wurde, nachdem für dieselbe der aus dem Landeswaisenfonde bezogene Erziehungsbeitrag bei ihrem 14. Lebensjahre und Schulaustritte eingestellt wurde, über Einschreiten des Vereines auf ein weiteres Jahr verlängert.
- 290 In dem Stalle eines Gasthauses in Raspenau wurde ein Mädchen A. G. aus Heiligenkreuz nächtlich getroffen. Nach ihren Angaben ist sie im 7. Lebensjahre von ihrem Vater an den Zirkusbesitzer K. H. um 2 Kronen verkauft worden, sei mit dem Zirkus bis 1907 herumgezogen und demselben entwichen. Bei dem Zirkus mußte sie während der Vorstellungen mitwirken und sonst ihr Leben durch Betteln fristen.
- Nach ihrer Entweichung war sie theils in Fabriken, theils als Kellnerin beschäftigt, die Schule habe sie nie besucht und ist des Lesens und Schreibens unkundig.
- Das unstete Leben beim Zirkus war ihrer Gesundheit und körperlichen Entwicklung nachtheilig, die Erhebungen wurden eingeleitet und wird unterdessen das Mädchen in einer Fabrik des hiesigen Bezirkes beschäftigt.
- 291 bis 292 Nach dem Berichte des Gemeindevaisenrates in Haindorf ist die Verpflegung und Erziehung der mdj. H. B. und der mdj. H. H. ohne Anstand, die Erziehungsbeiträge, welche dieselben aus dem Landeswaisenfonde erhalten, werden vorchriftsmäßig verwendet.
- 293 bis 294 Die von dem Ökonomen F. Sch. in Oberwittig in dauernde Verpflegung und Erziehung aufgenommenen Waisen F. H. und U. G. genießen nach dem Berichte des Vormundes und Gemeindevaisenrates eine sorgfältige Erziehung und Verpflegung und werden wie eigene Kinder gehalten.
- 295 In der Pflégchastsache der mdj. Anna Pauline Richter aus Arnsdorf, Kind des Anton Richter, Fabrikarbeiter in Christiansau, hat die Direktion der Karischen Blindenanstalt in Prag, woselbst sich Anna Pauline Richter durch Vermittlung des Vereines befindet, bekannt gegeben, daß die Aufführung der genannten Minderjährigen tadellos ist.
- Das Mädchen wird im Herstellen von Bürsten ausgebildet.
- 296 Dem Verein ist es gelungen, eines von den 4 hinterbliebenen Waisenkindern der verstorbenen Mathilde König in Friedland, den am 6. Febr. 1899 geborenen Knaben Rudolf König bei den Eheleuten Benzal und Marie Gürtler in volle Verpflegung und Erziehung zu bringen.
- 297 Über Ersuchen des Vormundes des mdj. Josef Raaz aus Neustadt a. T. hat der Verein für dessen Mündel eine Gärtnerlehrlingsstelle auszumitteln gesucht.
- 298 Der Knabe Josef Heintischel in Neustadt a. T., welcher aus dem Landeswaisenfonde einen Erziehungsbeitrag bezog, ist nach seinem Schulaustritte als Bildhauerlehrling bei Anton Lange untergebracht.
- 299 Der Knabe Rudolf Augustin in Weisbach, welcher aus dem Landeswaisenfonde einen Erziehungsbeitrag bezog, ist nach dem Schulaustritte in einer Dampfbrettsäge in Weisbach beschäftigt.
- 300 Ein aus dem Landeswaisenfonde nachträglich eingezahlter Erziehungsbeitrag im Betrage von 18 Kronen für das Mädchen Hedwig Schober in Haindorf wurde, nachdem dieselbe als Näherin untergebracht ist, in einem Sparfassauche fruchtbringend angelegt.
- 301 Der evangelische Frauenverein in Reichenberg hat den Verein ersucht, für das Kind Emilie Abdasch, welches krank und arbeitsunfähig ist, von der Heimatgemeinde eine dauernde Unterstützung zu erwirken. Die Heimatgemeinde willfahrte dem Ansuchen und gibt monatlich einen Betrag von 6 Kronen.
- 302 Der Fabrikarbeiter F. A. aus Arnsdorf ersuchte den Verein, für seine mutterlosen Kinder im Alter von 6, 4, 3 und 2 Jahren eine Pflégstelle ausfindig zu machen, da er, tagsüber in Fabrikarbeit beschäftigt, die Kinder nicht beaufsichtigen kann. Der Verein bemüht sich um eine Pflégstelle.
- 303 Der Bäckermeister Müller in Landskron stellte das Ansuchen um Besorgung zweier Lehrlinge. Es erfolgte die Ausschreibung hiefür.
- 304 Der Gemeindevaisenrat in Oberberzdorf stellte das Ansuchen, den verwahrlosten Knaben F. D. S. in der Landesbesserungsanstalt in Grulich unterzubringen.
- 305 Über Ersuchen des Vormundes der mdj. Antonia Trautner in Friedland wurde ein halber Freiplatz in der Tagesheimstätte bewilligt.
- 306 Über Ansuchen der Anna Krause in Weisbach um Aufnahme ihres schulpflichtigen Kindes in die Tagesheimstätte wurde ein halber Freiplatz bewilligt.
- 307 Das Bürgermeisteramt in Friedland erstattete die Anzeige wegen Mißhandlung des Knaben der Marie B. in Friedland, diese Anzeige wurden der Vormundschaftsbehörde abgetreten. Verschärfte Erziehungsüberwachung ist eingeleitet.
- 308 Dem Franz Mottl, Fabrikarbeiter in Friedland, wurden über dessen Gesuch um Aufnahme seiner 3 schulpflichtigen Kinder in die Tagesheimstätte 3 halbe Freiplätze bewilligt.

- 309 Der Witwe Hausmann in Schönwald wurden für ihre 2 Kinder 2 halbe Freiplätze in der Tagesheimstätte bewilligt.
- 310 Der Waisenknabe Rudolf Kriegler aus Friedland, welcher aus dem Landeswaisenfonde einen Erziehungsbeitrag bezog, ist nach seinem Schulaustritte bei dem Bäckermeister Robert Zappe in Reichenberg in die Lehre getreten.
- 311 Dem Fabrikarbeiter Stephan Nieger wurden über sein Ansuchen um Aufnahme seiner beiden Knaben in die Tagesheimstätte 2 halbe Freiplätze bewilligt.
- 312 Der Witwe Anna Schubert, Wäscherin in Friedland, wurden für ihre beiden Knaben zwei halbe Freiplätze in der Tagesheimstätte bewilligt.
- 313 Über Ansuchen des Franz Netzegele, Weichenwächter in Weigsdorf, wurde für sein Mündel Ida Knäbel ein halber Freiplatz in der Tagesheimstätte bewilligt.
- 314 Franz Seidler, Raseur in Tschernoschin, ersuchte um einen Waisenknaben als Lehrling; die Stellenanschiebung wurde verfügt.
- 315 Dem Fabrikarbeiter Anton Penker in Friedland wurde über sein Ansuchen um Aufnahme seines die 3. Klasse besuchenden Knaben in die Tagesheimstätte ein halber Freiplatz bewilligt.
- 316 Nachdem dem Vereine zur Kenntnis gebracht wurde, daß die beiden Kinder Elsa Strohmaier und Richard Schwarz, beide in Friedland, einer ärztlichen Behandlung dringend bedürftig, wurden die Herren M. Dr. Plummer und Wildner ersucht, diese Kinder in ärztliche Behandlung zu nehmen; die ärztliche Behandlung beider Kinder erbrachte bereits eine Besserung.
- Über Veranlassung des Vormundschaftsgerichtes, daß ihm alle schulentlassenen verwaisten und unehelichen Kinder bekannt gegeben werden, damit sie einem Lebensberufe zugeführt werden können, wurden 39 Kinder, u. zw.:
- 317 der am 27. Mai 1894 geborene Johann E. als Steinmeyer,
- 318 der am 2./9. 1894 geborene R. R. als Bäckerlehrling,
- 319 der am 12./8. 1894 geborene E. R. aus Karolinenthal als Spinner,
- 320 der am 12./4. 1894 geborene F. H. in Ringenhain zur praktischen Ausbildung in der Landwirtschaft bei einem Gutsbesitzer,
- 321 der am 18./9. 1894 geborene A. W. in Mildeneichen als Stellmacher,
- 322 der am 24./9. 1894 geborene R. R. in Friedland als Töpferlehrling,
- 323 der am 7./12. 1894 geborene Frz. Jos. F. in Rüdersdorf als Weber,
- 324 der am 4./10. 1894 geborene Adolf F. Sch. in Giesfeld als Tischlerlehrling,
- 325 der am 4./9. 1894 geborene Franz L. in Rüdersdorf als Schmiedelehrling,
- 326 der am 19./9. 1893 geborene R. W. in Mildeneichen als Weber,
- 327 der mdj. G. F. in Wünschendorf als Bäckerlehrling durch Vermittlung des Herbergesvereines untergebracht.
- Bei Befürwortung des Gemeindevaisensrates wurden bei nachgewiesener Bedürftigkeit Vereinsunterstützungen gewährt:
- 328 der Witwe F. R. in Daindorf, zuständig nach Buschullersdorf, deren Gatte, Fabrikarbeiter, plötzlich starb und 6 kleine unverförgte Kinder im Alter von $\frac{1}{2}$ bis 11 Jahren in den traurigsten Verhältnissen hinterlassen hat,
- 329 dem gänzlich verlassenen Knaben F. R. in Bärnsdorf,
- 330 dem Kinde M. E. in Wünschendorf, dessen Mutter starb und dessen Vater unbekannt vagierend ist,
- 331 dem Fabrikarbeiter F. B. in Voigtsbach, welcher vermögenslos und selbst vier eheliche Kinder hat, für das uneheliche, nach Friedland zuständige Kind seiner Frau A. G.,
- 332 dem elternlosen Kinde A. G. aus Wünschendorf,
- 333 der Witwe A. G. in Weigsdorf für deren beide Kinder; derselben wurde auch schon früher in Berücksichtigung der trostlosen Lage größere Unterstützungen gewährt,
- 334 dem in Reichenau i. S. im katholischen Kinderheim untergebrachten, nach Runnersdorf zuständigen Schulknaben F. A. G.,
- 335 wiederholte Unterstützung der P. R. in Lusdorf für deren Kinder,
- 336 der K. T. aus Tschernhausen, wohnhaft in Ritterschitz, für deren augenkrankes Kind,
- 337 der kranken Witwe M. H. in Ringenhain, welche, wie sich ein Vereinsmitglied die Überzeugung verschafft hat, mit ihren drei Kindern fast dem Verhungern nahe war,
- 338 der Witwe F. R. in Dittersbach, deren Gatte im Jahre 1904 erkrankt und vier Kinder in größter Armut zurückließ,
- 339 der Fabrikarbeiterin L. R. in Dittersbach für die beiden Kinder ihres in Haft befindlichen Bruders F. aus Giesfeld zur Anschaffung von notwendigen Kleidungsstücken,
- 340 der verwitweten Fabrikarbeiterin E. H. aus Minkwitz für ihre beiden Kinder,
- 341 der Witwe nach dem an Irnsinn im Krankenhause zu Friedland verstorbenen A. W. aus Heinersdorf, da dieselbe mit den hinterbliebenen vier kleinen Kindern in größter Notlage sich befand,
- 342 der von ihrem Manne verlassenen L. P., Wäscherin in Friedland, für ihre 7 kleinen unverförgten Kinder,

345 bis 376 In der Friedländer Tagesheimstätte sind die durch den Erwerb ihrer Eltern zeitweise unbeaufsichtigten schulpflichtigen mjd. Kinder 31 an der Zahl im Laufe des Jahres 1908 untergebracht gewesen, wodurch sie Beaufsichtigung, Mittagstoft und Vesperbrot erhielten.

Daß die Tagesheimstätte in einer Stadt, in welcher der größere Teil der Bevölkerung in industriellen Betrieben Beschäftigung sucht, wie dies in Friedland der Fall ist, einem dringenden Bedürfnisse entspricht, zeigt die stetig zunehmende Inanspruchnahme dieser Wohlfahrts-einrichtung.

Als im November 1905 an die Errichtung der Heimstätte geschritten wurde, sah man der Entwicklung derselben mit einigem Bangen und Zagen entgegen, jetzt, wo 20 Kinder regelmäÙig die Wohltaten derselben genießen, bildet dieselbe ein unentbehrliches Glied in der Kette der Schutzmaßnahmen für das Kind. Nach wie vor müssen die Pflinglinge gewissenhaft ihre Schularbeiten erledigen, nach welcher die Mädchen je nach ihrer Neigung sticken, stricken, Ausnährarbeiten verrichten, bei den Knaben sind zu den schon früher betriebenen, aber etwas aufstrebenden Laufbärgarbeiten, die weniger aufstrebenden Flechtarbeiten mit getrepptem Papier hinzutreten.

Geschmack und Formensinn werden durch solche Tätigkeit gefördert, wovon eine kleine Ausstellung der ziemlich geschmackvollen Arbeiten, sowie der Verkauf einzelner Gegenstände Zeugnis ablegten.

Bei günstigem Wetter vergnügten sich die Heimstättenkinder entweder im Anstaltsgarten oder machten unter Aufsicht ihrer Pflegerin Spaziergänge. Am 21. Juli 1908 wurde mit den Heimstättenkindern ein Ausflug nach Wittigshaus und Haindorf, am 31. Juli nach Dörfel, am 20. August nach dem Waldschloß bei Runnersdorf, am 21. August nach Oberberzdorf und am 27. August abermals nach Dörfel unternommen.

Halbtägige Spaziergänge wurden mit den Kindern 45 gemacht.

Von den derzeit Besuchenden zählen 7 Kinder täglich ihren vollen Betrag von 20 h, während 13 Kinder den Genuß von halben Freiplätzen haben.

Am 23. Dezember fand eine Christbescherung in der Heimstätte statt, an welcher außer dem Präsidenten des Kinderschutzbundes Herrn k. k. Landesgerichtsrat Franz Janisch und dem Verwalter der Heimstätte Herrn Oberlehrer Reinhold Feiz, auch der Herr Bürgermeister A. J. Wigner als Gast teilnahm. Als Christbescherung erhielten die Kinder vom Vereine außer Stollen und Backwerk praktische Gegenstände und die Mädchen der Heimstätte stricken hiezu 20 Paar Pulswärmer. Frau Bürgermeister Wigner spendete den Kindern Honigkuchen.

Die Stadtgemeinde Friedland stellte im städtischen Versorgungshause den Raum für die Tagesheimstätte mit Beleuchtung und Beheizung in dankenswerter Weise unentgeltlich bei, sowie einen Spielplatz. Aus den Zinsen der hochherzigen Widmung der Protektorin der Tagesheimstätte Frau Marie Richter in Mildeneichen, sowie den von den Friedländer Großindustriellen, den Herren Franz Ublen von Siegmund 200 K, Dr. Eugen Kellen 200 K und G. B. Göldner 100 K ebelnützig gewidmeten namhaften jährlichen Spenden und aus den für die Tagesheimstätte gemachten gelegentlichen Spenden mehrerer Wohltäter ist ein Fonds für die Fortführung der Friedländer Tagesheimstätte geschaffen, woraus die laufenden Auslagen durch einen Zuschuß aus dem Vereinsvermögen ergänzt, bestritten werden.

Der Ausbau der Organisationen für „Kinderschutz“ und Jugendfürsorge in der taktischen Einheit des Friedländer Gerichtsbezirkes.

Im heurigen Jahre wurde der im Jahre 1901 unter Führung des Herrn k. k. Landesgerichtsrates und Gerichtsvorstehers Franz Janisch in Friedland begonnene Ausbau der Organisationen für Kinderschutz und Jugendfürsorge in dem Sprengel des Bezirksgerichtes Friedland vollendet.

Nicht nur ein Bezirksverein „Kinderschutz“ mit einer Tagesheimstätte für 20 schulpflichtige, übertags aufsichtslose Kinder in der Stadt Friedland übt eine erfolgreiche Tätigkeit im Kinderschutz und in der Jugendfürsorge aus, sondern auch die im Rohbaue befindete Kaiser Franz Josef Bezirksheimstätte für die verwaiste und schutzbedürftige Jugend dieses Vereines, welche dauernd 40 bis 50 verwaisten und schutzbedürftigen Kindern nach Eröffnung im Jahre 1909 die notwendige Erziehung angebeihen lassen wird, geht ihrer Vervollständigung entgegen.

In allen 38 Gemeinden des Friedländer Bezirkes wirken kollegiale Gemeindevaisenräte mit einer Anzahl von 204 Mitgliedern.

Für die unehelichen Kinder sind in 17 Gemeinden 24 Generalvormünder tätig. 151 Frauen als Waisenspfliegerinnen überwachen die Erziehung von den 602 Pfliegerkindern in den einzelnen Gemeinden des Gerichtsbezirkes.

In 11 Gemeinden haben sich Organisationen von Frauen als Waisenspfliegerinnen gleich den Gemeindevaisenräten gebildet.

Die schulentlassene bevormundete Jugend des Friedländer Gerichtsbezirkes wird jährlich der Wahl eines Lebensberufes zugeführt.

Seit 1. Jänner 1909 ist beim k. k. Bezirksgerichte in Friedland ein Jugendgericht im Rahmen des geltenden Rechtes in Wirksamkeit getreten, wodurch die Strafsachen Jugendlicher aus dem regelmäßigen Strafverfahren ausgesondert werden. Die fehlbaren Jugendlichen werden von den Erwachsenen getrennt verhandelt, die vormundschaftsbehördlichen und fürsorglichen Maßnahmen werden unmittelbar mit dem Strafverfahren verbunden und die Rechtsprechung in Strafsachen Jugendlicher, wozu der Vormundschaftsrichter bestimmt ist, in die Hände von Richtern gelegt, die bei reifer Lebenserfahrung ein volles Verständnis für die Eigenart jugendlicher besitzen.

Der Verein übergibt seinen Tätigkeitsbericht der Öffentlichkeit mit der Bitte: Wohltäter und Gönner bleibe zum Schutz und Schirm unserer verwaisten hilfsbedürftigen und gefährdeten deutschen Jugend dem Vereine auch in Zukunft treu und lasse das Jubiläumswerk unseres Kaisers „Für das Kind“ durch eure Unterstützung im Jahre 1909 der Beendigung und Eröffnung zuführen, damit die schutzbedürftige Jugend in der Bezirksheimstätte Ersatzerziehung erhält und für die Gemeinschaft nützliche Mitglieder hervorgehen.

Bericht des Vereins Kinderschutz für den Gerichtsbezirk Komotau für das Jahr 1908.

1908 war für den Verein ein arbeitsreiches Jahr. Es standen oder stehen noch 55 Jugendliche aus Komotau und Umgebung unter Aufsicht.

Davon waren: 21 Lehrlinge, 5 aus Besserungsanstalten; 7 waren abgestraft, 2 davon begnadigt. Andere über 14 Jahre: 15, darunter 9 gestraft; unter 14 Jahren: 10, davon 5 abgestraft. Mädchen 9, davon stehen 3 unter der Obhut einer Frau.

In 14 Fällen erfolgten Vorladungen durch den Gerichtsvorstand als Vorsitzenden des Vereins; in mehreren Fällen wurden im Interesse der Kinder Zwistigkeiten unter den Ehegatten geschlichtet. Die Hilfe des Vereins wurde von Meistern sehr häufig in Anspruch genommen und war die Arbeit, die da zu leisten war, keine geringe. Eltern, besonders Mütter und andere Parteien kamen, um sich Rat zu holen oder ein Einschreiten des Vereins zu erbitten. In mehr als 70 Fällen hat der Verein seine Tätigkeit entfaltet; darunter sind mehrere so schwer, daß sie die Energie auf eine harte Probe stellten. Der Verein hat sich auch dreier wegen Verbrechens angeklagter Knaben angenommen. Der eine wurde zur mindesten Strafe verurteilt; die 2 anderen wohl verurteilt, aber vom Gerichtshofe selbst der Gnade Sr. Majestät empfohlen. Die Begnadigung wurde auch gewährt.

An diesen Erfolg konnte kaum gedacht werden und war er nur möglich, weil der Gerichtshof auf die Beaufsichtigung durch den Kinderschutverein ein sehr großes Gewicht legte; freilich hat der Verein dadurch eine große Verantwortung auf sich genommen. Hier hat es sich auch gezeigt, daß Staatsanwälte und Richter zwar das Gesetz vollstrecken müssen, aber bei Jugendlichen in vielen Fällen eine andere Sühne wünschten, eine Sühne, die wirksamer wäre und dabei nicht das Brandmal für die Lebenszeit ausdrückte. Das k. k. Kreisgericht wandte sich an den Verein um Auskünfte und die Beurteilung eines Jugendlichen; leider konnte hier nicht die Milde des Gerichtshofes angerufen werden.

Da die mangelnde Aufsicht zumeist der Grund der Verwahrlosung ist, trachtet der Verein solche Kinder dem Asyl oder dem Waisenhaus zuzuführen. Er hat für ein Jahr den Betrag von 240 K. ausgesetzt, damit Kinder armer Witwen das Asyl besuchen können. Ein Mädchen, das der Verwahrlosung ganz verfallen wäre, wurde auf seine Kosten dem Waisenhaus übergeben; für einen Knaben übernahm auf Ansuchen die Heimatsgemeinde ohne Widerrede die Zahlung, während diese früher von der Stadtgemeinde Komotau, zum kleineren Teile vom Vereine bestritten wurde.

Die Sorge des Vereins erstreckt sich auch auf die Jugend, die der Schule entwachsen ist, und es ist sein Bestreben, solche Kinder als Lehrlinge unterzubringen und auch Lehrlinge, die sich vergangen haben, unter seine Aufsicht zu stellen.

In dieser Hinsicht hätten die Kinderschutvereine ein lohnendes Arbeitsfeld und viele Knaben und Mädchen könnten gerettet werden, die später Arreste und Arbeitshäuser füllen. Leider geschieht da zu wenig, trotzdem es notorisch ist, daß die Jahre nach der Schulzeit Gefahren bringen, denen viele unterliegen. Die Ermittlung solcher Kinder ist gegenwärtig eine ungenügende; der Hinweis auf die Pflicht der Eltern oder Vormünder macht die Sache nicht besser. Manche Eltern sind in dieser Hinsicht ungemein nachlässig, selbst dann, wenn ihre Kinder kostenlos untergebracht würden; sie sollen gleich verdienen, verbummeln aber oft. Ein Zwang kann nicht ausgeübt werden, wenn er auch sehr notwendig wäre.

Der Verein hat wieder 2 Knaben in die Lehre gegeben und muß für Kleider, Schuhwerk u. namhafte Opfer bringen. Auch mit 2 schwachsinigen Knaben, von denen der eine krüppelhaft und wie sich herausstellte, auch epileptisch ist, hat er sich befaßt. Die Operation im

hiesigen Krankenhause mußte infolge der Epilepsie unterbleiben; für den andern Knaben suchte der Verein einen Freiplatz zur Unterbringung in einer Anstalt für Schwachsinige zu erlangen.

Mit dem Waisenhause und dem Kinderasyle wurde ein reger Verkehr unterhalten und wurde der Kinderschutverein in vielen Fällen um Rat und Tat angegangen; nicht ohne sein Zutun sind dem Asyle große Spenden zugeflossen.

Die Kinderschutvereine sind wie alle humanitären Vereine Stiefkinder der großen Masse, und wenn man die geringe Zahl der Mitglieder als Maßstab annähme, könnte man hier von einem Kassenstande nicht viel reden. Wenn dem nicht so ist und man von einem günstigen Kassenstande reden muß, so ist dies dem Jubiläumsjahre zu danken und der großen Spende eines Wohltäters anlässlich des 25jährigen Bestandes seiner Fabrikanlage in Komotau.

Der Ausschuß des Vereins hatte zu Beginn des Jubiläumsjahres ein Rundschreiben in Hunderten von gedruckten Exemplaren verschickt; desgleichen hatte die k. k. Bezirkshauptmannschaft in dankenswerter Weise in ihrem Amtsblatte einen Aufruf erlassen, der die humanitären Bestrebungen des Kinderschutvereins hervorhob und zur Unterstützung desselben aufforderte.

Wenn auch die Hoffnungen nicht ganz erfüllt wurden, so ist doch ein namhafter Betrag den wohlthätigen Zwecken zugeführt worden. Durch die Presse Komotaus wurde wie im Vorjahre auf die Bevölkerung einzuwirken gesucht.

Wer sich mit Kinderschutangelegenheiten gründlich befaßt und die Verhältnisse kennen lernt, wie sie tatsächlich bestehen, muß sich mit Geduld wappnen; denn es wird lange dauern, ehe man auf diesem Gebiete eine nennenswerte Besserung wahrnehmen kann, man muß sich mit Teilerfolgen begnügen. Wer das Kunststück zuwege brächte, die Ursachen der Verwahrlosung, besonders die schrankenlose Genußsucht in allen Formen, zu beseitigen, der könnte diese Frage lösen.

Auf den Meister wird man leider noch lange warten müssen!

Josef Knie.

Jahresbericht über das zweite Vereinsjahr des Kinderschutvereins für den Bezirk Postelberg,

erstattet vom Schriftführer Fachlehrer H. Spatzal.

Der Verein steht im zweiten Vereinsjahre. Er hat im heurigen Vereinsjahr (12. Feber 1908 bis 3. März 1909) 1 Hauptversammlung, der Ausschuß 2 Sitzungen abgehalten. In denselben wurden unter anderem folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt:

a) An Stelle des zurückgetretenen 1. Schriftführers Herrn G.-Schr. Ed. Heinz wurde der bisherige Kassier Herr Fachlehrer H. Spatzal, an dessen Stelle Herr Karl Fritzsche, Buchbinder, gewählt. 1. Präsident ist Herr k. k. Bez.-Richter Dr. Franz Jedlitschka.

Dem Josef Klein, Schuhmacher in Tattina, wurden zur Ausbildung seiner taubstummen Tochter in der Taubstummen-Anstalt in Leitmeritz Unterstützungen von zusammen 120 K zugewendet.

Der Deutschen Landeskommission für Kinderschut und Jugendfürsorge trat der Verein als Zweigverein bei.

In den Ausschußsitzungen wurden in speziellen Fällen geeignete Maßnahmen behufs Fürsorge Verwahrloster besprochen, die Behörden um Abhilfe angegangen.

Der Verein zählt 226 Mitglieder.

Die Gesamt-Ausgaben betragen 133 K 58 h.

Der Vermögensstand vom 31. Dezember 1908 beträgt 259 K 42 h. Geschäftsstücke wurden 32 erlegt.

Aus dem Tätigkeitsberichte des Reichenberger Kinderschutvereines über das 1. Vereinsjahr.

Fälle, in denen nach erfolgter Mitteilung durch den Kinderschutverein die städtische Armenverwaltung eingriff, sind hier mit erwähnt:

1. Eine außereheliche Kindesmutter aus Kriesdorf hat ihr Kind in ganz verwahrlostem Zustande einer Pflegefrau gegen Vereinbarung einer Gebühr zur Erziehung übergeben. Die Mutter wurde jedoch arbeitslos und es war ihr insoferneben unmöglich, das Pflegegeßel zu erlegen.

Der Kinderschutverein für den Landbezirk und der Reichenberger Kinderschutverein nehmen sich des Kindes an und tragen gemeinsam die Verpflegskosten. Das Kind ist gestorben.

2. Eine außereheliche Mutter von 2 Kindern ist in große Not geraten, weil der Kindesvater zur Waffenübung eingerrückt ist und daher für die Kinder nichts tun kann.

Der Verein bewilligt eine Unterstützung und macht die Bittstellerin auf den Hilfsverein für Familien dienstlich einberufener Militärpersonen aufmerksam.

3. Ein 12jähriger Knabe, außerehelich geboren, wird für reif zur Abgabe in eine Besserungsanstalt erkannt.

Da auch das Gericht und das Polizei-Kommissariat für diese Maßnahme eintreten, wird der Magistrat um Veranlassung des weiteren ersucht.

4. Eine Fabrikarbeiterin, von ihrem Gatten verlassen, ist infolge Krankheit arbeitsunfähig und daher nicht imstande, ihr 9jähriges Kind entsprechend zu versorgen; sie bezieht als Krankentassengmitglied ein Krankengeld von wöchentlich 5 K 88 h.

Da dieselbe ihre unterstützungspflichtige Heimatsgemeinde nicht anzugeben weiß, wird ihr aus Vereinskassensmitteln bis zur Ermittlung der Heimatsgemeinde eine Unterstützung zu Hilfe gegeben.

5. Einen größeren Aufwand erforderte die Versorgung eines Waisenknaben. Auf die Verständigung von dem Ableben seiner Mutter hin und über das Ansuchen um Fürsorge für den Knaben teilte die Heimatsgemeinde mit, daß sie denselben im Heimatsorte zu versorgen gedenke.

Die Ausführung dieses Verlangens, den deutsch erzogenen, braven und halb aus der Schule tretenden Knaben in die ihm fremde Heimat zu schicken, fand der Verein nicht mit seinen Bestrebungen vereinbar und er brachte ihn deshalb in Reichenberg in gewissenhafter Privatspflege unter. — Seit 7. Feber ist der Knabe bei einem Anstreichermeister in der Lehre und der Verein der weiteren Sorge um ihn enthoben.

6. Vom Bezirksgerichte wurde dem Vereine das Ansuchen einer Frau übermittelt, die von ihrem Gatten verlassen wurde und nun mit 3 Kindern einen harten Daseinskampf zu führen hat.

Der Verein unterstützt die Frau.

7. Von der Obervormundschaft wurde an den Verein herangetreten, einer Frau aus Maffersdorf, wohnhaft in Reichenberg, für ihre Kinder eine Unterstützung zu gewähren. Der Mann ist an einem anderen Orte in Arbeit und kümmert sich um seine zahlreiche Familie nicht.

Es wird eine einmalige Unterstützung bewilligt. Gleichzeitig wird neben der Einleitung gerichtlicher Schritte gegen den Familienvater an die Heimatsgemeinde ein Unterstützungsansuchen gerichtet.

8. Eine Witwe und Mutter von 3 minderjährigen Kindern erkrankte und mußte in Spitalspflege gebracht werden.

Der Kinderhelferein schritt hier ein, bestellte eine Pflegeperson für die Kinder, bewilligte für die Verpflegung einen Betrag von 30 K und verständigte die städtische Armenverwaltung, die sofort entsprechende Anordnungen traf.

9. Einer Mutter sind ihre 2 Kinder an Scharlachfieber erkrankt und Not sucht sie heim. Da die Frau von dem außerehelichen Kindervater vor gerichtlich ausgesprochener Alimentationsverpflichtung nichts erhalten kann, wird derselben zunächst durch den Verein und dann von der Armenverwaltung Hilfe zuteil.

10. Eine Witwe und Mutter von 3 Kindern ist nach ärztlicher Aussage nur beschränkt arbeitsfähig und daher nicht imstande, die Kinder allein zu erhalten.

Derselben werden vom Stadtrate vorläufig 30 K ausbezahlt und beim Landesausschusse wird um die Gewährung eines Erziehungsbeitrages aus dem Landeswaisenfonde angesucht.

11. Eine hier wohnende Armenfründnerin aus Böhmischesdorf, Witwe und Mutter von 3 Kindern, war mit Anbruch des Winters großer Entbehrung ausgesetzt. — Der Frau wurden aus einer Spende von der Armenverwaltung 30 K zugewendet.

Ferner kamen noch mehrere Fälle vor, in denen die Bittstellenden beraten und auch in ihren an andere Stellen gerichteten Ansuchen unterstützt wurden.

Ergänzt für das Kalenderjahr 1908.

2 in Reichenberg geborene und deutsch erzogene 10 und 5 Jahre alte Kinder, welche am 9. März 1908 Waisen wurden, werden nicht in die tschechische Heimatsgemeinde gebracht, sondern auf Kosten des Vereines hier in Obhut und Pflege gegeben.

Vom Gatten verlassen, ersucht eine kranke Mutter um eine Unterstützung für ihre schulpflichtige Tochter. Es wird Hilfe gewährt.

Für das Kind einer Fabrikarbeiterin, welche mit ihrer erwerbsunfähigen Mutter zusammenlebt, wird eine Unterstützung gewährt, weil der außereheliche Kindesvater krank ist und deshalb der Alimentationspflicht nicht nachkommen kann.

Für einen nach Wischau in Mähren zuständigen Waisenknaben, welcher durch längere Zeit auf Kosten des Vereines erzogen und hierauf bei einem Gärtner als Lehrling untergebracht wurde, muß durch Beistellung von Kleidung, Wäsche u. a. gesorgt werden.

Der Kinderschutzverein regt die Erbauung eines städtischen deutschen Kinderheimes, welches bisher in gemieteten Räumen eingerichtet war, an und führt für den Zweck eine Sammlung von Spenden durch mit dem Ergebnisse von über 32.200 K.

5 Ausschuß-Sitzungen im Jahre 1908.

Kinderschutz-Verein in Saaz

als Zweigverein der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen.

Jahresbericht für 1908.

In der ordentlichen Hauptversammlung des Vereines am 29. Feber 1908 erfolgte neuerdings die Wahl des kaiserl. Rates i. f. Bezirksschulinspektors Herrn Franz Willomitzer zum Obmann, sowie der übrigen Vorstandsmitglieder. Der Vorstand konstituierte sich in seiner Sitzung am 11. März. Im Anschlusse an die Hauptversammlung wählte die Damensektion ihren Vorstand, zur ersten Vorsitzenden die Statthalterei-ratsgattin Frau Anna Blach.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beträgt mit Abschluß des Vereinsjahres 652, davon sind in Saaz 560, in den übrigen Gemeinden und Ortschaften des Gerichtsbezirkes 92; die Damensektion umfaßt 268 Mitglieder; die Zahl der Stifter beträgt 17.

Der Vorstand des Kinderschutzvereines hielt gemeinsam mit dem Vorstande der Damensektion im Laufe des Vereinsjahres 19 Sitzungen ab. Die Tätigkeit desselben wendete sich wieder der Beschaffung neuer Geldmittel zu. Es wurden neue Mitglieder angeworben, Aufrufe und Bittschreiben um Spenden an verschiedene Körperschaften gerichtet, Sammelbüchsen aufgestellt usw.

In der Vorstandssitzung am 14. Juli wurde beschlossen, daß sich der Verein der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen als Mitglied anschließe und 10% der Mitgliederbeiträge alljährlich dorthin abführe.

Von wichtigster Bedeutung in der Tätigkeit des Vereines in diesem Jahre ist die Errichtung des

Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Kinderheimes in Saaz,

welches bereits im Vereinsjahre 1907 auf Grund zweier hochherziger Spenden, des Hauses Nr. 472 seitens der löblichen Sparkasse und der Jubiläumsspende seitens der löblichen Stadtvertretung in der Höhe von 20.000 Kronen, beschlossen wurde. Der Vorstand befaßte sich zunächst mit eingehenden Vorarbeiten, deren Grundlage die Befestigung des Waisen- und Asylhauses in Aussicht durch eine Abordnung des Vorstandes und brieflich eingezogene Erkundigungen über die Einrichtung von ähnlichen Anstalten an anderen Orten bildeten. Die am 6. Juni stattgefundene Kommissionierung des Hauses Nr. 472 ergab die Notwendigkeit einer aus praktischen und sanitären Gründen vorzunehmenden umfangreicheren baulichen Adaptierung des Gebäudes. So wurden nun auch zuerst diese Arbeiten in Angriff genommen, bei welchen der k. k. Bezirksoberingenieur Herr Johann Sneykovsky als technischer Beirat in liebenswürdiger Weise mitwirkte, während der Banadjunkt des städt. Baumes Herr Ingenieur Brath die Ausarbeitung der Pläne, die Aufstellung des Vorausschlages und die Bauaufsicht freundlichst übernahm. Die Ausführung der Adaptierungsarbeiten wurde auf Grund Vorstandsbeschlusses dem Baumeister Herrn Leopold Grim übergeben; dieselben wurden sofort im Monate Oktober, nachdem das Haus Nr. 472 mit 28. August in die Verwaltung des Vereines übergegangen war, in Angriff genommen und Mitte November abgeschlossen. Die Lieferung der inneren Einrichtung wurde an hiesige Handwerker und Geschäfte vergeben; zur Beschaffung von Küchengeräten und sonstigen kleineren Einrichtungsstücken wurden mehrere Bittschreiben an Fabriken und andere Firmen gerichtet, infolge welcher zahlreiche Spenden einliefen. Die öffentlichen Aufrufe an die hiesige opferwillige Bevölkerung um Geldspenden, Naturalien, alte Kinderkleider und Spielsachen usw. waren ebenfalls sehr erfolgreich. Noch erübrigte dem Vereinsvorstande die Genehmigung der vom Obmann ausgearbeiteten Satzungen für das Kinderheim und zwar für die Tagesheimstätte und das Fürsorgeheim, der Instruktion für die Hausverwaltung, der Grundätze für die Leitung und Beaufsichtigung des Kinderheimes und der Hausordnung.

Als Hausverwalter des Kinderheimes wurde vom Vorstande das Ehepaar Ament provisorisch gegen ein jährliches Gehalt von 480 K bei freier Station bestellt. Die sanitäre Überwachung übernahm freiwillig und kostenlos der k. k. Oberbezirksarzt Herr Dr. Julius Bid, die erziehlische Aufsicht der Oberlehrer Herr Josef Steiner; die verehrlichen Damen des Vorstandes die wirtschaftliche Beaufsichtigung.

Nachdem dem Vereine seitens der allerhöchsten Kabinettskanzlei die Bewilligung erteilt wurde, daß die Anstalt den Namen „Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Kinderheim“ führe,

kounte am 2. Dezember als am Jubeltage der sechzigjährigen Regierung Sr. Majestät des Kaisers die Eröffnungs-Feier von statten gehen, zu welcher außer den Vorstandsmitgliedern, Stiftern, Gründern und anderen Mitgliedern des Vereines die hiezu geladenen Spitzen der Behörden sowie ein zahlreiches Publikum erschienen waren. Die einfache aber überaus würdige Feier wurde durch eine die geschichtliche Entwicklung des Kinderheimes wie den Zweck desselben darlegenden Rede des Obmannes, kaiserl. Rates Herrn Franz Willomiker eingeleitet. Hierauf wurden vom Bürgermeister Herrn Karl Wostny, vom Landtagsabgeordneten Herrn Johann Heiser, vom k. k. Religionsprofessor Herrn P. Schindler und vom evang. Pfarrer Herrn Wilh. Ziegenfuss der Feier gewidmete Worte gesprochen. Schülerinnen der I. Mädchenbürgerschule trugen patriotische Lieder vor. Mit dem herzlichen Danke an alle, welche zur Schaffung des Kinderheimes in edler und selbstloser Weise beigetragen und mit der Bitte um künftige Förderung desselben schloß der Obmann die schöne Feier.

So begann nun das Kinderheim mit diesem Gedenktage seine Tätigkeit. In das Fürsorgeheim waren 8, in die Tagesheimstätte 9 Kinder aufgenommen worden. Durch zahlreiche Spenden war gleich in der ersten Zeit genügend vorgesorgt, ja es konnte durch gütige Beiträge seitens der verehrlichen Vorstandsmitglieder der Damensektion und anderer mildtätiger Damen eine sehr schöne, den kindlichen Herzen angepasste Weihnachtsfeier veranstaltet werden.

Die bisher an einzelne Parteien ausbezahlten Erziehungsbeiträge wurden auf Grund Beschlusses des Vorstandes mit dem Zeitpunkte der Errichtung des Kinderheimes zum großen Teile eingestellt. An die städt. Armenkommission aber wurde das Ersuchen gerichtet, daß die für Kinder des Kinderheimes bisher an deren Eltern ausgesetzten Erziehungsbeiträge in einzelnen Fällen von nun an dem Kinderschutzvereine ausbezahlt werden möchten, welcher Bitte bereitwilligst entsprochen wurde. — Die Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge i. B. widmete dem Kinderheime aus der für solche Zwecke gewidmeten Spende des k. k. Justizministeriums 500 Kronen. — Mit Beschluß des Vereinsvorstandes wurde der Hausverwalterstochter für ihre Mitwirkung bei der Beaufsichtigung und Beschäftigung der Kinder eine monatliche Entschädigung von 20 Kronen zugesprochen.

Seit dem allerdings erst kurzen Bestande des Kinderheimes, während welcher die Zahl der Kinder im Fürsorgeheime auf 10 und in der Tagesheimstätte auf 20 gestiegen ist, läßt sich nach einmütigen Urteile aller mitwirkenden Faktoren feststellen, daß die dort untergebrachten Kinder, deren Erziehungs- und Lebensverhältnisse vor dem ungemein traurigen waren, aufs beste versorgt und beaufsichtigt sind, so daß wir zu der Hoffnung berechtigt sind, daß dieselben zu braven, der Gesellschaft und dem Vaterlande nützlichen Menschen heranwachsen werden.

Und so möge in dem Bericht des Eröffnungsjahres unseres Kinderheimes der herzliche Wunsch zum Ausdruck gebracht werden, dasselbe gedeihe den Absichten seiner Gründer und Erhalter entsprechend zu Ruh und Frommen unserer Stadt und unseres Volkes.

Tätigkeitsbericht des Vereines „Kinderschutz“ für den Gerichtsbezirk Trautenu im Jahre 1908

erstattet in der Hauptversammlung am 10. Feber 1909.

Wie in den Vorjahren, so ist auch im Jahre 1908 ein Rückgang des Mitgliederstandes zu verzeichnen und ist derselbe im abgelautenen Vereinsjahre auf 172 gesunken, was wohl auch dadurch verschuldet wurde, daß zu wenig Reklame gemacht und bezüglich der Werbetätigkeit zu wenig geleistet worden ist. Wir wollen auf Grund des Beschlusses der letzten Vorstandssitzung in der Werbung neuer Mitglieder und der Einhebung der Mitgliedsbeiträge eine Änderung insoferne eintreten lassen, als jedes Vorstandsmitglied ein Heftchen mit 40 Mitgliedskarten erhält und das ehrgeizige Bestreben jedes Vorstandsmitgliedes dahin gehen wird, diese Anzahl Mitgliedskarten an den Mann zu bringen. So rechnen wir auf 5 bis 600 Mitglieder. Der Hohenelber Bezirk hat schon über 600 Mitglieder und wäre es bei unserem Bezirke, welcher viel größer als der Hohenelber ist, eine Schande, diesen Mitgliederstand nicht zu erreichen.

Die Unterfützungen, welche der Verein in seinen Vorstandssitzungen beschlossen hat, sind alle zur Auszahlung gelangt und mußten viele begründete Unterfützungsansuchen abgewiesen werden, weil sie die materiellen Mittel nicht zulässig erscheinen lassen.

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich dem Kassaberichte etwas vorgreife, doch es gehört dazu, um den Tätigkeitsbericht zu vervollständigen — und hier konstatiere, daß wir gegen das Vorjahr um 100 K weniger an Vereinsvermögen aufweisen. Wenn nun auch die materiellen Einnahmen nicht allen Wünschen entsprechen haben, so können wir mit großer Befriedigung auf die Tätigkeit in moralischer und ethischer Beziehung zurückblicken. So haben wir in zahlreichen Fällen über Aufforderung des k. k. Bezirksgerichtes Erhebungen gepflogen und die Wohlmeinung erstattet und muß hier mit Befriedigung konstatiert werden, daß sich die Vor-

mundschaftsbehörde bei Herausgabe ihrer Beschlüsse auch nach den abgegebenen Gutachten richtete.

Mit besonderer Befriedigung möchte ich auf 3 Fälle hinweisen, die der Tätigkeit des Vereines Kinderschutz zuschreiben sind.

1. R. Rudolf, geboren 1899 in Trautenau, ist der Sohn eines Fabrikarbeiters, welcher vor ungefähr 9 bis 10 Jahren das Weite gesucht hat und seine Frau mit dem Kinde zurück ließ. Die Frau ist auch gestorben und hat sich des Kindes ein Bruder der Mutter angenommen. Der Mann kam eines Tages in seinem ständigen Arbeitsgewande zu mir und erzählte den Sachverhalt und daß er auch nicht mehr instande sei den Knaben auf rechte Bahnen zu lenken. Derselbe wähle, sich selbst überlassen, auch die Nächte zu seinen Spaziergängen aus und wenn er dann in voller Angst gesucht wird, findet man ihn in einem Straßengraben oder einer Scheuer, wo er sein Nachtlager aufgeschlagen hat. Der Mann hat für seinen Neffen seine ganzen Lebensersparnisse im Betrage von 2000 K bei Gericht deponiert, natürlich mit dem Vorbehalt, daß dieser Betrag, wenn der Neffe seine Großjährigkeit nicht erreicht, wieder an ihn zurückfällt. Der Verein Kinderschutz hat sich an die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag gewendet und es ist ihm gelungen den Knaben Rudolf R. im Fürsorgeheim Osseg gegen die alljährliche Zinsenzuweisung von dem angelegten Kapitale unterzubringen.

2. In Trautenbach lebt eine Witwe Veronika A. mit 5 Kindern, von welchen der älteste als Fabrikarbeiter die Familie mit 40 h täglich unterstützt. Der zweitälteste Rudolf hat das 14. Lebensjahr erreicht und wollte ihn die Witwe das Tischlerhandwerk, zu welchem er besonderes Verliehen hatte, ergreifen lassen. Es wurde auch ein Meister in Schafar gefunden, doch mußte der Knabe, da er nicht einmal die nötigsten Kleidungsstücke besaß, aus der Lehre gehen. Der Fortgang in der Schule war ein sehr guter, auch war das sittliche Betragen ein tadelloses. Der Verein Kinderschutz hat nun Umchau nach einem Lehrmeister gehalten, jedoch ohne Erfolg und so wandte sich derselbe an die Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Prag, bei welcher er auch erwirkte, daß der Knabe in dem neueröffneten Dr. Schückerischen Waisenheim in Niederjohnsdorf unentgeltliche Aufnahme fand. Es freut mich nun konstatieren zu können, daß der Knabe sich schon zweimal mit dem Ausdruck des herzlichsten Dankes für die ihm erwiesene Wohltat an den Verein Kinderschutz gewandt hat.

3. Ein Fabrikarbeiter der Firma Raimund Ulrich & Sohn hat mehrere Kinder, von welchen das jüngste bei dem Tode seiner Mutter etwas über 2 Monate alt war. Der Vater ist ein Trinker und die Kinder waren sich nun jetzt selbst überlassen. Des jüngsten Kindes nahm sich der Frauenverein zur Unterstützung Hilfsbedürftiger an und gab es in Pflege. Bezüglich des ältesten Knaben Alois L. wandte sich der Verein an die deutsche Landeskommission mit der Bitte, ob nicht auch dieser Knabe im Fürsorgeheim Osseg, da er schon ganz verwahrloßt war, Unterkunft finden könnte. Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Prag kam diesem Ansuchen nach und hat den Knaben in ihre Obhut übernommen. Die Stadtgemeinde Trautenau besorgte auf eigene Kosten die Überbringung in das Heim, während wohlthätige Leute den Jungen mit den nötigsten Kleidungsstücken versahen. Es dauerte nicht lange, so kam an uns von der deutschen Landeskommission die Mitteilung, daß der Knabe nur gegen einen monatlichen Betrag von 15 K aufgenommen wurde. Der Verein Kinderschutz sowie der Frauenverein konnten nun die Zahlung nicht übernehmen, umso mehr als in der Zuschrift der Landeskommission von einer Beitragsleistung keine Rede war, und der Verein im guten Glauben sein mußte, daß die Aufnahme unentgeltlich statfinde. In einer weiteren Zuschrift reduzierte die deutsche Landeskommission ihre Ansprüche auf 5 K, indem die anderen 10 K zur Hälfte von der Stadtgemeinde Trautenau und der Heimatgemeinde Wernersdorf getragen werden sollen. Der Verein kennt nicht das Verhalten der beiden Gemeinden dieser Forderung gegenüber, doch könnte er auch diese Beitragsleistung per 5 K nicht übernehmen und ist nun jetzt, über eine nochmalige Vorstellung, die Mitteilung herabgelangt, daß von einer Beitragsleistung vollständig abgesehen und der Knabe Alois L. unentgeltlich Aufnahme gefunden hat.

Dies wäre so das Wichtigste über die Tätigkeit des Vereines im abgelaufenen Jahre und erübrigt jetzt nur noch meinem Tätigkeitsberichte das Ersuchen beizufügen, Ihre Kräfte dem Vereine voll und ganz zur Verfügung zu stellen, insbesondere neue Mitglieder zu werben und Ihnen die weitere Bitte zuzurufen:

Helfet unsere Jugend retten und bewahren!

Dr. A. Kluge.

D.

Anstalten.

Bericht über die Waisenspflege der evangelischen Bräderkirche in Dauba vom Jahre 1908.

Wie Freud und Leid im Leben des einzelnen wechseln, so geschieht es auch in jeder Anstaltspflege; von beiden können auch wir hier berichten. Und zwar scheint diesmal das Leid zu überwiegen.

Es gab mancherlei Krankheitsnot: Wie wir das Jahr mit einem kranken Kinde begonnen, so schlossen wir es wieder. Hoffentlich bleibt es auch diesmal bei diesem einzelnen Falle ansteckender Krankheit. Im Sommer gab es auch einen Fall — damals von Windpocken — und im Frühjahr machte ein sichtlich ansteckender Ausschlag längere Zeit Not.

Sogar ein Todesfall trat ein und zwar ein recht betrübender. Die 6jährige schwachsinnige Marie Bien, die von allen geliebte kleine „Mink“, fiel am 25. Juni in einem unbewachten Augenblick in den Abort und erkrankte. Erst nach langem vergeblichen Suchen wurde sie gefunden und dann gab es eine strenge gerichtliche Untersuchung. Diese ergab jedoch die völlige Schuldlosigkeit aller Beteiligten. Ein unheilbar blödsinniges Kind gehört eben nicht in ein Waisenhaus für gesunde Kinder.

So hatte allerdings die Anstaltsleitung von Anfang an gedacht und gesagt, als die Hausmutter Schiller daselbe vor 4 Jahren von einem Besuch in Tschenkowitz mitbrachte. Aber Frau Schiller und bald die ganze Waisenfamilie hatte das arme liebebedürftige Kind ins Herz geschlossen und wollte nicht von ihm lassen, auch gab es tatsächlich keinen passenden Ort für daselbe, sodaß es eben Geduld zu üben galt. Für nächstes Jahr war jedoch auf Antrag der Anstaltsleitung und durch freundliche Vermittelung der Zentralkstelle für deutsche Waisenspflege in Prag ein Platz im Prager Zbiotenheim für Marie Bien gesichert, nun kam es aber nicht zur Ausführung dieses Planes.

Leider war schon einige Zeit vor diesem Todesfall, am 21. April d. J., Frau M. Schiller geb. Böhm aus ihrem Amte als Waisensmutter, welches sie über 5 Jahre versehen hatte, ausgetreten. Sie zog mit ihrer gleichzeitig austretenden Tochter Hulda nach Herrnhut in Sachsen. Wir bleiben ihr dankbar für den mit Angelegenheit und Liebe geleisteten Dienst. Glücklicherweise waren wir bei Frau Schillers plötzlichem Austritt nicht ohne einen teilweisen Ersatz. Einige Wochen vorher war als Gehilfin der Waisensmutter „die Tante“, Josefa Hartel geb. Richter eingetreten. Dieselbe war freilich der deutschen Sprache fast gar nicht mächtig, auch gab ihre Gesundheit Anlaß zu ersten Bedenken.

Doch ist es unter Gottes Segen und bei vermehrter Mitwirkung der Anstaltsleitung dankenswerter gegangen und zwar fast ein halbes Jahr. Erst Anfang Oktober trat die Witwe Franziska Ruscher geb. Jaroschel ein. Bald nach Frau Schillers Abgang sollte nämlich eine neue Waisensmutter kommen, welche schon früher als Tante hier tätig war; doch wurde sie in ihrer gegenwärtigen Stelle festgehalten und mußte abscheiden. Dann trat Ende Mai die Witwe E. Semerad aus Dux, jetzt in Lebedz wohnhaft, als Waisensmutter ein; sie konnte aber nicht bleiben besonders wegen ihres 2jährigen gänzlich siechen Söhnleins Rudolf, dessen Krankheit der hiesige Arzt und ebenso ein Prager Spezialist für Knochenüberknochen und deshalb ansteckend erklärte. Aus diesen Ursachen währte die Zwischenzeit so lange, ehe wir in Frau Ruscher die neue Waisensmutter fanden. Dieselbe war zuletzt Krankenspflegerin in der Knabenanstalt der Brädergemeinde in Kleinwella bei Baugen in Sachsen und früher bewährt als Pflegerin im sächsisch-staatlichen Krüppelheim bei Dresden.

Es ist eben nicht leicht, eine rechte Waisensmutter zu finden, die als Familienmutter (nicht als Directrice) alle Hausarbeit selbst mitbesorgt und dabei Art und Gabe hat, die Kinder zu erziehen und sie zu fröhlicher Mithilfe bei aller Arbeit anzuleiten. Ein Dienstmädchen halten wir grundsätzlich nicht.

Eine letzte Verlegenheit entstand gerade vor den Weihnachtstagen indem für die kranke Gisela B. eine ganz gesonderte Pflege nötig wurde. Die Tante Josefa hatte dieselbe übernommen, es schien aber, daß sie aus gesundheitlicher Rücksicht derselben nicht gewachsen wäre. Wohl suchten wir nach anderer Hilfe, doch ohne Erfolg. Die Waisensmutter, die sonst gern die Pflege übernommen hätte, war in dieser Zeit im Kreise der gesunden Kinder durchaus nötig; so mußte es eben bei der ersten Einrichtung bleiben.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß tatsächlich viele Schwierigkeiten, Nöte und Verlegenheiten zu überwinden waren. Dazu kam, daß die Ausgaben bei der jetzigen Teuerung

immer größer und dabei manche Einnahmen kleiner wurden, besonders die Unterstützung aus dem Landeswaisenfonde. Wir verloren nämlich für drei Kinder diese Unterstützung durch deren Austritt oder Tod, und zwar für Hulda S., Milba S. und Marie B. Dagegen gelang es noch nicht, für die als Ersatz genannten 3 Kinder diese Unterstützung wieder zu erhalten.

Doch haben wir Gott Lob trotzdem das Auskommen gehabt, auch etwas von der Kapital-schuld des Mädchen-Waisenhauses abzahlen können; sie beträgt nun noch 3400 Kronen. Zu diesem günstigen Resultate verhalf unter anderem eine gütige erste Zurendung der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen im Betrag von 100 Kronen, weiter eine Ertragabe der Zentralfstelle für deutsche Waisenspflege im gleichen Betrage, sowie Gaben des Vereins der Waisenside Gatherers in der Brüdergemeinde Nazareth in Nordamerika, welcher für ein bestimmtes Kind unseres Hauses zahlen will. In ähnlicher Weise erhielten wir schon mehrere Jahre für ein anderes Mädchen einen schönen Betrag von der II. Brüdergemeinde in New York. Herr Gerhard Schmidt, ein Sohn des hiesigen Pfarrers, hat uns diese Unterstützung verschafft und hoffen wir, daß auch nach dessen Abgang aus Amerika die dortigen Freunde uns weiter unterstützen werden.

Unser Anteil an den allgemeinen Gaben für die böhmische Waisenspflege der Brüderkirche und aus dem Ertrage eines dafür sammelnden 5 Pfennig-Vereins in Deutschland war diesmal erfreulich groß, obgleich die Daubaer Waisenspflege nur ein Viertel derselben erhält. Das andere fällt den beiden schon länger bestehenden Waisenhäusern der Brüderkirche in Böhmen zu, dem Knaben-Waisenhaus in Böhmen-Rothwasser (40 Knaben) und dem Waisenhaus in Pottenstein (20 Mädchen); diese beiden haben tschechische Anstaltsprache.

Durch diese Gaben und Beiträge wurde es möglich, auch den Bedarf des Knaben-Waisenhauses zu decken, denn — und nun kommen wir zu der besonderen Freude dieses Jahres — wir durften im Monat August mit einem kleinen Knaben-Waisenhaus beginnen. Dies geschah zur Feier des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres geliebten Kaisers. Hatte derselbe doch als seinen besonderen Wunsch jetzt wie schon vor 10 Jahren ausgesprochen, daß „für das Kind“ recht viel geschehen möchte zu Ehren dieses Jubiläums. Und wie wir vor 10 Jahren hier das Mädchen-Waisenhaus daraufhin gründeten, so jetzt das Knabenhaus.

Mit einer zunächst aus 4 kleinen Knaben bestehenden Familie wurde begonnen; es sind die Knaben: Walther B., Edgar und Erhard Sch. und Ladislav S. Als Waisenväter besorgen sie die Eheleute Wondratschek und besonders nimmt sich der Vater der Frau Wondratschek, Herr Schlage, ihrer treulich an. Fürs erste zahlen wir für jedes Kind eine erste Pauschal-summe, für welche sie alles Erforderliche selbst beschaffen. Die nötigen Wohnräume, auch für die Schneiderwerkstatt des Hausvaters, gewährt die Brüderkirche in dem ihr gehörigen Hause Nr. 166 in Dauba. Kann die Waisenkassa etwas zur nötigen Verzinsung dieses Hauses beitragen, so soll es geschehen.

Der kleine Ladislav S. mußte gleich nach seiner Ankunft im Juni d. J. ins Krankenhaus nach Böhmen-Leipa für einige Wochen gebracht werden wegen ansteckender Krankheit, welche er mitbrachte. Dort wurde er auf Kosten des Landeskrankenfonds jetzt verpflegt.

Drei der Waisenkinder besuchen jetzt die Schule, der vierte, Gerhard S., wird erst künftiges Jahr schulpflichtig.

Im Mädchen-Waisenhaus traten in diesem Jahre 3 Kinder neu ein, Rosa B., Anna H. und Ludmila B. Da außer den drei schon oben genannten Pfleglingen noch 2 größere Mädchen austraten, Rosa B. und Agnes N., beschließen wir dies Jahr mit 16 Mädchen gegen 18 im Vorjahre. Wir haben also einige Plätze frei in beiden Häusern.

Von unsern Waisensmädchen besuchen 13 die Schule, die öffentliche Volks- und Bürgerschule in Dauba, 2 sind in diesem Jahre dem Schulunterrichte entwachsen und helfen nun im Haushalt und die kleine Ludmila B. ist erst 5 Jahre alt. Es ist sehr dankenswert, daß der Ortschulrat unsere sämtlichen Waisenkinder auch dies Jahr vom Schulgelde befreite und ebenso sind wir dem Herrn Dr. Müller für seine in unserem Mädchen-Waisenhaus mehrfach unentgeltlich geleistete ärztliche Hilfe vielen Dank schuldig.

Es freute uns, daß die Revision des Mädchen-Waisenhauses durch den Herrn Landes-sanitäts-Inspektor Dr. Gellner in Begleitung des Bezirksarztes Herrn Dr. Steiner und ebenso der Besuch des Herrn Landesauschuss-Referenten Dr. Tunna wieder das Lob einbrachte, daß alles „wohl primitiv, aber sehr praktisch und vollkommen entsprechend“ sei. Auch erfreute uns der Besuch beider Häuser durch Herrn Pastor Schneider, den Dezerenten hiesiger Arbeit im leitenden Komitee in Herrnhut, bei Gelegenheit des Kaiserfestes am 16. August v. J.

Das Knaben-Waisenhaus war damals noch in der Herrichtung begriffen, aber im Mädchenhaus war alles in Ordnung. Dort bauten wir zu besserer Aufbewahrung von herumliegenden Holz und Steinen sowie der verschiedenen Gerätschaften einen geräumigen Schuppen im Garten und auch sonst gab es mancherlei auszubessern. Auch war vielerlei an Inventar anzuschaffen, da Frau Schiller bisher mit ihren Sachen mannigfach ausgeholfen, was nun wegsiel.

Auch bei dem Anbau des Gartens fehlte die frühere Hausmutter und deren dafür sehr praktischer Sinn und Gabe; trotz Beihilfe des Gärtners und damit erhöhten Kosten brachte er weit geringeren Ertrag. Der Obstertrag an Pflaumen und Äpfeln war aber größer als im Vorjahre.

Mit dem Betragen der Kinder konnten wir zufrieden sein, wenn auch natürlich viel an ihnen zu erinnern und zu erziehen ist. Gerade dazu sind sie ja aber in unserer Pflege. Auch aus der Schule bekamen fast alle lobende Zeugnisse und im Religionsunterrichte wie im ganzen Verhalten der Kinder konnte man erkennen, daß bei manchen von ihnen der aufrichtige Wunsch besteht, in der Erkenntnis Gottes ihres Heilandes zu wachsen und in seinen Wegen zu wandeln. Und das ist ja unser eigentliches Ziel, der Wunsch unseres Herzens für sie alle, daß sie nicht nur brauchbar für dieses Leben, sondern auch selige Gotteskinder und Erben des ewigen Lebens werden möchten durch Gottes Gnade.

Die Gesamteinnahmen unserer Waisenpflege in diesem Jahre betrug 5635 K 15 h, die Ausgaben für das Knaben-Waisenhaus (seit August v. J.) 634 K 14 h, für das Mädchen-Waisenhaus — nur allgemeines — 4984 K 64 h, zusammen 5618 K 78 h, demnach Kassenbestand Ende d. J. 16 K 37 h.

Dauha, Ende 1908.

Eugen Schmidt,
Pfarrer, als Vorsteher der Waisenpflege.

Bericht über das Kaiser Franz Josef Asyl- und Waisenhaus in Aussig für das Jahr 1908.

Das Waisenhaus zählte mit Anfang des Jahres 40 Pfleglinge. Im Laufe des Jahres wurden 14 Kinder aufgenommen, gibt einen Gesamtstand von 54. Davon wurden 20 nach Vollendung des 14. Lebensjahres entlassen, mithin verblieben am Ende des Jahres 34 Pfleglinge und zwar 19 Knaben und 15 Mädchen. Die Summe der Verpflegstage erreichte die Zahl 13.000; die Ausgaben des Jahres stellten sich auf 12.220 K. Die Kosten pro Tag und Kopf belaufen sich auf 94 Heller. Sie wurden gedeckt durch die Beiträge der Vereinsmitglieder, durch Subventionen, durch die Beiträge des Landeswaisenfonds, durch Liebesgaben der Aussiger Bevölkerung und durch die Zinsen der Stiftungen. 23 Pfleglinge wurden durch den Landeswaisenfond unterstützt, 2 waren im Besitze der Stiftungen des Bezirksausschusses, 1 kam auf die Berta Schaffner-Stiftung, für 2 zahlten die Heimatsgemeinden, 26 wurden unentgeltlich verpflegt.

Das Kinderasyl verzeichnete am Anfange des Jahres 1908 einen Stand von 87 Kindern. Im Laufe des Jahres wurden aufgenommen: 122 Kinder, ergibt einen Gesamtstand von 209 Pfleglingen. Entlassen wurden 119, so daß das Jahr mit einem Stand von 90 Kindern schloß. Die Summe der Verpflegstage bezifferte sich auf 16.366, die Kosten beliefen sich auf 4255 K, der Durchschnitt pro Tag und Kind stellte sich auf 26 Heller. 25% der Pfleglinge zahlten 10 Heller pro Tag, 75% wurden unentgeltlich verpflegt.

Die Gesamtausgaben des Vereines für die Erhaltung beider Anstalten betrugen 16.475 K. In diesen Betrag sind die Werte der Spenden an Naturalien, Kleiderstoffen u. dgl. nicht eingerechnet.

Die Pfleglinge des Waisenhauses besuchten die öffentlichen Schulen. Ihre Fortschritte, ihr Benehmen war recht zufriedenstellend. Die Bücher, Hefte u. a. stellt das Waisenhaus selbst bei. Die austretenden Knaben wurden als Lehrlinge dem Gewerbebestande zugeführt (Tischler, Schuhmacher), die austretenden Mädchen wurden bei Bauern als Diensthöten untergebracht. Diese Kinder stehen mit dem Waisenhanse noch weiter in Verbindung, besuchen dasselbe in ihrer freien Zeit, holen sich dort Rat, übergeben ihren Lohn oder ihre Ersparnisse zur Aufbewahrung und werden durch Kleider u. a. unterstützt. Sie zeigten ihre Dankbarkeit insbesondere dadurch, daß sie den gegenwärtigen Pfleglingen durch kleine Weihnachtsgaben Freude bereiteten. Als Obmann des Asyl- und Waisenhausvereines wirkte in verdienstvoller Weise der kaiserliche Rat Herr Dr. W. Weiß, als Obmann des Kuratoriums Herr Bürgermeister Ill. Dr. Fr. Ohnsorg; die Leitung der beiden Anstalten führte Oberlehrer Herr Eduard Wagner in lobenswerter Art. Aus der Kanzlei gingen über 300 Geschäftsstücke ab. Die Anstalten wurden von vielen Personen besucht, ihre Einrichtungen wurden bei verschiedenen Neuanlagen von Waisenhäusern übernommen. Die Mitglieder des Bezirksausschusses, wie auch des Kuratoriums traten in den neubegründeten Bezirkswaiserrat, sowie in das Lokalkomitee der deutschen Landeskommission für Jugendfürsorge und Kinderschutz ein.

D.-L. E. Wagner.

Egerer Bezirkswaisenhaus in Wies.

Mit Schluß des Jahres 1907 waren untergebracht: 11 Knaben, 6 Mädchen, zus. 17.

Im Laufe des Jahres 1908 traten infolge vollendeter Schulpflicht aus: 2 Knaben, — Mädchen, zus. 2.

Der eine wählte sich das Korbflechter-, der zweite das Seilergewerbe als Beruf und befinden sich beide Knaben bei tüchtigen Meistern in Eger in der Lehre. Mehrmals im Jahre besuchten beide ihr ehemaliges Pflegehaus. Neu eingetreten sind im Laufe des Jahres 1908: — Knaben, 1 Mädchen, insg. 1. Der Gesundheitszustand sämtlicher Zöglinge ist ein vorzüglicher, besondere Krankheiten kamen nicht vor.

Die größeren Zöglinge verkehrten auch schriftlich mit ihren Angehörigen. Ab und zu wurden sie auch von ihren Verwandten aufgesucht, welche vollkommen befriedigt das Waisenhaus wieder verließen.

Unter sich verkehren die Waisenkinder wie Geschwister.

Unter Aufsicht der Pflegeeltern fanden des öfteren Spaziergänge mit den Zöglingen statt. Mit Sommer- und Winterkleidern sind sämtliche Kinder in ansehnlichem Maße versehen; was fehlt, wird vom löbl. Bezirksausschusse nachgeschafft.

Zur teilweisen Deckung dieser Kosten wird von den betreffenden Heimatgemeinden ein kleiner Betrag eingehoben, gegenwärtig per Jahr und Kopf 30 K.

Die im Vorjahrsberichte erwähnte Hausordnung besagt:

- § 1. Die Waisenkinder haben dem Waisenvater, sowie dem Anstaltspersonal mit Ehrfurcht zu begegnen und allen Anordnungen pünktlich Gehorsam zu leisten.
- § 2. Das Zeichen zum Aufstehen wird im Sommer um 5½ Uhr, im Winter um 6½ Uhr früh gegeben.
- § 3. Unmittelbar nach dem Aufstehen ist eine halbe Stunde zum Anziehen, Waschen, Kämmen etc. zu verwenden, wobei die größeren Kinder den kleineren behilflich sein sollen. Die größeren Kinder haben auch beim Ordnen und Herrichten der Betten behilflich zu sein.
- § 4. Die älteren Kinder haben den Tisch zum Frühstück mit decken zu helfen.
- § 5. Am Frühstück haben nur jene Kinder teilzunehmen, die rein und ordentlich erscheinen, worauf besonders zu achten ist.
- § 6. Vor Beginn des Frühstückes, wie vor dem Mittagmahle und vor dem Schlafengehen ist ein kurzes gemeinschaftliches Gebet zu sprechen.

Die Zeit nach dem Frühstücke bis zur Schulstunde ist zum Wiederholen der Schulaufgaben und zum Ordnen der Bücher für die Schule zu verwenden.

- § 7. Nach der Schule sind die Schulsrequisiten ordnungsmäßig in dem hiezu bestimmten Schrank aufzubewahren und ist jedem Waisenkind ein Stückchen Brot zu verabfolgen. Nach dem Genuße desselben sind die Schulaufgaben fertig zu machen. Die Kleinen, denen noch keine Arbeit für die Schule obliegt, können im Sommer die Zeit im Garten, im Winter im Zimmer mit Spiel verbringen; die Zeit von ½12 bis 12 Uhr bleibt der Erholung gewidmet.
- § 8. Um 12 Uhr wird das Zeichen zum Mittagmahle gegeben, welches Mahl nicht viel über eine halbe Stunde andauern soll. Die Zeit nach dem Essen bis zur Schulzeit können die Zöglinge im Garten oder im Arbeitszimmer ohne bestimmte Beschäftigung, jedoch unter Aufsicht, zubringen.
- § 9. Nach der Schule hat jedes Kind eine Pause zu erhalten, sodann folgt eine halbe Stunde Erholungszeit, worauf die Schularbeiten zu machen sind und die noch erübrigende Zeit bis 7 Uhr abends mit Ausgang oder mit Spiel ausgefüllt werden kann.
- § 10. Um 7 Uhr ist den Kindern ein einfaches Abendessen zu verabreichen. Um 8 Uhr im Winter, um 9 Uhr im Sommer wird das Zeichen zum Schlafengehen gegeben, wobei die größeren Mädchen den kleineren beim Auskleiden, Putzen der Schuhe und den Vorbereitungen für den folgenden Morgen behilflich sein müssen.
- § 11. Nach dem Schlafengehen hat in den Schlafzimmern die größte Ruhe zu herrschen.
- § 12. An den schulfreien Wochentagen ist nach gemachten Schulaufgaben die freie Zeit zu weiblichen Handarbeiten, sonstigen häuslichen Geschäften und zu gemeinschaftlichem Ausgang und Spiel zu verwenden.

An Sonn- und Festtagen sind die Zöglinge zum Kirchenbesuche anzuhalten und bleibt an diesem Tage die übrige Zeiteinteilung dem Waisenvater überlassen.

- § 13. Die Zöglinge sind sowohl bei allen ihren Verrichtungen im Hause als auch auf ihren gemeinschaftlichen Ausgängen zu überwachen und ist auch darauf zu achten, daß sich die Waisenkinder nach Zulaß ihrer körperlichen Gesundheit in den Sommermonaten mindestens wöchentlich einmal und während der Wintermonate mindestens alle 14 Tage einem Reinigungsbade unterziehen.

Bezirksausschuß Eger, am 20. Jänner 1905

Der Bezirksobmann:
C. Krämling.

Einer Anregung des h. Landesausschusses entsprechend, wurde im Berichtsjahre eine Hausbibliothek angelegt und zählt selbe bis jetzt 141 Bände.

Über Erbüchen der Anstaltsleitung haben hiezu Bücher gespendet die österreichischen Buchhandlungen: Manz'sche Hofbuchhandlung, Wien, Tempel, Wien, Bichlers Witwe, Wien, Prochaska, Teschen, Karl Gräfer, Wien, Szeliński, Wien, Künstler, Böhm.-Leipa, Korbtsch & Gschihay, Eger.

Auch an dieser Stelle sei diesen allen der beste Dank ausgedrückt.

Am 28. September 1908 beehrte der gegenwärtige Leiter des k. k. Bezirksgerichtes Eger in seiner Eigenschaft als Obervormund unsere Anstalt mit seinem Besuche und war derselbe über den Befund höchst befriedigt.

Anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät unseres Kaisers Franz Josef I. schenkte die Egerer Sparkassa jedes der am 2. Dezember 1908 in der Anstalt unterbrachten Kinder (16) mit einem inkulierten Sparkassabuch, enthaltend eine Einlage von 10 Kronen.

Der hochherzigen Spenderin sei hiemit ebenfalls der wärmste Dank ausgedrückt.

Wie im Vorjahre fand auch im heurigen Jahre eine Christbescherung statt.

Marienbad.

Der Kaiser Franz Josef I. Waisenhaus-Kindergarten in Einsiedl bei Marienbad für den Gerichtsbezirk Marienbad, gegründet 1904, ursprünglich eingerichtet für 20 Waisenkinder, verpflegte bisher 57 Kinder, von welchen 13 Kinder die Anstalt verlassen haben, so daß mit Schluß des Jahres 1908 in dem Waisenhaus 38 Kinder verblieben.

Der anlässlich des 60jährigen Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers im Jahre 1908 vom Waisenhausvereine gegründete Kindergarten wurde den 24. Mai 1908 eröffnet, beherbergte im Jahre 1908 42 Kinder im Alter bis zum 6. Lebensjahre; hievon erhielten die armen Kinder tagsüber die Verpflegung, so daß die Eltern dieser Kinder der Sorge der Überwachung enthoben waren und ihrer Arbeit ungestört nachkommen konnten.

Die Betreuung der Kinder besorgen die Schulschwestern de Notre Dame. Der Gesundheitszustand der Kinder ist in den fünf Jahren ein ausgezeichnete gewesen; eine ernste Erkrankung ist bisher nicht vorgekommen.

Die aus der Anstalt getretenen 13 Kinder wurden sämtlich versorgt und sind die Dienstgeber mit den Kindern sehr zufrieden.

Die Kinder des Waisenhauses besuchen die öffentliche Schule.

Die Einnahmen betrugen im Jahre 1908 im ganzen 17.788 K 25 h, die Ausgaben 17.376 K 83 h, so daß ein Kassastand von 411 K 42 h erübrigt.

Das Vermögen des Waisenhausvereines besteht aus dem Waisenhaus und Kindergarten Nr. 68 in Einsiedl und dem Waisenhausfonde im Betrage von 30.600 K, welches Vermögen in kaum 5 Jahren gesammelt wurde.

Vorstand des Vereines ist k. k. LGR. Friedrich Adam in Marienbad.

Das Kaiser Franz Josef I.-Jubiläums-Waisenhaus für israel. Knaben in Agl. Weinberge.

Die Anstalt wurde im Jahre 1898 anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers von den in Böhmen bestehenden israelitischen Humanitätsvereinigungen „B'nai Brith“ gegründet und wird von der Direktion „des Vereines zur Errichtung und Erhaltung eines israel. Knabenwaisenhauses für Böhmen“ geleitet und verwaltet, an dessen Spitze Herr Kommerzialrat M. Jos steht. Der genannte Verein zählt 5 stiftende Mitglieder, 47 gründende Mitglieder, 243 Gönner, 333 beitragende Mitglieder und 1 Ehrenmitglied.

In das Waisenhaus aufnahmefähig sind in Böhmen geborene, oder dahin zuständige, oder dafelbst wohnende ganz oder halb verwaisste, ausnahmsweise auch von ihren Eltern verlassene israel. Knaben, welche das 6. Lebensjahr vollendet und das 10. noch nicht überschritten haben. Nur in ganz besonders berücksichtigungswerten Fällen kann die Aufnahme ohne Rücksicht auf das Alter erfolgen. Schwachsinrige, blinde, taube, taubstumme, sowie überhaupt kränkliche Kind sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Von besonders berücksichtigungswerten Fällen abgesehen, sollen die Zöglinge nicht länger als bis zum vollendeten 15. Lebensjahre in dieser Anstalt verbleiben.

Aufgabe der Anstalt ist es, die Zöglinge körperlich und geistig heranzubilden und sie nach Möglichkeit zu selbständigem Erwerbe im praktischen Leben zu befähigen. Besonders begabten Zöglingen kann auch eine höhere wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung zuteil werden.

Gemäß § 1 der Instruktion für die Hauseltern und Erzieher „bildet das Waisenhaus eine wohlgeordnete bürgerliche Familie, wo die Waisen nicht nur ihre leibliche Verpflegung

erhalten, sondern auch physisch, sittlich und religiös erzogen werden sollen. Es müssen demnach die Keime der Sittlichkeit, die in der Familie als Ehrfurcht, Liebe und Vertrauen des Kindes den Eltern gegenüber sich kundgeben, auch im Waisenhanse entwickelt und gefördert werden."

In der Schulbildung und der Erziehung wird die Eigenart jedes einzelnen Zöglinge nach Möglichkeit berücksichtigt; die Knaben werden schon in der Anstalt für ihren künftigen Beruf vorbereitet. Sie besuchen nebst Volks- und Bürgerschulen auch Realschulen, Gymnasien, Handelsschulen und gewerbliche Fachschulen, genießen Zeichen- und Handfertigkeitsunterricht, befassen sich mit Gartenarbeiten und Blumenpflege, mit Musik und Gesang, lernen die 2. Landessprache und je nach ihrer Befähigung auch fremde Sprachen, Stenographie und Maschinen-schreiben.

Im Schuljahre 1908/1909 besuchen

38	Zöglinge	die Volksschule,
12	"	die Bürgerschule,
2	"	die Realschule,
3	"	das Gymnasium,
2	"	die Handelsakademie,
1	"	die Handelsschule,
1	"	die kunstgewerbliche Fachschule in Gablonz,
1	"	die Fachschule für Weberei in Neutitschein.

Die schulmündigen Zöglinge, welche aus dem Waisenhanse scheiden und einem Berufe zugeführt werden, werden der Fürsorge der Waisenhausleitung nicht entrückt, sondern verbleiben bis zur erlangten Selbständigkeit unter ihrer Aufsicht und werden auch weiterhin durch Rat und Tat gefördert. Zu ihrer Unterstützung bestehen besondere Fonds. Diejenigen, welche in Prag ein Gewerbe lernen, werden in dem mit dem Waisenhanse in Verbindung stehenden Lehrlingsheime versorgt; sie erhalten daselbst nebst Wohnung auch Kost, Kleidung und Wäsche.

Von den bisher aus dem Institute entlassenen Zöglingen haben sich 16 dem kaufmännischen Stande, 1 dem höheren Studium und 13 dem Gewerbe und der Industrie gewidmet.

Ein besonderes Augenmerk wird der körperlichen Erziehung der Pfleglinge zugewendet. Die Anstalt besitzt eine geräumige und lustige Turnhalle, ein schönes Bad mit einem Schwimmbassin. Aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers wurde für die Zöglinge ein eigenes Ferienheim geschaffen. Es gelang der Direktion ein Anwesen bestehend aus einem schönen, freistehenden, 2 Stock hohen Gebäude mit einem etwa 7000 Quadratmeter großen Garten in Lutz bei Buchau zu erwerben. Im Frühlinge des Jahres 1908 wurden die nötigen Adaptierungsarbeiten vorgenommen, so daß das neue Heim schon während der letzten Ferien bezogen werden konnte. Vom Schuljahre 1909/1910 an wird daselbst eine Filiale für die jüngeren und körperlich schwachen Zöglinge errichtet werden.

Stgl. Weinberge, im Feber 1909.

J. Schwager,
Waisenhausdirektor.





Dr. Karl Schücker.

Das
Dr. Karl Schücker-Waisenheim

des Bundes der Deutschen in Böhmen
zu Nieder-Johnsdorf bei Landskron.



Prag 1909.

Verlag des Bundes der Deutschen in Böhmen.

Druck von Anton Renn.



I. Die Eröffnungsfeier am 11. Oktober 1908.

Wohl selten dürfte die Eröffnung eines Waisenheimes in so festlicher und dabei so echt deutscher Weise stattgefunden haben, als diejenige unseres Dr. Karl Schücker-Waisenheims am 11. Oktober 1908.

Schon am vorhergehenden Tage zeigten die in schwarz-rot-goldner Beflaggung prangenden Orte Landskron und Nieder-Johnsdorf, daß sie dem nationalen Feste mit Verständnis und Begeisterung entgegensehen.

Um $\frac{1}{2}$ 4 Uhr nachmittag fuhr das Empfangskomitee, mit Altbürgermeister B. A. Schmeiser an der Spitze, zum Bahnhofe und erwartete dort die ankommenden Festgäste. Unter brausenden Heilrufen erfolgte die Einfahrt des Zuges. Nach den üblichen Vorstellungen begaben sich die Gäste in die zugewiesenen Hotels. Sodann wurde die Wagenfahrt nach Nieder-Johnsdorf zur Besichtigung des Heims angetreten. Die Führung besorgte der Obmann des Festausschusses Herr Apotheker Erzleben. Der Eindruck, den das Heim auf die Besucher machte, war der denkbar beste und alle verließen das Heim nach zweistündiger Besichtigung hochbefriedigt.

Der Abend vereinigte den Festausschuß und die Gäste zu einem gemütlichen Beisammensein in Schmeisers Restauration. Es waren unter anderen erschienen: Die Ehrenpräsidenten: Dr. Karl Schücker, Landtagsabgeordneter, Reichenberg, Landsmannminister Erzellenz Dr. Gustav Schreiner (damals noch Präsident der Deutschen Sektion des Landeskulturrates); die Abgeordneten Maizner, Morawetz und Dr. Koller; die Herren Baumeister Randa und Wanderlehrer Maschke als Vertreter des Bundes der Deutschen Nordmährens; Dr. Gerhart als Vertreter des Alldeutschen Verbandes; die Mitglieder der Bundesleitung: A. Kießlich, Dr. Trost, Hugo Heller, Dr. Panfratz, Dr. Fritsch, Professor Gylardi, A. Maschke, E. Sifisch, F. Ohlmes, H. Schwarz; die Mitglieder des Unterausschusses für Waisepflege: Univ.-Prof. Dr. Piffel, Direktor Jarisch, Rittmeister Ruschitschka, A. Schwab; Apotheker Zippe-Dobrzan für den Verwaltungsvorstand des Waisenheimes Neudorf; Lehrer Beer-Karlsbad für den Kinderchutzverein Karlsbad; Sekretär der Bundesleitung August Ansförge.

Der Sesttag.

(Teilweise nach einem Berichte der „Deutschen Grenzwatch“=Landstron.)

Aufftellung der teilnehmenden Vereine und Abmarsch nach Nieder-Johnsdorf.

Ein herrlich schöner Herbstmorgen, der 11. Oktober, wohl einer der bedeutendsten Tage in Deutsch-Ostböhmens Geschichte, war angebrochen. Eitel Sonnengold überflutete die ihres sommerlichen Schmuckes längst beraubten weiten Ähren. In den fahnenengeschmückten Straßen der Stadt Landstron herrichte bereits am frühen Morgen ein reges Leben. Ordner durcheilten die Stadt nach allen Seiten, um die letzten Vorbereitungen zu treffen. Nach 8 Uhr fanden sich die einzelnen Vereine auf dem Standplatze ein, wo bereits eine große Menschenmenge der Dinge harrete, die da kommen sollten. Zahlreiche Fahrgelegenheiten fuhren auf, um die Bundesleitungsmitglieder, die Damen des Damenaussschusses sowie andere Festgäste aufzunehmen und zum Festorte zu bringen. Gegen 9 Uhr erfolgte die Aufstellung des Festzuges und zwar in folgender Reihenfolge:

Voran die Fahrgelegenheiten. Im ersten Wagen der Obmann des Festausschusses Apotheker Ergleben und der Obmann der Bundesgruppe Dr. Hartmann; ferner die Damen des Verwaltungsausschusses (4 Wagen), Dr. Schücker mit dem Obmanne des Verwaltungsausschusses, Altbürgermeister Schmeißer, Dr. Schreiner mit dem Oberverwalter v. Kölbl, dann die Mitglieder der Bundesleitung, weiter die Abg. Dr. Koller, Morawetz und Maixner, je zwei Vertreter der Burschenschaft „Teutonia“=Prag und der Ferialverbindung „Germania“=Landstron in Wicks. Daran schlossen sich die Vereine: K. k. priv. Scharfschützenkorps mit Fahne und Musik, der Verwaltungsausschuß des Waisenhauses, die Gemeinde- und Bezirksvertretung Landstron, die Gemeindevertretungen von Johsee, Riebzig und Kathsdorf, die Ferialverbindung „Germania“=Landstron, und als Vertreter studentischer Verbindungen stud. Schulz und stud. Hübl, Männergesangsverein „Sängerbund“ mit Fahne, Verein der Staatsbeamten deutscher Nationalität, Ortsgruppe Landstron des B. d. D. i. B., Bezirkslehrerverein, Vertreter der Ortsgruppen des Nordmährerbundes und des Bundes der Deutschen in Ostböhmen, Radfahrerverein, Stenographenverein, Werkmeisterverein, Militär-Veteranenverein mit Fahne und Musik, Deutscher Gehilfenverein, Arbeiterinnenbund „Kornblume“, Deutscher Jugendbund „Eiche“, Deutscher Geselligkeitsverein „Union“, Turnverein mit Fahne, die Feuerwehren von Landstron, Johsee, Jockelsdorf und Türpes.

Die Aufstellung erfolgte in drei Treffen auf der Seite des Gymnasiums. Auf ein gegebenes Zeichen begann der Abmarsch.

Der schier endlose Festzug nahm seinen Weg vom Stadtplatze durch die Schulgasse über den Josefplatz, durch die Almagasse und Gablergasse nach Nieder-Johnsdorf, wo an der Stadtgrenze die Gemeindevertretung von Nieder-Johnsdorf, die Ortsgruppe des Bundes der Deutschen in Böhmen, der Feuerwehrverein und eine zahlreiche Menschenmenge zum Empfange Aufstellung genommen hatten. Vor dem dort aufgestellten, herrlich geschmückten Triumphbogen machte der Festzug Halt. Dr. Schücker, der um das Waisenheim in Nieder-Johnsdorf so hochverdiente Obmann des Bundes, sowie der Präsident der Deutschen Sektion des Landeskulturates, Dr. Schreiner, entstiegen dem Wagen und wurden vom Gemeindevorsteher von Nieder-Johnsdorf, Adolf Hübl, mit folgenden Worten begrüßt:



Ansicht von Norden, mit den Stallungen.



Aussicht von Süden, mit Verfassungen und Scheune.

Hochgeehrte Herren!

Als Vorsteher der Gemeinde Nieder-Johnsdorf bin ich heute der überaus hohen Ehre theilhaftig, Sie alle im Namen der ganzen Bevölkerung an den Bemerkungen der Gemeinde zu begrüßen.

Ein für unser nationales und wirtschaftliches Leben wichtiger Anlaß hat Sie heute in unsere Mitte geführt. Gilt es doch einem großen Werke die Weihe zu geben, welches bestimmt ist, nicht nur den Waisen eine traute Heimstätte zu bieten und sie zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu machen, sondern auch eine Stätte zu sein, wo deutscher Sinn und deutsche Tugend blühen soll!

Mit Freude und Stolz blicken die Bewohner der Gemeinde und mit ihnen alle Deutschen auf den herrlichen Bau. Möge er seine hohe Bestimmung erreichen und zum Segen des deutschen Volkes werden.

Ich aber, meine hochverehrten Herren, gebe Ihnen die Versicherung, daß wir stets mit den Gefühlen der größten Dankbarkeit Ihrer gedenken werden, daß wir aber auch unerschütterlich treu bleiben wollen dem Bunde und unserem geliebten deutschen Volke!

In diesem Sinne rufe ich Ihnen nochmals ein herzliches „Willkommen!“ zu.

Sodann trat Frä. Anna Domes vor und überreichte Dr. Schücker einen herrlichen Blumenstrauß, wobei sie folgende Worte an ihn richtete:

Hochgeehrter Herr!

Auch mir sei es gestattet, Ihnen namens der Frauen und Mädchen bei Ihrem Eintritte in unsere Gemeinde einen herzlichen Willkommgruß zu bieten.

Mögen Ihnen diese Blumen ein Zeichen dafür sein, wie hoch wir den Wohltäter unserer armen Waisen verehren. Möge Ihr ferneres Wirken für unser deutsches Ostböhmen von den größten Erfolgen begleitet sein und möge das Haus, das in unserer Heimat erstanden, eine Quelle des reichsten Segens werden.

Frä. Emilie Reichl begrüßte Dr. Schreiner mit nachstehenden Worten:

Hochgeehrter Herr!

Im Namen der Frauen und Mädchen dieses Ortes entbiete ich Ihnen treudeutschen Willkommgruß und schließe die Bitte an, diese Blumen als Zeichen unseres Dankes und der Freude über Ihren Besuch gütigst anzunehmen. Wenn auch andere Orte einen glanzvolleren Empfang zu bieten vermochten, so wollen Sie dieses wenige nicht ungünstig aufnehmen. Aber keinem Orte Deutschböhmens stehen wir nach in der Wertschätzung unserer Führer, in der Liebe zu unserem deutschen Volke!

Hierauf überreichte sie ihm einen Blumenstrauß.

Der Festzug setzte sich dann wieder in Bewegung. Bald war man des Waisenheimes ansichtig, das einer Schutzburg gleich auf der kleinen Anhöhe oben steht, ein sichtbares Zeichen deutschen Opfer- und Wohltätigkeitssinnes. Von den Zinnen des Hauses grüßte das heilige stolze Dreifarb alle die, welche von nah und fern herbeigeeilt waren, um den Geburtstag eines herrlichen Werkes mitzubegehen, das für das bedrohte deutsche Ostböhmen von der allergrößten Bedeutung ist, das einen mächtigen Wall darstellt, an dem der tschechische Ansturm machtlos abprallen wird, dessen Grundmauern so fest sind, daß sie keine tschechische Hochflut zu unterspülen vermag.

Festlichkeiten im Waisenheime.

Der große Hofraum des Waisenheimes war festlich geschmückt. Der in der Mitte befindliche Geflügelteich war überdeckt und zu einer Tribüne umgewandelt worden, auf welcher Angehörige des Festausschusses Platz fanden. Die Vereine nahmen vor der neben dem Hauseingange errichteten Rednertribüne Aufstellung. Auf ein Trompetensignal eröffnete der Männergesangsverein „Sängerbund“=Landes- von die Feier mit dem Liede „Die Himmel rühmen“. In heiliger deutscher Andacht lauschte die Menge dem Liede und aus innerstem Herzen gar manches Festteilnehmers mag es wie ein Dankgebet zum Himmel aufgedrungen sein, dafür, daß ein Werk geschaffen wurde, welches so vielen verlassenen Kindern ein Heim bietet, in uns Erwachsenen aber die Hoffnung auf die Zukunft unseres Volkes wieder neu belebt.

Nachdem die letzten Akkorde des herrlichen Liedes verklungen waren, betrat der Obmann des Verwaltungsausschusses Altbürgermeister Schmeißer die Rednertribüne und richtete an die Versammelten nachstehende Worte:

Hochgeehrte Festgäste! Deutsche Männer, Frauen und Jungfrauen!

Nicht nur dem Gebote der Pflicht, sondern vielmehr dem Drange des Herzens folgend, begrüße ich Sie alle als Obmann des Verwaltungsausschusses des Dr. Karl Schücker-Waisenheimes und rufe Ihnen ein herzliches „Willkommen in diesem Hause“ zu! Freudigst begrüße ich vor allen:

Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Karl Schücker (Reichenberg), Obmann des Bundes der Deutschen in Böhmen, welcher heute als Pate erschienen ist;

Herrn Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Dr. Schreiner, Präsident der Deutschen Sektion des Landeskulturrates;

Herrn Dr. Gerhart (Berlin) in Vertretung des Alldeutschen Verbandes;

Herrn Reichsratsabgeordneten Dr. Koller und die Herren Abg. Morawek und Maizner;

Herrn Wanderlehrer Maschke in Vertretung des Bundes der Deutschen Nordmährens;

Herrn Baumeister Julius Randa (Zwittau), für den Bezirksverband Zwittau des Bundes der Deutschen Nordmährens;

Herrn Oberlehrer Franz Hartmann als Vertreter des Bundes der Deutschen in Ostböhmen;

Herrn Universitätsprofessor Dr. Piffel (Prag);

Herrn Lehrer Beer und Herrn Schriftleiter Lambert (Karlsbad) als Vertreter des Vereines für Kinderschutz;

Herrn J. Zippe, Apotheker in Dobruza, als Vertreter des Waisenhaus-Ausschusses in Neudorf;

Herrn Professor Blaschke und Herrn jur. Karl Schulz als Vertreter der Burschenschaft „Arminia“ (Prag);

Herrn phil. cand. Hille und chem. Pagelt als Vertreter der Burschenschaft „Teutonia“ (Prag);

Herrn phil. cand. Franz Hübl als Vertreter des Deutschen Hochschülerverbandes „Franken“ (Prag);

Verehrliche Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen;

Herrn Sekretär Schiller für den Bezirksverband Prag des B. d. D. i. B. und für die Ortsgruppen Weinberge und Zizkow des B. d. D. i. B.;

Herrn Gustav Gellinek für die Ortsgruppe Braunau des B. d. D. i. B.;

Herrn Fritz Glog für die Ortsgruppen Eisenstein und Smichow des B. d. D. i. B.
und die Turnerortsgruppe Prag;

Herren Ansforg und Koholauisch für die Allgemeine Ortsgruppe Prag;

Herrn Josef Schmidt für die Ortsgruppen Oberlipka des B. d. D. i. B.;

Die Vertreter der akademischen Ortsgruppen „Nord“, „Ost“ und „Süd“ des
B. d. D. i. B.;

Bezirksverband Landskron des B. d. D. N.;

Gemeindevertretungen von Landskron und Grulich.

Hochverehrte Festgäste!

In unserer Mitte stehen kampfgeprobte Führer im Streite für die heiligen Rechte des deutschen Volkes in Österreich. Wohin mein Auge blickt, dichtgedrängte Scharen deutscher Männer und Frauen, bereit, sich in den Dienst unserer bedrohten Sache zu stellen. In ihren Augen lese ich die Begeisterung, die jubelnde Freude über die Vollendung dieses Werkes. Möge dieses Haus, in dem einst ein stolzes Bauerngeschlecht achtungsgebietend über die schönen, lachenden Fluren herrschte, nicht nur ein Haus werktätiger Barmherzigkeit, sondern auch eine Hochburg des Deutschgedankens werden. Des deutschen Volkes größter Dichter sagt: „Zum Werke, das wir ernst bereiten, geziemt sich wohl ein ernstes Wort!“ Nun lade ich Herrn Lehrer Heller ein, das Wort zur Festrede zu ergreifen.

Die Festrede

gehalten vom Geschäftsleiter Lehrer Hugo Heller.

(Auszugsweise.)

In völkisch ernster und schwerer Zeit, in der uns einerseits die politischen Verhältnisse und die historischen Ereignisse der letzten Tage vollständig in Anspruch nehmen und andererseits die völkische Lage im Lande unser ganzes Empfinden und Denken und alle unsere Kräfte in den Dienst des Volkes zwingen, sind wir hier, ferne von den Stätten des Streites, zu einem Werke des Friedens zusammengekommen, zur Eröffnung einer Neugründung des Bundes der Deutschen in Böhmen: des Dr. Karl Schücker-Waisenheims.

Mir, als dem Geschäftsleiter des Bundes und seines Unterausschusses für Waisenspflege, ist die ungemein ehrende Aufgabe zuteil geworden, Sie, hochverehrte Festgäste, in wenigen Worten mit den Zielen und dem Zwecke des Dr. Karl Schücker-Waisenheims, sowie mit der Vorgeschichte seiner Gründung bekannt zu machen. Ähnlich, wie es jetzt ein Sängerkhor in prächtiger Weise getan, sollte ich nun über die Saiten Ihrer Seelen gleiten können, um ihnen jene Grundstimmung, jene vollen Akkorde der Teilnahme an unserem Werke und jene Melodien der Freude zu entlocken, die auch eine innere Festesstimmung in Ihnen aufkommen ließen!

Als der Bund vor zwölf Jahren seine Kinderschutzstätigkeit in Böhmen begann, waren die Verhältnisse unserer schutzbedürftigen Jugend die allertraurigsten. Weder Staat noch Land nahmen sich auch nur im geringsten der Waisen an. In Wort und Schrift wiesen wir darauf hin, wie bedauerlich es ist, daß sich der Staat der Waisenkinder erst dann erinnert, wenn sie militärpflichtig werden und daß er doch am allermeisten gegen seine eigenen Interessen handelt, wenn er solche wirklich „Enterbte“ jenen in die Arme treibt, die aus Prinzip mit der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung unzufrieden sind und den offenen oder versteckten Kampf gegen sie führen.

Die Waisenpflege war den Gemeinden überlassen und wie sie von vielen derselben gehandhabt wurde, war geradezu beschämend für das deutsche Volk in Böhmen. Aber so empört das Herz auch sein mußte, wenn es diese Verhältnisse kennen lernte, so mußten sie doch andererseits damit entschuldigt werden, daß die meisten Gemeinden materiell nicht imstande waren, mehr zu tun. Nicht Gefühlsroheit, sondern Armut trug gewöhnlich Schuld an diesen Zuständen. Es war eine flammende Anklage gegen die Gesellschaft und gegen die autonomen und Staatsbehörden, als wir veröffentlichten, in welchem Zustande wir die Waisenfinder übernehmen mußten. Wir wurden nicht müde, darauf hinzuweisen, wie deutsche Gemeinden herzlos ihre Waisen ins Tschechische verschacherten, wie man Kinder mit gebrochenen Gliedern ohne entsprechende Hülfe ließ, wie andere von Bauer zu Bauer wandern mußten, um sich ihr täglich Brot zu erbetteln und ein Lager im Stall oder im Schupfen, wie Kinder infolge mangelnder Ernährung ohne genügende Zahnbildung blieben, andere mit Läusen, Ausschlägen und offenen Wunden in unsere Pflege eintraten. Und von solchen Kindern verlangte man dann Liebe zur Menschheit, Liebe zum Volkstume! Das Vorurteil gegen Waisenfinder, das förmlich unausrottbar in manchem Menschen steckt, und das verhindert, daß man unter den Fegen und Hädern eines solchen Wesens das nach Hülfe rufende Herz hört und den um ein wenig Liebe bittenden Blick versteht, hat die Waisenpflege unserer Gemeinden großgezogen.

Es war eine harte Arbeit, allgemeines Verständnis für eine andere Auffassung gegenseitiger Unterstützungspflicht wachzurufen. Aber es gelingt allgemach und unser Bund kann das große Verdienst für sich in Anspruch nehmen, als wackerer Bahnbrecher vorausgegangen zu sein und Dornen und Disteln menschlicher Gefühlsroheit und verlegende Steine der Gleichgültigkeit aus dem Wege geräumt zu haben, damit ihn auch das bedürftige Waisenkind gefahrlos beschreiten könne.

Mit fünf Waisenfindern begannen wir damals unser Werk und heute stehen bereits an hundert in unserer Pflege und Erziehung. Wir führten die Familienpflege ein, geleitet von dem Bestreben, den Waisenkindern den natürlichen Boden der Erziehung — die Familie — wiederzuersetzen und sie auch aus ihren angestammten Verhältnissen weder zu hoch hinauf noch zu tief hinab zu führen.

Einen bedeutsamen Fortschritt in System unserer Waisenpflege bildete die Errichtung unseres, für eine Musterpflegefamilie mit 20 Zöglingen bestimmten, in ländlicher Abgeschiedenheit gelegenen Waisenheims zu Neudorf bei Dobruzan und einen weiteren, noch wichtigeren Schritt nach vorwärts tun wir heute mit der Eröffnung dieses Heims, dem ersten Teile einer großen landwirtschaftlich-gewerblichen Dorfanlage zur Erziehung von Waisen.

Die Geschichte dieses Objectes ist Ihnen zum größten Teile bekannt. Wie Sie wissen, machten die Tschechen energische Bemühungen, in Niedersohnsdorf festen Fuß zu fassen. Durch den Ankauf des Erbgerichtes begegnete der Bund der Tschechengefahr. Es bot sich uns nun Gelegenheit, unsere seit langem vorbereiteten Pläne bezüglich des Ausbaues unserer Waisenpflege in die Tat umzusetzen. Was Sie heute besichtigen werden, ist der erste Teil der Anstalt, die nun durch 10 Jahre ausgebaut werden soll, wenn Gottes Segen auf dem Werke ruht und die Zukunft unserem Bunde so freundlich gesinnt bleibt wie Vergangenheit und Gegenwart. Die Anstalt soll zu einem kleinen Dorfe werden, mit etwa 10 Familienhäusern; in jedem Hause wird eine Pflegefamilie angesiedelt, welche 20 Kinder zu erziehen hat. Die Kinder werden die

öffentliche Schule in Nieder-Johnsdorf und Landskron besuchen und nach der Schulpflicht in den verschiedenen Gewerben und Betrieben der Anstalt beschäftigt werden, sowie als Lehrlinge bei Meistern von Landskron und Umgebung in die Lehre treten.

Wie weit uns und unseren Nachfolgern dieses Werk zu führen bestimmt sein wird, steht in Gottes Hand; doch ist die Anlage des Werkes so getroffen, daß es jederzeit als etwas Ganzes dasteht, der Weiterbau jederzeit begonnen werden, aber auch jederzeit unterbleiben kann, ohne den Weiterbestand des übrigen Teiles auch nur im geringsten ungünstig zu beeinflussen. Es ist nicht die Zeit, Sie in die Einzelheiten des Werkes einzuführen, allein Sie werden sich überzeugen, daß sich hier ein Werk vorbereitet, wie wir in Böhmen auf dem Gebiete der Waisenerziehung noch keines besitzen. Wir haben dieses Werk für Ostböhmen bestimmt und zwar in erster Reihe für Stadt und Bezirk Landskron und weiterhin für sämtliche deutschen Gemeinden Ostböhmens.

Das, was Sie heute besichtigen werden, ist der erste Teil des Werkes, das Familienhaus mit der dazugehörigen Landwirtschaft und den nötigen Werkstätten. Lassen Sie es sich angelegen sein, das Haus zu besichtigen. Und wenn Sie dann finden sollten, daß die Räume prächtiger ausgestattet sind, als es in den Anstaltskasernen im allgemeinen der Fall ist, und ein alter, grämiger Kritikus in Ihnen flüstern sollte, daß eigentlich Kinder wohlhabender Leute nicht so schön wohnen können, vergessen Sie dann nicht, daß sich der Verlust der Vater- und Mutterliebe durch nichts ersetzen läßt und daß es unser aller Pflicht ist, diesen Kindern, auf die im Leben gewöhnlich nichts besonders Angenehmes wartet, wenigstens eine glückliche Jugend zu verschaffen; bedenken Sie weiters, daß viele auf den ersten Blick luxuriös wirkende Räume eigentlich mit den aller-einfachsten Mitteln ausgestattet sind und wir dabei von hygienischen und künstlerischen Gesichtspunkten geleitet waren; vergessen Sie auch nicht, daß der Aufenthalt in diesen Räumen wohlverdient sein soll, daß unsere Schulkinder mit allem Ernste zu Fleiß und guten Lernerfolgen angehalten werden, daß die Burschen in Werkstätten, Ställen, im Hause, auf den Feldern, in den Arbeitsräumen ihrer Meister sich werden rechtchaffen plagen müssen. Aber wenn sie dann von der Arbeit müde nach Hause kommen, sollen sie sich wenigstens ordentlich waschen und baden können, sie sollen kräftigende Kost, ein gutes Bett in wohlgelüfteten Schlafräumen und auch sonst Unterhaltung und Lustigkeit, Belehrung, getreue Führung, väterliche und mütterliche Ratschläge finden. Solche Burschen werden noch einmal so wacker bei der Arbeit sein. Ich kann nicht dabei verweilen, in welcher Weise die Anstalt national erzieherisch wirken soll, doch werden verschiedene Festlichkeiten Gelegenheit bieten, hierüber aufzuklären.

Wenn Sie nun heute den ersten Teil unseres Werkes in Augenchein nehmen, wird sich Ihnen gewiß die Überzeugung aufdrängen, daß ein so großes und schönes Werk nur mit viel Arbeit und Mühe zu schaffen war und daß die Bundesleitung alle Ursache hat, am heutigen Tage jener Freunde und Gönner dankbar zu gedenken, die dem Werke soviel Liebe und Arbeitskraft schenkten. Das Dr. Karl Schücker-Heim selbst, die gesamte Einrichtung, die Wirtschaftsgebäude und die Grundstücke sind Eigentum des Bundes der Deutschen in Böhmen. Der vorläufig hier angelegte Betrag dürfte die Höhe von etwa 80000 K erreichen, von denen ein Teil durch den Dr. Schücker-Grundstock gedeckt ist. Sorge hätte dem Bunde für den Anfang die Erhaltung der Zöglinge und der nötigen Angestellten machen müssen, da fand der Bund in der Zentralstelle für deutsche Waisenspflege und Jugendfürsorge in Böhmen, einem von den deutschen Bezirksvertretungen gegründeten großen Jugendfürsorgeverein, bereitwillige Unter-

stützung, und es wird der gesamte Tagesbedarf, alle Auslagen für Ernährung, Erziehung und Bekleidung so lange von der Zentralstelle getragen werden, als nicht der Bund selbst in den Stand gesetzt wird, auch diese Auslagen aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Für dieses große Entgegenkommen der Zentralstelle schuldet der Bund dem Vorstande derselben den herzlichsten Dank, den er am heutigen Tage zum Ausdrucke bringt. Mit dem Umstande, daß wir das ganze Waisenheim auf landwirtschaftlich-gewerblicher Grundlage aufbauten, wollten wir andeuten, daß uns daran liegt, dem Zuge vom Lande in die Stadt entgegenzutreten und unseren Burschen Liebe zum landwirtschaftlichen Beruf und damit zu unserem lieben Heimatboden einzupflanzen. Wer mit der Erde in so innigem Verkehre steht wie der Landmann, der muß eigentlich die urwüchsigste Heimatliebe spüren. Es wird unsere Haupt Sorge sein, aus jenen Burschen, die sich der Landwirtschaft widmen, wahre deutsche Bauern, tüchtig in jeder Beziehung, großzuziehen und dann dort anzusiedeln, wo wir sie brauchen — das Lebensglück der Burschen selbstredend als Leitstern. Das Bestreben unserer Freunde wird es ermöglichen, die Burschen bei unserem deutschen Großgrundbesitze, auf Meierhöfen usw. unterzubringen und die so gefährlichen tschechischen Beamten nach und nach durch tüchtige deutsche zu ersetzen, und endlich werden wir uns bemühen, unsere lieben Bauern auch selbständig zu machen.

Insbefondere schwebt uns vor, für jeden dritten Jahrgang eine Prämie in Form eines kleinen landwirtschaftlichen Besitzes auszuschreiben, dessen Erwerbung jenem oder jenen beiden Zöglingen möglich gemacht wird, die vom Vorstande als die würdigsten vorgeschlagen werden. Die praktische und zeitgemäße Ausgestaltung einer solchen landwirtschaftlichen Musterstätte, einer Schule der Praxis der Landwirtschaft, war uns möglich durch die Unterstützung jener Behörde, die für die deutsche Landwirtschaft in Böhmen so ungeheuer viel getan hat, weil sie nicht eine bloße Verwaltungsbehörde, sondern ich möchte sagen, weil in der Wirksamkeit dieser Behörde ein kräftig pulsierendes deutsches Herz schlägt; ich meine die Deutsche Sektion des Landeskulturrates. Und dieser Pulsschlag, wahrhaft deutlich, er geht ja von einem Manne aus, wie wir deren nicht viele besitzen, von dem Präsidenten Dr. Schreiner, der die Güte hatte, in das Ehrenpräsidium unseres Vorstandes einzutreten. Seine rastlose Arbeit für die Landwirtschaft unseres Heims verpflichtet uns zu tiefstem Danke.

Nicht nur, daß dank seiner Führung die Wirtschaft in mustergültiger Weise eingerichtet werden konnte, hat Herr Präsident Dr. Schreiner auch aus eigenen Mitteln sich wiederholt unseres Heims erinnert. Der tiefverbindliche Dank gilt aber auch der gesamten Deutschen Sektion des hohen Landeskulturrates und jedem einzelnen der Herren Konsulenten und Inspektoren, die unser Werk förderten.

Die Landwirtschaft bedurfte weiters eines steten Beraters und wir waren so glücklich, in Herrn Oberverwalter v. Rößl einen getreuen Eckart derselben zu finden. Unter seiner Oberleitung kann es ja gar nicht anders sein, als daß auch die Landwirtschaft sich, soweit es natürlich die durch die Naturkräfte gezogenen Grenzen gestatten, mustergültig entwickle. Daher gebührt auch ihm für die Übernahme des Amtes eines landwirtschaftlichen Beraters der ergebendste Dank der Bundesleitung.

Die Leitung einer so großen Anstalt konnte von Prag aus unmöglich besorgt werden. Nur von Ort und Stelle aus kann der unmittelbare Verkehr mit der Anstalt geschehen. So haben wir denn auch hier die Verwaltung und ich möchte sagen die ganze Zukunft der Anstalt in die Hände eines Vor-

standes gelegt. Die Herren des Vorstandes haben sich ihrer Gesamtaufgabe und ihrer einzelnen Ämter mit solcher Hingabe und Begeisterung angenommen, daß ich keine Worte finde, den tiefgefühltesten Dank unserer Herzen in auch nur dürftiger Weise auszudrücken. Nehmen Sie, verehrte Herren des Verwaltungsvorstandes, für alles, was Sie unserem Heime bisher getan haben und, Gott gebe es, noch tun werden, unseren tiefempfundenen Dank entgegen. Wenn wir selbst außerstande sind, Ihnen entsprechend zu danken, dann müssen wir um so mehr Gottes Lohn erbitten.

Wenn ich nun auch den Dank der Bundesleitung dem Gesamtvorstande ausgesprochen habe, glaube ich, hätte ich noch das Bedürfnis, jedem einzelnen Ämtswalter eigens den Dank auszusprechen, dem Obmann, Herrn Altbürgermeister Schmeißer, dem Zahlmeister, dem Rechtsbeirat und Schriftführer, dem ärztlichen Beirat, dem Küchenbeirat, dem Erziehungsbeirat, dem Beirat für Baulichkeiten, der gewiß sein Bestes mitgeleistet und dessen Werk den Meister in ehrendster Weise lobt. Ich gedenke bei den Baulichkeiten aller unserer ehrenwerten Meister, die bei dem Baue und der Einrichtung der Häuser beschäftigt waren. Möge ihre Arbeit bei den vielen Besuchen, die wir im Laufe der Zeit werden zu erwarten haben, die verdiente Anerkennung finden. Gewiß finde ich auch die vollständige Zustimmung des geehrten Vorstandes, wenn ich insbesondere einem Herrn unseren allerinnigsten Dank zum Ausdrucke bringe: es ist dies Herr Apotheker Erxleben. Ich fühle mich ganz außerstande, das, was Herr Erxleben als Haushaltungsbeirat geleistet hat, auch nur einigermaßen mit Worten gebührend anzudeuten. Möge der verehrte Herr die Überzeugung haben, daß wir uns ihm gegenüber aufs tiefste verpflichtet fühlen und die von ihm mit so viel Liebe und Begeisterung geleistete Arbeit so voll als nur möglich anerkennen. Seine Sorge und seine Mühe für die Anstalt leuchtet aus jedem Raume des Hauses.

Nicht weniger inniger Dank gebührt der Frau Erxleben. Ihre zarte Frauenhand waltete mit wahrhaft mütterlicher Liebe und Sorgfalt über unserem Werke. Die gesamte Wäsche, Küchen- und Hauswäschereinrichtung ist ihr Werk. Gottes Segen möge Herrn und Frau Erxleben in reichstem Maße beschieden sein. Wir sind nicht instande, unserer Dankbarkeit in anderer Weise als in bescheidenen Worten Ausdruck zu verleihen. Unser Dank gilt weiter der Stadt und dem Bezirke Landskron, die zu diesem Werke so namhafte Beiträge gespendet haben (1000 K und 5000 K), allen jenen geehrten Damen und Herren, die unserem Heime anlässlich verschiedener Sammlungen Spenden widmeten, sowie allen jenen Waisen- und Bundesfreunden, die unserem Heime ein Geburtstagsgeschenk überwiesen haben, voran unser hochverehrter Obmann, Herr Dr. Karl Schücker, der dem Heime abermals 1000 K übermittelte. Wir danken weiter verbindlichst dem verehrten Festausschusse, der dieses Fest zu einem glänzenden und erhabenen gestaltet hat, besonders unserem verehrten Freunde und Bundesleitungsmitgliede Dr. Hartmann. Schließlich hätten wir allen zum Feste erschienenen Damen und Herren aufs herzlichste zu danken.

Ihnen allen, liebe Freunde aus Ostböhmen, legen wir unser Waisenheim ans Herz. Zum Segen Ihrer schönen deutschböhmisches Heimat ist ja das Heim erbaut. Sorgen Sie mit uns dafür, daß sich die hier erzogenen Kinder ganz bei Ihnen einwurzeln, seien Sie allen unseren Kindern, wenn sie sich dessen würdig zeigen werden, gute Freunde. Bringen Sie, deutsche Meister, unseren Kindern etwas Liebe entgegen, und Sie werden reichlich Gegenliebe ernten. Spenden Sie, liebe deutsche Mütter, etwas von dem wunderbar reichen Schätze der Mutterliebe auch unseren Kindern, und Sie, deutsche Mädchen, in

allen Ihren Seelen liegen ja die Knospen mütterlichen Empfindens, und sollten diese glühendroten Knospen nicht erblühen dürfen — als taufrische Knospen der Sehnsucht tragen sie sie dann wohl oft durch ein ganzes Leben und ihre Gedanken berauschen sich in einsamer Stunde an ihrem schweren Sehnsuchtsduste! Spenden Sie dann von diesem ungehobenen Schätze Ihres mütterlichen Empfindens solchen armen verlassenen Kindern und Sie werden sich weniger einsam im Leben fühlen.

Mit vollem Vertrauen haben wir die Erziehung unserer Kinder in die Hände eines Elternpaares gelegt, das seiner großen Aufgabe ein ganz seltenes Verständnis und eine seltene Hingabe entgegenbringt, der Familie Lässig. Schon bis jetzt haben Herr und Frau Lässig Tüchtiges geleistet und sich ein Anrecht auf unsere Anerkennung und unseren Dank erworben, der ihnen hiemit in herzlichster Weise ausgesprochen sein soll. Möge die Familie Lässig überzeugt sein, daß sie in uns keine launenhaften Vorgesetzten, sondern hilfsbereite Freunde und Förderer finden soll. Gott sei mit Ihnen und mit Ihrem Erziehungswerke!

Von unseren Zöglingen erwarten wir, daß sie sich des Segensreichen der ihnen hier gebotenen Erziehung bewußt werden und echte deutsche Burschen werden, auf die wir dereinst alle stolz sein können.

Ich fasse schließlich alle in ein Wort des Dankes zusammen, die wir einzeln nicht nennen können, insbesondere alle unsere Ortsgruppen, die unseres Festes durch Übersenden von Drahtgrüßen und Geburtstagspenden gedacht haben, und alle jene Gäste und Vertreter von Vereinen von nah und fern, die uns die Ehre der Beteiligung an diesem Feste gegeben haben. Die Widmung des Werkes an unseren verehrten Obmann Herrn Dr. Karl Schücker wird durch den zweiten Obmann-Stellvertreter des Bundes erfolgen.

Wir erübrigt nur noch, das Dr. Karl Schücker-Waisenheim des Bundes der Deutschen in Böhmen hiemit öffentlich seinem Zwecke zu übergeben und die geehrte Gemeinde Nieder-Johnsdorf und Landskron zu bitten, das Haus in Schutz und Schirm zu übernehmen. Bald werden sich alle Räume mit Kindern füllen, Frohsinn und Fröhlichkeit soll durch das Haus erschallen, ein arbeitsfrohes, lustiges Volk soll sich in Hof und Wirtschaft tummeln. Schon sehe ich vor meinem geistigen Auge die Anstalt wachsen — ein Familienhaus nach dem andern wächst aus dem Boden — ein schattiger Park dehnt sich weithin aus — am Abende pilgern aus der Umgebung die bei den deutschen Meistern beschäftigten Burschen heimwärts in ihr schönes Heim.

Helfen Sie alle diesen Zukunftsraum verwirklichen! Menschenwerke sind nichts anderes als der Ausdruck des Willens. Seien wir fest im Willen und wo ein Wille ist, da wird ein Weg sein. Dem Werke der Humanität gilt ja ganz besonders das Gleichnis Christi vom Senfkörnlein — alle die wunderbar großen Werke sind aus den unscheinbarsten kleinen Anfängen hervorgegangen, es waren kleine Senfkörnlein und sind nun mächtige Bäume geworden. —

Goldener Sonnenschein lacht hernieder auf unser Werk, und unser letztes Gedenken soll jenem unendlichen Geist gelten, in dessen Händen alles Gedeihen liegt. Nicht durch Lippengebete und äußere leere Formeln wollen wir um seinen Segen zu unserem Werke bitten, sondern durch kindliche Ehrfurcht vor all seiner Lebensäußerung. Und wie könnte sich die Gottheit wohl inniger und majestätischer äußern, als in jenem wunderbaren Gefühle, das allein imstande ist, unser Leben ganz auszufüllen: die Liebe. Ob es die unbändige Liebe zu unserem Volke ist, die uns unerschrocken und furchtlos macht im Kampfe für unser Recht, ob es die Tiefe der Mutterliebe, die Zartheit der Kindesliebe, ob sie in des Lebens Maienzeit die süßesten Worte aus Seele und Herz des

träumenden Menschenkinds holt, oder ob es das Gefühl ist, das uns hinein-
führt in alle Schattenräume, wo das Elend wohnt, um die Bedürftigen heraus-
zuführen in den Sonnenschein des Lebens — das alles sind Lebensäußerungen
Gottes in uns — und ist mehr als äußere Religionsübungen. Darum
weile, unendliche Gottheit, über unserem Werke, schütze unsere
Kinder und segne ihre Wohltäter!

Möge, verehrte Festgäste, Ihnen das heutige Fest, übergoldet vom Herbst-
sonnenschein, unvergeßlich bleiben und Sie hilfsbereit machen. Wie die Gottheit
unser Werk mit äußerem Glanze überstrahlt, möge sie alle Innenräume über-
golden und hineindringen in die Herzen unserer Kinder und alle jene, die mit
friedlichen Gedanken darin ein- und ausgehen! Möge unserem Hause
echter Gottessegens und wahrer Gottesfriede beschert sein!

Tief ergriffen hatte die Menge den begeisternden Worten des Redners
gelauscht, langanhaltender Jubel und Beifall brach los, als er geendet hatte,
wohl das beste Zeichen, daß er es verstanden hatte, die zartesten Saiten des
menschlichen Herzens zu berühren. Mögen die weichen, zarten Klänge wieder-
hallen durch alle Zukunft! (Aus der „Deutschen Grenzwatch“.)

Dr. Trost, der sodann zu Worte gelangt, bespricht in längerer Rede die
nationale Bedeutung des Waisenheimes sowohl für Landskron und Umgebung
sowie für Ostböhmen und für das gesamte deutsche Volk in Böhmen und hebt
die Verdienste, die sich Dr. Schücker um das Waisenheim erworben hat und seine
Verdienste auf dem Gebiete der nationalen Schutzvereinstätigkeit überhaupt hervor.
Dieses nationale Bollwerk, dessen Gröfßnung wir heute feiern, verdanke sein Ent-
stehen wohl in erster Linie dem Opferfinne Dr. Schückers, dem deshalb der
Dank des gesamten deutschböhmischn Volkes gebühre. Dr. Schücker habe sich
ein unvergängliches Denkmal, unvergänglicher als Erz und Stein, weil noch künftige
Geschlechter den Namen Dr. Schückers mit Ehrfurcht nennen werden, gesetzt.

Er übergab sodann namens der Bundesleitung das neue Waisenheim dem
Ehrenpräsidenten, indem er hervorhob, daß es zu immerwährendem Gedächtnisse
seinen Namen führen solle.

Hierauf trat der Waienzögling Max Krause vor Dr. Schücker und
richtete an ihn folgende Worte:

Hochverehrter Herr!

Dem Drange unseres jungen Herzens folgend, trete ich im Namen meiner
Kameraden vor, um Ihnen in kindlicher Begeisterung den Zoll unserer Dank-
barkeit und Liebe darzubringen.

Ihre fürsorgliche Güte hat uns mit ein schönes, trauliches Heim bereitet,
in dem wir alles das finden werden, was uns ein grausames Geschick entrißen
hat, nämlich die treue Fürsorge des Vaters, die unendliche Liebe der Mutter.

Nicht mehr verlassen fühlen wir uns; edle Männer und Frauen halten
ihre Hand schützend über uns, leiten uns auf dem gefährvollen Wege des Lebens
und weisen uns auf den Pfad der Tugend.

Dankbarkeit ist an diesem Tage das erste Gefühl, das unsere Brust bewegt
und mit dieser nie erlöschenden Dankbarkeit verbinden wir in dieser weihvollen
Stunde das Versprechen, durch Fleiß und Sittlichkeit Ihre Mühe zu vergelten.

Deutscher Sinn und deutsches Herz hat diesen herrlichen Bau erstehen
lassen; wohlan, auch wir wollen einst als Angehörige unseres heißgeliebten
deutschen Volkes jederzeit unsere Pflicht erfüllen.

Möge Ihr Eintritt in dieses Haus, das Ihren Namen zum ewigen Ge-
dächtnisse trägt, von dem reichsten Segen begleitet sein!

Die mit lauter Stimme gesprochenen, zu Herzen gehenden Worte rührten viele der versammelten Festgäste zu Tränen.

Sichtlich bewegt dankt Dr. Schücker allen, die ihn heute ehrten und die das, was er von Herzen und gern tat, als Verdienst priesen. Er dankt allen, welche dem Bunde so viel Liebe und Anhänglichkeit entgegenbringen. In dreifacher Beziehung sei der heutige Tag von Bedeutung. Zunächst handelte es sich darum, diesen Besitz als deutschen zu erhalten, zweitens handelte es sich darum, welche Verwendung er finden sollte und da war es ein edler Zweck, ihn dem Kinderschutz zu widmen. Drittens hatten wir vor Augen, daß die Kinder eine Erziehung genießen, welche sie zu nützlichen Menschen heranbildet. Die verschiedenen Redner haben mit beredten Worten jener gedacht, denen Dank gebührt. Er schließe sich diesen Dankesworten an. Dr. Schücker schließt mit den Worten: Möge dieses Heim gedeihen und sich ausgestalten zu einer Musteranstalt, wie sie nirgends zu finden ist. Möge die Anstalt aber auch dazu beitragen, dem Bunde neue Mitglieder zuzuführen. Lassen Sie uns jederzeit eintreten zum Schutze unseres Volkes!

Es sprachen dann noch der Präsident der Deutschen Sektion des Landeskulturrates Dr. Schreiner über die nationalen Kämpfe der Deutschen in Österreich, die kein abgestorbener Zweig des großen deutschen Volkes seien, sondern ein lebendiger, der hoffentlich immer grünen wird; ferner der Sprecher der Nieder-Johnsdorfer Bundesgruppe, Josef Schmeiser, welcher Dr. Schücker sowie der Bundesleitung den herzlichsten Dank für die Errichtung des Waisenhauses aussprach.

Mit einem Chorliede schloß der Männergesangsverein „Sängerbund“ die so würdig verlaufene Feier.

Die versammelte Menge stimmte die „Wacht am Rhein“ an, worauf sich der Hof allmählich leerte und die Besichtigung des Waisenhauses begann. In geordneter Reihenfolge durchschritten die Festgäste die einzelnen Räume des Heimes, das in seiner vornehmen Einfachheit auf alle Besucher einen mächtigen Eindruck ausübte und gar manchem Kuße der Bewunderung entlockte. Die Besichtigung dauerte bis gegen 12 Uhr mittags. Draußen herrschte indes ein reges Leben. Hinter dem Waisenheime, zwischen beiden Scheuern, waren Bierstischen aufgestellt, wo die Festgäste Stärkung und Erquickung fanden. Gruppenweise besprach man die in jeder Beziehung hehre Feier und lobte die zweckentsprechende und schöne Einrichtung des Heimes.

Gegen $\frac{1}{2}$ 1 Uhr begann auf der Wiese die Aufstellung der Vereine zum Rückmarsch. Fast sämtliche Festteilnehmer beteiligten sich hieran. Auf dem Stadtplatz in Landskron löste sich der Zug auf. Die fremden Gäste und die Mitglieder des Verwaltungsausschusses begaben sich ins Hotel Benoni zur Festtafel.

Vor dem Hotel Benoni nahm die Militär-Veteranen-Kapelle Aufstellung und konzertierte während der Tafel. Tischreden wurden von folgenden Herren gehalten: Dr. Heinrich Piffel, namens der Ortsgruppe Landskron des Bundes d. D. i. B. auf die Bundesleitung. Dr. Gerhart (Berlin) überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Alldeutschen Verbandes zur Eröffnung des Waisenhauses und besprach den nationalen Kampf in Böhmen. Baumeister Randa (Zwittau) überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Nordmährerbundes. Landtagsabgeordneter Morawetz erwiderte auf die Worte Dr. Gerharts und drückte den Wunsch aus, es möge das Verständnis für unseren schweren nationalen Kampf bei den Brüdern im Deutschen Reiche sich immer mehr durchringen, damit auch die Teilnahme an unserem schweren Kampfe eine größere werde, und sprach auf den geistigen Schöpfer der Anstalt Geschäftsleiter Heller.

Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Dr. Koller gibt seiner Freude Ausdruck, daß in seiner engeren Heimat ein so mächtiges Bollwerk entstanden sei und dankt der Bundesleitung. Nach ihm sprachen zwei Vertreter der Burschenschaft „Teutonia“=Prag auf Dr. Schücker und Dr. Schreiner. Dr. Schücker dankte für die ihm erwiesenen Ehren. Vizebürgermeister Neugebauer=Landstrolent bietet den Anwesenden herzlichen Willkommengruß namens der Stadt Landstrolent und betont, daß sich die Stadt des hohen Wertes des Waisenheimes bewußt sei und dem Werke Schutz in jeder Beziehung werde angedeihen lassen. Dr. Schreiner sprach auf die Zusammengehörigkeit und die Einigkeit aller Deutschen.

Zum Schlusse sprach Wanderlehrer Maschke über die Wichtigkeit einer nationalen Erziehung unserer Jugend. Die Festtafel währte bis gegen ½3 Uhr, worauf sich die Teilnehmer auf die bürgerliche Schießstätte zum Volksfest begaben.

Drahtgrüße und Beglückwünschungen sandten:

Landsmannminister Prade: „Leider verhindert, persönlich zu erscheinen, sende ich den Versammelten die herzlichsten Grüsse mit den besten Wünschen für das Gedeihen des Dr. Karl Schücker=Waisenheimes.“

Abg. Wolf: „Leider durch Delegation in Pest festgehalten, sende allen Versammelten herzliche Grüsse. Heil dem nationalen Werke.“

Deutscher Volksrat in Böhmen: „Da Dr. Ottenburg verhindert ist, bitten wir Sie, den Volksrat zu vertreten. Kräftiges Gedeihen der Anstalt wünscht namens des Volksrates Dr. Titta.“

Verein für das Deutschtum im Auslande Pfarrer W. Gamper in Dresden.

Bund der Deutschen Nordmährens: „Mit hoher Anerkennung der umfassenden völkischen Arbeit unseres Bruderbundes gedenkend, begrüßt der Bund der Deutschen Nordmährens die versammelten Volksgenossen und beglückwünscht den ehrenfesten Bund der Deutschen in Böhmen und dessen Ortsgruppe Landstrolent zu der Erreichung und Verwirklichung des edlen Zieles. Möge das neue Waisenhaus unter dem Namen des vielverdienten Dr. Schücker blühen und gedeihen. Heil! Theodor Knaute, Obmann=Stellvertreter.“

Nordmark: „Für die freundliche Einladung zur Feier der Eröffnung des Waisenheimes verbindlichst dankend, bedauern wir lebhaft, infolge der weiten Entfernung keinen Vertreter unseres Vereines entsenden zu können. Wir begrüßen alle Festteilnehmer herzlich und wünschen dem neuen Heime bestes Gedeihen, damit es ein fester Hort deutscher Jugend auf der vom Feinde bedrohten Scholle werden möge.“

Südmark: „Indem wir nicht nur der Festfeier den besten Verlauf wünschen, hoffen wir zuversichtlich, daß diese neue große Schöpfung Ihres Bundes reichlich dazu beitragen wird, den noch zweifelnden Volksgenossen jener Gauen die Überzeugung zu verschaffen, daß deutsche Schularbeit segensbringend ist für ihre Betreuen.“

„Der Bund der Deutschen Ostböhmens begrüßt Ihre bedeutungsvolle völkische Eröffnungsfeier des Dr. Schücker=Waisenheimes mit inniger Anteilnahme und den besten Glückwünschen für dessen weiteres Gedeihen.“

„Der Deutsche Schulverein entbietet zu der feierlichen Eröffnung des deutschen Waisenheimes in Nieder=Johnsdorf seine herzlichsten Grüsse und

Glückwünsche. Möge das neue völkische Jugendheim blühen und gedeihen zum Schutze des bedrohten deutschen Volkstums, als ein Denkmal deutscher Treue und Opferwilligkeit."

Bezirksausschuß Platten, Kofitnig, Königinhof a. d. G., Steffen.

Verein der Staatsbeamten deutscher Nationalität mit einer Spende von K 100.—.

Verband alter Burschenschaft Österreichs in Prag, Saxonia=Prag, Prager Burschenschaft „Albia“, „Germania“=Prag, Deutschösterreichische Landsmannschaft „Ostmark“=Mittweida (Sachsen).

Deutscher Männerturnverein Prag.

Deutsche Turnerverbindung „Tafelrunde“, Prag.

Kinderschutzberein Landbezirk Reichenberg, Verein „Kinderschutz“, Friedland, Kaiser Franz Josef=Asyl und Waisenhaus in Auszig, Verein für Kinderschutz im Planer Gerichtsbezirk, Verein der Kinderfreunde in Warnsdorf.

Gemeinde Ratsdorf bei Landskron mit K 4248, Verein der Landskroner in Wien, Schulvereinsgauvertretung des 10. Gaues Rumburg.

Private: Raynoschek, Troppau; Viktor Erxleben, Prag; Verwalter Morscher, Prag; Prof. Stark, Triest; Dr. Veit, Prag; Leo Seidel, Tetschen; Soffer, Berlin; Schebesta, Prachatz; Waisenvater Weißkopf, Dobruza; Richter, Niedergrund; Bezirksrichter Janisch, Friedland; Dr. Bernardin, Eger; Oberf. Wachutka, Schluckenau; Oberlehrer Tize, Böhm.=Trübau; Knieschek und Möller, Reichenberg.

Bundesgruppen des Bundes der Deutschen in Böhmen: Männerortsgruppe Schluckenau mit 30 K, Arnau, Bensen, Arnsdorf bei Haida, Komotau, Grasslig, Rgl. Weinberge, Ketten, Ober= u. Niedergrund, Altrohlau, Böhm.=Petersdorf, Männerortsgruppe Tetschen, Smichow, Chodau und Umgebung, Kofitnig, Bezirksverband Rumburg=Schluckenau; Bezirksverband Tetschen, Ober=Altstadt, Deichnen und Umgebung, Deutsch=Gabel, Rosenheim, Merckelsgrün und Umgebung, Krummrau, Schönlinde, Antoniwald, Männerortsgruppen Reichenberg, Karolinental.

II. Das Heim als deutsche Erziehungsstätte.

Für den Beginn unserer Tätigkeit vor etwa 12 Jahren handelte es sich uns zunächst darum, unseren Kindern den Verlust ihrer Eltern dadurch weniger schmerzlich zu machen, daß wir sie in gut ausgewählten und genau beaufsichtigten Pflegefamilien gegen gute Zahlung unterbrachten und in stetem Verkehr mit ihnen blieben. Die mit der Familienpflege gemachten Erfahrungen befriedigten uns sehr und wir hätten auch heute noch keine Ursache, in gewissem Sinne zur Anstaltspflege zurückzukehren, wenn sich nicht doch hier und da Übelstände ergeben hätten, über deren Abhülfe wir oft und oft nachgedacht und die wir gerne beseitigt hätten. Erziehen ist wohl die schwierigste Kunst, die es jemals geben kann und es scheint, als ob sie mit der geistigen Höherentwicklung der Menschheit immer schwerer werden wollte — vielleicht ein weiser Zwang der



Wash- und Baderraum.



Spieleaal.

Natur, daß auch die Erzieher immer tiefere und mächtigere erziehende Kräfte in sich finden mögen. Da fehlte es nun freilich gar manchmal in den Pflegefamilien. Und nachdem ja der Weg, den die Erziehung unserer deutschen Jugend gehen muß, von uns in dem Worte ausgesprochen worden ist: Durchs Ich zum Volk, durchs Volk zur Menschheit! mußte uns auch an dem Erfassen des völkischen Gedankens in der Erziehung besonders viel liegen. Wo aber das Verständnis hiefür in dem Maße finden, wie wir es brauchten, wenn eine streng völkische Erziehung selbst in den Kreisen unserer sonstigen Volksgenossen ein blaues Wunder war? So sollte denn der „von den Bauleuten verworfene Baustein zum Ecksteine“ werden — wir wollten unsere Waisen völkisch erziehen. Wir wollten ihnen eine deutsche Heimstätte schaffen, ihr eigenes Ich in deutschem, freiem Geiste bilden, sie ihr eigenes Volk heiß und opferfreudig lieben lehren und dann arbeitsfreudig und arbeitstüchtig ins Leben senden, damit sie der Menschheit mit deutschem Sinn und deutschem Arme dienen und ihre gemeinsamen Leiden vereinst mit deutschem Herzen mitempfinden.

Eine für das ganze Leben wirksame Sehnsucht nach dem lieben deutschen Heim, das sie verlassen haben, soll sie dann erfüllen — und diese Erinnerung wird sie nicht unglücklich machen, sondern wird treibende Kraft sein, ihr ganzes zukünftiges Leben, ihr späteres Heim, ihre ganze Zukunft so zu gestalten, wie sie es als stets in ihrer Brust klopfenden Wunsch empfinden. Ein schweres Beginnen, aber wohl eines Versuches wert! Und so gingen wir denn frisch ans Werk. Unser Dr. Karl Schücker-Heim soll diese deutsche Erziehungsstätte werden, die später auch Söhnen bemittelter deutscher Eltern als deutsches Land-erziehungsheim gegen vollständige Zahlung zugänglich gemacht werden soll.*

Zunächst der äußere Mensch. Der muß hergenommen werden nach allen Regeln der Kunst. Alles Etlige, Widerwärtige, Ungeheuerliche, Unartige muß verschwinden; das ist keine kleine Aufgabe, aber Geduld, Unnachgiebigkeit und gutes Beispiel überwindet alles. Das Benehmen der Kinder muß ein tadelloses und einnehmendes werden; der stete freie Verkehr, die unmittelbare Einwirkung der Vorstandsmitglieder, der häufige Besuch seiner Damen aus Landskron im Hause und das Einladen besonders lieber Jungen in gute Häuser tun Wunder! Dazu sind alle Räume und Nebenräume des Heims so gehalten, daß sie von selbst erzieherisch wirken.

Dann die Leibespflege. Wir nehmen nur geistig und körperlich vollständig gesunde Kinder auf und entfernen Kinder, die sich nur im geringsten als nicht geeignet zeigen, unnachlässig aus dem Heime — nicht um sie ihrem Schicksale zu überlassen, sondern um sie in Familienpflege unterzubringen. Völkische, geistige und leibliche Höherentwicklung setzt eine gewisse Auslese voraus.

Frische Luft, Wasser, Bewegung, Turnübungen, Reinheit an Körper und Seele müssen unseren Kindern zu ganz unentbehrlichen Lebensbedingungen werden, um so unentbehrlicher, je mehr sie während ihrer Tagesbeschäftigung darauf verzichten müssen. Deshalb haben wir zunächst dem Badezimmer die allergrößte Aufmerksamkeit zugewendet. Das Badezimmer ist betoniert und hat längs zweier Wände eine Fußbadrinne, die gleichzeitig zwanzig Kindern Raum zum Fußwaschen bietet. Über den Fußbädern sind zwölf Brausen für warmes und kaltes Wasser angebracht. Diese Brausen werden täglich gleich nach dem Auf-

* Die Einteilung der Räume, die gesamte innere Einrichtung, die Verfassung der Leitordnung und die ganze Organisation der Anstalt ist das Werk des Geschäftsleiters Fachlehrer Hugo Heller in Prag.

stehen benützt. Längs der Wände des Badezimmer sind Hanteln und Turnstäbe angeordnet, damit die Kinder gleich früh morgens ihren Körper nach allen Richtungen recken und strecken und ihren bloßen Körper an die freie Luft gewöhnen. Die Waschvorrichtungen bestehen in zwanzig aus weißen Fliesen geformten Waschbecken längs zweier Waschtische zu je zehn Plätzen. Außerdem besitzt das Badezimmer zwei große Emailwannen, die jede Woche einmal zum Vollbad benützt werden. Das Badezimmer steht in unmittelbarer Verbindung mit einem Puzraum und einer Kleiderablage und öffnet sich auch auf den großen Wirtschaftshof, wodurch es den Jungen ermöglicht wird, solange es die Witterung gestattet, vor und nach dem Waschen und Abbrausen draußen in frischer Luft weiterzuturnen.

Zu allen Mahlzeiten haben die Kinder mit frischgewaschenen Händen zu erscheinen. Gründliche Reinigung erfolgt abends vor dem Schlafengehen; bei dieser Gelegenheit werden auch die Zähne gebürstet.

Damit in den einzelnen Räumen des Hauses peinliche Ordnung und Sauberheit herrsche, dürfen die Zöglinge das erste Stockwerk, welches den Arbeitsaal, die Schlaffäle und das Burschenheim enthält, nur in Hausschuhen betreten. Übrigens sind die Räume alle so eingerichtet, daß nur ein böswilliges Kind darin etwas verunehren könnte und solche Kinder sind nicht zu häufig. Unordnung kann es im ganzen Heime wenig geben, nachdem schon die gesamte Einrichtung den Bedürfnissen der Kinder entgegenkommt. Jeder Sitz des Kindes, sowohl in den Arbeitsälen als auch im Speisesaal, ist ein Stöckel mit aufklappbarem Sitz, wodurch ein tiefes Fach geöffnet wird, in dem jedes Kind seine Sachen unterbringt.

Die gesamte weite Hausflur enthält für jedes Kind breite Ablagen für Schulsachen und Mühen. Zum Kramen und „Basteln“, Schnitzen, Pappen usw., was übrigens alles unter Anleitung und steter Beaufsichtigung unseres Werkmeisters planmäßig vorgenommen wird, sind große Werkstätten da.

Zur Anständigkeit im Betragen erziehen sämtliche Räume, insbesondere die Schlaffäle und vor allem das Familienzimmer, der Speisesaal. Alle Besucher des Heims sind von dem künstlerischen Eindruck dieses Raumes geradezu entzückt. Der große Raum, 11 m lang, 10 m breit und 4-50 m hoch, ist in gotischem Stil gehalten, besitzt dunkle Möbel nach altdeutscher Art und ist längs der Wände, damit Wandbänke angebracht werden konnten, getäfelt. Auf die Gesimse der Wandverkleidung werden wir von unseren Freunden entsprechenden Schmuck erbitten. Die Türen und der Wandschrank sind mit geschmiedeten, stilgerechten Beschlägen versehen. An der Stirnseite ist die Tafel der Pflegeeltern und ihrer Kinder angebracht. Darüber prangt das Bundeswappen und das Bildnis Dr. Schückers. Außerdem zeigt der Raum Bilder unseres Kaisers, Kaiser Josefs und Bismarcks. Längs der Wände sind lauschige Plätzchen auf Wandbänken in den Fensternischen und Ecken. Der große gemütliche Kachelofen hat ringsherum eine Ofenbank, welche während der Abendunterhaltungen gewiß viel begehrt sein wird. In einer Ecke ist die Tafel der Dienstboten, eine zweite Ecke ist die „Strafecke“, bestimmt für jene, welche von einer Mahlzeit ausgeschlossen werden mußten. Die Zöglinge sitzen an Tafeln zu je zehn Plätzen, an den Schmalseiten je ein Speisenträger.

Der Speisesaal ist Familienzimmer und Festraum, und ein gutes Stück deutschen Erziehungswertes soll da geleistet werden. Das Wie läßt sich nun allerdings auch nicht gut beschreiben, sondern müßte miterlebt werden. Besteht ein solches Erziehungswerk im „Dozieren“ und „Moralisieren“, dann kann es, statt innerlich vorwärts zu bringen, geradezu gleichgültig und unempfindlich machen.



Vurfchenheim.



Синьцзян.

Wir haben wohl zur Genüge oft klargelegt, daß wir ein „tendenziöses“ erzieherisches Einwirken auch für die völkische Erziehung nicht als Gewinn betrachten, sondern daß wir größte Natürlichkeit dabei voraussetzen. Wie deutsches Empfinden ein inneres, persönliches Erlebnis ist, so muß es zum Erlebnis auch bei allen jenen werden, die wir deutsch erziehen wollen. Es ist ja eine mächtige fühlbare Liebe — und Liebe läßt sich bloß erleben!

Diesem Erlebenlassen deutscher Volks- und Heimatsliebe haben wir das ganze Heim angepaßt.

Die einzelnen Festlichkeiten, erhebenden Ansprachen, Lichtbildervorträge, die Pflege des deutschen Volksliedes, das Miterlebenlassen aller für das deutsche Volk wichtigen geschichtlichen Augenblicke, soweit sie dem Geistes- und Gefühlsfassungsvermögen der Jugend des Waisenheims angepaßt werden können, lassen sich im Rahmen unseres Aufsatzes nicht zur Darstellung bringen.

Es sei nur, um ein Beispiel anzuführen, darauf hingewiesen, daß das Bundesfest alljährlich im Heime festlich mitbegangen werden wird. An diesem Tage wird das Haus besflaggt werden und den Kindern wird von der Tätigkeit und dem Zwecke des Bundes, ihres größten Wohltäters, erzählt werden.

Die Zöglinge des Burschenheims werden weiters mit den Einrichtungen einer guten Jugendorganisation vertraut gemacht und in den Stand gesetzt werden, solche Organisationen zu gründen und deren verständnisvolle Mitarbeiter zu sein. Überhaupt wird die eigentliche positive völkische Erziehungsarbeit im Burschenheime geleistet werden; hier wird langsam jene geistige und moralische Reife bei den Zöglingen eintreten, die sie befähigt, jenen Darlegungen Verständnis entgegenzubringen, die sich mit den Sorgen und Leiden unseres Volkes, sein Verhältnis zu Freunden und Feinden, der Gesellschaftsordnung usw., beschäftigen werden. Gleichzeitig bietet diese Erziehung schon in sich selbst ein ungemein wirksames Erziehungsmittel: die Weckung des Ehrgefühls, des biederen deutschen Sinnes.

Das ganze Leben im Burschenheime wird von diesem Geiste deutscher Erziehung erfüllt sein. Der Tag bringt strenge Arbeit für alle Burschen, entweder in der Landwirtschaft und im Hause selbst, oder bei Meistern in Landskron und Umgebung. Am Abende haben sich die Burschen zunächst gründlich zu reinigen: das Badezimmer bietet jederzeit auch warmes Wasser für die, welche es nötig haben. Dann finden sich die Burschen zum gemeinsamen Abendessen mit den Kindern im Speisesaale ein und dürfen sich nachher in ihrem Burschenheim bis zum Schlafengehen ($\frac{1}{2}$ 10 Uhr) beschäftigen. Das Burschenheim ist in dunklem Holz gehalten und besitzt außer den Wandbänken für jeden Burschen ein Stockerl und für je zwei zusammen einen Tisch. Die Bücherei des Heimes ist mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt. Wir weisen auf den Bücherschatz des Deutschen Dorfboten hin, die Werke Schreyers, Naumanns und anderer, die heimatischen Erdgeruch auch in unserem Heime verbreiten und hoffentlich rechte Heimatsliebe mit wachrufen werden. Im Burschenheime liegt auch eine gute Auswahl von Zeitungen und illustrierten Zeitschriften auf.

Die Räume des Dr. Karl Schücker-Waisenheims wirken trotz der geringen aufgewendeten Mittel so vornehm und harmonisch, weil die Malerei, die Einrichtungsgegenstände, die Lampen, der Wandschmuck in einheitlicher Stimmung und genau zusammenge stimmten Farben gehalten wurden. Das Burschenheim hat den ernstesten Charakter und auch der künstlerische Wandschmuck ist ernster gehalten als in den übrigen Räumen. Wieder sind die Bilder dem Raume und seinem Zwecke angepaßt und mit Wechselrahmen versehen, so daß sie von Zeit zu Zeit ausgetauscht werden können.



Shuridheni dhalliaal.

Kinderstube.





Stiche.

Die Aufnahme ins Burschenheim und der Austritt aus ihm werden in Form einer kleinen Feier erfolgen.

Mit der gesamten Erziehung im Burschenheime beschäftigt sich eine eigene Schrift: „Ein deutsches Burschenheim“.

Von den übrigen, für die Kinder bestimmten Räumen sei zunächst der Schlafzimmer gedacht, die geradezu ideale Räume genannt werden müssen. Das Kinderschlafzimmer weist 20 graugebeizte Bettlein auf mit je einem Stockerl. Jedes Bett hat einen hartgestopften Strohsack, einen Roßhaarpolster und eine Decke mit weißer Kappe; der Spiegel der Decke ist harmonisch zur Grundfarbe der Wände gehalten.

Die Fenster sind groß und breit und über jedem Fenster befindet sich noch ein Halbfenster mit Kippflügeln zur Lüftung. Das Zimmer geht nach Südost und Südwest. Dringen die Sonnenstrahlen durch die Krone des hohen Nußbaumes vor den Fenstern hindurch, dann fällt ihr Glanz auf all die an den Wänden träumenden Märchengestalten — Dornröschen, Hänsel und Gretel, Rotkäppchen, Aschenbrödel, der gestiefelte Kater, Hans im Glück — der erste Blick beim Erwachen der Kinder fällt in ein Reich voll Schönheit.

Das Schlafzimmer der Burschen schließt sich an das Burschenheim an. Es ist ähnlich wie das Kinderschlafzimmer eingerichtet, nur ist der ganze Raum in anderen Farben gehalten und mit größeren Betten versehen. Der Wandschmuck zeigt folgende Bilder: „Der Wanderer“, „Erntesegen“, „Sonniger Wintertag“, „Mittagschwüle“, „Die Schlacht im Teutoburger Walde“, „Das letzte Aufgebot“, „Heimkehr der Sieger“, „Erzherzog Albrecht nach der Schlacht von Custozza“.

Bei den Burschen schläft auch der Präfekt.

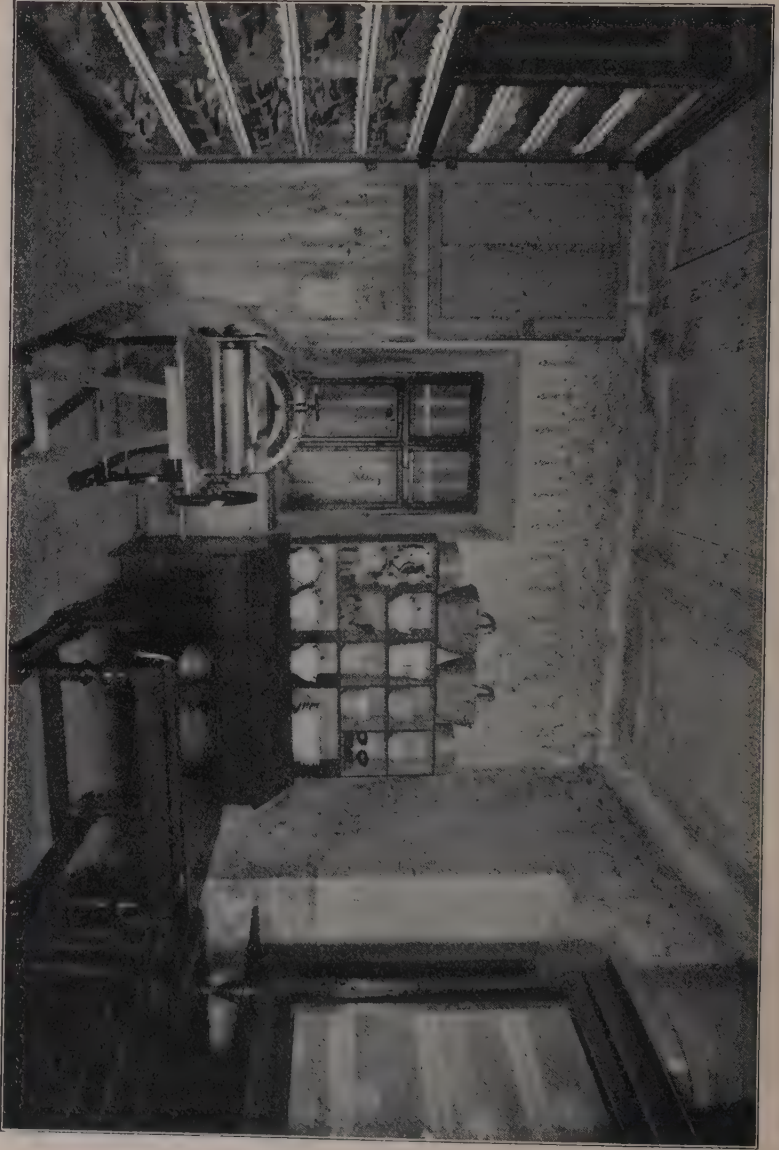
Im ersten Stockwerke liegt weiters die „Kinderstube“, das Arbeitszimmer der Schüler. Es ist in der Art eines Schulzimmers mit Arbeitstischen und großer Schultafel eingerichtet und soll gleichzeitig bei kleinen theatralischen Aufführungen benützt werden. Hier befindet sich auch die Schülerbibliothek. Die Wände weisen folgende Bilder mit Wechselrahmen auf: „Germanisches Gehöft“, „Kriemhild an der Bahre Siegfrieds“, „Kaiser Josef am Pfluge“, „Goethe“, „Schiller“. In diesem Raume arbeiten die Kinder ihre Schulaufgaben unter Anleitung und Aufsicht des Präfecten. Das Zimmer ist weiters Lese- und Vorlesestube.

Der Handfertigkeitsunterricht wird nicht in diesem Raume erteilt, sondern in den Werkstätten.

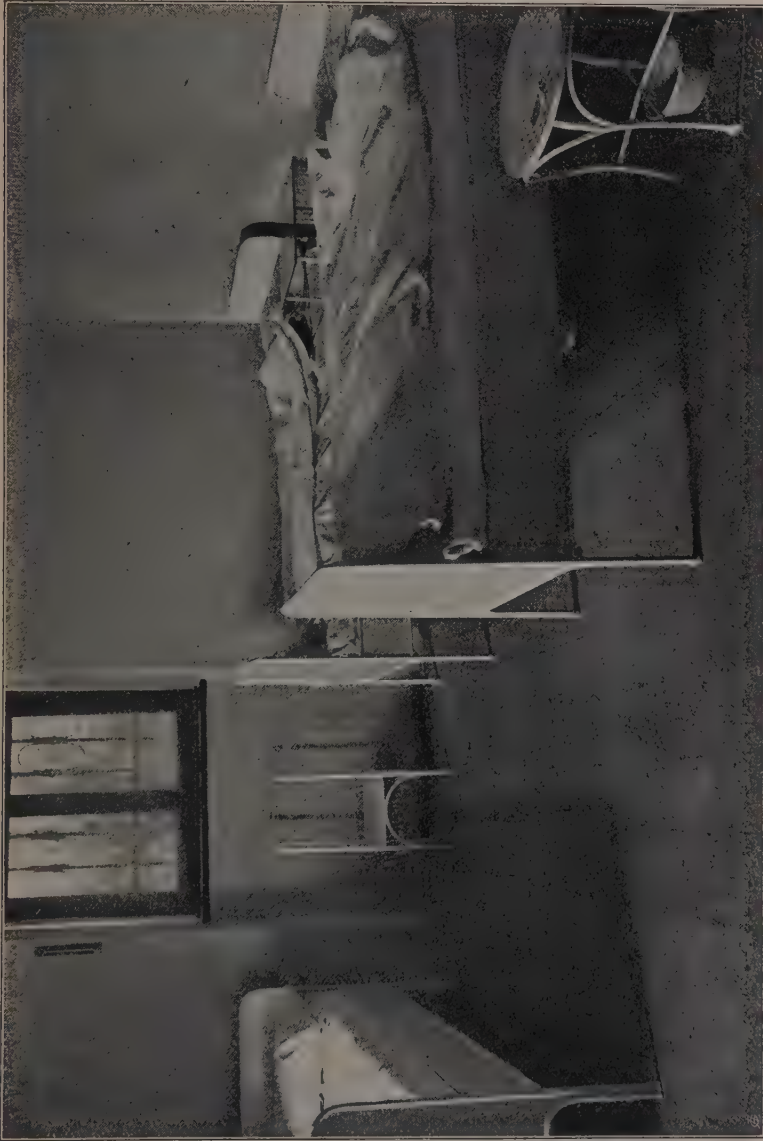
Im ersten Stockwerke liegen auch die Wohnzimmer des Waisenvaters, die durch eine Glastüre mit dem Kinderschlafzimmer in Verbindung stehen. Auch diese Räume, nach Osten gelegen, sind sehr freundlich und sehr gesund.

Um die Besprechung der übrigen Räume, die im Hauptgebäude gelegen sind, bei dieser Gelegenheit zu vollenden, schreiten wir die ungemein bequeme und breite Treppe mit ihrem schönen schmiedeeisernen Geländer hinab in das Erdgeschoß.

Unter Hand finden wir die mit weißen Fliesen verkleidete Küche, die so manche Hausfrau schon mit heimlichem Neide verlassen hat. Die Einrichtung ist zwar einfach, aber sehr praktisch. Besonders der von der Firma Hardtmuth beige stellte und von Herrn Direktor Jarisch nach unseren Wünschen entworfene Sparherd ist ein Meisterwerk. Als sehr vorteilhaft hat sich der vom Sparherd abge sonderte Suppen- und Milchkessel erwiesen. Die Speiseausgabe erfolgt durch ein Schubfenster. An die Küche schließt der Anrichterraum an, dessen Wände



Stühle und Stühlezimmer.



Kranfenzimmer.

bis an die Decke mit den Aufbewahrungskästen für die gesamte Anstaltswäsche verkleidet sind. Im Anrichterraum wird auch die Wäsche gebügelt.

Gegenüber dem Speisesaale liegt das Sprech- und Kanzleizimmer.

Ein Mittelgang führt weiter zu dem bereits erwähnten Puzraum und zum Badezimmer, sowie zum Diensthotenzimmer und zum vollständig abgeschlossenen Krankenzimmer, dessen mustergültige Einrichtung der ärztliche Beirat Herr Dr. Pissl bestimmt hat.

Zur Vervollständigung des von der Anstalt entworfenen Bildes sei noch erwähnt, daß das Heim seine eigene Wasserleitung besitzt. Das Wasser wird durch zweimaliges, je eine halbe Stunde währendes Pumpen früh und abends nach dem Waschen in den auf dem Boden befindlichen, 28 Hektoliter fassenden Wasserbehälter befördert, von wo aus der Ablauf in die Röhren erfolgt. Der gegenwärtige Handbetrieb der Druckpumpe wird später durch Maschinenbetrieb abgelöst werden.

In sämtlichen Räumen, vor dem Hause und im Hofe ist Petroleumbeleuchtung eingeführt; die Lampen sind so angebracht, daß jede Gefahr ausgeschlossen ist; insbesondere sind aus diesem Grunde in den Schlafzimmern geschlossene Ampeln gewählt worden, die zudem ein sehr mildes Halbdunkel verbreiten.

Nochmals sei darauf hingewiesen, daß die große Wirkung und das ungemein Praktische der gesamten Einrichtung nicht durch unverhältnismäßige Ausgaben erzielt wurde, sondern dadurch, daß jeder Raum mit ganz besonderer Rücksichtnahme auf seinen Zweck und seine künstlerische Wirkung eingerichtet wurde.

Jedes Möbelstück wurde von uns genau beschrieben, die Wirkung jeder Farbe im Raume selbst versucht, jede Ecke sinngemäß verwendet. Dann erfolgte die Fertigstellung der gesamten Einrichtung durch je einen Meister, wodurch abermals zur Einheitlichkeit beigetragen wurde. Allerdings müssen wir besonders anerkennend hervorheben, daß die beim Baue und der Einrichtung verwendeten Meister mit größtem Verständnisse und wirklicher Liebe zur Sache unseren Absichten entgegenkamen.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß wir bei der Einrichtung unseres Dr. Karl Schücker-Heims unsere eigenen langjährigen Erfahrungen und das Ergebnis so mancher Studienreise in Erziehungsanstalten des In- und Auslandes benützt haben. Oft sind es Kleinigkeiten, die einem Laien als ganz unwesentlich erscheinen werden, und die nichtsdestoweniger mit voller Absicht so und nicht anders geschaffen wurden.

So ist denn wirklich das Heim wie aus einem Gusse geraten und findet allgemein begeisterte Bewunderer.

Unsere Aufgabe wird es nun sein, das schöne Heim seiner eben von uns ausführlich dargestellten Aufgabe: deutschvölkische Erziehungsstätte zu sein, dienstbar zu machen.

III. Das Heim als Erziehungsstätte zur Arbeit und zur Arbeitsfreudigkeit.

Das Dr. Karl Schücker-Waisenheim würde seinen Zweck vollständig verfehlen, wenn es seine Zöglinge bloß unterrichten ließe, ihnen ein angenehmes Leben böte, sie völkisch erzöge, ohne dafür zu sorgen, daß sie erwerbsfähig

ins Leben eintreten und sich hier so bewähren können, wie es ihre gesamte Erziehung beabsichtigte. Das ist der Grundfehler fast aller unserer Anstalten. Sie wissen den Drang des Kindes nach Betätigung nicht zu seinem Segen auszunützen; sie wissen überhaupt mit diesem Tätigkeitstriebe nichts anzufangen. Sie empfinden ihn höchstens als höchst unliebsame Störung der Stille und Ordnung! Lieber gar nichts machen, vor ertötetem Interesse an Beschäftigung einschlafen — aber um Gottes Willen nicht stören durch Lebendigkeit oder durch die nimmermüde Lust nach Beschäftigung und Abwechslung. Und wenn man schon in einzelnen Anstalten eine Beschäftigung eingeführt hat — ist es denn nicht geradezu ein Hohn auf den Wunsch des Zöglings, beschäftigt zu sein, wenn man ihn — Strümpfe stricken läßt, wie in einer Anstalt einer reichen Stadt Deutschböhmens?

Daß Anstaltskinder oft recht ungeschickt ins Leben hinaustreten, ist nur dem nicht entsprechenden Betriebe der Anstalten zuzuschreiben.

Noch unbefriedigender ist es, daß fast sämtliche unserer Anstalten ihre Zöglinge mit dem vollendeten 14. Lebensjahre entlassen und sich um ihr weiteres Wohl und Wehe nicht mehr umsehen, obwohl sie wissen, daß gerade dann eine väterliche oder wenigstens vormundschaftliche Ob Sorge über den Zögling so nötig ist.

Wie wir unsere in Familienpflege großgezogenen Kinder erst mit erreichter Erwerbsfähigkeit entlassen, haben wir auch dem Dr. Karl Schücker-Waisenheime die Aufgabe gestellt, seine Zöglinge fürs Leben so gut als nur möglich vorzubereiten und sie erst dann zu entlassen, wenn sie selbst ihr Brot verdienen können.

Die Grundlage zu jeder weiteren Ausbildung und Erziehung legt die Schule. Wir denken selbstverständlich gegenwärtig nicht daran, mit unserer Anstalt eine eigene Volksschule zu verbinden, wie dies in vielen Anstalten der Fall ist, sondern schicken die Kinder in die dreiklassige Volksschule nach Nieder-Johnsdorf, die mit dem Wachstum unserer Anstalt wohl auch einer ganz anderen Zukunft entgegengeht, wodurch wieder den Ortskindern selbst großer Nutzen gebracht wird. Besonders befähigte Schüler werden auch die Bürgerschule in Landskron, in Ausnahmefällen auch eine höhere Schule besuchen. Die Aufgaben und sonstigen Verpflichtungen für die Schule gehen natürlich allen anderen Arbeiten vor und es ist als ständige Hilfskraft für die Schulkinder, zum Verkehr und Spiel mit ihnen ein eigener Präsekt bestellt. Seine Aufgabe ist es, das Lernen der Kinder genau zu überwachen und — soweit es ihre geistige Veranlagung gestattet — musterhafte Schüler aus ihnen zu machen.

Die übrige freie Zeit der Schulkinder wird durch planmäßige, im Interesse des Heims und der Zukunft der Kinder gelegene Arbeit ausgefüllt, insbesondere auch durch einen zeitgemäßen Handfertigkeitunterricht von einem eigenen Fachmanne in großen Werkstätten.

Der Handfertigkeitunterricht hat es nicht mehr nötig, nach Alternativen zu suchen, die seine Sache vertreten. Längst ist er in fortgeschrittenen Ländern zu einem unentbehrlichen Beschäftigungs- und Erziehungsmittel nicht bloß in Erziehungsanstalten, sondern auch in den allgemeinen Schulen, ja selbst in den Familien geworden.

Uns liegt daran, durch den Handfertigkeitunterricht in Holz, Metall, Papier und knetbaren Stoffen die Kinder nützlich zu beschäftigen, sie geschickt und arbeitsfroh zu machen und ganz unbewußt die besonderen Veranlagungen der Zöglinge zur Geltung gelangen zu lassen. Dabei wird selbstverständlich nicht an eine Ausnützung der kindlichen Arbeitskraft in der Art gedacht, daß die hergestellten Sachen

verkauft werden sollen; andererseits hat aber dieser Unterricht nicht in einer unnützen Bastelei zu bestehen, sondern das Gearbeitete dient zur Verschönerung des Heims, zu Unterrichtszwecken, zur Bereicherung der Sammlungen des Hauses, zu kleinen Geschenken untereinander, an Pflegeeltern, Lehrer, Vorstandsmitglieder, Verwandte usw. Die Burschen beschäftigen sich noch gründlicher mit der Herstellung der für das Heim nötigen Gegenstände. So haben die bis jetzt untergebrachten Burschen bereits die Betonsäulen zu der Umzäunung des ganzen Heims mit hergestellt; sie werden sich während des Winters mit der Fertigstellung einer großen Sommerveranda, die gleichzeitig als Turnhalle und Festsaal dienen wird, beschäftigen; werden die für Landwirtschaft nötigen Geräte ausbessern und zum Teil herstellen lernen; werden Kistchen arbeiten zum Honigversand; Körbe flechten für den landwirtschaftlichen Bedarf; an der Holzverkleidung für das aus der rückwärtigen großen Scheune zu schaffende Zweifamilienhaus arbeiten usw.

Zu diesen Handfertigkeitsarbeiten waren entsprechende Räume nötig und diese sind in unserem Heime ausreichend vorhanden. Die Werkstättenabteilung bildet den südlichen Flügel des Hofraumes. Die Schulkinder haben täglich 2 Beschäftigungsstunden, die Burschen arbeiten daselbst nach Bedarf und mit Rücksicht auf ihre freie Zeit.

Ein praktisch erfahrener und praktisch ausgebildeter Handfertigkeitslehrer war zur Unterrichtserteilung unerlässlich. Wir werden auch keine Kosten scheuen, dem gegenwärtig im Heime beschäftigten Handfertigkeitslehrer den Besuch nötiger Kurse und Anstalten, die sich durch musterhafte Lehrwerkstätten auszeichnen, zu ermöglichen.

In Böhmen ist unserem Wissen nach in keiner Waisenanstalt Handfertigkeits- oder Werkstättenunterricht eingeführt. Wir hoffen auch mit der Art und Weise, wie dieser Unterricht in den Rahmen der Anstalt eingefügt wird, vorbildlich zu sein.

Zu dieser Werkstättenbeschäftigung kommen auch für die Schulkinder je nach Bedarf und Witterung Arbeiten in den Obst-, Blumen- und Gemüsegärten, in der Waldbaumschule, auf den Feldern.

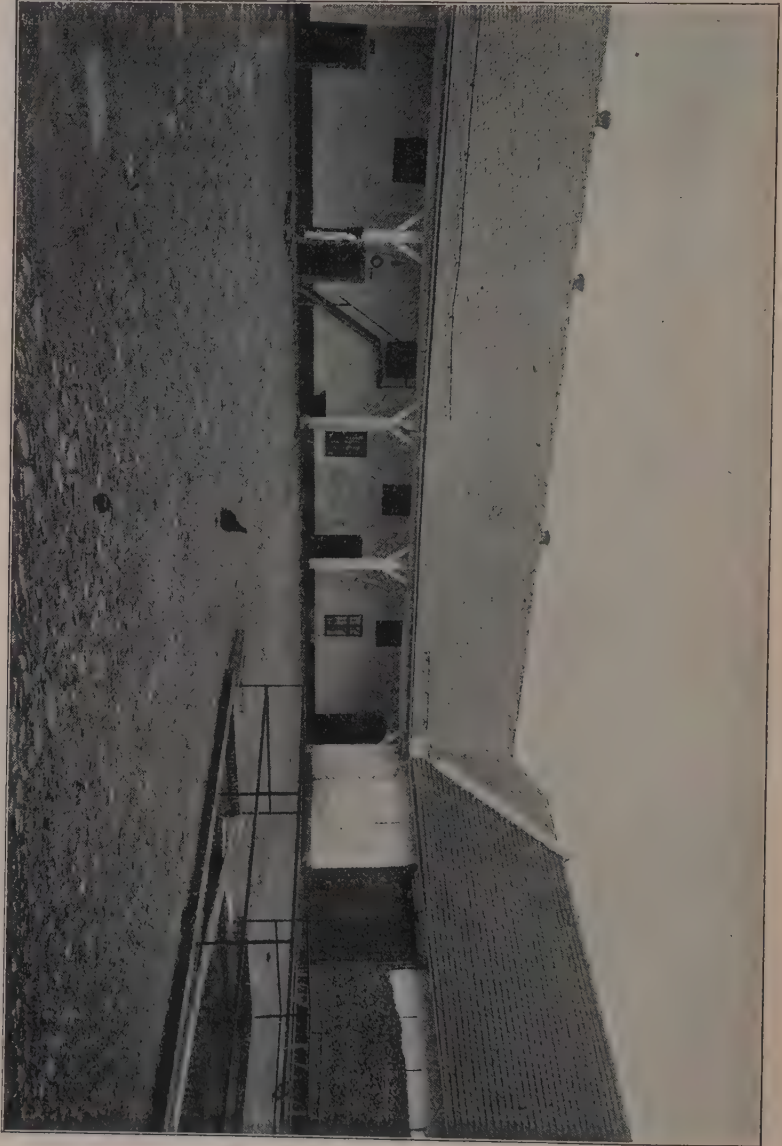
Mit erreichtem 14. Lebensjahre hat sich jedes Kind seinen zukünftigen Beruf zu wählen. Eine passende Berufswahl wird durch den vorausgegangenen Werkstättenunterricht, sowie durch das gesamte Leben in der Anstalt erleichtert sein. Die Zöglinge treten sodann in das Burschenheim ein. Ein Teil der Burschen wird innerhalb der Anstalt in der Landwirtschaft und bei den verschiedenen Meisterfamilien beschäftigt werden; Burschen, die sich einen Beruf wählen, der in der Anstalt selbst nicht gelehrt wird, treten außerhalb der Anstalt bei Meistern in Landskron und Umgebung in die Lehre, wohnen jedoch im Burschenheime.

Zur Ausbildung der Zöglinge innerhalb der Anstalt sind folgende Gewerbe in Aussicht genommen:

- I. Landwirtschaft, Viehzucht, Molkerei, Bienenzucht;
- II. Gärtnerei (Gemüse-, Obst-, Blumen-, Zier-, Waldpflanzen-Gärtnerei);
- III. Holzbearbeitung (Tischler, Lackierer, Zimmermann, Handfertigkeitsunterricht);
- IV. Wagnerei und Korbflechterei;
- V. Lederbearbeitung (Schuster, Sattler, Taschner);
- VI. Schneider;
- VII. Weberei (an der Fachschule in Landskron);
- VIII. Flachsgewerbe (an der Fachschule in Trautenau).



Teil der Werkhütte.



Hof mit Geflügelteich (gegen die Werfttäre).

Die Angliederung dieser Gewerbe an die Anstalt soll in 10 Jahresstufen erfolgen u. zw. in der Art, daß für jede neu hinzukommende Meisterfamilie ein Familienhaus errichtet wird und jeder Familie 20 Kinder zur Erziehung übergeben werden. Die Familienhäuser selbst werden in Art eines kleinen Dorfes verteilt werden und sollen gleichzeitig zur Verwirklichung verschiedener Pläne über die gediegene Einteilung von Familienhäusern dienen.

Für den Ausbau der Anstalt ist nachfolgender Plan entworfen:

1. Jahr: Einrichtung der Landwirtschaft, Viehzucht, Molkereibesuche in Landstron, Bienenzucht; eine Erziehungsfamilie mit zusammen 20 Kindern;
2. Jahr: Gemüse- und Blumengärtnerei, Treibhaus, Herstellung der Gärten und Zieranlagen; Anstellung einer Gärtnerfamilie, zusammen 40 Kinder;
3. Jahr: Obst- und Waldbau, zusammen 40 Kinder;
4. Jahr: Tischlerei mit Wohnhaus, zusammen 60 Kinder;
5. Jahr: Schlosserei und Schmiede, zusammen 80 Kinder;
6. Jahr: Wagnerei und Korbflechterei, zusammen 100 Kinder;
7. Jahr: Schusterei, Sattlerei, Taschnerei, zusammen 120 Kinder;
8. Jahr: Schneiderei, zusammen 140 Kinder;
9. Jahr:) Landerziehungsheim für Söhne bemittelter Eltern und Direktorat,
10. Jahr: / zusammen 200 Kinder.

Im Falle der Anstellung eines Direktors untersteht diesem die ganze Anstalt.

Gleichzeitig mit dem Familienhause wurde auch die

Landwirtschaft

des Dr. Karl Schücker-Heims eingerichtet. Sie soll auch für alle Zukunft die Grundlage des ganzen Heims bleiben. Die Jugend des Dr. Karl Schücker-Heims soll nicht blind jenen nachrennen, die nicht schnell genug den friedlichen Boden des heimatlichen Dorfes verlassen können, um in die Fabriken der Großstädte zu eilen. Wir wollen der Landflucht, so gut es geht, entgegenarbeiten und alles in unserem Heime pflegen, was imstande ist, Liebe zur Heimatserde, zur Einfachheit in der Lebensführung zu erwecken.

Unser Heim war ein altes Erbgericht, von dem jedoch der größte Teil der Felder abverkauft wurde. Das Wohnhaus umschließt in Verbindung mit den zugehörigen Wirtschaftsgebäuden den im Viereck angelegten, sehr geräumigen Wirtschaftshof. An der Nordseite derselben liegen die tonnengewölbten Ställe, während die Westseite in ihrer ganzen Länge mit einer großen Scheuer besetzt ist. Die Dachräume an der Nord- und Südseite springen gegen den Hof vor, so daß sie von Wagen unterfahren werden können. Im Hofraume befindet sich ein großer, zementierter Geflügelteich. Der Hofraum besitzt drei Einfahrtstore, von denen zwei an der Westseite und eines an der Ostseite gelegen sind. Wasser ist in genügender Menge vorhanden und kann aus zwei Brunnen entnommen werden. Ost- und südwärts des Anwesens befinden sich Wiesen, bezw. Gärten, darunter der Ziergarten vor dem Wohnhause, der einen Musterbienenstand, wohl einen der größten und schönsten in Böhmen (für 60 Stöcke), enthält. Der Bienenstand bietet innen Raum für etwa 50 Personen zu Vorträgen und praktischen Übungen. Entlang der Nordseite des Anwesens führt ein öffentlicher Weg mit einer Abzweigung nach Süden, welche entlang der Hofscheuer geht. Durch diesen Weg und einen entsprechenden Zufahrtsraum getrennt, befindet sich hinter der Hofscheuer eine zweite Scheuer, welche ungefähr 1000—1500 Mandel Getreide

fassen dürfte. Anschließend an diese ziehen sich die Grundstücke (gegenwärtig im Ausmaße von 52 Mezen) ununterbrochen nach Westen. Die Lage der Grundstücke zum Wirtschaftshof muß als sehr günstig bezeichnet werden.

Das Klima ist verhältnismäßig rauh, weil die Gegend nach Norden offen ist. Die Böden sind nahezu durchgehends bündiger Lehm Boden, der weiter gegen Westen in Tonnergel übergeht. Die Ackerkrume ist tief, der Untergrund aber undurchlässiger Letten, weswegen die Böden an stagnierender Nässe leiden, sehr langsam abtrocknen und verhältnismäßig schwer zu bearbeiten sind. Die Fruchtbarkeit der Böden, insbesondere ihre Futterwüchsigkeit, ist eine sehr große. Die Wiesen müssen drainiert werden, weil sie an Nässe leiden, somit die Bearbeitung sehr erschweren und auch nicht zur vollen Ertragsfähigkeit gelangen können. Das Drainieren kann aber um so rascher und leichter durchgeführt werden, als die Gefällsverhältnisse für die Ableitung der Drainwässer sehr günstig sind und die notwendigen Arbeiten dann zum Teile durch die Burschen des Heims verrichtet werden. Durch diese entsprechende Pflege der Wiesen sollen sie auf Dreischürigkeit gebracht werden.

Viehzucht. Der Viehstand (Schönhengster Rasse) umfaßt gegenwärtig 2 Zugochsen, 6 Kühe, 2 Kälber (eigener Zucht), 6 Schweine, Hühner, Gänse, Tauben. Unter den jetzigen Verhältnissen können etwa 12 Stück Vieh gehalten werden. Die Milchproduktion des eigenen Viehstandes wird in erster Linie der Deckung des Hausbedarfes zu dienen haben; der Überschuß wird an die Molkereigenossenschaft in Landskron abgegeben, der das Heim als Mitglied angehört.

Ställe. Die gesamte Stallanlage ist nach Plänen des Landeskulturrates erfolgt und muß als musterhaft bezeichnet werden. An den Geflügelstall schließt sich der Schweinestall, dessen Buchten mit Ripptrögen versehen sind und dessen Kanalisation besonderes Augenmerk zugewendet wurde.

Anschließend daran, jedoch durch eine Mauer vollkommen getrennt, folgt der Rindviehstall in einer Länge von 16 Metern, wovon 2 Meter als Futtermischraum dienen. Der Stall ist von rückwärts vorzüglich belichtet; die Fenster sind zum Ruppen eingerichtet. Entlang der Südseite führt die zementierte und mit Selbsttränke versehene Futterrippe. Die Stände sind mit Klinkerziegeln gepflastert und haben ein sanftes Gefälle zur Jauchrinne, welche zementiert und mit perforierten Eisenplatten gedeckt ist. An der Nordseite führt eine Tür zur großen, nach Musterplänen des Landeskulturrates hergestellten, zementierten Düngerstätte.

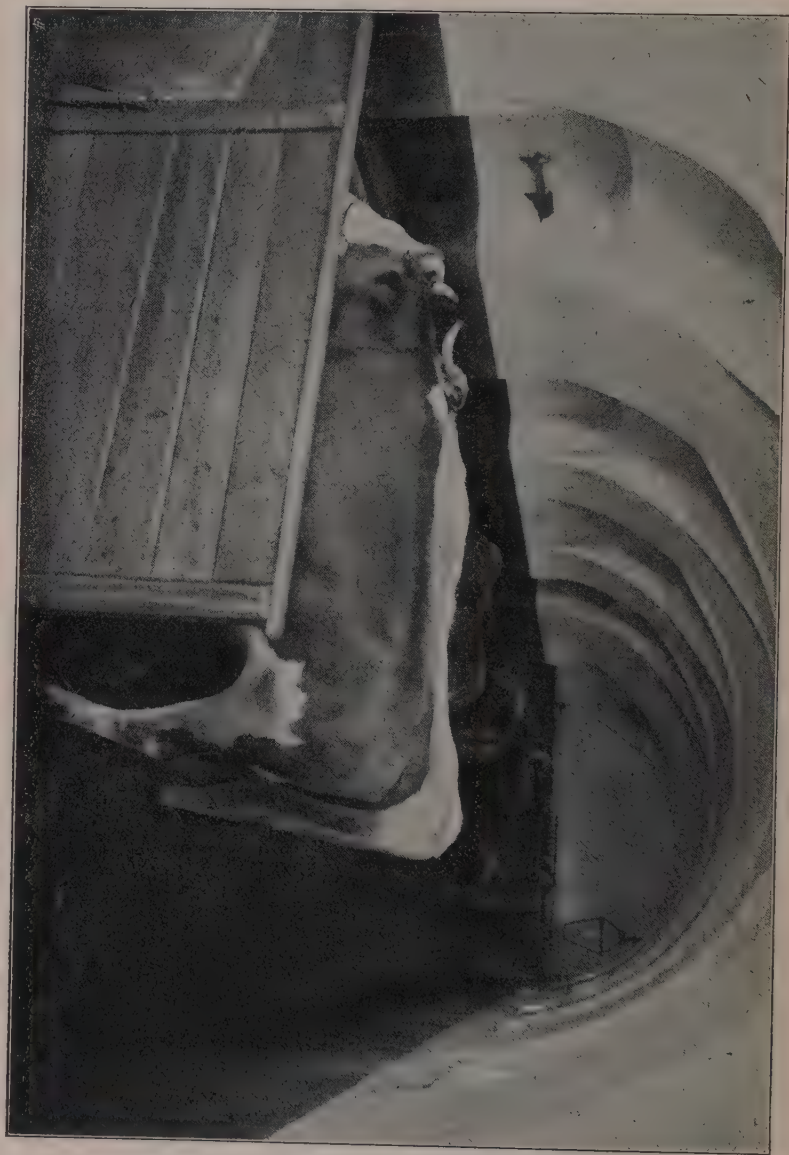
Keller, Scheunen und sonstige Vorratsräume sind in ausreichendem Maße und bester Ausführung vorhanden.

Der fundus instructus ist durchwegs neu und praktisch angeschafft worden. Insbesondere ist die Landwirtschaft auch mit den nötigen Maschinen ausgestattet.

Jene Böglinge, die sich der Landwirtschaft widmen, sollen durch drei Jahre praktisch im Heime ausgebildet werden. Soweit es die Rücksichtnahme auf die körperliche Kraft der Burschen gestattet, haben sie sämtliche Feld- und Stallarbeiten selbständig ausführen zu lernen. Die theoretische Bildung soll in der in Landskron zu errichtenden landwirtschaftlichen Winterschule, sowie im Heime selbst durch den Waisenvater und Wirtschaftsverwalter unter der Oberleitung des landwirtschaftlichen Beirates erteilt werden. Außerdem werden sämtliche Burschen in die Molkereischule zu Landskron geschickt und in die Bienenzucht praktisch eingeführt.



Hofseite des Hauptgebäudes gegen die Stallungen.



Reinbock.



Maschinenraum.

Die mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Arbeiten der Gärtnerei, der Obstbaumzucht, Waldbaumgärtnerei, sowie die einschlägigen Werkstättenarbeiten haben sie ebenfalls zu lernen.

Dazu kommt der Unterricht in der landwirtschaftlichen Buchhaltung insbesondere für Meierhöfe und Herrschaften.

Die aus dem Schückerheime nach Vollendung ihrer Ausbildung austretenden Zöglinge erhalten vom Bunde ein entsprechendes Zeugnis und werden auf Meierhöfen, Bauernhöfen, auf Herrschaften usw. untergebracht werden.

Auch ganz einfache Bauern werden sich solche Burschen — die entsprechende Behandlung und Entlohnung vorausgesetzt — zur Leitung ihrer Wirtschaften besorgen können.

Nach Maßgabe der Mittel wird der Bund weiters solche austretende Burschen selbständig machen und zu diesem Zwecke von Zeit zu Zeit die entsprechenden Prämien für die besten Zöglinge aussetzen. Die Selbständigmachung der Zöglinge soll hauptsächlich an der Sprachgrenze erfolgen, in der Art, daß der Bund erstandene Objekte einem, oder auch zwei, drei Zöglingen zusammen zum selbständigen Betriebe und zum allmählichen Erwerbe gegen Amortisation übergibt.

Schon die Aussicht auf die Heranbildung einer solchen praktischen und national erzogenen Garde von tüchtigen Landwirten wird die Opferwilligkeit aller jener, die uns bisher so wacker gefördert haben, nun erst recht nicht erlahmen lassen.

Die aus den übrigen Pflegefamilien und von den sonstigen Lehrherren austretenden, gewerblich ausgebildeten Burschen werden in ähnlicher Weise in bedrohten Orten selbständig gemacht werden.

IV. Ausblicke.

Wir haben im vorausgehenden ein Bild über den gegenwärtigen Stand unseres neuen Erziehungsheims entworfen und es erübrigt nur noch, einige wichtige Grundlagen und Leitgedanken unseres Werkes zu besprechen, um hauptsächlich Fachleuten im Erziehungsweisen und allen jenen, die auch diesen Fragen Verständnis entgegenbringen, Einblick in die inneren Triebfedern des Ganzen zu bieten.

Noch baut man bei uns Anstalten im „alten Stil“, so baulich modern sie auch äußerlich und innerlich eingerichtet sein mögen. Ganz ohne Anregung geht man an den zeitgemäßen Bestrebungen jener vorüber, die schon in die Jugenderziehung in Haus und Schule lebenskräftige Keime für eine ganz neue Lebensauffassung, für eine verbesserte Gesellschaftsordnung legen wollen.

Wir haben uns den Forderungen unserer Schul- und Erziehungsreformer nicht verschlossen und gehen mit Ernst daran, das jahrelang Geprüfte und für gut Befundene in die Jugenderziehung einzuführen.

Als längst der innere Leitungsplan unseres Heims fertig war, fiel unsere Aufmerksamkeit auf eine Stelle des Werkes: „Erziehung zur Mannhaftigkeit“ des bekannten Prof. Gurlitt. Sie lautet: „Welche Abwehr haben wir gegen den Verfall der Sitten? Von dem Kampfe gegen den Schmutz in Wort und Bild verspreche ich mir keine starke Wirkung. Meine Gedanken führen auf andere Bahnen. Ich kann sie hier nur andeuten: Waldschulen, Landerziehungsheime,

große öffentliche Spielplätze, Verlegung der Schulen ins Freie, eingeschränkte Stundenzahl, dafür körperliche Arbeit im Freien, allerlei maßvoll betriebener Sport, zumal kalte Bäder, Schwimmen, Rudern, regelmäßig wiederkehrende Kinderfeste mit Wettspielen, Wettturnen, Massengesang, sodann Kinderwerkstätten, Pflege der Handarbeit, zumal der gärtnerischen, Halten von Haustieren, Ausstellung von Kinderarbeiten — mit einem Worte: Steigerung des Schaffenstriebes und damit Steigerung der Lebensfreude und des Selbstbewußtseins.“ Nicht nur aus diesem Ausspruche, sondern aus all den Werken jener, die sich mit einer Reform unseres Erziehungs- und Unterrichtswesens befaßten, erhalten wir immer aufs neue die Bestätigung, daß wir die richtigen Wege gehen.

Wir wollen nur noch darauf hinweisen, daß wir auch von jenen Gedanken geleitet wurden, die dahin drängen, das deutsche Volk in allen seinen Teilen für jene neuen Aufgaben vorzubereiten, die ihm auf dem Gebiete der Technik gestellt sind. Wir müssen praktische Menschen werden, nicht allein geistig überproduzierende; wir müssen imstande sein, das, was der deutsche Geist forscht und sinnt, auch in äußere Formen zu bringen — mit dem Wissen muß das Können Hand in Hand gehen.

Wir dürfen nicht immer mehr empfindende, „rezeptive“ Wesen werden, sondern vor allem auch handelnde, „repulsive“. Unser motorisches Nervensystem darf nicht zugunsten des sensorischen so stiefmütterlich behandelt werden.

Unser Erziehungsheim stellt sich somit auch in den Dienst jener Bewegung, welche sich mit dem Probleme der Tat in der Erziehung beschäftigt.

Gelingt es uns, das begonnene Werk zu vollenden, so soll der abschließende Bau ein deutsches Landerziehungsheim werden, bestimmt für Söhne bemittelter Eltern nicht nur für die Zeit des Volksschulunterrichtes, sondern auch für die Mittelschulzeit. Die Erziehung in diesem Heime soll eine grundverschiedene werden von derjenigen in sogenannten „Pensionaten“, nicht nur was das individuelle, sondern auch was das soziale Erziehungsziel anbelangt. Wie das gesamte übrige Heim wird auch das Landerziehungsheim anstreben: ausschließlich deutsche Erziehung, Erziehung zur Veredlung des berechtigten Lebensgenusses; naturgemäße, gesundheitsfördernde Lebensführung; allseitige geistige und körperliche Ausbildung als Grundlagen beruflicher Tüchtigkeit und körperlicher Widerstandsfähigkeit.

So hätten wir denn zum Schlusse nur noch um unermüdliche, ausgiebige Unterstützung unseres Werkes zu bitten. Möge jeder, der förderungswürdige Gedanken in den Zielen des Dr. Karl Schücker-Heims findet, das Seine beitragen, auf daß sie in Tat umgesetzt werden können. Der Segen der Anstalt fließt ja unserem geliebten deutschen Volke zu, dem das Dr. Karl Schücker-Heim tüchtige und verlässliche Volksgenossen zuführen will.



V. Die Tätigkeit der Zentralstelle für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen für das Heim.

Ein Übereinkommen mit dem Bunde der Deutschen in Böhmen gab uns die erwünschte Gelegenheit, eine größere Zahl von Waisen im Dr. Karl Schücker-Waisenheime auf unsere Kosten unterbringen zu können; überdies wurde uns die Möglichkeit geboten, neue Erfahrungen zu sammeln mit Bezug auf die Erziehungsergebnisse in Anstalten, die der Familie den größtmöglichen Einfluß gewähren und die auf landwirtschaftlich-gewerblicher Grundlage aufgebaut sind. Die mannigfaltigen gemeinsamen Beratungen mit dem Unterausschusse für Waisenversorgung des Bundes führten zunächst zur Aufstellung nachfolgender

Leitordnung.

1. Bestimmung der Anstalt.

Das Dr. Karl Schücker-Waisenheim soll verwaiseten oder verlassenen deutschen Kindern aus Böhmen die fehlende Familie wiederersetzen und ihnen in jeder Hinsicht eine Heimat bieten. Es wird dadurch diese Kinder wieder mit der menschlichen Gesellschaft, von der sie sonst losgelöst blieben, verknüpfen und sie auch auf deutscher Scholle, zu deren Liebe sie die Kinder erziehen wird, festwurzeln lassen. Das Heim hat die Kinder zur Arbeitsfreudigkeit zu erziehen und erwerbs- und widerstandsfähig ins Leben zu stellen. Die Anstalt ist für Knaben vom 6. Lebensjahre an bestimmt. Die Entlassung aus dem Verbande der Anstalt erfolgt mit erreichter Erwerbsfähigkeit, spätestens mit dem 20. Lebensjahre. Die zur Besetzung gelangenden Plätze sind teils Freiplätze, teils Plätze gegen ermäßigte und volle Verpflegungsgebühr.

Verwaiste Kinder, deren Eltern mindestens durch 5 Jahre Mitglieder des Bundes der Deutschen in Böhmen waren, erhalten vollständige Freiplätze.

Die Verleihung von Plätzen gegen ermäßigte Verpflegungsgebühr wird von der Bundesleitung fallweise verfügt.

Anspruch auf diese Plätze haben zunächst Kinder des Bezirkes Landskron, ferner die deutschen Gemeinden der Bezirke: Neustadt a. d. Mettau, Rokitzh, Grulich, Landskron, Leitomischl, Politischka, Stecken und Wildenschwert.

Kinder des Bezirkes Landskron und innerhalb dieses der Stadt Landskron haben den Vorrang vor allen übrigen.

Die volle Zahlung beträgt derzeit für jedes verwaiste, halbverwaiste oder verlassene Kind 24 Kronen monatlich. Dieser Betrag kann jederzeit geändert werden.

Vermögende Zöglinge zahlen derzeit monatlich 50 Kronen. Sämtliche Zahlungen sind direkt an die Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen zu leisten.

2. Leitung.

Die Leitung der Anstalt liegt in den Händen der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen, welche zu ihrer Stellvertretung einen Vorstand einsetzt.

3. Vorstand.

Der Vorstand hat die Anstalt nach der von der Bundesleitung verfaßten Leitordnung zu verwalten. Er ist in seiner Wirksamkeit innerhalb der Grenzen dieser Leitordnung selbständig, doch ist er der Bundesleitung gegenüber für seine Maßnahmen verantwortlich. Es steht der Bundesleitung jederzeit frei, in der Zusammensetzung des Vorstandes Änderungen vorzunehmen.

Der Vorstand: 1 Vorsitzender, 1 Zahlmeister, 1 Rechtsbeirat und Schriftführer, 1 ärztlicher Beirat, 1 Erziehungsbeirat, 1 Küchenbeirat, 1 Haushaltsbeirat, 1 Beirat für Baulichkeiten, 1 Landwirtschaftsbeirat.

Die Bundesleitung kann jederzeit einen Ehrenschutzherrn, sowie einen oder mehrere Ehrenvorsitzende des Vorstandes ernennen und die Zahl der Beiräte vermehren.

Der Vorsitzende vertritt den Vorstand nach außen, beruft von Zeit zu Zeit je nach Notwendigkeit Sitzungen des Vorstandes ein und leitet dieselben. Über Beschlüsse, welche im eigenen Wirkungskreise des Vorstandes liegen, entscheidet dieser mit einfacher Mehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist die Anwesenheit von mindestens 5 Vorstandsmitgliedern notwendig. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Beschlüsse, welche außerhalb des Wirkungskreises des Vorstandes fallen, sind der Bundesleitung zur Genehmigung vorzulegen.

Über die Sitzungen werden kurze Verhandlungsschriften geführt, welche der Bundesleitung in Abschrift mitzuteilen sind.

Er empfängt den Einlauf und hat den Auslauf an Schriftstücken zu fertigen.

Zahlmeister. Durch ihn geht der gesamte Ein- und Auslauf an Geld. Er hat sämtliche Auszahlungen zu besorgen und Ein- und Ausgaben ordnungsgemäß zu buchen. Er sorgt für die Versicherung der Gebäude, der Grundstücke, des Viehes, der Einrichtung usw. Für die richtige Kassagebarung ist der gesamte Vorstand verantwortlich. Die Entlastung wird dem Zahlmeister nach Prüfung der Bücher seitens der Bundesleitung erteilt. Die Einsicht in die Bücher steht den Vorstandsmitgliedern sowie der Bundesleitung jederzeit zu.

Rechtsbeirat und Schriftführer. Er vertritt die Anstalt in Rechtsangelegenheiten und führt die Verhandlungsschriften der Vorstandssitzungen. Verlautbarungen über die Anstalt in der Presse oder sonstwie im Drucke bedürfen der Genehmigung der Bundesleitung.

Ärztlicher Beirat. Er überwacht und leitet die Anstalt in gesundheitlicher Hinsicht. Seine Sorge wird in jeder ihm möglichen Einflußnahme zur Verhütung von Erkrankungen der Zöglinge zu bestehen haben. Erkrankte Zöglinge sind von ihm zu behandeln. Über jeden Zögling ist ein ärztliches Standesblatt zu führen, die körperliche Entwicklung der Zöglinge auf Grund von Messungen und Wägungen zu verfolgen und soweit als möglich vorteilhaft zu beeinflussen.

Küchenbeirat. Er überwacht und veranlaßt den Einkauf für die Küche, die Zubereitung der Speisen, von deren Schmachthaftigkeit und entsprechender Menge er sich oft überzeugt. Die Speisensordnung ist für 14 Tage im vorhinein von der Pflegefamilie zu entwerfen und ihm vorzulegen.

Haushaltungsbeirat. In sein Fach gehört die Obforge über die Beschaffung der Wäsche und Bekleidung der Zöglinge, sowie über den gesamten Wirtschaftsbestand der Anstalt. Die Stückverzeichnisse sind nach seinen Angaben zu führen. Er trägt für den richtigen Bestand die Verantwortung.

Erziehungsbeirat. Er überwacht die erziehliche und geistige Ausbildung der Zöglinge und das gesamte Erziehungswerk. Er geht den Pflegefamilien zwecks richtiger Erziehung der Zöglinge an die Hand. Er hat Vorschläge betreffend Verbesserung der Hausordnung, gründliche Ausbildung der Zöglinge, Abhaltung von Lehrkursen an die Bundesleitung zu erstatten und beim Verkehre zwischen Waisenheim und Schule vermittelnd mitzuwirken.

Beirat für Baulichkeiten. Er überwacht die Instandhaltung sämtlicher Anstalts-Gebäude und -Räume. Er beantragt die notwendigen Herrichtungen und Verbesserungen.

Landwirtschaftsbeirat. Er ist der maßgebende Berater in allen landwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Mit der weiteren Ausgestaltung der Anstalt wird eine weitere Ernennung fachlicher Beiräte nötig werden.

Zur Durchführung der Beschlüsse des Gesamtvorstandes, sowie zur ständigen und raschen Amtsführung kann der Gesamtvorstand einen geschäftsführenden Ausschuß von 4 Personen wählen, deren Rechte und Verbindlichkeiten er selbst bestimmt.

4. Angestellte.

Die Angestellten der Anstalt, sowie sämtliche in der Anstalt beschäftigten oder angestellten Lehrer, Lehrerinnen, Pflegefamilien oder sonstigen Hilfskräfte unterstehen der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen, unbeschadet deren vertragsmäßig festgelegter Unterordnung unter die Mitglieder des Vorstandes, insbesondere des Erziehungsbeirates, dem sie zunächst unterstehen.

5. Innere Gliederung.

Die innere Leitung der Anstalt wird vorläufig einer Erziehungsfamilie übertragen. Ihr obliegt nicht nur die ganze Sorge für die Erziehung der schulpflichtigen Jugend der Anstalt, sondern auch für die ganze innere Hausordnung und die Landwirtschaft.

Die der Schule entwachsene Jugend tritt in das Burschenheim ein und wird teils innerhalb der Anstalt in der Landwirtschaft und bei den verschiedenen Meisterfamilien, teils außerhalb bei Meistern in Landskron und Umgebung beschäftigt werden.

Zur Ausbildung der Zöglinge sind folgende Gewerbe in Aussicht genommen:

- I. Landwirtschaft, Viehzucht, Molkerei (Ausbildung zum Schaffer, Meier, Aufseher, selbständigen Landwirt, Molkereigehilfen usw.);
- II. Gärtnerei (Gemüse-, Obst-, Blumen-, Zier-, Waldpflanzen-Gärtnerei);
- III. Holzbearbeitung (Tischler, Lackierer, Holzarbeiter, Handfertigkeitsunterricht), teils in der Anstalt, teils in der Fachschule in Grulich;
- IV. Wagner und Korbflechterei;
- V. Lederbearbeitung (Schuster, Sattler, Taschner);
- VI. Schneider;
- VII. Weberei (an der Fachschule in Landskron);
- VIII. Flachsgewerbe (an der Fachschule in Trautenau).

Für die allmähliche Angliederung dieser Gewerbe an die Anstalt ist folgender Plan aufgestellt:

- I. Jahr: Einrichtung der Landwirtschaft, Viehzucht und Molkerei; eine Erziehungsfamilie, zusammen 20 Kinder;
- II. Jahr: Gemüse- und Blumen-Gärtnerei, Treibhaus, Herstellung des Gartens und Parkes; Anstellung einer Gärtnerfamilie, zusammen 40 Kinder;
- III. Jahr: Obst- und Waldbau, zusammen 40 Kinder;
- IV. Jahr: Tischlerei mit Wohnhaus und Werkstätte, zusammen 60 Kinder;
- V. Jahr: Schlosserei und Schmiede, zusammen 80 Kinder;
- VI. Jahr: Wagnerei und Korbflechterei, zusammen 100 Kinder;
- VII. Jahr: Schusterei, Sattlerei und Taschnerei, zusammen 120 Kinder;
- VIII. Jahr: Schneiderei, zusammen 140 Kinder;
- IX. Jahr: } Kinderziehungsheim für Söhne bemittelter Eltern und Direktorat,
- X. Jahr: } zusammen 200 Kinder.

Im Falle der Anstellung eines Direktors untersteht diesem die ganze Anstalt. Er selbst trägt der Bundesleitung gegenüber die Verantwortung. Die Zusammensetzung des Vorstandes wird dann die entsprechenden Abänderungen erfahren.

6. Aufnahme.

Die Aufnahme sämtlicher Zöglinge erfolgt von der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen auf Grund von schriftlichen Ansuchen. Diefem Gesuche sind beizulegen: Taufschein, letztes Schulzeugnis, Gesundheitszeugnis, Verpflichtungsschein des Vormundes, daß er sich bis zur Volljährigkeit des Mündels jedes Einspruches in die Erziehung zu enthalten verpflichtet. Außer dem ärztlichen Zeugnisse ist seitens der Aufenthaltsgemeinde des eintretenden Kindes die Bestätigung zu erbringen, daß weder in der bisherigen Umgebung des Kindes, noch in der Aufenthaltsgemeinde überhaupt ansteckende Krankheiten herrschen.

7. Eintritt.

Die Übersiedlung in das Heim erfolgt niemals auf dessen Kosten. Der Tag des Eintrittes wird stets von der Bundesleitung des B. d. D. i. B. bestimmt. Das Kind ist sauber gewaschen, mit doppelter neuer Wäsche, einem sauberen ganzen Anzuge, ganzen Schuhen und kurzgeschorenen Haaren der Anstalt zu übergeben.

Die Begleiter des Kindes haben die Anstalt erst nach durchgeführter Übernahme zu verlassen. Dazu gehört auch die Überprüfung des Kindes auf seinen Gesundheitszustand, welche nach dem Eintreffen von dem jeweiligen ärztlichen Beiräte vorzunehmen ist.

Nach durchgeführter Übernahme ist das Kind sofort einer gründlichen Reinigung zu unterziehen; auf dabei etwa entdeckte Gebrechen ist der ärztliche Beirat aufmerksam zu machen.

Jedes Kind wird hierauf gewogen und in bezug auf seine Körpergröße und seinen Brustumfang gemessen. Der Befund wird auf dem ärztlichen Standesblatte eingetragen. Darauf folgt die Einführung des Kindes in die Hausordnung.

Die Zöglinge werden eingeteilt in Kinder (6—14 Jahre) und Burſchen (über 14 Jahre).

Die Hausordnung ist für sämtliche Pflegefamilien die gleiche.

Mit dem erreichten 14. Lebensjahre übertritt der Zögling aus seiner bisherigen Pflegefamilie ins Burſchenheim.

8. Hausordnung für die Kinder.

Aufstehen. Die Kinder haben im Sommer um $\frac{1}{2}7$, im Winter um 7 Uhr aufzustehen. Sofort nach dem Aufstehen haben sich die Kinder ins Putz- und Waschzimmer zu begeben, um die Kleider zu büſten und ſich zu waschen. Täglich wird der ganze Oberkörper kalt gewaſchen.

Die Kinder haben die zur Verfügung ſtehenden Turnſtäbe und Hantel zu kurzen Turnübungen (System Müller) ſelbſtändig zu benützen.

Um $\frac{1}{2}8$ Uhr hat jedes Kind zum Frühstück im Familienzimmer auf ſeinem beſtimmten Plaze zu ſein. Es erfolgt kein gemeinſchaftliches lautes Gebet, ſondern es betet täglich ein anderes Kind kurz aber andächtig vor. Bei ſämtlichen Mahlzeiten erſcheinen die Pflegeeltern mit den eigenen Kindern und den Dienſtboten mit an der Tafel und es beginnt die Mahlzeit erſt, wenn ſämtliche Familienmitglieder beſammen ſind. Während der Mahlzeiten hat keine lautloſe Stille zu herrſchen, ſondern es ſind die Kinder anzuhalten, friſch und frei von der Leber weg zu ſprechen.

Es ſtellt große Anforderungen an das Taſtgefühl der Pflegeeltern, die Unterhaltung am Familientiſche ſtets herzlich und vertraut zu geſtalten. Es iſt dies jedoch von großer Wichtigkeit, um Offenheit und Geradheit im Verkehre zu erzielen. Die Pflegeeltern mögen hiebei trachten, die Kinder an eine ſprachrichtige Ausdrucksweiſe zu gewöhnen. Zum Frühstück erhalten die Kinder Milch oder Malzſaffee und Brot.

Schulgang. Die Kinder beſuchen die öffentlichen Schulen. Sie haben ſich nach dem Frühstücke familienweiſe in die Schule zu begeben. Eine Führung ſeitens der Pflegeeltern iſt hiebei nicht jedesmal nötig. Doch werden ſie ſich öfters überzeugen, ob die Kinder ſich auf dem Wege entſprechend betragen. Für die Zehn- uhrpauſe erhalten die Kinder ein Stück Brot mit in die Schule. Nach Schluß des Unterrichtes fahren die Kinder klaffenweiſe ins Heim zurück. Hierauf haben die Kinder ihre Hauſſchürze anzuziehen, den Pflegeeltern ihre Heimkehr zu melden und über den Unterricht kurz zu berichten.

Die Zeit nach dem Vormittagsunterrichte bis zum Mittaggeſſen ($\frac{1}{4}1$ Uhr) iſt den Kindern zu freier Beſchäftigung überlaſſen. Dieſe erfolgt im Freien

oder im Familienzimmer, doch ist vor allem auf eine nützliche Beschäftigung der Kinder für den Haushalt, Reinigung der Hausräume, Arbeiten im Garten und auf den Feldern, soweit sie ungefährlich und der kindlichen Arbeitskraft angemessen sind, Reinigen und Ausbessern der eigenen Gebrauchsstücke und Kleider, strenge zu sehen.

Mittageessen. Das Mittageessen findet um $\frac{1}{4}$ 1 Uhr statt. Das Auftragen der Speisen erfolgt von den Kindern abwechselnd je eine Woche.

Der Speiszettel ist von den Pflegeeltern stets auf 14 Tage im vorhinein zu entwerfen. Alle Speisen müssen in genügender Menge verabreicht werden, gut zubereitet, schmackhaft und nahrhaft sein. In jeder Woche ist mittags an 4 Tagen Fleisch zu verabreichen.

Das Tischgebet ist abwechselnd von einem Kinde allein zu sprechen.

Für die Einnahme der Mahlzeiten ist den Kindern eine gerade Haltung, ordentlicher Gebrauch des Eßbestecks und ein anständiges, nettes, reinliches Betragen anzugewöhnen. Jedes klümmelhafte Benehmen, Unarten, schlechte Angewohnheiten sind streng zu bekämpfen.

Nach Beendigung der Mahlzeit ist von den jeweiligen Speisenträgern das Abräumen des Tisches zu besorgen.

Als Getränk ist bloß Trinkwasser gestattet. Alkohol ist den Kindern streng fernzuhalten.

Während des Mittagstisches oder nach diesem wird die Zeiteinteilung für den Nachmittag besprochen. Außerdem haben die Pflegeeltern über die verschiedensten Schul- und Hausangelegenheiten mit den Kindern zu sprechen und ihre Wißbegier in verschiedenster Art nützlich zu fördern. Auch Tagesereignisse, Erfindungen, Gedenktage, soweit sie dem Auffassungsvermögen der Kinder nahe gebracht werden können, sind in den Kreis der Besprechung zu ziehen.

Zum Schlusse der Mahlzeit wird von einem Kinde das Dankgebet gesprochen.

Hierauf bleibt die Zeit bis eine halbe Stunde vor Beginn des Nachmittagsunterrichtes den Kindern zu freier Beschäftigung überlassen.

An schulfreien Tagen haben die Kinder bis zum Nachmittageessen freie Beschäftigungszeit. Diese ist auf dem Spielplatz, im Garten oder im Familienzimmer zu verbringen.

Um 4 Uhr wird das Nachmittageessen gereicht. (Milch und Brot oder Obst.) Hierbei wird nicht gebetet.

Für die übrige Zeit erfolgt die Arbeitseinteilung durch die Erziehungseltern.

Ein Teil der Kinder wird auf dem Felde oder im Garten Beschäftigung finden, andere werden auf verschiedene Wege mitgenommen, andere arbeiten in den Handfertigkeitsfälen usw.

Die Zeit von 6— $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends ist ausnahmslos von allen Kindern der Vorbereitung für die Schule zu widmen. Faulheit während dieser Übungsstunde ist kraftvoll zu bekämpfen. Der Fleiß der Kinder ist ein Maßstab für ihre Dankbarkeit. Die Pflegeeltern haben sich während der Übungsstunde von den Vernerfolgen der Kinder zu überzeugen.

Um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr wird das Nachtmahl verabreicht. Es besteht aus Brot mit Fett oder Butter, Käse, Kartoffeln, Würsten, Eiern, Obst, Milch usw., je nach der Jahreszeit.

Nach dem Nachtmahle haben die Kinder ihre Schuhe zu putzen. Die Schulsachen sind für den nächsten Tag bereitzulegen. Dann sind die Hände zu waschen, die Zähne zu putzen, der Mund zu spülen. Vor dem Schlafengehen haben alle Kinder auf die Seite zu gehen.

Um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr gehen die Kinder schlafen. Jedes Kind spricht vor seinem Bette kniend ein Abendgebet. Die Kleider sind vorschriftsmäßig zu legen, die Strümpfe auszuziehen, das Taschentuch unter das Kopfpolster zu legen. Die Hände sind über der Bettdecke zu halten.

In den Schlaffälen hat stets größte Ruhe zu herrschen.

Bettnäßer müssen während der Nacht geweckt werden.

Ausrüstung. 2 Wochenanzüge, 1 Sonntagsanzug in Äplertracht; Kopfbedeckung: 1 Hausmütze, 1 Strohhut, 1 Sonntagshut; 2 Paar Schuhe, 1 Paar Hauschuhe, dreifache Leibwäsche, Hosenträger, 6 Taschentücher, 3 Handtücher, Kleiderbürste, Zahnbürste, Schuhbürsten, Wasserbecher.

Im Sommer können die Kinder zu Hause barfuß und barhaupt gehen.

Sonn- und Feiertage. An diesen Tagen gehen alle Kinder, soweit es die Witterung und der Gesundheitszustand erlauben, zur Messe. Die Kinder tragen an diesen Tagen ihren Sonntagsanzug. Nachmittags werden Familienspaziergänge und Ausflüge unternommen. Bei schlechtem Wetter ist Spiel, Musik, Handfertigkeit zu pflegen und die Bäckerei zu benützen.

An diesen Tagen, sowie an freien Tagen sind alle Schularbeiten am Vormittage fertigzustellen. Hernach ist freie Beschäftigung bis zum Mittagessen.

Auch während der sonstigen Freizeiten haben die Kinder täglich vormittags 2 Stunden zur Übung und Wiederholung zu verwenden.

Alle Feste des Jahres sind angemessen feierlich mitzubegehen, auch der Geburts- und Namenstag der Kinder und Pflegeeltern soll zu einer kleinen Feier Gelegenheit geben. Während der großen Schulferien verbleiben sämtliche Zöglinge in der Anstalt.

Die in der Anstalt besonders zu begehenden Feste oder Trauerfeiern werden von der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen bestimmt.

Besuche der Angehörigen oder sonstige Besuche sind nur gegen ordnungsmäßige Anmeldung beim Vorsitzenden des Verwaltungsvorstandes gestattet. Kein Besuch darf die Nacht im Institute verbringen.

9. Hausordnung für Burschen.

Dem Burschenheime gehören die über 14 Jahre alten Zöglinge an.

In das Burschenheim werden entweder Zöglinge aus den Pflegefamilien der Anstalt oder andere zur Erlernung eines Gewerbes, Handwerkes oder der Landwirtschaft bestimmte Zöglinge aufgenommen.

Im Burschenheime hat vor allem echter deutscher Geist und gegenseitige aufrichtige Freundschaft zu herrschen; im Burschenheime sollen die Zöglinge unter der besonders verständigen und taktvollen Leitung der Pflegefamilie zum allmählichen Gebrauche ihrer Freiheit und zu vollkommener Selbständigkeit erzogen werden. Es wird weiters der Geist echter Gottesfurcht mit strengem Ausschluss jeder Frömmelei im Heime walten.

Soweit die Burschen nicht in der Anstalt selbst für die Landwirtschaft oder für ein Gewerbe ausgebildet werden, sind sie bei deutschen Meistern in Landskron

und Umgebung in der Lehre; doch haben sämtliche Burschen zum Feierabend ins Heim zurückzukehren.

Für das Burschenheim gilt im allgemeinen folgende Zeiteinteilung:

Aufstehen	$\frac{1}{2}$ 6 Uhr,
Frühstück	6 "
Mittagessen	$\frac{1}{4}$ 1 "
Abendessen	$\frac{1}{2}$ 8 "
Schlafengehen	$\frac{1}{2}$ 10 "

Doch wird das Aufstehen nach den verschiedenen Arbeiten in Haus und Hof, besonders im Sommer, hier und da Abänderungen erfahren müssen.

Die Arbeitseinteilung für den nächsten Tag erfolgt stets beim Abendessen.

Auf die Ausschmückung des Burschenheims wird alle Sorgfalt verwendet werden.

Vor dem Abendessen haben sich die Burschen gründlicher Reinigung zu unterziehen. Das Burschenheim wird wie alle anderen im ersten Stockwerke gelegenen Räume in Schlafschuhen und Hauskleidern betreten. Die Burschen werden angehalten, die Leiden und Freuden des Tages wahrheitsgetreu zu erzählen und sich stets offen über alles, was sie drückt, auszusprechen. Väterliche und mütterliche Güte, gepaart mit Entschiedenheit und Strenge, werden gewiß ihre Wirkung nicht verfehlen. Im Falle von Widerseßlichkeit, Ungehorsam, Unehrlichkeit, Faulheit, Roheit, erfolgt für das erstmal die Warnung und Bestrafung durch den Pflegevater, das zweitemal wird an den Vorstand berichtet, das drittemal an die Bundesleitung, welche den betreffenden Burschen, wenn Widerseßlichkeit, Böswilligkeit, Unehrlichkeit, Faulheit in der Lehre, Roheit festgestellt wird, aus dem Heime ausschließt und dem Vormunde übergibt oder für die Unterbringung in einem anderen Orte sorgt. Bei geschlechtlichen Vergehen in oder außerhalb der Anstalt erfolgt sofortiger Ausschluß aus dem Heime.

Damit die Burschen eine entsprechende Aufklärung erhalten, werden Belehrungen durch den Arzt teils einzeln, teils in gemeinschaftlichen Vorträgen veranlaßt werden.

Auf die Burschen darf nicht durch körperliche Züchtigung eingewirkt werden, sondern hauptsächlich durch Einflußnahme auf das Gemüt und den Verstand, durch Weckung des Ehrgefühls und Erinnerung an die Pflicht des Dankes.

Besentliche Förderung wird diese Erziehung durch das Wecken völkischen Bewußtseins erfahren durch den Hinweis, daß nur diese und jene Eigenschaften eines deutschen Burschen würdig sind.

Besondere deutsche Feste werden Gelegenheit zu lebhafter Einwirkung in diesem Sinne bieten und es erfolgt die Darstellung dieser Erziehung in einer besonderen Schrift: „Ein deutsches Burschenheim.“

Die freien Stunden und freien Tage der Burschen dienen deren körperlicher und geistiger Ausbildung. Die körperliche Ausbildung erfolgt durch Turnen, vernünftigen Sport, Übungen im Müller'schen System, sowie insbesondere auch durch Fußwanderungen. Die Burschen bilden zu diesem Zwecke eine Turnerriege unter sich und besorgen nach Möglichkeit das Vorturnen in den Kinderabteilungen. Die Ausbildung des Geistes und Gemütes wird durch Musik, Vorträge, Lesen von Schriften der Heimbücherei, Skioptikon-Vorführungen, Einübung von humoristischen Auftritten, Theaterstücken usw. gefördert. An diesen Veranstaltungen werden nach Möglichkeit auch die übrigen Anstaltsbewohner teilnehmen.

Die Handfertigkeitübungen werden keineswegs vernachlässigt werden, sondern es sind die Burschen anzuhalten, sowohl für die Ausschmückung der Anstalt als auch bei der Herstellung notwendiger Neuanschaffungen nach ihren Kräften mitzuwirken.

Von Zeit zu Zeit werden die Burschen in der Handhabung der Feuerprüge, dem Benehmen bei Feuersgefahr unterrichtet werden, ebenso sollen sie in der Hülfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen unterwiesen werden.

Zur Ausgestaltung der Anstaltsammlung werden sie ebenfalls nach ihren Kräften beitragen.

Die Aufnahme und der Austritt von Burschen erfolgt stets in Form einer Familienfeier.

Der Verdienst der Zöglinge des Burschenheims, der aus ihrer Beschäftigung erzielt wird, wird bis auf ein von der Bundesleitung zu bestimmendes Taschengeld als Beitrag für die Erhaltung der Zöglinge betrachtet und ist von den Arbeitgebern unmittelbar an die Bundesleitung abzuführen. Das Taschengeld wird in der Sparkassa angelegt. Beträge dürfen nur mit Bewilligung des Zahlmeisters behoben werden und sind dem Leiter des Heims zu verrechnen.

Zur Herrichtung der Sachen, zur Besorgung der nötigen kleinen Ausbesserungen an Kleidern und Wäsche, welche die Burschen selbst vornehmen sollen, sind die Abendstunden zu wählen.

Bezüglich des Badens werden besondere Bestimmungen getroffen werden.

Verluste und Beschädigungen im Burschenheime sind auf Kosten des Urhebers, allenfalls sämtlicher Burschen zu ersetzen.

Sittlich unbeholtene, mit keiner Krankheit behaftete Zöglinge dürfen auch nach ihrem Austritte das Dr. Karl Schücker-Heim besuchen, jedoch ohne darin zu nächtigen.

10.

Der Betrieb der Landwirtschaft, der Gärtnerei und der Werkstätten wird durch eigene Satzungen geregelt werden.

11.

Die einzelnen Pflegefamilien werden nur von der Bundesleitung des Bundes der Deutschen in Böhmen aufgenommen und verpflichten sich zur Einhaltung ihrer Dienstvorschriften schriftlich.

*

Es erfolgte dann weiters die Einsetzung eines

Verwaltungsvorstandes,

der gegenwärtig in folgender Weise zusammengesetzt ist:

Ehrenvorsitzende:

JUDr. Karl Schücker, Rechtsanwalt, Reichenberg;

Exzellenz Dr. Gustav Schreiner, k. k. deutscher Landsmannminister, Wien;

Präf. Theodor Zuleger, Präsident der Deutschen Sektion des Landeskulturrates, Prag.

Vorstand:

Vorsitzender: Bertold Schmeiser, Altbürgermeister von Landskron;

Zahlmeister: Edmund Langer, Privatier;

Rechtsbeirat: JUDr. Ernst Hartmann, Rechtsanwalt;

Ärztlicher Beirat: MUDr. Heinrich Pissl;

Erziehungsbeirat: Eduard Portele, Oberlehrer in Johsee b. Landskron;

Küchenbeirat: Adolf Hübl, Gemeindevorsteher in N. Johnsdorf;

Gaushaltungsbeirat: Eduard v. Erleben, Apotheker;

Beirat für Baulichkeiten: Richard Kreißl, Baumeister;

Landwirtschaftlicher Beirat: Abg. Wilh. Mairner in Olbersdorf;

Ferner: 1 Vertreter des Bezirksausschusses Landskron, 1 Vertreter der Stadtgemeinde Landskron, Oberlehrer Schöning, Franz Müller, Hans Schmehl.

Die nächste Arbeit galt der Regelung des gesamten Geschäftsverkehrs in der Anstalt und der Anlage der Buchführung. Wir erwähnen aus dieser die Tagesberichte, die Tagebücher der Kinder, die Burschenheimberichte, die Küchenrechnungen, die Inventarien, Büchereiverzeichnisse, die Werkstättenberichte usw. Die Berichterstattung an die Zentralstelle erfolgt in monatlichen Erziehungsberichten im Wege des Verwaltungsvorstandes.

Die Kosten des Personals werden ebenfalls von der Zentralstelle beglichen. Es sind nachfolgende Personen im Heime beschäftigt:

Verwalter Karl Lässig mit Frau;

Werkmeister Hubert Kratschmer (verheiratet);

Gärtner Konrad Kratschmer (ledig);

Präsekt Josef Pelzl;

1 Hilfsarbeiterin;

2 Mägde.

Unterdessen erfolgte der Ausbau der Landwirtschaft und die Anlage einer großen Gemüsegärtnerei. Die Anlage der Waldbaumschule, für welche die Pläne vom Landeskulturrate ausgearbeitet wurden, erfolgt im Herbst. Vor dem Hauptgebäude wird eine Parkanlage errichtet, die mit dem Wachstum der Ansiedlung erweitert werden wird, bis die ganze Ansiedlung in den Park eingeschlossen erscheint. Die Spielplätze befinden sich hinter den Hofgebäuden. Gegenwärtig wird hier auch ein großes Turngerüst aufgestellt.

Besondere Aufmerksamkeit wird dem inneren Leben der Anstalt gewidmet. Über die Art der Ausbildung der landwirtschaftlichen Lehrlinge soll der nächste Bericht ausführlicher werden.

Nicht unerwähnt bleibe, daß die Burschen auch selbständig Ausflüge unternehmen dürfen, damit sie sich allein orientieren lernen und daß die gesellschaftlichen Ausflüge nach Tunlichkeit unter vollständiger Emanzipation von Gasthäusern stattfinden. Die Ausflügler tragen ihr Militärzelt, ihre Konserven und Kochgeschirre mit und lagern auch nachts wenn möglich im Freien.

Wenn es uns die Mittel gestatten, soll unser Heim während des Winters eine öffentliche Suppenanstalt für Nieder-Johnsdorf erhalten und soll sich während der Sonntage als Lehrlingshort den Lehrlingen von Landskron und Umgebung zur Verfügung stellen. Dazu mangelt es leider gegenwärtig an einem großen Versammlungsraume, das in Form einer Halle erbaut und größtenteils im Heime selbst hergestellt werden soll.



Böglinge und Pflegefamilien am 10. April 1909.

Zurzeit sind nachfolgende Zöglinge im Dr. Karl Schücker-Waisenheime untergebracht:

Name	Heimats- gemeinde	Name	Heimats- gemeinde
K i n d e r		B u r s c h e n	
1. Adolf Franz	Pommerndorf	a) Gewerbliche Lehrlinge:	
2. Anderle Heinrich	Landskron	18. Altmann Rudolf, Tischler	Trautenbach
3. Gregor Eduard	Landskron	19. Müller Johann, Maschinenschlosser	Theusing
4. Halbich Adolf	Fürstenbruck	20. Petrzilka Franz, Wagner	Gr.-Horeschowitz
5. Halbich Karl	Fürstenbruck	21. Reinisch Ernst, Tischler	Viela
6. Hauptmann Felix	Sonneberg	22. Unterstab Josef, Maschinenschlosser	Mies
7. Heinz Franz	Landskron	b) Landwirtschaftliche Lehrlinge:	
8. Kopp Johann	Chotieschau	23. Fritsche Max	Hermisdorf
9. Kopp Josef	Chotieschau	24. Hartinek Franz	Neu-Kauniz
10. Locker Rudolf	Niederhof	25. Krause Max	Gögdorf
11. Lux Adolf	B.-Petersdorf	26. Lilla Georg	Amplatz
12. Müller Matthias	Tschentowitz	27. Mittelbach Eugen	Kupferberg
13. Steiner Alois	Ob.-Johnsdorf	28. Neumann Franz	Alt-Ohlitz
14. Steiner Josef	Ob.-Johnsdorf	29. Pezenka Franz	Krscheschitz
15. Sluka Friedrich	Sabert		
16. Weiß Franz	Ploscha		
17. Werner Wilhelm	Sichelsdorf		

✱

Wir nehmen an dieser Stelle freudigst Veranlassung, dem Bunde der Deutschen in Böhmen für das uns bewiesene Entgegenkommen zu danken und wollen eifrig bestrebt bleiben, die Anstalt im Sinne der von beiden Organisationen beschlossenen Leitordnung und zum Wohle der deutschen Waisen, die im Heime Aufnahme finden werden, zu bewirtschaften.

Möge diese kurze Darstellung unserer Tätigkeit für das Heim auch unseren Förderern Ansporn zu weiterer Unterstützung sein; denn nur bei ausreichender geldlicher Förderung werden wir instande sein, eine entsprechende Zahl von Waisen im Heime zu versorgen.

Der Vorstand der Zentralstelle
für deutsche Waisenpflege und Jugendfürsorge in Böhmen.

